

This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + Make non-commercial use of the files We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + Refrain from automated querying Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + Maintain attribution The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search, Please do not remove it.
- + Keep it legal Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at http://books.google.com/



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

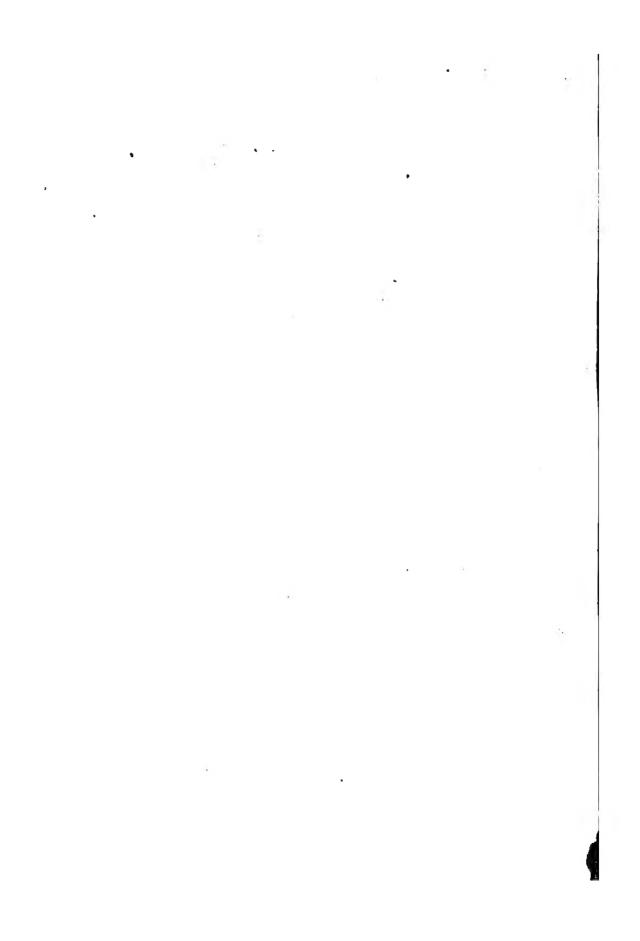
Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + Keine automatisierten Abfragen Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + Beibehaltung von Google-Markenelementen Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter http://books.google.com/durchsuchen.



Humayers Zeitschrift

Internationales Privat- und Öffentliches Recht.

Begründet von F. Böhm.

Herausgegeben von

Dr. Theodor Niemeyer, ordentl. Professor der Rochte an der Universität Kiel.

Zwölfter Band.

Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1903.

Alle Rechte verbehalten,

Pierer'sche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

Inhaltsverzeichnis

des XII. Bandes (1902/3).

ī.

Abh	31		
ADD	S. III 41 I	ш	eou.

	Selle
Die dritte Haager Staatenkonferenz für internationales Privatrecht.	
Kritische Studien von Dr. Frans Kahn in Heidelberg 1,	201, 385
Zwei Fragen aus dem Auslieferungsrecht. Von Landgerichtsrat	
Dr. Delius in Cotthus	22
Ein Projekt Napoleons des Ersten sur Kodifizierung des Neutralitäts-	
rechtes sur See. Von Dr. P. Fauchille in Paris	28
Die seitliche Geltung der Kollisionsnormen. Von Dr. Karl Neumeyer,	
Privatdosent in München	39
Das Beuterecht im Seekrieg gegenüber Fischereifahrseugen	51
Schiedsspruch betreffend das griechisch-türkische Konsularwesen .	100
Das Anwendungsgehiet zweier koexistierender Civilrechte in	
Griechenland. Von G. Diobouniotis, Privatdocent und Rechts-	
anwalt in Athen	189
Ausländer und der Schutz gegen unlauteren Wettbewerb. Von	
Rechtsanwalt Dr. Fuld in Mains	262
Das internationale Privatrecht im Entwurf des schweiserischen	
Civilgesetabuchs. Von Professor Dr. Caesar Barasetti in Frei-	
burg (Schweis).	270
Richterliche Ingerens der Konsuln in Rumlinien. Von George	210
E. Sching, Generalstaatsan walt bei dem Kassationshof in Bukarest	306
Des montenegrinische Eherscht. Von Milan Paul Jovanović in	000
Vukovar a. D.	338
Der neue amerikanische Isthmuskanal-Vertrag ("Hay-Pauncefote"-	000
Vertrag) und seine Vorgänger	365
Die Auslieferung in Griechenland. Von Dr. jur. Michel Kebedgy,	000
Professor für internationales Recht an der Universität Beru	488
Zur Auslegung des Art. 24 des Einführungsgesetzes zum deutschen	460
B.G.B. Von Referender Klein in Bonn.	444
Die Britseeler Session des Institut de droit international. Von Pro-	777
femor Dr. L. Sirisoner in Wien	447
THEOR 1.7. (4. CEC)40007 ID 37 IOD	441

Inhaltsverseichnis.

		Belte
IV.		
Internationale Verträge	. 16	9, 568
₹.		
Vermischte Mitteilungen	. 14	5, 512
VI.		
Litteraturberiehte 178, 87	79, 56	6, 632
VII.		
Alphabetisches Sachregister		. 653

Abkürzungen.

J. - Journal du droit international privé.

N.R. - Nouveau Recuell de traités etc., heranagegeben von Stoerk.

R. — Revue de droit international.
R.G. — Revue générale de droit international public.
Zesch. — diese Zeitschrift.

Die dritte Haager Staatenkonferenz für internationales Privatrookt

Kritische Studien von Dr. Franz Mahn in Heidelberg.

Die einheitliche Kodifikation des internationalen Privatrechts. wie sie so ziemlich von allen Theoretikern, welcher Richtung sie auch angehören, erstrebt wird, scheint ihrer praktischen Verwirklichung langsam näher zu kommen. Zu drei verschiedenen Malen (1893, 1894 und 1900) sind auf Einladung der niederländischen Regierung die bevollmächtigten Vertreter der europäischen Staaten (von größeren Ländern fehlt nur die Türkei und - bedauerlicherweise - Großbritannien) im Haag zu einer Konferenz zusammengetreten. Ihre Beratungen haben sich vor allem auf die für das internationale Privatrecht brennendsten Gebiete des Familienrechts und des Erbrechts konzentriert; sie erstreckten sich außerdem auf das Konkursrecht und einige Materien des Civilprozessrechts. In letzterer Beziehung sind bekanntlich die Beschlüsse der zweiten Konferenz (von 1894) schon in die Praxis umgesetzt worden: Sie haben zu dem internationalen Abkommen vom 14. Novbr. 1896 (mit Zusatzprotokoll vom 22. Mai 1897 und Ratifikation vom 27. April 1899) geführt, welches nun seit mehreren Jahren in Kraft ist (siehe R.G.Bl. 1899 S. 285 ff.). Bezüglich der übrigen von den Konferenzen behandelten Materien dürfte ein ähnlicher Erfolg in absehbarer Zeit zu erwarten sein 1).

Wie verlautet, finden zur Zeit über die Haager Konventionsentwürfe auf Auregung Hollands Verhandlungen zwischen den einzelnen Regierungen statt, welche auch vom deutschen Reichsjustizamt energisch betrieben werden.

Die Beschlüsse der dritten Konferenz²) gipfeln in vier fertigen Konventionsentwürfen, betreffend das Eheschliefsungsrecht, das Ehescheidungsrecht, die Vormundschaft über Minderjährige und das Erbrecht. Außerdem wurde im Schlußprotokoll der Konferenz das ausdrückliche Ersuchen formuliert, es möchten die übrigen Verhandlungen und Vorentwürfe der dritten Konferenz einer später einzuberufenden vierten zur Erledigung überwiesen werden, und es möchten ferner internationale Vereinbarungen über die Zuständigkeit der Gerichte in Nachlassachen getroffen werden. Die erwähnten, noch nicht für spruchreif erachteten, aber ausführlich beratenen Materien sind: die Wirkungen der Ehe auf die Rechtsstellung der Frau und der Kinder, das eheliche Güterrecht, die Wirkungen der Scheidung und Ehetrennung, die Vormundschaft über Volljährige, das Konkursrecht, sowie endlich die Einführung von internationalen Rechtsbescheinigungen.

Gegenstand unserer Betrachtung sollen zunächst die vier fertigen Konventionsentwürfe sein. Diese Betrachtung hat naturgemäß in der Hauptsache einen referierenden und erläuternden Charakter zu tragen. Sie wird aber in vielen Fällen nicht umhin können, auch eine kritische zu sein. Es sei gestattet, über die Art und die Grenzen dieser Kritik ein Wort vorauszuschicken.

Es handelt sich hier um Abmachungen, die aus den wiederholten, gründlich vorbereiteten Verhandlungen der bevollmächtigten Vertreter von 15 europäischen Staaten hervorgegangen sind; von Vertretern, welche zum Teil nicht nur als Delegierte der Regierungen, sondern auch als diejenigen der internationalen Wissenschaft⁸) anzusehen sind. Einem solchen Werke wohnt, auch bevor es durch Staatsvertrag sanktioniert ist⁴), selbst-

²⁾ Die Konferenz hat getagt vom 29. Mai bis zum 18. Juni 1900. Vertreten waren (durch insgesamt 28 Delegierte): Deutschland, Österreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Portugal, Rumänien, Rufsland, Schweden, Norwegen und die Schweis.

Gerade Deutschland hat zu keiner der drei Konferenzen einen derartigen Vertreter entsendet.

⁴⁾ Ob übrigens die vorliegenden Entwürfe in ihrer jetzigen Gestalt Aussicht haben, von allen Staaten sanktioniert zu werden, ist höchst zweifel-

redend eine Autorität inne, der gegenüber der Einzelne mit Beanstandungen und Verbesserungswünschen auf ein besonderes Maß der Zurückhaltung angewiesen ist. Ferner aber trägt das Werk begreiflicherweise überall den Stempel der Kompromisse und Konzessionen. Es darf nicht an unserem theoretischen Ideale gemessen werden, sondern an dem praktisch Erreichbaren. Das uns besser erscheinende mußte vielleicht nur wegen besonderer Interessen der anderen Vertragsstaaten aufgegeben werden; man hat sich vielleicht aus Rücksicht oder Konnivenz fremden Rechtsanschauungen angepaßt, um dafür in anderen Fällen den besseren einheimischen zur allgemeinen Anerkennung zu verhelfen⁵). Wo die Sache so liegt, hat die Kritik zu verstummen, und wir haben uns höchstens zu fragen: Ist eine Konvention mit dieser oder jener unliebsamen Klausel nicht doch besser als gar keine Konvention?

Allein mehrfach liegt die Sache doch ganz anders. Mehrfach sind die unleugbaren großen Mängel, welche den Konventionsentwürfen noch anhaften, keineswegs auf besondere in anderen Staaten herrachende Rechtsanschauungen oder auf die Berücksichtigung irgendwelcher ausländischer Interessen zurückzuführen, sondern einfach auf verkehrte theoretische Ansichten, wie sie dieser oder jener Delegierte mit besonderer Energie persönlich vertreten hat, oder auf zweckwidrige Einzelwünsche, die thatsächlich nicht einmal dem Interesse des betreffenden Vertragsstaates, geschweige denn dem der internationalen Gemeinschaft entsprechen. In Fällen dieser Art wird die Kritik rücksichtslos einzusetzen und eine Verbesserung der Konventionsentwürfe anzustreben haben, auch auf die Gefahr einer Verzögerung ihres Inkrafttretens.

haft. Vgl. die ausdrücklichen Vorbehalte der Vertreter Rufslands, Dänemarks und Norwegens (Actes 1900, S. 160 ff. und S. 289).

⁵⁾ Vgl. den Bericht der I. Kommission Actes 1900 S. 167: "Notre projet est une œuvre de transaction, ce qui fait, qu'il peut être facilement critiqué, si on se place, soit au point de vue scientifique, soit au point de vue d'un pays déterminé. Le théoricien trouvera que les principes posés comportent de trop graves exceptions ou restrictions, qu'il y a des inconséquences un peu singulières; le jurisconsulte de tel pays estimera que les dispositions de la législation ont été trop facilement écartées au profit d'une loi étrangère. Nous nous sommes placés sur un terrain tout pratique... Nous avons demandé ous déverses législations les sacrifices nécessaires..."

Den gleichen Standpunkt werden wir endlich gegenüber denjenigen Bestimmungen der Konventionsentwürfe einzunehmen haben, in. welchen die eigentliche Meinung der Konferierenden einen sehr unvollkommenen oder gar nicht zu erkennenden Ausdruck gefunden hat.

Wir geben zunächst den Text der vier Konventionsentwürfe mit beigefügter deutscher Übersetzung:

(Übersetzung.)

 Projet d'une Convention pour régler les conflits de lois en matière de mariage. I. Entwurf eines Abkommens sur Regelung der Gesetzeskollisionen in Sachen des Eherschts.

Désirant établir des dispositions communes pour régler les conflits de lois concernant les conditions pour la validité du mariage,

Ont résolu de conclure une Convention à cet effet et ont en conséquence nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

Art. 1.

Le droit de contracter mariage est réglé par la loi nationale de chacun des futurs époux, à moins qu'une disposition de cette loi ne se réfère expressément à une autre loi. Von dem Wunsche beseelt, gemeinsame Bestimmungen zur Regelung der Gesetzeskollisionen, betr. die Erfordernisse der Eheschließung, zu geben,

Haben beschlossen zu diesem Behufe ein Abkommen zu treffen, und haben demgemäß zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

_ _ _ _ _ _ _ _ _ _

die, nach gegenseitiger Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über folgende Bestimmungen sich geeinigt haben:

Art. 1.

Das Recht, eine Ehe einzugehen, bestimmt sich nach dem Heimatgesetze⁶) eines jeden der Verlobten, es sei denn, daß eine Bestimmung jenes Gesetzes ausdrücklich auf ein anderes Gesetz Bezug nimmt.

⁶⁾ Heimatgesetz (loi nationals) — das Gesetz des Staates, dem die Person angehört.

Art. 2.

La loi du lieu de la célébration peut interdire le mariage des étrangers qui serait contraire à ses dispositions concernant:

- les degrés de parenté ou d'alliance pour lesquels il y a une prohibition absolue;
- la prohibition absolue de se marier, édictée contre les coupables de l'adultère à raison duquel le mariage de l'un d'eux a été dissous;
- la prohibitic nabsolue de se marier, édictée contre des personnes condamnées pour avoir de concert attenté à la vie du conjoint de l'une d'elles.

Le mariage célébré contrairement à une des prohibitions mentionées ci-dessus ne sera pas frappé de nullité, pourvu qu'il soit valable d'après la loi indiquée par l'article 1^{er}.

Sous la réserve de l'application du premier alinéa de larticle 6 de la présente Convention, aucun Etat contractant ne s'oblige à faire célébrer un mariage qui, à raison d'un mariage antérieur ou d'un obstacle d'ordre religieux, serait contraire à ses lois. La violation d'un empêchement de cette nature ne pourrait pas entraîner la nullité du mariage dans les pays autres que celui où le mariage a été célébré.

Art. 2.

Das Gesetz des Eheschließungsortes kann die Ehe von Ausländern untersagen, wenn dieselbe verstoßen würde gegen seine Bestimmungen, betreffend:

- die Grade der Verwandtschaft oder Verschwägerung, für welche ein absolutes Eheverbot gilt:
- das absolute Verbot einer Ehe zwischen den des Ehebruchs Schuldigen, wenn auf Grund dieses Ehebruchs die (frühere) Ehe eines der Verlobten aufgelöst worden ist;
- das absolnte Verbot einer Ehe zwischen Personen, die wegen eines gemeinschaftlichen Attentates auf das Leben des (früheren) Ehegatten eines derselben verurteilt worden sind.

Eine Ehe, welche entgegen einem der vorgenannten Verbote geschlossen worden ist, wird (darum) nicht nichtig (oder anfechtbar), vorausgesetzt, daß sie nach dem in Art. 1 bezeichneten Gesetze gültig ist.

Vorbehaltlich der Anwendung von Art. 6 Abs. 1 dieses Abkommens verpflichtet sich kein Staat, eine Ehe schliefsen zu lassen, welche wegen des Bestehens einer früheren Ehe oder wegen eines Hindernisses von religiösem Charakter seinen Gesetzen widerstreitet. Die Umgehung eines derartigen Ehehindernisses kann (aber) die Nichtigkeit (oder Anfechtbarkeit) der Ehe in keinem andern Lande nach sich ziehen, als in demjenigen, in welchem die Ehe geschlossen wurde.

Art. 8.

La loi du lieu de la célébration peut permettre le mariage des étrangers nonobstant les prohibitions de la loi indiquée par l'article 1^{er}, lorsque ces prohibitions sont exclusivement fondées sur des motifs d'ordre religieux.

Les autres Etats ont le droit de ne pas reconnaître comme valable le mariage célébré dans ces circonstances.

Art. 4.

Les étrangers doivent, pour se marier, établir qu'ils remplissent les conditions nécessaires d'après la loi indiquée par l'article 1°°.

Cette justification se fera, soit par un certificat des agents diplomatiques ou consulaires du pays des contractants, soit par tout autre mode de preuve, pourvu que les conventions internationales ou les autorités du pays de la célébration reconnaissent la justification comme suffisante.

Art. 5.

Sera reconnu partout comme valable, quant à la forme, le mariage célébré suivant la loi du pays où il a eu lieu.

Il est toutefois entendu que les pays dont la législation exige une célébration religieuse, pourront ne pas reconnaître comme valables les mariages contractés par leurs nationaux à l'étranger sans que

Art. 3.

Das Gesetz des Eheschliefaungsortes kann ungeachtet der Verbote des in Art. 1 bezeichneten Gesetzes die Ehe von Ausländern gestatten, wenn jene Verbote ausschliefslich auf Gründen von religiösem Charakter beruhen.

Die anderen Staaten brauchen eine unter solchen Umständen geschlossene Ehe nicht als gültig anzuerkannen.

Art. 4.

Die Ausländer müssen, wenn sie eine Ehe eingehen wollen, darthun, dass die nach dem in Art. 1 bezeichneten Gesetze erforderlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Dieser Nachweis ist zu führen entweder durch ein Zeugnis der diplomatischen oder konsularischen Vertreter des Heimatlandes der Verlobten, oder durch irgend ein anderes Beweismittel, vorausgesetzt, dass die Staatsverträge oder die Behörden des Eheschliefsungsortes solchen Nachweis als ausreichend anerkennen.

Art. 5.

Überall als gältig anzuerkennen ist, mit Bezug auf die Form, eine Ehe, welche entsprechend dem Gesetze des Eheschliefsungsortes vorgenommen worden ist.

Vorbehalten bleibt jedoch, daß diejenigen Länder, deren Gesetzgebung eine religiöse Eheschliefsung verlangt, die Gültigkeit von solchen Ehen nicht anzuerkennen brauchen, welche ihre Staats-

cette prescription ait été observée.

Les dispositions de la loi nationale, en matière de publications, devront être respectées; mais le défaut de ces publications ne pourra pas entraîner la nullité du mariage dans les pays autres que celui dont la loi aurait été violée.

Une copie authentique de l'acte de mariage sera transmise aux autorités du pays de chacun des époux.

Art. 6.

Sera reconnu partout comme valable, quant à la forme, le mariage célébré devant un agent diplomatique ou consulaire, conformément à sa législation, si aucune des parties contractantes n'est ressortissante de l'Etat où le mariage a été célébré et si cet Etat ne s'y oppose pas. Il ne peut pas s'y opposer quand il s'agit d'un mariage qui, à raison d'un mariage antérieur ou d'un obstacle d'ordre religieux, serait contraire à ses lois.

La réserve du second alinéa de l'article 5 est applicable aux mariages diplomatiques et consulaires.

Art. 7.

Le mariage, nul quant à la forme dans le pays où il a été célébré, pourra néanmoins être reconnu comme valable dans les angehörigen im Auslande unter Außerachtlassung jener Vorschrift geschlossen haben.

Die Vorschriften des Heimatgesetzes, betreffend das Eheaufgebot, müssen eingehalten werden; doch darf das Unterbleiben dieses Aufgebotes die Nichtigkeit der Ehe nur in demjenigen Lande zur Folge haben, dessen Gesetz außer acht gelassen wurde.

Eine beglaubigte Abschrift des Eheaktes ist den Heimatbehörden eines jeden der Ehegatten zu übermitteln.

Art. 6.

Überall als gültig anzuerkennen ist, mit Bezug auf die Form, eine Ehe, welche vor einem diplomatischen oder konsularischen Vertreter nach Massgabe seiner Gesetzgebung vorgenommen wurde. vorausgesetzt, daß keiner der Verlobten Angehöriger des Staates ist, wo die Eheschliefsung vorgenommen wurde, und daß jener Staat nichts dagegen einzuwenden hat. Er darf nichts dagegen einwenden, falls es sich um eine Ehe handelt, welche (nur) auf Grund des Bestehens einer früheren Ehe oder auf Grund eines Hindernisses von religiösem Charakter seinen Gesetzen widerstreiten würde.

Der Vorbehalt des Art. 5 Abs. 2 gilt auch bei den diplomatischen und konsularischen Ehen.

Art. 7.

Eine Ehe, die in dem Lande, wo sie geschlossen wurde, der Form nach nichtig ist, kann gleichwohl in den andern Ländern

autres pays, si la forme prescrite par la loi nationale de chacune des parties a été observée.

Art. 8.

La présente Convention ne s'applique qu'aux mariages célébrés sur le territoire des Etats contractants entre personnes dont une au moins est ressortissante d'un de ces Etats.

Aucun Etat ne s'oblige, par la présente Convention, à appliquer une loi qui ne serait pas celle d'un Etat contractant.

Art. 9.

La présente Convention, qui ne s'applique qu'aux territoires européens des Etat contractants, sera ratifiée et les ratifications en seront déposées à La Haye dès que la majorité des Hautes Parties contractantes sera en mesure de le faire.

Il sera dressé de ce dépôt un procès-verbal, dont une copie, certifiée conforme, sera remise par la voie diplomatique à tous les Etats contractants.

Art. 10.

Les Etats non signataires qui ont été représentés à la troisième Conférence de Droit International Privé sont admis à adhérer purement et simplement à la présente Convention. als gültig anerkannt werden, wenn die von dem Heimatgesetze beider Parteien vorgeschriebene Form beobachtet worden ist.

Art. 8.

Vorstehendes Abkommen findet nur Anwendung auf diejenigen Ehen, welche auf dem Gebiete der Vertragsstaaten geschlossen sind und zwar zwischen Personen, von denen mindestens eine Angehörige eines Vertragsstaates ist,

Kein Staat verpflichtet sich durch vorstehendes Abkommen zur Anwendung von anderen Gesetzen als von solchen der Vertragsstaaten.

Art. 9.

Vorstehendes Abkommen, das nur auf die europäischen Territorien der Vertragsstaaten anzuwenden ist, soll ratifiziert, und die Ratifikationsurkunden sollen im Haag niedergelegt werden, sobald die Mehrzahl der Hohen vertragsschließenden Teile hierzu in der Lage ist.

Über die Niederlegung soll ein Protokoll aufgenommen und eine beglaubigte Abschrift davon auf diplomatischem Wege allen Vertragsstaaten zugestellt werden.

Art. 10.

Denjenigen Staaten, welche dieses Abkommen nicht unterzeichnet haben, aber auf der dritten Konferenz für internationales Privatrecht vertreten waren, steht es frei, ohne weiteres dem Abkommen beizutreten.

L'Etat qui désire adhérer notifiera, au plus tard le . . ., son intention par une acte qui sera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas. Celui-ci en enverra des copies, certifiées conformes, par la voie diplomatique à chacun des Etats contractants.

Art. 11.

La présente Convention entrera en vigueur le 60^{éeme} jour à partir du dépôt des ratifications ou de la date de la notification des adhésions.

Art. 12.

La présente Convention aura une durée de cinq ans à partir de la date du dépôt des ratifications.

Ce terme commencera à courir de cette date, même pour les Etats qui auront fait le dépôt après cette date ou qui auraient adhéré plus tard.

La Convention sera renouvelée tacitement de cinq ans en cinq ans, sauf dénonciation.

La dénonciation devra être notifiée, au moins six mois avant l'expiration du terme visé aux alinéas précédents, au Gouvernement des Pays-Bas, qui en donnera connaîssance à tous les autres Etats contractants.

La dénonciation ne produira son effet qu'à l'égard de l'Etat Der Staat, welcher beizutreten wünscht, hat spätestens bis zum... diese seine Absicht durch einen Akt, welcher in den Archiven der niederländischen Regierung zu hinterlegen ist, kund zu geben. Letztere wird beglaubigte Abschriften davon auf diplomatischem Wege jedem der Vertragsstaaten übermitteln.

Art 11.

Vorstehendes Abkommen tritt in Kraft am 60. Tage von der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden gerechnet, beziehungsweise von dem Datum der nachträglichen Beitrittserklärungen.

Art. 12.

Vorstehendes Abkommen gilt für die Dauer von 5 Jahren von der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden an.

Die Frist läuft von diesem Datum an auch für diejenigen Staaten, welche die Ratifikationsurkunden erst später hinterlegen oder welche erst später dem Abkommen beitreten.

Das Abkommen gilt als stillschweigend von 5 zu 5 Jahren erneuert, vorbehaltlich der Kündigung.

Die Kündigung mus wenigstens 6 Monate vor Ablauf der in den vorausgehenden Absätzen bezeichneten Frist der niederländischen Regierung angezeigt werden, welche allen anderen Vertragsstaaten davon Kenntnis zu geben hat.

Die Kündigung wirkt nur mit Bezug auf denjenigen Staat, der

qui l'aura notifiée. La Convention restera exécutoire pour les autres Etats. sie hat ergehen lassen. Für die anderen Staaten bleibt das Abkommen in Kraft.

II. Projet d'une Convention pour régler les conflits de lois et de juridiction en matière de divorce et de séparation de corps. II. Entwurf eines Abkommens sur Begelung der Gesetsesund Gerichtsbarkeitskollisionen in Sachen der Ehescheidung und der Trennung von Tisch und Bett.

(Eingang ähnlich wie oben.)

Art. 1.

Les époux ne peuvent former une demande en divorce que si leur loi nationale et la loi du lieu où la demande est formée admettent le divorce l'une et l'autre.

Il en est de même de la séparation de corps.

Art. 2.

Le divorce ne peut être demandé que si, dans le cas dont il s'agit, le divorce est admis à la fois par la loi nationale des époux et par la loi du lieu où la demande est formée.

Il en est de même de la séparation de corps.

Art. 3.

Nonobstant les dispositions des articles 1^{er} et 2, la loi nationale sera seule observée si la loi du lieu où la demande est formée le prescrit ou le permet.

`Art. 1.

Die Ehegatten können eine Scheidungsklage nur dann erheben, wenn ihr Heimatgesetz und das Gesetz des Ortes der Klagerhebung beide die Scheidung (als solche) zulassen.

Das Gleiche gilt für die Trennung von Tisch und Bett.

Art. 2.

Auf Scheidung kann nur dann erkannt werden, wenn in dem zu beurteilenden Falle sowohl nach dem Heimatgesetze der Ehegatten als auch nach dem Gesetze des Orts der Klagerhebung das Scheidungsbegehren begründet ist.

Das Gleiche gilt für die Trennung von Tisch und Bett.

Art. 8.

Ungeachtet der Vorschriften von Art. 1 und 2 ist das Heimatgesetz allein zu berücksichtigen, wenn das Gesetz des Ortes der Klagerhebung es so vorschreibt oder gestattet.

Art. 4.

La loi nationale indiquée par les articles précédents ne pent être invoquée pour donner à un fait qui s'est passé alors que les époux ou l'un d'eux étaient d'une autre nationalité, le caractère d'une cause de divorce ou de séparation de corps.

Art. 5.

La demande en divorce ou en séparation de corps peut être formée :

- 1º. devant la juridiction compétente d'après la loi nationale des époux;
- 2º. devant la juridiction compétente du lieu où les époux sont domiciliés. Si, d'après leur législation nationale, les époux n'ont pas le même domicile, la juridiction compétente est celle du domicile du défendeur. Dans le cas d'abandon et dans le cas d'un changement de domicile opéré après que la cause de divorce ou de séparation est intervenue, la demande peut aussi être formée devant la juridiction compétente du dernier domicile commun. -- Toutefois, la juridiction nationale est réservée dans la mesure où cette juridiction est seule compétente pour la demande en divorce ou en séparation corps. La inridiction étrangère reste compétente pour un mariage qui ne peut

Art. 4.

Das in den voraufgehenden Artikeln bezeichnete Heimatgesetz kann nicht angerufen werden. um einer Thatsache, die sich ereignet hat, während die Ehegatten oder einer derselben einem anderen Staate angehörten, den Charakter eines Scheidungsgrundes oder Trennungsgrundes zu verleihen.

Art. 5.

Die Klage auf Scheidung oder auf Trennung von Tisch und Bett kann erhoben werden:

- 1. vor der nach dem Heimatgesetze der Ehegatten zuständigen Gerichtsbarkeit.
- 2. vor der zuständigen Gerichtsbarkeit des Ortes, wo die Ehegatten ihren Wohnsitz haben. Wenn die Ehegatten nach ihrer Heimatgesetzgebung nicht den nämlichen Wohnsitz haben. so gilt als zuständig die Wohnsitzgerichtsbarkeit des klagten. Im Falle böslicher Verlassung, sowie im Falle eines nach Eintritt des Scheidungs- oder Trennungsgrundes erfolgten Wohnsitzwechsels kann die Klage auch vor der zuständigen Gerichtsbarkeit des letzten gemeinschaftlichen Wohnsitzes erhoben werden. — Die Gerichtsbarkeit des Heimatstaates bleibt jedoch allein maisgebend, insoweit diese Gerichtsbarkeit für die Scheidungs- und Trennungsklage ausschliefslich zuständig ist. Doch bleibt (hinwiederum) die

donner lieu à une demande en divorce ou en séparation de corps devant la juridiction nationale compétente.

Art. 6.

Dans le cas où les époux ne sont pas autorisés à former une demande en divorce ou en séparation de corps dans le pays où ils sont domiciliés, ils peuvent néanmoins l'un et l'autre s'adresser à la juridiction compétente de ce pays pour solliciter les mesures provisoires que prévoit sa législation en vue de la cessation de la vie en commun. Ces mesures seront maintenues si, dans le délai d'un an, elles sont confirmées par la juridiction nationale: elles ne dureront pas plus longtemps que ne le permet la loi du domicile.

Art. 7.

Le divorce et la séparation de corps, prononcés par un tribunal compétent aux termes de l'article 5, seront reconnus partout, sous la condition que les clauses de la présente Convention aient été observées et que, dans le cas où la décision aurait été rendue par défaut, le défendeur ait été cité conformément aux dispositions spéciales exigées par sa loi nationale pour reconnaître les jugements étrangers.

(Übersetzung.)

fremde Gerichtsbarkeit zuständig für eine Ehe, bei welcher 7) eine Scheidungs- oder Trennungsklage vor der beimatlichen Gerichtsbarkeit nicht angebracht werden kann.

Art. 6.

Falls die Ehegatten nicht befugt sind, eine Scheidungs- oder Trennungsklage in dem Lande ihres Wohnsitzes zu erheben, so kann gleichwohl jedes von ihnen die zuständige Gerichtsbarkeit dieses Landes angehen, um die vorläufigen Massregeln zu erwirken, welche seine Gesetzgebung bei Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft vorsieht. Diese Massregeln bleiben aufrecht erhalten, wenn sie innerhalb eines Jahres von der Ge-richtsbarkeit des Heimatstaates bestätigt werden; sie bleiben nicht länger bestehen, als es das Gesetz des Wohnsitzstaates zulässt.

Art. 7.

Das Scheidungs-oder Trennungsurteil eines nach Art. 5 zuständigen Gerichtes ist überall an-

đi

bı

В

ia

đi

U

⁷⁾ Wegen Vorlegens der Vorausse I. Konvention.

Seront reconnus également partout le divorce et la séparation de corps prononcés par une juridiction administrative, si la loi de chacun des époux reconnaît ce divorce et cette séparation.

Art. 8.

Si les époux n'ont pas la même nationalité, leur dernière législation commune devra, pour l'application des articles précédents, être considerée comme leur loi nationale.

Art. 9.

La présente Convention ne s'applique qu'aux demandes en divorce ou en séparation de corps formées dans l'un des Etats contractants, si l'un des plaideurs au moins est le ressortissant d'un de ces Etats.

Aucun Etat ne s'oblige, par la présente Convention, à appliquer une loi qui ne serait pas celle d'un Etat contractant.

In gleicher Weise überall anzuerkennen ist das Scheidungsoder Trennungsurteil einer Verwaltungsbehörde, vorausgesetzt, dass das Gesetz jedes der Ehegatten eine Scheidung oder Trennung von dieser Art anerkennt.

Art. 8.

Wenn die Ehegatten nicht die nämliche Staatsangehörigkeit haben, so ist das Gesetz ihrer letzten gemeinsamen Staatsangehörigkeit im Sinne der voraufgehenden Artikel als ihr Heimatgesetz zu betrachten.

Art. 9.

Vorstehendes Abkommen findet nur Anwendung auf Scheidungsoder Trennungsklagen, welche in einem der Vertragsstaaten erhoben sind und bei denen wenigstens eine der Parteien Angehöriger eines der Vertragsstaaten ist.

Kein Staat verpflichtet sich durch vorstehendes Abkommen zur Anwendung von anderen Gesetzen als von solchen der Vertragsstaaten.

Art. 10 = 9 des I. Abkommens.

Art. 11 = 10 des I. Abkommens.

Art. 12 = 11 des I. Abkommens.

mmens.

III. Projet d'une Convention pour régler les conflits de lois et de juridictions relativement à la tutelle des mineurs. III. Entwurf eines Abkommens zur Regelung der Gesetzes- und Gerichtsbarkeitskollisionen, betreffend die Vormundschaft über Minderjährige.

(Eingang āhnlich wie oben.)

Art. 1.

La tutelle d'un mineur est réglée par sa loi nationale,

Art. 2.

Si la loi nationale n'organise pas la tutelle dans le pays du mineur en vue du cas où celuici aurait sa résidence habituelle à l'étranger, l'agent diplomatique ou consulaire autorisé par la loi de l'Etat auquel le mineur ressortit pourra y pourvoir conformément à cette loi, si l'Etat de la résidence habituelle du mineur ne s'y oppose pas.

Art. 3.

Toutefois, la tutelle du mineur ayant sa résidence habituelle à l'étranger s'établit et s'exerce conformément à la loi du lieu, si elle n'est pas ou si elle ne peut pas être constituée conformément aux dispositions de l'article 1^{er} ou de l'article 2.

Art. 4.

L'existence de la tutelle etablie conformément à la disposition de

Art. 1.

Die Vormundschaft über einen Minderjährigen richtet sich nach seinem Heimatgesetz.

Art. 2.

Wenn das Heimatgesetz des Minderjährigen für den Fall, daß derselbe seinen ständigen Aufenthalt im Auslande hat, keine Vormundschaft im eigenen Lande bestellt, so kann der von dem Heimatstaate des Minderjährigen bevollmächtigte diplomatische oder konsularische Vertreter nach Maßgabe jenes Gesetzes die Fürsorge übernehmen, vorausgesetzt, daß der Staat des ständigen Aufenthalts des Minderjährigen nichts dagegen einwendet.

Art. S.

Die Vormundschaft über einen Minderjährigen, welcher seinen ständigen Aufenthalt im Auslande hat, ist jedoch nach Maßgabe der dortigen Gesetze zu bestellen und auszuüben, falle sie nicht nach Maßgabe des Art. 1 oder des Art. 2 angeordnet worden ist oder angeordnet werden kann,

Art. 4.

Das Bestehen einer nach Maßgabe des Art. 8 bestellten Vor-

l'article 8 n'empêche pas de constituer une nouvelle tutelle par application de l'article 1er ou de l'article 2.

Il sera, le plus tôt possible. donné information de ce fait au Gouvernement de l'Etat où la tutelle a d'abord été organisée. Ce Gouvernement en informera. soit l'autorité qui aurait institué la tutelle, soit, si une telle autorité n'existe pas, le tuteur lui-même.

La législation de l'Etat où l'ancienne tutelle était organisée décide à quel moment cette tutelle cesse dans le cas prévu par le présent article.

Art. 5.

Dans tous les cas, la tutelle s'ouvre et prend fin aux époques et pour les causes déterminées par la loi nationale du mineur.

Art. 6.

L'administration tutélaire s'étend à la personne et à l'ensemble des biens du mineur, quel que soit le lieu de leur situation.

Cette règle peut recevoir exception quant aux immeubles placés par la loi de leur situation sous un régime foncier spécial.

mundschaft steht der Anordnung einer neuen Vormundschaft unter Anwendung von Art. 1 oder Art, 2 nicht entgegen.

Von einer solchen Anordnung soll unverzüglich der Regierung desjenigen Staates, in welchem die Vormundschaft zuerst bestellt worden ist, Nachricht gegeben werden. Diese Regierung benachrichtigt (ihrerseits) entweder die Behörde, welche die Vormundschaft angeordnet hat, oder, falls eine solche Behörde nicht vorhanden ist, den Vormund selbst.

Die Gesetzgebung desjenigen Staates, in welchem die frühere Vormundschaft errichtet war, entscheidet darüber, mit welchem Zeitpunkte diese Vormundschaft in dem vorliegenden Falle ihr Ende erreicht.

Art. 5.

In allen Fällen wird die Vormundschaft eröffnet und beendet zu derjenigen Zeit und aus denjenigen Gründen, welche das Heimatgesetz des Minderjährigen festsetzt.

Art. 6.

Die vormundschaftliche Verwaltung erstreckt sich auf die Person und auf das gesamte Vermögen des Minderjährigen, einerlei, wo sich dasselbe befindet.

Diese Regel kann eine Ausnahme erleiden, rücksichtlich der Grundstücke, welche nach dem Gesetze des Staates, in dessen Gebiete sie sich befinden, einem besonderen Grundrechte unterliegen.

Art. 7.

En attendant l'organisation de la tutelle, ainsi que dans tous les cas d'urgence, les mesures nécessaires pour la protection de la personne et des intérêts d'un mineur étranger seront prises par les autorités locales.

Àrt. 8.

Les autorités d'un Etat sur le territoire duquel se trouvera un mineur étranger dont il importera d'établir la tutelle, informeront de cette situation, dès qu'elle leur sera connue, les autorités de l'Etat auquel le mineur ressortit.

Les autorités ainsi informées feront connaître le plus tôt possible aux autorités qui auront donné l'avis si la tutelle a été ou sera établie.

Art. 9.

La présente Convention ne s'applique qu'à la tutelle des mineurs ressortissants d'un des Etats contractants, qui ont leur résidence habituelle sur le territoire d'un de ces Etats.

Toutefois, les articles 7 et 8 de la présente Convention s'appliquent à tous les mineurs ressortissants des Etats contractants.

Art. 7.

Bis zur Anordnung der Vormundschaft, ebenso wie in allen dringenden Fällen, sind die zum Schutze der Person und der Interessen des ausländischen Minderjährigen erforderlichen Maßregeln von den Lokalbehörden zu treffen.

Art. 8.

Die Behörden eines Staates, auf dessen Gebiet sich ein ausländischer Minderjähriger befindet, über den eine Vormundschaft anzuordnen ist, haben von dieser Sachlage, sobald sie ihnen bekannt wird, die Behörden desjenigen Staates, welchem der Minderjährige angehört, zu benachrichtigen.

Die so benachrichtigten Behörden haben unverzüglich den Behörden, von welchen die Mitteilung ausgegangen ist, bekannt zu geben, ob die Vormundschaft angeordnet worden ist oder werden wird.

Art. 9.

Vorstehendes Abkommen findet nur Anwendung auf die Vormundschaft über Minderjährige, welche einem der Vertragsstaaten angehören und welche ihren ständigen Wohnsitz auf dem Gebiete eines dieser Staaten haben.

Indessen gelten die Art. 7 und 8 des vorstehenden Abkommens (ohne Einschränkung) für alle Minderjährigen, welche den Vertragsstaaten angehören.

Art. 10 = 9 des I. Abkommens. Art. 11 = 10 des I. Abkommens.

Art. 12 = 11 des I. Abkommens.

Art. 13 = 12 des I. Abkommens.

IV. Projet d'une Convention pour régler les conflits de lois relativement aux successions, aux testaments et aux donstions à cause de mort.

IV. Entwurf eines Abkommens sur Regelung der Gesetzeskollisionen, betreffend Hrbschaften, Testamente Schenkungen von Todeswegen.

(Eingang ähnlich wie oben.)

Art. 1.

Les successions sont soumises à la loi nationale du défunt, quels que soient la nature des biens et le lieu où ils se trouvent.

La validité intrinsèque et les effets des dispositions testamentaires ou des donations à cause de mort sont régis par la loi nationale du disposant.

Art. 2.

Les testaments et les donations à cause de mort sont valables, en ce qui concerne la forme, s'ils satisfont aux prescriptions, soit de la loi du lieu où ils sont faits, soit de la loi du pays auquel appartenait le disposant au moment oh il disposait,

Néanmoins, lorsque, pour les donations on pour les testaments faits par une personne hors de son pays, la loi nationale de cette personne exige, comme condition substantielle, que l'acte ait une forme déterminée par cette loi nationale, le testament ou la donation ne peut être fait dans une autre forme.

Sont valables en la forme les testaments des étrangers, s'ils ont été reçus, conformément à leur

Art. 1.

Die Erbfolge unterliegt dem Heimatgesetze des Erblassers. welcher Art auch die Vermögensstücke seien und an welchem Orte sie sich befinden mögen.

Die innere Gültigkeit und die Wirkungen der testamentarischen Verfügungen oder der Schenkungen von Todeswegen richten sich nach dem Heimatgesetze des fügenden.

Art. 2.

Testamente und Schenkungen von Todeswegen sind, was die Form betrifft, gültig, wenn sie entweder den Vorschriften des Gesetzes am Orte ihrer Vornahme genügen oder aber den Gesetzen desjenigen Landes, welchem der Verfügende zur Zeit der Verfügung angehörte.

Wenn jedoch das Heimatgesetz des Verfügenden bei Schenkungen oder Testamenten, die außer Landes vorgenommen werden, als materielle Bedingung erfordert. dass der Akt einer von dem Heimatgesetz bestimmten Form entspreche, so kann das Testament oder die Schenkung nicht in einer anderen Form errichtet werden.

Testamente von Ausländern sind der Form nach gültig, wenn sie nach Massgabe ihres Heimat-

loi nationale, par les agents diplomatiques ou consulaires de leur nation. La même règle s'applique aux donations à cause de mort. gesetzes vor den diplomatischen oder konsularischen Vertretern ihrer Nation aufgenommen worden sind. Die nämliche Regel gilt für Schenkungen von Todeswegen.

Art. 8.

AIL V

La capacité de disposer par testament ou par donation à cause de mort est régie par la loi nationale du disposant.

Art. 3.

_ .

Die Fähigkeit zu Verfügungen durch Testament oder durch Schenkung von Todeswegen richtet sich nach dem Heimatgesetz des Verfügenden.

Art. 4.

La loi nationale du défunt ou du disposant est celle du pays auquel il appartenait au moment de son décès.

Néanmoins, la capacité du disposant est soumise aussi à la loi du pays auquel il appartient au moment où il dispose.

Toutefois, si le disposant avait dépassé l'âge de la capacité fixé par la loi du pays auquel il appartenait au moment de la disposition, le changement de nationalité ne lui fait pas perdre cette capacité à raison de l'âge.

Art. 4.

Als Heimatgesetz des Erblassers oder des Verfügenden gilt das Gesetz desjenigen Landes, welchem er zur Zeit seines Ablebens angehörte.

Indessen unterliegt die Verfügungsfähigkeit auch dem Rechte desjenigen Landes, welchem der Verfügende zur Zeit der Verfügung angehört.

Hatte jedoch der Verfügende das von dem Gesetze des Landes, welchem er zur Zeit der Verfügung angehörte, festgesetzte Alter der Verfügungsfähigkeit erreicht, so hat ein Wechsel der Staatsangehörigkeit den Verlust dieser Altersfähigkeit nicht zur Folge.

Art. 5.

La capacité des successibles, des légataires et des donataires est régie par leur loi nationale.

Art. 5.

Die (Erb)fähigkeit der zur Erbfolge Berufenen, der Vermächtnisnehmer und der Beschenkten richtet sich nach ihrem Heimatgesetz.

Art. 6.

Les immeubles héréditaires et ceux légués ou donnés sont soumis à la loi du pays de leur situation,

Art. 6.

Die zu einer Erbschaft, einem Vermächtnis oder einer Schenkung gehörenden Grundstücke unter-

1

en ce qui concerne les formalités et les conditions de publicité que cette loi exige pour la constitution, la consolidation, le transfert et l'extinction des droits réels, ainsi que pour la possession visà-vis des tiers.

Art. 7.

Nonobstant les articles qui précèdent, la loi nationale du défunt me sera pas appliquée lorsqu'elle serait de nature à porter atteinte, dans le pays où l'application devrait en avoir lieu, soit aux lois impératives soit aux lois prohibitives consacrant ou garantissant un droit ou un intérêt social, déclarées par une disposition expresse applicables aux successions, aux donations à cause de mort et aux testaments des étrangers.

Est également réservée l'application des lois territoriales qui ent pour but d'empêcher la division des propriétés rurales.

Les Etats contractants s'engagent à se communiquer les lois prohibitives ou impératives au sujet desquelles ils auraient fait usage de la faculté réservée par l'alinéa 1, ainsi que les lois territoriales dont il s'agit dans l'alinéa 2.

Art. 8.

Sans préjudice des dispositions faites dans les limites fixées par la loi nationale du défunt, il ne liegen dem Gesetze des Landes, in welchem sie sich befinden, mit Bezug auf die Publizitätsformen und -Bedingungen, welche jenes Gesetz für die Errichtung, Vereinigung, Übertragung und Aufshebung der dinglichen Bechte, sowie für den Besitz gegenüber Dritten erfordert.

Art. 7.

Ungeachtet der voraufgehenden Artikel kommt das Heimatgesetz des Erblassers nicht zur Anwendung, wenn es seiner Beschaffenheit nach in dem Lande, wo die Anwendung stattzufinden hätte, gegen die gebietenden oder verbietenden Gesetze verstöfst, welche ein sociales Recht oder Interesse schützen oder gewährleisten, und welche durch eine ausdrückliche Bestimmung auf die Erbschaften, Schenkungen von Todeswegen und Testamente von Ausländern anwendbar erklärt worden sind.

Ebenso bleibt die Anwendung der territorialen Gesetze vorbehalten, welche zum Zweck haben, die Teilung des ländlichen Grundeigentums zu verhindern,

Die Vertragsstaaten verpflichten sich, einander die verbietenden und gebietenden Gesetze mitzuteilen, bezüglich deren sie von der nach Abs. 1 vorbehaltenen Befugnis Gebrauch gemacht haben, ebenso wie diejenigen territorialen Gesetze, welche unter Abs. 2 fallen.

Art. 8.

Unbeschadet der innerhalb der Schranken des Heimatgesetzes des Erblassers getroffenen Verfügunsera admis aucun prélèvement ni aucune inégalité au profit des nationaux des Etats contractants à raison de la nationalité des successibles, des légataires ou des donataires appartenant à ces Etats.

Art. 9.

Les autorités de l'Etat sur le territoire duquel la succession s'est ouverte prendront les mesures nécessaires pour assurer la conservation des biens héréditaires, à moins qu'il n'y soit pourvu, en vertu de conventions spéciales, par les agents diplomatiques ou consulaires de la nation à laquelle le défunt appartenait.

Art. 10.

Les Etats contractants conservent leur liberté de régler ce qui concerne la séparation des patrimoines, l'acceptation sous bénéfice d'inventaire, la renonciation et la responsabilité des héritiers vis-à-vis des tiers.

Art. 11.

La présente Convention ne s'applique que dans le cas où le défunt, au moment de son décès, appartenait à un des Etate contractants.

Chaque Etat contractant a la faculté d'exclure l'application de la présente Convention en ce qui concerne les successions de ses

(Übersetzung.)

gen, ist unzulässig irgend eine Vorempfang oder irgend eine Ungleichheit zum Vorteil der Angehörigen der Vertragsstaaten auf Grund der Nationalität der Erbfolgeberechtigten, Vermächtnisnehmer oder Beschenkten, welche diesen Staaten angehören.

Art. 9.

Die Behörden des Staates, auf dessen Gebiet die Erbschaft eröffnet ist, treffen die zur Sicherung und Erhaltung des Nachlasses erforderlichen Maßregeln, vorausgesetzt, daß nicht diese Fürsorge kraft besonderer Abkommen von den diplomatischen oder konsularischen Vertretern derjenigen Nation, welcher der Erblasser angehörte, übernommen wird.

Art. 10.

Die Vertragsstaaten behalten ihre Verfügungsfreiheit mit Besug auf die Rechtswohlthat der Gütertrennung, der Erbschaftsannahme unter der Rechtswohlthat des Inventars, der Erbschaftsausschlagung und der Haftung der Erben gegenüber Dritten.

Art. 11.

Vorstehendes Abkommen findet nur in dem Falle Anwendung, wenn der Erblasser zur Zeit seines Todes einem der Vertragsstaaten angehörte.

Jeder Vertragestaat ist befugt, die Anwendung des vorstehenden Abkommens auszuschliefsen mit Bezug auf die Erbschaften seiner

nationaux qui, lors de leur décès, auraient leur domicile dans un Etat non contractant. Staatsangehörigen, welche zur Zeit ihres Ablebens ihren Wohnsitz außerhalb der Vertragsstaaten haben.

Art. 12 = 9 des I. Abkommens.

Art. 13 == 10 des I. Abkommens.

Art. 14 = 11 des I. Abkommens.

Art. 15 = 12 des I. Abkommens.

(Fortsetzung im nächsten Heft.)

Zwei Fragen aus dem Auslieferungsrecht.

Von Landgerichtsrat Dr. Belius in Cottbus.

Das Reichsgericht hat sich in den letzten Jahren wiederholt mit Fragen des Auslieferungsrechts beschäftigen müssen, und es ist erfreulich, dass seine Entscheidungen regelmässig in Übereinstimmung mit den Ansichten der Theoretiker so gefällt worden sind, dass sie den Bedürfnissen der praktischen Rechtspflege entsprechen. Auch theoretische Streitfragen sind vom Reichsgericht in letzterem Sinne gelöst. Das gilt insbesondere von den Urteilen des I. und II. Strafsenats (Entsch. Bd. 30 S. 440 u. 31. S. 234), welche aussprechen, dass nach den meisten Verträgen des Deutschen Reiches (abgesehen von denjenigen mit Großbritannien, den Niederlanden und dem Kongostaat) es statthaft ist, einen Ausgelieferten wegen einer vor der Auslieferung begangenen Strafthat, die zwar auch zur Auslieferung verpflichtet, wegen welcher aber die Auslieferung nicht erfolgt ist, zu verurteilen, ohne dass es einer Zustimmung des ausliefernden Staates bedarf. In der Theorie ist diese Frage sehr streitig, und wird von den Gegnern geltend gemacht, dass der Staat, an den ausgeliefert ist, doch nicht einseitig über den Auslieferungscharakter dieser neuen Strafthat befinden durfe¹). Neuerdings hat das Reichsgericht indes zwei Urteile gefällt, welche zu einer Erörterung nötigen.

Der III. Strafsenat hat am 28. Februar 1901^a) die Strafverfolgung gegen einen von den Niederlanden auf Grund des Vertrages vom 31. Dezember 1896 (R.G.Bl. 1897 S. 731) nur

¹⁾ Vgl. Lammasch, Auslieferungspflicht 1887 S. 751 und Delius, Deutsches Auslieferungsrecht 1899 S. 70 ff.

Entsch. Bd. 34 S. 191.

wegen Betruges und Kuppelei Ausgelieferten wegen Pfandbruches (§ 137 R.St.G.B.), einer nicht in dem Vertrage angeführten Strafthat²), für unzulässig erklärt, obwohl der Angeklagte nach Eröffnung des Hauptverfahrens und wieder in der Hauptverhandlung gegenüber dem Gerichte ausdrücklich sich mit der Erledigung auch dieses Anklagepunktes (nämlich wegen Pfandbruches) einverstanden erklärt und beantragt hatte, alle ihm zur Last gelegten Strafthaten, einschließlich des Pfandbruches, in der anstehenden Verhandlung abzuurteilen⁴).

Dagegen hat der I. Strafsenat am 30. November 1899*) angenommen, a) daß ein auf Grund des Vertrags vom 14. Mai 1872 (R.G.Bl. 229) von Großbritannien Ausgelieferter die rechtliche Stellung eines solchen nicht verliere, wenn er nach Erledigung der Strafverfolgung, die seine Auslieferung herbeiführte, Gelegenheit zur Rückkehr nach Großbritannien gehabt hat; b) daß indes die Strafverfolgung bezüglich einer Strafthat, wegen welcher die Auslieferung nicht erfolgte, gegen einen solchen Ausgelieferten zulässig sei, wenn er, nachdem er nach Erledigung des Auslieferungsdelikts auf freien Fuß gesetzt ist, die ausdrückliche Erklärung abgegeben hat, daß er die Absicht, das Deutsche Reich zu verlassen und nach England zurückzukehren, aufgegeben habe und deshalb als (bayrischer) Staatsangehöriger im Lande verbleibe.

Folgt man der Ansicht des I. Strafsenats, so braucht ein von England Ausgelieferter, welcher außer dem Auslieferungsdelikt noch mehrere Strafthaten begangen hat, nach Erledigung des ersteren sich in Deutschland nur recht ruhig zu verhalten, insbesondere zu vermeiden, bezüglich seiner Aufenthaltsabsichten den zuständigen Behörden irgend eine Erklärung abzugeben, dann kann man ihm in Deutschland auch für die Zukunft nichts an-

³⁾ Das Reichegericht führt in den Gründen aus, dass die Genehmigung der niederländischen Regierung zur Aburteilung wegen Pfandbruchs hätte eingeholt werden sollen, bedeukt aber nicht, dass nach Art. 6 Abs. 3 des Vertrages nur wegen Auslieferungsdelikte Auslieferung bewilligt werden darf und zu letzteren der Pfandbruch nicht gehört. Die nachträgliche Zustimmung des Zufluchtsstaates steht einer Auslieferung völlig gleich.

⁴⁾ Entsch. Bd. 32 S. 425.

⁵⁾ Die Frage wird vom I. Strafsenat (Entsch. Bd. 32 S. 121) unentschieden gelassen.

haben. Lammasch, S. 785 Anm. 1 hält zwar die Bestrafung eines von England Ausgelieferten wegen eines anderen Delikts überhaupt für unzulässig, meint aber S. 775, daß ein solcher, wenn er auch Inländer sei, ausgewiesen werden könne. Der I. Strafsenat erklärt aber eine solche Maßregel einem deutschen Staatsangehörigen gegenüber für unzulässig. Nun würde ja, wenn es sich um gemeine Delikte handelte, durch Anträge bei der ausliefernden Regierung vielleicht die Erlaubnis zur Strafverfolgung sich erwirken lassen, obwohl dies nach manchen Verträgen des Deutschen Reiches nicht möglich ist, wenn es sich um ein Nichtauslieferungsdelikt handelt 6). Zweifellos unzulässig ist dies aber, wenn ein politisches Delikt in Frage steht. Im Deutschen Reiche wurde also diesfalls ein Hochverrater, Majestätsbeleidiger u. s. w. wohnen bleiben können und die Behörden müssten mit verschränkten Armen diesem Hohn auf die Strafiustiz zusehen. Dass dies bei Abschluss des Auslieferungsvertrages beabsichtigt gewesen sei, ist nicht anzunehmen. Bei richtiger Auslegung der Verträge kommt man aber auch zu einem befriedigenden Ergebnis.

Man muß sich zunächst vergegenwärtigen, welchen Zweck denn die Auslieferungsverträge verfolgen. Es soll durch das sog. Specialitätsprincip ermöglicht werden, daß der Verbrecher, der in dem fremden Staate Schutz gesucht hat, nicht wegen aller ihm zur Last gelegten Strafthaten, sondern nur wegen derjenigen bestraft wird, wegen welcher die Auslieferung bewilligt wird. Ein Ausgelieferter im Sinne der Verträge bleibt nun aber der Verbrecher nicht für alle Zeit, sondern nur solange, als er sich infolge der Auslieferung im Inlande aufhält. Ist er wegen des Auslieferungsdelikts freigesprochen oder hat er die Strafe abgebust, so hat er wieder die Wahl seines Aufenthaltsorts. Will er das Land verlassen, so braucht er dazu bald längere, bald kürzere Zeit. Ein von Belgien Ausgelieferter, der in Aachen das Gefängnis verläßt, ist der Grenze näher, als einer, der seine Strafe in Memel abgesessen hat. Aber auch andere Umstände, z. B. Krankheit, mangelnde Geldmittel u. s. w. können für die Dauer des Aufenthalts mitbestimmend sein. Um hier Meinungsstreitigkeiten von vornherein abzuschneiden, ist in man-

⁶⁾ Vgl. meine Abhandlung im Archiv für Strafrecht Bd. 46 S. 22.

chen Verträgen, z. B. mit Italien, der Schweiz, Schweden-Norwegen, Spanien und Uruguay, den Niederlanden, ausdrücklich bestimmt, dass das Strafverfolgungsrecht wieder aufleben soll, wenn der Ausgelieferte es versäumt hat, vor Ablauf einer Frist von drei Monaten 7) nach Verbüßung der Strafe u. s. w. das Land zu verlassen. Hier wird präsumiert, dass der Verbrecher jetzt im Inlande zu bleiben beabsichtige. Dass diese Vermutung durch den Nachweis, daß es dem Verbrecher nicht möglich gewesen sei, während der bestimmten Frist, z. B. wegen schwerer Krankheit, das Land zu verlassen, beseitigt werden kann, wird man einräumen müssen. Wo einschlägige Bestimmungen in den Vertragen fehlen, da ist nicht ohne weiteres auf einen ablehnenden Willen der Regierungen zu schließen, sondern anzunehmen, daß dieser Punkt nicht geregelt ist. Die deutschen Behörden werden diesfalls selbst prüfen müssen, ob der Verbrecher sich noch infolge der Auslieferung im Inlande aufhält. Hierzu ist die Genehmigung des ausliefernden Staates nicht erforderlich Bei jedem Staatsvertrage wird unter Umständen der eine Staat selbständig denselben interpretieren müssen; dies gilt besonders. wenn es sich um die Frage handelt, ob der Vertrag in zeitlicher Beziehung für den Specialfall noch maßgebend ist. Auch in dem eingangs mitgeteilten Urteile (Entsch. Bd. 30 S. 440) hat der I. Strafsenat zur Entscheidung, ob die andere Strafthat zu den Auslieferungsdelikten zähle, die deutschen Behörden allein für befugt erachtet. Unter der Herrschaft des alten Vertrages von 1850, welcher eine entsprechende Vorschrift nicht enthielt, teilte die niederländische Regierung bei Bewilligung der Auslieferung gleich mit, dass wegen des einen Nichtauslieferungsdeliktes (Blutschande § 173 Abs. 2 St.G.B.) Bestrafung dann eintreten könne, wenn der Verbrecher einen Monat Gelegenheit gehabt habe, Deutschland zu verlassen B). In England gestattet nun das Auslieferungsgesetz (extradition act. Sect. 3 No. 2 und Sect. 19)*) die unbeschränkte Strafverfolgung, wenn der Aus-

⁷⁾ Nach dem niederländischen Vertrage: 1 Monat.

⁸⁾ Vgl. Strafakten e/a. F. - Aktenseichen K. 14/90. Schwurg. Bielefeld.

⁹⁾ Vgl. Lammasch S. 785. Das Reichsgericht (Entsch. Bd. 12 S. 381) bat überdies angenommen, daß das englische Auslieferungsgesetz als Quelle des deutsch-englischen Auslieferungsvertrages zu betrachten sei und somit zur Auslegung des letzteren herangezogen werden könne.

gelieferte Gelegenheit gehabt hat, in das Land zurückzukehren, von dem er ausgeliefert war, ohne dieselbe benutzt zu haben.

Wenn diese Vorschrift in den Vertrag nicht aufgenommen ist, so ist dies damit zu erklären, dass man sie für selbstverständlich hielt. Eine Interpretation eines völkerrechtlichen Vertrages dahin, daß alles, was in demselben nicht erwähnt ist, für verboten erachtet ist, ist unzulässig. Der I. Strafsenat hat sich denn auch, obwohl der englische Vertrag ebenfalls hierüber nichts enthält, dazu verstanden, einer Erklärung des Verbrechers, fortan im Inlande wohnen zu wollen, die Wirkung einer Aufhebung der Suspension des Strafverfolgungsrechtes des Staates, dem die Auslieferung bewilligt ist, zuzugestehen. Dieser Rechtsgrundsatz ist gewifs zu billigen. In den Urteilsgrunden heisst es: "Die Beschränkungen der Justizhoheit des ersuchenden Staates sind getroffen, weil der Ausgelieferte sich in das Gebiet des ausliefernden Staates geflüchtet und dessen Schutz in Anspruch genommen hat. Wenn nun zufolge der Erklärung des Ausgelieferten, dass er die Eigenschaft eines Flüchtlings aufgebe und in seiner Eigenschaft als Staatsangehöriger im Gebiete des ersuchenden Staates verbleibe, der Grund des Schutzes wegfallt, so liegt es weder im Interesse des ausliefernden Staates, dessen Asyl der Ausgelieferte nicht mehr will, ihm die Rechte des Flüchtlings aufzudrängen, noch kann dem ausliefernden Staate die Befugnis zustehen, über ihn die Nachteile, die in der Eigenschaft eines Ausgelieferten liegen, gegen seinen Willen zu verhängen." Ist dieser Satz richtig, dann ist nicht einzusehen, weshalb der Verbrecher sich der Eigenschaft des Flüchtlings erst nach Erledigung des wegen des Auslieferungsdelikts eingeleiteten Strafverfahrens und wenn er sich auf freiem Fusse befindet, entledigen darf und nicht schon vor Beendigung des Verfahrens, während er noch in Haft sich befindet. Natürlich muss die Erklärung eine zweiselssreie sein und auf dem ernsten Willen des Verbrechers beruhen. Auch konkludente Handlungen, z. B. Verzicht auf Rechtsmittel, werden unter Umständen ausreichen. Es kann im Interesse des Ausgelieferten liegen, seine Unschuld wegen des anderen Deliktes möglichst bald nachgewiesen zu sehen oder sich die Vorteile des § 79 St.G.B. bei gleichzeitiger Aburteilung mit dem Auslieferungsdelikt zu sichern. Wenn die Verträge keine Vorschriften hierüber enthalten, so erklärt sich dies ebenfalls damit, daß man eine solche für selbstverständlich erachtet hat.

Der I. Strafsenat gestattet die unbeschränkte Strafverfolgung. obwohl der englische Vertrag auch hierüber keine Bestimmung enthält, wenn der Ausgelieferte nach Erledigung des Strafverfahrens, das zur Auslieferung geführt hat, in das Gebiet des ausliefernden Staates zurückgebracht wurde oder zurückgekehrt ist, späterhin aber freiwillig 10) in den Staat, an den er zuvor ausgeliefert gewesen war, wieder zurückkehrt. Mit Recht betont hier der Senat, dass seine frühere Eigenschaft als eines Flüchtlings und Ausgelieferten einen rechtlichen Einfluß nicht mehr äußern könne, weil er nunmehr nicht als Ausgeliefertersondern aus eigener Willensentschließung den Staat, in dessen Schutz er stand, verläßt. Gleichwohl ist in einzelnen Verträgen des Deutschen Reiches, z. B. mit Spanien, der Schweiz, Italien u. s. w., eine ausdrückliche diesbezügliche Bestimmung getroffen. Dieselbe ist überflüssig und, wie auch Lammasch S. 779 anerkennt, nur geeignet, Mißverständnisse zu provozieren. Man ersieht hieraus, wie die Fassung vieler Auslieferungsverträge eine unglückliche ist und es bedenklich erscheint, sich lediglich an den Wortlaut zu halten.

Wir resumieren dahin:

- 1. Das durch das Specialitätsprincip suspendierte Strafverfolgungsrecht des ersuchenden Staates lebt in vollem Umfange wieder auf, sobald der Ausgelieferte nicht mehr infolge der Auslieferung, sondern auf Grund eigener Willensrichtung im Inlande verbleibt. Schreibt der Auslieferungsvertrag keine bestimmten Aufenthaltsfristen vor, so entscheiden über die Frage die Gerichte des ersuchenden Staates.
- 2. Der Angeschuldigte kann sich jederzeit mit der Ausdehnung der Anklage auf Nichtauslieferungsdelikte einverstanden erklären. Formvorschriften der Verträge sind aber zu beachten ¹¹).

¹⁰⁾ Nicht etwa im Wege einer neuen Auslieferung oder durch force majeure wie Kriegagefangenschaft, oder Schiffbruch, oder als Zeuge, der einer Ladung des betreffenden Staates vom Auslande her Folge leistet.

¹¹⁾ Das schweis. Auslieferungsgesets vom 22. Januar 1892 Art. 7 verlangt z. B. Zustimmung des Verteidigers oder Rechtsbeistandes.

Ein Projekt Napoleons des Ersten zur Kodifizierung des Neutralitäturschies zur Sos.

Von Dr. P. Fauchille in Paris, Herausgeber der "Revue générale de droit international public", Associé des "Institut de droit international".).

Am 16. April 1856 unterzeichneten Frankreich, Österreich, Großbritannien, Preußen, Rußland, Sardinien und die Türkei auf Initiative des Bevollmächtigten von Frankreich^a) in Paris eine Deklaration, welche die Kaperei abschaffte, die fingierten Blockaden aufhob und die Unverletzlichkeit des feindlichen Eigentums unter neutraler Flagge, des neutralen Eigentums unter feindlicher Flagge, mit Ausnahme der Kriegskontrebande, aussprach. Bald darauf stimmten dem auch die anderen Staaten, um deren Beitritt man sich bemüht hatte, außer Spanien, Mexiko und den Vereinigten Staaten, zu. So wurden die Grundlagen für ein allgemeines Seerecht in Kriegszeiten gelegt.

Diese Übereinstimmung, aus der sich immer das Völkerrecht entwickelt, war nichts neues; neu war nur, daß England sich daran beteiligte. In der That hatte die Kaiserin von Rußland, Katharina II., bereits 76 Jahre früher, vom 27. Februar bis zum 1. März 1780, auf Anstiften eines Ministers Ludwigs XVI., des Grafen Vergennes³), eine Deklaration erlassen, welche Österreich, Dänemark, die beiden Sicilien, Spanien, die Vereinigten Staaten, Frankreich, Portugal, Preußen und Schweden

¹⁾ Übersetzt von L. Niemeyer in Kiel.

²⁾ In der Sitzung vom 8. April 1856 hatte Graf Walenski dem Pariser Kongress vorgeschlagen, Verhaltungsregeln festzusetzen, die für das Recht der Neutralen auf See günztig wären. (De Clercq, Recenil des traités de la France, t. VII, p. 78--79.)

³⁾ Paul Fauchille, La diplomatie française et la Ligue des neutres de 1780 p. 355.

acceptierten; nach deren Vorschriften waren alle neutralen Schiffe autorisiert, frei von Hafen zu Hafen und an den Küsten der kriegführenden Nationen zu verkehren; die den Unterthanen der kriegführenden Mächte gehörenden Waren, mit Ausnahme der Kontrebande, auf neutralen Schiffen waren frei; die Kriegskontrebande war auf Kriegsmunition beschränkt und nur die Blockade verbindlich, die über einen Hafen verhängt war, in den einzulaufen, wegen der Vorkehrungen der mit festliegenden und genügend nahen Schiffen angreifenden Macht, eine augenscheinliche Gefahr brachte. Dieser ersten Allianz bewaffneter Neutralität folgte eine andere, die 1800 unter Paul I. von Rußland mit Dänemark. Preußen und Schweden geschlossen wurde. und welche den von der ersten festgesetzten Punkten die folgende Verordnung, betreffend die Visitation der Begleitschiffe, hinzufügte: "Es genügt, dass der Offizier, der ein oder mehrere Kriegsschiffe, die Handelsschiffe begleiten, befehligt, erklärt, daß sein Convoy keine Kontrebande führt, um eine Visitation nicht stattfinden zu lassen."

Die Pariser Deklaration vom 16. April 1856 hat noch eine andere Vorgängerin; doch ist diese, obgleich vielleicht bemerkenswerter, weniger bekannt, denn sie rührte von einem Souverän her, dessen kriegerischer Charakter wenig zu Handlungen der Humanität neigte⁴).

Die Idee, welche Napoleon III. 1856 verwirklichte, war bereits von dem Begründer seiner Dynastie, Napoleon I., ins Auge gefast. Am Vorabend seines Sturzes 1813 hat der große Kaiser daran gedacht, unter den bedeutendsten Staaten der Welt ein Einverständnis zum Schutz der Rechte der Neutralen auf See herzustellen.

Am 9. November 1818 proponierten die verbündeten Souveräne von England, Österreich, Preußen und Rußland dem bei Leipzig besiegten Napoleon, durch Vermittelung eines seiner früheren Minister in Weimar, des Herrn von Saint-Aignan, den Zusammentritt eines Kongresses, um über einen allgemeinen Frieden zu Wasser und zu Lande auf Grund der natürlichen Grenzen

⁴⁾ M. Danewski, Professor an der Universität von Charkow hat in acinem 1879 zu Moskau veröffentlichten "Aperçu historique de la neutralité", die Deklaration von 1856 für "die erhabenste und humanitärste Verordnung des XIX. Jahrhunderts" erklärt.

Frankreichs und einer vollkommenen Unabhängigkeit aller Nationen zu verhandeln. Der Kaiser antwortete ihnen am 16., daß er den von Herrn von Baint-Aignan angegebenen "allgemeinen und kurzgefaßten Grundlagen für einen Frieden" zustimmen werde. Frankreich werde gern dem Frieden Opfer bringen, besonders wenn auch England seinerseits auf seine maritimen Eroberungen Verzicht leiste, die man rechtmäßig von ihm zurückverlangen könne und wenn es einwillige, die Handelsprincipien, die es auf dem Lande zur Geltung zu bringen beanspruche, auch auf See anzuerkennen"). Am selben Tage gab er dem Herzog von Vicence, der ausersehen war, ihn in Mannheim zu vertreten, detaillierte Instruktionen, die sicher sein persönliches Werk waren, denn sie waren nach seinem eigenen Diktat geschrieben").

In diesen Instruktionen findet man die Ideen, welche Napoleon in Bezug auf das Seerecht gern von den Großmächten angenommen wissen wollte. Nachdem er seinem Bevollmächtigten "alle Verzichtleistungen, Rückgaben und Bestimmungen über Territorien bezeichnet hatte, mit denen er sich einverstanden erklären konnte, und die, wie man zugeben muß, ein wenig von den durch die Verbündeten") vorgeschlagenen abweichen, befahl der Kaiser ihm thatsächlich, "gewisse Bedingungen zu stellen, um die Unabhängigkeit aller Staaten und die Unabhängigkeit aller Flaggen zu sichern." Bei diesem Vorschlag entwickelte

⁵⁾ In den Archiven des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten von Frankreich, Mémoires et documents, fonds France, t. 668, findet sich der Text dieser Antwort Napoléons unter dem Datum des 2. Des. 1819 und derjenige der verschiedenen Pläne, die hierüber vom Herzog v. Vicence vorbereitet waren.

⁶⁾ Diese Instruktionen, die in den Archiven des Ministeriums des Außern von Frankreich aufbewahrt werden (Mémoires et documents, fonds France, t. 668 Bl. 38-63), tragen in der That den Titel: "Projet d'Instructions générales pour le Duc de Vicence d'après une dictée de l'Empereur, du 2 dec. 1813". Sie umfassen nicht weniger als 50 Seiten einer kleinen gedrängten Handschrift.

⁷⁾ Obgleich Napoleon erklärte, sich mit den natürlichen Grenzen Frankreichs begutigen zu wollen, die vom Rhein, den Alpen und Pyrensen gebildet würden, so behielt er sich doch vor, soviel als möglich tiber diese Grenzen hinaus zurück zu behalten. Vgl. Thiers, Histoire du Consulat et de l'Empire t. XVII p. 60.

er in langen Auseinandersetzungen die Regeln des Völkerrechts, die man anerkennen müsse.

"Die Unabhängigkeit eines Staates besteht darin," sagte er. _dass kein fremder Wille darin herrschen kann, und folglich auch darin. daß keine fremde Macht darin eingeführt werden kann. Also, da die Herrschaft nur von dem Starken über den Schwachen ausgeübt werden kann, so folgt, dass, um die Unabhängigkeit aller Staaten zu sichern, die Verabredung nötig ist und gleichzeitig genügt: dass kein Staat Truppen, gleichviel welcher Zahl, in das Gebiet eines schwächeren anderen Staates hinein führen darf, selbst nicht um durchzumarschieren." Dann, auf die Grundsätze, welche sich auf das Seerecht beziehen, übergehend, und sich hierüber ausführlicher auslassend, drückt sich Napoleon in folgenden Worten aus: "Die Unabhängigkeit der Flagge besteht darin, dass jeder Unterthan eines neutralen Staates in voller Sicherheit und Freiheit mit seinen Schiffen von jedem Hafen nach jedem anderen Hafen oder Ort fahren kann. und, wenn der Souveran, unter welchem der Hafen oder Ort steht, ihm das Einlaufen in denselben gestattet hat, dort auch einlaufen und Handel treiben kann (sofern es nicht ein augenblicklich thatsächlich belagerter, blockierter oder eingeschlossener Ort ist) und dass er alle Waren, gleichviel wem sie gehören, von jedem Ort auch nach jedem anderen Ort bringen kann (wofern der Bestimmungsort nicht in einem kriegführenden Lande liegt und die Waren nicht Waffen oder Munition sind), sowie auch alle Personen ohne Unterschied der Nation oder des Standes (wofern es nicht im Dienst der Kriegführenden stehende Soldaten sind). Diese dem Naturrecht entnommenen Regeln sind genau dieselben, welche England und Frankreich sich durch die Verträge zu Utrecht und zu Versailles 1786 zu halten verpflichtet haben, aber nur in ihrem gegenseitigen Verhältnis und keineswegs im Verhältnis zur Schiffahrt der anderen Mächte. so dass sie während der Dauer der Verträge von Utrecht und Versailles das besondere Recht Englands und Frankreichs, aber nicht ein allgemeines europäisches Recht gebildet haben, und daß das, was nichts als der Ausdruck eines Princips war, nur eine Konzession zu sein schien, welche die beiden Mächte sich gegenseitig gemacht hätten. Die Konzession, wenn es eine war, wurde für Frankreich nur in dem fast chimären Fall von Nutzen sein, wo es selbst neutral, England es aber nicht ware; wurde das Princip dagegen anerkannt und seine Anwendung so allgemein, wie sie es sein sollte, so wurde Frankreich sichere und bleibende Vorteile daraus ziehen."

Napoleon I. legte großen Wert darauf, dass diese Fragen so von den Verbündeten behandelt würden. "Da man," so fügte er seinen Instruktionen hinzu, "eine allgemeine und summarische Grundlage für den Frieden aufgestellt hatte, die Frankreich, ohne sich dadurch zu ganz bestimmten Opfern zu verpflichten oder vielmehr ohne diese Opfer im voraus zu bringen. nicht annehmen konnte, so hätte die Gerechtigkeit verlangt, daß sich auch die Verbündeten ihrerseits zu gleich bestimmten Opfern verpflichteten, statt, wie sie es gethan haben, nur sehr vage Versprechungen in dieser Hinsicht zu machen. Sie und vor allen Dingen die Engländer müssen also von Eröffnung der Verhandlungen an, ersucht werden, sich in bestimmter Art auszudrücken, wenigstens sich im allgemeinen über die Opfer zu erklären, die sie zu bringen bereit sind . . . Wenn das Princip der Unabhängigkeit nur auf dem Lande zur Anwendung käme, würde das Meer unter der Herrschaft Weniger oder eines Einzigen stehen, und die anderen Völker könnten, wenn es ihnen nicht untersagt wurde, sich dort zu zeigen, das Meer nur als Sklaven durchschiffen. So hat denn Frankreich mit Recht verlangt, dass das Princip der Unabhängigkeit auf alle Staaten ausgedehnt werde. und auf dem Meer gelte wie auf dem Lande. Dies ist eine Forderung, auf der sein Bevollmächtigter bestehen muß, und von der Frankreich nicht ablassen kann."

Der Kaiser legte auch Gewicht darauf, daß die Ansichten, denen er Ausdruck verliehen, korrekt wiedergegeben und klar formuliert würden. Denn kaum hatte er sie angegeben, so setzte er selbst die Ausdrücke fest, in denen der Artikel, der sich auf das Seerecht bezog, abgefaßt werden müßte. Dies war ein ziemlich neues Verfahren in der Diplomatie. Es ist thatsächlich nicht Brauch, daß ein Souverän in den Instruktionen, die seinen Bevollmächtigten zugehen, die Ideen, die er ihnen zu verteidigen vorschreibt, paragraphenweise angiebt. Hierin zeigt sich das ganze Interesse, das er für den Gegenstand hegte. "Der Bevollmächtigte Sr. Majestät," erklärten die Instruktionen

dem Herzog von Vicence, "müsse verlangen, daß die Unabhängigkeit aller Flaggen durch eine Klausel wie etwa die folgende gesichert werde:

"Die kontrahierenden Großmächte erkennen als Recht ieder kriegführenden Macht an: erstens, Handelsschiffe, gleichviel welcher Nation sie angehören oder unter welcher Flagge sie fahren, zu hindern, in einen Hafen einzulaufen, den sie thatsächlich belagert, eingeschlossen oder blockiert hat; zweitens: die Handelsschiffe durch ihre Kriegsschiffe durchsuchen zu lassen. und im Fall sich auf ihnen, sei es Waffen und Kriegsinstrumente für einen Ort des feindlichen Gebietes oder für einen Ort im Machtbereich des Feindes, sei es Soldaten, befinden, die im thatsächlichen Dienst des Feindes stehen, dieselben zurückzubehalten: dass aber jedes Hindernis und jede Schwierigkeit, die von den kriegführenden Mächten der freien Schiffahrt der Handelsschiffe unter der Flagge einer verbündeten, befreundeten oder neutralen Macht, die von irgend einem Ort nach irgend einem anderen, nicht wirklich und thatsächlich belagerten, eingeschlossenen oder blockierten Ort führt, auf See in den Weg gelegt wird und jede Beschlagnahme an Bord genannter Schiffe von allen Sachen und Personen, die nicht unter die oben bezeichnete Kategorie gehören. Verletzungen des Völkerrechts sind, die die hohen Mächte sich verpflichten, weder gut zu heißen noch zu erlauben, daß diese sich vielmehr verpflichten, diejenigen ihrer Unterthanen oder in ihrem Dienst stehenden Personen zu bestrafen. die sich derselben schuldig gemacht haben."

So wollte also Napoleon I. das ins Werk setzen, was Katharina II. und Paul I. 1780 und 1800 ausgeführt hatten und was Napoleon III. 1856 verwirklichen sollte. Er beabsichtigte, daß der Fortschritt des Seerechts ein wirklich internationales Werk werde, daß es nicht nur eine Angelegenheit dieses oder jenes Volkes sein möge, sondern eine Angelegenheit von allgemeinem europäischen Interesse. Auch ging sein Plan dahin, daß die Vereinigten Staaten sich gleicherweise daran beteiligten, denn für ihn waren die Vereinigten Staaten, wenn auch auf einer andern Halbkugel liegend, doch eine wahrhaft europäische Nation. Er forderte also in seinen Instruktionen, daß die Amerikaner Bevollmächtigte auf den Kongreß schicken sollten; ihr Partikularfriede (mit England) müsse ein Element für den

allgemeinen Frieden bilden, und sie sollten die Konvention, welche in Mannheim angenommen würde, unterzeichnen. Er wollte, dass nicht Separatakte mit jeder der auf der Konferenz vertretenen Mächte abgeschlossen würden, sondern ein einziger Akt, dem alle zustimmten.

Die Vorachriften, die vom Kaiser vorgeschlagen waren, um, nach seinen eigenen Worten, das allgemeine Recht Europas (le droit général de l'Europe) zu konstituieren, wichen übrigens nicht wesentlich von denen ab, welche in St. Petersburg angenommen waren, und die später in Paris bestätigt wurden. 1813 ebenso wie 1780, 1800 und 1856 galt es, die Unterdrückung der fingierten Blockaden und die Unverletzlichkeit des feindlichen Eigentums unter neutraler Flagge zu proklamieren.

Man muste sogar in gewissem Sinne weiter gehen. In der That bezeichnete der Plan Napoleons I., im Gegensatz zu den Pariser Verordnungen und in gewisser Hinsicht auch zu denen von St. Petersburg, nicht nur die Artikel der Kontrebande, die er auf "Waffen und Kriegsmunition" beschränkte, sondern er traf auch Vorsichtsmaßregeln für den Personentransport, der den Neutralen verboten war und den er auf _thatsächlich im Dienst einer feindlichen Macht befindliche Soldaten" beschränkte. Er that noch mehr. Er stellte die Verordnungen über den Handel und den verbotenen Transport fest. Die Gegenstände. die Kontrebande ausmachten, und die Personen, deren Transport verboten war, konnten allein von den Kriegführenden beschlagnahmt werden. Endlich verpflichtete er die kriegführenden Mächte, diejenigen ihrer Unterthanen zu bestrafen, welche der freien Schiffahrt der Neutralen, ausgenommen im Fall einer wirklichen Blockade oder eines Transports von, oder des Handels mit Kontrebande, Hindernisse in den Weg legten.

Wenn aber das vom Kaiser geforderte System in diesen Punkten vollständiger war, so war es das in anderen Punkten weniger. Einmal sprach er im Gegensatz zu der bewaffneten Neutralität von 1800 nicht über die Frage des Convoys. Andrerseits sah er, entgegen der Deklaration von Paris, weder die Abschaffung der Kaperei noch die Unverletzlichkeit des neutralen Eigentums unter feindlicher Flagge vor. In dieser letzten Hinsicht handelt es sich um eine getreue Nachahmung der Deklarationen von Katharina II. und Paul I. Die Kriegsmarinen Frankreichs

und der anderen Mächte waren noch so viel tiefer stehend als die Englands, dass die Abschaffung der Kaperei für sie ein zu großes Opfer bedeutet hatte. Auch konnte Napoleon die Dienste. welche die Korsaren in früheren Kriegen seinem Lande geleistet hatten, nicht vergessen. Was das Stillschweigen über das Geschick der neutralen Güter unter feindlicher Flagge anlangt, so erklärt es sich aus der Erwägung, dass man damals die Beschlagnahme des neutralen Eigentums auf feindlichen Schiffen als eine den Kriegführenden zugestandene Konzession ansah, um dafür die Unverletzlichkeit der feindlichen Waren auf neutralen Schiffen zu erhalten. Von dem Augenblick an, wo diese letztere anerkannt war, musste man aber notwendigerweise die Beschlagnahme der neutralen Güter unter feindlicher Flagge zulassen. 1-4 Dies war das System des internationalen Rechts, das an seinen Namen zu knüpfen Napoleon gedacht hatte. Traum konnte leider nicht verwirklicht werden. greis von Mannheim fand nicht statt. Seit die verbündeten Souverane Herrn de Saint-Aignan beauftragt hatten, dem Kaiser den Frieden anzubieten, waren ernste Ereignisse eingetreten, welche die Dispositionen der Verbündeten geändert hatten: die Koalition hatte ihre Macht gefühlt und war von einer vorübergehenden Mässigung zu einem wahrhaften Übersluten der Leidenschaften gekommen. Bald war Frankreich der Krieg auf Leben und Tod erklärt; Ende Dezember begannen die Verbundeten ihren Einfall in das französische Gebiet, der mit der Abdankung Napoleons I. enden sollte. Einen Augenblick konnte man indes glauben, dass der Kampf aufhören wurde. Am 29. Januar 1814 schlugen die Gegner Napoleons ihm die Zusammenkunft eines Kongresses in Chatillon vor, um dort über den Frieden auf der Basis der französischen Grenzen von 1789 zu verhandeln. Dieser Kongreis wurde thatsächlich 5. Februar in dieser Stadt eröffnet 8). Obgleich er aber bis zum 18. März dauerte, kam es nicht zu einem endgültigen Resultat. Der Vertreter Napoleons, noch immer der Herzog von Vicence, hatte nicht einmal Gelegenheit, dort die Gedanken

⁸⁾ Am 4. Febr. hatte man sich damit begnügt, sich auf den folgenden Tag zu vertagen (Archives aff. étrang., Mémoires et documents, fonds France \$. 668).

und Entwürfe seines Herrn in Sachen des Seenschts vorzubringen. Denn sehon in der ersten wirklichen Bitzung des Kongresses am 5. Februar erklärten die Bevollmächtigten der Verbundeten, dass die Kodifikation des Secrechts nicht in die Diskussion gezogen werden dürfe. "Die verbündeten Höfe", so sagten sie, "halten an der Erklärung der britischen Regierung fest, dass jede Diskussion über die Kodifikation des Secrechts den Gebräuchen zuwiderlaufen würde, die in Verhandlungen wie der gegenwärtigen, bisher beehachtet worden sind. Großbritannien fordert von den anderen Nationen keine Konzessionen und bewilligt ihnen auch keine in Bezug auf Rechte, die es für gegenseitig verpflichtend und für derartig hält, dass sie nur durch das Völkerrecht geordnet werden dürfen, ausgenommen wo diese selben Rechte durch besondere Vereinbarungen einzelner Staaten modifiziert sind: Als der Herzog von Vicence diese Erklärung erhielt, sah er ein, dass jede Diskussien unnötig sein würde und beschränkte sich darauf zu antworten: _es sei nie Frankreichs Absicht gewesen, etwas zu fordern, was die Grundsätze des Völkerrechts beeinträchtige "Ich habe", sagte er, "keine weitere Bemerkung zu machen." *)

So waren wie 1780 und 1800 auch 1814 die Versuche, die Freiheit der Neutralen zu sichern, an Englands Verhalten gescheitert. Dies mußte für Napoleon eine große Enttäuschung sein; denn die Ideen, die er in seinen Instruktionen an den Herzeg von Vicence so entschieden von sich gegeben, waren im ganzen nur der Ausdruck eines schen älteren Gedankens. Sie waren sogar eigentlich nur eine Einschränkung desselben. 1806 auf der Höhe seiner Größe, als er mit einem Federstrich Großsbritannien für blockiert erklärte, "um dieses dahin zu bringen, die wahren Principien des Völkerrechts anzunehmen", hatte er bekanntgegeben, welches seiner Meinung nach diese Principien sein müßten, und sie waren die denkbar weit gehenden; er verlangte damals nicht allein Achtung vor dem feindlichen Eigentum unter neutraler Flagge, sundern sogar Achtung vor dem neutralen und feindlichen Eigentum auf

⁹⁾ Protokolle der Konferensen von Chatillon-sur-Seine. Sitzung vom 5. Febr. um 1 Uhr Nachm. (Archives aff. étrang., Memoires et documents, fonds France, t. 668 S. 184).

feindlichen Schiffen. "Das Krieggrecht", erklärte er in der Motivierung des Berliner Dekrets vom 21. November 1806. "ist zu Wasser und zu Lande dasselbe, es kann sich weder aufirgend welches Privateigentum erstrecken, noch auf die Person der Individuen, die dem Waffenhandwerk fremd gegenüber stehen, und das Blockaderecht muß auf die befestigten Plätze beschränkt sein, die thatsächlich von genügenden Streitkräften belagert sind 10). Ahnliche Ansichten legte er am 10. März 1812 an den Tag, als er sich von seiner Regierung einen Bericht über das Recht der Neutralen schicken liefs, um ihn dem Senat mitzuteilen. In seinen Augen verlangten die Stimme der Ehre und das Interesse des Volkes die folgenden Grundsätze: _1. Die Flagge deckt die Ware. Die Ware unter neutraler Flagge ist neutral, wie die neutrale Ware unter feindlicher Flagge feindlich ist. 2. Die einzigen Waren, welche die Flagge nicht schützt, sind die Waren der Kontrebande, und die einzigen Waren der Kontrebande sind Waffen und Kriegsmunition. 3. Jede Durchsuchung eines neutralen Schiffes von einem Kriegsschiff darf nur von einer kleinen Anzahl Menschen ausgeführt werden, während sich das Kriegsschiff außerhalb der Schußweite der Kanonen aufhält. 4. Jedes neutrale Schiff darf von einem feindlichen Hafen nach anderen feindlichen und nach neutralen Häfen Handel treiben. 5. Einzig ausgenommen sind die thatsächlich blockierten Häfen und unter diesen versteht man solche, die, in der Absicht genommen zu werden, blockiert und eingeschlossen sind und in die ein Handelsschiff nicht ohne Gefahr einlaufen könnte 11).*

War Napoleon aufrichtig, als er sich in dieser Weise zum Vorkämpfer des internationalen Rechts aufwarf? Thatsächlich hat er 1813 ebensowenig wie 1806 oder 1812 eine ideale Politik verfolgen wollen. Die Interessenpolitik ist stets die seine gewesen. Die freie Schiffahrt der Neutralen schien ihm das einzige Mittel, um während des Krieges mit England Frankreichs Handel zu sichern. Und man darf seine Haltung thatsächlich nicht tadeln. Es ist Pflicht eines Staatsmannes, die Interessen seines Landes zu wahren, auch wenn sie denen der anderen

¹⁰⁾ G. F. de Martens, Nouveau recevil de traités, t. I p. 439.

¹¹⁾ G. F. de Martens, op. cit. t. I p. 530.

Länder entgegen sind. Hier aber war die Politik der praktischen Ziele nicht im Widerspruch mit der Humanität; denn die Kriegsund Handelsmarinen Großbritanniens waren damals so mächtig, daß im Fall eines Konfiikts mit Großbritannien kein europäischer Staat seinen Handel wirksam verteidigen konnte, ohne hinter dem Recht Schutz zu suchen. Österreich, Preußen und Rußland haben dies 1814 aber nicht verstanden, vielleicht geblendet durch Mißtrauen gegen den außergewöhnlichen Menschen, dessen Opfer sie gewesen waren und der während so langer Jahre Europa auf ihre Kosten regiert hatte.

Die zeitliche Geltung der Kollisiensnormen.

Von Dr. Karl Heumeyer, Privatdocent in München.

Die Frage, ob neue gesetzliche Bestimmungen über internationales Privatrecht auch auf Fälle anzuwenden seien, die sich vor ihrem Erlass zugetragen haben, ist heute in Deutschland brennend wie nur eine. Die Mehrzahl der Stimmen in Theorie und Praxis haben die Frage verneint, andere, und vornehmlich Niedner, sind zu einer bejahenden Antwort gekommen 1). Nun hat auch Frans Kahn, dem die neuere Entwickelung des internationalen Privatrechts grundlegende Förderung verdankt, in dieser Sache das Wort ergriffen*), und die Ergebnisse, zu denen Kahn gelangt ist, weichen von allen bisherigen Lösungen ab. Sie lassen sich im wesentlichen dahin zusammenfassen: regelmaßig gilt das Kollisionsrecht des E.G. auch für Thatbestände aus der Zeit vor dem 1. Januar 1900; die partikularen Kollisionsnormen bleiben nur dort von Bedeutung, wo sie vor diesem Zeitpunkt zur Anwendung der eigenen Rechtsordnung geführt haben. Ich vermag die Lösung, die Kahn aufstellt, nicht für zutreffend zu halten, und es scheint mir darum bei dem Gewicht. das den Meinungsäußerungen des Verfassers zukommt, eine alsbaldige Auseinandersetzung geboten.

1. Den Vertretern der Meinung, dass für alte Rechtsverhältnisse altes Kollisionsrecht in Kraft bleibe, stellt Kahn

Wobei jedoch Niedner für nur innerdeutsche Kollisionen eine Ausnahme macht.

²⁾ Das zeitliche Anwendungsgebiet der örtlichen Kollisionsnormen. Abhandlungen aus dem internationalen Privatrecht IV. Jherings Jahrbücher für die Dogmatik des bürgerlichen Rechts Bd. 43 S. 299—434. Hier S. 299 Ann. 1 und S. 300 Ann. 1 auch die Litteratur. Dazu etwa noch Erlaß des preußischen Ministeriums des Innern vom 21. März 1870 bei Cahn, Staatsangehörigkeitsgesets 2. Aufl. S. 287.

(S. 300 f., 308 ff.) eine Überlegung entgegen, von der in einer ähnlichen Frage schon das Reichsgericht Gebrauch gemacht hatte⁸): der Gegensatz altes und neues Recht besteht nur für die inländische Rechtsordnung; wenn man feststellt, daß ein Rechtsverhältnis dem alten Recht unterliegt, so hat man damit überhaupt schon entschieden, daß inländisches Recht zur Anwendung kommen soll; die Verhältnisse, die dem ausländischen Recht angehören, stehen jenseits von alt und neu.

In der That, ein Wechsel des materiellen Rechts bedeutet einen häuslichen Vorgang im Innern eines Rechtsgebietes, der das Verhältnis dieses Rechtsgebietes zu anderen Rechtsgebieten nicht berührt. Für eine Änderung des materiellen Rechts ist das unbestreitbar. Aber es gilt nicht für einen Wechsel der Kollisionsnormen. Denn die Grenzen zwischen inländischem und ausländischem Recht sind nichts, was von vornherein feststünde. So lange kein überstaatliches internationales Privatrecht besteht, kann es eine Grenze zwischen Inland und Ausland nur vom Standpunkt einer bestimmten Rechtsordnung aus geben, ein Standpunkt, der mit der Anschauung anderer Rechtsordnungen über diese Grenzen zusammenfallen, aber auch von ihr ver-Wenn sich zwei Deutsche auf einer schieden sein kann. italienischen Reise verloben, so können sie bei der rechtlichen Würdigung dieses Ereignisses an den deutschen oder an den italienischen Rechtsschutz anknüpfen. Thun sie das zweite, so sind sie der italienischen Anschauung unterworfen, die die Wirkungen der Verlobung der lex loci actus unterstellt 4): bringen sie ihre rechtlichen Beziehungen aber mit dem deutschen Rechtsschutz in Verbindung, so wird darüber in analoger Anwendung des Art. 13 E.G. das heimatliche Recht der Brautleute entscheiden. Die Frage nach dem örtlich maßgebenden Recht kann sich also erst innerhalb einer bestimmten Rechtsordnung erheben. Und wenn die Vorschriften dieser Rechtsordnung über das maßgebende Recht wechseln, so ist - es gilt das insbesondere auch gegenüber den Ausführungen Niedners 5) die zeitliche Geltung dieser neuen Vorschriften dasjenige, was

³⁾ Entscheidungen IX, 368 ff.

⁴⁾ So wenigetens Fiore-Antoine, droit international privé II, 6.

⁵⁾ Das Recht 1900 S. 252 und Kommentar 2. Auft. S. 3, 295 ff.

vor jeder Überlegung ihrer örtlichen Geltung festgestellt werden muß 6).

Es könnte zu einer Gleichsetzung der beiden Fragen nach der örtlichen Geltung eines materiellen Rechts und nach der zeitlichen Geltung eines Kollisionsrechts verleiten, daß hier wie dort gleichmäßig von der "Geltung" eines Rechts die Rede ist. Aber der Sinn dieses Ausdruckes ist in beiden Fällen verschieden"). Recht ist der Wille einer rechtserzeugenden Gemeinschaft, und wer immer mit dem Machtbereich dieser Gemeinschaft in Berührung kommt, von dem verlangt sie, daß er ihre Vorschriften als Recht gelten lasse, dass er das ita ius esto in ihnen anerkenne. Insoweit gilt eine Rechtsordnung ausschließend. und sie bindet jedermann, der in die Lage kommt. Recht dieser Gemeinschaft anzuwenden, sofern sich die Rechtsanwendung nur überhaupt in Observanz gegen die rechtserzeugende Gemeinschaft vollzieht. Die Rechtsgeltung in diesem Sinn ist somit etwas absolutes. Daneben aber läuft ein zweiter Begriff rechtlichen Geltens. Nach ihrem Inhalt ergreift eine Rechtsordnung nur diejenigen Fälle, die in bestimmter räumlicher (und zeitlicher) Beziehung zu ihr stehen, die Grundstücke, die im Inland liegen, die Verträge, die im Inland zu erfüllen sind, und es gilt ein Recht insoweit relativ, in Anerkennung der Geltung anderer Rechte für andere Fälle. Die örtliche Geltung unseres Rechtes in diesem Sinn ist somit etwas abgeleitetes, abgeleitet eben von dem Geltungswillen dieser Rechtsordnung, von ihren Kollisionsnormen. Wer nun nach dem materiell anwendbaren örtlichen Recht frägt, der frägt nach seiner sekundären Geltung, nach einem Recht, das a priori gelten oder nicht gelten kann. Wer aber das zeitlich maßgebende Kollisionsrecht aufsucht, der sucht primäres Recht auf, das zwingend von jedermann Beobachtung fordert, der mit dieser Rechtsordnung in Berührung tritt. Und es ergiebt sich also auch unter diesem Gesichtspunkt, daß die

⁶⁾ Zum Teil fibereinstimmend Habicht, Das Recht 1900 S. 407 und besonders Zitelmann, Jherings Jahrbücher XLIL 194 ff.

⁷⁾ Ich habe Ähnliches schon in meiner Gemeinrechtlichen Entwickelung des internationalen Privatrechts I, 16 f. ausgeführt. Aber ich darf annehmen, mit dem folgenden nur für sehr wenige Leser dieser Zeitschrift schon Bekanntes zu wiederholen. Vgl. übrigens auch Bierling, Juristische Principienlehre I, 128.

Frage nach der verbindlichen Kollisionsordnung vorher gelöst sein muß, bevor auf die materielle Geltung eines Rechts eingegangen werden kann⁸).

2. Ein weiterer Punkt minderer Bedeutung, der hier vorweg erörtert werden soll, ist der. Die meisten der Kollisionsnormen des neuen Rechts, so bemerkt Kahn (S. 329 f.), seien nichts anderes als gesetzliche Entscheidungen von Kontroversen, die bisher schon nach dem Ermessen jeden deutschen Gerichtshofes so entschieden werden konnten, wie der Reichsgesetzgeber sie jetzt entschieden hat; sie seien darum als authentische Interpretationen des bisherigen Rechts aufzufassen, die rückwirken wollen, soweit nicht das bisherige Kollisionsrecht auf ausdrücklichen Gesetzestexten oder auf einem wirklichen Gewohnheitsrecht beruht.

Dem möchte ich mich nicht anschließen. Gewiß, auf den Fortbestand einer wissenschaftlichen Anschauung in der Rechtsprechung haben die Parteien keinen Anspruch. Aber hier liegt die Sache doch wohl anders. Wenn der Richter bisher den Wettbewerb mehrerer Rechte in bestimmtem Sinne entschieden hat, so hat er bei der Auswahl des maßgebenden Gesetzes einen Rechtssatz angewandt, einen streng positiven Rechtssatz, dessen Inhalt vielleicht unsicherer ist als die zweifelhafteste Pandektenstelle, der darum aber doch ebenso Recht ist wie irgend eine

⁸⁾ Ich vermag deshalb auch dem Reichsgericht nicht zu folgen, wenn es in der angeführten Entscheidung - unter Billigung der Litteratur ausführt, es seien für die Vollstreckung eines ausländischen Urteils seit 1879 lediglich §§ 660, 661 der (alten) C.P.O. maßgebend, such wenn dies Urteil vor dem 1. Oktober 1879 gefällt wurde. Man müste der Entscheidung sustimmen, wenn die Anerkennung solcher Urteile zur Zeit ihres Ergehens festgestanden hätte, und es hätte sich nur gefragt, ob man an Urteile dieser Art nunmehr Volistreckungsmaßregeln anknüpfen dürfe, die nach früherem Recht nicht begründet waren. Denn über die Zulässigkeit von Zwangsmaßregeln entscheidet im allgemeinen das Recht sur Zeit ihrer Vornahme. Anders aber liegt die Sache, wenn man die 88 680, 661 mit dem Reichsgericht auch auf die Zulässigkeit einer Anerkennung fremder Urteile bezieht. Denn die Anerkennung eines Urteils bedeutet die Ancrkennung einer Rechtsquelle für den einzelnen Fall. Und es ist in sich widerspruchsvoll, Rechtswirkungen aus einer Zeit anzuerkennen, zu der eine Rechtsquelle für uns noch nicht zu fliesen begonnen hat.

⁹⁾ Vgl. auch Diena in dieser Zeitschrift X, 355 und Journal du droit int. privé XXVII, 928.

gesetzliche Vorschrift. Wo also die alte und die neue Kollisionsnorm verschieden sind, da steht Recht gegen Recht, ob die frühere Vorschrift im Gesetzbuch stand oder nur in Urteilen zum Aus-Unsere neuen Kollisionsnormen werden freilich druck kam. nicht verfehlen, auf die Entscheidung älterer Kollisionsfälle einen assimilierenden Einfluss zu üben, und es wird das durchaus zu begrüßen sein: aber wenn wir etwa, veranlasst durch Art. 11. der Regel locus regit actum auch bei älteren Fällen eine nur fakultative Bedeutung zusprechen, so thun wir das nicht deshalb, weil wir eine Rückwirkung des Art. 11 annehmen, sondern weil wir das frühere Kollisionsrecht, das wir anwenden, in Übereinstimmung mit der neuen Vorschrift auslegen. Dass aber unsere neuen Kollisionsnormen rückwirken wollten, soweit ihnen nicht Satzung oder Gewohnheitsrecht entgegensteht, wird doch kaum nachzuweisen sein, und es kann schwerlich angenommen werden. dass Art. 21 authentische Interpretation sein wolle, wo die Anwendung der lex loci actus auf den außerehelichen Verkehr auf Gerichtsgebrauch beruht, dass derselbe Art. 21 diese Eigenschaft aber nicht habe, wo der Grundsatz gesetzlich festgelegt wäre.

3. Doch zur Hauptsache. Kahn stellt (S. 312, 314) die beiden Leitsätze auf: "Wenn ein Rechtsverhältnis vor dem Inkrafttreten des B.G.B. überhaupt keine Beziehungen zu dem deutschen Territorium gehabt hat, so können für dessen Beurteilung in keinem Falle die früheren landesgesetzlichen Kollisionsnormen in Betracht kommen, mag das Rechtsverhältnis auch vor Inkrafttreten des B.G.B. entstanden sein." Und: "War für ein Rechtsverhältnis die nach der bisherigen Kollisionsnorm für Anwendung des Inlandrechts maßgebende Anknüpfung gegeben, so muß dieses Rechtsverhältnis, wenn vor Inkrafttreten des B.G.B. entstanden, als ein von dem bisherigen Inlandrechte geprägtes aufrecht erhalten werden." Die Thesen sind bestechend. Und es ist um so schwerer, ihnen beizukommen, als die letzten Gedanken des Verfassers nicht durchweg in ausdrückliche Worte gekleidet sind.

Bleiben wir zunächst bei Satz 1. Inländisches Recht zwar soll einen Fall mit seiner Entstehung ergreifen; bei einem Thatbestand aber, der in das Ausland weist, liegt die Sache nach Kahn anders. Ausländisches Recht soll einen Thatbestand noch nicht mit seiner Entstehung ergreifen. Und auch dann noch

nicht, wenn die Beteiligten die Subsumtion des Falles unter den ausländischen Rechtssatz thatsächlich vorgenommen und im Vertrauen auf die Anleitung der alten Kollisionsnorm gehandelt haben. Kahn nennt einige Beispiele, in denen eine solche .Prägung" des Falles durch Auslandsrecht vor 1900 nicht eingetreten sein soll: Ein Deutscher aus gemeinrechtlichem Gebiet. dessen Ehe wegen Ehebruchs geschieden worden ist, verlegt vor 1900 seinen Wohnsitz nach Amerika, um die Mitschuldige dort heiraten zu können; obwohl er das eigens mit Rücksicht auf die Kollisionsnormen des gemeinen Rechts gethan hat, die über die Zulässigkeit einer Ehe nach Wohnsitzrecht entscheiden, soll die neue Ebe heute nichtig sein, da nach E.G. Art. 13 Staatsangehörigkeitsrecht zu Grunde zu legen ist (S. 349 ff.). Oder: ein preußsisches Ehepaar nimmt vor 1900 seinen ersten Wohnsitz im Ausland und unterläßt den Abschluß eines Ehevertrags mit Rücksicht auf die Massgeblichkeit des Wohnsitzprincips nach preußischer Anschauung: trotzdem soll das Güterrecht jetzt nach der Staatsangehörigkeit der Ehegatten und nicht nach ihrem ersten Wohnsitz bemessen werden (S. 364 ff.). Und selbst dann soll eine solche Prägung des Thatbestandes durch das ausländische Recht nicht eingetreten sein, wenn deutsche Behörden die alte Kollisionsnorm und das darnach maßgebende ausländische Recht ihrer eigenen Amtsthätigkeit zu Grunde gelegt haben. Wenn neu zuziehenden Eheleuten das Güterrecht des ersten Ehewohnsitzes unter gerichtlicher Mitwirkung in Geltung erhalten worden ist (S. 371 ff.); wenn der Standesbeamte die Ebeschließung vornahm, nachdem er sich auf Grund Wohnsitzrechtes von ihrer Zulässigkeit überzeugt hatte (S. 352 f.). — Eine Prägung des Falles durch ausländisches Recht soll für unsere Auschauung vielmehr erst dann eintreten, wenn der Sachverhalt im Inland zur endgültigen Beurteilung gelangt, zu einer Beurteilung, die causa finita schafft (vgl. S. 352).

Die Bedenken, die sich gegen die Annahme erheben, es habe das ausländische Recht in den mitgeteilten Beispielen den Fall noch nicht ergriffen, sollen nicht weiter verfolgt werden. Der Satz jedenfalls, das ausländisches Recht einen Thatbestand für unsere Anschauung erst dann ergreift, wenn er bei uns zur Beurteilung gelangt, wird nur unter zwei Voraussetzungen denkbar sein: wenn die Wahl des masgebenden Rechts erst im

Augenblick dieser Rechtsanwendung erfolgen würde; oder wenn sich diese Wahl zwar schon bei der Entstehung des fraglichen Thatbestandes vollzogen hätte, wenn das für zuständig erklärte materielle Recht aber seinerseits den Fall arat hei dieser Rechtsanwendung ergreifen würde. In der Verwerfung der zweiten Annahme wird Kahn mit uns wohl ohne weiteres einiggehen. Denn es hieße das im wesentlichen nichts anderes als die Bekauptung ins Leben zurückrufen, daß ein Rechtsverhältnis erst mit seiner Bestreitung existent wird. So bliebe also die grundsätzliche Meinungsverschiedenheit, dass Kakn die Wahl des maßgebenden Rechts in den Augenblick der Rechtsanwendung verlegt, während wir diesen Vorgang schon bei der Verwirklichung des Sachverhalts annehmen. Und es muss hier in der That der springende Punkt der Streitfrage sein. Denn es ist der oberste Grundsatz aller zeitlichen Kellisionslehre, dass jedes Recht diejenigen Thatbestände regelt, die sich unter seiner Geltung zugetragen haben; der hier fragliche Thatbestand ist die Auswahl des örtlich maßgebenden Rechts, und es wird darum die Antwort auf die Frage, ob altes oder neues Kollisionsrecht, grundsätzlich davon abhängen müssen, wann sich jene Auswahl vollzogen hat.

Dass ein Sachverhalt, der materiell dem inländischen Recht unterliegt, schon von seiner Entstehung an diesem Recht unterworfen ist, wird von Kahn ausdrücklich eingeräumt. Und es muß die Zuständigkeitsentscheidung, ob dieser Thatbestand dem inländischen Recht unterliegt, als das logische prius noch ver den Zeitpunkt fallen, in dem das inländische Recht den Thatbestand ergriffen hat. Dann hat also die Zuständigkeitswahl schon bei Entstehung des Rechtsverhältnisses stattgefunden, und es ware eine Verwertung dieses Zeitpunktes für unsere Frage nur dann nicht zulässig, wenn damals nach der Zuständigkeit nur mit Rücksicht auf das Inland und nicht auch im Hinblick auf das Ausland gefragt worden ware. Die Möglichkeit einer solchen Spaltung der Frage soll dahingestellt bleiben. In jedem Fall meine ich, es müsse auch bei der schließlichen Anwendung ausländischen Rechts der Zeitpunkt der Rechtswahl mit der Entstehung eines Sachverhalts zusammenfallen.

Warum haben wir eine Zuständigkeitsordnung der Privatrechte? Der völkerrechtliche Zwang, fremde Staaten anzuerkennen, nötigt, ihren Lebensäußerungen Rechnung zu tragen, ihr Recht als Recht gelten zu lassen, und damit, eine Abgrenzung zwischen den koexistierenden Rechten vorzunehmen. Die Grenzziehung zwischen diesen Rechten kann, so lange das Völkerrecht nicht anders bestimmt, nur vom Standpunkt jedes einzelnen Staates aus erfolgen, und sie muß erschöpfend geschehen. Denn wir können kein rechtliches Vacuum anerkennen, jedes Geschehnis gilt uns als unter dem eigenen Recht erfolgt oder unter einem anderen, eine Anschauung, die eben dadurch bezeugt wird, dass unser Richter in die Lage kommen kann, über jeden Fall ein Urteil geben zu müssen, gleichviel wo er sich zugetragen hat, und zwar ein Urteil, wie sich das Rechtsverhältnis gestaltet hat, und nicht, wie es jetzt, im Augenblick des Richterspruches, sich bildet. Es muss also ein jedes Rechtsgebiet eine erschöpfende Zuständigkeitsordnung besitzen, nach der es sich die rechtlichen Ereignisse unter den einzelnen Rechtsordnungen verteilt denkt, und es muß diese Zuständigkeitsordnung der Verwirklichung der einzelnen Fälle gegenüber in derselben Weise praexistent sein, wie die materielle Gesetzgebung. Ist aber der Bestand einer erschöpfenden Zuständigkeitsordnung für jedes Rechtsgebiet eine Notwendigkeit, so kann die Anwendbarkeit dieser Zuständigkeitsordnung nicht noch an besondere Bedingungen geknüpft sein. Ihre zeitliche Anwendbarkeit durch Anknüpfung an eine qualifizierte Rechtsanwendung noch besonders rechtfertigen, wäre nicht besser als die Newmannsche Anschauung, die ihre örtliche Geltung noch an besondere Beziehungen zum Inland knüpfen will, eine Anschauung die Kahn selbst und andere überzeugend widerlegt haben.

4. Nicht mindere Bedenken aber stehen dem Satz entgegen, daß auch jetzt noch altes Kollisionsrecht zu Grunde gelegt werden müsse, wenn es zur Anwendung inländischen Rechts geführt hat. Es wäre keine Begründung dieser auffälligen Abweichung von der Behandlung des vorerörterten Falles, sondern nur eine andere Form der Behauptung, wenn man sagen wollte, hier seien mit der Entstehung des Sachverhalts Rechte wohlerworben worden, dort aber nicht. Denn offenbar hängt die Frage, in welchem Zeitpunkt ein Recht erworben wurde, eben davon ab, wann eine Rechtsordnung auf den Sachverhalt eingewirkt hat, und dies wieder, wann die Kollisionsnorm die zu-

ständige Rechtsordnung in Funktion gesetzt hat. Daß die Kollisionsnorm hier aber anders als vorhin schon bei Entstehung des Sachverhalts thätig geworden ist, gehört zum thema probandum.

Eine wesentliche Verschiedenheit des zweiten vom ersten Falle sieht nun Kahn darin (vergl. S. 310 ff.). dass ein Thatbestand dort, we die alte Kollisionsnorm zur Geltung inländischen Rechtes geführt hat, schon mit seiner Entstehung in "räumliche Beziehung" zur Kollisionsnorm getreten ist. Und zwar ergiebt der Zusammenhang als die hier gemeinte "raumliche Beziehung" zwischen Thatbestand und Kollisionsnorm diejenige rechtliche Beziehung, an die nach altem Kollisionsrecht die Auswahl des örtlich maßgebenden materiellen Rechts geknüpft worden ist. Die Wehnsitznahme im Inland, die sachlich zu einer Anwendung unseres ehelichen Güterrechts geführt hat, hat zugleich auch eine Brücke zu der Kollisionsordnung jener Zeit geschlagen. Ich bin in Verlegenheit, ob ich in dieser Aufstellung eine wirkliche Begründung des zweiten Leitsatzes suchen soll. Denn es bedarf ja wohl erst des Beweises, dass dieselbe Anknupfung bei einer örtlichen und bei einer zeitlichen Kollision, bei einer Kollision materieller Rechte und bei einer Kollision von Kollisionsnormen den Ausschlag geben müsse, vor allem auch, dass die früher maßgebend gewesenen Anknüpfungen nun auch für eine gegenwartig aufgeworfene Kollisionsfrage ihre Bedeutung behalten haben. Und wenn diese Aufstellung auf den Fall beschränkt wird, dass sich die Anknüpfung gerade im Inland vollzogen hat, so tritt da, wenn ich recht sehe, neben den ersten Widerspruch ein zweiter. Gehen wir mit Kahn davon aus, dass es einer besonderen "räumlichen Beziehung" zwischen Thatbestand und Kollisionsnorm bedürfe, um diese letztere in Thätigkeit zu versetzen. Wo der Fall unter Inlandrecht steht, da soll diese Beziehung dem Thatbestand selbst entnömmen werden, eben jenem Moment des Thatbestandes, an das auch die Wahl des örtlich maßgebenden materiellen Rechtes geknüpft wird. Wo der Fall aber ausländischem Recht unterworfen ist, da soll diese Beziehung zwischen Thatbestand und Kollisionsnorm - in der Rechtsanwendung im Inland beruhen.

5. Unsere eigene Stellungnahme zu der Kontroverse ist schon aus dem bisherigen ersichtlich. Wir meinen, es müsse altes Kollisionsrecht für alte Fälle, und neues Kollisionsrecht auf neue Fälle zur Anwendung kommen ¹⁰). Denn jeglicher Thatbestand gilt uns mit seiner Entstehung als rechtlich geregelt, und dieser rechtlichen Regelung muß die Auswahl des maßgebenden Rechtes vorausgehen. Wir nehmen allerdings mit Kahn an (S. 301 ff.), daß sich die "bisherigen Gesetze" im Sinne des vierten Abschnitts des E.G. lediglich auf das materielle Recht und nicht auch auf das bisherige Kollisionsrecht beziehen ¹¹). Aber mittelbar giebt unser Gesetz damit auch Vorschriften für die Wahl der maßgebenden Kollisionsnormen. Denn wo immer altes Recht materiell für maßgebend erklärt ist, da muß zuvor auch die Zuständigkeitsentscheidung nach altem Recht erfolgt sein. Nur der umgekehrte Schluß: neues materielles Recht—neues Kollisionsrecht, ist nicht ohne weiteres zulässig. Wo zwar

¹⁰⁾ Ubereinstimmend im Ergebnis neverdings auch Planck, Kommentar VI, 248 und die Urteile des Reichagerichts vom 8. Januar 1901 Juristische Wochenschrift 1901 S. 78, vom 13. November 1901 Deutsche Juristenseitung 1902 S. 44 und vom 1. Mai 1900 Entscheidungen in Strafsachen XXXIII, 256 ff.; Urtell des Oberlandesgerichts Karlsruhe vom 31. Januar 1900 in dieser Zeitschrift XI, 292. — Gegen die völlig unbegründete Annahme Niedwers, daß die Kollisionsnormen in ihrer Eigenschaft als öffentliches Recht rückwirken müßten - und ich halte das internationale Privatrecht allerdinge für einen Zweig des öffentlichen Rechts vgl. z. B. Wechselstempelgesets vom 10. Juni 1869 § 29; Strafgesetzbuch § 2 und Gesetz vom 26. Februar 1876 Art. III; Entscheidungen des bayrischen Verwaltungsgerichtshofes III 126, IV 509, VIII 132 und 162, XVII 129 (betr. Staatsangehörigkeit); Gesetz über den Unterstützungewohnsitz § 65; bayr. Heimatgesets in der Fassung vom 30. Juli 1899 Art. 47 Abs. 5 u. s. w. Die Meinung Niedners, dass es die Kollisionsnormen des E.G. selbst schon sum Ausdruck gebracht bätten, wo sie auf früheres Recht Rücksicht nehmen wollten, beispielsweise in Art. 15 und 16, unterscheidet nicht zwischen der zeitlichen Geltung des Kollisionsrechts und derjenigen der Sachnormen.

¹¹⁾ Doch kann ich nicht zugeben, daß dies frühere materielle Rocht gerade deutsches Recht gewesen sein müsse. Selbstverständlich, wo es sich um einen Übergang vom alten zum neuen Recht handelt, da kann dies neue Recht nur das B.G.B. sein, Art. 198 Abs. 2 ist nur anwendbar, soweit die Ehe nach Art. 13 jetzt unter deutschem Recht stünde. Was aber als bisheriges Recht vor dem B.G.B. gegolten hat, bleibt dabei völlig offen, es kann inländisches Recht, und es kann ausländisches Recht gewesen sein. Und nur in einselnen Fällen, etwa bei Art. 156 oder bei Art. 200 Abs. 3, könnte die Auslegung ergeben, daß eine Vorschrift nur dert gelten wolle, wo auch früher deutsches Recht maßgebend gewesen ist.

die Geltung neuen Rechts auf der Annahme beruht, daß der zeitliche Schwerpunkt des Sachverhalts unter dies Recht falle, z. B. bei einer Ehescheidung nach 1900, da wird ebenso auch das neue Kollisionsrecht zur Geltung berufen sein. Wo die Anwendung neuen Rechtes aber durch andere Rücksichten veranlaßt ist, insbesondere durch den Wunsch, die Vorschriften des B. G. B. möglichst bald in Wirksamkeit treten zu lassen, wie das beispielsweise in den Ausführungsgesetzen bei Überleitung des ehelichen Güterrechts in weitem Umfang geschehen ist, da wird der zeitliche Schwerpunkt des Rechtsverhältnisses von dieser Anpassung nicht berührt, und es gilt darum für den Güterstand der Ehen, die vor 1900 geschlossen wurden, altes Kollisionsrecht weiter 18). — Auf Einzelheiten soll nicht eingegangen werden, und es bedarf kaum der Erwähnung, daß die

¹²⁾ Die Beziehungen des Problems zur Lehre von der Rückverweisung klarzulegen, dürfte Diena, Zeitschrift S. 856 ff., Journal S. 930 ff. kaum gelungen sein. Es handelt sich bei der Rückverweisung um die Abgrenzung koordinierter materieller Rechte, bei der die Kollisionsanschauungen fremder Rechtsordnungen nicht von Einfluß sind, und ihr Gegenstück in zeitlicher Beziehung wird wohl gleichfalls in der Abgrenzung materieller Rechte zu suchen sein, die aufeinanderfolgen, wiederum mit der Malagabe, dass nur die gegenwärtigen, nicht auch die früheren Anschauungen über die zeitliche Geltung des Rechts von Belang sind. Da nun aber die zeitliche Geltung des materiellen Rechts mit der seitlichen Herrschaft des Kollisionsrechts parallel geht, so kann es kommen, dass auch hier, bei einem Wechsel der Kollisionsnormen. völlig gleichartige Konflikte auftauchen wie in der Rückverweisungslehre. daß beide Kollisionerechte gelten wollen, oder keines von ihnen, und daß darüber nur der Wille des gegenwärtig verbindlichen Kollisionsrechtes den Ausschlag giebt. Art. 21 E.G. bemifst die Rechtsfolgen des ansserahelichen Verkehrs nach dem heimatlichen Recht der Mutter sur Zeit der Geburt, die bisherige preufsische Praxis hat auf das Wohnsitzrecht zur Zeit der Erzeugung gesehen: hat nun jemand 1899 mit einer Österreicherin Beischlaf gepflogen, die in Berlin wohnt, und es wurde 1900 ein Kind geboren, so batte sich der Fall nach der preußischen Kollisionsnorm 1899 zugetragen, und es kame darauf das Recht des preußischen Wohnsitzes zur Anwendung; nach Reichsrecht aber entscheidet der Zeitpunkt der Geburt, somit ein Ereignis nach dem 1. Januar 1900, und es ist darnach österreichisches Recht zu Gunde zu legen. Ebenso bei einem negativen Konflikt. Art. 24 Abs. 8 beurteilt die Testierfähigkeit nach dem heimatlichen Recht des Testators zur Zeit der Testamentserrichtung, nach bayrischer Rechtsanschauung muiste die Testierfähigkeit auch nach dem letzten Personalstatut (Wohnsitzrecht) begründet sein. Hat nun ein Bayer, der in Wien gewohnt

50 Dr. Karl Neumeyer, Die seitliche Geltung der Kollisionsnormen.

wertvollen Ausführungen Kahns zu den einzelnen Materien auch für denjenigen ihre Bedeutung behalten, der die Grundfrage abweichend beantwortet.

hat, 1890 ein Testament errichtet und ist 1901 gestorben, so verweist die bayrische Kollisionsnorm allerdings auf einen Vorgang im Jahr 1901 und will dafür selbst nicht mehr gelten, das Reichsrecht aber sieht das entscheidende Vorkommuls in der Errichtung des Testaments von 1890, und wir haben darum altes Kollisionsrecht und darnach österreichisches Recht auf den Fail anzuwenden, ohne Rücksicht, ob dies alte Kollisionsrecht seinerseits wirksam werden wollte oder nicht.

Das Beuterecht im Seekrieg gegenüber Fischereifahrzeugen.

Die in der Überschrift bezeichnete Frage ist hinsichtlich der spanischen Fischereifahrzeuge "Paquete Habana" und "Lola" im spanisch-amerikanischen Kriege praktisch geworden. Das (in dieser Zeitschrift Bd. XI S. 308 erwähnte) Prisengerichtsurteil des obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten von Amerika und das Minoritätsvotum des Richters Fuller bieten nicht nur durch den Inhalt der getroffenen Entscheidung selbst, sondern auch durch das in der Begründung beigebrachte historische und litterarische Material sowie durch die grundsätzliche Erörterung internationalrechtlicher Fragen ein über den besonderen Fall hinausgehendes Interesse, welches die Mitteilung des vollen Textes in der hierunter folgenden Übersetzung") rechtfertigt.

Ĭ.

Urteil des Gerichtshofes:

Supreme Court der Vereinigten Staaten. Oktober-Termin 1899.

No. 395, Paquete Habana.

No. 396, Lola.

Appellationen von dem District Court der Vereinigten Staaten für den südlichen Distrikt von Florida.

(8. Januar 1900.)

Mr. Justice Gray giebt das Urteil des Gerichtshofes ab wie folgt:

Es handelt sich hier um zwei Appellationen gegen Entscheidungen des District Court der Vereinigten Staaten für den

¹⁾ Von L. Niemeyer in Kiel.

südlichen Distrikt von Florida, betreffend die Verurteilung von zwei Fischereifahrzeugen mit ihrer Ladung als Kriegs-Prise.

Beide Schiffe waren Fischerschmacken, die in Havanna einund ausliefen und regelmäßig mit Fischen an der Küste von Kuba beschäftigt waren; beide segelten unter spanischer Flagge, hatten einen spanischen, aus Kuba gebürtigen Unterthan als Besitzer, der in Havanna lebte; beide wurden von einem spanischen Unterthan, der auch in Havanna ansässig war, befehligt; ihre Schiffer and Manuschaften hatten keinen Schiffspart, aber Anspruch auf einen Teil ihres Fanges, der sich alles in allem auf zwei Drittel belief, während ein Drittel dem Eigentümer gehörte. Ihre Ladung bestand aus frischen Fischen, welche die Besatzung ans dem Meer fischte, an Bord nahm, wie sie gefangen waren, und lebend verkaufte. Bevor sie von dem blockierenden Geschwader angehalten wurden, hatten beide Schiffe von dem Bestehen des Krieges oder von irgend einer Blockade keine Kenntnis. Sie hatten weder Waffen noch Munition an Bord und machten keinen Versuch, die Blockade zu brechen (to run the blokade), nachdem sie von ihrem Vorhandensein gehört hatten, noch leisteten sie Widerstand zur Zeit ihrer Festnahme.

Die "Paquete Habana" war eine Schaluppe von 43 Fuß Kiellänge und 25 Tonnen und hatte eine Bemannung von 3 Kubanern einschliefslich des Schiffers, der eine Konzession zum Fischen von der spanischen Regierung und keine andere Vollmacht oder Konzession hatte. Sie verliefs Havanna am 25. März 1898, segelte die Küste von Kuba entlang zum Kap San Antonio am westlichen Ende der Insel und fischte dort 25 Tage zwischen den Riffen des Kaps in den spanischen Territorialgewässern; dann fuhr sie mit einer Ladung von 40 Centnern lebender Fische nach Havanna zurück. 25. April 1898, ungefahr 2 Meilen von Mariel und 11 Meilen von Havanna, wurde sie von dem Kanonenboot der Vereinigten Staaten "Castine" genommen. Die "Lola" war ein Schooner von 51 Fuss Kiellange und 35 Tonnen und hatte eine Bemannung zon 6 Kubanern einschließlich des Schiffers und keinerlei Vollmacht oder Konzession. Er verließ Havanna am 11. April 1898 und fuhr bis zum Campbeachy Sund vor Yukatan, fischte dort 8 Tage und fuhr mit einer Ladung von ungefähr 10000 Pfd. lebender Fische nach Havanna zurück. Am 26. April 1898 wurde er in der Nähe von Havanna von dem Dampfer der Vereinigten Staaten "Cincinnati" angehalten und gewarnt, in den Hafen von Havanna einzulaufen, doch teilte man ihm mit, daß er Erlaubnis erhalten würde, in Bahia Honda zu landen. Er änderte darauf seinen Kurs und steuerte nach Bahia Honda, wurde aber am nächsten Morgen in der Nähe dieses Hafens von dem Dampfer der Vereinigten Staaten "Delphin" festgenommen. Beide Fischereifahrzeuge wurden von ihren Nehmern nach Key West gebracht.

Dort wurde am 27. April 1898 eine Klageschrift, betreffend die Verurteilung (libel for the condemnation) beider Fahrzeuge und ihrer Ladung als Kriegsbeute zu Protokoll gegeben; von den Schiffern wurde für ihre Person, für die übrigen Mitglieder der Bemannung und für den Eigentümer Anspruch erhoben; es fand Beweisaufnahme statt, welche die oben erwähnten Thatsachen feststellte, und am 30. Mai 1898 fiel die endgültige Entscheidung über die Verurteilung und den Verkauf, da der Gerichtshof nicht hinlänglich überzeugt war, dass Fischereifahrzeuge dieser Klasse gesetzmäßig (as a matter of law) ohne irgend eine Verordnung, einen Vertrag oder eine Proklamation von der Festnahme ausgeschlossen seien.

Darauf wurden beide Schiffe im Wege der Auktion verkauft; die "Paquete Habana" für 490 Dollar und die "Lola" für 800 Dollar. Es fand sich in dem Protokoll kein anderes Beweismaterial über den Wert beider Schiffe oder ihrer Ladung.

Es ist zu Gunsten der Vereinigten Staaten darauf hingewiesen, daß dieser Gerichtshof für diese Appellationen nicht zuständig sei, weil das Streitobjekt in jedem Fall die Summe oder den Wert von 2000 Dollar nicht überschreite, und der District Judge nicht attestiert habe, daß das Urteil eine Frage von allgemeiner Wichtigkeit umfasse.

Dieser Hinweis ist auf Sektion 695 der Revised Statutes begründet, welche bestimmt, daß in Prisenprozessen eine Appellation an den Supreme Court gegen alle entscheidenden (final) Urteile irgend eines District Courts erlaubt ist, wo das Streitobjekt, ausschließlich der Kosten, die Summe oder den Wert von 2000 Dollar übersteigt, und ohne Bezugnahme auf das Streitobjekt erlaubt ist, auf das Certifikat des Distriktjudge, daß das Urteil eine Sache von allgemeiner Wichtigkeit umfasse.

Die Judiciary Acts der Vereinigten Staaten haben ein Jahrhundert lang nach der Organisation der Regierung unter der Konstitution dem Recht der Appellation keine Geldgrenze gesetzt.

In Klagesachen (actions at law) und suits in equity war die Geldgrenze für die Berechtigung, von den Circuit Courts der Vereinigten Staaten an diesen Gerichtshof zu appellieren, lange Zeit auf 2000 Dollar festgesetzt. Acts of September 24 1789, c. 20 § 22; 1 Stat. 84; March 3 1803, c. 40; 2 Stat. 244; Gordon v. Oyden, 3 Pet. 33; Rev. Stat. §§ 691, 692. 1875 wurde die appellable Summe auf 5000 Dollar erhöht. Act of February 16, 1875, c. 77, § 3; 18 Stat. 316. Und 1889 wurde dies modifiziert durch die Bestimmung, daß, wo das Urteil oder die Entscheidung die Summe von 5000 Dollar nicht überschreite, an diesen Gerichtshof über die Frage der Zuständigkeit des Circuit Court und nur über diese Frage appelliert werden dürfe-Act of February 25, 1889, c. 236 § 1; 25 Stat. 693; Packer v. Ormsby, 141 U.S. 81.

In Sachen der Admiralitäts- und Seegerichtsbarkeit, einschließlich Prisenprozesse, haben die judiciary acts von 1789 in § 9, ohne Rücksicht auf Summe oder Wert des Streitobjekts, die District Courts als erste Instanz festgesetzt, und in § 21 die Appellation von ihnen an die Circuit Courts gestattet, wo das Streitobjekt die Summe oder den Wert von 300 Dollar übersteigt. 1 Stat. 77, 83; The Betsey, 3 Dall. 6, 16; The Amiable Nancy, 3 Wheat. 546; Stratton v. Jarvis, 8 Pet. 4, 11.

Durch das Gesetz vom 3. März 1803 c. 40 wurden Appellationen an den Circuit Court gegen alle endgültigen (final) Beschlüsse eines District Court gestattet, wo das Streitobjekt die Summe oder den Wert von 50 Dollar überstieg; und von den Circuit Courts an diesen Gerichtshof in allen Fällen "von Admiralitäts- und See-Gerichtsbarkeit und wo es sich um Prise oder Nicht-Prise handelt", in welchen das Streitobjekt Summe oder Wert von 2000 Dollar überstieg. 2 Stat. 244; Jenks v. Lewis; 3 Mason 503; Stratton v. Jacis, 8 Pet. 4, 11; The Admiral, 3 Wall 603, 612. Die Gesetze vom 3. März 1863, c. 86 § 7, und vom 30. Juni 1864, c. 174 § 13 bestimmten, daß in Prisenprozessen Appellationen von den District Courts direkt an diesen Gerichtshof gehen sollten, wenn der Wert des

Streitobjekts 2000 Dollar übersteige "oder auf das Certifikat des Distriktjudge hin, dass das Urteil eine Frage von allgemeiner Wichtigkeit umfasse." 12 Stat. 760; 13 Stat. 310. Die Bestimmung des Gesetzes von 1803 wurde unter Auslassung der Worte "und wo es sich um Prise oder Nicht-Prise handelt" aufs neue in Sektion 692 der Revised Statutes erlassen. Und die Bestimmung des Gesetzes von 1864, Prisenprozesse betreffend, wurde im wesentlichen in Sektion 695 der Revised Statutes, die wir schon citierten, wieder erlassen.

Alles dies ist aber durch das Gesetz vom 3. März 1891 c. 517 geändert worden, welches die Circuit Court of Appeals einrichtete und ein neues und vollständiges System der Appellation schuf, das mehr von der Natur der verschiedenen Fälle als von dem in Frage kommenden Geldwert abhing. 26 Stat. 826.

Durch diese Verordnung wurde, wie dieser Gerichtshof erklärt hat, die ganze Appellation von den Circuit und District Courts der Vereinigten Staaten "entsprechend dem System dieser Verordnung" zwischen diesem Gerichtshof und dem Circuit Court of Appeals, die sie eingerichtet hat, verteilt, "durch Bezeichnung der Klassen von Fällen", in denen jeder dieser Gerichtshöfe das Endurteil haben sollte (final jurisdiction). McLish v. Roff, 141 U.S. 661, 666; American Construction Co. v. Jacksonville Railway, 148 U.S. 372, 382; Carey v. Houston 3 Texas Railway, 150 U.S. 170, 179.

Die Absicht des Kongresses, durch die Verordnung von 1891 die Natur der Sache und nicht den Wert, um den es sich handelt, zur Norm für die Appellation an diesen Gerichtshof gegen Entscheidungen der District und Circuit Courts zu machen, erhellt klar bei Prüfung der hauptsächlichsten Bestimmungen der Verordnung.

Sektion 4 bestimmt, dass keine Appellation von nun an von einem District Court an einen Circuit Court gehen soll, auch keine Appellation auf einen werit of error; sondern dass alle Appellationen von den District Courts, auch die auf einen werit of error, "nur einer Revision unterworsen werden sollen", in diesem Gerichtshof oder in dem Circuit of Appeals, "der von nun an eingerichtet ist", und dass die Revision eines Urteils der Circuit Courts auf Berufung auf einen werit of error oder

auf einen andern Grund hin "nur von diesem Gerichtshof oder von dem Circuit Court of Appeals" vorgenommen werden darf, "den Bestimmungen dieser Verordnung entsprechend, die dies festsetzen."

Sektion 5 bestimmt, daß Appellationen oder writs of error von den District Courts oder von den bestehenden Circuit Courts in folgenden Fällen direkt an den Supreme Court gehen dürfen:

Erstens. In jedem Fall, in welchem die Zuständigkeit des Gerichtshofs in Frage kommt (jurisdiction of the court is in issue); in solchen Fällen soll die Frage über die Zuständigkeit von dem unteren Gerichtshof nur dem Supreme Court zur Entscheidung vorgelegt werden. Diese Bestimmung schließt, ohne Rücksicht auf den Wert, "jeden Fall ein," in welchem die Zuständigkeit des niederen Gerichtshofs in Frage kommt, und unterscheidet sich in dieser Hinsicht von der Verordnung von 1889, die oben citiert ist.

Zweitens. Gegen die entscheidenden (final) Urteile und Erkenntnisse in Prisenprozessen. Diese Bestimmung schließst die ganze Klasse der entscheidenden Urteile (final) und Erkenntnisse in Prisenprozessen ein und läßt alle Bestimmungen früherer Verordnungen, den in Frage stehenden Wert oder ein Certifikat eines Distriktrichters betreffend, aus.

Drittens. In Fällen der Überführung eines Kapital- oder sonst entehrenden Verbrechens. Diese Verordnung richtet ihr Augenmerk auf die Natur des Verbrechens und nicht auf die Größe der thatsächlich auferlegten Strafe. Ein Verbrechen, das vielleicht mit Gefangenschaft in einem Besserungshause bestraft ist, ist ein entehrendes Verbrechen, selbst wenn das thatsächlich ausgesprochene Urteil nur eine geringe Strafe verhängt. Exparte Wilson 114 U. S. 417, 426. Infolgedessen hatte man nach dieser Verordnung das Recht "gegen die Verurteilung für ein solches Verbrechen an diesen Gerichtshof zu appellieren", bis durch die Verordnung vom 20. Januar 1897, c. 68, 29 Stat. 492 festgesetzt wurde, daß Appellationen, soweit sie sich auf entehrende Verbrechen bezögen, an den Circuit Court of Appeals gehen sollten.

Viertens. In allen Fällen, die die Auslegung oder Anwendung der Konstitution der Vereinigten Staaten umfassen.

Funftens. In jedem Fall, in dem die Übereinstimmung

eines Gesetzes der Vereinigten Staaten mit der Verfassung, oder die Gültigkeit oder Auslegung einer unter ihrer Autorität getroffenen Abmachung in Frage gestellt wird.

Sechstens. In jedem Fall, in dem behauptet wird, daß die Verfassung oder das Gesetz eines Staates, eine Verletzung der Verfassung der Vereinigten Staaten sei.

Jede dieser drei letzten Verordnungen schließt jeden Fall der erwähnten Klasse ein. Sie beziehen sich alle auf das, was man gewöhnlich Föderalfragen nennt, und können verständigerweise nicht dahin ausgelegt werden, als hätten sie beabsichtigt. das Recht der Berufung an diesen Gerichtshof über solche Fragen durch irgend eine Geldgrenze zu beschränken. — besonders nicht in ihrem Zusammenhang mit dem unmittelbar folgenden Satz derselben Sektion: Nichts in dieser Verordnung soll in den Fällen, wo Appellation gegen das Urteil des höchsten Gerichtshofes eines Staates eingelegt ist, die Rechtsprechung des Supreme Court beeinflussen, noch die Auslegung des Statuts, das die Revision solcher Fälle bestimmt. Writs of error von diesem Gerichtshof, die Urteile des höchsten Gerichtshofs eines Staates über solche Fragen zu revidieren, sind nie irgend einer Geldgrenze unterworfen gewesen. Act of September 24, 1789, c. 20 § 25; 1 Stat. 85, Buel v. Van Ness, 8 Wheat, 312; Act of February 5, 1867, c. 28 § 2; 14 Stat. 396; Rev. Stat. § 709.

Durch Sektion 6 der Verordnung von 1891 ist dieser Gerichtshof von vielen Appellationen, die früher an ihn gingen, befreit worden. Die Appellationen von den District und Circuit Courts sind "in allen Fällen, mit Ausnahme der in der vorgehenden Sektion vorgesehenen, wenn das Gesetz es nicht anders bestimmt", an den Circuit Court of Appeals verwiesen; und seine Entscheidungen in Admiralitätsfällen, ebenso wie in Fällen, die unter Kriminalgesetzen entstehen, und in gewissen anderen Klassen von Fällen, sind endgültig, ausgenommen, daß jener Gerichtshof diesem Gerichtshof Rechtsfragen unterbreiten kann und dieser Gerichtshof den ganzen Fall durch writ of certiorari an sich ziehen kann. Es steht fest, dass die Worte "wenn das Gesetz es nicht anders bestimmt" sich nur auf die Bestimmungen derselben Verordnung oder auf gleichzeitige oder folgende Verordnungen beziehen und die Bestimmungen früherer Statuten nicht umfassen. Lan Ow, Bew v. United States 144, U. S.

47, 57; Hubbard v. Soby 146, U. S. 56; American Construction Co. v. Jacksonville Railway 148, U. S. 372, 388.

Die Verordnung von 1891 macht die Appellation von einem District oder Circuit Court der Vereinigten Staaten an diesen Gerichtshof oder an den Circuit Court of Appeals nirgends von einer Geldgrenze abhängig. Die einzige festgesetzte Geldgrenze ist eine von 1000 Dollar auf die Appellation an diesen Gerichtshof in einem Fall, welcher einmal auf Apellation in den Circuit Court of Appeals entschieden ist, und in welchem das Urteil jenes Gerichtshofs durch Sektion 6 der Verordnung nicht endgultig gemacht ist.

Nachdem Sektion 14 der Verordnung von 1891 Sektion 691 der Revised Statutes und Sektion 3 der Verordnung (act) vom 16. Februar 1875 ausdrücklich aufhebt, bestimmt sie ferner, dass alle Verordnungen und Teile von Verordnungen, die sich auf Appellationen oder writs of error beziehen, und die nicht mit den Bestimmungen für Revidierung auf Berufung oder writ of error in den vorhergehenden Sektionen 5 und 6 dieser Verordnung übereinstimmen, hierdurch aufgehoben werden. 26 Stat. 829, 830. Der Zweck der specifizierten Aufhebung war, wie dieser Gerichtshof erklärt hat, die Geldgrenze in den angezogenen Verordnungen los zu werden. McLish v. Roff. 141 U.S. 661, Und obgleich weder Sektion 692 noch Sektion 695 der Revised Statutes namentlich aufgehoben ist, so fällt der Fall doch. wenn man die allgemeine Klausel der Aufhebung zusammen mit den positiven Bestimmungen der Verordnung in Betracht zieht, unter die Begründung der Entscheidung in einem analogen Fall, in welchem dieser Gerichtshof sagte: "Die Bestimmungen, die sich auf den zur Beratung vorliegenden Gegenstand beziehen, sind indes so viel umfassend (comprehensive) ebenso wie so abweichend von denen früherer Verordnungen, dass wir annehmen, dass die Absicht, die eine für die andere zu setzen, notwendig gefolgert werden und vorherrschen muß. Fisk v. Henarie, 142 U.S. 459, 468.

Die Entscheidung dieses Gerichtshofs in dem kürzlich verhandelten Fall der *United States v. Rider*, 163 U. S. 132 giebt einen wichtigen, wenn nicht maßgebenden Praecedenzfall. Von Anfang dieses Jahrhunderts bis zur Durchbringung der Verordnung von 1891 konnten sowohl in Civil- wie in Kriminalfragen Rechts-

streitfragen, in denen zwei Richter des Circuit Court verschiedener Ansicht waren, diesem Gerichtshof zur Entscheidung unterbreitet werden. Act of April 29, 1802, c. 31 § 6; 2 Stat. 159, Juni 1, 1872, c. 255 § 1; 17 Stat. 196, Rev. Stat. §§ 650, 652, 693, 699; Insurance Co. v. Dunham, 11 Wall. 1, 21; United States v. Sanges, 144 U. S. 310, 320.

Aber in dem Fall United States v. Rider hat dieser Gerichtshof entschieden, dass die Verordnung von 1891 die früheren Verordnungen, welche gestatteten, Rechtsstreitfragen von den Circuit Courts diesem Gerichtshof zu unterbreiten, überholt und aufgehoben hat; und die Gründe jener Entscheidung zeigen sich deutlich genug in dem Bericht über die Wirkung der Verordnung von 1891 an zwei Stellen jenes Gutachtens: "In allen Kriminalfallen auf einen wert of error und in allen Civilsachen and Berufung oder auf einen writ of error wurde entweder dieser Gerichtshof oder der Circuit Court of Appeals als höhere Instanz eingesetzt, ohne Rücksicht auf den Wert des Streitobiekts, ausgenommen in Bezug auf Appellationen auf Berufungen oder einen writ of error an oder von den Circuit Courts of Appeals in Fallen, die nicht endgültig sind, wie sie in § 6 specifiziert worden sind." "Es ist wahr, dass stillschweigende Aushebungen nicht zu präsumieren sind (not favored), wir können uns aber der Schlussfolgerung nicht entziehen, dass bei Prüfung ihrer Absicht, ihres augenscheinlichen Zweckes und ihres Wortlauts. die Verordnung vom 3. März 1891 die ganze unter Frage stehende Materie deckt und die ausschließende Regel in Bezug auf Appellation auf Berufung, writ of error oder certificate liefert. 163 U.S. 138-140.

Jenes Urteil beruhte so auf zwei aufeinanderfolgenden Behauptungen: Erstens, daß die Verordnung von 1891 entweder diesen Gerichtshof oder den Circuit Court of Appeals als höhere Instanz in allen Kriminal- und Civilfällen ohne Rücksicht auf den Wert des Streitobjekts einsetzt. Zweitens, daß die Verordnung durch ihren Wortlaut, ihre Absicht und ihren augenscheinlichen Zweck die ausschließende Regel in Bezug auf Appellationen auf Berufung, writ of error oder certificate liefert.

Wie der Chief Justice Marshall vor langer Zeit gesagt hat, muß man den Geist eines Statuts ebenso wie den Wortlaut' respektieren und wo der ganze Zusammenhang des Gesetzes eine besondere Absicht in der Gesetzgebung zeigt, einen gewissen Zweck zu erreichen, da darf ein gewisser Grad von stillschweigender Folgerung für jene Absicht zu Hülfe genommen werden. Durousseau v. United States, 6 Cranch 307, 314, Und es ist eine wohl befestigte Regel (well settled) in der Auslegung von Statuten, die oft von diesem Gerichtshof bestätigt und angewandt worden ist, dass selbst, wo zwei Verordnungen nicht in direktem Wortlaut sich widersprechen, doch wenn die letztere Verordnung die ganze Materie der ersteren deckt und außerdem neue Bestimmungen umfaßt, dadurch deutlich zeigend. dass sie als Ersatz für die erste Verordnung beabsichtigt ist, sie wie eine Aufhebung der ersten Verordnung wirkt. United States v. Tynen, 11 Wall 88, 92; King v. Cornell, 106 U.S. 395, 396; Tracy v. Tuffly, 134 U. S. 206, 233; Fisk v. Henarie, 142 U. S. 459, 468; District of Columbia v. Hutton, 143 U. S. 18, 27; United States v. Healey, 160 U.S. 136, 147.

Wir sind der Meinung, dass die Verordnung von 1891, im Lichte der festgesetzten Regeln über statutarische Auslegung und der Entscheidungen dieses Gerichtshofes betrachtet, deutlich die Absicht des Kongresses an der Stirn trägt, die ganze Materie der Appellation von den District und Circuit Courts der Vereinigten Staaten zu umfassen, soweit es darauf ankommt, in welchen Fällen, sowie an welche Gerichtshöfe Appellationen gerichtet werden dürfen, und bis zu dieser Ausdehnung alle Bestimmungen früherer Verordnungen des Kongresses überflüssig zu machen und aufzuheben, einschließlich derjenigen, welche solche Appellationen von einer Geldgrenze abhängig machten; dass sie ferner deutlich die Absicht zeigt, als ein Teil des neuen Systems diesen Gerichtshof als höchste Instanz einzusetzen für alle entscheidenden Urteile und Erkenntnisse in Prisenprozessen. ohne Rücksicht auf die in Frage stehende Summe und ohne irgend ein Certifikat des Distriktrichters, die Wichtigkeit des besonderen Falles betreffend.

Wir werden nunmehr zur Erwägung der Frage geführt, ob auf die Thatsachen hin, die in diesen records erscheinen, die Fischereischmacken der Wegnahme durch die bewaffneten Schiffe der Vereinigten Staaten während des jüngsten Krieges mit Spanien ausgesetzt waren. Gemäß einem alten Brauch unter civilisierten Nationen, dessen Anfang Jahrhunderte zurückliegt und der allmählich in eine Regel des internationalen Rechts ausgereift ist, hat man anerkannt, daß Fischereifahrzeuge, die ihrer Bestimmung, Fische zu fangen und lebend einzubringen, nachgehen, samt ihrer Ladung und Bemannung von der Wegnahme als Kriegsprise ausgenommen sind.

Diese Doktrin ist indessen vor Gericht ernstlich bekämpft worden. Und man kann, soweit wir wissen, in keinem einzigen veröffentlichten Werk eine vollständige Sammlung der Beispiele, die sie illustrieren, finden, obgleich viele von den Schriftstellern über internationales Recht citiert und erörtert werden, zum Beispiel bei Ortolan, Règles Internationales et Diplomatie de la Mer (4th ed.) lib. 3, c. 2 pp. 51—56; Calvo, Droit International (5th ed.) §\$ 2367—2373; Boeck, Propriété Privée Ennemie sous Pavillon Ennemi §\$ 191—196; und Hall, International Law (4th ed.) § 148. Es lohnt sich deshalb wohl, die Geschichte der Regel zu verfolgen, von den ersten zugänglichen Quellen an, durch die wachsende Anerkennung derselben, mit gelegentlichen Rückfällen, bis zu dem, was wir heute billig als ihre endgültige Anerkennung ansehen in unserem eigenen Lande wie allgemein in der civilisierten Welt.

Die frühesten in Büchern erwähnten Verordnungen irgend einer Regierung über diesen Gegenstand rührten entweder von einem König von England her oder wurden von ihm gebilligt.

In den Jahren 1403 und 1406 erließ Heinrich IV. Befehle an seine Admirale und anderen Offiziere, unter dem Titel "Betreffend die Sicherheit der Fischer — De Securitate pro Piscatoribus". Durch eine Verordnung vom 26. Oktober 1403 erklärte er, dies sei gemäß einem Vertrag zwischen ihm und dem König von Frankreich festgesetzt, für die größere Sicherheit der Fischer beider Länder, sodaß dieselben ihr Gewerbe sicherer auf dem Meere fortsetzen und in Frieden miteinander Handel treiben könnten; und daß der französische König eingewilligt habe, daß englische Fischer ebenso behandelt werden sollten; es wurde bestimmt, daß französische Fischer während der damals rechtmäßig festgesetzten Zeit für den Heringsfang von dem Hafen von Gravelines und der Insel Phanet bis zur Mündung

der Seine und dem Hafen von Hautoune Heringe und alle anderen Fische in Sicherheit fischen dürften. Und durch eine Verordnung vom 5. Oktober 1406 nahm er in sein sicheres Geleit und unter seinen besondern Schutz, seine Fürsorge und Verteidigung, alle Fischer, und besonders die von Frankreich, Flandern und Britannien, soweit sie mit ihren Fischereifahrzeugen und Böten auf der See innerhalb seiner Herrschaft, seines Rechts- und Ländergebietes, segelten, ein- oder ausliefen, -- -; ebenso ihre Fische, Netze und und alles andere Gut und Eigentum; und es wurde deshalb befohlen, dass man solchen Fischern nicht ins Gehege kommen solle, vorausgesetzt, daß sie sich gut und gehörig betrügen und nicht unter dem Vorwand dieses Freibriefs irgend etwas thäten oder zu thun versuchten — — , das den König oder sein Königtum oder seine Unterthanen benachteiligen könnte. 8 Rymer's Foedera 336, 451.

Der Vertrag, der am 2. Oktober 1521 zwischen dem Kaiser Karl V. und Franz I. von Frankreich durch ihre Gesandten geschlossen wurde, erklärt, daß ein großer und heftiger Krieg zwischen ihnen entstanden sei und dass infolgedessen häufige Verheerungen und Verwüstungen auf beiden Seiten zu Wasser und zu Lande vorgekommen wären, zum ernsten Schaden und unerträglichen Nachteil der beiderseitigen unschuldigen Unterthanen; dass eine passende Zeit für die Heringsfischerei nahe sei und dass, weil die See vom Feinde beherrscht sei, die Fischer nicht auszulaufen wagten, wodurch der Gegenstand ihres Gewerbes, der vom Himmel verliehen sei, um den Hunger der Armen zu stillen, dies Jahr ganz ausbleiben wurde, wenn man nicht anderweitige Bestimmungen träfe - quo fit, ut piscaturae commoditas, ad pauperum levandam famem a coelesti numine concessa, cessare hoc anno omnino debeat, nisi aliter provideatur. Es wurde deshalb vereinbart, dass die Unterthanen beider Souverane, die auf See fischten, oder dem Beruf von Fischern nachgingen, bis zum Ende des nächsten Januar, ohne irgend einem Angriff, einer Beraubung oder Belästigung, Beunruhigung oder Hinderung ausgesetzt zu sein, trotz des bestehenden Landund Seekrieges, Heringe und alle anderen Arten von Fischen sicher und frei überall in der See fangen könnten und dürften; dass ferner während der erwähnten Zeit kein Unterthan der

beiden Souverane sich einer Beraubung, Vergewaltigung, Verletzung, Belästigung oder Beunruhigung solcher Fischer, ihrer Fahrzeuge, ihres Proviants oder ihrer Ausrüstung, Netze und Fische oder anderer Güter, die wirklich zum Fischen gehören, schuldig machen dürfe. Der Vertrag wurde zu Calais, das damals in englischem Besitz war, geschlossen. Er erklärt, daß sich die Gesandten beider Souveräne auf die ernsten Vorstellungen Heinrichs VIII. hin, unter seinem Schutz und im Beisein des Kardinals Wolsey, seines Kanzlers und Vertreters dort trafen. Gegen Ende des Vertrags wird beschlossen, dass der genannte König und sein genannter Vertreter "mit deren Hülfe der Vertrag zu stande gekommen ist. Garanten der darin enthaltenen Bestimmungen sein sollen, als wären sie dazu von beiden Parteien ausgewählt und ernannt." 4 Dumont, Corps Diplomatique pt. 1 pp. 352, 353. Die Heringsfischerei wurde im Jahre 1536 während der Kriegszeit durch französische und hollandische Edikte erlaubt. Bynkershoek, Quaestiones Juris Publicae, lib. 1, c, 3; 1 Emerigon, des Assurances, c. 4, sect. 9; c. 12 sect. 19 § 8.

Frankreich hat von alter Zeit her das Beispiel gegeben, die Schrecken des Krieges zu Gunsten aller Küstenschiffer zu lindern. In dem von Cleirac 1661 veröffentlichten Sammelwerk, Us et coutumes de la Mer betitelt, im 3. Teil desselben, der _Die See- und Admiralitätsgerichtsbarkeit — La Jurisdiction de la Marine ou d'Amirauté" sowohl in Kriegs- wie Friedenszeiten enthält, lautet Artikel 80 wie folgt: "Der Admiral kann in Kriegszeiten dem Feind und seinen Unterthanen Fischereifreiheiten — tresves pescheresses — bewilligen; vorausgesetzt, daß auch der Feind sie den Franzosen bewilligt". Cleirac 544. Unter diesem Artikel wird Bezug genommen je auf Artikel 49 und 79 der französischen Bestimmungen, die Admiralität betreffend vom Jahre 1543 und 1584, von denen er nur eine Wiederholung ist. 4 Pardessus, Collection de Lois Maritimes, 319; 2 Ortolan, 51. Und Cleirac fugt in einer Note dieses Citat aus Froissart's Chronik an: "Fischer auf See fügten einander keinen Schaden zu, was für Kriege auch in England und Frankreich geführt wurden: so sind sie Freunde und helfen einander nach Bedarf -Pecheurs sur mer, quelque guerre qui soit en France et Angleterre, jamais ne se firent mal l'un à l'autre; ainçois sont amis, et s'aydent l'un a tu l'autre a besoin."

Derselbe Brauch scheint in Frankreich bis zum Ende des 17. Jahrhunderts vorgehertscht zu haben. So gewährten zum Beispiel Ludwig XIV. und die Generalstaaten von Holland 1675 nach gegenseitiger Übereinkunft holländischen und französischen Fischern die Freiheit, ungestört durch die Kriegsschiffe an den Küsten Frankreichs, Hollands und Englands zu fischen. D'Hauterive et De Cussy, Traités de Commerce, pt. 1 vol. 2, p. 278. Durch die Verträge von 1681 und 1692 hörte dieser Brauch indessen auf, wie Valin sagt, auf Grund des treulosen Verhaltens der Feinde Frankreichs, die den guten Glauben, mit dem sie immer die Verträge beobachtet hätten, missbrauchend, die französischen Fischer gewohnheitsmäsig entführten, während ihre eigenen in Sicherheit fischten. 2 Valin sur l'Ordomance de la Marine (1776) 689, 690; 2 Ortolan 52; Boeck § 192.

Die Doktrin, welche Kustenfischer samt ihren Fahrzeugen und ihrer Ladung von der Wegnahme als Kriegsprise ausnimmt, ist den Vereinigten Staaten seit dem Unabhängigkeitskrieg geläufig.

Am 5. Juni 1779 richtete unser Kriegsbundesgenosse Ludwig XIV. ein Schreiben an seinen Admiral, in dem er ihm mitteilte, dass der Wunsch, den er immer gehabt habe, die Härten des Krieges, soweit er es könne, zu lindern, seine Aufmerksamkeit auf jene Klasse seiner Unterthanen gelenkt habe, welche sich dem Fischereigewerbe widmeten und keine anderen Mittel zum Lebensunterhalt hätten; und dass er gedacht habe. dass das Beispiel, welches er seinen Feinden geben wurde, und das keinen andern Grund als die Gefühle der Menschlichkeit haben könne, die ihn beseelten, dieselben bestimmen würde, den Fischern die gleichen Freiheiten zu bewilligen, die er ihnen gewähren würde; und dass er deshalb Befehl an die Kommandanten aller seiner Schiffe habe ergehen lassen, die englischen Fischer weder zu stören, noch ihre, mit frischen Fischen beladenen Fahrzeuge, mit Beschlag zu belegen, selbst wenn die Fische nicht von denselben Fahrzeugen gefangen wären; vorausgesetzt, sie hätten keine Verteidigungswaffen an Bord und man habe ihnen nicht nachweisen können, dass sie Signale gegeben hätten, die den Verdacht des Einverständnisses mit dem Feinde aufkommen ließen; und der Admiral wurde angewiesen die Intentionen des Königs allen unter seinem Oberbefehl stehenden Offizieren mitzuteilen. Durch eine königliche Geheimratsverordnung vom 6. November 1780 wurden die früheren Erlasse bestätigt; und die von einem französischen Kreuzer ausgeführte Beschlagnahme des englischen Schiffes "The John and Sarah", das mit einer Ladung frischer Fische von Holland kam, sowie die demselben auferlegte hohe Strafe, wurden für ungesetzmäßig erklärt. 2 Code des Prises (ed. 1784), 721, 901, 903.

Unter den von Sir James Marriott, Richter des English High Court of Admiralty, aufgestellten Rechtsgrundsätzen (standing orders) war einer vom 11. April 1780, durch welchen bestimmt wurde, daß alle Prisenprozesse über vom Feinde genommene Fischereifahrzeuge und Böte in "one monition and one sentence or interlocutory" zusammengefaßt werden könnten, wenn sie unter 50 Tonnen Ladung hätten und ihre Zahl 6 nicht überträfe. Mariott's Formulary, 4. Doch scheint es, nach den Angaben seiner Nachfolger, sowohl der englischen wie der französischen Schriftsteller, daß sowohl England wie Frankreich während des amerikanischen Revolutionskrieges davon abstanden, störend auf die Küstenfischerei einzuwirken. The Young Jacob and Johanna, 1 C. Rob. 20; 2 Ortolan, 58; Hall § 148.

In dem Vertrag von 1785 zwischen den Vereinigten Staaten und Preußen bestimmt Artikel 23 (welcher von den amerikanischen Kommissären John Adams, Benjamin Franklin und Thomas Jefferson vorgeschlagen wurde und von Benjamin Franklin abgefaßt sein soll), daß, im Fall eines Krieges zwischen den kontrahierenden Parteien, "alle Frauen und Kinder, Gelehrte jeder Fakultät, Landleute, Künstler, Manufakturisten und Fischer, die unbewaffnet sind und unbefestigte Städte, Dörfer oder Ortschaften bewohnen und im allgemeinen alle anderen Menschen, deren Beschäftigungen der Gesamtexistenz und dem Gesamtwohl der Menschheit zu gute kommen, die Erlaubnis erhalten sollen, ihren verschiedenen Beschäftigungen nachzugehen, und an ihrer Person nicht belästigt werden sollen; auch sollen ihre Häuser und ihr Eigentum nicht verbrannt oder anderweitig

zerstört, noch ihre Felder von den Truppen des Feindes verwüstet werden, in dessen Gewalt sie durch die Kriegsereignisse fallen mögen; wenn ihnen aber irgend etwas für den Gebrauch der Truppen genommen werden muß, soll man ihnen dafür angemessene Preise bezahlen." 8 Stat. 96; 1 Kent Com. 91 note; Wheaton's History of the Law of Nations 306, 308. Hier war es am deutlichsten ausgesprochen, dass unbewaffnete Fischer, die unbefestigte Ortschaften bewohnen, von feindlicher Belästigung oder Beschlagnahme ihrer Person, Beschäftigung, Hauses und Eigentums ausgenommen sein sollen. Dieser Artikel wurde in den späteren Verträgen zwischen den Vereinigten Staaten und Preußen aus den Jahren 1799 und 1828 wiederholt, 8 Stat. 174, 384. Und Dana sagt in einer Anmerkung zu seiner Ausgabe von Wheaton's International Law: In vielen Verträgen und Verordnungeu werden Fischer, die Fische als Lebensmittel fangen, zu der Klasse von Personen gezählt, deren Beschäftigung in Kriegszeiten nicht gestört werden soll. Wheaton's International Law (8th ed.) \$ 345, note 168.

Seit die Vereinigten Staaten eine Nation geworden sind, entstanden, soweit wir unterrichtet sind, die einzigen ernstlichen Unterbrechungen der allgemeinen Anerkennung der Ausnahme der Küstenfischereifahrzeuge von feindlicher Beschlagnahme, aus den gegenseitigen Verdächtigungen und Rekonventionsklagen Englands und Frankreichs während der Kriege der französischen Revolution.

In den ersten Jahren jener Kriege, als England die Beschlagnahme französischer Fischer für rechtmäßig erklärt hatte, beauftragte ein Dekret des französischen Nationalkonvents vom 2. Oktober 1793 die Exekutive, "gegen dies Verfahren, das bisher ohne Beispiel sei, Protest einzulegen, die beschlagnahmten Fischerböte zurückzufordern und im Fall der Weigerung Repressalien zu nehmen." Doch ordnete im Juli 1796 das Komitee für öffentliche Sicherheit die Freilassung der englischen Fischer an, die auf das frühere Dekret hin gefangen genommen waren, "indem es sie für keine Kriegsgefangene erklärte." La Nostra Segnora de la Piedad (1801), weiter unter citiert; 2 De Cussy, Droit Maritime 161, 165; 1 Massé, Droit Commercial (2° ed.) 266, 267.

Am 24. Januar 1798 wies die englische Regierung durch

ausdrückliche Verordnung die Kommandanten ihrer Schiffe an, französische und holländische Fischer mit ihren Böten festzunehmen. 6 Martens, Recueil des Traités (2º ed) 505; 6 Schoell, Histoire des Traités 119; 2 Ortolan 53.

Nach Bekanntgabe dieser Verordnung erklärte Lord Stowell (damals Sir William Scott) im High Court of Admiralty of England kleine holländische Fischerböte als Kriegsbeute. In einem Fall fand die Festnahme im April 1798 statt, und die Verordnung datierte vom 13. November 1798. The Young Jacob and Johanna, 1 C. Rob. 20. In einem anderen Fall datierte die Verordnung vom 23. August 1799. The Noydt Gedacht, 2 C. Rob. 137.

Für das Jahr 1800 können die Erlasse der englischen und französischen Regierungen und die Korrespondenz zwischen denselben in den bereits erwähnten Büchern gefunden werden. 6 Martens 503-512; 6 Schoell 118-120; 2 Ortolan 53, 54. Die Geschehnisse für das Jahr 1800 können wie folgt zusammengefasst werden: Am 27. März 1800 wiederholte die französische Regierung, nicht gewillt Repressalien zu nehmen, die Verordnungen Ludwigs XVI, aus dem Jahre 1780, die oben erwähnt sind, und untersagte den französischen Schiffen jede Beschlagnahme englischer Fischer, falls sie nicht bewaffnet wären oder man ihnen nachgewiesen habe, dass sie dem Feinde Signale gegeben hätten. Am 30. Mai 1800 zog die englische Regierung, nachdem sie von jener Aktion der französischen Regierung Kenntnis erhalten hatte, ihre Verordnung vom 24. Januar 1798 zurück. Bald darauf aber beschwerte sich die englische Regierung darüber, dass französische Fischerböte in Vlissingen als Brander eingerichtet wären, wie auch darüber, dass die französische Regierung französische Fischer und ihre Böte, selbst solche, welche die englische Regierung unter der Bedingung, dass sie nicht dienten, freigelassen habe, gewaltsam geworben und nach Brest geschickt habe, um in ihrer Flotte zu dienen; und am 21. Januar 1801 nahm sie ihre letzte Verordnung kurz zurück und ließ die Verordnung vom 24. Januar 1798 wieder in Kraft treten. Am 16. Februar 1801 befahl Napoleon Bonaparte, damals erster Konsul. dem französischen Kommissär in London, sofort nach Frankreich zurückzukehren, nachdem er vorher der englischen Regierung erklärt hatte, dass ihr Betragen "im Gegensatz zu allen Gebräuchen civilisierter Nationen und zu den allgemeinen Gesetzen.

welche dieselben leiten, dem bestehenden Kriege einen Charakter der Wut und Erbitterung gäbe, die selbst die in einem loyalen Kriege üblichen Beziehungen zerstöre" und nur darauf hinwirke, die beiden Nationen zu erbittern und die Zeit des Friedens hinauszuschieben; und daß die französische Regierung, "die es immer zu ihrem Grundsatz gemacht habe, die Schrecken des Krieges soviel als möglich zu lindern, ihrerseits nicht daran denken könne, arme Fischer zu Opfern verlängerter Feindseligkeiten zu machen, und von allen Repressalien Abstand nehmen würde."

Am 16. März 1801 nahm das in England aus Ruder gekommene Ministerium Addington die Verordnungen seiner Vorgänger gegen die französischen Fischer zurück, hielt aber daran
fest, daß "die Freiheit des Fischens nirgends auf Vereinbarung
beruhe, sondern auf einfacher Konzession;" daß "diese Konzession
immer dem Ermessen des Augenblicks unterworfen sein würde"
und daß "sie sich nie auf die Großsischerei und den Handel
mit Austern und Fischen ausgedehnt habe". Die Freiheit der
Küstenfischerei wurde von nun an wieder auf beiden Seiten gewährt. 6 Martens 514; 6 Schoell 121; 2 Ortolan 54; Manning,
Law of Nations (Amos ed.) 206.

Der Anwalt der Vereinigten Staaten stützte sich besonders auf das oben citierte Urteil des Lord Stowell in The Young Jacob and Johanna, 1 C. Rob. 20, das sorgfaltige Beachtung verdient. Das dort verurteilte Schiff wird in dem Bericht "als ein kleines holländisches Fischerboot" bezeichnet, das auf der Rückfahrt von Dogger Bank nach Holland im April 1798 beschlagnahmt wurde. Und Lord Stowell sagte bei der Verkundigung des Urteils: "In früheren Kriegen ist es nicht üblich gewesen, diese kleinen Fischerfahrzeuge wegzunehmen; doch war dies nur eine Regel der Höflichkeit (comity), und nicht gesetzlicher Entscheidung; sie hat vom Standpunkt der Rücksicht zwischen benachbarten Völkern und aus Interesse für eine arme und fleissige Klasse von Menschen Geltung gehabt. Im jetzigen Kriege ist, wie ich annehme, genügender Grund vorhanden, diese Art der Behandlung zu ändern, und da sie vor mich als Richter gebracht sind, müssen sie sich nach den allgemeinen Grundsätzen dieses Gerichtshofs richten; sie fallen unter den Titel und die Formulierung der letzten Klasse von Fällen: das heißt von

Schiffen, die beständig und ausschließlich im Handel des Feindes beschäftigt sind." Und "für mich", fügte er hinzu, "ist es eine weitere Genugthuung bei Fällung dieses Urteils, zu bemerken, daß die Thatsachen auch entschiedene Kennzeichen falscher und betrügerischer Handlungsweise tragen."

Beschlagnahme wie Verurteilung lagen innerhalb des ersten Jahres nach der Verordnung der englischen Regierung vom 24. Januar 1798, welche die Kommandanten ihrer Schiffe anwies, französische und holländische Fischerfahrzeuge zu nehmen, und vor einer Zurücknahme dieser Verordnung. Lord Stowell's Urteil zeigt, daß seine Entscheidung sich auf die Verordnung von 1798 stützt, sowie auf klare Beweise von Betrug. Ein weiteres Erkenntnis wurde in dieser Sache nicht gefällt.

Einigen Ausdrücken in seiner Darlegung ist indessen von englischen Schriftstellern soviel Gewicht beigelegt worden, daß es wohl gut sein wird, sie einer besonderen Prüfung zu unterziehen. Das Urteil beginnt mit der Einräumung, dass der bekannte Brauch in früheren Kriegen, der gewesen sei, solche Schiffe nicht zu nehmen, fügt indessen hinzu, "doch war dies eine Regel der Comity und nicht gezetzlicher Entscheidung." Angenommen, dass die Wendung "gesetzliche Entscheidung" hier in dem Sinn gebraucht ist, in dem Gerichtshöfe sie zu brauchen pflegen, als gleichbedeutend mit _richterlicher Entscheidung". ist es richtig, dass, soweit es zu verfolgen ist, eine solche Entscheidung über den Punkt in England nicht vorgelegen hatte. Das Wort "Comity" wurde von Lord Stowell augenscheinlich im gleichen Sinn mit Höflichkeit und gutem Willen gebraucht. Aber ein dazwischenliegender Zeitraum von 100 Jahren hat mehr als genugt, das, was im Anfang auf Brauch oder Comity, Hoflichkeit oder Duldung beruht haben mag, durch die allgemeine Zustimmung der civilisierten Nationen, in eine feste Regel des internationalen Gesetzes ausreifen zu lassen. Wie Sir James Mackintosh treffend sagt: "Im jetzigen Jahrhundert ist eine, sich sehr langsam und ruhig vollziehende, aber sehr wesentliche Milderung in der Kriegsführung eingetreten; und im Verhältnis, wie diese mildere Kriegsführung den Beifall der Zeit gewonnen hat, ist sie aus der Reihe der bloßen Gebräuche gehoben und wird zu einem Teil des Völkerrechts. Discours on the Law of Nations 38; 1 Miscellaneous Works 360.

Die französischen Prisengerichtshöfe beurteilten die allgemeine Frage, sowohl vor als nach Lord Stowell's Entscheidung, ganz anders. Wie bereits erwähnt, erklärte ein geheimer Erlass Ludwigs XVI. im Jahre 1780, die von einem französischen Kreuzer ausgeführte Beschlagnahme des englischen Schiffes "The John and Sarah", das mit einer Ladung frischer Fische von Holland kam, für ungesetzmässig. Als im April 1801 ein portugiesischer Fischerkutter, der nur soviel Besatzung hatte, als zu seiner Bedienung und zur Handhabung der Netze erforderlich war, auf einer Fahrt von mehreren Tagen drei Meilen von der Küste von Portugal mitsamt seiner Ladung von Fischen von einem französischen Kreuzer genommen wurde, da erachtete am 17. Mai 1801 The Council of Prizes diese Beschlagnahme als "den Principien der Menschlichkeit und den Grundsätzen des internationalen Rechts widersprechend" und bestimmte, daß der Kutter mit den Fischen an Bord oder dem Nettobetrage, von solchen, die etwa verkauft wären, ihrem Schiffer (master) zurückgegeben werden sollte. La Nostra Segnora de la Piedad, 25 Merlin, Jurisprudence, Prise Maritime, § 3 art. 1, 3; S. C. 1 Pistoye et Duverdy, Prises Maritimes, 331; 2 De Cussy, Droit Maritime, 166.

Bald darauf verbot die englische Regierung mehr als einmal unbedingt die Belästigung von Fischereifahrzeugen, die mit dem Fangen und auf-den-Markt-Bringen frischer Fische beschäftigt waren. Am 23. Mai 1806 wurde durch eine Geheimratsverordnung bestimmt, dass alle Fischersahrzeuge unter preussischen und anderen Flaggen, die zum Zweck. Fische zu fangen und sie frisch auf den Markt zu bringen, gemietet wären, mit ihrer Besatzung, ihrer Ladung und ihren Vorräten auf ihren Fischerfahrten und während sie die Fische auf den Markt brächten, nicht belästigt werden sollen; und dass keine Fischerfahrzeuge dieser Gattung von nun an belästigt werden sollten. Und die Right Honorable, die Lords Commissioners of His Majesty's Treasury, Lords Commissioners of the Admiralty und der Judge of the High Court of Admiralty sollten die notwendigen Vorschriften hierüber geben, jeder da, wo es ihm zukame, 5 C. Rob. 408. Wiederum in der Geheimratsverordnung vom 2. Mai 1810, - welche bestimmt, dass "alle Schiffe, die von irgend einem Hafen aussegeln, der soweit unter dem Einfluss Frankreichs und seiner Bundesgenossen steht, dass britische Schiffe dort nicht frei Handel treiben dürfen, und die mit Wallfischfang oder irgend einer anderen Art Fischerei beschäftigt sind, bis auf die späterhin erwähnten Ausnahmen, und die entweder zu dem Hasen, von dem sie ausgelausen sind oder nach einem andern Hasen oder Platz, wo die britische Flagge nicht frei Handel treiben darf, zurückkehren oder zurückzukehren bestimmt sind, genommen werden sollen und mit ihren Vorräten und ihrer Ladung für Prise der Nehmer erkannt werden" — waren ausgenommen "Schiffe, die beschäftigt sind, Fische zu fangen und frisch auf den Markt zu bringen, da solche Schiffe nicht geeignet noch darauf eingerichtet sind, Fische zu konservieren." Edw. Adm. appx. L.

Wheaton schrieb in seinem Digest of the Law of Maritime Captures and Prises, das 1815 erschien: "Es ist in Seekriegen Brauch gewesen, Fischerböte und ihre Ladungen von der Wegnahme auszuschließen, sowohl vom Standpunkt gegenseitiger Gefälligkeit benachbarter Länder aus, als auch aus Rücksicht auf eine arme und fleissige Klasse der Bevölkerung. Dieser Brauch, der der Menschlichkeit der civilisierten Nationen alle Ehre macht, ist außer Gebrauch gekommen; und es ist auffallend, dass beide. Frankreich und England, sich gegenseitig den Vertrauensbruch vorwerfen, der ihn endgültig aufgehoben hat." Wheaton on Captures c. 2 § 18. Diese Bemerkung zeigt klar Wheatons Meinung, dass der Brauch ein allgemeiner gewesen sei, sowie, dass er das bleiben müste. Seine Annahme, dass er durch die Zwistigkeiten zwischen England und Frankreich am Ende des letzten Jahrhunderts aufgehoben sei, war durch die Lage der Dinge, als er schrieb, kaum gerechtfertigt und ist auch seitdem noch nicht bestätigt.

Während der Kriege des französischen Kaiserreichs wurden die Küstenfischer, wie sowohl englische als französische Schriftsteller einräumen, in Frieden gelassen. 2 Ortolan 54; Boeck § 193; Hall § 148. Boeck setzt sinnreich und wahr hinzu: "und die Vorgänge von 1800 und 1801 hatten kein morgen — n'eurent pas de lendemain".

Im Kriege mit Mexiko 1846 erkannten die Vereinigten Staaten die Ausnahme der Küstenfischereiboote von der Wegnahme an. Zum Beweis hierfür sei Bezug genommen auf die

١

Berichte des Marinedepartements, an das wegen solcher Frage zu appellieren dieser Gerichtshof ohne Rückhalt autorisiert ist. Jones v. United States, 187 U. S. 202. Underhill v. Hernandes 168 U. S. 250, 253.

Aus diesen Berichten erhellt, dass der Kommodore Conner, der das Home Squadron, das die Ostküste von Mexiko blockierte, befehligte, am 14. Mai 1846 von dem Schiff "Cumberland" aus Brazos Santiago, in der Nähe des südlichen Punktes von Texas. einen Brief an Mr. Bancroft, den Marineminister, schrieb, in den er eine Abschrift einlegte, von des Kommodores Instruktionen an die Kommandanten der Schiffe des Home Squadron, die Vorschriften betreffend, "die bei der Blockade der mexikanischen Häfen beobachtet werden sollen," von denen die eine lautet: "Mexikanische Böte, die an irgend einem Teil der Kuste mit Fischen beschäftigt sind, sollen ihrer Arbeit unbelästigt nachgehen dürfen;" und dass diese Instruktionen am 10. Juni 1846 von dem Marinedepartement anerkannt wurden, an dessen Spitze Mr. Bancroft noch stand und auch blieb, bis er im folgenden September zum Minister für England ernannt wurde. Obgleich Kommodore Conners Instruktionen und ihre Anerkennung durch das Marinedepartement in keiner zeitgenössischen Veröffentlichung der Regierung erscheinen, wurden sie doch offenbar zu der Zeit oder kurz nachher allgemein bekannt; denn es wird in verschiedenen Abhandlungen über internationales Recht (die mit Ortolans zweiter Ausgabe vom Jahr 1853 anfangen) angegeben. dass die Vereinigten Staaten im Mexikanischen Krieg den Küstenfischern des Feindes erlaubten, die freie Ausübung ihres Berufes fortzusetzen. 2 Ortolan (2d ed.) 49 note; (4th ed.) 55; 4 Calvo (5th ed.) § 2372; Boeck § 194; Hall (4th ed.) § 148.

Als die Wirkung dieser Angaben abschwächend, beruft sich der Counsel für die Vereinigten Staaten auf eine Proklamation vom 20. August 1846 des Kommodore Stockton, der das Pacific Squadron befehligte, in der er die Offiziere unter seinem Kommando anweist, sofort an die Blockierung der Häfen von Matzatlan und San Blas an der Westküste von Mexiko zu gehen und ihnen sagt, "Allen neutralen Schiffen, die Sie dort finden, werden Sie 20 Tage zur Abfahrt geben; und Sie werden die Blockade absolut gegen alle Schiffe, mit Ausnahme von bewaffneten Schiffen neutraler Nationen machen. Sie werden alle

Schiffe, die unter mexikanischer Flagge fahren, die Sie bekommen können, nehmen." Navy Report of 1846 pp. 673, 674. Es weist indessen nichts darauf hin, dass Kommodore Stockton die Wegnahme von Küstenfischereifahrzeugen beabsichtigte, oder dass die Regierung sie billigte.

Im Gegenteil sagt General Halleck im Vorwort seines 1861 erschienenen Werkes über "Internationales Recht" oder "Vorschriften, die den Verkehr zwischen Staaten im Krieg und Frieden regeln", dass er dies Werk während des Krieges zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko angefangen habe, "während er zum Stabe des Kommandanten des Pacific Squadron kommandiert war" und "häufig Gutachten über Fragen des internationalen Rechts abzugeben hatte, die aus den Operationen des Krieges erwuchsen." Wäre die Praxis des während des Krieges auf der Westküste von Mexiko blockierenden Geschwaders, in Bezug auf Fischereifshrzeuge, von der durch das Marinedepartement anerkannten Praxis auf der Ostküste abgewichen, dann hätte General Halleck dies kaum unerwähnt lassen können, als er die vorherrschende Doktrin über diesen Gegenstand wie folgt feststellte:

"Auch Fischerböte sind nach allgemeiner Regel von den Wirkungen der Feindseligkeiten ausgenommen worden. Schon im Jahre 1521, während der Krieg zwischen Karl V. und Franz wütete. trafen Gesandte beider Souverane in dem damals englischen Calais zusammen, und kamen überein, daß, sintemal die Heringsfischerei demnächst ihren Anfang nehme, die Unterthanen beider Kriegführenden, die diesem Gewerbe oblägen, von der Gegenpartei sicher und unbelästigt bleiben und Erlaubnis erhalten sollten, wie in Friedenszeiten zu fischen. Im Kriege von 1800 erließen die britischen und französischen Regierungen formelle Erlasse, welche die Fischerböte ihrer gegenseitigen Unterthanen von der Wegnahme ausschlossen. Diese Verordnung wurde in der Folge von der britischen Regierung wieder aufgehoben, mit der angegebenen Begründung, es wären einige französische Fischerböte als Kanonenböte ausgerüstet worden und einige französische Fischer, die in England Gefangene gewesen wären, hätten ihr Wort, nicht wieder zu dienen, gebrochen und sich in Brest auf der französischen Flotte eingeschifft. Solche Entschuldigungen waren offenbar reiner Vorwand, und nachdem

ı

einige erregte Diskussionen über diesen Gegenstand stattgefunden hatten, wurde die britische Aufhebung zurückgenommen
und die Freiheit zum Fischen wieder auf beiden Seiten gewährt.
Französische Schriftsteller sehen diese Ausnahme als ein feststehendes Princip des modernen Kriegsgesetzes an, und als
solches ist sie auch von den französischen Gerichtshöfen anerkannt worden, die solche Schiffe, wenn sie von französischen
Kreuzern genommen waren, zurückgegeben haben." Halleck
(1^{nt} ed.) c. 20 § 23.

Diese Ausgabe war die einzige, die unter des Autors eigenen Auspicien veröffentlicht wurde, mit Ausnahme eines Auszuges, den er 1866 unter dem Titel: Elements of international Low and the Law of War, herausgab, um, wie er im Vorwort sagte, ein passendes Textbuch zur Instruktion über den Gegenstand zu liefern, "nicht nur für unsere gelehrten Anstalten, sondern auch für unsere beiden großen nationalen Schulen die Kriegs- und Marineakademie." In diesem Auszug war die, die Fischerböte betreffende Verordnung wie folgt zusammengefast: "Auch Fischerböte sind als allgemeine Regel von den Wirkungen der Feindseligkeiten ausgeschlossen. Französische Schriftsteller sehen diese Ausnahme als ein feststehendes Princip des modernen Kriegsgesetzes an, und als solches ist sie auch von den französischen Gerichtshöfen anerkannt worden, die solche Schiffe, wenn sie von französischen Kreuzern genommen waren. zurückgegeben haben." Hallecks Elements, 9 Stat. 939, 940.

In dem Friedensvertrag von 1848 zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko wurden genau die schon eitierten Worte aus den früheren Verträgen mit Preußen hinübergenommen, welche die feindliche Belästigung des Gewerbebetriebes und der Personen, sowie die Beschlagnahme von Häusern und Eigentum der Fischer verbieten. 9 Statut. 939, 940.

Whartons Digest des Internationalen Rechts der Vereinigten Staaten, im Auftrag des Kongresses von 1886 und 1887 veröffentlicht, umfast General Hallecks oben eitierte vollständigere Darlegung, ohne Neues über den Gegenstand zu bringen. 2 Whart. Int. Law. Dig. § 345; 2 Halleck (Eng. eds. 1873 und 1878) p. 151.

Frankreich untersagte im Krimkriege 1854 und in seinen Kriegen mit Italien 1859 und mit Deutschland 1870 seinen Kreuzern durch allgemeine Verordnung, die Küstenfischerei zu stören oder irgend welche mit Fischen beschäftigte Fahrzeuge oder Böte zu nehmen, falls nicht Kriegsoperationen zu Wasser oder Lande es notwendig machen sollten. Calvo § 2372; Hall § 148; 2 Ortolan (4th ed.) 449; 10 Revue de Droit International (1878) 399.

Calvo sagt, dass England im Krimkriege, trotz seines Bündnisses mit Frankreich und Italien, nicht dasselbe Verfahren einschlug, und dass seine Kreuzer im Asowschen Meer die Fischereien. Netze, Fischergeräte, Lebensmittel, Böte und sogar Hütten der Küstenbewohner zerstörten. Calvo & 2372. Und ein russischer Schriftsteller über das Prisengesetz bemerkt, dass diese Verheerungen, "die arme Fischer und harmlose Händler zu Grunde gerichtet hätten, notwendig einen peinlichen Eindruck bei der Bevölkerung hinterlassen mussten, ohne die Hülfsquellen der Regierung im geringsten zu beeinträchtigen." Katchenovsky (Pratt's ed.) 148. Die zeitgenössischen Berichte englischer Seeoffiziere stellen die Sache indessen anders dar, indem sie erklären, daß die in Frage kommende Zerstörung ein Teil einer militärischen, unter Mitwirkung der französischen Schiffe ausgeführten. Maßnahme nach den Instruktionen des englischen Admirals sei, nämlich "die Seeküste von allen Vorräten an Fischen, Fischereien und Mühlen, die über die Bedürfnisse der benachbarten Bevölkerung hinausgehen, thatsächlich von allen Dingen, die zum Unterhalt der feindlichen Armee in der Krim beizutragen bestimmt sind, zu säubern. Und dass das zerstörte Eigentum aus großen Fischereianlagen und Vorratshäusern der russischen Regierung, aus einer großen Menge schwerer Böte und einer ungeheuren Anzahl von Netzen und Gerätschaften. gesalzenen Fischen, Korn und anderen Lebensmitteln bestanden habe, die zum Unterhalt der russischen Armee bestimmt waren." United Service Journal of 1855, pt. 3 pp. 108-112,

Seit den englischen, früher citierten, Geheimratsverordnungen (orders in council) aus den Jahren 1806 und 1810 zu Gunsten von Fischereifahrzeugen, die mit dem Fangen und Zumarktebringen frischer Fische beschäftigt sind, ist kein Beispiel gefunden worden, dass England oder irgend eine andere Nation sich dem widersetzt hätte, die privaten Küstenfischereifahrzeuge, die ehrlich ihrem friedlichen Gewerbe nachgehen, von der Weg-

nahme auszuschließen. Und das Kaiserreich Japan (der letzte Staat, der in die Reihe der civilisierten Nationen aufgenommen ist) kündete durch eine Verordnung am Anfang seines Krieges mit China im August 1894 eingesetzte Prisengerichte an und bestimmte, daß "die folgenden feindlichen Schiffe von der Wegnahme ausgeschlossen sind" — in diese Ausnahme einschließend: "Boote, die mit Küstenfischerei beschäftigt sind", sowie "Schiffe, die sich ausschließlich auf einer wissenschaftlichen Entdeckungsreise oder einer philanthropischen oder religiösen Mission befinden." Takahaski, International Law 11, 178.

Das internationale Recht ist ein Teil unseres Rechts und muß, so oft Rechtsfragen, die davon abhängen, in gehöriger Form zur Entscheidung vorgelegt werden, von den zuständigen Gerichtshöfen festgestellt und gehandhabt werden. Zweck muss man, we kein Vertrag und keine leitende, exekutive oder legislative Verordnung oder richterliche Entscheidung vorliegt, zu den Gebräuchen und Gewohnheiten civilisierter Nationen Zuflucht nehmen, und als Beleg für dieselben zu den Werken von Juristen und Kommentatoren, die durch jahrelange Arbeit Forschung und Erfahrung sich mit dem Gegenstand, den sie behandeln, besonders vertraut gemacht haben. Zu diesen Werken haben die Gerichtshöfe nicht ihre Zuflucht genommen, um sich über die Spekulationen der Autoren, wie das Recht sein müßte. zu informieren, sondern, um einen zuverlässigen Beleg zu erhalten für das, was wirklich Recht ist. Hilton v. Guyot. 159 U. S. 113, 163, 164, 214, 215. Wheaton rechnet unter die hauptsächlichsten Quellen des internationalen Rechts die "Autoritäten der Rechtswissenschaft, die den anerkannten Brauch der Nationen oder die allgemeine Ansicht in betreff des gegenseitigen Verhaltens zeigen, mit den Definitionen und Modifikationen, die durch allgemeines Übereinkommen eingeführt worden sind." Mit Bezug auf diese bemerkt er eindringlich: "Ohne die Bedeutung dieser Schriftsteller zu übertreiben oder in irgend einem Fall ihre Autorität an Stelle der Grundsätze der Vernunft setzen zu wollen, kann man behaupten, daß sie gewöhnlich in ihrem Urteil unparteiisch sind. Sie sind Zeugen der Denkart und Gebräuche civilisierter Nationen, und das Gewicht ihres Zeugnisses nimmt jedesmal zu, wenn Staatsmänner sich auf ihre Autorität berufen, und jedes Jahr, das verstreicht, ohne daß die

Grundsätze, die in ihren Werken niedergelegt sind, durch Erklärung entgegengesetzter Grundsätze bestritten werden." Wheaton's International Law (8th ed) § 15.

Kanzler Kent sagt: "In Ermangelung höherer und autoritativerer Sanktion werden die Verordnungen fremder Staaten, die Ansichten bedeutender Staatsmänner und die Schriften hervorragender Juristen, für die Fragen, die durch das konventionelle Recht nicht erledigt sind, als von großer Bedeutung angesehen. In Fällen, in denen die bedeutendsten Juristen übereinstimmen, wird die Vermutung zu Gunsten der Stichhaltigkeit ihrer Grundsätze sehr groß sein; und keine civilisierte Nation, die nicht übermütig allem herkömmlichem Recht und aller herkömmlichen Justiz Trotz bietet, wird es wagen, die übereinstimmende Überzeugung anerkannter Schriftsteller über internationales Recht zu mißsachten." 1 Kent Com. 18.

Es wird zuvörderst angemessen sein, auf einige leitende französische Abhandlungen über internationales Recht hinzuweisen, die sich mit der vorliegenden Frage beschäftigen, nicht, insofern sie nur französisches Recht betrifft, sondern als eine nach Maßgabe der allgemeinen Zustimmung der civilisierten Nationen zu behandelnde.

"Feindliche Schiffe," heist es bei Pistoye und Duverdy in ihrer 1855 erschienenen Abhandlung über Prisen, "sind gute Beute. Nicht alle indessen; denn es ergiebt sich aus der Übereinstimmung aller Seemächte, dass zu Gunsten der Küstenfischer eine Ausnahme gemacht werden sollte. Solche Fischer werden vom Feinde respektiert, solange sie ausschließlich der Fischerei nachgehen." 1 Pistoye et Duverdy, tit. 6 c. 1 p. 314.

De Cussy bestätigt in seinem 1856 erschienenen Werk—
Phases et Causes célèbres du Droit Maritime des Nations— in
klarster Sprache die Ausnahme der Fischerboote von der Wegnahme, in dem er in lib. 1 tit. 3 § 36 sagt: "zu Kriegszeiten
wird die Freiheit zum Fischen von den Kriegführenden anerkannt.
Fischerboote werden als neutral angesehen; sie sind weder dem
Gesetz noch dem Princip nach der Wegnahme oder Konfiszierung
unterworfen;" und in lib. 2 c. 20 will er "verschiedene Thatsachen und verschiedene Urteile" nennen, "welche beweisen,
daß die vollkommene Freiheit und Neutralität der Fischerböte
nicht illusorisch ist." 1 De Cussy p. 291. Und in dem Kapitel

De La Liberté et de la Neutralité Parfaite de la Péche befindet sich unter Verweisung auf Edikte und Urteile in Frankreich während der französischen Revolution, die allgemeine Erklärung: "Wenn man nur das positive internationale Recht zu Rate zöge" — le droit des gens positif — (womit offenbar internationales Recht. wie es sich in Verträgen, Dekreten oder anderen staatlichen Verordnungen im Gegensatz zu dem, was aus Gewohnheiten und Gebräuchen gefolgert werden mag, kund giebt) "würden Fischerboote, ebenso wie alle anderen Handelsschiffe, dem Prisengesetz unterworfen sein; eine Art stillschweigender Übereinkunft aller europäischen Nationen befreit sie aber davon, und verschiedene amtliche Auslassungen haben dies Privileg »zu Gunsten eines Standes« bestätigt, dessen schwere und schlechtbelohnte Arbeit, die gewöhnlich von Schwachen und Alten besorgt wird, den Kriegsoperationen so fremd ist." 2 De Cussy 164, 165.

Ortolan sagt in der 4. Ausgabe seiner 1864 erschienenen Règles Internationales et Diplomatie de la Mer, nachdem er die allgemeine Regel aufgestellt hat, dass Schiffe und Ladungen feindlicher Unterthanen rechtmässige Prise sind: "Indessen lässt der Brauch eine Ausnahme zu Gunsten der Böte zu, die der Küstenfischerei obliegen; diese Böte sowohl als ihre Besatzung sind von der Wegnahme und allen Feindseligkeiten ausgeschlossen. Das Gewerbe des Küstenfischers ist in Wahrheit durchaus friedlich und von viel geringerer Bedeutung für den Nationalreichtum. den es hervorbringen mag, als Seehandel und Großsischerei, Von den friedlichen, durchaus harmlosen Leuten, die diesem Gewerbe nachgehen, unter denen man oft Frauen sieht, kann man sagen, dass sie die Ernte der Territorialgewässer einheimsen, da sie sich darauf beschränken, deren Ertrag zu sammeln; es sind zum größten Teil arme Familien, welche in diesem Beruf kaum mehr als ihren Lebensunterhalt zu gewinnen suchen." 2 Ortolan 51. Nachdem er bemerkt hat, dass es nur wenige förmliche Staatsverträge giebt, welche der Freiheit der Fischerböte Erwähnung thun, sagt er weiter: "Von einem andern Standpunkt aus ist der Brauch, der diese Freiheit sanktioniert, nicht so allgemein, dass man ihn als eine absolute internationale Regel schaffend ansehen kann; doch ist er so oft angewandt worden und stimmt außerdem so gut mit der im Landkrieg befolgten Praxis in Bezug auf Bauer und Landmann überein, mit denen die Küstenfischer verglichen werden können, daß man zweifellos auch in zukünftigen Seekriegen fortfahren wird, ihn zu befolgen." 2 Ortolan 55.

Kein Kenner des internationalen Rechts von heute hat einen weiteren und verdienteren Ruf als Calvo, der, obwohl er französisch schreibt. Bürger der Argentinischen Republik ist und als Diplomat in ihrem Dienst im Auslande thätig ist. In der fünften Ausgabe seines großen 1896 erschienenen Werkes über internationales Recht bemerkt er § 2366, dass die internationale Gültigkeit von Entscheidungen, welche die Prisengerichtshöfe von England, Frankreich und den Vereinigten Staaten in einzelnen Fallen treffen, durch die Thatsache vermindert wird, dass die Grundsätze, auf denen sie beruhen, zum großen Teil der internen Gesetzgebung jedes dieser Länder entnommen sind: und doch giebt der besondere Charakter des Seekrieges neben anderen Bedingangen der Prisengerichtsbarkeit eine Macht und Bedeutung. die weit über die Grenzen des Landes hinausgeht, in dem sie Geltung hat. Er schlägt deshalb hier vor, eine Anzahl besonderer Fälle zusammenzustellen, die geeignet sind, als Praecedentien für die Lösung wichtiger Fragen des Seerechts in Bezug auf die Beschlagnahme von Privateigentum als Kriegsbeute zu dienen. Und gleich darauf fährt er in § 2367 fort: _So hart der Druck des Seekrieges auf dem Privateigentum lastet, soweit auch die Rechte der Kriegführenden ausgedehnt sind, sind Fischerfahrzeuge allgemein von Wegnahme und Beschlagnahme ausgenommen." In der nächsten Sektion fügt er hinzu: _Diese Ausnahme ist völlig justiziabel — Cette exception est parfaitement justiciable" -, d. h. es gehört zur judicial jurisdiction or cognisance, Littré, Dict, voc. Justiciable; Hans v. Louisiana 134 U.S. 1. 15. Hierauf citiert Calvo Ortolans oben angezogene Beschreibung von der Natur des Küstenfischereigewerbes, und fährt dann fort, sich im einzelnen auf einige französische Praecedentien, auf die Verordnungen der französischen und englischen Regierungen zu Zeiten Ludwigs XVI. und der französischen Revolution, auf die Stellung der Vereinigten Staaten im Kriege mit Mexiko, auf die Frankreichs in späteren Kriegen und auf das Verfahren der britischen Kreuzer im Krimkriege zu beziehen.

Und er schliesst seine Diskussion über diesen Gegenstand im § 2373, in dem er die Ausnahme der Küstenfischerei bestätigt und den Unterschied in dieser Hinsicht zwischen der Küstenfischerei und dem Fischfang der Kabeliaus, dem Walfisch- und Seehundsfang, was er unter dem Namen Großsischerei zusammenfast, wie folgt hervorhebt: "Das Privileg, von der Wegnahme ausgeschlossen zu sein, das Fischerböte, die ihrem Gewerbe in der Nähe der Küste obliegen, allgemein erlangt haben, wird in keinem Lande auf Schiffe ausgedehnt, die auf hoher See mit dem, was man Grofsfischerei nennt, beschäftigt sind, z. B. mit dem Fang des Kabeljau, des Walfisches oder des Pottfisches, oder mit dem des Seehundes oder Seekalbes. - Von diesen Schiffen nimmt man in der That an, dass sie sich einem gleichzeitigen Handels- wie Industrieunternehmen widmen. - Ces navires sont en effect considérés comme adonnés à des opérations à la fois commerciales et industrielles." Der Unterschied ist allgemein anerkannt. 2 Ortolan 54; de Boeck § 196; Hall § 148. Siehe auch: The Susa, 2 C, Rob. 251; The Johan, Edw. Adm. 275, and appex, L.

Die modernen deutschen Bücher über internationales Recht, die von dem Anwalt der Appellanten citiert werden, behandeln den Brauch, nach welchem Fahrzeuge und Gerätschaften der Küstenfischer von Wegnahme und Beschlagnahme ausgenommen sind, als durch die Praxis der Nationen sicher festgesetzt. Heffter § 137; 2 Kaltenborn § 237 p. 480; Bluntschli § 667; Perels § 37 p. 217.

De Boeck sagt in seinem 1882 veröffentlichten Werk über "Feindliches Privateigentum unter feindlicher Flagge", — de la Propriété Privée Ennemie sous Pavillon Ennemi — die einzige kontinentale Abhandlung, welche der Anwalt der Vereinigten Staaten citiert hat § 191: "Ein sehr alter, wenn nicht universaler Brauch nimmt feindliche Schiffe, die der Küstenfischerei obliegen, von dem Recht der Wegnahme aus. Der Grund dieser Ausnahme ist augenscheinlich; es wäre zu hart gewesen, armen Fischern die Mittel zum Lebensunterhalt zu nehmen." Die Ausnahme schließt die Böte, Fischergeräte und die Fischladung ein. Wieder § 195: "Man muß beachten, daß sehr wenige Verträge in bestimmter Form diese Immunität der Küstenfischerei sanktionieren." Es liegt also nur ein Brauch vor. Welches ist aber sein Charakter? Ist er so feststehend und

allgemein, dass er zu dem Rang einer positiven und formellen Regel des internationalen Rechts erhoben werden kann?" Nachdem er die Angaben anderer Schriftsteller untersucht hat, billigt er Ortolans Ansicht (wie sie sich im letzten oben citierten Satz aus seinem Werk äußert) und sagt, dass sie im Grunde nur eine Schattierung von der von Calvo und einigen der deutschen Juristen aufgestellten abweicht, und dass sie exakter ist, ohne den imperativen Charakter der in Frage stehenden Regel der Menschlichkeit zu ignorieren - elle est plus exacte. sans méconnaître le caractère impératif de la règle d'humanité dont il s'agit". Und in § 196 setzt er die Grenzen der Regel wie folgt fest: _die Immunität der Küstenfischerei muß aber durch die Gründe, welche sie rechtfertigen, beschränkt werden. Die Gründe der Menschlichkeit und Unschädlichkeit - les raisons d'humanité et d'innocuité —, welche zu ihren Gunsten sprechen, bestehen nicht für die Großsischerei, z. B. für die Kabeljaufischerei; Schiffe, die dieser Fischerei obliegen, widmen sich wirklichen Handelsunternehmungen, welche eine große Zahl von Seeleuten beschäftigen. Und diese selben Gründe können nicht mehr auf Fischereifahrzeuge angewandt werden, die für einen kriegerischen Zweck beschäftigt sind, die Waffen verbergen oder mit Kriegsschiffen verabredete Signale austauschen; doch können nur solche. die man auf frischer That ertappt, strenge behandelt werden. Wegnahme als Vorbeugungsmittel zu gestatten, wurde jedem Missbrauch die Thür öffnen und einer Unterdrückung der Immunitat gleichkommen."

Zwei moderne englische Schriftsteller, die vor Gericht angeführt sind, zögern (beeinflußt durch das, was Lord Stowell vor 100 Jahren gesagt hat) anzuerkennen, daß die Ausnahme der Küsenfischereifahrzeuge von der Wegnahme jetzt eine feststehende Regel des internationalen Rechts geworden ist. Doch geben beide zu, daß wenig wirklicher Unterschied in den Ansichten oder der Praxis von England und anderen Seestaaten besteht; und daß heutzutage keine civilisierte Nation Küstenfischereifahrzeuge belästigen würde, solange sie friedlich ihrem Gewerbe nachgehen und keine Gefahr vorliegt, daß sie oder ihre Besatzung dem Feinde zum militärischen Nutzen gereichen können. Nachdem Hall in der 4: Ausgabe seiner Abhandlung über internationales Recht die Geschichte der Stellung, die

England und Frankreich zu verschiedenen Zeiten und die Vereinigten Staaten im mexikanischen Kriege eingenommen haben. kurz skizziert hat, fährt er § 148 fort: "In den vorhergehenden Thatsachen liegt nichts, was beweist, dass in der Praxis der Seestaaten viel thatsächlicher Unterschied bestanden hat. England scheint nicht abgeneigt gewesen zu sein. Fischereifahrzeuge zu schonen, solange sie harmlos waren, und es erhellt nicht, daß irgend ein Staat ihnen Immunität gewährt hat unter Umständen, die ihm selbst zum Schaden gereichen. Es ist wahrscheinlich, dass alle Nationen jetzt als allgemeine Regel davon abstehen würden sie zu belästigen, und sie wegnehmen würden, sobald irgend eine Gefahr entstände, daß sie oder ihre Besatzung dem Feinde zum militärischen Nutzen gereichen könnten. Und es ist auch wahrscheinlich, dass man ihnen unmöglich eine bestimmtere Ausnahmestellung gewähren kann." Ferner sagt T. J. Lawrence in § 206 seiner Grundsätze des internationalen Rechts — Principles of International Law -: Der Unterschied zwischen der englischen und französischen Ansicht ist mehr außerlich als wirklich; denn kein civilisierter Kriegführender würde jetzt die Böte von Fischern wegnehmen, welche friedlich ihrem Gewerbe in den Territorialgewässern ihres eigenen Staates nachgeben: und kein Jurist wird ernstlich behaupten, dass ihre Immunität respektiert werden müßte, wenn sie für kriegerische Zwecke gebraucht würden, wie dies bei den Schmacken, die den nördlichen Häfen Frankreichs angehörten, der Fall war, als Großbritannien im Jahre 1800 den Befehl erließ sie zu nehmen".

Es giebt aber Schriftsteller verschiedener Seestaaten, die noch nicht citiert und doch zu wichtig sind, um ohne Beachtung übergangen zu werden.

Jan Helenus Ferguson, der niederländische Minister in China und früher im Marine- und Kolonialdienst seines Landes, schreibt in seinem 1882 veröffentlichten Handbuch für Internationales Recht zum Gebrauch für Marinen, Kolonien und Konsulate — Manual of International Law for the use of Navies, Colonies and Consulates: "In dem Brauch, feindliche Privatschiffe auf See zu nehmen bildet die Küstenfischerei eine Ausnahme". "Dieser Grundsatz der Freiheit der Fischerböte von der Wegnahme ist von allen Seemächten angenommen worden.

und im Kriegsfall werden sie allgemein geschont, solange sie unschädlich bleiben". A Ferguson § 218.

Ferdinand Attlmayr, Kapitän der österreichischen Marine, sagt in seinem unter Admiral Tegetthoff 1872 in Wien veröffentlichten Handbuch für Seeoffiziere: "Bezüglich der Wegnahme von feindlichem Eigentum muß eine Ausnahme erwähnt werden, die allgemeiner Brauch ist. Fischerfahrzeuge, welche zu der anliegenden Küste gehören und deren Gewerbe nur den notwendigen Lebensunterhalt gewährt, sind aus Rücksichten der Menschlichkeit allgemein von der Wegnahme ausgeschlossen." 1 Attlmayer 61.

Ignacio de Negrin, erster Beamter des spanischen Admiralitätsgerichts, schließt das Kapitel über "die Gesetzmäßigkeit der Prisen" in seiner 1873 zu Madrid veröffentlichten Abhandlung über die Elemente des internationalen Seerechts, die durch königliche Verordnung in den spanischen Marineschulen als Lehrbuch eingeführt wurde, mit diesen Worten: "Hinzuzufügen ist noch, daß der Brauch aller civilisierten Länder die Fischerböte der feindlichen Küste von der Wegnahme und jeglicher Feindseligkeit ausschließt, indem er dies Gewerbe für vollkommen unschädlich ansieht und annimmt, daß es wegen seiner Mühen und seines Nutzens diese günstige Ausnahmestellung verdient. In sehr vielen internationalen Verträgen ist es so ausgedrückt, daß man es wenigstens unter aufgeklärten Nationen als unbestreitbaren Rechtsgrundsatz ansehen kann." Negrin tit. 3, c. 1 § 310.

Carlos Testa, Kapitan der portugiesischen Marine und Professor der Marineschule zu Lissabon, sagt in seinem 1886 in Paris veröffentlichten Werk über Public International Law, bei der Besprechung des allgemeinen Rechts, feindliche Schiffe zu nehmen: "Indessen macht das gebräuchliche Recht (customary law) hierin eine Ausnahme zu Gunsten der Küstenfischer. Fischerei ist ein so friedliches Gewerbe und wird gewöhnlich von einer so armen und schwer arbeitenden Klasse der Bevölkerung betrieben, daß man sie in den Territorialgewässern des Feindes mit dem Stande der Landleute vergleicht, der die Früchte der Erde als seinen Lebensunterhalt einheimst. Beispiele und allgemein geübter Brauch machen diese menschliche und wohlthätige Ausnahme zu einer internationalen Regel, und

von dieser Regel kann man annehmen, dass sie von allen civilisierten Nationen als gebräuchliches Recht (customary law) angenommen ist". Testa pt. 3 c. 2 in 18 Bibliothèque International et Diplomatique pp. 152, 153.

Nicht weniger klar und entschieden spricht sich der berühmte italienische Jurist Pasquale Fiore in der 1885-1886 in Paris veröffentlichten vermehrten Ausgabe seines erschöpfenden Werkes über internationales Recht aus: Die Fahrzeuge von Fischern werden allgemein für ausgenommen von der Beschlagnahme erklärt, wegen des überaus friedlichen Zweckes des bescheidenen Gewerbes und aus Gründen der Billigkeit und Menschlichkeit. Die Ausnahme umfasst das Fahrzeug, die Fischereigerätschaften und die Ladung, die vom Fischfang herrührt. Dieser im höchsten Grade menschliche Brauch geht auf sehr alte Zeiten zurück; und wenn auch die Freiheit der Fischerei an den Kusten nicht durch Verträge sanktioniert sein mag, wird sie doch heutzutage als so unbedingt feststehend angesehen, dass die Unverletzlichkeit der Fahrzeuge, die dieser Fischerei obliegen, von den Publizisten als positive Regel des internationalen Rechts erklärt und allgemein von den Nationen respektiert wird. Demgemäß werden wir die folgenden Regeln aufstellen: a) Fahrzeuge, welche Unterthanen des feindlichen Staates gehören und der Küstenfischerei obliegen, können der Wegnahme nicht unterworfen sein, b) Doch werden solche Fahrzeuge jedes Ausnahmerechtes verlustig gehen, wenn sie für Kriegszwecke gebraucht werden. c) Es können indes Schiffe. welche der Großsischerei im Ocean nachgehen, der Wegnahme unterliegen, solche z. B., die dem Walfischfang oder Robbenschlag obliegen". 3 Fiore § 1421.

Diese Übersicht der Präcedenzien und Autoritäten über den Gegenstand scheint uns so im Überfluß zu beweisen, daß durch allgemeine Zustimmung der civilisierten Nationen der Welt und unabhängig von irgend einem besonderen Vertrag oder einem anderen öffentlichen Akt es heutzutage eine feststehende, auf Rücksichten der Menschlichkeit gegen eine arme und fleißige Klasse der Bevölkerung und auf die gegenseitige Konvenienz der kriegführenden Staaten beruhende Regel der internationalen Rechtsordnung ist, daß Küstenfischereifahrzeuge mit ihren Gerätschaften und Vorräten, ihrer Ladung und unbewaffneten

Besatzung, die ehrlich ihrem friedlichen Berufe, Fische zu fangen und lebend einzubringen, nachgehen, der Wegnahme als Kriegsprise nicht unterliegen.

Die Ausnahme bezieht sich natürlich nicht auf Küstenfischer oder ihre Fahrzeuge, wenn sie für Kriegszwecke oder in solcher Art verwandt werden, daß sie dem Feind Hülfe oder Nachrichten bringen; oder wenn militärische oder Marineoperationen eine Notlage schaffen, der alle Privatinteressen nachstehen müssen.

Auch ist die Ausnahme nicht auf Schiffe oder Fahrzeuge ausgedehnt, die auf hoher See beschäftigt sind, Walfische und Robben, oder Kabeljau und andere Fische zu fangen, die nicht frisch auf den Markt gebracht, sondern gesalzen oder sonst konserviert und zu einem regelrechten Handelsartikel gemacht werden.

Diese Regel des internationalen Rechts ist eine, von welcher Prisengerichte, die Völkerrecht anzuwenden haben, richterliche Notiz (judicial notice) nehmen müssen, und welcher sie auch in Ermangelung irgend eines Vertrages oder anderen öffentlichen Akts ihrer Regierung in Bezug auf die Materie Geltung verschaffen müssen.

Calvo erklärt in einer bereits citierten Stelle ausdrücklich, daß die Ausnahme der Küstenfahrzeuge vollkommen "justiziabel" ist. Auch fehlt es nicht an gerichtlichen Präcedenzien der Rechtsprechung, um die Ansicht zu unterstützen, daß diese Ausnahme oder eine einigermaßen analoge von einem Prisengericht anerkannt und ausgesprochen werden müßte.

Nach dem Verfahren aller civilisierten Nationen werden Schiffe, die nur zu Zwecken der Entdeckung oder Wissenschaft verwandt werden, als von Belästigung durch die Kriegführenden ausgenommen und deshalb als der Wegnahme nicht unterworfen angesehen. Die Regierungen, die solche Expeditionen aussenden, haben gewöhnlich den andern Mächten Nachricht darüber zukommen lassen; doch ist dies nicht erforderlich. 1 Kent Com 91, note; Halleck c. 20 § 22; Calvo § 2376; Hall § 138.

Im Jahre 1813 wurde während des englisch-amerikanischen Krieges ein amerikanisches Schiff auf der Fahrt von Italien

nach den Vereinigten Staaten von einem englischen Schiff genommen, nach Halifax in Nova Scotia gebracht und von dem dortigen Court of Vice Admiralty mit seiner Ladung als gesetzmāssige Prise verurteilt. Allein eine Petition um Rückgabe einer Kiste mit Gemälden und Stichen, welche der Akademie der Künste in Philadelphia geschenkt und ihr Eigentum waren. wurde von Dr. Croke, dem Richter jenes Gerichtshofs, bewilligt, welcher sagte: Dasselbe Völkerrecht, das vorschreibt, dass alles dem Feinde gehörige Eigentum der Konfiskation unterworfen ist, hat seine Einschränkungen und Ausnahmen. Alle civilisierten Nationen geben zu, daß Künste und Wissenschaften dem strengen Kriegsrecht gegenüber eine Ausnahme bilden und Anspruch auf Schutz und Begünstigung haben. Sie werden nicht als Sondergut dieser oder jener Nation, sondern als Eigentum der Menschheit im großen angesehen und als zu den allgemeinen Interessen der ganzen Gattung gehörend." Und er fügt hinzu, "daß diese gegenseitige Höflichkeit in früheren Kriegen von den Nationen unzähligemale ausgeübt worden sei." The Marquis de Somerueles Stewart Adm. (Nova Scotia) 445, 482.

1861, während des Secessionskrieges, wurde im District Court der Vereinigten Staaten für den östlichen Distrikt von Pennsylvania eine ähnliche Entscheidung getroffen, in Bezug auf zwei Bücherkisten, welche an eine Universität in Nord-Carolina adressiert und deren Eigentum waren. Richter Cadwalader sagte, als er anordnete, diese Bücher aus dem Verschluss des Marschalls an den Agenten der Universität übergehen zu lassen: "Obgleich dieser Reklamant, als Zugehöriger eines feindlichen Distrikts, auf eine Rückgabe von Büchern als Handelsartikel keinen Anspruch hätte, so giebt der Zweck der in Frage stehenden Sendung dem Gegenstand einen veränderten Charakter. Indem die Vereinigten Staaten zur Wiederherstellung ihrer Konstitution Krieg führen, sind sie gezwungen, gegebenenfalls auf See genommenes Eigentum, dessen Ertrag sonst den Reichtum jenes Distrikts vermehren würde, zu konfiszieren. Die Vereinigten Staaten führen indes nicht mit der Litteratur in jenem Teil ihres Gebietes Krieg." Er berief sich dann auf die Entscheidung in Nova Scotia und auf die französchen Entscheidungen in Fällen von Fischerfahrzeugen, als Präcedenzien für das Urteil, das er auszusprechen im Begriff stand, und fügte

hinzu, dass er auch ohne diese Präcedenzien kein Bedenken gehabt haben wurde, die Bücher frei zu lassen. *The Amelia*, 4 Philadelphia 417.

In Brown v. United States, 8 Cranck 110 finden sich Äußerungen des Chief Justice Marshall, welche, allein genommen, nicht im Einklang zu sein scheinen könnten mit dem Satz von der oben erwähnten Pflicht eines Prisengerichtshofs, gesetzliche Notiz (judicial notice) von einer Regel des internationalen Rechts zu nehmen, die in Bezug auf die Art von Eigentum, die der Beschlagnahme unterliegt, durch allgemeinen Brauch der civilisierten Nationen festgesetzt ist. Die thatsächliche Entscheidung in jenem Fall und die leitenden Gründe, auf denen dieselbe beruhte, scheinen indes unseren Satz vielmehr zu bestätigen. Es handelte sich in jenem Fall hauptsächlich darum, ob persönliches Eigentum eines britischen Unterthanen, das bei Ausbruch des letzten Krieges mit Großbritannien in den Vereinigten Staaten an Land gefunden worden war, gesetzlich als feindliches Eigentum verurteilt werden könne, auf die eingereichte Klage eines Anwaltes der Vereinigten Staaten hin, ohne einen positiven Kongressbeschlus (act of Congress). Die Entscheidung des Gerichtshofs war, dass die Machtvollkommenheit, feindliches Eigentum zu konfiszieren, bei der Regierung liege, und daß die Regierung ihren Willen zur Zeit der Kriegserklärung, innerhalb unseres Gebietes befindliches Eigentum zu konfiszieren, noch nicht kundgethan habe. 8 Cranch 129. Dadurch, dass er zeigt, dass die Kriegserklärung an und für sich die Exekutive nicht mit der Autorität bekleidet, die Konfiskation solches Eigentums anzuordnen, beruft sich der Chief Justice auf den modernen Brauch der Nationen, indem er sagt: "Der allgemeine Brauch, auf die Beschlagnahme und Konfiskation von Schulden und Krediten zu verzichten, der allgemein anerkannte Grundsatz, dass das Recht darauf mit Rückkehr des Friedens wieder auflebt, könnte zu beweisen scheinen, dass der Krieg nicht absolute Konfiskation dieses Eigentums ist, sondern lediglich das Recht der Konfiskation verleiht;" und wieder: "Man müste also als modernen Rechtsgrundsatz annehmen, dass greifbares Eigentum, das einem Feinde gehört und bei Ausbruch des Krieges im Lande vorgefunden wird, nicht sofort konfisziert werden dürfte; und fast in jeden Handelsvertrag ist ein Artikel aufgenommen, welcher das Recht.

solches Eigentum zurückzunehmen, festsetzt." 8 Cranch 123, 125. Die Entscheidung, daß feindliches Eigentum zu Lande, welches nach modernem Brauch der Nationen der Wegnahme als Kriegsprise nicht unterliegt, selbst auf Weisung der Exekutive nicht ohne ausdrückliche Vollmacht des Kongresses von einem Prisengericht verurteilt werden kann, scheint uns jede Schlußfolgerung zurückzuweisen, die dahin zielt, daß Küstenfischereifahrzeuge, welche durch allgemeine Übereinstimmung der civilisierten Nationen von der Wegnahme ausgeschlossen sind, und deren Beschlagnahme und Konfiskation ein Kongresseschluß oder Befehl des Präsidenten nicht ausdrücklich autorisiert hat, von einem Prisengericht aus Mangel einer deutlichen Ausnahme in einem Vertrage oder einem anderen öffentlichen Regierungsakt verurteilt werden müßten.

Für diesen Gegenstand sind die Worte des Mr. Justice Strong, der für diesen Gerichtshof spricht, in mehr als einer Hinsicht sehr anwendbar: "Unzweifelhaft kann eine einzelne Nation das Seerecht nicht ändern. Dies Recht hat allgemeine Verbindlichkeit, und eine Verordnung von ein oder zwei Nationen kann keine Verbindlichkeit für die Welt schaffen. Wie alles Völkerrecht beruht es auf der allgemeinen Übereinstimmung der civilisierten Staaten. Es ist bindend, nicht weil irgend eine überlegene Macht es vorgeschrieben hat, sondern, weil es allgemein als Verhaltungsmaßregel angenommen ist. Wo auch immer sein Ursprung gelegen haben mag, ob in den Gebräuchen der Schiffahrt, oder in den Verordnungen der Seestaaten, oder in beiden, es ist nur ein Seerecht geworden durch die übereinstimmende Sanktion derjenigen Nationen, von welchen man sagen kann, dass sie die Handelswelt ausmachen. herrschenden Gebräuche, welche Gesetzeskraft haben, sind zweifelles aus den positiven Verordnungen irgend eines einzelnen Staates entstanden, welche zuerst beschränkte Gültigkeit hatten. nachdem sie aber allgemein angenommen waren, allgemein verbindlich wurden. Dies giebt den Verordnungen eines einzelnen Staats keine Gültigkeit außerhalb ihres Machtbereichs (extraterritorial). Es heifst nicht sie als allgemeines Seerecht ansehen; aber es ist die Anerkennung der historischen Thatsache, dass durch gemeinsame Übereinstimmung der Menschheit diese Regeln als von allgemeiner Verbindlichkeit anerkannt

worden sind. Von dieser Thatsache, so glauben wir, dürfen wir gesetzliche Notiz nehmen. Fremde Municipalgesetze müssen allerdings als Thatsachen nachgewiesen werden, aber mit dem Völkerrecht verhält es sich anders." The Scotia, 14 Wall. 170, 187, 188.

Die Stellung, welche die Vereinigten Staaten während des letzten Krieges mit Spanien einnahmen, war ganz mit der jetzt allgemein von den civilisierten Staaten anerkannten Rechtsordnung des internationalen Rechts hinsichtlich der Küstenfischereifahrzeuge im Einklang.

Am 21. April 1898 gab der Marineminister (Secretary of the navy) dem Admiral Sampson, der die North Atlantic Squadron befehligte, Instruktionen, "augenblicklich eine Blockade der Nordküste von Kuba anzuordnen, die von Cardenas im Osten bis Bahia Honda im Westen sich ausdehnt." Bureau of Navigation Report of 1898, appx. 175. Die Blockade wurde demgemäß sofort verhängt. Am 22. April erließ der Präsident eine Proklamation, in welcher er erklärte, daß die Vereinigten Staaten diese Blockade verhängt hätten und sie aufrecht erhalten würden, gemäß den Gesetzen der Vereinigten Staaten und dem Völkerrecht, das sich auf solche Fälle beziehe. 30 Stat. 1769. Und durch Kongreßbeschluß vom 25. April 1898, c. 189 wurde erklärt, daß der Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien an diesem Tage bestehe und bestanden habe seit einschließlich dem 21. April. 30 Stat. 364.

Am 26. April 1898 erließ der Präsident eine andere Proklamation, die, nachdem sie das Bestehen des Krieges als vom Kongreß erklärt ausgesprochen hat, folgende weitere Auslassung enthält: "Da es wünschenswert ist, daß ein solcher Krieg nach Grundsätzen geführt wird, die mit den gegenwärtigen Anschauungen der Völker im Einklang stehen und durch deren neuerliche Praxis befestigt sind..." Dieser Auslassung folgten specifizierte Erklärungen gewisser Verhaltungsmaßregeln im Seekriege, die der Fischereifahrzeuge keine Erwähnung thaten. 30 Stat. 1770. Doch erklärt die Proklamation ausdrücklich als allgemeine Politik der Regierung, den Krieg in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen des internationalen Rechts zu führen, das durch die neuerliche Praxis der Völker sanktioniert ist.

Am 28. April 1898 (nach der Wegnahme der beiden hier in

Frage stehenden Fischerfahrzeuge) telegraphierte Admiral Sampson an den Marineminister (Secretary of the Navy) wie folgt: "Ich finde, dass eine große Anzahl Fischerschooner von ihrem Fischereigebiet in der Nähe der Riffe und Küsten von Florida nach Havana einzulaufen versuchen. Sie sind allgemein mit ausgezeichneten Seeleuten bemannt, die in den Listen der spanischen Marine geführt werden (belonging to the maritime inscription), die schon in der spanischen Marine gedient haben und zu weiterem Dienst verpflichtet sind. Da diese gedienten Leute Marinereserven sind, halb militarischen Charakter haben und den Spaniern zu Wasser und Lande als Artilleristen höchst wertvoll sein würden, empfehle ich, man möge sie als Kriegsgefangene festnehmen und mich ermächtigen, sie dem Kommandierenden der Armee in Key-West auszuliefern." Auf diese Mitteilung antwortete der Marineminister (Secretary of the Navy) am 30. April 1898 vorsichtig: "Spanische Fischereifahrzeuge. die eine Blockade zu brechen versuchen, unterliegen mit ihrer Besatzung der Wegnahme, und jedes solche Fahrzeug oder seine Bemannung, wenn anzunehmen ist, dass sie dem Feinde Dienste leisten, durfen festgenommen werden". Bureau of Navigation Report of 1898 appx. 178,

Die Depesche des Admirals nahm an, dass er ohne ausdrücklichen Befehl nicht bevollmächtigt sei, Küstenfischer, die friedlich ihrem Beruf nachgehen, festzunehmen; und die notwendige Auslegung und augenscheinliche Absicht der Antwort des Marinedepartements war, daß spanische Küstenfischereifahrzeuge und ihre Besatzung nicht belästigt werden dürften, so lange sie weder versuchten, die Blockade zu brechen, noch von ihnen angenommen werden könnte, dass sie dem Feinde Hülse leisteten. Die Paquete Habana ist, wie der Bericht zeigt, eine Fischerschaluppe von 25 Tonnen, die unter spanischer Flagge segelt, in Havana ein- und ausläuft und regelmässig an der Küste von Cuba mit Fischen beschäftigt ist. Ihre Bemannung bestand nur aus drei Leuten, einschließlich des Schiffers; und nach einem allgemeinen Brauch in Küstenfischereien hatte sie keinen Anteil an dem Schiff, dagegen Anspruch auf 1/2 des Fanges, während das letzte Drittel ihrem spanischen Eigentümer gehörte, der, wie die Mannschaft, in Havana seinen Wohnsitz hatte. Auf ihrer letzten Reise segelte die Paquete Habana

von Havana an der Küste von Cuba entlang und fischte 25 Tage vorm Kap (off the cape) an der Westküste der Insel, innerhalb der Gewässer des spanischen Gebietes, und fuhr mit ihrer Ladung frischer Fische nach Havana zurück, als sie am 25. April 1898 von einem der blockierenden Geschwader genommen wurde. Sie führte weder Waffen noch Munition an Bord; sie wußte weder von der Blockade noch überhaupt von dem Kriege, bis sie von dem blockierenden Schiffe angehalten wurde; sie machte keinen Versuch die Blockade zu brechen, und leistete zur Zeit der Festnahme keinen Widerstand; auch lag absolut kein Beweis einer Wahrscheinlichkeit vor, daß sie oder ihre Bemannung dem Feinde Dienste leisten würde.

Im Fall "Lola" sind die einzigen thatsächlichen Unterschiede, daß sie ein Schooner von 35 Tonnen war und eine Bemannung von sechs Leuten, einschließlich des Schiffers, hatte; daß sie, nachdem sie Havana verlassen hatte und etwa 200 Meilen an der Küste von Cuba entlang gesegelt war, ungefähr 100 Meilen weiter bis zur Küste von Yukatan fuhr und dort 8 Tage lang fischte, und daß sie auf der Rückfahrt in der Nähe von Bahia-Honda an der Küste von Cuba mit ihrer Ladung von lebenden Fischen am 27. April 1898 genommen wurde.

Diese Unterschiede bilden keinen Grund, die beiden Fälle von einander zu trennen.

Beide Schiffe waren von mäßiger Größe, wie sie bei Küstensischerei-Schmacken nicht ungewöhnlich ist, und waren regelmäßig mit sischen an der Küste von Cuba beschäftigt. Beide hatten nur eine kleine Besatzung, die keinen Anteil am Schiff hatte, und für ihre Mühe und ihr Unternehmen zwei Drittel des Fanges erhielten, während ein Drittel an den Eigentümer als Bezahlung für die Nutznießung ging. Beide Schiffe verließen Havana, um in ihr Fischereigebiet zu gehen und wurden auf der Rückfahrt an der Küste von Cuba entlang genommen. Bei beiden bestand die Ladung aus frischen Fischen, welche die Mannschaft aus der See gefangen und lebend an Bord gehalten hatte. Obgleich eins der Schiffe seine Fischtour über den Yukatankanal hinaus ausdehnte und an der Küste von Yukatan fischte, können wir nicht zweifeln, das beide der

Küstenfischerei innerhalb der Regel des internationalen Rechts und nicht einem Handelsunternehmen nachgingen.

Die beiden Schiffe wurden mit ihrer Ladung von dem District Court als Kriegsprisen verurteilt; die Schiffe wurden auf seinen Rechtsspruch hin verkauft; und es ist nicht ersichtlich, was aus den frischen Fischen, aus denen ihre Ladung bestand. wurde.

Nach den in beiden Fällen erwiesenen Thatsachen ist es Pflicht dieses Gerichtshofes, der als höchster Prisengerichtshof der Vereinigten Staaten tagt und Völkerrecht spricht, zu erklären und zu entscheiden, daß diese Wegnahme ungesetzmäßig war und keinen erweislichen Grund hatte; und es ist deshalb in jedem Fall angeordnet worden, dass das Urteil des District Court zurückgenommen wird, und dass der Ertrag aus dem Verkauf des Schiffes zusammen mit dem Ertrag aus einem etwaigen Verkauf der Ladung dem Reklamanten mit Schadenersatz und Kosten zurückgestellt wird.

II.

Minoritätsvetum des Richters Fuller.

Supreme Court der Vereinigten Staaten. Oktober-Termin 1899.

Appellationen von dem District Court der No. 895, Paquete Habana No. 396. Lola

Vereinigten Staaten für den südlichen Distrikt von Florida.

(8. Januar 1900.)

Mr. Chief Justice Fuller, dem Mr. Justice Harlan und Mr. Justice McKenna beipflichten, ist folgender entgegengesetzter Ansicht:

Der District Court hielt diese Schiffe für rechtmäßige Prisen, weil er nicht hinlänglich überzeugt war, dass Fischereifahrzeuge dieser Klasse nach dem Gesetz ohne irgend eine Verordnung, einen Vertrag oder eine Proklamation von der Wegnahme ausgeschlossen sind.

Dieser Gerichtshof ist anderer Ansicht, nicht wie er zugiebt, weil solche Ausnahme in irgend einem Vertrag, einer Gesetzgebung, Proklamation oder Instruktion zu finden ist, sondern darauf fußend, daß die Schiffe auf Grund einer feststehenden Regel des internationalen Rechts, die auf sie anwendbar sei und welche in Anwendung zu bringen Pflicht des Gerichthofes sei, ausgenommen seien.

Ich kann nicht zu dem Schlus kommen, dass es eine solche feststehende Regel des internationalen Rechts giebt, oder dass dieser Gerichtshof rechtlicherweise eine Prozesshandlung revidieren kann, die ausgeführt ist mit der im Kriege erforderlichen Rücksicht.

Es kann nicht behauptet werden, daß der moderne Brauch eine Regel außtellt, welche aus eigener Kraft und nicht durch die souveräne Macht auf die Dinge einwirkt. Dieser Satz wurde in Brown v. The United States, 8 Cranch 110, 128 verworfen, und Chief Justice Marshall sagte: "Dieser Brauch ist eine Richtschnur, welche der Souverän nach Belieben befolgt oder fallen läßt. Diese Regel richtet sich wie alle anderen Vorschriften der Moral, Menschlichkeit oder Klugheit an das Urteil des Souveräns, und wenn er sie auch nicht ohne Tadel außer Acht lassen kann, so kann sie doch außer Acht gelassen werden. Die Regel ist ihrer Natur nach biegsam. Sie ist unendlichen Einschränkungen unterworfen; sie ist keine unveränderliche Rechtsregel, sondern hängt von politischen Erwägungen ab, die sich beständig verändern können".

Die Frage bezog sich in jenem Fall auf die Konfiskation von feindlichem Eigentum zu Lande innerhalb unseres Gebietes, und es wurde behauptet, dass in solcher Lage besindliches Eigentum ohne Kongressbeschluß nicht konfisziert werden dürste. Der Chief Justice suhr fort: "Handelsvölker, in der Lage der Vereinigten Staaten, haben immer eine beträchtliche Menge Eigentum im Besitz ihrer Nachbarn. Daher ist bei Ausbruch des Krieges die Frage, was mit dem seindlichen Eigentum in unserem Lande geschehen soll, mehr eine Frage der Politik als des Rechts; denn die Massnahme, die wir in Bezug auf das Eigentum unseres Feindes ergreisen, wird von ihm in Bezug auf das Eigentum unserer Bürger ergrissen werden. Wie alle anderen politischen Fragen ist sie für die Erwägung eines Departements geeignet, das sie nach Belieben abändern kann; nicht für die Erwägung eines Departements, welches sich nur

an das Gesetz halten kann, wie es geschrieben ist. Die Maßnahme eignet sich zur Erwägung für die Legislative, nicht für die Exekutive oder für die Justizverwaltung.

Dieser Fall umfast die Beschlagnahme von feindlichem Eigentum auf See und die Vollstreckung, und wenn der Satz, dass die angesührte Regel proprio vigore die souverane Macht im Kriege beschränkt, zurückgewiesen wird, dann meine ich, dreht sich die Frage darum, dass auf Grund der Existenz dieser Regel die Proklamation vom 26. April so gelesen werden muss, als ob sie die Ausnahme wörtlich enthielte, oder man muss die Ausnahme rechtsertigen, weil die Wegnahme von Fischereisahrzeugen dieser Klasse nicht ausdrücklich autorisiert war.

Die Einleitung der Proklamation erklärte allerdings, daße es wünschenswert sei, daß der Krieg "nach Grundsätzen geführt werde, die mit den gegenwärtigen Anschauungen der Nationen im Einklang ständen und von ihrer neuerlichen Praxis sanktioniert wären", doch sollte der Hinweis nach Absicht der Regierung "nicht auf Kaperei gehen, sondern es mit den Regeln der Deklaration von Paris halten", und die Proklamation sprach für sich selbst. Die Einleitung führte die Ausnahme nicht wörtlich an, und die wirkliche Frage ist, ob man sie rechtfertigen kann, weil sie nicht ausdrücklich zurückgehalten wird, oder in anderen Worten, weil solche Wegnahmen nicht wörtlich zugelassen werden.

Die Akten zeigen, dass die spanische Schaluppe "Paquete Habana" am 25. April "als Kriegsprise von dem U. S. S. Castine genommen" und von dem Kommandanten des Castine, dem Rear Admiral Wm. T. Sampson, der das North Atlantic Squadron befehligte, übergeben und dann einem Prisenmeister "ausgeliefert" wurde mit Instruktionen, nach Key West weiter zu fahren.

Und dass der spanische Schooner "Lola" "von dem U. S. S. Dolphin am 27. April genommen" und von dem Kommandanten des Delphin, dem Rear Admiral Wm. T. Sampson, der das North Atlantic Squadron befehligte, übergeben, und darauf einem Prisenmeister ausgeliefert wurde, mit der Instruktion, nach Key West weiter zu fahren.

Dass die Schiffe demgemäs nach Key West gebracht und dort angeklagt wurden (libelled), und dass am 30. Mai ihre Kondemnation erfolgte.

Man kann unmöglich zugeben, daß, wenn der Admiral diese Beschlagnahmen billigte, dies unter Nichtbeachtung des geltenden internationalen Rechts und der Proklamation geschah, oder daß der Präsident, wenn er der Meinung gewesen wäre, es läge irgend eine Verletzung des Rechts oder der Proklamation vor, nicht vor der Verurteilung eingeschritten wäre.

Die Korrespondenz zwischen dem Admiral und dem Secretary of the Navy vom 28. und 30. April, aus der in dem Hauptgutachten citiert wird, stimmte vollkommen mit der Rechtsgültigkeit der Wegnahmen überein.

Die von dem Admiral gestellte Frage bezog sich darauf, dass die Bemannung der Fischerschooner, "die nach Havana einzulaufen versuchten", als Kriegsgefangene festgenommen waren. Nichtkomhattanten werden nur aus besonderen Gründen festgenommen. Seeleute an Bord feindlicher Handelsschiffe werden gefangen genommen, weil sie sich zum augenblicklichen Dienst auf Kriegsschiffen eignen. Deshalb verwies der Admiral auf den Wert dieser Fischerseeleute für den Feind, und empfahl ihre Festnahme. Der Minister antwortete, daß, wenn die in Frage kommenden Schiffe _die Blockade zu brechen versuchten*, sie _mit ihrer Mannschaft" der Wegnahme unterworfen seien, und daß sie ebenfalls beschlagnahmt werden dürften, wenn sie _möglicherweise dem Feinde Hülfe leisten könnten." Die Frage war, ob diese Mannschaften zu Kriegsgefangenen gemacht werden sollten. Natürlich wären sie dem ausgesetzt, wenn sie in das Vergehen eines Blockadebruchs verwickelt wären, und der Minister gab zu, dass sie auf den andern Grund hin dem Urteil des Admirals unterstehen sollten.

All dies war in Übereinstimmung mit den Regeln und Gebräuchen des internationalen Rechts, mit dem die Marine (naval service), ob im Krieg oder Frieden, immer notwendigerweise vertraut gewesen ist.

Ich komme dann zur Prüfung des Satzes, "daß durch allgemeine Zustimmung der civilisierten Nationen der Welt und unabhängig von irgend einem besonderen Vertrag oder einem auderen öffentlichen Akt es heutzutage eine festatehende, auf Rücksichten der Menschlichkeit gegen eine arme und fleissige Klasse der Bevölkerung und auf die gegenseitige Konvenienz der kriegführenden Staaten beruhende Regel der internationalen Rechtsordnung ist, dass Küstensischereisahrzeuge mit ihren Gerätschaften und Vorräten, ihrer Ladung und unbewaffneten Mannschaft, die ehrlich ihrem friedlichen Berufe, Fische zu fangen und lebend einzubringen, nachgehen, der Wegnahme als Kriegsprise nicht unterliegen."

Dies sei eine Regel, so wurde gesagt, "von welcher Prisengerichte, die Völkerrecht anzuwenden hätten, gesetzliche Notiz nehmen müßten, und welcher sie in Ermangelung irgend eines Vertrages oder anderen öffentlichen Akts ihrer Regierung Geltung verschaffen müßten".

Gleichzeitig wird zugegeben, dass sich die angesührte Ausnahme nicht auf Küstensischer oder ihre Fahrzeuge bezieht, wenn sie für Kriegszwecke oder in solcher Art verwandt werden, dass sie dem Feinde Dienste leisten oder Informationen bringen; noch wenn militärische oder Marine-Operationen eine Notlage schaffen, der sich alle Privatinteressen unterwersen müssen; dass die Ausnahme ferner nicht auf Schiffe oder Fahrzeuge ausgedehnt ist, die auf hoher See mit Walsisch- oder Seehundsfang, mit dem Fischen von Cabeljau oder anderen Fischen beschäftigt sind, die nicht frisch auf den Markt gebracht, sondern gesalzen oder anderweitig konserviert werden und einen regelrechten Handelsartikel ausmachen.

Man wird bemerken, dass die Ausnahmen die angenommene Regel in sehr enge Grenzen legen, die eine sorgfältige Prüfung der Thatsachen erfordern, um ihre Anwendbarkeit festzustellen, und die Entscheidung scheint mir ganz und gar zu weit zu gehen hinsichtlich des Verfahrens gegenüber Beschlagnahmen, die von dem Höchstkommandierenden angeordnet oder genehmigt sind.

Gehörten aber diese beiden Fahrzeuge zu der erwähnten Ausnahme? Sie hatten 25 resp. 35 Tonnen. Sie trugen große Wasserbehälter, in denen die gefangenen Fische lebend erhalten wurden. Sie waren Eigentum von Havaneser Bürgern, und Eigentümer, Schiffer und Besatzung sollten durch Anteil an dem Fang entschädigt werden. Das eine der Schiffe war 25 Tage 200 Meilen von Havanna vorm Cap San Antonio gewesen und das andere 8 Tage vor der Küste von Yukatan. Kurz, sie gehörten zu jener Klasse von Fischer- oder Küstenfahrzeugen von 5 bis 20 Tonnen und von 20 Tonnen aufwärts, welche, wenn

konzessioniert oder eingetragen sind, wie die Revised Statutes es vorschreiben, als Schiffe der Vereinigten Staaten gelten, und bei denen die Anteile ihrer Leute, wenn die Schiffe mit Fischerei beschäftigt sind, durch Statuten geregelt werden. Sie waren mit Unternehmungen von wesentlich kommerzieller Natur beschäftigt, und die Thatsache allein, dass die Fische durch eigens für diesen Zweck hergestellte Vorrichtungen lebend erhalten wurden, ein Verfahren von beträchtlichem Alter, machte sie um nicht weniger zu einem Handelsartikel, als wenn sie konserviert eingebracht wären.

Ich glaube nicht, dass unter diesen Umständen die Erwägungen, welche dahin gewirkt haben, die Schrecken des Krieges in Bezug auf einzelne Erntearbeiter des Landes zu mildern, im eigentlichen Sinn auf diese gemieteten Schiffe als Werkzeuge analoger Erntearbeiter auf der See angewandt werden dürsen. Dies gilt nicht nur in Bezug auf die Eigentümer, sondern auch auf die Schiffer und Mannschaft.

Nach dem Grundsatz, nach dem der Landmann und sein Ackergerät ausgenommen sind, ist das Gewerbe, welches er betreibt, ausgenommen, und man kann diesen Grundsatz nicht anwenden zum Schutz des dauernden Betriebes so gearteter und so ausgedehnter Unternehmungen.

In Wahrheit ist die Ausnahme des Fischereigewerbes thatsächlich ein Akt der Gnade und nicht eine Sache des Rechts, und sie wird je nach den Forderungen der Notwendigkeit ausgedehnt oder geleugnet.

"Es ist," sagt Sir William Scott, "nur eine Regel der Höflichkeit (comity) und nicht gesetzlicher Entscheidung."

Die moderne Ansicht wird von Mr. Hall wie folgt ausgedrückt: "England scheint nicht abgeneigt gewesen zu sein, Fischerfahrzeuge zu schonen, so lange sie unschädlich sind und es ist nicht ersichtlich, dass irgend ein Staat ihnen Freiheit unter Umständen bewilligt hat, die ihm selbst zum Nachteil gereichen. Es ist wahrscheinlich, das jetzt kraft allgemeiner Regel alle Nationen davon abstehen würden, sie zu belästigen, und sie festnehmen würden, sobald irgend eine Gefahr entstünde, das sie oder ihre Mannschaft dem Feinde kriegerische Dienste leisteten, und es ist auch wahrscheinlich, dass man ihnen unmöglich eine deutlichere Ausnahmestellung gewähren kann."

Im Krimkriege (1854—55) hat keine der Geheimeratsverordnungen (orders in council) die Fischereifahrzeuge wörtlich ausgenommen oder einbegriffen, und doch haben die verbündeten Geschwader das Asowsche Meer von allen Schiffen gesäubert, die als Transportmittel dienen konnten, und der englische Admiral ordnete im Golf von Finnland die Zerstörung aller russischen Küstenfahrzeuge an, die, um als Kriegsprisen zurückbehalten zu werden, nicht genügenden Wert hatten, ausgenommen Böte oder kleine Schiffe, die leer vor Anker liegend gefunden wurden und keinen Handel trieben.

Es ist schwer, eine Vorschrift des Seerechts (a law of the sea) von allgemeiner Verbindlichkeit zu finden, der Großbritannien nicht zugestimmt hätte. Und ich sehe keinen hinlänglichen Grund, unserem Lande die Annahme irgend einer anderen als der englischen Regel zuzumuten.

Der verstorbene Dr. Freemann Snow hat in seinen Vorlesungen über internationales Recht am Naval Law College dargelegt, dass die Ausnahme nicht als Regel des internationalen Rechts geltend gemacht werden kann. Diese Vorlesungen wurden vom Commodore Stockton herausgegeben und unter Leitung des Marineministers (Secretary of the Navy) 1895 und von demselben Departement in zweiter Auflage 1898 veröffentlicht, so das sie im Verein mit den wohlbekannten Verdiensten des Autors das Gewicht besitzen, das man dem offiziellen Imprimatur beilegt. Weder unsere Verträge noch unser feststehender Brauch widersprechen dieser Schlussfolgerung.

In Anbetracht der Umstände, welche beim Ausbruch des mexikanischen Krieges vorlagen, wies Commodore Conner, der das Home Squadron befehligte, seine Offiziere in Bezug auf die Blockade vom 14. Mai 1846 an, "mexikanische Böte, die an irgend einem Teil der Küste ausschließlich mit Fischen beschäftigt wären", nicht zu belästigen, besonders nicht kleine Böte in der Nähe der Küste; während Commodore Stockton im folgenden August an der Pacificküste "die Wegnahme aller unter mexikanischer Flagge fahrender Schiffe" anordnete.

Die Verträge mit Preußen von 1785, 1799 und 1828 und mit Mexiko von 1848 nehmen mit ihrer Ausnahme, "der unbewaffneten Fischer, die unbefestigte Städte, Dörfer oder Ortschaften bewohnen", nicht die Fischerfahrzeuge von der Wegnahme als Prise aus. Die jetzt in Frage stehenden Wegnahmen bekunden die Überzeugung, die im letzten Krieg mit Spanien vorherrschte und nach der gehändelt wurde.

Es ist unnötig, die Ansichten und Wiederholungen der Schriftsteller über internationales Recht von neuem zu betrachten. Ortolam, Boeck und andere geben zu, daß der Brauch, auf den man sich beruft, als die Freiheit sanktionierend, nicht so allgemein ist, um eine absolute internationale Regel zu schaffen. Heffter, Calvo und andere behaupten das Gegenteil. Ihre Darlegungen mögen überzeugend sein, sind aber nicht autoritativ.

Nach meinem Urteil liegt die Ausnahme von den Härten des Krieges der Regel nach in der Kontrolle der Exekutive. Sie ist durch keine unabänderliche Regel an den Gegenstand gebunden. Es liegt an ihr, solche Freiheit, wie sie gewöhnlich gewahrt wird, anzuwenden, zu beschränken oder ganz zu verneinen.

Ausnahmen mögen im voraus bezeichnet oder den Umständen gemäß bewilligt werden, aber Kriegführen schließt die Verhängung der Härten des Krieges wenigstens soweit ein, daß die Wegnahme oder Zerstörung von feindlichem Eigentum auf See nicht ausdrücklich angeordnet zu werden braucht, um ausgeführt zu werden.

In der Meinung, dass diese Schiffe nicht gesetzmässig ausgenommen waren, sehe ich mich gezwungen, von der Ansicht und dem Urteil des Gerichtshofs abzuweichen; und wie ich sind meine Kollegen Harlan und McKenna abweichender Ansicht.

Schiedsspruch, betreffend das griechisch-türkische Konsularwesen 1).

In den Artikeln III und V1) des griechisch-türkischen Präliminarfriedensvertrages vom 6./18. September 1897 (= Art. IX, XI des Definitivfriedensvertrages, abgedruckt Revue générale de droit international public V (1888) S. 462, Clunet Journal S. XXV 985 ff.) war der Abschluss eines das bisherige Verhältnis revidierenden Konsularvertrages ins Auge gefasst und in Art. IX (Art. XV des Definitivfriedensvertrages) ganz allgemein für die Erledigung etwa zwischen den beiden Staaten streitig bleibender Punkte ein schiedsgerichtliches Verfahren vorgesehen, wobei die Vertreter der Großmächte als Schiedsrichter fungieren sollten. Nachdem seit dem März 1898 bis Mai 1900 Verhandlungen bezüglich des Abschlusses eines Konsularvertrages zwischen Griechenland und der Türkei stattgefunden hatten, ohne zur Einigung zu führen, beantragte am 1./13. Mai 1900 Griechenland die Einleitung des schiedsgerichtlichen Verfahrens, welches dann am 4. Juni 1900 von den Vertretern der Großmächte in Konstantinopel übernommen wurde. Es hat demnächst zu folgendem, am 20. März/2. April 1901 verkundeten, am 21. Sept./1. Okt. 1901 in Kraft getretenen Schiedsspruche in Gestalt eines durch den Schiedsspruch den beiden Staaten octroyierten Konsularvertrages geführt, welcher in der "Εφήμερις τῆς κυβερνήσεως τοῦ βασιλείου τῆς Κλλάδος" vom 18. Septbr. 1901 griechisch und französisch mitgeteilt ist.

Redaktion.

Vgl. dazu G. Streit "La sentence arbitrale sur la question consulaire entre la Grèce et la Turquie", Revue de droit international et de législation comparée XXXII 24 ff.

Décision arbitrale. 2) 2)

Les soussignés, Ambassadeurs d'Autriche-Hongrie, d'Italie, d'Allemagne, de Russie, d'Angleterre et de France à Constantinople,

Considérant l'article III des Préliminaires de Paix signés entre les Grandes Puissances et l'Empire Ottoman, le 6/18 Septembre 1897, ainsi conqu:

«Sans toucher au principe des immunités et privilèges, dont les Hellènes sjouissaient avant la guerre sur le même pied que les nationaux des autres «Etats, des arrangements spéciaux seront conclus en vue de prévenir l'abus «des immunités consulaires, d'empêcher les entraves au cours régulier de la sjustice, d'assurer l'enécution des sentences rendues et de sauvegarder les «intérêts des sujets ottomans et étrangers dans leurs différends avec les sujets »hellènes, y compris les cas de faillite».

Considérant l'article V. § b. des dits Préliminaires, qui prescrit la conclusion entre l'Empire Ottoman et le Boyaume de Gréce, d'une «Convention »Consulaire dans les conditions prévues par l'article III»;

Les soussignés, Ambassadeurs d'Antriche-Hongrie, d'Italie, d'Allemagne, de Russie, de la Grande Bretagne et de France, ont fait savoir à Votre Excellence par leur note collective en date du 4 Juin dernier, qu'ils acceptaient le mandat d'arbitrage que, de concert avec Monsieur Stephanos, délégué pour la négociation de la Convention Consulaire prévue par le Traité de Paix du 22 Novembre (4 Décembre) 1897 et d'ordre de Gouvernement hellénique, Vous les aviez priés d'assumer, conformément aux dispositions de l'article IX des Préliminaires de Paix.

Le 4 Juin également les soussignés ent fait savoir à la Sublime Porte qu'ils se chargesient du dit mandat.

Venant de terminer leur travaux, les soussignés ont l'honneur d'adresser ci-joint à Votre Excellence une expédition authentique de leur sentence arbitrale, qu'ils notifient de même aujourd'hui à la Sublime Porte.

Les soussignés seraient reconnaissants à Votre Excellence de leur donner immédiatement acte de la présente notification et La prient d'agréer les assurances de leur haute considération.

Calice
Pansa
Baron de Marschall
Zinoview
N. R. O'conor
Constans

Son Excilence Monsieur Maurokordato

Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté Hellénique
à Constantinople.

²⁾ Mitgeteilt von Herrn Professor Dr. G. Streit in Athen.

³⁾ Mit folgendem Schreiben ist der Schiedespruch unter dem 20. März/ 2. April 1901 dem griechischen Gesandten in Konstantinopel mitgeteilt:

Considérant l'article IX des Préliminaires de Paix, ainsi conçu:

«En cas de divergences dans le cours des négociations entre la Turquie set la Grèce, les points confestés pourront être soumis, par l'une ou l'autre s'des parties intéressées, à l'arbitrage des Représentants des Grandes Puissances » à Constantinople, dont les décisions seront obligatoires pour les deux Gou-vernements. Cet arbitrage pourra s'exercer collectivement ou par désignation » spéciale des intéressés, et soit directement, soit par l'entremise de délégués spéciaux».

«En cas de partage égal de volx, les arbitres choisiront un surarbitre».

Considérant que, par une lettre adressée aux Représentants des Grandes

Puissances à Constantinople, le 1/13 Mai 1900, les Délégués Hellènes, d'ordre
de leur Gouvernement, ont invoqué l'arbitrage sur les points, au sujet desquels une entente n'a pu s'établir dans le cours des négociations sur la dite

Convention Consulaire;

Considérant que les Représentants des Grandes Puissances dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs ont, par leurs Notes du 4 Juin 1900, accepté le mandat collectif d'arbitrage sollicité sur les points contestés;

Considérant les demandes des deux Parties et les Mémoires présentés à l'appui de ces demandes;

Considérant que l'article III des Préliminaires maintient et confirme le principe des immunités et privilèges, dont les sujets hellènes joulessalent avant la guerre, et qu'il n'est pas besoin de spécifier dans la Convention Consulaire tous les droits qui découlent de ce principe relativement aux attributions administratives et judiciaires des Consulats helléniques;

Considérant que les stipulations du Traité de Canlidja, conclu entre l'Empire Ottoman et le Royaume de Grèce le 27 Mai 1855, restant en vigueur, en tant qu'elles ne sont pas modifiées par les décisions arbitrales cidessous;

Considérant que la validité du protocole annexé à la loi Ottomane du 7 Séfer 1284 (18 Juin 1867) et signé par la Grèce le 12/24 Février 1873, n'a pas été atteinte par l'état de guerre entre l'Empire Ottoman et le Royaume de Grèce;

Considérant qu'il n'y a lieu d'arbitrer que sur les points contestés, qui ont trait aux arrangements spéciaux prévus par l'article III des Préliminaires de Paix;

Décident:

Les dispositions suivantes qui réglent les points contestés entre les Délégués Ottomans et Hellènes chargés de la négociation de la Convention Consulaire, ou qui constatent leur accord sur un certain nombre d'autres points où la question de durée était seule litigieuse, entreront en vigueur à l'expiration d'un délai de six mois à compter de la signification de la présente décision arbitrale à chacune des deux Parties.

Article 1.

Chacune des deux Hautes Parties contractantes aura la faculté de nommer des Consuls Généraux, Consuls et Vice-Consuls dans tous les ports, villes et localités des Etats de l'autre Partie, à l'exception de ceux où le Gouvernement territorial verrait inconvénient à admettre de tels Agents.

Cette réserve, toutefois, ne sera pas appliquée dans les localités où se trouveraient des offices consulaires d'autres Puissances.

. Il est entendu que les deux Hautes Parties contractantes auront pleinement la faculté de maintenir les Offices Consulaires qui — reconnus d'un commun accord — auraient fouctionné au moment de la rupture des relations diplomatiques en 1897 entre les deux pays ou à une date antérieure ne remontant pas au delà de l'année 1890.

Les Agents honoraires cosseront leurs fouctions et les deux Hautes Parties contractantes se réservent de les remplacer par des fonctionnaires de carrière 1).

Article 2.

Aueun sujet hellène ne pourra être nommé Consul Général, Consul ou Vice-Consul de Turquie en Grèce, ni aueun sujet ottoman ne pourra être nommé Consul Général, Consul ou Vice-Consul de Grèce en Turquie.

Ces fonctionnaires Constilaires seront choisis de part et d'autre parmi ceux de carrière, c'est-à-dire qu'ils seront des Agents rétribués s'occupant exclusivement de leur mission consulaire.

Toutefois, les sujets ottomans et les sujets hellèmes pourront être employés comme drogmans et cavass (huissiers) par les Consuls Ottomans et Hellèmes, suivant les règlements en vigneur dans les pays respectifs, et jouiront du traitement y établi, en tant qu'il n'y serait pas dérogé par la présente Convention.

Article 8.

Les Consuls Généraux, Consuls et Vice-Consuls des deux Hautes Parties contractantes seront réciproquement admis et reconnus après avoir présenté leurs provisions, selon les règles et formalités établies dans les pays respectifs.

L'exequatur ou les Berats et Firmans ou autres pièces nécessaires pour la libre exercice de leurs fonctions leur seront délivrés sans frais, et, sur la production des dites pièces. l'autorité supérieure du lieu de leur résidence prendra immédiatement les mesures voulues pour qu'il puissent s'acquitter des devoirs de leur charge et qu'ils soient admis à la jouissance des exemptions, honneurs, immunités, et privilèges qui leur reviennent.

Article 4.

Les Consuls Généraux, Consuls et Vice-Consuls jouiront spécialement de l'exemption des logements et des contributions militaires, aussi que de toutes contributions directes, personnelles, mobilières ou somptuaires imposées par une autorité quelconque des pays respectifs.

Il est entendu que les dits fonctionnaires ne seront aucunement exempts des impôts sur les immeubles qu'ils posséderaient dans le pays où ils résident.

⁴⁾ Abs. 3 n. 4 des Art. 1 beruhen auf "protocole annexe".

Article 5.

Les Consuls Généraux, Consuls ou Vice-Consuls ne seront pas teans de comparaître comme témoins devant les tribunaux du pays où ils résident.

Quand la justice locale aura à recevoir d'eux quelque déposition, elle devra se transporter à leur domicile ou déléguer, à cet effet, un fonctionnaire compétent pour y dresser, après avoir recueilli leurs déclarations orales, le procés verbal necessaire, ou bien elle leur demanders une déclaration par écrit.

Article 6.

Les Consuls Généraux, Consuls et Vice-Consuls des Hantes Parties contractantes jouiront réciproquement, dans les Etats de l'autre Partie - en ce qui concerne leurs personnes, leurs fonctions et leurs habitations - des mêmes honneurs et égards, privilèges et immunités, droits et protection qui sont accordés aux fonctionnaires consulaires du même rang des nations les plus favorisées, mais, bien entendu, dans les limites de la présente Convention.

Article 7.

Seront exempts des droits d'entrée, après vérification douanière, les effets et objets importés à l'adresse et destinés à l'usage personnel on de la famille du chef d'un Consulat Général, d'un Consulat ou d'un Vice-Consulat hellène établi en Turquie, en tant que le droit d'importation ne dépasse pas 2,500 piastres or par an.

Il en sera de même pour les effets ou objets importés à l'adresse et destinés à l'usage personnel ou de la famille d'un fonctionnaire consulaire hellène, quand ces objets et effets sont introduits lors de la première installation de ce fonctionnaire, ou de sa famille en Turquie.

D'autre part, les Consuls Généraux, Consuls et Vice-Consuls de Turquie jouiront, en Grèce, des mêmes franchises de droit que les fonctionnaires du même rang et de la même qualité des autres Puissances.

Protocole-Annexe.

En ce qui concerne l'article 7, il est entendu que les autorités douanières ne percevront aucun droit sur les registres, papiers à en-tête, cahiers à souche, passeports, passavants, certificats, timbres et autres documents publics, ainsi que sur toute fourniture officielle de bureau, expédiés à l'adresse des fonctionnaires consulaires respectifs, ou envoyés par eux aux Administrations de leur pays. Article 8.

Les Consuls Généraux, Consuls et Vice-Consuls pourront placer au dessus de la porte extérieure de la maison consulaire leur écusson national avec une inscription indiquant leur caractère officiel.

Ils pourront également arborer le pavillon de leur pays sur la maison consulaire aux jours de solemnités publiques, ainsi que dans d'autres circonstances d'usage. Article 9.

En cas d'empêchement, d'absence ou de décès des Consuls Généraux, Consuls ou Vice-Consuls, le Chancelier ou l'un des Secrétaires, sujet de l'Etat qui l'a nommé, qui aura antérieurement été présenté en la dite qualité aux Autorités respectives, ou à défaut d'un Chancelier ou Secrétaire, un antre fonctionnaire consulaire de carrière envoyé comme remplaçant, sera admis de plein droit à exercer, par interim et d'une manière provisoire, les fonctions consulaires, sans que les autorités locales puissent y mettre obstacle.

La gérance intérimaire de ce fonctionnaire de carrière, envoyé comme remplaçant, ne devra pas dépasser le délai de six mois.

Ces fonctionnaires jouiront, pendant la durée de leur gestion intérimaire de tous les droits, immunités et privilèges qui appartiennent aux titulaires.

Article 10.

Les Chancelleries et Archives Consulaires seront inviolables en tout temps. Les autorités locales ne pourront les envahir sous ancun prétente ni, dans aucun cas, visiter ou saisir les papiers qui y seront enfermés.

Article 11.

Les Consuls des deux Hautes Parties contractantes auront le droit de s'adresser aux autorités compétentes de leur circonscription consulaire pour réclamer contre toute infraction aux Traités et Conventions existant entre la Turquie et la Grèce, et pour protéger les droits et les intérêts de leurs nationanx.

S'il n'était pas fait droit à leurs réclamations, les dits Agents pourront recourir à leurs Légations respectives.

Article 12.

Les Consuls des deux Parties contractantes, ainsi que leurs Chanceliers et Secrétaires, auront le droit de recevoir, dans leurs Chancelleries, au domicile des Parties et à bord des navires de leur nation, les déclarations que pourront avoir à faire les capitaines, les gens de l'équipage, les passagers, les négociants et les autres sujets de leur pays.

Ils seront également autorisés à recevoir:

- Les dispositions testamentaires de leurs nationaux et tous actes de droit civil qui les concernent et auxquels on voudrait donner une forme authentique.
- 2) Tous les contrats par écrit et actes conventionnels passés entre leurs mationaux ou entre ces derniers et d'autres personnes du pays où ils résident, et, de même, tout acte conventionnel concernant les sujets de ce dernier pays seulement, pourvu, hien entendu, que les actes susmentionnés aient rapport à des biens situés ou à des affaires à traiter sur le territoire de la Partie contractante qui a nommé les dits fonctionnaires.
- et 3) Dans la mesure de la législation du pays de leur résidence, tous actes notariée destinés à l'usage dans ce pays, passés soit entre leurs propres nationaux, soit entre ces nationaux et d'autres étrangers.

Les déclarations et attestations contenues dans les actes ci-dessus mentionnés qui auront été reconnus authentiques par les dits fonctionnaires et revêtus du sceau du Consulat Général, Consulat et Vice-Consulat auront em justice dans le territoire de l'Empire Ottoman comme en Grèce la même

force et valeur que si ces actes avaient été passés par devant d'autres employés publies de l'une ou de l'autre des Parties contractantes, pourvu qu'ils aient été rédigés dans les formes requises par les lois de l'État qui a nommé les fonctionnaires consulaires et qu'ils aient ensuite été soumis au timbre et à l'enregistrement, ainsi qu'à toutes les autres formalités qui régissent la matière dans le pays où l'acte doit recevoir son exécution.

Dans les cas où l'authenticité d'un document public enregistré à la Chancellerie de l'une des Autorités consulaires respectives serait mise en doute, la confrontation du document en question avec l'acte original ne sera pas refusée à la personne y intéressée, qui en ferait la demande et qui pourra, si elle le juge utile, assister à cette confrontation.

Les Consuls pourront légaliser toute espèce de documents émanant des autorités ou fonctionnaires de leurs pays et en faire des traductions qui auront, dans le pays où ils résident — en tant que les lois des Etats respectifs le permettent — la même force et valeur que si elles avaient été faites par les fonctionnaires compétents du pays de leur résidence.

Article 18.

Les sujets de l'un des Etats contractants établis dans les Etats de l'autre, seront réciproquement affranchis de toute espèce de service militaire, tant sur terre que sur mer et seront exempts de l'impôt militaire et de toute prestation pécuniaire ou matérielle imposée par compensation pour le service personnel, tout comme des réquisitions militaires, à l'exception de celles des logements et des fournitures pour les militaires de passage, qui seraient également exigées, selon l'usage du pays, des sujets indigènes et des étrangers.

Article 14.

Les effets et valeurs appartenant aux marins et passagers, sujets de l'une des Parties contractantes, morts à bord d'un navire de l'autre Partie, seront envoyés au consul de la nation respective, pour être remis à qui de droit, conformément aux lois en vigueur dans les pays respectifs.

Article 15.

En cas de naufrage sur une des côtes des territoires des Hautes Parties contractantes, d'un navire ottoman ou hellène, les Consuls respectifs jouiront de toutes les prérogatives accordées aux Consuls des autres Puissances, en matière de sauvetage des navires de leur pavillon.

Les navires abandonnés, dragues, embarcations, bouées etc., dont la nationalité ottomane ou hellène est apparente et qui auraient été trouvés en mer et consignés aux autorités locales, seront remis, dans le port de remorque, entre les mains du Consul ottoman ou hellène le plus proche, a'il en fait la demande. Il est bien entendu, toutefois, que le dit fonctionnaire consulaire aura à verser à qui il appartient, avant d'entrer en possession des navires, embarcations ou autres susénoncés, les droits de sauvetage et remorque, conformément aux lois et règlements en vigueur dans les Etats des Hautes Parties contractantes.

Article 16.

Les Consuls des deux Hautes Parties contractantes auront à exercer une stricte surveillance pour empêcher, au besoin par des représentations à qui de droit, le changement du pavillon des navires de leur nation contre le pavillon de l'autre Etat, s'il est prouvé que ce changement a pour but de frustrer les droits des créanciers sujets de la nation qui a nommé le consul.

Article 17.

Les Consuls respectifs pourront aller personnellement ou envoyer des délégués à bord des navires de leur pays, après leur admission à la libre pratique, interroger le capitaine et l'équipage, examiner les papiers de bord, recevoir les déclarations sur le voyage, la destination du bâtiment et les incidents de la traversée, dresser les manifestes et faciliter l'expédition du navire.

Article 18.

En cas de décès d'un sujet ottoman en Grèce ou d'un sujet hellène dans les Etats de Sa Majesté Impériale le Sultan, l'Autorité Consulaire, de la juridiction de laquelle dépendra le décédé, prendra possession de la succession de celui-ci pour la transmettre à ses héritiers. En l'absence de l'autorité consulaire sur les lieux, le juge compétent de la localité sera tenu de transmettre l'inventaire et le produit de la succession à l'autorité consulaire a plus proche, sans réclamer aucun droit.

La succession aux biens immobiliers sera régie par les lois du pays, dans lequel les immeubles sont situés, et la connaissance de toute demande ou contestation concernant les successions immobilières, appartiendra exclusivement aux tribunaux de ce pays.

Pour ce qui concerne les successions mobilières laissées par les sujets de l'une des deux Parties contractantes dans le territoire de l'autre Partie — soit qu'à l'époque du décès ils y fussent établis ou simplement de passage, soit qu'ils fussent décèdés ailleurs — les réclamations reposant sur le titre d'hérédité ou de legs, seront jugées par les Autorités ou tribunaux compétents du pays, auquel appartenait le défunt et conformément aux lois de ce pays.

Article 19.

Les sujets ottomans auront en Grèce le même droit que les nationaux, de posséder toute espèce de propriété immobilière, de l'acquérir et d'en disposer par vente, échange, donation, testament ou de toute autre manière, sans payer de taxes ou impôts autres ou plus élevés que les nationaux.

Article 20.

Les droits de juridiction des consuls hellènes en Turquie en matière civile, commerciale et pénale, ainsi que les autres immunités et privilèges dont les consuls et sujets hellènes jouissaient en Turquie avant l'année 1897, sont maintenns, conformément aux stipulations des Préliminaires de Paix signés entre les Grandes Puissances et l'Empire Ottoman le 6/18 Septembre

1897 et à celles du Traité de Paix définitif signé entre la Turquie et la Gréce le 22 Novembre (4 Décembre) 1897, — et ce, en tant que les dits droits de juridiction et les dits immunités et privilèges ne sont pas modifiés par la présente convention.

Article 21.

Les intérêts des créanciers ottomans ou étrangers dans les faillites des sujets hellènes en Turquie seront représentés par un ou deux syndics tant provisoires que définitifs. L'autorité consulaire hellénique, compétente pour le règlement des dites faillites, nommers ces syndics sur la désignation qui lui en sera faite par les créanciers susdits, ottomans ou étrangers.

Article 22.

L'assistance consulaire devant les autorités et tribunaux ottomans étant maintenue pour les sujets hellènes, les Consuls hellènes sont tenue d'envoyer avec toute diligence leur délégué devant les autorités et tribunaux compétents.

En cas d'absence de ce délégué, les tribunaux surseoiront à l'examen de l'affaire et enverront une nouvelle invitation par écrit. Si nonobstant cette seconde invitation, le délégué consulaire s'abstient de paraître, ils auront dans ce cas la faculté de ne plus attendre sa présence et pourront rendre leur jugement sentence ou arrêt.

Article 23.

Les pièces judiciaires ou extrajudiciaires destinées à être signifiées aux sujets hellènes en Turquie, seront remises contre récépissé à l'autorité hellénique compétente, qui devra pourvoir à leur signification et devra retourner en temps utile l'acts de signification dûment signé par le destinataire. A cet effet, les dites pièces devront contenir des indications suffisantes, pour qu'il ne puisse y avoir erreur sur la personne, à laquelle l'acte est destiné; à défaut de quoi, la pièce pourra être retournée à l'autorité ottomane pour être complétée.

Dans les cas où l'acte de signification dûment signé par le destinataire ne serait pas restitué à l'autorité Ottomane dans un délai de quinze jours à partir de la remise de la pièce à l'autorité Consulaire Hellénique, la signification sera considérée comme faite à la partie elle-même, à moins que l'autorité Consulaire ne prévienne l'autorité Ottomane que la personne à laquelle la pièce était destinée, ne se trouve pas dans sa circonscription consulaire.

Article 24.

Les autorités consulaires Helléniques procèderont en toute diligence à l'exécution des jugements, sentences ou strêts rendus, en observation des droits reconnus aux autorités consulaires, contre les sujets hellènes par les autorités et les tribunaux compétents ottomans.

Si l'autorité consulaire refusait de mettre à exécution les dits jugements, sentences ou arrêts dans un délai maximum de deux mois, les autorités compétentes ottomanes auront la faculté de procéder elles-mêmes à cette exécutios, en prévenant au préalable et par écrit l'autorité consulaire du jour et de l'heure où elles procéderont à la dite exécution.

Article 25.

En cas de perquisition, descente ou visite dans la demeure d'un sujet beliène, les fonctionnaires et agents de police à ce commis aviseront le consalat hellénique et lui feront counaître les motifs de la mesure, à l'effet qu'il envole sans retard un délégué.

S'il s'écoule plus de six heures entre l'instant où le consulat aura été prévenu, et l'instant de l'arrivée du délégué, les fonctionnaires et agents de police ottomans procéderont à leur commission et aviseront ensuite le consulat, en lui communiquant une copie légalisée du procés-verbal constatant l'absence du délégué consulaire.

Article 26.

En cas de visite à bord des navires helléniques autres que les visites de la manté, les autorités ottomanes attendront le délégué consulaire hellémique pendant un délai de trois heures à compter du moment de la remise de l'avis au consulat, et si le délégué se refuse ou tarde à venir, elles procéderont à leur commission et aviseront le consulat, en lui communiquant une copie légalisée du procès-verbal, constatant l'absence du dit délégué.

Article 27.

En cas de fiagrant délit, les autorités ottomanes pourront procéder à l'arrestation d'un sujet hellène sans attendre l'arrivée du délégué consulaire requis à cet effet; mais elles devront aviser sans délai l'autorité consulaire hellénique.

Rechtsprechung.

Dautschland.

Das für die Unterhaltsansprüche swischen Ehegatten und Verwandten maßgebliche Recht wird durch die Staatsangehörigkeit bestimmt.

Urteil des O.L.G. Karlsruhe, I. Civ. Sen., 21. 11. 1900 (Puchelts Ztschr. 32, 159).

G. wurde ver dem 1. Januar 1900 im Betriebe der badischen Staatseisenbahn getötet. Seine Witwe und seine Kinder verlangten vom badischen Eisenbahnfiskus, ihnen gemäß § 3 des Reichshaftpflichtgesetzes insoweit Ersats zu leisten, als ihnen infolge des Todes des G. derjenige Unterhalt entwogen sei, zu dessen Gewährung der Getötete zur Zeit seines Todes kraft Gesetzes verpflichtet war. G. und seine Familie batten badische Staatsangehörigkeit, wohnten aber zur Zeit des Unfalls in Stuttgart (Württemberg), welchen Wohnsits Witwe und Kinder auch beibehielten.

Aus den Gründen: Es fragt sich, ob G. kvaft Gesetzes den Klägers zum Unterhalt verpflichtet war und kraft welchen Gesetzes eventuell diese Verpflichtung bestand. — In dieser Besiehung kommt zunächst in Betracht, das unter dem Gesetz, welches für die bezügliche Verpflichtung maßgebend ist, das Landesgesetz zu verstehen ist (vgl. Eger, 4. Aufl. Note 41 zu § 3 S. 338), und zwar im konkreten Falle, da der Unfall noch unter der Herrschaft des badischen Landrechts eintrat, jedenfalls bis 1. Januar 1900 dieses Gesetz. Der verunglückte G. und seine Familie hatten zwar zur Zeit des Unfalls den Wohnsitz in Stuttgart, Witwe und Kinder behielten diesen Wohnsitz auch bei; es beruht jedoch der Unterhaltsanspruch der Kläger gegen den getöteten G. auf dem durch die Eheschließung und bezw. die Kindererzeugung zwischen der klagenden Witwe und den klagenden Kindern einerseitz und dem getöteten G. andererzeits begründeten fa milienrechtlichen Verhältnisse; die Unterhaltsansprüche der Ehefrau gegenüber

dem Ehemann und der Kinder gegenüber dem Vater sind, wie sich schon aus den Überschriften zum V. und VI. Kapitel des V. Titels des I. Buches des badischen Landrechts ergiebt, aus der Familienbesiehung entfließende Bechte, die sich nach der Staatsangehörigkeit bestimmen (Zacharias-Crome, 8. Aufl. 1. Bd. § 30 S. 108/9, Platenius § 5 S. 21, Behaghel, 3. Aufl. 1. Bd. S. 64 e).

Ist einem im Inlande wohnenden Engländer das Armenrecht zu gewähren?

Beschl. des O.L.G. in Hamburg (4. Sen.), 24. 4. 1901 (Seuff. Arch. 57, No. 19).

Wenn auch die Klägerin Engländerin ist, so hat sie doch unbestritten ihren Wohnsitz in Hamburg. Die neueren englischen Bestimmungen, betr. das Armenrecht, insbesondere die jetzt maßegebenden Rules of the Supreme Court vom Oktober 1883 (abgedr. in der Übersetzung von Inhülsen bei Leske und Löwenfeld, Rechtsverfolgung im internationalen Verkehr Bd, 1 S. 679 ff.) machen jedenfalls insoweit keinen Unterschied swischen Ausländern und Inländern, als die Ausländer in England sich aufhalten, wie denn auch Schuster (Bürgerl. Rechtspflege in England S. 69 f.) für sweifelhaft nur erklärt, ob ein im Auslande wohnender Kläger in England im Armenrecht prozessieren könne. Diese Fassung der Rules erklärt sich daraus, daß, wie vom O.L.G. gelegentlich der Frage der von Ausländern zu leistenden Prozefskaution schon früher bervorgehoben worden ist (Hans. Ger.-Ztg. Beibl. 1898 No. 82). England in diesen prozessualen Fragen den Begriff des Ausländers überhaupt nicht nach der Staatsengehörigkeit, sondern nach dem Wohnsitz bestimmt, so daß entscheidend ist, ob der Kläger außerhalb der Jurisdiktion des angegangenen Gerichts wohnt (vgl. auch Schuster a. a. O. S. 136 und zu Gunsten des Ausländers noch weitergebend Leske und Löwenfeld a. a. O. S. 680).

Dieses Ergebnis findet auch in dem vorgelegten Gutachten englischer Solicitors, die ebenfalls für die Rechtsverfolgung in forma pauperis einen Unterschied zwischen englischen Staatsangehörigen und Fremden überhaupt nicht zulassen, eine weitere Bestätigung.

Hiernach muß jedenfalls insoweit in England die Gegenseitigkeit als verbürgt erachtet werden, als es sich um den hier vorliegenden Fall handelt, daß ein im Inlande wohnender Engländer das Armenrecht nachsucht.

Auslieferungsvertrag zwischen Deutschland und der Schweis vom 24. Januar 1874; Stellung der Angehörigen dritter Staaten.

Entsch. des Reichsgerichts (Feriensenat), 14. 9. 1901 (Jur. Woch.Schr. 1901 S. 820).

Der Vertrag macht einen Unterschied swiechen Angehörigen der den Vertrag schließenden Staaten und den Unterthanen einer dritten Macht nur insoweit, als bestimmt ist, dass, wenn die rekiamierte Person weder ein Deutscher noch ein Schweizer ist, der Staat, an welchen der Auslieserungsantrag gerichtet ist, von dem gestellten Antrag diejenige Regierung, welcher der Verfolgte angehört, in Kenntnis setzen und, wenn diese Regierung ihrerseits den Angeschuldigten beansprucht, um ihn vor die Gerichte zu stellen, diejenige Regierung, an welche der Auslieserungsantrag gerichtet ist, den Angeschuldigten nach ihrer Wahl der einen oder anderen Regierung ausliesern kann. Hieraus folgt, dass, ist die Auslieserung an den reklamierenden Staat erfolgt, der Angehörige einer anderen Nation denselben Bestimmungen untersteht, wie die Angehörigen der vertragschließenden Teile.

Inländischer Frachtführer, ausländischer Unterfrachtführer; nach welchem Recht ist die Verpflichtung des letzteren zu beurteilen?

Urteil des Reichsger., L. Civ.-Sen., 10. 4. 1901 (Entscheid. d. Reichsger. Bd. 48 S. 108).

Im Sommer 1897 übernahm es der in Hamburg wohnende Beklagte, 2000 Paar Fahrradpedale, welche die in Bielefeld wohnende Klägerin an die Firma S. & Sons su Birmingham verkauft hatte, an die Adresse der Käuferin zu befördern. Der Beklagte übergab die Ware dem Agenten P. der General Steam Navigation Co. in Hamburg zur Beförderung nach Birmingham; die Ware ging mit dem Dampfer nach Harwich, von da mit der Great Eastern Railway Company nach London, und sodann mit der London and North Western Railway Company nach Birmingham. Dort wurde am 5. August 1897 die Ware der Firma S. & Sons vor die Thür gefahren; sie verweigerte aber deren Annahme, da die Lieferung verspätet erfolgt sei. Am 6. August machte die Eisenbahn der Käuferin schriftlich Anzeige von der Ankunft der Ware, bat um Instruktion und machte darauf aufmerksam, daß die Ware bei ihr nunmehr als Lagerhausbesitzerin ohne ihr Risiko lagere. Der Beklagte setzte die Klägerin ordnungsmäßig von dem Sachverhalt in Kenntnis.

Im März 1898 einigte sich Klägerin mit der Käuferin darüber, daß diese gegen Preisermäßeigung die Wure in Empfang nehme. Sie beauftragte deshalb am 24. März den Beklagten, "unverzüglich des Nötige zu veranlassen, damit die Pedale jener Firma ausgeliefert werden können". Beklagter erwiderte am 26. März, er habe sofort veranlaßt, daß die Sendung an die Käuferin ausgeliefert werde. Der Agent P. gab den Auftrag aber verspätet weiter und außerdem verzögerte die englische Bahn die Auslieferung dergestalt, daß die Ware erst am 29. April der Käuferin neuerdings angedient wurde, was zur Folge batte, daß sich die Klägerin einen abermaligen Preisabzug gefällen lassen mußte. Sie verlangte Ersatz dieses Schadens von dem Beklagten.

Die Vorinstanzen gingen von der Auffassung aus, dass es sich bei der Ausführung des Auftrags vom 24. März 1898 lediglich um eine Fortsetzung des alten Speditionsvertrages handle, und dass daher der Beklagte gemäß Art 884 H.G.B. (alte Fassung) für die von ihm angenommenen Zwischenspediteure und Frachtführer hafte.

Das Reichsgericht dagegen erklärte: "Diese Annahme beruht auf Rechtsirrtum; sie dehnt die Haftung des Beklagten, die ihr gemäß Art. 384 H.G.B. (alte Fassung) bei Ausführung des früheren Speditionsauftrages traf, auf einen Zeitraum aus, in welchem dieser Speditionsauftrag, und zwar mit dem Zeitpunkte längst erledigt gewesen ist, in welchem der von dem Spediteur geschlossene Frachtvertrag, bezw. der von dessen Frachtführer geschlossene Unterfrachtvertrag als erledigt angusehen war. Die Frage, wie lange die London and North Western Railway Company, die als Unterfrachtführerin des Beklagten thätig geworden war, aus dem Frachtvertrage noch in Anspruch genommen werden kounte. und wann ihre Verpflichtung als Frachtführerin erloschen ist, bemifst sich nach englischem Recht. Nach diesem Recht aber ist es unzweifelhaft, daß, wenn die Gitter von dem Adressaten, der in den Stand gesetzt ist, gegen Vorzeigung des advice sie in Empfang zu nehmen, innerhalb des reasonable time nicht abgeholt werden, die Verpflichtung der Risenbahn aus dem Frachtvertrage erlischt, und in dem Rechtsverhältnis kraft Gesetzes sich die einschneidende Änderung vollzieht, dass die Verpflichtung der Eisenbahn aus dem Frachtvertrage zu Ende geht, und sie nur mehr die verminderte Haftung als warehouseman hat, da angenommen wird, daß, wenn der Adressat durch das advice entsprechend verständigt ist, der Frachtführer alles gethan hat, was su thun in seinen Kräften stand, um die Gitter in die Verfügungsgewalt des Adressaten zu bringen (vgl. Redman, Law of Railway Curviers, 2. Aufl. S. 117 ff. 131; Hodges, Law of Railway, 7. Aufl., Bd. 1 8. 549 und die bei beiden Schriftstellern angezogenen Urteile englischer Garichtsböfe)."

Im weiteren führte das Reichsgericht aus, daß dem Beklagten bei Ausführung des selbständigen Auftrages vom 24. März 1898 ein Verschulden nicht zur Last falle, und wies die Klage ab.

Das für das Schuldverhältnis maßgebliche Recht beherrscht auch das Verhältnis swischen Cedent und Cessionar. Vornahme der zur Beobachtung einer rechtsgeschäftlichen Form erforderlichen Handlungen in verschiedenen Rechtsgebieten.

Urt. des Beichsger., 2. Civ.-Sen., 29. 1. 1901 (Puchelts Ztschr. Bd. 32 S. 891 ff.).

Der Badenser B. mietete von dem Elsafs-Lothringer E. dessen im Elsafs gelegene Wirtschaft. Die Kontrahenten unterstellten das Vertrageverhältnis, und swar auch für die Zeit nach Inkrafttreten des B.G.B., dem Badischen Landrecht. Ende 1898 cedierte der elsafs-lothringische Vermieter E. in Zeitschrift f. intern. Privat- u. öffentl. Becht. XII.

Eissis-Lothringen an den Elssis-Lothringer X. den Mietzins für das Mietjahr 1. Oktober 1899 bis 1. Oktober 1900, verkaufte dann aber im Märs 1899 die Wirtschaft an den Mieter B.

Ais der Cessionar den Cessus auf Zahlung verklagte, wurde die Wirksamkeit der Cession streitig. Der Beklagte machte geltend, dass mit dem Kause vom März 1899 das Mietverhältnis erloschen sei, und darnach auch dem Kläger als Cessionar einer Mietzinsforderung, die gar nicht entstanden sei, kein Anspruch gegen ihn sustehe. Demgegenüber berief sich der Kläger auf das französische Recht, das zur Anwendung kommen müsse, und wonach der Erwerber einer Liegenschaft die Voransverfügungen des Verkänfers über künstige Mietzinsforderungen für drei Jahre zu respektieren habe. — Der Beklagte hielt das Badische Landrecht für massgebend und wendete weiter ein, die durch dieses Recht gesorderte Form der Cession sei nicht beobschtet.

Das Reichsgericht erklärte das Badische Landrecht für entscheidend. Des Berufungsgerichts "weitere Ausführung, daß das für das Schuldverhältnis maßgebende Becht auch für das Verhältnis zwischen dem Gedenten und Gessionar maßgebend sei, entspricht der in den Entscheidungen des erkennenden Senats vom 3. Juli 1883 (Rhein. Arch. 74 III S. 21) und 16. Oktober 1888 (Rhein. Arch. Bd. 79 III S. 125; vgl. auch Entscheid. d. Reichsger. Bd. 1 S. 437) ausgesprochenen und in dessen Entscheidung vom 23. Mai 1897 (Entscheid. des Reichsger. Bd. 89 S. 376) nicht mißhilligten Rechtsansicht, von der abzugehen kein Anlaß vorliegt."

Was den vom Beklagten geltend gemachten Formmangel anlangt, so hatte der Revisionskläger ausgeführt: wenn die einzelnen Teile einer Förmlichkeit in verschiedenen Rechtsgebieten vorgenommen würden, so reiche es zu, wenn die Förmlichkeit als Ganzes dem Rechte eines dez Gebiete entspreche, in welchem ein Teil derselben vorgenommen wurde; es seien die gleichen Grundsätze anzuwenden, wie bei Begehung einer anrechten That, die in jedem Rechtsgebiet als begangen gelte, in welchem ein Thatbestandsmoment ausgeführt sei. Das Reichsgericht lehnte diese Ansicht ab: "Diese in der Wissenschaft und Rochtsprechung zu dieser Frage bis jetzt noch nicht aufgestellten Ausführungen sind nicht haltbar; sie könnten sich nur auf des Fall beziehen, wenn das Becht des Ortes, wo die Förmlichkeit vorgenommen wird -- die lex locs actus im engeren Sinne -- in Betracht kommt; sie lassen aber gans außer acht, daß eine Förmlichkeit vorgenommen ist erst mit dem Zeitpunkt ihrer Vollandung, und daß daher für die Frage, ob eine Förmlichkeit vorgenommen sei, nur maßgebend sein kann das am Orte ihrer Vollendung geltende Recht. Entspricht das Geschehene nicht den dort geltenden Vorschriften, so gilt die Förmlichkeit nicht als vorgenommen, und ist es daher rechtlich bedeutungslos, ob ein Teil des Vorgenommenen in ein anderes Rechtsgebiet fällt, nach dessen Becht das Geschehene, wenn es ganz unter seiner Herrschaft vorgenommen wäre, zur Erfüllung der Förmlichkeit sugereicht hätte."

Recht des Erfüllungsortes maßgeblich für die Rechtsfolgen eines obligatorischen Vertrages.

Urt. d. Reichager., 22. S. 1901 (Puchelts Ztachr, Bd. 32 S. 456).

Der Beklagte hatte im Jahre 1894 an die Klägerin (American Petroleum Company) seine beiden im Gehiete des rheinischen Bochts gelegenen Petroleumlager verkauft und sich verpflichtet, fortan "keinerlei Interessen mehr in Petroleum oder in Petroleumfässern zu haben, weder direkt noch indirekt". Es entstand Streit über Inhalt und Wirksamkeit dieser Konkurrens-Elaumi.

Zur Frage des örtlichen Rechts erklärte das Reichsgericht: "Die Anwendung des rheinischen Rechts unterliegt keinem Bedenken, da der zwischem den beiden Parteien abgeschlossene Vertrag, weicher in § IV die streitige Konkurrenzklausel enthält, den Verkauf von Geschäften des Beklagten an die Klägerin zum Gegenstande hat, die im rheinischen Rechtsgebiet bestanden, und für die fragliche Verpflichtung des Beklagten sein Wohnsitz (Rheinland) als Erfüllungsort in Betracht kommt, der Erfüllungsort aber für das örtliche Recht der Obligation entscheidend ist.

Ausländisches Recht im Grundbuchverkehr (eheliches Güterrecht). Beweislast des Antragstellers.

Beschl. d. O.L.G. Rostock, 2. Civ.-Sen., 20. 11. 1901 (Rechtsprechung der Oberlandesgerichte u. s. w. 1902 S. 75).

Der Grundbuchrichter war nach der Beschaffenheit des vorliegenden Falles zu der Prüfung veranlaßt, wie durch das anzuwendende fremde Recht die Verfügungeberechtigung der Antragstellerin geregelt ist; und es ist sutreffend, dass nach den Grundsätzen des internationalen Privatrechts und nach Art. 15 E.G. zum B.G.B. für das eheliche Güterrecht die Staatsangehörigkeit des Mannes zur Zeit der Eheschließung maßgebend ist. Der Grundbuchrichter hatte daher zu ermitteln, welchem ausländischen Staate der Ehemann zu jener Zeit angehört hat; diese Ermittelung hat er ebenso von Amtswegen vorzunehmen, wie die der anzuwendenden ausländischen Privatrechtenormen. Dabei darf auch ein principieller Unterschied zwischen rechtlichen und thatsächlichen Fragen nicht gemacht werden. Auch in Bezug auf die Thatsachen, von denen die Anwendbarkeit eines bestimmten Rechtes abblingt, kann eine eigentliche Beweislast der bei der Berücksichtigung des ausländischen Rechtes Beteiligten nicht anerkannt werden. Jedoch liegt ihnen, wie sie überhaupt den Richter bei der Feststellung der in Betracht kommenden ausländischen Rechtstätze zu unterstützen haben (von Bar. Internat. Privat- und Strafrecht S. 27), so insbesondere ob, ihm über die für die Entscheidung der internationalrechtlichen Frage bedeutsamen Thatrachen Auskunft su geben und, soweit möglich, Nachweise beisubringen (Zitelmann, Internat. Privatrecht S. 309 f.). Bei der Beurteilung dieser Nachweise und der sonst etwa benützten Erkenntnisquellen wird sich der Richter oft mit einer vorläufigen Feststellung begnügen müssen, bis sich Umstände ergeben, die deren Richtigkeit sweifelhaft machen. Es wird z. B. der Umständ, daß eine Person in einem anderen Staate ihren Wohnsitz hat, die vorläufige Annahme begründen, daß sie diesem Staate auch angebört. Hiernach ist die Verfügung nicht zu billigen, wonach die Antragstellerin ihre Berechtigung, ohne Zustimmung ihres Mannes über die umzuschreibenden Posten zu verfügen, nachweisen soll.

Wechsel der Staatsangehörigkeit wührend des Scheidungsprosesses. Bedeutung der "Klageerhebung" nach Art. 17 E.G. sum B.G.B.

Urteil des Kammer-Ger., S. Civ.-Sen., 4. 7. 1901 (Rechtsprechung der Oberlandesgerichte u. s. w. 1902 S. 91).

Beklagte ist der Meinung, daß, weil beide Parteien zur Zeit der Zustellung der Klageschrift portugiesische Staatsangehörige gewesen sind und das portugiesische Recht eine Scheidung vom Bande nicht kennt (Davidson, Ehescheidung S. 193), die Klage schon aus diesem Grunde abzuweisen sei. Diese Meinung wäre sutreffend, wenn nicht Kläger im Laufe der Berufungsinstanz die preußische Staatsangehörigkeit erworben und nunmehr die Klage auf neue Scheidungsgründe gestützt hätte, die erst entstanden sind, nachdem Kläger bereits Deutscher geworden war. Diese Scheidungsgründe sind ausschliefslich nach deutschem Recht zu beurteilen. Der Ausdruck "Klagerhebung" ist mit Rücksicht auf die besondere Eigentümlichkeit des Verfahrens in Ehesachen zu verstehen. In Ehesachen können aber nach § 614 C.P.O. bis sum Schluss derjenigen mündlichen Verhandlung, auf welche das Urteil ergeht, andere als die in der Klage vorgebrachten Klagegründe geitend gemacht und neue Klagen und Widerklagen erhoben werden. Die "Klagerhebung" erfolgt solchenfalls durch die Geltendmachung in der mündlichen Verhandlung. Zweifellos würde Kläger, wenn er etwa die Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens erhoben gehabt hätte, während er portugiesischer Staatsangehöriger war, nach Erwerbung der deutschen Staatsangehörigkeit die Scheidungsklage wegen der nach diesem Zeitpunkt eingetretenen Scheidungsgründe erheben und im anhängigen Rechtsstreite geltend machen können, ohne dass ihm der Art. 17 deshalb entgegenstände, weit er bei Zustellung der Klageschrift Portugiese gewesen. Dasselbe muß aber auch von der nachträglichen Geltendmachung der zeitlich dem neuen Helmaterechte des Klägers unterliegenden Scheidungsgründe gelten. Er würde seines durch den Wechsel der Nationalität begründeten Rechtes darauf, dass das Recht seines neuen Vaterlandes fortan auf seine Ehe insoweit Anwendung findet, bei anderer Auslegung geradezu verlustig gehen; denn nach § 616 C.P.O. ist die Geltendmachung der jetzt geltend gemachten

oder geltend zu machenden Thatsachen in einem neuen Vorprozesse ausgeschlossen. Die Ansicht der Beklagten würde der Tendens, jede Verviel-fältigung der Ehestreltigkeiten zu vermelden, durchaus widersprechen.

Maßgeblichkeit des am Erfülhungsort geltenden Rechts für die Rechtsfolgen eines obligatorischen Vertrages. Wandlung.

Urteil des O.L.G. Dresden, 8. Civ.-Sen., 1. 10. 1901 (Rechtsprechung der Oberlandesgerichte u. s. w. 1902 S. 36).

Der Anspruch der in Österreich domisilierenden Klägerin, die vom Beklagten (der in Sachsen wohnt) Erfüllung des Kaufvertrags durch Zahlung des Kaufpreises für die gelieferte Ware begehrt, unterliegt, was von Amts wegen zu priffen war, der Beurteilung nach deutschem B.G.B. Die Leistung des Beklagten als Schuldner würde gemäß § 269 B.G.B. in Sachsen zu erfolgen haben, der Erfüllungsort aber ist - das E.G. enthält hierüber keine besonderen Bestimmungen - nach den Regeln des internationalen Privatrechts im allgemeinen mafagebend für das anzuwendende Recht, wenn eine Willensmeinung darüber nicht vorliegt. Es kommt hiernach in Betracht, dass die Beklagte die Zahlungspflicht in erster Linie aus dem Grunde bestreitet, weil sie durch den Kaufaufhebungsvertrag wieder aufgehoben worden sei. Es ist also insoweit nicht das Recht zur Wandlung streitig (hinsichtlich dessen wegen der in Österreich su erfüllenden Vertragspflichten des Klägers die Anwendbarkeit des deutschen Rechtes besonders zu untersuchen wäre), sondern ein der Zahlungspflicht des Beklagten selbständig entgegenstehendes Recht aus einer vollzogenen Wandlung.

Art. 31 Z. 1 des Internationalen Übereinkommens über den Eisenbahnfrachtverkehr. Gewichtsverlust.

Urteil des Amtagerichts Mitlhausen 15, 3, 1901 (Puchelts Ztschr. Bd. 32 8, 547).

Eine Sendung Grubenschienen und Laschen von M. im Elsafs nach W. im der Schweis im Bruttogewicht von 12 050 Kilogramm war mit 10% Verlust am Bestimmungsorte angekommen. Die Schadensersatzklage der Absenderin besantragt die Beklagte absuweisen, da sie die Gegenstände ordnungsmäßeig auf einen offenen Wagen mit weitem Radstande verladen habe, so dass nichts habe abstürzen können, der Gewichtsunterschied demnach aus der Ungensuigkeit des Wiegeverfahrens bei Wagen mit weitem Radstande, sowie der Unzuverlässigkeit der Wagen hergeleitet werden müsse.

Das Gericht wies die Klage mit folgender Begründung ab:

"Die Höhe des festgestellten, zwischen Abgang und Ankunft der Ware eingetretenen Gewichtsverlustes läßt die Annahme nicht zu, daß demelbe lediglich auf einem Wiegefehler beruht. Die allgemeine Haftpflicht der Eisenbahn für Verluste, welche Art. 80 des hier maßgeblichen internationalen Übereinkommens über den Eisenbahnfrachtverkehr aufstellt, ist durch den hier vorliegenden Art. 31 Ziffer 1 wesentlich beschränkt. Danach haftet die Bahn bei Beförderung in offen gebauten Wagen nicht für denjenigen Verlust, welcher durch diese Beförderungsart entsteht, wofern er fiberhaupt aus derselben entstehen kann und nicht nachgewiesen wird, dass er in dem vorliegenden Falle daraus nicht entstehen konnte. Eine Aufzählung derjenigen Gefahren, welche durch die Beförderung in offenen Wagen entstehen können, ist nicht möglich; in erster Linie gehören hierher die schädlichen Folgen der Witterungseinflüsse, sedann aber auch die Einwirkungen anderer Menachen, insbesondere Diebetahl. Vergl. Reichsoberhandelsger. 18. XII, 75 (Entsch. XIX, 194); Könige, H.G.B. S. 279; Eger, Verkehrsordn. S. 444 und die hier angeführten Entscheidungen. Die Möglichkeit des Diebstahls ist nach Sachlage bier nicht ausgeschlossen, wird von der Klägerin vielmehr ausdrücklich zugegeben. Es liegt demnach ein Grund für den Haftungsausschluss der Bahm vor, da ein Beweis für ein Verschulden derselben an dem Verluste nicht erbracht ist. Weiterer Untersuchung des eigentlichen Verlustgrundes bedarf es nach dem Stande der Gesetzgebung nicht."

Erfüllungsklage aus ausländischem Schiedsspruche.

Urteil des O.L.G. Karlsruhe, 1. Civ.-Sen., 12, 12, 1900 (Puchelts Ztschr. Bd. 32 S. 474).

Klägerin hatte dem Beklagten lieferbar Antwerpen Weisen verkauft. Da der Beklagte die Annahme ablehute, erwirkte Klägerin, gestützt auf die Vertragsklausel: "Toute contestation sur l'exécution du présent contrat entre tendeur, acheteur... sera jugée par les arbitres de la chambre arbitrale et de conciliation pour grains et graines d'Anvers..." einen Spruch dieser Chambre arbitrale, wonach der Beklagte den Weizen abzunehmen hatte, und, da die Abnahme nicht erfolgte, einen zweiten Spruch, der dem Beklagten die Zahlung des Kaufpreises aufgab und anordnete, daß, falls dies nicht geschehe, der Weizen innerhalb 8 Tagen öffentlich versteigert werde. Nachdem letzteres erfolgt war, erhob der Verkäufer bei dem Landgericht O. Klage gegen dem Käufer, womit er die Differenz zwischen Kaufpreis und Erlös verlangte. Die Berufung gegen das der Klage stattgebende Urteil des Landgerichts wurde zurückgewiesen. Aus den Gründen:

"1. In Übereinstimmung mit der Litteratur, vgl. v. Bar, Internat. Privatrecht, 2. Aufl., ßd. II, S. 588, Falkmann, Zwangsvollstreckung, 2. Aufl., S. 23, hat das Reichsgericht in ständiger Bechtsprechung (R.G.E. Bd. 5 S. 399, Bd. 30 S. 370, Jur. Wochenschrift 1889, 169 18, 1887, 84 28) aus Gründen des internationalen Privatrechts ebenso wie das R.O.H.G. Bd. 10 S. 400, Bd. 17 S. 428, Bd. 18 S. 345 angenommen, daß aus ausländischen Schiedesprüchen, wenn sie den Vorschriften der §§ 1027 ff. C.P.O. nicht entsprechen, nicht

die Klage auf Erlassung des Vollstreckungsurteils, § 1042 C.P.O., sondern eine Erfüllungsklage zu erheben ist.

"2. Diese Erfüllungsklage setzt voraus, daß die Schiedsrichter oder die Schiedsmänner, wie sie himsichtlich des hier zu prüfenden Arbitrageverfahrens treffender genannt werden, sich in den von den Parteien gezogenen Grenzen ihrer Zuständigkeit gehalten haben, und daß diese Schiedsmänner nach den ihnen durch das maßgebende Recht gegebenen Formen verfahren sind. Maßgebendes Recht war, wie beide Teile mit Grund annehmen, das in Antwerpen geltende Recht; denn in Antwerpen hatte Klägerin zu erfüllen und haben die Parteien in der Unterstellung, daß die Chambre arbitrage in Antwerpen nach ihrem Recht verfahre, diese zur Schiedsrichterin gemacht."

Vollstreckung österreichischer Wechselzahlungsaufträge in Deutschland. Vollstreckungsurteil, materielle Einwendungen des Schuldners.

Urteil des O.L.G. Dresden, 2. 5. 1901 (D. Jur.-Ztg. 1902 Nr. 6 S. 155).

Das O.L.G. führte aus, dass die gegen Beklagten ergangenen Wechselzahlungsaufträge des Kreiegerichts Eger als "Urteile" im Sinne der §§ 722, 723 der C.P.O. aufzufassen seien, da es nicht auf die Form der Entscheidung, sondern auf deren Inhalt aukomme, also unter Urteilen (§ 722 C.P.O.) alle Entscheidungen auswärtiger Gerichte zu verstehen seien, die einen anbängigen Rechtsstreit auf Grund eines beiden Teilen Gehör gewährenden, vielleicht nur summarischen Verfahrens endgtiltig erledigten; derartige Zahlungsaufträge gingen in Rechtskraft über, sobald nicht binnen dreitägiger Frist Einwendungen vorgebracht seien (vgl. Entsch. d. R.G. 16, 427, Sächs. Just.-Min.V. v. 26. Mai 1900, J.M.Bi. S. 33). Auch sei die Gegenseitigkeit (§ 328 Z. 5 der C.P.O.) verbärgt; dem Erfordernisse der österreichischen Exekutionsordnung w. 27. Mai 1896, nach dem die Ladung dem Beklagten zu eigenen Händen zugestellt sein müsse, sei genügt. - Betreffs des materiellen Einwandes wurde ausgeführt: Beklagter beruft sich darauf, daß ihm Klägerin vor und nach Erlass der Entscheidungen versprochen habe, die wider ihn erwirkten Entscheidungen bei ihren Lebzeiten nicht vollstrecken zu laseen. Die Urteile hätten erst nach ihrem Tode, für die Kinder der Gläubigerin, als Unterlage zur Zwangsvollstreckung dienen sollen. Der Einwand ist zu beachten. Denn wenn es auch richtig ist, dass das Vollstreckungsurteil an sich noch nicht den Beginn der Zwangsvollstreckung bildet, so enthält es doch die gerichtliche Feststellung, daß die Voraussetzungen der Vollstreckbarkeit des ausländischen Urteils sämtlich erfüllt seien, so daß nunmehr gegen Beklagten im Inlande sofort und ohne weiteres vorgegangen werden dürfe. In diesem Sinne fordert Klägerin wenigstens den nach § 722 vbd. § 328 C.P.O. angerufenen Ausspruch der deutschen Gerichtsbehörde. Sie will die Zulässigkeit der Zwangsvollstreckung aus den drei in Frage kommenden österreichischen Entscheidungen keineswegs auf für die Zeit nach ihrem Tode festgestellt wissen, sondern verlangt eine Entscheidung, die ihr die Möglichkeit der sofortigen Zwangsvolistreckung bietet. Gerade dies hat aber eben nach der Behauptung des Beklagten ausgeschlossen werden sollen. Dem Beklagten kann daher nicht verwehrt werden, jetzt noch mit dem Einwande bervorzutreten, daß die Zwangsvollstreckung aus den österreichischen Urteilen zufolge besonderer, hinter dem Urteilserlafs liegender Vertragsabreden zur Zeit unstatthaft sei. § 728 Abs. 1 C.P.O. steht nicht entgegen; die Rechtmäßigkeit der Entscheidungen der österreichischen Gerichte steht außer Frage; Beklagter widerspricht nur dem Erlasse eines schon jetst, noch bei Lebseiten der Klägerin, gegen ihn wirksamen Vollstreckungstitels. Auch müssen solche Einwände, wenn im Verfahren des § 722 C.P.O. über das Recht des Klägers auf Vollstreckungsurteil gestritten wird, in diesem Verfahren geltend gemacht werden. Nach Erlafs des Vollstreckungsurteils würden dem Bekingten nur noch solche Einwendungen offen bleiben, die erst nachträglich, d. i. nach dem Schlusse der letzten mündlichen Verhandlung vor dem Prozessgerichte, hier also des Gerichts des Vollstreckungsurteils, entstanden sind (§ 767 Abs. 2 C.P.O.). Damit wäre Beklagter aber im vorliegenden Falle seiner Einrede verlustig gegangen (vgl. Entsch. des R.G. Bd. 13 S. 348 f., Wack, Vorträge, S. 318 [2. Aufl.], Scuffert zu § 661 [alte Fass.] C.P.O.).

Zusammenstofs von Schiffen auf hoher See. Maßgeblichkeit des Rechtes der Flagge.

Urteil des R.G., 1. Civ.-Sen., 18. 11. 1901, I 237/01 ("Das Recht" 1902 Nr. 1 S. 20/21).

Auf die in Hamburg anhängig gemachte Schadensersatsklage eines dänischen Schooners gegen einen norwegischen Dampfer auf Grund eines Zusammenstoßes, der sich 1899 in der Nordsee außerhalb der Territorialgewässer ereignet hatte, war von den Instanzgerichten das Recht der Flagge, d. h. das inhaltlich übereinstimmende norwegische und dänische Seegesets zur Anwendung gebracht. Das Reichsgericht hat dies gebilligt mit folgenden Gründen:

Gehören die auf hoher See zusammenstoßenden Schiffe derselben Nationalität an oder sind sie trotz verschiedener Nationalität demselben Gesetz unterworfen, so entfällt der aus der Verschiedenheit der Flaggenrechte sich ergebende äußere Grund für die Anwendung des am Gerichtsorte geltenden Rechts. Vielmehr ist die Haftung der beiderseitigen Reeder nach ihrem übereinstimmenden heimischen Rechte, welche die Schiffe auf die hohe See mit sich nehmen, zu beurteilen, falls dasselbe nicht gegen zwingende Normen des am Gerichtsorte geltenden Rechts verstößet.

Zusammenstofs von Schiffen in deutschen Territorialgewässern.

Urteil des R.G., 2. Civ.-Sen., 11. 12. 1901, I 258/01 ("Das Recht" 1902 Nr. 2 S. 46).

Schadensersatsansprüche aus einem Zusammenstoße sweier Schiffe, die der Nationalität nach ausländischen Staaten angehören, sind, wenn sich der Zusammenstoß in deutschen Territorialgewässern zugetragen hat, nach deutschem Rechte zu beurteilen.

Kaufvertrag mit dem Erfüllungsort Australien zwischen Deutschen in Deutschland geschlossen; welches Recht ist für die Verpflichtungen der Kontrahenten maßgeblich?

Urteil des Hansestischen O.L.G., 4. Civ.-Sen., 10. 2. 1902 (Bd. IV 824/01).

Im Juli 1900 schloß das Deutsche Reich als Käufer mit der Hamburgischen Firma M. & Co. als Verkäuferin einen Vertrag ab, der u. a. folgenden Inhalt hatte: Verkäuferin sollte der Feldintendantur des ostasiatischen Expeditionscorps etwa 650 Stück Rindvich und 500—600 Stück Schafe von gewissen Eigenschaften zu einem bestimmten Stückpreise nach Tsingtau (China) liefern, auf Verlangen der Feldintendantur jedoch verpflichtet sein, die Lieferung auch nach einem anderen eisfreien Hafen Nordchinas gegen bestimmte Verpflichtungen der Intendantur zu bewirken.

Das Vich soilte im Oktober 1900 in Queensland (Australien) werschifft werden.

Die Bezahlung des Kaufpreises sollte an die Verkäuferin in Hamburg durch Vermittlung der Reichsbank erfolgen, und zwar auf telegraphische Mitteilung des deutschen Konsuls im Verschiffungshafen an das Kriegsministerium im Berlin, wie viel Stück Rindvieh und Hammel in vertragsmäßigem Zustande verladen worden seien. Zum Zwecke dieser Mitteilung sollte Klägerin dem Konsul die Konnossemente, ein Certifikat eines beamteten Tierarstes über den Gesundheitsaustand des Viehs, sowie Wiegeatteste aushändigen besteht.

Am 15. August 1900 bestimmte die Feldintendantur Taku (China) als Löschungehafen.

Der für den Transport bestimmte Dampfer ging erst Ende November 1900 von dem Verschiffungshafen Brisbane (Queensland) ab und hat Taku nie erreicht, weil der Kapitän in Weihaiwei erfuhr, der Hafen von Taku sei seit dem 9. Dezember durch Eis verschlossen. Der klimatischem und Fütterungsverhältnisse wegen ging das Schiff nach Shanghai, woselbst ein Teil des Viehs gelandet wurde, während der Rest, nachdem die weitere Landung seitens der Behörde wegen Ausbruchs der Rinderpest verboten worden war, getötet und ins Meer geworfen wurde. Die Verkäuferin verlangt Zahlung des Kaufpreises nehst Unkosten und besiffert ihre Forderung auf annähernd ½ Million Mark.

Streitig war zunächst die Frage, ob Brisbane (Queensland) oder Taka Erfüllungsort sei. Das Oberlandesgericht Hamburg legt in eingehender Begründung dar, dass Brisbane als Erfüllungsort ansusehen sei, und erklärt bezüglich der internationalprivatrechtlichen Frage: "Selbstverständlich sind die Verpflichtungen der deutschen Kontrahenten des in Deutschland geschlossenen Vertrags vom Standpunkt der heimischen Rechts- und Verkehreauffassung zu beurteilen."

Dementsprechend hat das genannte Gericht denn auch die große Ansahl von Rechtsfragen, die in dem Prosesse auftauchten, ausnahmslos nach deutschem Recht entschieden; insbesondere die Fragen, ob und wann Klägerin erfüllt habe; ob die Klägerin in Versug gekommen sei; wann dieser Versug aufgehört habe; ob und inwieweit der Beklagte sum Rücktritt berechtigt gewesen sei; ob der Beklagte gegen die Klägerin einem Anspruch auf Ersats des ihm durch den Verlust des Viehs erwachsenen Schadens habe und diese Forderung aufrechnen könne; endlich auch die Frage der Schadensböhe.

Klage eines ausländischen Einzelkaufmanns unter einer Firma.

Urteil des O.L.G. Hamburg, 2. Civ.-Sen., 24. 9. 1901 (Bechtsprechung der Oberlandesgerichte etc. 1901 S. 274).

In den Gründen des Urteils auf eine Klage der Lumber Co. su Goeben (Indiana) führte das O.L.G. Hamburg aus:

Darauf, ob nach dem amerikanischen Rechts jein Einzelkaufmann, der sein Geschäft unter einer von seinem bürgerlichen Namen abweichenden Firms betreibt, unter dieser Firms klagen kann, kommt es nicht an. Auch wenn - wie es für das deutsche Recht gemäß § 14 H.G.B. jetzt unstreitig ist, übrigens auch schon früher von der herrschenden Meinung angenommen wurde - die von einem Einzelkaufmann unter seiner Firma augestellte Klage zugelassen wird, liegt hierin nicht die Anerkennung der Firma als eines selbständigen Rechtssubjektes, einer vom Inhaber der Firma verschiedenen Partei, sondern nur eine den Bedürfnissen des Geschäftsverkehrs entgegenkommende Zulassung einer besonderen Art der Parteibezeichnung. Irgend ein materieller Unterschied zwischen der Klage unter der Firma und der Klage unter dem bürgerlichen Namen besteht nicht. Es handelt sich bei der Zulassung der unter der Firma angestellten Klage nicht um die nach dem materiellen Rechte, und zwar bei Ausländern nach dem Rechte des Heimatstaates (Gaupp, C.P.O. zu § 50 unter VI) zu beurteilende Frage der Rechtsfähigkeit, soudern (obwohl die für das deutsche Recht maßgebende Bestimmung ihre Stellung im H.G.B. gefunden hat) lediglich um eine Frage des Prozessverfahrens, die ausschliefslich nach dem Rechte des Prozessgerichtes zu entscheiden ist. Die nachträgliche Aufnahme des bürgerlichen Namens in das Prozessrubrum enthält nach alledem nicht eine Änderung der Klage, sondern nur eine jederzeit zulässige Ergänzung der Parteibezeichnung.

Abwesenheitspflegschaft für die im Ausland Verschollene; Vermutung für deren Ausländereigenschaft.

Beschl. des O.L.G. Karlsruhe, S. Civ.-Sen., 28. 12. 1901 (Rechtsprechung der Oberlandesgerichte etc. 1902 S. 117).

Für den in Amerika verschollenen A. sollte ein Abwesenheitspfleger bestellt werden. Es entstand zwischen dem Amtsgericht in V., wo A. geboren war und das Ortsbürgerrecht besafs, und dem Amtsgericht in N., wo der letzte inländische Wohnsitz des A. gewesen war, in Gestalt eines negativen Kompetenzkonfliktes Streit über die örtliche Zuständigkeit des zur Ernennung des Abwesenheitspflegers berufenen Vormundschaftsgerichts, weshalb gemäß § 5 des Reichsgesetzes über die Angelegenheit der freiwill, Gerichtsbark, die Entscheidung des gemeinschaftlichen oberen Gerichts angerufen ist. Aus den Gründen:

Für die Pflegschaft über einen Abwesenden, welcher im Inlande keinen Wohnsits hat, finden gemäß § 39 Abe. 2 s. a. O. die §§ 36 Abe. 2 und 37 Abs. 2 entsprechende Anwendung. § 36 Abs. 2 verweist auf den letzten inländischen Wohnsitz nur unter der Voraussetzung, dass der Mündel ein Deutscher ist, während § 37 Abs. 2 für die Pflegschaft über einen Ausländer, für den bei einem inländischen Gerichte eine Vormundschaft nicht anhängig ist, und der im Inlande weder Wohnsitz noch Aufenthalt hat, dasjenige Gericht für zuständig erklärt, in dessen Bezirk das Bedürfnis der Fürsorge hervortritt. Hieraus ergiebt sich die Vorfrage nach der gegenwärtigen Staatsangehörigkeit des Verschollenen. Mit Rücksicht auf § 21 Abs. 1 des Ges. v. 1. 6. 1870 muss aber im Zweifel angenommen werden, dass der Ausgewanderte nach 10 Jahren, oder, falls er etwa einen (in der Regel auf 5 Jahre lautenden) Heimatschein besessen haben sollte, nach 15 Jahren die Reichsangehörigkeit verloren hat1). Denn eine Vermutung in der Richtung, dafs er diesen Verlust in der in diesem Gesetse worgeschenen Weise abgewendet oder die bereits veriorene Staats- und Reichsangehörigkeit wieder erworben habe, besteht nicht (vgl. Dorner, Fr.G.G. S. 213 Note 2). Hiernach ist § 37 Abs. 2 die entsprechend anzuwendende Zuständigkeitsnorm . . .

¹⁾ Ebenso das O.L.G. Stuttgart in dieser Ztschr. Bd. 11 S. 903---304.

Ehestreit swischen Engländern. Die Regelung der Vermögensverhältnisse der Ehegatten während des Scheidungsprozesses gehört sur "Scheidung der Ehe" im Sinne des Art. 17 Einführ.Ges. sum B.G.B. Rückverweisung seitens des englischen Rechts. Zuständigkeit nach englischem Recht.

Urt. des Kammerger., 3. Civ.-Sen., 20. 9. 1901 (Rechtsprechung der Oberlandesgerichte etc. 1901 S. 365).

Für die Frage, welches Recht über die Unterhaltzoflicht des Provokaten entscheidet, ist nicht der Art. 14 E.G. maßgebend; vielmehr ist, da unbedenklich die Regelung der Vermögensverhältnisse der Ehegatten während des Scheidungsprozesses sur "Scheidung der Ehe" im Sinne des Art. 17 E.G. gerechnet werden mußs, davon auszugeben, daß die Gesetze des Staates maßgebend sind, dem der Mann zur Zeit der Erhebung der Klage angehört. Aber auch hiernach würde, da beide Parteien Engländer waren und sind, das englische Recht' in materieller Hinsicht anzuwenden sein, sofern nicht nach diesem Recht wiederum die deutschen Gesetze für maßgebend erklärt sind (sog. Rückverweisung, Art. 27 E.G.). Letzteres behauptet Provokat, und es ist richtig, dass der in Deutschland sur Geltung gelangte Grundsatz der Mafagebliehkeit der Staatsangehörigkeit in England nicht gilt, sondern insbesondere das Eherecht von der len domicilis beherrecht wird; vgl. u. a. Wörterbuch des englischen Rechtes von Wertheim unter "Domicile", terner Westlake - v. Holtzendorff, Internat. Privatrecht S. 84 und die bei Davidson, Recht der Ehescheidung 1901 S. 194, Citierten. Die Parteien haben aber hier ihr eheliches Domisit, sodafs das streitige Rechtsverhältnis nach deutschem Recht su regeln ist.

Es folgt die Ausführung, dass der Alimentationsanspruch der Fran be-

grändet sei, und weiter:

"Wollte man übrigens englisches Recht auwenden, so würde sich nach der beigebrachten Bescheinigung kein anderes Resultat ergeben, wie nach deutschem Recht. Wäre nämlich die Voransetzung, daß die beklagte Ebefran sich auf den Scheidungsprozess "eingelassen" haben müsse, auch entgegen der Ansicht des Vorderrichters als eine materiellrechtliche Voransetzung ihres Alimentationsanspruches anzusehen, so würde doch zu berücksichtigen sein, daß nach dem zur Anwendung gelangenden deutschem Prozeserecht der Mangel der "Einlassung" im Scheidungsprozess keine Kontomasialfolgen für die Beklagte bewirken kann. Sinngemäß würde also die Notwendigkeit der "Einlassung" im Wegfall kommen. Hierbei ist bervorzuheben, daß das forum domicilii auch nach englischem Recht für den Scheidungsprozess begründet ist (vgl. Wertheim z. a. O.) und die Zuständigkeit des angerusenen Landgerichts also auch im Sinne jener Bestimmung des englischen Rechts unbedenklich erscheint."

Amerika, Vereinigte Staaten.

Seehandelsrecht. Haftung des Verfrachters. Maßgeblichkeit der lex fori in Bezug auf die Grensen der wirksamen Freiseichnung.

Supreme Court. 1901; "The Kensington" (22 Sup. Ct. Rep. 102, Horvard Law Review XV 579).

Die vertragsmäßige Ausschließung der Haftung des Verfrachters von "liability for losses occasioned by negligence" ist von amerikanischen Gerichten nicht als wirkenn anzuerkennen, sondern "unreasonable and void as against public policy", auch wenn die Ausschließung nach dem an und für sich für den Vertrag maßgeblichen Auslanderecht gültig ist.

Anm. Eine feste Judikatur bezüglich der internationalprivatrechtlichen Behandlung der Frage besteht bisher nicht. Der Supreme Court hat die Frage in früheren Fällen offen gelassen. Einige state courts haben die absolute Anwendbarkeit der amerikanischen lex fort verneint. Im ganzen haben die Untergerichte sie aber bejaht. Vgl. insbesondere The Glennavis, 69 Fed Bep. 472, The New England 110 Fed. Rep. 415. — Über die scharfe Beschränkung, welche das amerikanische Recht der Freiseichnung auferlegt, insbesondere das Bundesgesetz vom 13. Februar 1898 ("Harter Act") "relating to navigation of vessels, bills of lading and to certain obligations, duties and rights in connection with the carriage of property" tiehe Boyens, Das deutsche Sesrecht, 1901, Bd. II S. 108, 387.

Belgien.

Handelsgesellschaft. Für die Form ihrer Errichtung die belgische lex loci actus maßgebend.

Tribunal de commerce Brussel 2. 3. 1901; Caro u. Gen. c. Société anonyme Franco-Belge de panification intégrale (Journal des tribunaum 2. 5. 1901, J. XXVIII 885).

Es fragte sieh, ob für Errichtung der beklagten Aktiengesellschaft, welche in Belgien gegründet war, aber ihren Hauptzitz in Frankreich hatte, bezüglich der die Gründung regelnden Vorschriften das belgische oder das französische Recht maßgebend sei. Der Gezichtshof nahm das erstere an.

Anm. Die belgische Rechtsprechung befolgt konstant den Grundsatz, daß der Entstehungsort die Voraussetzungen (sowie auch die Rechtsstellung) der Handelsgesellschaften bestimmt. Vgl. diese Ztschr. I 388, ferner J. XX 1248, 1245, 1246, XX 916, 1080.

England

Letstwillige Verfügung. — Ihre Form richtet sich nach der lex domicilii des Testators.

High court of justice, 8. 7. 1900; Barretto c. Young (The law times 6. 10. 1900, J. XXVIII 827).

Fran Guépratte hatte 1899, während sie in Frankreich ihren Wohnsitz hatte, ein Testament gemäß der an ihrem Wohnsitz geltenden Form errichtet. Unter Feststellung des in der Überschrift bezeichneten Grundestzes wurde das Testament auf Grund anderer Gesichtspunkte für unwirkens erklärt.

Anm. Der bezeichnete Grundsatz wird von Dicoy, A Digest of the law of England with reference to the conflict of laws, London 1896, als geltendes Recht bezeugt in der Form: "Any will of movables which is valid according to the law of the testators domicil at the time of his death is valid."

N.

Anerkennung eines ausländischen Ehescheidungsurteils.

High court of justice 12. 7. 98; Pemberton c. Hughes (The lane times 20. 5. 99, J. XXVIII 821).

Der Gerichtshof erklärte ein in Florida gefälltes Ehescheidungsurteil für wirksam, welches behufs Anfechtung einer später von der geschiedenen Frau eingegangenen Ehe unter Behauptung der Verletzung von Prozefsvorschriften im Ehescheidungsverfahren als unwirksam angegriffen wurde. Der Gerichtshof begründete dies damit, daß die Kompetens des Scheidungsgerichtes ratione materiae et personse gemäß dem Recht von Florida begründet und die Beobachtung der dort geltenden Prozefsvorschriften im einzelnen von dem englischen Gericht nicht nachsuprüfen sei.

Deliktsansprüche sind answerkennen, wenn sie nach lex fori und nach lex loci delicti begründet sind.

Urteil der Kings Bench in Sachen Davidsson v. Hill, 1901 (2 K.B. 606).

Ein englisches Schiff hatte auf hoher See mit einem norwegischen Schiff kollidiert, und zwar infolge Verschuldens der Mannschaft des englischen Schiffes. Ein Mann von der Besatzung des norwegischen Schiffes war bei der Kollision um das Leben gekommen. Der auf Schadensereatz für den Tod gegründete Anspruch wurde unter Anwendung obigen Grundsatzes auerkannt.

Anm. Der oben bezeichnete Grundsatz entspricht der konstanten englischen Praxis. Vgl. Nelson, Selected cases... illustrative private international law as administered in England. London 1889, S. 286 ff. — Westlake, A treatise on private international law, 3. ed. London 1896 S. 285 ff. — Dicey, A digest of the law of England with reference to the conflict of laws, London 1896, S. 659 ff. und den Fall Machado v. Fontes (1897) 2 Q.B. 23.

Niemeuer.

Legitimation des im Ausland bestellten Vertreters eines geisteskranken Ausländers sur Verfügung über in England belegenes Vermögen des letzteren.

High court of justice 4. 7. 99; Didsheim c. London and Westminster Bank (The low times 23. 9, 99, J. XXVIII 819).

Die durch Art. 134 des englischen Irrengesetzes von 1890 den englischen Gerichten gewährten Befugnisse betr. Verfügung über das in England belegene Vermögen eines Geisteskranken werden nicht alteriert durch die Befugnisse des belgischerseits bestellten "administrateur provisoire" für eine in einer belgischen Anstalt untergebrachte Person. Das englische Recht ist allein maßegebend. — Es handelte sich im gegebenen Fall um die Einziehung von Werten, welche bei Londoner Banken deponiert waren und für deren Erhebung die demnächst geisteskrank gewordene Witwe des Deponenten "letter of administration" erhalten hatte. Die Erhebung der Werte wurde ihrem nach belgischem Recht (der less domicilis der Witwe) legitimierten "administrateur provisoire" nicht sugestanden.

Massgeblichkeit der lex domicilii des Testators sur das Erbrecht. Letter of administration.

High court of justice 18. 5. 1899 (Erbschaftsunche Whiteley; The law times 14. 11. 1899, J. XXVIII 160).

Für die Frage, ob trotz der Ernennung von Testamentsvollstreckern der eingesetzte Erbe, und insbesondere oh in Vertretung minderjähriger Kinder deren Mutter, die Witwe des Testators, legitimiert sei, Erbschaftsforderungen geltend zu machen, ist nach der lex domicilis defuncts (im gegebenen Fall chilenisches Recht) zu beurteilen.

Behufs Geltendmachung von Mobiliarvermögensrechten in England ist der hiernach materiell legitimierten Person letter of administration zu erteilen.

Anm. Die Entscheidung entspricht sowohl was die materielle Maßegeblichkeit der lex domicilis defuncti als was das formelle Erfordernis des letter

of administration betrifft, der konstanten Praxis. 8. Dicey, A digest of the law of England with references to the conflict of laws, London 1896, 8. 684 ff., 674 ff. Vgl. auch diese Zeitschr. Bd. 3 8.7 und Böhm, Handbuch der intern. Nachlassbeh., 2. Aufl., 8. 288 ff.

N.

Frankreich.1)

Bezüglich einer in Frankreich eröffneten Erbschaft eines Franzosen haben die Ausländer die gleichen Successionsrechte wie die Inländer, und swar auch dann, wenn sie nach ihrem Heimatrecht nicht erbfolgeberechtigt wären.

Urteil des Tribunal de la Seine, 14. 6. 1901 (Gasette des Tribunaux 17. 7. 1901).

Die in England geborene Frau N. ist, nachdem sie durch Verheiratung mit dem Franzosen N. Französin geworden war, in Paris im Jahre 1900 gestorben. Sie hinterließ einerseits ihren Gatten N., mit dem sie in Gütergemeinschaft gelebt und dem sie ihr ganzes Vermögen vermacht hatte, andererseits ihre Mutter, die Witwe J., Engländerin.

Die Mutter, obwohl Engländerin, beanspruchte die den Ascendenten durch das französische Recht (Code civil Art. 915) vorbehaltene Nachlaßquote (1/4) und liefs dashalb Siegel an die in Saint-Cloud befindliche bewegliche Habe der Verstorbenen legen. Der überlebende Gatte dagegen machte geltend, dass er auf Grund der letztwilligen Verfügung seiner Ehefrau seine Schwiegermutter gänzlich von der Erbfolge ausschließen könne, da dieselbe, weil Engländerin, auf das durch das französische Gesetz gewährte Pflichtteil keinen Anspruch habe.

Die Witwe J. gewann den Prozefs. Aus den Gründen:

Der Art. 1 des Gesetzes v. 14. 7. 1819 bestimmt in Abänderung der Art. 726 und 912 des Code civil, dass die Ausländer das gleiche Successionsrecht haben sollen wie die Franzosen. Daraus ergiebt sich, dass im Falle der Konkurrenz zwischen Franzosen und Ausländern der Ausländer, mit den durch Art. 2 jenes Gesetzes vorgesehenen Einschränkungen, hinsichtlich einer in Frankreich eröffneten Erbschaft dieselben Rechte an des Nachlass hat, wie die Inländer, und von Rechts wegen den durch das französische Recht den Ascendenten bzw. Descendenten gewährten Pflichtteil in Auspruch nehmen kann. Da sich nämlich diese, indem sie die Vorbehaltsquote und die Reduktion der ihr Abbruch thuenden Liberalitäten fordern, zu Erben bekennen, da sich ferner der Anfall des Pflichtteils unter

¹⁾ Die Urteile sind mitgeteilt von Herrn J. P. Weber, Advokaten an der Cour d'appel in Paris; die Berichte sind verfaßet von Herrn Gerichte-assessor Dr. Eichhoff in Kiel.

erbrechlichem Titel vollzieht, da endlich das Gesetz vom 14. 7. 1819 gans allgemein und ohne Unterschied das frauzösische Successionsrecht auf Ausländer ausdehnt, so besteht kein Grund, die letzteren eines den Inländern zukommenden Bechtes zu beräuben.

Im vorliegenden Falle wurde die in Frankreich eröffnete Erbschaft der Französin N. vom französischen Recht beherrscht; daher ist die Witwe J. pflichtteilsberechtigt. Daß das englische Recht dem Ascendenten keine Vorbehaltsquote zusichert, ist dahei unwesentlich; insbesondere ist es unrichtig zu behaupten, die Witwe J. könne nicht mehr Rechte haben, als ihr Heimatsrecht ihr gewähre, denn ihre Berufung zur Erbschaft hängt zicht von ihrem Personalstatut ab, sondern folgt aus den Bestimmungen des französischen Rechts, welches bei der Regelung der Erbfolge in den Nachlaß eines Inländers nicht auf die den Ausländern durch deren Heimatsrecht gewährten Rechte zu achten hat.

Anm. der "Gasette des Tribunaux": Seit der Abänderung der Art. 726 und 912 des Code civil succedieren in Frankreich die Ausländer wie die Franzosen, und zwar auch dann, wenn sie nach dem Recht ihres Heimatsstaates nicht zur Erbfolge berufen wären. Entscheidungen in diesem Sinne: Cour de cassation, 24. 6. 1878 (Sirey 1878, 1, 429); Cour de Toulouse, 22. 5. 1880 (Sirey 1880, 2, 294); Demolombe (Traité des successions Bd. 18. 250 ff.); Baudry-Lacantinerie (Des successions, 2. Aufl., 1. Bd. S. 159); Dallos (Jur. gén. Suppl. v. Successions Note 60).

Zuständigkeit fransösischer Gerichte für Prozesse zwischen Ausländern, insbesondere Deutschen, die in Frankreich keinen Wohnsitz haben.

Urteil des Tribunal Civil de la Seine, 1. Ch., 18. 6. 1901 (Le Droit, Journal des Tribunoux, 18. 7. 1901).

Der in Württemberg wohnende deutsche Reichsangehörige Maschinenbauer B. hatte die Erlaubnis erwirkt, in der deutschen Abteilung der Pariser Weltsusstellung von 1900 patentierte Kaffeeröstmaschinen ausgustellen. Es bestand aber swischen ihm und Th., einem französischen Maschinenbauer, ein Vertrag, in dem sich B. verpflichtet hatte, seine Maschinen niemals unter seinem Namen in Frankreich auszustellen. Th. wurde deshalb unter Vorlegung des Vertrages wiederholt bei dem Generalkommisear des Deutschen Reiches für die Weltausstellung, Dr. R., vorstellig, worauf dieser kraft der ihm erteilten Machtvollkommenheiten die B. schen Maschinen auseinandernehmen und aus der deutschen Abteilung entfernen liefs. B. beschwerte sich beim Auswärtigen Amt in Berlin, erhielt aber den Bescheid, dass die Massnahmen des Reichskommissars gerechtfertigt seien. Nachdem darauf B. angekündigt hatte, dals er seine Maschinen aur dann zurücknehmen werde, wenn sie ihm ohne jede Beschädigung zurückgegeben würden, liefs der Reichskommissar in Gegenwart eines Vertreters des B. den Zustand der Maschinen feststellen; in dem hierüber aufgenommenen Protokolle beseugte der B.'sche Vertreter, dass nicht die geringste Beschädigung wahrzunehmen sei und dass alle Maschinenteile, abgesehen von einigen leicht zu ersetzenden Schrauben, noch vorhanden seien.

B. verklagte darauf den Dr. R. in seiner Eigenschaft als Reichskommisser vor dem *Tribunal de la Seine* mit dem Antrage, denselben zu verurteilen, ihm den früher eingeräumten Ausstellungsplatz zurückzugewähren und ihm 200000 Francs Schadensersatz zu zahlen.

Dr. R. erhob die Einrede der Unzuständigkeit der französischen Gerichte und drang mit ihr durch.

Aus den Gründen:

Es besteht von dem Satze: "actor sequitur forum rei" in Ansehung der Rechtsstreitigkeiten zwischen Deutschen keine gesetzliche Ausnahme. Die französischen Gerichte haben solche Rechtsstreitigkeiten zwischen Ausländern, die sich auf das Personenrecht oder das bewegliche Vermögen besiehen, jedenfalls dann nicht zu entscheiden, wenn einerseits die Ausländer einen Wohnsitz in Frankreich weder haben noch zu demselben zugelassen sind, andererseits im Ausland ein Forum besteht, vor dem der Rechtssreit anhängig gemacht werden kann. Wie die Bechtsprechung ein Vorrecht der Souveränität ist, so hat der Unterthau einen gegründeten Anspruch darauf, bei seinem Souverän Recht zu fordern und zu erwirken.

Da nun im vorliegenden Falle beide Parteien deutsche Unterthanen und in Deutschland wohnhaft sind, so ist es angesichts der Ausführungen des Reichskommissars, mit denen er Verweisung vor seinen ordentlichen Richter verlangt, nicht Sache des Tribunal de la Seine, den Streit der Parteien zu schlichten. Es hat dazu um so weniger Anlaß, als einerseits Dr. R. die Handlung, auf die B. seine Klage gründet, in Ausübung seiner Funktion als Generalkommissar des Deutschen Reiches bei der Weltaustellung vorgenommen hat, und andereseits die etwa erlassene Entscheidung nicht ohne vorherige Prüfung durch die deutschen Gerichte in Deutschland vollstreckt werden könnte.

Unbegründet ist auch das Vorbringen des B., die Handlung des Dr. R. stelle ein auf französischem Boden begangenes Delikt dar; denn man wird nicht ernstlich behaupten können, daß die mit Vorsicht und ohne jede Beschädigung vorgenommene Zerlegung eines Geräts der im Art. 443 des Code pénal behandelten und mit Strafe bedrohten Vernichtung oder Beschädigung von Maschinen gleichsustellen sei.

Anm. des "Droit, Journal des Tribunaux": Die französischen Gerichte sind im allgemeinen zur Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten zwischen Ausländern nicht zuständig. Anders, wenn der Kläger oder Beklagte zum Wohnsitz in Frankreich zugelassen ist (Cour de cassation, 23. 7. 1855 [Sirey 1856, 1, 148]; Rennes, 27. 4. 1847 [Sirey 1847, 2, 444]), oder wenn der Beklagte nicht darthut, daße er in seinem Heimatland einen Wohnsitz behalten hat, vor dessen Richter der Kläger seine Klage anbringen kann (Cour de cassation, 8. 4. 1851 [Sirey 1851, 1, 335], 7. 3. 1870 [Sirey 1872, 1, 361]; Paris. 6. 7. 1886 [Journ. du Droit int. privé, 1888, 328]; Montpellier. 9. 5. 1892 [Sirey 1892, 2, 240]; Trib. Seine, 30. 1. 1892 [Jour. du Droit int. privé, 1892, 443]; Trib. Seine [a. a. O. 1892, 899]). — Ein Kassationsbeschlußer. 14. 5. 1895 hat in Auslegung des Art. 11 des Frankfurter Vertrages

entschieden, das jeder Deutsche seine Rechte gerichtlich vor den französischen Gerichten geltend machen kann, sei es zur Durchführung einer Klage, sei es zur Verteidigung gegen eine solche (Sirey 1896, 1, 161); es handelte sich bei diesem Beschluss um die Klage einer deutschen Gesellschaft ohne Firma gegen einen Franzosen. Andererseits ist entschieden worden (Alger, 16. 5. 1888, D. 1890, 2, 23), der Art. 11 des Frankfurter Vertrages könne nicht die Wirkung haben, den französischen Gerichten für Prozesse zwischen Deutschen eine obligatorische Zuständigkeit zu geben.

In Frankreich sind, da das italienische Recht die Ehescheidung nicht kennt, deutsche Urteile, durch welche die Ehe eines Italieners geschieden wird, als nichtig anzusehen.

Urteil des Tribunal de la Seine, 10. 7. 1901 ("La Loi", Journal du soir judiciaire quotidien, 2. 8. 1901).

Auf die Klage der Italienerin M. P. gegen ihren Ehemann, den Italiener N. P., wurde die Ehe der Parteien seitens des Landgerichts in Wiesbaden (Deutschland) durch Urteil vom 11. November 1899 geschieden. Nach Erlafs, aber vor der Rechtskraft des Urteils, nämlich am 28. Dezember 1899, wurde dem N. P. durch Naturalisation die preußische Staats- und deutsche Reichsangehörigkeit verliehen.

Anfang 1900 wollte der Franzose O. die geschiedene P. heiraten; der Vater O. erhob aber auf Grund des Aufgebots Widerspruch. Der Sohn O. und die geschiedene P. schlossen darauf in England miteinander die Ehe ab.

Danach wurde das Tribunal de la Seine mit 2 Antragen befast:

1. mit dem Antrage des Sohnes O. auf Aufhebung des Widerspruches des Vaters O.

2. mit dem Antrage des Vaters O., die Ehe seines Sohnes mit der P. für nichtig zu erklären, da letztere noch durch die mit P. geschlossene, durch das Urteil des deutschen Gerichts in Wiesbaden nicht aufgelöste Ebe gebunden sei.

Das Gericht gab dem Sohn O. den Nachweis auf, dass die P. schon zur Zeit des Scheidungsurteils sowohl kraft des deutschen, wie kraft des italienischen Rechts deutsche Reichsangehörige gewesen sei, und stellte, nachdem ihm das bezügliche Urkundenmaterial vorgelegt worden war, fest: einmal, dass dem P. am 23. Dezember 1899 die preussische Staatsangehörigkeit verliehen sei, und dass sich diese Verleihung nach deutschem Rocht mangels besonderen Vorbehaltes auch auf die Ehefrau P. erstreckt habe; ferner dass nach italienischem Recht die italienische Staatsangehörigkeit durch den Erwerb einer fremden Staatsangehörigkeit verloren gebe, und dass die Ehefrau eines zum Ausländer gewordenen Italieners, sofern sie nicht ihren Wohnsits in Italien beibehält, gleichfalls Ausländerin werde.

Aus den Gründen:

Da die Verleihung der preufsischen Staatsaugehörigkeit an P. erst am 23. Dezember 1899 erfolgte, konnte sie auch erst von diesem Tage an Wirkung haben; folglich waren die Eheleute P. am 11. November 1899, dem Tage des Erlasses des Scheidungsurteils, noch italienische Staatsangehörige.

Da nun aber das italienische Recht die Ehescheidung nicht zulässt, so konnte das Scheidungsurteil in Ansehung der immer noch dem italienischen Recht unterstehenden Eheleute P. nur die Wirkung einer Trennung von Tisch und Bett haben. Wenn auch das deutsche Gericht nach Massgabe des damals in Preußen geltenden Rechts den Wohnsitz des Beklagten zu Grunde gelegt hat, ohne das Personalstatut der Prozessparteien zu berücksichtigen, so muß doch das französische Gericht nach Massgabe des französischen Rechts und des im allgemeinen auf dem Gebiet des internationalen Privatrechts anerkannten Grundsatzes sich von dem Heimatrecht der Ehegatten leiten lassen, sobald es sich um einen den Personenstand oder eine die öffentliche Ordnung in Frankreich betreffende Frage handelt.

Nun hat freilich der Sohn O. geltend gemacht, dass das Scheidungsurteil erst am 4. Januar 1900 als dem Tage seiner Rechtskraft, also erst zu einer Zeit Wirkung erlangt habe, in der die Eheleute P. bereits Deutsche waren, und dass es dem gegenüber unwesentlich sei, wenn die Verkündung des Urteils zu einer Zeit, in der sie noch Italiener gewesen seien, erfolgt sei; er hat weiter ausgeführt, dass, da ein Scheidungsurteil nicht deklaratorischen, sondern konstitutiven Charakter habe, seine Wirkungen nicht auf den Tag der Verkündigung zurückgingen, dass man vielmehr den Zeitpunkt zu Grunde zu legen habe, in dem die neuen Rechtsbeziehungen begonnen hätten, und zu diesem Zeitpunkt, nämlich am 4. Januar 1900, seien die Eheleute P. bereits Deutsche gewesen; folglich sei ihre Ehe wirksam geschieden.

Diese Ausführungen sind rechtsirrtümlich. Man muß sich in den Zeitpunkt des Klagebegehrens und der Verkündung des Urteils versetzen, um die persönlichen Verhältnisse und die Staatsangehörigkeit der Prozefsparteien su beurteilen. Ware es anders, so stande es in der Macht eines Ehegatten, durch den Wechsel der Staatsangehörigkeit in der Zeit nach Erlafs und vor Rechtskraft eines gegen ihn ergangenen Scheidungsurteils dieses zu entkräften; dies Ergebnis ist aber unannehmbar. Hiernach konnte das zwischen Italienern erlassene Urteil beim Ablanf der Rechtsmittelfrist auch nur die Rechtswirkung eines swischen Italienern erlassenen Urteils ausüben; der später erfolgte Staatsangehörigkeitswechsel konnte keine Rückwirkung auf das Urteil haben; da das Naturalisationspatent auf den Ehemann P. die Rechte eines preußeischen Staatsangehörigen ausdrücklich erst von dem Zeitpunkt der Verleibung derselben übertrug, so konnte die Naturalisation nicht rückwärts das zwischen Italienern ergangene Urteil hinsichtlich seiner Wirkung in ein zwischen Deutschen ergangenes Urteil umwandeln. Die Wirkungen eines Urteils können von dem Urteil selbst, auch wenn es konstitutiver Natur ist, nicht getrennt werden, und ein Urteil, das ab initio nichtig ist, kann auch dann keine Wirkung ausüben, wenn der Grund seiner Nichtigkeit hinterher wegfällt,

Nach alledem muss die zwischen dem Sohne O. und der P. in England geschlossene Ehe für nichtig erklärt werden, weil die P. noch durch die mit P. geschlossene, nicht wirksam gelöste Ehe gebunden war.

Strafbarkeit einer Beleidigung durch die Presse, wenn die Zeitung im Auslande erscheint.

Urteil des Tribunal Correctionnel de la Seine (9. Ch.), 30. 10. 1901 (Gazette des Tribunaux, 31. 10. 1901).

A war "directeur", B "rédacteur en chef" und C Drucker der in G en f erscheinenden Zeitung "La Swisse". Frau S. erhob gegen alle drei wegen eines angeblich ehrenrührigen Artikels Privatklage.

Die Angeklagten machten geltend: Das fransösische Prefsgesetz vom 29. Juli 1881 reiche in seiner Wirksamkeit nur bis zur fransösischen Grenze und könne mit seinen Strafvorschriften eine in der Schweiz erscheinende schweizerische Zeitung nicht erreichen. Nur unter bestimmten, hier nicht gegebenen Voraussetzungen (certaines procédures et certaines preuces) könne wegen einer im Ausland erfolgten Publikation eine Bestrafung erfolgen. Sie, die Angeklagten, seien nicht die richtigen Angeklagten; vielmehr hätte der Herausgeber (gérunt) vor Gericht gezogen werden müssen. Sie könnten nur bestraft werden, wenn sie, was nicht der Fall sei, die Zeitung in Frankreich eingeführt, verkauft oder verbreitet hätten.

Die Privatklägerin führte demgegenüber unter anderem aus; Das Prefagesetz sei ein Polizei- und Sicherheitsgesetz im Sinne des Art. 3 Code civil und beherrsche daher auch die Fremden in Frankreich. — Wenn der Thatbestand einer strafbaren Handlung sich in zwei Ländern verwirkliche, beginnend im Ausland und sich vollendend in Frankreich, so könne der Thäter in beiden Ländern bestraft werden. — A. sei der verantwortliche Leiter.

Aus den Urteils-Gründen:

Die strafbare Handlung ist darin zu erblicken, dass die in Genf erscheinende Zeitung in Paris ins Publikum gebracht ist. Zur Anwendung der Strafvorschriften des Pressgesetzes bedarf es daher des Nachweises, dass diese Handlung einem der Angeklagten zur Last fällt. — Auf dem Zeitungsblatt ist A als Direktor und B als Chefredakteur angegeben; die Redaktion ist also streng von der Leitung unterschieden. — Da nun kein Herausgebername auf dem Blatt steht, so ist nicht zu besweifeln, dass A die Leitung hat und dem Herausgeber gleichzustellen ist. Nach Art. 42 des Pressgesetzes sind aber die Herausgeber, welchen Stand und Namen sie auch haben, die verantwortlichen Personen; folglich ist davon auszugehen, dass die Veröffentlichung des fraglichen Zeitungsblattes in Frankreich durch eine Handlung des A erfolgt ist, während B und C der Veröffentlichung fern stehen.

Art. 42 des Ges. v. 29. Juli 1881 lautet: Seront passibles, comme auteurs

principana, des princs qui constituent la répression des crimes et delits commis par la voie de la Presse dans Fordre ci-après, savoir: 1. Les gérants ou éditeurs, quelles que soient leur professions et leur dénominations; 2. à leur défaut, les auteurs; 3. à défaut des auteurs, les imprimeurs; 4. à défaut des imprimeurs, les ven deurs, distributeurs ou afficheurs."

Anm. der Gazette des Tribemaux: Der Kassationshof hat am 15, 2. 1894 entschieden (Dallos, 1894, 1, 463), daß die durch den Art. 42 bestimmte Beihenfolge in dem Falle keine Anwendung findet, wo das Prefsdelikt durch eine im Ausland gedruckte und herausgegebene Zeitung begangen ist. In diesem Falle kann vielmehr derjenige, der in Frankreich die betreffenden Exemplare der ausländischen Zeitung verbreitet hat, als principaler Thäter verfolgt werden. — Dieser Entscheidung ist der Gedanke zu entnehmen, daß das Prefsgesetz ein Polizei- und Sicherheitsgesetz ist (Art. 3 Code civil) und daher auf alle auf französischem Boden befindlichen Personen Anwendung zu finden hat, und daß es die susländischen Zeitungen sogar noch strenger behandelt mit Rücksicht auf die Schwierigkeit, die den französischen Lesern die Entdeckung der verantwortlichen Persönlichkeiten bereitet.

italien.

Anerkennung ausländischer Ehescheidungsurteile.

1. Corte d'appello Venedig 4. 10. 1900 (Giurisprudenza italiana 1901, 870 ft.).

Die Klägerin, Costa Reghini, ist durch Urteil des Landgerichts Berlin vom 8. November 1899 vom Beklagten, F. Patrone, geschieden worden.

Beide Parteien, welche früher italienische Staatsangehörige waren und in Italien die Ehe geschlossen hatten, waren nach Deutschland übergesiedelt und hatten (vor der Einleitung des Ehescheidungsprozesses) die deutsche Staatsangehörigkeit erworben. Da die Klägerin Vermögen in Italien surückgelassen hatte, insbesondere ein im Staatsschuldbuch eingetragenes, dort mit "vincolo dotale" belastetes Guthaben, so beantragte sie "giudizio di delibasione", d. h. gerichtliche Vollstreckbarkeitserklärung des deutschen Ehescheidungsurteils. Der Gerichtshof gab diesem Antrage statt, erklärte aber, daß darin nicht die Anordnung einer Eintragung in das Civilstandsregister liege, ebensowenig wie die Anordnung einer entsprechenden Eintragung in das Staatsschuldbuch.

Corte di cassazione Turin 21. 11. 1900 (Giurisprudenza italiana 1900
 I, 1, 1077, Monitore dei tribunali 1901, 981, J. XXVIII 392).

Ein Italiener hatte in Italien eine Französin geheiratet. Die Ehegatten treunten sich später von Tisch und Bett "per mutuo consenso" in Gemäßheit des Art. 158 des Codice croile. Der Ehemann nahm dann Domizil in Berlin. Dort liefs er sich naturalisieren. Dass er gleichzeitig die italienische Staatsangehörigkeit verloren und dass der Wechsel der Staatsangehörigkeit

Italien. 135

sich auf die separierte Ehefrau erstreckt hat, wurde keinerseits bestritten und behördlich attestiert. Auch die Ehefrau verlegte ihr Domizil später nach Deutschland (Baden-Baden). Darauf klagte der Ehemann, welcher inzwischen ebenfalls Domizil in Baden-Baden genommen hatts, gegen sie vor dem Landgericht zu Karisruhe auf Ehescheidung. Die Ehescheidung wurde gemäße dem deutschen B.G.B. ausgesprochen. Nachdem das Urteil rechtskräftig geworden war, worde vor dem suständigen italienischen Gericht "giudisio di dehbasione" behufs Eintragung der Ehescheidung in das italienische Standesregister begehrt. Die Vollstreckbarkeltserklärung wurde aber versagt, und der Kassationshof zu Turin führte aus: Italienische Gerichte dürfen ein ausländisches Ebescheidungsurteil binsichtlich einer in Italien geschlossenen Ehe nicht zur Vollstreckung bringen, insbesondere nicht dessen Eintragung in das Standesregister autorisieren. Auf Grund dieses allgemeinen Gesichtspunktes ist insbesondere auch einem ausländischen Ehescheidungsurteil die Vollstreckung zu versagen, welches bezüglich einer von einem Italiener in Italien geschlossenen Ehe dadurch erlangt ist, daß die Staatmangehörigkeit der Ehegatten gewechselt worden ist.

Ann. Die Hauptfrage, ob die italienischen Gerichte einem im Auslande ausgesprochenen Ehescheidungsurteil Anerkennung durch Erteilung des Exequatur, "gendisie di delibasione", zu gewähren haben, wird durch das erste Urteil bejaht, durch das zweite verneint. Daß an und für sich ansländische Ehescheidungsprielle — wie andere Urteile —, um in Italien die Grundlage von Exekutivmaßregeln zu bilden, eines Exequaturs bedürfen, hat die italienische Judikatur in neuerer Zeit fast allgemein angenommen. 8. Vencent und Penaud, Dictionnaire de droit international privé, Revue de l'année 1889, Paris, Larose et Forcel, 1890 S. 112 Nr. 28 und Revue pratique 1892 III S. 131 ff. Man hat das Exequatur im allgemeinen unter der Voraussetzung erteilt, dass das Ehescheidungsurteil dem Heimatrecht der Ehegatten entspricht.

Dieser Praxis folgt das erste der beiden vorstehenden Urteile. Der Vorbehalt bezüglich der Art und Weise, in welcher die Wirkung des Urteils in Bezug auf die öffentlichen Register zur Geltung zu bringen sei, ist von

nebensächlicher Bedeutung.

Das aweite Urteil verwirft den bezeichneten Grundsatz und hat damit eine starke Beunruhigung hervorgerufen. Insbesondere ist die Schweis da-von betroffen, zumal der Sprengel des Kassationshofes zu Turin die Grenzdistrikte umfast, in welchen die Frage besonders häufig praktisch wird. Über einen diesbesüglichen Bericht der schweizerischen Gesandtschaft in Rom a. J. XXVIII S. 894. Eine Kritik des Urteils wird ebendort S. 398 ff. gegeben.

Die in Rede stehenden Fragen eind eingehend besprochen, auch mittelst anderer italienischer Judikate beleuchtet worden in der Schrift:

Avv. Dario Cassuto (Livorno):

Condisione giuridica del italiana naturalizzato straniero che dopo la naturalizzazione ha ottenuto da tribunale estero lo scioglimento del matrimonio evenuto in Italia. Livorno (Stab. Tip. S. Belforte & C.) 1901. Im wesentlichen identisch damit ist des Verfassers Schrift:

"Le sentense extere di divorsio e il giudisio di delibasione". Torino (Unione tipografico-editrice) 1901.

Vgl. auch die in der "Gierieprudense italiana" a. a. O. gemachten Ausführungen desselben Verfassera.

Niemeyer.

Behandlung der von Italienern in Kapitulationsländern begangenen Delikte.

 Corte di cassazione Rom 24. 11. 97, Strafsache Piazza (Monitore dei ribunali 98 I 474. J. XXVIII 849).

Kapitulationsländer sind im Sinne des italienischen Strafgesetzbuches hinsichtlich der dort begangenen Delikte nicht als Ausland, sondern wie italienisches Gebiet zu behandeln.

2. Corte di cassazione Rom 7. 7. 99, Strafsache Locco-Sellio (Monitore dei tribunali 1899, 896, J. XXVIII 853).

Der vorstehend bezeichnete Grundsatz wurde insbesondere auf ein an Bord eines italienischen Schiffes "dans les Echelles du Levant" begangenes Delikt angewendet.

Anerkennung ausländischer Urteile bei Geltendmachung einer darauf gestützten Einrede.

Corte d'appello Neapel 25. 4. 1900. Bianchi c. Aganoor (Giurisprudenes italiana 1900, 273, J. XXVIII 858).

Es bedarf keines besonderen Exequatur durch die italienischen Gerichts ("giudisio di delibasione" gemäß Art. 941 des codice di procedura civile), um auf ein ausländisches Urteil eine Einrede stützen zu können.

Ausländische juristische Personen. Ihre Rechtsfähigkeit ist von den Gerichten nur anzuerkennen, wenn die italienische Regierung die Anerkennung ihrerseits kundgemacht hat.

1. Corte di cassazione Turin 21. 12. 1897. Triester Armengesellschaft c. Massone (La legge 1898 I 296, J. XXVIII 854).

Art. 2 des Codice civile (. . "tutti i corpi morali legalmente reconoscinti sono considerati come persone e godono dei diritti civili" . .) fordert besüglich ausländischer juristischer Personen, dass sie nicht nur nach dem Rechte ihres ausländischen Sitzes als solche anerkannt sind, sondern außerdem, dass die italienische Regierung ihrerseits die Anerkennung ausgesprochen hat.

2. Corte di cassasione Turin 17. 1. 1900. Methodiatische Missionsgesell-schaft in New-York c. Vercelli (La legge 1900 I 258, Monitore dei tribunali 1900, 204, J. XXVIII 600).

Die Anerkennung braucht nicht durch einen speciell auf die Anerkennung gerichteten Akt zu geschehen, sondern kann auch indirekt, insbesondere durch die Erlaubnis zur Annahme von Legaten geschehen. — Im gegebenen Falle handelte es sich um die Anerkennung der methodistischen Missionsgesellschaft in New-York.

Schiffskollision. Küstenmeer. Maßgeblichkeit des Rechtes des Küstenstaates. Weiterverweisung. Personalstatut des Reeders.

Tribunale civile Nespel 5, 6, 1899. Delaunay-Tostam c. Maresca (J. XXVIII 846).

- Die Ausdehnung des Küstenmeeres ist bestimmt durch den Bereich, in welchem die Küstenverteidigung durch Strandbatterien wirksam ausgeübt werden kann.
- 2. Für die rechtliche Beurteilung von Schiffskollizionen im Küstenmeer ist das Recht des Küstenstaates maßgebend.
- 3. Schiffskollisionen im englischen Küstenmeer eind, da das englische Recht auf das Recht der Flagge verweist, demgemäß nach dem Recht der Flagge zu beurteilen.
- 4. Die Verantwortlichkeit des Reeders für das Verschulden seines Kapitäns richtet sich nach dem Personalstatut des Reeders.

Anm. Zu 1 vgl. auch das Urteil in dieser Zeitschrift VIII 418. — Die von dem Gerichtshof vertretene Auffassung, daß das Küstenmeer endige "wis finitur armorum vis", ist durch die neuere Entwickelung überholt und, soweit es sich um die völkerrechtliche Frage handelt, mindestens anfechtbar. — Die in der Praxis des internationalen Rechtes heute thatsächlich entscheidende Grenze ist die Dreimeilengrenze. Diese ist neuerdings sowohl in der Gesetzgebung der einzelnen Seestaaten als in den Staatsverträgen konstant zu Grunde gelegt worden und sie entspricht der thatsächlich bestehenden Rechtsanschauung des Seeverkehrs. Vgl. die bei Vilimann, Völkerrecht, 1898, S. 183 Anm. 3 angeführten Materialien, ferner das französische Dekret v. 12. Juni 1896 (Revue generale de drout international public Bd. IV "Documents" S. 5 ff.), die deutsche Verordnung v. 21. August 1900 (R.G.Bl. S. 307), den amerikanischen Nava! War Co de 1900 (s. diese Zeitschr. XI S. 85 ff.). — Neuere Literatur s. bei Lisst, Völkerrecht, 1902, S. 76. Lisst empfiehlt seinerseits die "Rückkehr zu den alten Regeln, nach welchen die Grenze durch die Tragweite der Strandbatterien bestimmt wird". Dazu bemerke man, daß die 1892 in Meppen festgestellte größte Kanonenschußweite heute 20026 Meter heträgt. — Die Wünsche gehen sehr auseinander. Campbell, Jahrb. der Internat. Vereinigung f. vergleich. Rechtswissenschaft Bd. II S. 571, z B. wünscht Ausdehnung der Grenze auf 13 Meilen. Soviel ist sicher, daß eine Gesetzgebung oder Rechtsprechung, welche eine über die Dreimeilengrenze hinaus gehende Grenze au Grunde legt, auf allgemeine internationale Anerkennung, nicht rechnen kann.

Konkurs der italienischen Filiale einer ausländischen Handelsgesellschaft.

Corte di cassasione Turin 13. 12. 1898; Versicherungsgesellschaft "La Nation" c. Banfi (Monitore dei tribunali 1898 I 891, J. XXVIII 850).

Über die italienische Filiale einer ausländischen Handelsgesellschaft kann durch italienische Gerichte der Konkurs eröffnet werden.

Anm. Vgl. die übereinstimmenden Urteile in dieser Zeitschrift IX 158, 414.

Österreich.

Ungültigkeitserklärung der von einem katholischen Österreicher mit einer getrennten protestantischen Ausländerin, welche gleich wie ihr erster noch am Leben befindlicher Ehegatte sur Zeit der Ehe mit demselben, der katholischen Religion sugethan war, — im Auslande geschlossenen Ehe.

Entscheidung des obersten Gerichtshofes vom 3. Dezember 1901, Z. 14 425.

Die am 10. März 1866 zu Budapest geborene und am 12. desselben Monats daselbst nach römisch-katholischem Ritus getaufte Adelheid P. verehelichte sich am 25. Jänner 1885 zu Budapest mit dem gleichfalls katholischen Ferdinand M. nach römisch-katholischem Ritus. Adelheid M. geb, P. trat am 20. September 1892 zur evangelischen Kirche A. B. über. Ferdinand M. wurde schon am 14. April 1891 nach vorherigem Austritte aus der römisch-katholischen Kirche in die reformierte Kirche aufgenommen. Mit dem Urteile des kgl. Gerichtsbofes in Budapest vom 8. Mai 1894 wurde die zwischen Adelheid P. und Ferdinand M. geschlossene Ehe für gänzlich gelöst erklärt und beiden Parteien eine neuerliche Eheschliefsung bewilligt. Dieses Urteil wurde in IL und III. Instanz bestätigt. Am 27. Desember 1894 wurde Adelheid P. in der evangelischen Kirche der Kerepeser Strafse zu Budapest von dem evangelischen Pfarrer als Stellvertreter des evangelischen Militär-Seelsorgers mit Heinrich S., damals k. und k. Rechnunge-Unteroffizier des zten Infanterie-Regiments, getraut. Heinrich S., derzeit k. k. Kanzlist in Wien, war sur Zeit der Trauung römisch-katholischer Religion und österreichischer Staatsangehöriger. Der erste Ehegatte der Adelheid S., Ferdinand M., ist gegenwärtig noch am Leben. Heinrich S. begehrte die Ungültigkeitserklärung seiner mit Adelheid P. am 27. Dezember 1894 geschlossenen Ehe, weil er als österreichischer Staatsangehöriger und Katholik mit Adelheid P. bei Lebzeiten ihres ersten Gatten eine gültige Ehe nicht habe eingehen können.

Das Proxefsgericht erster Instanz hat die zwischen Heinrich 8. und Adelheid S. geb. P. geschlossene Ehe für das Gebiet der im Beichsrate vertretenen Königreiche und Länder als ungültig erklärt.

Entscheidungegründe: Nach § 4 z. b. G. B. sind österreichische Staatsangehörige auch in Handlungen und Geschäften, die sie außerhalb des Staatsgebietes vornehmen, an die inländischen Gesetze gebunden, insoweit als diese Handlungen und Geschäfte auch im Inlande rechtliche Folgen hervorbringen sollen. Heinrich S., welcher zur Zeit der Eheschließung österreichischer Staatsangehöriger gewesen ist und nur vorüberzehend während seines Militärdienstes in Ungarn stationiert war, hat die Ehe mit Adelheid S. in der Absicht geschlossen, mit derselben seinen bleibenden Aufenthalt im diesseitigen Staatsgebiete zu nehmen, und haben die Ehegatten auch thatsächlich längere Zeit zusammen in Wien gelebt. Der Entscheidung über die Frage, ob diese Ehe im Inlande als gültig anzusehen ist, können demnach gemäß § 87 a. b. G.B. nur die inländischen Gesetze zu Grunde gelegt werden. Nach dem Hofdekrete vom 26. August 1814, J. G. S. No. 1099 kann zwischen einer getrennten akatholischen Person und einer katholischen Person, so lange der Gattenteil der ersteren noch lebt, eine gültige Ehe nicht geschlossen werden. Da im vorliegenden Falle der erste Ehegatte der Adelheid S., Ferdinand M., noch am Leben ist, musste im Hinblicke auf die eit, gesetzliche Vorschrift die zwischen Adelbeid S. und Heinrich S., der nie aufgehört hat, Katholik zu sein, geschlossene Ehe für ungültig erklärt werden. Ein Ehehindernis, welches der Gültigkeit einer Ehe nach dem inländischen Gesetze entgegensteht, macht nicht bloß eine Ehe, welche im Auslande von zwei österreichischen Staatsangehörigen miteinander, sondern auch eine Ehe, welche im Auslande von einem österreichischen, an das österreichische Gesetz bezüglich des Ebehindernisses gebundenen Staatsbürger mit einer Ausländerin eingegangen worden ist, ungültig, da es zur Ungültigkeit des Vertrages hinreichend ist, wenn auch nur einem der vertragschließenden Teile die persönliche Fähigkeit, den Vertrag einzugehen, mangelt. Der Ausspruch muste auf die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder eingeschränkt werden, da sich das hier in Frage kommende öffentlich-rechtliche Interesse an der Aufrechterhaltung der in Ansehung der Eheschliefsung bestehenden swingenden Normen nur auf dieses Gebiet erstreckt. Die Frage, ob die von den ungarischen Gerichten ausgesprochene Trennung der ersten Ehe für das diesseitige Staategebiet von Wirksamkeit sei, konnte mit Rücksicht auf das oben Gesagte ganzlich unberührt bleiben.

Das Berufungsgericht hat der Berufung des Ehebandverteidigers keine Folge gegeben und das erstrichterliche Urteil bestätigt.

Entscheidungsgründe: Es ist ein religiös-ethischer Grundsatz des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, dass das Band einer gültigen Ehe zwischen katholischen Personen nur durch den Tod des einen Ehegatten getrennt werden kann und dass das Band der Ehe unauflöslich ist, wenn auch nur ein Teil schon zur Zeit der geschlossenen Ehe der katholischen Beligion zugethan war (§ 111 A. B. G. B.). Infolge dieses religiös-

ethischen Grundsatzes ist es den akatholischen Personen gestattet, bei Lebzeiten des getrennten Eheteiles eine gültige Ehe nur mit akatholischen Personen zu schließen (Hofdekret vom 26. August 1814, J. G. S. No. 1099 und Hofkansleidekret vom 4. August 1814, polit. Ges. Sammlg. 64). Dieses Ehehindernis des Katholizismus ist ein Ehehindernis des öffentlichen Rechtes und hat nicht die persönliche Fähigkeit der Parteien zu Rechtageschäften im Sinne des § 34 a. b. G. B. zur Grundlage. Das die öffentliche Ordnung normjerende inländische Gesetz bindet folglich nicht aur die Inländer, sondern auch die Ausländer, insoferne eine Ehe im Inlande geschlossen wird; dieses Gesetz bindet auch den Inländer im Auslande, wenn es sick um die Rechtswirkungen im Inlande handelt. Aus diesem Grunde wird auch den Urteilen ausländischer Gerichte die Vollstreckbarkeit im Inlande verweigert, wenn durch dieselben ein Rechtsverhältnis zur Anerkennung gelangen soll, welchem durch das inländische Gesetz im Inlande aus Rückaichten der öffentlichen Ordnung die Gültigkeit versagt ist (§ 81. Z. 4 Exek-Ordg.). Heinrich S. war zur Zeit der Eingebung der Ehe katholischer Religion und österreichischer Staatsbürger; zu dieser Zeit war der erste Gatte der Adelheid S. geb. P., Namens Ferdinand M., am Leben Das inländische Gesetz versagt die Gältigkeit der von dem österreichischen Staatsangehörigen Heinrich S. mit Adelheid S. geb. P. bei Lebseiten ihres ersten Gatten Ferdinand M. geschlossenen Ehe aus Rücksichten der öffentlichen Ordnung selbst dann, wenn die Ehe swischen Ferdinand M. und Adelheid M. geb. P. rechtsgültig dem Bande nach getrennt wurde. Es hat daher die erste Instanz mit Recht die Ungültigkeit der Ehe des Heinrich S. ausgesprochen, ohne zu prüfen, ob das Band der Ehe des Ferdinand und der Adelheid M. rechtswirksam gelöst wurde oder nicht. Indem Heinrich S. österreichischer Staatsangehöriger ist, erscheint zur Entscheidung über den Personenstand desselben ausschliefalich das österreichische Gericht berufen (§§ 81, Z. 3 und § 84 Exek.-Ordg., Justizministerial-Verordnung vom 18. Dezember 1897, R.G.Bl. No. 285 und § 5 des ung. Gesetzartikels LX v. J. 1881). Hingegen ist das inländische Gericht zur Entscheidung. ob und welche Rechtswirkung die im Auslande geschlossene Ehe im Auslande hat, nicht berufen. Es ist daher vollkommen gerechtfertigt, wenn die erste Instanz den Ausspruch über die Eheungültigkeit auf das Gebiet der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder eingeschränkt hat. Wenn das Inland den Inländer nach den inländischen Gesetzen behandelt, so wird hiedurch der Grundsatz des § 33 a. b G. B., dass den Fremden gleiche bürgerliche Rechte und Verbindlichkeiten mit den Eingeborenen sukommen, nicht verletzt, zumal Adelheid S. geb. P. betreffs der Rechte und Verbindlichkeiten dem inländischen Gatten gleichgestellt wurde. Auch die Berufung auf die Hofdekrete vom 23. Jänner 1794 und vom 23. Oktober 1801, J. G. S. No. 542 ist mit Rücksicht auf Art. IV des Kundmachungsgesetzee zum allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuche nicht begründet.

Der oberste Gerichtshof hat der Revision des Ehebandsverteidigers keine Folge gegeben.

Entscheidungsgründe: Vermöge des in den §§ 62, 111 und 119 a. b. G. B. und in den die letztbezeichnete Gesetzesstelle erläuternden Hof-

dekreten vom 26. August 1814, J. G. S. No. 1099 und vom 17. Juli 1835, J. G. S. No. 61 normierten öffentlich-rechtlichen Ehehindernisses des Katholizismus konnte der katholische österreichische Staatsbürger Heinrich S. mit Adelheid P., welche ungarische Staatsangehörige war und von ihrem ersten Gatten Ferdinand M. gerichtlich getrennt wurde, bei Lebzeiten dieses ihres ersten Gatten eine gültige Ehe weder in Österreich noch im Auslande eingehen. Wenn in der Revisionsschrift geltend gemacht wird, das Hofdekret vom 26. August 1814 keine Folgerung oder authentische Interpretation aus dem allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuche, sondern ein neuer Zusatz zu diesem Gesetzbuche und daher ohne Zusammenhang mit demselben ist, daß demnach die Bestimmungen dieses Hofdekretes als Ausnahmsbestimmung eine ausdehnende Auslegung nicht erfahren dürfe, so entsprechen diese Ausführungen keineswegs den gesetslichen Normen. Denn das Hofdekret vom 26. August 1814 bildet keine für sich bestehende gesetzliche Norm, sondern dient im Zusammenhange mit dem Hofdekrete vom 17. Juli 1835 zur Erläuterung des § 119 a. b. G. B., von denen das letztere ausdrücklich bestimmt, dass eine katholische Person nach den Begriffen der katholischen Religion mit einer getrennten akatholischen Person bei Lebzeiten des geschiedenen Gegenteiles keine gültige Ehe eingehen könne. Mit Rücksicht auf die obenerwähnte Bestimmung ist die Behauptung des Revisionswerbers, daß das Hofdekret vom 26. August 1814, weil es den akatholischen Ehegatten, welche als Katholiken die Ehe geschlossen haben, die Eingehung einer neuen Ehe blofs mit akatholischen Personen bei Lebzeiten des andern Eheteiles gestattet, auf Heinrich S., weil er Katholik und unverheiratet war und daher nicht zu ienen akatholischen Personen, denen das Hofdekret die Ehe mit Katholiken verbietet, keine Anwendung finden könne, unrichtig und bedarf keiner weiteren Widerlegung. Die Anschauung des Berufungsgerichtes, dass das Ehehindernis des Katholizismus vorliege, ist daher keine rechtsirrtümliche und es konnte dempach der auf den Anfechtungsgrund des § 508, Z. 4 C. P. O. gestützten Revision keine Folge gegeben werden.

Zur Begründung des Gerichtsstandes des § 99 J.N. kommt es nicht darauf an, ob das Vermögen zur Durchsetzung des Klaganspruches verwendbar ist oder nicht.

Entscheidung des obersten Gerichtshofes 17. 12. 1901, Z. 17 029.

Dem A., Reisenden in Wien, stand gegen den in Belgrad ansässigen Kaufmann B. eine Forderung im Betrage von 789 k. 37 h. su. Als nun B. im September l. J. behufs Besorgung von Einkäufen nach Wien kam und sich im Hotel "N." einlogierte, belangte ihn A. beim Bezirksgerichte Leopoldstadt II in Wien, gestützt auf § 99 J.N., wegen Zahlung des erwähnten Betrages.

Die vom Beklagten B. erhobene Einwendung der örtlichen Unsuständigkeit wurde vom Besirksgerichte verworfen.

Infolge Rekurses des Beklagten änderte das Rekursgericht den be-

zirksgerichtlichen Beschluss dahin ab., dass es die Klage des A. wegen örtlicher Unzuständigkeit des angerufenen Gerichtes zurückwiss.

Grande: Durch \$ 99 J.N. sollte den inländischen Berechtigten gegenfiber Schuldnern, welche sich im Auslande aufhalten, die Geltendmachung ihrer Ansprüche bei einem hierländigen Gerichte ermöglicht werden, falle sich Vermögen des Schuldners hierlands befindet. Wenn nun auch an dem für diese Bestimmung maßgebenden Gesichtspunkte, dass der betreffende vermögensrechtliche Anspruch im Iulande vollstreckbar sei, insofern nicht festgehalten wurde, als weder das Vorhandensein eines zur Befriedigung des klagenden Gläubigers gentigenden hierländigen Vermögens gefordert, noch die Vollstreckbarkeit auf das hierländige Vermögen beschränkt wird, so muß doch dem Grundgedanken dieser Bestimmung bei deren Anwendung insofern Rechnung getragen werden, als das im Inlande befindliche, auch noch so geringfügige Vermögenestück seinem naturgemälsen Zwecke nach sich als ein Vermögensbestandteil des zu Belangenden darstellt, was beispielsweise von den unentbehrlichen Kleidungsstücken am Leibe des Schuldners nicht behauptet werden kann. Insbesondere aber mus angesichts des in § 67 J.N. normierten Gerichtsstandes des Aufenthaltsortes, welcher im Gegensatze su dem Gerichtestande des Vermögens dadurch bedingt ist, dass der zu Belangende auch außerhalb des Geltungsgebietes der J.N. keinen Wohneitz habe, daran festgehalten werden, dafs das im § 99 J.N. voransgesetzte inländische Vermögen nicht etwa das durch den gleichseitigen Aufenthalt des su Belangenden naturgemäßs bedingte, bei einer Reise unentbehrliche Gepäck sein dürfe, da sonst trots Wohnsitzes im Auslande der Aufenthalt im Inlande, wenn such nicht nach § 67 J. N., so doch nach § 99 J.N. regelmäßig einen inländischen Gerichtsstand begründen würde. Bezüglich des allein mafageblichen Tages der Klageanbringung hogt aber eine weitergebende Behauptung des Klägers nicht einmal vor.

Dem Revisionsrekurse des Klägers gab der Oberste Gerichtshof Folge und stellte unter Abanderung des rekursgerichtlichen Beschlusses jenem des Besirksgerichtes wieder her.

Gründe: Nach § 99 J.N. kann gegen Personen, welche im Inlande keinen Wohnsitz haben, wegen vermögensrechtlicher Ansprüche bei jedem Gerichte innerhalb des Geltungsgebietes der J.N. Klage angebracht werden, in dessen Sprengel sich Vermögen dieser Personen befindet. Außer Streit steht im vorliegenden Falle, dass Beklagter seinen Wohnsitz im Auslande hat. Die Enrede der örtlichen Unzuständigkeit des angerufenen Gerichtes wurde seitens des Beklagten nur darauf gegründet, weil Vermögen des Beklagten, auch wenn derselbe Geld und Koffer, deren Besitz jedoch bestritten wurde, gehabt haben sollte, noch nicht den Gerichtsstand des § 99 J.N. begründen würde. Diese Einrede ist jedoch nicht stichhaltig; denn gans abgesehen davon, daß in der Klage behauptet wird, daß Bekingter bedeutende Geldmittel behufs Vornahme von Einkäufen bei sich habe, hat der Zeuge E. bestätigt, daß Beklagter am 1. September l. J., den Tag vor Anbringung der Klage, unter Mitbringung eines Reisekoffers anlangte und am 10. September, nachdem ihm verschiedene Pakete sugeschickt worden waren und er seine Hotelrechnung beglichen hatte, abreiste. Nachdem es nun bei dem

Rufeland.

vom Gesetzgeber gewählten, gans allgemeinen Ausdrucke "Vermögen" zur Begründung des Gerichtsetandes des § 99 J.N. nicht auf die Beschaffenheit des Vermögens, insbesondere nicht darauf ankommt, ob dasselbe der Zwangsvollstreckung unterworfen, überhaupt zur Durchsetzung des Klageanspruches verwendbar sei oder nicht, so erscheint das Bezirksgericht Leopoldstadt II, in dessen Sprengel Beklagter sich am Tage der Klageanbringung aufhielt, zur Entscheidung dieser Streitsache gemäß §§ 29 und 99 J.N. suständig. Be war sonach dem Revisionsrekurse Folge zu geben und in Abänderung des rekursgerichtlichen Beschlusses der des Bezirksgerichtes wieder herzustellen.

Hufeland.

Testamentserrichtung eines Russen in Ägypten.

Russisches Konsulargericht (commission judiciaire) su Konstantinopel 20. 7. 1898 (J. XXVIII 176).

Ein russischer Unterthan, Boghos Garabedian, hatte in Kairo ein Testament errichtet, und zwar indem er die privatschriftlich von ihm angefertigten Urkunden in extenso in das Testamentsbuch des Konsulates zu Kairo eintragen liefs, unter Beobachtung der in dem russischen Konsularreglement (Bd. XI. 2 Art. 12 § 4 des Ssuod) vorgeschriebenen Modalitäten.

Das Konsulargericht wies die auf Anfechtung des Testaments gerichtete Klage ab mit dem Hinweis darauf, dass das Testament gemäß Art. 1077 des rumischen Civilgesetzbuches (Bd. X, 1 des Sswod) und Art. 78 des ägyptischen Civilgesetzbuches gültig sei.

Ann. Vgl. Serebriany, "Droit pour les Russes de faire des testaments à l'étranger", J. XI 359.

Der Art. 1077 cit. lautet — nach amtlieher russischer Übersetzung —: "Un sujet russe se trouvant à l'étranger, peut faire son testament sous seing prise dans les formes admises par la loi du pays où cet acte est dressé, souf présentation de l'acte à une Légation ou un Consulat russe suivant les prescriptions du Règlement Consulaire." — Der Art. 78 cit. bestimmt: "La capacité de tester et la forme du testament sont réglés d'après la loi de la nationalité du testateur."

Die Beklagten hatten eingewendet, wegen Art. 78 des ägyptischen C.G.B. sei der russische Art. 1077 unanwendbar, und ein Urteil des Konsulargerichtes zu Konstautinopel vom 29. Febr 1896, J. XXVIII 174 scheint dies auch in einem ähnlichen Fall angenommen zu haben. Danach wären nicht nur in den Kapitulationsländern, sondern überall, wo das Princip des Heimatrechtes für die Testamentserrichtung gilt, die Russen auf die regelmäßigen Testamentsformen des russischen Rechtes (s. Serebriany a. a. O. 359, Leuthold, Russische Rechtskunde, Leipzig 1889, 90, Lehr, Elements de droit civil russe, Paris 1890, I 22) beschränkt.

Die Note bei Clemet weist mit Recht darauf hin, dass die Frage methodisch richtig so zu behandeln ist, dass es sich lediglich um eine Interpretation des Art. 1077 handelt. Das ägyptische Recht bestimmt keine besonderen Testamentsformen für Ausländer. Darum war das russische Gericht auch

gezwungen, von der Frage völlig abzuschen, ob "les formes admises par le loi du pays" beobachtet seien. Es ist über diesen Punkt hinweggesprungen. Es hat aber offenbar gemeint, dass in Ermangelung besonderer lokaler Vorschriften die konsularische Insinuation der Testamente genügt. Diese Interpretation des Art. 1077 ist gewiß sinngemäß.

Niemeyer.

Erbrecht. Deutsch-russische Erbrechtskonvention von 1874.

Kassationshof 21. 4. 1900 (J. XXVIII 607).

Das Urteil enthält die Anwendung des Art. 10 der in der Überschrift bezeichneten Konvention. Das russische Gericht erklärt sich swar im Princip für unzuständig hinsichtlich der Ansprüche, welche sich auf den in Rufsland befindlichen Mobiliarnachlaß eines Deutschen beziehen, nimmt aber die Befugnis in Anspruch, in erster Linie über alle Ansprüche, welche russische Unterthanen in Bezug auf den Nachlaß erheben, nach russischem Recht su urteilen. Wenn die hiernach begründeten Ansprüche der Russen den Nachlaß erschöpfen, so existiere, führt das Urteil aus, kein Nachlaß, welcher der deutschen Konsulatsbehörde auszuhändigen sei.

Ann. Vgl. über die innere Beziehung der russisch-deutschen Hinterlassenschaftskonvention zu Art. 25 des E.G. zum deutschen B.G.B.: Niemeyer, Das internationale Privatrecht des B.G.B., Berlin 1901, S. 192.

Ausländische juristische Personen. Die Anerkennung ihrer Rechtsfähigkeit in Russland setst besonderes Privileg voraus.

Bezirksgericht Odersa (Prawo 21, 1, 1901, J. XXVIII 605).

Ausländische juristische Personen sind als solche in Eufsland nur anzuerkennen vermöge eines auf Gesetz, Specialautorisation oder Staatsvertrag gegründeten Privilegs. -- Ein in Rufsland verstorbener Erblasser hatte dem Orden der barmherzigen Schwestern in Krakau eine letztwillige Zuwendung gemacht. Diese wurde auf Grund jenes Gesichtspunktes für ungültig erklärt.

Aum. Die Entscheidung entspricht einer konstanten Praxis. Vgl. Perganginte, De la condition des sociétés étrangères en Russie, Paris (Larose) 1899, und J. XXVIII 607.

Spanien.

Erbrecht. Rückverweisung. Wenn das Heimatrecht des ausländischen Erblassers auf das spanische Recht als lex domicilii zurückverweist, ist dieses massgebend.

Urtell des Gerichtes erster Instanz zu Barcelona S. S. 1900 (Revista juridica de Cataluna, März 1901, J. XXVIII 905 ff.).

Ein Engländer starb 1899 in Barcelona, nachdem er dort 58 Jahre Dominil gehabt und eine gewerbliche Niederlassung begründet hatte. Die Frage, ob für seine Beerbung spanisches oder englisches Recht maßgebend sei, wurde von dem Gericht dahin beantwortet, dass für den Mobiliarnachlass gemäß Art. 10 des spanischen Civilgesetzbuchs an und für sich das englische Recht als Heimatsrecht maßgebend sei, daß aber, da letzteres für den Mobiliarnachlafs lex domicilii des Erblassers als mafsgebend erkläre, dieser Rückverweisung entsprechend spanisches Recht anzuwenden sei. - Das Urteil begründet diese Entscheidung damit, dass in Ermangelung besonderer Vorschriften gemäß Art. 6 des spanischen Civilgesetzbuches die allgemeinen Rechtsgrundeätze maßgebend seien und daß die Befragung des Professors des internationalen Rechtes an der Universität zu Barcelona, D. Juan de Dios Trias, als zweifellos ergeben habe, daß hiernach der Rückverweisung des englischen Rechtes stattzugeben sei. - In seinem Gutachten hatte D. Juan de Dios Trias sich berufen auf die französische Judikatur (ältestes Urteil Clunet 1883 S. 64, jungstes Urteil Clunet 1900 S. 368), die Rechtsprechung Belgiens (Sirey 1882, 4, 17; Clunet 1887 S. 748) and Canadas (Clunet 1899 8. 408), sowie auf Art. 27 des deutschen B.G.B.

Los bienes muebles están sujetos á la ley de la nación del propietario; los bienes inmuebles á las leues del mate mate antique del mate de

ienes inmuebles á las leyes del país en que están sitos. Sin embargo, las sucesiones legitimas y las testamentarias, así respecto al orden de suceder como d la cuantía de los derechos sucesorios y á la valides intrínseca de sus disposiciones, se regularán por la ley nacional de la persona de cuya sucesión se trate, cualesquiera que sean la naturaleza de los bienes y el país en que se encuentren"

Art. 6 Abs. 2c des Código civil lautet:

"Cuando no haya ley exactamente aplicable al punto controvertido, se aplicará la costumbre del lugar, y, en su defecto, los principios generales

del derecho."

Als neuere französische Urteils hätte das Gutachten noch auführen können die bei Clunet XXI 562, XXIII 246 angeführten, und aus der belgischen Judikatur das Urteil bei Clunet XXIII 8. 655 (aus dem Jahre 1895). Dagegen wäre als Beleg für die Nichtbefolgung der Rückverweisung das Urteil des Tribunat civil de la Seine vom 10. Februar 1893 (J. XX 530, s. **Niemeyer**. auch J. XXIII 248) ansufthren gewesen.

Vermischte Mitteilungen.

I. Die "Cautio judicatum solvi" in der Schweiz!).

Während in der Schweiz infolge des Art. 11 des Haager Abkommens über das internationale Privatrecht 14, 11, 1896 (a. Zeitschr. f. intern. Privat- u. Strafrecht IX 422) Auslander,

¹⁾ Die Einzelheiten der folgenden Mitteilungen verdankt die Redaktion der Gitte des Herrn Prof. Marcusen in Bern.

welche einem Vertragsstaat angehören, vor schweizerischen Gerichten von der cautio judicatum solvi befreit sind, und zwar natürlich auch dann, wenn sie in einem anderen Kanton als demjenigen des Gerichtssitzes wohnen, müssen Schweizer vor den Gerichten der meisten Kantone, wenn sie in einem anderen Kanton wohnen, die Kaution stellen.

Das schweizerische Bundesgericht hat in seinem Geschäftsbericht vom 1. März 1901 an die Bundesversammlung sich darüber folgendermaßen ausgesprochen:

"Die am 25. Mai 1899 in Kraft getretene Internationale Übereinkunft betreffend Civilprozessrecht hat, in Verbindung mit der Thatsache, dass die meisten Kantone noch an der auf dem sogenannten Domizilprincip beruhenden Prozesskaution festhalten, hinsichtlich der Kautionspflicht eine Bevorzugung der Ausländer vor den Schweizerbürgern herbeigeführt. die als fast unleidlich zu bezeichnen ist. Folgender Fall war geeignet, das Verhältnis ins Licht zu stellen: ein im Kanton Solothurn wohnhafter Italiener erhob in Aarau gegen einen dortigen Einwohner Civilklage. Das gemäß dem kantonalen Prozefsgesetz gestellte Begehren des Beklagten, dass der Kläger eine Prozefskaution zu stellen habe, wurde vom Aargauer Gerichte unter Berufung auf Art. 11 der internationalen Übereinkunft abgewiesen, ebenso ein dagegen erhobener staatsrechtlicher Rekurs vom Bundesgerichte, während das Begehren nicht hatte abgewiesen werden können, der Kläger also zur Kostenversicherung angehalten worden sein wurde, wenn er Schweizerbürger gewesen ware. Die Entscheidung des Gerichts konnte in der That nicht anders getroffen werden; sie entspricht durchaus der Bestimmung in der Übereinkunft, welche jede Prozeskaution wegen der Ausländereigenschaft des Klägers und wegen seines Wohnsitzes außerhalb des Prozessstaates beseitigt. Dass die Schweiz zur Zeit noch in kantonale Prozessgebiete zerfällt. die sich in dieser Beziehung wie Inland und Ausland gegenüberstehen, ist den anderen Staaten sehr wohl bekannt, und es haben darum auch die Vertreter derselben an den Konferenzen im Haag, an denen die internationale Übereinkunft beraten wurde, ganz entschieden erklärt, dass man sich in diesem Punkt der Schweiz gegenüber mit einer Zusicherung der Gleichbehandlung der Angehörigen der Vertragsstaaten und der Schweizerbürger

nicht zufrieden geben könne. Man wollte die Befreiung von der Prozefskautionspflicht im ganzen Gebiete der Vertragsstaaten herbeiführen. Vor diesem Grundsatze muß auch die Kautionsauflage von Kanton zu Kanton weichen, aber eben nur, soweit es Ausländer betrifft. Diesem Zustande wird nur durch die Aufstellung einer bundesgesetzlichen Norm ein Ende gemacht werden können. Denn davon, dass die Schweiz etwa von der Übereinkunft zurücktrete (was erstmals auf das Jahr 1904 geschehen könnte), wird keine Rede sein; ein solcher Rücktritt würde einen wirklichen Rückschritt bedeuten, da er die Schweizerbürger mancher mit der Übereinkunft unleugbar verbundener Vorteile berauben wurde. Ebensowenig wurde es sich empfehlen, die Lösung auf dem umständlichen und hinsichtlich des Resultates unsichern Wege des Konkordates anstreben zu wollen. Einer Erörterung der Frage, ob der Bund zum Erlasse eines Gesetzes befugt sei, glauben wir uns dermalen enthalten zu können; wir setzen voraus, dass, wo lediglich dafür gesorgt werden soll, dass die Schweizer in der Schweiz nicht schlechter gestellt seien als die Auslander, die Kompetenz des Bundes von keiner Seite werde bestritten werden.*

Zufolge der Anregung der Kantone Zürich und St. Gallen ist am 10. Dez. 1901 in Bern eine Konferenz von kantonalen Delegierten zusammengetreten, welche zu folgendem, von dem eidgenössischen Justizdepartement demnächst den Kantonalregierungen vorgelegten Entwurf eines "Konkordates" geführt hat:

Art. 1. Der Schweizerbürger, der als Partei oder Intervenient im Civilprosesse in einem der dem Konkordat beigetretenen Kantone vor Gericht
auftritt, kann, wenn er in einem andern der dem Konkordat beigetretenen
Kantone seinen Wohnsitz hat, deswegen, weil er in dem Kanton, in
welchem der Prozefs geführt wird, keinen Wohnsitz hat, zu keinerlei
Kostenverzicherung angehalten werden; ebenso darf das Verlangen, einen
für die Prozefskosten haftenden Vertreter zu stellen, aus diesem Grunde
nicht gegen eine solche Prozefspartei oder einen solchen Intervenienten
gestallt werden.

Art. 2. Diese Vorschriften finden ebenfalls Anwendung auf Schweizerbürger, welche in einem auswärtigen Staate wohnen, der der internationalen Übereinkunft betraffend Civilprozefsrecht vom 14. November 1898 beigetreten ist, und welche in einem der dem Konkordat beigetretenen Kantone in einer der in Artikel 1 bezeichneten Eigenschaft vor Gericht würzeten.

Die meisten Kantone haben grundsätzlich ihre Zustimmung zu dem Konkordatsentwurf ausgesprochen, andere haben erklärt, daß sie den Weg der Kantonalgesetzgebung vorzögen. Solothum und Tessin haben letzteren Weg bereits beschritten.

Dem Vernehmen nach hat zum Text des Konkordates bisher (17. März 1902) nur der Kanton Neuenburg seine Zustimmung erklärt.

Anerkennung ausländischer Aktiengesellschaften in Rußland.

Nach einer Mitteilung in dem Annuaire de législation étrangère (Paris, Cotillon) 29. Jahrgang, 1900, S. 573, welche auf "Bulletin russe de statistique 1899 S. 218" Bezug nimmt, haben in der Zeit vom 1. Januar 1896 bis 1. August 1899 mehr als 100 im Ausland zum Zweck des Geschäftsbetriebes in Rußland gegründete Aktiengesellschaften die Autorisation der russischen Regierung erhalten, während in der Zeit von 1889 bis 1895 nur 41 ausländischen Gesellschaften die Zulassung erteilt war. — In dem russischen Reichsgesetzblalt werden die Statuten dieser Gesellschaften in extenso veröffentlicht.

8. Eintragung deutscher Urteile in Ehesachen in die österreichischen Heiratsregister.

Das Badische Justizministerium hat (s. "Badische Rechtspraxis" 1901 S. 20) am 23. April 1901 folgende Bekanntmachung erlassen:

"Nach einer Mitteilung des Auswärtigen Amtes haben die vor einiger Zeit eingeleiteten Verhandlungen mit der österreichischen Regierung über die Frage, ob die in Ehesachen von deutschen Gerichten gefällten Urteile in die österreichischen Heiratsregister ohne vorherigen Erlaß eines Vollstreckungsurteils des zuständigen österreichischen Gerichts eingetragen werden können, nicht zum Ziele geführt, weil die österreichische Regierung in die in ihre Heiratsregister einzutragenden Vermerke einen Zusatz des Inhalts aufnehmen wollte, daß die Entscheidung eines österreichischen Gerichts über die Rechtswirksamkeit des deutschen Urteils nicht ergangen sei. Ein solcher Zusatz erschien geeignet, in Österreich Zweifel an der Wirksamkeit der deutschen Urteile hervorzurufen und dadurch den Zweck der

Eintragung in Frage zu stellen, so dass, da in Deutschland die entsprechenden Eintragungen ohne einen Zusatz dieser Art erfolgen, das Erfordernis der Gegenseitigkeit nicht als erfüllt angesehen werden kann. Die österreichische Regierung hat darauf die in Betracht kommenden Verwaltungsbehörden von dem Ergebnis der Verhandlungen in Kenntnis gesetzt und sie angewiesen, die Eintragung eines deutschen Urteils in ein österreichisches Heiratsregister nur auf Grund eines österreichischen Vollstreckungsurteiles herbeizuführen. Mit Rücksicht hierauf sind die badischen Staatsanwaltschaften angewiesen, vorläufig von allen Massnahmen des in § 55 Abs. 1 des Pers.St.G. bezeichneten Inhalts (zu vergleichen § 25 Abs. 1 der Ausführungsvorschriften des Bundesrats, § 280 Abs. 1 u. 2 der Dienstweisung für die Standesbeamten) hinsichtlich der in Österreich geschlossenen Ehen abzusehen, ebenso wie dies bezüglich der in Italien, Großbritannien und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika geschlossenen Ehe durch § 280 Abs. 3 der Dienstweisung für die Standesbeamten angeordnet ist. Gleiche gilt auch für die in § 25 Abs. 2 der Ausführungsvorschriften des Bundesrats zum Pers.St.G. und in § 280 Abs. 1 u. 4 der Dienstweisung für die Standesbeamten vorgeschriebene Übersendung eines Auszugs aus dem Heiratsregister im Falle des § 1348 Abs. 2 B,G.B."

4. Beurkundung der Anerkennung unehelicher Kinder durch italienische Konsuln.

Am 21. Nov. 1902 hat das Badische Justizministerium (s. "Badische Rechtspraxis 1902 S. 37") bekannt gemacht:

"Der italienische Generalkonsul in M. war zu der von ihm vorgenommenen Beurkundung der Anerkennung eines vorehelichen Kindes, welches die italienischen Staatsangehörigen Pietro B. und Marie B. anläßlich der vor ihm erfolgten Eheschließung erklärt hatten, zuständig. Nach Art. 10 des deutsch-italienischen Konsularvertrages hängt die Gültigkeit dieses Rechtsaktes lediglich von der Frage ab, ob dem genannten Generalkonsul nach italienischem Recht die entsprechende Ermächtigung erteilt ist. Dies ist aber nach der von der italienischen Regierung erteilten amtlichen Auskunft der Fall, da die italienischen Konsuln nach Art. 29 des italienischen Konsulatsgesetzes gegenüber den

italienischen Staatsangehörigen und nach den italienischen Gesetzen als Standesbeamte fungieren, und den italienischen Standesbeamten durch Art. 100 der königl. V. vom 15. Nov. 1865 ausdrücklich die Befugnis beigelegt ist, die Erklärungen von Ehegatten entgegenzunehmen, die bei der Eheschließung ihre vorehelichen Kinder anerkennen wollen."

5. Eheschliefsung in Ohio.

Das Kaiserl, deutsche Konsulat Cincinnati teilt laut "Badische Rechtspraxis 1902" (unter 1901 No. 3318) mit:

In Ohio können Knaben von 18 und Mädchen von 16 Jahrea heiraten, wenn sie noch unverheiratet und mit dem anderen Teile nicht näher verwandt sind als Vettern und Basen zweiten Grades. Männer unter 21 und Mädchen unter 18 Jahren bedürfen aber der Einwilligung des Vaters bezw. der Mutter bezw. des Vormunds. Der Mangel dieser Einwilligung macht die Ehe weder ungültig, noch anfechtbar. Ehen, welche Knaben unter 18 und Mädchen unter 16 Jahren geschlossen haben, sind ungültig, werden aber gültig, wenn die Knaben oder Mädchen, nachdem sie das erwähnte Alter erreicht haben, mit dem anderen Teile den Beischlaf vollziehen. Ehen, welche Geisteskranke eingehen, sind nichtig. Friedensrichter, Bürgermeister und Geistliche können Trauungen vornehmen, die Geistlichen jedoch nur, wenn sie von dem zuständigen Nachlassrichter¹) zur Vornahme von Trauungen ermächtigt worden sind. Ehe diese Personen Trauungen vornehmen dürfen, muß entweder ein zweimaliges Aufgebot in einer Kirche der Grafschaft, in welcher die Braut wohnt, vorangegangen sein, oder der zuständige Nachlaßrichter muss seine Erlaubnis gegeben haben. Letztere muss stets gegeben werden, wenn kein gesetzlicher Hinderungsgrund vorhanden ist. Der die Trauung vollziehende Beamte oder Geistliche muss dem Nachlassrichter von jeder vollzogenen Trauung Mitteilung machen, damit die Heiratsregister vervollständigt werden können. Eine in vorschriftsmässiger Form abgeschlossene Ehe

 [&]quot;Probate judge". — Die Materialien bei Stimson, American statute law (Boston, Charles C. Soule, 1886) S. 664 ff. über das amerikanische Ebeschließungsrecht werden durch die obigen Mitteilungen zum Teil ergänst. Redattion.

gilt solang als gültig, als der Nachweis ihrer Ungültigkeit nicht erbracht ist."

6. Lex loci actus für die Eheschließung in den Vereinigten Staaten von Amerika maßgeblich.

In der Harvard Law Review Bd. XV (1902) S. 382—94 stellt J. H. Be ale fest, daß der alte Grundsatz des common law: "the validity of a marriage depends upon the question whether it was valid where it was contracted; if valid there, it is valid everywhere", d. h. die durchgehende Maßgeblichkeit der lex loci actus für die Eheschließung, sowohl was die Form als was die materiellen Erfordernisse, insbesondere auch die persönlichen Eigenschaften der Nupturienten betrifft, nach wie vor das geltende Recht der Vereinigten Staaten ist und daß hier die in England neuerdings stattfindende Anwendung der lex domicilii für die capacity der Eheschließenden der amerikanischen Praxis fremd sei. Der Verfasser verteidigt auch de lege ferenda lebhaft den amerikanischen Grundsatz. —

 Ausschließung der Ausländer, insbesondere auch der Deutschen, vom Grunderwerb in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Es ist nicht allgemein bekannt, daß in einer Reihe von Gliedstaaten der Union Ausländer vom Erwerbe inländischer Immobilien ausgeschlossen oder darin beschränkt sind. Ersteres gilt von Illinois und Nebraska, letzteres von California, Delaware, New-Hampshire, Indiana, Connecticut, Pennsylvania, Kentucky, New-York, Wisconsin, Iowa, Minnesota, Texas und den sog. Distrikten. Vgl. Vocke, Handbuch der Rechtspflege in den Vereinigten Staaten von Amerika, Köln (Bachem) o. J., S. 157 ff., Böhm, Handb. d. internat. Nachlaßbehandlung, 2. Aufl., Augsburg 1895, S. 510 ff. — Im Staate Illinois ist die unbedingte Geltung jener Vorschriften insbesondere Deutschen gegenüber durch ein Urteil des obersten Gerichtshofes vom November 1896 ausgesprochen worden. S. J. XXVIII 391, National reporter 3. Dez. 1896.

8. Bestrebungen zur Herstellung eines einheitlichen Ehescheidungsrechtes in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die "Conference of Commissioners from the various States for Promoting Uniformity of Legislation in the United States" hat zu Denver im August 1901 beschlossen, den einzelnen Gliedstaaten die folgenden beiden Gesetzentwürfe zur Annahme zu empfehlen:

a) An Act to Establish a Law Uniform with the Laws of Other States Relative to Migratory Divorces.

Section 1. No divorce shall be granted for any cause arising prior to the residence of the complainant or defendant in this State which was not a ground for divorce in the State where the cause arose.

Sec. 2. The word "divorce" in this act shall be deemed to mean divorce from the bond of marriage.

Sec. 3. All acts and parts of acts inconsistent herewith are hereby repealed.

b) An Act to Establish a Law Uniform with the Laws of Other States Relative to Divorce Procedure and Divorce from the Bonds of Marriage.

Section 1. No person shall be entitled to a divorce for any cause arising in this State, who has not had actual residence in this State for at least one year next before bringing suit for divorce, with a bona fide intention of making this State his or her permanent home.

Sec. 2. No person shall be entitled to a divorce for any cause arising out of this State unless the complainant or defendant shall have resided within this State for at least two years next before bringing suit for divorce, with a bona fide intention of making this State his or her permanent home.

Sec. 3. No person shall be entitled to a divorce unless the defendant shall have been personally served with process, if within this State, or if without this State, shall have and personal notice duly proved and appearing of record, or shall have entered an appearance in the case; but if it shall appear to the satisfaction of the court that the complainant does not know the address nor the residence of the defendant and has not been

able to ascertain either, after reasonable and due inquiry and search, continued for six months, after suit brought, the court or judge in vacation may authorize notice by publication of the pendency of the suit for divorce, to be given in manner provided by law.

- Sec. 4. No divorce shall be granted solely upon default nor solely upon admissions by the pleadings, nor except upon hearing before the court in open session.
- Sec. 5. After divorce either party may marry again, but in cases where notice has been given by publication only, and the defendant has not appeared, no decree or judgment for divorce shall become final or operative until six months after hearing and decision.
- Sec. 6. Wherever the word "divorce" occurs in this act, it shall be deemed to mean divorce from the bonds of marriage.
- Sec. 7. All acts and parts of acts inconsistent herewith are hereby repealed.

9. Internationale Schiedsverträge und Schiedssprüche.

a) Schiedsspruch des Präsidenten der fransösischen Republik betreffend die Territorialgrenze zwischen Columbien und Costarica,

Nachdem am 4. November 1896 die Republiken Columbia und Costarica den zwischen ihnen schwebenden Streit über ihre Landesgrenzen dem Präsidenten der französischen Republik übertragen hatten, hat der Präsident Loubet den Schiedsspruch gefällt und im Journal officiel de la République française am 15. Sept. 1901 publizieren lassen. Der Text ist abgedruckt J. XXVIII 858—60.

b) Schiedsvertrag zwischen Italien und Peru.

In einem Civilprozess zwischen den beiden Handlungshäusern Anselmo (Italien) und Ferraro (Peru) hatten italienische Gerichte das letztere verurteilt. Der oberste Gerichtshof in Lima weigerte dem Urteil die Anerkennung unter Bestreitung der Kompetenz der italienischen Gerichte. Der daraufhin entstandene diplomatische Streit ist dem Schiedsspruch des schweizerischen Bundespräsidenten unterbreitet. Der schweizerische Bundesrat hat im Mai 1901 den Präsidenten ermächtigt, das Schiedsrichteramt zu übernehmen. (Journal de Genève, 3. Juni 1901, J. XXVIII 893.)

10. Auslieferungswesen.

a) Frankreich.

In einem Cirkular des Garde des sceaux an die Staatsanwälte und Untersuchungsrichter vom 22. Februar 1901 wird eine Übersicht über die Delikte gegeben, wegen deren nach den geltenden Verträgen Frankreichs von und gegenüber den einzelnen Staaten Auslieferung zu gewähren ist. Das Cirkular ist abgedruckt J. XXVIII 884.

b) Fransösische Auslieferungsstatistik 1898.

Im Jahre 1898 wurden ausgeliefert: von Frankreich: 184, an Frankreich: 319 Verbrecher. Es wurden ausgeliefert:

an Belgien 82, Italien 44, die Schweiz 31, Deutschland 19,

Spanien 4, England, Luxemburg, Montenegro je 1,

von Belgien 61, der Schweiz 34, England 13, Deutschland 9, Italien, Spanien je 6, Monako 4, Luxemburg, Vereinigte Staaten von Amerika je 1. (Franz. Journal officiel 31. Jan. 1901.)

c) Englands Auslieferungsverkehr 1899.

Im Jahre 1899 wurden Auslieferungsgesuche erledigt:

- a) 51 an England ergangene (von Deutschland und Frankreich je 12, Österreich-Ungarn 6, Italien und den Vereinigten Staaten je 4, Rufsland 3, Belgien, Holland, Schweden-Norwegen, Schweiz je 2, Dänemark und Rumänien je 1),
- b) 6 von England ergangene (von den Vereinigten Staaten 3. Belgien, Frankreich und Italien je 1).

Was die Art der Erledigung betrifft, so wurden zu a) 3 Auslieferungsbegehren abgelehnt, in 10 Fällen die Auszuliefernden nicht gefunden, 3 Fälle erledigten sich aus anderen Gründen, in 35 Fällen wurde ausgeliefert;

zu b) wurde nur in 2 Fällen die Auslieferung bewirkt (an Frankreich und Italien), in 3 anderen Fällen verstand sich der Beschuldigte freiwillig zur Rückkehr (2 Amerika, 1 Belgien), in einem Fäll wurde das Auslieferungsbegehren zurückgezogen. (J. XXVIII 960; vgl. ebenda S. 947: Craies, "Notes sur l'extradition en Angleterre pendant les années 1899 et 1900.")

Gesetzgebung, Vererdnungen etc.

I. Deutsches Reich.

- 1. Bekanntmachung 29. 9. 1901 betr. d. Text des Gewerbegerichtsgesetzes in der v. 1. 1. 1902 ab geltenden Fassung (R.G.Bl. S. 353).
- 2. Bekanntmachung 1. 10. 1901 betr. den Schutz deutscher Warenbezeichnungen in Costarica (R.G.Bl. S. 375).
- 3. Verordnung des Reichskanzlers 29. 11. 1901 betr. die Haussklaverei in Deutsch-Ostafrika (Deutscher Reichs- u. preuß. Staatsanzeiger No. 289).

Um die Abschaffung der Hauseklaverei in Deutsch-Ostafrika vorzubereiten, wird für das genannte Schutzgebiet auf Gund des § 15 des Schutzgebietgesetzes (R.G.Bl. 1900 S. 818) folgendes bestimmt:

- § 1. Durch Selbstverkauf, durch Verkauf seitens der Verwandten, durch Schulden oder sonstige Verpflichtungen, sowie als Strafe für Ehebruch kann ein Sklavereiverbältnis nicht neu begründet werden.
- § 2. Jeder Haussklave ist befugt, die Beendigung des Sklavenverhältnisses durch Zahlung einer Ablösungssumme berbeizuführen.

Die Höhe der Äblösungssumme wird von der auständigen Verwaltungsbehörde festgesetzt. Jedem Haussklaven, welcher die festgesetzte Ablösungssumme gezahlt hat, ist von der Verwaltungsbehörde ein Freibrief auszustellen.

- § 3. Jedem Haussklaven muß gestattet werden, an zwei Tagen der Woche für sich selbst zu arbeiten oder den entsprechenden Ertrag seiner Arbeit für sich zu verwenden. Soweit das bisherige Gewohnheitsrecht in dieser Beziehung noch günstiger für den Haussklaven war, bleibt dasselbe in Kraft. Hierüber, sowie über sonstige Streitigkeiten zwischen Herrn und Haussklaven entscheidet die zuständige Verwaltungsbehörde.
- § 4. Der Herr eines Hauseklaven ist verpflichtet, denselben auch im Alter und bei Krankheit zu unterhalten und zu pflegen.

Die nach dem Eintritt von Altersschwäche oder Krankheit erfolgende Preilassung eines Haussklaven hebt diese Verpflichtung nicht auf.

- § 5. Die Übertragung des Herrenrechts darf nur mit Zustimmung des Hansklaven vor der zuständigen Verwaltungsbehörde erfolgen und ist von deren Genehmigung abhängig. Vor Erteilung der Genehmigung hat die Bebörde außer sonstigen ihr wichtig erscheinenden Punkten die Rechtmäßigkeit des Sklavereiverhältnisses zu priffen und darauf zu achten, dass Familienwitglieder ohne ihre Zustimmung nicht von einander getrennt werden.
- § 6. Das Herrenrecht wird verwirkt, wenn der Herr seine Pflicht gegen den Haussklaven schwer verletzt. Die zuständige Verwalfungsbehörde hat Pille von Pflichtverletzungen dieser Art, welche zu ihrer Kenntnis gelanges,

von Amtswegen zu unterzuchen und ist gegebenenfalle befugt, die Freilassung des betreffenden Hauseklaven durch Ausstellung eines Freibriefe berbeizuführen, ohne daß dem bisherigen Herrn ein Anspruch auf Entschädigung zusteht,

- § 7. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 500 Rupien oder Freiheitsetrafe bis zu drei Monaten bestraft, soweit nicht durch sonstige Strafgesetze eine höhere Bestrafung verwirkt ist.
- § 8. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündigung in Kraft.
- 4. Reichsgesetz 30. 12. 1901 betr. Abänderung der Strandungsordnung (R.G.Bl. 1902 S. 1).

II. Die deutschen Einzelstaaten.

Baden.

Ministerialbekanntmachung 19. 12. 1901 betr. die im Ausland zu erledigenden Ersuchungsschreiben der Justizbehörden (Ges. u. Ver. Bl. S. 581).

Bayern.

1. Ministerialbekanntmachung 21, 11. 1901 betr. die im Auslande zu erledigenden Ersuchschreiben der Justizbehörden (J.M.Bl. S. 645).

Ersuchen um Zustellung an Personen, die in der österreichisch-ungarischen Monarchie dienen, in bürgerlichen Sachen und in Strafsachen, sind vos nun an an das suständige Civilgericht zu richten.

Die Bestimmung in Ziffer 33 Abs. 3 der Bekanntmachung vom 28. Nevember 1887 (J.M.Bl. S. 279) ist aufgehoben.

Bekanntmachung des Staatsministeriums der Justiz 30. 11.
 1901 betr. Verehelichung von Bayern in der Schweiz und von Schweizern in Bayern (J.M.Bl. S. 646).

Der schweizerische Bundesrat hat in einem Kreisschreiben an sämtliche eidgenössischen Stände vom 20. September 1901 die Vorschriften des materiellen und formellen Eheschließungsrechts bekannt gegeben, welche sich auf die Verehelichung von Deutschen in der Schweiz und auf die Verehelichung von Schweizern in Deutschland beziehen.

In diesem Kreisschreiben wird im Abschnitt A, II Ziffer 2 darauf hisgewiesen, daß nach Art. 31 des bayerischen Heimatgesetzes die im rechtsrheinischen Bayern heimatberechtigten Männer zur Eingehung einer Ebe eines von der Distriktsverwaltungsbehörde ihrer Heimat ausgestellten Verehelichungszeugnisses bedürfen. Die schweizerischen Civilstandesbeamten werden ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß sie dieses Vereholichungszeugnis jeweils von Amtswegen zu verlangen haben. Ferner wird im Abschnitte B Ziffer 2 des bezeichneten Kreisschreibens bekannt gegeben, daß Schweizer und Schweizerinnen, welche in Bayern eine Ehe eingehen wollen, ein Zeugnis ihrer zuständigen Heimatbehörde darüber beizubringen haben, daß dieser ein nach den schweizerischen Gesetzen bestebendes Ehehindernis nicht bekannt geworden ist. Das Zeugnis muß mit einer Bescheinigung des Gesandten oder eines Konsuls des Reiches über die Zuständigkeit der ausstellenden Behörde versehen sein. Schweizer haben außerdem das in Art. 34 des bayerischen Heimatgesetzes vorgeschriebene Zeugnis der Distriktsverwaltungsbehörde zu erwirken, worin bescheinigt wird, daß der Eheschließung kein Hindernis im Wege steht. Dieses Zeugnis wird auf Grund eines Nachweises darüber erteilt, daß nach den schweizerischen Gesetzen die beabsichtigte Eheschließung civilrechtlich zulässig ist; ein solcher Nachweis kann durch das von den Verlobten vorzulegende Zeugnis über das Nichtbekanntsein von Ehehindernissen erbracht werden.

Bremen.

Verordnung 31. 1. 1902 betr. Zuständigkeit des Amtsgerichts Bremen f. Todeserklärungen (G.Bl. S. 15).

Oldenburg.

Ministerialbekanntmachung 14. 1, 1902 betr. Zuständigkeit f. Todeserklärungen von oldenburgischen Staatsangehörigen ohne inländischen Wohnsitz (Ges.Bl. f. Oldenburg S. 163; Ges.Bl. f. Birkenfeld S. 555).

Prensen.

- 1. Allg. Verf. des Justizministers 21. 10. 1901 betr. Unterscheidungssignale d. Kriegs- u. Kauffahrteischiffe (J.M.Bl. S. 255).
- 2. Verf. des Finanzministers 27. 9. 1901 betr. die Steuer für ausländische Wettunternehmungen (betr. insbesondere die Totalisatoren) (C.Bl. S. 268).
- 3. Verf. des Ministers des Innern 2. 10. 1901 betr. die geschäftliche Behandlung von Ersuchungsschreiben, die im Auslande zu erledigen sind, insbesondere auch solche an deutsche Konsulate (M.Bl. S. 223).

Sachson.

Ministerialverordnung 18. 11. 1901 betr. Geschäftsverkehr mit den k. k. Österreichischen und k. Ungarischen Gerichten (Ges. u. Ver. Bl. S. 168).

Sachsen-Weimar.

Ministerialbekanntmachung 28. 9. 1901 betr. Bezeichnung des Amtsgerichts in Weimar als zuständ. Gericht f. d. Aufgebotsverfahren zum Zweck der Todeserklärung eines verschollenen Angehörigen des Großherzogtums in Ermangelung eines letzen inländischen Wohnsitzes (Reg.Bl. S. 223).

Schaumburg-Lippe.

Allg. Verf. 3. 1. 1902 betr. Eheschließung v. Angehörigen der bayerischen Landesteile diesseits des Rheins (L.Vo. 1902 S. 147).

III. Auswärtige Staaten.

Amerika, Vereinigte Staaten.

A. Bundesrecht.

Seemannsordnung 21, 12, 18981).

B. Gesetzgebung für die einzelnen Staaten.

Alaska.

- 1. Strafgesetzbuch und Strafprozessordnung 3. 3. 1899¹).
- 2. Civilgesetzbuch und Civilprozessordnung 6. 6. 1900.

Illinois.

- 1. Gesetze 21. 2, 1899 und 23. 4. 1899 betr. Abänderungen der Gerichtsverfassung.
- 2. Ges. 21. 4. 1899 betr. die Fürsorge für verlassene und verwahrloste Kinder.
- 3. Ges. 21. 4. 1899 betr. die vorläufige und die bedingte Entlassung der Strafgefangenen.
- 4. Ges. 22. 4. 1899 betr. die Bestrafung der öffentlichen Ausstellung der Bilder berüchtigter Verbrecher und menschlicher Deformitäten.
 - 5. Vogelschutzgesetz 24. 4. 1899.

¹⁾ Bericht: Annuaire de législation étrangère, 29. année, 1900 (Paris, Cotillon) S. 681.

Newyork 1).

- 1. Ges. 17. 3. 1899 betr. das Mindestmass des von See- und Feuerversicherungsgesellschaften aufzubringenden Gründungskapitals.
 - 2. Ges. 1. 4. 1899 über die Hausindustrie.
 - 3. Ges. 17. 4. 1899 betr. die Eidesform.
- 4. Ges. 18. 4. 1899 betr. die Beaufsichtigung gemeinnütziger Gesellschaften.
 - 5. Ges. 12, 5, 1899 betr. den Normalarbeitstag.
 - 6. Ges. 25, 5, 1899 betr. die Einführung von Polizeimatronen.
 - 7. Ges. 25. 5. 1899 betr. Bekämpfung der Trusts.

Distrikt Columbia.

- 1. Ges. 12. 1, 1899 betr. Inhaber- u. Orderpapiere (einschliefslich Wechselrecht)*).
 - 2. Ges. 3. 3. 1899 betr. Bestrafung der Verführung.
 - 3. Vogel- und Jagdschutzgesetz 3. 3. 1899.

Argentinien.

- Militärgesetzbuch 8, 11, 1898⁴).
- 2. Ges. 14, 10, 1899 betr. die landwirtschaftlichen Versicherungen.
- 3. Ges. 5. 1. 1900 betr. Abanderung der Artikel 190, 191 des Strafgesetzbuchs.

Belgien.

- Militärstrafprozefsordnung 15. 6. 99*).
- 2. Ges. 2. 7. 1899 betr. Sicherheit und Gesundheit der Arbeiter.
 - 3. Ges. 19. 1. 1899 betr. die Flussfischerei.
- 4. Ges. 3. 8. 1899 betr. Abanderung des Ges. 31, 5, 1888 aber die bedingte Verurteilung 6).
- 5. Ges. 29, 12, 1899 betr. die Wahlen für das Repräsentantenhaus und den Senat (Proportionalsystem) 7).

¹⁾ Bericht: Annuaire a. s. O. S. 899.

²⁾ Bericht: Annuaire a. a. O. S. 697.

⁸⁾ Bericht: Assusairs a. a. O. S. 68b.

⁴⁾ Bericht: Annuaire a. a. O. S. 774 ff.

⁵⁾ Bericht und Text: Annuaire a. a. O. S. 425 ff.

⁶⁾ Bericht und Text: Annuaire a. a. O. S. 457 ff. 7) Bericht und Text: Annuaire a. a. O. S. 463.

Britisch Indien.

- 1. Ges. 17. 2. 1899 betr. Abänderung des Ges. v. 1872 über Kontrakte (insbesondere "indue influence).
- 2. Ges. 13. 10. 1899 betr. die Obervormundschaftsbehörde (Court of Wards).

Bulgarien.

- Ges. 5, 1, 1899 betr. Abanderung des Handelsgesetzbuchs
 18, 5, 1897 (Art. 201, 226, 250, 395, 483).
- 2. Ges. 7. 6. 1899 betr. Abanderung des Gerichtsverfassungsgesetzes (insbesondere Richteramt).

Canada.

- 1. Ges. 11. 8. 1899 betr. die Kreditgenossenschaften.
- 2. Ges. 24. 8. 1898 für die Provinz Ontario betr. die Abänderung verschiedener Gesetze (insbesondere über Gerichtsverfassung, Eheschließung, Gesellschaftsrecht).

Congestant.

Ges 27. 3. 1899 betr. Unterdrückung des Glücksspiels.

Crets.

Verfassungsgesetz 16, 4, 1899 1).

Dänemark.

- Ges. 24. 3. 1899 über die Schaffung von Landlosen für die landwirtschaftlichen Arbeiter.
 - 2. Ges. 7. 4. 1899 über die Sparkassen.
 - 3. Ges. 7. 4. 1899 über Sprengstoffe.
- 4. Ges. 7. 4. 1899 über das eheliche Güterrecht*). (33 Artikel):

Art. 83. Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden auch auf die im Ausland geschlossenen Ehekontrakte Anwendung, wenn der Ehemann seinen Wohnsitz in Dänemark hat; in jedem Fall richtet sich die Fähigkeit der Frau, den Ehekontrakt zu schließen, nach dem Recht ihres Domizils.

Der Ehekontrakt, welcher von einem nicht in Dänemark domizilierten Ehemann errichtet wird und gültig nach dem Recht dessen Domizils ist, ist gültig in Dänemark bezüglich des ehelichen Güterrechts im Verhältnis der Ehegatten und ihrer Erben, sofern er nichts enthält, was dem gegen-

¹⁾ Französische Übersetzung: Annuaire a. a. O. S. 629.

²⁾ Französische Übersetzung: Annuaire a. a. O. S. 545.

wirtigen Gesetse widersprieht, und im Verhältnis zu Dritten, wenn die Vonchriften der Artikel 6 und 8 dieses Gesetses befolgt sind, innerhalb eines Monates, nachdem der Mann Domisii in Dänemark genommen hat.

(Art. 6 betrifft die gerichtliche Publikation des Ehekontraktes. Art. 8 enthält die Vorschrift, daß, wenn auf Schuldverschreibungen, Aktlen, Pelicen und ähnlichen Papieren der Ehekontrakt nicht vermerkt ist, er gegnüber gutgläubigen Erwerbern dieser Papiere nicht wirkt.)

Ecuador.

- 1. Dekret 12. 4. 1899 betr. die Dienstverträge.
- 2. Dekret 12. 10. 1899 betr. Verbot der Einwanderung von Chinesen.
 - 3. Ges. 31. 10. 1899 betr. die Fabrik- u. Handelsmarken.

Egypton.

- Dekret 31, 1, 1899 betr. das Fortbestehen der gemischten Gerichtshöfe.
- 2. Ministerialverordnung 17. 4. 1899 betr. die Aktiengesellschaften 1) (betr. die Bedingungen, von welchen die Regierung die erforderliche Autorisation der Aktiengesellschaften abhängig macht).
- 3. Dekret 13. 12. 1899 betr. die Berechtigungen der Kommissare der "Dette publique"").

Griechenland.

- 1. Ges. 8, 7. 1899 betr. die Exmission von Wohnungsmietern²).
- 2. Verordnung 26. 11. 1899 betr. Einsetzung einer Kommission zur Vorbereitung des Entwurfes eines bürgerlichen Gesetzbuches.
 - 3. Ges. 24. 7. 1899 betr. Altertumsfunde 4),

¹⁾ Bericht: Annugire a. a. O. S. 647.

²⁾ Aus Veranlassung des für die Sudanexpedition bewilligt gewesenen, von dem gemischten Gerichtshof zu Alexandria 2. 12. 1896 abgelehnten Betrages von 500000 & für die Sudanexpedition, S. Ammaire a. a. O. 8. 652.

⁵⁾ Bericht und Text: Annuaire a. a. O. S. 715.

⁴⁾ Bericht: Annuaire a. a. O. S. 624.

Haitl.

Ges. 29. 9. 1898 betr. das kaufmännische Pfandrecht 1).

Helland.

- 1. Ges. 9. 1. 1899 betr. Einrichtung des statistischen Amtes (Staatsblad No. 43).
- 2. Ges. 19. 5. 1899 betr. Abanderung des Art. 109 des Reglements 2. 9. 1854 (Staatsblad No. 129) für die Kolonien (Gleichstellung der Japaner mit den Europäern, Staatsblad No. 129).
 - 3. Berggesetz 23. 5. 1899 für Indien (Staatsblad No. 124).
- 4. Währungsgesetz 23. 5. 1899 für Curaçao (Staatsblad No. 126).
- 5. Ges. 27. 5. 1899 betr. die Merkmale der Kriegsschiffe (Staatsblad No. 143).
- 6. Ges. 14. 7. 1899 betr. Abanderung des Titels XVII der Strafprozessordnung (betr. Rechtsmittel der Revision)²) (Staatsblad No. 159).

Japan 1).

- 1. Ges. 3. 3. 1899 über das Urheberrecht.
- 2. Ges. 7. 3. 1899 über die Handelsmarine.
- 3. Ges. 15. 6. 1899 betr. die Zweigniederlassungen ausländischer Handelsgesellschaften und die von Ausländern gegründeten Handelsgesellschaften.
- 4. Ges. 15. 6. 1899 betr. die ausländischen Versicherungsgesellschaften.

Herwegen.

- 1. Drei Gesetze 25. 2. 1899 betr. das Konkursrecht, insbesondere den Accord (Novellen z. d. Konkursordnung 6. 6. 1863).
 - 2, Jagdgesetz 20. 5, 1899 4).
 - 3. Lootsengesetz 26. 5. 1899,
- 4. Ges. 23, 12, 1899 betr. Abanderung der Artt. 1, 13, 14, 16, 38 des Arbeiterversicherungsgesetzes 23, 7, 1894.

¹⁾ Bericht: Annuaire a. a. O. S. 625.

²⁾ Ubersetzung: Annuaire a. a. O. S. 480 ff.

³⁾ Französische Übersetzungen der nachfolgend genannten Gesetze:
Annuaire a. a. O. S. 792 ff,

⁴⁾ Bericht: Annuaire a. a. O. S. 570.

Österreich.

(Vgl. Ztschr. IX 166, 262; X 244, 496; XI 155.)

- 1. Ministerialverordnung 20. 9. 1899 betr. Regulativ für die Errichtung und Umbildung von Aktiengesellschaften (R.G.Bl. No. 175)¹).
- 2. Kaiserliche Verordnung 21. 9. 1899, betr. die Einführung der Kronenwährung als Landeswährung u. s. w. (R.G.Bl. No. 176)*).

Paraguay.

- 1. Ges. 26. 8. 1898 betr. die Gerichtsverfassung 3).
- 2. Ges. 10. 9. 1898 betr. die Disciplinargerichtsbarkeit über die Richter.

Portugal').

- 1. Ges. 23. 3. 1899 betr. die Vagabondage (Zwangsarbeit und Deportation).
 - 2. Ges. 21. 7. 1899 betr. Bekämpfung des Anarchismus.
 - 3. Ges. 21, 7, 1899 betr, die Presse.
 - 4. Ges. 21, 7, 1899 betr. das Armenrecht.
 - 5. Konkursordnung 26, 7, 1899.
 - 6. Ges. 1. 9, 1899 betr. die Rechtspflege in der Marine.
 - 7. Ges. 23. 12. 1899 betr. das Notariat.
- 8. Ges. 23. 12. 1899 betr. die im Ausland errichteten Gesellschaften.

Rumanien.

Unterrichtagesetz 27, 3, 1899 b).

Ruftland.

- 1. Ges. 15. 2. 1899 betr. Einführung der Reichscivilprozessordnung in den Provinzen Wologoda, Syr-Daria, Samarkand, Fergan, Semiretschensk.
- 2. Verordnung 3. 2. 1899 betr. Vorbereitung, Prüfung und Verkündung der Gesetze für das ganze Reich, einbegriffen das Großsherzogtum Finnland⁶).

Vgl. Ztechr. f. Handelsrecht XLIX 299 ff., Abdruck des Textes 8. 802 ff.

²⁾ Vgl. H.R. S. 308 ff.

³⁾ Bericht: Annuaire a. a. O. S. 768.

⁴⁾ Berichte: Annuaire a. a. O. S. 408 ff.

⁵⁾ Bericht: Annuaire a. a. O. S. 598.

⁶⁾ Französische Übersetzungen: Assessöre a. a. O. S. 578 u. 586.

- 3. Verordnung 16. 8. 1899 betr. die Verwaltung und Gerichtsbarkeit in der Provinz Schantung.
 - 4. Munzgesetz 7. 6. 1899 1).
- 5. Ukas 30. Juli 1899 betr. Gründung der Stadt "Dalny" bei dem Hafen Talienvan").

Schweden').

- 1. Gesetz 6. 3. 1899 betr. Gewährung der Rechtshülfe gegenüber ausländischen Gerichten.
- 2. Ges. 6. 3. 1899 betr. die Nachsuchung von Rechtshülfe bei ausländischen Gerichten.
- 3. Ges. 6. 3. 1899 betr. die Befreiung der Ausländer von der cautio judicatum solvi.
- 4. Ges. 6, 3, 1899 betr. die Vollstreckung ausländischer Urteile.
- 5. Vier Verordnungen 5. 5. 1899 betr. die Ausführung der Gesetze 6. 3. 1899 (s. No. 1-4).
- 6. Ges. 19. 5. 1899 betr. Abänderung des Ges. 19. 11. 1886 über Aktienbanken und der Verordnung 12. 6. 1874 über das Emissionsrecht der Privatbanken.
 - 7. Vier Gesetze 26, 5, 1899 betr. das Immobiliarsachenrecht.
- 8. Ges. 26. 5. 1899 betr. Abanderung des Art. 3 des Seegesetzes.
- 9. Ges. 16. 6. 1899 betr. Abänderung der Artt. 86, 87, 123, 148 des Militärstrafgesetzbuches 7. 10. 1881.
- 10. Ges. 19. 7. 1899 betr. Abanderung der Artt. 22, 24, Kapitel XV des Strafgesetzbuches.
- 11. Ges. 10. 7. 1899 betr. Haftung des Fiskus für Schadenszufügung durch Beamte.
- 12. Ges. 10. 7. 1899 betr. Schutz von Mustern und Modellen (21 Artikel)⁴).

¹⁾ Deutsche Übersetzung: Ztechr. f. Handelsrecht Bd. 49 S. 342.

²⁾ Fransösische Übersetzung: Annuaire a. a. O. S. 580.

Mitteilung von Übersetzungen der unter 1. u. 2. angeführten Bestimmungen behält sieh die Redaktion vor.

⁴⁾ Fransösische Übersetzung: Annuoire a. a. O. S. 564.

Schweis.

Kanton Appensell.

Regierungsratsbeschluß 5. 12, 1899 betr. Verbot des Warenu. Couponsverkaufs nach dem Hydra- oder Schneeballsystem.

Kanton Freiburg.

- 1. Strafgesetznevelle 18. 5. 1899 betr. Einführung der Strafe der Zwangsarbeit.
- 2. Strafprozefsnovelle 20. 5. 1899 betr. die Zuständigkeit der Schwurgerichte.
 - 3. Ges. 25. 11. 1899 betr. Berufs-Schiedsgerichte 1).
- 4. Ges. 1. 12. 1899 über die obligatorische Versicherung des Rindviehs²).

Kanton St. Gallen.

- 1. Ges. 17. 5. 1899 betr. die Hypothekenzinsen (Gesetzl. Beschränkung auf $4^{1/3}$ 0 ($_{0}$)³).
 - 2. Ges. 17. 5. 1899 betr. Fremdenpolizei 4).

Kanton Genf.

Ges. 25. 11. 1899 über die Beschäftigung der Lehrlinge 5).

Kanton Neuchâtel.

- 1. "Code rural" (352 Artikel) 15. 5. 1899 nebst Ges. betr. Abänderung des Code civil*).
 - 2. Ges. 3. 11. 1899 betr. Verbot des "Schneeballsystems".
 - 3. Ges. 23. 11. 1897 betr. Berufs-Schiedsgerichte 7).

Kanton Solothurn.

- 1. Ges. 23. 4. 1899 betr. die industriellen Schiedsgerichte.
- 2. Ges. 16 7. 1899 betr. Kolportage und Märkte.

¹⁾ Text: Annuaire a. a. O. S. 505.

²⁾ Bericht: Annuaire a. a. O. S. 509.

³⁾ Text: Annuaire a. a. O. S. 521.

⁴⁾ Bericht: Annuaire a. a. O. S. 522.

⁵⁾ Text: Annuaire a. a. O. S. 511.

Bericht: Annuaire a. a. O. S. 518.

⁷⁾ Bericht: Annuaire a. a. O. S. 520.

Kanton Ticino.

- 1. Civilprozefsordnung 5, 5, 1899.
- 2. Ges. 9. 11. 1899 betr. die Inventarisierung von Nachlässen.
- 3. Ges. 16. 11. 1899 betr. Abanderung des Art. 309 Code Civil.

Kanton Unterwalden.

Ges. 30. 4. 1899 betr. Märkte und Kolportage.

Kanton Vaud.

1. Ges. 4. 3. 1899 betr. Revision der Gesetzsammlung (Ausscheidung der veralteten und Aufzählung der geltenden Gesetze).

2. Ges. 9, 3, 1899 betr. Revision des $Code\ civil\ v.$ 11, 6. 1819 (Ausgabe des $C.\ c.$ nach Maßgabe seiner gegenwärtigen Geltung).

Ennion Wallle

Ges. 29. 5. 1899 betr. die bedingte Verurteilung.

- 3. Ges. 5. 12. 1899 betr. verbesserte Rechtsstellung der Ehefrauen und deren Zulassung als Vormünder ihrer Kinder.
 - 4. Ges. 5. 5. 1899 betr. die Handelspolizei.
 - 5. Ges. 2. 12. 1899 betr. Verbot des "Schneeballsystems".
 - 6. Ges. 24, 11, 1899 betr. Abanderung des Strafgesetzbuches.

Serbiem.

- 1. Ges. 6. 10. 1899 betr. Abanderung des Strafgesetzbuchs (Art. 24, 85, 86, 87, 90, 91, 92, 93, 103, 104, 105, 106, 107, 111, 118, 117, 118, 143, 144).
 - Ges. 14. 1, 1900 betr. die Genossenschaften¹).
- 3. Ges. 17. 1. 1899 betr. Abanderung der Civilprozessordnung (Art. 52, 65, 102, 426).
- 4. Ges. 17. 1. 1900 betr. Abänderung des Strafgesetzbuchs (Art. 118, 127, 279).
- Ges. 17. 1. 1900 betr. Abänderung der Strafprozefsordnung (Art. 156, 183, 326).
 - 6. Ges. 21, 1, 1900 betr. Honorierung der Konkursverwalter.

¹⁾ Bericht: Annuaire a. a. O. S. 597.

- Ges. 27. 1, 1900 betr. Abanderung des Berggesetzes
 4. 1866 ¹).
- 8. Ges. 25. 1. 1900 betr. Abanderung des Art. 72 des Eisenbahnpolizeigesetzes 30. 6. 1884.

Siam.

Ges. 9. Jan. 1898 über die Eheschließung der Fremden in Siam.

In Erwägung, dass uns durch unseren Minister der auswärtigen Angelegenheit berichtet ist, dass die Fremden Schwierigkeiten in Bezug auf die Eingehung und den Beweis der Eheschließung finden, wenn sie diese gemäß dem Recht des Landes vorgenommen oder sie vorzunehmen sich entschlossen haben, und dass es infolgedessen wünschenswert erscheint, im Interesse der Fremden durch authentische Interpretation festsustellen, welches die Erfordernisse einer gültigen Eheschließung nach siamosischem Recht sind, und in welcher Weise die Eingehung solcher Ehen zu beweisen ist, wenn beiden Beteiligten oder einem von ihnen die Ausländereigenschaft zukommt, haben wir beschlossen und beschließen was folgt:

Art. 1. Die Eheschließsung ist nach Sitte und Recht in Siam ein Vertrag zwischen Mann und Frau, auf welchen die allgemeinen Grundsätze der Verträge Anwendung finden.

Sie hat daher gültig stattgefunden, wenn aus den Worten oder aus dem angewendeten Ritus klar erhellt, daß die beiden Beteiligten freien Willens dahin übereingekommen sind, Mann und Weib zu sein, vorausgesetzt, daß kein persönlicher Mangel der Eingehungsfühigkeit vorliegt.

Art. 2. Wenn beide Beteiligte oder einer von ihnen in Siam wohnt, kann die gegenseitige und gleichseitige Willensübereinstimmung, Mann und Weib zu sein, gesetzlich bewiesen werden, sei es im Augenblick der Eheschließung, sei es später, durch eine zu diesem Behuf in Gegenwart von wenigstens vier anerkannt ehrenhaften Zeugen vor dem Minister der Lokalregierung oder dessen Stellvertreter abgegebene Erklärung, falls nämlich die Ehe zu Bangkok geschlossen wird oder ist, wenn aber die Eheschließung in einem anderen Teil des Königreichs stattgefunden hat, vor dem Gouverneur der Provinz, wo die beiden Beteiligten oder einer von ihnen im Augenblick der Erklärung lebt.

Art. 3. Eine Urkunde über die in Art. 2 bezeichnete Erklärung wird (sei es nur siamesisch, sei es, wenn die Beteiligten es wünschen, französisch und englisch, so daß beide Texte gleiche Bedeutung und gleichen Wert haben) in zwei Urschriften durch den Beamten angefertigt werden, vor welchem die Erklärung abgegeben ist. Diese Urkunde wird den Tag der Eheschließung, die Namen, das Alter und den Geburtsort beider Beteiligten angeben, wofür genügende Beweise vorzulegen sind, und jede der Ur-

¹⁾ Bericht: Annuaire a. a. O. S. 601.

kunden wird von dem Urkundsbeamten, von den beiden Beteiligten, von vier Zeugen sowie von zwei anwesenden Verwandten eines der Beteiligten oder beider unterzeichnet werden,

Eine der Urschriften wird sorgfältig in den Archiven des Bureaus bewahrt und registriert werden, die andere ohne Versug an unseren Minister der auswärtigen Angelegenheiten geschickt werden, welcher sie in seinem Amtearchiv aufbewahren wird.

Art. 4. Beglaubigte Aussüge oder Abschriften der in Art. 3 bezeichneten Urkunde werden jeder Person geliefert werden, welche es beantragt, und swar gegen Erlegung von 4 Tikal, wenn die Urkunde nur siamesisch gefaßt ist, von 8 Tikal, wenn sie siamesisch und englisch gefaßt ist.

Spanion.

- 1. Dekr. 12. 6. 1899 betr. Interpretation des Art. 15 des Cédigo civil (Behandlung des Personalstatutes hinsichtlich der territorialen Rechtsunterschiede innerhalb Spaniens).
- 2. Ges. 7. 8. 1899 betr. Erweiterung des Rechtsmittels der Revision gegen Strafurteile 1).

Südafrikanische Republik.

Proklamation des Präsidenten betr. die Anerkennung der vor den holländischen Konsuln in der südafrikan. Republik geschlossenen Ehen und der vor ihnen errichteten standesamtlichen Urkunden. Ein holländ. Dekret v. 27. 1. 1899 (Staatsblad No. 52) giebt die Proklamation bekannt.

Sudan.

Strafgesetzbuch 2. 10. 1899*). Strafprozefsordnung 2. 10. 1899*).

¹⁾ Ubersetsung: Annuaire a. a. O. S. 402.

²⁾ S. den egyptisch-englischen Vertrag 19. 1. 1899.

⁸⁾ Bericht: Annuaire a. a. O. S. 664, 698.

Internationale Verträge.

I. Neuere Verträge.

Deutschland, Belgien, Dänemark, Frankreich, Holland, Italien, Luxemburg, Österreich-Ungarn, Russland, Schweiz, Zusatzübereinkommen 16. 6. 1898 (Paris), zu der Eisenbahnkonvention 14. 10. 1890, ratifiziert 10. 7. 1901, in Kraft getreten 10. 10. 1901.

Deutschland u. Holland, Vertr. 23. 2. 1898 betr. Ausdehnung des Abkommens 11. 12. 1873 über die Ausübung des ärstlichen Berufes in den Grenzbezirken auf Tierärzte (für Holland verkündet 20. 3. 1899).

Deutschland u. Spanien, Vertr. 12. 2. 1899 betr. Abtretung der Karolinen-, Palaos- u. Marianen-Inseln an Deutschland (ratifiziert 30. 6. 1899).

Baden, Bayern, Elsafs-Lothringen, Hessen, Praufsen, Holland, Vertr. 4. 6. 1898 betr. Abanderung des Rheinschiffahrtsvertr. 17. 10. 1868 (für Holland verkündet 8. 4. 1899; der Vertrag ist abgedruckt: Staatsblad No. 277).

Baden, Württemberg, Österreich, Vertr. 8. 4. 1899, betr. die Schiffahrt auf dem Bodensee (Schweiz. Bundesbl. III, S. 742).

Amerika, Vereinigte Staaten u. Chile, Vertr. 6. 12. 1898 betr. den Postpaketverkehr des chilenischen Gesandten in Washington.

Amerika, Vereinigte Staaten u. Spanien, Friedensvertr. 10. 12. 1898 (ratifiziert 11. 4. 1899).

Belgien u. Congostaat, Auslieferungsvertr. 20. 13. 1860.

Belgien, Frankreich, Holland, Luxemburg, Eisenbahn-Konvention 24. 10. 1898 (für Holland verkündet 12. 1. 1899).

Belgien u. Luxemburg, Zusatzabkommen 16. 11. 1899 betr. Abanderung des Ausl.-Vertr. v. 1872 (für Belgien verkündet 31. 12. 1899).

Brasilien u. Holland, Auslieferungsvertr. 21. 12. 1895 (für Holland verkündet 7. 1. 1899).

Congostaat u. Frankreich, Auslieferungsvertr. 18. 11 1899 (für Frankreich publiziert 16. 2. 1901).

Costarica u. Spanien, Auslieferungsvertr. 12. 12. 1898 (für Spanien verkündet 4. 5. 1899).

Egypten u. England, Vertr. 19. 1. 1899 betr. die Verfassung des Sudan.

England u. Holland, Auslieferungsvertr. 26. 9. 1898 (für Holland verkündet 2. 1. 1899).

England u. Holland, Ausführungskonvention 18.2. 1809 zum Vertr. 5.4. 1898 betr. das Miteigentum u. die gemeinsame Unterhaltung der die beiderseitigen Küsten verbindenden unterseeischen Kabel (für Holland verkündet 17.4. 1899; Vertr. 5.4. 1898: Staatsblad 1898 No. 270).

Griechenland u. Japan, Handels- u. Schiffahrtsvertr. 20. 5. 1899 (für Griechenland verkündet 10. 9. 1899).

Griechenland u. Italien, Handels- u. Schiffahrtsvertr. 18./30. 12. 1899 (für Griechenland verkündet 23. 12. 1899).

Griechenland u. Spanien, Vertr. 6./18. 11. 1899 betr. die Gleichstellung der beiderseitigen Schiffe in den Häfen des anderen Teils mit den eigenen Schiffen.

Holland u. Mexiko, Handels- u. Freundschaftsvertr. 22. 9. 1897 (für Holland verkündet 8. 4. 1899).

Holland u. Rumänien, Handels- u. Schiffahrtsvertr. 15. 3. 1899 (für Holland verkündet 11. 12. 1899, für Rumänien 23. 6. 1899).

Holland u. Schweiz, Auslieferungsvertr. 31. 3. 1898 (für Holland verkündet 14. 1. 1899).

Italien u. Mexiko, Auslieferungsvertr. 22. 5. 1899 (für Italien verkündet durch Dekret 31. 10. 1899, No. 420).

Italien u. Schweiz, Abkommen 23. 9. 1899 betr. die Form der Eheschließung d. beiderseitigen Staatsangehörigen (für Italien verkündet 31. 10. 1899. S. auch Bundesbl. d. Schweizer. Eidgenossenschaft 1899 IV No. 1).

Rufsland u. Schweiz, Vertr. 1. 5. 1899 betr. d. Schutz der Fabrik- und Handelsmarken (Schweizer. Bundesbl. III S. 405).

II. Abdruck älterer und neuerer Verträge.

In Bd. 26 u. 27 des "Nouveau recueil général de traités etc.", herausgegeben von F. Stoerk, sind folgende ältere Verträge abgedruckt:

Haager Konvention 29. 7. 18991).

Haiti u. Dominikanische Republik, Friedens- und Freundschaftsvertr. 9. 11. 1874.

Haiti u. Dominikanische Republik, Grenzregulierungs- und Schiedsgerichtsvertr. 3. 7. 1895.

Päpstlicher Stuhl, Haiti u. Dominikanische Republik, Grenzregulierungs- und Schiedsgerichtsvertr. 18. 12. 1894/19. 11. 1895.

Spanien u. San Salvador, Staatsangehörigkeitsvertr. 2. 3. 1885.

Argentinien u. Uruguay, Vertr. betr. Lootsenwesen 14. 8. 1888.

Österreich-Ungarn u. Italien, Vertr. betr. zurückgelassene Seeleute 13. 2. 1889.

Österreich-Ungarn u. Spanien, Vertr. betr. zurückgelassene Seeleute 11. 3. 1889.

Egypten u. Österreich-Ungarn, Handelsvertr. 16. 8. 1890.

Italien u. Oranjefreistaat, Freundschaftsvertr. 9. 1. 1890. Vereinigte Staaten von Amerika u. Griechenland, Handelsvertr. 11. 2. 1890/80. 1. 1890.

Serbien u. Rumānien, Handelsvertr. 19.2. 1890/3. 3. 1890. Rumānien u. Frankreich, Abkommen betr. Warenursprungszeugnis 27. 2. 1895/11. 3. 1895.

England u. Frankreich, Schiedsgerichtsvertr. betr. Terre-Neuve 11. 3. 1891.

Portugal u. Kongostaat, Grenzregulierungsvertr. 25. 5. 1891.

Brasilien u. Peru, Handels- und Schiffahrtsvertr. 10. 10. 1891.

England u. Bolivia, Auslieferungsvertr. 22. 2. 1892.

Österreich-Ungarn u. Griechenland, Schiffsvermessungsvertr. 6/18. 5. 1892.

¹⁾ S. Ztechr. X S. 517 ff.

Spanien u. Italien, Handelsvertr. 29. 6. 1892.

Spanien u. Kolumbia, Auslieferungsvertr. 23. 7. 1892.

China u. Rufsland, Telegraphenvertr. 13./25. 8. 1892.

Oranjefreistaat u. Britisch Betschuanaland, Auslieferungsvertr. 20. 8. 1892/30. 8. 1892.

Österreich-Ungarn u. Rumänien, Vertr. betr. Fabrikund Handelsmarken 16./28. 1. 1893.

England, Frankreich u. Komoda, Handelsvertr. 6.2. 1893.

Rumänien u. Frankreich, Handelsvertr. 28. 2. 1898. Belgien u. Frankreich, Grenzberichtigungsvertr. 15. 3. 1893.

Holland u. Oranjefreistaat, Auslieferungsvertr. 24. 4. 1893.

England u. Rufsland, Vertr. betr. Schutz der Robben 30. 4/12. 5. u. 10. 5/22. 5. 1893.

Danemark u. Spanien, Haudelsvertr. 4, 7, 1893.

Frankreich u. Rufsland, Vertr. betr. die cautio judicatum solvi 25./27. 7. 1886.

Rumänien u. Rufsland, Vertr. betr. die Gerichtsbarkeit in den Grenzbezirken 12, 3, 1894.

Schweiz u. Italien, Simplonvertr. 25. 11. 1895.

Brasilien u. Holland, Auslieferungsvertr. 21. 12. 1895.

Frankreich u. Guatemala, Vertr. betr. Fabrik- und Handelsmarken 12. 11. 1896.

Schweiz u. Spanien, Vertr. betr. Urteilsvollstreckung 19. 11. 1896.

III. Amtliche Sammlung von Staatsverträgen.

Zufolge Anordnung des Auswärtigen Amtes der Argentinischen Republik vom 28. Aug. 1900 ist eine Sammlung der von Argentinien geschlossenen und in Geltung stehenden internationalen Verträge veranstaltet und unter folgendem Titel veröffentlicht worden:

Tratados, convenciones, protocolos y demás actos internacionales vigentes celebrados por la republica Argentina. Publicación oficial. Buenos Aires (Imprenta de "la nación", 344 San Martín) 1901.

Bd. I: 470 u. XXXVII Seiten, Bd. II: 368 u. LIII Seiten.

Litteraturberichte.

a. Bücheranseigen.

Delius, H., Das Auslieferungsrecht. Unter besonderer Berücksichtigung der Stellung der Ausgelieferten vor dem erkennenden Gericht, für die Praxis der deutschen Justizbehörden bearbeitet. Hannover 1899, Helwing. VIII n. 106 S.

Das vorliegende Buch soll das materielle Auslieferungsrecht, die Bedingungen der Analieferung, daratellen und so die Fortsetzung zu einem 1890 erschienen Werk des Verf. über die Auslieferung flüchtiger Verbrecher mach dem Königreich Preußen bilden, welches die Form des Auslieferungsverfahrens sum Gegenstande hatte; das Auslieferungsverfahren selbst wird jedoch in § 5 wenigstens kurz erörtert; auch § 10 (Ausweisungsbefugnis) and § 11 (Verfahren gegen den Ausgelieferten) stehen nur in loser Verbindung mit dem Hauptgegenstand. D. geht in der Einleitung von dem Setze aus, daß das Asylrecht ein Recht des Zufluchtestaates, nicht ein subjektiver Anspruch des Verfolgten sei und bespricht im Anschluß hieren noch den Unterschied der Nacheile von der Auslieferung. Im einzelnen erörtert der Verf., stets in knapper und klarer Form, die Fragen: in welchen Fällen ist Auslieferung notwendig? Wer kann Auslieferung gewähren? die Ausbeferung ohne Vertrag; die Auslieferungsvertrage; die Konkurrens von Antragen verschiedener Regierungen; welche Personen werden ausgeliefert and wegen welcher strafbarer Handlungen? endlich die Rechtestellung des Ausgelieferten vor deutschen Gerichten, worin sich die materielle Wirkung der Auslieferung zeigt. Drei Anhänge enthalten: ein Verzeichnie der Auslieferungsverträge und anderer das Auslieferungsverfahren betreffender Vorschriften, ein Verzeichnis der Auslieferungsdelikte und der Bestimmungen über Verjährung. Zum Widerspruch fordert ee auf, wenn D. (S. 24) Notwehr, Notstand, Geisteskrankheit als "Strafausschliefsungsgründe" bezeichnet. Diese Thatsachen sind Schuldausschliefsungegründe; aber gleichwohl oder vielmehr eben deshalb hat der Verf. Recht, indem er solche Thatumstände nicht als Hindernisse der Auslieferung anerkennt, weil in der Entscheidung hierüber die Entscheidung über die Hauptsache liegt. Für den Fall des Wechsels der Gesetzgebung (S. 83, 34) im ersuchten Staat behanptet D. die Notwendigkeit der Auslieferung, wenn die Strafthat zur Zeit des Vertragsabschlusses im ersuchten Staat mit Strafe bedroht war und zur Zeit des Auslieferungsfalles nicht mehr straf bar ist. Dabei übersieht er den Einfluse des § 2 St.G.B., welcher sich geltend wacht, falls die That swar su einer Zeit begangen ist, als die That im Deutschen Reich noch strafbar war, die Auslieferung aber verlangt wird, machdem diese Strafdrohung beseitigt ist. Alsdann muse die Frage, ob die That nach inländischem Recht straf bar sei, unter Anwendung des milderen Rochtes entschieden und deshalb verneint werden. Umsomehr ist aber die Verneinung gerechtfertigt, wenn schon auf Zeit der That im ersuchten Staat die Strafdrohung weggefallen war. Unverständlich ist, wie es einen



Unterschied begründen soll, wenn eine Strafdrohung, die zur Zeit des Vertragesbechlusses im St.G.B. stand, zur Zeit des Auslieferungsfalles in einem anderen Gesetz enthalten ist, wie z.B. die Bankbruchdelikte aus dem St.G.B. in die K.O. versetzt worden sind. Die Behauptung von D. (S. 34), daß dieser Umstand der Auslieferung eines Nichtkaufmanns wegen Bankbruchs (vom Deutschen Reich an England) entgegenztehe, klammert sich an des Ausdruck "Strafgesetzbuch", womit im Auslieferungsvertrag sinngemäß die Strafgesetzgebung gemeint ist. Trotzdem man hiensch über die Entscheidung einselner Fälle abweichender Meinung sein kann, wird das Buch für die Orientierung in der Praxis doch gute Dienste leisten.

Rleinfeller.

Kubli, Otto, Die räumliche Kompetenzahgrenzung staatlicher Strafgewalt. Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde vorgelegt der Rechtsfakultät der Universität Lausanne. Glarus 1901, Bäschlin. 104 S.

Der Verf. unterwirft im 1. Teil die bekannten vier Theorien über die Anwendung des Strafgesetzes auf Ausländer und auf die im Ausland begangenen Delikte, nämlich das Territorialitätsprincip, das Nationalitäts-(oder Personalităta) Princip, das Schutzprincip (Realprincip) und das Universalprincip (Princip der Weltrechtspflege) einer guten Kritik, um sich schliefslich für das Universalprincip zu entscheiden. Der 2. Teil zeigt die praktische Lösung der wichtigeren Einzelfragen durch die Strafgesetzbücher für das Deutsche Reich, Frankreich, Österreich, Italien, Schweden, Niederlande, Belgien (hier: loi contenant le titre préliminaire du code de procédure pénale 1878), einige Schweizerische Gesetze und die Vorentwürfe zum Schweizerischen St.G.B. Die Bezeichnung des Problems im Titel ist nicht autreffend, denn die Kompetens der staatlichen Strafgewalt bleibt immer auf das Staatsgebiet beschränkt. Es handelt sich bei der Frage überhaupt nicht um die räumlichen Grenzen, sondern um den Gegenstand der Anwendung des Strafgesetzes, weshalb die von Binding gewählte Bezeichnung: das eachliche Geltungsgebiet, jeder anderen Bezeichnung dieser Lehre vorsuziehen ist. Das Universalprincip befürwortet K. als das Endziel der geschichtlichen Entwickelung, dem gegenüber die übrigen Theorien nur als hervorragende Punkte in der Entwickelungslinie erscheinen. Hinsichtlich der Begrenzung der Weltrechtspflege hebt er zwar die Subsidiarität der inländischen Strafrechtspfiege gegenüber den von Ausländern im Auslande begangenen Handlungen hervor, insofern das Unterbleiben der Auslieferung zur Bedingung für diese Ausdehnung der Strafrechtspflege gemacht wird, aber er übergeht vollständig die Grenze, welche die Weltrechtspflege in der Geringfügigkeit der Handlung finden muß (minima non eurat practor). In der Betonung des subsidiären Charakters tritt richtig hervor, dass die Auslieferung selbst nicht Ausübung der Strafrechtspflege ist. K. hebt ferner zutreffend hervor, dass der Staat alle Verbrechen strafen müsse, welche gegen seine eigene Sicherheit gerichtet seien, womit also die Subsidiarität insoweit wegfällt; aber er berücksichtigt nicht, daß der Staat keine Veranlassung hat, unter allen Umständen gegen politische Verbrecher einzuschreiten, weil hier die Auslieferung unterbleibt. Mit Besiehung auf das deutsche St.G.B. ist noch zu erwähnen, daß K. (8. 77) in dem Worte "kann" des § 4 Abs. 2 entgegen der herrschenden Auffassung nicht eine Anerkennung des Opportunitätsprincips sieht, sondern annimmt, das "kann" sei für die Staatsgewalt ein "muß", wenn nicht unüberwindliche Schwierigkeiten bestehen. Grundsätzlich ist es gewiß richtig, daß die staatlichen Organe von einer ihnen eingeräumten Ermächtigung Gebrauch machen sollen, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind. Allein bei Auslegung des § 4 Abs. 2 St.G.B. kommt doch einerseits der schon vor Erlaß des Gesetzes bestehende Gegensatz zwischen Legalitäts- und Opportunitätsprincip zur Geltung, andererseits ist § 152 St.G.B. zu berücksichtigen, dessen Abs. 2 in seiner Fassung diesen Gegensatz ausdrücklich betont. Abgesehen von einem auffallenden Gallizismus (gegenüber des Ausländers) ist die Dissertation mit vollkommener Beherrsehung der deutschen Sprache und auch sachlich recht gut geschrieben. Kleinfeller.

Grosch, A., Dr. jur., Staatsanwalt, Das deutsche Auslieferungsrecht und die Rechtshülfe in Strafsachen im Verhältnis zum Reichsausland mit den annotierten Auslieferungsverträgen des Deutschen Reiches und der Bundesstaaten. Karlsruhe 1902, Macklot. VIII u. 479 S. Geb. M. 7.50.

In Teil I dieses für die Praxis der Behörden bestimmten Buches wird das materielle Auslieferungsrecht, in Teil II das Auslieferungsverfahren, in Teil III die sonstige Rechtshülfe in Strafsachen behandelt, in einem Anhang der Text der bestehenden Auslieferungsverträge sowie der wichtigsten Ausführungsbestimmungen mitgeteilt.

B. W. v. König, Handbuch des deutschen Konsularwesens. 6. verbesserte Auflage. Herausgegeben von B. v. König, Kaiserl. Geb. Legationsrat und Vortragendem Rat im Auswärtigen Amt. Berlin 1902, v. Decker.

Dieses im deutschen Konsulardienst als Kanon geltende Handbuch, dessen Verfasser daher eine verantwortungsvolle und sicherlich nicht ohne vollkommene Fühlung mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten unternommene Aufgabe zu erfüllen hat, erscheint hier wiederum in wesentlich umfangreicherer Gestalt als hisber. Das Bürgerliche Gesetzbuch und seine Nebengesetze, das Gesetz über die Konsulargerichtsbarkeit, das Flaggengesetz vom 22. Juni 1899, neue Ministerialerlasse und anderes haben in vielen Teilen eine völlige Umarbeitung nötig gemacht. Dagegen ist das Kolonialwesen in dieser Auflage mit gutem Grund ausgeschaltet und einer besonderen Bearbeitung überlassen.

Das Werk ist so angelegt, dass die Konsuln alle Materialien in ihm finden, deren Kenntnis der gewöhnliche Dienst voraussetzt. (Das geht so weit, dass z. B. die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Erfordernisse der Eheschliefsung [§§ 1808—1850] abgedruckt sind!)

Auf S. 7 ist nachzutragen, dass die Ausgabe des belgischen Konsularreglements von 1887 überholt ist durch die amtliche Ausgabe: "Réglements consulaires, 4. ed., 1899, 1900. 2. Bände. Brüssel (*Hayes*).

Ubersehen ist ferner die argentinische Sammlung: Reglemente

para los cónsules argentinos y disposiciones vigentes relativas al servicio consular, Buenos Aires 1898.

Auf S. 8 wäre bezüglich des italienischen Konsularregiements wohl richtiger gewesen, auf das Konsulargesets (v. 28. Jan. 1866) nicht nur in der Form hinsuweisen, in welcher es als Teil des Reglements auftritt, auch für letzteres das Datum 7. Juni 1866 anzugeben und nicht die alte Ausgabe ("Firenze stamperia reale") anzuführen, sondern die neue von 1887, welche gedruckt ist: "Roma, Tipografo del ministero degli affari esteri").

Nicht hinreichend klar formuliert und inhaltlich bedenklich sind sum Teil die Ausführungen in § 66 über das Verhältnis zur Kaiserlichen Marine.

In der Sache selbst ist die Stellungnahme des Handbuchs zu des internationalrechtlichen Fragen sonst fast durchweg zu billigen, teilweise lebhaft willkommen zu heißen; so z. B. im Neutralitätsrecht zur See, für welches (8. 135) der völkerrechtliche Standpunkt der deutschen Regierung bei der Beschlagnahme deutscher Dampfer durch englische Kriegsschiffe (Erklärung des Reichskanzlers in der Reichstagssitzung vom 19. Jan. 1900) als Norm aufgestellt wird.

F. v. Liezt, Das Völkerrecht systematisch dargestellt. Zweite, durchaus umgearbeitete Auflage. Berlin 1902, Häring. XIV u. 412 S.

Der Umfang des Buches ist in der neuen Auflage annähernd auf das Doppelte erweitert. Die Mitteilung der Texte wichtiger Staatsverträge, insbesondere der Haager Konvention hat an der Erweiterung nur den kleineren Anteil. Der Hauptanteil entfällt auf die bei aller Knappheit doch umfassende Durcharbeitung und Erweiterung der systematischen Darstellung, durch welche das Buch nunmehr von der Stufe des Leitfadens zu derjenigen des Lehrbuches emporgestiegen ist. Die praktischen Vorzüge des Buches, seine klare Übersichtlichkeit und die Beschränkung auf das Positive sind dadurch nicht berührt worden. Auch die Unterordnung des Stoffes unter die wissenschaftliche Methodik tritt dabei dennoch genugsam hervor und die Knappheit beeinträchtigt nicht die Eindringlichkeit und Lebendigkeit der Darstellung. Eine große Annehmlichkeit ist die ausgezeichnete typographische Ausstattung.

Gareis, K., Institutionen des Völkerrechts. Ein kurzgefalstes Lehrbuch des positiven Völkerrechts in seiner geschichtlichen Entwickelung und heutigen Gestaltung. 2. Auflage. Neu durchgearbeitet. Gießen 1901, Roth. V und 319 S.

Plan und Darstellungsart sind dieselben geblieben wie bei der im Jahr 1888 erschienenen ersten Auflage. Der inswischen erwachsene nene Stoff hat den Umfang des Buches erheblich verändert. Der Verfasser hat sich in der Berücksichtigung der neueren Litteratur Beschränkung anferiegt, dagegen das Material an Verträgen, Gesetzen, Einrichtungen sehr eingehend berücksichtigt.

Quaritach, Kompendium des europäischen Völkerrechts. 7. Aufl. Ergänst und durchgesehen von Dr. C. Goesch. Berlin 1901, Websr. 165 S.

Dem Bedürfnis nach einem dem Stande der Gegenwart entsprechenden Repetitorium des Völkerrechts wird durch die neue Auflage des bekannten Büchleins in gediegener Weise entsprochen. Auf litterarischen Apparat und sonstigen Anschein selbständiger wissenschaftlicher Leistung ist verzichtet. Der Inhalt ist aber zuverlässig.

Denzler, O., Die Stellung der Filiale im internen und internationalen internat

In der Hauptsache beschäftigt sich der Verfasser mit dem internen Recht, auf S. 384—396 aber auch eingehend mit dem internationalen Recht der Filiale. Die Rechtsstellung der Filiale ausländischer Gesellschaften gebört zu den täglich häufiger und wichtiger werdenden Problemen des internationalen Privatrechts (vgl. z. B. oben S. 188). Seine monographische Behandlung ist daher dankbar und dankenswert. Der Verfasser (der auch von Filialen der Einzelkaufleute handelt) verfährt nach positivistischer Methode und erörtert unter Beibringung reichen Materials in meist überseugender, fast stets aber beachtlicher Weise nicht nur die principiellen Fragen, sondern auch die Kasnistik.

Meili, F., Das internationale Civil- und Handelsrecht auf Grund der Theorie, Gesetzgebung und Praxis. Ein Handbuch. 1. Bd. Zürich 1902, Orell Füßli. XIX u. 405 S.

Der verdienstvolle und gelehrte Verfasser bezeichnet sich auf dem Titelblatt als "Delegierter der Schweiz an den Staatenkonferenzen im Haag" und das Buch ist "dem verdienten Präsidenten der Staatenkonferenzen über internationales Privatrecht, T. M. C. Asser, zur Erinnerung an die arbeitareichen Tage im Haag 1893, 1894 und 1900" gewidmet. Darin liegt der Hinweis auf die besondere Beziehung des vorliegenden Buches zu den von Asser seit 1873 beharrlich vertretenen Kodifikationsbestrebungen und den Haager Konferenzen, als deren Erfolg allem Anschein nach in Kürze eine Konvention über die wichtigstem Materien des internationalen Privatrechts bevorsteht. Meili vertritt, wie in seinen bisherigen Publikationen so auch im vorliegenden Buch die Notwendigkeit der Verbindung historischer und positivistischer Forschung mit praktischer "kosmischer" Politik. Das Buch enthält eine Menge schätzbaren Materials und eine Fülle von beschtenswerten Gedenken. Es ist geeignet, gerade für die breunenden Fragen der Gegenwart eine breite Grundlage zu gewähren.

Von besonderem Interesse ist die Stellungnahme Meilis (anmentlich S. 164 ff.) gegen das Staatsangehörigkeitsprincip und zu Gunsten der lex domiciliä. In dieser Hinsicht sind die von ihm vorgebrachten Bedenken gewißs nicht ohne weiteres absuweisen, und ich halte es in der That für sehr möglich, daß späterhin wiederum eine Beschränkung des Staatsangehörigkeitsprincips zu Gunsten des Domicilprincips eintreten muß. Eine andere Frage ist, ob in der Gegenwart zunächst die möglichst einheitliche Einführung des ersteren

10

Princips richtig ist. Dies mus m. E. bejaht werden. Im übrigen verweise ich auf meine Ausführung in: "Das internationale Privatrecht des B.G.B."

8. 58 ff. (Berlin 1901).

Niemeyer.

h. Zeitschriften.

Allgemeine österreichische Gerichtszeitung, 52. Jahrgang, 1901, Heft 35—58, Jahrg. 1902 Heft 1—11. Von den Abhandlungen sind bervorsuheben: A. Krasny, Das Enteignungsrecht für Wasserstraßenbauten und Flußregulierungen. K. Schneider, Die deutsche und preußsische Gesetzgebung 1901. C. Stoofs, Kriminalpolitische Gedanken österreichischer Straßgesetzgeber. H. Bauchberg, Steuererklärung und Steuerauflage auf dem Gebiete der direkten Personalsteuern in Österreich. R. Horn, Schuldübernahme. Eine Studie nach österreichischem und deutschem Civilrecht. — Die Zeitschrift bringt außerdem Gerichtsentscheidungen und ausführliche Berichte über die Wiener juristische Gesellschaft.

American Law Review, herausgegeben von Seymour D. Thompson, St. Louis, und Leonard A. Jones, Boston. Bd. 36 Nr. i (Januar-Februar 1902): I. Abhandlungen: J. P. Bishop (Nekrolog); Curry, Criminals and their treatment; Wiltse, Aggregation of humanity in cities; Thompson, Effect of consolidation of corporations upon rights of action against the constituent companies; Egan, Protection to contracts by the due process of law clauses in the federal constitution; Steffee, Judicial effervescences.—
II. Mitteilungen.— III. Erörterung neuerer Entscheidungen.— IV. Bücherbesprechungen.

Annales des sciences politiques. Revue bimestrielle, XVII amée, nro. II Mars 1902 (Paris, F. Alcan): R. Stourm, L'œuvre financière du Consulat. — René Henry, La campagne de Calchas dans la Fortnightly Review contre une entente anglo-allemande pour un accord anglo-russe. — Imbart de la Tour, La liberté de l'assistence privée. — W. Beaumont, La Prusse et les Polonais. — P. de Laveleye, Les entreprises belges à l'étranger: l'État du Congo. — Ch. de Chalan, La race et le milieu. — O. Festy, Chronique des questions ouvrières (1901). — Analyses et comptes rendus. Mouvement des périodiques.

Archiv für bürgerliches Recht, herausgegeben von Professor Dr. Kohler, Kammergerichtsrat Ring und Professor Dr. Oertmann. Bd. 20 Heft 13: Zehnter, Landgerichtsdirektor in Mannheim, Die privatrechtliche Bedeutung des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen. — Dr. Julian Goldschmidt, Justistat, Berlin †, Noch einmal die Eigentümerhypothek. — Dr. Ernst Bruck, Strafsburg i. E., Die Vormiete. — Dr. Eugen Josef, Notar, Freiburg i. B., Rechtserwerb aus unerlanbten Handlungen. — Paul Oertmann, Civilistische Rundschau. — Recke, Gerichtsassessor, Spandau, Das Ermessen im Bürgerlichen Gesetzbuche. — Bendin, Rechtsanwalt, Breslau, Der Kreditauftrag nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche. — Dr. Paul Knoke, Gerichtsassessor und Privatdocent, Göt-

tingen, Der Eintritt eines neuen Gesellschafters in die Gesellschaft nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche. - Paul Oertmann, Erbbaurecht und hypothekarische Belastung. - Dr. S. Rundstein, Warschau, Die Regel "locus regit actum" im internationalen Privatrecht des Bürgerlichen Gesetzbuchs. - Dr. Silberschmidt, Landgerichtsrat, Aschaffenburg, Die civilrechtliche Bedentung der Vorentscheidung nach § 11 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetze. — Paul Oertmann, Über Goldschmidts Besitzlehre. - Dr. Eugen Josef, Rechtsanwalt, Freiburg i. B., Letstwillige Zuwendungen an Vereine ohne Rechtsfähigkeit. - Dr. Thiesing, Gerichtsassessor, Göttingen, Ist der Veräußerer einer beweglichen Sache, die er dem Erwerber unter Eigentumsvorbehalt übergeben hat, mittelharer Besitzer? - Paul Oertmann, Die neuen Gesetzentwürfe zur Sicherung der Bauhandwerker, - Dr. Muskat, Amtsgerichtsrat, Waldenburg i. Schl., Verhältnis des preußischen Fürsorgeerziehungsgesetzes zu den reichsgesetzlichen Vorschriften. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte des preußeischen Zwangeerziehungsrechts. -- Dr. C. Ritter, Rat in der Hamburgischen Justisverwaltung, Landwirtschaftliches Nebengewerbe. - Ernst Mumm, Landrichter a. D., Assistent an der Handelskammer Chemnitz, Kaufmännische Schiedsgerichte. - Dr. Georg Maas, Bibliothekar im Reichsmilitärgericht. Bibliographie des bürgerlichen Rechts 1901.

Archiv für Kriminal-Anthropologie und Kriminalistik, herausgegeben von Dr. Hanns Grofs, o. 5. Professor des Strafrechts in Czernowitz. 7. Bd., 1901, Heft 3 und 4: Loewenstimm, Eid und Zeugnispflicht nach den Ansichten des Volkes. — Weingart, Detektivinstitute. — Stern, Wohin gelangen wir nach Lombroso? — Lobsing, Vom Alibibeweis. — Lelewer, Über den Nutzen schriftstellerischer Beschäftigung aktiver Kriminalisten. — Kowalski, Über den Nutzen des Studiums gerichtlicher Medizin. — Nemanitsch, Ein Kannibale. — Grofs, Todesetrafe und Anarchisten. — Kleinere Mitteilungen. — Besprechungen. — Promemoria an die Justizverwaltungen.

Archiv für Strafrecht und Strafprozefs, begründet durch Dr. Goldammer, herausgegeben von Prof. Dr. J. Kohler. Berlin. 48. Jahrg., 5. Heft: Oetker, Fragestellung beim Wechsel des Strafgesetzes zwischen Begehung und Aburteilung und bei ausländischem Delikt im Falle des § 4 Nr. 3 St.G.B. — J. Kohler, Die Fälscher in Dantes Hölle. — K. Klee, Selbstverletzung und Verletzung eines Einwilligenden. — Entscheidungen der Strafsenate des Reichsgerichts. — Entscheidungen deutscher Oberlandesgerichte. — Entscheidungen des preusaischen Oberverwaltungsgerichts. — Litteraturbericht.

Badische Rechtspraxis, Annaien der Großherzogl. badischen Gerichte, Organ der Badischen Anwaltskammer. Von besonderem Interesse für die Leser dieser Zeitschrift sind folgende Abhandlungen: Jahrg. 67, 1901, S. 312: Heinsheimer, Zu Art. 2 des Bad. Ausf.Ges. z. B.G.B. (die internationalprivatrechtliche Behandlung des ehellichen Güterrechts in der Übergangszeit). Jahrg. 68, 1902, S. 12: Fuchs, Bedeutet Art. 2 des Bad.

Ausf.Ges. sum B.G.B. einen Eingriff in wohlbegründete Privatrechte? S. 27: Dr. F. Kahn, Zum internationalen Privatrecht der Übergangsseit. Nr. 4, S. 50: Dr. F. Kahn, Die Kollisionsnormen des budischen Gesetzentwurfs sum ehelichen Güterrecht. S. 68 ff., 88 ff.: Ungenannt, Zu § 20 des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Überleitung der ehelichen Güterstände des älteren Rechts in das Reichsrecht. S. 84 ff.: Fucks, Die Bedeutung des Art. 2 Ausf.Ges. z. B.G.B.

Beiträge zur Erläuterung des deutschen Rechts, begründst von Dr. J. A. Grucket, hernusgegeben von Dr. Rassow, Reichsgerichtsmit a. D., Dr. Künisel, Unterstaatseekretär im pretifs. Justisministerium, und Dr. Eccius. Oberlandesgerichtspräsident - 48. Jahrgang, 1902, 1. Heft. Abhandlungen: 1. Die Folgen schuldhafter Nichterfüllung, insbesondere der Schadensersatz wegen Nichterfüllung bei Werkvertrag, Kauf, Miete und Dienstvertrag nach dem B.G.B. Von Hrn. Landgerichtsrat Dr. W. Schöller in Düsseldorf. 2. Zur Rechtswohlthat des Nothedarfa, Von Rim, Dr. Ritter, Rat in der Hamburgischen Justisverwaltung. 3. Was ist unter dem "jeweiligen Bestande" der Hauptverbindlichkeit im § 767 B.G.B. su verstehen? (Zur Frage des Leistungsorts des Bürgen.) Von Hra. Rechtsanw. Hugo Türk in Berlin. 4. Verbürgung für eine künftige Schold und Kreditmandat. Von Hrn. Oberlandesgerichtspräsident Dr. Eccius. 5. Der § 27 Abs. 1 G.B.O. im Verhältnisse zu § 1132 Abs. 2, § 1175 Abs. 1 Satz 2 B.G.B. Von Hrn. Senatspräsident Dr. v. Jacubesky in München. 6. Prineipielle Gesichtspunkte für das Verständnis der privatinternationalen Vorschriften des Einführungsgesetzes zum B.G.B. Eine Erwiderung auf Niemeyers Internationales Privatrecht. Von Hrn. Dr. Hugo Neumann, Rechtsanwalt am Kammergericht zu Berlin. 7. Glossen zu § 588º C.P.O. Von Hrn. Oberlandesgerichtsrat Simonson zu Breslau. 8. Entgegnung auf die Bemerkungen von Skonietski zu dem Aufsatze in Nr. 26 des 45. Jahrg. der Beiträge. Von Hrn. Landrichter Werner in Magdeburg.

Contralblatt für Rochtswissenschaft, herausgegeben von Dr. v. Kirchenheim, ord. Prof. der Ecchte in Heidelberg, 21. Bd., 1.—5. Heft (Oktbr. 1901—Febr. 1902).

H

Žų.

in A

àb.

46

塘

袖

5 PM

4]

jątį

ð,

Odi.

3

136

'ille

Circolo Giuridico. Rivista di legislazione e giurisprudenza, diretta da Luigi Sampolo, Professore di diritto nella R. Università di Palermo. — Bd. 32 1901, no. 11—12, Bd. 33 1902, no. 1—2. — Die Zeitschrift ist das Organ der seit 1868 bestehenden juristischen Gesellschaft gleichen Namens in Palermo und bringt die Protokolle über die Sitzungen der Gesellschaft, sowie sonstige die Gesellschaft betreffende Veröffentlichungen. Außerdem enthält sie wissenschaftliche Abhandlungen, Gerichtsentscheidungen, Mitteilungen über Gesetzgebung und Bibliographie. Von den Abhandlungen seien hervorgehoben: Natale, Le obbligazioni e delicto secondo il Codice civile germanico in rapporto al Codice civile italiano ed al diritto romano, Piscitore, Il contrabando di guerra.

Deutsche Juristen-Zeitung, herausgegeben von Dr. P. Labend, Prof., Dr. M. Stenglein, Reichsgerichtsrat a. D., Dr. H. Staub, Rechtsauw.

- Justiwat; 7. Jahrg., Nr. 1—6. Von besonderem Interesse für die Leser dieser Zeitschrift sind folgende Artikel. S. 25: Samter, Ein Ersatz für den Ausdruck: internationales Privat- bezw. Strafrecht. S. 75: Zitelmann, Deutsche Aktien, die auf ausläudische Währung lauten. S. 122: Buddee, Ersatz für den Ausdruck: internationales Privat- und Strafrecht. S. 145: Neuseyer, Eheverträge deutscher Staatsangehöriger in Russisch-Polen.
- Diritto Commerciale, Rivista periodica e critica di giurisprudenza e legislazione, herausgegeben von Comm. David Supino, Prof. des Handelsrechts an der Universität Pisa, Bd. 19 (1901) Heft 6, Bd. 20 (1902) Heft 1. 1. Abbandlungen: G. Errera, La vendita sopra campione non è mai condizionale; E. Vidari, Emmissione di obbligazioni; C. Pagani, I piccoli fallimenti; G. Bonelli, La rappresentanza del curatore nel fallimento; E. Vidari, Interruzione di prescizione; Papa d'Amico, I creditori della massa nel fallimento. 2. "Giurisprudenza" (Gerichtsentscheidungen). 3. Note. Varietà. 4. Bibliografia.
- Hanseatische Gerichtszeitung, 22. Jahrg. (1901), Nr. 47-52; wöchentlich ein Hauptblatt (handelsrechtliche Fälle) und ein Beiblatt (eivilrechtliche Fälle).
- Harvard Law Review, Bd. XV nro. 7 (Mirs 1902). 1. Abhandingen: John Chipnan-Gray, Gifts for a non-charitable purpose. Emil McClain, Unwritten constitutions in the United States. Prescott F. Hall, Some observations on the doctrine of proximate cause. 2. Notes. 8. Recent cases. 4. Books and periodicals.
- Jahrbücher der Württembergischen Rechtspfiege, berausgegeben von den Mitgliedern des Oberlandesgerichts und des Verwaltungsgerichtshofs zu Stuttgart und des Vorstandes der Württembergischen Anwaltskammer.
- Journal du droit international privé et de la jurisprudence comparée, fondé et publié par E. Clunet. (Secrétaire de la rédaction: A. Darras.) 28. Jahrg. Nr. 11—12. I. Abhandlungen: De la théorie du renvoi devant les tribunaux espagnels. — Dunas, De l'adultère commis en France par des époux étrangers. — Leiné, La conférence de la Haye relative au droit international privé (suite). — Salem, De l'influence du mariage sur la nationalité de la femme en Turquie. — Craies Notes sur l'extradition en Angleterre pendant les années 1899 et 1900. — Ahotti, De la règle: le criminel tient le civil en état, en droit international, particulièrement dans les échelles du Levant. II. Jurisprudence (Rechtsprechung). III. Documents. IV. Faits et information. V. Bibliographie systématique du droit international privé.
- Juristische Blätter, herausgegeben von Dr. R. Schindler und Dr. E. Benedikt. Wien. 30. Jahrg., 1901, 31. Jahrg. Nr. 1—12. Außer Abhandlungen (von denen hervorgehoben sei: J. Schwarts, Exkurse über

den Entwurf des ungarischen ailgemeinen bürgerlichen Gesetzbuchs) bringt die Zeitschrift Judikatur und vermischte Mitteilungen.

Mecklenburgische Zeitschrift für Rechtspflege und Rechtswissenschaft, berausgegeben von Dr. H. Altvater, Senatspräsident beim Oberlandesgericht in Rostock, und Dr. C. Birkmeyer, Prof. der Rechte an der Universität in München. — Bd. 20, 1902, 1. Heft.

Mitteilungen der internationalen kriminalistischen Vereinigung. (Bulletin de l'Union Internationale de droit Pénal) 9. Bd., Heft 3 (1902). Inhalt: Législation pénale. (Rédaction: M. le professeur Mittermaier, Berne.) XV. Rufsland. Von Prof. A. Schischilenko in St. Petersburg. XVI. Griechenland. Von Dr. Konstantin A. Kypriades, Staateanwalt, Insel Leukas. XVII. Schweden 1898-1901. Bericht von Häradshöfding Dr. Wilhelm Uppström in Stockholm. XVIII. Brésil. (Supplément.) Par M. le Dr. João Vierra de Araujo, député, professeur de droit pénal et militaire à Rio de Janeiro. XIX. Législation pénale Sismoise. Régime des Prisons. Rapport de M. Régu, Vice-consul de France à Bangkok. XX. Die Türkei. Bericht, erstattet von Hrn. Dr. Loyteed, Dragomanatseleven bei der Kaiserl, deutschen Botschaft in Konstantinopel. - Septième Session du Groupe allemand (1900). Par M. E. Gardeil, Nancy. (Seconde partie.) - Der dänische Kriminalistenverein. Von Frontz Dahl in Kopenhagen. — Internationale kriminalistische Vereinigung. Schweizerische Landesgruppe. - Eine Berichtigung gegenüber Herra Oberlandesgerichtsrat Löwenstimms Übersicht der ruseischen Sektion der internationalen kriminalistischen Vereinigung 1897-1900. Von Professor A. v. Wulfert in St. Petersburg.

Das Recht. Rundschau für den deutschen Juristenstand, herausgegeben von Dr. Hs. Th. Soergel, Freilassing. — 5. Jahrg., 1901, Nr. 23—24, 6. Jahrg., 1902, Nr. 1—6. Von den Abhandlungen seien bervorgehoben: Katz, Vier Jahre des österreichischen Civilprozesses in der Praxis. — Stadelmeyer, Das Hydrasystem, nach einem in der Praxis vorgekommenen Fall bildlich dargestellt.

Rechtsgeleerd Magazijn. Tijdschrift voor binnen-en buitenlandsche rechtsstudie. Herausgegeben von H. L. Drucker und W. L. P. A. Modengraaff. (Haarlem, Evven F. Bohn.) 20. Jahrg., Liefr. 5—6, 21. Jahrg., Liefr. 1—2. I. Abhandlungen: Mr. G. Kirberger, Openlegging van boeken volgens het Wetboek van Koophandel. — Jhr. Mr. J. Böell en Mr. J. Oppenheim, Bijdrage tot regeling der administratieve rechtspraak. — Mr. J. M. Nap, Over betaling. — Mr. H. L. Drucker, Latijnsche rechtsregels in de Nederlandsche rechtspraak. II. Vermischte Mitteilungen. III. Litteraturberichte. Der 20. Jahrgang schließt mit einem sehr ausführlichen Generalregister fiber die Jahrgänge 1882—1901.

Revista de los tribunales y de legislación universal, lugven Exeme. Sr. D. Francisco Lastres y Juis (Madrid, Góngora, calle de San Bernardo 48). — Bd. 35, 1901, nro. 44—52, Bd. 36, 1902, nro. 1—9. Diese im Umfange eines Druckbogens (groß Oktav) erscheinende Wochenschrift hat, seitdem sie von Herrn Franzisco Lastres y Juss herausgegeben wird, einen neuen Außschwung genommen. Außer kleineren Aufätzen wissenschaftlichen Charakters werden regelmäßige Berichte über spanische und ausländische Gesetzgebung und Judikatur, vermischte Mitteilungen, bibliographische Berichte, Personalnachrichten gebracht. Als Beigabe erhalten die Leser eine systematisch geordnete Sammlung der Texte der jeweilig neu erlassenen Gesetze und Verordnungen, sowie der bemerkenswertesten Judikate der spanischen Gerichte.

Revista general de legislación y jurisprudencia, heransgegeben von Exemo. Sr. D. José Maria Mauresa y Navarro. (Madrid, Cafizares, S, Leipzig, M. F. A. Brockhaus.) Jahrg. 49, Bd. 99, Novbr.-Desbr. 1901. I. Posición jurídica de los hijos habidos fuera de matrimonio (Continuación). Francisco J. J. Benlloch. II. Un ensayo de Legislación social. Adolfo Posado. III. Las ideas jurídicas de Spencer. Martin Navarro Flores. IV. Reorganización de los Tribunales. Ramón Goyoso Arias. V. Un criminalista hungaro. D. Ladislasy Thot. VI. Laboratorio de criminología (Continuación). Rafael Sabillas. VII. La reforma del Concordato celebrado entre la Santa Sede y el reino de España (Continusción). Joaquin Girón y Arcas. VIII. La tradición romana sobre la encesión de formas del testamento ante la historia comparada. Edouard Lambert. IX. Instrucciones especinales dadas á los Fiscales de las Audiencias por la Fiscalía del Tribunal Supremo. X. Crónica de los Tribunales. La Memoria del Fiscal del Supremo. P. Gonzáles del Alba. XI. Jurisprudencia criminal. Doctrina del Tribunal Supremo. La Redacción. XII. Revista de la prensa jurídica española. (Nulidad. -- Apuntes para la reforms del Còdigo civil. - El proyecto de ley sobre huelgas. - Los tribunales de honor. — Las hipotecas legales. — Jueces con cartilla. — Las reformas en el Notariado. José García Fernándes XIII. Revista de la prensa jurídica extranjera: El V Congreso de Antropología criminal. Constancio Bernaldo de Quirós. XIV. Noticias bibliográficas. XV. Anales de Derecho internacional. (La conferencia internacional americana de Méjico. A. Echeverría. — Boletín bibliográfico.)

Revue de droit international et de législation comparée, hersusgegeben unter der Leitung von T. M. C. Asser, Rolin-Jacquemyns, J. Westlake, E. Nys von E. Rolin als Chefredakteur und M. P. Hymans als administrateur gérant.

38. Bd., 1901. No. 6: L Abhandlungen: A. Seresia, La convention de la Haye du 14. Novembre 1896, relative à la procédure civile. E. Nys, L'état et la notion de l'état. M. Saykné Takahashi, Hostilités entre la France et la Chine jen 1884—1885. — H. Notices bibliographiques.

34. Bd., 1902, No. 1: Th. W. Balch, La frontière alasko-canadienne. G. Streit, La sentence arbitrale sur la question consulaire entre la Grèce et la Turquie. H. C. A. Lisboa, Revision des sentences arbitrales. L.

E. Visser, La clause de la nation la plus favorisée. — Necrologie: M. Rolin-Jacquemyns.

Rivista italiana per le scienze giuridiche, herausgegeben von F. Schupfer und G. Fusinato. — Bd. 31, 1901—1902, Heft 1—3. I. Abhandlungen: Ravà, A. I diritti sulla propria persona nella scienza e nella filosofia del diritto (fine). Solmi, A. Alberto da Gandino e il diritto statutario nella giurisprudenza del secolo XIII. Catellani, E. I trattati dell' impero ottomano. Martini, A. Nel regno della burocrasia. Zdekaua, L. La legge dell'onore. Mondolfo, U. Gli elementi del feudo in Sardegna prima della conquista aragonese. Brugi, B. Per la storia della giurisprudenza. Il Periodo del diritto naturale in Germania. II. Bächerbesprechungen. III. Zeitschriftenschau. IV. Bibliographie.

Sächsisches Archiv für bürgerliches Recht und Prozefs, herausgegeben von S. Hoffmann, Reichsgerichtsrat, R. v. Sommerlatt und Dr. F. Wolfert, Oberlandesgerichtsräten in Dresden. — 11. Bd., 1901, Heft 9-12, 12. Bd., 1902, 1. Heft: L. Abhandlungen: Der Anspruch sef Dulden. Von Landrichter du Chesne. Stellung und Befugnisse des Nachlassverwalters. Von Rechtsanwalt Dr. Georg Liebe. Zum Verständnis des Art. 171 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch. Von Referendar Arthur Brückmann. Zur Gesetzesanslegung. Von Prof. Dr. Häpe. Ein juristischer Beitrag zur ärztlichen Standesfrage. Von Bechtsanwalt Dr. jur. Friedrich Thiersch. Das Reichsgesetz über die privaten Versicherungsanternehmungen vom 12 Mai 1901. Von Landrichter Dr. G. Lessing. Kann ein vertretungsberechtigter Prokurist etc. als Zeuge vernommen werden? Von Rechtsanwalt Dr. Felix Bondi. Der Schadenersatz bei Verletzung absoluter Rechte. Von Landrichter des Chesne. Zur Auslegung der Worte "bei Beendigung" des Dienstverhaltnisses etc. Von Regisrungsassessor Dr. Oertel. - II. Gerichtliche Entscheidungen. - III. Bücherbesprechungen.

Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht. Revue pénale suisse, Herausgegeben von Carl Stooss, Professor des Strafrechts in Wien. - 14. Jahrg., 1901, Heft 5-6; 15. Jahrg., 1902, Heft 1-2. L Abhandlungen: Verbrechen und Strafe kriminalpolitisch untereucht von Carl Stooss. Die Gefährdung der Sicherheit des allgemeinen Verkehrs. Art. 167 des Vorentwurfs zu einem schweizerischen Strafgesetzbuch, 1896. Von Professor Dr. Wolfgang Mittermaier in Bern. La Réunion de la Société suisse pour la Réforme pénitentiaire et des Sociétés suisses de Patronage. (Zürich, Octobre 1901.). Par Alfred Gautier, professeur à Genève. Internationale kriminalistische Vereinigung. Schweizerische Landesgruppe. Protokoll der Versammlung vom 22. September 1901. Critique de quelques dispositions de la loi sur l'organisation judiciaire et procédure pénale pour l'armée suisse. Par Alfred Martin, major judiciaire. Der strafrechtliche Schutz der Minderjährigen gegen geschlechtliche Verderbnis. Postulate des Bundes schweizerischer Frauenvereine. - Begründung der Postulate des Bundes schweizerischer Frauenvereine,

- gegeben durch Professor W. Mittermaier in Bern. † Bernhard Gets, Reichsadvokat. II. Die Strafgesetzgebung des Bundes und der Kantone 1900. III. Entscheidungen in Strafsachen. IV. Litteraturanseigen.
- Tidsskrift for Retsvidenskab, herausgegeben von Dr. J. Afselius, Stockholm, Dr. J. Bergh, Christiania, Dr. C. Goos, Kopenhagen, Dr. F. Hagerup, Christiania, Dr. N. Lassen, Kopenhagen, Dr. E. Tryger, Upsala: 14. Jahrg., 1901, Heft 4: 1. Abhandlungen: Bernhard Getz. Af F. Hagerup. Om Begrebet Kebmand i nordisk Ret. Af J. Heckscher. II. Litteratur. III. Kleinere Mitteilungen.
- Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht, begründet von L. Goldschmidt, herausgegeben von Dr. H. Keyssner, Geh. Justiz- und Kammergerichtsrat in Berlin und Dr. K. Lehmann, ord. Professor der Bechte in Rostock. 51. Bd., 3. u. 4. Heft, 1902. 1. Abhandlungen: Sievers, Der Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit im Reichsgesetze über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901. Boden, Die Klausel tel quel. K. Lehmann, Beiträge zur Lehre von den Erwerbsgründen des Aktienrechts. Bolte, Der Paragraph 27 des neuen B.G.B.

 II. Rechtsquellen. III. Rechtssprüche. IV. Bücherbesprechungen.
- Zeltschrift für das Privat- und öffentliche Recht der Gegenwart, unter ständiger Mitwirkung von Mitgliedern der Wiener juristischen Fakultät, herausgegeben von Dr. C. S. Grünhut. 29. Bd., 1902, Heft 2. 1. Abhandlungen: Die etatsrechtlichen Grundsätze, ihre Codification und die Controle ihres Vollzuges im modernen Staatshaushalte. Von Dr. Carl Deybeck. Zur Auslegung des Artikels 9 des österreichischen interkonfessionellen Gesetzes. Von Dr. Max von Hussarek. Die Rechtsfolgen ehrlosen Verhaltens nach dem deutschen bürgerlichen Gesetzbuch. Von Dr. Max Süssheim, München. 2. Bücherbesprechungen.
- Zeitschrift für deutsches bürgerliches Recht und französisches Civilrecht, begründet von Dr. J. Puchelt, Reichsgerichtsrat, herausgegeben von Emil Huber, Oberstaatsanwalt. Bringt I. Entscheidungen des Reichsgerichts und des obersten Landesgerichts München, 2. Entscheidungen der Oberlandesgerichte, Landgerichte und Amtsgerichte, 8. Französisch-belgische und italienische Rechtsprechung, 4. Abhandlungen und 5. Litteraturberichte. - Bd. 82, 1901, enthält folgende Abhandlungen: J. Kohler, Rechtsverhältnis zwischen Gasanstalt und Stadtgemeinde. Lenel, Die auf Grund C. c. Art. 1094 getroffenen Verfügungen nach dem Inkrafttreten des B. G. B. Dr. Fuld, Die Qualifikation des böslichen Verlassens als relativen Scheidungsgrundes. Dr. Scherer, Das rheinische Immobiliarrecht in der Zeit vom 1. Januar 1900 bls zur Anlage des Grundbuchs. Dr. Scherer, Bleibt die vertragsmäseige Kündigung eines altrechtlichen Mietvertrage auch dann in Kraft, wenn derselbe gemäß E. G. 171 unter das neue Recht getreten ist? — Bd. 33, 1902, Heft 1 und 2, enthält folgende Abhandlungen: Geigel, Religiöse Erziehung der Kinder. Scherer, Auslegung altrechtlicher letztwilliger Verfügungen des rheinischen Rechts.

Zeitschrift für die freiwillige Gerichtsbarkeit und die Gemeindeverwaltung in Württemberg, herausgegeben von Landgerichtsrat K. Mayer in Stuttgart. 44. Jahrg., 1902, Heft 1-2.

Zeitschrift für deutschen Civilprozeis und das Verfahren in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, begründet von Landgerichtsrat H. Busch, herausgegeben von Dr. M. Schultzenstein, Oberverwaltungsgerichtsrat, und Dr. F. Vierhaus, vortragendem Rat im preuß. Justisministerium und Professor an der Universität Berlin. — Bd. 29, Heft 3 u. 4. 1. Abhandlungen: Dr. Stölzel, Über die Fassung von Beweis- und Eidesauflagen. Dr. Adolf Wach, Die Beweislast nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche. Max Guttmann, Urteilszustellung und Vollstreckungsbeginn. Dr. Arthur Nussbaum, Richterliche Zwangsgewalt in der freiwilligen Gerichtsbarkeit. 2. Gerichtliche Entscheidungen. 3. Litteraturbesprechungen.

Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft, herausgegeben von Dr. F. v. Laset, Dr. K. v. Lilienthal und (seit Bd. 22) Dr. Paul Hers. - 22. Bd., 1.-3. Heft, 1901, 1902. 1. Abhandlungen: Humor im Würzburger Recht. Von Privatdocent Dr. H. Knapp in Würzburg, Beiträge zur Bestrafung der Übertretungen. Von Werner Rosenberg. Stratsanwalt in Strafsburg im Elsafs. Zu § 2 Abs. 2 des R.St.G.B. Von Landgerichtsrat Dr. W. Silberschmidt in Aschaffenburg. Die Reue vom kriminalistischen Standpunkt. Ein Vortrag von Dr. jur. et phil. M. Liepmann in Halle. Die Versammlung des Vereins der deutschen Strafanstaltsbeamten in Nürnberg. Von Dr. Freiherr von Kalling, Docent der Rechte in Prag. Artikel 4 und 5 des französischen Gesetzes vom 19. April 1898 "sur la répression des violences, voies de fait, actes de cruauté et attentats commis envers les enfants", Von Dr. jur. Curtius, Referendar am Landgericht Duisburg. Ein Arbeiter-Philosoph (Ungenannt). Die Rechtsprechung des k. k. obersten Gerichts- als Kassationshofes in Wien. Von Landesgerichtsrat Dr. August Brunner in Wels (Oberösterreich). Über Strafgesetze mit multiplikativ gebildeter Strafgrenze. Von Dr. Julius Jacobi, Referendar in Königsberg i. Pr. Über Zweikampf und Beleidigung. Von Amtsgerichtsrat Bartolomäus (Krotoschin). Die Streitfrage über die Vollendung des Delikts bei der Kuppelei. Von Dr. Paul Herr in Berlin. Zur Lehre von der mittelbaren Thaterschaft. Von Dr. Höpfner in Göttingen. Zur Lehre von dem autonomen Strafrecht öffentlich-rechtlicher Verbände. Von Dr. Walter Lehmann in Berlin. Kriminal-Polizei und Kriminologie. Von Assessor Dr. Lindenau in Berlin. La patronage familial. Bericht von Dr. jur. Curtius, Referendar am Landgericht Duisburg. Zur Psychologie der Aussage. Experimentelle Untersuchungen über Erinnerungstreue, Von L. William Stern, Privatdocent der Philosophie an der Universität Breslau. Über einige staatsrechtliche Fragen des Strafprozesses. Von Adolf Arndt.

- 2 Literaturberichte. 8. Bibliographische Notizen. 4. Geschichtliche Herman in bunter Reihe. Von Th. Distel in Blasewitz.
- Zeitschrift für Rechtspflege im Herzogtum Braunschweig, 49. Jahrgang.

c. Verzeichnis neu eingesendeter Bücher.

deren Besprechung vorbehalten bleibt.

- Gesetzentwurf einer ungarischen Civilprozessordnung. Umgearbeiteter Entwurf. Veröffentlicht durch den königl ungarischen Justizminister, übersetzt von Dr. Julius Sgalitzer und Dr. Max Poliak. Budapest, Verlag der Zeitschrift für ungarisches öffentliches und Privatrecht; Wien, Manz. 1901. 287 S. 3 Kronen.
- Benedikt, W., Die selbetändigen Erhebungen des Verteidigers und die Strafprozefsreform. Ein Vortrag, gehalten im Berliner Anwalts-Verein (Veröffentlichungen des Berliner Anwalts-Vereins, Heft 14). Berlin, Vahlen. 1901. 34 S. 0,80 Mk.
- Friedmann, O., Das Recht der Wahrheit und der Schutz des guten Namens vom legislativen Standpunkt. Ein Vortrag. Leipzig, Duneker u. Humblot. 1901. 49 S.
- Heilborn, P., Der Agent provocateur. Eine strafrechtliche Studie. Berlin, Springer. 1901. 191 S.
- Höpfner, W., Einheit und Mehrheit der Verbrechen. Eine strafrechtliche Untersuchung. Berlin, Vahlen. 1901. 1. Bd. XI und 272 S. — Mk. 5,40.
- Klatt, O., Die Körpermessung der Verbrecher nach Bertillon und die Photographie als die wichtigsten Hülfsmittel der gerichtlichen Polisei, sowie Anleitung zur Aufnahme von Fußspuren jeder Art. Mit sahlreichen Abbildungen im Text und 21 Tafeln. Berlin, Heine. 1902. 82 S.
- Mittelstaedt, J., und Hillig, C., Das Verlagsrecht. Reichagesets über das Verlagsrecht vom 19. Juni 1901 mit Erläuterungen und einem Anhange, enthaltend das Reichagesets betreffend das Urheberrecht au Werken der Litteratur und der Tonkunst vom 19. Juni 1901. Leipzig, S. Hirzel. 1901. XVIII und 189 S.
- Stenglein, M., Kommentar zur Militärstrafgerichtsordnung vom 1. Dezember 1898 nebst dem Einführungsgesetz, den Nebengesetzen und den Ausführungsvorschriften. Berlin, O. Liebmann, 1901. X und 382 S.
- Ottolenghi, G., La cambiale nel diritto internazionale. Turin, Unione tipografico-editrice, 1902, XIX und 627 S. 10 lire.

Diese Fragen wurden damals durch keine Gesetzesbestimmung beantwortet. Es waren also die allgemeinen Grundsätze anzuwenden.

Dieser Zustand hat nicht lange gedauert. Durch ein Gesetz vom 30. Januar 1866 wurde bestimmt, daß seit 1. Juli 1866 primo; alle neueren Civilgesetze (mit Ausnahme eines Testamentsgesetzes) des griechischen Königreichs, welche seit seiner Errichtung im Jahre 1833 in Geltung getreten waren, auch auf den Ionischen Inseln Geltung haben sollten, secundo: das ionische Civilgesetzbuch, insofern dies durch diese neueren Gesetze nicht verändert war, in Geltung bleibe.

Aber das Gesetz vom 30. Januar 1866 schweigt über die Hauptfrage, welches das Anwendungsgebiet des so beibehaltenen ionischen Civilgesetzbuches sei. Natürlich das ehemalige Gebiet des ionischen Staates, aber inwieweit?

Vor allem ist nun zu bemerken, daß zu den neueren Gesetzen, welche allgemeine Geltung in dem ganzen Gebiet des griechischen Staates haben, auch das Gesetz vom 29. Oktober 1856 gehört, welches in den Artikeln 4—8 die Regeln über das internationale Privatrecht enthält. Diese Artikel lauten:

- "4. Die Gesetze über die Rechts- oder Handlungsfähigkeit gelten für die Griechen auch im Auslande. Die Ausländer in Griechenland stehen unter den diese Fähigkeiten regelnden Gesetzen ihres Heimatsstaates. Aber bei den Rechtsgeschäften, welche in Griechenland von Ausländern errichtet werden, die nach griechischem Rechte die Fähigkeit zur Errichtung solcher Rechtsgeschäfte besitzen, werden die Ausländer als geschäftsfähig betrachtet, wenn sie auch nach ihrem Heimatsrecht unfähig sein würden. Die Ehe, die Verhältnisse zwischen Eltern und Kindern, die Vormundschaft und die Pflegschaft richten sich auch für den im Auslande verweilenden Griechen nach dem griechischen Rechte."
- "5. Der Besitz, das Eigentum und die dinglichen Rechte an den in Griechenland belegenen beweglichen oder unbeweglichen Sachen richten sich nach den griechischen Gesetzen. — Die testamentarische oder gesetzliche Erbfolge wird durch das Recht des Staats, dessen Angehöriger der Erblasser ist, geregelt; aber die in Griechenland liegenden Grundstücke sind stets vom griechischen Recht geregelt."

- "6. Die Obligationen werden, was ihre Wirkung betrifft, vom Gesetz des Staates, wo sie nach dem ausdrücklichen oder stillschweigenden Willen der Parteien zu erfüllen sind, geregelt. Doch können die Parteien das Recht bestimmen, welches sie regeln soll. Aber die Obligationen aus unerlaubten Handlungen werden immer durch das griechische Gesetz bestimmt."
- "7. Die Rechtshandlungen, welche von Griechen im Auslande vorgenommen werden, sind ihrer Form nach in Griechenland gultig, wenn sie entweder der Form des griechischen Rechtes oder derjenigen des Rechtes des Ortes, wo sie vorgenommen sind, entsprechen."
- "8. Die griechischen Gerichte dürfen niemals ausländische Gesetze anwenden, welche entweder griechischen Gesetzen der öffentlichen Ordnung entgegenstehen oder Rechtsinstitute betreffen, welche das griechische Recht nicht anerkennt."

Diese Bestimmungen des positiven griechischen internationalen Privatrechts stimmen mit den Erfordernissen der Wissenschaft überein; nur die Bestimmung über die der Erbschaft angehörigen Grundstücke ist de lege ferenda als verfehlt zu betrachten.

II.

Nach dem für das gemeine Recht in Deutschland allgemein anerkannten Satze sind die Principien des internationalen Privatrechtes auch auf die Fälle der Kollision von zwei Rechten anzuwenden, welche innerhalb desselben Staates für verschiedene Gebiete gelten. Ist dieser Grundsatz auch für Griechenland, was das Anwendungsgebiet des römischen und des ionischen Civilrechts betrifft, maßgebend?

Eine große Schwierigkeit besteht über das leitende Princip. Im deutschen internationalen Privatrechte war es bisher der Wohnsitz, welcher das persönliche Statut bestimmt; im griechischen Rechte ist es die Nationalität. Nun ist das Princip des Wohnsitzes auch für zwei Rechte desselben Staates genügend, während das Princip der Nationalität insofern ungenügend ist, als die Angehörigen eines und desselben Staates dieselbe Nationalität besitzen, obwohl sie zwei verschiedenen Gebieten desselben Staates angehören.

Eine buchstäbliche interlokale Anwendung also des Principes des griechischen internationalen Rechtes in Griechenland ist aus-

geschlossen. Es fragt sich, ob eine analoge Anwendung stattfinden darf. Ich bin dieser Meinung.

Meines Erachtens ist die Lösung unserer Frage auf eine Fiktion der Nationalität zu stützen, d. h. alle diejenigen Personen, welche Staatsangehörige des ionischen Staates sein würden, wenn der ionische Staat noch existierte, werden vom ionischen Civilrecht beherrscht, und alle Personen, welche Angehörige des ehemaligen griechischen Staates sein würden, werden von dem römischen Recht beherrscht.

Diese Fiktion enthalt, wie jede Fiktion, eine Unwahrheit, weil es jetzt nur griechische Staatsangehörige giebt; die ionischen und die ehemaligen griechischen Staatsangehörigen sind jetzt unexistierende Personen. Doch hat diese Fiktion dennoch reellen Wert; was jetzt nicht existiert, ist die Staatsangehörigkeit als solche, d. h. als Institut des öffentlichen Rechtes. Aber die Staatsangehörigkeit als Grundlage des internationalen Privatrechtes ist nicht in ihrem öffentlich-internationalrechtlichen Wesen genommen, sondern nur als Grundlage der Einteilung der Personen im besonderen Sinne des internationalen Privatrechtes. Wenn zwei Staaten in einen vereinigt werden, dann kann in diesem Sinne die Einteilung, die vor der Union existiert hat, ihre Folge noch nach der Union haben und eine Einteilung der Staatsangehörigen des neuen Staates nach den Regeln der früheren Nationalität der zwei Staaten kann noch heute stattfinden, da die bewirkte Union nur das öffentliche Recht betrifft, während das private Internationalrecht als inneres Recht der zwei vereinigten Staaten durch seine eigenen Regeln geregelt bleibt. Mit anderen Worten: der Begriff der Staatsangehörigkeit in Bezug auf jeden der vereinigten Staaten kann als Grundlage des internationalen Privatrechtes auch nach der Vereinigung der zwei Staaten fortbestehen; ebenso gut wie als Grundlage dieses Rechtes auch der Wohnsitz dienen kann, ein Begriff, der mit der Existenz des Staates nichts zu thun hat.

Nach dem oben Gesagten muß als Grundlage des griechischen internationalen Privatrechtes die Staatsangehörigkeit gelten, und zwar die fingierte Staatsangehörigkeit, was das Anwendungsgebiet des ionischen Rechtes anbetrifft.

Viele Entscheidungen der griechischen Gerichte verteidigen eine andere Meinung. Sie setzen als Grundlage den Wohnsitz.

So soll der in Athen wohnende Grieche, obwohl er ein Staatsangehöriger des ionischen Staates gewesen ist, dem römischen Rechte unterworfen sein, während der in Korfu wohnende Grieche. obwohl er früher ein griechischer Unterthan war, dem ionischen Civilrecht 'unterworfen sein soll. Diese Meinung ist mit dem Princip des griechischen internationalen Privatrechtes, d. h. dem Princip der Nationalität nicht zu vereinigen. Die Jurisprudenz denkt: weil es jetzt keine ionische Staatsangehörigkeit giebt, ist ein anderes Princip, also das Princip des Wohnsitzes anzuwenden. Die Unhaltbarkeit dieser Meinung und ihre Principienlosigkeit erhellt aus folgendem Falle: Ein Ionier wohnt in Rußland: ist er dem römischen oder dem ionischen Civilrecht unterworfen? Nach dem früheren gemeinen deutschen internationalen Privatrecht ist er weder dem einen noch dem anderen, sondern dem russischen Recht unterworfen, weil er seinen Wohnsitz in Russland hat; nach dem griechischen internationalen Privatrechte ist er dem griechischen Rechte unterworfen, weil er griechischer Staatsangehöriger ist. Aber das griechische Recht hat swei nebeneinander bestehende Rechte, das römische und ionische. Welches von beiden ist anzuwenden? Die Wohnung giebt hier keinen Aufschluß, weil diese Person keine Wohnung in Griechenland hat. So ist ein drittes Princip nötig.

Nach dem Vorausgesagten werden wir jetzt die verschiedenen Fragen näher prüfen.

Die Hauptfrage über die räumlichen Grenzen des ienischen Civilrechtes umfaßt zwei Abschnitte: erstens innerhalb des Königreichs Griechenland, zweitens außerhalb Griechenlands.

A. Das Anwendungsgebiet im Inlande.

Was das statutum reale betrifft, so ist die lex rei sitae anzuwenden. Die auf den Ionischen Inseln liegenden Grundstücke und beweglichen Sachen werden vom ionischen Civilgesetzbuch beherrscht und die im übrigen Griechenland liegenden vom römischen Rechte. Es sei übrigens bemerkt, daß die Hypotheken und Privilegien für ganz Griechenland einheitlich geregelt sind.

Es ist schon bemerkt, dass nach der positiven Bestimmung des griechischen internationalen Privatrechts die erbrechtliche

Behandlung der in Griechenland liegenden Grundstücke eines verstorbenen Ausländers nicht von dem Rechte seiner Heimat, sondern von dem Griechenlands geregelt werden. Diese verfehlte Auffassung des griechischen Gesetzes, ein Überrest einer schon lange verlassenen Theorie, ist nicht auf unsere Frage anzuwenden; nicht weil die Grundsätze des internationalen Privatrechts nicht auf unseren Fall anzuwenden sind, sondern weil diese Bestimmung so von dem griechischen Gesetze formuliert ist, daß ihre Anwendung auf unsere Frage nicht notwendig ist. Wenn sie aber nicht notwendig de lege lata ist, so ist nur das Princip der Erbschaft anzuwenden ²).

Die Frage des Princips der Nationalität, die wir hier erörtern, wird in Deutschland wenig besprochen, eben weil in
Deutschland bisher das Princip des Wohnsitzes herrschte. Es
ist wahr, dass es auch in Deutschland Fälle gab, wo zwei miteinander vereinigte Staaten zwei verschiedene Principien hatten,
z. B. Preußen und die Rheinprovinz. Doch in diesen Fällen
hatte der Hauptstaat, an den die Annexion stattfand (d. h.
Preußen), das Princip des Wohnsitzes für sein internationales
Privatrecht. Savigny sagt, dass in diesem Falle das Princip der
Wohnung anzuwenden sei. Aber ein Beispiel von zwei Staaten
in Deutschland, welche alle beide das Princip der Nationalität
hätten und durch Annexion vereinigt wären, ist mir nicht bekannt. Auch kenne ich keine specielle Erörterung dieses Falles.
Die franzesische Theorie und Praxis behandelt diese Frage nicht
eingehend.

Die schwache Seite meiner Meinung ist, das jetzt ein Ionier nicht Grieche werden kann, d. h. wer jetzt dem ionischen Rechte unterworfen ist, kann nicht durch Veränderung seiner Nationalität dem griechischen Rechte unterworfen werden und vice versa, während früher, d. h. vor der Annexion, ein Ionier Grieche

²⁾ Eine nähere Prüfung dieser Frage habe ich in einem griechischem Artikel (in Balanos Juristische Zeitung Jahrgang 1901 im Desemberheft [griechisch]) unternommen. Die Einzelheiten haben für den deutschen Lesser kein besonderes Interesse. Es sei noch bemerkt, daß die griechische Jurisprudens auf dem entgegengesetzten Standpunkte fußt, indem eie die Erbschaft eines Ioniers dem ionischen Rechte unterwirft, aber die in Griechenland liegenden Grundstticke dem römischen Rechte. Wie leicht erklärlich, entstehen daraus große Mißstände.

werden konnte und dadurch dem griechischen Rechte unterworfen wurde. Doch muß man ins Auge fassen, daß die Koexistenz zweier Civilrechte in demselben Staate ein elender Zustand ist und die eben citierte Frage nicht seine schlimmste Folge ist.

Übrigens auch die andere Meinung, welche sich zu dem Principe des Wohnsitzes bekennt, ist von solchen Verkehrtheiten nicht frei. So z. B. kann ich, wenn ich in Athen wohne (also dem römischen Rechte unterworfen bin) und meine Wohnung nach Corfu verlege, nicht mehr dem römischen Rechte unterworfen bleiben, auch wenn ich es wünsche, sondern werde bon gré mal gré dem griechischen Rechte unterworfen.

Hierhin gehört auch eine andere Schwierigkeit. Wenn ein Ausländer durch Naturalisation Grieche wird, welchem Rechte, dem ionischen oder dem römischen, wird er unterworfen? Wenn wir die Fiktion der Nationalität anwenden, ist er demjenigen Rechte unterworfen, dessen Staates Unterthan er sein würde, wenn der ionische Staat noch existierte. Also wenn der Ausländer auf den Ionischen Inseln während des für die Naturalisation nötigen Aufenthaltes gewohnt hat, ist er dem ionischen Rechte, sonst dem römischen Rechte zu unterwerfen. De lege ferenda würde es besser sein, alle Naturalisierten dem römischen Rechte zu unterwerfen. Doch eine solche Lösung ist de lege lata unbaltbar.

Was das statutum personale betrifft, so giebt es vier Meinungen über das anzuwendende Gesetz.

- I. Die erste Meinung wendet die lex originis an. Sie ist von einigen Entscheidungen der griechischen Gerichte vertreten. Sie ist aber entschieden zu verwerfen. Es ist wahr, daß die lex originis schon im römischen Recht sich findet; aber sie gilt nicht im griechischen internationalen Privatrecht. Sie ist auch aus praktischen Rücksichten nicht zu halten.
- II. Die zweite Meinung wendet den Satz an, daß diejenigen Personen, welche einer Kommune, die auf den Ionischen Inseln liegt, angehören, dem ionischen Civilgesetzbuch unterworfen werden, die anderen dem römischen. Doch ist auch diese Einteilung jeder Zufälligkeit ausgesetzt und ungenügend, weil die Frauen keiner Kommune als Bürgerinnen angehören.

III. Die dritte Meinung bekennt sich zu der lex domicilis. Diese Meinung ist die in der griechischen Jurisprudenz vorherrschende. Die Meinung, wie schon oben dargethan ist, ist mit unserem griechischen internationalen Privatrecht unvereinbar*).

IV. Die vierte Meinung ist diejenige, welche wir hier verteidigen und welche eine Entscheidung des Kassationshofes No. 262 Jahr 1869 angenommen hat: Als dem ionischen Gesetze unterworfen gelten diejenigen Personen, welche ionische Unterthanen sein würden, wenn der ionische Staat noch existierte.

Was die Regel locus regit actum betrifft, so ist sie auch in unserer Frage anzuwenden. Hierin liegen keine besonderen Schwierigkeiten vor. So kann z. B. ein Notar in Corfu entweder die römischen oder die ionischen Formen anwenden, wenn ein Athener in Corfu einen notariellen Akt machen läst. Aber ein Notar in Corfu darf nie die römischen Formen anwenden, wenn ein Ionier in Corfu einen notariellen Akt fertigen läst.

Eine andere Frage bietet einige Schwierigkeiten. Nach dem griechischen internationalen Privatrecht ist ein ausländisches Rechtsinstitut oder eine ausländische Rechtsregel, welche gegen die öffentliche Ordnung verstößt, in Griechenland nicht anzuwenden. Ist dieser Satz auch bei der Kollision des ionischen und römischen Civilrechts anzuwenden? Principiell ist die Frage zu bejahen. Doch ist zu bemerken, dass, wenn ein Staat mit einem andern sich vereinigt und die Gesetze des einverleibten Staates anerkennt, die Anerkennung auch auf die Sätze der öffentlichen Ordnung wirkt, d. h. die Sätze der öffentlichen Ordnung des einverleibten Staates gelten als Satze der öffentlichen Ordnung der vereinigten Staaten. Doch haben diese Satze den Hauptsitz ihrer Geltung nur im Gebiete des einverleibten Staates. Diese Anerkennung kann eine zweifache sein. Erstens kann sie durch den Rechtsakt der Vereinigung der zwei Staaten begrundet sein. So etwas geschah bei der Einverleibung Thessaliens in Griechenland. Durch den Staatsvertrag der Vereinigung wurde bestimmt, dass die Türken ihre Polygamie behalten dürften. Allerdings ist die Polygamie ein Institut,

³⁾ Sie ist von Ockonomides 1. c. und Streit 1. c. vertreten. Die Entscheidungen der griechischen Gerichte sind bei Balanos op. cit. citiert.

welches gegen die öffentliche Ordnung Griechenlands wie der ganzen civilisierten Welt verstößt. Doch gilt sie in Griechenland kraft des Staatsvertrages. So kann z. B. ein Türke, welcher in Thessalien wohnt und viele Frauen hat, sich nach Athen begeben und dort mit seinen Frauen bleiben, ohne Gefahr zu laufen, sich einer strafrechtlichen Vorfolgung wegen Viel-Über diese hochinteressante Frage näher ehe auszusetzen. zu handeln ist hier nicht der Ort (z. B. ob ein Türke. welcher in Thessalien wohnt, nach Patras sich begeben und dort eine neue polygamische Ehe abschließen darf). Zweitens kann die Anerkennung sich auf ein gemeinsames Gesetz der zwei einverleibten Staaten stützen. Solches trifft bezüglich der Vereinigung des ionischen Staates mit Griechenland zu. Durch das Gesetz vom 30. Januar 1866 der vereinigten Staaten (d. h. des ehemaligen griechischen Königreichs und des ionischen Staates) wurde bestimmt, dass seit 1. Juli 1866 das ionische Civilgesetzbuch in Geltung bleibt, insofern es nicht durch die seit der Begründung des ehemaligen griechischen Königreichs in diesem geltenden Gesetze verändert werde. Durch dieses Gesetz wird das ionische Civilgesetzbuch in complexu anerkannt, d. h. nicht nur die Sätze, welche die öffentliche Ordnung nicht betreffen, sondern auch die Sätze, welche der öffentlichen Ordnung angehören. Die Sätze der öffentlichen Ordnung, welche im ionischen Gesetzbuch enthalten sind, gelten noch heute, obwohl sie teilweise gegen die öffentliche Ordnung des ehemaligen Königreichs Griechenland verstoßen. So gilt z. B. im übrigen Griechenland (d. h. außer den Ionischen Inseln) keine Beschränkung der Zinsen, weil die entgegengesetzten Bestimmungen des römischen und byzantinischen Rechtes durch eine griechische Gewohnheit abgeschafft sind. Das ionische Civilrecht enthält ein gesetzliches Maximum der Vertragszinsen. Es fragt sich, ob die Bestimmungen des ionischen Rechts, welche gegen die Unbeschränktheit der Zinsen im griechischen Recht verstoßen, jetzt in Geltung sind. Die Frage ist zu beiahen, weil das Gesetz vom 30. Januar 1866, in dem es das ionische Gesetzbuch in complexu anerkennt, auch diesen Satz in Geltung erhält. Dieser Satz gilt nur auf den Ionischen Inseln; er kann aber auch im übrigen Griechenland vor den Gerichten anerkannt werden. Z. B. ein Ionier wird in Athen wegen einer Schuld von 1000 Fres, verklagt: er hat eine

Gegenforderung von 500 Frcs., die mit Vertragszinsen von 12% eine Summe von 1000 Frcs. ergiebt und er stellt diese Gegenforderung zur Kompensation. Der Kläger kann sagen, daß nach dem ionischen Civilrecht ein Zinsfuß von 12% unerlaubt ist und der Beklagte nur 6% Zinsen berechnen darf. Daß die Beschränkungen der Zinsen in den Ionischen Inseln noch jetzt gelten, ist auch von der griechischen Jurisprudenz mit Recht anerkannt.

Übrigens ist die hier behandelte Frage eigentlich keine Frage des internationalen Privatrechts, sondern eine Frage der Auslegung des griechischen Gesetzes vom 30. Januar 1866. Als Anhaltspunkte für die Auslegung können aber die Grundsätze des internationalen Privatrechts dienen. Das ionische Recht hat das Institut der "reconnaissance des enfants naturels"; dieses Institut wird im römischen Recht nicht anerkannt. Es fragt sich: gilt es heute als der öffentlichen Ordnung des römischen Rechts widersprechend? Die Frage ist aus den obigen Gründen zu verneinen und die reconnaissance als geltendes Recht der Ionischen Inseln zu betrachten.

B. Das Anwendungsgebiet im Auslande.

Wenn ein Rechtsverhältnis im Auslande nach griechischem Recht beurteilt werden soll, ist römisches oder ionisches Recht anzuwenden? Darüber enthält das Gesetz vom 30. Januar 1866 keinen Anhalt; es ist also die Frage aus den allgemeinen Principien zu lösen.

Was das statutum reale anbetrifft, so ist die lez rei sitae anzuwenden.

Was das statutum personale anbetrifft, so sind unsere obigen Auseinandersetzungen maßgebend. Die griechische Jurisprudenz wendet das Wohnsitzprincip an; aber dieses Princip läßt ganz im Stich in dem Falle, wo der Grieche weder in den Ionischen Inseln noch im übrigen Griechenland eine Wohnung hat. Es giebt viele griechische Unterthanen, die in Rumänien oder in der Türkei geboren sind und da wohnen. Diese Griechen haben nie in Griechenland eine Wohnung gehabt. Welchem Rechte sind diese Personen unterworfen? Die griechische Jurisprudenz hat entschieden, daß die im Auslande wohnenden Griechen dem

Rechte ihrer letzten Wohnung in Griechenland unterworfen sind. Wenn sie aber eine solche nie gehabt hatten? Diese Frage hat keine griechische Entscheidung entschieden und durch das Princip der Wohnung kann man sie nicht lösen. Nach unserem Princip wird dieser Grieche dem ionischen Rechte unterworfen sein, wenn er ionischer Staatsbürger sein würde im Falle der Existenz des ionischen Staates: z. B. wenn sein Vater Ionier war oder wenn er selbst ein Ionier, d. h. Staatsbürger des ionischen Staates war.

Hier ist noch näher ein schwieriger und wichtiger Punkt zu untersuchen: die in einer Erbschaft sich befindenden Grundstücke. Welche Gesetze die im Auslande liegenden Erbschaftsgrundstücke regulieren, ist eine Frage, die hier unerledigt bleiben darf, eben weil sie für unsere Hauptfrage keine besonderen Schwierigkeiten bietet. Dagegen untersuchen wir den Fall, wo ein Ausländer gestorben ist und in seiner Erbschaft Grundstücke sich befinden, welche teils auf den Ionischen Inseln und teils im übrigen Griechenland liegen. Zuerst ist es sicher. dass diese Grundstücke dem griechischen Rechte unterworfen werden. Dies sagt ausdrücklich das oben abgedruckte griechische Gesetz vom 29. Oktober 1856, Art. 5 und zwar das ionische Recht für die in den Ionischen Inseln liegenden Grundstücke und das römische Recht für die im übrigen Griechenland liegenden. Dies sind aber schlimme Zustände, weil hiernach eine Erbschaft von drei verschiedenen Rechten: dem ausländischen, dem römischen und dem ionischen geregelt wird. Doch eine andere Auslegung, insofern der Art. 5 des Gesetzes vom 29. Oktober 1856 gilt, ist unmöglich. Doch wenn das ausländische Gesetz. welchem der verstorbene Ausländer unterworfen ist, vorschreibt, das Recht des Wohnsitzes die Erbschaft reguliert, und der Ausländer seine Wohnung in Athen hatte, so ist das römische Recht, welches in Athen gilt, massgebend.

Eine griechische Entscheidung hat entschieden, daß die im Auslande (Rumänien) sich befindenden Grundstücke eines Ioniers nicht dem griechischen, sondern dem rumänischen Rechte unterworfen sind und zwar kraft des Art. 5 des Gesetzes vom 29. Oktober 1856. Dieser Auffassung können wir nicht beitreten. Die Bestimmung des Art. 5 ist eine ganz anomale, welche so eng als möglich anzuwenden ist; sie gilt also, wenn eine Erb-

schaft vom ausländischen Rechte geregelt wird und Immobilien in Griechenland liegen; sie ist aber nicht auf den entgegengesetzten Fall anzuwenden. Es ist eine andere Frage, ob der ausländische Staat eine ähnliche Vorschrift wie Art. 5 hat; dann ist sie kraft des ausländischen Gesetzes anzuwenden; aber wenn das Ausland keine solche Vorschrift besitzt, darf das griechische Gericht nicht Art. 5 anwenden. Z. B. ein Grieche, der in Athen wohnt, hat ein Grundstück in Berlin; er stirbt. Seine Erbschaft wird vom griechischen Rechte geregelt, auch sein Berliner Grundstück.

Was die Regel locus regit actum anbetrifft. so ist sie auch hier anzuwenden. Aber wenn es sich um die griechische Form handelt, so fragt sich's, ob die römische oder die ionische anzuwenden sei. Ich glaube die römische, wenn es sich um eine Person handelt, welche dem römischen Rechte unterworfen ist, und die ionische im entgegengesetzten Falle. Die griechische Jurisprudenz hat sich mit der Frage befast, ob ein Testament, welches in Egypten vor dem griechischen Konsul von einem Ionier errichtet wird, nach dem römischen oder nach dem ionischen Rechte anzufertigen sei 4). Meines Erachtens ist die richtige Lösung die, dass nur das ionische Recht anzuwenden ist, eben weil der griechische Konsul als ein griechischer Notar betrachtet wird; wenn dieser Notar in Athen seinen Sitz hätte, könnte er für den Ionier entweder das römische oder das ionische Recht anwenden, aber in Egypten ist die Regel locus regit actum nicht anzuwenden, weil Exterritorialität gilt, also es ist nur das griechische Recht anzuwenden. Weil der locus hier keinen Anhalt für die Form giebt, so ist nur die fingierte Nationalität des Erblassers entscheidend. De lege ferenda ziehe ich den Weg, welcher dem Konsul alle beide Formen erlaubt, vor.

⁴⁾ Das Nähere darüber in meiner Abhandlung in Balance op. cit.

Die dritte Haager Staatenkonferenz für internationales Privatrocht

Kritische Studien von Dr. Franz Kahn in Heidelberg.

(Fortsetzung.)

Das Eherechtsabkommen.

I. Abschnitt. Die materiellen Voraussetzungen der Eheschliefzung.

A. Das Princip.

Die Hauptfrage, ob für die Ehefähigkeit die Staatsangehörigkeit oder der Wohnsitz als Anknüpfungsbegriff zu wählen sei, konnte unter den Vertragsstaaten nur in dem ersteren Sinne einheitlich entschieden werden. In Gesetzgebung und Doktrin fast aller europäischen Staaten ist heute der Sieg des Staatsangehörigkeitsprincips ein definitiver. Grundsätzlich auf dem Boden des Domizilprincips stehen außer Großbritannien (das ja nicht zu den Vertragsstaaten gehört), aur Dänemark. Schweden und Norwegen. Leider ist es bei den bisherigen Konferenzverhandlungen noch nicht gelungen, diese dissentierenden Staaten zu bekehren: ihre Delegierten haben einen Sonderstandpunkt eingenommen und auch das Schlusprotokoll nur unter der ausdrücklichen Reserve unterzeichnet, dass jenen Ländern vorbehalten bleibt, sich erst später darüber schlüssig zu machen, ob sie im Interesse der internationalen Rechtseinheit in die Aufgabe des Domizilprincips einwilligen können. Vgl. Actes 1894 S. 12, 34, 37, 118; 1900 S. 232; Documents 1900 S. 137, 178.

Nach dem Heimatsgesetz eines jeden der Verlobten ("par la loi nationale de chacun des futurs époux") soll sich das Recht der Eheschließung bestimmen. Die hier niedergelegte Auffassung entspricht der überwiegenden, auch von dem deutschen B.G.B. anerkannten Meinung 1). Die Fassung ist aber unpräcis. Etwas schärfer, obwohl immer noch inkorrekt genug, ist diejenige des E.G. Art. 13; "in Ansehung eines jeden der Verlobten u. s. w." Hier wie dort läuft eine Unklarheit mit unter, welche die Anwendung verwirrt und erschwert. Wie kann man zwei Gesetze zugleich anwenden, wenn diese Gesetze verschieden sind 2)? Wie soll man z. B., wenn ein italienischer Vetter seine spanische Cousine heiraten will, in Ansehung des ersteren das italienische Recht anwenden, welches die Ehe gestattet, in Ansehung der letzteren das spanische Recht, welches die Ehe verbietet? Betrachten wir in solchem Falle - wie es die Meinung der Konvention und des Art. 13 E.G. ist - die Ehe als verboten, so wenden wir nicht spanisches und italienisches Recht an, sondern nur spanisches; und die Regel, welche wir befolgen und durchführen wollen, lautet nicht: das Personalrecht eines jeden der Ehegatten gilt, sondern vielmehr: die Ehefähigkeit muß positiv vorhanden sein nach dem Personalrechte eines jeden der Verlobten: "Chacun des futurs doit être capable d'après sa loi " (Kommissionsbericht, Actes 1900, S. 169, 170). Das ist aber etwas ganz anderes*). Der richtige Gedanke war klar und deutlich in dem von den ersten beiden Konferenzen beschlossenen zweiten Satze des Art. 1 ausgesprochen, welchen die dritte Konferenz .comme étant une explication inutile (?) de la première [phrase]" leichthin gestrichen hat: "En consequence pour que le mariage puisse être célébré dans un pays autre que celui des époux ou de l'un d'eux, il faut que les futurs époux se

Unsere Ausführungen in diesem Abschnitt gelten daher auch für das Recht des B.G.B.

²⁾ Vgl. Iherings Jahrb. Band 90 S. 117 ff.

³⁾ Das preußische Landrecht z. B. wendet für die Frage der Handlungsfähigkeit gerade umgekehrt von zwei möglichen Rechten nur dasjenige au, nach welchem das Geschäft gültig ist. Vgl. A.L.R. Einl. §§ 26, 27, 35.

trouvent dans les conditions prévues par leur loi nationale respective "4).

Die Prüfung und Entscheidung, welches Gesetz im einzelnen Falle als loi "respective" zu gelten hat, ist nicht immer so einfach, wie es den Anschein hat. Klar und einfach ist es bei rein persönlichen Fähigkeits-Fragen, wie derjenigen der Ehemundigkeit. Hier ist für jeden Ehegatten allein nach seinem Personalrecht zu beurteilen, ob er das erforderliche Alter hat. Ebenso, wenn es sich darum handelt, ob die Zustimmung von Eltern. Vormündern zur Eheschliefsung erforderlich ist. Ebenso aber in der Regel auch bei öffentlichen Ehehindernissen, wenn sie auf persönliche Eigenschaften oder Verhältnisse nur eines der Verlobten sich grunden. Daher muß z. B. die Ehe einer Russin mit einem 81 jährigen Deutschen oder mit einem Franzosen, der zum vierten Male heiratet, nach Art. 1 als erlaubt gelten, obschon das russische Recht Personen über 80 Jahren und solchen, die schon dreimal verheiratet waren, die Ehe verbietet (Art. 4 u. 21 des russ. Civil-Gesetzbuches). Beide Verlobte sind hier nach ihrem eigenen Gesetze ehefähig. Ebenso wird eine deutsche Witwe mit einem Schweden schon 10 Monate nach dem Tode ihres ersten Mannes eine Ehe eingehen können, obschon das schwedische Recht die Wartefrist auf ein Jahr festsetzt: für die deutsche Witwe gilt ausschließlich § 1313 B.G.B.

Nicht in allen Fallen aber ist die loi respective das Gesetz desjenigen Ehegatten, mit dessen Person, äußerlich betrachtet, das Ehehindernis verknüpft ist. Wollte man z. B. das Ehehindernis der Impotenz in solcher Weise beurteilen, so würde man den Sinn derartiger Gesetze (z. B. österr. B.G.B. § 60; ital. B.G.B. Art. 107; span. B. G.B. Art. 83 Ziff. 3) gerade in ihr Gegenteil verkehren. Nicht dem Impotenten soll die Ehe verboten werden, sondern der andere Ehegatte soll gegen die Ehe mit einem Unvermögenden geschützt sein. Hier muß es also gerade auf das Gesetz des anderen Ehegatten ankommen 5).

Diese Fassung folgt der des Institut de droit international, Lausanne Art. 5.

⁵⁾ So ausdrücklich das ital. Gesetz: "L'impotenza manifesta e perpetua, quando sia anteriore al matrimonio, può essere proposta come causa di nullità dall' altro conjuge." Das ungar. Recht stellt ausdrücklich das

Ahnlich, wenn nach schwedischem Recht die heidnische Religion für ein absolutes Ehehindernis erklärt wird. Die wahre Absicht eines derartigen Gesetzes ist nicht, den Heiden die Ehe zu verbieten, sondern dem Christen die Ehe mit einem Heiden zu untersagen. Hier ist also das Personalrecht des christlichen Ebeteils als die loi respective zu betrachten. Die Ehe eines christlichen Schweden mit einem muhamedanischen Franzosen ist nach Art. 1 verboten, diejenige eines christlichen Franzosen mit einer religionslosen Schwedin dagegen erlaubt 1). In der gleichen Weise ist allgemein das Ehehindernis der Religionsverschiedenheit zu behandeln. Sinn dieses Verbots, soweit es in europäischen Staaten gilt, ist immer nur, daß Christen unfähig sein sollen, eine Ehe mit Andersgläubigen einzugehen (so schon dem Wortlaut nach das russ. Civ.-Gesetzbuch Art. 85, vgl. auch Artt. 87, 90, 37 Ziffer 7). Deshalb kann auch Art, 64 des österr. B.G.B., welcher Ehen zwischen Christen und Nichtchristen verbietet, nach Art. 1 der Konvention nicht in Betracht kommen, wenn z. B. ein italienischer Christ eine österreichische Jüdin heiraten will. Jeder der Verlobten ist hier nach seinem Rechte fähig, die Ehe zu schließen. Allerdings kann man in Österreich nach Art. 2 Abs. 3 die Ebeschließung untersagen. Aber in jedem anderen Vertragsstaate (Rufsland ausgenommen) muss nach Art. 1 (nicht bloss: _kann* nach Art. 3) die Ehe zugelassen und als gültig anerkannt werden.

Ebenso kommt es bei dem Eheverbot wegen kirchlicher Weihen und des Ordensgelübdes lediglich auf das Personalrecht des Geweihten an. Wenn ein französischer Mönch eine Österreicherin heiratet, so ist diese Ehe grundsätzlich nach Art. 1 zulässig. Diesen Fall erwähnt ausdrücklich der Kommissionsbericht: "En effet, le prêtre est capable de se marier; la femme autrichienne l'est aussi, la règle de la loi autrichienne n'étant pas qu'une Autrichienne ne peut épouser

Ehchlndernis der Impotenz mit vis und error in eine Linie. Vgl. Act. 1900 S. 16.

⁶⁾ Nach der amtlichen Zusammenstellung Ast. 1900 S. 37. Dagegen wird in der ausführlichen Darstellung Oliveerona's, Clunet Bd. 10 S. 343 ff. dieses Eheverbot nicht erwähnt.

⁷⁾ Über das Eingreifen von Art. 2 u. 3 vgl. weiter unten.

Die dritte Haager Staatenkonferens für internationales Privatrecht. 205

un prêtre, mais qu'un prêtre autrichien ne peut se marier, ce qui est bien différent^{u s}).

Man darf sich bei solchen Ehehindernissen kirchlichen Ursprungs nicht durch die ihnen naturgemäß innewohnende Tendenz zu universeller Herrschaft³) beirren lassen. Dieser Tendenz ist an anderen Stellen der Konvention (Art. 2 Abs. 3, Art. 5 Abs. 2) Rechnung getragen worden. Bei der Anwendung des Art. 1 darf sie nicht hereingezogen werden. Hier kommt das kirchliche Gesetz nur als heimatstaatliches in Betracht. Es kann nicht die Religionsangehörigen treffen, die nicht auch Staatsangehörige sind.

Aus diesem Gesichtspunkt ist auch die praktisch bedeutsame und schwierige Frage der Wiederverheiratung eines geschiedenen Ehegatten 10) privatinternational zu behandeln. Wenn ein Recht dem einmal verheirateten Ehegatten nicht gestattet, bei Lebzeiten des anderen Ehegatten überhaupt eine zweite Ehe zu schließen, so trifft dieses Eheverbot lediglich seine (des ev. geschiedenen Ehegatten) Person, nicht diejenige des zweiten ledigen Verlobten. Es ist daher an und für sich sinnwidrig, wenn man in Österreich (wo für akatholische Personen die Scheidung zugelassen ist) das sog. Ehehindernis des Katholicismus (§ 111 österr. B.G.B.) authentisch dahin interpretiert hat 11), daß dem Katholiken auch die Ehe

⁸⁾ Die weitere Bemerkung des Kommissionsberichts: "Du reste, l'Autriche pourrait atteindre son but en créant un empêchement relative à la charge de l'Autrichienne" ist bedenklich. Ein derartiges Gesetz, das ja nur privatinternationale Bedeutung hätte, ware m. E. eine unsulässige Umgebung der Konvention. Mit dem nämlichen Rechts müßste man allgemein dem Heimatgesetze des einem Ehegatten erlauben, über die persönliche Ehefähigkeit des anderen Ehegatten seine Herrschaft zu erstrecken. Es könnte z. B. Deutschland erklären, jeder deutschen Staatsangehörigen sei die Ehe mit einem Ausländer unter 21 Jahren verboten und a. s. m.

⁹⁾ Vgl. hierzu die überans charakteristischen Deduktionen Korismics' auf der ersten Konferens, Actes 1893 S. 39. Ferner z. B. Olivi, Revue d. droit int. Bd. 15 S. 224; Diobouniotis, Ztuch. Bd. 8 S. 17 ff. Auch bes. die Entsch. des öster. oberat. Ger.Hof vom 18. Juli 1886, Sammlung Bd. 24 No. 11110, sowie die unten S. 240 Anm. 46 citierten weiteren Erkenntnisse.

¹⁰⁾ Vgl. dasu unten S. 240 Anm. 46.

Hofkanzleidekret v. 26. August 1814 u. v. 17. Juli 1895. Vgl. aus der Rechtsprechung bes. Samml. Bd. 21. No. 9688 u. diese Zechr. Bd. 8 8. 245, sowie die in Anm. 9 cit.

mit einer geschiedenen akatholischen Person verboten sei. Soweit es sich um österreichische Staatsangehörige handelt, ist eine derartige gesetzeskräftige Auslegung natürlich unanfechtbar. Auf privatinternationalem Boden dürfen wir ihr aber nicht nachgehen. Es muss also z. B. ein geschiedener Franzose grundsätzlich (nach Art. 1) mit einer ledigen Italienerin eine Ehe können, obschon nach italienischem Recht die Scheidung verboten ist. Italien kann zwar wiederum eine solche Eheschließung auf italienischem Boden nach Art. 2 Abs. 3 verbieten. Aber die anderen Vertragsstaaten haben die Frage, ob die erste Ehe eines Franzosen durch die Scheidung rechtsgültig aufgelöst ist (vgl. Art. 7 der II. Konvention) ausschließlich nach französischem Rechte zu beurteilen. Ebenso wie das Heimatsrecht der ersten Ehegatten allein zu entscheiden hat. ob die erste Ehe als durch den Tod (oder Todeserklärung!) oder durch eine Nichtigkeitserklärung aufgehoben zu gelten hat. ebenso auch bei der Aufhebung der Ehe durch Scheidung. In der That fließen ja oft die Grenzen der Nullitäts- und der Scheidungsklage in den verschiedenen Rechten ganz unerkennbar ineinander. -

Ganz allgemein soll nach der Auffassung der Konferenz dasjenige Gesetz, welches über die Frage der Ehefähigkeit zur Entscheidung berufen ist, auch die Folgen einer verbotswidrig abgeschlossenen Ehebestimmen. Man hat es ausdrücklich und wiederholt abgelehnt, über diese Folgen (Anfechtbarkeit, Nichtigkeit, Konvalescenz u. s. w.) irgend welche besonderen Regeln einzufügen, und hat sich auch auf die in dem niederländischen Regierungsentwurf vorgeschlagene _proposition complémentaire concernant l'action en nullité du mariage" ebenso wie auf die Anträge der niederländischen Kommission (vgl. Documents S. 94 u. 95) therhaupt nicht eingelassen. Man ging davon aus, dass die Sache implicite durch die Konferenzbeschlüsse bereits erledigt sei: "La sanction de la loi ne doit pas être séparée de la loi elle-même", Actes 1894 S. 79 u. 81; 1900 S. 179. Vgl. auch den deutschen Vorschlag 4a, Actes S. 41; ferner Gebhards Motive zu § 18 II; Weifs, droit international privé Bd. 3 S. 572.

Wenn die geschlossene Ehe gegen die Personalrechte beider Ehegatten verstieß (z. B. eine Verwandten-Ehe, die nach beiden Rechten verboten ist), so muß hiernach die Wirkung der _ärgeren Hand" folgen, und die Nichtigkeit eintreten, wenn sie nur nach einem der beiden Rechte besteht (Niemever. Internationales Privatrecht S. 134. Vgl. auch Mariolle-Keidel, Zeitschrift Bd. 8 S. 133; Protokolle zum B.G.B. Bd. 6 S. 47). Verstiefs dagegen die Ehe nur gegen das Verbot eines der beiden Personalrechte, oder war (entsprechend unseren voraufgehenden Ausführungen) nur das Verbot des einen dieser Rechte als maßgebend zu berücksichtigen, so bestimmt sich auch die Folge nur nach diesem Rechte. So ist selbstredend die Ehe eines volljährigen Franzosen mit einer ehe-unmündigen aber geschäftsfähigen Deutschen nur ansechtbar gemäs B.G.B. § 1331, nicht -- entsprechend den französischen Sachnormen - nichtig. Hat dagegen z. B. ein Deutscher eine Rumanin geheiratet, und es bestand zwischen ihnen das auch dem rumänischen Recht bekannte Ehebindernis der "affinitas illegitima" (§ 1310 Abs. 2 B.G.B.), so ist diese Ehe entsprechend dem rumänischen Recht nichtig, während sie bei Anwendung des deutschen Rechtes nicht einmal anfechtbar ware. Man darf hier auch nicht etwa eine Unterscheidung treffen, je nachdem derjenige Ehegatte, welcher die uneheliche Geschlechtsgemeinschaft gepflogen hat, der Deutsche oder der Rumane war: denn das Ehehindernis ist ein zweiseitiges, es trifft nicht die Person des Schuldigen, sondern die beiden unehelich Verschwägerten.

Ähnlich ist die Ehe eines Deutschen mit einer Französin, zwischen denen das Ehehindernis des Ehebruchs bestand, gemäß § 1328 B.G.B. für beide Teile nichtig, obschon das Hindernis nach französischem Recht (Code civil Art. 292) nur außehiebende Bedeutung hat. Die Heilung der Nichtigkeit durch Dispens (§ 1328 Abs. 2 B.G.B.) kann in solchem Falle auch nur eintreten, wenn nicht nach dem Rechte des anderen Ehegatten eine unheilbare Nichtigkeit vorliegt (wie etwa nach griechischem Recht; Vgl. Typoldo-Bassia, Clunet Bd. 23 S. 64); ist Dispens nach beiden Rechten zulässig (vgl. z. B. österr. B.G.B. § 67, 83, 88), so müßte er von beiden Seiten in der vorgeschriebenen Weise erteilt sein, um die Heilung zu bewirken.

Zweifel erheben sich besonders bei Anwendung des Grundsatzes im Falle von Willensmängeln. Daß Ehedefekte dieser Art gleichfalls unter Art. 1 fallen (ebenso wie auch unter Art. 13 E.G.), wurde bei den Konferenzverhandlungen klar festgestellt. Man hat gerade deshalb den Ausdruck "le droit de contracter mariage" gewählt und die (besonders für die französische Rechtssprache näher liegende) von der belgischen Kommission ausdrücklich beantragte Fassung "la capacité de contracter mariage" als zu eng abgelehnt (Actes 1900 S. 169).

Es ware m. E. hier wiederum nicht allgemein richtig, zu sagen, dass die Ehe als nichtig oder anfechtbar gelten müsse. wenn sie es nur nach dem Heimatsrechte eines der beiden Ehegatten sein würde. Grundsätzlich ist vielmehr festzuhalten, daße sich die Beurteilung und die Folgen eines Willensmangels (ganz ebenso wie im analogen Falle der Ehemundigkeit, der Konsenserganzung durch dritte Personen) ausschließlich nach dem Rechte desjenigen der beiden Ehegatten bestimmen. in dessen Person der Defekt bestand (vgl. dazu auch R.G. Bd. 42 S. 339; K.G. vom 13. Juni 1900. Mugdan-Falkmann Bd. 1 S. 350; Vincent-Pénaud, Dictionn. de dr. int. pr., vo. obligations Nr. 83 u. 84). So wird z. B. eine Italienerin, mag sie auch einen Deutschen geheiratet haben, eine Ehe niemals wegen Betrugs angreifen können, wenn nicht gleichzeitig ein wesentlicher Irrtum im Sinne von Art. 105 und 1110 des Codice civile vorliegt; der deutsche Ehegatte dagegen darf die Ehe anfechten. sobald er zu derselben durch arglistige Täuschung im Sinne des § 1334 B.G.B. bestimmt worden ist. Die Eheeinwilligung. welche .. von einer entführten und noch nicht in ihre Freiheit. versetzten" Österreicherin gegeben wurde, ist gemäß § 56 des österr, B.G.B. ungultig (ebenso nach Art, 101 Ziffer 3 des spanischen Civilgesetzbuchs); eine Deutsche dagegen kann im gleichen Falle die Ehe nicht ohne weiteres anfechten, wenn sie nicht zur Eingehung widerrechtlich durch Drohung bestimmt worden ist (§ 1335 B.G.B.), mag der Entführer auch Österreicher oder Spanier sein. Im ersteren Falle (Entführung einer Österreicherin) ist die Ehe nach § 94 des österr. B.G.B. nichtig: im letzteren Falle (Bedrohung einer Deutschen) stets nur nach § 1330, 1335 anfechtbar (anderer Meinung Niemeyer a. a. O.). —

Die ungarische Regierung hatte auf der dritten Konferenz einen Antrag gestellt, der vielleicht mehr Beachtung verdient hätte, als er gefunden hat 18). Er ging dahin, nach dem Vor-

¹²⁾ Das im Text Gesagte bezieht sieh nur auf den ersten (in Anlehnung an § 108 des Ehegosetzes) gestellten Antrag Ungarns. Der zweite (vgl. § 109

bilde des ungarischen Ehegesetzes von 1894 eine Unterscheidung zu treffen zwischen der Ehemündigkeit und Handlungsfähigkeit einerseits und den übrigen Ehevoraussetzungen andererseits. Nur für die ersteren sollte — übereinstimmend mit dem Konferenzbeschluß — das Heimatsrecht des betreffenden einen Ehegatten ("la loi nationale de chacun des futurs époux"), für die letzteren aber stets das Heimatsrecht beider Ehegatten ("les lois nationales de tous les deux futurs époux") maßgebend sein. Documents S. 110 ff., 112.

Dieses Princip, welches allerdings besser zu formulieren wäre, hätte eine erhebliche Vereinfachung der Rechtsanwendung und in manchen — nicht in allen — Fällen wohl auch ein praktisch befriedigenderes Resultat ergeben. Der Kommissionsbericht ist jedenfalls der Bedeutung des Amendements nicht gerecht geworden und hat auch dessen Inhalt zum Teil verkannt. Gleichwohl kann es nicht unsere Aufgabe sein, den ungarischen Vorschlag nachträglich zu befürworten, entgegen dem von allen drei Konferenzen ohne Schwanken angenommenen Grundsatz, welcher überdies mit demjenigen unseres deutschen Rechtes sich in Übereinstimmung befindet 18).

B. Die Verweisungsklausel.

Nach Art. 1 soll für das Eherecht das Verweisungsprincip anerkannt werden. Die Fassung des fraglichen Zusatzes war auf jeder der drei Konferenzen eine andere.

Zuerst lautete er (1893):

"... à moins que cette loi ne s'en rapporte soit à la loi du domicile, soit à la loi du lieu de la célébration."

Die zweite Konferenz hatte (angeregt durch die Ausführungen Laine's, Clunet Bd. 21 S. 247 ff.) eine Änderung dahin beschlossen: "sauf à tenir compte, soit de la loi du domicile,

d. Ebegosetzes) ist mit Recht ohne weiteres verworfen worden. S. Actes 1900 S. 169 und 170; Documents S. 111 u. 112.

¹³⁾ Es bedarf keiner Hervorhebung, daß die strikte Ausdehnungsnorm des Art. 13 Abs. 2 E.G. (über deren Inhalt und Bedeutung vgl. Niemeyer a. s. O. S. 137 ff.) mit dem Princip des Art. 1 nicht harmoniert. Der Satz (auch eine der bundesratlichen Verbesserungen) würde nach Annahme der Konvention dem Vertragsstaaten gegenüber (Art. 8 Abs. 2) außer Kraft treten, was übrigens in keiner Rücksicht zu bedauern wäre.

soit de la loi du lieu de la célébration, si la loi nationale le permet."

Die jetzige Fassung: "à moins qu'une disposition de cette loi ne se réfère expressément à une autre loi" kommt mit im wesentlichen nur formellen Änderungen wieder auf die ursprüngliche Bestimmung zurück. Mit der Verbesserung: "une disposition de cette loi" will man nach den Erklärungen des Berichts speciell auf die Kollisionsnormen des Heimatsrechtes abzielen. Daß der Ausdruck die Sache verdeutlicht, ist schwerlich zu behaupten. Vgl. die zutreffenden Bemerkungen Bussati's, Revue de dr. int. Bd. 33 S. 10 ff.

Als eine inhaltliche Veränderung ist nur der Zusatz expressément" gemeint. Er erscheint gleichfalls nicht sehr glücklich. Es ist nicht einzusehen, warum, wenn man schon die Verweisung billigt, gerade nur eine aus drückliche Kollisionsnorm genügen soll. Man schafft dadurch weitere Komplikationen und Auslegungsschwierigkeiten, zumal es durchaus nicht so einfach ist, immer zu wissen, was in einem fremden Rechte als ausdrückliche Satzung anzusehen ist; und man kommt zu wunderlichen Unbilligkeiten, wenn man das Wort so strikt auslegt, wie es der Kommissionsbericht verlangt: darnach wäre z. B. nicht einmal ein Satz nach Art des code eind Art. 3 Abs. 3 als eine ausdrückliche Kollisionsnorm, welche die "Verweisung begründen könnte, zu betrachten.

Allein weder Fassung noch Anwendung der Klausel sollen uns weiter beschäftigen. Denn es ist unsere feste Überzeugung, daß die Verweisungsnorm früher oder später (hoffentlich vor Sanktion des Abkommens) fallen muß und fallen wird, weil sie in jeder Hinsicht unhaltbar ist und bleibt.

Wenn wir im folgenden versuchen wollen, dies nochmals ausführlich darzuthun ¹⁴), so kann es sich dabei nicht mehr um eine grundsätzliche Erörterung des Verweisungsprincips als solchen handeln. Diese Erörterung ist oft genug gepflogen worden (vgl. *Iherings* Jahrbücher Bd. 30 S. 21 ff., Bd. 36 S. 388 ff., Bd. 40 S. 57 ff.). Wissenschaftlich darf die Sache heute wohl

¹⁴⁾ Vgl. im übrigen Iherings Jahrbücher Bd. 36 S. 383 bis 397; Busseti, Interno al Projet de Programme della S. Conferenza, Torino 1899 S. 7 ff. u. Revue Bd. 33 S. 7 ff., sowie Ohio, Revue Bd. 32 S. 31 ff.

mit den Verhandlungen des Institut de droit international so ziemlich als erledigt gelten 18). Die Konferenz selbst (d. h. die dritte!) hat sich mit voller Entschiedenheit grundsätzlich gegen die Rückverweisung erklärt. Renaults Bericht stellt fest, daß die Mitglieder der ersten Kommission den renvoi "en général" verdammen, und der Präsident der Konferenz (Asser) hat in einem besonderen Memorandum ausgeführt, es sei nach seiner Ansicht durch die Rückverweisungsgegner "d'une manière irréfutable" erwiesen "que la science du droit international privé a pour but de désigner directement la loi même qui doit régir un rapport de droit et qu'elle ne doit pas se borner à renvoyer aux règles en vigueur dans un état pour la solution des conflits de droit international". (Vgl. auch No. 27 der deutschen Vorschläge Actes S. 44.)

Was hier allein dargelegt werden muss, ist, dass auch die besonderen Gründe, welche die dritte Konferenz bestimmt haben, dem als verkehrt erkannten Princip doch eine Konzession zu machen, durchweg auf Irrtum beruhen 16).

Zunächst ist festzustellen, daß das, was die dritte Konferenz beschlossen hat, nichts anderes bedeutet, als die reine und unverfälschte Rück- und Weiterverweisung. Die von der zweiten Konferenz seiner Zeit authentisch anerkannte Einschränkung (wie sie von Lainé vorgeschlagen und auch von Niemeyer, Kodifikation S. 190 ff. verteidigt worden war) ist mit der jetzigen Fassung nicht mehr zu vereinigen. Die Verweisung des Heimatsrechtes soll grundsätzlich im vollen Umfange gelten. Darüber läßt diesmal auch der Kommissionsbericht keinen Zweifel. Es wird nur versucht darzulegen, daß praktisch wohl stets nur

¹⁵⁾ Das Institut hat in der Neuchateller Sitzung von 1900 endlich den Grundsatz der Rückverweisung in Übereinstimmung mit beiden Berichterstattern (*Lainé* und *Bussati*) mit 21 gegen 6 Stimmen verworfen (Annuaire de l'Institut Band 18 S. 145 ff.).

¹⁶⁾ Es mus aber immer wieder betont werden, dass für die ursprüngliche Einführung der Klausel keineswegs die nachträglich auf der sweiten und dritten Konferens hervorgeholten Specialgründe bestimmend gewesen sind, sondern dass man damale (bei der ersten Konferenz) ganz einfach auf die allgemeinen, jetzt so entschieden abgelehnten Trugschlüsse der Rückverweisungslehre (sit venia verbo:) hereingefallen ist. S. die Belege Iherings Jahrbücher Bd. 36 S. 384. Übereinstimmend Bussati, Intorno al projet etc. S. 10.

eine fakultative Verweisung sich ergeben könne, d. h. eine Wahl zwischen Domizilgesetz und Heimatrecht, je nachdem dieses oder jenes dem Bestand der Ehe günstiger sei. Diese Annahme und die bezüglichen Ausführungen Renaults 17) sind aber durchaus haltlose. Wenn ein Staat lediglich auf dem Boden des Domizilprincips steht, so bedeutet das nicht mehr und nicht weniger, als dass nach seiner Anschauung eben das Recht des Wohnsitzes genau so wie anderswo dasjenige der Staatsangehörigkeit über die Ehevoraussetzungen entscheidet. Diesem Rechte eine Unterscheidung darnach unterzulegen, ie nachdem das Wohnsitzgesetz die Gültigkeit oder die Ungültigkeit zur Folge hat, ist reine Willkur, falls nicht ein Gesetz (wie allein das ominöse schweizerische, vgl. unten) ausdrücklich dergleichen bestimmt. Das Domizil ist eine Anknüpfung genau der nämlichen Art wie die Staatsangehörigkeit 18). Gilt jene, so fragt man überhaupt nicht nach dieser, und es kann ebensowenig .extraordinar" erscheinen, dass man vom Standpunkt des Domizilprincips die Ehe eines in Frankreich wohnenden Dänen als ungultig betrachtet, weil sie es nach französischem Rechte ist, wie es vom Standpunkt des Staatsangehörigkeitsprincips befremdet. wenn die Ehe eines im Ausland wohnenden Franzosen für ungültig angesehen wird, obschon sie vielleicht den Sachnormen des ausländischen Wohnsitzrechtes nicht widerstreiten würde.

Die Verweisungsklausel bedeutet einfach, daß für die Angehörigen eines Vertragsstaates an die Stelle des Heimatsrechtes

¹⁷⁾ Der Bericht exemplifiziert folgendermaßen: "La législation danoise décide que le statut personel est déterminé par le domicile. En ce qui touche les Danois établis à l'étranger, cela signifie certainement que leur mariage sera valable en Danemark, s'il a été conclu en observant les conditions de capacité prescrite par la loi du domicile. Maintenant, si on suppose que les conditions de la loi du domicile ont été méconnues et que les conditions de la loi danoise ont été observées, est-il à croire qu'en Danemark on annullerait un pareil mariage et qu'ainsi on punirait des Danois pour s'être fidèlement à l'étranger conformés aux lois de ieur patrie? Ce la nous semblerait un peu extraordinaire, surtout si, au lieu de la célébration la loi règle la condition des époux d'après leur loi nationale, et c'est pour cela que nous pensons, qu'il n'existe guère de loi ayant un renvoi obligatoire dans le sens que l'on donne ordinairement à cette expression."

¹⁸⁾ Die englische Rechtssprache redet in solchem Falle einfach von "a domiciled English subject", "a domiciled Austrian" etc.

dasjenige des Domizils oder des Eheschliefsungsortes tritt, falls es dem Heimatsstaate beliebt, durch eine ausdrückliche Kollisionsnorm dergleichen (im Gegensatz zu dem von der Konferenz adoptierten Princip) anzuordnen. Es wird dadurch lediglich einem anderen minder kompetenten Rechte eine Herrschaft zugewiesen, die ihm nach seiner eigenen Kollisionsnorm und nach derjenigen der Konvention gar nicht zukommt, und man überläßt es jedem einzelnen Vertragestaat, ob er sich für seine eigenen Staatsangehörigen dem von der Konferenz gebilligten Princip anschließen will oder nicht. Ja. man behält - was bei einem internationalen Vertrag besonders befremdend ist - dieses Recht. den einzelnen Staaten für alle Zukunft vor. Die Verweisung des Heimatsgesetzes braucht ja nicht jetzt schon zu bestehen. sie kann und darf auch erst nachträglich erfolgen (vgl. Actes 1900 S. 169, auch 128). Unbeschadet der Konvention darf also jeder Staat für seine eigenen Angehörigen eine Kollisionsnorm einführen, wie sie ihm beliebt; und wenn etwa ein Staat nach dem anderen von diesem Recht Gebrauch machen wollte, so könnte der Fall eintreten, dass der angenommene Kollisionsgrundsatz nur auf dem Papier steht. Korrekt ausgedrückt müßte die von der Konferenz in Art. 1 beschlossene Regel einfach folgendermaßen lauten: Das Heimatgesetz eines ieden der Verlobten soll darüber entscheiden, nach welchem Gesetze sich das Recht der Eheschliefsung bestimmt." Ob in dieser folgerichtigen Fassung der Grundsatz die Billigung der Konferenz gefunden haben würde, darf vielleicht doch bezweifelt werden (vgl. dazu Therings Jahrbücher Bd. 40 S. 63 ff.).

Der Präsident der Konferenz, welcher, wie bemerkt, die grundsätzliche Verkehrtheit der Verweisungslehre auf das bestimmteste anerkannt hat, glaubt in seinem Memorandum gleichwohl die Klausel aus opportunistischen Gründen empfehlen zu sollen, als ein brauchbares Mittel zur Einschränkung der Gesetzeskollisionen und zur Ausbreitung des Staatsangehörigkeitsprincips.

Allein wem gedenkt man denn mit dieser "bien legère concession", mit dieser "transaction" einen Gefallen zu erweisen? Etwa den Ländern des Domizilprincips, die andernfalls der Konvention nicht beitreten würden? Das meint allerdings ausdrücklich der Präsident (Documents S. 184) und mit ihm anscheinend die ganze Konferenz (vgl. noch die Außerung der französischen Kommission, Documents S. 153, und besonders die Ausführungen Meili's Actes S. 86 und derselbe. Das internationale Privatrecht und die Staatenkonferenz S. 29 ff.). Diese Auffassung ist jedoch eine leicht nachweisbare Illusion. Jene Länder kaprizieren sich wahrlich nicht darauf, ihre eigenen im Auslande wohnenden Unterthanen dem fremden Domizilrechte zu überweisen (speciell für Dänemark existiert, wie der Kommissionsbericht feststellt, ein solcher Rechtssatz gar nicht): das, worauf es ihnen allein ankommt, ist vielmehr, dass die in ihrem Lande wohnenden Fremden dem inländischen Rechte unterworfen werden. Gerade das aber verweigert man ihnen und mus man ihnen verweigern, mit oder ohne Rückverweisung, sobald man das Staatsangehörigkeitsprincip überhaupt einführt. Als eine Gefälligkeit für die skandinavischen Rechte kann also die Verweisungsklausel niemals aufgefaßt werden und einer derartigen "concessio diabolica" zuliebe, welche lediglich das Herrschaftsgebiet seines eigenen Rechtes einschränkt, wird kein Staat in der Welt seine bisherige Kollisionsporm in irgend einem Punkte modifizieren. Dieser Logik der Begriffe entspricht auch die Logik der Thatsachen. Die Vertreter der skandinavischen Staaten haben bei der Einführung der Verweisungsklausel weder thätigen Anteil genommen, noch haben sie sich von deren Sirenenton irgend bethören lassen, und man kann mit voller Bestimmtheit behaupten: Wenn jene Staaten sich dazu verstehen werden, dem Staatsangehörigkeitsprincip mit der Verweisungsklausel beizutreten, so werden sie es auch ohne die Klausel Noch mehr: wenn sie sich dazu entschließen werden. das Staatsangehörigkeitsprincip im Sinne der Konvention zu acceptieren, so werden sie ganz sicher von der Verweisungsklausel gar keinen Gebrauch machen. Die skandinavischen Länder werden, falls sie in der Frage des Domizilprincips überhaupt mit sich verhandeln lassen, genau den umgekehrten Standpunkt einnehmen als den von Asser und Meili vorausgesetzten 10).

¹⁹⁾ Es liegt fibrigens am Tage und ist von Asser selbst hervorgehoben worden, daß, wenn jene Gründe für die Verweisung irgend zutreffend wären, die Klausel auch in die anderen Konventionen eingeführt werden milste. Indem die Konferenz dies, entgegen Assers konsequentem Antrag, verweigert hat, hat sie jene Gründe selbst deutlich desevouiert.

Sie werden sagen: Wenn wir die in unserem Lande wohnenden Fremden nach ausländischem Rechte behandeln sollen, so verlangen wir als Gegenleistung, daß die im Auslande wohnenden Skandinavier ihr skandinavisches Recht behalten. Für das Danaergeschenk der Rückverweisung werden sie sich höflich bedanken ²⁰).

Wenn also in Wahrheit die Staaten des Domizilprincips, welchen man entgegenzukommen vermeint, an der Verweisungsklausel nicht das geringste Interesse haben und haben können: cus bono will man sie denn überhaupt aufrecht erhalten?

Die Antwort ist überraschend einfach:

Einzig und allein zu Gunsten eines schweizerischen Gesetzes und auf Verlangen der schweizerischen Delegierten.

Das schweizerische Bundesgesetz vom 24. Dez. 1874 Art. 25 erklärt nämlich (übereinstimmend mit der schweizerischen Bundesverfassung Art. 54), daß eine Ehe in der ganzen Schweiz als gültig anzuerkennen sei, welche, sei es in der Schweiz, sei es im Auslande, entsprechend der Gesetzgebung des Eheschließungsortes eingegangen wurde. Art. 54 des nämlichen Gesetzes verfügt, daß eine im Ausland abgeschlossene Ehe nur dann für nichtig erklärt werden kann, wenn die Nichtigkeit sowohl aus der ausländischen, als auch aus der schweizerischen Gesetzgebung sich ergiebt.

Lediglich um die Aufrechterhaltung dieser schweizerischen Specialität hat es sich für die Konferenz gehandelt: "Tout le monde est d'accord sur la portée de la disposition. Il s'agit de sauvegarder l'application de la constitution et de la législation suisses aux termes desquelles les mariages contractés par des Suisses à l'étranger, contrairement peut-être aux dispositions de la loi féderale en matière d'empêchements, mais conformément à

²⁰⁾ Beinahe sarkastisch mutet hiernach der Kommissionsbericht Actes 1900 S. 169 an: "On a fait remarquer que cette disposition expresse faisait quelquefois défaut et qu'ainsi la portée de l'article serait trop restreinte. Il n'y a pas de clause légale spéciale en Norvègue et en Danemark. Dans ces deux pays, la législation règle la condition des étrangers qui y sont établis mais ne dit rien au sujet des Norvégiens ou des Danois qui sont établis à l'étranger. ... Il ne leur est pas difficile d'édicter une loi pour régler expressément la condition de leurs nationaux à l'étranger: ils écarteront ainsi toute incertitude."

la loi matrimoniale étrangère, doivent être reconnus comme valables en Suisse." (*Roguin*, Actes 1894, S. 43, vgl. auch S. 47, sowie Actes 1898 S. 46 und Actes 1900 S. 168 ff.)

Nun ist es is nicht einmal zutreffend, dass dieses den schweizerischen Delegierten so sehr am Herzen liegende Gesetz durch die Verweisungsklausel upbedingt aufrecht erhalten wird 21): es wird vielmehr ungeachtet dieser Klausel durch die Konvention gerade in denjenigen Beziehungen, welche die Schweiz in erster Linie interessieren müßten, außer Kraft gesetzt. Nach der Konvention ist es nicht mehr möglich, eine in der Schweizentsprechend dem schweizerischen Recht geschlossene Ehe von Ausländern für gültig zu erklären, falls die Ehevoraussetzungen des ausländischen Heimatsrechtes nicht gegeben sind; es ist auch nicht mehr möglich, in der Schweiz eine von Auslandern im Auslande entsprechend der lex loci geschlossene aber nach Heimatsrecht ungültige Ehe als gültig zu behandeln. Einzig für die von Schweizern im Auslande geschlossenen Ehen bleibt das Bundesgesetz in Kraft. Es ist mir nicht verständlich, welches Interesse die Schweiz an der Aufrechterhaltung ihrer Sonder-Kollisionsnorm gerade in dieser Beschränkung haben kann. Man sollte denken, daß eben der Verweisungsgedanke von selbst dazu führen müßte, diese Anwendung jener Sonder-Regel für das Konventionsgebiet ohne weiteres aufzugeben. Die ausländischen leges loci stehen doch hier sämtlich auf dem Boden des Staatsangehörigkeitsprincips, und man sollte ihnen nicht die Herrschaft ihres eigenen Rechts, der eigenen Kollisionsnorm zuwider, aufnötigen wollen. Die Schweiz andererseits, welche selbst nach der Konvention auf die Fremden, die in der Schweiz eine Ehe schließen, das schweizerische Recht auch fakultativ nicht mehr anwenden kann, sollte doch damit zufrieden sein, daß ebenso auch auf die Schweizer, die im Auslande heiraten, das schweizerische Heimatsrecht und nichts anderes zur Anwendung kommt. - Wie dem aber auch vom schweizerischen Standpunkte sein möge, vom internationalen Standpunkt ist das Vor-

²¹⁾ Das folgende richtet sich insbesondere gegen die Anschauung, daß die Schweiz nicht in die Aufhebung eines Rechtsatzes willigen könne, der durch die schweizerische Verfassung sanktioniert ist (Rogwin).

gehen der Konferenz unbegreiflich. Eine Konferenz, die berufen ist, das internationale Privatrecht Europas einheitlich zu kodifizieren, beugt sich vor einer abweichenden schweizerischen Kollisionsnorm, die man als solche doch gleichzeitig verworfen Lediglich, um eine Specialität des schweizerischen internationalen Privatrechts in eingeschränktem Maße fortbestehen zu lassen, fügt man dem europäischen internationalen Privatrecht eine allgemeine Klausel ein, von deren grundsatzlicher Verkehrtheit die ganze Konferenz überzeugt ist; eine Klausel, die nach der Ansicht ihrer eigenen Anhänger praktisch "von minimaler Tragweite" ist (vergl. Laine, in Clunet Bd. 28. S. 14), die aber gleichzeitig jedem einzelnen der Vertragsstaaten das Recht giebt, seine Staatsangehörigen von der allgemein anerkannten Regel auszunehmen und so für die Zukunft zum mindesten die Möglichkeit eröffnet, dass aus der verschwindenden Ausnahme eine Regel von beliebiger und verwirrender Ausdehnung werden kann.

Das alles sind Absonderlichkeiten, die sich eben nur auf eine Weise erklären lassen: die Irrlichter der Rückverweisungslehre, von denen die erste Konferenz sich hat vom Wege abbringen lassen, spuken auch noch auf der dritten herum, so entschieden man sich auch dagegen verwahrt. Sie allein haben es verhindert, dass man zu dem einzig richtigen und geraden Wege zurückgekehrt ist.

C. Die Prohibitivausnahmen.

I. Allgemeines.

Das Schwierigste und Wichtigste bei den meisten Kollisionsnormen ist nicht die Feststellung der Regel, sondern die Be-

²²⁾ Übereinstimmend Buzzati, Intorno al projet de programme S. 14: "È per lo meno strano che una Conferenza riunita per porre principi generali di diritto internazionale privato, e in eni erano rappresentati quindici Stati, per non stabilire una norma contraria a quella dei diritto positivo avizzero, abbia ad esso prestato reverente omaggio, senza notare che un tal modo veniva a derogare al diritto positivo di tutti gli altri quattordici Stati: tanto più strano, in quanto la norma del diritto svizzero non trova riscontro nelle leggi di nessun altro Stato ed è tutt' altro che un' imitabile esempio " Meili, (Das internat. Pr.R. S. 48) ist allerdings der Meinung, daß die Schweiz hier "einen kosmisch großartigen Rechtssatz aufgestellt" habe. Einstwellen hat sich der außserschweizerische Kosmos dazu nicht bekehrt.

grenzung ihrer Ausnahmen aus dem Gesichtspunkte des "ordere public".

Die Eherechtskommission hat dies von vornherein mit einer Klarheit erkannt, die angesichts der herrschenden internationalen Doktrin und Praxis (vgl. Iherings Jahrbücher Bd. 39 S. 4 ff.) ebenso überraschend als erfreulich ist. Man hat es sich zur Aufgabe gesetzt, den Niederschlag der Dunstwolke des "ordre public" in einigen fest umrissenen Specialsätzen zu krystallisieren. Vor allem der Berichterstatter Renault ist hier mit größter Entschiedenheit vorgegangen 40). Auf der dritten Konferenz sind sodann besonders von deutscher Seite die Versuche. auf den "vagen Begriff" des "ordre public" zurückzukommen, überall auf das lebhafteste bekämpft worden. Die deutschen Delegierten folgten hier offenbar einer bestimmten und peremptorischen Instruktion der deutschen Regierung, nach welcher der Beitritt Deutschlands zur Konvention ausgeschlossen war, wenn die Konferenz etwa einen allgemeinen Vorbehalt zu Gunsten des "ordre public" der einzelnen Länder beschlossen hätte 24). Vgl. die ausdrückliche Erklärung des deutschen Delegierten gelegentlich der Beratung der Erbrechtskonvention Actes 1900, S. 126.

Wenn man sich den Missbrauch vergegenwärtigt, welcher heute allenthalben, besonders in den romanischen Ländern, mit jenem Vorbehalt getrieben wird, so muß man diese Stellungnahme der deutschen Regierung unbedingt billigen. Mit einer Generalklausel der gewöhnlichen Art hätte man es thatsächlich dem Belieben der einzelnen Vertragsstaaten anheimgegeben, in wie weit

á

²³⁾ Vgl. Actes 1893 S. 41: "M. Renault s'oppose absolument à une formule générale. En mettant le droit public et l'ordre public toujours en cause, saus préciser, on n'arrivers pas à une solution. Pour faire un progrès, il est nécessaire d'écarter les formules générales et d'indiquer restrictivement les cas dans lesquels l'ordre public d'un pays ne permet pas l'application d'une loi étrangère." Vgl. ferner S. 46 und Actes 1900 S. 170: "L'esprit de notre travail est de diminuer l'arbitraire dans les rapports internationaux en cette matière."

²⁴⁾ Wie es der Präsident der Konferens seiner Zeit in Aussicht genommen hatte. Vgl. Actes 1898 S. 70: M. le Président désirerait faire préceder les conclusions dans le protocole final par un préambule qui contiendrait
la réserve expresse des dérogations que chaque État pourra
juger nécessaire au point de vue du droit publie ou de l'intérêt
social. Vgl. auch Actes 1898 S. 46, 1894 S. 48.

sie es für gut fanden, die Konvention einzuhalten; man hätte es dem Ermessen jedes einzelnen Richters überlassen, mit der Begründung, daß es dem Geiste seiner inländischen Rechtsordnung entspreche, sich von den staatsvertraglichen Kollisionsnormen zu emancipieren ²⁵).

Die Konferenz mußte also, wenn sie überhaupt international bindende Rechtsnormen geben wollte, der souveränen Macht des ordre public feste Schranken ziehen. Sie hat diesen Versuch in Art. 2 und 3 gewagt, durchgreifender als es irgend zuvor geschehen ist (vgl. auch die Arbeiten des Institut, Annuaire Bd. 9 und 10). Der Versuch ist keineswegs in allen Einzelheiten geglückt. Allein daß es überhaupt unternommen und mit zielbewußter Methode durchgeführt wurde, das ist und bleibt eines der verheißungsvollsten Ergebnisse der Konferenzarbeiten.

Die Konferenz ist dabei vielleicht in einer Richtung zu weit gegangen. Die unbedingte Durchführung bestimmter Kollisionsnormen und die allgemein verbindliche Anerkennung fremder Sachnormen hat eine vorherige Prüfung der Natur der letzteren zur Voraussetzung, eine materielle Rechtsvergleichung (vgl. Therings Jahrbücher Bd. 39 S. 110, Bd. 40 S. 74 ff. und diese Zeitschrift Bd. 10 S. 102 ff.). Die Konferenz selbst ist sich dieser Voraussetzung klar bewußt gewesen. Vgl. u. a. die allgemeine Bemerkung der französischen Kommission, Documents S. 153, ebenso die österreichische Erklärung Actes 1900 S. 45; auch S. 153 und 1894 S. 68. Bezeichnend und bedeutsam sind besonders die Feststellungen in Renault's Bericht 1894 S. 48: "Au sujet des art. 1 et 2 et des scrupules que pourraient avoir légitimement certains de nos Collègues, la commission croit devoir faire une observation d'un caractère général. Elle estime que si l'on songeait à introduire dans une Convention internationale les principes admis, il faudrait avoir grand soin d'envisager les législations des pays contractants et de rechercher si telle d'entre elles n'admettrait pas un empêchement que le droit public des autres Etats ne pourrait respecter, ou

²⁵⁾ Vgl. unter anderem die in Iherings Jahrb. Bd. 39 S. 8, S. 104 Ann. 2, S. 108 Ann. 1 gegebenen Belspiele. Charakteristisch auch speciell Wherton, Conflict of Laws § 165: "that matrimonial capacity is a matter of distinctive national policy, as to which judges are obliged to enforce the views of the state of which they are the officers."

ne permettrait pas un mariage que les autres Etats ne pourraient célébrer sans scandale. Une fois la Convention signée, on ne saurait admettre le droit pour un Etat quelconque d'y adhérer sans le consentement unanime des Etats signataires. Il serait excessif qu'il pût ainsi, par sa seule volonté, imposer à ces Etats le respect de sa législation reposant sur des bases tout-à-fait différentes..."

Nun, die Prüfung der fremden Gesetzgebungen, welche hiernach unumgängliche Voraussetzung der Konventionsnormen bildet, konnte sich doch nur auf die gegenwärtige Gesetzgebung der Vertragsstaaten erstrecken. Mit Bezug auf die Zukunft besteht keinerlei Garantie, dass nicht einer der Vertragsstaaten ein Ehegesetz erlassen könnte, welches dem ordre public der anderen Vertragsstaaten ganz ebenso widerstreitet wie die jetzige Gesetzgebung irgend eines "Etat non signataire". Wenn es also der Konferenz mit Recht als .excessif" erschien, daß ein dritter Staat eigenmächtig den Vertragsstaaten die Anerkennung seiner, vielleicht auf ganz anderem Boden ruhenden Ehegesetzgebung aufnötigen könnte, so muß doch genau das Nämliche gegenüber der künftigen Ehegesetzgebung eines der Vertragsstaaten gelten. Es würde sich deshalb wohl empfehlen, in dieser Hinsicht einen Vorbehalt in die Konvention aufzunehmen. Dies könnte z. B. in Anschluss an Art. 8 Abs. 2 geschehen, indem ausgesprochen würde, dass kein Staat sich zur Anwendung von Gesetzen verpflichtet, welche im Augenblicke der Sanktion des Abkommens noch nicht in Kraft standen.

Halten wir als wichtigstes Ergebnis dieser einleitenden Erörterungen vor allem fest:

Die Generalklausel des ordre public und alle ähnlichen in Gesetzgebung und Doktrin sonst anerkannten Formeln (Art. 30 E.G. z. B.G.B., Prel. Art. 12 des Codice italiano u. s. w.) gelten nicht im Konventionsgebiete²⁸). An die Stelle

²⁶⁾ Wenn wir der Kürze halber von "Konventionsgebiet" reden, so verstehen wir darunter natürlich nur den Herrschaftskreis der Konvention in der durch Art. 8 ff. beschriebenen Begrensung.

jener allgemeinen Formeln sind die Specialbestimmungen der Art. 2 und 3 getreten 37).

Dies bedeutet:

- 1. Nur das Gesetz des Eheschliefsungsortes (la loi du lieu de la célébration) kann überhaupt neben dem nach Art. 1 zuständigen Heimatsgesetz eventuell als herrschaftsberechtigt in Betracht kommen;
- 2. auch dieses Gesetz nur in den ausdrücklich durch Art. 2 u. 3 statuierten Fällen.
- ad. 1. Nur das Recht des Eheschließungsortes kommt als "Prohibitivgesetz" in Betracht. Durch diesen Grundsatz wird von vornherein die hauptsächlichste Verwirrung, an welcher die Doktrin des ordre public leidet, geklärt: Es wird die maßsgebende Anknüpfung formuliert, jene erste Voraussetzung alles internationalen Privatrechts, die in der Regel von der Prohibitivdoktrin völlig außer acht gelassen wird (vgl. Iherings Jahrbücher Bd. 39 S. 25 ff., 35, 103 ff.).

Es ist hiernach ausgeschlossen, dass nach der Konvention ein Richter ohne weiteres die lex fori zur Anwendung bringe mit der üblichen Begründung, es handle sich um streng gebietende oder verbietende Gesetze des Inlandes. Unbedingt unzulässig ist es z. B., eine im Ausland geschlossene Ehe von Vertrags-Ausländern, die nach deren Heimatsrecht erlaubt ist, als ungultig zu betrachten, weil ihr etwa im Inlande ein absolutes Verbot wegen Blutsverwandtschaft entgegen stünde, und deshalb das eheliche Zusammenleben dieser Personen bei uns nicht geduldet werden könne (vgl. z. B. Olivecrona, Chmet Bd. X, S. 352 ff.). Unzulässig ist es, etwa in Frankreich (oder Deutschland) die nach spanischem (österr., italien.) Heimatsrecht begründete Ehenichtigkeitsklage wegen Impotenz nicht zuzulassen, weil es der "moralité public" entgegen ware (so z. B. Despagnet, Précis Nr. 337; Olivi, Revue Bd. 15 S. 226; Chrétien in Clunet Bd, 14 S. 52 Note 1; s. Fall Martines de Campos, in Clunet Bd. 14 S. 451 ff. und Bd. 13 S. 502 ff.). Unzulässig wäre es, wenn man in Spanien (Portugal, Österreich) die Gültigkeit einer Ehe von Italienern, die mit einander Ehebruch begangen hatten, anzweifeln wollte (vgl.

²⁷⁾ Vgl. hierzu auch noch Actes 1898 S. 47, 1900 S. 126 u. 178. Zeitschrift f. intern. Privat- u. öffentl. Secht. XII.

z. B. Weiss Bd. 3 S. 416). Auch aus dem Grund darf nirgends eine auswärts geschlossene und nach Heimatsrecht gültige Ehe beanstandet werden, weil nach der mit dem Heimatsrecht nicht übereinstimmenden Meinung des urteilenden Richters eine Bigamie vorliegt (vgl. z. B. Laurent Bd. 4 Nr. 300; Kasansky in Clunet Bd. 25 S. 231). Nach dänischem Recht z. B. ist ausnahmsweise die Aufrechterhaltung einer thatsächlich bigamisch abgeschlossenen Ehe möglich (vgl. Actes 1900 S. 18): sie muß dann (wenn es sich um Dänen handelt, die in ihrer Heimat geheiratet haben) überall im Konventionsgebiete auerkannt werden.

Vgl. weitere Beispiele unten S. 244 ff.

ad 2. Nur die ausdrücklich in Art. 2 und 3 hervorgehobenen Fälle berechtigen die *lex loci* zu einem prohibitiven bezw. permissiven Eingriff.

Ausgeschlossen ist es hiernach z. B., dass im Konventionsgebiete se) die lex loci sich irgend eine sachliche Prüfung mit Bezug auf das Ehealter gestatte. Sie darf also nicht (entsprechend der herrschenden Doktrin) die Eheschließung verweigern, weil einer der Verlobten, obwohl nach seinem Heimatsrecht ehemundig, doch so uureifen Alters sei, dass seine Verheiratung Anstoß errege, wie z. B. die einer 12 jährigen Spanierin (Codigo civil Art. 83 Ziff. 1) oder einer 13 jährigen Russin aus dem Kaukasus (Art. 3 des russischen Civilgesetzbuches) 20).

Unzulässig ist es, dass man Vertragsausländern gegenüber die Regeln des Eheschließungsortes über das Wartegebot der Witwe in Anwendung bringe, ein Ehehindernis, das man bisher fast allgemein als "prohibitiv" betrachtet hat ⁸⁰). In den Vertragsstaaten gilt zwar dieses Eheverbot überali (von

²⁸⁾ Vgl. oben Anm. 26.

²⁹⁾ Vgl. dagegen den Entwurf Bar-Brusa's Art. 5 und Bar's Bericht, Annuaire de l'Institut, Bd. 9 S. 84 u. 85; Weiss Bd. 3 S. 417 u. a. m. Der schweizer. Bundesrat hat 1898 das Aufgebot eines Schweizers mit einer 15jährigen Italienerin untersagt, weil das schweiz. Bundesgesetz, welches das Ehemündigkeitsalter der Frau auf 16 Jahre festsetzt, gest une préscription d'ordre publie et s'applique par consequent aussi à une fiancée italienne" (Clunet Bd. 27 S. 445).

³⁰⁾ Vgl. Bar Bd. 1 S. 449 ff.; Meyerowits, Ztuchr. Bd. 10 S. 25; Brocher, Cours Bd. 1 S. 272; Weiss, Traité élém. S. 686, 715, und droit intern. pr. Bd. 3 S. 424 ff.; Rolin Bd. 2 S. 70; Chrétien in Clunet Bd. 18 S. 169;

europäischen Ländern ist wohl Großbritannien das einzige, welches es nicht kennt). Immerhin bestehen aber unter den einzelnen Gesetzen recht erhebliche Verschiedenheiten und Modalitäten (Vgl. Lehr, le Mariage, le Divorce etc. No. 1060), welche in der Praxis das Ventil des ordre public genügend in Bewegung setzen würden, z. B. gegenüber Ländern mit kürzerer Wartezeit (die Frist schwankt zwischen sechs Monaten und einem Jahr), oder von seiten derjenigen Länder, bei denen das Wartegebot den Charakter einer (auch für den Mann geltenden) Trauerzeit hat. Vgl. hierzu oben Bd. 10 S. 103.

Ahnlich verhält es sich auch mit dem Verbote der Wiederverheiratung einmal geschiedener Ehegatten nach
dem Code civil Art. 295 (in Frankreich selbst modifiziert durch
das Gesetz vom 27. Juli 1884). Vgl. dazu Laurent Bd. 5 No. 138;
Rolin Bd. 2 S. 69 und die dort Citierten.

In den skandinavischen Ländern darf ein Ehegatte nicht zum zweitenmale heiraten, ehe er nachgewiesen hat, daß die Vermögensauseinandersetzung mit den Kindern aus erster Ehe erfolgt ist: ein nach skandinavischer Rechtsauffassung "absolut" anzuwendendes Prohibitivgesetz. Vgl. dazu die (von der Konferenz abgelehnten) Anträge Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Documents 1900 S. 138 und 179; Actes S. 171. Nach Inkrafttreten der Konvention ist die kunftige Erstreckung dieses Verbots auf Konventionsausländer in allen Fällen unzulässig. Unzulässig wäre es in gleicher Weise, wenn man etwa in Deutschland versuchen wollte, den analogen § 1314 B.G.B. auf Ausländer zu beziehen.

Auch Eheverbote von sanitärem Charakter (die ohne Frage nach der herrschenden Lehre den lois d'ordre public zugerechnet würden) dürfen nach der Konvention nicht auf Ausländer erstreckt werden. So z. B., wenn in Schweden die Epilepsie als Ehehindernis gilt oder in Norwegen einer nicht geimpften Person die Heirat verboten ist. (S. Actes 1900 S. 36 und 38.) Selbstredend steht es jedem Staate frei, polizei-

Busdugan in Clunet Bd. 27 S. 756; dagegen Fiore, dir. int, priv. No. 584 und in Clunet Bd. 13 S. 168; Laurent Bd. 5 No. 181 u. 189; Clunet Bd. 26 S. 218. — Vgl. auch die Begründung des dänischen Antrages, Documents S. 138.

lich die Impfung der in seinem Lande befindlichen Ausländer zu erzwingen; er muß sich aber, wenn die Konvention in Kraft tritt, mit Zwangsmitteln anderer Art begnügen, als es die Verweigerung der Eheschließung ist.

Die herausgegriffenen Beispiele belegen sattsam den allgemeinen Fortschritt, welchen das Konventionsrecht hier mit
sich bringt. Erheblich gesteigert wird dieser noch durch die
überaus glückliche Neuerung des Art. 2 Abs. 2 (Näheres darüber
unten Seite 241 ff.). In Verbindung mit dem oben erörterten
Grundsatz über die Folgen verbotwidrig abgeschlossener Ehen
ergiebt sich für das Konventionsrecht der bedeutsame internationale Rechtssatz: mit alleiniger Ausnahme der Fälle
des Art. 2 Abs. 3 und des Art. 3 (Ehehindernisse von
religiösem Charakter) kann die Gültigkeit einer geschlossenen
Ehe niemals zufolge eines sog. Prohibitivgesetzes beanstandet
werden und ist demgemäß jede nach dem Heimatsgesetze unanfechtbare Ehe im ganzen Konventionsgebiete anzuerkennen: ein unschätzbarer Gewinn für die
internationale Rechtssicherheit.

II. Die prohibitiven Eingriffsbefugnisse der lex loci (Art. 2).1. Der Grundgedanke.

Ausgangspunkt der Erwägungen bei Schöpfung des Art. 2 war der Gedanke: "Le droit public d'un pays peut s'opposer à ce qu'un mariage, permis par une loi étrangère, puisse être célébré."

Diesem Grundgedanken entspricht vor allem die Fassung und Bedeutung der Ausnahmen als fakultativer Eingriffsbefugnisse ("la loi du lieu de la célébration peut interdire...").

Die belgische Kommission für internationales Privatrecht hatte demgegenüber beantragt zu sagen: "Seront également applicables aux mariages des étrangers les dispositions..." (Documents S. 124)⁸¹). Der Antrag ist mit Recht

³¹⁾ Ähnlich aber auch die Fassung des Institut, Lausanne, Art. 5 Abs. 2: "Il faut en outre que le futur et la future se trouvent dans les conditions prévues par la loi du lieu de la célébration . . ."

abgelehnt worden, und die belgische Kommission befand sich in einem gründlichen Irrtum, wenn sie ihr Amendement als simple changement de forme donnant au principe une expression plus précise" betrachtete. Abgesehen davon, dass die Fassung nichts weniger als "plus précise", sondern vielmehr durchaus inkorrekt ware (vgl. oben S. 202), ist sie auch materiell und im Gedanken von derjenigen der Konferenz wesentlich verschieden. Die Konferenz wollte eben nicht sagen, dass die lex loci neben dem Heimatsgesetz kompetent sei; es soll nur diesem an und für sich nicht kompetenten Gesetz in gewissen Fällen gestattet werden, das zuständige Heimatsgesetz zu verdrängen. Nach jener Auffassung wird direkt eine privatinternationale Regel gegeben, nach dieser nur die Erlaubnis zur Erlassung einer solchen; nach jener steht die Kollisionsnorm in der Konvention, nach dieser in dem Gesetz der einzelnen Vertragsstaaten; dort ist mit dem internationalen Imperativ auch der nationale fest bestimmt, hier ist der erste weiter als der letztere; die überstaatliche Rechtsnorm ist dort (ebenso wie in den Regelfallen der Art. 1, 5 Abs. 1, 6) mit der innerstaatlichen identisch, hier dagegen nicht. (Vgl. zu Vorstehendem meine Ausführungen in Iherings Jahrbüchern Bd. 40 S. 31 ff.)

Die praktische Differenz der beiden Auffassungen zeigt sich besonders darin, dass nach dem Konferenzbeschluss die einzelnen Vertragsstaaten von der ihnen durch Art. 2 (und 3) konzedierten Freiheit unter Umständen keinen (oder nur teilweise) Gebrauch machen und im übrigen lediglich die Kollisionsnorm des Art. 1 durchführen können. Der Kommissionsbericht (Actes 1900 S. 171) halt es zwar nicht für wahrscheinlich, daß dies geschehen werde: glücklicherweise aber ohne Grund. Es ist im Gegenteil zu hoffen und zu erwarten, dass man die gewährten Befugnisse nicht erschöpfend ausnutzen wird, zum Vorteil für die internationale Gesetzesharmonie. Es ist ferner wahrscheinlich, dass gerade innerhalb dieses Spielraums sich manche selbständige nationale Kollisionsnormen erhalten und entwickeln werden, wie sie den besonderen Bedürfnissen hier und dort entsprechen. Nicht immer ist es überhaupt möglich, für die verschiedenen ordres publics eine gleichmäßige Schablone zu finden und die mannigfaltigen, aus fremdem Boden hereinwachsenden Erscheinungsformen des privatinternationalen Rechtslebens durch eine feste Regel klar und einheitlich zu umspannen. Innerhalb gewisser Grenzen darf und muß man es der Theorie und Praxis anheimgeben, zu eruieren, was hier und dort der nationale ordre public, "Sinn und Geist der inländischen Rechtsordnung" erfordern. Durch internationale Norm soll nur die Schranke fest bestimmt sein, welche der nationale ordre public nicht überschreiten darf. Vgl. dazu oben Bd. 10 S. 103 ff., Iherings Jahrbücher Bd. 39 S. 110 ff., Bd. 40 S. 82 ff. S. im übrigen unten S. 228, 232, 234, 237 u. passim.

2. Die einzelnen Fälle.

a) Das Ehehindernis der Verwandtschaft und Schwägerschaft.

Das Gesetz des Eheschliessungsortes kann die Ehe von Ausländern untersagen, wenn dieselbe verstoßen würde gegen Inlandsnormen "concernant les degrés de parenté ou d'alliance pour lesquels il y a une prohibition absolue".

Die Fassung der Bestimmung — sie ist auf allen drei Konferenzen unbeanstandet geblieben — geht meines Erachtens zu weit. In der Doktrin ist hier die Funktion des ordre public nicht allgemein in solchem Umfange anerkannt. Die strengere und bessere Meinung versagt dem Heimatsrechte nur dann die Wirkung, wenn die Ehe nach den Rechtsanschauungen des Eheschließungsortes als verbotener Incest zu betrachten wäre 39). Die allgemeine Prohibitivanerkennung der absoluten Verwandtschaftshindernisse mag unbedenklich erscheinen, wenn sich diese Verbote auf einen engen Kreis beschränken. Erstrecken sie sich aber auch auf entferntere Grade der Seitenverwandtschaft und Verschwägerung, so verliert eine derartig

³²⁾ Vgl. Bar Bd. 1 S. 450, Bd. 2 S. 701 und Ber. für das Institut, Annuaire Bd. 9 S. 84; Meyerovoits oben Bd. 10 S. 25; Fiore No. 538 und 589, sowie in Clunet Bd. 14 S. 157 ff.; Oliva a. a. O. S. 225; Laurent Bd. 4 No. 294 ff., 296; Story § 114 ff., 116; Dicey, Conflict of laws S. 628, 640; dagegen Weiss, Traité él. S. 686 ff. und dr. int. pr. Bd. 3 S. 426; Despagnet No. 38 u. 335; Esperson, Il principio di nazionalità etc. S. 78. — Das Institut geht allerdings noch weiter als die Konferenz und schließt auch die dispensablen Verwandtschaftshindernisse ein: Laussanne Art. 5; dagegen König, Annuaire Bd. 9 S. 114 und Bd. 10 S. 70.

privilegierte Behandlung des lokalen Eheverbotes jede innere Berechtigung. Allerdings geht zur Zeit in keinem der Vertragsstaaten das Verwandtschaftshindernis über den 4. Grad hinaus und ist meistens schon im 3. Grade durch Dispens zu beheben. Allein einerseits besteht keine Garantie, daß nicht einer der Vertragsstaaten in Zukunft seine Gesetzgebung umgestalten und den Kreis der absoluten Verwandtschaftshindernisse erweitern könnte. Andrerseits ist es entschieden wünschenswert, daß die Principien der Konvention eine möglichst allgemeingültige Fassung erhalten, schon um den Beitritt weiterer Staaten nicht zu erschweren und ferner auch aus dem Grunde, weil voraussichtlich die gewohnheitsrechtliche Fortbildung des allgemeinen internationalen Privatrechts sich unmittelbar an das Konventionsrecht anlehnen wird. —

Unter einer "prohibition absolue" im Sinne der Konvention ist ein solches Eheverbot zu verstehen, welches nicht durch Dispens beseitigt werden kann²³). Mit dieser Unterscheidung (sie kehrt auch bei Ziff. 2 und 3 wieder) hat unseres Erachtens die Konferenz durchaus fehlgegriffen. Vom Standpunkt eines einzelnen nationalen Rechts mag die Auffassung der Kommission einigermaßen zutreffen, daß den nicht dispensablen Ehehindernissen ein "caractère d'ordre moral absolu" innewohne, während die dispensablen "dun ordre plus contigent" seien. Vom internationalen und rechtsvergleichenden Standpunkt aus, welchen die Konferenz einnehmen mußte, trifft dies jedoch keineswegs zu. In Griechenland z. B. sind alle Verwandtschaftsund Schwägerschaftshindernisse (bis zum 7. Grad der Seitenlinie!) absolut. Sollen wir darum glauben, dass sie im Gegensatz zu den dispensablen Ehehindernissen anderer Staaten von einem besonderen Moral-Charakter seien, qui empêche qu'un mariage puisse être, contrairement à cette disposition, célèbre même entre étrangers?" In Frankreich, Holland, Italien, Portugal ist das Eheverbot im 3. Grade der Seitenverwandtschaft dispensabel, in Rumanien und der Schweiz dagegen absolut: Sollen

³³⁾ Wenn ein Dispens nach dem Heimatsrecht der Ebeschließenden erforderlich ist, so kann derselbe nur von dem Heimatsstaate (nicht von dem des Ebeschließsungsortes) erteilt werden. Dieses folgerichtige Ergebnis aus Art. 1 ist im Kommissionsbericht (1898 S. 47) ausdrücklich festgestellt worden, unter Ablehnung des entgegengesetzten Beschlusses des Institut (Lausanne Art. 6).

wir glauben, dass darum dieses nämliche Verbot bei den letztgenannten Staaten in eine ganz andere Kategorie gehöre als
in den ersteren und deshalb in privatinternationaler Beziehung
prohibitiv gelten müsse? Und soll es dagegen in Österreich, wo
"aus wichtigen Gründen die Nachsicht von Ehehindernissen
ganz allgemein bei der Landesstelle nachgesucht werden kann"
(§ 83 österr. B.G.B.), gar keine privatinternational absoluten
Ehehindernisse geben?

Es darf überhaupt die Frage angeregt werden, ob für die Vertragsstaaten ein dringender Grund bestand, dem Ehehindernis der Verwandtschaft in irgend einem Falle lokalprohibitive An und für sich ist dieses Ehehindernis Kraft zu verleihen. zweifellos in jedem Sinne "personal". Es besteht nur im Interesse der Eheschliessenden selbst und der durch sie begründeten Familie. Eine Eingriffsbefugnis der lex loci kann einzig aus dem Grunde gerechtfertigt werden, weil eine eheliche Verbindung zwischen sehr nahen Verwandten nebenbei auch ein öffentliches Ärgernis nach den am Eheschliefsungsort herrschenden Anschauungen hervorrufen konnte. Es ist recht fraglich, ob aus diesem Gesichtspunkte einer der Vertragsstaaten wirklich Veranlassung haben kann, das in irgend einem der anderen Vertragsstaaten geltende Recht zu beanstanden. Für Deutschland speciell kommt Art. 2 Ziff. I überhaupt nicht in Betracht, da in keinem anderen Vertragsstaate die Verwandtschaftshindernisse sich in engeren Grenzen bewegen. Ähnlich aber auch für Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg, Österreich, Ungarn, Italien, Spanien, Portugal, Dänemark und Norwegen, weil in all' diesen Ländern gleichfalls vom 3. Grade der Seitenverwandtschaft an keine "absoluten" Eheverbote bestehen. Praktisch wird also Art. 2 Ziffer 1 zur Zeit nur für die Schweiz, für Rumanien und Russland. Ob man in diesen Ländern sich nicht über das Ärgernis hinweg setzen kann, welches die Eheschließung eines Deutschen mit seiner Nichte erregt, wenn man sich doch über so viel andere erheblichere Abweichungen der fremden Eherechte keine Skrupel macht, soll weiter nicht erörtert werden. Es genügt, wenn jene Staaten selbst bei Inkrafttreten der Konvention sich diese Frage vorlegen und sie für ihr eigenes Recht unbefangen entscheiden. Die prohibitive Anwendung dieses Ehehindernisses dürfte sich dann ohne weiteres immer mehr verflüchtigen. --

Der Begriff der Verwandtschaft und Schwägerschaft ist im Falle des Art. 2 Ziffer 1 natürlich nach dem Rechte des Eheschließungsortes (nicht nach dem Heimatsgesetz der Verlobten) zu bestimmen. Es ist also z. B. § 1310 Abs. 3 B.G.B. bei allen auf deutschem Boden zu schließenden Ehen anwendbar. Dies gilt aber selbstredend nur, insoweit eben ein lokales Eheverbot Platz greift. Es ist nicht auch auf die Beurteilung der heimatlichen Eheverbote "prohibitiv" zu erstrecken. Einem Italiener z. B., welcher in Deutschland seine Nichte heiraten will, steht sein heimatrechtliches Eheverbot (Art. 59 Ziffer 3 codice civile) entgegen; als Verwandtschaft zählt aber dabei auch in Deutschland (nach Maßgabe des italienischen Rechts) nur die eheliche.

Als "alliance" im Sinne des Art. 2 Ziff. 1 ist wohl auch die "affinitas illegitima" des § 1310 Abs. 2 B.G.B. aufzufassen. Eine privatinternational verschiedene Behandlung des Abs. 1 und des Abs. 2 § 1310 wäre befremdlich, und für die Prohibitivbedeutung der letzteren Bestimmung im Sinne des deutschen Rechtes ließen sich auch die bei Einführung derselben in's Feld geführten Rücksichten der "guten Sitte", "Verletzung des Schamgefühls" etc. geltend machen (Prot. der zweiten Kom., Achilles Bd. 4 S. 25 ff.). Vgl. ähnlich für Rumänien Busdugan, Clunet Bd. 27 S. 756.

Als alliance durfte forner auch das eigenartige Ehehindernis des schwedischen Rechtes zu begreifen sein, wonach der Sohn bei Lebzeiten des Vaters keine Ehe mit der Mutter eingehen kann, wenn der Vater mit der Tochter verheiratet ist (Actes 1900 S. 36, Olivecrona in Clunet Bd. 10 S. 347). Es handelt sich hier einfach um eine affinitas secundi generis. Eine andere Frage ist es aber wiederum, ob die lokalprohibitive Anerkennung eines derartigen Eheverbotes innerlich gerechtfertigt ist, eines Verbotes, welches lediglich im personalen Interesse der Familie ("pour que le respect ne soit diminué dans la famille") besteht.

Zu den Verwandtschaftshindernissen im Sinne unserer Regel soll nach der ausdrücklichen Feststellung des Kommissionsberichts von 1894 (S. 48) auch dasjenige der Adoption gerechnet werden. Darnach könnte z. B. ein in Spanien lebender Deutscher sich nicht mit der (gleichfalls deutschen) Witwe seines Adoptivsohnes verheiraten (codigo civil Art. 84 Ziff. 5; es giebt keinen Dispens: Art. 85 a. E.); es könnten in Italien die verschiedenen (nicht untereinander verwandten) deutschen Adoptivkinder der nämlichen Person keine Ehe eingehen (codice civile Art. 60 Abs. 3); es könnte in Rumänien ein Deutscher nicht die deutsche Adoptivschwester seines Vaters ehelichen (rum. Civ.-Ges. Art. 148). Das alles sind Ausdehnungen des ordre public, wie sie bisher in der Regel auch von der romanischen Doktrin nicht beansprucht wurden (vgl. auch Laurent Bd. 4 Nr. 302, 303; Despagnet 336; aber Busdugan in Clunet 37 S. 756). Auch hier ist mindestens zu wünschen, dass — entgegen dem Kommissionsbericht — die Vertragsstaaten von der gewährten Freiheit keinen unbeschränkten Gebrauch machen.

Dagegen ist jedenfalls das auf das Vormundschaftsverhältnis sich gründende Hindernis nicht hierher zu ziehen. Mag man den Begriff der Verwandtschaft und Schwägerschaft noch so weit fassen (vgl. Actes 1894 S. 48: "la Commission estime que ce sens est très large"), die Vormundschaft fällt jedenfalls nicht darunter. Gegenüber dem Ehehindernis der Adoption bleibt diese Unterscheidung immerhin eine Inkonsequenz (vgl. auch Busdugan a. a. O.).

Unzulässig wird es ferner sein, die Cognatio spiritualis (zwischen Paten und Täufling) als Verwandtschaft im Sinne der Konvention aufzufassen. Ob das hierauf begründete Ehehindernis (vgl. das russische und rumänische Recht) zu den "obstacles d'ordre religieux" im Sinne von Art. 2 Abs. 3 gehört, ist eine andere Frage.

b) Das Ehehindernis des Ehebruchs.

Die zweite der lex loci zugesprochene Eingriffsbefugnis betrifft: "la prohibition absolue de se marier, édictée contre les coupables de l'adultère à raison duquel le mariage de l'un d'eux a été dissous."

Während bezüglich des Ehehindernisses der Verwandtschaft wesentliche Meinungsverschiedenheiten im Schofse der Konferenzen von Anfang an nicht bestanden haben, wurde das impedimentum criminis erst nach mehrfachem Schwanken genehmigt. Die erste Konferenz hatte es nicht anerkannt. Ein seitens des belgischen Delegierten gestellter Antrag (gleichlautend mit der jetzigen Fassung) wurde damals abgelehnt (Actes 1893)

S. 41). Die Kommission der zweiten Konferenz verharrte auf dem nämlichen Standpunkt wie die erste (Actes 1894 S. 48). Als aber diesmal bei der Plenarberatung der deutsche Delegierte (von Seckendorff) das belgische Amendement wieder einbrachte, wurde es beinahe einstimmig angenommen. Die dritte Konferenz hat am Beschluss der zweiten nichts mehr geändert; ein Antrag Schwedens auf Streichung des Wortes "absolue" (Actes 1900 S. 53) wurde abgelehnt "comme tendant à établir une distinction non justifiée entre le 1° et le 2° (Actes 1900 S. 171).

Ob eine Notwendigkeit vorlag, diesem Eheverbot lokalprohibitive Wirksamkeit zu verleihen, ist wiederum recht zweifelhaft. In der internationalen Doktrin ist es bestritten 24), und das Institut hat die Frage verneint. Immerhin ist durch den Abs. 2 den eigentlichen Gefahren, welche die Prohibitivanerkennung dieses Hindernisses in sich birgt, die Spitze abgebrochen: eine entgegen dem Verbot abgeschlossene Ehe kann wenigstens nirgends angefochten werden, wenn sie nach dem Heimatsrecht der Ehegatten gültig ist 25).

Warum gerade der deutsche Delegierte sich so für die Aufnahme dieser Bestimmung interessiert hat, ist uns unverständlich. Nach dem deutschen Rechte (§ 1312 B.G.B., ehenso schon nach § 33 P.ST.G.) ist das fragliche Ehehindernis ja ein dispensables. Es liegt also in Deutschland überhaupt keine prohibition absolue" im Sinne der Konvention vor, und die ganze Frage ist für uns gegenstandslos. Ebenso für Ungarn (Art. 20 des Ehegesetzes), Österreich (§§ 67 und 83 österr. B.G.B.) und Schweden (Actes 1900 S. 36 und 53).

Praktisch wird Art. 2 Ziff. 2 (nach dem derzeitigen Stand der Gesetzgebung) in Frankreich, Luxemburg, Belgien (Art. 298), Holland (Art. 89), Spanien (Art. 84, Ziffer 3), Portugal (Art. 1058)

³⁴⁾ Vgl. einerseits: Fiore No. 696; Laurent Bd. 5 No. 188, 139; andrerseits: Bar Bd. 1 S. 449 ff.; Weiss, Traité élém. S. 711, 715 und dr. int. pr. Bd. 3 S. 416; Meyerowits, Zischr. Bd. 10 S. 25; Busdugan, Clunet Bd. 27 S. 756.

³⁵⁾ Das impedimentum criminis ist sonst ein imp. dirimens in Rufeland, Holland und Spanien (vgl. auch B.G.B. § 1328); impediens ist es lu Ungarn, Portugal, sowie (nach herrschender Meinung) in Frankreich, Belgien, Ruminien.

Ziff. 3), Rumanien (Art. 259) 34), Rufsland (bei nicht orthodoxen Ehen), Schweden und Norwegen (wo das Eheverbot auf 3 Jahre absolut gilt, später ist königl. Dispens zulässig: Actes 1900 S. 38). Nicht überall aber gleicht dabei der Inhalt der Gesetze genau demjenigen des französischen (und deutschen) Rechtes, nach deren Muster die Konvention hier gefast wurde. In Holland, Spanien, Portugal (und Schweden) ist z. B. nicht erforderlich, dass die frühere Ehe aus dem Grund des Ehebruches geschieden wurde. In jenen Ländern kann also nach der Konvention das gesetzlich bestehende impedimentum criminis nicht in vollem Umfange als lokalprohibitiv geltend gemacht werden, sondern nur in der durch Art. 2 Ziff, 2 bedingten Beschränkung. Ob eine solche Komplikation, die iedenfalls dem Geist jener territorialen Gesetzgebungen widerstreben muß, aus internationalen Gründen geboten war, möchte ich bezweifeln. Wenn man schon die prohibitive Wirkung des in Rede stehenden Verbotes anerkennen will, so kann dies wohl auch in einer etwas erweiterten Form geschehen, welche dem Rechte auch jener Vertragsstaaten entsprechen würde *1).

Interessante Anwendungsschwierigkeiten mögen sich hier gelegentlich bei Kollisionen dieser verschiedenen "Prohibitivgesetze" unter einander ergeben. In Belgien wird man z. B. Italiener, die dort heiraten wollen, ohne weiteres der Prohibitivbestimmung des Art. 298 c. c. unterwerfen; man wird aber keine Veranlassung haben, bei Österreichern, Spaniern, Portugiesen, deren Heimatsrecht nur untergeordnete Abweichungen gegenüber dem belgischen enthält, auf der strikten Anwendung des Art. 298 zu bestehen. Auf Einzelheiten ist hier nicht weiter einzugehen; der leitende Gedanke wurde oben S. 225, 226 und Bd. 10 S. 108 entwickelt.

³⁶⁾ Vgl. Busdugan, Clunet Bd. 27 S. 756. In der amtlichen Zesammenstellung Actes 1900 S. 31 ff. ist diese Bestimmung übergangen.

³⁷⁾ Etwas anderes wäre es z. B. gegenüber dem griechischen Recht (Griechenland ist nicht Vertragsstaat), nach dessen Vorschrift die wegen Ehebruchs verurteilte Frau sich überhaupt nicht wieder verheiraten darf (vgl. Typaldo-Bassia, Clunet Bd. 28 S. 64); ähnlich im Staate Newyork (vgl. Clunet Bd. 8 S. 38 ff.). Eine analoge Auferlegung ständigen Cölibats keunt das russische Recht (Art. 41 Civ.G.) im Falle von Bigamie und böslicher Verlassung.

c) Das Ebshindernis des Gattenmords.

Die dritte Prohibitivausnahme hat zum Gegenstand: "la prohibition absolue de se marier édictée contre les personnes condamnées pour avoir de concert attenté à la vie du conjoint de l'une d'elles." Die Bestimmung wurde erst von der dritten Konferenz eingefügt, auf den Antrag Ungarns (Documents 1900 S. 112, Actes S. 171). Das betreffende Eheverbot gilt von den Vertragsstaaten außer in Ungarn (Ehegesetz Art. 13) noch in Österreich (§ 68), Italien (Art. 62), Spanien (Art. 84 Ziff. 8) und Portugal (Art. 1058 Ziff. 4). Seine lokalprohibitive Wirkung dürfte von jenen Staaten allgemein beansprucht werden (vgl. Fiore No. 591 und in Clunet Bd. 14 S. 159). Von der Kommission wurde der Anspruch ohne weiteres a fortiori des voraufgehenden Eheverbotes (des Ehebruchhindernisses) als berechtigt zugestanden.

Zu bemerken ist:

- 1. Das Verbot muß wiederum, um prohibitiv zu wirken, ein "absolutes" sein, d. h. nicht durch Dispens beseitigt werden können. Es könnte hiernach in Österreich Ausländern nicht entgegengehalten werden, angesichts der Bestimmung des § 83 österr. B.G.B. Über die Unmotiviertheit dieser Unterscheidung vgl. oben S. 227.
- 2. Es genügt nicht, dass einer der Verlobten das Attentat begangen hat, sie müssen es ge me in schaftlich ("de concert") verübt haben. Hiernach darf z. B. Art. 62 des codice italiano se, nicht in vollem Umfange "prohibitiv" angewendet werden. Es mus wiederum bei Anwendung des Gesetzes auf Fremde eine Unterscheidung hineingetragen werden, welche jedenfalls dem Sinne dieser Gesetzesbestimmung selbst nicht entspricht und deren Notwendigkeit aus internationalen Gründen mindestens zu bezweifeln ist. Wenn das Ehehindernis des gemeinschaftlichen Gattenmordes dem lokalen ordre public angehört, so darf doch wohl auch für dasjenige des einseitigen Gattenmordes das Nämliche angenommen werden. Der ungarische Gesetzgeber allerdings hat diese beiden impedimenta verschieden gestaltet,

^{88) &}quot;Chi fu in giudizio criminale convinto reo o complice di omicidio volontario commesso, mancato o tentato sulla persona di uno dei coniugi, non può unirai in matrimonio coil' altro coniuge . . . "

das erstere als absolutes impedimentum dirimens (Art. 13 des Ehegesetzes), das letztere als dispensables impedimentum impediens (Art. 23). Es dürfte aber schwer zu begründen sein, daß die Konvention diese an und für sich wenig motivierte Unterscheidung des ungarischen Gesetzgebers in privatinternationaler Beziehung auch dem italienischen aufnötigen will.

- 3. Es muss eine Verurteilung wegen des Attentates erfolgt sein; und zwar wird hier nicht nur wie nach Ziffer 2 (wegen des Ehebruchs) eine civilrechliche Entscheidung (vgl. die Außerung von Seckendorffs Actes 1894 S. 44), sondern eine strafgerichtliche*) Verurteilung vorausgesetzt werden müssen. Es genügt also nicht, wenn etwa das Attentat als Klagegrund in einem Ehescheidungsprozesse (z. B. nach § 1566 B.G.B.) geltend gemacht und im Urteile festgestellt wurde. Hat ein Gesetz, wie das ungarische in Art. 13 (nicht in Art. 23) und das österr. in § 68, das fragliche Ehehindernis nicht an die Voraussetzung der strafgerichtlichen Verurteilung geknüpft, so kann nach der Konvention die Prohibitivwirkung doch nur in jenem beschränkteren Umfange beansprucht werden. Hier lassen sich allenfalls sachliche Grunde für eine solche privatinternationale Korrektur der nationalen Gesetzgebung geltend machen.
- 4. Auch hier wird die Prohibitivwirkung innerhalb des Kreises der homogenen Gesetzgebungen eine weniger strikte sein, als außerhalb desselben (vgl. oben S. 232). Der italienische Gesetzgeber z. B. wird bei der Eheschließung von Ungarn, Spaniern, Portugiesen seinen Art. 62 nicht zwingend durchzuführen brauchen; er wird in diesem Falle ruhig das Heimatsrecht der Eheschließenden anwenden, ohne sich an den kleineren Abweichungen jener Gesetze von dem italienischen zu stoßen.

d) Ehebindernisse von religiösem Charakter.

Nach dem letzten Absatz des Art. 2 steht der lez loci weiterhin ein positives Eingriffsrecht zu bei Ehehindernissen von religiösem Charakter: "Aucun Etat contractant ne s'oblige à faire célébrer un mariage qui, à raison...

³⁹⁾ Das italienische Gesetz verlangt ausdrücklich ein "giudisio criminale".

d'un obstacle d'ordre religieux serait contraire à ses lois." 40)

Die Bestimmung ist (wie der ganze Abs. 3) erst von der dritten Konferenz beschlossen worden und in der Hauptsache auf einen Antrag Österreichs zurückzuführen. Der österreichische Delegierte hatte von Anfang an gegen die allzu enge Fassung des Art. 2 mit besonderer Entschiedenheit protestiert und sich auf den beiden ersten Konferenzen vergeblich bemüht, die Einführung einer "formule générale" zu Gunsten der lez loci zu erwirken (vgl. Actes 1893 S. 41, 1894 S. 44). Als diese Bemühungen definitiv gescheitert waren, hat die österreichische Regierung für die dritte Konferenz ihre eigenen Wünsche speciell formuliert. Die Bemerkungen des österreichischen Justizministeriums Actes S. 45 ff. erklären zu Art. 2:

"Vom Standpunkte des österreichischen Rechtes wäre nicht nur ein Punkt 4 nach dem ungarischen Vorschlage⁴¹) beizufügen, sondern noch überdies:

- "5. Das absolute Hindernis, dass Geistliche, welche die höheren Weihen empfangen, und Ordenspersonen, welche feierliche Gelübde der Ehelosigkeit abgelegt haben, eine Ehe eingehen;
- "6. Das absolute Hindernis, daß zwischen Christen und Personen, die sich nicht zur christlichen Religion bekennen, Ehen geschlossen werden."

Warum die Konferenz nicht einfach diesen Antrag angenommen hat, anstatt sich auf den wunderlichen Kompromißweg einzulassen, dessen Ergebnis der jetzige Absatz 3 ist, das ist uns nicht recht verständlich geworden (vgl. weiter unten). Unverständlich ist es aber vor allem, warum die Konferenz ultra petita partium hinausgegangen ist und entgegen ihrem vorher so entschieden proklamierten Princip doch wieder eine generalisierende Formel gewählt hat. Man scheint dabei (soweit die Verhandlungen es erkennen lassen) durchaus nicht etwa eine materielle Erweiterung des österreichischen Antrages, sondern nur eine Vereinfachung des Ausdruckes angestrebt zu haben.

⁴⁰⁾ Auf den weiteren Inhalt und die Faseung des Abs. 3 kommen wir unten zurück.

⁴¹⁾ Der ungarische Vorschlag bezieht sich auf das vorbesprochene Ehehindernis des Gattenmordes.

Allein dieser Ausdruck ist nichts weniger als harmlos und ungefährlich denjenigen Staaten gegenüber, deren Eherecht auf kirchlicher Grundlage beruht. In Spanien, Portugal. Russland z. B., wo zweierlei Eherechte gelten, das eine für die katholische (orthodoxe) Ehe, das andere für die civile (heterodoxe), kann man, ohne dem Ausdruck irgend welchen Zwang anzuthun, als obstacles d'ordre religieux alle kanonischen (orthodoxen) Ehehindernisse auffassen und die letzteren dementsprechend bei Eheschliefsungen von ausländischen Katholiken allgemein anwenden: ein Verfahren, das ohnehin dem inneren Bestreben jener Gesetzgebungen ebenso zweifelhaft entspricht (vgl. oben S. 205) wie es demienigen, was die Konferenz gemeint hat, widerstreitet. Überall, wo kanonisches Eherecht gilt, kann man mit dem Ausdruck "ordre religieux" genau ebenso operieren. wie anderswo mit dem Ausdruck "ordre public" 45): beide sind therhaupt in solchem Falle synonym. Die Konferenz giebt also den orthodoxen Ländern (ohne dass irgend jemand es verlangt hat) gerade jene gefährlichste Waffe zur freien Benutzung in die Hand, welche sie mit solcher Energie den Vertragsstaaten im allgemeinen verweigert: ein Verfahren, das um so bedenklicher erscheint, als es nicht gelungen ist, die wohlthätige Bestimmung des Abs. 2 auch für die Fälle des Abs. 3 durchzusetzen (darüber weiter unten).

Es wäre hiernach unseres Erachtens dringend zu wünschen, daß die Generalklausel des "ordre religieux", ebenso wie diejenige des ordre public aus der Konvention verbannt und durch die von Österreich beantragten Specialbestimmungen ersetzt würde. Sollte der gefährliche Ausdruck stehen bleiben, so ist unter allen Umständen daran festzuhalten, daß er in allerstriktestem Sinne interpretiert werden muß. Er darf nur bezogen werden auf Ehehindernisse, die nicht nur ihrem Ursprung, sondern ihrem Inhalt nach in unmittelbarem Zusammenhange mit dem religiösen Bekenntnisse stehen; der religiöse Charakter muß ihnen schon äußerlich anhaften, schon auf der Stirn geschrieben sein. Nach dem gegenwärtigen Stande der Gesetzgebung dürften

⁴²⁾ Vgl. Conc. Trid. de reformat. matr. c. 4: Si quis dixerit, ecclesism non potuisse constituere impedimenta matrimonium dirimentia vel in iis constituendis errasse: anathema sit.

hiernach — außer etwa der cognatio spiritualis (vgl. oben S. 230) — thatsächlich nur jene beiden von Österreich ins Auge gefasten Ehehindernisse in Betracht kommen: dasjenige der geistlichen Weihen und des Ordensgelübdes und dasjenige der Religionsverschiedenheit. Das erstere gilt in Österreich (§ 63), Russland (Art. 2), Spanien (Art. 83 Ziff. 4), Portugal (Art. 1058 Ziff. 5). Das letztere kennen von den Vertragsstaaten nur Österreich (§ 64), Russland (Art. 85, 87) und Schweden . In Österreich handelt es sich dabei um das Verbot der Ehe zwischen Christen und Nichtchristen. In Russland ist den Orthodoxen und Römisch-Katholiken die Ehe mit Nichtchristen, den Protestanten nur die Ehe mit Heiden (nicht auch mit Muhamedanern und Juden) untersagt. Schweden verbietet "den Heiden" aligemein die Ehe (vgl. oben S. 204).

Bei Kollisionen dieser Gesetze unter einander wird sich wiederum eine Einschränkung des nationalen ordre public und eine partielle Internationalität entwickeln können.

e) Verbot einer sweiten Ehe.

Neben den "Obstacles d'ordre religieux" spricht Art. 3 noch einem letzten Ehehindernis lokalprohibitive Kraft zu: Der Eheschließungsort braucht eine Ehe nicht zu gestatten "qui, à raison d'un mariage antérieur, serait contraire à ses lois."

Es hat den Anschein, dass hiermit lediglich, entsprechend allgemein anerkannter Doktrin, die privatinternationale Ablehnung der Polygamie ausgesprochen werden soll. Der Kommissionsbericht der dritten Konserenz belehrt uns aber, dass man etwas anderes im Auge gehabt hat. Die Beschlüsse der ersten beiden Konserenzen allerdings hatten jenen Grundsatz — Ausschluss der Polygamie — in erster Reihe unter die Prohibitivhindernisse ausgenommen (Ziff. 1 des Art. 2 nach den Beschlüssen von 1894: "la necessité de la dissolution d'un mariage antérieur"; vgl. den ersten Kommissionsbericht 1893 S. 47). Die

⁴³⁾ Das Verbot des norwegischen Rechtes, wonach der norweg. Priester keine Ehe mit Andersgläubigen eingehen kann (Actes 1900 S 38), kann als lokal-prohibitiv wohl nicht in Betracht kommen, da hier stets schon auf Grund von Art. 1 norweg. Recht gelten wird.

Kommission der dritten Konferenz hat aber jenen Satz gestrichen "comme visant une hypothèse chimérique", da ja die Polygamie in keinem der Vertragsstaaten bestehe. Vgl. auch die Bemerkung der französischen Kommission für internationales Privatrecht, Documents S. 153.

Mit dem in dem neuen Absatz wieder aufgetauchten äußerlich zum Verwechseln ähnlichen Satze hat die dritte Konferenz also etwas anderes gemeint als jenes von den ersten Konferenzen aufgenommene überflüssige Polygamieverbot⁴⁴). Was man speciell gemeint hat, war das in katholischen Ländern geltende Verbot der Wiederverheiratung eines geschiedenen Ehegatten. Daher auch die unmittelbare Verknüpfung dieses Ehehindernisses mit denjenigen von religiösem Charakter⁴⁵).

Man muss aber schon eine besondere Sehergabe besitzen, um diese Meinung der Konferenz aus dem Text zu entnehmen und herauszusinden, dass die Worte: "un mariage qui à raison d'un mariage antérieur serait contraire à ses lois" ganz etwas anderes heißen, als die früheren: "un mariage qui serait contraire à ses dispositions concernant la dissolution d'un mariage antérieur". Bei praciser Auslegung wird man gerade in der neuen Fassung erst recht nur das finden können, was als "chimärisch" gestrichen werden sollte, nämlich das Verbot der Polygamie und nichts weiter.

Wenn aber die Worte "à raison d'un mariage antérieur" bei praciser Auslegung zu wenig sagen, so sagen sie bei der unpracisen, die man uns zumutet, viel zu viel. Bedeutet der Satz nämlich, daß der lex loci die Prufung zusteht, ob die erste Ehe nach der lokalen Sachnorm Existenz

⁴⁴⁾ Ob das Verbot so ganz überfüssig und der Fall so ganz "chimärisch" war, kann vielleicht bezweifelt werden. Darüber weiter unten.

⁴⁵⁾ Der Bericht sagt hierstber: "L'amendement de M. Asser a été complété pour tenir compte d'un ordre d'idées analogue qui intéresse l'Autriche et les pays qui, n'ayant que le mariage religieux, n'admettent pas le divorce pour certaines catégories de personnes. Par exemple un divorce a eu lieu en France et en Allemagne de la manière la plus régulière; peu importent la nationalité et la religion des époux. L'un des conjoints divorcés veut se marier en Espague; l'autorité ne le lui permettra peut-être pas, parcequ'elle ne considère pas le mariage au sujet du que i un divorce est intrevenu comme suffisamment dissous au point de vue d'un nouveau mariage..."

hat, so wurde damit einfach für jene Ehe der Art. 1 in vollem Umfange ausgeschaltet werden. Aber auch dann, wenn man etwa eine Restriktivauslegung dahin befürwortete, dass dieses Prüfungsrecht sich jedenfalls nur darauf beziehen könne, ob die erste Ehe noch zu Recht besteht oder ob sie als aufgehoben zu gelten hat, so wäre damit immer ein lokalprohibitives Eingriffsrecht anerkannt, das weit über die Grenzen des von der bisherigen Praxis geübten und von der Kommission beabsichtigten hinausgeht. Zweifellos wurde hierher z. B. der Fall einer nach Auslandsrecht durch Todeserklärung aufgelösten ersten Ehe gehören (vgl. z. B. Despamet No. 335). Unabweislich würden ferner auch alle Falle von Ehenichtigkeit einbegriffen sein. Der lex loci ware das Prüfungsrecht vorbehalten, ob die nach ausländischem Heimatsrecht nichtige erste Ehe nicht bei Anwendung der inländischen Sachnormen noch zu Recht bestehe und deshalb die zweite Ehe ("à raison d'un mariage antérieur") verboten sei. Aber auch auf dem Gebiete des Scheidungsrechtes selbst würde das vorbehaltene Eingriffsrecht die herrschende Doktrin und Praxis weiter hinter sich lassen. Hat sich die lex loci jedesmal darüber schlüssig zu machen, ob sie die rechtsgültig geschiedene Ehe "comme suffisamment dissous au point de vue d'un nouveau mariage" betrachten könne, so muss sie auch berechtigt sein, nach ihrem eigenen Recht die Frage zu entscheiden, nicht nur, oh die erste Ehe überhaupt, sondern auch, ob sie aus einem solchen Grunde geschieden werden konnte. Man ware hiernach z. B. in Belgien befugt, einem deutschen Ehegatten, der in Deutschland wegen böslicher Verlassung geschieden wurde, die Eingehung einer zweiten Ehe zu verweigern. Wir würden aus dem gleichen Grunde in Deutschland einem Österreicher, dessen erste Ehe wegen ununaberwindlicher Abneigung geschieden worden ist (§ 115 österr. B.G.B.), die zweite Eheschließung untersagen können D. S. W.

Sicherlich hat die Konferenz soweit nicht gehen wollen, und es kann auch nach ihrem so energisch proklamierten Grundsatze (vgl. oben S. 218) nicht angenommen werden, daß sie die freie Entscheidung darüber, wie weit im einzelnen Falle zu gehen sei, den Vertragsstaaten selbst habe anheim geben wollen. Die Kommission hat überhaupt in dieser ganzen Frage nicht scharf

genug gesehen. Nicht um eine Gesetzeskollision auf dem Gebiete der Eheschließung handelt es sich hier, sondern um eine solche der Ehelösung. Daß eine zweite Ehe nicht geschlossen werden darf, so lange die erste zu Recht besteht, das ist ein Satz, über den alle Vertragsstaaten einig sind. Hier giebt es keine Kollision. Die Frage, um die es sich dreht, ist: ob die erste Ehe durch die eingetretene Scheidung als aufgehoben zu gelten hat oder nicht; ob und unter welchen Voraussetzungen eine Scheidung in den anderen Vertragsstaaten als rechtswirksam anzuerkennen ist. Es wäre richtiger gewesen, diese Frage überhaupt

⁴⁶⁾ Zur internationalen Doktrin in diesem Punkte (ob in katholischen Ländern ein im Auslande rechtsgültig geschiedener Ausländer eine neue Ehe eingehen kann) vgl. unter anderen Olivi, Revue de dr. int. Bd. 15 S. 383 ff.; Filho, in Clunet Bd. 8 S. 341. - Zur Kennseichnung der österreichischen Praxis besonders: die Entscheidungen des Obersten G.H. vom 24. Nov. 1891, 6. Des. 1892, 20. Okt. 1896, 12. Des. 1899 und 12. Des. 1900, Ztacht. Bd. 2 S. 896, Bd. 3 S. 486, Bd. 7 S. 57, Bd. 10 S. 150, Bd. 11 S. 110; besonders charakteristisch die an letzter Stelle mitgeteilte Entscheidung des Wiener Berufungsgerichtes; s. auch Jettel, Handb. d. Int. Pr.- und Str.R. 8. 35 ff. - In Italian ist die Frage in der Praxis höchst kontrovers. Vgl. einerseits: Roma vom 22. Nov. 1884 (Fall Dönhoff-Camporeale), Annali della giurispr. 85. 3. 3; Milano vom 29. Nov. 87, Ann. 88. 3. 30; Milano vom 13. Okt. 91, Ann. 91. 8, 464; Venezia 17. März 92, Ann. 92. 8, 305; Cass. Torino 23. März 98 und 11. Okt. 93. sowie Appellhof Torino vom 9. Dez. 93. Ann. 98. 1. 203; 94. 1. 83; 94. 3. 27; Brescia vom 16. April 98, Milano vom 14. Sept. 98 und 6. Des. 98, Modena vom 12. April 98, Monitore dei tribun. 98 S. 348, 428, 956 und 99 S. 11. Dagegen: Kassationshof Roma vom 4. April 91, Ann. 91, 1. 207; Modena vom 29. April 92, Ann. 92. 8. 266; Kassationshof Torino vom 21. Nov. 1900, s. Zischr. XII S. 134 (diese jüngste und wichtige Entscheidung läfst die Wiederverheiratung von Ausländern mit merkwürdiger Begründung speciell dann nicht zu, wenn die erste Ehe in Italien geschlossen ward. Die italienische Doktrin ist so gut wie einstimmig für Zulassung der Wiederverheiratung geschiedener Auslander. Vgl. Fiore No. 518, 606 und 688, sowie in Clunet Bd. 18 S. 170 ff.; Catellani, Dir. int. pr. Bd. 3 No. 560 ff.; Fusinato, questioni di dir. int. pr. B. 49 ff.; Lomonaco, in Il Filangieri 1885 S. 162 ff.; Esperson in Clunct Bd. 7 S. 344; anders Derselbe früher, il princ. di naz. S. 79 ff. - Ziemlich ähnlich lag die Sache in Frankreich vor 1884. Im Anfang war die Praxis entschieden gegen Zulassung der Wiederverheirstung. Vgl. Seine vom 31. Juli 1824 und Paris vom 30. Aug. 1824, Sirey 25. 2. 203 ff.; Paris vom 28. Märs 1843, Sirey 43. 2. 566; Seine vom 10. Juni 1859 und Paris vom 14. Juli 1859, Sirey 59. 2. 402. Vgl. dazu die Note von Dutruc ebenda. Ein

an eine andere Stelle zu verweisen, nämlich in die zweite Konvention, welche sich mit den "conflits de lois en matière de divorce" beschäftigt (vgl. Article 7 jenes Abkommens). Unter allen Umständen aber hätte die Konferenz, wenn sie ihrer Absicht treu bleiben wollte, "d'une façon strictement limitative" die Fälle des lokalen ordre public zu umschreiben und "tout arbitraire" auszuschließen, klar und präcis das sagen müssen, was sie thatsächlich gemeint hat. Dies hätte etwa in folgender Form geschehen können:

"Les pays dont la législation n'admet pas le divorce (soit pour des époux catholiques, soit en général) ne s'obligent pas à faire célébrer un nouveau mariage à l'encontre de cette prohibition."

3. Die Sanktion der lokalen Eheverbote.

Über die Folgen einer entgegen den Prohibitivgesetzen des Art. 2 abgeschlossenen Ehe war in den Beschlüssen der ersten und zweiten Konferenz nichts gesagt. Nach dem oben festgestellten Grundsatze, dem gemäß sich die Wirksamkeit einer verbotswidrig geschlossenen Ehe allgemein nach dem nämlichen Gesetze bestimmt, dessen Verbot hätte beachtet werden sollen, wäre eine entgegen jenen lokalen Prohibitivnormen eingegangene Ehe in den meisten Fällen als nichtig bezw. anfechtbar zu betrachten, wenigstens vom Standpunkte des Staates, in welchem die Ehe eingegangen wurde. Vom Standpunkte des Heimatsstaates der beiden Ehegatten wäre dagegen auf Grund von Art. 1 die Ehe ohne Frage doch als gültig anzuerkennen, wenn nach Heimats-

Umschwung trat ein mit dem Urteil des Pariser Kassationshofs vom 28. Febr. 1860; Sirey 60. 1. 210, und seitdem blieb die Frage im milderen Sinne entschieden. Vgl. dazu Paris vom 19. April 1860, Sirey 60. 2. 196. Ein sweidentiger Rückfall des tribunal de Lille und des Appellhofs Douai, Sirey 77. 2. 45, wurde ohne Schwanken korrigiert: Kass. vom 15. Juli 1878, Sirey 78. 1. 320; s. ferner Amiens vom 15. April 1880, Sirey 80. 2. 172. Die franz. Doktrin hat diese Praxis einstimmig gebilligt: Weiss, Traité élém. S. 634 ff.; Durand, Essai de dr. int. pr. No. 178; Despagnet No. 354; Pillet, ordre public S. 46 ff.; Brocher, Cours Bd. 1 No. 88; noch weiter gehend: Leurent Bd. 5 No. 119 ff., 128 ff. — Für England (wo die Scheidung vor 1857 nicht bestand) vgl. Lolley's case, Ru. und Ry. 237; M'Carthy v. Decaix, Ch. 1891, 2. Ru. und My. 615.

recht kein Ungültigkeitsgrund gegeben war. Wie die Sache vom Standpunkte dritter Staaten zu beurteilen wäre, ist zweifelhaft und wohl überhaupt nicht einheitlich zu entscheiden.

Diesen Rechtsunsicherheiten und Gesetzeskonflikten begegnet in glücklichster Weise (bezüglich der drei ersten, in Abs. 1 enthaltenen Ehehindernisse), der von der dritten Konferenz beschlossene 47) Abs. 2: Le mariage célébré contrairement à une des prohibitions mentionnées ci-dessus ne sera pas frappé de nullité 46), pourvu qu'il soit valable d'après la loi indiquée par l'article ler." Die Konferenz geht hier eigentlich über die Grenzen, die sie selbst sich gesetzt hat, hinaus 40). Sie greift in das materielle Privatrecht hinüber: sie erklärt nicht nur ein bestimmtes Privatrecht für anwendbar, sondern sie verlangt von diesem Privatrecht eine sachliche Modifikation, die Umgestaltung des impedimentum dirimens in ein impedimentum impediens: "Au nom de l'intérêt général on demande au pays de la célébration de ne considérer que comme prohibitifs les empêchements énumérés." Man darf dieses Opfer in der That verlangen.

Der hiermit eingenommene Standpunkt ließe sich auch folgendermaßen präcisieren: Es handelt sich nicht mehr um eine Norm für die streitige, sondern um eine solche für die freiwillige Gerichtsbarkeit. Dem Staate des Eheschließungsortes wird nur gestattet, für seine Standesbeamten (im weitesten Sinne), nicht auch für seine Richter eine Prohibitivnorm zu geben.

⁴⁷⁾ Die Neuerung ist im Schofse der ersten Kommission entstanden bei Erwägung eines weit geringeren, von deutscher Seite vorgeschlagenen Amendements. Vgl. Documents S. 106, Actes S. 41 und 172. — S. aber auch Bar Bd. 1 S. 448 u. die Beschlüsse des Institut von Heidelberg und Laussane, Ann. Bd. 9 S. 117 und Bd. 10 S. 77.

⁴⁸⁾ Es bedarf kaum der Erwähnung, daß der Ausdruck "neilite" im weitesten Sinne zu verstehen ist und, konform der französ. Rechtssprache, jede Art von Aufechtbarkeit unter sich begreift.

⁴⁹⁾ Vgl. die Eröffnungsrede des Präsidenten: "N'oublions pas que les concessions réciproques nécessaires à cet effet seront d'autant plus faciles à faire, qu'il ne s'agit pas ici de poser les règles du droit civil même. Chaque Etat conserve à cet égard la plus complète autonomie. Il ne s'agit que de la désignation de la loi applicable dans les cas donteux." Actes 1900 S. 90.

Es ware wohl besser gewesen, nach dieser wesentlichen Umgestaltung des Inhaltes auch den Eingang des Artikels 2 anders zu fassen. Anstatt: "La loi du lieu de la célébration peut interdire le mariage etc." wurde treffender (ahnlich wie im letzten Absatz) gesagt: "Aucun Etat contractant ne s'oblige à faire célébrer un mariage qui..."

Es ist bedauerlicher Weise nicht gelungen, die Bestimmung des Abs. 2 für alle lokalprohibitiven Ehehindernisse durchzusetzen. Sie gilt nur für die drei ersten Fälle (das Eheverbot der Verwandtschaft und die beiden impedimenta criminis); ihre Einführung bei den Ehehindernissen von religiösem Charakter (einschließlich dessen der Scheidung) ist an dem Widerspruch der streng-katholischen Staaten gescheitert. Man hat sich hier mit dem Satze begnügen müssen: "La violation d'un empêchement de cette nature ne pourrait pas entrainer la nullité du mariage dans les pays autres que celui où le mariage a été célébré." Der Kommissionsbericht erklärt dazu: "Ce n'est pas avec empressement qu'une pareille disposition a été acceptée par la majorité des membresde la commission; il a fallu qu'ils fussent bien convaincu que la concession était nécessaire pour obtenir l'adhésion de plusieurs Etats." Man kann aber dem Standpunkte der Minorität dieinnere Berechtigung nicht absprechen. Nicht nur stehen hier Gesetze von einem ganz besonders intransigenten Charakter in Frage, sondern man verlangt von jenen Staaten, dass sie eine privatinternationale Norm acceptieren, die mit der ihren Sachnormen innewohnenden Herrschaftstendenz nicht in Einklang Wir befinden uns auf dem Gebiete der latenten Gesetzeskollision. Eherechtsgesetze, die auf kirchlichem Boden stehen, streben naturgemäß darnach, ihren zwingenden Vorschriften alle Kirchenangehörigen zu unterwerfen. Man entschliefst sich viel eher dazu, die eigenen Staatsangehörigen, falls sie nicht auch Staatskirchenangehörige sind, einem fremden Eherechte anheim zu geben (vgl. Russland), als dass man für die der gleichen Kirche angehörenden Personen einem ausländischen Eherechte die Herrschaft zugestünde, wenn dasselbe die kirchlichen Dogmen verleugnet. Angesichts solcher Sachlage wird

man sich mit dem auf der Konferenz erreichten Resultate zufrieden geben müssen. (Vgl. aber unten S. 249.)

Die internationalen Vorteile, welche die vereinbarte Kollisionsnorm sichert, sind nicht gering zu schätzen:

- 1. Nur in dem Staate des Eheschliefsungsortes darfeine entgegen jenen religiösen Prohibitivgesetzen eingegangene Ehe als anfechtbar gelten. In allen anderen Staaten muß auch in diesen Fällen die Ehe unbedingt als gültig anerkannt werden, wenn sie dem Heimatsrechte der Verlobten entspricht. Hat also z. B. ein französischer geschiedener Katholik in Spanien sich zum zweiten Male verheiratet, so kann die zweite Ehe nur in Spanien selbst beanstandet werden; überall sonst ist sie unanfechtbar, auch in Italien, Portugal, Österreich, obgleich der Eheschließung in diesen Ländern selbst das nämliche Prohibitivgesetz entgegengestanden hätte. Vgl. dagegen die principiell durchaus zutreffende Unterscheidung des österreichischen Antrages, Actes 1900 S. 46.
- 2. Abgesehen von dem ausdrücklich zugelassenen Verbotsrechte der lex loci ist ausschließlich das Recht der Staatsangehörigkeit in Anwendung zu bringen, ohne jede Rücksicht auf die Kirchenangehörigkeit. Die katholischen Staaten haben bei ausländischen Katholiken, die anderswo eine Ehe geschlossen haben, unbeschränkt deren Heimatsrecht anzuwenden, mag es noch so sehr mit den katholischen Dogmen in Widerspruch stehen (vgl. dagegen z. B. Weiss, Bd. 3 S. 416 Text zu Note 3).

Wenn also z. B. ein Mönch von italienischer Staatsangehörigkeit aus einem spanischen Kloster entläuft; und über die französische Grenze geht, um dort zu heiraten, so ist diese Ehe im ganzen Konventionsgebiete gültig, auch in Spanien.

Oder aber: wenn ein in Russland wohnender, der orthodoxen Kirche angehörender Rumäne irgendwo außerhalb Russlands (nur nicht in Österreich) eine Ehe mit einer Nichtchristin eingeht, so kann seine Ehe nirgends angesochten werden, auch nicht in Russland.

Oder endlich: wenn ein österreichisches katholisches Ehepaar sich in Ungarn naturalisieren und dort wegen eines nach der Naturalisation eingetretenen (sonst: Art 4 und 7 der Scheidungskonvention!) Grundes scheiden läßt, so ist die außerhalb Österreichs von einem der geschiedenen Ehegatten eingegangene zweite Ehe überall gültig, auch in Österreich. Die gegenwärtige österr. Praxis erkennt dies nicht an. (Vgl. die Citate oben Anm. 46.)

In allen diesen und ähnlichen Fällen darf auch niemals mit dem im int. Pr.R. bekanntlich oft mißbrauchten Begriffe der "fraus legis" operiert werden. Die Konferenzbeschlüsse kennen keinen derartigen Vorbehalt. Ihn hineinzuinterpretieren, wäre "fraus conventionis".

3. Es ist nicht bestimmt, dass eine entgegen den fraglichen Verboten abgeschlossene Ehe nach dem Rechte des Eheschliefsungsortes als ungultig zu betrachten sei, sondern es ist nur diesem Staate die Befugnis gegeben, eine solche Ehe als ungültig zu behandeln. Macht die lex loci von dieser Befugnis keinen Gebrauch, so ist und bleibt auch in diesen Fällen (wie in denjenigen des Abs. 1 u. 2) die Ehe im ganzen Konventionsgebiete gultig. Dies durfte z. B. eintreten, wenn ein nach seinem Heimatsgesetz rechtmäßig geschiedener Ausländer in Italien eine neue Ehe eingegangen hat. Die italienische Praxis wird voraussichtlich in solchem Falle (entsprechend der oben Anm. 46 gekennzeichneten Richtung der italienischen Jurisprudenz) die Ehe in Übereinstimmung mit dem Heimatsgesetze trotz Art. 2 Abs. 3 als gültig anerkennen. Es ist zu hoffen, dass dieses Beispiel in ähnlichen Fällen auch bei anderen Vertragsstaaten Nachahmung finden und daß man auf diesem Wege nach und nach, mit der Höherbewertung der internationalen Gesetzesharmonie, auch ohne überstaatlichen Zwang dem zu erstrebenden Ziele immer näher kommen wird.

4. Das Amendement Asser.

Bei dem Kompromifs, welchem der letzte Absatz des Art. 2 seine Entstehung verdankt, hat man einen Vorteil eingehandelt, auf welchen die Kommissionsmehrheit einen ganz besonderen Nachdruck legt. Der an und für sich nicht so komplizierte, aber aus dem Texte der Konvention schwerlich zu erkennende Gedanke ist folgender ***):

⁵⁰⁾ Um den Text der Konvention verständlich zu machen, müßste zunächst die an dieser Stelle nur verwirrende und einnwidrige Eingangaklausel

Nach Art. 6 der Konvention wird die Gültigkeit von sog. diplomatischen Ehen nur dann anerkannt, wenn der Vertragsstaat, auf dessen Gebiete die Ehe abgeschlossen wurde, gegen die standesamtliche Funktion der ausländischen Agenten keine Einwendung erhebt. Diese Befugnis, Einwendung zu erheben, soll dem Staate des Eheschließungsortes entzogen werden, wenn wegen der nach Art. 2 Abs. 3 eingreifenden Prohibitivgesetze die Eheschließung vor den lokalen Staats-bezw. Kirchenbehörden unmöglich ist.

Die Kommissionsmehrheit hat dieses Zugeständnis als Gegenleistung für ihre Nachgiebigkeit bei den religiösen Eheverboten gefordert. Sie war der Meinung, daß auf diese Art den "exigences des souverainetés respectives dans la mesure du possible" Genüge geschehe. Die Heimatsstaaten erhalten "partiellement satisfaction en obtenant que ces mariages puissent être célébrés par des agents diplomatiques ou consulaires, même dans les pays où l'intrevention de ces agents n'est pas admise de droit commun". (Vgl. den Kommissionsbericht S. 171, 172, 177; auch die gute Zusammenfassung des rumänischen Delegierten Missir, Actes S. 162.)

Es ist mir nicht klar geworden, warum eigentlich die Kommission auf diese Bestimmung, — sie ist eine Erfindung des Konferenzpräsidenten ⁵¹) — sich in solchem Maße kapriziert hat.

Gewis: sie bietet den Angehörigen der Mehrheitsstaaten einen praktischen Vorteil (vorausgesetzt, dass ihren diplomatischen Vertretern die standesamtliche Funktion vom Heimatsstaate erteilt ist).

Allein, ist dieser Vorteil wirklich von solcher Bedeutung und vor allem: steht er in richtigem Verhältnis zu dem von den Minoritätsstaaten verlangten Opfer? Wenn man anerkennt, daß

des Art. 2 Abs. 2: "Sous la réserve de l'application du premier alinés de l'article 6 de la presente convention" einfach gestrichen werden. Statt dessen ware bei Art. 6 Abs. 1 eine deutliche Verweisung auf Art. 2 Abs. 3 und ein klarerer Ausdruck des Gemeinten nötig. (Vgl. das im Text folgende).

⁵¹⁾ Wir unterlassen es, auf die ursprüngliche völlig unhaltbare Form dieses "système ingénieux" einzugehen, von welcher die Kommission pock rechtzeitig zurückgekommen ist (S. 171 a. a. O.).

es einem Staate mit Recht widerstreben muss "à laisser célébrer sur son territoire un mariage contraire à ces prohibitions qui lui paraissent dictées par les exigences du sentiment religieux": kann man es dann billigerweise diesem nämlichen Staate zumuten, unter Verzicht auf sein sonst anerkanntes Souveranitätsrecht es ausdrücklich gutzuheißen, dass diese Ehe in diplomatischer Form doch auf seinem Territorium abgeschlossen werde?

Niemandem ist es bei den früheren Konferenzverhandlungen eingefallen. lokalen Prohibitivgesetzen gegenüber sonst ein derartiges Privileg für die Angehörigen der anderen Staaten zu fordern. Man hat kein Bedenken dagegen gehabt, die Ausländer den lokalen Eheverboten der Verwandtschaft, des Ehebruchs. des Gattenmords unbeschränkt anheim zu geben, und hat nichts darin gefunden, dass ihnen so die heimatrechtlich erlaubte Eheschließung am Orte ihres Domizils unter Umständen unmöglich gemacht wird. Nur hier, bei den religiösen Eheverboten, soll die Anerkennung dieser Konsequenz nicht zulässig sein; hier soll es das Interesse der Heimatsstaaten gebieten, daß auf irgend eine Art die Möglichkeit der Eheschließung im fremden Lande erzwungen wird. Dem katholischen Priester deutscher Staatsangehörigkeit muß unter allen Umständen Gelegenheit geboten werden, auf spanischem Boden eine Ehe zu schließen, obschon wir wissen und anerkennen, dass die in jenem Lande herrschende kanonische Rechtsanschauung in ganz besonderem Ma(se sich dagegen auflehnt 52).

Lässt sich eine solche Unterscheidung überhaupt begreifen, und wie ist man dazu gekommen?

Einfach auf folgendem Wege: Die Kommission ist davon ausgegangen, daß hier (bei den religiös-prohibitiven Ehehindernissen) ein ganz besonders akuter Konflikt der verschiedenen ordres publics vorliege. Sie hat angenommen, der nationale ordre public gebiete hier die Eheschließung (im fremden Lande!) mit der nämlichen Entschiedenheit wie der lokale ordre public dieselbe perhorresziert.

⁵²⁾ Die Kommission hat sich allerdings mit einem wunderlichen Rückschluß aus ihrer eigenen Inkonsequenz (a. a. O. S. 172) über die Thatsache getäuscht, daße im Sinne der *lez locs* die Verbote des Abs. 3 weitaus sohwerer wiegen müssen als diejenigen des Abs. 1.

Das ist aber offenbar eine Täuschung. Der Skandal, den die Eheschliessung eines katholischen Priesters auf spanischem Boden hervorruft, mag vielleicht verglichen werden mit demjenigen, welchen nach den liberalen Verfassungsgrundsätzen eines anderen Staates die Erzwingung des kirchlichen Cölibates auf seinem eigenen Gebiete darstellen wurde. (Vgl. Art. 3 und den folgenden Abschnitt.) Keineswegs aber läßt sich behaupten, dass es unserm ordre public ebenso ins Gesicht schlage. wenn in jenem Lande (und nur dort) einer unserer Staatsangehörigen gehindert ist, eine Ehe einzugehen, welche den religiösen Anschauungen des Staates, in dem er aus freien Stücken sich niedergelassen hat, unbedingt widerstrebt. Im Gegenteil: die einfachsten Grundsätze der Reciprocität verlangen, dass wir in diesem Falle dem fremden ordre public den Vorrang zuerkennen und die fremden Rechtsanschauungen auf fremdem Boden respektieren. Die Kommission hat sich hier von einer häufig auftretenden Spiegelung des ordre public blenden lassen; sie hat das konvexe Bild mit dem konkaven verwechselt. Vgl. dazu Iherings Jahrbücher Band 39 S. 96 ff.

Man wird vielleicht gegen unsere vorstehenden Ausführungen einwenden, die berufenen Vertreter der interessierten Staaten hätten sich ja mit dem Amendement Asser einverstanden erklärt **, und wir — die Majoritätsstaaten — hätten keine Veranlassung, die uns nur vorteilhafte Konzession nachträglich zu beanstanden.

Allein zunächst ist die Konvention noch nicht abgeschlossen, und man sollte sich hüten, sie ohne dringende Not mit Klauseln zu belasten, welche Staaten wie Rufsland, Österreich, Italien, Spanien, begründete Veranlassung geben können, die Sanktion zu verweigern. Ferner ist es bei vertraglichen Kodifikationen des internationalen Rechts zum mindesten unweise, Normen aufzunehmen, die eine unbillige Beeinträchtigung fremder Interessen in sich schließen. Außerdem wird durch alle diese Komplikationen dem neuen Rechte schon bei der Geburt ein deformierender Makel aufgedrückt, der geeignet ist, seine Lebensfähigkeit und Entwickelung zu hemmen und zu gefährden.

⁵³⁾ Der österr. Delegierte hat schon innerhalb der Kommission auf Verlangen erklärt "qu'à raison de l'adoption de l'amendement de M. Asser, il retirait sa proposition..."

Endlich ist noch eins zu bedenken:

Die Kommissionsmehrheit hat sich von Anfang an mit einer uns. E. durchaus unbegründeten Entschiedenheit gegen die pure Annahme des österreichischen Vorschlags gesteift. Sie hat durch dieses hartnäckige Widerstreben von den Minoritätsstaaten das Amendement Asser erwirkt. Wenn die Minoritätsstaaten im internationalen Interesse sich zu dieser sicher nicht leicht gewährten Konzession herbeigelassen haben: hätten sie nicht am Ende, bei voller Genehmigung ihrer Antrage, sich dazu verstanden, auf ein anderes Kompromiss einzugehen, welches der internationalen Rechtssicherheit viel größere Vorteile geboten hätte? Hätten sie picht vielleicht dann die allgemeine Anwendbarkeit des Abs. 2 für die Fälle des Art. 2 genehmigt? (Vgl. oben S. 243.) Die Majoritätsstaaten hätten dann gut und gerne auf jede andere Konzession verzichten können. Die Sicherheit, daß jede im Konventionsgebiet geschlossene Ehe überall die gleiche Beurteilung erfahren müßte, wäre es schon wert, dass man bei der Eheschliefsung der lex loci gewisse Verbotsrechte uneingeschränkt frei stellte, die nach Heimatsrecht nicht begründet wären. Man hätte unter Umständen für ein solches Resultat auch einen viel teureren Preis zahlen dürfen. Es war zu erwägen, ob man dafür nötigen Falles nicht sogar die Generalklausel des ordre public 84) der lex loci hatte in die Hand geben können. Den Gefahren jener Generalklausel wäre in diesem Falle die bedenklichste Spitze abgebrochen.

III. Die permissiven Eingriffsbefugnisse der lex loci.

1. Aligemeines. - Entstehungsgeschichte des Art. 3.

Die Beschlüsse der beiden ersten Konferenzen hatten irgend welche permissive Eingriffsbefugnisse nicht vorgesehen. Man war der Ansicht, daß Personen, die nach ihrem Heimatsrechte unfähig sind, eine Ehe zu schließen, auch in keinem anderen Lande die Ehe erlaubt sein sollte. Daß Rücksichten des lokalen ordre public eine Abweichung von diesem Grundsatz notwendig

⁵⁴⁾ Vgl. auch den Antrag Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Documents S. 188 und 179.

machen könnten, wurde nicht anerkannt (vgl. Komm.Ber. 1893 S. 46).

Diese Auffassung der ersten Konferenzen wurde schon bei den Vorarbeiten zur dritten Konferenz mehrfach beanstandet (insbesondere im Anschluss an eine Bemerkung Laine's, Clunet Bd. 25 S. 474) und von verschiedenen Seiten eine Modifikation der früheren Beschlüsse gefordert. Das Konferenzprogramm der niederländischen Regierung schlug - unter völliger Verkennung des Kernes der Sache - in diesem Sinne eine Ergänzung und Erweiterung der Verweisungsklausel des Art. 1 vor 55). In der gleichen Richtung bewegte sich ein (inhaltlich wenigstens korrekter) Antrag Dänemarks und Schweden-Norwegens 56). Vgl. auch die Denkschrift des rumänischen Delegierten, Documents S. 163. Die richtige Form fanden die belgische und französische Kommission für internationales Privatrecht, welche, im wesentlichen übereinstimmend, einen neuen Paragraphen vorschlugen des Inhalts: die heimatlichen Ehehindernisse sollten nicht zur Anwendung kommen, wenn es dem ordre public (droit public) der lex loci widerstreite (vgl. Documents S. 124, 125, 153).

Diesem Vorschlag hat sich die erste Kommission der dritten Konferenz in der Hauptsache angeschlossen. Es wurde nur — und zwar wiederum auf das energische Eingreifen des deutschen Delegierten hin — der Ausdruck "ordre public" als zu abstrakt und vag ausgemerzt⁵⁷). So entstand die jetzige Fassung:

⁵⁵⁾ Documents S. 99 u. 100: "Sauf à appliquer, soit la loi du domicile, soit la loi du lieu de la célébration, si la loi nationale le permet ou le requiert."

⁵⁶⁾ Documents S. 137 u. 178: "Sauf à ne pas tenir compte des prohibitions établies par la loi nationale dans les cas où l'observation serait en contradiction avec le droit public du pays où le mariage a lieu." Vgl. dam die Bemerkungen der niederl. Regierungskommission, Documents S. 7.

⁵⁷⁾ Die belgische Kommission hatte in der gleichen Absicht ("d'énumérer limitativement les dispositions permissives de la loi locale qui pourraient l'emporter sur la loi nationale") ursprünglich beschlossen: "Les prohibitions édictées par la loi nationale ne seront pas applicables si, d'après la loi du lieu de la célébration du mariage, elles sont considérées comme contraires à la liberté de conscience." Später wurde diese Fassung als su eng verworfen.

"La loi du lieu de la célébration peut permettre le mariage des étrangers nonobstant les prohibitions de la loi indiquée par l'article 1°, lorsque ces prohibitions sont exclusivement fondées sur des motifs d'ordre religieux."

Die Anerkennung einer lokalen Eingriffsbefugnis dieser Art entspricht der besonders in der französisch-belgisch-italienischen Doktrin herrschenden Meinung. Man erklärt es für absolut unzulässig, die Hand zu bieten zur Durchführung fremder Ehegesetze, welche den (verschiedentlich durch die Staatsverfassung proklamierten) Grundsätzen der Religions- und Gewissensfreiheit widerstreben. Die Begründung ist, wie gewöhnlich bei solchen Prohibitiverwägungen, nicht exakt. Aber die daraus abgeleitete, von der Konferenz festgelegte Rechtsnorm wird ziemlich allgemein gebilligt.

9. Die einzelnen Fälle.

Nur bei Ehehindernissen, die ausschliefslich auf religiösen Gründen (exclusivement sur des motifs d'ordre religieux) beruhen, soll die Ehe entgegen dem Verbote des Heimatsrechtes gestattet werden können. Der Ausdruck ist vorsichtiger gewählt als in Art. 2 Abs. 3. Missverständnisse und übermäßige Erstreckungen nach Art der oben S. 236 befürchteten sind hier überdies schon durch die wesentlich verschiedene Lage der Sache so gut wie ausgeschlossen. In Betracht kommen, nach dem gegenwärtigen Stand der Gesetzgebungen, wieder lediglich die beiden oben besprochenen Ehehindernisse: dasjenige des kirchlichen Cölibats und dasjenige der Religionsverschiedenheit.

Nur das kirchliche Cölibat kommt in Betracht. Eine aus anderen Gründen von dem Heimatgesetze auferlegte Ehelosigkeit kann an dem Eheschliefsungsorte nicht beanstandet werden. So z. B. das ständige Eheverbot, welchem der Russe verfällt, der sich der böslichen Verlassung oder der Bigamie schuldig gemacht hat (Art. 41 des russ. C.G.B.); oder der Schwede, welcher epileptisch ist. Die herrschende internationale Jurisprudenz dürfte dies zur Zeit nicht anerkennen.

Das Verbot der Scheidung, bezw. der Wiederverheiratung eines geschiedenen Ehegatten, darf gleichfalls nicht als ein ausschließlich auf religiösen Motiven beruhendes im Sinne von Art. 3 betrachtet werden. Dies ergiebt sich sowohl e contrario des Art. 2 Abs. 3 und aus dem Schweigen des Kom.Ber. zu Art. 3, als auch aus dem Inhalte der Scheidungskonvention, speciell Art. 7. Ein geschiedener Spanier, Italiener etc. darf also in keinem Vertragsstaate zur Ehe zugelassen werden.

Auch die comatio spiritualis dürfte nicht zu den religiösen Ehehindernissen des Art. 3 gehören. Der Wortlaut der Konvention spräche allerdings entschieden für die Einbeziehung. Allein Entstehungsgeschichte und Geist des Art. 3 sprechen ebenso entschieden dagegen. Nur dann soll die lex loci permissiv in Widerspruch mit dem Heimatsrecht eingreifen dürfen. wenn das heimatliche Eheverbot gegen die am Orte der Eheschließung anerkannten Fundamentalsätze der persönlichen Gewissensfreiheit und der allgemeinen Gleichberechtigung vor dem Gesetz verstoßen würde. Dies läßt sich behaupten von Ehehindernissen, welche das Connubium zwischen verschiedenen Konfessionen aufheben, oder welche aus religiösen Gründen eine ganze Klasse der Bevölkerung zum ständigen Cölibat verurteilen; nicht aber von einem Ehehindernis, das sich nur auf eine fest gegebene Beziehung zwischen zwei Personen gründet, mag diese Beziehung auch einen religiösen Ursprung haben.

Gänzlich ausgeschlossen ist eine analoge Erstreckung des Art. 3 auf Eheverbote, die überhaupt keinen religiösen Charakter tragen. Diese Feststellung ist wichtig, weil damit von der herrschenden Lehre abgewichen wird. Die romanische Doktrin pflegt mehreren anderen Kategorien von Ehehindernissen gleich den religiösen die exterritoriale Anerkennung zu versagen. Hierhin gehören die Eheverbote zwischen verschiedenen Kasten oder Rassen, wie das in amerikanischen Staaten bestehende Eheverbot zwischen Weißen und Farbigen oder Mischlingen 58). Die Konferenz hat wohl angenommen, daß derartige Fälle unter den Vertragsstaaten nicht praktisch seien. Es könnte aber doch einem oder dem anderen Vertragsstaate in Zukunft

⁵⁸⁾ Vgl. derartige Gesetze besonders bei Hurd, Law of freedom and bondage § 218, 226, 228, 545 und passim. — Zum Grundsatz a.: Fiore, dir. int. pr. No. 516 und in Clunet Bd. 14 S. 54; Catellani Bd. 3 No. 487 und 439; Despagnet No. 335; Tribunal de Pontoise, Clunet Bd. 12 S. 296; dagegea Thorndike in Story S. 224.

einmal belieben, zum Schutze wirklicher oder vermeintlicher nationaler Interessen ein ähnliches vom Rassengeist diktiertes Eheverbot einzuführen.

In die gleiche Linie stellt die internationale Theorie weiterhin gewöhnlich sogenannte politische Eheverbote: Eheverbote, durch welche die sociale Freiheit eine Beeinträchtigung erleidet **). So verweigert man z. B. die "extraterritoriale" Anerkennung Gesetzen, welche für die dienende Klasse der Bevölkerung einen besonderen Ehekonsens erfordern (vgl. das in Vorarlberg geltende Hofdekret vom 12. Mai 1820. Actes 1900 S. 13 und Jettel a. a. O. S. 37 ff.) 60); ebenso in der Regel (und zwar nicht nur in Republiken) Vorschriften, denen zufolge Mitglieder fürstlicher Familien der Eheerlaubnis von seiten des Familienoberhauptes oder des Souverans bedürfen: Vgl. Weiss, Bd. 3 S. 420 ff.; Rolin, Bd. 2 Nr. 571; Busdugan, Clunet, Bd. 27 S. 752 ff.; Dicey S. 640; the Sussex Peerage (1844) 11 Cl. u. F. S. 85 41); dagegen Fiore Nr. 577 (und in Clumet Bd. 14 S. 54), welcher hier aus "cortesia internasionale" eine Ausnahme zulassen will. Auch die besondere Eheerlaubnis, welcher Offiziere 48) oder Beamte nach den Gesetzen fast aller Vertragsstaaten bedürfen, wird gewöhnlich im Auslande nicht beracksichtigt (vgl. Rolin Bd. 2 Nr. 571; dagegen Busdugan a. a O.).

⁵⁹⁾ Vgl. zu den oben Citierten noch Fiore No. 577; Weiss, Tr. él. 8. 693 ff. und dr. int. pr. Bd. 3 8. 420 und 422; Busdugan a. a. O.; Wharton § 155; Dicey a. a. O.

⁶⁰ In Virginia ist nach Hurd a. a. O. Dienstboten die Eingehung der Ehe ohne Konsens der Herrschaft oder der Obrigkeit verboten.

⁶¹⁾ Nach der Royal Marriage Act kann kein Nachkomme George II. ohne Zustimmung des regierenden Souveräns eine Ehe schließen. Am weitesten ging das spanische Gesets vom 18. Juni 1870, das nicht nur bei allen Infanten, Granden und deren präsumtiven Erben (und swar bis in die entferntesten Grade), sondern sogar bei allen "nobles titres" in gleicher Weise die Autorisation des Königs zur Eheschließung verlangte. S. Stocquart, Revue Bd. 23 S. 45 und 46.

⁶²⁾ Nach dem neuesten spanischen Dekret von diesem Jahre ist u. a. Subalternoffizieren, die nicht ein höheres Einkommen nachweisen, erst nach dem 30. Lebensjahre die Ehe gestattet. Diese und andere Beschränkungen der Offiziersehen wurden vielfach als "unzulässiger Eingriff in die persönliche Freiheit" etc. beanstandet. Eine privatinternationale Beanstandung unter diesem Gesichtspunkt (wie sie der herrschenden Theorie entspräche) ist nach der Konvention ausgeschlossen.

Nach der Konvention können alle derartigen Prohibitivregela aus politischen oder socialen Gründen nicht mehr gerechtfertigt werden. Das Heimatgesetz der Verlobten hat in diesen Beziehungen uneingeschränkt zur Anwendung zu kommen.

Man wird deshalb auch z. B. die Bestimmungen des dänischen Rechtes, dass ein Mann, der im Lause der letzten 5 Jahre Armenunterstützung erhalten hat, ohne Autorisation der dänischen Unterstützungsgemeinde nicht heiraten kann, im Vertragsauslande zu respektieren haben. Man wird ebenso auch — entgegen der herrschenden Lehre ⁶³) — diejenigen Eheunfähigkeiten des Heimatsrechtes im Auslande anzuerkennen haben, welche sich an strafgerichtliche Verurteilungen knüpfen (vgl. z. B. § 61 des österr. B.G.B.), wie man sich auch sonst immer zur "extraterritorialen" Wirkung von Strafurteilen stellen mag ⁶⁴).

Dagegen könnte man u. E. auch auf dem Boden der Konvention eine Einschränkung des Heimatgesetzes rechtfertigen, wenn etwa in einem Vertragsstaate das Institut des bürgerlichen Todes bestünde. In diesem Falle würde es sich um eine allgemeine Rechtsunfähigkeit handeln, rücksichtlich deren die sonst geltenden privatinternationalen Grundsätze durch die Eherechtskonvention nicht modifiziert wären. Die Frage dürfte jedoch für die Vertragsstaaten nicht praktisch werden, da, soweit bekannt, das Institut des bürgerlichen Todes in keinem derselben mehr in Kraft ist (vgl. Gebhards Motive S. 36 ff.).

3. Die innerstaatlichen Kollisionsnormen.

Wie Art. 2 giebt auch Art. 3 nur den völkerrechtlichen Imperativ, bezw. eine Ausnahme und Schranke desselben.

⁶³⁾ Vgl. dam Bar Bd. 1 S. 469 ff.; Niemeyer, Kodifikation S. 146 ff., 156 ff.; Fiore No. 482 ff., 516 und Ztschr. Bd. 6 S. 218 ff.; Brocher Bd. 1 No. 56; Laurent Bd. 6 No. 176 ff.; Despagnet No. 244, 935, 349; Weiss, Tr. 6l. S. 618 ff., 694, 846 ff.; und dr. int. pr. Bd. 3 S. 375 ff. und 422; Olivi, Revue Bd. 15 S. 238 ff.; Story §§ 91, 92, 104; Wharton §§ 101, 108, 104a; Westlake § 16; Dicey, Rule 122 und Ztschr. Bd. 2 S. 144.

⁶⁴⁾ Art. 6 des Entwurfs Arnts-Westlake für das Institut bestimmte: "Aueun Etat ne sera obligé de reconnaître une incapacité ou un empêchement de mariage d'un caractère pénal ou religieux."

Der innerstaatliche Imperativ, die positive Kollisionsnorm, kann aus ihm nicht ohne weiteres jabgelesen werden. Hier ist erst noch die Gesetzgebung der einzelnen Staaten zu befragen und durch deren interne Auslegung zu bestimmen, ob und inwieweit der betreffende Vertragsstaat von der freigestellten Befugnis Gebrauch macht, bezw. Gebrauch gemacht hat. Dabei ist (ebenso wie in den Fällen des Art. 2) als zweifellos anzunehmen, dass ein ausdrücklicher Ausspruch der Gesetzgebung nicht erfordert wird. In der Regel wird nur aus dem allgemeinen Inhalt, Sinn und Geist der einzelnen Gesetzgebung erschlossen werden können, was in dieser Hinsicht als gewollt zu gelten hat.

Wenn die lex loci selbst Eheverbote enthält, die ausschließlich auf religiösen Gründen beruhen, so wird sie fremden Rechten gegenüber sicherlich von den Befugnissen des Art. 3 keinen Gebrauch machen, mag auch der Inhalt der betreffenden ausländischen Verbote sich nicht vollständig mit den inländischen decken. (Partielle Internationalität.) Man wird z. B. bei Eheschließungen in Österreich (wo nach inländischem Recht die Ehe zwischen Christen und Nichtchristen verboten ist) keinen Anstand nehmen, ein ausländisches Eheverbot zwischen Juden und Heiden (vgl. Schweden) anzuerkennen.

Wenn umgekehrt die lex loci religiöse Ehehindernisse der fraglichen Art absolut perhorresziert, so wird anzunehmen sein, daß sie von der permissiven Eingriffsbefugnis des Art. 3 unbedingt Gebrauch machen will. Dies wird, nach den Feststellungen der Kommission, vor allem in Belgien und in der Schweiz der Fall sein, entsprechend den ausdrücklichen Verfassungsbestimmungen jener Staaten. Es wird ferner in Frankreich und Italien (und Rumänien: vgl. jedoch Busdugan a. a. O.) zu gelten haben, entsprechend der herrschenden romanischen Doktrin und Praxis. Vgl. außer den mehrfach Citierten besonders Laurent Bd. 4 Nr. 131 ff. 333 und 336, ferner z. B. Seine vom 16. Juli 1886, Clunet Bd. 13 S. 707 und Livorno vom 5. Mai 1894. Clunet Bd. 25 S. 415.

Eine dritte Möglichkeit ist die, dass ein Vertragsstaat selbst rein religiöse Eheverbote nicht kennt, ohne jedoch sich gerade se exklusiv zu verhalten, dass er genötigt wäre, derartige Auslandgesetze mit einem besonderen Mass zu messen. Dieser im internationalen Interesse jedenfalls erstrebenswerten Auffassung scheint im Gegensatz zu den genannten romanischen Staaten nach den Erklärungen seines Delegierten Deutschland zuzuneigen ab).

Um Zweifel und Schwankungen zu verhüten, wäre es hier wie auch in anderen Fällen angezeigt, daß beim Inkrafttreten der Konvention durch separate Ausführungsgesetze Klarheit darüber geschaffen würde, wie sich das Recht der einzelnen Vertragsstaaten zu den Fakultativnormen der Konvention verhält.

4. Die Wirksamkeit der geschlossenen Ehe.

Die Folgen einer im Konflikte des Heimatsrechtes mit lokalen Prohibitivgesetzen abgeschlossenen Ehe sind, wie oben erörtert wurde, in Art. 2 auf verschiedene Art bestimmt: in den drei ersten Fällen unbe dingte Gültigkeit der Ehe; in den beiden letzten Fällen Gültigkeit der Ehe in allen Staaten mit Ausnahme desjenigen des Eheschliefsungsortes.

Die Mannigfaltigkeit des Kompromisswerkes ist damit noch nicht erschöpft. Art. 3 giebt uns eine dritte Lösung:

"Les autres Etats ont le droit de ne pas reconnaître comme valable le mariage célébré dans ces circonstances".

Diese Lösung entspricht dem Vorschlage, welchen Deutschland als allgemeinen (auch für alle Fälle des Art. 2) gemacht hatte. Vgl. Actes 1900 S. 43 (I a 2) und Documents S. 8.

Eine positive — innerstaatliche — Entscheidung ist hiermit überhaupt nicht gegeben. Es bleibt den einzelnen Vertragsstaaten freigestellt, wie sie sich zur Frage der Wirksamkeit solcher Ehen stellen wollen. Der internationale Rechtszustand, welcher demzufolge für diese Ehen gilt, ist wenig befriedigend und wenig klar. Klar sind nur zwei Dinge: einerseits, dass nach dem Rechte des Eheschließungsortes die Ehe unangreifbar

^{65) &}quot;Nous connaissons les Etats avec lesquels nous nous proposons de contracter, a dit le Délégué de l'Allemagne, nous sommes en bonne société. Nous pouvons nous obliger à faire respecter tous les empêchements admis par les lois de nos associés. Si l'Allemagne pouvait le faire, d'autres Etats n'avaient pas cette liberté..." Kom.Ber. Actes 1900 S. 178.

sein und bleiben muß; anderseits, daß vom Standpunkte des Heimatstaates das Gegenteil rechtens sein wird. Die in Belgien eingegangene Ehe eines österreichischen Priesters wird man in Österreich selbst niemals gelten lassen.

Über die Frage der Anerkennung oder Nichtanerkennung einer solchen Ehe in dritten Staaten werden sich dagegen allerlei Zweisel erheben; Zweisel, die sich auch an die sormelle Auslegung der Bestimmung "les autres Etats ont le droit" knüpsen können: Ist damit der Gesetzgebung jener Staaten die Entscheidung zugewiesen, genügt eine Deklaration der Regierung oder was sonst? Vgl. auch die Verhandlungen zu Art. 8 der Erbrechtskonvention Actes 1900 S. 125 und 126, auch S. 177.

Die wahrscheinliche Lösung der materiellen Rechtsfrage durfte dahin gehen, dass zunächst außer dem Heimatstaate auch diejenigen Länder die Ehe als ungültig betrachten werden. in welchen selbst analoge Eheverbote von rein religiösem Charakter bestehen (vgl. den österr. Antrag Actes 1900 S. 46). Man wird hiernach z. B. die in Belgien geschlossene Ehe des österreichischen Priesters auch in Spanien, Portugal und Rußland nicht anerkennen. In denienigen Ländern dagegen, in welchen man, wie in Frankreich, Italien, Schweiz, Holland, die Eheschließung selbst, gerade so wie in Belgien, entgegen dem Heimatsrechte zugelassen haben würde, wird man auch die geschlossene Ehe in Übereinstimmung mit dem belgischen Rechte als gultig behandeln. In anderen Staaten endlich, welche, wie Deutschland (vgl. oben), selbst von der Eingriffsbefugnis des Art. 3 im fraglichen Falle abgesehen haben würden, wird man wahrscheinlich wiederum in Übereinstimmung mit dem Heimatstaate sich für die Ungültigkeit der Ehe entscheiden.

Wenn die Kommission über die Missstände des Art. 3 Abs. 2 sich mit dem Troste hinwegsetzen konnte, es handle sich um "des inconvénients plutôt théoriques", so ist das hiernach ein etwas kühner Schöpferoptimismus.

Gleichwohl haben wir uns bei dem geschlossenen Kompromiss zu beruhigen, wenn wirklich — wie der Kommissionsbericht versichert — ein besseres Resultat nicht zu erreichen war. Einstweilen aber muß gestattet sein, diese Thatsache zu bezweifeln 46). Die von der Kommission angegebenen Gründe sind gar zu dürftig. Sie erklären uns nur die auch von uns oben festgestellte unabweisliche Folge der latenten Gesetzeskollision: dass eine derartige Ehe von der lex loci als gultig, von dem Heimatstaate als ungultig behandelt werden muss. Keinerlei Erklärung findet sich aber für die Freiheit, welche die Konvention den dritten unbeteiligten Staaten läßt. Art. 2 Abs. 3 hat man doch diesen dritten Staaten eine bestimmte und einheitliche Kollisionsnorm auferlegt. Man hat von ihnen, die ja selbst weder eine nationale, noch eine lokale Beziehung zur Ehe haben, verlangt, daß sie sich derjenigen Beurteilung auschließen, nach welcher die einmal geschlossene Ehe gültig ist. Wenn dies in jenem Falle erreicht werden konnte, dann ist kein vernünftiger Grund ersichtlich, welcher der Anerkennung der nämlichen Regel hier entgegengestanden hätte. Vom internationalen Standpunkt betrachtet, ist die möglichst allgemeine Anerkennung der Ehe hier (im Falle des Art. 3) noch dringender geboten als dort (im Falle des Art. 2 Abs. 3). Denn dort konnte thatsächlich die Vornahme der von der lex loci verbotenen Eheschliefsung nur durch eine fraus legis (Verheimlichung der Priesterqualität etc.) erreicht worden sein; hier aber ist die Eheschliessung ordnungsgemäs in voller Öffentlichkeit und entsprechend dem durch die Konferenz garantierten Ortsrechte vorgenommen worden.

5. Erweiterung der Prohibitivanknüpfung?

Es bleibt schließlich zu erwägen, ob im Falle des Art. 3 die unbedingte Einschränkung der Prohibitivanknüpfung auf den Eheschließungsort zu rechtfertigen ist.

Verstößt es in einem Lande gegen die verfassungsmäßigen Freiheiten, wenn man eine Eheschließung von Ausländern, entsprechend deren Heimatsrecht, wegen Religionsverschiedenheit etc. verhindern wollte: so muß es diesem inländischen ordre public noch mehr widerstreiten, wenn man eine (sei es auch anderswo) geschlossene Ehe aus einem solchen Grunde für

⁶⁶⁾ So auch Lainé in Clunet Bd. 28 S. 23, welcher kanstisch zu der etwas selbstgefälligen Versicherung des Kom.Ber. bemerkt: "Je ne puis, quant à moi, m'empêcher de croire, que cette "laborieuse transaction" aurait pu être meilleure."

nichtig erklären und deshalb die Trennung der im Inland bestehenden Ehe erzwingen sollte. Ein unabweisbares argumentum a majori spricht dafür, daß man einem Staate, welcher die Ehe-hindernde Kraft derartiger Verbote nicht anerkennen kann, auch nicht zumuten darf, deren Ehe-zerstörende Wirkung durchzusetzen. Man sollte diesem Staate daher auch das Recht belassen, die aus derartigen Gründen erhobene, nach dem Heimatsrechte der Ehegatten zulässige Ehenichtigkeitsklage vor seinen Gerichten abzuweisen, einerlei wo die Ehe geschlossen wurde 67).

Wollte man etwa geltend machen, daß aus dem gleichen Gedanken eine Erweiterung des Art. 2 Abs. 3 zu verlangen und den katholischen Staaten z. B. das Recht gewährt werden müsse, die irgendwo geschlossene Ehe eines fremden katholischen Priesters für nichtig zu erklären, so würde diese Analogie schon daran scheitern, daß es Zweck und Absicht der Konvention ist, nach Möglichkeit die internationale Anerkennung und Aufrechterhaltung geschlossener Ehen zu fördern, nicht aber deren Ungültikeitserklärung.

D. Nachweis der Ehevoraussetzungen (Art. 4).

Eine Art Appendix zu den materiellen Ehekollisionsnormen der Konvention bildet die wenig interessante Bestimmung des Art. 4. Wir haben es hier weder mit der völkerrechtlichen Festlegung von Kollisionsnormen, noch von Eherechts-Sachnormen zu thun. In Frage steht lediglich die Art und Weise, wie bei Eheschliefsungen von Fremden das zur Anwendung kommende Auslandsrecht in Gewissheit zu setzen ist — also eigentlich eine Materie, die wohl richtiger im Anschluß an die vorhereitete besondere Konvention über internationale Rechtsbescheinigungen (vgl. Actes 1900 S. 205 ff., S. 190 ff.) behandelt wurde; auch dann, wenn es etwa angezeigt erschiene, für den Fall der Eheschließung etwas Besonderes in dieser Hinsicht zu bestimmen. In Wahrheit ist das Besondere, das durch Art. 4 gegeben wird, recht wenig: Die Ausländer

⁶⁷⁾ Vgl. z. B. Laurent Bd. 4 No. 883; Fiore, dir. int. pr. No. 576, 578, and in Clunet Bd. 14 S. 54. Aber such Bar Bd. 1 S. 418 and Rolin Bd. 2 No. 575.

sollen bei der Eheschließung darthun, daß die nach ihrem Heimatsgesetze 68) erforderlichen Ehevoraussetzungen erfüllt sind. Sie sollen dies darthun entweder durch ein Zeugnis der diplomatischen Agenten ihres Heimatlandes 60) oder durch irgend ein anderes Beweismittel, falls es von den internationalen Verträgen 70) oder von den Behörden des Eheschließungsortes als genügend anerkannt wird.

Als überstaatlicher Imperativ bedeutet das ungefähr soviel wie das bekannte Messer ohne Heft, dem die Klinge fehlt. Man könnte höchstens etwa daraus entnehmen, daß der Staat des Eheschließungsortes dazu verpflichtet sein soll, eine derartige diplomatische Rechtsbescheinigung unter allen Umständen als ausreichend gelten zu lassen. Nach den ausdrücklichen Feststellungen der ersten Konferenzverhandlung will man das jedoch nicht sagen ⁷¹). Bliebe allenfalls die Auslegung, daß die anderen Staaten zur Erteilung solcher diplomatischen Rechtsbescheinigungen dem Staate des Eheschließungsortes gegenüber verpflichtet sein sollen: Nein, auch das soll nicht bestimmt werden ⁷²). Kurz, Art. 4 enthält keinerlei überstaatlichen Imperativ, keine Bindung irgend welcher Art, keinerlei

^{68) &}quot;D'après leurs lois nationales" hiefs es nach den Beschlüssen der beiden ersten Konferensen. Mit Rücksicht auf die Verweisungsklausel hat jedoch die dritte Konferens den Ausdruck: "d'après la loi indiquée par l'article ler" an die Stelle gesetst. Aus dem nämlichen Grunde hätte man übrigens auch den sweiten Abs. entsprechend umgestalten müssen: Der Heimatsstaat ("le pays des contractants") ist ja gar nicht in der Lage, eine Bescheinigung über das in einem dritten Staate, auf welches seine Kollisionsnorm etwa verweist, geltende Eherecht absügeben.

⁶⁹⁾ Vgl. Art. 103 des codice civile: "Lo straniero che voglia contrarre matrimonio nel regno, deve presentare all'uffisiale dello stato civile una dichiarazione dell' autorità competente del passe a cui appartiene, dalla quale consti, que giusta le leggi, da cui dipende, nulla osta al divisato matrimonio."

⁷⁰⁾ Gemeint sind besondere zwischen den Vertragestaaten etwa noch st treffende Abkommen. Vgl. Actes 1893 S. 52.

^{71) &}quot;Un échange de vues a lieu encore entre plusieurs des délégués: il en resulte que les certificats ne doivent pas être considérés comme nécessaires et que les autorités du lieu de la célébration du mariage ne sont pas obligés de les considérer comme auffissants." Actes 1893 42, vgl. auch 8. 52,

⁷²⁾ Actes 1900 S. 222, 228.

Die dritte Haager Staatenkonferens für internationales Privatrecht. 261

internationale Rechtsnorm. Er giebt weiter nichts als eine wohlwollen de Empfehlung⁷⁸) der Konferenz an den Staat des Eheschließungsortes, er möge in der Regel diplomatische Rechtsbescheinigungen bei Eheschließungen von Ausländern verlangen und sich damit begnügen. Es ist wenig zweckmäßig, derartige Ratschläge, mögen sie noch so gut gemeint sein, in den Text einer internationalen Konvention aufzunehmen ⁷⁴).

(Fortsetzung im nächsten Heft.)

⁷³⁾ Vgl. ansdrücklich den Kom.Ber. 1898 S. 48: "L'autorité locale ne fera cela que quand elle le voudra bien; nous disons seulement que sou intérêt bien entendu lui conseille de le vouloir."

⁷⁴⁾ Vgl. die Erklärungen Meils's und von Seckendorff's Actes 1893 S. 42.

Ausländer und der Schutz gegen unlautern Wettbewerb.

Von Rechtsanwalt Dr. Fuld in Mains.

Weder in der Theorie noch in der Praxis des Reichsgesetzes über den unlautern Wettbewerb vom 27. Mai 1896 besteht ein Zweifel darüber, dass vor dem Inkrafttreten des Pariser Unionsvertrages über den Schutz des gewerblichen Eigentums vom 20. März 1883 und der Brüsseler Zusatzakte vom 14. Dezember 1900 den Ausländern, welche innerhalb des Reichsgebiets eine Hauptniederlassung nicht besitzen, der Schutz nach Massgabe des genannten Gesetzes nicht zusteht. Die Versuche, welche in der Litteratur gemacht wurden, § 16 des Gesetzes dahin auszulegen, dass der Schutz den eine Hauptniederlassung nicht besitzenden Personen auch ohne die darin vorgesehene Bekanntmachung zustehe, sei es auf Grund eines Übereinkommens betreffend den gegenseitigen Warenschutz, sei es auf Grund eines Handelsvertrags, haben mit Recht den Beifall der Rechtsprechung nicht gefunden, und auch das Reichsgericht hat sich im Sinne der strengen Interpretation ausgesprochen1).

Durch den Beitritt des Reichs zu der Union zu dem Schutze gewerblichen Eigentums und den soeben genannten beiden Verträgen wird nun dieser bisher bestehende Rechtszustand in bedeutsamer Weise geändert. In Gemäßheit der Bestimmung der Brüsseler Zusatzakte — der Pariser Vertrag enthielt eine derartige Vorschrift noch nicht — steht den Angehörigen der Vertragsstaaten in jedem derselben der Schutz gegen un-

¹⁾ R.G. vom 13. November 1900, Juristische Wochenschrift 1900 S. 841. Birkenbihl, Unlauterer Wetthewerb, Hannover 1902, S. 168, 169. Fuld, Gewerbl. Rechtschutz I S. 239, IV S. 160—162. Meili, Unlauterer Wetthewerb, Jahrg. I S. 239.

lautern Wettbewerb nach Massgabe der daselbet geltenden Gesetzgebung zu. Es sind also insoweit die Angehörigen der Vertragsstaaten, gleichviel ob sie in ihrem Heimatsstaate oder in einem anderen Staate ihren Wohnsitz, bezw. ihre gewerbliche Niederlassung haben, den Angehörigen des Staates gleichgestellt. für dessen Gebiet der Schutz beansprucht wird. Nach dem Reichsgesetze vom 27. Mai 1896 ist aber der Schutz, welchen dieses gewährt, nicht sowohl an das Indigenat, sondern an die Thatsache geknüpft, dass der den Schutz Begehrende innerhalb des Reichsgebietes seine Hauptniederlassung besitzt. vgl. § 16 des Gesetzes - der Schutz ist also nicht von einer persönlichen Eigenschaft, sondern vielmehr von einem sachlichen Moment abhängig. Die Gleichstellung der Angehörigen der Vertragsstaaten mit den Angehörigen des eigenen Staates bedeutet - für das dentsche Reichsgebiet - eine Gleichstellung mit denienigen Personen, welche im Inlande eine Hauptniederlassung nach § 16 besitzen: dieselben können sich also auf das Gesetz nach dem Inkrafttreten der oben genannten Verträge ohne weiteres berufen und es bedarf nicht mehr der Untersuchung der Frage. ob und wo sie eine Hauptniederlassung besitzen oder nicht. Die Gleichstellung mit denjenigen Personen, welchen der Schutz zusteht, ist eine vollständige; die Angehörigen der Unionsstaaten können alle Schutzbestimmungen des Gesetzes zu ihren Gunsten anrufen, auch solche, welche ihnen einen Schutz gewähren, der ihnen nach der Gesetzgebung ihrer Heimatsstaaten - Lex originis oder Lex patriae - nicht zusteht; denn für den Umfang und Inhalt des Schutzes ist auch gegenüber dem unlautern Wettbewerb nur das Recht des Staates massgebend, in dessen Gebiet der Schutz bethätigt werden soll, das Personalstatut kommt dabei mit nichten in Betracht. Aus der ausschließlichen Massgeblichkeit des inländischen Rechts, also des Specialgesetzes vom 27. Mai 1896 und der dasselbe erganzenden Vorschriften der \$\$ 823, 826 des B. G. B. ergiebt sich, dass der Angehörige eines Unionsstaates auf den Schutz dieser Vorschriften nur nach Massgabe der darin aufgestellten Voraussetzungen Anspruch hat und dass ihm der Schutz zu versagen ist, wenn letztere nicht Denn selbstverständlich kann durch einen erfüllt werden. internationalen Vertrag, welcher die grundsätzliche Gleichstellung der Ausländer mit den eigenen Staatsangehörigen für das eine

oder andere Gebiet des Rechtslebens zum Inhalte hat, die in ländische Gesetzgebung nicht beseitigt werden; der Ausländer soll allerdings dem Inländer durch ein derartiges Abkommen gleichgestellt, aber er soll nicht besser gestellt werden wie er. Demgemäß ist die Aktivlegitimation des Angehörigen eines Unionsstaates nach § 1 des Gesetzes zu beurteilen, d. h. es steht das Vorgehen nur demjenigen Gewerbetreibenden zu, der Waren gleicher oder verwandter Art herstellt oder in den geschäftlichen Verkehr bringt. Ob dieser geschäftliche Verkehr der inländische oder ausländische ist, erscheint für die Anwendung des Gesetzes um so gleichgültiger, als durch den Pariser Unionsvertrag, wie auch durch den Brüsseler Zusatzvertrag eine Gemeinschaft der Signatarstaaten hergestellt wird. welche man nicht nur als eine Rechtsgemeinschaft, sondern auch als Wirtschaftsgemeinschaft bezeichnen kann. Es ist nun die Frage, ob der inländische Richter die Qualifikation des Angegehörigen eines Unionsstaates als Gewerbetreibenden nach Maßgabe des inländischen Rechts oder mit Rücksicht auf das Personalstatut desselben zu entscheiden hat? Sehr große praktische Bedeutung hat dieselbe allerdings nicht, weil der Begriff "Gewerbetreibende" im § 1 des Gesetzes von 1896 in weitester Ausdehnung aufgefast wird, sodann aber auch um deswillen, weil insoweit zwischen den Gesetzgebungen der Unionsstaaten ein nennenswerter Unterschied schwerlich bestehen dürfte. Es ist nicht zu verkennen, dass die Frage einer zweifachen Beantwortung fähig ist. Der Verfasser ist der Meinung, dass nicht das inländische Recht, sondern das Personalstatut in diesem Falle die Rechtsnorm enthält. Der Gesetzgeber will die Berufung auf die Schutzbestimmungen des Sondergesetzes nicht Jedem einräumen, sondern nur dem Gewerbetreibenden, allerdings dem Gewerbetreibenden im weitesten Sinne; ein Ausländer, im Auslande ansassig, der nach dem Rechte seines Personalstatuts nicht als Gewerbetreibender gilt, kann aber auch für des Geltungsgebiet des Specialgesetzes von 1896 nicht als Gewerbetreibender angesehen werden.

Schwieriger ist die Frage, welchen nichtphysischen Personen das Recht zusteht, von den Bestimmungen des Gesetzes Gebrauch zu machen? Nach § 1 sind nicht alle Verbände hierzu befugt, sondern nur Verbände zur Förderung gewerblicher Interessen.

soweit die Verbände als solche in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten klagen können. Nichtrechtsfähige Vereine, welche dem deutschen Recht unterstehen, können zwar wie rechtsfähige Vereine verklagt werden, aber es fehlt ihnen nach der herrschenden Meinung die Befugnis, selbst als solche eine Klage zu er-Ob ausländische Vereine bezw. Verbände die Befugnis haben, als solche in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten Klage zu erheben, beurteilt sich nach ihrem Personalstatut, d. h. dem Rechte des Staates, in welchem sie ihren Sitz haben 3); hierüber sind Theorie und Praxis einig und es hat daher der inländische Richter, falls ein ausländischer Verband, der in einem Unionsstaate seinen Sitz hat, eine auf das Wettbewerbsgesetz gestützte Klage erhebt oder einen Antrag auf Erlaß einer vorläufigen Verfügung stellt, zunächst zu prüfen, ob er nach dem Gesetze seines Heimatsstaates auch die aktive Parteifähigkeit besitzt. Allein das bejahende Ergebnis dieser Prüfung genügt noch nicht, um dem ausländischen Verband ein Vorgehen ohne weiteres zu gestatten, vielmehr muß noch geprüft werden, ob nicht auch Artikel 10 des E. G. zum B. G. B. hierbei in Betracht zu ziehen ist? Nach dieser Vorschrift gilt ein Verein. der einem fremden Staate angehört und nach dessen Gesetzen rechtsfähig ist, wenn er die Rechtsfähigkeit in Deutschland nur nach Massgabe der Vorschriften in § 21 und 22 des B. G. B. erlangen konnte, als rechtsfähig, sofern seine Rechtsfähigkeit durch Beschluss des Bundesrates anerkannt ist; auf nichtanerkannte ausländische Vereine der bezeichneten Art finden die Vorschriften über die Gesellschaft, sowie § 54 Satz 2 des B. G. B. Anwendung. Es handelt sich hierbei um ausländische Vereine mit sogenanntem idealem Charakter, um diesen allerdings vielfach zu Unrecht angewendeten Ausdruck zu gebrauchen. Der ausländische Verein mit idealem Charakter muss, um im Inland als rechtsfähig anerkannt werden zu können, wie Niemeyer 2) bemerkt, zwei Voraussetzungen entsprechen, nämlich einmal muß der Verein nach den Gesetzen des Staates, dem er angehört, rechtsfähig sein; sodann aber muß seine Rechtsfähigkeit durch Beschluß des

²⁾ Entsch. d. R.G. Bd. 6 S. 134 u. ff., Planck, Kommentar zu dem B.G.B., Bd. VI. Einf.Ges. S. 38 Anm. 1.

³⁾ Niemeyer, Das Internationale Privatrecht im Entwurfe eines B.G.B. S. 36.

Bundesrats anerkannt sein. Die Rechtsfähigkeit wird also zwar grundsätzlich dem Recht des Staates unterstellt, dem ausländische Vereine angehören, es muß aber die Anerkennung dieser Rechtsfähigkeit durch den Bundesrat hinzukommen. Beide Voraussetzungen stehen zu einander in kumulativem Verhāltnis; die eine ist ohne die andere ohne Wirkung. Würde diese Vorschrift des E. G. auch bei der Anwendung der mehrgenannten internationalen Verträge als maßgeblich zu erachten sein, so könnten ausländische Verbände zur Förderung gewerblicher Interessen nur höchst selten in die Lage kommen, die Rechte des Gesetzes von 1896 ausüben zu können, weil naturgemäß der in Artikel 10 vorgesehene Beschluß des Bundesrats nicht leicht zu erlangen sein wird. Es bedarf aber gar nicht dieses Beschlusses des Bundesrats, um Vereinen zur Förderung gewerblicher Interessen, die nach ihrem Personalstatut befugt sind, klagend aufzutreten, die Möglichkeit zu geben, dies auch in Deutschland nach Massgabe des genannten Gesetzes zu thun. Artikel 10 des E. G. kommt hierbei überhaupt nicht in Anwendung. Die Parteifähigkeit beurteilt sich in Gemäßheit des § 50 C. P. O. nach der Rechtsfähigkeit; Vereine, welche nach dem maßgeblichen ausländischen Recht als parteifähig anzusehen sind, müssen als solche auch bei der Anwendung des Wettbewerbsgesetzes betrachtet werden; denn die Gleichstellung, die in dem Pariser und Brüsseler Vertrag mit den inländischen Vereinen gleichen Charakters enthalten ist, würde verletzt, wenn das Klagerecht der ausländischen Verbände von einem Erfordernis abhängig gemacht würde, das gegenüber den inländischen Verbänden nicht aufgestellt worden ist. Bei den inländischen Verbänden verlangt aber das Gesetz nur, daß sie zur Förderung gewerblicher Interessen dienen, und weiter, dass sie als solche in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten klagend auftreten können. Die Fähigkeit, klagend auftreten zu können, beurteilt sich bei ausländischen Verbänden nach dem Inhalte ihres Personalstatuts. Daher kann ihnen das Klagerecht auf Grund des Wettbewerbsgesetzes nicht versagt werden, falls feststeht, das ihnen dasselbe nach ihrem Heimatsrecht zusteht. Zu diesem Resultat gelangt man lediglich durch Berücksichtigung des Inhalts der beiden Verträge und des Wesens der dadurch eingeräumten Gleichstellung mit den Inländern, und es bedarf daher nicht der

Hervorhebung der Thatsache, dass Artikel 10 nicht den Charakter einer allgemeinen Rechtsvorschrift, sondern vielmehr den einer singularen Bestimmung hat.

Es könnte nun in Frage kommen, ob die Bestimmungen des Pariser Vertrags und der Brüsseler Zusatzakte sich überhaupt auf andere als physische Personen beziehen? Die Verträge sprechen von Bürgern und Unterthanen der vertragschließenden Staaten - swiets et citouens -, während in anderen Staatsverträgen, welche sich auf die Einräumung gewisser Rechte für die Angehörigen der vertragschließenden Staaten beziehen, diese Ausdrücke vermieden werden und an ihrer Stelle der Ausdruck Angehöriger - ressortissant - gebraucht wird. Es ist ohne weiteres klar, dass unter dem letzteren Begriff ebensowohl die physische als auch die nichtphysische Person, also die Körperschaft verstanden werden muss, und hierüber besteht auch in der praktischen Rechtsübung, soweit zu ersehen, heute ein eigentlicher Streit nicht mehr. Allgemein wird beispielsweise zugegeben, dass das in Staatsverträgen für die beiderseitigen Angehörigen enthaltene Zugeständnis der Befreiung von der Verpflichtung zur Leistung der dem staatsfremden Kläger etwa obliegenden Sicherheit, den Aktiengesellschaften und sonstigen Handelsgesellschaften mit Rechtspersönlichkeit, sowie allen sonstigen juristischen Personen nicht minder zusteht wie den Einzelpersonen. Wenn nun auch die Ausdrücke "Unterthan" (swiet), _Bürger* (citoven) zunächst nur von Individuen gebraucht werden, so unterliegt es doch nicht dem geringsten Zweifel, dass in den beiden in Rede stehenden internationalen Verträgen juristische Personen darunter ebensowohl verstanden werden, wie Individuen. Welchen Wert hatte denn die ganze Union, wenn den Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, den Genossenschaften, Gewerkschaften u. s. w. die Schutzrechte in Ansehung ihrer Firma, ihrer Patente, ihrer Warenzeichen und Gebrauchsmuster nicht gewährt wären? Steht aber fest, dass in den Verträgen ein Unterschied zwischen physischen und juristischen Personen nicht gemacht wird, so muß auch der mit Rechtspersönlichkeit ausgestattete Personenverein, der einen Erwerbszweck nicht verfolgt, zu den Unterthanen und Bürgern gerechnet werden. Man kommt daher in Ansehung der ausländischen Verbände zur Förderung gewerb-

Das internationale Privatrecht im Entwurf des schweizerischen Civilgesetzbuchs 1).

Von Professor Dr. Caesar Barazetti, Freiburg (Schweis).

In den von dem Redaktor des schweizerischen Gesetzbuchsentwurfs, Herrn Universitätsprofessor Dr. Eugen Huber, auf Grund des ihm vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement im Dezember 1901 erteilten Auftrags im Juli 1901 veröffentlichten Erläuterungen (zum Vorentwurf des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements), und zwar im ersten Heft, das in drei Teile: Einleitung, Personen- und Familienrecht zerfällt, verbreitet sich derselbe in der Einleitung - S. 32 u. ff. - über die Behandlung des internationalen Rechts im Civilgesetzbuchsentwurf. Er legt dar, dass hierbei zwei Wege möglich sind: entweder Verweisung der gesamten internationalen Materie in ein Nebengesetz oder doch in ein besonderes Kapitel, oder Verbindung derselben im Gesetzbuch mit den einzelnen Kapiteln, wobei er hervorhebt, dass er sich schliefslich dazu entschlossen habe, den letzteren Weg einzuschlagen, und daher in den einzelnen Instituten des Personen-, Familien- und Erbrechts jeweils an passender Stelle gleich noch

¹⁾ Als vorliegende Arbeit fast schon fertiggestellt war, erschien in der Zeitschrift f. internat. Privat- u. Strafrecht eine Abhandlung von Professor Dr. W. Marcusen in Bern "Das internationale Privatrecht des schweizerischen Entwurfs eines Civilgesetsbuchs" — Bd. XI (1901), 1. u. 2 Heft, S. 37 ff. — Dies veranlaßte den Verfasser vorliegender Arbeit, solche unter Benütsung der Abhandlung von Marcusen einer Umarbeitung zu unterziehen — und in dieser Umarbeitung, die sich als eine Neubearbeitung der Materie darstellt, veröffentlicht er sie nunmehr in der genannten Zeitschrift, sich vielfach den Ausführungen Marcusens anschließend.

die Vorschriften für die internationale Rechtsanwendung beigefügt habe — daß er aber, von der weiteren Erwägung ausgehend, daß damit unmöglich die Frage der internationalen Rechtsanwendung überhaupt grundsätzlich und allgemein geregelt werden konnte, dazu gelangt sei, auch noch einige allgemeine Vorschriften aufzustellen, die überall da zur Anwendung zu kommen hätten, wo bei einzelnen Instituten nichts besonderes bestimmt wurde. Und der Redaktor gelangte schließlich dazu, diese allgemeinen Vorschriften, da sie nicht einfach den einzelnen Abschnitten des materiellen Rechts angefügt werden können, in den Schlußstitel des Entwurfs zu verweisen. Vgl. S. 250—259 des nunmehr vorliegenden Vorentwurfs in neuer Redaktion (1. Abschnitt des Schlußstitels "Anwendung fremden und einheimischen Rechts").

Warum der Redaktor die allgemeinen Vorschriften des internationalen Rechts in den Schlusstitel verwiesen hat, und nicht, wie er es zuerst versucht hatte, in die Einleitung des Gesetzbuchs, erklärt er S. 33 der Erläuterungen damit, daß sich durch die Verweisung dieser Materien in die Einleitung eine gewisse Disharmonie in dem Inhalt der Einleitung ergeben haben würde, da diese das Gesetz im allgemeinen umfaßt, während mit den Vorschriften des internationalen Rechts, auch wo sie allgemeinen Charakters sind, doch nur für die einzelnen Teile des Gesetzes (Familien-, Erbrecht, Sachenrecht) gewisse Anleitungen aufgestellt werden wollen.

Der Redaktor hat nun die international-privatrechtlichen Bestimmungen im Entwurf so geordnet — dies das Facit unserer bisherigen Darlegung —: In erster Reihe ist in Art. 5 der Einleitung ein Haupt- und Fundamentalgrundsatz aufgestellt, der mit Hinsicht auf das Verhältnis zu den frem den Rechten die Anwendung fremden Rechtes grundsätzlich vorbehält, nämlich, dass in erster Reihe die Regelung des internationalen Privatrechts (die Rechtsverhältnisse der Schweizer im Ausland und der Ausländer in der Schweiz) etwaigen Staatsverträgen und internationalen Vereinbarungen vorbehalten wird, wodurch also der Inhalt solcher Verträge zu einem Bestandteil des inländischen Rechts erklärt ist, und dass nur dann, wenn solche vertragsmäßige Ordnung nicht besteht, die Bestimmungen des

18*

schweizerischen Gesetzbuchs, d. h. die Kollisionsnormen, die allgemeinen und die besonderen desselben, zur Anwendung kommen, wobei dann besondere
Regeln noch über die Anwendung fremden Rechts für den
schweizerischen Richter gegeben werden, für den Fall, daß ein
von ihm zu beurteilendes Verhältnis unter ausländischem
Recht steht. Art. 5 Abs 1, 2 u. 3 der Einleitung²).

Die Anwendung des fremden Rechts erleidet aber, wie Marcusen richtig betont, swei Einschränkungen, einmal insoweit das Princip der Rückverweisung anerkannt ist, und dann, soweit der Anwendung des fremdes Rechts die öffentliche Ordnung und die gute Sitte entgegenstehes (sog. Vorbehaltsklausel).

Es ist nun durchaus autreffend, wenn Marcusen hervorhebt, daß die Rückverweisung im Entwurf nirgends ausdrücklich erwähnt wird. Daß aber aus diesem Schweigen nicht auf Ablehnung derselben geschlossen werden darf, wie Marcusen behauptet, scheint mir ein nicht zwingender Schluß. M. E. kann man aus diesem Schweigen sowohl die Ablehnung der Rückverweisung folgern als auch deren Annahme — sumal ja in der Wissenschaft die Frage sehr streitig ist, und die Akten über die Annahme oder Verwerfung des Rückverweisungsprincipe noch lange nicht geschlossen sind.

²⁾ Ganz sutreffend bemerkt Marcusen a. a. O. S. 40, dafe der Art. 5 Abs. 1 keine vollkommene, sondern eine unvollständig sweiseitige oder generelle Kollisionsnorm enthält -, daß er darüber schweigt, nach welchen Rechtsgrundsätzen die Verhältnisse von Ausländern im Auslande zu beurteilen sind, falls der Schweizer Richter hierüber zu befinden hätte und gelangt zu dem richtigen Schlusse, dass hier Art. 1 des Entw. in die Lücke tritt, wonach der Richter beim Schweigen des Gesetzes, und wena kein Gewohnheitsrecht nachweisbar ist, nach Überlieferung oder bewährter Lehre zu urteilen hat und, falls auch diese Verweisung verragt, den Fall so eutscheiden muß, wie wenn er ihm als Gesetsgeber gegenüberstände. Er muß eben hier auf die Wissenschaft des internationalen Privatrechts surückgehen und kann sich nicht mit einem non liquet der Entscheidung entziehen. -- Anlangend die Regeln, die in Art. 5 Abs. 2 u. 3 der Einleitung in betreff der Anwendung fremden Rechts dem schweizerischen Richter gegeben sind, so ist er befugt, su begehren, dass ihm die Partei, die sich daranf beruft, solches nachweise — er kann ihr diesen Nachweis sumuten --, er wird jedoch nicht davon befreit, ist vielmehr von Amtswegen verpflichtet, in den gegebenen Fällen das fremde Recht auch dann anzuwenden, were ihm die Partei awar solches nicht nachweist, dasselbe ihm aber sonst bekanst ist. Andernfalle hat er das schweiserische Civilrecht ansuwenden. Diese Anwendung des eigenen Rechts ist, wie Marcusen a. a. O. S. 43 sutreffend bemerkt, ein Notbehelf — und es ist zu begrüßen, dass diese Ermächtigung des Richters nicht (so gut Marcusen), auf eine zu präsumierende Übereinstimmung des fremden Rechts mit dem eigenen Recht surückgeführt wird.

Die allgemeinen Kollisionsnormen, die, wie bemerkt, in den Schlußtitel verwiesen sind, werden daselbst unter Ziff I-V (S. 250 u. 251 des Entw.), wie folgt, festgestellt:

Vgl. auch hierüber die Abhandlung von Bussati in dieser Zeitschrift Bd. Xi (1901) 1. u. 2. Heft, S. 4 ff., betitelt: "Die Frage der Rückverweisung vor dem »Institut de droit international«". (Hiernach hat das Institut in seiner letzten Sitzung zu Neuchätel 1900 mit großer Mehrheit unter eingehender Begründung folgende Regel angenommen: "Quand la loi d'un état règle un conflit de lois en matière de droit privé, il est dézirable, qu'elle dézigne la disposition même, qui doit être appliquée à chaque espèce et non la disposition étrangère sur le conflit, dont il s'agit.")

Daß sich die Zulässigkeit der Rückverweisung aus den zwei von Marousen hervorgehobenen Bestimmungen geradesu ergiebt - aus Ziff, II Abe, 2 des Schlusstitels S. 250 und aus Art. 211 Abe. 3 d. Entw. vermeg ich nicht zu finden. Sie ergiebt sich aus diesen Bestimmungen dem. der dem Princip der Rückverweisung huldigt - und auch ich gehöre dann -, während sie demjenigen, der dies Princip verwirft, nicht aus diesen Bestimmungen folgt. Morcusen führt aus: "Da nach II Abs. 2 für die Ausländer in der Schweis mit Ausnahme der seit ihrer Geburt oder seit 10 Jahren in der Schweis Domizilierten auf dem Gebiete des Personen-, Families- und Erbrechts ihr Heimatsrecht gilt und das letztere auf das Domizil verweisen kann, so ist die Möglichkeit einer solehen Rückverweisung gegeben. - Und da die Unterstellung der Ausländer unter Schweizerrecht principiell nicht abgelehnt wird, so liegt kein Grund vor, eine solche Rückverweisung nicht anzunehmen." (Diese Folgerung scheint mir doch gar wenig sutreffend.) Und weiter führt Marcusen fort: "Nach Art. 211 Ahs. 8 wird die Fortdaner des in der Schweis begründeten ehelichen Güterstandes, wenn die Ebegatten ihren Wohnsitz ins Ausland verlegt haben, von dem Rechte des Wohnsitzes abhängig gemacht. Das Wohnsitzrecht aber kann seinerseits die Staatsangehörigkeit als Anknüpfungsmoment verwenden und somit auf das Schweinerrecht surückverweisen. Eine solche Rückverweisung auf Grund von Art, 15 E.G. z. deutschen B.G.B. würde z. B. vorliegen, wenn schweiserische Ehegatten ihren Wohnsitz nach Deutschland verlegen würden." (Dies passt nicht, da wir es hier nicht mit einer eigentliehen Rückverweisung, sondern mit einer gans bestimmten, ausdrücklichen Kollisionsnorm su thun haben — see sollen die Gesetze des Staats maßgebend sein, dem der Mann zur Zeit der Eingehung der Ehe angehörte".) Nimmt man das Princip der Bückverweisung an, so kann es auch im Fall der Ziff. I Abs. 2 - 8. 250 des Entw. - eintreten.

Und bei Annahme des Princips der Rückverweisung dürfte man anch zur Annahme des Princips der Weiterverweisung gelangen. Aus dem Dargelegten ergiebt sich, daße es nur wünschenswert ist, daß der schweiserische Gesetsgeber, um allen Zweifeln entgegensutreten, durch eine klare Bestimmung, die den all"I. Die Bestimmungen des Personen-, Familienund Erbrechtes gelten für die Schweizer, auch wenn sie ihren Wohnsitz im Auslande haben.

Stellt sie jedoch das Land ihres Wohnsitzes unter sein eigenes Recht, so werden sie auch in der Schweiz nach diesem beurteilt.

Mit Bezug auf ihre in der Schweiz liegenden Grundstücke verbleiben sie immerhin, auch wenn sie dem ausländischen Rechte unterstellt sind, unter dem schweizerischen Rechte."

"II. Die Bestimmungen des Personen-, Familienund Erbrechtes gelten für die Ausländer, sobald sie entweder seit ihrer Geburt oder seit zehn Jahren ohne Unterbruch ihren Wohnsitz in der Schweiz gehabt haben.

Andere Ausländer werden nach dem Rechte beurteilt, dem sie nach ihrem heimatlichen Rechte unterstellt sind."

"III. Die Bestimmungen über das Eigentum und die beschränkten dinglichen Rechte gelten für alle in der Schweiz liegenden Sachen.

gemeinen Kollisionsnormen anzugliedern wäre, ausspricht, wie es sich mit der Rückverweisung, bezw. Weiterverweisung verhält. Er mufs zu dieser Frage bestimmte Stellung nehmen im Interesse der Klarbeit des Gesetzes.

Anlangend die Einschränkung der Anwendung des fremden Rechts infolge der sog. Vorbehaltsklausel — Ziff. V Abs. 1 — d. h. wenn der Anwendung jenes die öffentliche Ordnung und die gute Sitte estgegenstehen, so werde ich hierauf später im Texte zu sprechen kommen.

Treffend heht Marcusen, a. a. O. S. 44 auch noch hervor, das in Art. 408 d. Entw. der Gesichtspunkt der Reciprocität sur Verwendung kommt. Hiernach kann die an sich im Inlande zu verhängende Vormundschaft dem Ausland abgetreten werden, sofern dieses Gegenrecht bält. Marcusen hat sicherlich Rocht, wenn er bemerkt, das in diesem unschädlichen Umfange gegen die Zulassung der Reciprocitätzidee nichts einzuwenden ist, wenn sie auch sonst nicht zu billigen sei. Vgl. auch Bar, Lehrbuch des internationalen Privat- und Strafrechts § 11 S. 50. Auch hat der Entwuf von der Aufstellung einer Retorsionsvorschrift (Vorschrift über Vergeltung srecht — wie z. B. im E.G. z. deutschen B.G.B. Art. 31) Umgang genommen. Vielleicht würde sich doch die Aufnahme einer solchen expfehlen.

Fahrnis gilt als in der Schweiz liegend, wenn ihr Besitzer mit Hinsicht auf den in Frage stehenden Erwerbsgrund dem schweizerischen Rechte unterstellt ist."

"IV. Die Bestimmungen des Obligationenrechtes finden, wenn keine andere Willensmeinung der Beteiligten anzunehmen ist, auf alle Verhältnisse Anwendung, die in der Schweiz zur Erfüllung gelangen sollen."

N. Die Bestimmungen des schweizerischen Civilrechtes, die um der öffentlichen Ordnung oder der guten Sitte willen aufgestellt sind, haben vor dem schweizerischen Richter ausnahmslos und ausschliefslich Geltung.

Formen, die vom schweizerischen Civilrecht um der öffentlichen Ordnung willen verlangt werden, können auch dann, wenn das in Fragestehende Verhältnis inhaltlich nicht unter schweizerischem Rechte steht, durch Formen des ausländischen Rechtes nicht ersetzt werden.

Im übrigen wird die im Ausland dem dortigen Rechte entsprechend errichtete Form der Form des schweizerischen Rechtes gleichgestellt."

Die besonderen, die speciellen Kollisionsnormen endlich finden sich in den verschiedenen Teilen des Entwurfs aufgeführt — im Zusammenhang mit den Sachnormen, den materiellen Gesetzesnormen, und zwar so im Gebiet des Personen-, Familien-, und Erbrechts (in jenem des Familienrechts am eingehendsten, wie dies aus dieser Rechtsmaterie sich von selbst ergiebt, da sie am meisten einer allgemeinen Regelung der internationalprivatrechtlichen Fragen widerstrebt), während deren keine auf dem Gebiete des Sachen- und Obligationenrechts vorkommen, in welch letzteren Gebieten jeweils nur eine allge meine (grundsätzliche) internationalrechtliche Vorschrift (Ziff. III u. IV des 1. Abschu. des Schlustitels) gegeben ist*).

³⁾ Richtig bemerkt Marcusen a. a. O. S. 88 oben: "Wie sieh der Entwarf mit den wenigen international-privatrechtlichen Bestimmungen, die das B.G. über das O.R. vom 14. Juni 1881 enthält, abfinden wird, kann gegen-

Als derartige specialle Kollisionsnormen erscheinen unter allen Umständen: 1. im Personenrecht: die Art. 13, 70 Abs. 2, 72 Abs. 2; 2. im Familienrecht: die Art. 116, 125, 126, 136 Abs. 2, 157, 166, 167, 211, 215 Abs. 3, 288 Abs. 2, 295, 342, 352, 406, 407, 408, 424; 3. im Erbrecht: die Art. 542, 555.

In der dargelegten Weise ist also die Einerdnung der international-privatrechtlichen Normen in den Entwurf erfolgt. Es bemerkt aber der Redaktor auf S. 34 der Erläuterungen noch

wärtig mit Bestimmtheit noch nicht festgestellt werden. Vorläufig ist nur in Aussicht genommen, daß das O.R. dem Gesetzbuch als leizter (fünfter) Teil eingestigt werden soll. Über die etwaigen Veränderungen, welche die gegenwärtige Fassung des Gesetzes (B.G. über d. O.R.) erfahren wird, ist sur Zeit noch nichts bekannt."

4) Marcusen lässt es auch noch dahingestellt — a. a. O. S. 39, 42 u. 46 —, ob die Art. 20, 21, 22 u. 24 (es sind Rechtseätze, die der Entwurst über den Wohnsitz giebt) und die Art. 33—36 (Bestimmungen des Entwurst über die Verschollenheit) als specielle Kollisionsnormen oder als materielle Rechtsnormen, positive Sachnormen, außusseen sind — er sagt, es könne als sweiselhaft erscheinen, ob diese Bestimmungen als specielle Kollisionsnormen außusseen sind.

Ich teile nun, und swar aus hier nicht weiter zu entwickelnden Gründen, diesen Zweifel nicht — ich halte sie für reine Sachnormen, was übrigens Marcusen wohl auch annimmt.

Darin hat er gans recht, daß sich praktische Schwierigkeiten aus dieser Zweifelsfrage (für mich ist es keine solche) nicht ergeben: denn in den meisten Artikeln, in welchen auf den Wohnsitz verwiesen wird, wird auf einen Schweizer Wohnsitz verwiesen, dessen Beurteilung natürlich nach Schweizerrecht zu erfolgen hat, und die Vorschriften des Entwurfs in Art. 33-36 gehören ohne allen Zweifel der öffentlichen Ordnung an — sie kommen daher, wie Marcusen betont, worin ich vollständig mit ihm einiggebe, ohne alle Ausnahme zur Anwendung, wenn die Veranlassung zu einer Verschollenheitserklärung vorhanden ist — gemäß der Vorbehaltsklausel der Ziff. V.

Wenn im B.G. v. 1891 die Vorschriften über Wohnsitz, die in demselben aufgenommen wurden, durch diese Aufnahme auf "künstliche" Weise den Charakter von Kollisionsnormen erhielten (es handelte sich hierbei, in diesem bundesrechtlichen internationalrechtlichen Specialgesetz den Domisibbegriff, auf dem es beruht, fest zu regeln, was in anderer Weise bundesrechtlich zu regeln nicht möglich war), so trifft dies für die Bestimmungen des Entwurfs über den Wohnsitz nicht zu, da diese rein aschlich ohne internationalrechtliche Bedeutung als solche des schweiserischen Civilrechts im allgemeinen Gesetze gegeben sind. ausdrücklich, daß, wenn man statt seiner Ordnung der internationalrechtlichen Normen, statt der von ihm getroffenen Ökonomie ein besonderes Gezetz erlassen, oder das bereits zu Recht bestehende Bundesgesetz über die civilrechtlichen Verhältnisse der Niedergelassenen und Aufenthalter vom 25. Juli 1891 b) dem einheitlichen Privatrecht anpassen will, die Ausscheidung der Materie aus dem Civilgesetzbuch leicht durchführbar ist.

Und im Schlusstitel selbst ist nach den allgemeinen internationalrechtlichen Normen die Bemerkung vom Redaktor auf S. 251 des Entwurfs gemacht, dass die das internationale Privatrecht betreffenden, bei den einzelnen Titeln in den Entwurf aufgenommenen speciellen Bestimmungen bei der definitiven Ausarbeitung des ersten Abschnitts des Schlusstitels entweder an jenen Stellen belassen oder mit den wünschenswerten Erganzungen unter diesem Abschnitt im Schlusstitel vereinigt werden — dass die Entscheidung hierüber vorbehalten bleibt.

Gegen eine Ausscheidung der Materie aus dem Civilgesetzbuch und eine besondere Regelung derselben durch ein Specialgesetz, bezw. die Anpassung des oben erwähnten B.G. vom 25. Juni 1891 an das einheitliche Privatrecht, bin ich ganz entschieden als abgesagter Gegner der Specialgesetze, die nur dazu beitragen, die Rechtskenntnis im Volke mehr und mehr zu mindern, und dem Richter die Rechtsprechung außerordentlich erschweren. Ich bin vielmehr der Ansicht, daß der vom Redaktor vorläufig eingeschlagene Weg, wonach er die internen

⁵⁾ Dieses Bundengesets, wie das B.G. über die persönliche Handlungsfähigkeit v. 22. Juni 1881 (in dessen Art. 10 ist die Staatsangehörigkeit als maßgebendes Princip für die Beurteilung der Handlungsfähigkeit aufgestellt), sowie das B.G. über die Beurkundung des Civilstandes und die Ehe vom 24. Desember 1874 in Verbindung mit einigen Bestimmungen des B.G. über das Ohligationenrecht v. 14. Juni 1881 und wie einige Bestimmungen kantonalrechtlicher Art, fällt mit der Einführung des neuen Civilgesetzbuchs hinweg. Diese bundesrechtlichen und kantonalrechtlichen Vorschriften bildeten, soweit in ihnen international-privatrechtliche Vorschriften enthalten sind, die Quellen des s. Z. bestehenden internationalen Privatrechts der Schweis.

Ich werde bei Behandlung der einselnen Vorschriften des Entwurfs die Bestimmungen dieser Quellenrechte zuweilen in vergleichende Betrachtung zieben.

Kollisionsnormen des neuen Rechts in den Entwurf selbst aufgenommen hat, der zweckmäßigste ist. Einmal ist damit jedes Mißverständnis über den Charakter dieser Kollisionsnormen ausgeschlossen, was nicht der Fall wäre, würde man sie in ein besonderes Gesetz verweisen, und dann ist dadurch, daß sie sich durch ihre Angliederung an die Sachnormen in den einzelnen Teilen des Entwurfs als privatrechtliche Normen des internen positiven Rechts darstellen, dem Volke die Kenntnis des Rechts und dem Schweizer Richter dessen Anwendung wesentlich erleichtert (vgl. S. 33 der Erläuterungen).

Dass der Entwurf bei Behandlung des internationalen Privatrechts durch die Einordnung der speciellen Kollisionsnormen in die einzelnen Materien (durch Angliederung jener an die Sachnormen) der sog. positivistischen Methode voll und ganz huldigt, der Methode, die davon ausgeht, dass es zur Zeit kein internationales Privatrecht außerhalb der einzelnen Privatrechtsordnung giebt, m. a. W., dass die Grundsätze dieses Privatrechts nichts anderes als einen Teil des inländischen Privatrechts bilden und nicht auch einen solchen des Völkerrechts, wird ganz wesentlich zur guten und ersprießlichen Handhabung des neuen Rechts in der Schweiz beitragen 6).

⁶⁾ Hierin stimme ich vollkommen mit Morcusen a. a. O. S. 40 überein, der auch gut betont, dass dadurch, dass Art. 5 des Entw. ausspricht und einzelne Bestimmungen specieller Art (Art. 126, 186 Abs. 2 u. 555) dies noch ausdrücklich hervorheben, dass in erster Beihe für die internationalrechtlichen Fragen Staatsverträge oder sonstige internationale Vereinbarungen maßgebend sind, der Inhalt solcher Verträge u. a. w. zu einem Bestandteil des positiven internen Bechts erhoben wird — wodurch der Entwurf weiter geht als das B.G. von 1891, das nur einem Vorbehalt für die Verträge mit dem Ausland enthält, welches Weitergehen nur die vollste Billigung verdient. Vgl. über die positivistische Methode im internationalen Privatrechte, insbesondere die trefflichen Ausführungen von Niemeyer, Zur Methodik des internationalen Privatrechts (Leipzig 1894) S. 27 ff. Vgl. auch Barasetti, Einführung in das französische Civilrecht S. 154 ff.

Mit der Behandlung der Sache, d. h. der Angliederung der speciellen Kollisionsnormen an die Sachnormen, ist Meik, Das internationale Privatrecht und die Staatenkonferensen im Haag (Zürich 1900) S. 20, insbes. Note 2, nicht einverstanden; er hält diese Methode für verfehlt, ohne einen jedoch über das Warum seines Widerspruchs genügend zu belehren.

Meili a. a. O. S. 32 Text und insbes. Note 3 ist auch, wenn ich

In betreff der Inangriffnahme der Materie durch den Redaktor und zum Teil auch der einzelnen allgemeinen und besonderen vom Redaktor aufgestellten Kollisionsnormen glaube ich, daß man sagen kann, es wird dem Redaktor gelingen, die Fragen des internationalen Privatrechts im Entwurfe gut zu lösen (und er hat sie zum Teile vorzüglich gelöst) und damit auch in dieser Hinsicht den Entwurf tüchtig und befriedigend auszugestalten. Im Hinblick darauf aber, daß der Entwurf in betreff der Gestaltung des internationalen Privatrechts immerhin noch ein Torso ist, vermag ich nicht in das Lob Marcusens unbedingt einzustimmen, wonach "die Lösung, welche die Fragen des internationalen Privatrechts im Entwurfe gefunden haben, als eine in hohem Maße gelungene bezeichnet werden mußa").

Als Anknupfungsmomente für die Kollisionsnormen haben wir im Entwurfe folgende: die Staatsangehörigkeit (das Heimatsrecht), Ziff. I, Ziff. II Abs. 2 — Art. 125, 288, 295, 342, 352, 407, 542; das Domizil, Art. 70 Abs. 2, 126, 167, 211, 215, 408, 424, 542, 555, Ziff. II Abs. 1; Ort der

Dies kann ich nun nicht finden; es kommt nur darauf an, wie in einem Civilgesetzbuch die einschlagenden Gerichtsstandsfragen geregelt werden — und in der Weise, wie sie der Redaktor (sum Teil schon) geregelt hat, sind sie m. E. der heutigen Gesetzestechnik, die ja doch keine apodiktische ist, durchaus nicht suwider — sie sind im Gegenteil recht praktisch, durch ihre Ordnung wird nichts gegen die Eleganz verstoßen.

anders ihn recht verstebe, für die Aufrechterhaltung des B.G. v. 25. Juni 1891 und wünscht, dass dasselbe dem neuen Civilrecht angepalst werde.

Er begründet dies unter Hinweis darauf, das bei der materiellen Regalung der einzelnen Gebiete des internationalen Privatrechts die Thatsache richtig sei, dass auch die Kompetens der Gerichte geregelt werde, was er dana des nähern gut begründet, dabei richtig betonend, dass es ein großer Vorsug jenes B.G. sei, dass es auch die prosessualischen Fragen über den Gerichtsstand reguliere. Er führt dann wörtlich aus: "Gerade deswegen wird es auch nützlich sein, das Gebiet, welches in dem citierten B.G. geordnet wird (samt den Andeutungen bestiglich des Obligationen- und Sachenrechts), als Specialrecht weiter zu ordnen, wenn anläßlich des einbeitziehen zehweizerischen Privatrechts die Verarbeitung jener Normen statt findet" — und schließt emphatisch so: "Würden die neuen Bestimmungen als Teile des künftigen schweiserischen Civilgesetzbuchs figurieren, so wäre die Ordnung der Gerichtsstandsfragen angesichts der heutigen Gesetzestechnik überraschend, aussergewöhnlich und unelegant.

⁷⁾ Siehe Marcusen a. a. O., am Eingange a. Abhdl., S. 37.

Klagerhebung (lex fors) Art. 13, 132 Abs. 2, 157; lex rei sitae, Ziff. I Abs. 3, III; der Besitz bei Mobilien, III; das Vermögen, Art. 407, 424 u. 555; der Aufenthalt, Art. 542 und endlich die Parteivereinbarung oder der Erfüllungsort, IV*).

Während in Bezug auf die Schweizer die Staatsangehörigkeit (Heimatsrecht, die Nationalität) das herrschende Principist, ist in betreff der Ausländer das Nationalitätsprincip nicht die durchgreifende Grundlage im Personen-, Familien- und Erbrecht, sondern hier wird unterschieden zwischen den Ausländern, die entweder seit ihrer Geburt oder seit zehn Jahren ununterbrochen ihren Wohnsitz in der Schweiz gehabt haben und anderen Ausländern, bei welchen dies nicht der Fall ist. Die letzteren werden nach ihrem Heimatsrecht beurteilt, während bei den ersteren das Domizilprincip (also Schweizerrecht) im Personen-, Familien- und Erbrecht die Grundlage bildet. Ziff. II Abs. 1 u. 2.

Der Gesetzgeber beurteilt die Ausländer, welche entweder seit ihrer Geburt oder seit zehn Jahren ununterbrochen ihren Wohnsitz in der Schweiz haben, nach dem Rechte ihres Domizila, also nach Schweizerrecht, weil sie, wenn auch staatsrechtlich keine Inländer, doch thatsächlich als solche erscheinen (sie haben eben häufig nur darum das Schweizerbürgerrecht nicht erworben, weil der Erwerb desselben nach dem in der Schweiz geltenden öffentlichrechtlichen Grundsatze viel schwieriger ist wie in anderen Staaten — in diesen werden solche Ausländer entweder bereits zu den Inländern gerechnet oder können wenigstens unschwer Inländer werden). In des anderen Fällen, in welchen Ausländer nicht in solcher Weise im Lande sesshaft sind, mögen sie übrigens sonst daselbst Domizil haben oder nicht, legt man nach der heute im internationalen Rechte herrschenden Anschauung auf die Beobachtung des Nationalitätsprincips Wert, und daher hat der Schweizer Gesetzgeber hierfür das Nationalitätsprincip zur allgemeinen Kollisionsnorm erhoben *).

⁸⁾ Ich habe mich hier ganz an Marcusen angeschlossen, dessen Ausführungen ich hier für ganz zutreffend erachte.

Siehe S. 84 der Erläuterungen, wo der Redaktor dies des ufhere auseinandersetzt. Die Staatsangehörigkeit ist, wie gans sutreffend

Fassen wir nun das hier als allgemeine Kollisionsnorm in Ziff. I u. II bezüglich des Heimats- und Domizilrechts Geltende — für das Gebiet des Personen-, Familien- und Erbrechts vom Gesetzgeber zusammen, so unterstehen die Schweizerbürger im In- und Ausland in diesen Materien dem Heimatsrecht (auch dann, wenn sie ihren Wohnsitz im Ausland haben, unterstehen sie doch dem Heimatsrechte), Ziff. I Abs. I d. ersten Abschn. d. Schlustitels. Wenn jedoch das Ausland die bei ihm domizilierten Schweizerbürger seinem eigenen Recht unterstellt, so finden sie auch in der Schweiz nach diesem Recht ihre Beurteilung 10). Diese Einschränkung

Marcusen a. a. O. S. 41 unter IV betont, wie sie unter allen Anknüpfungsmomenten den breitesten Raum einnimmt, so auch — dies zeigt eine nähere Prüfung — zum maßgebenden Princip erhoben worden, während dem B.G. v. 1891, das allerdings in erster Reihe interkantonales Recht enthält, das Domizilprincip zu Grunde liegt. Wenn der Redaktor a. a. Ö. S. 34 sagt: "Für das internationale Recht nimmt der Schlußtitel hierbei eine Ordnung in Aussicht, die mit den Grundsäsen des B.G. v. 25. Juni 1891 übereinstimmt. Grundlage bildet im Personen-, Familien- und Erbrecht das Domizilprincip", — so finden diese Ausführungen jetzt nur noch Anwendung auf die Ausländer in der Schweis, da die verschiedenen Schweizerkantonsbürger mit Einführung des neuen Civilgesetzbuchs nur noch inländer (sowohl staatsrechtliche wie privatrechtliche) sind.

Da der Redaktor im neuen Recht jedoch auch dem Nationalitätsprincip Rechnung tragen wollte gegenüber dem Auslande, so hat er das Domizilprincip, das z. Z. in erster Linie für die Niedergelassenen und Aufenthalter gilt, nunmehr auf eine bestimmte Klasse von Ausländern ausgedehnt und so für in der Schweis domizilierte Ausländer die Unterscheidung gemacht, die ich oben im Texte dargelegt habe — und ist dies als eine gesunde Reform zu begrüßen. Die Erläuterungen sind an dem angeführten Orte für den nicht versierten Kenner des schweiserischen Rechtes etwas schwer verständlich.

Richtig bemerkt Marcusen a. a. O. weiter, daß die prävalierende Bedeutung des Heimatsrechts sich aber auch aus der Mehrzahl der von ihm angeführten Bestimmungen des Entwurfs (ich habe solche oben in Übereinstimmung mit Marcusen angeführt) ergieht, in welchen an das Domisilrecht angeknüpft wird, — und daß auch II, und die Art. 126, 167, 408 und 542 im Princip das Heimatsrecht anerkennen, und nur einige besondere Fülle von demselben abweichend regeln aus Verkehrs oder Nützlichkeitsrüchsichten, und daß das Gleiche in betreff des Art. 18 gesagt werden muß, der die Zuständigkeit der lex for ausspricht.

10) Wie der Richter ausnahmsweise auch fremdes Recht in seinem Lande zur Geitung zu bringen hat, so hat er auch behufs Bewahrung der des Heimatsrechtsprincips rechtfertigt sich im Hinblick auf die Verkehrsverhältnisse ¹¹). Ziff. I Abs. 2. In jedem Fall aber, d. h. ganz einerlei, ob die Schweizer im Auslande dem Schweizerrecht oder dem Auslandsrecht unterworfen sind, greift für ihre in der Schweiz liegenden Grundstücke das Schweizerrecht Platz. Ziff. I Abs. 3 (Anwendung der in Ziff. III Abs. I als exklusive allgemeine Kollisionsnorm für das Immobiliarsachenrecht statuierten lex rei sitae).

Anlangend die Ausländer, so unterstehen, wie die Schweizerbürger, auch jene, wenn sie sich in der Schweiz aufhalten oder daselbst einen Wohnsitz haben, der aber nicht nach Ziff. II Abs. 1 qualifiziert ist, ihrem Heimatsrechte. Haben die Ausländer aber seit ihrer Geburt oder seit zehn Jahren ohne Unterbrechung ihren Wohnsitz in der Schweiz gehabt, dann werden sie nach dem Domizilrecht in den genannten Materien beurteilt 18).

Hier entsteht im weiteren die Frage, welche Grundsätze Platz greifen, wenn ein Ausländer, der nach seinem Heimatsrechte auf dem Gebiete des Personenrechts u. s. w. vom Schweizer-

Landesverbindung, indem solche durch vorübergehende Abwesenheit — sei es auch durch Domisil in einem fremden Lande — nicht gelöst wird, das ein heim ische Becht auf die Landesangehörigen im fremden Lande (auch nur in Ausnahmefällen — und ein solcher Ausfnahmefäll liegt hier infolge gesetzlicher Vorschrift vor) ansuwenden. Die Anwendung fremden Rechts im eigenen Lande und solche einheimischen Rechts auf die Landesangehörigen im fremden Lande sind beides Ausnahmen von der Regel, die im internationalen Privatrecht gilt, d. h. vom sog. Territorialprincip (in dem hier richtig zu verstehenden Sinn). Vgl. auch Barasetti, Einführung in das französische Civilrecht § 17 S. 154 ff.

¹¹⁾ So sutreffend Marcusen a. a. O. S. 41.

¹²⁾ Marcusen a. a. O. S. 42 müchte dies Erfordernis des also qualifizierten Wohnsitzes als das Anknüpfungsmoment der Assimilation in sutreffender Weise bezeichnen —, weil jene Ausländer eigentlich keine Ausländer mehr sind (d. h. nur thatslichlich, wohl aber noch staatsrechtlich). Wegen des in der Parenthese von mir Bemerkten halte ich nicht für richtig, oder doch für ungenau, wenn Marcusen dann sagt: "Der leitende Grundsatz ist demnach: Anwendung des schweizerischen Heimatsrechts auf Schweizer, Anwendung des Auslandsrechts auf den erwähnten Gebieten auf Ausländer." Marcusen waren übrigens offenbar, als er seine Abhandlung verfaßte, die Erläuterungen sum Entwurfe nicht bekannt — sie wurden erst veröffentlicht, nachdem die Abhandlung schon fertiggestellt und veröffentlicht war.

richter zu beurteilen ist, keinem Staate angehört. Der Entwurf schweigt. Hier dürfte sich wohl die Aufnahme eines dem Art. 29 des E.G. z. B.G.B. f. d. Deutsche Reich entsprechenden Artikels in den Entwurf empfehlen 18). In Ziff. I u. II des 1. Abschn. des Schlusstitels sind also die allgemeinen Kollisionsnormen für das Personen-, Familien- und Erbrecht gegeben.

Wenden wir uns nun zur freilich nur aphoristischen Erörterung des in diesen Gebieten zur Anwendung kommenden internationalen Privatrechts, insbesondere der hier Platz greifenden speciellen Kollisionsnormen.

A. Personenrecht.

Die in Ziff. I u. II aufgestellten Kollisionsnormen greifen u. a. Platz in Bezug auf die Frage, ob jemand überhaupt als Person zu betrachten sei, und in Bezug auf die Rechtsfähigkeit der Person; hierher gehören also die Normen, die sich beziehen auf das natürliche Dasein der Person, auf die Verschollenheit u. s. w.

In Abweichung von dem sonst anerkannten Heimatsprincip, bezw. Domizilprincip ist in Art. 18 eine tiefeingreifende specielle Kollisionsnorm aufgestellt, dabin lautend:

"Hat ein handlungsunfähiger Ausländer in der Schweiz ein Rechtsgeschäft abgeschlossen, so kann er sich auf seine Unfähigkeit nicht berufen, sobald er nach schweizerischem Recht zur Zeit des Abschlusses handlungsfähig gewesen wäre 14)."

Der Art. 13 d. Eutw. entspricht dem Art. 10 des B.G. betr. die persönliche Handlungsfähigkeit vom 22. Juni 1881 (und nicht minder dem Art. 7 Abs. 3 Satz 1 d. E.G. z. deutsch.

¹³⁾ Siehe hierüber und ähnliche Fragen Borasetti, Das internationale Privatrecht im Bürgerl. Gesetzbuch f. d. Deutsche Reich S. 20 ff. Die Frage sieh der Beurteilung bei mehrfachen Domizil dürfte wenig Interesse hieten, sumal der Entwurf kein mehrfaches Domizil kennt. Art. 21 d. Entw.

¹⁴⁾ Dieser Art. 18 d. Entw. stimmt im allgemeinen mit dem Art. 7 Abs. 3 Satz 1 d. E.G. s. deutsch. B.G.B. tiberein, der besagt: "Nimmt ein Ausländer im Inland ein Rechtsgeschäft vor, für das er geschäftsunfähig (d. h. eben handlungsunfähig) oder in der Geschäftsfähigkeit beschränkt ist, so gilt er für dieses Rochtsgeschäft insoweit als geschäftsfähig, als er nach deutschen Gesetzen geschäftsfähig sein würde."

Vgl. such Barazetti, Das internationale Privatrecht S. 43 ff.

B.G.B. — siehe unten Anm. 14), er erklärt die lex fori für maßgebend in betreff der Handlungsfähigkeit des Ausländers¹⁶). Der Art. 13 ist ganz allgemein gehalten — er spricht ganz allgemein von "Rechtsgeschäft"; hieraus ergiebt sich, daß er eine specielle Norm für jede Art von Rechtsgeschäft aufstellt (und nicht, wie Art. 7 Abs 3 Satz 2 E.G. z. deutsch. B.G.B., die familienrechtlichen und erbrechtlichen Rechtsgeschäfte, sowie die Rechtsgeschäfte, durch die über ein ausländisches Grundstück verfügt wird, ausnimmt ¹⁶).

Schon das geltende Schweizerrecht, das B.G. über Obligationenrecht, hat in Art. 822 eine besondere Anwendung dieser Vorschrift, und zwar in betreff der Wechselfähigkeit eines Ausländers. Vgl. auch Art. 84 d. deutsch. W.O., der dasselbe bestimmt.

Specielle Kollisionsnormen hat der Entwurf in betreff der juristischen Personen, und zwar hat er deren zwei: in Art. 70 Abs. 2 und Art. 72 Abs. 2.

Art. 70 Abs. 2 statuiert: "Körperschaften und Anstalten, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, steht das Recht der Persönlichkeit in dem Umfange zu, in dem das fremde Recht sie ihnen verleiht, in keinem Falle aber in größerem Umfange, als ihn das schweizerische Recht bestimmt."

Der Entwurf steht also auf dem Standpunkt der neuern Rechtsprechung, die die Frage, ob ausländische Körperschaften und Anstalten im Inland anerkannt werden sollen, bejaht.

Die Persönlichkeit solcher ausländischen juristischen Personen soll aber jedenfalls nur diejenigen Rechte haben, die ihnen nach ihrem eigenen Rechte zukommen, und zwar sowohl nach Dauer als nach Umfang, und zudem niemals mehr Rechte als die schweizerischen erhalten: denn das Mass der Persönlichkeit

¹⁵⁾ Und sutreffend bemerkt Marcusen a. a. O. S. 45, daß eine solche Einschränkung der Geltung des Personalstatuts zu Gunsten der lex fori im Interesse des Verkehrs geboten erscheint, worüber man heute siemlich einig sei.

¹⁶⁾ Satz 2 d. Abs. 3 Art. 7 des E.G. z. deutsch. B.G.B. lautet nämlich: "Auf familienrechtliche und erbrechtliche Rechtsgeschäfte sowie auf Bechtsgeschäfte, durch die über ein ausländisches Grundstück verfügt wird, findet diese Vorschrift (des Satz 1 Abs. 8 d. Art. 7 besegten E.G.) keine Anwendung." Vgl. Barasetti a. a. O. S. 48 ff.

ist absolut und richtet sich nach dem Recht des eigenen Staates, so daß die Schranke der Anerkennung von niemandem, auch nicht zu Gunsten der ausländischen Gebilde, überschritten werden darf ¹²).

Hier tritt also das Nationalitätsprincip durchaus zurück, und zwar auch schon auf Grund der Vorbehaltsklausel der Ziff. V Abs. 1 (S. 251 d. Entw.) — nes handelt sich um die öffentliche Ordnung".

Und eine Anlehnung an das Domizilprincip enthält die Bestimmung des Art. 72 Abs. 2 des Entwurfs, lautend: "Öffentliche Körperschaften und Anstalten des Auslandes bedürfen zum Erwerbe von Liegenschaften der Bewilligung des Bundesrates." Auch dies ist eine sehr zweckmäßige Vorschrift der "öffentlichen Ordnung". (In Art. 72 Abs. 1 ist den Kantonen das Recht vorbehalten, den Erwerb von Zuwendungen über 1000 Francs und von Liegenschaften durch Körperschaften und Anstalten [inländische wie ausländische] von einer Genehmigung der Kantonsregierung abhängig zu machen.)

B. Specielle Kollisionsnormen des Familienrechts.

Hier giebt uns der Entwurf eine ziemlich große Anzahl solcher Kollisionsnormen.

1. Im Eherecht.

Unzweiselhaft hängen die Voraussetzungen der Eheabschliefsung: die Ehefähigkeit, der Mangel der
Ehehindernisse, die Verkündung und die Trauung,
so wie sie im Entwurf festgesetzt sind, mit der öffentlichen
Ordnung zusammen (Ziff. V S. 251 d. Entw.), und es darf
daher in der Schweiz keine Ehe abgeschlossen werden, der z. B.
eines der im Gesetze bezeichneten öffentlichen Ehehindernisse
entgegensteht, oder in betreff welcher es dem einen oder anderen
der Nupturienten am gesetzlichen Ehefähigkeitsalter fehlt

¹⁷⁾ So sehr sutreffend der Redaktor in den Erläuterungen S. 75 u. 76. Eine erscheint mir zwar die Fassung des Art. 70 Abs. 2: "Körperschaften u. s. w., die im Ausland ihren Wohnsits haben," u. s. w. — allein sollen auch Körperschaften, die zwar ihre Entstehung auf das ausländische Recht gründen, aber ihren Sitz in der Schweis haben, nicht auch folgerungsweise unter demselben Rechtssatze stehen? Vielleicht würde es eich empfehlen, dem Artikel eine etwas andere Fassung zu geben.

(Art. 116) 18). Es finden sich unter den Vorschriften über die Verkündung zwei specielle Kollisionsnormen, die des Art. 125 Abs. 2 u. des Art. 126. Art. 125 Abs. 2 bestimmt, dass das Verkundungsgesuch eines Schweizers, der im Auslande wohnt, beim Civilstandsbeamten seines Heimatsortes angebracht werden kann, während sonst die allgemeine Regel ist, dass das Gesuch um Verkündung beim Civilstandsbeamten des Wohnsitzes des Bräutigams anzubringen ist (Art. 125 Abs. 1). Mithin kann ein im Ausland wohnender Schweizer sein Verkundungsgesuch beim Civilstandsbeamten seines Auslandswohnsitzes oder auch bei jenem seines Heimatsortes in der Schweiz anbringen. Art. 126 statuiert, dass, wenn der Bräutigam ein Ausländer ist (also ein Ausländer der einen oder anderen Klasse der Ziff. II Abs. 1 u. 2. das Gesetz unterscheidet nicht) 10), das Verkündungsgesuch an seinem Wohnsitz angebracht werden kann, vorausgesetzt, dass er von der Regierung des Wohnsitzkantons die Einwilligung zur Eheschliefsung erhalten hat (und diese Einwilligung kann nicht verweigert werden, wenn die Heimatbehörden die Ehe ihres Angehörigen mit allen ihren Folgen anzuerkennen erklären). Ausdrücklich ist dann noch im Abs. 3 Art. 126 ausgesprochen: _Vorbehalten bleihen Vereinbarungen mit dem Auslande."

Diese kommen dann natürlich, im Falle sie getroffen sind, gemäß Art. 5 in erster Reihe zur Anwendung.

Der Entwurf schließt sich in den angeführten Artikeln (wie überhaupt in den Artikeln, die von der Verkündung und Trauung handeln) dem geltenden Gesetze (B.G. v. 1874) an; die getroffenen Abänderungen sind meistens nur redaktioneller Art.

¹⁸⁾ Gans richtig hebt Marcusen a. a. O. S. 47 hervor, dass man in betreff des Ehefähigkeitsalters eine swingende Vorschrift der öffentlichen Ordnung annehmen muß, die ihm besonders auch daraus su folgen scheint dass Art. 116, anders wie das deutsche B.G.B. § 1808, der Zulässigkeit eines Dispenses gar nicht gedenkt — und dass ihm für seine Auffassung auch der Umstand spricht, dass im Art. 116 in Anerkennung einer Forderung der Frauenbewegung der Beginn der Ehemtindigkeit weiter hinausgerückt worden ist, wie in der früheren Fassung des Entwurfs.

¹⁹⁾ Hier ist jedenfalls im Art. 126 Abs. 1 den Worten: "Ist der Bräutigam ein Ausländer" beisuftigen, "der in der Schweiz seinen Wohnsits hat." — Dies ergiebt sich aus dem übrigen Inhalte des Abs. 1 des Art. 196.

In Art. 125 ist etwas materiell Neues gebracht, nämlich die Regelung der Verkündung für Ausländer, die in der Schweiz wohnen, während im B.G. v. 1874 dieser Fall nicht geordnet ist — Art. 29 des B.G. spricht nur von Verkündungen von Schweizern in der Schweiz.

Art. 126 lehnt sich an Art. 31 Abs. 4 des B.G. v. 1874 an (neu hierbei ist der ausdrücklich statuierte Vorbehalt von Verträgen mit dem Ausland).

Art. 136 Abs. 2 bestimmt, dass die Trauung eines Auslanders, der in der Schweiz keinen Wohnsitz hat, unter Vorbehalt der Vereinbarungen mit dem Ausland, durch die Aussichtsbehörde nur bewilligt werden kann, wenn die Heimatsbehörden die Ehe ihres Angehörigen mit allen Folgen anzuerkennen erklären. Auch diese Bestimmung stimmt mit Art. 37 Abs. 4 des B.G. von 1874 überein (abgesehen von dem Auslandsvertragsvorbehalt, der neu ist) 20).

In Art. 157 Abs. 1 haben wir als Anwendung der allgemeinen in Ziff. V Abs. 2 aufgestellten Kollisionsnorm den
Satz: "Die im Ausland nach dem dort geltenden Rechte abgeschlossene Ehe wird in der Schweiz als gültig betrachtet".
Es ist dies eine Anwendung des Satzes locus regit actum (es
gilt m. a. W. die lex loci, ubi actum est, — die lex loci, ubi
actum est, regit actum quoad rem et formam).

In Art. 157 Abs. 2 ist die specielle Kollisionsnorm aufgestellt, wonach die im Ausland geschlossene Ehe eines

²⁰⁾ Marcusen a. a. O. S. 42 hebt auch noch den Art. 156 hervor, der zweifeln Anlass geben könnte. In ihm findet sich die Sachnorm, dass bei einer Putativehe, die für ungültig erklärt worden ist, die gutgläubige Ehsfrau ihren Stand behält, aber den Namen ihrer angestammten Familie wieder annimmt.

Es könne sich, sagt Marcusen, nun um die Frage handeln, nach walchem Rechte es zu beurteilen sei, ob eine Wiederverheiratung möglich sei, wenn der Mann Ausländer und die Frau Schweiserverhältnisse regle, das Schweiserrecht sur Anwendung su bringen; wenn dagegen der Mann Schweiser und die Frau Ausländerin war, so habe ihr Recht, das Ausländercht, bei Beurteilung der Frage Plats su greifen. Mir ist dies nicht recht verständlich, weil doch wohl nach jedem Recht bei einer für ungültig schlärten Ehe der Wiederverheiratung nichts im Wege steht, und ich nicht einsehen kann, daß es hier von Belang ist, ob diese oder jene Gesetsgebung Plats greift.

Schweizers nur dann für ungültig erklärt werden kann, wens sie sowohl nach dem dort geltenden als nach schweizerischem Recht ungültig ist. Es stimmt dies (Abs. 2) materiell ganz mit dem Art. 54 des B.G. v. 1874 überein. Abs. 1 des Art. 157 des Entw. stimmt mit Art. 54 Abs. 3 der Bundesverfassung materiell überein.

In betreff der Ehescheidung geben die Art. 166 u. 167 specielle Kollisionsnormen.

In Art. 166 ist die Zuständigkeit in Übereinstimmung mit dem geltenden Rechte geregelt. Wenn ein schweizerischer Ehegatte die Ehescheidungsklage erhebt, so ist solche, wenn er in der Schweiz wohnt, beim Richter seines Heimatsortes anzubringen. Der letztere nimmt die Klage jedoch nur dann entgegen, wenn ihm vom Kläger der Nachweis erbracht wird, daß sie beim Richter seines (ausländischen) Wohnsitzes nicht angebracht werden kann²¹).

Nach Art. 167 wird die Klage des Ausländers, der in der Schweiz Wohnsitz hat, zwar grundsätzlich zugelassen — und es ist dieselbe, die von ihm zu erhebende Scheidungsklage, beim Richter seines Wohnsitzes anzubringen. Hierbei ist jedoch die Voraussetzung gemacht, daß der Nachweis erbracht sei, es könne der Kläger beim Gericht seiner Heimat seine Klage nicht anbringen, und es werde die Scheidung nach Gesetz oder Gerichtsgebrauch sowohl in Bezug auf den

Wenn aber das Gesetz das Wohnsitzgericht für kompetent erklärt, so liegt darin implicite auch die Anerkennung des von demselben gefüllten Urteils.

²¹⁾ Treffend hebt hier Marcusen a. a. O. S. 48 hervor, nachdem er sich über Art. 48 Abs. 2 des B.G. v. 1874, der s. Zt. das geltende Recht über die Scheidung von Schweizern im Ausland enthält, verbreitet hat, wonsch beim Mangel eines Domizils in der Schweiz die Klage auf Nichtigkeit oder Scheidung der Ehe am Heimatsort oder am letzten schweizerischen Wohnort erhoben werden kann, und dargelegt hat, daß nach der herschenden Ansicht dieses "kann" nicht die Bedeutung hat, daß in der Schweiz auch ausländische Scheidungsurteile von Schweizer-Ehegstten merkannt werden müssen, — daß der Entwurf, Art. 166 Abs. 2, hier auf dem gegenteiligen Standpunkt steht. Er argumentiert richtig so: der Richter des Heimatsorts darf die Scheidungsklage nur unter der in Art. 166 Abs. 2 angegebenen Voraussetzung entgegennehmen. Kann der Ehegatte dieselbe nicht erfüllen, den erlangten Nachweis nicht erbringen und will er doch klagen, so muß er mangels dieser Voraussetzung am Wohnsitz klagen.

geltend gemachten Scheidungsgrund als auch in Bezug auf den schweizerischen Gerichtsstand dort anerkannt 22).

Die Bestimmungen der Art. 166 und 167 greifen auch analog für die Klagen auf Ungültigkeit einer Ehe Platz. Art. 158 d. Entw.

Von Interesse ist sodann auch für die internationale Normierung des ehelichen Güterrechts die specielle Kollisionsnorm des Art. 211. Er bestimmt, daß der Güterstand durch den ersten ehelichen Wohnsitz festgestellt wird und dass Unwandelbarkeit desselben bei Wohnsitzwechsel besteht. Nach dem Entwurf giebt es nur noch einen ordentlichen und einen außerordentlichen gesetzlichen Güterstand 22), ihm gegenüber steht der vertragsmässige. Ist nun einmal der Güterstand in gesetzlicher oder vertragsmässiger Weise geregelt, so ist er nach Art. 211 Abs. 1 ein unwandelbarer Güterstand, der durch Domizilwechsel keine Änderung erleidet. Art. 211 Abs. 2 fordert übrigens im Interesse der Sicherheit des Verkehrs, daß der im Ausland begründete Güterstand zur Wirksamkeit Dritten gegenüber im schweizerischen Wohnsitz in das Ehegutsregister eingetragen werde.

Die Unwandelbarkeit des Güterstandes des ersten Ehewohnsitzes kann freilich dadurch hinwegfallen, daß schweizerische Eheleute ihren Wohnsitz in das Ausland verlegen: dem in diesem Falle kommt das Recht des neuen Wohnsitzes

²²⁾ Marcusen legt a. a. O. S. 48 auch autreffend den Unterschied dar, der zwischen dem die Scheldungsklage eines in der Schweis domizilierten Ausländers zum Gegenstand habenden Art. 56 des B.G. v. 1874 und dem Art. 167 des Entwurfs in einigen Punkten besteht — worauf ich hier hinweise. Vgl. zuch zu Art. 166 u. 167 des Entw. (früher Art. 162 u. 163) Barasetti, Der Vorentwurf z. ersten und zweiten Teil des schweiserischen Civilgenetsbuchs (Bern 1898) S. 115 u. 116, wo ich auch noch darauf hingewiesen habe, daß die Bestimmung des Art. 163 (jetzt 167) des Entwurfs derjenigen des Art. 17 Abs. 4 E.G. z. B.G.B. f. d. Deutsche Reich entspricht. Siehe hierüber Barasetti, Des internation. Privatrecht im B.G.B. für d. Deutsche Reich S. 64 ff.

²⁸⁾ Der gesetzliche Güterstand, und zwar der ordentliche gesetzliche — die sog. Güterverbindung — kommt regelmäßig zur Anwendung, es wäre sam, daß die Parteien in vertragsmäßiger Weise, wobei sie jedoch nur die Wahl swischen den vom Entwurf aufgestellten drei Güterständen haben, ihre ehelichen Güterverhältnisse geordnet haben. Art. 201 u. ff. des Entwurf.

für die Fortdauer des schweizerischen Güterrechts in Betracht, da nach Art. 201 Abs. 3 sich hier diese Fortdauer nach dem Rechte des neuen Wohnsitzes richtet⁸⁴).

Wenn die schweizerischen Ehegatten ihren ersten Ehewohnsitz im Ausland haben, so bestimmen sich ihre Güterverhältnisse nach Schweizerrecht — Ziff. I Abs. 1 (Schlußtitel), soweit nicht das ausländische Recht sie unter sein eigenes Recht stellt. Ziff. I Abs. 2.

Kehren diese Ehegatten wieder in die Schweiz zurück, so setzen sie hier das im Ausland begründete Güterrecht fort: Das ausländische, oder in Ermangelung einer Bestimmung, die jenes für maßgebend erklärt, das schweizerische 25).

In allen Fällen greift aber Ziff. I Abs. 3 Platz (entsprechend dem Vorbehalt der Ziff. I des Art. 28 d. B.G. v. 1891), wonach die den Ehegatten gehörigen und in der Schweiz gelegenen Liegenschaften nach schweizerischem Recht zu beurteilen sind.

Art. 215 Abs. 3 bestimmt auch noch, daß Ehegatten, die ihren Wohnsitz aus dem Ausland in die Schweiz verlegt baben, auch dann einen Ehevertrag abschließen können, wenn das fremde Recht ihnen das nicht gestattete. Diese Bestimmung entspricht derjenigen des Art. 15 Abs. 2 (Schlußsatz) d. E.G. z. deutschen B.G.B. 36).

²⁴⁾ Vgl. auch zu Art. 211 des Entwurfs die Erläuterungen hierzu, S. 160, woselbst sich der Redaktor auch in Kürze über das z. Zt. geltende Recht verbreitet (Art. 19, 28 u. 81 des B.G. v. 25. Juni 1891).

Siehe ferner Morcuson a. a. O. S. 49, der hier inebesondere den Art. 19 d. B.G. v. 25. Juni 1891 erläutert und mit Recht sagt, daß der Entwurf auf dem Gebiet des ehelichen Güterrechts in erfreulichem Gegenestz zum geltendes Recht steht.

²⁵⁾ Vgl. tiber die hier etwa eintretenden verschiedenen Möglichkeiten, von denen ich einige im Text erörtert habe, Bader, Das Bundesgesetz, betr. die eivilrechtlichen Verhältnisse der Niedergelassenen und Aufenthalter (Zürich 1899), Anm. su Art. 31.

²⁶⁾ Es ist dies, wie Marcusen a. a. O. S. 49 unten richtig bemerkt, die gleiche starke Betonung des einheimischen Rechtsstandpunkts wie is Art. 15 Abs. 2 E.G. z. B.G.B. Vgl. über diesen Art. 15 auch Baracetti, Das internationale Privatrecht S. 72 u. ff.

Übrigens, wenn Deutschland im internationalen Privatrecht den einheimischen Rechtastandpunkt so stark betont, und awar nicht bloß im dit. Art. 15, sondern auch in anderen Artikeln des cit. E.Ges., warum soli das nicht auch anderen Staaten, nicht auch der Schweiz erlaubt sein?

In den Materien der Legitimation und Adoption sind specielle Kollisionsnormen in den Art. 288 und 295 gegeben. Die Wirkung der Legitimation, das Ehelichwerden eines unehelichen Kindes mit Einschluß seiner ehelichen Nachkommenschaft u. s. w., tritt für landes frem de Kinder ("für ein Kind, das unter fremdem Recht steht") nur unter der Voraussetzung ein, dass das heimatliche Recht derselben sie anerkennt (Art. 288 Abs. 1), und das Gleiche gilt für die Legitimation von unehelichen Kindern durch Ausländer, die in der Schweiz ihren Wohnsitz haben; auch hier muß deren Anerkennung nach ihrem heimatlichen Rechte nachgewiesen werden (Art. 288 Abs. 2).

Es kommt mithin hier die lex patriae, das Nationalitätsprincip, gerade so wie in Art. 8 des B.G. v. 1891 zur Anwendung. Während aber in cit. Art. 8 nicht allein die Anwendung des Heimatsrechts verlangt wird, sondern auch nur die Gerichte der Heimat als allein zuständig erklärt werden, hat Art. 288 das letztere nicht verordnet, er begnügt sich damit, dass der Nachweis erbracht wird, dass der Heimatsstaat die Wirkung der Ehelicherklärung anerkennt, womit auch die exklusive Gerichtsbarkeit des Heimatsstaats (Art. 8 B.G.) überflussig gemacht ist.

Der Grund, weshalb hier eine Anknüpfung an das Heimatsrecht stattfindet, liegt wohl darin, dass es sich bei der Ehelicherklarung um eine Materie handelt, die der Privatwillkur entzogen ist und mit dem öffentlichen Rechte zusammenhängt, und dass daher die Rücksichtnahme auf das heimatliche Recht ohne Zweifel in der Regel durchaus im Sinne des heimatlichen Rechts, sowie in der Natur der Verhältnisse liegt 27).

Und Art. 295 statuiert, wohl von derselben Erwägung ausgehend, dass für die Adoption eines unter fremdem Recht stehenden Kindes und für jene seitens eines Ausländers, der in der Schweiz seinen Wohnsitz hat, die gleichen Vorschriften wie bei der Ehelicherklärung gelten.

Was die internationalrechtliche Behandlung der une helichen Geburt, des außerehelichen Kindesverhält-

²⁷⁾ Vgl. Rott, Zeitschrift f. schweizerisches Recht, N. F., Bd. III 8. 66 ff. -, sowie Bader a. a. O. Anm. a u. ff.

nisses, wie der Entwurf sich ausdrückt, anlangt, so begegnen uns hier zwei specielle Kollisionsnormen — in Art. 342 und 352.

Nach Art. 384 kann die Mutter eines nicht anerkannten außerehelichen Kindes oder auch dieses selbst die Vaterschaftsklage gegen den außerehelichen Schwängerer erheben und mit derselben verlangen, daß die Vaterschaft richterlich festgestellt werde 20).

Die Vaterschaftsklage ist nun entweder nur eine Klage auf ökonomische Leistungen (sie hat für gewöhnlich nur einen pekuniären Charakter), oder sie ist unter besonderen im Entwurf näher geregelten Voraussetzungen eine solche, die nicht nur auf ökonomische Leistungen geht, sondern auf Zusprechung des Kindes mit Standesfolge.

In Art. 342 ist nun bestimmt, dass die Vaterschaftsklage auch am Heimatsort des Vaters angestellt werden kann, wenn der Vater und die Mutter Schweizer sind, aber weder der Vater, noch die Mutter, noch das Kind einen Wohnsitz in der Schweiz haben, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass die Klage im Ausland nicht erhoben werden kann (z. B. im gegebenen Falle nicht in Frankreich wegen des Verbots dieser Klage gemäß Art. 340 Code civ. — siehe unten Anm. 28)²⁹).

²⁸⁾ Dem außerebelichen Kind ist nach dem Entwurf gegenüber der Mutter und der mütterlichen Verwandtschaft die volle Gleichstellung mit dem ehelich geborenen gewährt —: denn mater semper certa est. Anders ist's dagegen im Verhältnis sum Vater, da derselbe nicht wie die Mutter immer gewiß ist, weshalb die Rechtsordnung hierauf Rücksicht nehmen muß. Der Entwurf hat nun im Princip die Vaterschaftsklage sugelassen, anders als im fransösischen Recht, wo bekanntlich der Grundsatz gilt: "la rechteche de la paterwite est interdite." Art. 340 Code civ.

²⁹⁾ Sonst, wenn die Mutter oder das Kind oder der Vater (der Beklagte) in der Schweis Wohnsitz haben, kann die Vaterschaftsklage bei dem schweizerischen Richter des Wohnsitzes des Klägers oder des Beklagten angebracht werden; wenn die Klage auf Zusprechung des Kindes mit Standesfolge geht, so hat der Richter jedenfalls der Heimatgemeinde des Vaters von dem Klagebegehren Mitteilung zu machen und sie zur Wahrung ihrer Interessen vorzuladen; geht sie ausschließlich auf Vermögensleistungen, so kann sie, wenn der Beklagte in der Schweis wohnt (also gans einerlei, wo die Mutter oder das Kind wohnen, gans einerlei, ob diese oder der Beklagte Schweiser sind), nur beim Richter seines Wohnsitzes angebracht werden.

Wenn die Voraussetzungen der Vaterschaftsklage auf Verurteilung zu pekuniären Leistungen und auf Anerkennung mit Standesfolge gegeben sind (Art. 347), so gelten, wenn der uneheliche Vater (der Beklagte) ein Ausländer ist, die gleichen

Vorschriften, die auch bei der Legitimation (Ehelicherklärung)

gelten (Art. 288). Dies statuiert Art. 352 90).

In der Vormundschaft ist im Princip das Domizilrecht als Anknüpfungsmoment anerkannt, ganz entsprechend
dem B.G. v. 1891 (Art. 10 d. B.G.). Dies ergiebt sich aus
Art. 406 d. Entw., wonach die Bevormundung für Schweizer,
die im Inland (Schweiz) wohnen, an ihrem Wohnsitz erfolgt (und bei Wechsel ihres Wohnsitzes geht die Vormundschaft
auf die Behörde des neuen Wohnsitzes — in der Schweiz —
über)⁸¹), und aus Art. 408 Abs. 1, der als specielle Kollisionsnorm
für Ausländer, die in der Schweiz ihren Wohnsitz
haben, statuiert, das ihre Bevormundung an ihrem Wohnsitz
erfolgt. Art. 408 Abs. 1.

Der in Art. 406 aufgestellte Grundsatz der Bevormundung

Dies ist das Regelrecht; in Art. 842 ist nun die oben im Text dargelegte specielle Kollisionsnorm für den dort angegebenen Fall aufgestellt.

Ich bin nun auch der Meinung, dass hier das Gesets etwas zu kompliziert gestaltet ist und einer neuen Redaktion zu unterwerfen sein dürfte.

³⁰⁾ Das noue Recht weicht also hier wesentlich von Art. 8 des B.G. v. 1891 ab, das, wie Marcusen a. a. O. S. 50 richtig bemerkt, ganz allgemein bezüglich der unehelichen Geburt und deren Folgen auf das Heimatsrecht varweist.

S1) Und, wird men ergänsen müssen, hat dann auch hier die Vormundsehaft ihren Sits, der wechselt, wenn der bevormundste Schweiser seinen Wohnsits in der Schweis wechselt (unter Zustimmung der Vormundschaftsbehörde). Wenn es helfst "die Bevormundung erfolgt am Wohnsits", so ist damit auch gesagt: "die Vormundschaft wird am Wohnsits geführt."

Der Grundsatz des Art. 406 gilt wohl auch, wie dies Marcusen a. a. O. S. 50 herverhebt, für die Schweiser im Ausland. Nur ist dies wohl so su verstehen, dass es sich hier um bereits in der Schweis bevormundete Schweiser handelt, die, während sie noch bevormundet sind, die Schweis verlassen. In diesem Falle unterstehen sie ihrer bisherigen Vormundschaftsbehörde —, also in der Regel der ihres letzten Wohnsitzes, solange der Grund der Bevormundung fortbesteht (z. B. solange der Schweiser das 20. Altersjahr noch nicht erreicht hat, und keine andern Gründe, wie z. B. Verschwendungssucht oder unbekannte Abwesenheit vorliegen). — Vgl. Art. 29 B.G. v. 1891, der solches statuiert. Ist aber eine andere Auffassung zulässig, so müßte der Art. 407 klarer gefaßt werden.

der Schweizer im Inlande gilt auch für die bereits im Inlande bevormundeten Schweizer im Auslande. Siehe Anm. 31.

Nur dann, und zwar ausnahmsweise, soll nach Art. 437 für die Schweizer, die im Ausland wohnen, die Bevormundung in der Schweiz, und zwar in ihrer Heimatsgemeinde geführt werden), wenn nach schweizerischem Rechte ein Bevormundungsgrund vorliegt und entweder das Ausland die heimatliche Vormundschaft anerkennt oder sich Vermögen in der Schweizbefindet (in letzterem Falle haben wir es also mit dem Anknüpfungsmomente des Vermögens zu thun) 22).

In Art. 408 Abs. 2 ist sodann noch in betreff der Bevormundung der in der Schweiz domizilierten Ausländer (die Vormundschaft ist über sie in ihrem Schweizerdomizil zu führen) bestimmt: "Beansprucht die Heimatsbehörde die Vormundschaft, so wird diese an sie abgegeben, sofern der Heimatstaat Gegenrecht hält". Siehe über diesen speciellen Reciprocitätsgrundsatz (der einzige, der im Entwurf aufgestellt ist) meine Darlegungen auf S. 274 Anm. 2 a. E. oben.

In Bezug auf die Beistandschaft bestimmt Art. 424, dass im gegebenen Fall, wo eine Vorbeiständung nötig fällt, die Inländer und die Ausländer gleichmäsig behandelt werden sollen, indem er statuiert: "Die Vertretung durch einen

⁸²⁾ Dieser Ausmahmefall bezieht eich wohl auf eine erst notwendig werdende Vormundschaftsbestellung (wie Art. 30 d. B.G. v. 1891, während Art. 29 ibid., dem man wohl auch Art. 406, wie angegeben, aupassen dürfte, sich auf die bereits in der Schweis bevormundeten Schweiser besieht).

Auch in Bezng auf Art. 407 dürfte es vielleicht am Platse sein, un Irrungen vorsubeugen, durch eine Neuredaktion Abbülfe su treffen.

Der Ausdruck "Bevormundung" in den Art. 406—408 ist nicht gut gewählt; besser wäre es vielleicht zu sagen: die Vormundschaft für Schweiser, die in der Schweis wohnen, ist an ihrem Wohnsits zu führen u. z. w., die Vormundschaft soll für Schweiser, die im Ausland wohnen, nur dann in der Schweis, und zwar in ihrer Heimatsgemeinde geführt werden, wenn u. z. w. Es ist eben sweifelhaft, ob man unter "Bevormundung" die Bestellung der Vormundschaft oder vielmehr die Bestellung der Vormundschaft und die Führung derselben, oder endlich mur die Führung der Vormundschaft zu verstehen habe.

Vgl. auch Borasetti, Der Vorentwurf u. s. w. S. 269, u. Borasetti, Das internationale Privatrecht S. 92 ff., 45 ff.

Beistand wird für Schweizer und Ausländer durch die Vormundschaftsbehörde ihres Wohnsitzes angeordnet" (Art. 424 Abs. 1). Die Anordnung einer Vermögensverwaltung erfolgt durch die Vormundschaftsbehörde des Ortes, wo das Vermögen als Ganzes verwaltet worden oder der zu vertretenden Person angefallen ist (Art. 424 Abs. 2). Hier erscheint also das Vermögen als Anknüpfungsmoment, es gilt die lex loci rei sitae.

Erfolgt die Vorbeiständung zu einer einzelnen Rechtshandlung für eine Person unbekannten Wohnsitzes, wie z. B. nach Art. 812 (besagend: "Ist der Name oder Wohnort eines Grundpfandgläubigers unbekannt, so kann in den Fällen, wo das Gesetz eine persönliche Bethätigung des Gläubigers vorsieht, zum Zwecke der Ermöglichung dringend erforderlicher Entscheidungen auf Antrag des Grundbuchverwalters dem Gläubiger durch die Vormundschaftsbehörde ein Beistand bestellt werden"), so erscheint auch nach dem Sinne des Art. 424 der Ort, wo das Vermögen, hier die unbewegliche Sache, liegt, als zuständig.

C. Im Gebiete des Erbrechts, das auch wie die bereits abgehandelten Materien nach Ziff. I und II (Schlustitel, Abschn. I) in Übereinstimmung mit der herrschenden Praxis des internationalen Privatrechts den Statuta personalia beizuzählen ist, ist in Art. 542 Abs. 2 eine Bestimmung gegeben, die den favor testamenti im Auge hat und daher einen weiten Spielraum in betreff der anzuwendenden Form für die Errichtung der letztwilligen Verfügungen gewährt. Der Artikel ist im wesentlichen dem Art. 24 des B.G. v. 1891 nachgebildet — und werde ich auf denselben weiter unten zurückkommen —, wo ich über die Form der Rechtsgeschäfte spreche, die der Entwurf in höchst zweckmäßiger Weise für das Gebiet des internationalen

³⁵⁾ So durchaus überzeugend der Redaktor in den Erläuterungen, S. 280, wo er auch noch folgendes über die örtliche Zuständigkeit ausführt: "Hier kann noch mehr als bei der ordentlichen Bevormundung auf den Wohnsitz der su vorheiständenden Person abgestellt werden, ohne Rücksicht auf die Nationalität derselben, also für Schweizer und Ausländer. Nur bei der eigentlichen Vermögensverwaltung kann der Wohnsitz keine entscheidende Bedeutung haben, denn die Person hat hier meist keinen bekannten Wohnsitz, oder die Verwaltung wird überhaupt in sweckmäßiger Weise da erfolgen müssen, wo das Vermögen liegt.

Privatrechts durch klare Bestimmungen festgestellt hat. Eine weitere specielle Kollisionsnorm findet sich über die Eröffnung des Erbgangs in Art. 555.

Diese Eröffnung vollzieht sich am letzten Wohnsitz des Erblassers, d. h. am Wohnsitze desselben zur Zeit seines Todes, bezw. an seinem früheren Wohnsitz, wenn er zur Zeit seines Todes keinen Wohnsitz hatte, — und zwar für die Gesamtheit seines Vermögens (dieses ist also der Anknüpfungsmoment). Diese Regel (Art. 555 Abs. 1) hat exklusive Geltung, es wäre denn, dass Verträge mit dem Ausland etwas anderes bestimmen — sie greift daher (abgesehen von dieser selbstverständlichen Ausnahme) auch dann Platz, wenn der Erblasser ein Ausländer war, und zwar selbst dann, wenn das Heimatzrecht desselben etwas anderes bestimmt, soweit es sich um Vermögen handelt, das sich in der Schweiz befindet (Art, 555 Abs. 2).

Der Art. 555 schließt sich somit an das z. Zt. geltende Recht an, d. i. Art. 23 des B.G. v. 1891.

In Abs. 2 des Art. 555 findet der bereits in Art. 32 d. B.G. v. 1891 liegende Gedanke, betreffend die Beerbung eines in der Schweiz domizilierten Ausländers, seine nähere Ausführung³⁴).

³⁴⁾ So sutreffend die Erläuterungen des Redaktors sum Erbrecht (2. Heft der Erläut.) S. 97.

Selbstverständlich liegt für die Eröffnung des Erbganges (derselbe vollzieht sich ja swischen dem Erblasser und dem Erben, und knüpft sich die Eröffnung desselben demgemäß an die Voraussetzungen, die vorhanden sein müssen, damit eine Person Erblasser oder Erbe werden kann —, so sutreffend Erläuterungen a. s. O. S. 96) die einzige Voraussetzung in betreff des Erblassers (abgesehen von den besonderen Vorschriften über die Verfügungen von Todeswegen) in seinem Tod. Hereditas vicentis non est.

Ausnahmsweise wird aber der Erbgung wegen Verschollenheit einer Person eröffnet, auch ohne daß ihr Tod bewiesen ist. Wie es hier su halten ist, ergiebt sich sur Gentige aus Art. 36 des Entw., aus dem folgt, daß der Erbgang im Falle der Verschollenheit stattfindet, ohne daß der Tod des Erblassers strikte bewiesen su werden braucht. Treffend bemerken die Erläuterungen a. a. O. (Heft 2) S. 100: "Die daram sich ergebende Ausnahme ist in swei Fällen von praktischer Bedeutung, die in dem Estwurfe auseinander su halten sind. Einerseits nämlich ergiebt sich daram eine Beerbung des Verschollenen, Art. 563 u. 564, und andererseits wird dem Verschollenen eine gewisse Möglichkeit erbrechtlichen Erweris vorbehalten. Art. 565. Das Verhältnis der beiden Fälle su einander darf unbedenklich so gestaltet werden, daß die Feststellung des einen auch zur

In Ziff. III des 1. Abschn. des Schlusstitels sind die allgemeinen Kollisionsnormen für das Sachenrecht, die Rechte an Immobilien und an Mobilien (Fahrnis), gegeben. Es handelt sich also hier um die Sachen als solche, die Normen sachenrechtlichen Inhalts, die dinglichen Rechte an Sachen um die sog. statuta realia— und zwar um die hinsichtlich ihrer geltenden allgemeinen Kollisionsnormen.

Specialle Kollisionsnormen sind im Entwurse keine aufgestellt, weder im Immobiliarsachenrecht noch im Mobiliarsachenrecht.

A. Im Immobiliarsachenrecht ist die allgemeine Kollisionsnorm: die lex rei sitae; Ziff. III Abs. 1 bestimmt nämlich: "Die Bestimmungen über das Eigentum und die beschränkten dinglichen Rechte gelten für alle in der Schweiz liegenden Sachen." Diese lex rei sitae ist also (verbis: alle) exklusive Norm. Eine Anwendung dieses Satzes, die diesen exklusiven Charakter außer allen Zweifel stellen soll, ist die Bestimmung der Ziff. I Abs. 3, die statuiert, daß auch dann, wenn im Gebiete des Personen-, Familien- und Erbrechts für die Schweizer im Ausland das Auslandsrecht selbst in der Schweiz als maßgebende Norm anerkannt wird, gleichwohl ihre in der Schweiz befindlichen Liegenschaften dem Schweizerrecht unterstehen.

Durch diese Bestimmung ist der Art. 28 Nr. 1 des B.G. v. 1891 ersetzt worden, es hat m. a. W. sein Vorbehalt in den sachenrechtlichen Vorschriften des internationalen Rechts, und zwar in Ziff. I Abs. 3, Berücksichtigung gefunden **).

Herstellung des andern führt (was durch Art. 566 geschicht). Die Regelung der Verschollenheit erfolgt nach beiden Richtungen für die Personen und Verhältnisse, die dem Gesetze unterstellt sind, ohne Rücksicht auf ihre Nationalität, und zwar in der Meinung, dass es Aufgabe des sinternationalen Privatrechtse ist, zu bestimmen, ob diese Vorschriften sich nur auf Personen schweiserischer Staatsangehörigkeit oder auch unter gewissen Voraussetzungen auf Fremde beziehen sollen." Mithin hat der Redaktor sich vorbehalten, hier noch besondere internationalprivatrechtliche Normen aufzusteilen.

³⁵⁾ Siehe auch Erläuterungen Heft I S. 160. Gut bemerkt *Morcusen* a. a. O. S. 51, daß Art. 28 No. 1 d. B.G. v. 1891 eine juristische Unebenheit enthält. Nach demselben sollen nämlich, wenn das Rocht des fremden Landes

Selbstverständlich fallen auch die Formen der Rechtsgeschäfte über Immobilien ohne Ausnahme unter die lex rei sitae, also insbesondere die Formen der Eigentumsübertragung, ob Tradition erheischt wird, ob gerichtliche Auflassung, ob Grundbucheintrag u. dgl. Dies gilt ganz allgemein auf dem Gebiete des internationalen Privatrechts. Diese Formen gehören der öffentlichen Ordnung an, und mithin greift auch hier der ausschließliche Grundsatz der Ziff. V Abs. 2 Platz, wonach die Formen, die vom Schweizer Civilrecht um der öffentlichen Ordnung willen verlangt werden, und um solche Formen handelt es sich hier, auch dann nicht durch Formen des ausländischen Rechtes ersetzt werden können, wenn das in Frage stehende Rechtsgeschäft seinem Inhalte nach dem Auslande angehört, also z. B. im Ausland abgeschlossen worden ist. Es gind mithin die Inlandsformen exklusiv mafagebend.

B. Im Mobiliarsachenrecht, also, wenn es sich um Rechte an Mobilien oder Fahrnis handelt, ist die allgemeine Kollisionsnorm in Ziff. III Abs. 2 gleichfalls die lex rei sitee, und sie bestimmt sich nach dem Rechte des Besitzers. Die Fahrnis gilt als in der Schweiz liegend, wenn ihr Besitzer mit Hinsicht auf den in Frage stehenden Erwerbsgrund dem schweizerischen Rechte unterstellt ist.

Diese Bestimmung verlangt m. E. eine etwas klarere Fassung, sie ist zu abstrakt gegeben **).

tir die in ihm wohnenden Schweiser auf dem Gebiete des Personenrechts u. s. w. maisgebend sein will, deren in der Schweis befindliche Liegenschaften dem Recht ihres Heimatkantons unterstehen. Die Fassung des Artikels ist nach Marcusen nicht glücklich —, der Gesetageber wollte offenbar die Geltung der leet rei sitze postulieren, aber diese und das Heimatzrecht brauchen nicht susammenzufallen. Er weist dies autreffend an dem Falle nach, dass z. B. ein im Ausland Dominilierter und dem dortigen Rechte unterworfener Berner Liegenschaften in Tesan hätte. Bader z. a. O. 8. 66 freilich findet darin keine Unebenheit, er sagt: es kommt nicht immer die let rei sitze zur Anwendung, ohne darin etwas anssergewöhnliches zu finden.

⁸⁶⁾ Gut bemerkt Marcusen a. a. O. S. 52, dass sich auch in der Kollisionenorm der Ziff. III Abs. 2 die große Bedeutung, die der Entwurf in Anlehnung an deutschrechtliche Anschauungen für das Mobiliarrecht bellegt, wiederspiegelt —, dass der Besitz an Fahrnis nach dem Entwurf wie die deutschrechtliche Gewere die Präsumtion des Rechts begründet u. a. w. Allein, so richtig dies alles ist, die Fassung der Ziff. III Abs. 2 heiseht größere Klarheit.

Ziff. IV des Abschn. I des Schlusstitels enthält die allgemeine Kollisionsnorm für das Obligationenrecht; specielle Kollisionsnormen sind für das Obligationenrecht nicht aufgestellt.

Für die obligationenrechtlichen Verhältnisse ist in erster Reihe, was ihre rechtliche Beurteilung anlangt, der Wille der Beteiligten maßgebend. Es kommt also zunächst in Betracht diejenige Gesetzgebung, der sich die Parteien freiwillig unterworfen haben und zwar ausdrücklich oder stillschweigend (durch konkludente Handlungen).

In Ermangelung solcher Willenseinigung kommt das Recht der Schweiz — die Bestimmungen des (schweizerischen) Obligationenrechts — in Anwendung auf alle Verhältnisse, die in der Schweiz zur Erfüllung gelangen sollen. Mithin ist vom Entwurf der Erfüllungsort als Anknüpfungspunkt aufgestellt — die lex loci solutionis 27).

Wo ist aber der Erfüllungsort? Hierüber entscheidet zur Zeit der Art. 84 des B.G. über das Oblig.-Recht v. 1881.

In erster Reihe ist es der von den Parteien vereinbarte Ort. Fehlt es an einer solchen Vereinbarung, so ist zu unterscheiden zwischen Geldschulden und dem Schulden bestimmter Sachen und anderen Fällen. Bei den ersteren ist Erfullungsort der Wohnort des Gläubigers, bei dem Schulden bestimmter Sachen der Ort der Übergabe und endlich in allen anderen Fällen der Wohnort des Schuldners zur Zeit des Vertragsabschlusses.

Als eine besondere ins internationale Privatrecht fallende Bestimmung dürfte die der Art. 903 und 904 des Entwurfs über die Notwendigkeit der bundesrätlichen Bewilligung in betreff

S7) Das Dargelegte bezieht sich selbstverständlich nur auf die vertragsmifzigen Obligationen. Anlangend die obligationes ex lege, die gesetzlichen
Porderungen, ferner die aus Delikten, so kann natürlich hier von einer
wahrscheinlichen Absicht der Partei, wie diese bei den aus Verträgen entspringenden Obligationen als Bestimmungsgrund des anzuwendenden Gesetzes
angenommen wird, nicht die Rede sein. Der Entwurf giebt hier keine
Kollisionsnorm. Man wird wohl annehmen müssen, daß hier das Gesetz des
Orts entscheidet, wo die die Verbindlichkeit erseugende Handlung vorgenommen worden ist, besw. wo der Zustand sich verwirklichte, auf den die
Obligation sich gründen soll. Es wäre empfehlenswert, in den Entwurf eine
entsprechende Vorschrift aufsunehmen.

der Ausgabe von Pfandbriefen in der Schweiz sein. Hieraus ergiebt sich jedenfalls, daß diese Bewilligung nicht auf solche im Auslande ausgestellte Pfandbriefe Anwendung findet, und daß sich die Frage, ob und inwiefern derartige Pfandbriefe der staatlichen Genehmigung bedürfen, nach dem Rechte des Ausstellungsorts beantwortet.

Empfehlenswert dürfte es auch sein, die so sehr bestrittene Frage, nach welchem Rechte die Klage aus der vertragsmäßigen Obligation verjährt ist oder nicht, durch eine Bestimmung im Gesetze zu entscheiden (sie dürfte gleichfalls nach dem Rechte des Erfüllungsorts der Obligation zu entscheiden sein, da die Klage aus der Vertragsobligation eine Wirkung des Vertrags ist, und daher darüber, ob diese Wirkung noch vorhanden ist, d. h. ob bezüglich des Klageanspruchs Verjährung eingetreten ist oder nicht, nach dem Gesetze zu beurteilen ist, nach dem die Beurteilung dieser Vertragswirkung zu erfolgen hat — mithin nach dem Gesetze des Erfüllungsorts der Obligation) 38).

Ziff. V Abs. 2 u. 3 des Abschn. I des Schlusstitels enthält die allgemeinen Kollisionsnormen über die Form der Rechtshandlungen.

Der Abs. 3 Ziff. V enthält die allgemeine Regel, die bereits im Mittelalter kraft eines allgemein verbreiteten Gewohnheitsrechts aufgekommen ist: locus regit actum, m. a. W. er stellt den Satz auf: die im Ausland dem dortigen Recht entsprechend errichtete Form wird der Form des schweizerischen Rechtes gleichgestellt. Hieraus ergiebt sich, daß ein Rechtsgeschäft, das materiell, inhaltlich dem Schweizerrecht angehört, und das im Ausland vorgenommen wird, auch nach den Formen des Schweizerrechts vorgenommen werden kann — mithin die

³⁸⁾ Siehe Reichager, Entsch. Bd., IX No. 60 S. 225 ff. (gem. Recht), Bd. I S. 125; Bd. II No. 6 S. 13; vgl. auch Scufferts Archiv Bd. II No. 120, Bd. XIII No. 5, Bd. XXIII No. 2; Borasetti, Einfürung in das frans. Civilr. S. 211, 212.

Siehe jetzt auch Urteil des schweizerischen Bundesgerichts v. 14. Juli 1899 (Chanet 1900 S. 848), auch abgedruckt in vorliegender Zeitschrift, Bd. XI (1901) 1. u. 2. Heft S. 137: "Für die Frage der Verjährung einer Klage ist das Becht maßgebend, dem das eingeklagte Schuldverhältnis unterworfen ist, und awar sowohl hinzichtlich seiner Entstehung als auch seiner Wirkungen."

Vornahme, die Errichtung eines solchen Rechtsgeschäfts nach den Formen des schweizerischen oder des ausländischen Rechts möglich ist, daß also die Regel locus regit actum einen fakultativen Charakter hat **).

In Art. 157 Abs. 1 findet die Regel eine besondere Anwendung in Bezug auf die Ehe, indem eine solche, die im Ausland nach dem dort geltenden Rechte abgeschlossen ist, in der Schweiz als gültig betrachtet wird.

Das fakultative locus regit actum gilt arg. Ziff. V Abs. 2 auch für die Rechtsgeschäfte, welche in der Schweiz errichtet werden, aber ihrem Inhalte nach nicht unter dem Schweizerrecht stehen: in solchen Fällen kann auch zwischen der Form des Auslandsrechts und jener des Schweizerrechts gewählt werden.

Ausnahmsweise ist die Regel locus regit actum jedoch imperativ, nämlich dann: Wenn es sich um ein Rechtsgeschäft handelt, das seinem Inhalte nach unter schweizerischem oder auch nicht unter schweizerischem Rechte steht, wofür aber bei der Errichtung Formen erheischt werden, die vom schweizerischen Civilrecht um der öffentlichen Ordnung willen verlangt werden. In solchem Fall können diese Formen nicht durch Formen des ausländischen Rechts ersetzt worden. So ist offenbar der Abs. 2 der Ziff. V auszulegen. Und dies findet auch seine Anwendung auf Art. 15740).

³⁹⁾ Man wird also sagen müssen: Eine Rechtshandlung ist, was ihre Form anlangt, nicht allein (im Inland) nur dann gültig, wenn sie in der Form vorgenommen worden ist, die das Gesetz des Orts der Vornahme vorschreibt, sondern auch dann, wenn sie nach inländischen Formvorschriften am ansländischen Orte ihrer Vornahme stattgefunden hat, d. h. m. a. W., wenn sie am Ort der Vornahme auch nach den Vorschriften des Beurteilungsorts vorgenommen wurde. Ja, ein nach den Gesetzen des Auslandes, wo es vorgenommen wurde, in der Form mangelhaftes Bechtsgeschäft ist im Inland (hier: in der Schweiz) aufzecht zu erhalten, wenn es sich nach dem inländischen Gesetze als ein formgerechtes Geschäft darstellt. Siehe Barasetti, Einführung in das franz. Civilrecht S. 245.

⁴⁰⁾ Dies heht der Redaktor auch in den Erläuterungen (1. Heft) S. 130 harvor, indem er zu Art. 157 des Entwurfs bemerkt: "Selbstverständlich bleiben hierbei die Vorschriften der öffentlichen Ordnung und der guten Sitte vorbehalten, wie dies als allgemeine Vorschrift im Schlusstitel S. 251 Ziff. V in Aussicht genommen ist.

Die letztwilligen Verfügungen genießen im Entwurfe eine besondere Gunst; bezüglich der bei ihnen anzuwendenden Form giebt derselbe in Art. 542 Abs. 2, damit sie möglichst aufrecht erhalten werden können, einen weiten Spielraum.

Solche sind der Form nach gultig errichtet, wenn sie nach dem Rechte des Errichtungsortes oder des letzten Wohnsitzes oder Heimatsorts des Erblassers in betreff der Form errichtet sind — was dem Art. 24 des B.G. von 1891 nachgebildet ist, wobei derselbe jedoch noch eine Ergänzung dahin erfahren hat, daß dabei das Recht, das zur Zeit der Errichtung oder des Todes gegolten hat, berücksichtigt wird.

Art. 542 Abs. 2 bestimmt nämlich: Eine letztwillige Verfügung ist (jedoch) gültig, sobald ihre Form den Vorschriften entspricht, die bestanden haben:

Zur Zeit der Errichtung am Errichtungsort oder am Wohnsitz oder in der Heimat des Erblassers, oder

zur Zeit des Todes des Erblassers an seinem Wohnsitze oder in seiner Heimat⁴¹).

Ziff. V Abs. 1 des 1. Abechn. des Schlusstitels endlich enthält als allgemeine Kollisionsnorm die sog. Vorbehaltsklausel, lautend:

"Die Bestimmungen des schweizerischen Civilrechtes, die um der öffentlichen Ordnung oder der guten Sitte willen aufgestellt sind, haben vor dem schweizerischen Richter ausnahmales

41) Der Gesetzgeber will hier offenbar allen Konflikten, die zwischen dem Rechte der Heimat und des Wohnsitzes entstehen könnten, vorbeugen. Vgl. auch Entsch. des schweiz. Bundesgerichts Bd. XXI S. 990.

Diese Bestimmung findet ihrer Fassung gemäß natürlich auch Azwendung auf die in der Schweis wohnhaften Ausländer, sowie auf Ausländer überhaupt, die in der Schweis testieren. Es ist aber wohl hiermit die Anwendung des internationalen Privatrechts, die das Recht des Heimatsstaats hierüber enthält, ausgeschlossen, obwohl man hier vielleicht das Recht der Rückverweisung doch auch anerkennen kann. Die Bestimmung des Art. 542 des Entw. stimmt nicht mit dem Rechte des B.G.B. f. d. Deutsche Beich überein. Sie ist m. E. demselben vorzusiehen, sumal solches sich nicht mit einer solchen Bestimmtheit über diese Frage ausgesprochen hat, dieselbe vielmehr nur durch recht mithsame Interpretation der einschlagenden Gesotzesstellen zu lösen ist. Vgl. Berusetti, Das internationale Privatrecht S. 100 u. ff.

und ausschliestlich Geltung." Ziff. V Abs. 2 enthält hiervon eine besondere Anwendung auf die Formen der Rechtsgeschäfte, die wir schon oben besprochen haben.

In Ziff. V Abs. 1 ist also ausdrücklich und zwar in positivster Form ausgesprochen, daß unter allen Umständen ein inländischer Rechtssatz, der aus Gründen der öffentlichen Ordnung oder um der guten Sitte willen aufgestellt ist, einen zwingenden prohibitiven Charakter hat, d. h. unter allen Umständen, stets ausnahmslos anzuwenden ist, wenn er auch von dem Rechte, das etwa sonst zur Anwendung kommen sollte, durchaus abweicht.

Auch das deutsche B.G.B. enthält die sog. Vorbehaltsklausel, jedoch in einer ganz anderen Fassung.

Art. 30 d. E.G. z. B.G.B. lautet nämlich: "Die Anwendung eines ausländischen Gesetzes ist ausgeschlossen, wenn die Anwendung gegen die guten Sitten oder gegen den Zweck eines deutschen Gesetzes verstoßen würde."

Es fragt sich nun zweierlei; einmal, ob die Bestimmung des schweizerischen Entwurfs gleichbedeutend ist mit jener des deutschen B.G.B., obwohl die Fassung eine verschiedene ist, und dann, ob die Fassung des letzteren, d. h. des Art. 30 d. E.G. z. B.G.B., jener der Ziff. V Abs. 1 des Entwurfs vorzuziehen ist.

Ich bin nun der Ansicht, dass die Fassung der beiden Bestimmungen gleichbedeutend ist. Ob ich sage: die Bestimmungen des schweizerischen Rechts, die auf der öffentlichen Ordnung beruhen oder um der guten Sitte willen gegeben sind, haben vor dem schweizerischen Richter ausnahmslos und ausschließlich Geltung — oder ob ich sage: Die Anwendung eines ansländischen Gesetzes ist ausgeschlossen, wenn sie gegen die guten Sitten oder gegen den Zweck eines inländischen Gesetzes verstoßen wurde — das kommt doch auf ein und dasselbe heraus.

Wenn man dagegen sagt, die Fassung sei nicht gleichbedeutend, denn im Entwurf werde nicht schlechtweg die ordre public des eigenen Rechts angerufen wie im E.G. z. deutsch. B.G.B., sondern es werden in erster Linie diejenigen Normen in Bezug genommen, die als direkte Ausflüsse des ordre public den unbeugsamen Charakter des Angewendetwerdenmüssens aufweisen, und deshalb habe der Richter nicht das Auslandsrecht daraufhin zu prüfen, ob es seinem ordre public

entspricht, sondern das Inlandsrecht auf seine Eigenschaft als ordre public und daher zunächst eine Scheidung der sämtlichen Artikel des Gesetzes vorzunehmen, was aber sehr schwierig sei und in den wenigsten Fällen a priori durchgeführt werden könne, da der ordre public meist erst dann zu Tage trete, wenn es sich um die Anwendung fremden Rechtes handle 48), so halte ich dies für eine sich nur an die außere Fassung der beiden Gesetzesvorschriften haltende Folgerung, die an sich wohl richtig ist, aber in Wirklichkeit doch nicht zutrifft. Denn in Wirklichkeit muß eben der Richter, im gegebenen Falle, sich fragen, welches Recht habe ich anzuwenden. Kommt er dazu, dass er das Auslandsrecht anzuwenden hat, dann muss er sich weiter fragen, ob dem ordre public das Auslandsrecht nicht widerstrebt: findet er das, so darf er es nicht anwenden, sondern er muss sein Inlandsrecht anwenden. Dass er sein Recht kennen muss, versteht sich von selbst, er muss sich eine genaue Kenntnis desselben aneignen, um überhaupt urteilen zu können.

Ich bin daher, da ich der Meinung bin, daß die Fassung der beiden Vorbehaltsklauseln gleichbedeutend ist, auch der Ansicht, daß grundsätzlich es einerlei ist, ob man die Vorbehaltsklausel des schweizerischen Entwurfs oder jene des E.G. z. deutschen B.G.B. annimmt. Ich gebe jedoch immerhin der schweizerischen Fassung den Vorzug, nicht als ob sie nicht gleichbedeutend mit der deutschen wäre, sondern weil ich sie für präciser, durch besondere Betonung des einheimischen Rechts für energischer und gesetzgeberisch auch für eleganter als die letztere erachte⁴⁸).

⁴²⁾ Marcusen a. a. O. S. 43 u. 44 macht die oben angeführte Argumentation. Er bemerkt dabei noch, daß in einigen Fällen sich die Zugehörigkeit zum ordre public allerdings sofort erkennen lasse, wosu z. B. Art. 116 gehöre, in dem die weitere Hinausschiebung der Ehefähigkeit als ein sociales Postulat, für das die Frauenbewegung in der Schweis sehr energisch einstand, aufgenommen worden ist, ferner der Art. 72 und schließlich auch der Art. 875, woselbst ausdrücklich auf die öffentliche Ordnung verwiesen werde. Dies ist ganz richtig, allein es spricht doch nicht für seine Darlegungen: dem alles, was er hier ins Feld führt, trifft auch für den deutschen Richter su, wenn er den Art. 30 E.G. z. B.G.B. anwenden muß. Derselbe hat sich so gut wie der Schweizer Richter mit seinem Gesetze bekannt zu machen.

⁴³⁾ Marcusen a. a. O. schließst seine Betrachtung, nachdem er noch richtig hervorgehoben hat, daß es für eine Reihe von Artikeln jedenfalls

Es ist Sache der Interpretation, diejenigen Sätze des schweizerischen Civilrechts im einzelnen Falle zu ermitteln, die um der öffentlichen Ordnung oder der guten Sitte willen aufgestellt sind, sei es ausdrücklich oder stillschweigend 44).

schwierig sein werde, von vernherein ihre Zuständigkeit zum ordre public festrusteilen (diese Schwierigkeit, auge ich, dürfte aber auch dem reichs-deutschen Richter entgegentreten), mit den Worten: "Wir würden daher unsererseits einer Redaktion von V Abs. 1 das Wort reden, die sich derjeuigen des Art. 30 E.G. z. B.G.B. mehr nähern würde."

⁴⁴⁾ Vgl. über die richtige Auslegung der in der Theorie und Praxis allgemein gültigen Vorbehaltsklausel Barasetti, Einführung in das frans. Civilreaht, S. 164 ff.; ferner die guten Ausführungen v. Zitelmann, Internationales Privatrecht, Bd. I S. 317 ff. (die sog. Vorbehaltsklausel betr.) u. endlich auch Barasetti, Das internationale Privatrecht S. 6 u. ff.

Richterliche Ingerenz der Kensuln in Rumänlen.

Von Herrn George E. Schima, Generalstaatsanwalt bei dem Kassationshof in Bukarest').

I.

Im Anfang hatten die Konsularagenten ihren Sitz in den Handelshäfen mit der Bestimmung, die Interessen ihrer Nationalen thatsächlich zu handhaben und zu vertreten,

Später erlangten die Konsuln in Folge der Entwickelung der internationalen Handelsbeziehungen eine staatsamtliche Befugnis, indem ihnen der Auftrag wurde, nicht allein die Interessen der Kaufleute zu schützen, von denen sie anfangs ihren Auftrag erhielten, sondern auch diejenigen des Staatswesens, von dem sie abhingen. — Daher die Einteilung der Konsuln in electi oder gewählte und missi oder abgesendete Konsuln, die mit einem amtlichen Charakter bekleidet sind.

Dieser letztere Charakter ist den heutigen Konsuln von allen Staaten anerkannt und ihre Amtsbefugnisse sind durch Gesetze, Verordnungen und Instruktionen festgesetzt, welche von den Staaten ausgehen, denen sie angehören, oder durch internationale Verträge, welche Konsularkonventionen genannt werden.

¹⁾ Diese in der Eröffnungssitzung des rumänischen Kassationshofes für das Gerichtsjahr 1901—1902 gehaltene Rede, deren Übersetzung Herr H. Schmid in Turnseverin gefertigt hat, wird hier — mit Kürzungen — auf Wunsch des Herrn Verfassers mitgeteilt, als Beitrag zur Kenntnis der in Rumänien hinsichtlich der Konsulatzfrage bestehenden Auffassungen.

Die Konsuln können nur in Thätigkeit treten kraft eines Zustimmungsaktes der Landesregierung, welcher Exequatur genannt wird; — sie erfreuen sich nicht der Befreiungen und der Vorrechte, welche den diplomatischen Agenten zuerkannt sind; immerhin haben sie gewisse Vorrechte, welche ihnen die Verträge und die internationale Gepflogenheit zugestehen in ihrer Eigenschaft als öffentliche Beamte; — so z. B. haben sie das Recht, über ihrem Hause die Flagge des Landes aufzuhissen, von dem sie abhängen; sie erfreuen sich der Unverletzlichkeit ihrer Person mit Ausnahme des Falles eines Verbrechens oder von Angriffen auf die Staatssicherheit, der Straflosigkeit vor dem Landesgericht, wenn sie in ihrer amtlichen Eigenschaft vor dasselbe gerufen sind; sie sind dagegen den Gesetzen und der Gerichtsbarkeit des Landes ihres Wohnsitzes unterworfen für alle außerhalb ihrer Amtsausübung begangenen Handlungen.

Neben ihrem politischen und wirtschaftlichen Berufe, ihrer Regierung politische Vorkommnisse, die dieselbe interessieren können, zu berichten, dieselbe auf dem Laufenden zu erhalten über die gesamte Handelsbewegung und die Industrieverhältnisse des Landes, in dem sie angestellt, sind die Pflichten der Konsuln auch administrativer, notarieller und richterlicher Natur²). Wir werden uns nur beschäftigen mit den Obliegenheiten der Konsuln als richterlicher Beamten.

Ehe auf dem Wege von internationalen Verträgen die der Kompetenz der Konsuln überlassene richterliche Gewalt festgesetzt wurde, hat man in Folge der Zubilligung gewisser Souveränetätsrechte, welche das ottomanische Reich verschiedenen westeuropäischen Staaten gewährte, vermöge allgemein angenommenen Gebrauchs die Hauptgrundsätze festgestellt, welche die Einrichtung der Konsuln regeln, indem man auf diese Weise die Gerichtsbarkeit aufstellte und begrenzte, die sie in den von nichtehristlichen Völkern bewohnten Ländern haben sollen.

In erster Linie wurde den Konsularagenten das Recht zuerkannt, Feststellungsakte vorzunehmen und Maßregeln zu ergreifen zum Schutze ihrer geschäftsunfähigen oder abwesenden

²⁾ Vgl. Fiore, Droit Intern. pub., übersetzt von Antoine Paris 1881, Bd. II S. 588—601. — C. R. Lisboa, Du service consulaire. Rev. de Dr. Int. 1900, S. 254 u. ff. — T. Despagnet, Droit Intern. public, Paris 1899, S. 377.

Nationalen. Grundsätzlich haben die Landesbehörden das Recht, Vormundschaften einzuleiten und provisorische Schutzmaßregeln zu treffen, wenn die öffentliche Ordnung durch Imstichlassen der Interessen eines Geschäftsunfähigen gefährdet erscheinen würde. Die Ingerenz der Konsuln und deren Vormundschaftsübernahme sind berechtigt, wenn Verträge oder internationale Gebräuche ihnen ein solches Eintreten zuerkennen.

Diese Einschränkung der inneren Laudessouveränetät, unter den Staaten auf Grund eines feststehenden Gebrauches angenommen, erklärt sich dadurch, daß die Fragen über Kompetenz und materielles Recht sehr eng mit einander verbunden sind. Es muß also den Konsuln das Recht zuerkannt werden, in derselben Weise vorzugehen, wie dies die zuständige nationale Behörde in dem Heimatslande der Interessierten thun würde.

Was das Eingreifen der Konsuln in die Verwaltung von Erbschaften anlangt, so ist dassalha in dassalhan Aut susulassan Ein Konsul muß als er die Festsetzungen der deren Gebiet er sich b muß er sich nach den nach den nach den Gesetzen dies drücken sich zwei hervo de Vallat in ihren Werk Fachkreisen genießen,

Mittelst Anwendung werden, ob der Verstorb oder Minderjährige, ob Testament beerbt wird.

P. Fiore 4) bezeugt.

Wenn die Erben V ansprüche zu erheben ur greifen der Konsuln nich

Im Falle einer Er minderjährig sind, haben Weise mit den Landes

Vgl. de Clercq et d
 Bd. II S. 359.

⁴⁾ Droit Intern. public

haltende Maßregeln zu ergreifen, z. B. die Siegelanlegung, den Verkauf von dem Verderben ausgesetzten Gegenständen, Inventaraufnahme u. s. w.

In Beziehung auf die Beschaffenheit der die Erbschaft darstellenden Güter ist die Befugnis der Konsuln, in die Verwaltung derselben einzugreifen, nur in dem Falle anerkannt, wenn die Erbschaft aus beweglichem Eigentum besteht, während bei Immobilien dieselbe sich nach den Gesetzen des Landes richtet, in welchem dieselben liegen.

Inventarisierte Gegenstände werden in Verwahrung genommen, entweder auf dem Konsulat oder im Hause des Verstorbenen unter Obsorge der Konsuln, denen die Landesbehörde die Liquidation der Verlassenschaft überläßt; oder manchmal verwaltet und liquidiert diese Behörde die Verlassenschaft mit der Verpflichtung, sie sodann den Erben oder den Konsuln zu übergeben.

Wenn eine Testamentserbfolge in Frage steht, so müssen beim Fehlen eines Vertrages die Konsuln den Nachlaß verwalten unter Teilnahme der Ortsgerichtsbehörde; und wenn das Testament beim Konsulat hinterlegt ist, muß die Eröffnung desselben geschehen in Gegenwart der Lokalgerichtsbehörde.

Wenn der Verstorbene einen oder mehrere Testamentsvollstrecker bestellt hat, liegt diesen die Pflicht ob, den Willen des Testators zur Ausführung zu bringen.

Die Konsuln haben also, nachdem sie die auf die Eröffnung der Erbschaft und hauptsächlich auf die Inventarisierung sich beziehenden Akte vollzogen, nicht das Recht, sich weiterhin in die Verwaltung einzumischen, es steht ihnen aber das Recht zu, die Vorgänge im Interesse der Legatare oder der abwesenden t dieser Vorgänge

> , in welchem die ner dritten Macht in Funktion und hre Nationalen in

In Beziehung auf die Testamentsvollstrecker ist in der Praxis die Frage entstanden, nach welchem Rechte die Befugnisse dieser Testamentsvollstrecker bestimmt werden sollen. Man hat gesagt, daß, weil das Testament eine Willensäußerung des Verstorbenen sei, angenommen werden müsse, daß er sich in dieser Beziehung auf sein nationales Gesetz berufen babe. Im Falle aber aus den thatsächlichen Verhältnissen, die der Beurteilung der Richter überlassen bleiben, wie z. B. aus dem Umstande, daß der Testator seit langer Zeit in einem seiner Nationalität fremden Staate sich niedergelassen hat, hervorgeht, daß er gegenteiliger Meinung war, dann muß in solchem Falle das Gesetz des Wohnortes unser Führer sein; nach diesem Gesetz also wird dann der Charakter und die Ausdehnung der Befugnisse der Testamentsvollstrecker bemessen werden müssen *).

Die allgemeinen Rechtsgrundsätze, welche in diesem Gebiete in Folge feststehenden internationalen Gebrauchs gehandhabt werden, sind bei uns in gesetzgeberischer Weise anerkannt.

So bestimmt das Konsularreglement, ausgearbeitet auf Grund des Artikels 40 des organischen Gesetzes für das Ministerium des Auswärtigen, in seinem Artikel 90, Lin. 2: "Sie (die Konsuln) üben auch alle Rechte aus, welche ein Gericht in Vormundschaftssachen hat" und in Artikel 120, Ab. 4, 5, 6, betreffend die Erbschaftsordnung, teilt es ihnen die Anlegung von Siegeln, die Aufstellung des Inventars über das Vermögen eines rumänischen Unterthanen zu; desgleichen die Bestellung von Kustoden und Ausführung von Bewahrungsakten, endlich sollen sie die Befugnis haben, die Verwaltung der Nachlassenschaft oder des Vermögens von rumänischen Unterthanen auf sich zu nehmen.

Nach dem Gesetze über die Reorganisation des Ministeriums des Äußern vom 13. Februar 1894, Art. 23, nehmen die diplomatischen Agenten im Rahmen der Gebräuche und Verträge die bei dem Abwesenheits- oder Todesfall eines Rumänen in der Fremde nötigen Erhaltungsakte vor; und in einem folgenden Abschnitt bestimmt dieses Gesetz, daß die Civil- und Strafgerichtsbarkeit der Konsuln ausgeübt werde gemäß den Rechten,

⁶⁾ Vgl. Despagnet, Dr. inter, priv., 3º édit, 8, 704.

welche zu folgern sind aus dem Völkerrecht, den Vertragsbestimmungen und anerkannten Gebräuchen; Appellationen gegen Urteile der Konsuln sind bei dem Appellhofe in Bukarest zu machen ⁷).

Wir können also in dieser Sache damit schließen, daß die Konsuln in christlichen Ländern auf Grund einer allgemein anerkannten Übung und der Grundsätze des internationalen öffentlichen Rechtes die Berufung haben, Akte der Gerichtsbarkeit für die Aufstellung von Vormundschaften und für die Ordnung der Erbschaften ihrer Nationalen aufzustellen.

In Beziehung auf die Gerichtsbarkeit der Konsuln in nichtchristlichen Ländern, d. h. über diejenigen, welche in den Niederlassungen der Levante wohnen, sind die Vorschriften, welche die Befugnisse der Konsuln bestimmen, verschiedene und stützen sich auf die zwischen der Ottomanischen Pforte und den verschiedenen europäischen Staaten, hauptsächlich mit Frankreich, abgeschlossenen Kapitulationen.

Durch diese Kapitulationen wurden den Konsuln viel ausgedehntere richterliche Gewalten zuerkannt. Sie besitzen die Gesamtheit aller den Richtern des Landes, von dem sie herkommen, zustehenden Rechte. Ihre Rechtsprechung ist unanfechtbar und zwar ebensowohl die strittige als die freiwillige Rechtsprechung.

Der Beweggrund für die Zulassung solcher Beschränkungen erklärt sich ebensowohl aus dem Umstande, daß bei der Gewohnheit der muselmännischen Bevölkerung, in sich abgeschlossen zu leben, die Fremden nur schwer das Recht erhalten konnten, in den von jenen besetzten Ländern zu leben, und so gezwungen waren, von der Möglichkeit, abgesonderte Gemeinschaften ⁸) zu bilden, Gebrauch zu machen, als aus der Notwendigkeit, auf

⁷⁾ Ich glaube, dass es von einigem Interesse sein mag, die ehronologische Folge der Ernennung unserer Konsuln in fremden Ländern anzusübren. Am 1. Mai 1833 wurde nach Constantinopel gesendet der Vornik Nicolae Aristache Capuchihaia; am 1. Nov. 1859, ebenfalls nach Constantinopel, C. Negri mit dem Titel als Agent; im Juli 1860 Major J. Alexandri nach Paris, Agent für die Moldau und 1861 für beide Fürstentümer; im Märs 1863 Th. Calimach, diplom. Agent nach Belgrad; im Dezember 1868 L. Steege, diplomatischer Agent nach Wien u. s. w.

⁸⁾ Vgl. P. Fiore Bd. I S. 491.

einen wirksamen Schutz der christlichen Bevölkerung bedacht zu sein, welche in einem Lande leben mußte, dessen Religion, Gesetze und Sitten vollständig verschieden von ihren eigenen sind, und welche unter solchen Verhältnissen leicht hätten in Gefahr kommen können, wenn sie den Landesgesetzen unterworfen worden wären. "Die Feinde des Christentums", sagt ums F. von Martens, indem er von den barbarischen Staaten spricht, "im Innern schlecht organisiert und mit einem fehlerhaften Gerichtswesen versehen, vereinigen alle Erfordernisse dafür, daß die Konsulargerichtsbarkeit unvermeidlich wurde").

Mehrere Konsularkonventionen, und so auch diejenigen des rumänischen Staates, haben die Grundsätze anerkannt, welche wir für die konsularische Zuständigkeit aussprachen, und haben sogar den Konsuln noch ausgedehntere Rechte zuerkannt.

Ehe wir diese Konventionen prüfen und sehen, welches ihr juridischer Charakter und Erfolg ist, wollen wir untersuchen, welches das auf Rumänien anwendbare Regime ist, — dasjenige der Kapitulationen, des Ottomanischen Reiches, oder dasjenige, welches zu folgern ist aus der Anwendung der Grundsätze des internationalen öffentlichen Rechts, die sich auf die christlichen Völker beziehen.

TT

Um der Frage die richtige Lösung zu geben, muß sie untersucht werden vom Gesichtspunkte des vor dem Vertrag von Berlin von 1878 bestehenden Rechts, und desjenigen, welches, wie behauptet wird, für uns durch diesen internationalen Akt geschaffen wurde.

Alte Publizisten und Autoren über internationales Recht, welche diese beiden angeführten Regime behandelt und auf dieselben angespielt haben, nahmen als Kriterium des Unterschiedes zwischen teilweiser und vollständiger Konsulargerichtsbarkeit die christliche Religion an.

So können wir neben den bis jetzt angeführten Schriftstellern angeben Wheaton, welcher sagt: "Die Konsuln der christlichen Mächte, welche in der Türkei ihren Sitz haben, üben eine civil- und strafrechtliche Gerichtsbarkeit über ihre Landesangehörigen aus, indem sie die fremden Gerichtspersonen

⁹⁾ Vgi. Traité de Dr. inter., traduit du russe, Paris 1886, Bd. II S. 102.

und Gerichte ¹⁰) ausschließen." Ebenso *Blantschli*: "Die Konsuln haben keinerlei strittige Gerichtsbarkeit" und weiter unten: "Die Konsuln der christlichen Staaten in nichtchristlichen Staaten haben in der Regel umfangreichere Gewalt ¹¹)."

Wir finden ebenso in dem Repertorium Dallos' in Beziehung auf die Befugnisse der Konsuln folgende Anführung: "Zum voraus muß gesagt werden, daß aus den Instruktionen vom 29. November 1833 über die Ausübung der Konsulargerichtsbarkeit in christlichen Staaten hervorgeht, daß es der Wunsch der Regierung ist, daß die Konsuln ihre Zuständigkeit auf Akte der administrativen und freiwilligen Gerichtsbarkeit¹⁸) beschränken sollen."

Aus diesen Anführungen geht hervor, daß im Verlauf der Jahrhunderte mit Hülfe der Gebräuche und Verträge sich zwei Arten von Konsulargerichtsbarkeit gebildet haben: eine allgemeine Gerichtsbarkeit, anwendbar auf alle christlichen Länder und eine andere, welche wir die ausnahmsweise nennen könnten, anwendbar auf die mohamedanischen Länder.

Abgesehen von der Betrachtung, welche sich auf den Unterschied in der Religion zwischen den Bewohnern der alten rumänischen Fürstentümer und der Türkei stützt, kann auch unsere völkerrechtliche Stellung gegenüber diesem Staate eine ausnahmsweise Konsulargerichtsbarkeit bei uns nicht rechtfertigen.

Man weiß, daß, im Unterschied von den anderen tributären Provinzen, die Moldau und das Rumänenland sich einer vollkommenen Unabhängigkeit erfreuten, eine von derjenigen des türkischen Reiches ganz verschiedene politische Individualität hatten.

In den zwischen den rumänischen Fürstentümern und der Türkei abgeschlossenen Verträgen ist festgesetzt, daß der Sultan die Verpflichtung auf sich nimmt, die Fürstentümer gegen jeden Angriff zu schützen und sich nicht in ihre innere Verwaltung einzumischen. Außerdem werden den früheren rumänischen Fürstentümern durch öffentliche Schriftstücke internationalen

Elemente des Intern. Rechts von Henri Wheaton, 1864, Bd. I
 196.

¹¹⁾ S. Dr. Intern. codifié par Ch. Bluntschli, traduit de l'all. p. M. C. Lardy 1870, Art. 252 u. 284.

¹²⁾ Vgl. Consule No. 57.

Charakters, die zwischen verschiedenen Staaten abgeschlossen wurden . dieselben Rechte innerer Souveranetat zuerkannt: se ist bekannt, daß infolge des Vertrages von Kutschuk-Kainardschi vom Jahre 1774, als das russische Protektorat sich über die rumänischen Fürstentümer festzusetzen anfing, durch öffentliche Schriftstücke des nordischen Kaiserreiches bekannt gemacht wurde, dass die Rechte und Privilegien der Moldau und Wallachei ihren Ursprung in alten Verträgen haben, welche dieselben mit der Türkei abgeschlossen," dass das russische Reich diese rumanische Immunität erhalten, das heißt die Aufrechterhaltung des früheren juristischen Zustandes beibehalten wolle 18). Später, im verflossenen Jahrhundert, als der russische Schutz durch die Kollektivgarantie der Mächte ersetzt wurde, welche an dem Vertrag von Paris 1856 teilnahmen, wurde durch Art. 22 erklärt. dass die rumänischen Fürstentümer fortsahren, sich der Privilegien und Immunitäten zu erfreuen, welche sie besaßen. Durch die spätere Konvention von 1858 wurde gleicherweise festgesetzt, daß: _die Fürstentümer unter der Kollektivgarantie der vertragschließenden Mächte fortfahren werden, sich der Privilegien und Immunitäten zu erfreuen, welche sie besaßen". Art. 8 Al. 4 derselben Konvention sagt: "dass die internationalen Verträge, welche von dem oberhoheitlichen Hofe werden abgeschlossen werden, auf die Fürstentümer anwendbar sein sollen in allen. was ihre Immunitäten nicht berührt."

Mit Rücksicht darauf, daß bei allen diesen Vorgängen die Fortdauer unseres nationalen Rechtes und unserer inneren Unabhängigkeit eigens anerkannt worden, ist es unmöglich, zuzugeben, daß die außergewöhnliche Gerichtsbarkeit der Konsuln auch außerhalb des türkischen Reiches im engeren Sinne eine exterritoriale Wirksamkeit hätte haben können.

Deshalb behauptet auch mit vielem Rechte Herr St. R. Engelhardt, ein hervorragender Schriftsteller und Mitglied des Institutes für internationales Recht: "Die Kapitulationen zielten, wie jedermann weiß, darauf hin, die Fremden der mohamedanischen Gerichtsbarkeit zu entziehen; sie waren das Resultat der Duldsamkeit, zu welcher der Religionsunterschied, derjenige der

¹³⁾ Zu diesem Zwecke sehen wir im Jahre 1781 sum erstenmal Generalkonsuln in die Fürstentümer und zwar nach Bukarest und Jaany gesendet.

Gesetze und Gewohnheiten und deren Schlußfolgerungen führten. Sie hatten offenbar wenig Sinn mehr in den ausschließlich christlichen Ländern, welche die Mohamedaner nicht mehr besetzt hielten und deren Gesetzgebung, so unvollkommen sie auch sein mochte, doch wesentlich auf das römische und französische Recht gegründet war ¹⁴).

Auch B. Boerescu hat in einer seiner Arbeiten mit einem allen Lobes würdigen Talent den Satz verteidigt, welchen wir die Ehre haben, aufzustellen und kommt nach Aufstellung mehrerer entscheidender Beweisgründe zu dem Schlusse:

"Welches ist die Schlussfolgerung, die aus diesen Wahrheiten folgt? Es ist diejenige, dass die rumänischen Fürstentümer nicht der Herrschaft des allgemeinen Völkerrechtes entzogen werden können; das ihnen keine ausnahmsweise Gerichtsbarkeit aufgedrungen werden kann, welche nur in muselmännischen Ländern einen Sinn haben könnte; dass die Konsuln und politischen Agenten in diesen christlichen und selbständigen Ländern keine anderen Aufgaben und Befugnisse haben können, als diejenigen, welche ihnen in allen anderen christlichen und selbständigen Staaten zukommen 15.)."

Fragen wir uns nun, welches ist unsere juristische Stellung, die uns durch den Vertrag von Berlin vom 13. Juli 1878 mit Beziehung auf die Konsulargerichtsbarkeit geschaffen wurde.

Man weiß, daß durch diesen internationalen Akt unsere Unabhängigkeit der zweifachen Bedingung untergeordnet worden ist:

- 1. dass die Religion nicht die Bedingung für die Erlangung der Eigenschaft als Rumäne sein soll (Art. 44) und
- dass die Privilegien und Befugnisse der Konsuln als ein "erworbenes Recht" in Wirkung bleiben sollen, solange sie nicht durch gemeinsames Einverständnis zwischen den rumänischen Fürstentümern und den beteiligten Staaten abgeändert werden würden (Art. 49).

¹⁴⁾ S. Considérations historiques et juridiques sur les protectorats. Revue de Dr. international Bd. XXIV, 1892, S. 398—359. — F. de Martens, Traité de Droit intern., traduit du ruese, Parin, Bd. I S. 318—349.

S. Mémoires sur la juridiction consulaire dans les Principautés-unies. par B. Boeres cu, Paris 1865.

Bezüglich der ersten Bedingung hat der rumänische Staat gesucht, sich dem Gebote dieses Kongresses zu fügen, indem er den Art. 7 seiner Verfassung, die im Jahre 1879 revidiert wurde, abänderte.

Was den zweiten Punkt angeht, so habe ich schon im Jahre 1881 bei Gelegenheit meiner Schrift über die Reorganisation des Gerichtswesens gegen eine solche Bestimmung protestiert, welche unsere historischen Rechte berührt, die wir durch unsere Kapitulationen mit dem Ottomanischen Reich erhalten haben und die durch den Vertrag von Paris vom Jahre 1856 bestätigt sind.

Ich habe behauptet, dasa, wenn man einerseits unsere politische Unabhängigkeit, unsere Souveränetät erkläre, andererseits aber die Konsulargerichtsbarkeit fremder Staaten bei uns als ein erworbenes Recht betrachte, dies ein wahrer Widerspruch im Rechtssinne und eine in das Wesen unserer Landessouveränetät, die doch die Mächte uns zuerkennen wollten, hineingedachte Negation sei.

Es ist zum Verwundern, wie ein Schriftsteller von dem Werte Blustschlis bei seiner Auslegung des Vertrages von Berlin vergaß, daß er in seinem Internationalen Recht behauptet hat, daß nur in den nichtchristlichen Ländern die Konsuln sich ausgedehnterer Gewalten erfreut haben, nicht aber in den christlichen Ländern, daß er nicht für gut gefunden hat, eine solche Bestimmung für eine Eigentümlichkeit zu erklären, sondern im Gegenteil von den rumänischen Fürstentümern redend, die Behauptung für passend gehalten hat, daß dieselben um so eher den Beweis einer guten Gerichtsverwaltung geben würden, je früher sie die Hindernisse für die Konsulargerichtsbarkeit aus dem Wege räumten 16).

Gleicherweise fällt auch Herr Despagnet in denselben Widerspruch, wenn er auf der einen Seite behauptet, daß "die Herrschaft der Kapitulationen anwendbar sei auf das ganze Ottomanische Reich, sogar auf die christlichen Donauprovinzen", aber später erklärt, daß "nur in den nichtchristlichen Staaten die

¹⁶⁾ S. Der Kongress von Berlin und seine Tragweite vom Standpunkte des internationalen Rechtes aus. Revue de Droit international Bd. XII No. III u. IV.

Aufgabe der Konsuln ihre ganze Ausdehnung bewahrt hat, die sie von Anfang an hatte, besonders unter dem Gesichtspunkt des Rechts und der Gerechtigkeit . . .* und weiter: "Die strittige Gerichtsbarkeit über ihre Nationalen gehört den Konsuln nur in den nichtchristlichen Ländern 17)."

Nun müssen wir uns fragen, wie jene Bestimmung verpflichtende Kraft gegenüber unserem Staate haben kann, während doch bekannt ist, daß die Mächte, welche beim Abschluß des Vertrages von Berlin teilgenommen haben, zugaben, daß Österreich, welches zwei Provinzen des Ottomanischen Reiches, Bosnien und Herzegowina, occupierte, in diesen beiden Provinzen die Kapitulationen aufhob, trotzdem dieselben durch den Vertrag von Berlin aufrecht erhalten waren.

Aber noch mehr als dies, sogar in einem Vasallenfürstentum des Ottomanischen Reiches, in Bulgarien, wurde die Konsulargerichtsbarkeit in Wirklichkeit aufgehoben 18).

Angesichts dieser Umstände glaube ich nicht, dass man im Ernste es aufrecht erhalten kann, dass die Konsulargerichtsbarkeit, die durch die Kapitulationen von dem Ottomanischen Reiche den abendländischen Staaten zugestanden war, uns auch von denjenigen Staaten aufgedrungen werden kann, mit welchen wir keine Konsularkonventionen abgeschlossen haben 19).

Der Bemerkung wert ist es, daß die auf dem Kongress von Berlin vereinigten Bevollmächtigten, welche die volle Kenntnis davon hatten, daß die strittige Gerichtsbarkeit der Konsuln bei uns sich nicht auf internationale Einrichtungen, die verpflichtende Wirkung für die rumänischen Fürstentümer hätten, stützt, sondern daß dieselbe nur angesehen werden kann als eine Ausübung ungerechter Überhebung, gezwungen wurden, die Worte "erworbene Rechte" zu gebrauchen, ein Ausdruck, der sehr wenig den Ideen entspricht, welche sie aussprechen wollten, da bekannt ist, daß in der juridischen Terminologie der Ausdruck "erworbene Rechte" angewendet wird, wenn in Bezug auf die Anwendung des Grundsatzes der Nichtrückwirkung der Gesetze jemand diejenigen Rechte bezeichnen will, welche Private in individualer

¹⁷⁾ S. Droit intern. publ. S. 372, 378 u. 389.

¹⁸⁾ S. Despagnet, Droit intern. publ. S. 392.

¹⁹⁾ S. Martens, Précis du droit de gens Bd. I S. 197-199. Zeitschrift für intern, Privat- u. öffentl. Becht. XII.

Weise erworben haben, aber nicht um die Idee der eigenmächtigen Aneignung oder der Zueignung einer Befugnis auszudrücken.

Wenn aber die Vertreter der großen Mächte mit den Worten "erworbene Rechte" eine Art Löschung eines Rechtes mittelst Verjährung bezeichnen wollten, so ist es nötig, dies zu untersuchen.

Kann die Länge der Ausübungszeit eines misbräuchlichen Rechtes, wird man uns sagen, nicht etwa als Rechtserwerbstitel dienen, bestimmt sie nicht den Erwerb von Rechten in Verhältnissen des internationalen Rechtes ebensogut wie die Verjährung in Sachen des Civilrechts?

Ich glaube, nein-

Es ist von Einigen behauptet worden, daß die Verjährung eine Einrichtung des Naturrechtes und des Völkerrechtes sei und daß sie infolgedessen von einem Staate gegenüber dem anderen angerufen werden könne. (*Merlin*, *Répert*. Prescr. s. I. § 1.)

Zu Gunsten der gegenteiligen Lehre kann man eine ganze Reihe von Rechtsgelehrten von noch größerer Autorität aurufen.

So behauptet *Grotius*, dass die Verjährung Sache des positiven Civilrechtes und gegen das Naturrecht, ebenso wie gegen das Völkerrecht sei. *Pufendorf* spricht sich in demselben Sinne aus und seine Meinung wird geteilt von *Vattel*. Alle diese hervorragenden Schriftsteller bekämpfen diese Lehre und behaupten, dass die Verjährung nicht von einem Staate gegen den anderen angerusen werden kann als Mittel zur legitimen Erlangung eines Rechtes, dass das Recht einer Nation nicht gegen eine andere verjähren kann.

Die Ansicht, dass es keine erlöschende Verjährung von Ansprüchen in dem Völkerrechte giebt, scheint uns gerechtfertigt, sagt G. Rolin Jacquemyns, denn das gemeinsame Einverständnis der Völker hat eine solche positive Regel nach Analogie dessen, was im Privatrecht besteht, noch nicht eingeführt ²⁰).

Was ist in Wirklichkeit die Verjährung? Sie ist gegründet auf die bekannte Regel, dass daraus, dass eine Person Schweigen

²⁰⁾ S. Revue de Droit intern. 1890 S. 861.

beobachtet, abgeleitet werden kann, dass ihre Besitzgrunde wenig berechtigte seien oder sie auf dieselben verzichtet habe. Nun gut, die Besitzgrunde der rumanischen Fürstentumer, ihre juristische Stärke in dieser Hinsicht, stammen ebensowohl aus unseren mit dem Ottomanischen Reiche abgeschlossenen Kapitulationen, als aus den von diesem mit den europäischen Staaten abgeschlossenen, und wie es mit dem Verzicht auf dieses Recht steht, geht aus den Zeugnissen der fremden Schriftsteller hervor, wie z. B. dem der rumänischen Sache so günstigen, von einem ausgezeichneten Geschichtsschreiber. Elias Regnault, veroffentlichten Buche, betitelt: Politische und sociale Geschichte der Donaufürstentümer (Paris 1855), in dem er unter anderem sagt: ein Türke, der einen Prozess in den Fürstentümern mit einem anderen Türken hat, wird von christlichen Richtern abgeurteilt, gemäß den Gesetzen des Ortes, ein Vorkommen, das vollständig den Gewohnheiten des Ottomanischen Reiches widerspricht; und wo er von unseren Kapitulationen mit der Pforte spricht, sagt er: "Sicherlich wurde der Vertrag nicht immer von dem Souveran eingehalten, es gab Verletzungen, Eingriffe, schwere Missbrauche, aber das Recht bestand" 31).

Ebenso hat im Jahre 1877 der bekannte Schriftsteller und Professor der Universität Brüssel Arnts in demselben Sinne eine Studie in der Revue de droit international veröffentlicht, betitelt: "Die Stellung Rumäniens unter internationalem Gesichtspunkt", wo er unter anderem sagt: wenn ein Staat sich bildet und durch seine eigene Kraft und Lebensfähigkeit sich durchsetzt, so wird seine Gesetzmäßigkeit durch die Zustimmung der anderen Staaten anerkannt, und er wird in die große europäische Familie aufgenommen 28).

Das Nichtverzichten auf unsere alten Rechte folgt auch aus unseren unaufhörlichen und auch amtlichen Protesten; — wie z. B. die von dem Ministerrat der Moldau unter der fürstlichen Präsidentschaft des Grigore Voda Chica vom 27. Juli 1850 50) getroffene patriotische Maßregel, ferner die verdienst-

^{21) 8. 8. 86-37.}

²²⁾ S. 48.

²⁸⁾ Diese Thatsache ist erwähnt von dem gelehrten Kommentator unseres Civilrechts D. Alexandresco, bei Gelegenheit einer zu einer Rechtsentscheidung gemachten Bemerkung (s. Curierul Judiciar, Jahrg. 10 No. 44).

volle Schrift des vielbetrauerten B. Boerescu, betitelt "Memorandum über die Konsulargerichtsbarkeit."

Die Formel von den erworbenen Rechten, welche in den Art. 29 des Vertrages von Berlin aufgenommen wurde, ist, wie ich glaube, nicht genügend, die Erwerbung eines Rechts durch das Mittel der Verjährung zu rechtfertigen.

Andererseits können die Entscheidungen eines allgemeinen Staatenkongresses, so mächtig diese Staaten auch sein mögen, sich nicht anderen Staaten entgegenstellen, welche nicht als vertragschließender Teil an dem Kongreß teilgenommen haben, denn, wie sich mit vielem Rechte der Kommentator *Martens* ausspricht: "kann die verpflichtende Wirkung der Verträge, welches auch ihre Natur sein mag, sich nicht gegen diejenigen Staaten richten, welche nicht an ihnen teilgenommen haben und nicht unter den Vertragschließenden gewesen sind" ⁹⁴).

Ich habe für passend gefunden, jene Bestimmung des Kongresses von Berlin anzuführen, denn sie erscheint mir um so ungerechter, als sie getroffen wurde nach dem Eintritt einiger politischer Ereignisse, die durchaus günstig für Rumänien ausfielen, und in einem Zeitabschnitt, in dem auf wissenschaftlichem Boden mehr und mehr der Grundsatz der rechtlichen Gleichheit aller Staaten behauptet wurde.

Es war zu hoffen, dass die Bevollmächtigten der großen Staaten bei der Verfassung einer Ausstellung, die bestimmt war, die Grundlagen des europäischen öffentlichen Rechts zu ändern, sich würden leiten lassen von den Grundsätzen der ewigen Gerechtigkeit, der Moralgesetze, und nicht suchen würden, die vollkommene Anerkennung unserer juridischen Gleichheit, unserer internationalen Individualität unterzuordnen einigen vollständig ungerechtsertigten Bedingungen. "Die Gleichheit der Völker", hat ein großer Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika, Charles Summer, gesagt, "ist ein Grundsatz des internationalen Rechts, von derselben Berechtigung, wie die Gleichheit der Bürger ein Glaubenssatz unserer Unabhängigkeitserklärung ist" 25).

²⁴⁾ S. Traité de Dr. entern. Bd. I S. 170.

²⁵⁾ S. Le concert européen et la notion de droit intern. par Ernest Nys. Revue de Dr. Intern., Jahrg. 1899 S. 272 ff.

III.

Beschäftigen wir uns nun mit den Konsularverträgen und mit den internationalen Gebräuchen.

Von den Konsularverträgen wollen wir zunächst anführen: Die Konsularkonventionen von Frankreich mit Spanien vom Jahre 1862, mit Italien von demselben Jahre, mit Portugal von 1866, mit Griechenland im Jahre 1876, mit dem Staate Salvador vom Jahre 1878.

In allen diesen Konventionen kam man überein, daß die Konsuln Vormundschaften einleiten könnten gemäß dem Heimatrecht. Nur in dem Falle wenn die Konsuln davon Abstand nehmen, die Vormundschaft für ihre Nationalen einzuleiten, oder wenn sie wegen großer Entfernung es nicht können, ergreifen die Landesbehörden die nötigen Maßregeln zum Schutze der Personen und Güter, 'da diese Maßregeln durch das Interesse der öffentlichen internationalen Ordnung geboten sind.

Italien hat ebenso Verträge über Konsularkompetenz mit Spanien im Jahre 1867, mit Deutschland 1868 und 1872 abgeschlossen, Deutschland mit Spanien 1870 und 1872, mit Griechenland 1881, mit Brasilien 1882, mit Serbien 1873.

Was die Konsularkonventionen betrifft, die sich auf Erbsehaften beziehen, so nennen wir diejenige Frankreichs mit Russland vom Jahre 1874. Durch diese Konvention sind die betreffenden Konsuln ermächtigt, einzugreifen in dem Lande, wo die Erbschaft eröffnet wurde, sogar in dem Falle, wenn die Erben dispositionsfähig oder gut vertreten sind.

Andere Staaten, wie die Republik Argentinien, haben gefunden, daß es vernünftiger und billiger ist, einheitliche Bestimmungen in ihre Gesetzgebung bezüglich dieses Gegenstandes aufzunehmen und auf alle Nationen, auch auf diejenigen, mit welchen keinerlei Konvention abgeschlossen worden, die Wohlthat der in ihre Verträge mit anderen Staaten aufgenommenen Bestimmungen anzuwenden 36).

P. Fiore sagt desgleichen: "Für die Staaten, seien sie groß oder klein, schwach oder stark, eine Ueberlegenheit oder eine Einschränkung zu behaupten, die nicht allen gemeinsam wäre, könnte nicht richtig sein" ²⁷).

²⁶⁾ Calvo, Dr. intern. Bd. 2 No. 855.

²⁷⁾ S. das vorangeführte Werk Bd. I S. 874.

Wir schließen also, daß die Herrschaft der Kapitulationen nicht auf uns anwendbar ist, weder vor noch nach dem Vertrag von Berlin.

Der rumänische Staat hat vier Konsularkonventionen abgeschlossen: diejenige mit der Schweiz am 2. Februar 1880, mit Italien am 5. August 1880, mit den Vereinigten Staaten von Amerika am 5. Juni 1881 und mit Belgien am 31. Dezember 1881. Diese letztere Konvention befindet sich nicht mehr in Kraft.

Durch den Art. 8 der mit der Schweiz und durch Art. 15 der mit den Vereinigten Staaten abgeschlossenen Konvention sind in Bezug auf das Recht der Konsuln im Falle des Todes eines Rumänen in der Schweiz oder eines Schweizers in Rumänien gewisse Rechte vorgesehen, aber es ist nicht die Befugnis der Konsuln in betreff der Vormundschaft und der Verwaltung der Erbschaft unter gewissen Umständen vorgesehen, wie in der Konsularkonvention mit Italien Art. 22, woraus natürlich die Frage entsteht, ob auch die Schweiz und die Vereinigten Staaten, indem sie die Klausel der meistbegünstigten Nation anrufen, in dieser Richtung von den im Art. 22 der Konvention mit Italien festgesetzten Bestimmungen Gebrauch machen können.

Stellen wir zunächst eine Frage fest. Es ist behauptet worden, daß eine solche Klausel nur in ökonomischen Verträgen verwendet und angewendet werde, wie in Zoll-, Handels- und Schiffahrtsverträgen und dergl., aber nicht auch in politischen Verträgen. Die Unrichtigkeit dieser Meinung geht aus dem Umstande hervor, daß gerade in unserer Konsularkonvention mit der Schweiz, die als ein politischer Vertrag angesehen wird, in Art. 9 und in demjenigen mit den Vereinigten Staaten in Art. 2 die Klausel der meistbegünstigten Nation aufgenommen ist, was die Unantastbarkeit und die Vorrechte der Konsuln betrifft.

Nachdem dieser Punkt aufgeklärt ist, und um auf die Frage, die wir uns gestellt, antworten zu können, ist zum voraus noch zu untersuchen, welches der Charakter eines Staatsvertrages und welches seine juridischen Folgen sind.

Herr Despagnet legt dies mit vieler Genauigkeit dar, indem

er sagt, dass er eine Übereinkunst zwischen zwei oder mehreren Staaten unter Vermittlung ihrer Behörden ist, welche die Ermächtigung besitzen, den Staat — je nach dem versassungsmäßigen Recht eines jeden — zu vertreten 28).

Ein Traktat ist zugleich ein Vertrag und ein Gesetz. Er hat die Natur eines Gesetzes, denn er stammt her von der Staatsgewalt, welche gemäß der Verfassung eines jeden Staates mit der gesetzgebenden Gewalt betraut ist.

Aber zur selben Zeit ist der Traktat auch ein Vertrag, weshalb man behaupten muß, daß seine Klauseln nur von den vertragschließenden Teilen angerufen werden können.

Bei alledem unterliegt die Regel, daß die Wirkungen eines Vertrags beschränkte seien, mehrfachen Ausnahmen, die uns die internationale Doktrin und Praxis anzeigen. So ist es möglich, daß die Wohlthat einer Konvention sich auch auf andere Länder ausdehnt durch eine formelle Klausel eines allgemeinen Traktats; so kann die sogenannte Klausel der meistbegünstigten Nation einer Konvention von einem vertragschließenden Teil angerufen werden, um aus den von einem vertragschließenden Staate schon anderen Ländern zugestandenen Wohlthaten Nutzen zu ziehen.

Es mus also bei dem Unterschied, welcher meistens zwischen den Grundsätzen des internationalen Rechtes und denjenigen anderer Zweige der Rechtswissenschaft besteht, jedermann sich hüten, die auf das Civilrecht sich beziehenden Regeln auf einen juridischen Zustand aus dem Wirkungskreis des internationalen Rechtes anzuwenden.

Eine weitere Wirkung der Verträge bringt es noch mit sich, dass die Staaten, welche an denselben Teil genommen haben, wie auch ihre Nationalen, nicht auf sie verzichten können, etwa unter dem Vorwande, dass das gemeine Recht ihnen vorteilhafter sei ²⁹).

Da diese Ausnahmen in unbestreitbarer Weise bei der allgemeinen Bestimmung des internationalen Rechtes angenommen sind, so ergiebt sich von selbst die Antwort auf die ge-

²⁸⁾ S. Dr. intern. publ. S. 63.

²⁹⁾ S. Despagnet, Dr. intern. priv. S. 60-61 u. publ. S. 491-492.

stellte Frage; wir sagen: ja, die beiden Staaten Schweiz und Vereinigte Staaten können bei uns die Bestimmungen des Art. 22 der mit Italien abgeschlossenen Konsularkonvention anrufen, denn ihre Behandlung als meistbegünstigte Nation ist ihnen durch die besonderen Klauseln ihrer betreffenden Verträge anerkannt.

Aber was werden wir sagen von den anderen Staaten, mit denen wir keine Konsularkonvention abgeschlossen haben? Vielleicht verlangen dieselben, daß ihnen die Zuständigkeit der betreffenden Konsuln, Einleitung von Vormundschaften und die Verwaltung der Nachlassenschaften ihrer Nationalen eingeräumt werde; oder besser gesagt, würde es möglich sein, ihnen das Recht streitig zu machen, mit derselben Praxis fortzufahren, welche sie bis jetzt befolgt haben?

Hierüber finden wir nun folgendes in dem ausgezeichneten Aufsatze des Herrn Djuvara unter dem Titel: Traktate und Konventionen: "Es ist von der größten Bedeutung, als unbestreitbaren Punkt festzustellen, daß die Anwendung unserer konsularischen Bestimmungen in Wirklichkeit allen anderen Mächten zuerkannt ist ... Diese Bande vollkommener Gleichheit, welche zwischen den Behörden des Landes und den Unterthanen der anderen Staaten bestehen müssen, rühren unzweifelhaft her von dem Freundschaftsverhältnis, in dem wir uns mit allen Staaten befinden und von den allgemeinen Grundsätzen des internationalen Rechtes, welche heutzutage kein civilisierter Staat ableugnen oder denen er nicht Abbruch thun dürfte ohne Schaden für sich selbst. Dasselbe Verhältnis wird uns übrigens auch von diesen verschiedenen Staaten zuerkannt" 30).

Nach unserer persönlichen Kenntnis war dies die Regel für das Verhalten aller unserer Regierungen und auch die richterliche Praxis seit der Veröffentlichung, der wir diese Zeilen entnommen, im Jahre 1888, bis heutzutage.

Die Frage ist aber: bestehen Beweggründe, welche veranlassen könnten, daß wir diese in unseren internationalen Beziehungen befolgte Regel verlassen sollten? Ich glaube, nein. Dies möchte ich darlegen.

"Die Gesetze, Gebräuche, Verträge, die das internationale

⁸⁰⁾ S. Tratate si conventioni S. XIV-XXX.

Recht darsteilen, schließen in sich die Bedingungen, welche die Nationen einzuhalten haben, wenn sie ihre Bedürfnisse mittelst internationalen Austausches erfüllt sehen wollen ⁸¹). ⁶

Gebräuche, Gewohnheiten, die als Quellen des positiven internationalen Rechts angesehen werden, bilden einen hinreichenden rechtlichen Anspruch, um bei uns auch außer Italien, der Schweiz und den Vereinigten Staaten, mit denen wir durch geschriebene Konventionen verbunden sind, die Konsulargerichtsbarkeit mit beschränkten Befugnissen von seiten der anderen Staaten zu rechtfertigen.

Wenn in der Praxis der Konsularvertrag mit Italien ins Auge gefast wurde, so ist dies geschehen im Sinn einer Norm für die Bedingungen, unter denen im aligemeinen die Rechte und Befugnisse der Konsuln auszuüben sind. Der Zweck war, die ziemlich bedeutenden Schwierigkeiten und Missverständnisse zu vermeiden, welche bei Gelegenheit der Ausübung dieser nicht durch eine Konvention präcisierten Rechte entstanden, ohne dass dadurch in irgend einer Weise die wahre Grundlage der verpflichtenden Kraft der Gebräuche geschwächt werde, welche ihren Ursprung hat in dem Zustande dauernder Beziehungen, den der rumänische Staat mit den anderen Staaten aufrecht erhielt, sogar schon vor dem Vertrage mit Italien.

Calvo, dessen Ansicht, wie man weiß, in der Wissenschaft des internationalen Rechts sich einer Autorität erfreut, sagt: "Wenn ein Vertrag... eine praktische Frage löst, welche schwere Mißstimmungen veranlaßt hat, so dehnen sich seine Wirkungen alshald von den vertragschließenden Teilen auf die anderen Staaten, mit denen sie in Beziehungen stehen, aus ⁸²)."

Unser Kulturzustand, die Entwickelung unseres juridischen Bewußtseins sind hinreichende Elemente, daß wir uns eine Vorstellung von dieser verpflichtenden Kraft, von der thatsächlichen Autorität der internationalen Gebräuche machen können.

"Um das internationale Recht zur Verwirklichung als positives Recht unter der Form von Gebräuchen oder internationalen

⁸¹⁾ S. F. de Martens, Traité de droit international; tr. du russe, Parin 1882, Bd. I S. 24.

³²⁾ S. Dr. Intern. Bd. I S. 29.

L

Verträgen geeignet zu machen, müssen die Staaten ein gemeinsames Bewußtsein der allgemeinen Grundsätze besitzen, welche ihre Beziehungen beherrschen, und eine Ordnung anerkennen, die sich auf diese Grundsätze stützt, welche geachtet werden müssen *2." Dieses gemeinsame Bewußtsein findet sich aber in vollständiger Weise nur bei denjenigen Völkern, welche den Ideen europäischer Civilisation nachstreben, und nur in unvollkommener Weise bei den Völkern, welche nur in beschränkter Weise an dieser Civilisation teilnehmen.

P. Fiore behauptet, dass es ein offenbarer Irrtum sei, zu glauben, dass Staaten außer von den Verträgen nur von der Einwirkung ihres willkürlichen Willens abhängig seien, denn es bestehen Regeln des Rechts, welche das Verhalten der Staaten betreffen und welche für sie verpflichtend sind. Ebenso behauptet er, dass infolge der Thatsache, dass Staaten in gleichmässiger Weise, öffentlich und während eines beträchtlichen Zeitraumes in gewissen bestimmten Fällen gehandelt haben, die besolgte Praxis als Vorschrift des Rechtes betrachtet werden kann 34).

Aber noch mehr; es kann vorkommen, daß außer den Gebräuchen, d. h. gewissen Thatsachen, welche das Erfordernis langer Dauer, Öffentlichkeit und Gleichförmigkeit in sich vereinigen — ich sage, daß in einem weniger langen Zeitabschnitt in gewissen bestimmten Fällen durch gemeinsames Einverständnis zwischen Staaten gewisse Festsetzungen geschehen, welche bis zu einem gewissen Punkte neben Verträgen und Gewohnheiten genügende Kraft haben, um die Behörden der betreffenden Staaten zu ermächtigen, denselben in ihren internationalen Beziehungen Rechnung zu tragen.

Die Idee der Reciprocität ruft nun folgende Schlusfolgerung in uns wach. Unser Konsularreglement von 1880
gab, wie wir gesehen haben, in die Hand unserer Konsula
die Rechte von Gerichtshöfen in Vormundschafts- und Entmündigungssachen (Art. 90 Al. II), das Recht, Siegel anzulegen,
Inventarien zu machen und die Nachlassenschaft rumänischer
Nationalen zu verwalten (Art. 120, Al. IV, V, VI). Auf Grund

³³⁾ S. Despagnet, Dr. intern. publ. S. 59.

³⁴⁾ S. Dr. Intern. publ. tr. Ch. Antoin, Paris 1885, No. 199 u. 230.

welcher internationalen Bestimmung können unsere Konsuln in der Fremde ihre gesetzlichen Obliegenheiten erfüllen? Im allgemeinen können sie dieselben nur erfüllen auf Grund der Höflichkeit, der Höflichkeit der Völker, eines freiwilligen Zugeständnisses von seiten der fremden Staaten; aber es ist bekannt, dass diese Praxis 35 gewöhnlich der Bedingung der Gegenseitigkeit untergeordnet ist. Wie werden wir also den gewünschten Erfolg erreichen, wie werden wir es vermeiden, den praktischen Erfolg unserer gesetzlichen Bestimmungen unerreichbar zu machen, wenn wir dieselben Rechte nicht auch den auf unserem Gebiete befindlichen fremden Konsuln zugestehen?

Denn schließlich ist, wie ich bemerkt habe, die Praxis der Höflichkeit nichts als die Anwendung der Erfordernisse der Moral auf internationale Beziehungen: "Was du nicht willst, daß man dir thu, das füg' auch keinem andern zu!" Doch ruft solche Praxis nicht nur eine Verpflichtung moralischer Natur für uns hervor, sondern auch eine konventionelle Verpflichtung, die hervorgeht aus der Zuerkennung des "Exequatur", einer Ermächtigung, welche den betreffenden fremden Konsuln gegeben wird, damit sie unter den Bedingungen der internationalen Gewohnheiten und unter Anwendung der Gegenseitigkeit funktionieren können.

Bei Gelegenheit der Frage, ob eine Ehe, die vor einem Konsul oder diplomatischen Agenten abgeschlossen worden, überall der Form nach gültig sein könne, hat Herr Renault, der hervorragende Professor der Rechtsfakultät von Paris — in einer Sitzung der Konferenz vom Haag — eine Erklärung abgegeben, welche verdient, angeführt zu werden, denn sie bezieht sich auf eine juridische Lage von vollkommener Ähnlichkeit mit derjenigen, die uns beschäftigt. Derselbe hat gesagt: "Wenn in einem Lande die Gesetzgebung den Konsuln dieses Landes das Recht giebt, Ehen ihrer Nationalen abzuschließen, kann man dann nicht auch vernünftigerweise schließen, daß diese Gesetzgebung sich nicht widersetzen werde, wenn auch die fremden Konsuln Ehen auf ihrem Gebiete abschließen?"

³⁵⁾ P. Fiore Bd. I S. 188 Note: "Wenn die Staaten gegenseitige Zugeständulsse sich machen, so geschieht dies, um ihre eigenen Interessen zu wahren. C. Antoine.

Eine letzte Betrachtung, die ins Auge zu fassen wäre, ist diejenige, welche uns von Calvo angezeigt wurde. Derselbe sagt uns: "Da der Sache nach alle Schriftsteller über diesen Punkt einverstanden sind, so ist zugegeben, daß, wenn eine Reihe von Verträgen in übereinstimmender Weise eine identische Frage löst, man annehmen kann, daß sie damit die Ansicht der Nationen über diese Frage ausdrücken."

Also: alle zwischen Staaten abgeschlossenen Konsularverträge geben den betreffenden Konsuln ein Recht zu richterlicher Verwaltung in Beziehung auf Vormundschaften und Erbschaft.

Um nun einen Schluß ziehen zu können betreffs der Frage, ob die Konsuln von Staaten, mit welchen wir keine Konsularverträge haben, das Recht besitzen, Vormundschaften einzusetzen und Nachlässe ihrer Nationalen zu verwalten, erhalte ich aufrecht, daß vom Gesichtspunkt der allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätze, von demjenigen der internationalen Gebräuche, der von uns ausgeübten Praxis, des aus unserer eigenen Gesetzgebung abgeleiteten Rechtes der Gegenseitigkeit und der einheitlichen Art, in welcher alle Verträge dieser Natur die Frage ins Auge fassen, es mir scheint, daß eine bejahende Antwort geboten ist.

Man hat behauptet, dass auf Grund des Art. 11 des Civilgesetzbuches, welcher bestimmt, dass die Fremden jederzeit in Rumänien sich derselben bürgerlichen Rechte erfreuen sollen, deren sich die Rumänen erfreuen, des Art. 54 der Civilprozessordnung, welcher die beklagten Fremden der Zuständigkeit der Gerichte zuweist, die Einleitung einer Vormundschaft über einen minderjährigen Fremden und eine Erbschaftsverwaltung nach Ausländern von seiten der rumänischen Gerichtsbehörde vorkommen könnte, ohne dass den internationalen Gebräuchen Rechnung getragen zu werden brauchte, welche das Gegenteil sestsetzten, da ja diese Gebräuche nicht den juristischen Wert von Verträgen haben.

Jene gesetzlichen Bestimmungen scheinen mir aber nicht den absoluten Sinn zu haben, der ihnen gegeben wird. Die Anwendung der Worte "in deobste" ("im allgemeinen") und der Schlufssatz "außer den Fällen, wo das Gesetz anders bestimmt haben sollte," lassen erkennen, daß die Rede ist von einer

Regel, weiche Ausnahmen zulässt und allen Arten von Temperamenten ausgesetzt ist.

Die Gesetzgeber des Civilgesetzbuches, befriedigt von dem Stande der Gesetzgebung der damaligen Zeit, konnten, als sie diese Einschränkungen machten, nur an die Prohibitivgesetze in betreff der Fremden denken, wie z. B. das Dekret vom 19. August 1864, welches einem nichtchristlichen Fremden den Kauf von Immobilien verbietet. Aber hauptsächlich mit dem Worte "im deobste" haben sie sich auf die in damaliger Zeit befolgte Praxis der Grundsätze des Völkerrechtes, der internationalen, schon feststehenden Gebräuche bezogen, daß die Interessen der Fremden in bestimmten Fällen, wie z. B. in den von uns angeführten, der Regelung durch die Konsularbehörden überlassen werden sollen.

Ich glaube also nicht, dass der Gedanke des Gesetzgebers so ausgelegt werden darf, dass die Ordnung der Jurisdiktion, die Regeln der Zuständigkeit, geändert werden sollten, zu einer Zeit als bei uns schon anerkannt wurde, dass wie in anderen Staaten, die schon in die internationale Gemeinschaft eingetreten, den Konsuln die Ordnung dieser Angelegenheiten überlassen bleibe.

Jedenfalls begreifen die Bestimmungen des Art. 11 des Civilgesetzbuches, wie auch diejenigen des Art. 54 der Civilprozessordnung, welche den Fremden bürgerliche Rechte, folglich auch dasjenige, vor den rumänischen Gerichten verhandelnd zu erscheinen, zuerkennen, nicht auch für diese letzteren die Idee der Verpflichtung in sich, die Fälle, welche vor sie gebracht werden, abzuurteilen, im Falle sie finden, dass sie auf Grund gewisser Verträge oder Gebräuche von international anerkannter Gesetzeskraft nicht dazu berufen sind.

Garsonnet, der betrauerte Dekan der Rechtsfakultät von Paris, sagt in seiner Auslegung der Bestimmungen der französischen Gesetzgebung, die mit denjenigen des Art. 38 unseres organischen Gesetzes über den Kassationshof übereinstimmt: Der Ausdruck "Gesetz" muß im weitesten Sinne ausgelegt werden (in demselben Sinne spricht sich auch Dallos aus 36), ebenso

³⁶⁾ Supl. Repert. Cass. N. 285.

Chénon)⁸⁷) und begreift unter anderem in sich auch den Sinn der Verletzung gewisser Bestimmungen, die aus den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechtes folgen ⁸⁸).

Unter dem Gesichtspunkt des internationalen Rechtes ist also die Beobachtung des Gebrauches für die Gerichte obligatorisch und folglich scheint mir ihre Verletzung einen Grund für die Aufhebung einer richterlichen Entscheidung zu bilden.

Diese Theorie erscheint mir um so mehr anwendbar in einer Gesetzgebung wie die unserige, welche in kategorischer Weise den Grundsatz anerkennt, dass die Konsuln die Befugnis haben, Vormundschaften zu ordnen und auch die Nachlassenschaften rumänischer Nationalen zu verwalten.

Ich glaube demnach, daß, wie unsere Konsularrichter bei der Ausübung ihrer Gerichtsbarkeit gehalten sind, sich nach den im Privatrecht als Regel angesehenen Gebräuchen zu richten (Art. 23 des Gesetzes über die Organisation des Ministeriums des Außeren), ebenso auch die Richter des gemeinen Rechtes und unsere richterlichen Kollegien gehalten sind, die Gebräuche, welche Gegenstand des internationalen öffentlichen Rechts geworder sind und welche als Grundlage für unsere Beziehungen zu anderen Staaten dienen, als Gesetzeskraft besitzend zu betrachten.

Man hat behauptet, dass die Auslegung eines internationalen Vertrages ausschließlich den richterlichen Behörden vorbehalten sein müsse, denn nur sie seien in der Lage, politischen Betrachtungen nicht Rechnung zu tragen, welchen häusig Privatinteressen geopfert werden; andererseits setzt man hinzu, wenn der Regierungsgewalt die von den Gerichten gegebenen Lösungen in dieser Hinsicht nicht gefallen und dieselbe finden sollte, dass ie ihren Beziehungen zu anderen Staaten schaden könnten, so habe sie eben zu veranlassen, dass mit diesen Staaten Zusatzverträge, Auslegungskonventionen gemacht werden ⁸⁰).

Abgesehen davon, dass der angerusene Beweggrund in sich be-

³⁷⁾ S. Origines, conditions et effets de la cussation (mémoire couronné par la Faculté de dr. de Paris).

³⁸⁾ S. Traité théor. et pratique de procédure, Paris 1894, Bd. V S. 571 -573.

³⁹⁾ S. Etudes our la compétence civile à l'égard des Blats étrangers, par P. de Paepe, conseiller à la Cour de oassation, Braxelles 1894, S. 292.

streitbar ist, da die öffentlichen Gewalten nur berufen sind, alle zusammen ihre Mitwirkung zur Herstellung der Gerechtigkeit im Staat im weitesten Sinne des Wortes zu leisten, und es also nicht vorauszusetzen ist, daß eine von ihnen diese Richtschnur verlassen werde, — so ist auch die vorgeschlagene Lösung durchaus unpraktisch, denn die Gelegenheiten, wenn die Notwendigkeit einer Auslegung solcher Konventionen sich zeigt, können häufig sein, und es ist unmöglich, jedesmal, um einem vorkommenden Streitfall die gehörige Lösung geben zu können, die Kammern zusammenzuberufen, um ihnen den Fall zu unterbreiten.

Ich glaube also nicht, daß dieses System aufrecht erhalten werden kann, und halte das System für richtig, welches die fremde Rechtslehre und besonders die französische Rechtspraxis befolgt.

Diese Rechtslehre macht einen wichtigen Unterschied. Aus dem Umstand — sagt sie —, daß ein Traktat den Charakter eines gegenseitigen Vertrages, wie auch eines Gesetzes hat, folgt, daß im Falle ein Einspruch private Interessen, wie z. B. ein Eigentumsrecht, ein Erbschaftsrecht zum Gegenstand hätte, die richterlichen Behörden die zur Anwendung eines Traktats berufen sind, natürlich auch die Befugnis haben, ihn auszulegen. Sollte aber der Einspruch eine Frage zum Gegenstand haben, die sich auf die Natur und die Ausdehnung der internationalen Beziehungen der vertragschließenden Teile bezieht, dann kann die Auslegung nur von diesen Teilen selbst geschehen, d. h. von seiten der Regierungsgewalt oder einem von ihr gewählten Schiedsrichter.

Wenn z. B. der Einspruch die Frage zum Gegenstand hat zu wissen, worin die Unantastbarkeit besteht, welche den Konsuln durch einen Vertrag zuerkannt ist, so würden die Gerichte nicht die Berufung haben, die internationale Konvention auszulegen, weil die Zuständigkeit der Konsuln, welche einen Einflus auf die guten Beziehungen der Staaten untereinander hat, als eine Frage der öffentlichen Ordnung angesehen wird, welche auszulegen die Regierungsgewalten sich das Recht vorbehalten müssen. In dieser Ideenfolge hat man in Beziehung auf eine Frage, die vollkommene Analogie mit derjenigen, die uns beschäftigt, besitzt, gesagt: "wenn die Rede ist von konsularischer Unantastbarkeit, von den Rechten des Vertreters eines fremden Staates als solchen bei uns, so würden wir verstehen, daß man uns von ausschließlicher Zuständigkeit der ausübenden Gewalt spricht, denn dann wäre nicht eine Frage des internationalen Privatrechts zu lösen, welche der Zuständigkeit des Richters angehört, sondern eine Frage des internationalen öffentlichen Rechts, deren Zuständigkeit der ausübenden Gewalt angehört 40)*.

Die Ansicht eines Staatsanwaltes des Kassationshofes von Frankreich, welche derselbe bei Gelegenheit einer Beschlusfassung aussprach, scheint mir das richtige Maß für die Unterscheidungen zu geben: "In dieser Sache", sagt er, "muß man sich fragen, ob die Entscheidung, welche das französische Gericht aussprechen soll, der Art ist, einen von einer fremden Regierung ausgegangenen Akt beurteilen zu müssen und einen Einfluß auf die Beziehungen dieser Regierung zu der Nationalregierung auszuüben. — In diesem Falle muß die Gerichtsbehörde jener die Frage, welche zu lösen ist, zusenden."

Ich fasse mich zusammen: In den christlichen Staaten ist die Konsulargerichtsbarkeit, in einzelnen Fällen eingeschränkt, von der Entstehung dieser Einrichtung an bis heutzutage durch fortdauernden Gebrauch in die internationale Praxis eingeführt. Obwohl diese Konsulargerichtsbarkeit dem Grundsatze nach eine Beschränkung der Landessouveränetät bedeutet, können wir doch sagen, dass sie in Anbetracht der guten Beziehungen. die zwischen den Staaten bestehen sollen, der befriedigenden Ordnung der Interessen ihrer betreffenden Nationen, einen Teil des allen civilisierten Staaten gemeinsamen Besitzes bildet, den Ausdruck ihres juridischen Bewußtseins von einem allgemein anerkannten Gebrauch, welcher sich demzufolge jedem Staate aufdrängt, der zu der internationalen Gemeinschaft gehört: es ist also nicht zu befürchten, dass der rumänische Staat dessen nicht Rechnung tragen werde zu einer Zeit, wo er selbst seine Ausübung durch Gesetze und Verordnungen organisiert hat, wo in einer stark ausgesprochenen wissenschaftlichen Strömung, hervorgerufen durch Autoren des internationalen Rechtes, darnach gestrebt wird, demselben eine mehr und mehr um sich greifende Anwendung zu geben.

⁴⁰⁾ S. Curierul-Judiciar No. 87 vom 17. Mai 1901 S. 294.

Das montenegrinische Eherecht.

Komtur **Hilam Paul Jevanević** in Vukovar a. d. Donau, Syrmien-Slavonien.

Das montenegrinische Eherecht ist in der Litteratur stiefmütterlich behandelt. Es kommen neuestens eigentlich nur die nachstehenden Werke in Betracht, nämlich: Gesetzbuch Daniels I. (vom 23. April 1855 a. St.), Fürsten und Gebieters von Montenegro und der Brda, in deutscher Übersetzung bei Manz, Wien 1859; Popović: Recht und Gericht in Montenegro, Zagreb 1877: und ein nach dem Muster der in anderen Kulturstaaten geltenden Gesetzbücher abgefastes Gesetzbuch von dem Serben Dr. Balthasar Bogišić nach eingehendem Studium der alten Gewohnheits- und Ortsrechte sorgfaltig entworfen und mit einigen vom Rechtsrat (велики суд и државии савјет) getroffenen Abänderungen mit Gesetzeskraft versehen. - Mit dem Erlasse (YEAS) des Fürsten Nikola I. vom 14/26. Januar 1898 wurde eine neue Herausgabe des montenegrinischen Allgemeinen Gesetzbuches über Vermögen (Güterrecht): "Оншти Имовински Законик за Књажевину Црку Гору" 1. Vol. in 8°, Cetinje 1898, angeordnet und gedruckt bei Chamerot et Renouard in Paris in vornehmster Ausstattung, da sich während der zehn Jahre, seit dies Gesetzbuch erschien, in ihm viele Modifikationen notwendig zeigten. Das alte Gesetzbuch über Güterrecht trat am 1./13. Juli 1888 und das neue am 1/13. April 1898 in Kraft. — Eine Ausgabe dieses Gesetzbuchs ist in deutscher von A. Shek bei Carl Heymann, Berlin 1893, und in französischer Sprache von R. Dareste und Albert Rivière bei Imprimerie Nationale, Paris 1892, erschienen.

Die Ehe begründet das Familienleben, und der juristische Charakter der Eheschließung ist von eingreifendem Einfluß auf die Rechtsverhältnisse der Familie (обятель); die montenegrinische Ehe beruht auf dem *mutuus consensus* der Nupturienten, ihr Zustandekommen ist von keiner strengen juristischen Form bedingt, und kann selbst durch Flucht, Entführung und Raub der Braut bewirkt werden (G.B. von 1855 Art. 69).

Die Kirche, die lehrt, dass die Ehe ein Sakrament (rajsa) sei, kämpste lange Zeit gegen die vertragsmäßige und formlose Eheschließung, und erwirkte für Montenegro unter Knjaz Daniol I. ein Gesetz (vom 23. April 1855), das die Gültigkeit der Ehe an die kirchliche Trauung und Einsegnung knüpste.

Nach den noch geltenden alten Rechtsmitteln wirbt der Bräutigam um die Braut bei ihren rechtmäßigen Verlobern, bei ihren Eltern oder Brudern und in der Zadruga-Kommunion (Hauptgemeinschaft) beim Hausvater (crapjenmea, caput familie, Patriarch, patriarca); ist seine Werbung angenehm, so wird ihm die Braut versprochen, wobei er ihr den Angelobungsring und andere Geschenke darreicht; auch bei den Montenegrinern gilt die Regel: "Ist der Finger beringet, ist die Jungfer bedinget." Bei dem Eheverlöbnisse müssen alle Erfordernisse, die zu einem Vertrage überhaupt gehören, beachtet werden; Geisteskranke, Kinder unter siehen Jahren und Personen, denen ein gesetzliches Ehehindernis entgegensteht, können kein Eheverlöbnis eingehen; wurde ein solches an eine unmögliche Bedingung geknüpft, so ware es natürlich wirkungslos. Eine bestimmte Form bei Schliefsung von Eheverlöbnissen ist gesetzlich nicht vorgeschrieben: usus ist es, sich Ringe und Geschenke zu geben; häufig wird das Verlöbnis vor Zeugen (Kymonu) geschlossen. Nach dem Verlöbnisse ist die Braut sofort Eigentümerin des ihr Geschenkten, welches sie auch dann, wenn der Bräutigam noch vor der Trauung stürbe, behalten darf, es sei denn, daß sie selbst an der Verzögerung Schuld trüge.

Das Eheversprechen, wenn es unter voller Freiheit des Willens und ohne Obwalten eines Irrtums gegeben wurde, ist insofern bindend, als im Weigerungsfall auf Ersatz des wirklichen Schadens, der aus der Nichterfüllung für den anderen Teil erwächst, belangt werden kann. In jedem Falle kann vorerst auf Erfüllung desselben gedrungen werden; gezwungen darf jedoch niemand werden. Der ohne erhebliche Ursache von dem Eheverlöbnisse Zurücktretende verliert außerdem, daß er den dadurch bewirkten Schaden ersetzen muß, die gegebenen Brautgeschenke, hat die Prozeßkosten zu tragen und kann wegen öffentlicher Verletzung der Ehrbarkeit gestraft werden. — Die Verbindlichkeit zur Eingehung der Ehe aus einem Eheverlöbnisse kann durch mehrere Umstände für beide Teile oder nur einen derselben aufgelöst werden, und zwar für beide Teile:

- a) durch den Tod eines der Verlobten;
- b) durch beiderseitige Einwilligung;
- c) durch Ablauf der bedungenen Zeitfrist;
- d) wenn ein Teil die Priesterweihe annahm oder ein feierliches Klostergelübde ablegte;
- e) durch das Eintreten eines Ehehindernisses.

Für bloß einen Teil hört die Verbindlichkeit aus einem Verlöbnisse in folgenden Fällen auf:

- a) wenn ein Teil sich unzüchtiger Handlungen oder einer Fornikation schuldig gemacht hat;
- \$\beta\$) wegen erheblicher Veränderungen des Zustandes, die nach dem Verlöbnisse eingetreten sind, und zwar wegen einer ekelhaften Entstellung oder wegen Verlustes der Ehre u. s. w.;
- y) wenn ein Teil inzwischen eine andere Ehe geschlossen oder ein anderes Eheverlöbnis eingegangen hätte;
- durch Empfang der niederen Weihen oder Aufnahme in die Klostermöncherei;
- η) wenn der eine Teil verreist und, ohne von sich Nachricht zu geben, lange Zeit ausbleibt.

Hier müssen wir bemerken, daß in allen aus einem Verlöbnisse entspringenden Klagen und Prozessen, soferne es sich um den Bestand und die Gültigkeit, sowie um die Rechtswirksamkeit desselben handelt, die geistlichen Gerichte zu entscheiden berufen sind.

Geschlossen wird die Ehe durch eine feierliche Zuführung und Übergabe der Braut an den Bräutigam. Die Nupturientin wird dadurch aus ihrem bisherigen Familienverbande entlassen und in eine andere Genossenschaft aufgenommen; tritt sie aus einer Gütergemeinschaft, so muß sie für ihren Anteil eine entsprechende Entschädigung, d. h. eine angemessene Ausstattung oder Mitgift erhalten.

Es kann auch geschehen, dass der Bräutigam sich seine Braut verschafft ohne Wissen und Willen, ohne Verabredung und Zustimmung ihrer rechtmäßigen Verlober, nämlich durch Flucht der Braut aus ihrer Familie oder durch Entführung und Raub. Hierbei sind nur zwei Fälle von besonderen Rechtsfolgen zu unterscheiden:

- 1. Hat die Braut freiwillig ihre Familie selbst verlassen, oder hat sie sich mit dem Entführer zur Entführung verabredet, so wird und bleibt sie ohne weiteres die rechtlich anerkannte Frau ihres selbstgewählten Gemahles, aber sie hat keinen Anspruch auf eine Ausstattung oder dos. § 70 des Gesetzbuches von 1855 bestimmt: "Folgt ein Mädchen dem ledigen Manne freiwillig ohne Vorwissen ihrer Eltern, so kann man ihnen nichts an haben, da sie die Liebe selbst verband."
- 2. Wird die Braut wider ihren Willen geraubt, so hat vorläufig ihre Familie die Pflicht, den Räuber aufzusuchen und ihn zur strengen Verantwortung zu ziehen. Ist es überhaupt möglich, seiner habhaft zu werden, so kann er, wenn sich die geraubte Braut nicht für ihn erklärt, getötet werden; will diese aber seine Frau sein, so hat es dabei sein Bewenden. Kann man aber dem Brauträuber nicht beikommen, und verbleibt die Geraubte später freiwillig bei ihm als Frau, so wird die Eherechtsgültig, die geraubte Frau erhält jedoch in keinem Falle von ihrer angestammten Familie irgend eine Ausstattung oder Erbschaft¹).

Derjenige, der ein Weib bei Lebzeiten ihres Mannes heiratet, ein Mädchen wider ihren Willen, ohne die nach der Sitte und dem Gebrauche der Kirche erforderliche Einwilligung ihrer Eltern, beziehungsweise ihrer Anverwandten raubt, ist des Landes zu verweisen (§ 69 G.B. von 1855), woraus folgt, dass die Entführung eines Mädchens zum Zwecke der Heirat nur dann strafbar ist, wenn das Mädchen nicht einverstanden war (Art. 944, 1011, 1012 G.B. über Verm.).

Die montenegrinischen Ehegenossen schließen vielmehr eine

Selbsthülfe und Btutrache sind durch das Gesetzbuch Peters L verboten. Art. 16, 18, 31.

Lebensgemeinschaft, in welcher sie sich vertragsmäßig Rechte gegenseitig einräumen oder beschränken können. Da ferner die Ehe nur auf einem mutuus consensus beruht, so kann sie auch durch einen contrarius consensus wieder gelöst werden; gegen den Willen aber und, ohne eine rechtliche Ursache, kann kein Ehegatte den andern verstoßen; die Ehescheidung muß in gesetzlicher Ordnung geschehen, so daß alle vermögensrechtlichen Verhältnisse geregelt werden. Der Mann, der sich von seiner Frau scheidet, ist verpflichtet, für ihren Unterhalt zu sorgen, es sei denn, daß sie zur Strafe infolge eines schlechten Lebenswandels den Anspruch darauf verloren hat (§§ 67, 75, 76, 77 G.B. von 1855).

Das montenegrinische Gesetz verordnet, daß der Seelsorger drei Tage vor der Trauung Nachfrage zu halten hat, ob die Braut mit dem Bräutigam zu frieden sei, denn nur in diesem Falle darf der Seelsorger die Trauung vollziehen; ein Priester, der gegen dieses Gebot eine Ehe einsegnet, ist aus der heiligen Kirche ausgeschlossen (§ 68 G.B. von 1855). Die Volljährigkeit bei jedem Montenegriner beginnt wie in Deutschland mit dem vollendeten 21. Lebensjahre (Art. 636 G.B. über Vermögen). Nach dem vollendeten 18. Lebensjahre kann der Minderjährige durch das Vormundschaftsgericht — Kapetanatsgericht, in dessen Sprengel der Minderjährige seinen Wohnsitz hat — für großjährig erklärt werden (Art. 638, 647, 963 G.B über Vermögen); in diesem letzten Falle ist die Einwilligung der Eltern, des Vormundes, des Vormundschaftsgerichtes erforderlich.

Es giebt Umstände, die die Eingehung der Ehe hindern oder eine bereits eingegangene und vollzogene Ehe auflösen.

Zu den ersteren, die eine Ehe einzugehen und zu vollziehen verbieten, gehören:

- 1. Die verbotene geheiligte Zeit.
- 2. Das Verbot der Kirche. Wegen gegründeter Vermutung eines Ehehindernisses der Verwandtschaft, Schwägerschaft oder anderer Art kann der Bischof oder betreffende Pfarrer die Schließung der Ehe, wenigstens auf Zeit, verbieten; dies kann er auch dann verfügen, wenn von einem oder beiden zu Trauenden die formalen Ausweise: Taufschein, Nachweisung des ledigen oder verwitweten Standes, Wohnungszeugnis, Verkündschein nicht erbracht wurden.

- 3. Ein früheres, schon mit einer anderen Person geschlossenes Eheverlöbnis. Ist aber die Ehe bereits geschlossen, so kann sie eines anderen früheren Verlöbnisses wegen nicht aufgelöst werden.
 - 4. Das Gelübte der Keuschheit.

Die trennenden, selbst eine Ehe nichtig machenden Hindernisse sind entweder in einem Mangel der Einwilligung oder Abgange der physischen und geistigen Fähigkeit oder der gesetzlichen Formalitäten begründet. Daher:

- 1. Der Irrtum, error, muss ein wesentlicher sein und sich auf die Person beziehen; z. B. es wurde statt einer zur Ehe bestimmten Person eine andere untergeschoben.
- 2. Das Gelübde erhält die ehetrennende Qualität nur als votum solemne. Eintritt in einen Orden, Empfang der höheren Weihen. Ist nämlich die Ehe zwar geschlossen, aber nicht konsumiert, d. i., wenn die geschlechtliche Verbindung zwischen den beiden Vermählten noch nicht erfolgt ist, so kann jeder Teil ein geistliches Gelübde (der Keuschheit) ablegen; dadurch wird die Ehe gelöst, und der zurückbleibende Teil kann sofort eine andere Ehe eingehen.
- 3. Das Verbrechen (crimen) bezieht sich auf Ehebruch und Gattenmord; es darf eine Ehe nicht geschlossen werden zwischen einem wegen Ehebruches oder Gattenmordes geschiedenen Ehegatten und demjenigen, mit dem der Geschiedene den Ehebruch Mord begangen hat.
- 4. Bezüglich des Ehehindernisses der Verwandtschaft ist zu merken: Zwischen Verwandten in auf- und absteigender Linie kann nie eine Ehe statthaben.

Seitenverwandte dürfen sich bis zum vierten Grade nach kanonischer Zählung nicht heiraten, die Verwandtschaft mag aus einer rechtmäßigen oder unrechtmäßigen Ehe entstehen.

Bei den Katholiken begründet auch die gesetzliche Verwandtschaft — durch Adoption — und die geistliche, — die durch das Sakrament der Taufe und Firmung vermittelt wird — ein Ehehindernis. Den Griechisch-Orientalischen ist dieses natürlich fremd.

5. Die Schwägerschaft begründet gleichfalls ein Ehehindernis. Bei einer rechtmässigen Schwägerschaft, d. i. diejenige, welche aus einer rechtmässigen Ehe entstanden ist, kann zwischen verschwägerten Personen bis zum vierten Grade, bei einer unrechtmäßigen, d. i. aus einer unrechtmäßigen Ehe hervorgegangenen Schwägerschaft bis zum zweiten Grade inklusive keine Ehe statthaben.

- 6. Zwischen getauften und nichtgetauften Personen kann keine Ehe statthaben.
- 7. Die Nichterfüllung oder das Nichteintreten einer Bedingung, an welche ausdrücklich die Ehe geknüpft wurde, kann ein Hindernis bilden; natürlich und rechtlich unmögliche Bedingungen gelten als nicht gesetzt; denn jede Bedingung muß der Würde und Heiligkeit der Ehe entsprechen.

Gewisse Bedingungen verstehen sich von selbst; daher ist eine Ehe ungültig, wenn der Bräutigam die Braut bereits von einem Anderen geschwängert findet; derselbe hat bei der kompetenten geistlichen Ehegerichtsbarkeit sofort darüber Anzeige zu erstatten und den Nachweis zu liefern, daß er vor der Trauung keine Kenntnis hatte.

- 8. Die Unterlassung der notwendigen Kirchensollemnitäten. sodafs die Ehe insgeheim abgeschlossen erscheint, löst dieselbe auf. Die zu beobachtenden Formen bestehen in folgendem: Die bevorstehende Ehe muß dreimal (an drei hintereinanderfolgenden Sonntagen) von der Kanzel herab verkundet werden. Die Trauung selbst ist durch den Lokalpfarrer der Brautleute. wenn aber diese zu verschiedenen Kirchensprengeln gehören, in der Pfarre des einen oder des anderen Teiles zu vollziehen: allerdings kann der Lokalpfarrer einen anderen Priester zur Vornahme der Trauung bevollmächtigen. Bei dem Trauungsakte haben zwei Zeugen - die sogenannten Beistände (Kyn, craps CBAT) - zugegen zu sein. Civilehe besteht nicht; von dem Aufgebot kann man dispensiert werden, und zwar entscheidet die erzbischöfliche - Metropolitan - kirchliche Behörde über das Gesuch um Dispensation. Die Ehe wird dann perfekt, wenn die Absicht der Verheiratung von den Brautleuten vor dem Seelsorger bekannt wurde, wie auch durch den Spruch des Seelsorgers, indem die Gultigkeit der Ehe von diesen bei den Formvorschriften abhängt.
- Minderjährige ohne Einwilligung ihrer Eltern oder ihres Vormundes können zu keiner Ehe schreiten. Sollte die Einwilligung ohne hinreichenden Grund verweigert werden, so kann

der Minderjährige sich an das Gericht wenden, welches eine Bewilligung selbst erteilt.

- 10. Aus der Natur der Ehe als eines Vertrages erhellt schon, daß, wenn sie durch Gewalt oder Drohung zu stande gekommen, ihr keine Gültigkeit zukommen könne.
- 11. Der Mädchenraub oder die Entführung macht die Ehe zwischen dem Entführer und der Entführten ungültig, es sei denn, daß das Mädchen, an einen sicheren Ort gebracht, ihre Einwilligung freiwillig giebt.

Einige Ehehindernisse können nachgesehen werden, andere nicht. Die Dispensation wird nicht erteilt α) wenn eine andere Ehe noch vorhanden ist; β) wenn Ascendenten und Descendenten oder Geschwister unter sich, oder wenn jemand seine Tante heiraten wollte; γ) wenn jemand seine Schwieger- oder Stiefmutter oder seine Stieftochter oder die Tochter seines Stiefkindes heiratet.

Rücksichtlich Erlangung einer Dispensation wendet man sich an den Fürsten, zur Erreichung eines Dispenses von der dreimaligen Verkündung bloß an den Metropolitan, geistliches Gericht. Hindernisse geringerer Bedeutung kann auch der Metropolit-Bischof beheben.

Für die Beamten, Militärpersonen, Ausländer ist keine besondere Erlaubnis erforderlich.

Kraft des Ehebündnisses haben die Gatten Freud und Leid miteinander zu tragen, die eheliche Treue zu bewahren, sich gegenseitige Beihülfe zu leisten und die eheliche Beiwehnung zu gewähren; Eheleute üben hinsichtlich der Kinder das Erziehungsrecht und die elterliche Gewalt. Dem Manne kommt der Schutz und die Vertretung der Frau zu, die meist seinen Namen, Stand und Gerichtsstand, sowie seine Heimatsrechte⁸) erwirbt; sie hat in der Haushaltung und Erwerbung nach Kräften beizustehen und, soweit es die häusliche Ordnung erfordert, die vom Manne getroffenen Maßregeln sowohl selbst zu befolgen als befolgen zu machen. Die Töchter erkalten kein Erbe, solange Söhne vorhanden sind; demnach besteht die Aussteuer (прямја) der Frau nur aus Mobilien und zwar aus Gegenständen, die der Frau für ihre persönlichen und wirt-

²⁾ Domizil, Art. 958 G.B. von 1888.

schaftlichen Bedürfnisse notwendig sind, wie: Kleider, Kleidungsstücke, Flachs, Linnen, Schmuck, Federvieh etc. und Geld. Die Größe der Aussteuer richtet sich nach den Vermögensverhältnissen der Familie; in der Kommunion (Hauptgemeinschaft, Zadruga) bestimmt sie, mit Einvernehmung der Hausgenossen, der Hausvater; in der Sonderfamilie ist es dem freien Willen und Ermessen der Eltern anheimgestellt, ihre Tochter auszusteuern. "Heiratet eine Tochter, so erhält sie nach unserer Landessitte keinen Anteil, wohl aber eine Mitgift, welche ihr die Eltern bei ihrer Verehelichung freiwillig mitgeben" (§ 51 G.B. von 1855). In der Sonderfamilie wird die Aussteuer außer dem Teil, den sich die Frau zu ihrer alleinigen Verfügung vorbehält, dem Mann zum usus fructus übergeben und bleibt demnach im ausschliefslichen Eigentum der Frau auch während der Ehe. Besteht die dos jedoch in Geld, so geht dieses zwar in das Eigentum des Mannes über, aber er hat dessen ungeachtet daran nur einen quasi usus fructus, denn sein ganzes Vermögen haftet für die Sicherheit der ihm übergebenen Summe. Besitzt der Mann kein Vermögen, so darf er auch die dos nicht zur Bezahlung seiner Schulden verwenden. Den Empfang der dos muss der Mann durch eine streng vorgeschriebene Form bestätigen. Die Morgengabe besteht aus Gaben, die der Neuvermählten am ersten Morgen nach der Zuführung, nicht notwendigerweise von ihrem Manne, sondern von ihren Angehörigen, Freunden und Hochzeitsgästen in verschiedenen Geschenken, wie: Schmuck, Geld, Flachs, Geräte, Kleider, Kleidungsstoffe u. dergl. gegeben werden, welche Gaben in vielen Fällen ihre ganze Ausstattung bilden.

In der Hauskommunion herrscht das Princip der vollkommenen Gleichberechtigung beider Geschlechter; dieser Umstand hat nun zur Folge, dass die Frau von jeher in der Sonderfamilie frei und möglichst selbständig ist. Ebenso folgt aus
dem rechtlichen Charakter der Eheschließung, dass der Mann
weder über die Persönlichkeit der Frau noch über ihr Vermögen
größere Rechte erlangen kann, als sie ihm vertragsmäßig eingeräumt werden. Das sittliche Verhältnis der ehelichen Lebensgemeinschaft und der Familienorganisation, sowie die Schwächen
des weiblichen Geschlechtes bedingen es jedoch, dass der Mann
der Herr und Beschützer seiner Frau sei und sie vor und

außer Gericht vertrete. Die Einheit der ehelichen Lebensgemeinschaft erfordert es auch, daß der Mann alle ehelichen Güter verwalte; aber dem Ehegatten ist die Verwaltung über die dos nicht unbedingt gesichert, sie kann ihm unter Umständen, die das Heiratsgut gefährden, entzogen werden, worauf die Frau ihr ganzes Vermögen entweder selbst verwaltet oder sich zu diesem Zwecke einen verläßlichen Kurator wählt. Hat der Mann das Heiratsgut oder irgend einen Teil des beweglichen oder unbeweglichen Vermögens der Frau ohne ihre Zustimmung veräußert, so kann sie selbst oder durch einen Stellvertreter dagegen Einsprache erheben und die Veräußerung unwirksam machen.

Vermögensgegenstände, die die Frau außer der dos, sei es von ihren Angehörigen oder von dritten Personen erhält, bleiben in der Regel ihr unbeschränktes Eigentum, worüber sie auch ohne die Zustimmung ihres Mannes frei verfügen kann. Bei der ehelichen Lebensgemeinschaft verlangt das montenegrinische Gesetz keine vollkommene Gütergemeinheit, es kennt keine geschlechtliche Vormundschaft; die Ehe ist keine unio individua, durch welche Mann und Weib rechtlich eine Person würden, sondern sie ist vielmehr eine communio ad onero vitæ ferenda, in der sich die beiden Ehegatten als Socii betrachten und die vermögensrechtliche Individualität der Frau nicht in die des Mannes übergeht. Sie können demnach untereinander sowohl inter vivos wie mortis causa rechtsgültige Geschäfte schließen und die unter ihnen eingegangenen Verträge dürfen nicht einseitig aufgelöst werden; wenn daher der Mann seiner Frau, sei es unter Lebenden oder von Todes wegen, eine Zuwendung macht, so darf er dieselbe nicht willkürlich widerrufen oder durch eine spätere Veräußerung des betreffenden Gegenstandes dieselbe faktisch vereiteln.

Die Frau kann sich mit Bezug auf ihr Vermögen mit und für ihren Mann verpflichten, sie hat kein beneficium senatus consulti Vellejani^a); wenn sie für die Schulden ihres Mannes Bürgschaft leistet, so haftet sie für dieselben auch mit ihrem Heiratsgut. Betreffs der Gütergemeinschaft der Familie ist hervorzuheben, dass infolge der engen Beziehungen, in welchen die

³⁾ Geschenke, Art. 488 G.B von 1888.

Gesamt- und Sonderfamilie zu einander stehen, mit Ausnahme einiger Modifikationen der Hauptsache nach in beiden die nämlichen Grundsätze herrschen; daher gilt auch in der Sonderfamilie das Princip: Erb- oder Stammgut ist ein gemeinschaftliches Familiengut. Hier ist der Vater zwar nicht nur ein Verwalter, wie in der Bagpyra-Kommunion, sondern er ist wirklicher Eigentümer des ganzen Familienvermögens4), aber seine Eigentumsbefugnisse sind an demselben durch die Rechte der übrigen Familienglieder beschränkt: er darf keine solche Verfügung treffen, wodurch diesen das Gut entzogen wäre (Pater sine voluntate filiorum suorum aliquid donare non possit). Was ein Hausvater selbst erwirbt, das gehört nicht zu dem gemeinschaftlichen Familienvermögen, das selbsterworbene Gut ist ein ausschliefsliches Eigentum des Erwerbers, worüber er unbeschränkt verfügen kann. Trifft er aber darüber keine Disposition, so fällt nach seinem Tode auch dieses Vermögen als seine Hinterlassenschaft in die Gütergemeinschaft der Familie. Der Vater kann dasjenige, was er selbst erworben hat, nach seinem Belieben unter die Söhne verteilen; sollte jedoch der Vater einem Sohne mehr hinterlassen als dem andern, so ist ungeachtet dessen seine Verfügung unantastbar aufrecht zu erhalten, indem jeder mit seinem Vermögen nach seinem Belieben verfügen kann." "Jedermann ist Herr seines Vermögens, und kann selber daher auch Fremden mit Umgehung seiner Verwandten nach seinem Belieben zuwenden, und gleichviel, ob er diese Verfugung bei Lebzeiten oder in seinem Testamente traf. darf dieselbe nicht angetastet werden" (G.B. von 1855 §§ 48 und 49).

Der überlebende Ehegatte bleibt im Besitz des Gesamtvermögens und ist auch nicht verpflichtet, das Heiratsgut der Frau, an welchem er lebenslänglichen Fruchtgenuß hat, an ihre Erben herauszugeben, es sei denn, daß es unter seiner Verwaltung in Gefahr wäre, für dieselben verloren zu gehen. Es findet demnach durch den Tod der Frau keine wesentliche Veränderung in dem güterrechtlichen Verhältnis statt, der Witwer verbleibt der Eigentümer und Verwalter der Familiengüter und der Hinterlassenschaft seiner Frau.

⁴⁾ Hierher Art. 690 G.B. von 1888.

Will der Vater bei Lebzeiten das Geld unter die Kinder verteilen, so hat die Auseinandersetzung der Familiengüter nach den Grundsätzen der Hauskommunion zu geschehen, d. h. sie muß mit der Einwilligung der Kinder und nach gleichen Teilen erfolgen. Der Vater erhält hierbei in der Regel einen Sohnesanteil. Selbsterworbenes Vermögen kann der Erwerber, wie schon erwähnt, nach seinem Belieben verteilen.

Wenn der Witwer zu einer zweiten Ehe schreitet und das Familienvermögen gefährdet, so können die Kinder erster Ehe eine Auseinandersetzung oder Sicherung desselben verlangen und fordern, das ihnen die Hinterlassenschaft der Mutter zugeteilt werde. Wird nun in einem solchen Falle die Teilung vorgenommen, so haben die Kinder erster Ehe später keinen Anspruch mehr auf den Vatersteil; diesen, wie alles, was der Vater noch künftig erwirbt, erhalten die Erben der zweiten Ehe. Sind aber bei ungeteiltem Vermögen Kinder aus mehreren Ehen vorhanden, und will der Vater dasselbe unter sie verteilen, so kommen hierbei die Grundsätze der Gleichberechtigung und Gleichteilung zur Anwendung.

Jede Kommunion kann in Sonderfamilien oder Familien im engeren Sinne des Wortes aufgelöst werden und iede Sonderfamilie wieder eine Kommunion begründen. Aus dieser Wechselbeziehung ergiebt sich, dass in beiden Arten von Familien im wesentlichen dieselben Rechtssitten gelten. In der Sonderfamilie (Kvha) herrscht jedoch der pater familias, gleich dem germanischen und römischen, jure proprio, nicht "jure delegato", und ebenso ist er der alleinige Eigentümer des Familienvermögens. Über seine Kinder hat er die unbeschränkte "auctoritas paterna" und das "jus corrigendi", aber nicht die "potestas dominica" und das "jus vitæ necisque"; er ist der Herr und Gebieter seiner Frau, darf sie jedoch nicht als Sklavin behandeln. rechtlos verstoßen, verkaufen oder töten, es sei denn, daß sie eine solche Strafe sich durch ihr Verschulden zugezogen hätte. wie z. B. durch Ehebruch. ("Ereignet es sich, daß einem Montenegriner oder Brdaner sein Weib untreu wird, und betrifft er es auf dem Ehebruche, so ist ihm erlaubt, den einen wie den anderen Teil zu töten; entflieht aber das Weib, so soll sie keine Stätte mehr in unserem Lande haben". Danilo's Ges.-B. v. 1855 § 72.)

Die Frau ist die Hauptwirtin des Hauses, sie schaltet und waltet darin "auctoritate propria" nicht "potestate delegata"; in ihrer Obsorge ist die Erziehung der Kinder und die Leitung des weiblichen Personals; über das Familienvermögen hat sie so weit das Verfügungsrecht, als sich ihr wirtschaftlicher Wirkungskreis erstreckt. Hühner, Gänse, Enten, Flachs und Linnen, sowie überhaupt Produkte, die nur durch weibliche Arbeit beschafft werden, sind ihr Sondereigentum; dafür muß sie aber die Bedürfnisse des weiblichen Hausgesindes bestreiten. Frau, die die Kyha-Familie vertritt, steht in jenem Range, in welchem jener Mann, dessen Stelle sie einnimmt, stehen würde, daher ist eine Witwe, die im Hause des Ehegatten geblieben ist, in derselben Rangordnung, die ihrem Manne gebühren würde, falls er am Leben wäre (Art. 51 G.B. über Vermögen). Die Frau wird durch den Tod ihres Mannes nicht nur in keine abhängige Lage versetzt, sondern sie erlangt dadurch ihre völlige Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Das Recht kennt keine geschlechtliche Vormundschaft und gestattet daher der Witwe. über ihre unmündigen Kinder die Vormundschaft zu führen, das Familienvermögen zu verwalten und ihre Angelegenheiten vor Gericht selbst zu verhandeln; es hängt nur von ihrem Willen ab, sich durch den Vater, Bruder, Sohn, oder wen immer sie wählt, vertreten zu lassen. Nach dem Tode des Vaters übernimmt seine Stelle in der Bevormundung über ihre minderiährigen Kinder die Mutter auf Grund des Gesetzes (Art. 961: Von Frauenpersonen kann nur die Mutter Vormünderin ihrer minderjährigen Kinder sein, es ist derselben jedoch in der Regel ein Mitvormund zu bestellen, Art. 644 G.B. über Vermögen). - Bleibt eine Witwe in der Kyha-Familie des Ehegatten einschichtig, so hat ihr Kapetansgericht, in dessen Sprengel sich die Kyha-Familie befindet, einen Vormund zu bestellen. Die hauptsächliche Verpflichtung eines solchen Vormundes ist, darüber zu wachen, dass das Vermögen der Kyha-Familie, solange es jene verwaltet und die Früchte und Erträgnisse bezieht, unversehrt erhalten bleibe. Jener einschichtigen Witwe, deren Gatte in ihr Stammhaus eingeheiratet hatte, ist kein Vormund zu bestellen, wenn sie nach dem Tode des Ehegatten in der elterlichen Kyha-Familie geblieben ist (Art. 670 G.B. über Verm.). War eine Tochter bei

ihres Vaters Tode noch nicht verheiratet, so kann sie sich aus einem anderen Geschlechte einen Mann = Domaset = Aonaset spanset wählen, der in ihr Haus zieht. In diesem Falle hat sie auf Haus, Garten und Waffen ein Anrecht, da ihr Mann als zu ihrer gens(nopajekko)gehörig erachtet wird. Dagegen steht jener einschichtigen Frauensperson, die in der Kyha-Familie nicht geboren, sondern durch die Heirat Mitglied derselben geworden ist, während dieses Zustandes nur das Recht zu, über die Früchte und die Erträgnisse aus dem Hausvermögen zu verfügen, die Substanz des Vermögens jedoch ist unversehrt zu erhalten. Die Substanz des Vermögens ist eine solche Frauensperson erst in äußerster Not anzugreifen befugt, jedoch selbst in diesem Falle nur nach Maßgabe des Bedarfes mit Zustimmung des Vormundes und Genehmigung der Obervormundschaftsbehörde (Art. 707 G.B. über Verm.).

Die Frau ist, wäre sie selbst volljährig, ohne Bewilligung ihres Mannes, ein Geschenk von niemandem, die Hausgenossen und nähere Verwandte ausgenommen, anzunehmen befugt. Ebensowenig ist sie ohne Einwilligung ihres Mannes aus ihrem Sondervermögen, mit Ausnahme der üblichen Gelegenheitsgeschenke, etwas zu verschenken berechtigt. Wenn jedoch der Mann ohne begründete Ursache zur Annahme oder Hingabe eines Geschenkes seine Zustimmung verweigern sollte, so kann sich die Ehefrau an das Gericht mit der Bitte um Erteilung dieser Befugnis durch dasselbe an Stelle des Gatten wenden (Art. 483 G.B. über Verm.).

Über das Sondergut kann nach Art. 690 G.B. über Verm. v. 1888 jeder handlungsfähige Hausgenosse, er sei Mann oder Weib, frei verfügen, folglich hat auch die Ehefrau nach der alten Sitte völlig freies Verfügungsrecht über ihr Sondergut auch beim Leben ihres Ehegatten, wenn über dasselbe etwas anderes nicht vereinbart war, durch Verträge und andere unter die Bestimmungen des Gesetzbuches fallende Handlungen. Doch was verabredete Schenkung betrifft, ist Regel, daß die

⁵⁾ Vgl. Études sur la Législation de Monténégro par Milan Poul Jovanovié; Bulistin de la Société de Législation Comparée à Paris t. 3 et 1886 pag. 254 etc.; auch Montenegrinische Rechtageschichte von Komtur Milan Paul Jovanovié in der Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft, Stattgart 1901, Bd. XV S 136 ff.

Ehefrau ohne die Einwilligung des Mannes die Geschenke weder annehmen noch geben kann, außer den Ausnahmen, die in dem Art. 483 G.B. über Verm, erwähnt werden.

Verweigert der Ehegatte ohne Grund seine Zustimmung zu einem von der Frau beabsichtigten Rechtsgeschäft, oder ist er längere Zeit abwesend, so kann die Frau den Richter um Ergänzung der fehlenden Genehmigung bitten. Der Richter muß seine Zustimmung erteilen, wenn einerseits das Geschäft den Rechten und Interessen des Mannes nicht entgegenläuft und andererseits das Geschäft für die Frau notwendig oder auch nur nützlich ist (Art. 690).

Im Falle einer längeren Abwesenheit des Mannes kann sogar die Frau, in Ermangelung eines anderen Vertreters, in Vertretung der Kyha-Familie Rechtsgeschäfte über bewegliche Sachen allein abschließen, dies jedoch nur in den Grenzen der laufenden häuslichen Bedürfnisse (Art. 694 G.B. über Verm.; früher Art. 690 G.B. v. 1888).

Eine Leibzucht ist der Witwe, wenn nach dem Tode des Mannes ein Vermögen da ist, für jeden Fall gesichert, und zwar ist es gleichgültig, ob ihr eine solche ausdrücklich bestellt wird, oder nicht, ob sie eine dota oder indota uxor war, denn sie hat das Recht, solange in dem Vermögen ihres Mannes zu verbleiben oder davon einen hinreichenden Unterhalt zu beziehen, als sie den Witwenstuhl nicht verrückt. Die Witwe verbleibt aber in der Regel, gleich dem Witwer, mit ihren Kindern, über welche sie die mütterliche, ähnlich wie jener die väterliche Gewalt, ausübt, in gemeinschaftlichem Besitz; wird jedoch eine Auseinandersetzung des Vermögens vorgenommen, so sind dabei zwei Hauptfälle zu unterscheiden, nämlich, ob sie den Witwenstuhl nicht verläßt oder ob sie eine zweite Ehe eingeht.

1. Bei unverrücktem Witwenstuhle erhält die Witwe ihre dos mit der contrados, in Ermangelung einer solchen einen Kindesanteil, sowie alles, was ihr der Mann zugewendet hat. Reicht dies jedoch nicht für ihren Unterhalt aus, so sind die Erben verpflichtet, ihr nach Verhältnis so viel von ihrem Anteil beizusteuern, daß sie ein genügendes Auskommen hat. Der Witwe steht über ihr Vermögen freie Verfügung zu, sie ist darüber Herrin; sie kann es demjeuigen Sohn hinterlassen, der gegen sie gut war. Wenn alle Söhne böse waren, so kann sie

es auch der Tochter geben, die sie pflegte; traf sie keine nähere Bestimmung über ihr Vermögen, so fällt es denjenigen Kindern zu, bei welchen sie gemeinschaftlich lebte und starb. — Die Wäsche, Kleidungsstücke, Schmucksachen und alle anderen von einer Frau bei ihrer Verheiratung in das Haus eingebrachten Sachen bilden ihr Sondergut. Zu dem Sondergut gehört auch jeder Zuwachs oder jede Vermehrung, die durch eine besondere Thätigkeit des Besitzers entsteht (beispielsweise die Zinsen vom Kapital u. s. w. Art. 689 G.B. über Verm.). Auch wird dasjenige, was ein Mitglied des Kyha-Hauses durch Schenkung oder aus Anlass eines Todesfalles (Art. 967) erwirbt, Sondervermögen desselben (Art. 689), weil es demselben ohne Mühe zugefallen ist.

2. Geht die Witwe eine zweite Ehe ein, so verliert sie alle Nutzungsrechte an dem Vermögen ihres ersten Mannes; sie kann nicht länger über ihre minderjährigen Kinder erster Ehe die Vormundschaft führen, sie darf nicht länger mit ihnen in Gütergemeinschaft verbleiben und ihr Vermögen verwalten, und sie ist außerdem verpflichtet, den Kindern alles zu ersetzen, was sie ihnen während ihrer Witwenschaft und Verwaltung entzogen hat; sie kann jedoch ihr Vermögen behalten und es in die zweite Ehe übertragen; die Ehefrau hat demnach nach des Mannes Tode den lebenslänglichen Nießbrauch an dem ihrem Manne vorbehaltenen Teile; nach ihrem Tode wird dieser Teil ebenfalls unter die männlichen Mitglieder verteilt; sind keine Söhne vorhanden, so erben die Töchter die Mobilien und Immobilien, außer dem Erbwohnhaus, den Gärten und Waffen; dieser Anteil bleibt den nächsten Geschlechtsverwandten.

Hat die Witwe (удовида) keine Kinder, so gebührt ihr ebenfalls der lebenslängliche Fruchtgenus an dem Vermögen ihres Mannes. In diesem Falle ist die ganze eheliche Errungenschaft ihr Eigentum; sie erhält auch die Liegenschaften, die ihr Mann aus der Errungenschaft angekauft hat, und kann dieselben veräusern; dabei haben die Verwandten des Mannes nur das Vorkaussrecht und können sie von dem ersten Käuser retrahieren. Nach dem montenegriner Gesetzbuche v. 25. März 1888, Art. 48ff. haben das Vorkaussrecht: a) die Mitglieder des Bratstvo des Verkäusers und der ersten sechs Linien; b) die Anrainer; c) die Mitglieder des Pleme.

Wenn aber die kinderlose Witwe eine zweite Ehe eingeht,

so erhalt sie in jedem Falle aus dem Vermögen des Mannes das Heiratsgut, d. h. die Dos und die Contrados und in Ermangelung eines solchen eine entsprechende Ausstattung (G.B. v. 1855, § 52: Eine Witwe genießt, so lange sie sich nicht wieder verehelicht, ohne Rücksicht auf die Dauer der bestandenen Ehe, wenn sie kinderlos ist, den ganzen Anteil ihres Mannes; heiratet sie aber, so erhält sie zehn Thaler, und hat sie Kinder, so bekommt sie für jeden Sohn jährlich einen Dukaten und für jede Tochter jährlich zwei Dukaten. Es versteht sich, daß die Witwe-yzossna für so viele Jahre, als sie mit ihrem Manne lebte, und für so viele Jahre als sie als Witwe in dem Hause ihres Mannes gewesen, so viel erhalte als für jeden dieser Fälle bestimmt ist).

Wie weit jemand freie Verfügung über sein Vermögen hat, soweit muß er auch für die von ihm eingegangenen Verbindlichkeiten und Schulden haften. Die Ehegatten stehen zu einander in einem Societätsverhältnis, in welchem jeder über seine Habe frei verfügen kann; sie können sich daher sowohl einzeln, als auch gemeinschaftlich nicht nur gegen Dritte, sondern auch gegenseitig vermögensrechtlich verpflichten. Der Mann darf auf das Heiratsgut (die dos und contrados), das unter seiner Verwaltung ist, keine Schulden kontrahieren, es sei denn soweit als er den usus fructus daran hat. Ebenso dürfen seine Gläubiger den Teil des eingebrachten Vermögens, welchen die Frau sich zu ihrem Gebrauche vorbehält und an welchem dem Manne keine freie Verfügung zusteht, in keinem Falle zur Befriedigung ihrer Forderungen in Anspruch nehmen. Hingegen kann die Frau in Bezug auf das Vermögen, das unter ihrer besonderen Verwaltung steht, sich ohne Zustimmung ihres Mannes rechtsgültig verpflichten und von den Gläubigern verhaftet werden; über den Teil ihres Vermögens jedoch, das der Mann verwaltet, und wovon ihm gesetzlicher usus fructus zusteht, darf die Frau ohne seine Einwilligung keine Verfügung treffen, wodurch sein Recht geschädigt werden könnte; folglich können die Gläubiger der Frau bei Lebzeiten des Mannes diesen Teil nicht in Anspruch nehmen. Es haftet aber das ganze Vermögen der Frau für alle jene Schulden des Mannes, zu deren Kontrahierung die Frau ausdrücklich ihre Zustimmung giebt, oder Bürgschaft leistet.

Alle vermögensrechtlichen Verpflichtungen, welche beide Ehegatten gemeinschaftlich eingehen, lasten auch gemeinschaftlich und solidarisch, sowohl auf dem Vermögen der Frau, wie auch auf dem Vermögen des Mannes. Alle rechtmäßig kontrahierten Schulden gehen auf die Erben über; diese haften mit der Hinterlassenschaft bis zu dem Betrage, zu welchem diese das freie Eigentum des Erblassers bildete.

Die Kinder stehen gleichmäßig unter der väterlichen und mütterlichen Gewalt: nur insofern als der Vater das Haupt der Familie ist, gebührt ihm auch die Hauptleitung aller Mitglieder derselben. Für die Kinder, die im siebenten Monate nach geschlossener Ehe oder im zehnten Monate nach dem Tode des Mannes von der Gattin geboren werden, streitet die Vermutung der ehelichen Geburt. Die Regel ist: die empfangene Leibesfrucht ist unter der Voraussetzung, daß sie lebend zur Welt gebracht wird, als geboren anzusehen, wenn es sich um ein Recht handelt, welches dem Kinde, falls es bereits geboren wäre, zustehen wurde (Art. 956 G.B. über Verm.). - Une heliche Kinder, die in die Kyha-Familie des Vaters weder aufgenommen, noch sonst durch den Vater in gesetzlicher Weise als eigene anerkannt worden sind, werden in allen, ihre Bevormundung betreffenden Angelegenheiten (Art. 644), als vaterlose — дјеца безотца — Kinder angesehen (Art. 652 G.B. ther Verm.). - Art. 71 G.B. von 1855 normiert die Pflichten des außerehelichen Schwängerers gegenüber der Geschwängerten und dem aufserehelichen Kinde; ein solcher Schwängerer hat. wenn er sich mit der Geschwängerten (einem Mädchen oder einem Weibe) nicht trauen läst, für den Unterhalt des Kindes 130 Thaler zu bezahlen: nimmt er das Kind zu sich, so zahlt er nichts. Ist der Schwängerer verheiratet, so hat er nicht nur 130 Thaler zu bezahlen, sondern er wird überdies mit sechsmonatlichem Kerker bei Wasser und Brot bestraft; das Gesetz anerkennt solchen Kindern, wenn sie erwachsen sind, das Erbrecht in den väterlichen Nachlass gleich den ehelichen Kindern (Art. 71 G.B. v. 1855). Ein Kind verbleibt in der väterlichen Gewalt entweder solange als sein Vater lebt oder bis es sich mit ausdrücklicher oder stillschweigender Erlaubnis der Eltern selbständig macht. G.B. 1855 § 47: Söhne können nur mit Einwilligung ihrer Eltern aus der Familiengemeinschaft treten;

sonst kann dies bei Lebzeiten des Vaters oder der Mutter nicht stattfinden. "Auch derjenige Minderjährige männlichen Geschlechtes, der mit Einwiltigung des Vaters oder des Vormundes und mit Genehmigung der Obervormundschaftsbehörde heiratet und in einer abgesonderten Kyha — Haus — lebt und dieselbe leitet, wird dadurch auch ohne eine ausdrückliche Erklärung als volljährig angesehen, wenn nicht in einem einzelnen Falle etwas anderes ausdrücklich festgesetzt wird" (Art. 639 G.B. über Verm.).

Verläßt ein Sohn unerlaubterweise das väterliche Haus, so verliert er, gleich der Tochter, die mit einem Entführer oder Räuber die Ehe schließt, jeden Vermögensanspruch gegen den Vater, und die väterliche Gewalt hört dadurch, wenigtens de jure, nicht auf. Was ein unselbständiger Sohn erwirbt, ist Eigentum des Vaters resp. der Familie (Art. 967, 968; Ausnahme Art. 688 und 689 G.B. über V.); durch Rechtsgeschäfte kann er sich nur mit der Zustimmung des Vaters gültig verpflichten.

Erhält der Sohn ein peculium und gründet damit für sich, mit der Bewilligung der Eltern, einen abgesonderten Haushalt (oeconomia separata), so wird er dadurch selbständig. — Durch die Verheiratung allein wird ein Sohn noch nicht sui juris, vielmehr erhält sein Vater an dem eingebrachten Heiratsgut der Schwiegertochter den Fruchtgenus; wird ihm dieser verweigert, so kann er das Ehepaar aus seinem Hause entlassen.

Unverheiratete Söhne darf der Vater nicht ohne Ursache aus seinem Hause entlassen; verheiratete dagegen kann er dazu zwingen, aber er muß ihnen nebst einer entsprechenden Vermögensabfertigung auch alles, was die Schwiegertöchter als Mitgift eingebracht haben, herausgeben.

Erwachsene Söhne können, obgleich sie sich in der väterlichen Gewalt befinden, zu keiner Heirat gezwungen werden, wohl aber kann ihnen der Vater das Heiraten verwehren, solange die Töchter nicht verhelicht worden sind. Volljährige Töchter dürfen in der Regel zu einer bestimmten Ehe nicht genötigt werden; das Recht, sie zu verheiraten, hat aber sowohl die Mutter wie der Vater.

Erwachsene Kinder, die aus dem väterlichen Hause ent-

lassen oder verstoßen werden, erlangen dadurch ihre Selbständigkeit und die Fähigkeit, Eigentum für sich zu erwerben.

Gegen willkürliche Veräußerungen der Familiengüter haben die Söhne und in Ermangelung derselben auch die Töchter das Widerspruchsrecht.

Die Vormundschaft ist ein munus publicum und unterscheidet sich nach der Art der Berufung zu derselben in die tutela testamentaria, tutela legitima und die tutela dativa. Jeder parens ist befugt, seinen unmündigen Kindern testamentarisch einen Vormund zu ernennen: unterläßt er dies, so wird durch Rechtssatz der nächste männliche Verwandte, der zur Führung der Vormundschaft fähig ist, zu diesem Amte berufen; ist kein solcher Verwandte vorhanden, so wird der Vormund durch die Obrigkeit bestellt. Unter den gesetzlichen Tutoren haben besonders die ältern Brüder den Vorzug; sie führen in der Regel mit der verwitweten Mutter die Vormundschaft über ihre minderjährigen Geschwister; dem Bruder steht ein besonderes Schutzrecht über seine Schwester zu, und dieses Verhältnis hört sogar dann nicht auf, wenn sich die Schwester, für deren Verehelichung er zu sorgen verpflichtet ist, verheiratet; er muß unter Umständen sie und ihr Vermögen gegen alle Ungebührlichkeiten des Mannes schützen, darf sie aber oft auch gegen ihren Willen an den Mann verheiraten, der ihm angenehm ist. Weiber stehen im allgemeinen propter fragilitatem sezus unter männlicher Obsorge: diese cura ist jedoch nur eine bedingte, denn, wenn sie volljährig sind und eigenes Vermögen haben, so können sie frei über dasselbe verfügen und sich durch Rechtsgeschäfte gultig verpflichten sowie auch ihre Angelegenheit vor Gericht selbst vertreten. Unter Umständen kann auch eine altere Schwester ihren unmundigen Bruder in vormundschaftlicher Obsorge haben.

Der Vormund hat das Recht und die Pflicht, für die Person und das Vermögen des Mündels zu sorgen, ihn vor Gericht zu vertreten und sein ganzes Vermögen, das beim Antritte der Vormundschaft in ventarisiert wird, zu verwalten. Nach Beendigung der Vormundschaft ist der Vormund verpflichtet, alles herauszugeben, was er in die Verwaltung genommen hatte; er haftet für jede Minderung des Vermögens, ist aber hingegen für seine Mühe berechtigt, sowohl die

fructus naturales wie die fructus civiles, die er durch seinen Fleis aus dem Mündelvermögen gezogen hat, für sich zu behalten. Führen die älteren Brüder Vormundschaft über die jungeren, die mit ihnen in Gütergemeinschaft verbleiben. so sind sie auf keine Weise befugt, irgend etwas von dem gemeinschaftlichen Vermögen an Fremde abzutreten. Für den Eintritt der Volliährigkeit des Mündels und die Beendigung der Vormundschaft wird nach Art. 636 des Gesetzbuches ein Alter von 21 Jahren erfordert. Der Vater ist nach dem Art. 960 G.B. von 1888 der natürliche Vormund seiner minderjährigen Kinder. Diejenigen Minderjährigen und sonstigen Personen mit unvollständiger Handlungsfähigkeit, die von ihren Eltern oder Vormundern oder sonst jemandem einen Geldbetrag oder ein sonstiges Vermögen zum selbständigen Betriebe eines Handelsgeschäftes oder irgend eines anderen Gewerbes erhalten, können sich auch allein durch Verträge nach Vorschrift des Art. 650 G.B. von 1888 rechtsverbindlich verpflichten. Dasselbe gilt auch bezüglich jener Minderjährigen, die sich nicht mehr in der Verpflegung oder in der Kyha - Haus - ihrer Eltern befinden, sondern von denselben getreunt leben und ihr Hauswesen selbst verwalten (Art. 508 G.B. über Verm. von 1888).

Derjenige Minderjährige, dem die Befugnis zum Betriebe eines Handelsgeschäftes oder zu einer anderen Unternehmung oder einem anderen Geschäfte gesetzmäßig erteilt worden ist, kann bezüglich dieses Geschäftes in eigenem Namen ohne fremde Genehmigung jedwede Vereinbarung gesetzmäßig treffen. Jede solche Vereinbarung ist rechtsverbindlich, als ob sie durch seinen gesetzlichen Vertreter getroffen oder genehmigt worden ware (Art. 650 resp. Art. 508 G.B. von 1888). Geschenke anzunehmen sind auch befugt diejenigen Minderjährigen, die das siebente Jahr noch nicht zurückgelegt haben. Wiewohl dem Willen derselben nach dem Gesetze eine Wirkung nicht zukommt (Art. 502 G.B. von 1888), so gilt zu dem Zwecke, dass sie die empfangenen Geschenke behalten können, ohne Widerspruch die Rechtsvermutung, es habe ihr gesetzlicher Vertreter in ihrem Namen das Geschenk angenommen, wiewohl er dabei nicht zugegen war; dies jedoch auf die im Art. 482 G.B. von 1888 angegebene Weise (Art. 480 G.B. von 1888).

Wenn jemand dem Minderjährigen eine Schenkung

macht und sein Vormund findet, daß daraus für denselben ein Nachteil entstehen könnte, so ist er demselben die Annahme des Geschenkes zu verbieten berechtigt, und in dem Falle, wo der Minderjährige dasselbe bereits angenommen hätte, demselben die Zurückstellung aufzutragen befugt, damit dadurch der Vertrag aufgehoben werde (Art. 482 G.B. von 1888). — Der Unzurechnungsfähige, sowie derjenige, welcher die Tragweite seiner Handlung zu erfassen nicht in der Lage ist, kann in ein Vertragsverhältnis nicht eintreten. Wenn jemand mit einer solchen Person unterhandelt, so ist vorzugehen, als ob er überhaupt nicht unterhandelt hätte. Dasselbe gilt von Verträgen der Kinder, bevor sie das siebente Jahr überschritten haben, den im letzten Absatze des oben citierten Art. 480 G.B. von 1888 vorgesehenen Fall ausgenommen (Art. 502 G.B. von 1888).

Minderjährige im Alter über sieben Jahren können, inwiesern das Gesetz in einzelnen Fällen etwas anderes nicht ausdrücklich anordnet, nur jene Verträge abschließen, durch die sie etwas erwerben; keinesfälls aber solche Verträge, durch die sie etwas verlieren (Art. 503 G.B. von 1888); zu jedem solchen Vertrage ist die Zustimmung ihres gesetzlichen Vertreters erforderlich, sonst ist der Vertrag ungültig (Art. 504 G.B. von 1888). Dennoch kann derjenige Vertrag, der ohne Einwilligung des Vertreters abgeschlossen wird, rechtsverbindlich werden, wenn ihn dieser Vertreter oder auch der handlungsunfähige Teil nach erlangter voller Handlungsfähigkeit (Art. 919 G.B. von 1888) später genehmigt.

Wer mit dem Minderjährigen im Alter über sieben Jahren einen Vertrag abschließt, dem der Vater oder Vormund des Minderjährigen nicht zugestimmt hat, bleibt durch den Vertrag dennoch solange gebunden, bis der Vertreter des Minderjährigen die Erklärung nicht abgiebt, ob er den Vertrag bestätigen wolle oder nicht (Art. 505); wird der Vertrag nicht bestätigt, so ist der Minderjährige dasjenige, was er im Grunde des Vertrages etwa erhalten hat, nur in dem Maße zurückzuerstatten verpflichtet, als dadurch sein Vermögen vermehrt worden ist (Art. 506 G.B. von 1888).

Alle vermögensrechtlichen Geschäfte des Minderjährigen besorgt und leitet jene Person, welcher die Obsorge über die Person des Minderjährigen obliegt: der Vater, der Vormund (Art. 960 G.B. von 1888). Minderjähriger kann vor dem vollendeten siebenten Jahre gar keine vermögensrechtlichen Geschäfte abschließen (Art. 502 G.B. von 1888); es kann solche für ihn nur sein gesetzlicher Vertreter besorgen. Eine Ausnahme besteht lediglich bezüglich dessen, was dem Minderjährigen ohne Auferlegung einer Verpflichtung geschenkt wird (Art. 480 G.B. von 1888). Ein Geschäft, das der Minderjährige nach vollendetem siebenten Lebensjahre eingeht, verbindet, den im Art. 650 G.B. von 1888 erwähnten Fall ausgenommen, denselben nicht, wenn ihm eine Verpflichtung oder Last auferlegt wird (Art. 503 G.B. von 1888). Ein solches Geschäft verpflichtet ihn nur dann, wenn dasselbe sein gesetzlicher Vertreter (Art. 504-506 G.B. von 1888) genehmigt (Art. 642 G.B. von 1888).

Nach dem Tode eines oder beider Ehegatten findet weder eine Sonderung noch eine Teilung der ehelichen Güter") statt, sondern die Erben verbleiben in der Gütergemeinschaft, wählen aus ihrer Mitte ein Familienhaupt und kontinuieren die communio oeconomica. Muss jedoch, sei es auf Verlangen der Miterben oder infolge anderer Umstände, eine Teilung des Vermögens vorgenommen werden, so wird es unter die Söhne und in Ermangelung derselben unter die Töchter zu gleichen Teilen verteilt. G.B. von 1855 § 50: Verfügt ein Vater bei Lebzeiten nicht über sein Vermögen, so ist selbes nach seinem Tode unter seine Söhne zu gleichen Teilen zu teilen; lebt die Mutter, so gebührt ihr der lebenslängliche Genuss an dem Anteile des Mannes, und es ist dieser Anteil erst nach ihrem Tode zu verteilen und zwar sofort, wenn die Kinder schon erwachsen sind; sind sie dies aber nicht, so ist dies Vermögen unter Obhut - Prokuratur - unbescholtener Männer zu stellen, bis die Kinder ihr 20. Lebensjahr erreichen.

Auf die Liegenschaften, die das Stammgut oder Erbe bilden, haben ausschließlich die männlichen Descendenten das Erbrecht, die Töchter können nicht erben, sondern sie müssen mit Fahrnis ausgestattet werden, solange Söhne oder Enkel vorhanden sind;

⁶⁾ Unter Hinterlassenschaft sind hier sowohl die angestammten Familiengüter als auch dasjenige Vermögen, das der Erblasser selbst erworben hat, zu verstehen; denn heide Vermögensmassen bilden gleichmäßig das gemeinschaftliche Eigentum der Erben.

wenn aber solche fehlen, so geht das Erbrecht nicht auf die Töchter über. — Die Fahrnis gilt überhaupt nicht als Erbe, und man könnte sie im Gegensatz zu diesem als Frauengut bezeichnen; das Recht faßt sie auch in diesem Sinne auf, indem es dieselbe als vorzüglich den Töchtern gehörig erklärt und zu deren Ausstattung bestimmt. Nur das Heergewette wird aus der fahrenden Habe ausgeschieden und dem nächsten männlichen Verwandten gegeben, aber selbst dieses kann der Vater seiner Tochter vermachen. G.B. von 1855 § 53: Stirbt der Vater ohne Söhne und hinterläßt er eine oder mehrere Töchter, so ist in einem solchen Falle unter sie sowohl das väterliche als auch das großväterliche Vermögen, das dem Vater zufiele, zu verteilen; nur die Waffen fallen dem nächsten Anverwandten zu; es wäre denn, daß selbe der Vater seiner Tochter oder einem Dritten hinterlassen hätte.

Fähig zur Testamentserrichtung ist jedermann, der über sein Vermögen freie Verfügung hat, daher haben Kinder, die sich noch in der Vormundschaft befinden oder bei unabgeteiltem Vermögen noch in der elterlichen Gewalt sind, keine testamenti factio activa, wohl aber die testamenti factio passiva. verheirateter Sohn, der mit seinem Vater und seinen Geschwistern in Gütergemeinschaft lebt, kann über seinen allfälligen Anteil nicht von Todeswegen verfügen; wird jedoch nach seinem Tode eine Teilung des gemeinschaftlichen Vermögens vorgenommen. so treten an seine Stelle seine Kinder iure repraesentationis. --Eine bestimmte Form ist für die Gultigkeit des Testamentes zwar nicht erforderlich; eine letztwillige Verfügung kann man sowohl mündlich wie schriftlich treffen; obensowenig ist bei dem Errichtungsakte eine bestimmte Zahl von Zeugen verlangt, es genügt, dass der Wille des Testators auf irgend eine Art unzweifelhaft konstatiert wird. Um jedoch hierbei jeden Betrug auszuschließen und die letzte Willenserklärung zu sichern, wird die schriftliche Form unter Zuziehung von mehreren glaubwürdigen Zeugen nicht nur vorgezogen, sondern für gewisse Verfügungen auch ausdrücklich verlangt. Weit wichtiger ist die Bestimmung in Bezug auf den Gegenstand der Verfügung; hier gilt das Princip: letztwillige Verfügungen können nur über die fahrende Habe stattfinden, aber nicht über Erbgründe und andere Liegenschaften oder Immobiliarrechte.

Grundsatz ist eine notwendige Folge der Bestimmung, daß Familiengüter überhaupt nicht veräußert werden dürfen und andere Liegenschaften und Immobiliarrechte nur unter der Bedingung des Vorkaußerechtes. Ein jedes Testament kann vom Testator widerrufen werden, und zwar ein mündliches durch ausdrücklichen Widerruf desselben vor Zeugen und ein schriftliches durch Vernichtung der Urkunde oder durch eine gültige Errichtung eines neuen Testamentes.

Die Söhne und in Ermangelung derselben die Töchter haben ein absolutes Veto gegen alle willkürlichen Veräußerungen der Familiengüter; ebenso darf ihnen die Hinterlassenschaft der Mutter, wenn sie auch aus Fahrnis besteht, nicht entzogen werden. Töchter erhalten kein Erbe, sondern eine Ausstattung; sie können nur dann erben, wenn keine Söhne vorhanden sind. (G.B. von 1855 § 50: Verfügt ein Vater bei Lebzeiten nicht über sein Vermögen, so ist selbes nach seinem Tode unter seine Söhne zu gleichen Teilen zu teilen.) Mehrere Söhne sowohl wie Töchter erben zu gleichen Teilen, nur der jüngste Sohn wird zuweilen dadurch bevorzugt, daß er bei der Teilung das Stammhaus erhält.

Söhne eines Vaters von verschiedenen Frauen erben, wenn vor der Eingehung einer zweiten Ehe die Auseinandersetzung des Vermögens nicht stattfand, zu gleichen Teilen. Waren in erster Ehe nur Töchter gezeugt und in einer zweiten auch Söhne, so erben diese gleich mit jenen. Stammen sowohl aus der ersten, als auch aus der zweiten Ehe Söhne und Töchter, so erben nur die ersteren und die letzteren werden ausgesteuert.

Ähnliche Principien gelten bei der Beerbung der Mutter; auch hier gehen stets die Söhne den Töchtern vor. Da nun, wenn die Witwe eine zweite Ehe eingeht, das väterliche Vermögen von dem mütterlichen, das sie in die zweite Ehe mitnehmen darf, abgesondert wird, so erben die Kinder jeder Ehe die betreffende Hinterlassenschaft ihres Vaters und die Söhne der letzten Ehe auch die Dos der Mutter; wurden in einer zweiten Ehe keine Kinder gezeugt, so wird die Mutter von den Söhnen aus der vorhergehenden Ehe beerbt. Brüder haben an dem Anteil eines kinderlos verstorbenen Bruders dos jus accrescendi; dieses Rechtsverhältnis besteht auch unter den Schwestern. Stirbt aber ohne Descendenz und ohne Testament

ein einziger Bruder, so wird er von den Schwestern beerbt. Der Witwer oder die Witwe hat an der Hinterlassenschaft des Kindes lebenslänglichen Fruchtgenuß. In Montenegro treten die Töchter ein Drittel der Erbschaft an die Schwester des Vaters ab: "Stirbt ein Vater ohne Söhne und hinterläßt er eine oder mehrere Töchter, so ist in einem solchen Falle unter sie sowohl das väterliche als auch das großväterliche Vermögen, das dem Vater zufiele, zu verteilen. Hätte dieser Vater verheiratete oder ledige Schwestern, dann erhalten die Schwestern einen Teil und die Tochter zwei Teile. Hinterläßt aber der Vater bloß eine einzige Tochter und keine Söhne, so erbt sie allein sein ganzes bewegliches und unbewegliches Vermögen* (G.B. v. 1855. §§ 53—55).

Das Vorkaufsrecht (Ilpaso upeve kymte). Erbgründe dürfen in der Regel nicht veräußert und letztwillig vergeben werden: wenn der Erblasser keine Descendenz hat, so fallen sie an seine Anverwandten und zwar je nach der Nähe der Verwandtschaft. Aber auch diejenigen Liegenschaften, die keine Erbgüter sind. darf der Eigentumer nicht willkürlich veräußern; die Anverwandten. Nachbarn und Stammesgenossen haben an denselben das Vorkaufsrecht. Soll nun ein solches Gut oder ein mit Immobiliarqualität ausgezeichnetes Recht veräußert werden, so muß es der Veräußerer vor Zeugen zuerst Verwandten zum Kaufe anbieten, und wenn es diese nicht kaufen können oder wollen, dieses Anerbieten bei seinen Nachbarn und Stammesgenossen wiederholen; erst dann, wenn sich niemand unter den Vorkaufsberechtigten findet, der das Gut kaufen wollte, kann es frei und wirksam an Fremde veräußert werden; widrigenfalls ist das Geschäft ungültig und kann von jedem, dem das jus protimiseos zusteht, revoziert werden.

Das Vorkaufsrecht ist jenes Recht, nach welchem du auf Grund des Gesetzes oder eines Vertrages zu fordern berechtigt bist, dass der Eigentümer einer Sache, die er zu verkaufen wünscht, bevor er dieselbe einem anderen verkauft, dir zum Kaufe gegen den gleichen Preis anzubieten verpflichtet ist (Art. 873 über Verm.). Durch Art. 48—64 des Gesetzbuches vom 25. März 1888 wird das seit altersher zwischen der Gerenzug, d. i. zwischen den Mitgliedern des Bratstvo, den Anrainern, Dorfbewohnern und im allgemeinen den Mitgliedern des Pleme

bei dem Verkaufe unbeweglicher Güter übliche Vorkaufsrecht auch in Hinkunft in voller Kraft erhalten.

Die väterliche Gewalt begreift in sich das Recht und die Pflicht, die Kinder zu erziehen, ihre Handlungen zu leiten und zu überwachen, ihr Vermögen zu verwalten und ihnen zu sichern. Recht und Pflicht sind in dem Begriffe der väterlichen (oder vielmehr elterlichen, da sie in ihren Hauptgrundzügen auch der Mutter zusteht. Art. 643, 644 G.B. von 1888) Gewalt enge miteinander verbunden; zur Pflichterfüllung kann ein nachlässiger Vater durch die Behörde gezwungen werden, widrigenfalls er auch das mit der väterlichen Gewalt begründete Recht verliert. Es ist vorzüglich die Pflicht des Vaters, solange für den Unterhalt der Kinder zu sorgen, bis sie sich selbst ernähren können: die Pflege ihres Körpers und ihrer Gesundheit. ist die Mutter auf sich zu nehmen verbunden. Bis zur Mündigkeit kann der Vater die Kinder zu dem Stande erziehen, zu welchem er will; dem mündigen Kinde steht jedoch das Recht der diesbezüglichen Seibstbestimmung zu. Zum Umfang der väterlichen Gewalt gehört auch das Recht des Vaters und überhaupt der Eltern, ihre Kinder entsprechend zu strafen und, falls es notig erschiene, die Behörde um Intervention anzurufen, ferner die Berechtigung, die Kinder von jedermann zurückzuverlangen, sowie denselben durch das Testament einen Vormund zu ernennen.

Alles, was die Kinder erwerben, kann der Vater als ihr Vermögen verwalten, ohne selbst darüber Rechnung legen zu muu-m.

Une heliche Kinder haben an den Vater keinerlei Anspruch, ja erben nicht einmal nach der Mutter, wenn eheliche Kinder vorhanden sind. Kinder, die nicht aus einer rechtmäßigen Ehe erzeugt wurden, wozu auch die im Ehebruche (прежуба) erzeugten zu rechnen sind, heißen im montenegrinischen Rechte "ungesetzmäßige", illegitime Kinder (мэванбрачно незаконнто жјете). Diese führen nicht den Namen des Vaters und haben kein Intestaterbrecht gegen ihre Eltern. — Die Gesetzesbestimmungen sind bezüglich der anderweitigen Rechte der unehelichen Kinder sehr dunkei und ungenau. Der Akt, wodurch ein uneheliches Kind die Gesetzmäßigkeit eines ehelichen erhält, heißt Legitimation. Diese kann erfolgen: durch nachfolgende

Ehe der Eltern, durch die Gnade des Herrschers. Im Zweisel steht die Vermutung für die eheliche Geburt nach dem Grundsatze: "Pater est, quem nuptiæ demonstrant." — Kinder, die zwar aus einer ungültigen, aber aus keiner solchen Ehe erzeugt worden sind, der die auf der Seite 3 dieser Studie sub γ und δ angesührten Hindernisse entgegenstehen, sind als eheliche anzusehen, wenn das Ehehindernis in der Folge gehoben worden ist oder wenn wenigstens einem ihrer Eltern die schuldlose Unwissenheit des Ehehindernisses zu statten kommt.

Uneheliche Kinder führen den Geschlechtsnamen der Mütter; zur Verpflegung ist der Vater verbunden; wenn aber dieser nicht im stande ist, das Kind zu verpflegen, so fällt diese Verbindlichkeit auf die Mutter und solange sie ihr uneheliches Kind der künftigen Bestimmung gemäß selbst erziehen will und kann, darf ihr dasselbe von dem Vater nicht entzogen werden; dessen ungeachtet muß er die Unterhaltskosten, 130 Thaler, bestreiten (siehe S. 350 dieser Studie).

Läuft das Wohl des Kindes durch die mütterliche Erziehung Gefahr, so ist der Vater verbunden, das Kind von der Mutter zu trennen und solches zu sich zu nehmen, oder anderswo sicher und anständig unterzubringen.

Die väterliche Gewalt endigt durch den Tod des Vaters, durch den bürgerlichen Tod des Vaters d. i. durch den Verlust der bürgerlichen Ehre, durch ein Verbrechen, durch den eingetretenen Wahnsinn des Vaters, durch Emancipation der Kinder, die rücksichtlich der Söhne durch Güterteilung zwischen diesen und ihrem Vater, bei Töchtern durch ihre Verehelichung vollzogen wird.

Es ist hervorzuheben, daß das montenegrinische Recht keine Unterscheidung zwischen Nichtigkeit und Anfechtbarkeit der Ehe aufstellt; dennoch ist den Ehegatten keineswegs gestattet, die Ehe, ob sie gleich unter sich darüber einig wären, eigenmächtig aufzuheben, sie mögen nun die Ungültigkeit der Ehe behaupten oder die Scheidung der Ehe vornehmen wollen. In Montenegro existiert nicht — wie bei den Katholiken — eine Scheidung der Ehe von Tisch und Bett, seperatio a thoro et mensa, die auf immer in Folge eines durch den Beeinträchtigen glaubwürdig bewiesenen Ehebruches bewirkt werden kann. Das Klagerecht wegen Ehebruches und sohin der Anspruch auf

Scheidung geht verloren, wenn der Beeinträchtigte darum gewußt und dazu einwilligt, wenn der Mann durch nachfolgenden Beischlaf dem Weibe Verzeihung zu erkennen giebt, wenn der Beeinträchtigte selbst sich eines Ehebruches schuldig gemacht hat, endlich, wenn das Weib eine billige Ursache zur Verteidigung ihres Vergehens, daß sie gewaltthätig mißbraucht worden sei, anzuführen in der Lage ist.

Eine zeitliche Scheidung kann bewirkt werden, wenn ein Ehegenosse in Abtrünnigkeit von seinem Glauben verfällt, wenn der Mann sein Weib grausam behandelt, zu Verbrechen zu verführen sucht, oder wenn ein Teil mit einer ansteckenden Krankheit behaftet ist, sodaß für den anderen Ehegenossen eine Gefahr für die Gesundheit entstände.

Die Ungültigkeit der Ehe, welcher eines der auf der 337. und 338. Seite dieser Studie angeführten Hindernisse im Wege steht, kann und darf von dem in seinen Rechten gekränkten Teile eingeleitet werden; der Gatte, der den unterlaufenen Irrtum in der Person oder die Furcht, in welcher der andere Teil gesetzt worden ist, gewufst, kann aus seiner widerrechtlichen Handlung die Gültigkeit der Ehe nicht bestreiten. Nur der schuldlose Teil hat das Recht zu verlangen, daß die Ehe ungültig erklärt werde; er verliert aber dieses Recht, wenn er nach erlangter Kenntnis des Hindernisses die Ehe fortgesetzt hat.

Eine von einem Minderjährigen eigenmächtig geschlossene Ehe kann von den Eltern oder der Vormundschaft nur insolange. als die elterliche Gewalt oder Vormundschaft dauert, bestritten werden. - Wenn das Hindernis gehoben werden kann, soll die geistliche Behörde trachten, durch die hierzu notwendige Einleitung und das Einverständnis der Parteien es zu bewirken: wenn dies unmöglich ist, so soll die kirchliche Behörde über die Gültigkeit der Ehe erkennen. Die Vermutung ist immer für die Gültigkeit der Ehe. Es versteht sich von selbst, dass in jedem Falle durch Urteil erkannt werden musse, worin zugleich in betreff der Kinder das Nötige verfügt sein muß. Wird die gänzliche Ehetrennung wegen treulosen Verlassens nachgesucht, so ist der abwesende Teil, sofern sein Aufenthaltsort unbekannt ist, vor dasjenige Gericht zu laden, in dessen Sprengel der klagende Teil wohnt. Im Falle der Todeserklärung des abwesenden Teiles ist dem anderen die Wiederverheiratung gestattet, und die neue Ehe bleibt gültig, falls sich herausstellt, daß der für tot Erklärte noch lebt, nach dem Grundsatze des Art. 685 Ges.-B. über Vermögen von 1888. Der Teil, der zu einer neuen Ehe schreiten will, muß allerdings nachweisen, daß er seine Kinder erster Ehe hinreichend versorgt habe.

Die Trennung dem Bande nach kann erfolgen: wegen Ehebruches (npezyca), wegen Nachstellungen nach dem Leben, wenn ein Teil den anderen verlassen hat und nach dreimaliger öffentlicher Aufforderung nicht zurückkehrt; wegen unversöhnlichen Hasses, wenn alle Versuche des Pfarrers und der Behörde, die Neigung wieder herzustellen, erfolglos geblieben. In dem die Trennung aussprechenden Urteile wird auch über die gegenseitigen Ansprüche der Eheleute entschieden.

Das Weib mus die gehörige Zeit abwarten, ehe sie zu einer Ehe schreitet, damit im Falle ihrer Schwangerschaft kein Irrtum und Zweisel in Ansehung des Kindes entstehe.

Der Mann ist verpflichtet, seinem Weibe den Unterhalt zu geben, wenn die Ehegatten wegen Haß und Uneinigkeit geschieden werden; in diesem Falle darf kein Teil heiraten (§ 75 Ges.-B. v. 1855); sollte ein derart geschiedenes Weib einen anstößigen Lebenswandel führen und ihrem Manne etwas zu Trotz thun, so kann ihr der Mann den Unterhalt entziehen (§ 76, Ges.-B. v. 1855); auch ein Grund zur Trennung der Ehe ist es, daß das Weib ihren Mann drei mal bestiehlt; der Mann darf zur zweiten Ehe schreiten, das Weib nicht (§ 77, Ges.-B. v. 1855).

Es unterliegt keinem Hindernisse, daß getrennte Ehegatten sich wieder vereinen, allein es müssen dabei alle Solemnitäten, wie bei der ersten Ehe, beobachtet werden. Die geschiedene Frau behält den Familiennamen des Mannes, der ihr auch die Führung des Namens untersagen kann.

In allen rein ehelichen Streitigkeiten, wie auch bei der Frage der Gültigkeit des ehelichen Bandes, der Trennung und Scheidung, sind die gegenwärtig bestehenden kirchlichen Behörden — als Gerichte — die kompetenten Richter, die auch zuständig sind, wenn einer der Ehegatten oder beide Ausländer sind. — Die Richter sollen allezeit vorläufig einen Versuch machen, die Streitigkeiten durch Vergleich beizulegen; sind aber die beiden Teile zu einem Ver-

gleiche nicht zu bewegen, so wird durch das Urteil entschieden und der anständige Unterhalt den Ehegatten und den Kindern Dies Urteil wirkt nur inter partes. ausgemessen. wenn die Ehegatten geschieden oder gänzlich getrennt sind, und nicht einig sind, von welchem Teile die Erziehung der Kinder besorgt werden soll, verfügt die Behörde, ohne Gestattung eines Rechtsstreites, dass die Kinder von der Mutter veroflegt und erzogen werden, falls nicht erhebliche hauptsächlich aus der Ursache der Scheidung oder Trennung hervorleuchtende Gründe eine andere Anordnung fordern. Die Kosten der Erziehung müssen von dem Vater getragen werden; wenn er aber mittelles ist, muss vor allem die Mutter für den Unterhalt, und, wenn der Vater stirbt, überhaupt für die Erziehung sorgen; ist die Mutter auch nicht mehr vorhanden, oder ist sie mittelles, so fällt diese Sorge auf die Eltern des Vaters und nach diesen auf die der Mutter. Wenn die Ehe für ungültig oder für getrennt erklärt wird, so soll dieser Erfolg in dem Trauungsbuche (матица венчања) an der Stelle, wo die Trauung eingetragen ist. angemerkt und zu dem Ende von der kirchlichen Behörde, wo die Verhandlung der Ungaltigkeit oder Scheidung und Trennung vor sich gegangen ist, die Erinnerung an die Behörde, die für die Richtigkeit des Trauungsbuches zu sorgen hat, erlassen werden.

Eheschließung vor diplomatischen Vertretern, Konsuln im Auslande, kann nach montenegrinischem Recht nicht statthaben, weil nur die kirchliche Form der Eheschließung zugelassen ist.

Die internationalen Rechtsverhältnisse waren bis zur neuesten Zeit sehr spärlich in Montenegro; erst als Montenegro durch das Meer mit der großen Welt in Berührung trat, tauchten solche empor; demnach in der Regel haben die montenegrinischen Gesetze und Anordnungen im allgemeinen in dem ganzen Staatsgebiete Montenegro Geltung, sie gelten in Vermögensverhältnissen sowohl für Montenegriner als auch für Ausländer, die sich in diesem Lande aufhalten, oder denen daselbst Recht gesprochen wird (Art. 5 Ges.-B. über Vermögen v. 1888); Ausnahme von der im vorstehenden Artikel (5) aufgestellten allgemeinen Regel machen: die Reciprocität und die Staatsverträge fremder Staaten mit Montenegro (Art. 6 Ges.-B. v. 1888). Es giebt demnach Fälle, in denen an Stelle

montenegrinischer ausländische - fremde - Gesetze in Montenegro selbst angewendet werden, wie denn andererseits montenegrinische Gesetze in anderen Staaten zur Anwendung gelangen. Die hierher gehörigen einzelnen Fälle sind in den Artikeln 786-800 des Ges.-B. v. 1888 aufgezählt und daselbst die bezüglichen Anordnungen gegeben; diese gelten jedoch nur insofern, als sie durch die Bestimmungen der Artikel 7. 8 und 9 des Gesetzbuches v. 1888 durch Staatsverträge oder durch ein besonderes Gesetz nicht eingeschränkt oder geändert werden. Somit können auch fremde Rechte auf dem Gebiete des Eberechtes, mit Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit, den Wohnsitz der Beteiligten, mit Rücksicht auf den Ort der Eheschließung, nach vorstehenden positiven Gesetzbestimmungen angewendet werden; übrigens werden die persönliche Fähigkeit zur Eheschließung, die sonstigen materiellen Voraussetzungen der gültigen Ehe, die Form der Eheschließung, die persönlichen Rechtsbeziehungen der Eheleute zu einander, das eheliche Güterrecht wie auch die gänzliche Trennung der Ehe - insbesondere nach dem montenegrinischen Rechte beurteilt; dies gilt auch vom Verlöbnis.

Der neue amerikanische isthmuskanal-Vertrag ("Hay-Pauncefote"-Vertrag) und seine Vorgänger.

Der am 18. November 1901 zu Washington durch den englischen Botschafter Lord Pauncefote und den amerikanischen Staatssekretär John Hay abgeschlossene, am 21. Februar 1902 durch Auswechslung der Ratifikation zu Washington endgültig zu stande gekommene englisch-amerikanische Isthmuskanal-Vertrag wird nachstehend (I) im Wortlaut mitgeteilt, unter Hinzufügung der Texte seiner beiden Vorgänger, des Clayton-Bulwer-Vertrages (vom 19. April 1850) (II) und des Suezkanal-Vertrages von Konstantinopel (vom 29. Oktober 1888) (III), deren inneres Verhältnis derartig ist, dass eine äußere Nebeneinanderstellung vielen Lesern dieser Ztschr. erwünscht Der Text des Hay-Pauncefote-Vertrages ist am 22. Februar 1902 durch den Präsidenten der V. St. v. Amerika publiziert. Für die Vorgeschichte ist zu verweisen auf die Drucksachen des amerikanischen Senates "57th Congress, 1st Session" Document No. 54, part I und II, Document No. 85 (enthält den Text des Clayton-Bulwer-Vertrages und den später abgeänderten Entwurf des Hay-Pauncefote-Vertrages vom 5, Febr. 1900), Document No. 104, Document No. 123, Report No. 783, part I und II. Der Suezkanal-Vertrag ist abgedruckt u. a.: Revue de droit international Bd. XX (1888) S. 529 ff. Über ihn vgl. aus jüngerer Zeit: L. M. Rossignol, Le canal de Suez, Paris (Giard et Brière) 1898, L. Camand, Étude sur le régime juridique du canal de Suez, Grenoble 1899, J. Charles-Roux, L'isthme et le canal de Suez, Paris (Hachette) 1901.

Redaktion.

I. Hay-Pauncefote-Vertrag.

The United States of America and his Majesty Edward the VII of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and of the British Dominions beyond the Seas, King, and Emperor of India, being desirous to facilitate the construction of a ship canal to connect the Atlantic and Pacific oceans, by whatever route may be considered expedient, and to that end to remove any objection which may arise out of the convention of the 19th of April, 1850, commonly called the Clayton-Bulwer Treaty, to the construction of such canal under the auspices of the Government of the United States without impairing the "general principle" of neutralization established in Article VIII of that convention, have for that purpose appointed as their plenipontentiaries:

The President of the U. S., John Hay, Secretary of State of the U. S. of America; and his Majesty Edward the VII of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and of the British Dominions beyond the Seas, King, and emperor of India, the Right Hon. Lord Pauncefote, G. C. B., G. C. M. G., his Majesty's Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary to the U. S.

Who, having communicated to each other their full powers, which were found to be in due and proper form, have agreed upon the following articles:

Art. I.

The high contracting parties agree that the present treaty shall supersede the aforementioned convention of the 19th of April, 1850.

Art. II.

It is agreed that the canal may be constructed under the auspices of the Government of the United States, either directly at its own cost, or by gift or loan money to individuals or corporations, or through subscription to or purchase of stock or shewes, and that, subject to the provision of the present treaty, that the said Government shall have and enjoy all the rights incident to such construction, as well as the exclusive right of providing for the regulation and management of the canal.

Art. III1).

The United States adopts as the basis of the neutralization of such ship canal, the following rules, substantially as embedded in the convention of Constantinopel, signed the 28th of October, 1888, for the free navigation of the Suez Canal, that is to say:

- 1. The canal shall be free and open to the vessels of commerce and of war of all nations observing these rules, on terms of entire equality, so that there shall be no discrimination against any such nation or its citizens or subjects in respect of the conditions or charges of traffic or otherwise. Such conditions and charges of traffic shall be just and equitable.
- 2. The canal shall never be blockaded, nor shall any right of war be exercised nor any act of hostility be committed within it. The United States, however, shall be at the liberty to maintain such military police along the canal as may be necessary to protect it against lawlessness and disorder.
- 3. Vessels of war of a belligerent shall not revictual nor take any stores in the canal except so far as may be strictly necessary; and the transit of such vessels trough the canal shall be effected with the least possible delay in accordance with the regulations in force, and with only such intermission as may result from the necessities of the service. Prizes shall be in all respects subject to the same rules as vessels of war of the belligerents.
- 4. No belligerent shall embark or disembark troops, munitions of war, or warlike materials used in the canal except in case of accidental hinderance of the transit, and in such case the transit shall be resumed with all possible dispatch.
- 5. The provisions of this article shall apply to waters adjacent to the canal, within three marine miles of either end. Vessels of war of a belligerent shall not remain in such water longer then twenty-four hours at any one time, except in case of distress, and in such cases shall depart as soon as possible;

¹⁾ In dem Vertrag v. 5. Febr. 1900 hiefs es: "The high contracting parties, desiring to preserve and maintain the "general principle" of neutralisation, established in Art. VIII of the Clayton-Bulwer Convention, which convention is hereby superseded, adopt as the basis of neutralisation etc."

but a vessel of war of one belligerent shall not depart within twenty-four hours from the departure of a vessel of the other belligerent²).

6. The plant, establishments, buildings, and all works necessary to the construction, maintenance and operation of the canal, shall be deemed to be parts thereof for the purpose of this treaty, and in time of war, as in time of peace, shall enjoy complete immunity from attack or injury by belligerents, and from acts calculated to impair their usefulness as part of the canal.

Art. IV.

It is agreed that no change of territorial sovereignty or of international relations of the country or countries traversed by the before-mentioned canal shall affect the general principle of neutralization or the obligation of the high contracting parties under the present treaty.

Art. V.

The present treaty shall be ratified by the President of the United States by and with the advice and consent of the Senate thereof, and by his Britannic Majesty; and the ratifications shall be exchanged at Washington or at London at the earliest possible time within six months from the date hereof.

In faith whereof the respective plenipotentaries have signed this treaty and hereunto affixed their seals.

Done in duplicate at Washington the 18th day of November, in the year of our Lord, v. 1901.

John Hay, Pauncefote.

II. Clayton-Bulwer-Vertrag.

The United States of America and Her Britannic Majesty, being desirous of consolidating the relations of amity which so happily subsist between them, by setting forth and fixing in a

²⁾ Der Senat hatte hier die Bestimmung gefordert: It is agreed, however, that none of the immediately foregoing conditions and stipulations in sections numbered 1, 2, 3, 4 and 5 of this article shall apply to measures which the United States may find it necessary to take for secaring by its own forces the defense of the United States and the maintenance of public order.

convention their views and intentions with reference to any means of communication by ship canal which may be constructed between the Atlantic and Pacific oceans by the way of the river San Juan de Nicaragua and either or both of the Lakes of Nicaragua or Managua, to any port or place on the Pacific Ocean, the President of the United States has conferred full powers on John M. Clayton, Secretary of State of the United States, and Her Britannic Majesty on the Right Honorable Sir Henry Lytton Bulwer, a member of Her Majesty's most honorable privy council, Knight commander of the most honorable Order of the Bath, envoy extraordinary and minister plenipotentiary of Her Britannic Majesty to the United States, for the aforesaid purpose: and the said plenipotentiaries having exchanged their full powers, which were found to be in proper form, have agreed to the following articles:

Art. I.

The Governments of the United States and Great Britain hereby declare that neither the one nor the other will ever obtain or maintain for itself any exclusive control over the said ship canal: agreeing that neither will erect or maintain any fortifications commanding the same or in the vicinity thereof, or occupy, or fortify, or colonize, or assume, or exercise any dominion over Nicaragua, Costa Rica, the Mosquito Coast, or any part of Central America; nor will either make use of any protection which either affords or may afford, or any alliance which either has or may have to or with any state or people. for the purpose of Erecting or Maintaining any such fortifications. or of occupying, fortifying, or colonizing Nicaragua, Costa Rica. the Mosquito coast, or any part of Central America, or of, assuming or exercizing dominion over the same; nor will the United States or Great Britain take advantage of any intimacy, or use any alliance, connection, or influence that either may possess with any state or government through whose territory the said canal may pass, for the purpose of acquiring or holding directly or indirectly, for the citizens or subjects of the one, any rights or advantages in regard to commerce or navigation through the said canal which shall not be offered on the thame terms to the citizens and subjects of the other.

Art. II.

Vessels of the United States or Great Britannia traversing the said canal shall, in case of war between the contracting parties, be exempted from blockade, detention, or capture by either of the belligerents; and this provision shall extend to such a distance from the two ends of the said canal as may hereafter be found expedient to establish.

Art. III.

In order to secure the construction of the said canal, the contracting parties engage that if any such canal shall be undertaken upon fair and equitable terms by any parties having the authority of the local government or governments through whose territory the same may pass, then the persons employed in making the said canal, and their property used, or to be used, for that object, shall be protected, from the commencement of the said canal to its completion, by the Governments of the United States and Great Britain, from unjust detention, confiscation, seizure, or any violence whatsoever.

Art. IV.

The contracting parties will use whatever they respectively exercise with any state, states, or governments, possessing or claiming to possess any jurisdiction or right over the territory which the said canal shall traverse, or which shall be near the waters applicable thereto, in order to induce such states or governments to facilitate the construction of the said canal by every means in their power. And further more, the United States and Great Britain agree to use their good offices, wherever or however it may be most expedient, in order to procure the establishment of two free ports, one as each of the said canal.

Art. V.

The contracting parties further engage, that when the said canal shall have been completed, they will protect it from interruption, seizure, or unjust confiscation, and they will guarantee the neutrality thereof, so that the said canal may forever be open and free, and the capital invested there secure. Never-

theless, the Governments of the United States and Great Britain, in according their protection to the construction of the said Canal, and guaranteeing its neutrality and security when completed, always understand that this protection and guarantee are granted conditionally, and may with drawn by both governments, or either government, if both governments, or either government, should deem that the persons or company undertaking or managing the same adopt or establish such regulations concerning the traffic thereupon as are contrary to the spirit and intention of this convention, either by making unfair discriminations in favor of the commerce of one of the contracting parties over the commerce of the other, or by imposing oppressive exactions or unreasonable tolls upon the passengers, vessels, goods, wares, merchandise, or other articles. Neither party, however, shall withdraw the aforesaid protection and guarantee without first giving six months' notice to the other.

Art. VL

The contracting parties in this convention engage to invite every state with which both or either have frendly intercourse to enter into stipulations with them similar to those which they have entered into with each other, to the end that all other states may share in the honor and advantage of having contributed to a work of such general interest and importance as the canal herein contemplated. And the contracting parties likewise agree that each shall enter into treaty stipulations with such of the Central American States as they may deem advisable, for the purpose of more effectually carrying out the great design of this convention, namely, that of constructing and maintaining the said canal as a ship communication between the two oceans for the benefit of mankind, on equal terms to all, and of protecting the same: and they also agree, that the good offices of either shall be employed, when requested by the other, in aiding and assisting the negotiation of such treaty stipulations; and should any differences arise as to right or property over the territory through which the said canal shall pass between the states or governments of Central America, and such differences should in any way impede or obstruct the execution of the said canal, the Governments of the United States and Great Britain will use their good offices to settle such differences in the manner best suited to promote the interests of the said canal, and to strengthen the bonds of friendship and alliance which exist between the contracting parties.

Art. VII.

It being desirable that no time should be unnecessarily lost in commencing and constructing the said canal, the Governments of the United States and Great Britain determine to give their support and encouragement to such persons or company as may first offer to commence the same with the necessary capital, the consent of the local authorities, and on such principles as accord with the spirit and intention of this convention: and if any persons or company should already have, with any state through which the proposed ship canal may pass, a contract for the construction of such a canal as that specified in this convention to the stipulations of which contract neither of the contracting parties in this convention have any just cause to object, and the said persons or company shall moreover have made preparations. and expended time, money, and trouble, on the faith of such contract, it is hereby agreed that such persons or company shall have a priority of claim over every other person, persons or company to the protection of the Government of the United States and Great Britain, and be allowed a year from the date of the exchange of the ratifications of this convention for concluding their arrangements, and presenting evidence of sufficient capital subscribed to accomplish the contemplated undertaking: it being understood that if, at the expiration of the aforesaid period, such persons or company be not able to commence and carry out the proposed enterprise, then the Government of the United States and Great Britain shall be free to afford their protection to any other persons or company that shall be prepared to commence and proceed with the construction of the canal in question.

Art. VIII.

The Governments of the United States and Great Britain having not only desired, in entering into this convention, to accomplish a particular object, but also establish a general principle, they hereby agree to extend their protection, by treaty

stipulations, to any other practicable communications, whether by canal or railway, across the isthmus which connects North and South America, and especially to the interoceanic communications, should the same prove to be practicable, whether by canal or railway, which are now proposed to be established by the way of Tehuantenec or Panama. In granting, however, their joint protection to any such canals or railways as are by this article specified, it is always understood by the United States and Great Britain that the parties constructing or owning the same shall impose no other charges or conditions of traffic thereupon than the aforesaid Governments shall approve of as just and equitable; and that the same canals or railways, being open to the citizens and subjects of the United States and Great Britain on equal terms, shall also be open on like terms to the citizens and subjects of every other state which is willing to grant thereto such protection as the United States and Great Britain engage to afford.

Art. IX.

The ratifications of this convention shall be exchanged at Washington within six months from this day, or sooner if possible. In faith whereof we, the respective plenipotentiaries, have signed this convention and have hereunto affixed our seals.

Done at Washington, the 19th day of April, anno Domini 1850.

John M. Clayton Henry Lytton Bulwer.

III. Suez-Kanal-Vertrag.

(Signatarmachte: Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Spanien, Frankreich, England, Italien, Holland, Rufsland, Türkei.)

Art. I.

Le canal maritime de Suez sera toujours libre et ouvert, en temps de guerre comme en temps de paix, à tout navire de commerce ou de guerre, sans distinction de pavillon.

Art. II.

Les hautes parties contractantes, reconnaissant que le canal d'eau douce est indispensable au canal maritime, prennent acte

des engagements de S. A. le Khédive envers la Compagnie universelle du canal de Suez, en ce qui concerne le canal d'eau douce engagements stipulés dans une convention en date du 18. mars 1863, contenant un exposé et quatre articles.

Elles s'engagent à ne porter aucune atteinte à la sécurité de ce canal et de ses dérivations, dont le fonctionnement ne pourra être l'objet d'aucune tentative d'obstruction.

Art. III.

Les hautes parties contractantes s'engagent de même à respecter le matériel, les établissements, constructions et travaux du canal maritime et du canal d'eau donce.

En conséquence, les hautes parties contractantes conviennent de ne porter aucune atteinte au libre usage du canal, en temps de guerre comme en temps de paix. Le canal ne sera jamais assujeti à l'exercice du droit de blocus.

Art. IV.

Le canal maritime restant ouvert en temps de guerre comme passage libre, même aux navires de guerre des belligérants aux termes de l'article I du présent traité, les hautes parties contractantes conviennent qu'aucun droit de guerre, aucun acte d'hostilité ni aucun acte ayant pour but d'entraver la libre navigation du canal ne pourra être exercé dans le canal et ses ports de accès, ainsique dans un rayon de trois milles marins de ces ports, alors même que l'empire ottoman serait une des puissances belligérantes.

Les bâtiments de guerre des belligérants ne pourront, dans le canal et ses ports d'accès, se ravitailler ou s'apprevisionner que dans la limite strictement necessaire. Le transit des dits bâtiments par le canal s'effectuera dans le plus bref délai, d'après les règlements en vigeur, et sans autre arrêt que celui qui résulterait des nécessités du service. Leur séjour à Port-Said et dans la rade Suez ne pourra dépasser vingt quatre heures, sauf le cas de relâche forcée. En pareil cas, ils seront tenus de partir le plus tot possible. Un intervalle de vingt-quatre heures devra toujours s'écouler entre la sortie d'un port d'accès d'un navire belligérant et le départ d'un navire appartenant à la puissance ennemie.

Art. V.

En temps de guerre les puissances belligérantes ne débarguerent et ne prendront dans le canal et ses ports d'accès ni troupes, ni munitions, ni matériel de guerre. Mais dans le cas d'un empêchement accidentel dans le canal, on pourra embarquer ou débarquer, dans les ports d'accès des troupes fractionnées par groupes n'excédant pas 1000 hommes, avec le matériel de guerre correspondant.

Art. VI.

Les prises seront soumises, sous tous les rapports, an même régime que les navires de guerre belligérants.

Art. VII.

Les puissances ne maintiendront dans les eaux du canal (y compris le lac Timsah et les lacs Amers) aucun bâtiment de guerre.

Toutefois, dans les ports d'accès de Port-Said et de Suez. elles pourront faire stationner des bâtiments de guerre, dont le nombre ne devra pas excéder deux pour chaque puissance.

Ce droit ne pourra être exercé par les belligérants.

Art. VIII.

Les agents en Egypte des puissances signataires du présent traité seront chargés de veiller à son exécution. En toute circonstance qui menacerait la securité ou le libre passage du canal, ils se réuniront, sur la convocation de trois d'entre enx et sous la présidence du doyen, pour procéder aux constatations nécessaires. Ils feront connaître au gouvernement Khédivial le danger qu'ils auraient reconnu afin que celui-ci prenne les mesures propres à assurer la protection et le libre usage ducanal.

En tout état de cause ils se réuniront une fois par an pour constater la bonne exécution du traité. Ces dernières réunions auront lieu sous la présidence d'un commissaire special nommé à cet effet par le gouvernement impérial ottoman. Un commissaire Khédivial pourra également prendre part à la réunion et la présider en cas d'absence du commissaire ottoman.

Ils réclameront notamment la suppression de tout ouvrage ou la dispersion de tout rassemblement qui, sur l'une ou l'autre rive du canal, pourrait avoir pour but ou pour effet de porter atteinte à la liberté et à l'entière sécurité de la navigation.

Art. IX.

Le gouvernement Egyptien prendra, dans la limite de ses pouvoirs, tels qu'ils résultent des firmans, et dans les conditions prévues par le présent traité, les mesures necessaires pour faire respecter l'exécution du dit traité.

Dans le cas ou le gouvernement égyptien ne disposerait pas de moyens suffisants, il devra faire appel au gouvernement ottoman, lequel prendra les mesures nécessaires pour répondre à cet appel, en donnera avis aux autres puissances signataires de la déclaration de Londres le 17 Mars 1885, et, au besoin, se concertera avec elles à ce sujet.

Les prescriptions des articles 4, 5, 7 et 8 ne feront pas obstacle aux mesures qui seront prises en vertu du présent article.

Art, X.

De même, les prescriptions des articles 4, 5, 7 et 8 ne feront pas obstacle aux mesures que sa majesté le Sultan et son altesse le Khédive, au nom de sa Majesté impérial et dans les limites des firmans concédés, seraient dans la nécessité de prendre pour assurer, par leurs propres forces, la défense de l'Egypte et le maintien de l'ordre publique.

Dans le cas où sa majesté impériale le Sultan ou son altesse le Khédive se trouveraient dans la nécessité de se prévaloir des exceptions prévues par le présent article, les puissances signataires de la déclaration de Londres en seraient avisées par le gouvernement impérial ottoman.

Il est également entendu que les préscriptions des quatre articles dont il s'agit ne porteront, en aucun cas, obstacle aux mesures que le gouvernement impérial ottoman croira nécessaires de prendre pour assurer par ses propres forces la défense de ses autres possessions situées sur la côte oriental de la mer Rouge.

Art. XI.

Les mesures qui seront prises dans les cas prévus par les articles 9 et 10 du présent traité ne devront faire obstacle an libre usage du canal.

Dans les mêmes cas. l'érection de fortifications permanentes élevées contrairement aux dispositions de l'article 8 demeure interdite.

Art. XII.

Les hautes parties contractantes conviennent, par application du principe d'égalité en ce qui concerne le libre usage du canal. principe qui forme l'une des bases du présent traité, qu'aucune d'elles ne recherchera d'avantages territoriaux ou commerciaux. ni de privilèges dans les arrangements internationaux qui pourront intervenir, par rapport au canal. Sont d'ailleurs réservés les droits de la Turquie comme puissance territoriale.

Art. XIII.

En dehors des obligations prévues expressément par les clauses du présent traité, il n'est porté aucune atteinte aux droits souverains de sa majesté impériale le Sultan et aux droits et immunités de son altesse le Khédive, tels qu'ils résultent des firmans.

Art. XIV.

Les hautes parties contractantes conviennent que les engagements résultant du présent traité ne seront pas limités par la durée des actes de concession de la compagnie universelle du canal de Suez.

Art. XV.

Les stipulations du présent traité ne feront pas obstacle aux mesures sanitaires en vigueur en Egypte.

Art. XVI.

Les hautes parties contractantes s'engagent à porter le présent traité à la connaissance des Etats qui ne l'ont pas signé, en les invitant à y accéder.

378 Th. Niemeyer, Der neue amerik. Isthmus-Vertrag u. seine Vorgünger.

Art. XVII.

Le présent traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Constantinople dans un délai d'un mois, ou plus tôt si faire de peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Constantinople, le 29 jour du mois d'octobre de l'an 1888.

De Montebello,
Radowitz,
Calice,
Miguel Florez Garcia,
W. A. White,
Blanc,
Gust. Kenn,
Nelidow,
M. Sald.

Litteraturberichte.

Bücheranzeigen.

Zimmermann, Dr. Alfred, Die Kolonialpolitik Frankreichs. Von dem Aufängen bis zur Gegenwart. Berlin 1901, E. S. Mittler & Sohn. 498 u. XIV S.

Alfred Zimmermann, bekanntlich der hervorragendste Kenner der neueren Kolonialgeschichte und sugleich praktischer Kolonialpolitiker früher als Legationerat im Kolonialamt, gegenwärtig als Handelsattaché bei der deutschen Botzchaft in London -, hat sich die dankenswerte Aufgabe gestellt, in einer Reihe von Bänden die Entstehung. Entwicklung und Erfolge der von den europäischen Nationen ausgegangenen Kolonien zu schildern. Nachdem er drei Bände der Kolonialpolitik Portugals, Spaniens und Englands --- der drei suerst kolonisatorisch auftretenden Mächte Europas - gewidmet, bringt er im vorliegenden Bande die Entwicklung der fransösischen Kolonialpolitik zur eingehenden Darstellung. Der Aufhau des ersten fransösischen Kolonialreichs erfolgte im Zeitalter des Merkantilismus. Die französischen Staatsmänner des 16. und 17. Jahrhunders mußten in der Begründung kolonialer Unternehmungen ein wesentliches Hülfsmittel für ihr Ziel, die Beförderung des Nationalreichtums, erblicken. Und bereits 1615 forderte Montchrétien in seinem berühmten "Traité de l'économie politique" die Schaffung junger Frankreiche in der Neuen Welt, um Volk und König su bereichern und die Milfeigen zu beschäftigen.

So wurde wirklich in Kanada, Louisiana, den Antillen, in Westafrika und in Ostindien ein bedeutendes Kolonialreich geschaffen, — aber weder wirtschaftlich hat dasselbe große Resultate ergeben, noch hat es sich politisch danernd an Frankreich angliedern lassen. Die vielen privilegierten Compagnien, die die französische Regierung zum Zweck der Ausbeutung der Kolonien ins Leben gerufen, sind sämtlich mifslungen. Sie haben ohne Ausnahme nicht nur den Teilnehmern Verluste gebracht, sondern auch den Staat Zuschüsse gekostet und ihn sudem sehr oft in auswärtige Schwierigkeiten verwickelt. "Die französischen Kolonialgesellschaften — augt Zimmermann — haben durchweg nicht allein alle Fehler begangen, die der bureaukratischen Staatsverwaltung ansuhängen pflegen, sie haben daneben meist noch die Kurzsichtigkeit und Engherzigkeit kleiner Krämer oder den Leichtsinn bankrotter Spieler bewiesen." Noch schlimmer war die Art und Weise, wie

die französische Regierung die Kolonien zu bevormunden und wirtschaftlich auszuheuten suchte, — und zwar ohne Rückzicht auf die Interessen der Kolonisten, ja ohne die geringste Sachkenntnis; auch die Beamten, die nach den Kolonien entsandt wurden, stellten ein ganz unbrauchbares, ebenso unfähiges wie bestechliches Personal dar. Bei den Kolonisten dagegen wurde der Geist der Unabhängigkeit und Freiheit — der die englischen Kolonien groß gemacht hat! — von vornherein erstickt. Trotzdem ist der Zusammenbruch jenes ersten französischen Kolonialreichs nicht auf das Konto der mangelhaften Verwaltung zu setzen, sondern der Minderwertigkeit der französischen Seemacht suzuschreiben, die wegen Mangel au fähigen Seeoffizieren und gut ausgebildeten Matrosen zur Behauptung der Kolonian nicht imstande gewesen ist.

Während der großen Revolution wurde den Kolonien — aus principiellen Gründen — volle Selbstverwaltung gewährt. Aber dies Princip, das sich für die Entwicklung der englischen Kolonien als so segensreich erwieses, hat in den fransösischen Kolonien, aus deren Vergangenheit es nicht organisch herauswuchs, viel Unheil gestiftet und ist dann bald wieder anfgegeben worden. Seit der Restauration begann dann der Aufbau eines neuen Kolonialreichs, um dessen Schaffung sich besonders die Staatsmänner der dritten Republik, zumal Ferry, verdient gemacht haben. Die jetzige Form der Verwaltung, die auch den Kolonisten ein gewisses Maß von Autonomie einräumt, wird von Zimmermann eingehend geschildert, übrigens von ihm wesentlich günstiger beurteilt als die Administration der Kolonien unter dem ancien régime. Auch die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonien seigt eine aufsteigende Tendenz, und Zimmermann glaubt, daß diese noch weiter anhalten wird.

Wir haben mit diesen Angaben von dem reichen Inhalt des Buches aur einen schwachen Begriff geben können. Hoffentlich ladet unsere Anseige den Leser dazu ein, selbst das Zimmermannsche Werk zur Hand au nehmen: er wird aus dessen übersichtlicher und zuverlässiger Darstellung reiche Belehrung über die französische Kolonialgeschichte und -politik schöpfen.

Kiel. Georg Adler.

Stubenrauchs Kommentar sum österr. allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuche. 8. umgearbeitete Auflage. Wien 1901, Mans.

Daß neben so vielen vorzüglichen Lehr- und Handbüchern des österreichischen Privatrechtes, welche die neuere Zeit bervorgebracht hat, Stubenvauchs Kommentar in 8. Auflage erscheint, diese Thatsache spricht für die allgemein anerkannten und gewürdigten Vorzüge dieses wahrhaft klassischen, in Form und Inhalt gleich ausgezeichneten Werks mehr, als es Worte vermöchten. Die Herausgeber und der Verleger beseichnen diese Auflage als eine größtenteils neu bearbeitete. In der That weist dieselbe schon im allgemeinen, namentlich in dem 17 bereits erschienenen Heften des Werks vielfach erhebliche Umgestaltungen gegen die früheren Auflagen auf. Die Brauchbarkeit und Beliebtheit des Werks beruht darauf, daß dasselbe ein möglichst genaues anschauliches Bild des jeweiligen Standes der Theorie und Praxis im ganzen wie im einzelnen darzubieten bezweckt.

Um das Werk auf der Höhe seiner Aufgabe zu erhalten, mußte sein Inhalt der stetigen Entwicklung der Lebensverhältnisse und der Fortbildung des Renhts getreulich folgen. Die Herausgeber waren sich dartiber klar, daßs dieses Ziel nicht durch eine bloß äußerliche stäckweise Anfügung der neueren Gesetzgebung, Litteratur und Rechtsprechung an den urspränglichen Wortlaut des Werks erreicht werden kann, daß vielmehr in angemessenen Zeiträumen eine dem Geiste der modernen Rechtsentwicklung entsprechende völlige Umarbeitung erforderlich ist.

In diesem Sinne ist bei der gegenwärtigen 8. Auflage, in welcher insbesondere auch auf das neue deutsche bürgerliche Gesetzbuch und die Litteratur desselben Sedacht genommen wurde, unter Mitwirkung hervorragender Mitarbeiter vorgegangen worden.

Auch ward das Augenmerk der größeren Prägnanz und Übersichtlichkeit der Darstellung des Rechtestoffes zugewendet und durch Anwendung gesigneter typographischer Behelfe die scharfe Hervorhebung der Systematik und der wichtigeren Leitsätze ersichtlich gemacht, was dem Studierenden und Praktiker die Benutzung des Werkes nicht unwesentlich erleichtern

Die Ausstattung des Werks ist eine in jedem Betracht glänzende.

M. P. Jonanović.

Sammlung von civilrechtlichen Entscheidungen des k.k. obersten Gerichtshofes. Herausgegeben von L. Pfaff, J. v. Schey und V. Krupsky. XXXIV. Band. Wien 1901, Mans. 981 S.

Dem vorliegenden Bande, welcher 501 Entscheidungen aus dem Jahre 1896 enthält, kommt eine erhöhte Bedeutung zu infolge der ihm beigegebenen Register, durch welche die Verwendbarkeit des Werkes wesentlich bedingt wird.

M. P. Jovanović.

Sammlung von Entscheidungen zum Handelsgesetzbuche. Von Dr. L. Adler und Dr. J. Friedländer. Band XI. Wien 1901, Manz. 723 S.

Dieser XI. Band umfaßt die bis 1901 in den Fachzeitschriften zur Veröffentlichung gelangten Entscheidungen des österr. obersten Gerichtshofes zum Handelsgesetzb., dann zu dem Gesetze über Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und zu den Gesetzen, betreffend die Wahrung der Bechte der Besitzer von Teilverschreibungen aus den Jahren 1897, 98, 99 und 1900, sowie Nachträge aus den Jahren 1890, 93, 94, 95 und 1896, ferner ein Verseichnis der Gesetzesstellen und ein systematisches Register für den vorliegenden Band, endlich ein alphabetisches Sachregister, das durch Beztige auf das Gesemtregister des X. Bandes und das systematische Register des XI. Bandes eine Übersicht über den gegenständlichen Inhalt aller elf Sammlungsbände gewähren soll.

Im übrigen bewahrt dieser Band den Charakter seiner Vorgänger. Die an die Spitze jeder Entscheidung gestellten Rechtsätze sind präcis gefaßt, der Rechtsfall ist tiberall klar und erschöpfend exponiert, und die Ent-Zeitschrift f. intern. Privat- u. offentl. Becht. XII. scheidungsgründe sind vollständig und wörtlich wiedergegeben. Die Daten der Entscheidungen sind aktenmäßig richtig gestellt.

M. P. Jouanović.

Frommes Österr. Juristen-Kalender für das Jahr 1902. 30. Jahrgang, redigiert von Dr. Josef Frühwald, Advokat in Wien. Wien. Fromme.

Mit diesem neuesten Jahrgange begeht der vorliegende Juristen-Kalender das 30 jährige Jubiläum seines Bestandes. Im Laufe eines Menschenalters hat die Redaktion unentwegt das ursprünglich gesteckte Ziel im Auge behalten, den Kalender zu einem verläßlichen Ratgeber auf allen jenem Gebieten zu machen, die für den Juristen von Wichtigkeit sind. Daß dies gelungen ist, beweist am besten der Umstand, daß der Kreis der Freunde des Kalenders seit seiner Begründung von Jahr zu Jahr sich erweitert hat.

Jedem Praktiker kann dieser sorgfältig gearbeitste Kalender bestens empfohlen werden. Auch die äußere Ausstattung ist zu rühmen.

M. P. Jovanović.

Klibanski, Kodex des Civilrechts, Russisches Civilgesetzbuch. Aus dem Russischen übertragen und mit Einleitung versehen. Berlin 1902, F. Gottheiner. VIII u. 304 S.

Das geltende russische Civilgesetsbuch bildet den X. Bend der 1839 erlassenen 16 blindigen Gesamtkodifikation (Sewod sakonow). Es ist wiederholt in neuer amtlicher Ausgabe veröffentlicht, suleist 1900, und swar insbesondere auch in dieser letsten Ausgabe mehrfach verändert. Die vorliegende Übersetsung legt den Text von 1893 su Grunde und bringt die neuesten Änderungen in einem Nachtrage. Es existierte bisher m. W. keinerlei deutsche Übersetsung des Gesetsbuches. (Eine französische von 1841 von Foucher ist in Rennes und Paris erschienen.) Es liegt daher auf der Hand, daß die vorliegende Arbeit willkommen su heißen ist.

Niemcyor.

Endemann, F., Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts, 8., neu bearbeitete Auflage, 1. Bd., Teil I-III. Berlin 1901, 1902, Heymann.

Der vorliegende Band des rasch su Anerkennung gelangten Werkes behandelt den allgemeinen Teil des Civilrechtz und die aligemeinen Lehren des Obligationenrechts. Vorausgeschickt ist eine "Einleitung", welche die Leser dieser Ztschr. besonders interessiert, da sie in §§ 20, 21, 22 das deutsche internationale Privatrecht behandelt. Eine ansführliche Darlegung und Kritik dieser Darstellung kann hier nicht gegeben werden. Es seien nur einselne Punkte hervorgehoben.

Als positives Princip des E.G. sum B.G.B. anerkennt E., daß die Entscheidung darüber, ob deutsches oder fremdes Becht und wie weit letzteres angewendet werden soll, lediglich bei dem deutschen Becht liegt, welches autonom die eigene Geltung wie die Grenze für die Anerkennung der ansländischen Bechtmormen bestimmt. (S. 84, auch S. 91 Anm. 25.) — Damit hat E. erfreulicherweise gegen die von Schnell, Neumann u. a. vertresene

Irrichre Stellung genommen, welche aus dem E.G. das Princip der Kompetenserwägung herausliest. (S. auch S. 94 Anm. 1.) - Damit stimmt überein, dals E. in gesunder Auffassung lehrt, dals "das erste Gebot die analoge Anwendung der durch das E.G. festgelegten Grundsätze ist* (8. 94). — Abgünstig gesinnt ist E. dem im E.G. sum Siege gelangten Princip. des Heimstrechtes, dessen Anerkennung im E.G. z. B.G.B. er als "groben Rijckschritt" charakterisieren su dürfen meint. Daß diese Kritik von E. mit Gründlichkeit motiviert sei (8.84), läßst sich nicht sagen. — Befremdlich im Munde eines Juristen ist auch die Ausführung S. 83 Anm. 8, wo E. unter Bezugnahme auf Bizmarck — verneint, daß überhaupt das Bedürfnis gesetzgeberischer Regelung des internationalen Privatrechts im Zusammenhang des B.G.B. vorhanden gewesen sei. - !Ein Gedankensprung, welcher den Lener irre fithren kann, ist die Fragestellung S. 81 Abs. 2, wo sofort von dem Problem eines (positiven oder negativen) Konfliktes der Kollisionsnormen gehandelt wird, während doch zunächst nur das judicium communi dividendo hinsichtlich der materiellen Rechtsettre selbst, d. h. die Findung der Kollisionsnormen in Frage steht. - Daß Zitelmann, wie E. behauptet (S. 85), lehre, das internationale Privatrecht sei Völkerrecht, ist unrichtig. Zitelmann (Iherings Jahrbücher Bd. 42 S. 194) hat sich neuerdings nochmals gegen diese Unterstellung verwahrt.

Inhaltsverzeichnis zu Heft 3 und 4.

. I. Abhandlungen.	
Das Anwendungsgebiet zweier koexistierender Civilrechte in Griechenland. Von G. Diobouniotis, Privatdocent und Rechts- anwalt in Athen	8eite
Die dritte Haager Staatenkonferenz für internationales Privatrecht. Kritische Studien von Dr. Franz Kahn in Heidelberg. (Fortsetzung).	201
Ausländer und der Schutz gegen unlauteren Wettbewerb. Von Rechtsanwalt Dr. Fuld in Mains	262
Das internationale Privatrecht im Entwurf des schweizerischen Civilgesetzbuchs. Von Professor Dr. Caesar Barasetti in Frei-	000
burg (Schweis)	270 306
Das montenegrinische Eherecht. Von Milan Paul Jovanović in Vukovar a. D.	833
Der neue amerikanische Isthmuskanal-Vertrag ("Hay-Panneefote"- Vertrag) und seine Vorgänger	365
II. Litteraturberichte.	
Bücheranzeigen.	
Zimmermann, A., Die Kolonialpolitik Frankreiche von den Anfängen	
bis zur Gegenwart	, 379
8. Auflage	380
Sammlung von civilrechtlichen Entscheidungen des k. k. Obersten Gerichtshofes. Hrsg. von L. Pfaff, J. v. Schey u. V. Krupsky.	
34. Band	381
Sammlung von Entscheidungen sum Handelagesetzbuche. Von L. Adler u. J. Friedländer 11. Band	981
Frommes österreich, Juristen-Kalender für das Jahr 1902. 30. Jahrg. Hrag. von J. Frühscald	382
Klibanski, Kodex des Civilrechts, Russisches Civilgesetzbuch. Aus	902
d. Russischen übertragen und mit einer Einleitung versehen	382
Endemann, F., Lehrbuch des Bürgerlichen Rechts. 8. Auflage.	508
I. Band, Teil 1—3.	382

Die dritte Haager Staatenkonferenz für internationales Privatrocht

Kritische Studien von Dr. Franz Kahn in Heidelberg.

(Fortsetzung.)

Das Eherechtsabkommen.

II. Abschnitt. Die Form der Kheschliefsung.

A. Die normale Form.

I. Der Grundgedanke.

Die Gesetzeskollisionen und Konflikte, welche durch die divergierenden Richtungen der Civilehe und der kirchlichen Ehe hervorgerufen werden, treten naturgemäß bei der Form der Eheschließung am schärfsten in die Erscheinung. Eine durchweg gleichmäßige Lösung ist hier zur Zeit überhaupt aussichtslos, weil die beiden "ordres publics" ihre Prohibitivanknüpfung an verschiedenen Punkten suchen. Man muß sich damit begnügen, wenn eine internationale Vereinbarung gefunden wird, die, unter Freigebung der unvermeidlichen Gesetzeskollisionen, das nach Lage der Sache erreichbare "Maximum von internationaler Gesetzesharmonie" gewährleistet. Die Konferenzbeschlüsse bedeuten, von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, einen erheblichen Fortschritt, wenn sie auch unseres Erachtens nicht überall die Grenzen des Erreichbaren darstellen.

An der Spitze steht (und stand vom Beginn der Beratungen an) der Satz locus regit actum in folgender Form: "Sera reconnu

partout comme valable, quant à la forme, le mariage célébré suivant la loi du pays où il a eu lieu."

Der Anregung des russischen Delegierten Martens (Actes 1900 S. 163), der Regel die Worte "ou suivant la loi nationale" beizufügen, hat die Konferenz keine Folge gegeben, ebensowenig den inhaltlich übereinstimmenden (unter ausdrücklicher Berufung auf Bar, Bd. 1 S. 461 ff. gestellten) Anträgen Dänemarks, Schwedens, Norwegens (Actes 1900 S. 53, Documents S. 138. 179)¹).

Es ist damit — wie auch vom Institut de droit international, vgl. Annuaire Bd. 9 S. 95—101 — jenes Dogma von der fakultativen Geltung des Heimatrechtes für die internationale Kollisionsnorm ausdrücklich abgelehnt worden. Man ist aber andererseits nicht so weit gegangen (wie das Institut a. a. O. S. 101), das entgegengesetzte Dogma von der obligatorischen Geltung der lex loci zu adoptieren. Die Konferenz hat weder das eine noch das andere als überstaatliche Norm aufgestellt: sie erkennt aber sowohl das eine wie das andere als innerstaatliche Norm für zulässig an. Eine rechtliche Bindung der Vertragsstaaten besteht nur insoweit, als (von der Ausnahme des Art. 5 Abs. 2 abgesehen) eine nach lex loci gültige Ehe überall gültig sein soll. Dies in Kürze der grundsätzliche Standpunkt der Konvention.

II. Die obligatorische Geltung der lex loci.

Die allgemeine fakultative Geltung des Heimatrechtes scheitert bei den Staaten der obligatorischen Civilehe an einem nach herrschender Meinung berechtigten Verlangen des "ordre public": der Anerkennung eines lokalen Prohibitivgesetzes, das jede im Inland geschlossene Ehe nur dann gültig sein soll, wenn sie der inländischen Eheform entspricht.

Die theoretischen Begründungen dieser Prohibitivnorm sind — wie die meisten Äußerungen des ordre public — in der Regel wenig stichhaltig (vgl. dagegen mit Recht Bar a. a. O., auch Weiß Bd. 3 S. 483 ff.): vielfach läuft dabei noch eine auf einer

Ahnlich auch die Erklärung Österreichs, Actes S. 46, nicht aber der dort angezogene deutsche Antrag, welchen die österr. Erklärung völlig mißverstanden hat.

petitio principii beruhende Verwirrung von Substanz und Form unter (vgl. z. B. Brocher, Cours Bd. 1 S. 280 ff.; Fiore, Nr. 528 ff.; Olivi, R. Bd. 15 S. 230 ff.; Filho, J. Bd. 8 S. 338; Typaldo-Bassia. J. Bd. 23 S. 60 ff.). Aber nicht auf diese Begründungen kommt es überhaupt an, sondern auf die sich überall kundgebende örtliche Herrschaftstendenz der Gesetze, welche in ihnen ihren Ausdruck findet. Man mag diese Tendenz missbilligen und bekämpfen; man mag mit Bar der Ansicht sein, dass zur Sicherung der obligatorischen Civilehe ein Strafgesetz (§ 67 P.ST.G., Art. 199 code pénal), "welches Geistlichen kirchliche Eheschließungen, denen nicht bereits die bürgerliche Eheschließung vorangegangen ist, bei namhafter Strafe verbietet", genüge, und daß es nicht nötig sei, eine entgegen einem solchen Verbote geschlossene Ehe von Ausländern für nichtig zu erklären: Thatsache ist, dass der (für Deutschland ausdrücklich niedergelegten) Willensmeinung der Gesetzgeber' eine solche lex imperfecta zur Zeit nicht Genüge leistet. Die obligatorische Civilehe ist einmal ein Rechtsinstitut, zu dessen strikter Durchführung der Staat bei den bestehenden Gegenströmungen energischer und kräftiger Hülfen nicht entraten kann. Bei solcher Sachlage werden zum Schutze des inländischen Rechtes stets privatinternationale Prohibitivnormen in weiterem oder geringerem Umfange für erforderlich erachtet werden. Wie weit sie notwendig sind, das hat überall der interne Gesetzgeber, die interne Gesetzesauslegung zu entscheiden, wie selbst von den äußersten Internationalisten zugegeben wird (vgl. die Citate in Iherings Jahrb. Bd. 39 S. 76). Die Meinung Bars, der deutsche Gesetzgeber habe in § 41 des P.ST.G.*) (vgl. § 13 Abs. 3 E.G.) "die Grenze der Gesetzgebungsgewalt, welche einem Staat in internationaler Beziehung zukommen kann, überschritten" ist deshalb von jedem Standpunkt aus unhaltbar (vgl. auch Niemeyer, Kodifikation S. 166).

Die Berechtigung der Vertragsstaaten, eine derartige Kollisionsnorm zu erlassen, wonach jede im Inlande geschlossene

²⁾ Die einschränkende Auslegung Donles, Deutsche Ztsehr. f. Kirchenrecht II, 1 S. 49, wonsch § 41 P.ST.G. nur dann gelten soll "wenn beide Teile, oder wenigstens ein Teil Deutsche sind", ist natürlich eine Unmöglichkeit. Vgl. besonders Gebhards Motive zu § 16 unter III.

Ehe bei Strafe der Nichtigkeit der inländischen Form entsprechen mus, ist durch die Konvention aufrecht erhalten. Auf der zweiten Konferenz hatte der norwegische Delegierte (Beichmann) hervorgehoben, daß norwegische Geistliche in den verschiedenen fremden Hafenstädten eigens zu dem Zwecke stationiert werden. um durchpassierende norwegische Seeleute nach ihrem Heimatrechte zu trauen und er hatte beantragt, derart geschlossene Ehen den "diplomatischen" gleichzustellen und allgemein für gültig zu erklären. Der Antrag wurde von der Kommission abgelehnt mit der Begründung, dass "dans presque tous les Etats représentés à la Conférence, la législation s'opposerait à la validité de pareils mariages dans le pays où ils sont célébrés" (Actes 1894 S. 49). Vgl. auch die Erklärung des belgischen Delegierten van den Bulcke, ebenda S. 44 und die Abstimmung im Plenum S. 45. In ähnlichem Sinne erfolgte dann auf der dritten Konferenz die Ablehnung der oben erwähnten skandinavischen und russischen Antrage und die Aufnahme des neuen Art. 7, welcher die fakultative Heranziehung des Heimatrechtes den einzelnen Vertragsstaaten gestattet, aber nicht befiehlt. Der Kommissionsbericht rechnet dabei mit der gegebenen Thatsache, dass für die Staaten der obligatorischen Civilehe die Möglichkeit nicht bestehe, von Art. 7 bei Ehen, welche auf ihrem Territorium geschlossen sind, Gebrauch zu machen: Deux personnes qui appartiennent à un pays dont la législation admet le mariage religieux se marient devant un prêtre dans un pays où l'état civil est sécularisé. Ce mariage est nul dans le pays comme contraire à une loi d'ordre public ... "

Es ergiebt sich hieraus, daß die Konferenz die in Frage stehende lokale Prohibitivnorm, wie sie der deutsche Gesetzgeber anerkannt und die Praxis der romanischen Länder in der Regel befolgt hat, ihrerseits nicht nur für zulässig erklärt, sondern auch billigt und als dem Geiste der bürgerlichen Eheordnungen entsprechend erachtet. Diese Äußerungen haben gleichwohl nicht die Bedeutung eines überstaatlichen Befehls, sondern nur die einer Erlaubnis. Es ist und bleibt lediglich der internen Gesetzgebung der einzelnen Vertragstaaten anheim gestellt, ob und wieweit in einem Lande die fragliche Prohibitivnorm Geltung hat. Sollten etwa einzelne der Staaten, in denen die obliga-

torische Civilebe gilt^a), der Theorie Bars, A. Laurents (J. Bd. 22 S. 268 ff.) folgend, Ausländern gegenüber die inländische Eheform nicht als unbedingt zur Gültigkeit der Ehe erforderlich betrachten, so legt die Konvention einem solchen im Interesse der internationalen Gesetzesharmonie nur erwünschten Verhalten kein Hindernis in den Weg. So weit ersichtlich, scheint aber wie gesagt die herrschende Praxis überall den von den Konferenzdelegierten gebilligten strengeren Standpunkt einzunehmen⁴) und dürfte wohl auch darauf beharren.

Fraglich erscheint vielleicht nur, ob nicht die gewöhnliche Formulierung der Regel zu weit geht und sinngemäß die Prohibitivwirkung nur gegenüber der kirchlichen Eheschließung Platz greifen sollte, im übrigen aber einer Anerkennung der heimatrechtlichen Eheformen auch in den Civilehestaaten nichts entgegenstunde (so Weiss Bd. 3 S. 486, S. 483 ff.). Meines Erachtens dürfte aber auch dieses Bedenken nicht begründet sein. Mag auch die Prohibitivwirkung des Civileherechts seine Spitze hauptsächlich gegen die kirchliche Eheform richten, und aus dem Kampfe dieser beiden Rechtsinstitute erwachsen sein, so wäre doch eine Differenzierung des einmal anerkannten Princips wenig angebracht und würde sich mit der lokalzwingenden Kraft, welche der staatlichen Eheform zuerkannt werden soll, nicht vertragen. Für das Konventionsgebiet ist die angeregte Frage

 Es gehören hierher außer Deutschland: Frankreich, Beigien, Luxenburg, Italien, die Schweis, Ungarn und Rumänien.

⁴⁾ Vgl. hierzu die Ausstihrungen Bussatis, L'autorità delle leggi straniere relative alla forma degli atti civili S. 206 ff. und die dort besonders S. 218 ff. gegebenen Citate; Weiss, Bd. 3 S. 486 und die Citate in Anm. 2 ebenda; Clunet, question et solution 70, J. Bd. 19 S. 417 ff., speciell die Citate S. 419; tribunal civil de Viterbe vom 10. Sept. 1874, J. Bd. 2 S. 44 ff. und die in der Note von Dubois citierten; die in J. Bd. 23 S. 915 ff. referierten rumänischen Usteile; Beauchet, Ztach. Bd. 1 S. 698; Stocquart, R. Bd. 20 S. 284 und die Citate in Note 3; Pillet in Sirey 96, 1, 401; ferner: F. Laurent, Bd. 4 No. 234 ff.; Fiore, No. 528 ff. u. J. Bd. 18 S. 301 ff.; Rolin, Bd. 2 S. 83 ff.; Mortens, Völkerrecht Bd. 2 S. 304; Busdugan in J. Bd. 27 S. 759 ff.; König und Westlake bei den Verhandlungen des Institut, Annuaire Bd. 9 S. 96 ff. — Dagegen außer Bar a. s. O. und in seinem Bericht für das Institut, Annuaire Bd. 9 S. 77 ff.: Filamusi-Guelfi cit. bei Fiore und Bussati a. a. O.; A. Laurent, J. Bd. 22 S. 268 ff.; Olivi in R. Bd. 32 S. 41; Mariolle (Keidel), Arch. f. öff. Recht Bd. 18 S. 484 ff.

übrigens wohl akademischer Art, da (wenn wir von der diplomatischen Ehe absehen) nach dem Rechte keines Vertragsstaates die Ehe in anderer Form als entweder vor dem Standesbeamten oder vor dem Geistlichen geschlossen werden kann (anders z. B. nach schottischem und nach amerikanischem Recht).

III. Die fakultative Heranziehung des Heimstrechtes.

Als dem Geiste der bürgerlichen Eheordnungen entsprechend (und durch die Konvention gestattet) hat nach den vorstehenden Erörterungen eine Prohibitivnorm zu gelten, welche eine auf inländischem Boden geschlossene Ehe nur dann anerkennt, wenn sie der lex loci entspricht. Man hat diese einseitige Anwendungsnorm hier und da zur internationalen Grenznorm erweitert: eine Ehe solle allgemein nur dann formgültig sein, wenn sie gemäß dem Rechte des Eheschliefsungsortes eingegangen worden ist. So insbesondere das Institut de droit international, welches (auf der Heidelberger Sitzung), entgegen Bars Anträgen, seinen grundsätzlichen Standpunkt durch die Bejahung der beiden Fragen pracisiert hat: 1. "Suffit-il, pour qu'un mariage soit valable partout, d'observer les formes du lieu de la célébration?" (bejaht mit allen gegen 3 Stimmen). 2. "Est-il nécessaire, pour qu'un mariage soit valable partout, d'observer les formes du lieu de la célébration (sauf les exceptions à admettre pour les mariages diplomatiques et consulaires)?" (bejaht mit 14 Stimmen gegen 6 und eine Stimmenthaltung). Die dritte Frage: "Est-ce qu'un mariage est valable si les deux parties appartiennent à la même législation et que les formes de cette législation soient observées?* wurde hiernach hinfallig "étant nécessairement résolue négativement" (Annuaire Bd. 9 S. 101). Vgl. dazu Art. 1 der Beschlüsse von Lausanne, Ann. Bd. 10 S. 61 ff. S. 75.

Auf dem nämlichen Boden stand der Entwurf des deutschen B.G.B. erster Lesung, Gebhard, § 16 Abs. 2: "Die Form der Eheschließung bestimmt sich ausschließlich nach den Gesetzen des Ortes, an welchem die Eheschließung vorgenommen wird." Vgl. dazu Gebhards Motive a. a. O. Ebenso das sächsische Gesetz vom 5. November 1875 und ferner das neue japanische Gesetz betreffend die Anwendung der Gesetze Art. 13 Satz 2°).

⁵⁾ Siehe auch die Erklärung Buedugens, J. Bd. 27 S. 512: "Vu Pétat actuel des législations et de la doctrine, et la tendance surtout de presque

Derartige Fassungen enthalten jedoch eine verkehrte und zweckwidrige Überspannung des in Rede stehenden Prohibitivgedankens. Sie erscheinen unbedenklich und natürlich, wenn man, auf dem Boden eines Civileherechtes stehend, die im Auslande geschlossenen Ehen nur insoweit in den Kreis seiner Betrachtung zieht, als die Eheschließenden Inländer sind (so thatsachlich Gebhards Motive): umsomehr als in solchem Falle (von der diplomatischen Ehe abgesehen) eine Eheschliefsung in den heimatlichen Formen in der Regel überhaupt unmöglich ist. Ganz anders liegt die Sache aber, wenn man auch an Ehen denkt, die Ausländer im Auslande eingehen, insbesondere solche Ausländer, deren Heimatrecht auf dem Boden der kirchlichen Eheschließung steht. Diese Personen finden ja sehr häufig auch außerhalb ihres Landes Gelegenheit, vor dem Geistlichen ihrer Kirche eine Ehe zu schließen, die in allen wesentlichen Punkten der heimstlichen Form entspricht. Allgemein wird von den Heimatstaaten eine solche Ehe als gültig anerkannt (wie es auch bei uns vor Einführung der Civilehe, z. B. in Preußen und in Sachsen der Fall war, vgl. Gebhards Motive zu § 16 III. Anm. 2). Welche Veranlassung hätten wir - der dritte Staat -. die Gultigkeit dieser Ehe zu beanstanden, die unsern "ordre public" (vielleicht auch denjenigen der lex loci selbst!) in keiner Weise verletzt hat? Welche Berechtigung haben wir also, allgemein zu erklären, dass eine Ehe ausschliefslich nach den Gesetzen des Eheschließungsortes eingegangen werden könne. wenn dieser Eheschließungsort ein ausländischer ist?

Wenn hiernach schon von dem innerstaatlichen Standpunkte eines Civileherechtes kein Grund vorliegt, durch eine allgemeine Grenznorm die obligatorische Beobachtung der *lex loci* zu verlangen⁶), so wäre die Aufstellung eines derartigen Grundsatzes

toutes les jurisprudences étrangères notre conclusion est que la force impérative de la règle locus regit actum est, en ce qui concerne le mariage, partout reconnue, que, par conséquent, pour qu'un mariage soit partout valable, il est nécessaire qu'il soit célébré d'après la loi du pays où il a été conclu. Tout ce qui concerne le mariage, quant à la forme, est donc régi par la lex loci."

⁶⁾ Die zweite Kommission unseres B.G.B. hat in richtiger Erkenntnis der Sachlage den *Gebhard*schen Entwurf geändert: siehe E. II § 2245 Abs. 2 und Prot. Bd. 6 S. 50 ff. Inhaltlich übereinstimmend jetzt

für eine internationale Konvention, bei der nicht ausschließlich Civilehestaaten beteiligt sind, eine offenbare Verkehrtheit und hätte überhaupt keine Aussicht, von den Staaten mit kirchlicher Eheschließung acceptiert zu werden. Diese Staaten werden niemals auf das Recht verzichten, eine von ihren Angehörigen im Auslande in kirchlicher Form geschlossene Ehe als gültig zu betrachten, mag sie auch der lex loci nicht genügen?); nach ihren eigenen Anschauungen müssen sie sogar dringend wünschen, wenn nicht fordern (wie es auch bei den Konferenzverhandlungen geschehen ist), daß die Gültigkeit derartiger Ehen im ganzen Konventionsgebiet anerkannt werde.

Diese internationale Rechtslage findet ihren Ausdruck in dem von der dritten Konferenz eingefügten Art. 7:

"Le mariage, nul quant à la forme dans le pays où il a été célébré, pourra néanmoins être reconnu comme valable dans les autres pays si la forme prescrite par la loi nationale de chacune des parties a été observée."

Auch hier handelt es sich nicht um die Feststellung einer überstaatlichen Verpflichtung, sondern nur um die den einzelnen Vertragsstaaten, speciell denjenigen des kirchlichen Eherechtes⁶), eingeräumte Befugnis zur Erlassung, bezw. Aufrechterhaltung einer innerstaatlichen Kollisionsnorm. Wollte einer jener Staaten von der Befugnis keinen Gebrauch machen und eine im Ausland geschlossene kirchliche Ehe seiner Angehörigen

Art. 13 Abs. 3 E.G. verbunden mit Art. 11. Vgl. auch § 36 des Kons. Ges. vom 7. April 1900.

⁷⁾ Vgl. ausdrücklich z. B. Art. 164 des argentinischem Gesetzbuchs, Daireauer, J. Bd. 18 S. 292, und Art. 9 des Kongresses von Lima: "Die Ehe, welche nach den kanonischen Regeln der katholischen Kirche geschlossen ist, erzeugt bürgerliche Wirkungen in der Republik, auch wenn sie dieselben am Orte der Eheschließung nicht erzeugt." Vgl. auch Gebhards Motive a. a. O. und oberst. Gerichtshof Wien vom 20. Nov. 1894, Ztschr. Bd. 5 S. 192; siehe aber oberster Gerichtshof Wien vom 10. Febr. 1891, J. Bd. 18 S. 1005. — Anderer Meinung mit irrtitmlichen Gründen (wegen Inkompetens der ausländischen Priester) Laurent, Bd. 4 Nr. 234 und 237; auch Buszati a. a. O. S. 245 ff. Ebenso früher Ohivi R. Bd. 15 S. 232 ff., 237; anders jetzt, R. Bd. 32 S. 41.

Von den Vertragsetaaten: Rufsland, Österreich, Spanien, Portagal, Schweden, Norwegen, Dänemark.

der Theorie Laurents gemäss für ungültig erklären, weil die lex loci es so will, so ware hiergegen wiederum nach dem Rechte der Konvention nichts zu erinnern. Thatsächlich ist aber auch hier ein derartiger Umschwung der herrschenden Anschauungen sehr wenig wahrscheinlich. Für absehbare Zeit wird wohl die gegenwärtig bestehende Gesetzeskollision auch nach dem Konventionsrechte erhalten bleiben; eine von Angehörigen eines Staates mit kirchlicher Eheschliessung in einem Civilehestaat nur vor dem Geistlichen geschlossene Ehe wird in dem Heimatstaate gultig, in dem Eheschliefsungsstaate ungultig sein. Aber nur dann darf der Heimatstaat die Ehe im Widerspruch mit der lex loci als gultig betrachten, wenn beide Eheschließende ihm, oder doch Staaten von gleichem kirchlichen Eherechte angehören *). Entstammt einer der Verlobten einem Civilehelande, fehlt es also für ihn an den Erfordernissen einer formgültigen Ehe auch nach seinem Heimatrechte, so ist die Ehe im ganzen Konventionsgebiete ungültig. Diese Folgerung muß e contrario der Artt. 5 Abs. 1 u. 7 und entsprechend dem Gedanken des Art. 1 als überstaatlich bindende Norm anerkannt werden. entgegen etwa abweichenden bisherigen Anschauungen einzelner Vertragsstaaten. Dass solche abweichende Anschauungen zur Zeit bestehen, ersehen wir aus den sehr interessanten von Mandelstam, J. Bd. 29, S. 243 ff., mitgeteilten russisch-deutschen Streitfällen und Verhandlungen. Wir erfahren dort (S. 252), daß z. B. der russisch-orthodoxe Priester in Wiesbaden sich für kompetent hielt (ohne voraufgegangene standesamtliche Eheschliesbung) Trauungen vorzunehmen, wenn nur der Bräutigam orthodoxer Russe, die Braut aber Deutsche war. Die russischen höchsten Staatsbehörden haben zwar ein solches Verfahren mißbilligt, ohne dass jedoch zu erkennen ist, ob darum auch die Ehe in Rufsland als ungultig betrachtet wird. Das Gegenteil (anerkannte Gültigkeit der Ehe in Rufsland) wäre offenbar der

⁹⁾ Ursprüglich war die Anwendbarkeit des Art. 7 nur für den Fall in Aussicht genommen, dass beide Eheschließende ein und demselben Staate augehören (vgl. die oben erwähnten Anträge Dänemarks, Schwedens und Norwegens und die Bemerkung Österreichs). Nach der jetzigen Fassung des Art. 7 ist dies nicht erforderlich: "Il suffit que la loi des deux parties admette la validité d'un pareil mariage; peu importe qu'elles soient ou non de même nationalité." (Actes 1900 S. 178.)

Fall, wenn die betreffende Ehe in der russischen Gesandtschaftskapelle vor dem Gesandtschaftsgeistlichen geschlossen wurde (vgl. die s. s. O. S. 252-259 mitgeteilten Noten des russischen Ministeriums des Auswärtigen, des Generalprokurators der heiligen Synode, der kaiserlichen Privatkanzlei und des Ministeriums des Innern). Auch diese Auffassung wurde nach dem Konventionsrecht als unzulässig aufzugeben sein. Ein Recht der Exterritorialität für das Gesandtschaftagebäude (wie es von russischer Seite in Anspruch genommen wird) hat die Konvention bei der diplomatischen Ehe (Art. 6) mit aller Klarheit verworfen, in Übereinstimmung mit der anerkannten internationalen Doktrin und dem deutschen Promemoria von 1880 (a. a. O. S. 255). Besonderheiten irgend welcher Art können daher für eine in dem Gesandtschaftsgebäude vor dem Gesandtschaftsgeistlichen geschlossene Ehe nicht gelten. falls die Eheschließenden nicht etwa zu den exterritorialen Personen gehören. -

Entspricht die Ehe der heimatlichen Form beider Ehegatten. so kann nach Art. 7 nicht nur der Heimatstaat sondern anch jeder dritte Staat sie als gultig behandeln. Voraussetzung ist natürlich, dass der Heimatstaat selbst von diesem Rechte Gebrauch macht; es ist hier also eine Art von Verweisungsauslegung anzuerkennen. Die Konferenz hat aber auch für dritte Staaten keinen Befehl sondern nureine Erlaubn is gegeben: die Entscheidung bleibt in letzter Instanz dem internen Rechte der einzelnen Vertragsstaaten anheim gegeben. Sie kann von Staat zu Staat verschieden ausfallen und sie wird. mangels ausdrücklicher Gesetzesbestimmungen, vielfach Schwierigkeiten machen. Als der "Natur der Sache" entsprechend wird es vielleicht angesehen werden, dass die dritten Staaten sich in zwei verschiedene Lager trennen, je nachdem sie selbst auf dem Boden der Civilehe oder der kirchlichen Ehe stehen. Letztere wurden die Ehe in Übereinstimmung mit dem Heimatstaat als galtig, erstere wurden sie in Übereinstimmung mit dem Eheschließungstaate als ungültig betrachten (vgl. J. Bd. 19 S. 420; siehe auch oben S. 57). Specielle Zweifel könnten dabei noch für diejenigen Staaten bestehen, welche selbst (wie Österreich, Spanien, Schweden, Dänemark) neben der religiösen Ehe auch die Civilehe für gewisse Fälle kennen.

Dass dieser Rechtszustand wenig befriedigt, liegt auf der Hand. Eine Vereinfachung und Sicherung desselben durch internationales Eingreifen wäre sehr wohl thunlich gewesen. Ist auch die Gesetzeskollision zwischen Heimatstaat und Eheschließungstaat innerlich begründet und ohne Vergewaltigung eines dieser beiden Rechte zur Zeit nicht zu beseitigen, so trifft doch den dritten unbeteiligten Staaten gegenüber dieses Argument keineswegs zu. Ihnen durfte unbedenklich im Interesse der Rechtseinheit eine gleichmässige internationale Kollisionsnorm auferlegt werden, dahingehend, dass eine nach Heimatrecht gültige Ehe im ganzen Konventionsgebiete als gültig anzuerkennen sei. Der Kommissionsbericht zu Art. 7 stellt sich selbst mit voller Entschiedenheit auf diesen Standpunkt: "Ce mariage est nul dans le pays comme contraire à une loi d'ordre public . . . Néanmoins il n'est pas à croire que ce mariage soit déclaré nul dans le pays d'origine dont la loi a Pourquoi les pays tiers n'en adété respectée. mettraient-ils pas également la validité? . . . Que le pays dont la loi a été méconnue, réprime la violation en annullant le mariage, cela est naturel; mais la même solution ne s'impose pas aux autres pays . . . "

Wenn diese Prämissen zutreffen, so mußte die Conclusio offenbar weiter gehen als der Text des Art. 7 und etwa folgendermaßen lanten:

"Un mariage valable, quant à la forme, d'après la loi nationale de chacun des époux ne pourra pas être frappé de nullité dans les pays autres que celui où le mariage a été célébré."

Erst durch eine Bestimmung solchen Inhalts (die übrigens mit Art. 11 und 13 Abs. 3 unseres E.G. durchaus im Einklang stünde) würde die latente Gesetzeskollision thatsächlich auf das engstmögliche Gebiet beschränkt. — —

Der regelmäßige Anwendungsfall des Art. 7, den wir hier stets im Auge hatten, betrifft die Aufrechterhaltung einer nach Heimatrecht gültigen, nach lex loci ungültigen kirchlichen Ehe. Kann der analoge Fall auch für eine Civilehe praktisch werden? Unseres Erachtens nicht (abgesehen von der diplomatischen Ehe). Scheinbar allerdings lassen sich solche Fälle

konstruieren. Es könnten z. B. deutsche Katholiken in Spanien (vielleicht unter Anwendung unlauterer Mittel) eine Civilehe in den Formen des spanischen Civilgesetzbuches Art. 86 ff. eingehen wie sie nach spanischem Recht nur für Nichtkatholiken erlaubt ist (Art. 42, Span, B.G.B.). Vgl, auch das von Glasson, Ann. de l'Institut Bd. 10 S. 69, gegebene russisch-französische Kollisionsbeispiel, und Art. 3 der Lausanner Beschlüsse. Allein nach richtiger Auffassung kann bei solchen Thatbeständen nicht (wie bei einer dem Heimatrecht entsprechenden kirchlichen Ehe) behauptet werden, dass der "forme prescrite par la loi nationale" genügt sei. Eine vor dem katholischen Geistlichen eingegangene Ehe ist ein und dasselbe Ding, ob sie in Spanien oder in Deutschland geschlossen wird. Eine Ehe vor dem spanischen Jues municipal ist aber etwas anderes als eine vor dem deutschen Standesbeamten geschlossene, mögen auch beide unter den Begriff der bürgerlichen Ehe fallen. Diese Ehe ist entweder eine nach spanischem Rechte formgültige oder sie ist überhaupt nicht formgültig: den Sachnormen des deutschen Heimstrechtes (den Formen des P.St.G.) entspricht sie sicherlich nicht.

IV. Die obligatorische Geltung des Heimatrechtes.

Die Prohibitivausnahme zu Gunsten der religiösen Eheschliefzung.

Der ordre public der obligatorischen Civilehe verlangt wie gezeigt eine Abweichung von der sonst für die Form der Rechtsgeschäfte geltenden fakultativen Grenznorm bei allen im Inlande geschlossenen Ehen. Auch das kirchliche Eherecht verlangt nach herrschender Meinung eine besondere Prohibitivnorm; aber diese Prohibitivnorm hat eine andere Anknupfung. Nicht sowohl darauf kommt es einem solchen Staate an, sich gegen die Eingriffe einer staatlich nicht genehmigten Autorität bei Eheschließungen im Inlande zu schützen (in dieser Hinsicht droht ihm keine Gefahr); wohl aber darauf, dass seine Angehörigen, und zwar auch bei Eheschließungen im Auslande, sich den Geboten des kirchlichen Eherechtes nicht entziehen. mögen immerhin ein ausländisches Civilehegebot befolgen: ihm selbst - dem Heimatstaate - wird ein derartiger Eheschlus nicht genügen, wenn nicht daneben die kirchlichen Formen er-

füllt sind. Er verlangt mit anderen Worten für die Gültigkeit der Ehe bei seinen Staatsangehörigen die obligatorische Heranziehung des Heimatrechtes - ein Verlangen. welches die Civilehestaaten ihrerseits der kirchlichen Eheform gegenüber niemals aufstellen. Ihnen ist mit der Erfüllung der ausländischen lokalen Eheformen, seien sie auch nur kirchlicher Art, durchaus genügt (vgl. Code civil Art. 170; ital, B.G.B. Art. 100; holland, B.G.B. Art. 138; tribunal d'Avignon v. 14. Dez. 1880, J. Bd. 8 S. 516; Gebhards Motive a. a. O.). Eine Einwendung gegen die zureichende Kraft der lex loci wurde höchstens dann erhoben, wenn etwa die dort geltenden Formen der Eheschliessung so unzuverlässiger Art wären, dass darin eine der Bedeutung des Rechtsaktes entsprechende Garantie nicht erblickt werden könnte. Eine derartige Voraussetzung liegt für das Konventionsgebiet nirgends vor; die Ehe "solo consensu" gilt ja in keinem der Vertragsstaaten.

Jener Prohibitivanforderung der kirchlichen Eherechte hat die Konferenz in Art. 5 Abs. 2 Rechnung getragen. Bei keiner anderen Gelegenheit aber sind die gegensätzlichen ordres publics so scharf aufeinander geplatzt. Eine volle Einigung ist bisher überhaupt nicht zustande gekommen: Rufsland hat sich ausgeschlossen.

Nach den Verhandlungen der beiden ersten Konferenzen zwar schien alles geordnet. Die Bedenken der kirchlichen Eherechte wurden als "de scrupules fort respectables" anerkannt und beiderseits einigte man sich, wie es scheint ohne alle Schwierigkeiten, schon 1893 auf die auch jetzt (nach einer geringfügigen formalen Änderung) in der Konvention enthaltene Bestimmung:

"Il est toutefois entendu que les pays dont la législation exige une célébration religieuse, pourront ne pas reconnaître comme valables les mariages contractés par leurs nationaux à l'étranger sans que cette prescription ait été observée".

Bei den Vorverhandlungen zur dritten Konferenz ging jedoch die frühere Einigung in die Brüche. Auf der einen Seite verlangte Rufsland eine Erweiterung der Klausel dahin, daß eine im Auslande nur bürgerlich abgeschlossene Ehe allgemein als unwirksam zu gelten habe, wenn einer der Verlobten einem Staate des kirchlichen Eherechts angehört 10). Und zwar wurde dieses Verlangen in kategorischer Form gestellt unter Erhebung der Kabinetsfrage in Bezug auf das ganze Abkommen¹¹). Auf der anderen Seite wurde in beinahe ebenso entschiedener Weise von Frankreich nunmehr die völlige Unterdrückung des aufgenommenen Vorbehaltes gefordert, weil derselbe dem französischen "droit public" widerspreche: "Nous ne pouvons reconnaître expressément qu'un mariage célébré régulièrement dans notre pays sera tenu ailleurs pour non avenu." (Documents S. 154). Die Konferenz hat schliefslich sowohl den französischen (von Belgien und Schweden unterstützten) als den russischen Antrag abgelehnt und den Beschluss der früheren Konferenzen .tel quel" aufrecht erhalten - allerdings gegen den entschiedenen Protest der russischen Delegierten, welche es daraufhin unter Berufung auf ihre Instruktionen abgelehnt haben, sich an den weiteren Verhandlungen aktiv zu beteiligen. (Vgl. Actes S. 160/61 und den Vorbehalt im Schlussprotokoll). Es bleibt nur zu wünschen und zu hoffen, dass die russische Regierung bei nochmaliger Erwägung zu ihrem auf den ersten beiden Konferenzen eingenommenen Standpunkt zurückkehren und dem Kompromiss nachträglich beitreten möge. Mit Recht hat Renault den übertriebenen Vorwürfen des Delegierten Martens gegenüber konstatiert: "Ce n'est pas la commission qui a changé de manière de voir depuis 1894."

Der von der Konferenz beschlossene Art. 5 Abs. 2 bildet in der That die der internationalen Rechtslage angemessene Lösung.

¹⁰⁾ Das beantragte Amendement lautet: "Il est toutefois entenda que les mariages contractés à l'étranger si l'une ou les deux parties contractantes appartiement à la nationalité d'un pays, dont la législation exige une célébration religieuse, ne seront reconnus comme valables, que si, indépendamment de l'observation des prescriptions de la loi locale, ils out été célébrés par le clergé compétent."

¹¹⁾ Siehe die Erklärung des russischen Delegierten Goussakososky in der Kommission Actes S. 175, die mit den Worten schließt: "A cet égard j'ai des instructions formelles et tout à fait décisives. Si l'amendement proposé par mon gouvernement était rejeté par la Conférence, je serais obligé de déclarer que la Russie ne pourra pas participer à la convention. Je vous prie M le Président de prendre acte de cette déclaration." Vgl. die ähnliche Erklärung des anderen russischen Delegierten (Martene) bei dea Pienarverhandlungen Actes 160, 161.

Er schafft keine volle Gesetzesharmonie; aber er reduziert wirklich die Kollisionen auf das erreichbare Minimum und er eröffnet die Aussicht auf deren weitere Einschränkung und die Möglichkeit ihres gänzlichen Verschwindens. Er tritt dabei keinem der Vertragsstaaten zu nahe. Keines der beiden kollidierenden Rechtsgebiete kann von dem anderen verlangen, daß die örtlichen Herrschaftstendenzen der eigenen Gesetze, wie man sie hier oder dort nach der innerstaatlichen Rechtsordnung zur Zeit für unumgänglich nötig hält, aufgegeben werden. Stimmen diese Herrschaftsrichtungen in einem Punkte nicht überein, so bleibt nichts übrig, als die entgegengesetzten Resultate für jeden einzelnen Staat als national geltend anzuerkennen und auf die obligatorische Durchführung einer internationalen Norm zu verzichten.

Über den nach der Konvention sich ergebenden Rechtszustand ist folgendes zu bemerken:

1. Eine nur bürgerlich eingegangene Ehe von Ausländern, deren Heimatstaat kirchliche Eheschließung fordert, ist nicht international für ungültig erklärt, sondern es ist wiederum nur dem Heimatsstaate die Befugnis gegeben, die Ehe als ungültig zu behandeln. Wir brauchen nicht anzunehmen, dass von dieser Befugnis in den kritischen Fällen überall Gebrauch gemacht werden wird. Nicht davon Gebrauch machen werden voraussichtlich diejenigen Staaten, welche schon im Inlande ausnahmsweise (bei Mischehen) die bloße Civilehe zulassen. Hierher gehören von den Vertragsstaaten Däne mark (Vgl. Lehr, le mariage etc. Nr. 326), Schweden (Lehr Nr. 930; Olivecrona, J. Bd. 10 S. 350) und Norwegen (Lehr Nr. 948). Aber auch diejenigen Staaten, welche eine solche Ausnahme von der kirchlichen Eheschliefsung, wenigstens bei Katholiken 19), überhaupt nicht zulassen, brauchen deshalb nicht immer bei im Auslande geschlossenen Ehen so rigoros zu sein. So erkennt Portugal trotz seines streng kanonischen Inlandrechtes doch für Ehe-

¹²⁾ Für Andersgläubige besteht die Civilehe auch in Portugal (Lehr No. 791 ff.) und in Spanien (Span. B.G.B. Art. 42, Art. 86 ff.). In Österreich ist die subsidiäre Civilehe durch das Gesetz vom 25. Mai 1868 eingeführt für die Fälle "wenn einer der . . . zum Aufgebote der Ebe berufenen Seelsorger die Vornahme des Aufgebotes . . . aus einem durch die Gesetzgebung des Staates nicht anerkannten Hinderungsgrunde verweigert."

schließungen im Auslande die Regel locus regit actum ausdrücklich allgemein an. (Art. 1065). Für Österreich ist die Frage zum mindesten bestritten (vgl. die oben citierten Entscheidungen des obersten Gerichtshofes Wien und Jettel, Int. Pr. R. S. 41 nebst Citaten). Man darf wohl erwarten, dass die guten Grunde, welche sich auch vom streng kirchenrechtlichen Standpunkte für die mildere Auffassung geltend machen lassen (vgl. besonders die ausführlichen Erörterungen Bussatis a. a. O. S. 239 ff.; siehe auch die Entscheidung des Obertribunals Berlin vom 15. Januar 1855 Seuffert's Arch. Bd. 10 Nr. 122), in Österreich allgemein die Oberhand gewinnen werden, wenn das mit der Herrschaft des Konventionsrechtes sich immer verstärkende Gewicht der internationalen Rechtsgleichheit in die Wagschale fällt. In Spanien scheint bisher — wie nach den meisten kanonischen Eherechten 18) - die strengere Ansicht unbedingt anerkannt (siehe Oliver y Esteller, Documents S. 141 ff. speciell 142, 144). Zweifellos ist dies der Fall in Rufsland, auf dessen Antrieb und Verlangen die Klausel überhaupt einzig zurückzuführen ist (ausdrücklich festgestellt in dem Berichte des rumänischen Delegierten Missir, Documents S. 165). Die im Auslande geschlossene Ehe eines orthodoxen Russen bleibt hiernach iedenfalls für Russland ungültig, wenn sie nicht von dem orthodoxen Priester eingesegnet wurde; auch dann, wenn der andere Ehegatte nicht Russe und nicht orthodox ist (vgl. Art. 25ff., Art. 72 des russ, Civilgesetzbuchs) 14).

¹³⁾ Vgl. dazu im allgemeinen Savigny Bd. 8 S. 356 ff.; Brocher, Cours Bd. 1 S. 280 ff.; Fiore No. 527 ff.; Olivi, R. Bd. 15 S. 230 ff.; Bussati S. 231 ff. und Citate; Die Urteile des trib. de la Seine vom 21. Mai und 4. Febr. 1897 und des Appellhofs Paris vom 26. Jan. und 28. Juni 1898, J. Bd. 25 S. 745, 912, 920. Vgl. ferner im einzelnem Lehr, J. Bd. 4 S. 207 (für Rußland); Barkowski J. Bd. 25 S. 95 ff. (Polen); Diobouniotis, Zeitschr. Bd. 8 S. 17 ff. und Typaldo-Bassia, J. Bd. 23 S. 60 ff. (Griechenland); Peritsch, J. Bd. 27 S. 742 (Serbien); Filho, J. Bd. 8 S. 324 ff., 335 ff. (Brasilien vor 1890); Kücke, Jahrb. der Vereinigung f. vergl. Rechtsw. 1898 S. 421 (Dominikanische Republik: Dekrete vom 15. Juli 1848, 19. Jan. 1861 und 3. Febr. 1894).

¹⁴⁾ Vgl. besonders die von Mandelstom a. s. O. mitgeteilten Dokumente, vor allem die Note des Ministeriums d. Innern (S. 253 ff.), sowie das Cirkular des Ministeriums des Auswärtigen (S. 257) und die Instruktion an den General-konsul zu Danzig vom 28. Jan. 1889. — Interessant ist die S. 260 referierte

2. Es ist zu hoffen, dass auch in denjenigen Staaten, wo man es für angebracht hält, von der Klausel des Art. 5 Abs. 2 Gebrauch zu machen - also in Russland, in Spanien und ev. in Österreich 16). - dies doch nicht in vollem Umfange geschehen wird. Man wird die Einhaltung der kirchlichen Eheform obligatorisch im Auslande nur bei denjenigen Staatsangehörigen zu verlangen brauchen, welche der privilegierten Staatskirche angehören. Für Spanien ist dies selbstverständlich, da nach spanischem Recht die kirchliche Eheschließung nur für Katholiken besteht. In Österreich dürfte die gleiche Konsequenz zum mindesten für Ehen von nichtchristlichen Staatsangehörigen ohne weiteres zuzugeben sein. Man wird die nur civile Eheschließung österreichischer Juden in Deutschland unbedenklich als gültig anerkennen. (Vgl. die oben erwähnte Entscheidung des obersten Gerichtshofs Wien vom 10. Januar 1891.) In Rufsland allerdings geht die offizielle Praxis 16) weiter und verlangt bei allen russischen Staatsangehörigen obligatorisch die religiöse Form auch bei Eheschließungen im Ausland. Es darf jedoch angenommen werden, dass dieses Verlangen mehr auf eine verkehrte Doktrin (die oben berührte Vermengung von Substanz und Form) als auf eine feste Rechtsanschauung gegründet ist. Sobald man den Charakter der in Rede stehenden Kollisionsnorm als einer prohibitiven Ausnahmebestimmung festhält, dürfte auch in Russland die obligatorische Durchführung der heimatlichen Eheform im Auslande höchstens bei orthodoxen Ehen (russisches Civilgesetzbuch, Kap. 1) gerechtfertigt erscheinen.

Entscheidung des russ. Kassationsbofes (Strafabteilung) vom 10. Jan. 1889. Die in Berlin nur bürgerlich geschlossene Ehe eines evangelischen Preußen mit einer orthodoxen Russin wurde als neulable à son égard" betrachtet und der Ehemann deshalb nach Eingehung einer neuen Ehe wegen Bigamie bestraft. Die Entscheidung ist wohl vom Standpunkte des russischen Rechtes bedenklich.

¹⁵⁾ Dafa das rumānische Recht mit seiner neben der Civilehe erforderlichen "bénédiction nuptiale" hier nicht in Betracht kommt, dasu vgl. Busdugan, J. Bd. 27 S. 768 ff.

¹⁶⁾ Vgl. insbesondere das erwähnte Exposé des Minist d. Innern, den Erlafs des Ministeriums des Auswärt, vom 2. Mai 1890 und den Bericht des Generalkonsuls zu Königsberg vom 3. März 1889, *Mandelstam* a. a. O. 8. 253 ff., 259.

Bei anderen Ehen (bezüglich deren im russischen Recht gleichfalls die kirchliche Form verlangt wird: vgl. Art. 61, 65, 87, 90 C.G.B.) mag es zwar dem Geiste des russischen Rechtes angemessen sein, eine nach diesen (russischen) Formen im Ausland geschlossene Ehe russischer Staatsangehöriger (fakultativ) als gültig anzuerkennen, wenn sie auch der lex loci nicht entspricht (Art. 7 der Konvention), schwerlich aber wird der russische "ordre public" auch mit diesen anderen Religionsgemeinschaften so enge verknüpft sein, daß er die Beachtung ihrer kirchlichen Eheformen im Auslande durchaus, im Gegensatz zu der lex loci, erzwingen und deshalb von dem Vorbehalt des Art. 5 Abs. 2 auch bei nicht orthodoxen Ehen Gebrauch machen müßte.

Die Zweifel und Unsicherheiten, welche für die freie Gesetzesauslegung bei den im Vorstehenden behandelten Fragen immer auftauchen werden, würden auch hier am besten bei Inkrafttreten der Konvention durch Ausführungsgesetze der einzelnen Vertragsstaaten klargestellt.

3. Eine nach lex loci gültige Ehe kann nur von dem Heimatsstaate selbst wegen Mangels der religiösen Form beanstandet werden. Die Konferenz hat hier also im Gegensatz zu ihrer in anderen ähnlichen Fällen ohne Grund geübten Vorsicht - den dritten unbeteiligten Staaten eine einheitliche Kollisionsnorm auferlegt und damit der internationalen Rechtssicherheit einen wichtigen Dienst erwiesen. An und für sich hätte nach Lage der Sache eine derartige Ehe in dritten Staaten eine sichere und gleichmäßige Beurteilung keineswegs zu gewärtigen. Wahrscheinlich würden auch hier die einzelnen Staaten in dem bestehenden Konflikte zwischen lex loci und Heimatsrecht teils mit der ersteren teils mit dem letzteren gehen, je nachdem ihr eigenes Recht auf dem Boden der Civilehe oder auf demjenigen der kirchlichen Ehe stünde, wobei wiederum für die Staaten mit gemischten Eheformen die Entscheidung besonders zweifelhaft werden könnte. (Vgl. z. B. Olivi, R. Bd. 15 S. 231, auch J. Bd. 19 S. 420.) Diese allgemeine Unsicherheit ist durch Art. 5 Abs. 2 verbunden mit Abs. 1 aufgehoben. Die nach lex loci gültige Ehe bleibt unter allen Umständen in jedem dritten Staate bestehen, mag sie auch in dem Heimatsstaate beaustandet werden. Man braucht in dieser Entscheidung durchaus nicht eine ungerechtfertigte Begünstigung des Civileheprincips gegenüber der kirchlichen Ehe zu erblicken ¹⁷). Es entspricht nur der wiederholt betonten, wohlbegründeten Tendenz des Entwurfs, dass man von den zwei möglichen Wegen zur Ausbreitung der Gesetzesharmonie denjenigen einschlug, welcher die Aufrechterhaltung der geschlossenen Ehen fördert. Dazu kommt, dass, wie gezeigt, außer Russland kaum einer von allen Vertragsstaaten dringende Veranlassung haben dürfte, der allgemeinen fakultativen Geltung der lex loci im Sinne von Art. 5 Abs. 1 überhaupt zu widersprechen. Mit vollem Recht hat deshalb die Kommission sich geweigert, in dem Konslikt zwischen Heimatsrecht und lex loci dritten Staaten die Parteiergreifung für das Heimatsrecht aufzuerlegen ¹⁵).

Die Konferenz hat hiermit auch in zutreffender Weise Stellung genommen zu einer vielverbreiteten allgemeinen Lehre, welche den Satz "locus regit actum" stets ausschalten möchte, wenn das Heimatsrecht aus irgend welchen Gründen die Abschließung des Aktes in einer anderen als der heimatsrechtlichen Form verbietet 19) (Princip der Näherberechtigung: Iherings Jahrb. Bd. 30 S. 36 ff.). Für das Eherecht ist diese Doktrin durch die Konvention verworfen. (Anders aber die Erbrechtskonvention Art. 2 Abs. 2!)

¹⁷⁾ Vgi. die Invektiven des russischen Delegierten Mariens a. a. O.: "D'après sa conviction profonde le mariage religieux a les mêmes droits que le mariage civil. L'avant-projet s'est inspiré d'idées contraires; il est conçu sur la base du mariage civil: le mariage religieux y est presque écarté, n'y est plus traité d'égal."

^{18) &}quot;La commission a rejeté une proposition ayant pour but de dire que ce mariage ne serait valable que dans le pays où il a été célébré . . . On ne reserve pas aux Etats dont la législation exigerait également la célébration religieuse, la faculté de déclarer nul un tel mariage. La restriction au principe général de l'alinéa 1°r doit être aussi limitée que possible."

¹⁹⁾ Jene Lehre hatte im zweiten Entwurf des B.G.B. allgemeine Anerkennung gefunden: § 2240 Satz 2. Vgl. Prot. Bd. 6 S. 33, 34, 36, 50, 51. — Speciell für das Eherecht vgl. u. a. Fiore No. 531, 544; Laurent Bd 4 No. 278; Chinet Bd. 19 S. 420, 421; Bar, Bericht f. d. Institut, Ann. Bd. 9 S. 79; Seine vom 21. Mai 1897, J. Bd. 25 S. 745. Dagegen treffend Bussati a. a. O. S. 223 ff.

2. Die Prohibitivausnahme zu Gunaten der Aufgeboteregeln.

Nach dem Vorgang des code civil Art. 170 verlangen verschiedene Gesetzgebungen von ihren Staatsangehörigen die Beobachtung der heimatsrechtlichen Vorschriften über das Eheaufgebot auch bei Eheschließungen im Auslande. In der romanischen Doktrin wird auch dies meistens in der Weise gerechtfertigt (beziehungsweise konstruiert), daß es sich hier eben nicht um eine Förmlichkeit, sondern um eine _question de fond" handele, und dass deshalb die obligatorische Anwendung des Heimatsrechtes ohne weiteres anzuerkennen sei (vgl. unter anderen Brocher Bd. 1 S. 285 ff.: ausdrücklich auch Appellationsgericht Celle vom 14. Juli 1876, Seufferts Arch. Bd. 32 Nr. 2), Auch das Institut huldigt dieser Anschauung (vgl. die Verhandlungen zu Heidelberg Ann. Bd. 9 S. 70, 91 ff., 112 ff., 115). Die erste Kommission der Konferenz stand ursprünglich auf dem gleichen Boden und man hielt es deshalb bei dem ersten Entwurf gar nicht für nötig, über die Frage des Aufgebots im Texte der Konvention etwas zu sagen. Man betrachtete die erwähnten heimatsrechtlichen Normen ohne weiteres als bindend auf Grund von Art. I der Konvention 90).

Diese Auffassung ist aber sicherlich verkehrt. Die Aufgebotsregeln gehören ohne Frage zu den Förmlichkeiten der Eheschließung (vgl. auch Gebhard a. a. O.). Gewiß kann die Gesetzgebung eines Landes, insoweit sie nicht durch internationale Verpflichtungen gebunden ist, diese Regeln (aus Gründen des "interet social": Laurent, Bd. 4 No. 268; Esperson, principio di naz. S. 121) privatinternational den materiellen Ehevoraussetzungen gleich behandeln, sie auch bei Eheschließungen ihrer Staatsangehörigen im Auslande zur Anwendung bringen. Allein sie statuiert damit lediglich eine besondere Kollisionsnorm für die Förmlichkeit des Aufgebots, ändert aber nicht deren Charakter als Form. Ohne einen ausdrücklichen Vorbehalt würden deshalb die erwähnten Vorschriften des code civil Art. 170 und

²⁰⁾ Kommissionsber. von 1893 zu Art. 1: "De même, certaines législations exigent que leurs nationaux qui veulent se marier à l'étranger, fassent des publications dans leur pays d'origine; cette exigence devrait être respectée dans le pays où la célébration serait projetée." Vgl. auch die Erwiderung Renaults auf den Vorschlag des Präsidenten, Actes 1893 S. 40.

der ihm folgenden Rechte durch Art. 5 Abs. 1 der Konvention aufgehoben sein.

Diese Anschauung hat sich denn auch im weiteren Verlaufe der Konferenzverhandlungen zunächst als mögliche (Actes 1893 S. 40, 41, 42, 52) und schließlich als die richtige mit Entschiedenheit Bahn gebrochen (Actes 1900 S. 176). Es ergab sich daraus — da man für einzelne Rechte auf das Fortbestehen jener besonderen Kollisionsnormen nicht verzichten wollte — die Notwendigkeit, dem Texte der Konvention einen entsprechenden Vorbehalt ausdrücklich einzufügen, welcher in der von der ersten Konferenz einstimmig genehmigten und von der zweiten Konferenz nicht berührten Fassung lautete:

"Il est également entendu, que les dispositions de la loi nationale en matière de publications devront être respectées."

Die dritte Konferenz hat, ohne die Absicht einer materiellen Modifikation, auf den Antrag Frankreichs, die Regel dahin vereinfacht:

"Les dispositions de la loi nationale ²¹) en matière de publications devront être respectées..."

Ob der ganze Vorbehalt, beziehungsweise der dadurch aufrecht erhaltene Satz des code civil und der ihm folgenden Gesetzgebungen überhaupt eine Berechtigung hat, ist sehr fraglich. (Vgl. dagegen die treffenden Ausführungen der Gebhardschen Motive.) Unseres Erachtens hätte man ohne Schaden überall auf jene Sonderregeln verzichten dürfen. Die Konferenz war nicht dieser Meinung 18); mit den Einschränkungen, unter welchen der Vorbehalt genehmigt worden ist, bleibt seine Bedeutung schließlich nicht sehr erheblich.

Es ist zu bemerken:

1. Art. 5 Abs. 3 gieht nicht selbst eine Kollisionsnorm, sondern behält nur den einzelnen Vertragsstaaten das

^{. 21) &}quot;Ou plus exactement la loi indiquée par l'article 1er", wie der Kommissionsbericht S. 176 erklärt. Zu welchem Widersinn die hiermit angesogene Verweisungsklausel auch hier führt, hat *Bussati*, R. Bd. 33 S. 15 belegt.

²²⁾ Besonders entschieden Renault: "La disposition de l'alinéa 3 est tout à fait indispensable; elle réserve le domaine normal (?) de la législation du pays où le mariage a été célébré et celui de la législation nationale des époux." Actes 1900 S. 163.

Recht vor. eine Kollisionsnorm solchen Inhalts zu erlassen. Er will also nicht sagen (wie es besonders nach der letzten Fassungsänderung den Anschein hat), die heimatlichen Eheaufgebotsregeln seien stets bei Eheschliefzungen im Auslande einzuhalten: sondern vielmehr: der Heimatsstaat könne, wenn er wolle. diese normalerweise nicht geltende Herrschaftserstreckung seiner inländischen Aufgebotsregeln auf ausländische Eheschliefsungen anordnen. Trifft der Heimatsstaat eine solche besondere Anordnung nicht, so gilt für die örtliche Herrschaft der Aufgebotzregeln lediglich der Satz locus regit actum (Art. 5 Abs. 1). Man darf behaupten, dass diese besondere Anordnung auch eine ausdrückliche sein muß. Nicht als ob die Konvention überstaatlich eine Verpflichtung zu ausdrücklicher Anordnung aufstellte, sondern deshalb, weil es sich als die Konsequenz einer allgemein richtigen innerstaatlichen Gesetzesauslegung ergiebt. An und für sich entspricht ja, wie dargelegt, jene Erstreckung der Aufgebotsregeln auf ausländische Ebeschließungen nicht der "Natur der Sache" und nicht der Regel (Art. 5 Abs. 1); stillschweigend wird sie deshalb niemals in einem Gesetz enthalten sein können, (Sie ist also z. B. nicht für das österr. Recht aus § 4 des österr. B.G.B. abzuleiten, wie vielfach angenommen wird. Vgl. z. B. Fiore, No. 545; Busdugan, J. Bd. 27 S. 768.)

Ausdrückliche Vorschriften der fraglichen Art enthalten von den Gesetzgebungen der Vertragsstaaten: Frankreich und Luxemburg (code civil Art. 170), Belgien (code civil Art. 170), modifiziert durch das Gesetz vom 20. Mai 1882) Holland (Art. 138), Italien (Art. 100 Abs. 2), Portugal (Art. 1065, 1066), Ungarn (Ehegesetz vom 18. Dez. 1894 § 118 Abs. 2). Rumänien nicht, dessen B.G.B. (Art. 152) hier vom code civil abweicht (vgl. Documents 1893 S. 93; Busdaggen a. a. O.).

2. Die Aufrechterhaltung jener heimatsrechtlichen Anwendungs, normen soll nach der Absicht der Kommission keinerlei überstaatliche Verpflichtung mit sich bringen. Insbesondere soll dadurch nicht die lex loci verbunden sein, bei Eheschließungen das Aufgebot eintretenden Falles auch im Heimatsstaate der Verlobten anzuordnen, oder dessen Mangel in irgend einer Weise zu berücksichtigen. Nur die ehe-

schließenden Personen selbst sind verpflichtet, den Vorschriften ihres Heimatrechtes, wenn dieses es so verlangt, auch im Auslande nachzukommen 28).

Es lâst sich nicht behaupten, dass diese Auffassung der Kommission in dem Texte des Abkommens deutlichen Ausdruck gefunden hat. Bei unbefangener Auslegung dürfte das "devront etre respectées" immer auch als ein überstaatliches Müssen, eine die lex loci treffende Verpflichtung werden. Wollte man diese Auslegung ausschließen und nicht mehr sagen als das was die Kommission meint, so hätte etwa folgende Fassung den Vorzug verdient:

"Chaque Etat peut imposer à ses ressortissants le respect de sa législation en matière de publications peur les mariages contractés en pays étranger.

3. Die für die internationale Rechtssicherheit bedeutsamste Einschränkung der Klausel enthält der von der dritten Konferenz beschlossene Zusatz:

"mais le défaut de ces publications ne pourra pas entraîner la nullité du mariage dans les pays autres que celui dont la loi aurait été violée."

Der Zusatz verdankt wohl seine Entstehung einer (bei den Vorverbandlungen mehrfach missverstandenen) Anregung Deutschlands (vgl. Documents S. 106, Actes S. 40 unter Ziffer 3; dazu die Bemerkungen Österreichs Actes S. 46 und der niederl. Regierungskommission, Documents S. 13). Zu bedauern ist, dass man nicht auch hier (wie bei Art. 2 Abs. 2; vgl. oben S. 242 Anm. 47) über den deutschen Antrag hinausgehend bestimmt hat, eine nach lex loci formgültige Ehe könne wegen Nichtbeachtung der heimatsrechtlichen Aufgebotsregeln nirgends angefochten werden, auch nicht in dem Heimatsstaate selbst. Von seiten des italienischen Delegierten (Pierantoni) ist ein derartiger Gedanke angeregt, aber von Renault in scharfer Form als unannehmbar zurückgewiesen worden; unseres Erachtens ohne zu-

²³⁾ So ausdrücklich der Kommissionsbericht: "Ses dispositions [scilicet: de la loi nationale] à ce sujet doivent être respectées par les interessés. On n'impose pas à l'autorité du lieu de la célébration d'exiger, indépendamment des publications prescrites par sa propre loi, celles que prescrirait la loi des futurs époux."

reichenden Grund. Bei der kleinen Nachgiebigkeit, um die es sich hier gehandelt hätte, kam in der That nur die Gesetzgebung Frankreichs (und vielleicht noch Hollands: siehe aber Art. 154 und 137 des holländischen B.G.B.) in Betracht. Nach dem Rechte aller anderen Vertragsstaaten ist ohnehin die nur aufschiebende Wirkung des fraglichen Ehehindernisses - soweit es überhaupt besteht -- anerkannt. Vgl. für Belgien Ziffer 4 und 5 des Gesetzes vom 30, Mai 1882 und Guillaume, le mariage etc. S. 331 Note 1: für Italien Art. 100 Abs. 2. verglichen mit Art. 100 Abs. 1 und der abweichenden Fassung des code civil Art. 170; für Ungarn Art. 39 und 41 des Ehegesetzes (vgl. Lehr. Nr. 237). Auch in Frankreich (und Holland) gilt eine entgegen dem Art. 170 c. c. ohne inländisches Aufgebot geschlossene Ehe keineswegs allgemein als ungültig; die herrschende Doktrin und Praxis beschränkt die Ungültigkeit auf den Fall absichtlicher Klandestinität (vgl. Laurest Bd. 4 Nr. 268 und die dort Citierten: Gebhard a. a. O. und Citate: Weiss Bd. 3 S. 464 und die ausführlichen Belege in Note 1; Asser im Ann. de l'Institut Bd. 9 S. 93; trib. de la Seine im J. Bd. 27 S. 350; auch Renault a. a. O.). Diese herrschende Jurisprudenz bekampft überdies Weiss a. a. O. S. 467 ff. mit einleuchtenden Gründen und versucht darzuthun, daß nach richtiger Gesetzesauslegung dem fraglichen Ehehindernis stets nur aufschiebende Wirkung zuzuerkennen sei - eine Auslegung, für welche die Tendenz der gesamten modernen Rechtsentwickelung gegenüber formalen Ehemängeln mit ins Feld zu führen ist (vgl. dazu Lehr Nr. 1051). Hiernach wäre wohl die gesetzliche bezw. staatsvertragliche Sanktionierung der milderen Praxis nicht nur im Interesse der internationalen Gesetzesharmonie, sondern auch in demjenigen der innerstaatlichen französischen Rechtssicherheit nur zu begrüßen gewesen, und dürfte Renaults schroff ablehnende Haltung dem italienischen Vorschlag gegenüber schwerlich zu begrunden sein.

Wie dem auch sei, auch bei der jetzigen Fassung des Art.5 Abs. 3 kann, wie gezeigt, eine Ehe wegen Außerachtlassung der heimatsrechtlichen Aufgebotsregeln nur in seltenen Fällen angegriffen werden, und wenn ein solcher Fäll einmal für den Heimatsstaat eintreten sollte, so bleibt immer im ganzen übrigen Konventionsgebiet die Gültigkeit der Ehe bestehen. Das ist

dem jetzigen Rechtszustande gegenüber ein wesentlicher Fortschritt (auch gegenüber den Beschlüssen des Institut), ein Fortschritt, der um so bedeutsamer ist angesichts der oben erwähnten bedenklichen Theorien, welche obligatorischen Formvorschriften des Heimatsrechtes, entgegen der lex loci, durchweg internationale Wirksamkeit zuerkennen möchten.

B. Die diplomatische Ehe 14).

I. Die Grundgedanken.

Neben der normalen Eheform kennen die meisten Staaten eine speciell für Eheschließungen im Auslande bestimmte besondere Form, die sogenannte diplomatische Ehe: Die Staaten erteilen in gewissem Umfange ihren auswärtigen Vertretern (Gesandten und Konsuln) standesamtliche Befugnisse.

Die diplomatische Ehe ist vor allem von Bedeutung gegenüber Ländern von völlig abweichender Kultur, deren fremdartige Ortsrechte nach unseren Begriffen vielfach die Garantien, welche wir für die Form der Eheschließung verlangen, überhaupt nicht bieten. Dieses hauptsächlichste Anwendungsgebiet der diplomatischen Ehe kommt für die Konvention nicht in Betracht.

Die diplomatische Ehe ist nächstdem von Wichtigkeit gegenüber den Ländern mit streng kirchlichem Eherecht. Auch hier kann für den Heimatsstaat das dringendste Interesse bestehen, seinen Angehörigen die Eheschließung in einer anderen als der lokalen Form zu ermöglichen, weil nach der letzteren den andersgläubigen Ausländern die Eheschließung im Lande überhaupt unmöglich oder nur unter der Bedingung möglich gemacht wird, daß sie ihre Religion wechseln oder bei der Eheschließung sich gewissen schwerwiegenden Verpflichtungen der fremden Kirche gegenüber unterwerfen. Fälle dieser Art sind es, welche der diplomatischen Ehe für das Konventionsgebiet in erster Reihe eine Existenzberechtigung geben.

²⁴⁾ Vgl. hierzu besonders Stocquert, le privilège d'exterritorialité etc., R. Bd. 20 S. 260 ff., und Mariolle, die Eheschließung vor diplomatischen Agenten etc., Arch, f. 5ff. Recht Bd. 13 S. 459 ff.

Endlich entspricht die gesetzliche Anerkennung der diplomatischen Ehe (auch da, wo keine besondere Notwendigkeit für sie besteht) vielfach einer hergebrachten Übung. In den Rechtsgebieten, welche dem code civil folgen (ebenso in den anglo-amerikanischen), pfiegt man die standesamtliche Funktion der auswärtigen Vertreter, wenn es sich um Ehen der eigenen Staatsangehörigen handelt, als etwas Normales zu betrachten und auf Gründe allgemeiner Zweckmäsigkeit zurückzuführen (vgl. unter Anderen Lehr Nr. 1047). ***).

Dieser internationalen Rechtslage wurde der erste Kommissionsentwurf (1893) in angemessener Weise gerecht, indem er festsetzte:

"Seront également reconnu partout comme valables quant à la forme:

- 1°. Le mariage célébré devant un agent diplomatique ou consulaire, conformément à sa loi, si les deux parties contractants appartiennent à l'Etat dont relève la légation ou le consulat et si la législation du pays où le mariage a été célébré ne s'y oppose pas;
- 2°. Le mariage célébré conformément à sa loi devant un agent diplomatique ou consulaire de l'Etat auquel appartient le mari, mais seulement dans les pays où la forme de la célébration est purement religieuse. L'application de l'al. 2 de l'art. 4 ci-dessus est, du reste, réservée.

Hierbei ward ausdrücklich erwogen, daß dann, wenn das Ortsrecht den Ausländern ohne Rücksicht auf ihre Konfession die Möglichkeit eröffnet, vor den Lokalbehörden eine Ehe einzugehen, die standesamtliche Funktion der heimatlichen Agenten für die Parteien zwar nützlich und bequem aber niemals notwendig sein könne. Anders wenn die lokale Form eine rein

²⁵⁾ Nicht in Deutschland, vgl. das Promemoria sum Reichsgesetze vom 4. Mai 1870 bei Zorn, Konsulargesetzgebung S. 166. Das preußische Gesetz vom 3. April 1854, aus welchem das Reichsgesetz hervorging, beschränkte die diplomatische Ehe überhaupt auf außsereuropäische Länder. Siehe von König, Handb. des deutschen Konsularwesens (6. Aufl.) S. 159 ff., 161 ff. Vgl. auch Bar Bd. 1 S. 469 und dessen Bericht für das Institut, Ann. Bd. 9 S. 79 ff. und Art. 3 des Entwurfs Bar-Brusen, ebenda S. 65. Ähmlich König, ebenda S. 105. Dagegen Art. 2 Ziff. 2 der Lausanner Beschlüsse.

religiöse sei (Nr. 2). In diesem Falle sollte daher die diplomatische Ehe in weiterem Umfange anerkannt werden, als es die international herrschende Meinung zugiebt. Es sollte dann nur erforderlich sein, daß der zukünftige Ehemann dem Staate des diplomatischen Agenten angehöre und es sollte vor allem der lex loci ein Einspruchsrecht überhaupt nicht vorbehalten bleiben.

Diese Regelung stimmt inhaltlich mit dem Beschlusse des Institut - Lausanne Art. 3 - überein (vgl. auch den Entwurf König, Ann. Bd. 9 S. 67). Durch sie ware für die wichtigsten Anwendungsfälle der diplomatischen Ehe die so sehr erwünschte internationale Rechtseinheit im ganzen Konventionsgebiete verwirklicht worden. Der Vorschlag ist aber schon auf der ersten Konferenz an dem zwar vereinzelten aber unüberwindlichen Widerstande Rufslands gescheitert (vgl. Actes 1893 S. 43, 52, 69). Die Ziffer 2 des Kommissionsentwurfs wurde gestrichen und eine entsprechende Regelung den internen Gesetzgebungen oder besonderen Staatsverträgen vorbehalten (a. a. O. S. 69). Übrig blieb als allgemeine Regel nunmehr allein die eigentlich nur eine Bestätigung der "pratiques différentes" enthaltende Ziffer 1. die im wesentlichen besagt, dass eine diplomatische Ehe international formgültig ist, wenn sie nach dem Rechte des Absendestaates erlaubt und wenn sie nach dem Rechte des Empfangsstaates nicht verboten ist. Wann diese beiden Bedingungen gegeben sind, und wie es sich verhält, falls sie nicht zusammentreffen, auf diese Fragen giebt uns die Konvention leider keine entscheidende Antwort.

II. Die diplomatische Ehe nach dem Rechte des Absendestaates.

Die Mehrzahl der Staaten beschränkt, entsprechend der herrschenden internationalen Lehre, die standesamtliche Zuständigkeit ihrer auswärtigen Agenten auf den Fall, das beide Eheschließende dem vertretenen Staate angehören. So insbesondere Frankreich und Luxemburg (nicht Belgien seit 1882) — code civil Art. 48; vgl. Lehr, J. Bd. 12 S. 659 ff.; Stocquart a. a. O. S. 265 ff.; Clunet J. Bd. 1 S. 74 und die in der Note Citierten —; Spanien (Art. 100 Abs. 3); Portugal (Konsular-

verordnung Art. 19; vgl. Guillaume S. 460, Mariolle S. 461); Rumänien (Art. 23 des Ges. vom 13. Februar 1894, vgl. Busdugan, J. Bd. 27 S. 512 fl.); Holland (Konsulargesetz vom 25. Juli 1871, vgl. Zilcken, R. Bd. 4 S. 611 fl.; Guillaume S. 453).

Andere Gesetzgebungen gehen weiter und lassen das standesamtliche Eingreifen ihrer auswärtigen Vertreter schon dann zu, wenn nur einer der Verlobten oder doch der Ehemann dem Absendstaate angehört. So einerseits: Deutschland (Reichsges, vom 4. Mai 1870), Dänemark (Ges. vom 19. Febr. 1895, Guillaume S. 393), die Schweiz (Art. 13 des Ges. vom 20. Dez. 1874); andererseits: Belgien (Ges. vom 20. Mai 1882, Ziffer 2 und 3); Ungarn (Eheges, Art. 29, vgl. Lehr J. Bd. 22 S. 754; Documents S. 112); Italien (Codice civile Art. 368 und Konsularges. vom 28. Jan. 1866, Guillaume S. 439, Stocquart S. 279 ff., Mariolle S. 464). Der letztgenannte Standpunkt wird vielfach aus praktischen Gründen auch von denjenigen gebilligt und empfohlen, welche principiell eine Ausdehnung der Kompetenz auf fremde Staatsangehörige verwerfen. Vgl. Bar Bd. 1 S. 464 ff. und Bericht für das Institut, Ann. Bd. 9 S. 80 ff.; Entwurf König Art. 2 Abs. 2 ebenda S. 66 ff.; Mariolle S. 502.

Die Konferenzen von 1893 und 1894 folgten der herrschenden Meinung. Art. 5 Ziffer 1 setzte ausdrücklich voraus, daß beide Eheschließende dem vertretenen Staate angehören. _parceque c'est seulement à cette condition que la compétence de l'agent diplomatique ou consulaire peut être regardée comme normale". Bei den Verhandlungen der dritten Konferenz wurde von Ungarn (Documents S. 112, vgl. auch die Erklärung des italienischen Delegierten Pierantoni, Actes 1900 S. 164) eine Modifikation entsprechend der ungarischen Gesetzgebung beantragt, während Deutschland und Belgien weiter gehend die diplomatische Kompetenz schon dann stets anerkannt wissen wollten, wenn einer der Eheschließenden dem vertretenen Staate entstamme, (Actes S. 41 unter Nr. 4 und Documents S. 106, 126, 127; vgl. auch schon v. Seckendorff 1893 S. 43 und die übereinstimmende Erklärung des dänischen Delegierten Matsen). Die Konferenz hat es vorgezogen, die Kompetenz nur negativ zu begrenzen: keiner der Verlobten darf dem Staate des Eheschliefsungsortes angehören. Sie hat, abgesehen von dieser Beschränkung, sich der deutschen Auffassung angeschlossen und es für ge-

nügend erachtet, dass nur einer der Verlobten Angehöriger des Als positive Kompetenzbegrenzung vertretenen Landes sei. wird aber (trotz der ausdrücklichen Erklärung des Kommissionsberichtes) 20) nicht einmal diese letztere Voraussetzung gelten dürfen, zum mindesten dann nicht, wenn der Heimatsstaat der Eheschließenden mit der standesamtlichen Funktion des fremden Vertreters einverstanden ist. In dieser Weise können bisher schon z. B. die deutschen Konsuln zur Eheschließung zwischen Schweizern, Österreichern, Luxemburgern (als Schutzgenossen) kompetent sein 27) und die Konferenz hat sicherlich nicht die Absicht gehabt, dies für die Zukunft als unzulässig zu erklären. Als konventionsmäßige Voraussetzung der personalen Kompetenz haben wir also nur die ausdrücklich benannte Negative festzuhalten, dass keiner der Eheschließenden in dem Staate des Eheschliessungsortes beheimatet sein darf. Aber auch diese Voraussetzung hätte füglich im Texte der Konvention unterdrückt werden können. Sie ist in der zweiten allgemeineren (_si cet Etat ne s'v oppose pas") vollständig enthalten. Nach dem Rechte aller Vertragsstaaten ist anzunehmen, dass das Land, auf dessen Boden die Ehe geschlossen wird, in solchem Falle (wenn einer der eigenen Staatsangehörigen beteiligt ist) mit der standesamtlichen Funktion des fremden Agenten nicht einverstanden ist. (Vgl. unten.) Wurde sich dies aber in irgend einem Staate jemals anders verhalten, so hätte die Staatengemeinschaft sicherlich keine Veranlassung, eine Verletzung der territorialen Souveranitat zu rügen, welche von dem Territorialstaat selbst gar nicht als solche empfunden wird.

Zu prufen bleibt hiernach:

Enthält die Konvention überhaupt eine obligatorische Kompetenzeinschränkung für die diplomatische Ehe? Oder ist vielmehr für das Recht des Absendestaates nach wie vor einzig aus dem (überstaatlich nicht modifizierten) Inhalt der inländischen Gesetzgebung zu ent-

²⁶⁾ Vgl. den Kommissionsbericht S. 177 a. E.: "le projet actuel... exige seulement que l'un des futurs époux soit le ressortissant du Consul..." Vgl. auch schon den Kommissionsbericht von 1898 S. 48.

²⁷⁾ Vgl. § 85 Abs. 2 des R.Ges. vom 6. Febr. 1875 und §§ 1 und 10 des R.Ges. vom 4. Mai 1870. Siehe von König, Handb. S. 21.

nehmen, ob eine solche Ehe gültig ist, ohne Rücksicht auf das Einspruchsrecht der lex loci?

Die Frage ist unbedingt im letzteren Sinne zu bejahen. wenn beide Eheschliefsende dem vertretenen Staate angehören. Sie ist von der Konferenz selbst klar in diesem Sinne entschieden worden durch Art. 7, welcher nach den ausdrücklichen Feststellungen des Kommissionsberichts gerade auch für die diplomatische Ehe die Befugnis des Heimatsstaates anerkennen will, eine Ehe entgegen der lex loci aufrecht zu erhalten: "Il convient de remarquer qu'il [namlich Art. 7] a une portée plus large, qu'il s'appliquerait au mariage célébré par un Consul dans un pays dont la législation s'oppose à l'intervention des Consuls encette matière... Que le Gouvernement sur le territoire duquel le mariage a été célébré se plaigne au Gouvernement du Consul de l'incorrection commise, qu'il aille jusqu'à faire annuler par ses tribunaux le mariage qui n'est pas conforme à sa loi, cela se comprend: mais il n'v a pas de raison d'aller plus loin."

Nach der oben charakterisierten Rechtsanschauung des code civil und der ihm folgenden Gesetzgebungen ist diese Argumentierung und ihr Ergebnis durchaus natürlich. Nicht in Einklang steht sie dagegen mit der wiederholt von der Reichsregierung so entschieden vertretenen Auffassung des deutschen Rechts. Es ist deshalb zu verwundern, daß jene Erklärung und Entscheidung von der Konferenz gegeben werden konnte, ohne daß, wie es scheint, irgend eine Opposition von deutscher Seite auch nur versucht worden ist. Eine in Deutschland gegen unsere Erlaubnis von Ausländern vor ihrem Konsul geschlossene Ehe kann und wird hiernach von dem ausländischen Heimatsstaate (und ebenso auch von den anderen Vertragsstaaten) als gültig betrachtet werden (vgl. unten).

Zweiselhafter liegt die Sache, wenn nicht beide Eheschließende dem Staate des diplomatischen Agenten entstammen und ganz besonders dann, wenn etwa einer derselben Angehöriger des Residenzstaates ist. Der Kommissionsbericht betrachtet die diplomatische Eheschließung in solchem Falle als eine Verletzung der fremden Souveränität: L'intervention de l'agent diplomatique ou consulaire en pareil cas serait vraiment une atteinte à la souveraineté territoriale". Das erscheint wie die Anerkennung

einer völkerrechtlichen Verpflichtung zur Unterlassung derartiger Akte. Gleichwohl ist nicht anzunehmen, dass die Konvention eine Rechtsnorm solchen Inhalts hat aufstellen wollen. Die Konferenz ist, wie gezeigt, in dieser ganzen Materie mit außerster Vorsicht verfahren. Sie giebt keinerlei erschöpfende Regelung. sie überläßt bewußtermaßen fast alles der innerstaatlichen Gesetzgebung und besonderen Staatsverträgen. Wenn irgendwo. so liegt es ihr hier ferne, in das materielle Civilrecht der einzelnen Vertragsstaaten mit selbständigen Normen eingreifen zu wollen (vgl. oben S. 242 Anm. 49). Die angeführten Erwägungen der Kommission, mögen sie auch auf einer bestimmten völkerrechtlichen Anschauung basieren, gehören nicht zu dem dispositiven Inhalt des Art. 6, welcher sich darin erschöpft, dass eine diplomatische Ehe unter bestimmten Voraussetzungen als überall gultig erklart wird; ein argumentum e contrario ist dabei ausgeschlossen 25).

Wir kommen also zu dem Resultate, daß die Gültigkeit einer diplomatischen Ehe für den vertretenen Staat vor wie nach der Konvention sich unbeschränkt und ausschließlich nach der — in dieser Hinsicht ja meist klaren (vgl. oben S. 411, 412) — Gesetzgebung jenes Staates selbst bestimmt. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß hier das Konventionsrecht ganz ohne praktische Bedeutung sei. Seine Bedeutung wird sich dadurch äußern, daß die Vertragestaaten bei Erteilung von standesamtlichen Ermächtigungen an ihre auswärtigen Vertreter — insoweit diesen die Kompetenz nicht schon ipsa lege zukommt — wohl von den Grundsätzen ausgehen werden, welche für die Konferenz selbst maßgebend gewesen sind. Es werden z. B. Deutschland, Belgien, Ungarn, Dänemark 200 die standesamtliche Ermächtigung innerhalb des Kon-

²⁸⁾ Die Sache liegt hier durchweg andere als bei der normalen Eheform, für welche Art. 5 erschöpfende Kollisionsnormen giebt.

²⁹⁾ Die Schweiz hat von Art. 18 des Ges. vom 24. Des. 1874 europäischen Staaten gegenüber bisher überhaupt keinem Gebrauch gemacht. Stocquart a. a. O. S. 285; vgl. auch die Erklärung Rogwins Actes 1900 S. 161. — Das Verzeichnis der deutschen Konsulate, denen nach § 1 des Reichsgesetzes vom 4. Mai 1870 standesamtliche Funktionen erteilt sind, siehe bei Zorn, Konsulargesetzgebung (2. Aufl.) S. 344ff. Vgl. auch ron König, Handb. S. 162 ff. Von Vertragsstaaten sind dabei Italien, Spanien, Portugal und

ventionsgebiets ihren Vertretern nicht erteilen für den Fall, daß einer der Ebeschließenden dem Staate des Ebeschließungsortes angehört. Am deutlichsten auf dem Boden der von der Konferenz gebilligten Auffassung stand bisher schon die italienische Gesetzgebung (Konsulargesetz vom 28. Januar 1866, Guillaume S. 439 ff.), welche ausdrücklich die Zuständigkeit ihrer Konsuln zur Ebeschließung zwischen einem Italiener und einer Ausländerin von der Voraussetzung abhängig macht, "daß die lokalen Gesetze und Gewohnheiten es gestatten," während die Zuständigkeit bei Ebeschließungen zwischen zwei Italienern stets ohne weiteres begründet ist. Ein derartiges Verfahren em pfiehlt die Konferenz den Vertragsstaaten mit aller Deutlichkeit⁸⁰). Allein der Rat ist kein Befehl und eine rechtliche Sanktion hat er nicht gefunden.

III. Die diplomatische Ehe nach dem Rechte des Eheschließungsortes.

Ob und wann eine vor dem diplomatischen etc. Agenten "conformément à sa législation" geschlossene Ehe auch nach dem Rechte des Eheschließungsortes Gültigkeit hat, ist eine sehr zweifelhafte Frage. Mit dem vielverbreiteten, in Art. 6 wiederholten theoretischen Satze, daß eine solche Ehe dann anzuerkennen sei, wenn das Recht des Empfangsstaates nichts dagegen einwendet ("si cet Etat ne s'y oppose pas")³¹) ist nichts

Rumänien betroffen. In Rumänien genießen Deutsche zur Zeit überhaupt noch das Recht der Exterritorialität (von König S. 162). Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß dieses Ausnahmerecht mit dem Abschluß der Haager Konvention hinfällig wird.

31) Der rumänische Delegierte Missir hat wiederholt erfolglos den Versuch gemacht, die Streichung oder Einschränkung dieser Schlufzklaussi

³⁰⁾ Vgl. hierzu schon die Ausführungen des Kommissionsberichts von 1898 zu der damaligen Ziffer 2 des Art. 5: "Actuellement les mariages ainsi célébrés ne sont certainement valables que dans le pays auquel appartient l'agent qui y a procédé... Elle [nämlich la commission] pense que les Gouvernements devront être fort réservés dans l'attribution d'une pareille compétence à leurs agents diplomatiques et consulaires..." Siehe ferner den Kommissionsbericht von 1900 S. 177: "Les Gouvernements qui veulent donner à leurs agents diplomatiques et consulaires des attributions en matière de mariage, devraient s'adresser aux Gouvernements sur le territoire desquels ces agents résident pour leur demander s'ils ne s'opposent pas à l'exercise de pareilles attributions."

entschieden. Die Frage ist eben, ob und unter welchen Voraussetzungen der Empfangsstaat etwas dagegen einwendet; eine Frage, die - von spärlichen Staatsverträgen abgesehen - nirgenda ausdrücklich und klar beantwortet wird. Man ist hier zumeist nur auf schwankende und zweideutige Äußerungen der Jurisprudenz in den verschiedenen Rechtsgebieten angewiesen. Die Konferenzverhandlungen spiegeln die herrschende internationale Enklarheit getreulich wieder. Während der rumänische Delegierte der Meinung ist, dass die Regel des Art, 6 praktisch überhaupt unanwendbar sei, weil "dans l'état actuel des choses toutes les législations s'opposent à ce que les agents étrangers célèbrent des mariages", betrachtet Oliver y Esteller in seinem Bericht an das spanische Justizministerium den Widerspruch der lex loci als eine seltene und kaum zu beachtende Ausnahme (excepté naturellement dans le cas d'ailleurs peu fréquent, que les lois de ce pays le défendent"). Die Kommissionsberichte Renaults endlich erkennen an, dass "un certain nombre de pays" die diplomatische Eheschließung auf ihrem Boden niemals zulassen und daß dieser "pratique existante" Rechnung getragen werden müsse; in den übrigen Ländern aber könne die diplomatische Ehe an und für sich nicht als verboten gelten.

Es bleibt hiernach lediglich festzustellen, was als "pratique existante" der einzelnen Vertragsstaaten im allgemeinen zu betrachten ist.

Zu denjenigen Staaten, welche eine diplomatische Eheschließung auf inländischem Boden grundsätzlich nicht anerkennen, gehört in erster Reihe Deutschland*). Es beruht dies

zu erwirken: vgl. Actes 1894 S. 36, 44, 48, 49; 1900 S. 177; Documents S. 165. Vgl. übrigens auch die treffenden Bemerkungen Lehrs gegen den Antrag Martens' bei den Verhandlungen des Institut zu Cambridge, Ann Bd. 14 S. 246. Andererseits aber Zorn in den Annalen des Deutschen Reichs, Jahrg. 1882 S. 87, 122 ff. und Mariolle a. a. O. S. 480 ff.

³²⁾ Vgl. Niemeyer, LPr.R. S. 141; Zorn, Ann. a. a. O. S. 122; und besonders den von Mandelstam a. a. O. mitgeteilten deutsch-russischen Notanwechsel. Siehe auch Gebhards Motive a. a. O.: "Die Reichsregierung hält namentlich auch daran fest, daß weder diplomatische Agenten bezw. Konsula noch Gesandtschaftsgeistliche Eheschließungen zwischen Angehörigen ihrer Staaten der heimatlichen Form entsprechend innerhalb Deutschlands vor-

auf der historisch begründeten und gesetzlich bestätigten deutschen Rechtsanschauung, der zufolge die diplomatische Eheschließung auch bei unseren eigenen Staatsangehörigen nicht als ein normales Rechtsinstitut gedacht ist, sondern nur als eine Notstandsaushülfe gilt, für die Fälle nämlich, in welchen eine der lex loci entsprechende Eheschliefsung unmöglich oder wegen der mangelhaften Organisation der lekalen Standesakten mit großen Unzuträglichkeiten verknüpft wäre 38). Von solchen Gesichtspunkten aus schlägt natürlich auch der Grundsatz der Reciprocität (vgl. unten) nicht durch, da die gedachten Voraussetzungen. unter welchen allein von unserem eigenen Staate das Institut in Anspruch genommen wird, bei inländischen Eheschließungen niemals vorliegen. Mit Recht lässt man hiernach principiell die diplomatische Ehe im Inlande - außer bei persönlich Exterrititorialen und von besonderen Staatsverträgen 24) abgesehen - nicht zu, auch dann nicht, wenn beide Eheschließende dem von dem auswärtigen Agenten vertretenen Staate angehören; wie man ja andererseits auch nicht verlangt und nicht verlangen kann, daß die vor den eigenen diplomatischen Agenten im Aus-

nehmen dürfen, die betreffenden Angehörigen müßten dem Exterritoriale sein ... Vor der Ungültigkeit schützt auch die Vornahme innerhalb des Gesandtschaftsgebäudes nicht, da demselben Exterritorialität nicht zukommt."

⁸³⁾ Vgl. das Promemoria sum R.Ges. vom 4. Mai 1870, Zoru. Konsulargesetzgebung S. 166 ff.: "Von der gedachten Befugnis wird demgemäß für Länder, welche — wie die meisten europäischen Staaten — eine für In- und Ausländer aller Bekenntnisse allgemein und gesetzlich geordnete Form der Ebeschliefeungen und Standesakte besitzen, principiell kein Gebrauch gemacht, da die in den betreffenden Ländern lebenden Deutschen in der durch die Landesgesetze vorgeschriebenen Form, sei diese nun die kirchliche . . . oder die bürgerliche ... nicht nur für das Land ihres Aufenthalts, sonders auch für Deutschland formell gültige Ehen einzugehen und formell gültige Standesakte vorzunehmen in der Lage sind. — Für Länder dagegen, welche entweder - wie die muhamedanischen und beidnischen - einer für In- und Ausländer aller Konfessionen allgemein geordneten Form der Eheschließung und Standesakte gänzlich ermangeln oder solche Rechtsform — wie gewisse Staaten Central- und Südamerikas, sowie Südeuropas - nur für die Angehörigen bestimmter Konfessionen besitzen, ist allerdings ein Bedürfnis vorhanden . . . " Vgl. auch oben S. 410 Anm. 25.

³⁴⁾ In Betracht kommt für das Konventionsgebiet nur der Staatsvertrag mit Italien vom 4. Mai 1891, R.G.B. S. 114. Vgl. Niemeyer, L.Pr.B. S. 201 £.; Meyerowitz, Ztschr. Bd. 10 S. 16 ff.

lande abgeschlossenen Ehen von einem anderen Staate als gültig anerkannt werden 36).

Auf dem nämlichen Standpunkt wie Deutschland steht, wie es scheint, grundsätzlich auch Österreich-Ungarn (vgl. Lammasch bei den Verhandlungen des Institut, Ann. Bd. 14 S. 247, aber auch Neumann ebenda Bd. 9 S. 106, die Feststellung in Gebhards Motiven a. a. O. sub. III. Ann. 1), ferner wohl die Schweiz (?) ** und Dänemark (vgl. Gesetz vom 19. Februar 1892 Guillaume S. 393 ff.) und Rufsland (vgl. Mandelstam, J. Bd. 29 S. 460 ff.).

In allen anderen Vertragsstaaten — voran das Rechtsgebiet des code civil — ist jedoch die herrschende Praxis nicht so rigoros ⁸⁷). Allgemein betrachtet man zwar — übereinstimmend mit der dem Art. 6 zu Grunde liegenden Auffassung — eine diplomatische Ehe als ungültig, wenn einer der Eheschließenden dem Residenzstaate angehört, weil in solchem Falle ein unerlaubter Eingriff in die territoriale Suveränität vorliege und die "juri-

³⁵⁾ So ausdrücklich das deutsche Promemoria: "Dagegen werden die von den diesseitigen Vertretern etc. im Auslande auf Grund der ihnen erteilten Ermächtigung vorgenommenen Eheschließungen und Standesakte von Deutschen für das Land ihres Aufenthalts formelle Rechtsgültigkeit nur dann beanspruchen können, wenn diese Gültigkeit den daselbet lebenden Deutschen durch besondere Rechtstitel... gesichert ist..." Ähnlich die Motive des belgischen Gesetzes vom 20. Mai 1882, welche aber sehr bezeichnender Weise nur zu Ziffer 3 des Gesetzes (wenn bei der Eheschließung ein Ausländer beteiligt ist) auf unserem Standpunkte stehen. J. Bd. 12 S. 46 ff. 50 ff. Vgl. ferner Reichs-Ger. Entsch. Bd. 9 S. 398; Zorn, Annal. a. a. O. S. 123; Mariolle a. a. O. S. 468 ff.; Laurent Bd. 4 No. 246 ff.; auch Busdugan, J. Bd. 27 S. 513.

³⁶⁾ Vgl. oben Anm. 29. — König erwähnt bei den Verhandlungen des Institut Ann. Bd. 9 S. 102 eine Entscheidung des schweiser. Bundesgerichts, der zufolge die vor einem englischen Konsul in Genf geschlossene Ehe eines Italieners mit einer Engländerin als ungültig erklärt wurde, wie es scheint aber nur deshalb, weil der Ehemann nicht Engländer war. Hiernach dürfte man vielleicht doch, wenigstens für die französisch-rechtlichen Gebiete der Schweis, sich eher der französischen (vgl. das im Text folgende) als der deutschen Auffassung anschließen.

³⁷⁾ Irritimlich sind die entgegengesetzten Annahmen des Reichsgerichts in der angezogenen Entscheidung Bd. 9 S. 398. Laurent Bd. 4 No. 246 ff. steht vereinzelt und gefällt sich in Übertreibungen und aprioristischen Deduktionen aus dem "principe de la souveraineté territoriale, donc de l'existence même des Etata" etc.

diction personnelle" des fremden Agenten nicht begründet sei 25). Aus eben diesem Gedankengang aber ergiebt sich ohne weiteres. daß man die Vornahme einer diplomatischen Eheschließung als solche nicht schon als eine Verletzung der territorialen Suveranitat betrachtet und dass man nichts gegen dieselbe einzuwenden hat, wenn die personale Kompetenz des diplomatischen etc. Agenten normalerweise begründet ist, vor allem also dann, wenn beide Eheschließende dem vertretenen Staate angehören. Diese Auffassung entspricht thatsächlich der allgemein in den romanischen Ländern herrschenden Praxis 29) und sie ist unseres Erachtens auf dem Boden iener Gesetzgebungen wohl begründet (a. M. Mariolle). Man darf dabei allerdings nicht, wie meist geschieht, auf das Recht der Exterritorialität rekurrieren 40). Auch die Berufung auf die nur fakultative Bedeutung des Satzes locus regit actum (vgl. Bar. Mariolle, Donle und andere) reicht hier nicht aus, schon deshalb nicht, weil eben für die Civilehestaaten, wie oben dargethan, die fakultative Geltung des Heimatsrechtes bei Eheschließungen im Inlande an und für sich abzulehnen ist. Wohl aber erklärt und rechtfertigt sich jene Auffassung aus dem auch in Renault's Kommissionsbericht mit Recht herangezogenen Gesichtspunkte der Reciprocität und dem das ganze internationale Privatrecht durchdringenden Grundsatze der Ausdehnungsgleichheit (Siehe

³⁸⁾ Vgl. Stocquart S. 268 ff., 277 ff. und die dort citierte französische und belgische Praxis; Mariolle S. 522; Lehr., J. Bd. 12 S. 659 ff. und Cit., sowie im Ann. de l'Institut Bd. 9 S. 103; Tribunal de la Seine vom 2 Juli 1872 und vom 21. Juni 1878, J. Bd. 1 S. 71 ff.; Clunet, J. Bd. 1 S. 75 und die Cit.

³⁹⁾ Vgl. die Cit. der vorigen Anmerkung, sowie Mariolle S. 468 ff.; Fiore, J. Bd. 18 S. 808; Clunet Bd. 19 S. 422 und Cit.; Busdugan, J. Bd. 27 S. 770; Montiuc, Bericht f. d. Institut nebst Cit., Ann. Bd. 14, S. 80 ff., 85 ff., 91; Art. 8 der Beschlüsse des Institut über die Immunités diplomatiques, Cambridge, Ann. Bd. 14 S. 210 ff., 242 (auch schon Art. 4 des Entwerfs. Arnts-Westlake, Ann. Bd. 9 S. 64 und 108 ff.).

⁴⁰⁾ Vgl. dagegen (am ausführlichsten, nicht am überzeugendsten) Laurent Bd. 3 No. 12 ff., 74 ff., Bd. 4 No. 240 ff. 247 ff.; Fiore, J. Bd. 13 S. 304 ff.; Bar Bd. 1 S. 465 ff., 466 Anm. 13; Montiuc a. a. O. S. 81 und Cit., sowie die Debatten des Institut a. a. O. S. 206 ff.; das deutsche Promemoria von 1880, mitgeteilt von Mandelstam a. a. O. S. 255; Reichs-Ger. Entsch. Bd. 27 S. 101; Gebhards Motive a. a. O.; Mariolle a. a. O. S. 470 ff. 494 ff.

Therings Jahrb. Bd. 40 S. 68, 69). Gesetzgebungen, welche, wie der code civil und die ihm folgenden, die diplomatische Ehe für ihre eigenen Staatsangehörigen überall im Auslande ohne das Vorliegen von Notstandsvoraussetzungen und ohne besondere Autorisation eingeführt haben, können füglich nicht die diplomatische Eheschließung von Ausländern im Inlande als etwas durchaus Verbotenes und gegen die Staatsordnung Verstoßendes betrachten. Sie werden das Recht, welches sie selbst in allen anderen Kulturstaaten ausüben, auch jenen auf dem inländischen Territorium nicht versagen.

Aus diesem Gesichtspunkte ergiebt sich auch die Begrenzung. Die Grenzen der Anerkennung werden bedingt sein durch die normale Ausdehnung, welche die internationale Doktrin und die inländische Gesetzgebung selbst jenem Rechtsinstitute (der diplomatischen Ehe) giebt. Sie werden also, entsprechend den obigen Darlegungen, nicht weiter gehen, als der Inhalt des Art. 48 code civil, der die standesamtliche Kompetenz der diplomatischen etc. Agenten nur bei den eigenen Staatsangehörigen anerkennt. Besonders charakteristisch für die romanische Rechtsauffassung ist, neben dem oben angeführten italienischen Konsulargesetz vom 28. Januar 1866, vor allem das mehrfach erwähnte belgische Gesetz vom 20. Mai 1882. nimmt bei der Eheschliefsung von Inländern die standesamtliche Kompetenz der auswärtigen Vertreter allgemein und voraussetzungslos als international begründet an. Bei Eheschliefsungen von Belgiern mit Ausländerinnen wird dagegen das Eingreifen der belgischen Vertreter nur ausnahmsweise als etwas Ungewöhnliches gestattet und bedarf stets einer besonderen Ermächtigung von seiten des Ministeriums des Auswärtigen. Die Begründung des Gesetzes hebt ausdrücklich hervor, daß es sich in dem letzteren Falle nicht um eine (an und für sich unzulässige) Erstreckung der diplomatischen Kompetenz auf ausländische Staatsangehörige handeln könne, und dass von der fraglichen Ermächtigung nur Gebrauch gemacht werden solle bei Eheschliefsungen in Ländern, "où l'état civil n'offre pas des garanties désirables".

Nach dem gegenwärtigen internationalen Rechtszustand dürfte darnach anzunehmen sein, dass eine diplomatische Ehe in dem Empfangsstaate stets nur dann zugelassen wird, wenn beide Eheschliefsende dem Absendestaate angehören⁴¹). Als mittelbare Wirkung des Konventionsrechts
darf aber vielleicht eine im Interesse der Gesetzesharmonie
wünschenswerte Erweiterung des Grundsatzes erhofft werden
(vgl. auch Stocquart a. a. O. S. 278, 279), dahingehend, daß
diejenigen Länder, welche die diplomatische Ehe auf ihrem Gebiete grundsätzlich nicht perhorrescieren, von dem lokalen
Widerspruchsrechte nur dann Gebrauch machen
werden, wenn einer der Eheschließenden ihrem
eigenen Staate angehört.

Eine ausdrückliche Erklärung der einzelnen Vertragsstaaten darüber, inwieweit sie das territoriale Einspruchsrecht ausüben, wäre auch hier wieder bei Inkrafttreten der Konvention dringend zu wünschen. Zu dieser Erklärung würde nach der (in solcher Allgemeinheit wohl bedenklichen) Auffassung des Kommissionsberichts ein Akt der internen Gesetzgebung nicht einmal erforderlich sein 42).

IV. Die Beurteilung der diplomatischen Ehe in dritten Staaten.

Nach Art. 6 Satz 1 der Konvention steht fest, daß eine diplomatische Ehe — abgesehen von der Ausnahme des Abs. 2 — im ganzen Konventionsgebiete gültig ist, wenn sie formgerecht nach der Gesetzgebung des vertretenen Staates abgeschlossen wurde und wenn außerdem der Residenzstaat nichts dagegen

⁴¹⁾ Vgl. die belgischen Motive a. a. O. S. 50 ff.: "En droit, nous devons le reconnaître, les mariages (d. h. die auf Grund von Ziff. 3 des Ges. augelassenen, bei denen nur der Ehemann Belgier ist) n'auront nécessairement d'existence valable 'qu'en Belgique, ils courent le risque d'être considérés à l'étranger comme inexistants. Nos lois en effet, n'ont évidemment pas le pouvoir d'établir au delà du territoire, sans le concours de la souveraineté étrangère, des autorités publiques ayant juridiction aur des personnes n'appartenant pas à la nationalité belge..." Vgl. auch Classé Bd. 19 S. 422 und die Cit., sowie den oben Anm. 36 erwähnten schweizer. Rechtsfall, und das Citat aus dem Kommissionsbericht von 1893, oben Anm. 30.

^{42) &}quot;Le mot "Etat" a été employé à dessein pour comprendre deux cas: il peut y avoir dans la législation territoriale un texte s'opposant à la célébration de pareils mariages; à défaut de texte il suffit que le Gouvernement déclare qu'il ne permet pas ces mariages, parceque le pouvoir d'exclure l'action d'une autorité étrangère sur son territoire rentre naturellement dans ses attributions."

So naturlich diese Regel erscheint, ist doch auch sie nicht unzweifelhaft für diejenigen, welche das Institut der diplomatischen Ehe allgemein verwerfen und einer solchen Ehe deshalb grundsätzlich nur für das Gebiet des Absendestaates Wirksamkeit zugestehen wollen (s. z. B. Laurent a. a. O.; Clumet. J. Bd. 19 S. 421, 422 und Cit.; vgl. auch den Kommissionsbericht von 1894 S. 49). Die Feststellung der Konvention ist daher nicht überflüssig und im Interesse der Rechtssicherheit zu begräßen. Eine in Madrid vor dem belgischen Konsul geschlossene Ehe zweier Belgier ist hiernach unbedingt auch für Deutschland formgültig: auch dann, wenn die Braut eine Deutsche ist, wird die Ehe anzuerkennen sein (vorausgesetzt, dass der belgische Konsul die erforderliche _autorisation spéciale" von dem belgischen Minister des Auswärtigen erhalten hat), da nach dem oben für das Konventionsrecht Ausgeführten nicht anzunehmen ist. dass Spanien in solchem Falle die Ehe beaustanden wird. Bedenklich ist auch diese Folgerung für die deutschen Interessen nicht. Wir überlassen es ja im Konventionsgebiete allgemein der lex loci, die Form der Eheschliesbung zu normieren. Warum sollten wir also nicht auch mit der Eheschließung eines unserer Staatsangehörigen vor dem auswärtigen Agenten eines anderen Vertragsstaates einverstanden sein, wenn der Eheschließungsort diese Form zulässt?

Die Konvention entscheidet nichts über die Gültigkeit der diplomatischen Ehe in dritten Staaten, wenn dieselbe zwar formgerecht nach der Gesetzgebung des diplomatischen Agenten geschlossen wurde aber von der lex loci nicht genehmigt wird. Irrig ware es wiederum, wenn man aus Art. 6 entnehmen wollte, dass in solchem Falle die Ehe in allen dritten Staaten ungültig sei. Die Unrichtigkeit eines derartigen argumentum e contrario ergiebt sich ohne weiteres aus Art. 7. Es ist daher nicht zutreffend, wenn Mariolle a. a. O. S. 518 (allerdings auf Grund der Beschlüsse von 1894, welche den Art. 7 noch nicht enthielten) annimmt, nach der Konvention wurde z. B. Frankreich die in Deutschland vor Vertretern fremder Staaten abgeschlossenen Ehen als nichtig zu behandeln haben, weil nach der Reichsgesetzgebung eine Ehe im Gebiete des deutschen Reiches nur vor dem Standesbeamten abgeschlossen werden könne. (Vgl. oben S. 414.)

Die Frage, wie sich dritte Staaten im Konfliktsfalle zwischen Absendestaat und Empfangsstaat zur Gültigkeit der diplomatischen Ehe stellen werden, bleibt vielmehr nach dem Konventionsrecht eine offene. Sie kann nur nach dem internen Rechte des einzelnen (dritten) Vertragsstaats entschieden werden. Diese Entscheidung ist hier erst recht zweifelhaft, da es an jedem gesetzlichen Anhalte fehlt und auch Theorie und Praxis kaum irgendwelche Stützpunkte bieten. Naheliegend scheint, daß dritte Staaten die betr. Ehe solchen Falles ähnlich beurteilen werden. wie die auf ihrem eigenen Gebiete geschlossenen diplomatischen Sie wurden sich hiernach teils der Beurteilung des Absendestaates, teils derjenigen des Empfangsstaates anschließen, je nachdem ihr eigenes diplomatisches Eherecht mehr dem des einen oder dem des anderen analog ware. Deutschland vor dem belgischen Konsul geschlossene Ehe zweier Belgier würde demgemäß z. B. in Frankreich, Italien, Spanien, Portugal in Übereinstimmung mit dem belgischen Heimatsrechte anerkannt werden; sie würde dagegen in Russland, Österreich-Ungarn, Danemark und der Schweiz wohl in Übereinstimmung mit dem deutschen Ortsrechte als unwirksem zu betrachten sein.

Diesem unsicheren und unbefriedigenden Zustande hätte man auch hier durch eine einheitliche Kollisionsnorm ein Ende bereiten können. Der einzuschlagende Weg war, wie wir oben schon gesehen haben, durch die Kommissionsbegründung zu Art. 7 mit voller Klarheit vorgezeichnet: Der Territorialstaat, dessen Suveränität durch das nicht genehmigte Eingreifen der fremden Vertreter verletzt ist, mag sich bei dem Absendestaate über die "incorrection commise" beschweren; er mag selbst die Ehe für ungültig erklären: "mais il n'y a pas de raison d'aller plus loin... Pourquoi ne serait-il [le mariage] pas regardé comme valable dans l'Etat de qui relève le Consul et dans les autres Etats?"

Zum mindesten für den Fall, das beide Eheschließende dem Staate des betreffenden Agenten angehören, musste demzusolge der Gedankengang der Konferenz — mag er auch vom deutschen Standpunkte aus befremden — zur Aufstellung des Rechtssatzes führen, dass dritte Staaten die form gerecht geschlossene diplomatische Ehe stets mit dem Heimatsstaate anzuerkennen haben, wenn sie auch der Territorialstaat beanstandet.

Bedenklicher erscheint die Sache, wenn nicht beide Eheschließende dem vertretenen Staate angehören, insbesondere dann, wenn gerade ein Angehöriger desjenigen Staates beteiligt ist, welcher über die Gültigkeit der Ehe zu urteilen hat. Allein auch in diesem Falle hat der dritte Staat kein plausibles Interesse, eine Ehe wegen Formmangels zu beanstanden, wenn der Mangel lediglich auf die Verletzung einer fremden Territorialsuveränität gegründet werden kann. Ist die lex loci ihrerseits mit der Eheschließung einverstanden, so steht ja die allgemeine Gültigkeit der Ehe fest. Ein Verbotsrecht des dritten Staates, welchem einer der Eheschließenden angehört, giebt es (abgesehen von dem Vorbehalt des Art. 5 Abs. 2) nicht. Wenn also dem Heimatsstaate ein Widerspruch aus eigenem Recht nicht zusteht, warum sollte er aus fremdem Rechte ihm gewährt werden?

Übrigens dürste der vorausgesetzte einzig bedenkliche Fall unter den Vertragsstaaten kaum praktisch werden. Wie wir oben sestgestellt haben, sind die auswärtigen Vertreter nach dem Rechte keines einzigen Vertragsstaates ipso jure zum standesamtlichen Eingreisen befugt, wenn Angehörige dritter Staaten beteiligt sind; wo eine derartige Erstreckung der Kompetenz überhaupt eingesührt ist, wird stets eine besondere standesamtliche Autorisation der auswärtigen Vertreter erfordert. Es ist nun nicht anzunehmen, dass derartige Autorisationen nach Inkrafttreten der Konvention erteilt oder ausrecht erhalten werden, ohne dass der Residenzstaat damit einverstanden ist (vgl. oben S. 415 f.). Im Falle dieses Einverständnisses aber ist ja, wie gesagt, jeder Zweisel behoben und die Ehe nach Art. 6 Abs. 1 im ganzen Konventionsgebiete unansechtbar.

Es ware somit wohl angemessen und nach dem Gedankengang der Konferenz folgerichtig gewesen, wenn man ausgesprochen hätte, daß die vor einem diplomatischen oder konsularischen Vertreter eines Vertragsstaates, "conformément à sa législation" eingegangene Ehe wegen Formmangels außerhalb des Staates, in welchem die Ehe geschlossen wurde, nirgends beanstandet werden könne. (Vgl. oben S. 395.)

V. Die Ausschliefsung des territorialen Einspruchsrechtes und der lokale ordre public.

Das nach Art. 6 Satz 1 unbeschränkt freigestellte Einspruchsrecht der lex loci gegen die diplomatische Eheschließung darf nach dem Zusatzbeschlusse der dritten Konferenz von einem Staate nicht ausgeübt werden "quand il s'agit d'un mariage qui à raison d'un mariage antérieur ou d'un obstacle d'ordre religieux serait contraire à ses lois". Die Erwägungen, welche zu dieser — ohne besonderen Kommentar kaum verständlichen — Klausel geführt haben und die Bedenken, welche ihr entgegenstehen, sind oben (S. 245 ff.) genauer erörtert worden. Hier ist nur noch einiges über die Bedeutung des ungewöhnlichen Satzes für das diplomatische Eherecht als solches hervorzuheben.

Wie aus dem oben (S. 234 ff. und 237 ff.) Dargelegten zu entnehmen ist, sind die durch den fraglichen Zusatzbeschluß (das _amendement Asser") speciell betroffenen Vertragsstaaten: Österreich, Rufsland, Italien, Spanien, Portugal und Schweden. Von diesen widersetzen sich wohl Russland und Österreich sonst grundsätzlich der diplomatischen Eheschliefsung auf ihrem Gebiete, während von den andern vier Staaten anzunehmen ist, daß sie der diplomatischen Ehe kein Hindernis in den Weg legen, falls nicht einer ihrer eigenen Staatsangehörigen beteiligt ist. Gleichwohl ist auch für die letzteren Staaten das Amendement Asser keineswegs bedeutungslos. Die Fälle, für welche durch diese Klausel die Zulassung der diplomatischen Ehe erzwungen wird, sind nämlich gerade solche, in denen sie sonst auch auf dem Territorium derjenigen Staaten unzulässig wäre, welche principielle Einwendungen gegen das standesamtliche Auftreten der fremden Agenten nicht erheben. Die Fiktion der Exterritorialität (des Gesandtschaftsgebäudes) ist ja von der Konferenz verworfen (bei den konsularischen Ehen kommt sie ohnehin nicht in Frage) und die Besonderheiten. welche für die diplomatische Ehe gelten, erstrecken sich ausdrücklich nur auf ihre Form ("quant à la forme"). In allen übrigen Beziehungen ist eine solche Ehe genau ebenso zu beurteilen und zu behandeln wie irgend eine andere in dem betreffenden Lande abgeschlossene (vgl. die Ausführungen des Kommissionsberichtes Abs. 2). Die ausländischen Vertreter sind hiernach insbesondere an das materielle Eherecht der lex loci,

insoweit es für die betreffenden Fälle Geltung hat, grundsätzlich ebenso gebunden, wie die Standesbeamten des Landes selbst; sie haben den lokalen ordre public (Art. 2 der Konvention) zu beachten 42) und sie würden daher ohne das Amendement Asser niemals befugt sein, entgegen jenen lokalen Prohibitivgesetzen von religiösem Charakter u.s. w. eine Eheschließung zuzulassen, auch wenn ihre Funktion als Standesbeamte im übrigen unbeanstandet wäre. Sie dürften selbstredend auch nicht etwa von der Befugnis des Art. 3 für den Absendestaat Gebrauch machen; denn dieses permissive Eingriffsrecht steht einem Staate nur bei solchen Ehen zu, die auf seinem eigenen Boden geschlossen werden.

Das Amendement Asser enthält also eine doppelte Abweichung von den für das diplomatische Eherecht geltenden Regeln: 1. soll bei der Eheschließung der sonst stets zu beachtende materiellrechtliche ordre public der lex loci nicht berücksichtigt werden; 2. soll das sonst stets anerkannte Einspruchsrecht des Territorialstaates gegen die Eheform ausgeschlossen sein.

Es ware zu wünschen gewesen, dass man im Texte der Konvention auch jene erste Ausnahme ausdrücklich hervorgehoben hätte, nicht nur, weil sie die Grundlage und Voraussetzung des ganzen Amendements bildet, sondern vor allem deshalb, um sie als Ausnahme zu kennzeichnen und die Regel nicht zu verwischen. Es mußte klargestellt werden, dass in allen anderen Fällen die ausländischen Vertreter an den ordre public des lokalen Eherechtes gebunden sind. Die jetzige Fassung des Textes läst dies schlechterdings nicht erkennen; das Amendement Asser bietet vielmehr der entgegengesetzten, von der Kommission ausdrücklich verworfenen Auffassung eine entschiedene Stütze. Bei klarer Hervorhebung dieses doppelten abnormen

⁴³⁾ Im Kommissionsbericht ausdrücklich festgestellt, nachdem die Frage bei den Vorverhandlungen sur dritten Konferens von der niederländischen Regierungskommission (Documents S. 16) angeschnitten worden war: "La première (observation) est qu'à ces mariages s'appliquent les prohibitions énoncées dans l'article 2. L'agent diplomatique ou consulaire doit respecter les lois du pays où il se trouve." (Actes S. 177.) Anderer Meinung (nach den Beschlitssen von 1894): Mariolle a. a. O. S. 505.

Eingriffes in die sonst anerkannten Rechte des Territorialstaates würde der Konferenz vielleicht auch die Bedenklichkeit des ganzen Amendements doch zum Bewußtsein gekommen sein. —

Bemerkt sei noch, daß das Amendement nach seiner Entstehungsgeschichte nur dann Anwendung finden soll, wenn wegen der auf Art. 2 Abs. 3 gegründeten Prohibitivnorm die Eheschließung im Lande unmöglich wird (vgl. Actes S. 177 Abs. 3). Es darf daher nicht auf diejenigen Fälle ausgedehnt werden, in welchen schon nach der allgemeinen Regei des Art. 1 die Ehe verboten ist. Der deutsche Konsul in Spanien ist also, ohne daß Spanien einen Einspruch erheben darf, befugt, einen rechtsgültig geschiedenen deutschen Staatsangehörigen zur Ehe zuzulassen; niemals aber braucht irgend ein Territorialstaat die diplomatische Eheschließung z. B. für einen österreichischen Mönch zu gestatten, der ja schon nach seinem eigenen Heimatsrechte nicht erst auf Grund der lokalen Prohibitivnorm eheunfähig ist.

Was die Wirksamkeit einer auf Grund des Amendements zugelassenen diplomatischen Ehe betrifft, so kann eine solche Ehe jedenfalls nicht hinterher (wie eine andere unter den gleichen materiellen Voraussetzungen eingegangene) von dem Staate des Eheschließungsortes (gemäß dem letzten Satze des Art. 2) als ungültig betrachtet werden. Die gegenteilige Annahme würde sozusagen internationalrechtlich gegen Treu und Glauben verstoßen. Ein Staat, der nach der Konvention verpflichtet ist, eine Eheschließung auf seinem Territorium zu dulden, kann nicht daneben berechtigt sein, die geschlossene Ehe als unwirksam zu behandeln.

VI. Der Vorbehalt zu Gunsten der kirchlichen Ehe.

Nach Art. 6 Abs. 2 soll der Vorbehalt des Art. 5 Abs. 2 auch bei den diplomatischen Ehen anwendbar sein. Das bedeutet: Die Länder mit obligatorisch kirchlicher Eheschließung sollen auch durch den Inhalt des Art. 6 (ebenso wie durch denjenigen des Art. 5) niemals verpflichtet werden, von diesem Erfordernis bei ihren eigenen Staatsangehörigen abzusehen.

Die Ausnahme hat keine praktische Bedeutung für den regelmäßigen Fall der diplomatischen Ehe, den nämlich, daß beide Eheschließende dem vertretenen Staate angehören. Denn in solchem Falle braucht ja der Heimatsstaat seine auswärtigen Vertreter einfach nicht zu einer nur civilen Eheschließung zu bevollmächtigen, und wird es nicht thun. (Vgl. Kommissionsbericht S. 177 sowie die mehrfach erwähnten, von Mandelstam mitgeteilten russischen Dokumente.) Aus diesem Grunde war auch in dem Kommissionsentwurf von 1893 der betreffende Vorbehalt nur in Ziffer 2 des Art. 5 enthalten (vgl. oben S. 410); bei der (in den definitiven Beschlüssen der Konferenzen allein aufrecht erhaltenen) Zifter 1 war er als überfüssig weggeblieben.

Die Ausnahme berührt also einzig unsere oben behandelte dritte Kategorie: die Beurteilung der diplomatischen Ehe in dritten Staaten; und auch davon nur den Fall, dass einer der Eheschließenden dem beurteilenden Staate selbst angehört. Ihre Bedeutung besteht darin, dass in diesem Falle der Heimatsstaat des Eheschliefsenden die Ehe als ungültig behandeln kann, auch wenn Absendestaat und Residenzstaat übereinstimmend deren Gültig-Die Aufstellung dieser (einzigen) Auskeit anerkennen. nahme von der Regel des Art. 6 Satz 1 ist in der That als Konsequenz aus Art. 5 Abs. 2 unvermeidlich. Die diplomatische Eheform mag für das ganze Konventionsgebiet der lokalen Eheform gleichgestellt werden; es kann ihr aber füglich nicht eine stärkere zwingende Kraft dritten Staaten gegenüber beigelegt werden, als jener.

Im übrigen gilt auch hier alles oben S. 399 ff. Ausgeführte. Insbesondere kann die Formgültigkeit der kritischen Ehe niemals von einem anderen als einzig dem Heimats-Staate beanstandet werden. Es wird also z. B. die Ehe, welche ein Belgier vor dem belgischen Konsul in Spanien mit einer orthodoxen Russin geschlossen hat, in Russland ungültig sein; in allen anderen Vertragsstaaten aber bleibt sie unanfechtbar.

Bemerkt sei schliefslich, dass es zweckmäsiger gewesen ware, die fragliche Rechtsnorm auch in Art. 6 mit deutlichen Worten auszusprechen, anstatt die nicht besonders klare Form der Verweisung auf Art. 5 zu wählen. Thatsächlich hatte man

sich bei den Verhandlungen der ersten Konferenz (1893) schon zu diesem Verfahren bekehrt. Die Redaktionskommission hat damals unserem (ursprünglich in Art. 5 Ziffer 2 enthaltenen) Zusatze nachträglich die von der Konferenz gebilligte Fassung gegeben:

"Toutefois cette disposition n'oblige pas l'Etat qui exige une célébration religieuse, à reconnaître ce mariage comme valable."

III. Abechnitt. Die Anwendungsgrenzen des Konventiensrechts.

Zu Beginn der Haager Verhandlungen hat man an eine bestimmte Begrenzung des Konventionsrechtes, wie es scheint, nicht gedacht. Der Kommissionsbericht von 1893 (Actes S. 45) geht davon aus, daß die zu beschließenden Kollisionsnormen ebensowohl für einen innerstaatlichen Gesetzentwurf als für einen Staatsvertrag geeignet sein sollen. Die Kommission war hiernach wohl der Ansicht, daß diese Normen einfach und in vollem Umfange an die Stelle des bisher in den einzelnen Vertragsstaaten geltenden internationalen Privatrechts zu treten hätten.

Im Laufe der weiteren Verhandlungen ist jedoch immer deutlicher der Gedanke zu Tag getreten, daß eine derart uneingeschränkte Geltung des Konventionsrechts nicht am Platze sei, daß insbesondere dasselbe sich nur auf die Anwendung derjenigen materiellen Privatrechte beziehen könne, welche die Unterlage der Konferenzverhandlungen gebildet haben. Am klarsten hat sich naturgemäß diese Erkenntnis Bahn gebrochen bei den Versuchen, die Regeln des ordre public zu specialisieren. (Vgl. oben S. 219 ff.; auch noch die Äußerung Renaults Actes 1894 S. 44) ⁴⁴). Feste Gestalt gewann jedoch der Begrenzungsgedanke erst bei den Vorverhandlungen zur dritten Konferenz. Hier erfolgte (außer den allgemeinen Bemerkungen der französischen Kommission — Documents S. 153 — und der österreichischen Note — Actes S. 45 —) zum ersten Male ein be-

^{44) &}quot;Mr. Renault proteste contre la manière de voir de M. le délégué d'Autriche d'après laquelle les pays contractants seraint obligés d'appliquer les règles adoptées même aux sujets des Etats non signataires."

stimmt formulierter Vorschlag, und zwar von seiten Deutschlands. Es wurde ein gemeinschaftlicher "Schlusabschnitt" zu den Konventionen beantragt, dessen Art. 2 in seinem hierher gehörigen Teile lautet:

"Die Vertragsstaaten sind zur Befolgung der Vorschriften des Vertrags nur unter der Voraussetzung verpflichtet, dass das nationale Gesetz, auf welches in dem Art. 1 verwiesen wird, in dem Falle, um den es sich handelt, das Gesetz eines Vertragsstaates ist."

Auf diese deutsche Anregung ist der erheblich weiter gehende, von der Kommission beschlossene und von der Konferenz anstandslos genehmigte Art. 8 der Konvention zurückzuführen, welcher sich die bestimmte Aufgabe setzt, "de délimiter le champ d'application de la Convention." Der Artikel lantet:

"La présente Convention ne s'applique qu'aux mariages célébrés sur le territoire des Etats contractants entre personnes dont une au moins est ressortissante d'un de ces Etats.

Aucun Etat ne s'oblige par la présente Convention, à appliquer une loi qui ne serait pas celle d'un Etat contractant."

Die Regel begrenzt also das Anwendungsgebiet der Konvention nach drei Gesichtspunkten: nach dem Orte der Eheschliefsung; nach der Person der Eheschliefsenden (deren Staatsangehörigkeit); nach der anzuwendenden Gesetzgebung.

1. Die beiden letzteren Grenzbeziehungen waren in den früheren Verhandlungen schon aufgetaucht. Die erste dagegen ist neu. Merkwürdiger Weise ist gerade sie im Schofse der Kommission gleichsam als selbstverständlich anerkannt worden: "On est tombé assez facilement d'accord que la Convention ne concernait que les mariages célébrés sur le territoire des Etats contractants." Unseres Erachtens ist gerade diese Voraussetzung keineswegs selbstverständlich. Natürlich ist allerdings, daß überstaatliche Verpflichtungen und Berechtigungen, welche — wie die Mehrzahl der Konventionsnormen — speciell die lex loci treffen, oder speciell der lex loci gegenüber beachtet werden sollen, ihrem eigenen Sinne nach nur dann Platz greifen, wenn der Eheschließungsort im Konventionsgebiete liegt. Bildet dagegen — wie bei der Hauptregel des materiellen Eherechtes (Art. 1) —

lediglich die Staatsangehörigkeit der Eheschliefsenden die Anknüpfung für die Kollisionsnorm und betrifft demgemäß auch die damit verbundene überstaatliche Verpflichtung bezw. Berechtigung lediglich den Heimatsstaat als solchen: so ist durchaus nicht einzusehen, warum die konventionsmäßige Bindung ohne weiteres cessieren soll, wenn der Eheschließungsort nicht im Konventionsgebiete liegt. Jeder der Vertragsstaaten hat doch alles Interesse daran, dass die Beurteilung der von seinen Angehörigen, einerlei wo, geschlossenen Ehen innerhalb des Konventionsgebietes eine einheitliche sei. Warum sollte durch die Konvention nicht festgestellt werden, dass Danemark die Ehefähigkeit eines Deutschen, der in England heiratet, grundsätzlich nach dem deutschen Heimatsrecht zu beurteilen habe. ebensogut wie bei der Ehe, welche ein Deutscher in Danemark eingeht? Etwa deshalb, weil möglicherweise das englische Recht seinerseits zur Anwendung kommen will? Gerade dann ware um so mehr zu wünschen und zu verlangen, dass dem deutschen Rechte entsprechend seiner eigenen von der Konferenz als zutreffend anerkannten Kollisionsnorm im ganzen Konventionsgebiete zum Siege verholfen würde. Durchaus klar und verständlich ist es, dass die Vertragsstaaten sich dem Vertragsauslande gegenüber zu nichts verpflichten. Weniger klar und verständlich erscheint es aber, warum man sich scheut, konventionsmäßig begründete Rechte der Vertragsstaaten innerhalb des Konventionsgebietes allgemein durchzusetzen, mögen sie auch eventuell mit den Auffassungen des Konventionsauslandes kollidieren.

2. Bei Festsetzung der zweiten Grenzbeziehung — der Staatsangehörigkeit der Eheschließenden — ist die Kommission weniger skrupulös verfahren. Das Konventionsrecht soll schon dann allgemein gelten, wenn auch nur einer der Eheschließenden einem Vertragsstaate angehört. Das geht weiter als der deutsche Vorschlag und würde wohl so aus der "Natur der Sache" nicht abzuleiten sein. Es ist aber, wie die Kommission wohl mit Recht annimmt, aus Zweckmäßigkeitsgründen zu empfehlen und es ist, unter Berücksichtigung der dritten Einschränkung (Art. 3 Abs. 2), auch wohl unbedenklich.

Zu beachten ist jedoch, dass hiermit gleichzeitig die un-

glückliche Verweisungsklausel des Art. 1 eine erheblich weitere Bedeutung gewinnt. Ihre Geltung bleibt is nun nicht mehr wie der Konferenz stets vorgeschwebt hat (Actes S. 168 ff.) auf konventionsinländische Gesetze beschränkt. Wenn z. B. ein in Spanien wohnender Engländer 45) in Deutschland eine Deutsche heiratet, so wäre seine Ehefähigkeit gemäß der Verweisungsklausel nach seinem spanischen Domizilrechte zu beurteilen. Heiratet aber der nämliche Engländer etwa eine Griechin, so richtet sich seine Ehefähigkeit in allen Ländern des Staatsangehörigkeitsprincips nach seinem englischen Heimatsrechte. - wie auch in England selbst vielleicht, wenn man nämlich dort der Verweisungstheorie folgt (vgl. die in Ihering's Jahrbuchern Bd. 30 S. 16 ff. und 19 ff. citierten englischen Entscheidungen). Man hat also auf diese Art dem Konventionsauslande gegenüber grundsätzlich doch die Verweisung mit all' ihrem Widersinn und noch mit besonderen Komplikationen eingeführt - trotzdem die ganze Konferenz die Verkehrtheit des Princips erkannt hat und dessen Anwendung nur ganz ausnahmsweise als eine Konzession an bestimmte Vertragsstaaten gutheißen wollte. (Vgl. oben S. 211.)

3. Die dritte Begrenzung des Konventionsrechtes entspricht dem deutschen Vorschlage sowie dem eingangs erwähnten leitenden Gedanken. Nur die Gesetzgebung der Vertragsstaaten selbst hat die Vergleichungsgrundlage gebildet; diese Rechte allein sind den Vertragsgenossen bekannt oder sie gelten wenigstens (wie der Kommissionsbericht vorsichtig bemerkt) als ihnen bekannt. Die Gesetze anderer Staaten, die möglicherweise einer "civilisation tout à fait différente" angehören, hat man nicht geprüft und will sich ihnen gegenüber zu nichts verpflichten.

Die Möglichkeit, daß an und für sich (ohne die hier aufgestellte Begrenzung) nach den Konventionsregeln konventionsausländisches Recht anzuwenden sein könnte, erscheint dem Kommissionsbericht vor allem zufolge der Verweisungs-

⁴⁵⁾ Solite es für das englische Recht zweifelhaft erscheinen, ob hier die Voraussetzung einer ausdrücklichen Verweisung (vgl. oben S. 210) gegeben ist, so wäre in dieser Beziehung z. B. für das argentinische Becht (codigo civil Art. 17; vgl. Niemeyer, Kodifikation No. 152) jedes Bedenken ausgeschlossen. Ähnlich bei dem Vertrag von Montevideo Art. 1. Zeitschrift f. intern. Frivat. v. offentil. Becht. XII.

klausel gegeben, da ja Vertragsstaaten existierten "qui renvoient à la loi du domicile". Unseres Erachtens dürfte gerade dieser Fall kaum praktisch werden. Wenn die (skandinavischen) Länder des Domizilprincips der Konvention überhaupt beitreten, so gehen sie damit von selbst zum Staatsangehörigkeitsprincip über und werden schwerlich für ihre eigenen Staatsangehörigen weiterhin auf ein ausländisches Domizilrecht verweisen (vgl. oben S. 213) — ganz abgesehen davon, daß es nach den Feststellungen des Kommissionsberichts (S. 169) schon jetzt höchst fraglich ist, ob jene Rechte überhaupt eine ausdrückliche Verweisung des Inhalts, wie sie Art. 1 fordert, enthalten.

Offenbar praktisch wird dagegen auf Grund der Konvention die Anwendung von konventionsausländischem Rechte, wenn nur einer der Eheschließenden einem der Vertragsstaaten angehört. Der andere der Eheschließenden ist ja dann grundsätzlich nach seinem vertragsausländischen Heimatsrechte zu richten. Hier greift also die Beschränkung des Abs. 2 ein. indem sie feststellt, dass zur Anwendung dieser vertragsausländischen Sachnormen kein Vertragsstaat verpflichtet ist. Die nach Abs. 1 in solchem Fall bestehende Verpflichtung, die Kollisionsnorm des Art. 1 anzuwenden, ist darum nicht aufgehoben; die Vertragsstaaten sind nur berechtigt, die auf Grund von Art. 1 anwendbare heimatliche Sachnorm unter Umständen zu reprobieren: pour une telle loi, chaque Etat reprend sa liberté d'appréciation et de décision". Mit anderen Worten, es wird durch Art. 8 Abs. 2 (ganz im Geiste der oben erwähnten Vorverhandlungen) dem Vertragsauslande gegenüber einfach die für das Verhältnis der Vertragsstaaten unter einander aufgehobene Generalklausel des ordre public wieder in ihre Rechte eingesetzt46). Das kann allerdings praktisch dazu führen, in beliebigem Umfange die im Staate des urteilenden Richters geltenden Sachnormen an die Stelle derjenigen des an sich anwendbaren Heimatsrechtes su

⁴⁶⁾ Nebenbei auch diejenige der Retorsion, vgl. Art. 31 K.G. Daß die Ausübung eines solchen Vergeltungsrechtes den Konventionstaaten gegentüber im Umfange des Konventionsrechtes unsulässig ist, bedarf wohl keiner Ausführung.

setzen; aber der Richter darf nicht eine andere allgemeine Kollisionsnorm anwenden; er kann also z. B. niemals dazu kommen, ein ausländisches Domizilrecht für maßgebend zu erklären.

Über die sich ergebenden Einzelfolgen sind besonders unsere Erörterungen oben S. 220-224, 251 ff zu vergleichen.

Für die diplomatische Ehe ist wohl aus Wortlaut und Geist des Art. 8 Abs. 2 abzuleiten, daß die konventionsmäßige Verpflichtung zur Anerkennung einer solchen (gemäß Art. 6 Satz 1) nur dann gilt, wenn nicht nur der Eheschliefsungsstaat sondern auch der von dem diplomatischen Agenten vertretene Staat der Konvention angehört. Denn die Anerkennung einer diplomatischen Ehe schließt immer, mag sie auch von der lex loci genehmigt sein, eine Anerkennung und Anwendung von Rechtsnormen des vertretenen Staates selbst in sich, dessen Vorschriften sie ja entsprechen muß (vgl. Art. 6 Abs. 1 verbis: .conformément à sa législation"). Wir wurden uns auch schwerlich dazu verstehen, etwa die vor einem südamerikanischen Konsul in Rumänien geschlossene Ehe von Deutschen als formgültig zu betrachten, auch wenn Rumänien gegen eine solche Eheschliefsung nichts einwendet. Es wäre aber wohl zweckmäßig und korrekt gewesen, diese Voraussetzung (daß Art. 6 seine Anwendungsgrenze in der Zugehörigkeit des vertretenen Staates zur Konvention findet) speciell zu formulieren. Zweckmäßig insbesondere auch im Hinblick auf Art. 6 Satz 2 (das Amendement Asser), aus welchem man jetzt vielleicht entnehmen könnte, dass z. B. Spanien verpflichtet wäre, die Ehe eines belgischen Mönches mit einer Engländerin vor dem englischen Konsul in Spanien zu gestatten und anzuerkennen, obgleich doch nicht einmal der Vertragsstaat Belgien selbst mit dieser Kompetenzerstreckung des englischen Konsuls einverstanden ist.

Die Voraussetzung, daß sowohl Absendestaat als Empfangsstaat der Konvention angehören, würde überhaupt für Art. 6 die naturgemäße und vollständige Anwendungsgrenze bilden. Es wäre nicht erforderlich, außerdem zu verlangen, daß einer der Eheschließenden in einem Vertragstaate beheimatet sein müsse, eine Voraussetzung, die nach Lage der gegenwärtigen Gesetzgebung ohnehin stets gegeben ist (vgl. oben S. 411 ff). — —

Außerhalb der durch Art. 8 gezogenen Grenzen — Art. 9 enthält noch die Einschränkung, daß die außereuropäischen Gebiete der Vertragsstaaten nicht der Konvention angehören — gilt das bisherige innerstaatliche internationale Privatrecht der einzelnen Vertragsstaaten weiter.

Zweifellos wird aber der mittelbare Einflus des Konventionsrechtes über die ihm gezogenen Grenzen hinausreichen. Ausdrückliche innerstaatliche Kollisionsnormen, die mit denjenigen der Konvention in direktem Widerspruche stehen, existieren nicht viele in den Vertragsstaaten 47), und wo solche bestehen, dürften sie mit der Zeit, schon im Interesse der innerstaatlichen Rechtseinheit, von selbst aufgegeben werden. Die konkludenten Kollisionsnormen aber, die meistens aus dem Gedanken des ordre public hergeleitet zu werden pflegen, bewegen sich, wie wir im Laufe unserer Untersuchung gesehen haben, großenteils innerhalb des Rahmens des Konventionsrechtes und bilden dessen notwendige Ergänzung. Der Unterschied zwischen dem internationalen Privatrecht der Konvention und dem außerhalb der Konvention stehenden wird also hauptsächlich darin zu finden sein. dass die von ersterem dem innerstaatlichen ordre public gezogenen Schranken für letzteres nicht gelten. diese Schranken werden auch da, wo sie nicht mit Rechtszwang gelten, sich doch vielfach mit Vernunftzwang geltend machen. Man wird nicht ohne besondere und schwerwiegende Gründe annehmen, dass der inländische ordre public fremden Rechten gegenüber sich anders verhalte, als es im Verhältnis der Vertragsstaaten zu einander der Fall ist. Man wird eine derartige Abweichung in der Regel nur dann behaupten und begründen können, wenn man sich thatsächlich Sachnormen von ganz anderer Natur und Art gegenüber sieht, als sie in den Kulturstaaten und insbesondere innerhalb der Vertragsstaaten in Kraft stehen.

So erscheinen die Anwendungsgrenzen des Konventionsrechtes schließlich weniger bedeutsam: in der Mehrzahl der Fälle können und sollen sie außer acht gelassen werden.

⁴⁷⁾ Für Deutschland kommt hier wohl nur Art. 13 Abs. 2 in Betracht (vgl. oben S. 209 Anm. 18); ferner der Unterschied swischen der Rückverweisung des Art. 27 E.G. und der (teils engeren, teils weiteren) Verweisungsklausel der Konvention.

Nachschrift.

Die vorliegende Arbeit war fertig gestellt, als die Nachricht eintraf, daß das Eherechtsabkommen (ebenso wie dasjenige über das Ehescheidungs- und das Vormundschafts-Recht) am 12. Juni 1902 in Haag von den Konferenzstaaten mit Ausnahme von Rußland, Dänemark, Norwegen (und Portugal?) unterzeichnet worden ist 48) 49).

Diese Thatsache hätte, wenn sie früher eingetreten und dem Verfasser bekannt geworden wäre, die Form der voraufgehenden Erörterungen in einigen Punkten beeinflußt; der wesentliche Inhalt aber würde der nämliche geblieben sein.

⁴⁸⁾ Wie verlautet in unveränderter Form (von redaktionellen Modifikationen abgesehen).

⁴⁹⁾ Anmerkung der Redaktion: Die Konvention ist unterseichnet von Deutschland, Holland, Frankreich, Österreich-Ungarn, Luxemburg, Italien, Schweden, Portugal, Spanien, Rumänien, Schweis. Der Text ist noch nicht öffentlich bekannt gegeben.

Die Auslieferung in Griechenland.

Von Dr. jur. **Michel Kebedgy**, Professor für internationales Recht an der Universität Bern.

Das Königreich Griechenland gehört zu den wenigen Staaten, welche bis jetzt fast keinen Auslieferungsvertrag hatten. Der Art. 4 des griechischen Strafprozessgesetzes hatte schon im Jahre 1834 verfügt: "Es wird durch ein besonderes Gesetz bestimmt, in welchen Fällen und in welcher Weise die Überlieferung von Fremden an fremde Behörden wegen im Ausland begangener Verbrechen und Delikte stattfinden soll". Diese Gesetzesbestimmung aber hat viele Jahrzehnte erfolglos bleiben sollen.

Abgesehen von den in den siebziger Jahren abgeschlossenen Verträgen mit Österreich-Ungarn und mit Großsbritannien in Bezug auf die Auslieferung desertierter Matrosen, besaß bis jetzt Griechenland nur einen einzigen eigentlichen Auslieferungsvertrag, den mit Italien vom 5./17. November 1877, dessen Abschließung ein dringendes Bedürfnis war, des lebhaften Verkehrs der zwei benachbarten Staaten wegen. In den übrigen Fällen scheint die griechische Regierung, wenn sie gelegentlich um Auslieferung ersucht wurde, sich von den folgenden Grundsätzen haben leiten zu lassen:

- 1. Unter civilisierten Staaten ist die Auslieferung principiell berechtigt, auch wenn kein formeller Vertrag besteht. Ein Vertrag dient hauptsächlich, neben Reglementierung der Einzelheiten, zur Einführung der Gegenseitigkeitsklausel und Verabredung gewisser Garantien, welche die übertriebenen Ausprüche anderer Staaten verhindern können.
- 2. Der heute allgemeinen Praxis nach, darf die Auslieferung nicht stattfinden, weder für politische Verbrechen, noch Staaten

gegenüber, deren Gesetze und Prozessordnung thatsächisch keine genügende Garantie für eine unparteiische Rechtspflege bieten.

Obschon seitens verschiedener Regierungen zum Abschluß eines Auslieferungsvertrags aufgefordert, hat sich Griechenland in dieser Beziehung stets zurückgehalten. Diese principielle Zurückhaltung der griechischen Regierung ist damit zu erklären, daß sie jedes Zugeständnis in Bezug auf die Auslieferung mit der benachbarten Türkei vermeiden wollte. Die Abneigung des ganzen griechischen Volkes in dieser Beziehung kann man leicht begreifen. Wenn die Auslieferung vor allem eine Sache des Vertrauens ist, so ist sie durchaus unmöglich, wo das Vertrauen in die Gerechtigkeit, die Ehrlichkeit und die Ordnung der Behörden eines fremden Staates fehlt.

Im Jahre 1897 aber sollten die Verhältnisse verändert werden. Die Türkei, welche ihren Sieg gegen Griechenland der wertvollen Hülfe verschiedener Großmächte (hauptsächlich Deutschlands) zu verdanken hatte, verlangte, unter anderen übertriebenen Friedensbedingungen, den Abschluß eines Auslieferungsvertrags mit Griechenland. Auf diesem Wege hoffte sie: 1. die Flucht politischer Flüchtlinge nach Griechenland verhindern zu können, und 2. den Pracedenzfall auszubeuten, um, nachher, auch mit anderen civilisierten Staaten Auslieferungsverträge abschliefsen zu können. - Die Großmächte, welche behufs Abschluß des Friedens intervenierten, billigten diese Forderung, obschon keine von ihnen einen Auslieferungsvertrag mit der Türkei hat. Art. 5 der Friedenspräliminarien vom 6./18. September 1897 lautet: "Verhandlungen sollen in Konstantinopel eingeleitet werden, über folgende Abmachungen . . . c) Vertrag über die Auslieferung der Verbrecher gemeinen Rechtes."

Die Zurückhaltung Griechenlands den übrigen Staaten gegenüber hatte nun keinen Zweck mehr, und das Königreich konnte den verschiedenen Wünschen zum Abschluß eines Auslieferungsvertrags Folge leisten.

Unter solchen Umständen wurde am 26. Juni / 9. Juli 1901 der Auslieferungsvertrag Griechenlands mit Belgien abgeschlossen. So fängt, für die Geschichte der Auslieferung in Griechenland, eine neue Periode an. Daß der erste Vertrag in dieser Periode gerade mit Belgien abgeschlossen wurde, ist nicht schwer zu verstehen. Eine große Zahl der ausländischen Ver-

brecher, welche in den letzten Jahren in Griechenland ihre Zuflucht suchten, kam aus Belgien (anfangs 1901 sollen die aus Belgien kommenden mehr als 50 gewesen sein). Außerdem machten die in Belgien herrschenden liberalen Ansichten sowie die Ähnlichkeit der Verfassungsbestimmungen beider Staaten ihre Verständigung leichter.

Jedenfalls ist hier zu betonen, daß die Tragweite dieses Vertrags viel größer ist, als es scheinen kann. Es ist vorauszusehen, daß der Vertrag mit Belgien als Muster dienen wird für die Verträge, welche Griechenland auch mit anderen Staaten abschließen wird; seine Bestimmungen sollen das Maximum der Geständnisse vertreten, welche die griechische Regierung billigen kann. Deswegen scheint seine nähere Betrachtung besonders interessant zu sein.

Der am 9. Juli 1901 in Athen abgeschlossene Auslieferungsvertrag mit Belgien enthält 19 Artikel, deren Inhalt in folgenden Hauptzügen zusammengefaßt werden kann:

- 1. Die Auslieferung wird nur für wichtigere Fälle gestattet (Art. 1, 2, 3, 6 und 19).
- 2. Sie ist nicht zulässig, falls die strafbare That oder die Strafe im Augenblick der Überlieferung des Betreffenden, dem Gesetze des ersuchten Staates gemäß, verjährt ist (Art. 4—1°). Ferner ist sie auch nicht zulässig, falls es sich um eine That handelt, wegen deren eine gerichtliche Verfolgung im ersuchten Staate schon stattgefunden hat, wenn auch das Verfahren demnächst eingestellt worden ist.
- 3. Keiner der vertragschließenden Staaten ist verpflichtet, seine eigenen Staatsangehörigen auszuließern (Art. 3—1°). Sollte der Betreffende Angehöriger eines dritten Staates sein, so ist der ersuchte Staat berechtigt, ihn entweder dem ersuchenden Staate oder demjenigen, dessen Staatsangehörigkeit er hat, auszuließern, damit er dort abgeurteilt werde (Art. 3—2°).
- 4. Nicht ausgeliefert wird wegen politischer Verbrechen (Art. 6); ferner nicht wegen Thaten, welche im Zusammenhang mit politischen Verbrechen stehen (actes connexes). Dieselbe Regel gilt, wenn der Betreffende beweist, daß das Auslieferungsgesuch thatsächlich seine Bestrafung wegen eines politischen Verbrechens bezweckt. Diese Bestimmung wird vielleicht in den

Beziehungen Griechenlands mit Belgien keine Anwendung finden; sie ist aber nichtsdestoweniger zu begrüßen, da sie voraussichtlich auch in anderen Verträgen Griechenlands eingeführt wird.

- 5. Der Ausgelieferte kann weder verfolgt noch bestraft werden wegen vor der Auslieferung begangener politischer Delikte oder für eine mit einem politischen Delikte zusammenhängende That oder für eine in der Konvention nicht vorausgesehene That (Art. 6—2° u. 3°).
- 6. Sollte über die Qualifizierung der angeklagten That irgend ein Zweifel vorhanden sein, so ist der ersuchte Staat berechtigt, alle nötigen Erklärungen zu verlangen, bevor er sich über die Zulässigkeit des Auslieferungsgesuch ausspricht. Zum selben Zweck darf er auch von allen Akten Kenntnis nehmen.
- 7. Dem Gesuch des ersuchenden Staates wird stattgegeben auf Verweisung des Originals oder einer authentischen Abschrift des Urteils, welches den Betreffenden anbelangt oder eines aquivalenten Aktes. Hingegen bei Vorweisung eines Verhaftsbefehles oder eines ähnlichen Aktes der fremden zuständigen Behörde bleibt die Zulässigkeit des Gesuches für den ersuchten Staat fakultativ, vorausgesetzt, daß die angeklagte That in jenem Akt genau erwähnt ist. In dringenden Fällen kann die provisorische Verhaftung stattfinden, soweit die Existenz eines der im Art. 9 erwähnten Akten brieflich oder telegraphisch bestätigt wird. Man muß aber immer dem diplomatischen Weg folgen.
- 8. Die Untersuchungshaft darf nicht lange dauern. Die Gesetze des ersuchten Staates sollen in dieser Beziehung beobachtet werden (Art. 10—2°). Ist der Gefangene nicht in den drei Monaten nach seiner Verhaftung überliefert worden, so muß er in Freiheit gelassen werden und soll nicht mehr für denselben Fall verfolgt werden (Art. 13).
- 9. Das Auslieferungsverfahren geschieht den Gesetzen des erauchten Staates gemäß (Art. 8). Der Gesetzentwurf, welcher die Anwendung des Vertrags in Griechenland sichern soll, kombiniert hier geschickterweise die Befugnisse der Exekutivbehörde mit denjenigen der richterlichen Gewalt; der bejahende Entscheid der letzteren ist für die Zulässigkeit des Gesuchs unumgänglich notwendig, während der Exekutivbehörde freisteht,

auch bei bejahendem richterlichen Entscheid die Auslieferung zu verweigern. Es freut uns, die Einführung dieses Systems begrüßen zu können, indem wir es s. Z. lebhaft empfohlen haben 1).

- 10. Es wurde verabredet, dass die Unterzeichnung des Vertrags keine rückwirkende Kraft den Verbrechern gegenüber haben wird, welche sich ins ersuchte Land vor jener Unterzeichnung gestüchtet haben (Art. 19—2°).
- 11. Endlich enthält der Vertrag Bestimmungen in Bezug auf Rogatorien und Mitteilungen gerichtlicher Akten in Strafsachen, soweit es sich nicht um politische Augelegenheiten handelt. Der Vertrag mit Belgien bestätigt hier und reglementiert die bisherige Praxis der griechischen Regierung (Art. 15—17).
- I2. Die zwei Regierungen haben sich auch verpflichtet, gegenseitig ohne Kosten die Urteile ihrer Gerichte mitzuteilen, welche die respektiven Staatsangehörigen für Verbrechen oder Delikte jeder Art verurteilt haben (Art. 18).

Soviel über den Inhalt des griechisch-belgischen Auslieferungsvertrags selbst.

Dieser Vertrag wird der Genehmigung der griechischen Deputiertenkammer unterworfen und zwar mit einem Gesetzentwurf von 11 Artikeln, welche das Auslieferungsverfahren in Griechenland bestimmen. Dieses Gesetz wird den Vertrag ergänzen in Bezug wenigstens auf seine Anwendung auf griechischem Gebiet. Da dieses Gesetz dasjenige vom 10/22. Mai 1878 in verschiedenen Beziehungen verbessert, so wird jenes Gesetz natürlicherweise aufgehoben. Die Thatsache, daß das Gesetz von 1878 aus Anlaß des Auslieferungsvertrags mit Italien eingeführt wurde, giebt natürlich der italienischen Regierung kein Recht, sich wegen der beabsichtigten Änderung zu beklagen, da die Bestimmungen des Vertrags mit Italien unberührt bleiben und das griechische Gesetz nur das Verfahren der griechischen Behörden in Griechenland betrifft.

Zum Schlusse glauben wir bemerken zu dürfen, dass im ganzen und abgesehen vielleicht von gewissen Punkten sekundärer

S. unsere Abhandlung: "Une loi d'extradition en Grèce" in der "Revue générale de droit international public" 1900 S. 388—402.

Bedeutung, welche später verbessert werden könnten, der Auslieferungsvertrag Griechenlands mit Belgien, wie der ihn begleitende Gesetzentwurf, uns in der Art gefaßt zu sein scheinen, um am besten die Bedürfnisse des socialen Schutzes mit den nötigen Garantien der persönlichen Freiheit auszugleichen. So werden in der Zukunft die ausländischen Verbrecher nicht mehr so zahlreich nach Griechenland gehen dürfen, was dem Wohl des Landes nur dienen kann; zugleich aber wird, nach Einführung der erwähnten Bestimmungen, jeder Mißbrauch wie der Fall Hammerstein verhindert²).

²⁾ In dem Falle wurde die griechische Regierung in den Jahren 1895/1896 lebhaft getadelt, weil sie unter dem Vorwand einer Ausweisung thatsächlich den bekannten deutschen Freiherrn von Hammerstein den Agenten der deutschen Regierung überlieferte. (S. unsere Abhandlung in der "Revue générale de droit international public" 1896 S. 838 f.)

Zur Auslegung des Art. 24 des Einführungsgesetzes zum deutschen B.S.B.

Von Referendar Kleim in Bonn.

Die Frage, ob sich auch der Erbschaftskauf, wenn der Erblasser ein Deutscher war, gemäß Art. 24 E.G. z. B.G.B. nach deutschem Recht bestimme, ist in der Litteratur verschieden beantwortet worden. *Niedner* (zu Art. 24 S. 60) und *Staudinger* (zu Art. 24 S. 47) bejahen die Frage, *Planck* (zu Art. 24 S. 79) hat sie verneint. Maßgebend für die Entscheidung dieser Streitfrage müssen folgende Erwägungen sein:

I. Aus dem Umstande, dass das B.G.B. den Erbschaftskauf im fünften Buche des B.G.B. (Erbrecht) behandelt, geht noch nicht hervor, dass der Erbschaftskauf als erbrechtliches Geschäft aufzufassen und dementsprechend die internationalrechtliche Regelung in E.G. Art. 24 auch für den Erbschaftskauf getroffen worden ist. Einmal belehrt uns die Geschichte unseres Erbrechts (vgl. Planck a. a. O.), dass lebhafter Meinungsstreit darüber herrschte, ob man den Erbschaftskauf im Recht der Schuldverhältnisse unter den Vorschriften über den Kauf oder sher im Erbrecht behandeln solle. Andererseits beweist auch ein Blick in das Pfandrecht an beweglichen Sachen und an Rechten (B.G.B. §§ 1204-1296), we neben den sachenrechtlichen Bestimmungen auch noch eine Reihe von Bestimmungen getroffen worden sind, die dem Obligationenrechte angehören. beweist ferner (s. m. Aufsatz im "Recht": Deliktsstatut und Quasidelikt, Jahrg. VI S. 290) die Prüfung des 25. Titels des II. Buches, wo Bestimmungen untergebracht wurden, die nur zufällig an dieser Stelle zusammengestellt wurden, wie wenig sich aus der Behandlung eines Rechtsinstituts an einer bestimmten

Stelle des Gesetzbuchs oder aus der Regelung unter einem bestimmten Titel Folgerungen über das Wesen eines Rechtsinstituts ziehen lassen. Ehe man also die Frage: "Bestimmt sich der Erbschaftskauf, wenn der Erblasser ein Deutscher war, gemäß E.G. Art. 24 stets nach deutschem Recht oder nicht?" entscheiden kann, muß zunächst festgestellt werden, warum der Gesetzgeber den Erbschaftskauf, ein obligatorisches Rechtsgeschäft, im Erbrecht behandelt und welche Folgen rechtlich sich an diese Regelung knüpfen, und dann geprüft werden, ob die Gründe, die für die allgemeine internationalrechtliche Regelung des Erbrechts in E.G. Art. 24 maßgebend waren, speciell auch für den Erbschaftskauf zutreffen oder nicht?

Daß der Gesetzgeber den Erbschaftskauf im Erbrecht geregelt hat, hat nur darin seinen Grund, daß er sich also eine Reihe von Verweisungen, die die Regelung des Erbschaftskaufs im Obligationenrecht erforderlich gemacht hätte, ersparte. Besondere Folgen Rechtens sind aber keineswegs mit der Regelung des Erbschaftskaufs im Erbrecht (in dem nur lose angehängten 9. Abschnitt) bezweckt worden.

II. Vor allem spricht aber gegen die von Niedner und Staudinger vertretene Auffassung, dass beim Erbschaftskauf der Grund, der die internationalrechtliche Regelung im E.G. Art. 24 gebot, fehlt.

"Wenn der bisherige Vermögensinhaber, der Erblasser, weggefallen ist, so muss, solange noch das Vermögen als dasselbe Rechtsobjekt, das es bisher war, zusammengehalten werden soll, auch das bisher maßgebend gewesene Statut maßgebend bleiben." (Zitelmann, Int. Priv. II S. 22.) Mit anderen Worten, die Erbschaft muß — allerdings giebt es nach dem B.G.B. für die Erbschaft kein vacuum tempus, es giebt keine hereditas iacens im römisch-rechtlichen Sinne, aber man denke an den Fall der Ausschlagung der Erbschaft, an das schwebende Erbrecht u. s. w. —, solange sie noch nicht in das Vermögen des Erben einverleibt worden ist, nach einem einheitlichen Statut geregelt werden, und dieses Statut ist das Personalstatut (Art. 24: Reichsangehörigkeit) des Erblassers.

Beim Erbschaftskauf muß aber die Erbschaft bereits vom Erben angetreten worden sein. Hat der Erbe die Erbschaft angetreten (wie weit thatsächlich die Überführung ins Erbenvermögen stattgefunden hat, ist ohne Bedeutung für die gegenwärtigen Untersuchungen), so ist die Erbschaft Vermögen eines Lebenden geworden, der unter Lebenden über sein Vermögen durch ein obligatorisches Geschäft - Kauf - verfügt (vgl. Strohal, Erbrecht, II. Aufl. S. 576-584). Ist die Erbschaft aber wieder Vermögen eines Lebenden geworden, so ist die Beziehung, die in dem Personalstatut des Erblassers ihren Ausdruck fand. zerrissen, und kann nicht mehr durch die Parteiberedung durch Parteiberedung tritt der Käufer der Erbschaft in die Stellung des Erben ein, werden die sämtlichen rechtlichen Beziehungen des Erben zur Erbschaft, den Nachlassgläubigern u.s. w., so wie sie im Gesetzbuch für den Erben geregelt sind, auf den Käufer der Erbschaft übertragen (vgl. auch B.G.B. § 419) wiederhergestellt werden. Die Parteiberedung beschränkt nur die Rechte und Verpflichtungen des Erben und des Käufers auf den Umfang der Erbschaft. Weitere Wirkungen kann sie nicht hervorbringen. Gleiches gilt für die durch B.G.B. § 2385 geregelten Rechtsgeschäfte.

Die Brüsseler Session des Institut de droit international.

Von Professor Dr. E. Strisewer in Wien.

Das Institut de droit international hielt seine diesikhrige Tagung in der gastfreien Hauptstadt Belgiens unter starker Beteiligung ab. Es waren 41 membres und associés anwesend. Zum Präsidenten wurde Descamps (Löwen), zum Vicepräsidenten Lord Reay (London) gewählt. Die Leitung der Verhandlungen übernahm meist Lardy (Gesandter der Schweiz in Paris). Außer den Genannten setzt sich der leitende Rat derzeit - nachdem u. a. v. Bar statutengemäß ausgeschieden ist - noch aus Lammasch, v. Martens, Pierantoni und Renault zusammen. Zeitweise nahm an seinem Tische, herzlich begrusst, das Ehrenmitglied des Instituts, der Altmeister internationalrechtlicher Bestrebungen in Belgien. Baron Lambermont, Platz. Neu gewählt wurden zu Associés Graf Schönborn und Steinbach (Österreich), Lord Alverstone (England) und Whiteley (Vereinigte Staaten von Amerika), während mehrere andere Kandidaten unterlagen.

In der Eröffnungssitzung vom 18. September begrüßte der belgische Minister des Äußeren Baron Favereau die Versammlung.

Trotz langer und eifrig verwendeter Sitzungen konnten im wesentlichen nur zwei Gegenstände der Tagesordnung durchberaten werden. Auf Grund eines von Roguin (Lausanne) verfaßten und vertretenen Kommissionsberichtes trat die Versammlung in die Beratung des internationalen Konkursrechts ein. Die Pariser Resolutionen des Instituts von 1894 hatten nur Hauptgrundsätze formuliert, es handelte aich um detaillierte Lösung zahlreicher Fragen. Auch war in jenen Beschlüssen das

System der Mehrheit der Konkurse, allerdings in einer sehr gemäsaigten Weise, zu Grunde gelegt. Der Konkurs sollte nicht bloß am Hauptsitze der Geschäftsführung, eventuell am Wohnsitz, erklärt werden können, sondern auch am Sitze einer Zweigniederlassung oder am Aufenthaltsorte des Schuldners; in diesem Falle mit Beschränkung auf das Land, in dem er verhängt wurde und mit eventueller Übertragung des ganzen Verfahrens an das Gericht des Hauptsitzes, wenn auch dort der Konkurs eröffnet wird. Demgegenüber entwickelte schon der Bericht Roguins eine doppelte Reihe von Regeln, die eine auf Basis der Pariser Beschlüsse, die andere auf Basis des Princips der absoluten Einheit des Konkurses, welches der Berichterstatter für Staaten, die einander näher stehen, als das entsprechendere bezeichnete. Die Versammlung erklärte sich thatsächlich nach eingehender Beratung für das System der Einheit als das der Idee nach richtigere, und beschloß in die Diskussion der weiteren Fragen auf Grundlage dieses Princips einzugehen. Interessant war unter anderem die Betonung des socialpolitischen Moments; verschiedene Redner erörterten, allerdings in verschiedenem Sinne, die Frage, welches Princip speciell den kleinen Gläubiger am besten schütze. In Bezug auf die fernere internationale Behandlung des Konkurses sei der Beschluß vermerkt, daß nur zu eigentlichen definitiven Exekutionsakten im Auslande ein Exequatur der Konkurserklärung notwendig sein, im übrigen aber dieselbe im Auslande ipso iure wirken soll. Der Satz liegt schon im Sinne des Art. 4 der Pariser Beschlüsse und entspricht auch sonstiger vielfacher Lehre. Selbstverständlich soll er namentlich auch dem so vielfach geübten und beklagten "Raubsystem" energisch wehren, in welchem die einzelnen Gläubiger bei Eröffnung des Konkurses in einem Staate die in den anderen Staaten gelegenen Guter des Gemeinschuldners zu ihrer speciellen Befriedigung zu erraffen suchen. Jedoch wurde die Wirkung der Konkurserklärung im Auslande noch in gewissem Maße von ihrer Publikation daselbst abhängig gemacht.

Nicht alle zur Verhandlung vorgelegten und auch in Angriff genommenen Probleme des internationalen Konkursrechts konnten erledigt werden. Wichtige Fragen, namentlich die nach der Beurteilung der Vorzugsrechte, wurden ausgeschieden.

Die Verhandlungen über das Konkursrecht erfuhren eine

kurze Unterbrechung durch einen Vortrag Assers, der vom Hasger Schiedsgerichte weg für einige Zeit nach Brüssel gekommen war. Er trug einen Bericht über die letzten Fortschritte in der internationalen Kodifikation des internationalen Privatrechts, quorum pars magna fuit, vor.

Auch der zweite Gegenstand der Tagesordnung, die wichtige Frage nach den Rechten der Kriegführenden betreffs derjenigen unterseeischen Kabel, die zwischen dem Gebiet eines kriegführenden und dem eines neutralen Staates laufen, regte in hohem Grade die Versammlung an. Bei solchen Problemen, wo tiefer liegende Grundsätze hergeholt und für neue Thatbestände verwendet werden müssen, besitzt auch die kollektive Beratung durch Juristen verschiedener Länder einen speciellen hohen Wert. Verschiedene Vorschläge standen hier einander gegenüber. v. Bar und Holland nahmen principiell den Standpunkt ein, dass die Kriegführenden solche Kabel nicht zerstören dürfen, v. Bar, der als Berichterstatter bei der Verhandlung fungierte, gestattet Zerstörung auf dem Meere nur bei Ausübung des Blocksderechtes. wenn die Blockade auch den Bereich, in dem sich der Kabel befindet, umfaßt, ferner dann, wenn der Kriegführende sich des eigentlichen feindlichen Seegebiets in der strengeren Begrenzung des Begriffs (Häfen u. dgl., nicht; Küstenmeer) bemächtigt hat. Holland lässt Zerstörung der Kabel in allen seindlichen Territorialgewässern zu, erkennt andererseits nur diese Ausnahme an. All dem gegenüber erklärten sich die Vorschläge von Perels und Renault grundsätzlich dafür, daß jene Kabel auch im offenen Meer zerstört werden dürfen. Das Institut acceptierte den ersteren Standpunkt. Ausnahmen wurden in Kombinierung der v. Barschen und Hollandschen Sätze zugelassen 1. im Falle einer Blockade innerhalb des Bereiches derselben, gegen möglichste Wiederherstellung nach Aufhebung der Blockade, 2. "im Gebiete des Feindes und im Territorialmeer desselben bis zu einer Distanz von drei Seemeilen von der niedrigsten Ebbelinie". Sowie diese Ausnahmen sich als Anwendung sonstiger Grundsätze des Kriegsrechts auf den gegebenen Fall charakterisieren, so wurden auch mehrere Versuche gemacht, Principien zu formulieren und durchzusetzen, die dem Kriegführenden bezüglich der Kabeldepeschen mindestens indirekt denienigen Erfolg verschaffen können, den er bei sonstigen Depeschen durch

das Recht der Quasicontrebande erzielt. Insbesondere sollte der neutrale Staat zu einer besonderen Aufsicht über die Kabeldepeschen verhalten werden, um die Beförderung von militärischen Depeschen u. s. w. zu verhindern. Indessen wurden diese Anträge, die also an Stelle der unthunlichen direkten Kontrolle durch den Feind eine Verpflichtung des neutralen Staates setzten, zurückgewiesen. Nur folgender Satz gelangte aus den allgemeinsten Principien über das Verhalten neutraler Staaten heraus zur Annahme: "Die Übermittlung der Depeschen seitens des neutralen Staates darf nicht den Charakter wissentlicher Kriegshülfe für einen der Kriegführenden annehmen."

Das Institut erfüllte in Brüssel Pflichten der Pietät, indem es das Andenken seiner berühmten, Belgien angehörigen Toten durch korporativen Besuch des Grabes von Rolin-Jaequemyns auf dem Friedhofe von Laeken und des Denkmaß Riviers in der Universität ehrte.

Die nächste Session findet 1904 in Edinburgh statt.

Rechtsprechung.

Coutschiand.

Steht dem von einem österreichischen Gerichte in einem ausländischen Konkurse bestellten Masseverwalter das Recht des Widerspruchs gegen den von einem deutschen Gerichte erlassenen Arrestbefehl zu?

Urteil des Oberlandesger. Dresden, 1. Civ.-Senat, 16. 5. 1900 (Jur. Ztg. 1902 S. 227).

Das Urteil führt aus:

Die Frage würde, anlangend den Konkursverwalter, unbedenklich von dem früher vertretenen Standpunkt aus zu bejahen sein, dass der Verwalter der gesetzliche Vertreter des Gemeinschuldners sei (Seuff. Bd. 38 No. 85). Das Gleiche gelte auch, wenn man den Konkursverwalter als das öffentliche Organ ansche, dem die Durchführung des Konkurszwecks obliege and die Ausübung des Verwaltungs- und Verfügungsrechtes sustehe, dessen der Gemeinschuldner mit der Konkurseröffnung verlustig gehe (K.O. §§ 5. 6: R.G.Entsch. Bd. 29 S. 36). Denn die Befugnis, einen Arrest im Wege des Widerspruchs anzugreifen, lasse sich unbedenklich als ein Ausfluß jenes durch den Arrestschlag bedrohten Rechtes auffassen (vgl. R.G.Entsch. Bd. 20 S. 361 f.). Auch die Bestimmung in § 11 (9) der K.O. lasse, wenn man sie nicht schon für unmittelbar anwendbar erachten wolle, jedenfalls erkennen, dass die Weiterverfolgung der für den Gemeinschuldner begründeten prozessualen Rechte durch den Konkursvarwalter vom Gesetz als die notwendige Ergänzung jenes Verwaltungs- und Verfügungsrechtes angesehen werde. Die Zulassung eines im Ausland bestellten Konkursverwalters sei unbedenklich. Denn die im Ausland erfolgte Konkurseröffnung müsse in vielfachen Richtungen, insbesondere betreffs des Übergange der Austibung der Vermögensrechte des Gemeinschulduers auf den Konkursverwalter und seiner Legitimation, such im Inland anerkannt werden (R.G.Entsch. Bd. 14 S. 413 Abs. 8). Ebenso wie dem ausländischen Konkursverwalter die klagweise Verfolgung von Ansprüchen des Gemeinschuldners im Inlande zugestanden werden müsse, könne ihm auch die Befuguis nicht bestritten werden, einem im Inlande gegen den Schuldner ausgebrachten Arrest zu widersprechen, vorausgesetzt, daße die Stellung des ausländischen Konkursverwalters eine solche sei, daße ihm gerade die insoweit bedeutungsvollen Befugnisse des deutschen Konkursverwalters zustehen. Dies treffe bezüglich des österreichischen Masseverwalters su (§ 76 der österr. K.O. vom 25. 12. 1868). Denn er werde als Vertreter der Gläubigerschaft und Verwalter des zum Konkurse gehörigen Vermögens bezeichnet, das nach § 1 Abs. 2 die Konkursgläubiger, soweit es überhaupt pfändbar sel, zu ihrer Befriedigung verwenden und in Verwaltung nehmen können; auch sei er berufen, die Aktiv- und Passivprozesse zu führen, welche die Masse oder besondere Teile derselben betreffen.

Bei einer deutschen Reederei sind die aus ihrem Handelsbetrieb als solchem erfolgenden Rechtsbesiehungen im allgemeinen nach deutschem Recht su beurteilen. (Rechtszwang sum Kontrahieren?).

Urteil des Reichsgerichts, 6. Civ.-Senat, 11. 4. 1901 (R.G.Entsch. Bd. 48 S. 114 ff.).

Die Beklagte, eine Hamburger Reederei, hatte im September 1899 mit einer konkurrierenden Gruppe von Segelschiffen ein Abkommen über die gegenseitige Konkurrenz im Frachtverkehr nach Adelaide, Melbourne und Sydney von Hamburg, Bremen und Antwerpen getroffen, wodurch die Mindesthöhe der beiderseitigen Frachtsätze festgestellt wurde. In der Folge dehnte die Beklagte ihren Frachtverkehr auf Brisbane aus und versuchte eine Verständigung mit der Seglergruppe, wonsch diese ihren Frachtverkehr nach Brisbane ganz aufgeben sollte. Da diese Verständigung nicht zu ersielen war, brachte die Beklagte zu dem Zweck, die Frachtgeschäfte auf der Brisbaner Linie unter Beseitigung der ihr unbequemen Konkurrens der Segelschiffsgesellschaften sich ausschliefslich zu sichern, gegenüber der Klägeris (und swar bezüglich der Hamburger, wie der Antwerpener Firma derselben) "eine geschäftliche Zwangsmaßregel zur Anwendung, welche ihrem Wesen nach darin bestand, dass sie den an dem Segelgeschäft interessierten Firmen, namentlich der Klägerin, ihre sonst allgemein geltenden Frachttarife kündigte." Der Androhung einer weiteren Zwangsmaßregel gegenüber klagte die Klägerin auf Unterlassung. In der Revisionsinstanz führte sie, nachdem sie in der Berufungsinstans unterlegen war, aus: Das angefochtene Urteil gehe offenbar davon aus, daß die Beklagte an sich berechtigt gewesen sei, der Klägerin und ihren Auftraggebern gegenüber ibre allgemeinen Tarife aufzuheben. Dabei fehle jede Prüfung der Frage, weiches Recht in jener Beziehung anzuwenden sei, und ob nach dem ansuwendenden Becht nicht für die Beklagte ein Rechtsswang zum Kontrahieren auf Grund der veröffentlichten gewöhnlichen Frachtbriefe bestand. In der That bestehe ein solcher Bechtsswang sowohl nach dem in Australien geltenden englischen Recht für alle "common carriers", worunter namentlich Reedereien, welche einen regelmäßigen Verkehr auf bestimmten Bouten unterhalten, wie nach dem in Antwerpen geltenden fran sösischen Recht für Transportunternehmer gleicher Art, und dieser Bechtsswang sum Kontrahieren beziehe sich auf Abladungen aus allen Häfen, in deren Rechtsgebiet ein solcher Zwang bestehe, jedenfalls aber dann, wenn es sich um Verfrachtungen von solchen Häfen nach Plätzen handle, wo derselbe Bechtsgrundsats gelte. Danach sei die über die Klägerin verhängte Maßeregel dem größeren Teil nach sehon von vornherein ein Rechtsbruch gewesen...

Das Reichsgericht führt hiergegen aus:

"Eine Verletzung der Rechtsnormen über die räumliche Geltung der Gesetze fällt dem Berufungsgericht nicht zur Last. Die verklagte Gesellschaft, eine deutsche Reederei, hat ihren Sitz, ihre Handelsniederlassung zweifelsohne in Hamburg, von wo aus sie ihre Frachtgeschäfte betreibt. Die aus ihrem Handelsbetrieb als solchem erfolgenden Rechtsbeziehungen sind im allgemeinen, und so auch bezüglich der Frage, ob für sie ein Kontrahierungszwang bestehe, nach deutschem Recht zu beurteilen. Damit, daß die Schiffe der Beklagten nach ausländischen Häfen und von solchen aus verkehren, wird dieselbe noch nicht Transportunternehmerin nach Maßgabe des für jene Plätze geltenden ausländischen — französischen oder englischen — Rechtes."

Das Reichsgericht führt sodann aus, dass das Berufungsgericht den § 826 B.G.B. nicht zutreffend gewürdigt habe, welcher, richtig verstanden, einen Berührungspunkt habe mit "den Grundgedanken, welche auf anderen Rechtsgebieten au einem Kontrahierungszwang geführt haben, aus denen namentlich die französische und englisch-amerikanische Rechtsprechung dazu gelangt ist, einen solchen Rechtszwang in gewissen Fällen für Transportungspunkternehmer (entrepreneurs publics, common carriers) anzunehmen."

Mit einer Begründung, welche im wesentlichen den Klagesnspruch auf Grund des Gesichtspunkts des Verstoßes gegen die guten Sitten als gerechtfertigt hinstellt, weist das Reichsgericht die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das Berufungsgericht zurück.

Einrede der Rechtskraft im Hinblick auf ausländische Prosesse.

Urteil des Reichsgerichts, 1. Civ.-Senat, 13. 4. 1901 (R.G.Entsch. Bd. 49 S. 344 und Seuff. Bd. 57 No. 92).

Wie bereits in Bd. 11 S. 426 dieser Ztschr. mitgeteilt ist, stellt das Beichsgericht in dem oben bezeichneten Urteil folgenden Satz auf: "Einer im Inland erhobenen Klage kann auf Grund eines im Auslande auhängigen Bechtsstreits die Einrede der Rechtshängigkeit nur dann entgegengesetzt werden, wenn das in diesem Rechtsstreit ergehende Urteil im Inlande als

Urteil ausuerkennen ist. Die Auerkennung des ausländischen Prosesses und seine Wirkung für andere Prosesse kann nicht weiter reichen als die Anerkennung des ausländischen Urteils." Vgl. Wach, Civilprozofsrecht S. 226, 227, 246; Kohler, Ges.Beitr. zum Civilproz. S. 554; R.G.Entsch. Bd. 8 S. 885 [Seuff. Bd. 39 No. 69]; Urteile des Heichsgerichts: Seuff. Bd. 47 No. 296 und Jur. W.Schr. 1863 S. 850 No. 31.

Das Reichsgericht bemerkt weiter: "In dem Urteil Seufferts Archiv Bd. 47 No. 296 wird freilich die Frage offen gelassen, ob sich dies dann anders verhalte, wenn mit der Klage im Auslande ein Arrestschlag verhunden sei, oder überhaupt der Beklagte im Auslande Vermögen habe, das dem Kläger die Befriedigung aus dem ausländischen Urteil sichere. Dieser Zweifel, den auch die Revision unter Hinweis auf die entsprechende Schutzbehauptung der Beklagten geltend gemacht hat, kann jedoch nicht für begründet erachtet werden, weil es ja ungewiß ist, ob der Kläger in dem ausländischen Prozeß ein obsiegliches Urteil erlangen und nicht vielmehr mit seiner Klage abgewiesen werden wird, hierauf aber der Kläger dans sich su berufen befugt ist, wenn das ausländische Urteil für das Inland nicht bindend und desbalb, falls es die Klage als unbegründet abweist, nicht geeignet sein wird, dem Beklagten für das Inland die Einrede der rechtskräftig entschiedenen Sache zu verschaffen.

Nach § 328 Ziff. 5 C.P.O. ist num die Anerkennung des Urteils eines ausländischen Gerichts ausgeschlossen, wenn die Gegenseitigkeit nicht verbürgt ist, und es fehlt der Nachweis dafür, daß die chileuischen Gerichte des Urteil eines deutschen Gerichtes ansuerkennen haben (vgl. Koppers Zusammenstellung S. 101; Leske und Loewenfeld, Die Rechtsverfolgung im intera. Verkahr S. 821). Insbesondere ist auch nichts dafür beigebracht, daß in Chile auf Grund eines deutschen Urteils die Einrede der rechtskräftig entschiedenen Sache erhoben werden kann."...

Massgeblichkeit der bisherigen Kollisionsnormen für Rechtsverhältnisse alten Rechts.

Urteil des Reichagerichts, 1. Civ.-Senst, 13. 11. 1901 (Jur. Ztg. 1902 S. 44).

Unter den "bisherigen Gesetsen" i. S. des Art. 170 E.G. s. B.G.B. sind auch die bisherigen Normen über die örtlichen Anwendungsgrenzen der Rechtssätze zu verstehen. Demnsch war für die bei dem Landgericht in Chemnits erhobene Klage, die den Preis für eine dorthin aus Neumünster in Holstein gelieferte Maschine betraf, die Frage, ob neben dem H.G.B. sächsisches oder gemeines Recht anzuwenden sei, nach den örtlichen Anwendungsnormen des B.G.B. für das Königreich Sachsen zu entscheiden.

Vorschufspflicht der Niederländer. — Unamvendbarkeit des § 85 G.K.G. im Falle des Art. 11 des internationalen Abkommens vom 14. 11. 1896.

Beschl. des Oberlandesger. Köln, 5. Civ.-Senat, 18. 6. 1901.

Nach der seitens des deutschen Generalkonsulates in Amsterdam erteilten Auskunft sind his zu dem im Mai 1899 erfolgten Inkrafttreten des Haager Abkommens vom 14. 11. 1896 nebst Zusatsprotokoll vom 22. 5. 1897 Ausländer, welche in Niederland als Kläger auftreten, im allgemeinen zur Sicherstellung der Kosten, einschliefslich der Gerichtskosten, auf Grund der Art. 152, 158 der niederländischen Prozefsordnung verpflichtet gewesen, seit dem aber Deutsche in dem vertragsmäßigen Umfang von dieser Sicherheitsleistung befreit, also auch bezüglich der Gerichtskosten.

Damit ist der in § 85 Abs. 2 Ziff. 1 G.K.G. vorgeschene Fall gegeben, daß ein Deutscher, welcher im Königreich der Niederlande als Kläger auftritt, vermöge seiner Eigenschaft als Deutscher zu einer besonderen Vorauszahlung oder zu einer Sicherstellung der Gerichtskosten nicht verpflichtet ist, dem Inländer in dieser Beziehung also gleichsteht. Zufolge Abs. 2 a. a. O. tritt mithin die in Abs. 1 angeordnete Verpflichtung der Ausländer für die Klägerin nicht ein, und hat dieselbe nur einen Gebührenvorschuße nach Maßgabe des § 81 G.K.G. zu zahlen. Die Beseitigung der früher bestandenen Verpflichtung beruht ohne Zweifel auf Art. 11 des Haager Abkommens, also einem Staatsvertrage, welcher als Gesetz im Sinne des § 85 Abs. 2 Ziff. 1 G.K.G. anzusehen ist.

§ 81 G.K.G. kommt ferner deshalb zur Anwendung, weil der Art. 11 des Abkommens entgegen der Annahme des Landgerichts dahin auszulegen ist, daß er sich auch auf die Vorschusepflicht des ausländischen Klägers gegenüber der Staatskasse des Landes, in dem der Rechtsstreit geführt wird, bezieht. Entscheidend für diese Auslegung ist folgendes. Die Absieht der das Abkommen vorbereitenden Kommission sowie der Haager Konferens selbst ging dahin, durch internationale Vereinbarung, soweit möglich, die bestiglich der Ausländer bestehenden Ausnahmevorschriften zu beseitigen. Zu diesen Vorschriften gebören auch die Bestimmungen über die Verpflichtungen der Ausländer zur Sicherstellung der Gerichtsgebühren. Dafür, daß das Abkommen sich auch hierauf bezieht, spricht gans entschieden die Wahl der Worte "Aucune cartion ni dépôt, sous quelque dénomination que ce soit" im französischen und der Worte "Eine Sicherheiteleistung oder Hinterlegung, unter welcher Bezeichnung es auch sei", im deutschen Text. Der Umstand, dass diese Seite der Sache auf der Konferens nicht zur Sprache gekommen ist und über dieselbe auch keine Verhandlungen der beteiligten Regierungen stattgefunden haben (vgl. den Beschl, vom 8. 2. 1901), erklärt sich daraus, daß in den einzelnen Vertragestaaten die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen sehr verschieden waren, was in der Denkschrift, mit welcher das Abkommen dem deutschen Reichstage vorgelegt worden ist, auch erwähnt wird (vgl. die stenographischen

Berichte des Reichstages 1897/98, 1. Anlageband S. 214). So wurde und wird in Frankreich, Belgien und Luxemburg ein Vorschuß auf die Gerichtsgebühren überhaupt nicht erhoben, noch eine sonstige Sicherstellung für dieselben verlangt. Andererseits steht fest, daß kein Vertragestaat sich geweigert hat, in der fraglichen Beziehung eine ihn bindende Vereinbarung zu treffen. Die durch die Verschiedenheit der in Betracht kommenden Gesetzgebungen bedingte Unbestimmtheit der Abmachungen in einzelnen Punkten, auf welche die Denkschrift S. 214 a. a. O. hinweist, muß dazu führen, auf den Zweck der Abmachungen surtickzugehen.

Gegen die hier vertretene Auslegung kann auch nicht mit Erfolg geltend gemacht werden, daß, wenn sie zutrifft, eine Schädigung der Staatskasse leicht eintreten kann, und daß die Gefahr dieser Schädigung durch die Vorschrift in Art. 12 des Abkommens, welcher das Gegengewicht zu Art. 11 bildet, nicht beseitigt oder herabgemindert wird. Denn diesem Nachteil steht der Vorteil gegenüber, welcher sich aus dem Abkommen für die Angehörigen der Vertragestaaten ergiebt, die in der Lage sind, sich auf dasselbe zu berufen. Dieser Gesichtspunkt tritt auch in § 85 Abs. 2 Ziff. 1 G.K.G. als der maßgebende hervor.

Auch darauf kann ein besonderes Gewicht nicht gelegt werden, daß die Art. 11-13 des Abkommens im deutschen Text die Überschrift tragen "c. Sicherheitsleistung für die Prozefskosten", und im französischen Texte .c. Caution judicatum solvia. Der letztere Ausdruck stammt aus der fransösischen Rechtssprache; er bedeutet dort: Sicherstellung des Gegnets des Ausländers für die Kosten und Schäden, welche infolge des Rechtsstreits entstehen können, Art. 16 Code civil, Art. 166, 167 Code de proc. civil, hat also nach seiner ursprünglichen Bedeutung mit dem Verhältnisse der Staatskasse zu den Partelen nichts zu thun. Trotzdem umschreibt er aber zufolge der bereits erwähnten französischen Gesetzgebung die gesamten besonderen Verpflichtungen des Ausländers, welche hier in Frage stehen. Anders im Königreich der Niederlande. Hier wird seitens der Staatakame beim Vorhandensein bestimmter Voraussetzungen, nämlich eines Verlangens der Gegenpartei, der Anspruch auf Sicherstellung, soweit das Abkommen nicht entgegessteht, auf Grund der Art. 152, 158 Wetboek van burgerlijke Rechtsvordering erhoben, wie aus der erwähnten Auskunft vom 19. 4. 1901 hervorgeht, welche Artikel im wesentlichen den Art. 166, 167 des fransösischen Code de procciv. enteprechen, und hat also bier der Ausdruck eine weitergehende Bedeutung. Der Entwurf des Abkommens ist aber gerade von der niederländischen Regierung vorgelegt worden, wie sich aus einer Bemerkung der Denkschrift S. 214 ergiebt. Der deutsche Text der Überschrift ist nur eine Übersetzung des französischen Textes, kommt deshalb weniger in Betracht und ist such mehrdeutig.

Der Umstand, daß in der Denkschrift S. 215 a. a. O. ausgeführt wird, das Abkommen wolle mit allen Vertragestaaten die Gegenseitigkeit herstellen, durch die nach § 102 (jetzt 110) No. 1 C.P.O. die Befreiung von der Verpflichtung zur Sicherheitzleistung für die vor deutschen Gerichten klagenden Ausländer erledigt zei, kann den obigen Darlegungen gegenüber nicht zuschlaggebend zein, und zwar um so weniger, als § 85 G.K.G. zieh als eine

Ergänzung der §§ 102, 103 C.P.O. n. F. darsteilt und eine Gegenseitigkeit durch die Bestimmung in Abs. 2 Ziff. 1 § 85 G.K.G. ebeufalls herbeigeführt werden sollte.

Nach welchem Recht ist über die rechtlichen Folgen eines Zusammenstoßes von Schiffen verschiedener fremder Nationalität auf hoher See zu entscheiden?

I. Urteil des Reichsgerichts 1. Civ.-Sen. 10. 11. 1900.

Zwischen dem englischen Fischerfahrzeng "Orphan Girl", Eigentum des Klägers, und der norwegischen Bark "Hiram" hat am 12. 1. 1899 in der Nordsee ein Zusammenstoß stattgefunden. Der Kläger behauptet, daß der Zusammenstoß durch ein Verschulden der "Hiram" herbeigeführt worden sei. Er hat deshalb die Beklagte, die für das norwegische Schiff Bürgschaft übernommen hat, mit der beim Landgericht in Hamburg erhobenen Klage auf Ersatz des durch den Zusammenstoß entstandenen Schadens belangt. Das Landgericht erklärte die Klage dem Grunde nach für berechtigt.

Die Berufung der Beklagten blieb ohne Erfolg. Das Berufungsgericht — L. Civilsenat des Hanceatischen O.L.G. — erklärte durch Urteil vom 9. 5. 1900 die "Hiram" deshalb für haftbar, weil sie, obgleich infolge ihrer geringen Segolbesetzung durchaus unfähig zum Manövrieren, den Versuch gemacht habe, der vor den Netzen liegenden "Orphan Girl" auszuweichen, atatt diese durch rechtzeitige Kenntnisgabe der eigenen Manövrierunfähigkeit ihrerseits zum Ausweichen zu veranlassen. Gegen dieses Urteil legte die Beklagte Revision ein.

Das Reichsgericht wies die Revision zurück.

Ans den Gründen:

"Die beiden Vorinstanzen sind davon ausgegangen, dass die auchliche Bearteilung nach deutschem Rechte, den Vorschriften der Artikel 786 ff. Handeisgesetzbuchs, zu erfolgen habe. Dies ist nicht zu beanstanden. Das im Band 21 S. 186 ff. der Entsch. in Civils. abgedruckte Urteil des erkennenden Senats vom 90. 5. 1888, welches sich für die Anwendung des am Gerichtsorte geltenden Bechts ausspricht, hat swar die Frage unmittelbar nur für den Fall entschieden, wo der Zusammenstofs der ausländischen Schiffe innerhalb des deutschen Hoheitsgebietes stattgefunden hat. Dies trifft vorliegend nicht zu; denn es ist nicht festgestellt und durchaus unwahrscheinlich, dass die Stelle der Nordsee, wo die "Hiram" mit der der Fischerei obliegenden englischen Smack zusammenstieß, noch unter die deutsche Territorialhoheit füllt. Die Gründe indessen, welche das angeführte Urteil für die ausschliefsliche Anwendung des deutschen Rechts als Recht des Gerichtsortes geltend gemacht hat, bestehen in gans gleicher Stärke auch dann, wenn es sich, wie hier, swar um einen Zusammenstoß auf boher See, aber swischen Schiffen verschiedener Nationalität handelt. Es ist auch in dieser Richtung von keiner Seite ein Einwand erhoben worden."

Das Urteil führt dann näher aus, daß das Berufungsgericht in dem Verhalten der "Hiram" mit Recht ein Verschulden erblickt habe. Endlich heißt es:

"Auch im übrigen giebt die Entscheidung zu keinem Bedenken Anlaß. Insbesondere ist ein solches nicht daraus zu entnehmen, daß die Vorschriften der Kaiserlichen Verordnung vom 9. und 10. 5. 1897 zur Anwendung gebracht worden sind. In Besug auf die einzige Bestimmung der Verordnung vom 10. 5. 1897 — Artikel 1 unter 8₂) — welche bei Beurteilung des Verhaltens der "Orphan Girl" Anwendung gefunden hat, ist sugleich festgestellt, daß eine englische Verordnung gleichen Inhalts besteht. Was aber die Verordnung vom 9. 5. 1897 betrifft, welche bei der Führung der norwegischen Berk sugrunde gelegt worden ist, so redusiert sich der für die Entscheidung erhebliche Inhalt auf die Anwendung der im Artikel 27 getroffenen Vorschriften. Diese sind aber so allgemeinen und notwendigen Inhalts, daß ihre sachliche Geltung unbedenklich auch für Schiffe fremder Nationalität angenommen werden muß. Es ist auch von keiner Seite behauptet, daß nach norwegischem Schiffahrtsrecht etwas Abweichendes bestimmt sei."

II. Urteil des Reichsgerichts, 1. Civ.Senat, 18. 11. 1901 (R.G.Entsch. Bd. 49 S. 182).

Im Dezember 1899 fand in der Nordsee, 6--10 Seemeilen von der jüttischen Westkäste ein Zusammenstoß zwischen einem dänischen und einem norwegischen Schiffe statt, worauf das dänische Schiff sank und total verloren ging. Die dänische Reederei verlangte von der Beklagten, die für den norwegischen Dampfer zur Vermeidung eines Arrestes Bürgschaft geleistet hatte, bei dem Landgericht in Hamburg Schadensersatz. Des Reichsgericht bestätigte die Entscheidung des Berufungsgerichts, durch die die Beklagte zum Ersatz der Hälfte des Schadens verurteilt worden ist.

Aus den Gründen:

"Das Berufungsgericht nimmt übereinstimmend mit dem Gericht erster Instans an, daß der Zusammenstofe der beiden Schiffe . . . durch Verschulden der beiderseitigen Schiffsbesatzung herbeigeführt worden sei.

Unter Anwendung des norwegisch-dänischen Seegesetses, welches im Falle beiderseitigen Verschuldens dem Gericht vorschreibt, mit Rücksicht auf die Beschaffenheit der auf beiden Seiten begangenen Fehler den von jeder Seite zum Schadensersatse zu leistenden Beitrag zu bestimmen oder anzuordnen, daß jedes Schiff seinen eigenen Schaden tragen solle, hat dann das Berufungsgericht, davon ausgehend, daße ein wesentlicher Unterschied in der Schwere der auf beiden Seiten begangenen Versehen nicht bestehe, den Beklagtes für schuldig erachtet, die Hälfte des ... Schadens zu ersetzen. Zu denselben Ergebnis glaubt das Berufungsgericht auch bei Anwendung des aus Gerichtsort geltenden deutschen Rechts zu gelangen, indem es annimmt, daßs mit Rücksicht auf die erst im April 1900 durch Anlegung des Arrestes begründete Zuständigkeit der hamburgischen Gerichte das neue, mit dem norwegisch-dänischen Rechte übereinstimmende deutsche Recht zur Aswendung kommen müßte ...

Von der Revizion wird gerügt, dass das Berufungsgericht die Frage der Haftung für das festgestellte Verschulden nach dem norwegisch-dänischen statt nach dem deutschen Gesetze entschieden habe, und auszuführen gesucht, dass als massgebendes deutsches Recht nur das zur Zeit des Zusammenstofses geltende in Betracht kommen könne. Diese Rüge ist als begründet nicht anzuerkennen.

Mit Bezug auf die Frage des anzuwendenden Rechtes erwägt das Berufungsgericht, daß bei Schiffesusammenstößen auf hoher See das Recht des Thatortes nicht in Betracht komme, sondern nur zu entscheiden sei, ob das Recht der Flagge oder das Recht des Gerichtsortes zur Anwendung kommen müsse. Es bült es für das vatürlichste, gegen den Reeder eines Schiffes für die mit demselben vorgenommenen Handlungen das Recht der Flagge in Anwendung zu bringen, weil der Reeder dem Gesetze des Heimatshafens immer unterworfen bleibe. Im vorliegenden Falle sei die Anwendung des Flaggenrechtes um so unbedenklicher, als die Heimatsgesetze beider Schiffe, das norwegische und das dänische Seegesetz, in betreff der Schadensansprüche bei Schiffssusammenstößen völlig übereinstimmten, sodaß keine der beiden Parteien durch die Anwendung dieses Rechts beschwert werde. Nur dann würde, führt das Berufungsgericht weiter aus, die Anwendung ausländischen Rechts für den inländischen Richter ausgeschlossen, vielmehr die Anwendung des eigenen Rechtes geboten sein, wenn dieses absolut swingender Natur sei, oder wenn die Vorschrift des ausländischen Rechtes nach heimischen Rechtsgrundsätzen als unsulässig, verwerflich, die guten Sitten verletzend, oder gegen den Zweck eines deutschen Gesetzes verstoßend angusehen sei. Da keiner dieser Fälle hier gegeben sei, so sei die Anwendung des norwegischdänischen Rechtes im vorliegenden Falle gerechtfertigt. Diesen Erwägungen ist beizupflichten.

Mit Recht nimmt das Berufungsgericht an, dass seine Entscheidung mit der Rechtsprechung des Reichtsgerichts nicht in Widerspruch trete. Allerdings findet sich in dem Urteil des Reichsgerichts vom 12, 8, 1886 (R.G.Entsch. Bd. 19 S. 10) der Satz:

die Bestimmungen des deutschen Rechts über die Voraussetsungen und den Umfang der Haftung des Reeders für Kollisionsschäden haben daher für die deutschen Gerichte einen zwingenden, absoluten Charakter in der Weise, dass dieselben eine Haftung des Reeders nur heeweit anzuerkennen haben, als das Recht des eigenen Landes eine solche statuiert . . . (S. 12), welcher den Anschein erwecken könnte, als ob das Reichsgericht in Anlehnung an die ältere Lehre (vgl. Wagner, Handbuch des Secrechts Teil 1 S. 142) für die deutschen Gerichte das deutsche Recht schlechthin bei allen Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus Schiffskollisionen als mafagebend erachtet habe. Allein der Zusammenhang der Gründe jenes Urteils ergiebt eine wesentlich eingeschränkte Bedeutung jenes Satzes. Es handelte sich in dem dort entschiedenen Falle um die Haftung eines deutschen Reeders, dessen unter der Führung eines Zwangslotsen stehendes Schiff in einem aus-Hadischen Hafen mit einem fremden Schiffe zusammengestoßen war. Diese Haftung wurde verneint, obgleich das Recht des Thatortes die Haftbarkeit des Reeders auch für Verschulden des Zwangelotsen anerkannte. Es wurde

erwogen, daß es, da nach deutschem Rechte des Versehen eines Zwangsloten. keine Verbindlichkeit sum Schademersatz für den Reeder erzeuge, den deutschen Richter unmöglich gestattet sein könne, unter Anwendung eines fremden, dem Reeder in dieser Beziehung ungfinstigeren Rechtes einem deutschen Reeder eine Verpflichtung aufwerlegen, welche des Recht des eigenen Landes principiell verneine. Nur in diesem auf die Haftung des den techen Rooders beschränkten Sinne ist daher der oben wörtlich wiedergegebene Satz zu verstehen. Die in demselben Urteil an anderer Stelle vorkommende Bemerkung, dass in der Rechtsprechung die Anwendung des am Proselsorte geltenden Rechtes sogar dann für gerechtfertigt erachtet worden sei, wenn beide Schiffe einer fremden Flagge angehörten, ist nur refurierenden Inhaltes und für die Entscheidung ohne Bedeutung. Andererseits ist in dem Urteil vom 80. 5. 1888 (R.G.Entsch. Bd. 21 S. 136) susgesprochen, daß bei einem auf deutschem Territorium stattgefundenen Schiffssusammenstols besüglich der Haftung der beteiligten Reeder für die deutsehen Gerichte das deutsche Recht auch dann maßgebend sei, wenn beide Schiffe frande seien, weil es als Wille des deutschen Gesetzes anzusehen sei, daß über die rechtlichen Folgen aller unter deutscher Territorialhoheit erfolgenden Zusammenstöfse ohne Rücksicht auf die Nationalität der Schiffe stets nach den Grundsätzen des deutschen Bechtes entschieden werden solle. In den Urteil vom 25. 6. (9. 7) 1892 (R.G.Entsch, Bd. 29 S. 90) endlich ist die Anwendbarkeit des deutschen Rechtes in dem Falle angenommen worden, daß ein fremden, anter der Führung eines Zwangslotzen stehendes Schiff mit einem anderen freenden Schiffe in einem ausländischen Hafen sunammengestofeen war. Diese Entscheidung wurde damit gerechtfertigt, dass, wie bereits in dem Urteil vom 12. 7. 1886 anerkannt worden sei, das deutsche Rocht die Haftung des Roeders für das Verschulden eines ihm aufgenötigten Zwangslotsen grundsätzlich ausschließe, weil es einen auf solchem Grunde beruhenden Anspruch gegen den Reeder für ungerecht und verwerflich erachte. Deshalb dürfe ein deutsches Gericht einen solchen Auspruch nicht sulganen, auch wenn er nach dem Recht des Thatortes oder nach dem Recht des Heimatshafens für das betreffende Schiff begründet sein möchte. Diese Entscheidungen lassen den Fall offen, wenn der Zasammenstofs auf offener See zwischen fremden Schiffen erfolgt ist, das Herrschaftagebiet des deutschen Rechtes also weder in persönlicher, noch in räumlicher Beziehung in Frage kommt, und der verfolgte Anspruch nicht mit zwingenden Vorschriften oder Grundsätzen des deutschen Rechts in Widerspruch tritt. In diesem Fall fehlt jeder innere Grund für die Anwendung deutschen Rechtes. Dessenungeschtet hat das Reichsgericht in einem noueren Urteil vom 10. 11. 1900 (Reg. I 246:00) auch für einen solchen Fall das deutsche Recht für anwendbar erklärt und hierfür auf die Begründung des oben erwähnten Urteils vom 30. 5. 1886 Besug genommen. In dem letzterwähnten Urteil ist eingehend auf die Verwicklungen und Unzuträglichkeiten hingewiesen, welche eich ergeben mülsten, wenn — zumal bei gegeneeitig erhobenen Schademansprüchen der Rooder jedes der zusammengestofsenen Schiffe nach dem Rochts seines Landes, welches von dem seines Gegners in vielfacher Beziehung abweichen kann, zu beurteilen wäre. Diesen Verwicklungen und Unsuträglichkeiten wird vorgebeugt, wenn das deutsche Gericht in solchem Falle sein eigenes, ihm sunächst liegendes Recht sur Anwendung bringt und die von einander abweichenden, für die Beteiligten leicht zu unbilligen Ergebnissen führenden fremden Rechte gegen dasselbe surücktreten läßst. Die Anwendung des deutschen Rechtes stellt in solchem Falle ein durch äufsere Gründe an die Hand gegebenes Auskunftsmittel dar, zu welchem su greifen die Rechtspreehung sich wegen der der Anwendung der fremden Rechte entgegenstehenden Hindernisse genötigt gesehen hat (vgl. v. Bar, 2. Aufl. Bd. 2 S. 211 und die in der R.G.Entsch. Bd. 21 S. 142 angeführten Urteile des Oberappellationsgerichtes zu Lifbeck, Entsch. in Bremer Rechtssachen Bd. 2 Abt. 2 S. 8 u. Erkenntnis des Obertribunals zu Berlin in Scuff. Bd. 14 S. 335). Um einen Fall dieser Art handelte es sich bei dem Urteil vom 10. 11. 1900, welches einen Zusammenstoß zwischen einem englischen und einem norwegischen Schiffe in der Nordsee betraf.

In dem vorliegenden Falle bedarf es aber eines solchen Auskunftsmittels nicht. Gehören die auf hoher See susammenstoßenden Schiffe derselben Nationalität an oder sind sie trots verschiedener Nationalität demselben Gesetz unterworfen, so entfällt auch der aus der Verschiedenheit der Flaggenrechte sich ergebende gustere Grund für die Anwendung des am Gerichtsorte geltenden Rechtes. Vielmehr ist die Haftung der beiderseitigen Reeder nach ihrem übereinstimmenden heimischen Rechte, welches die Schiffe auf die hohe See mit sich nehmen, zu beurteilen, falls dasselbe nicht gegen zwingende Normen des am Gerichtsorte geltenden Rechtes verstölst. Da nun das norwegische und das dänische Seegeests bis auf wenige Abweichungen im allgemeinen, hinsichtlich der die Haftung des Reeders aus Zusammenstößen seines Schiffes mit einem anderen betreffenden Vorschriften aber völlig übereinstimmen, so ist es gerechtfertigt, dass Berufungsgericht seiner Entscheidung die Vorschriften dieses Gesetzes zu Grunde gelegt hat; denn daß das deutsche Recht die Anwendung dieser Vorschriften, welche für den Fall beiderseitigen Verschuldens eine Verteilung der Schadensematzpflicht nach Maßgabe der auf beiden Seiten begangenen Fehler anordnen, ausschlösse, kann umsoweniger angenommen werden, als, wie das Berufungsgericht mit Recht geltend macht, das neue deutsche Handelsgesetzbuch in seinem § 785 für den Fall beiderseitigen Verschuldens Vorschriften getroffen hat, welche inhaltlich mit denjenigen des norwegisch-dänischen Seegesetzes übereinstimmen.

Vollstreckung ausländischer Urteile; Zuständigkeit des ausländischen Gerichts (§ 328 Ziff. 1 C.P.O.).

Urteil des Reichsgerichts, 7. Civ.-Senat, 21. 3. 1902 (Jur. Ztg. 1902 S. 262).

Die Fassung des jetzt geltenden § 328 Ziff. 1 C.P.O., die von dem § 661 Ziff. s. F. darin abweicht, daß an Stelle der Zeitform "waren" das Präsens "sind" gesetzt ist, gestattet es nicht mehr, die Zulassung der Vollstreckbarkeit auf den Fall zu beschränken, daß gerade derjenige Ge-

richtestand, den das ausländische Gericht sugelassen hat, nach deutschen Recht wirklich begründet war; es darf vielmehr nur darauf ankommen, ob zur Zeit der geltend gemachten Anerkennung in dem ausländischen Staat ein Gerichtestand nach deutschem Recht gegeben wäre, wenn dienes dort gälte. Das Vollstreckungsurteil ist deshalb auch dann su erlassen, wenn nach deutschem Recht das ausländische Gericht zwar nicht, wie es annahm, als Gericht des Erfüllungsortes suständig, wohl aber bei ihm der Gerichtestand des Vermögens begründet sein würde.

Ehescheidung. Art. 17 Abs. 1 E.G. s. B.G.B. Erwerbung der deutschen Staatsangehörigkeit während des Scheidungsprozesses.

Urteil des Reichsgerichts, 4. Civ.-Senat, 21. 4. 1902 (Jur. Ztg. 1902 S. 321).

Auf Grund des portugiesischen Rechts, dem eine Tremnung der Ehe vom Bande fremd ist, wurde durch Urteil des Gerichts zu Oporto im Jahre 1897 sufolge einer vom Kläger, der damals portugiesischer Staatsangehöriger war, gegen seine Gattin erhobenen Klage die ewige Scheidung der Parteier von Körper und Vermögen, wegen Ehebruchs der Beklagten, ausgesproches. Kläger verlegte dann seinen Wohnsits nach Berlin und beantragte bei dem Landgericht I daselbet durch eine der Beklagten am 26. 7. 1899 zugestellte Klage die Scheidung vom Bande. Seine Klage wurde indes durch Urteil vom 2. 12. 1899 abgewiesen. Er legte Berufung ein, erwarb am 12. 8. 1900 die preufsische Staatsangehörigkeit und wiederholte seinen Antrag, zu dessez Begründung er geltend machte, dass Beklagte auch neuerdings Ehebrech getrieben habe. Das Berufungsgericht stellte die Wahrheit dieser Behauptung feet und erkannte auf Grund der §§ 1565, 1574 nach dem B.G.B. Klagantrage. Beklagte rügte die Anwendung des B.G.B., da Kläger bei Erhebung der Klage Angehöriger des portugiesischen Staates gewesen sei-Thre Revision blieb jedoch ohne Erfolg. Nach Art. 17 Abs. 1 E.G. z. B.G.B. sind für die Scheidung die Gesetze des Staates maligebend, dem der Ehemann zur Zeit der Erhebung der Klage angehört. Nach § 253 C.P.O. erfolgt die Erhebung der Klage durch Zustellung eines Schriftsatzes, und damit ist die Zustellung der Klagschrift gemeint. Es wird hierbei aber vorausgesetzt, dass es sich bei Erhebung der Klage um die Begründung eines Prozeferechtsverhältnises handele und für solchen Fall als Form der Klage die Schriftform angeordnet. Daraus ergeben sich die Bestimmungen in § 253 Abs. 2 Ziff. 2, in Abs. 1 und in § 263 Abs. 1 C.P.O. Anders liegt es jedoch, wo das Gesetz gestattet, in einem schon anhängig en Rechtsstreit noch neue Klagegründe oder Ansprüche geltend zu machen. Für solche Klagerweiterung ist, wie für die Widerklage, das Schrifterfordernis nicht aufgestellt; sie ist vielmehr in der mündlichen Verhandlung geltend zu machen, und damit tritt (§ 281 C.P.O.) die Rechtshäugigkeit ein. Dies trifft nach § 614 C.P.O. auf Verfahren in Ehesachen zu. Danuch aber muf die Erhebung solcher Ausprüche in der mündlichen Verhandlung sich sie

Klagerhebung im Sinne des Gesetzes darstellen. Dementsprechend ist auch Art. 17 Abs. 1 auszulegen. Seine Vorschrift ist swar materiell-rechtlicher Natur, aber bei ihrer Auslegung ist auf proseferechtliche Grundsätze surückzugehen, da das Gesetz, wenn es von "Erhebung der Klage" spricht, hiermit nur den Sinn verbunden haben kann, den das Prozefegesetz damit verbindet.

§ 7 St.G.B. — Anrechnung ausländischer Strafurteile.

Urteil des Reichsgerichts, 4. Strafsenat, 17. 12. 1901 (Jur. Ztg. 1902 S. 274).

Angeklagter ist wegen eines im Inlande begangenen schweren Diebstable zu einem Jahre 6 Monaten Gefängnis, Ehrverlust u. s. w. verurteilt. Hierbei ist eine in Österreich erkannte und verbüßte schwere Kerkerstrafe mit einem Jahre in Anrechnung gebracht und dabei erwogen, dass in dem österreichischen Urteil zwar noch andere Strafthaten bestraft, aber Einzelstrafen nicht erkannt seien, es müsse also die ganze Strafe angerechnet werden. Das Urteil ist vom Reichsgericht aufgehoben, well nach § 7 St.G.B. die im Ausland vollzogene Strafe nur insoweit in Anrechnung kommen dürfe, als sie wegen derselben Handlung erkannt sei. Sei im Ausland nur eine Gesamtstrafe für alle Handlungen ausgesprochen, so müsse der inländische Richter unter Berücksichtigung aller im ausländischen Urteil enthaltenen rechtlichen und thatsächlichen Gründe eine Verteilung vornehmen. Im vorliegenden Falle müsse berticksichtigt werden, ob der neuerdings abgeurteilte Fall wegen Konkurrens anderer Straffälle die erhöhte Hauptstrafe nach sich gezogen habe oder nur als Erschwerungsgrund berücksichtigt sei, und demnach sei zu entscheiden, welcher Teil der Kerkerstrafe auf das im Inland begangene Delikt falle. — Dagegen sei es nicht rechtsirrtümlich gewesen, anstatt acht Monat schweren Kerkers ein Jahr Gefängnis anzurechnen, denn ee bestehe kein gesetzlicher Vergleichungsmafestab, sei also keine Rechtsnorm verletzt, sondern entscheide das Ermessen des Gerichts.

Verurteilung eines von Frankreich in der Annahme betrüglichen Bankerotts Ausgelieferten wegen Versuchs dieses Verbrechens,

Urteil des Reichsgerichts, 1. Straf-Senat, 30. 9. 1901 (Jur. Ztg. 1902 S. 126).

Angeklagter wurde zu Metz wegen beträglichen Bankerotts verfolgt, hatte sich nach Frankreich geftichtet und war von dort ausgeliefert, aber nur wegen Versuchs jenes Verbrechens verurteilt worden. Die Revision der Staatsanweltschaft bekämpfte die Fragestellung, weil eine solche wegen Versuchs nach dem Auslieferungsvertrag mit Frankreich unzulässig sei. Das Reichegericht erkannte an, dass der Auslieferungsvertrag vom 21. 8. 1845 vermöge der Zusatzkonvention vom 11. 12. 1871 sum Friedensvertrag vom 10. 5. 1870 auch für Elsafs-Lothringen Gültigkeit habe, und dass hierin der Versuch des betrüglichen Bankerotts nicht genannt sei. Die neueren

Auslieferungsverträge, welche Frankreich abgeschlossen babe, und eine Ansahl von Einzelfällen, in welchen Auslieferung erfolgte, zeigen aber, daß principielle Bedenken nicht vorliegen. Der Vertrag schliefes pur politische Verbrechen principiell aus, füge aber specielle Übelthaten bei, wegen welcher anesuliefern sei. Deshalb sei nur die Identität der Strafthat malegebend, gleichviel, ob sie eine andere als die beim Auslieferungsbegehren angenommene juridische Form annehme. Das Reichsgericht habe deshalb einen Ausschluß nur dann angenommen, wenn die That unter dem neuen Gesichtspunkt nicht zu den Auslieferungsdelikten gehöre. Bei Annahme von Versuch statt Vollendung handle es sich aber nur um eine andere Modalität der gleichen Strafthat. Deshalb habe der französische Kassationshof gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika die Auslieferung wegen Notzuchtsversuchs gebilligt und das Reichsgericht gegentiber Holland wegen Beihülfe zur Urkundenfälschung. Frankreich habe auch ausdrücklich anerkannt, dass der Vertrag der Aburteilung nicht im Wege stehe.

Exterritorialität der Botschaftsgebäude? Zulässigkeit eines Wechselprotestes gegen dort wohnende Personen 1),

I. Urteil des Kammergerichts 16. 6. 1902, XIII. Civ.-Senat.

Der Klagewechsel ist bei N. in Berlin P.-Straße 1 domisifiert. Der Protest stellt fest, daß dieses Haus Eigentum des ... Staates und Sitz der Botschaft, der Domiziliat aber Küchenchef des Botschafters ist. Der Notar hat daranf von der Vorlegung des Wechsels Abstand genommen und, nach-

Diesen Standpunkt hat insbesondere auch die deutsche Regierung konstaat vertreten. Vgl. Denkschrift zu dem ersten (Gebhardtschen) Redaktionsentwarf des internationalen Privatrechts des B.G.B. S. 24.

Unter den Namen "Unverletzlichkeit", "inviolabilité du domicile", "franchise de l'hôtel", auch wohl "Quartierfreiheit" werden den Gemandtschaftsgebäuden gewisse Rücksichten gewährt, deren Ausdehnung im einzelnen schwankt. Es ist aber terminologisch unrichtig und führt leicht zu sachlich falscher Behandlung, wenn man hier den Begriff der Exterritorialität an-wendet. Wenn auch der Inhalt dieses Begriffes sehr mannigfaltig ist, so muse — wenn man nicht den ganzen Begriff fallen lassen will — als sein Kennseichen doch die Grundbetrachtung festgehalten werden, daß die er-

¹⁾ Die beiden Urteile sprechen sich nicht direkt darüber aus, ob den Gesandtschaftsgebäuden "Exterritorialität" zukommt. Die Begründung des ersten Urteils neigt sich der Bejahung zu. Die Begründung des zweiten Urteils läßst die Bejahung wenigstens als mö≥lich dahingestellt. nes zweiten Urteils läist die Bejahung wenigstens als möelich dahingestellt. Nach heutiger entschieden überwiegender Auffassung der Praxis wie der Theorie kommt Gesandtschaftsgebäuden, wo nicht etwa durch Staatsverträge oder Herkommen (wie in Kapitulationsländern) Abweichendes begründet ist, das Prädikat "exterritorial" nicht zu.

Vgl. z. B. Calvo, Le droit international Bd. III (5. Aufl.) 1896 §§ 1521 ff.;

Martens, Völkerrecht, deutsche Ausgabe von Bergbohm Bd. 2 (Berlin 1896) § 12; Rivier, Lehrbuch des Völkerrechts 2. Aufl. 1899 S. 284, J. Bd. V (1878) S. 98.

dem er auch durch Nachfrage bei der Polinei ein Geschäffnlokal oder eine andere Wohnung des Dominiliaten nicht ermittelt hatte, den Protest mangels Zahlung erhoben. Der Protest ist somit ein Windprotest; ein solcher ist nur sulfacig, wenn die nach dem Geschäftslokal oder der Wohnung des Protestaten angestallten Ermittelungen erfolglos geblieben sind. In dem Wechsel ist aber eine Wohnung des Domisilisten angegeben und dieser hat auch thatelchlich die angegebene Wohnung inne. Diese Wohnung liegt im Amtsbesirke des Notars. Ans der dem Grundstücke vermöge der Exterritorialität sukommenden Ausnahmestellung kann nicht gefolgert werden, daß es nicht zum preußischen Staate und zu Berlin gehöre. Der Begriff Exterritorialität enthält eine Fiktion, die nicht wörtlich zu nehmen ist. Vermöge der Exterritorialität werden die deren Rechte genießenden Grundstücke in manchen Beziehungen rechtlich so behandelt, als wenn sie im Heimatsetaate ihres Inbabers lägen; ihre Zugehörigkeit sum Gebiete des Staates, in welchem sie liegen, wird dadurch nicht beseitigt. Demnach liegen die Voranmetsungen des Art. 91 W.O. nicht vor, der Protest mußte vielmehr den Erfordernissen des Art. 88 entsprechen. Dies ist aber nicht der Fall; denn davon, dafe die Vorlegung des Wechsels und mit welchem Erfolge versucht worden sei, erhellt aus dem Proteste nichts. Nun entsteht bei der eigenartigen Lage des Falles die Frage, ob die etwa bestehende rechtliche Unmöglichkeit, im Domisile die erforderliche wechselrechtliche Handlung vorsunehmen, im Sinne der W.O. der thatsächlichen Unmöglichkeit, ein Geschäftslokal oder eine Wohnung des Betreffenden zu ermitteln, gleichsustellen ist. Bei dem formalrechtlichen Charakter der Vorschriften der W.O. ist ee nicht unbedenklich, einzelne an das Vorhandensein bestimmter Voranssetsungen gekniipfte Vorschriften sinngemäß auf ähnliche Thatbestände anzuwenden. Aber selbst wenn man obige Frage bejaht, ergiebt sich nicht die Gültigkeit des Protestes. Denn der Fall der rechtlichen Unmöglichkeit, den Wochsel dem Domiziliaten, sei es in der Wohnung, sei es an einem anderen Orte (Art. 91 Sats 2) vorsulegen und mangels Zahlung zu protestieren, liegt nicht vor; da die Ausnahmestellung der Exterritorialen ein Recht derselben darstellt, so ist unbedenklich anzunehmen, daß mit ihrer Zustimmung bezüglich ihrer Person Amtsbandlungen vorgenommen werden dürfen und können, die durch das Recht der Exterritorialität an sich ausgeschlossen werden. Die Verf. v. 20. 2. 1893 (J.M.B. S. 37) sieht auch den Fall der Zustimmung ausdrücklich vor. Demnach bestand die rechtliche Möglichkeit, mit Zustimmung des Beteiligten die erforderlichen wechselrechtlichen Handlungen vorsunehmen. Daß der Notar auch im Falle der Zustimmung nicht zuständig sein sollte, ist nicht abzusehen, da das Haus thatsächlich zu seinem Amtsbesirk gehört. Er hat es übrigens auch ausweislich des Protestes betreten. Auf welchem Wege es hätte versucht werden

territoriale Person oder Sache generell, wenn auch im einselnen mit noch so starken Einschränkungen, von der Staatshoheit des Territoriums eximiert ist. Dies ist bestiglich der Gesandtschaftsgebäude nicht der Fall. Sie sind nur in der einen Beziehung eximiert, dass sie ohne Willen des Gesandten den Beamten des Empfangestaates nicht zugänglich sind.

sollen, die Zestimmung des Beteiligten herbeisuführen, kann auf sieh beruhen, da dieser Umstand das Bestehen der rechtlichen Möglichkeit, den Wechsel zur Zehlung vorzulegen und vorschriftsmäßig zu protestieren, nicht berührt.

II. Urteil des Kammergerichts 23. 6. 1902, XIII. Civ.-Senat.

Der Wechsel ist bei N. in der P.-Straße 1 protestiert. Die Ansicht des Beklagten, dass hier der Domizilort in rechtlicher Beziehung deshalb ins Auslande liege, weil der Domisilist Ausländer und Küchenchef der fremden Botschaft sei, auch in deren Hotel wohne, ist schon deshalb unbegründet. weil der Ort des Domisils, nicht die Wohnung des Domisiliaten in Betracht kommt. Wäre also auch das Botschaftshotel als Ausland aususehen, so rightet sich der Protest dennoch nach dem Recht des Dominisortes Berlin. Die Wohnung sines fremden bei der inländischen Regierung begiaubigten Botschafters gilt aber auch keineswegs als fremdes Territorium. Die Fiktion der Exterritorialität hat nach heutiger Anschauung nur die Bedeutung, daß gewisse Rechte der inneren Hoheitsgewalt, inabesondere Akte der polizeiliehen oder richterlichen Gewalt, gegen die exterritorialen Personen nicht ausgeführ werden dürfen (Entsch. d. R.G. in Strafsachen 3 S. 71; Heffter, Völkerrecht § 42, Bar § 115 Anm. 7, Zorn, Reichsstaatsrecht 2 S. 457 § 35). Die Chafe und Mitglieder der beim Deutschen Reich beglaubigten Missionen, die Familienglieder, das Geschäftspersonal und die nichtdeutschen Bediensteten dieser Personen sind nach G.V.G. §§ 18, 19, E.G. § 2 von der ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit des Inlandes eximiert. Auf die Sachen dieser Personen, insbesondere auf das Botschaftshotal, erstreckt sich das Privilegium insefern, als diese nicht Gegenstand einer Mafsregel der inländischen Staatshoheit sein können, die auf Grund der streitigen. Gerichtsbarkeit vorgenommen wird. Eine solche Maßregel ist der Wechselprotest nicht. Wenn Notare und Gerichtsvollzieher auch Staatsbesunte eind und bei der Protesterhebung eine Amtshandlung vornehmen, so handeln sie doch nur im Auftrag Privater, nicht in Ausübung eines Staatshoheitsrechtes (§ 50 A.L.R. II 17). Das Betreten des Gesandtschaftshotels kann daher als eine Verletzung der Exterritorialität nicht angeschen werden, zumal, da dem Protestbeamten der Eintritt in das Hotel nicht verweigert worden ist, der Protestat sich vielmehr auf die Verhandlung mit dem Beamten eingelassen hat (Heffter & 212).

Der in Art. 14 E.G. s. B.G.B. nur für Deutsche ausgesprochene Grundsats der Maßgeblichkeit des Heimatrechtes ist analog auf Ausländer (Österreicher) anzuwenden.

Urteil des Oberlandesgerichts Dresden 10. 5. 1902, V. Civ.-Senat.

Die eheliche Lebensgemeinschaft, deren Wiederherstellung der Kläger fordert, gehört zu den gegenseitigen persönlichen Rechtsbeziehungen der

Vgi. Ztechr. X S. 95.

Bhegatten im Sinne von Art. 14. Dort ist bestimmt, daß für diese Besiehungen bei dentschen Ehegatten die deutschen Gesetze malegebend seim, auch wenn die Khegatten ihren Wohnsitz im Auslande haben. Demgemäß sind die persönlichen Rechtsbeziehungen ansländischer Ebegatten vor den deutschen Gerichten nach dem Rechte des Staates zu beurteilen, dem die Ebegatten angehören, dem deutschen Rechte aber nur insoweit zu unterstellen, als Art. 80 E.G. eingreift oder - dies ist aus Art. 27 zu entnehmen - als nach dem Rechte des fremden Staates die deutschen Gesetze ansuwenden sind (vgl. Sachs. Archiv 8 S. 27 Abs. 1; Niemoyer, Internationales Privatrecht 1901 S. 142; Barasetti, Internationales Privatrecht 1897 S. 71). Daher würde zu prüfen sein, ob das in Österreich geltende Recht auf diesem Standpunkte stehe. Das österr. B.G.B. behandelt die Fälle in denen fremdes Recht ansuwenden ist, in den \$8 34-37. Dazu gehören, wie eich aus diesen Vorschriften ohne weiteres ergiebt, Ansprüche von der Art des mit der Klage erfolgten nicht, und es verbleibt daher insoweit bei dem in den §§ 1 und 33 enthaltenen allgemeinen Grundsatze, wonach das bürgerliche Recht für alle "Einwohner" des Staates gilt und den "Fremden" gleiche bürgerliche "Rechte und Verbindlichkeiten" mit den "Eingeborenen" sukommen, folglich also darüber, ob ein in Österreich wohnender ausländischer Ebemann die Wiederherstellung der chelichen Gemeinschaft verlangen könne. nach dortigem Rechte als dem am Wohnsitze geltenden au entscheiden ist (vgl. auch Rittners Eherscht 1875 § 5 unter 2, S. 50; anderer Ansicht Jettel, Handbuch des internationalen Privat- und Strafrechts 1893 § 14 S. 99). Ob hieraus gefolgert werden dürfe, daß vom Standpunkte des österreichischen Rechtes in den Fällen, wo ein im Deutschen Reiche wohnender österreichischer Ehemann die Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft beansprucht, die deutschen Gesetze anzuwenden seien (vgl. Müller im Sächs. Archiv 8 S. 4 Abs. 2), ist namentlich dann nicht sweifellos, wenn die Frau ihren Klagabweisungsantrag darauf stützt, daß sie berechtigt sei, auf Scheidung zu klagen (B.G.B. § 1858 Abs, 2 Satz 2). Denn der Sache nach verlangte sie damit eine, wenn auch nicht notwendige lebenslängliche Scheidung von Tiech und Bett im Sinne der §§ 107 und 103 des österr. B.G.B., und bei der Prüfung der Zuläseigkeit der Scheidung (Artt. 171. 27 E.G.) hat nach der übereinstimmenden Ansicht österreichischer Rechtslehrer (wie Unger im Systeme 1 § 23 unter IV A 5 S. 193; Rittner § 5 unter 3 S. 52 [dieser jedoch in der Begründung etwas abweichend]; Burkhard im Systeme sweiter Teil § 74 8. 288; in den Kommentaren von Kirchstetter § 37 unter 5 S. 68 und von Stubenrauch, Vorbemerkung II B 6 S. 126 vor § 44) der österreichische Richter ausschließelich das in Österreich geltende materielle Eherecht sals zum öffentlichen Rechte gehörigs auch in Anschung der von Ausländern im Auslande eingegangenen Ehen und der dort vorgefallenen Scheidungsgräude anzuwenden, eine Ansicht, der sich nach dem Zeugnisse Jettele S. 46 f., 49 die Rechtsprechung der österreichischen Gerichte, einschließlich der des obersten Gerichtshofes, durchgängig angeschlossen hat (vgl. auch Böhme Zeitschrift 10 S. 484). Indeaem kann die Frage auf sich beruhen, denn die Anwendung beider Rechte führt zu demseiben Ergebnisse.

Nach deutschem (§ 1358) wie nach österreichischem Rechte (§ 92) findet der Anspruch des Klägers in der unstreitigen Thatsache, daß die Beklagte den Kläger verlassen hat und die Wiederherstellung des ehelichen Lebess verweigert, an sich seine Rechtfertigung . . .

Art. 23 E.G. s. B.G.B. — Pflegschaft über in Amerika bevormundete Amerikaner behufs Geltendmachung von Rechten am Erlöse deutscher Grundstücke?

Beechl. des Kammergerichtes 23, 6, 1902.

Die minderiährigen Geschwister A., deren verstorbener Vater amerikanischer Bürger war, sind in Amerika geboren, halten eich dort auf und haben von der dortigen Behörde in der Person ihrer ebenfalls dort wohnhaften Mutter eine Vormitnderin erhalten. Sie sind Miterben eines in Frankfurt verstorbenen Verwandten; sum Nachlasse gehört ein Grundstück, das die Erben veräußern wollen. Aus Anlass der Beanstandung ihrer Vertretungemacht hat die Vormünderin beim Vormundechafterichter die Anordnung einer Pflegschaft für die Mündel behufs ihrer Vertretung bei der Veräußerung beantragt. Das Amtsgericht hat nun eine Pflegechaft anordnes wollen, die sich auch auf die Verwaltung des den Mündeln gufailenden Auteiles am Eriöse bis zur Volljährigkeit erstreckte. Das Landgericht hat dies gebilligt. Die weitere Beschwerde ist begründet. Nach Art. 23 ist eine Pflegschaft über Ausländer nur anzuordnen, wenn der Heimatsstaat die nach den Gesetzen dieses Staates erforderliche Fürsorge nicht übernimmt. Wie die Vorinstanzen feststellen, erstreckt sich die Vertretungsmacht der von Heimatestaate bestellten Vormünder nach dem Rechte dieses Staates nicht auf die Rechte der Mündel an außerhalb dieses Staates belegenen Grundatücken, diese Rechte beherrecht vielmehr das Gesetz des Staates, in dessen Gebiet die Grundstücke liegen; wenn also Minderjährige — wie nach deutschem Recht — bei der Veräuserung von Grundstücken eines Vertreten und der Mitwirkung des Vormundschaftsgerichtes bedürfen, so sind sie auch nach dem Gesetze ihrer Heimat der Fürzorge bedürftig. Diese Festatellung entspricht einer in der englisch-amerikanischen Litteratur allgemein, u. a. con Story, Commentaries on the conflict of laws § 504, vertretenen Auffassung, die auf der Anwendung des Princips beruht, dass die Rechte au Grundstücken ausschließlich unter der Herrschaft der les rei sitee ständen; die vom Landgerichte genannten Schriftsteller bezeugen, dass diese Auffassung in den Staaten der Union thatsächlich in Geltung ist. Meis (Internationales Civil- und Handelsrecht 1 S. 314) bestreitet dies allerdings; mach seiner Ansicht ist der auch von v. Bar (Internationales Privatrecht 1 S. 566-572) als richtig anerkannte Satz, daß der Vormund ohne Enschränkung hinsichtlich der Immobilien die ihm nach dem Personalstatut des Mündels austehenden Rechte habe, auch in den Vereinigten Staaten geltendes

Recht. Einer Nachprüfung jener Feststallung bedarf es indessen umseweniger, als die Beschwerdeführerin sie nicht angegriffen hat, vielmehr gerade mit Rücksicht auf die Schranken ihrer Vertretungsmacht die inländische Fürsorge für ihre Mündel begehrt. Angesichts dieses Begehrens bedarf es auch nicht des besonderen Nachweises, dass der Heimatsstaat überhaupt in die Lage gebracht worden ist, die Fürsorge für die Mündel zu übernehmen. Ist also davon auszugehen, dass die im Art. 28 geordnete Fürsorge einsutreten hat, so ist weiter zu prüfen, in welchem Umfange sie erforderlich ist. Sie findet ihre Grenze an der Fürsorge des Heimatsstaates, sie tritt nur ein, wo die letztere verzegt, und tritt surück, wenn die heimatliche Fürsorge — die sieh in der Vertretungsmacht der Vormünderin darstellt — wieder wirksam wind.

Die Vormünderin ist nach den Feststellungen der Vorinstanzen nicht berechtigt, über Rechte an Grundstücken zu verfügen, abgesehen hiervon wird ihre Bestellung nach den im Art. 23 sum Ausdruck gebrachten Principien im Inlande in demselben Umfange als wirksam averkannt, in welchem sie im Heimatsstaate der Mündel wirksam ist, die Vormünderin ist also auch im Inlands als guardian of the person and property der Mündel (wie es in den Bestallungen heifst) zur Vertretung der Mündel in Besug auf ihr Vermögen ermächtigt. Einer besonderen inländischen Fürsorge bedarf es also nur, insefern Rechte der Mündel an Grundstücken in Frage kommen; sowie diese Rechte durch Veräußerung untergehen, und an deren Stelle andere Vermögenswerte eintreten, werden die letzteren von der heimatlichen durch die Vormünderin repräsentierten Fürsorge ergriffen. Es liegt kein inländisches Interesse vor, den Übergang des Vermögens der Mündel in das rechtliche, und nach den Ausführungen der Beschwerdeführerin auch in das ränmliche Herrschaftsgebiet der Heimat zu hindern. Ob dies im Interesse der Mündel liegt, was ja die Regel sein wird, ist nicht zu prüfen, da in dieser Besiebung eine inländische Verpflichtung sur Fürsorge nicht mehr besteht. Nach diesen Grundsättsen haben die inländischen Behörden nur das Interesse der Mündel an der Feststellung der Bedingungen für die Veräußerung des Nachlaßgrundstückes wahrzunehmen und die gehörige Vollsiehung der Veräußerung zu beaufzichtigen. Nur zu diesem Zwecke ist eine Pflegschaft erforderlich, die Einziehung, Belegung und Verwaltung des Antelles der Mündel am Erlöss ist ihrer Vormünderin zu überlassen, da insoweit die susländische Fürsorge, wie sie auch immer geregelt sein mag, wieder in Kraft tritt.

Art. 10 E.G. s. B.G.B. — Rechtsfähigkeit ausländischer (schoodischer) juristischer Personen.

Urteil des Oberlandesgerichtes Kiel 21. 3. 1902, II. Civ.-Senat.

Die Rechtsfähigkeit der klagenden Bank ist nach schwedischem Becht su beurteilen. Eine gesetsliche Verschrift, nach welcher die Rechtsfähigkeit einer ausländischen juristischen Person nach den Gesetzen desjenigen Staates su beurteilen sei, in welchem eie ihren Sitz hat, besteht allerdings sieht. Das E.G. hat den in den beiden Entwürfen aufgestellten Satz des erwähnten Inhaltes nicht aufgenommen, sondern bestimmt im Art. 7 nur, dass die Geschäftsfähigkeit einer Person nach den Rechten des Staates beurteilt werden soll, dem die Person augehört. Allgemeine Gesichtspunkte lassen aber den in den beiden Entwitrfen aufgestellten Grundsatz trotz seiner Streichung als auch für das geltende Recht autreffend erscheinen. Es führt dazu schon die Erwägung, dass es an jeder Möglichkeit fehlt, die Rechtsfähigkeit einer ausländischen juristischen Person nach anderen Gesetzen als devjenigen ihres Staates, etwa nach den deutschen Gesetzen, zu beurteilen. Wie Planck (sum Art. 10 Anm. 1) sutreffend ausführt, sind die Gesetze eines Staates nur auf die innerhalb dieses Staates zur Entstebung gelangenden juristischen Personen sugeschnitten. Die ausländischen juristischen Persones können die Bedingungen, welche z. B. das deutsche Recht zur Entstehung der Rechtsfähigkeit vorschreibt, zum großen Teil nicht erfüllen, sie können sich s. B. nicht in Handels- und Genomenschaftzregister deutscher Gerichte eintragen lassen. Ihre Nichtanerkennung für das deutsche Recht kann aber der Gesetsgeber dieserhalb nicht gewollt haben. Dazu kommt, dass der Art. 10 eine Ausnahme enthält, welche um ihres Ausnahmecharakters willen dafür spricht, daß als Regel in allen dem Art. 10 nicht unterstehenden Fällen das ausländische Recht über die Rechtsfähigkeit der ausländischen jurietischen Person entscheidet. Art. 10 bestimmt, daß ein einem fremdes Staate angehörender und nach demen Gesetzen rechtsfähiger Verein, der die Rechtsfähigkeit im Inlande nur nach §§ 21, 22 B.G.B. erlangen könnte, als rechtsfähig gelten soll, wann seine Rechtsfähigkeit durch Beschlaß des Bundesrates anerkannt ist. Diese Ausnahme besieht sich also nur auf Versine der in §§ 21, 22 gedachten Art, nicht auf Versinigungen, deren Rechtsfähigkeit, wenn sie im Inlande bestände, sich nach anderen Gesetzen, als den genannten Paragraphen, s. B. nach dem H.G.B. u. s. w., richten würde. Aus dem Statut der Klägerin ergiebt sieh nun, dass es bei ihr nich um eine Gesellschaftsform handelt, die den deutschen Genossenschaften mit unbeschränkter Haftung entspricht. Sie würde, wenn sie in Deutschland bestände, nicht den §§ 21, 22 unterliegen, ihre Rechtsfähigkeit hängt daher nicht von ihrer Anerkennung durch den Bundesrat ab, sondern ist nach den chwedischen Gesetzen zu beurteilen. Dass sie nach diesen Gesetzen rechtsfähig ist, bedarf im Hinblick auf den Umstand, dass ihr Statut vom Könige bestätigt, dass sie geregelte Vertretung hat und mit der Fähigkeit sur Ausgabe von Banknoten ausgestattet ist, eines weiteren Beweises nicht.

Anwendung des § 360 Ziff. 8 St.G.B. auf im Ausland erworbene Doktortitel.

Urteil des Oberlandesgerichts Karlsrube, Strafsenat 4. 11. 1901 (Badische Rechtspraxis 1901 No. 25 S. 318).

Gegen den seit Jahren in K. anslatigen Zahntechniker R. hat das Bes.-A. auf Grand § 360 Ziff. S St.G.B. Strafverfügung erlassen, weil er auf

einem an seiner Wohnung angebruchten Schild seinem Namen die Worte: "doctor of deutal surgery" beigefügt hatte, ein Titel, welcher ihm im Jahre 1891 von einer amerikanischen sahnärstlichen Privatfachschule, dem sermenamerican dental college in Chicago, much einer vor derselben abgelegten Prüfung verliehen worden war. Auf Einspruch des Angeschuldigten wurde demelbe jedoch von dem Schöffengericht K. freigesprochen und die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Berufung von der Strafkammer K. verworfen. Auch die von der Staatsanwaltschaft gegen das landgerichtliche Erkenntnis eingelegte Revision wurde von dem O.L.G. mit folgenden Ausführungen zurückgewiesen: Richtig ist, dass in Deutschland der Doktortitel nur von Universitäten und ähnlichen vom Staat mit öffentlich-rechtlicher Autorität ausgestatteten Korporationen verliehen werden kann; nicht richtig aber ist, dais eine andere Art der Verleihung begrifflich ausgeschlossen erscheint. Es staht vielmehr mit dem Begriff der Doktorwürde keineswegs im Widerspruch, wenn andere Staaten auch Privatlehranstalten, welche ihnen eine genügende Garantie für eine wissenschaftliche Fachausbildung su bieten scheinen, das Recht erteilen, auf Grund einer vor ihnen abgelegten Prüfung den Doktortitel zu verleihen. Ferner kann es auch nicht für satreffend erachtet werden, wenn die Revisionsbegründung behauptet, die Führung eines solchen im Ausland erworbenen Doktortitels in Deutschland sei ohne welteres unbefugt, weil eben hier nur der von einer Universität oder Shulichen öffentlich-rechtlichen Korporation verliehene Doktortitel als solcher anerkannt werde; denn es könnte hieraus nur der Schluß gesogen werden, dass and Grund einer von einer ausländischen Privatiehranstalt erfolgten Verleibung der Doktortitel nicht in einer Form geführt werden darf, welche den Anschein zu erwecken gerignet wäre als ob der Inhaber denselben von einer deutschen Universität oder ähnlich öffentlich-rechtlichen Korporation verliehen erhalten hätte. Ale autreffend erscheint vielmehr die Ansicht von Zehnter, welcher in seiner Schrift: "die Führung zahnärztlicher Titel sowie des Doktortitels" ausführt, dass, sofern die inländische Gesetzgebung die Führung des ansländischen Doktortitels nicht ausdrücklich verbietet oder von der Erteilung einer Genehmigung abhängig macht, die Pithrung dieses Titels in einer Form, welche seinen Umprung erkennen läfst, dann nicht als unbefugt im Sinne von § 360 Ziff. 8 St.G.B. erscheint, "wenn derselbe von einer ausländischen Lehranstalt verliehen worden ist, welcher nach der Gesetzgebung ihres Staates die Befugnis su einer solchen Verleibung susteht". Vgl. Zehnter a. a. O. S. 26-28 und S. 91/92. Es steht nun sunlichet fest, daß bie zur Erlassung der Lh.V. vom 14. September 1899, die Führung akademischer Würden betr. (vgl. G. u. V.Bl. S. 485/486), im Großhersogtum Baden die Pührung eines ausländischen Doktortitels weder ausdrücklich verboten noch an die Erteilung einer Genehmigung geknüpft war und daß auch nach dieser V. eine solche Genehmigung nur für die nach dem ersten September 1899 erworbenen akademischen Witrden erforderlich ist, so daß der Angeklagte demelben für seinen im Jahre 1891 in Amerika erlangten Doktortitel jedenfalls nicht bedurfte. Ferner hat der Angeklagte diesen Doktortitel in der Form geführt, in welcher ihm derselbe verlieben worden war, nitzlich unter der

Bezeichnung: "doctor of dental surgery". Damit war für Jedermann klar, daß er sich nicht etwa einen deutschen Doktortitel anmaßen wollte, gondern lediglich den Doktortitel in der Form und Sprache für sich in Anspruch nahm, in welcher er ihm von der hierzu legitimierten amerikanishen Lehranstalt verlieben worden war. Denn es ist endlich festgestellt, dass das germon-american dental college in Chicago kraft der ihm im Staate Illinois erteilten Korporationerechte befugt war, dem Angeklagten auf Grund seines zahnärztlichen Studiums und der von ihm abgelegten Prüfung den Titel eines doctor of dental surgery zu verleihen. Ob der Angeklagte auch dann berechtigt gewesen wäre, den Titel eines doctor of dental surgery in Doutschland su führen, wenn ihm diese Würde von einer der verschiedentlich in Amerika bestehenden Schwindelunternehmungen verliehen worden wäre, welche sich die Korporationsrechte und damit das Recht sur Verleihung von Doktordiplomen su verschaffen wissen, ohne daß ihre Leiter irgendwelche wissenschaftliche Garantien bieten, und welche alsdann ihre Doktordiplome ohne vorangegangenes Studium und ohne bestandene Prüfung an Abwesende verkaufen, kann hier füglich dahingestellt bieiben; denn in den landgerichtlichen Entscheidungegründen ist ausdrücklich festgestellt, dass das german-american dental college in Chicago kein solches Schwindelunternehmen ist, sondern gernsthaft wissenschaftliche und Lehrawecke verfolgt und für die Zahnheilkunde vorbereitet, auch vom state board of dental examiners als "reputable" anerkannt ist". (Vgl. die landgerichtlichen Entscheidungsgründe A. S. 56, 58, 70-72). Nach dem Gesagten erscheint der Angeklagte berechtigt, den ihm vom german-american dental college varlichenen Titel eines doctor of deutal surgery im Großhersogtum Baden zu führen, und konnte er daher nicht aus § 360 Ziff. 8 St.G.B. bestraft werden. Ebenso: Zehnter, die Führung sahnärztlicher Titel 8. 78, sowie das Urteil Grofsh. Strafkammer Karlsruhe vom 5. 11. 1891 L. A. S. gegen Ferdinand Miltenberger von hier wegen Vergehens gegen die Gew.O. und das Urteil des Königl. Preufs. Kammergerichts vom 2. 2. 1898, citiert in der Bad. R.Prax. 1900, S. 48/49.

Amerika, Vereinigte Staaten.

Massgeblichkeit der letsten lex domicilii des Testators hinsichtlich der Gültigkeit eines Testamentes für "personal property".

Urteil des Supreme Court von New York in Sachen Plant gegen Harrison, (36 N. Y. Misc. 649; Harvard Law Review XV S. 746).

Es stand die Gültigkeit einer testamentarischen Bestimmung in Frage, deren Gültigkeit die Entscheidung eines Gerichtes in Connecticut angenommen und zur Grundlage einer Vollstreckungsanweisung gewonnen hatte. Der New-Yorker Gerichtshof weigerte dieser Entscheidung die Anerkennung undgnahm seine Kompetenz für das Nachlaßwerfahren wie die Maßgeblichkeit des Rechtes von New-York in Anspruch, weil der Testator in New York letztes Dominil gehabt hatte.

Auslieferung. Deserteur eines im Bau auf amerikanischer Werft begriffenen russischen Kriegsschiffes.

Urteil des Supreme Court of the U. S. in Sachen Tucker gegen United States (22 Sup. Ct. Rep. 195; Harvard Law Review XV S. 675).

Auf der Werft der Cramp Ship Building Company wurde der für die russische Kriegemarine bestimmte Kreuser "Variag" gebaut. Während des Baues waren auf Ersuchen der russischen Regierung russische Offisiere und 58 Mann von der amerikanischen Regierung zugelassen, welche die Besatzung des "Variag" zu bilden bestimmt waren. Nach dem Stapellauf, aber vor der Vollendung des Baues und vor Abnahme desselben durch die russische Regierung, desertierte ein Matrose. Auf Ersochen Rufslands lieferte die amerikanische Regierung den Mann aus. Der Supreme Court erklärte in seiner Majorität die Auslieferung für gerechtfertigt durch Art. 9 des amerikanischrussischen Vertrages von 1832, und zwar mit der Begründung, daß der Ausgelieferte Deserteur eines russischen Kriegsschiffes im Sinne des Vertrages sei ²).

1) Die russische Praxis, wonach den für die russische Kriegmarine auf ansländischen Werften zu erbauenden Schiffen schon während des Banes die künftige Besatzung beigegeben und in dem Hafenort oft jahrelang stationiert wird, um den Bau des Schiffes zu beobachten, schafft eine Reihe internationalzechtlichen Schwierigkeiten betreffs der persönlichen Bechtsatellung der Besatzung.

der Besstung.

Der Gedanke, dass der unfertige und noch nicht abgelieserte Schiffskörper bereits russisches Kriegsschiff sei, mus im Sinne des allgemeinen internationalen Rechtes (Exterritorialität u. s. w.) sweisellos principiell surückgewiesen werden. Aber auch im besonderen Sinne der Staatsverträge über Auslieserung desertierter Schiffsmannschaften wird seine Richtigkeit von der Minorität des Supreme Court und von dem Beurteiler in der Harvard Law Review mit Grund bestritten. Denn es sind die besonderen Bedingungen und Bedürfnisse der Schiffshrt, welchen jene Verträge Rechnung tragen wollen. Im gegebenen Fall handelt es sich aber nicht um Schiffshrt, sondern um einen im fremden Territorium stationierten Truppenteil, dessen besondere Rechtsstellung sich nach den jeweils bei der Zulassung obwaltenden Umständen, insbesondere nach den vom Empfangsstaat gestellten Bedingungen richtet. Im Zweifel wird dasjenige Mass von Exterritorialität anzuerkennen sein, welches durch den Zweck und die dienstliche Organisation des zugelassenen Truppenteils bedingt ist. Vgl. Note des Deutschen Reichskanslers vom 28. 4. 1887 (Schnäbele-Fall), Calvo, Droit international 5. Aufl., §§ 1500, 1560. Perels, Das internationals öffentliche Seerscht 8. 114, Martens, Völkerrecht (Deutsche Ausgabe von Bergbohm) I. S. 341, III. 377, Liest, Völkerrecht dieser, badingten und beschränkten. Exterritorialität

Der Gesichtspunkt dieser — bedingten und beschränkten — Exterritorialität dürfte dam führen, die vom Absendestaate im Fall der Desertion nachgesuchte Hülfe nicht als Gegenstand einer Verpflichtung des Empfangs-

Preußisch-amerikanischer Auslieferungsvertrag von 1852.

Entscheidung des Supreme Court in Sachen Terlinden gegen Ames (22 Sup. Ct. Rep. 484; Harvard Law Review XV. S. 880).

Die Auslieferung des deutschen Staatsangehörigen Terlinden wurde auf Grund des in der Überschrift beseichneten Vertrages bewilligt, dessen Fortgeltung durch das "Executive Departement" festgestellt wurde.

England.

Auslieferung an die Vereinigten Staaten von Amerika. Vorausseteungen.

Entscheidung der King's Bench in Sachen "Rex gegen Dix" (18 T. L. R. 231; Harvard Law Review XV S. 674).

Den Vereinigten Staaten wurde Auslieferung wegen eines Vergehens bewilligt, welches sich nach amerikanischem (kalifornischem) Recht als "larcency by smbezzlement", nach englischem Recht aber als "fraud by a banker" charakterisierte. Auf Grund der extradition act von 1870 und des englischamerikanischen Vertrages von 1889 wies die King's Bench das writ of habens corpus des Angeschuldigten zurück.

Ann.: Harvard Law Review a. a. O. stellt durch Belege fest, daß beide beteiligte Staaten in konstanter Praxis den Grundeats befolgen, daß nur die Strafbarkeit als solche, nicht deren rechtlicher Genichtspunkt mach beiden beteiligten Staaten übereinstimmend begründet sein muß, damit die Amslieferung erfolgt.

Das in England befindliche Nachlassvermögen eines ohne Erben gestorbenen Österreichers fällt dem englischen Staatsschats zu.

Urteil der Chancery Division in Sachen Barnett's Trusts (18 T. L. R. 454, Harvard Law Review XV. S. 856).

Ein Österreicher war ohne Erben gestorben und hatte Kapitalvermögen in England hinterlassen, das dort sur gerichtlichen Hinterlegung gebracht war. Sowohl der österreichische als der englische Staatsschatz erhoben Anapruch auf das Vermögen. Der Gerichtshof entschied zu Gunsten Englande,

staates im Sinne der Schiffshrts- u. s. w. Verträge, wohl aber als berechtigt gegenüber den Habeas-Corpus-Principien des Empfangestaates zu qualificieren. Im Erge bnis dürfte hiernach das Urteil des Supreme Court gerechterigt und der Standpunkt der Harvard Law Review a. a. O. nicht autreffend sem.

Niemzeer.

de nicht eine erbrechtliche Succession, sondern das Okkupationsrecht in Besug auf bons vacantis in Frage stehe, und für dieses nicht das Personalstetnt, sondern das Ortsrecht des Vermögens entscheidend sei.

Frankroich.

Zuständigkeit der fransösischen Gerichte für Ehescheidungsprosesse moischen Ausländern.

Urteil des Tribunal civ. de la Seine, 4. chambre, 20. 1. 1902 (Bulletin pratique de droit int. pr. 1902 S. 19).

Eine Fransösin wurde durch Verheirstung mit einem Schweden echwedische Stastsangehörige. Während die Ehegatten in Frankreich wohnten, klagte die Ehefrau auf Scheidung und ließ ausführen:

Allerdings erklärten sich die fransösischen Gerichte in Rochtstreitigkeiten zwischen Ausländern, zumal bei Fragen, die den Personenstand betreifen, für unzuständig; nach konstanter Praxis würden aber zahlreiche Ausnahmen von diesem Grundsatz gemacht. Dies sei insbesondere der Fall,
wenn die klagende Partei in Frankreich wohne und der Beklagte die Unzuständigkeit nicht geltend mache. Ja, selbet dann, wenn dieser Einwand
erhoben werde, erklärten sich die französischen Gerichte regelmäßeig für
zuständig, wenn es sich, wie im vorliegenden Falle, um eine durch Verheiratung zur Analänderin gewordene Französin von Geburt handle.

Das Tribunal hat daraufhin seine Zuständigkeit angenommen und unter Zugrundelegung des schwedischen Bechtes auf Scheidung erkannt.

Anm. Die französischen Gerichte sind zögernd in neuester Zeit dazu übergegungen, unter gewissen Voraussetzungen ihre Kompetens in Ehesachen der in Frankreich domisilierten Ausländer ansunehmen. Vgl. Viscent und Pénaud, Dictionnaire de droit intern. privé S. 787 ff.; Journal du droit intern. privé Bd. XXVII S. 958. Eine konstante Judikatur läßt sich noch nicht erkennen.

Unsuständigkeit der fransösischen Gerichte für die Forderungsklage eines Ausländers gegen einen Ausländer, falls beide Parteien kein autorisiertes Domisil in Frankreich haben, der Beklagte aber einen bestimmten Wohnsits im Auslande hat.

Urteil der Cour d'appel de Paris, 1. chambre, 18. 2. 1902 (Bull. prat. de droit intern. pr. 1902 S. 49).

Eine Spanierin (Mile. Otéro) klagte gegen einen Engländer (M. Bulpett) auf Rücksahlung von 20 000 Francs wegen Nichtlieferung gekaufter Sachen.

Die Klägerin hatte in Frankreich kein autorisiertes Domizil. Der Bekingts hatte seinen Wohnsitz in London.

Der Beklagte machte die Unswetändigkeit der fransösischen Gerichte geltend, da er sein Dominil in London habe, wo die Klägerin ihm leicht hätte verklagen können.

Die Klägerin berief sich auf Art. 14 des Code civil, welcher den Franzosen gestattet, ihre ausländischen Schuldner vor den französischen Gezichten zu belangen, und auf den französisch-spanischen Konsularvertrag vom 7. 1. 1862 und den französisch-spanischen Handelsvertrag vom 6. 2. 1882. Der Art. 2 des ersteren Vertrages lautet, wie folgt: "Les Français en Espagns et les Espagnols en France jouiront réciproquement d'une constante et complète protection pour leurs personnes et leurs propriétés. Ils auront en conséquence un libre et facile accès auprès des tribunaux de justice, tant pour réclamer que pour défendre leurs droits ... et jouiront enfin ... des mêmes droits ou avantages déjà accordés, ou qui seraient accordée aux nationaux."

Der Gerichtshof entschied: Aus dem Wortlaut des citierten Art. 2 wie auch aus seinem Verhältnis zu dem vorhergehenden Artikel des Vertrages ergebe sich, daß die Spanier swar die unbeschränkte Befugnis hätten, ihre Rechte vor den französischen Gerichten zu verfolgen und zu verteidigen, ohne daß aus ihrer Ausländereigenschaft ein Einwand entnommen werden könnte, daß aber diese Befugnis nicht die Gleichstellung mit den Inländern in Ansehung des ausnahmsweisen Rechtes des Art. 14 des Code civil bedeute, daß vielmehr in einem internationalen Vertrage diese Gleichstellung ausdrücklich hätte ausgesprochen werden müssen und daher nicht auf Grund bloßer Vertrageauslegung angenommen werden könne. Hiernach seien, da die Klägerin kein autorisiertes Domizil in Frankreich, dagegen der Beklagte in London seinen Wohnsitz habe, wo er von der Klägerin leicht hätte belangt werden können, die französischen Gerichte für die vorliegende Klage nicht suständig.

Versteigerung im Ausland gelegener Nachlassgrundstücke.

Urteil des tribunal civil de la Seine, 2. chambre, 4. 2. 1902 (Bulletin pratique de droit int. pr. 1902 S. 13).

Einer in Paris verstorbenen Französin (Mdme. Schwab) gehörten mehrere in Brasilien gelegene Grundstücke. Die Erben waren sämtlich Franzosen. Sie verlangten, dass die Grundstücke zum Zweck der Nachlassteilung in Frankreich versteigert würden. Auf den Widerspruch einer Miterbin, die die Versteigerung in Brasilien vorgenommen wissen wollte, erklärte das Gericht die Versteigerung in Frankreich für zuläseig und ordnete diese an.

Klagsustellung an Ausländer in Frankreich.

Urteil der Cour d'appel de Paris, 1. chambre, 9. 1. 1902 (Bulletin pratique de droit int. pr. 1902 S. 10).

Das Gericht entschied: Nach Art. 74 des Code de procédure civil ist grundsätzlich die in Frankreich erfolgende Vorladung eines im Auslande wohnenden, aber auf der Durchreise in Frankreich befindlichen Ausländers gültig, wenn sie ihm in Person sugestellt ist und er gegen die Zusteilung keine Verwahrung eingelegt hat.

Griechentand:

Welches Recht ist für Kontraktobligationen maßgebend? Ist Art. 145 des Gerichtsverfassungsgesetses "d'ordre public"?

Urteile des Plenums des Areopags zu Athen in Sachen Michalines gegen Malinka, No. 90 von 1900 und der Sektion B No. 279 von 1900 (Themis XI, S. 258, 848; J. XXIX S. 901).

Während der Verhandlung der Erbschaftsklage einer Griechin vor dem türkischen Gerichten in Konstantinopel verpflichteten sich Landeleate der Klägerin durch Vertrag mit deren Anwalt, diesem 1500 türkische Pfund zu zahlen, wenn die Klägerin den Prozeß gewönne. Die Klägerin gewann den Prozeß. Der Advokat klagte vor dem griechischen Konsulargericht in Konstantinopel auf Zahlung der 1500 Pfund. Die Beklagten beriefen sich auf Art. 145 des Gerichtsverfassungsgesetzes, welcher pactum de quota litis zu Gunsten eines Advokaten verbietet. Der Klage wurde vom Konsulargericht und von dem Appellationsgericht in Athen stattgegeben. In dritter Instanz wurde die Klage vor verschiedenen Senaten des Areopags in Athen und teilweise vor dessen Plenum verhandelt und schließlich abgewiesen,

Die Parteien und die Gerichte waren unter anderm verschiedener Meinung darüber:

- 1. ob im Princip griechisches oder türkisches Recht anzuwenden sei,
- ob etwa im letzteren Falle speciali Art. 145 als Vorschrift τῆς δημοσίας τάξεως" ("ordre public") gemäß Art. 8 des Gesetzes 29. 10. 1856 durchængreifen habe.

Es wurde in letzter Instanz entschieden:

zu 1. daß gemäß Art. 6 des Ges. v. 29. 10. 1856 als im gegebenen Fall von den Vertragschließenden gewillkürtes Recht das türkische Recht an sich maßgebend sei,

su $\bar{2}$, daís Art 145 cit, als Vorschrift "d'ordre public" gemäß durchsugreifen habe.

Zu 1. kam nicht nur Art. 6 cit. in Betracht, welcher für Kontraktsobligationen regelmäßig die Anwendung des Bechtes des Erfüllungsurtes vorschreibt, sondern auch Art. 129 des Konsulargesetses von 1877, welcher als Regel bestimmt, daß die Konsulargerichte auf Kontraktsobligationen zwischen Griechen deren Heimatzrecht anzuwenden haben.

Aum.: Die Entscheidung wird im Ergebals und in der Begründung von mehreren Seiten lebhaft angegriffen. Vgl. Politis im J. a. a. O., ferner Themis Bd. X. S. 616, XI. S. 664, Journal de le jurisprudence grecque et françoise XIX S. 371.

Italion.

Litispendens. Eimoand der L. mit Besug auf einen im Ausland anhängigen Prosess.

Urteil der Corte d'appello Mailand 28. 2. 1898 (Monitore dei tribunali 1898 L. 734; J. XXIX S. 909).

Prosesse vor ausländischen Gerichten begründen den Einwand nicht.

Östarreich.

Vormundschaft über einen Ausländer 1).

Entscheidung des obersten Gerichtshofes, 4. 4. 1902 (Z. 2281).

Das Bezirksgericht Innere Stadt I in Wien hat über Ansuchen des Vormundes gemäß § 251 a. b. G.B. die Fortdauer der vorläufigen Vormundschaft über den am 11. 11. 1880 in Wien geborenen französischen Staatsbürger Louis D., Geschäftsangestellten in Wien, auf unbestimmte Zeit wegen Verschwendung verordnet.

Begründung: Louis D. besitst derzeit ein Vermögen von 28000 Kronen, dessen jährlicher Ertrag von 1276 Kronen allein nicht hinzeichen würde, demselben die Existens zu siehern. D. hat sich aber durch Leichtsian selbst sein früher bedeutend böheres Einkommen geschmälert, indem zur Besahlung zum Teile sehr schmutziger und durchwegs leichtsinniger Schulden ein Kapitalsbetrag von 6000 Kronen aufgewendet werden mußte, während schon früher wegen seiner Erkrankung, die vielleicht mit seiner damaligen Lebensweise in innerm Zunammenbange stand, ein gleicher Kapitalsbetrag

¹⁾ Vgl. Ztschr. Bd. X S. 255. 336. 487, XI S. 130.

zur Herstellung seiner Gesundbeit aufgewendet werden mußte. Der Minderjährige und dessen Mutter baben allerdings gegen die Verlängerung der Vormundschaft unter Hinweis darauf Einsprache erhoben, daß der Minderjährige sich seither vollständig gebessert habe und reif erscheine, seine Vermögensangelegenheiten selbst zu besorgen, und hat ersterer auch darauf verwiesen, daß er als französischer Staatsbürger nur seinen Gerichten unterstebe. Allein das Vormundschaftsgericht hielt die seit Eingehung und Bezahlung der Schulden verflossene Zeit für eine viel zu kurze, als daß heute schon mit Sieherheit beurteilt werden könnte, dass die Wandlung zum Guten im Charakter des jungen Mannes eine nachhaltige und dauernde sein werde und erachtet sich andereraeits dieses Gericht auch für die Verlängerung der Vormundschaft über diesen Ausländer für zuständig, da aus der Mitteilung der in dieser Angelegenheit angegangenen Behörde hervorgeht, daß die französischen Gerichte den erforderlich scheinenden Schutz, wie er hiermit dem Minderjährigen gewährt wird, nur auf Antrag der Beteiligten (des Vormundes oder eines Familienrates) und nach vorgängigem Streitverfahren augedeihen lassen, während das österreichische Gericht in seinen Schutzmaßregeln viel weiter geht und dieselben nicht erst auf Anzufen der Beteiligten, sondern von Amtswegen und allenfalls auch gegen deren Willen in Wirkeamkeit treten läßt.

Das Landesgericht in Wien genehmigte diesen Beschluß des Vormundschaftsgerichtes.

Das Oberlandesgericht in Wien hat dem Rekurse des Louis D. und dessen Mutter Virginie R. geb. D. keine Folge gegeben und den erstinstanslichen Beschluse bestätigt.

Begründung: Nach dem Justisministerialeriasse vom 4. 6. 1859. Z. 7808 und vom 10. 10. 1860, Z. 14 939 haben die österreichischen Gerichte, wenngleich die Personenrechte, welche sich auf persönliche Eigenschaften und Verhältnisse beziehen, durch die Gesetze jenes Staates geregelt werden, welchem die betreffende Person als Unterthan unterworfen ist, nichtsdestoweniger im Sinne der §§ 188 und 219 des kais. Patentes vom 9. 8. 1854, No. 208 K.G.Bl. den im österreichischen Staate befindlichen minderjährigen Kindern eines Ausländers, sowie den hierlands befindlichen großjährigen Ausländern, wenn der Fall der Bestellung einer Kuratel eintritt, ohne Rücksicht auf den in dem fremden Staate in Ausehung der österreichischen Unterthanen beobschteten Vorgang einen Vormund beziehungsweise Kurator auf so lange zu bestellen, bis von der zuständigen ausländischen Behörde eine andere Verfügung getroffen wird. Die Vormundschaft beziehungsweise Kuratel ist in einem solchen Falle nach Mafagabe der hierländischen Gesetze einzuleiten und zu führen. Demgemäß hat die Verhängung der Kuratel und die Verlängerung der Vormundschaft nach den Vorschriften der inländischen Gesetze zu erfolgen, ohne Rücksicht darauf, ob das ausländische Gesetz die Entmündigung und die Anordnung eines Beistandes an besondere Voraussetzungen knüpft, eventuell die vorherige Erwirkung eines Urteils seitens bestummter Personen fordert. Hieraus ergiebt eich, dass das inländische Gericht über die von Virginie D. angebrachte Bitte vom 2, 2, 1881 um Bestellung eines Vormundes für ihren am 11, 11, 1880

geborenen Sohn Louis D. zu dieser Vormundschaftsbestellung auch dann berufen war, wenn die damals in Wien wohnhaft gewesene Bittstalleria fransösische Staatsangehörige war. Solange die ausländische Behörde nicht einschreitet, ist das inländische Gericht berufen, beim Vorhandensein der Voraussetsungen des § 251 besiehungsweise der 👫 269 und 278 a. b. G.B. die Fortdauer der Vermundschaft auf eine längere und unbestimmte Zeit ansnordnen besiehungsweise die Kuratel zu verhängen. Nach § 251 a. h. G.B. bat das vormundschaftliche Gericht auf Ansuchen oder nach Vernehmung des Vormundes und der Verwandten wegen Leibes- oder Gemütigebrechen des Pflegebefohlenen, wegen Verschwendung oder aus anderen wichtigen Gründen die Fortdauer der Vormundschaft anzugrdnen. Louis D. hat bei seiner am 27. Dezember 1900 erfolgten Einvernahme selbst sugestanden, dafa er im Monat August 1900 wucherische Schulden kontrahierte, und dafs die bestiglichen Geldbeträge teils auf Provisionen für die Vermittler, teils im Verkehre mit Dirnen aufgingen. Dies hat auch seine Mutter bestätigt. Zer Berichtigung dieser Schulden wurde ein Betrag von 6000 Kromen, d, i, circa ein Sechstel seines Vermögens, verwendet. Diese Charakterschwäche ist zweifellos als ein wichtiger Grund im Sinne des § 251 a. h. G.B. anzuschen und daher die Fortdauer der Vormundschaft nach den inländischen Gesetzen begründet. Da Louis D. laut der im Rechtsmittelverfahren vongelegten Certifikate ddo, Wien, den 28. 10. 1899 und ddo. Paris, den 19. 8. 1901 französischer Staatsangehöriger ist, so stand es ihm besiehungsweise seiner Mutter jederzeit frei, durch das Einschreiten der suständigen französischen Behörde die Einstellung der hierländischen vormundschaftsbehördlichen Gerichtsbarkeit zu veranlassen. Bisher wurde ein solches Einschreiten der zuständigen fransösischen Behörde nicht ausgewiesen; es kann daher dem Rekurse derzeit keine Folge gegeben werden.

Der oberste Gerichtshof hat dem außerordentliehen Revisionsrekurse des Louis D. und dessen Mutter Virginie R. geb. D. keine Folge gegeben.

Bogritudung: Die Beschwerde des Rekurrenten ist nicht gegen die meritorische Begründung des angefochtenen Beschlusses, sondern nur dagegen gerichtet, dass das österreichische Gericht über ihn als französischen Staatsangehörigen die Verlängerung der Vormundschaft angeordnet hat. Alleis in dieser Richtung ist die Beschwerde nicht begründet. Das Bezirksgericht war nach dem im \$ 183 des kais. Patentes vom 9. 8. 1854, No. 206 R.G.Bl. sum Ausdrucke gelangten Grundsstse nicht nur berechtigt, sondern soger verpflichtet, die Vormundschaftsgerichtsbarkeit über den Bekurrenten insolange auszuüben, his von der suständigen ausländischen Behörde eine andere Verfügung getroffen wird, und es hat das Rekungericht mit Recht ausgesprochen, daß die Vormundschaft nach den hierlands geltenden Gesetzen zu führen war. Wenn zun das Bezirksgericht als Vormundschaftsbehörde des Rekurrenten im gegebenen Falle für notwendig erachtete, ungenehtet den Eintrittes der physischen Großjährigkeit im Interesse und sum Schutze des Pflegebefohlenen provisorisch eine nach diesen Gesetzen suitetige dringende Vorkehrung zu treffen und hiervon der zuständigen ausländischen Behörde Mitteilung machte, so kann hierin die Anmalsung einer dem österreichischen

Gerichte nicht zustehenden Gerichtsbarkeit und daher auch ein Eingriff in die Machtsphäre des auswärtigen Staats nicht erblickt werden, zumal es dem Gerichte des letzteren freistand, die Zuständigkeit zur Behandlung dieser Angelegenheit sofort nach der Bekanntgabe in Anspruch zu nehmen, und diese Vorkehrung, falls sie nach den Gesetzen des fremden Staates unzulässig ist, ehestens zu beseitigen und das Becht dieses letzteren zur Geltung zu bringen. Da somit in den untergerichtlichen Entscheidungen eine nach § 16 eit. Pat. zu deren Abänderung oder Aufhebung berechtigende Gesetzwidrigkeit nicht wahrgenommen werden kann, war dem außerordentlichen Bevisionsrekurse keine Folge zu geben.

Über den in Österreich befindlichen beweglichen Nachlass eines russischen Staatsangehörigen ist wie über die Verlassenschaft eines Inländers zu versahren.

Entscheidung des obersten Gerichtshofes, 21. 5. 1902 (Z. 6985).

In Erledigung des von B. als Erben nach dem am 18. 3. 1898 su Wien verstorbenen, daselbst ständig wohnhaft gewesenen russischen Staatsangehörigen A. gestellten Antrages auf Ausfolgung des gesamten, im Inlande befindlichen beweglichen Verlassenschaftsvermögens an das kais, russische Kreisgericht in Kamenee-Padolsk, und der hierüber mit sämtlichen Erben gepflogenen Verhandlung hat das k. k. Bezirksgericht Leopoldstadt II in Wien den Miterbinnen C., D. und E. aufgetragen, bis sum 30. 4. 1902 diesem Gerichte nachzuweisen, daß eine russische Gerichtsbehörde wegen Entscheidung über ihre erbrechtlichen Ansprüche angerufen wurde und daß diesfalls noch ein Rechtsstreit in Rußland anhängig ist, widrigenfalls nach Ahlauf der obigen Frist das gesamte, bei . . . (folgt die Aufzählung der betreffenden Institute) erliegende Nachlasvermögen nach A. an das kais, russische Generalkonsulat in . Wien überwiesen werden würde.

Begritindung: Der § 137 des kais. Patentes vom 9. 8. 1854, R.G.Bl. No. 208 bestimmt, daß der Nachlaß eines im Inlande verstorbenen Ausländers der suständigen ausländischen Behörde zu überlassen, mit dieser Ausfolgung jedoch solange innesuhalten ist, bis über die Ausprüche der Erben, welche österreichische Staatsbürger sind, oder sich doch in Österreich aufhalten, durch die ausländische Gerichtsbehörde rechtskräftig entschieden worden ist. In diesem Sinne haben sich auch sämtliche Erben laut Protokolles vom 22. 8. 1900 geeinigt und wurde daher unter der Voraussetzung, daß swischen den Erben Streitpunkte bestanden, rücksichtlich deren eine ausländische Gerichtsbehörde zur Entscheidung berufen sei, mit der Ausfolgung des Nachlaßvermögens bisher nicht vorgegangen. Es ist selbstverständlich, daß es den Erben nicht anheimgestellt werden kann, die Dauer dieses Schwebesustandes nach ihrem Belieben zu verlängern oder denselben etwa gar zu perpetuieren, und daß dem Gerichte schon im Hinblicke auf die ihm durch § 2 cit, Pat. auferlegte Pflicht, auf die Beendigung

der ankängigen Geschäfte zu dringen, die Macht eingeränmt sein muß, die Passivität der Erben zu überwinden und einer weiteren Verschleppung vorsubeugen. Demgemäß erging mit dem Beschlusse vom 12. 12. 1901 an die Erben die vorläufige Aufforderung, dem Gerichte bekannt zu geben, ob die su gewärtigende Entscheidung der ausländischen Gerichtsbehörde über ihre, sich auf den Nachlafe beziehenden Ansprüche bereits erfolgt sei. Wenn nun B. die Ausfolgung des gesamten Nachlasses an die russische Bebörde verlangt, indem er behauptet, daß die Verlassensshaftsabhandlung auch in Bulaland vollständig beendet und jeder weitere Rechtsstreit ausgeschlossen sei, die Miterbinnen C., D. und E. sieh jedoch diesem Verlangen mit der bloßen Bahauptung widernetzen, daß swiechen den Erben noch Differenzen über die Höhe ihrer Erbteile bestehen, weiche bisber nicht zur gerichtlichen Austragung gelangten, so ist es Sache der letzteren, den Beweis für des Fortbestehen der die Ausfolgung des Nachlasses sufolge des Gesetzes und der getroffenen Vereinbarung hindernden Umstände zu erbringen d. i. diesem Gerichte nachsuweisen, dass ein noch nicht rechtzkräftig entschiedener Rechtsstreit über ihre erbrechtlichen Ansprüche in Rufaland anhängig ist und wird nach fruchtlosem Ablanfe der ihnen zu diesem Behufe hiermit erteilten Frist ohne Rücksicht auf ihre diesfälligen unerwissenen Behauptungen das Nachlaßvermögen an das kais, russische Generalkonsulat in Wien ausgefolgt werden. Der Hinweis auf den Umstand, dass hiergerichts ein Inventar über das in Rufsland erliegende Nachlafsvermögen nicht vorliegt, verdient keine Beachtung, da ein Anlais sur Errichtung eines derartigen Inventars seitens dieses Gerichtes niemals gegeben war und die nach gesetzlicher Vorschrift zu Gunsten der Erben, beziehungsweise auch der Vermächtnisnehmer und Gläubiger zu treffenden Sicherungsmaßregeln stets nur das im Inlande befindliche Nachlafsvermögen sum Gegenstande haben.

Das k. k. Landesgericht in Wien hat den Rekurs des B. wider vorstehenden Beschlufs als unbegründet surückgewiesen, hingegen infolge Rekurses der C. gegen denseiben Beschlufs diesen dahin abgelindert, daßes den Antrag des B. auf Ausfolgung des hierlands befindlichen beweglichen Nachlassvermögens nach A. an die kais russischen Behörden, derseit abwiss.

Begründung: Wenn auch im vorliegenden Falle sufolge der §§ 28 und 187 des kais. Patentes vom 9. 8. 1854, R.G.Bl. No. 208, die Abhandlung der Verlassenschaft und die Entscheidung über die streitigen Erbansprüche der auswärtigen Gerichtsbehörde zu überlassen ist, so hat doch die hierländische Gerichtsbehörde mit Rücksicht auf das von den hierlands wobshaften Miterben gestellte Verlangen auf Befriedigung oder Sicherstellung ihrer Ansprüche vor Ausfolgung des Nachlasses an die ausländische Behörde, in Gemäßshelt der oben citierten Gesetzesstellen den zur Bedeckung der Ansprüche dieser Miterben erforderlichen Teil des Nachlassvermögens surücksuhalten. Erst dann, wenn B. den Nachweis erbracht haben wird, daßs über die Ansprüche seiner Miterben durch die russischen Behörden in einer Weise rechtsgültig entschieden wurde, welche es ermöglicht, auf Grund dieser Entscheidung festsustellen, welcher Teil des hierlands befindliches beweglichen Nachlassvermögens zur Bedeckung dieser Ansprüche erforderlich erscheint, wird die hierländische Gerichtsbehörde in der Lage sein, mit der

Ausfolgung des fübrigen Teiles des Nachlafsvermögens an das kais, russische Generalkonsulat in Wien vorzugeben. Bis dahin jedoch — und dieser Nachweis ist bis nun von B. nicht erbracht — kann die fragliche Ausfolgung zicht bewilligt werden.

Der oberste Gerichtshof hat infolge Revisionerekurses des B. die untergerichtlichen Beschlüsse behoben und dem Besirksgerichte aufgetragen, über den hierlands befindlichen beweglichen Nachlaß nach A. wie über die Verlassenschaft eines Inländers zu verfahren und die der Sachlage und dem Gesetz entsprechenden weiteren Verfügungen zu troffen.

Begründung: Nach Abs. 2 des § 28 des kais. Patentes vom 9. 8. 1854. R.G.BL No. 208 ist der Grundsatz der Gegenseitigkeit zu beobachten, wenn der im Inlande verstorbene Ausländer einem Staate angehört, welcher die Zuständigkeit der österreichischen Gerichtsbehörden rücksichtlich des dort befindlichen Nachlasses österreichischer Unterthanen nicht im gleichen Maße anerkennt, worüber im Zweifel die Belehrung des k. k. Justizministeriums einzuholen ist. Diese Belehrung wurde mit der Verordnung des k. k. Justisministeriums vom 13. 2. 1887, Z. 2561, J.M.Vdgs.Bl. No. 7, dahin erteilt, daß die Gerichte über den hierlands befindlichen beweglichen Nachlaß eines russischen Staatsangehörigen wie über die Verlassenschaft eines Inländers su verfahren haben. Nachdem die Untergerichte bei ihren bisherigen Verfügungen, ungeachtet der Erblasser seinen etändigen Wohnsitz im Inlande hatte, einen dieser Vorschrift entgegengesetzten Standpunkt eingenommen haben, die gesetzlichen Bestimmungen des § 28 cit. Pat. aber swingendes Recht enthalten, somit die bezitglichen Anträge der Erbinteressenten, sowie die im Protokoll vom 22. 8. 1900 beurkundeten Vereinbarungen demelben nicht in Betracht kommen, mußten die untergerichtlichen Beschiüsse nach Zulafs des § 16 cit. Pat. aufgehoben und der ersten Instans der im Beschlusse enthaltene Auftrag erteilt werden.

Abweisung des Begehrens um Trennung einer swischen Ausländern, von denen der eine Protestant, der andere Katholik ist, im Auslande geschlossenen Civilehe.

Entscheidung des obersten Gerichtshofes, 24. 6. 1902, Z. 7550.

Das Begehren des Klägers, daß die swischen ihm und der Beklagten am 26. 2. 1891 vor dem Standesamte der Stadt Mühlhausen geschlossene Civilehe aus dem alleinigen Verschulden der Beklagten dem Bande nach getrennt und diese sum Kostenersatze verurteilt werde, wurde vom Geriehte erster Instans abgewiesen.

That bestand. Laut Inhaltes der Klage wurde zwischen den Streitteilen am 26. 2. 1891 vor dem Standesamte zu Mühlhausen eine Civilehe geschlossen. Der Kläger, geboren am 17. 3. 1867 und zuständig nach Lippe-Detmold, war zur Zeit der Eheschließung Protestant, während die am am 1. 11. 1872 geborene Beklagte nach Tresternits bei Marburg zuständig

und Katholikin war. Zur Zeit der Ebeschließung war in Mühlhausen der Code Napoléon in Geltung. Aus der Ehe der Streitteile entsprangen drei Kinder, von denen eines gestorben ist. Die Ebegatten waren je zur Hälfte Eigentümer der N-Realität in Kartschowin bei Marburg, welche den letzten gemeinenmen Wohnsitz derselben bildete. Als nun Kläger in Ausübung seines Berufes als Schauspieler und Regisseur im Herbste des Jahres 1900 im Auslande abwesend war, gab sich die Beklagte in ehebrecherischer Weise dem C. hin und verständigte von diesem Vorfalle im Februar des folgendes Jahres schriftlich ihren Gatten. Über die Klage desselben wurde sowohl die Beklagte als auch C. vom Bezirkegerichte in Marburg des Ehebruches schuldig erkannt und verurteilt. Da der Ehebruch sowohl nach den Bestimmungen des alig. bürgerl. Gesetsbuches als auch nach denen des Cods Napoléon als Treunungsgrund anzuschen sei, stellt Kläger das Begehren auf Trennung der Ehe aus dem Verschulden der Bekingten. Du die fiber diese Klage angeordneten drei Versöhnungsversuche fruchtles verliefen, wurde gemils § 8 der Verordnung des Justisministeriums vom 9. 12. 1897, R.G.Bl. No. 288 das vorbereitende Verfahren nach § 245, Z. 2 C.P.O. angeordnet und am 30. 10. 1901 in Gegenwart des inzwischen aufgestellten Verteidigers des Ehebandes durchgeführt. Dieses Verfahren ergab, daß folgende thatsächliche Behauptungen der Klage unbestritten seien: 1. daß die Ehe swischen den Streitteilen thatsächlich am 26. 2. 1891 vor dem Standesamte der Stadt Mühlhausen im Elsafs und nur vor demselben, nicht auch vor irgend einem Seelsorger erfolgte, und daß das letzte gemeinsame Domisil der Streitssche in N. bei Marburg gewesen sei; 2. daß Kläger sur Zeit der Eingehung der Ehe deutscher Staatsbürger mit der Zuständigkeit nach Lippe-Detmold und evangelischer Konfession, die Beklagte hingegen österreichische Staatsbürgerin, zuständig nach Tresternitz bei Marburg and katholisch war, dann, dass beide Streitteile die Konfession seither nicht gewechselt, sondern unverändert beibehalten haben; 8. daß die Beklagte Ende 1900 oder Anfang 1901 thatesichlich Ehebruch begangen hat. — In rechtlicher Beziehung wurde nur die formelle Rechtsgültigkeit und der aufrechte Beatand der am 26. 2. 1891 im Auslande geschlossenen Ehe der Streitteile anerkannt; bezüglich der Frage, nach welchem Gesetze die Trennung dieser Ehe an beurteilen sei, verbleibt der Kläger dabei, dass die Trennung nach 8 87 a. b. G.B. nach ausländischem Rechte, somit entweder nach dem Code civil Napoléon oder nach dem neuen deutschen bürgerl. Gesetzbuche zu benyteilen sei, während der Verteidiger des Ehebandes im Sinne des § 33 und 84 a. b. G.B. hierauf das österreichische Recht angewendet wissen will. Der vom Standesamte der Stadt Müblhausen beschaffte Regieterauszug bestätigt die Richtigkeit der Feststellungen des vorbereitenden Verfahrens.

En ticheidungsgründe: Bei vorliegendem Streitfalle, in dem alle thatsächlichen Angaben der Klage nicht bloß vom Verteidiger des Ebebandes sugegeben werden, sondern auch urkundenmäßig erwiesen sind, handelt es sich lediglich um folgende zwei Rechtsfragen, 1. nach welchem Rechte ist die Frage der Trennbarkeit der Ehe zu entscheiden? 2. kans die zwischen den Streitteiten bestehende Ehe auf Grund der als bewiesen vorliegenden Thatsachen dem Bande nach getrennt werden oder nicht?

Die Frage ad 1. gebört su einer der bestrittensten Fragen des sog. internationalen Privatrechts, suf das sich die §§ 4, dann 28-89 a. b. G.B. besiehen und ist deshalb von besonderer und entscheidender Wichtiskeit. weil das eventuell in Betracht kommende ausländische Recht vom österreichischen Recht weseutlich abweicht. Denn sowohl nach Art. 227, 229 ff. des Code civil Napoléon, der unbestrittenermaßen bis 1. 1. 1900 im Reichslande Eisafs, zu dem Mühlhausen (Ort der Eheschliefsung) gehört, geltendes Privatrecht war, wie auch nach den 65 1564--1587 beaw, 6 1565 des seit 1. 1. 1900 im ganzen Deutschen Reiche geltenden bürgerlichen Gezetzbuchs, in Verbindung mit Art. 17 des Einführungsgesetzes dazu, kann die Ehe wegen Ebebruches eines Ebegatten ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses, dem die Ehegatten angehören, geschieden, d. h. dem Bande nach aufgelöst werden, während nach 6 111 des österr. A.B.G.B. das Band einer swischen Katholiken gültig geschlossenen Ehe nur durch den Tod des einen Ehegatten gelöst werden kann. Dass nun die Frage der Treunbarkeit der in Rede stehenden Ehe, insecoweit ele von einem österreichischen Gerichte zu entscheiden ist, nur nach österreichischem Rechte beurteilt und entschieden werden darf, wird durch folgende Erwägungen begründet. Wenn auch der Wortlant des § 37 A.B.G.B. für die Möglichkeit zu sprechen scheint, die gegenständliche im Auslande swischen Ausländern geschlossene Ehe - die bishin ledige Beklagte wurde ja im Momente der Eheschließung sowohl nech österreichischem als auch nach deutschem Rechte Ausländerin nach den Gesetzen des Ortes zu beurteilen, an dem sie geschlossen wurde, also nach ausländischem Gesetze, so sagt dem entgegen der § 38 ibid., daß den Fremden überhaupt, d. h. im allgemeinen gleiche Rechte und Verbindlichkeiten mit den Eingeborenen aukommen, und ist weiters zu bedenken, dass die Ehe nicht etwa wie ein Kauf- oder Dariehnsvertrag ein Rechtsgeschäft streng und rein privatrechtlichen Charakters ist, sondern ein Rechstverhältnis begründet, in dem sich privatrechtliche und öffentlichrechtliche Momente vermischen, was z. B. aus der Einteilung und der Lehre von den Ehehindernissen gans klar hervorlenchtet. Nach österreichischem Rechte sind nun die Ehen, in denen sur Zeit der Eheschließung auch nur ein Teil Katholik war, aus den sufolge öffentlich-rechtlicher Motive sum Gesetze erhobenen Grundsätzen des katholischen Kirchenrechtes gegenüber den Ehen andersgläubiger Personen derart besonders behandelt, dass es nach den Vorschriften der §§ 33 und 39 ibid, vollkommen unzullieug erscheint, dass österreichische Gerichte die bestiglieh der katholischen Ehen bestehenden inländischen swingenden Verbotsgesetze zur auf die Ehen von österreichischen Staatsbürgern und allenfalls auch auf Ehen von Ausländern, die im Inlande abgeschlossen wurden, auwenden, sie jedoch auf im Auslande von Ausländern geschlossene Ehen für nicht anwendbar erklären. Aber such von dieser, mehr theoretischen Gesetzesauslegung absehend und auf praktischem Wege vorgehend, kommt man su keinem anderen Ergebnisse. Würde man nämlich etwa im Sinne des § 37 ibid. das ausländische Recht für anwendbar erklären und demnach etwa die Ehe dem Bande nach lösen wollen, so ist es klar, dass nach § 111 ibid, die katholische Beklagte in Österreich überhazpt keine gültige sweite Ehe mehr eingehen könzte, während

der protestantische Kläger in Österreich eine sweite Ehe nach dem Hefdekrete vom 26. 8. 1814, J.G.S. No. 1099 nur mit einer nichtkatholischen Person eingeben dürfte. Überdies dürfte dieses österreichische Ehstrennungurteil auch für das Gebiet des Deutschen Reiches nach den Bestimmungen der §§ 660 und 661 der deutschen C.P.O., die im § 661 verlangt, dass die Gegenseitigkeit verbürgt sein müsse, wahrscheinlich nicht vollstreckhar sein, da nach § 81 Abs. 3 der österr. Ex.O. ansländische, den Personenstand eines Österreichers betreffenden Exekutionstitel in Österreich nicht vollstreckt werden, also die Gegenseitigkeit nicht verbürgt ist. Es muß daher als feststehend angenommen werden, daß die vorliegende Frage nach österreichischem Rechte zu lösen ist. Zur Frage ad 2. übergehend. ist nun die Frage der Trennbarkeit oder Nichttrennbarkeit der gegenständlichen Ehe im § 111 A.B.G.B. ganz klar verneinend entschieden, da dieser Paragraph bestimmt: "ebeneo unanflöslich ist das Band der Ehe, wenn such aur ein Teil schon sur Zeit der Eheschließung der katholischen Kirche sagethen war."

Das Berufungsgericht bestätigte unter Verwerfung der Berufung des Klägers das entrichterliche Urteil.

Entscheidungsgründe: Die Bestätigung des erstrichterlieben Urteile erfolgte aus dessen sachgemäßer Begründung. Darüber, daß die Frage, ob auf vorliegenden Rechtsfull das inländische oder ausländische Recht auzawenden ist, nur nach österreichischem Rochte zu beurteilen und zu beantworten ist, herrscht weder unter den Partelen, noch überhaupt in der Theorie oder Praxis der österreichischen Gerichte ein Zweifel. Nur danz und insoweit das österreichische Gesetz die Anwendung fremden Rechtes gestattet, darf der österreichische Richter damelbe seiner Entscheidung su Grande legen. Das österr, allg. bürgerl. Gesetzbuch bestimmt nun im § 33 im allgemeinen, dass den Fremden überhaupt gleiche Rechte und Verbindlichkeiten mit den Eingeborenen sukommen, daß also die österreichischen Privatrechtanormen im allgemeinen auf die Einheimischen und Fremden Anwendung zu finden haben. Von dieser allgemeinen Regel statuiert das österr. Gesetzbuch in den folgenden Paragraphen Ausnahmen, von denen jene des § 37 für den vorliegenden Fall von Wichtigkeit erscheint, weil es nach dem Wortlante dieser Gesetzesstelle den Anschein hat, als ob dieser Fall nicht nach österreichischem, sondern nach fremdem Rechte zu beurteilen sei. Dem ist jedoch nicht so; denn, wenn es auch richtig ist, daß die von den beiden Streitteilen am 26, 2, 1891 in Mühihausen im Elsafs eingegangenen Civilebe sowohl nach dem damals dort geltenden Reche des Code Napoléon als auch nach dem dermalen geltenden deutschen bürgerlichen Gesetzbeche als eine ohne Rücksicht auf das Glaubensbekenntnis der Ebeteile - trennbare Ebe abgeschlossen wurde, der Kläger damals bereits Ausländer war und die Beklagte es durch die Eheschließung wurde, kann von der Anwendbarkeit des § 87 A.B.G.B. bei der Entscheidung über das vorliegende Trennungsbegehren dennoch keine Rede sein. Denn die in dieser Gesetnesstelle den franden Rechte im Inlande und vor inländischen Gerichten eingerienste Geltung gestreckt sich selbstvæständlich nur auf rein privatrechtliche Verhältnisse und Normen, nicht aber auf solche, welche zugleich öffentlichÖsterreich. 487

rechtlicher Natur sind und bei denen das staatliche Interesse in Frage kommt. Zu diesen letzteren Bechtsverhältnissen gehört vornehmlich die Ehe als die Grundlage der Familie und des Staates selbst. Ein Fundamentalsatz des von solchen öffentlich-rechtlichen Gesichtspunkten beherrschten österreichischen Eherechts ist nun die aus dem kanonischen Rechte besw. der katholischen Religion entnommene Rechtsnorm des § 111 A.B.G.B., welche das Band der Ehe strikte für unauflöelich erklärt, wenn auch nur ein Teil schon sur Zeit der geschlossenen Ehe der katholischen Religion augethan war. Vom Standpunkte dieses österreichischen Gesetzes wurde die Trennung einer solchen Ehe contra bonos mores verstofsen und ist hierin die Schranke für die Anwendbarkeit des § 87 A.B.G.B. gelegen. Auch das neue deutsche bürgerliche Gesetzbuch steht gerade in Ansehung der Scheidung wie der Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft auf demselben Standpunkte, indem es in Art. 17 Abs. 2 E.G. verfügt, daß auf selbe auf Grund eines ansländischen Gesetzes im Inlande nur erkannt werden kann, wenn sowohl nach dem ausländischen als nach dem deutschen Gesetze die Scheidung zuläszig sein würde.

Der Revision des Klägers hat der oberste Gerichtshof keine Polge gegeben und das Urteil des Berufungsgerichtes unter Verweisung auf die übereinstimmenden, dem Gesetze und der Sachlage entsprechenden Gründe der beiden unteren Instanzen bestätigt.

Exekutionsbewilligung auf Grund rumanischer Urteile.

Entscheidung des obersten Gerichtshofes, 10. 6. 1902, Z. 8244.

Der Beschluss des ersten Richters, womit der Firma A. in Slatina (Rumanien) wider B. in Wien sur Hereinbringung ihrer Forderung von 5000 Lei auf Grand rumänischer Urteile die Exekution bewilligt worden war, wurde vom Rekursgerichte infolge Rekurses des Verpflichteten bestätigt, weil nach den schon vor der Wirksamkeit der Exekutionsordnung im Verhältnisse zwischen Österreich und dem Königreiche Rumänien ausgetauschten und gehörig kundgemachten Regierungserklärungen (Justisministerial-Verordnung vom 27. 10. 1871, R.G.BL No. 181) und den Erläuterungen hiersu (Justisministerial-Erlässe vom 15. 6. 1874, Z. 7966; 26. 5. 1875, Z. 6512; 10. 8. 1875, Z. 10670; 31. 12. 1888, Z. 18218), welche mit der Justisministerial-Verordnung vom 30, 12, 1897, R.G.Bl. No. 809 aufrecht erhalten wurden, bei wiederholt verbürgter voller Gegenseitigkeit die Voranmetzungen des § 80 Z. 1 und 2 Ex.O. zur Vollstreckung von Erkenntnissen und Entscheidungen - ohne Ausschluß der Versämmisurteile - kgl. rumänischer Gerichte in Civil-, Handels-, See- und Wechselsachen in Österreich, nicht erforderlich waren, -- hieran auch laut der Motive zur Exekutionsordnung, S. 169, 170 darch § 80 Z. 1 and 2 Ex.O. nichts geändert wurde, da selbstverständlich durch Staatsverträge oder durch darüber erlassene, gehörig kundgemachte Regierungserklärungen die Voraussetsungen der Vollstreekung ausländischer Exekutionstitel im Inlande, von der Vorschrift der §§ 80-83 abweichend bestimmt werden können, — weil ferner, abgesehen hiervon die Voramsetzungen des § 30 Z. 2 und 3 Ex.O. besüglich des vorliegenden Urteiles des Distriktstribungles in Olt vom 6, 4, 1899 No. 15 durch den Klagesustellungsansweis A und durch die Vollstreckungskinnel auf dem über Opposition (Wiedereinsetzungsbegehren) des Beklagten wider dieses Urteil erflossenen Urteile desselben Gerichtes vom 28. 12. 1899 No. 26, womit die Opposition abgewiesen und das Urteil vom 6. 4. 1899 No. 15 audrücklich anfrecht erhalten wurde, sowie durch das Zeugnis D ansgewiesen, vom Beklagten im Rekurse nicht besonders angefochten sind, -- weil endlich Beklagter die Unsuständigkeit des Distriktstribunales in Olt in keiner der Verhandlungen vom 6. 4. und 23. 12. 1899 eingewendet, vielmehr in seiner Opposition C wider das Erkenntnis No. 15/1899, worüber die Streitsache einer umfassenden Verhandlung untersogen wurde, die Kompetens jenes Gerichts anerkannt hat, und weil die Voraussetzung des § 80 Z. 1 Rz.O. auch dadurch gegeben ist, daß die fragliche Streitsache, bei welcher es sich laut der vorliegenden Erkenntnisse um den Schadenernatzunspruch der Firms. A. wegen Nichterfüllung (der Lieferung von fünf Waggons Eisen nach Slatina) in diesem Erfüllungsorte seitene des Beklagten gehandelt hat, im Hinblieke auf die im Zeugnime B bestätigte allgemeine Zuständigkeitsvorschrift für die Kreisgerichte in Rumänien (A. 54 C.P.O. und 889 H.G.B.) auch nach Massgabe der hierlands geltenden Bestimmungen (§ 101, 104/2 und im allgemeinen auch § 88 J.N.) bei einem Kreisgerichte in Rumänien anhängig gemacht werden konnte.

Der oberste Gerichtshof hat dem Revisionsrekume des Verpflichteten keine Folge gegeben und den Beschlufs des Rekumgerichts bestittigt.

Begründung: Zunächst steht außer Zweifel, daß im Sinne des § 79 Ex.O. sufolge der Verordnung des Justisministeriums vom SO. 9 1897, R.G.Bl. No. 309 resp. vom 29. 9. 1900. R.G.Bl. No. 169 Rumänien gegenüber die Gegenseitigkeit bestiglich der Vollstreckbarkeit der wechselseitigen Urteile feststeht. Letztere Verordnungen enthalten auch im Sinne des § 84 Ex.O. keine Abänderungen der Bestimmungen der §§ 79-83 Ex.O. — Daß letztere Bestimmungen ein Hindernis gegen die Vollstreckbarkeit der vorliegenden rumänischen Urteile enthalten, wird nur in Ansehung der Zuständigkeit des rumänischen Gerichts zur Fällung der gegenständlichen Urteile behauptet (§ 80 Z. 1 Ex.O.). Hiernach ist allerdings die Zuständigkeitsfrage nach inländischen Gesetzen zu beurteilen. Die Zuständigkeitsfrage des rumänischen Gerichte steht jedoch außer Zweifel, wenn erwogen wird, dass das am 23. 12. 1890 erflossene, das Urteil vom 6. 4. 1899 aufrecht haltende Urteil nach neuer Verhandlung in der Hauptsache und Würdigung der Vorbringungen beider Teile in der Sache selbst erflossen ist, und der Beklagte in diesem Verfahren nicht nur die Unzuständigkeit des rumänischen Gerichtshofes in Olt nicht eingewendet, sondern durch seine Erklärung vom 1. 6. 1899 der Zuständigkeit desselben in unzweidentiger Weise sich unterworfen hat, wonach des romänische Gericht auch mangels eines anderen Zuständigkeitsgrundes schon nach § 104 Abs. S J.N. sustandig geworden ware.

Für Ansprücke einer Bayerin gegen einen in Österreich wohnhaften Österreicher aus der in Bayern erfolgten Zeugung eines aufserehelichen Kindes ist österreichisches Recht maßgebend,

Entacheidung des obersten Gerichtshofes 28. 7. 1902 (Z. 7282.)

Beklagter befand sich im November und Desember 1900 zu vorübergehendem Aufenthalte in München. Während dieses Aufenthaltes lernte er die ledige Klägerin kennen upd trat in der sweiten Hälfte des November 1900 zu ihr in die intimeten geschlechtlichen Besiehungen. Klägerin gebar am 25. 8. 1901 ein Kind, welches am 6. 11. 1901 starb, und als dessen Vater sie den Beklagten bezeichnet, welcher, ohne diese Vaterschaft anzuerkennen, den geschlechtlichen Verkehr mit der Mutter zu obiger Zeit zugiebt. Klägerin behauptet, vom Beklagten verführt worden zu sein. Beklagter bestreitet dies. Klägerin stellte sich in der Klage auf den Standpunkt des österr. allg. bürgerl. Gesetzbuches. Bei der mündlichen Verhandlung änderte sie ihren Rechtsstandpunkt und verlangte die Anwendung des bürgerlichen Rechtes des Deutschen Reiches, weil sie bayerische Staatsangebörige sei und der Vorfall in München sich abspielte. Beklagter dagegen behauptet, dass österreichische Recht anzuwenden sei; er ist Österreicher. Die Klägerin verlangte 890 K. 64 H. für Verpflegung und Leichenkosten des Kindes, Entbindungskosten, Ersatz des ihr durch die Schwangerschaft entgangenen Verdienstes, Unterhaltskosten für 6 Wochen nach der Entbindung.

Das Prozefsgericht sprach der Klägerin einen Betrag von 308 K. 64 H. samt Zinsen und Prozefskosten zu, wies dieselbe jedoch mit dem Mehrbegehren ab.

Entscheidungsgründe: "Nach dem Zugeständnisse des Beklagten tiber die Zeit der Beiwohnung mit der Kindesmutter muß derselbe rechtlich als aufserehelicher Vater des von dieser geborenen Kindes angesehen werden. Für die Beurteilung dieser Frage und der sich daraus ergebenden Alimentationspflicht ist das österreichische Recht maßgebend, wonach sieh die Unterhaltspflicht nach den Verhältnissen des Vaters richtet Das Gericht hielt einen monstlichen Unterhaltsbetrag von 15 K. als angemessen, und sprach daher der Klägerin an Unterhaltskosten für das Kind 36 K. zu für die ganze Lebenszeit desselben. Weiter wurde ihr der vom Beklagten anerkannte Betrag von 9 K. 84 H. als Ersatz der Leichenkosten des Kindes suerkannt. Zur Entscheidung über die weiteren Ansprüche der Klägerin mußte suerst über das anzuwendende Recht entachieden werden. Nach österreichischem Rechte würden der Klägerin diese Ansprüche sicherlich nicht sustehen, weil Klägerin eine Verführung nicht bewiesen hat. Anders nach dem Rechte des Deutschen Reiches, dessen § 1715 B.G.B. ohne Rücksicht auf die Vorgänge bei der Erzeugung eines Kindes der außerehelichen Mutter bestimmte Ausprüche gegen den Vater einräumt. Welches Recht hier Anwendung zu finden habe, ist von Amts wegen su prüfen. Die Frage ist für den vorliegenden Fall im österr. allg. bürgerl. Gesetzbuche nicht gelöst. Nach den in diesem Gesetzbuche für die Entscheidung von Fragen des internationalen Privatrechtes im allgemeinen angewandten Grundsätzen aber und nach den natürlichen Rechtsgrundsätzen wird für Obligationen und Delikte das Recht des Entstehungsoder Erfüllungs- besw. Begehungsortes entscheidend sein, daher auch für die Ansprüche der Geschwängerten aus dem außerehelichen Beischlafe. Es ist dies auch derzeit herrschende Lehre (vgl. neuestens Kohler: Einführung in die Rochtswissenschaft, 1902, S. 201). Auf den vorliegendes Fail wird daher das Recht des Deutschen Reiches in Anwendung zu kommen haben, woran auch die Schlussbestimmung des Art. 21 des Einf.-Ges. sum deutschen Bürgerl. G.B. nichts ändern kann, weil auch nach diesem Artikal im Deutschen Reiche Ausländer principiell nicht schlechter als Inländer behandelt werden, und die Anwendung der nach dem bezeichnoten Schlussatze etwa möglichen materiellen Reciprocität der Regierung und nicht dem Richter austehen würde. Nach dem schon bezüglich der persönlichen Ansprüche der Kindesmutter gegen den außerebeliches Kindesvater in Anwendung zu bringenden § 1715 des deutschen Bürgert. G.B. stehen der Klägerin zu die Kosten der Enthindung, welche bezäglich ihrer ziffermäßigen Höhe vom Beklagten nicht bestritten wurden met übrigens angemessen erscheinen, die Kosten des Unterhaltes für die ersten sechs Wochen nach der Entbindung, welche in der Höbe von 2 Mk. für den Tag als angemessen betrachtet werden müssen, und der durch die Einvernehmung des seinerseitigen Dienetgebers der Klägerin als Zeugen mit 100 Mk. - 120 K. ermittelte Verdienstentgang derselben vor der Enthisdung, weil nach Angabe dieses Zeugen die Entlassung der Klägerin sus diesem Dienste nur infolge ihrer Schwangerschaft erfolgte, und dieser Verlust sich als eine Aufwendung darstellt, welche infolge der Schwangerschaft notwendig wurde. Durch die Summierung aller dieser für gerechtfertigt erkannten Ansprüche der Klägerin ergab sich der ihr suerkamte Betrag. Mit dem Mehranspruche war dieselbe absuweisen."

Gegen das erstrichterliche Urteil, insoweit mit demselben der Klägerin 42 K. als Entbindungskosten, 120 K. als Ersatz des Verdienstentganges während der Schwangerschaft und 100 K. 30 H. an Kosteu des Unterhaltes für die ersten seehs Wochen nach der Entbindung sugesprochen wurden, hat Beklagter die Berufung ergriffen und die Abänderung des angefechtenen Urteiles dahin beantragt, daß das Klagebegehren im Umfange der Berufung abgewiesen werde, weil die Beurteilung der Sache nach österreichischem Rechte und nicht nach den Grundsätzen des Bürgerlichen

Gesetzbuches für das Deutsche Reich zu erfolgen hätte.

Das Berufungsgericht gab der Berufung Folge und änderte des erstrichterliche Urteil, welches in den unangefochtenen Punkten unberührt blieb, dahin ab, daß es das Klagebegehren, soweit dasselbe den Betrag von 45 K. 84 H. samt Zinsen übersteigt, abwies.

Entscheidungsgründe: "Das Berafungsgericht hat bei Überpräfung des vorliegenden Erkenntnisses die Berufung als begründet erachtet. Klägerin leitete im Zuge der mündlichen Streitverhandlung ihre strittigen Anspräche aus der Vorschrift des § 1715 Abs. 1 des Bürgeri. G.B. für das Deutsche Reich ab, dersufolge der Vater verpflichtet ist, der Mutter die Kosten der Entbindung, sowie die Kosten des Unterhaltes für die ersten sechs Wochen nach der Enthindung und, falls infolge der Schwangerschaft oder der Entbindung weitere Aufwendungen notwendig werden, auch die dadurch entstehenden Kosten zu erzetzen. In thatelichlicher Besiehung ist unbestritten, dass die Beiwohnung in München stattfand, und daß die Kindesmutter deutsche Reichsangehörige ist; eine Verführung der letzteren liegt nach den Feststellungen des Erstrichters nicht vor. Die Vorinstanz hat mit Recht hervorgehoben, dass in den positiven Bestimmungen des österreichischen allgem. bürgerl. Gesetsbuches eine Kollisionsnorm für den Streitfall nicht enthalten sei. Namentlich wäre es durchaus verfehlt, im Hinblicke auf den im Art. 21 des Einf.Ges. sum deutschen Bürgerl. G.B. niedergelegten Grundsatz, wonsch die Pflicht des Vaters sum Ersatze der Kosten der Schwangerschaft, der Entbindung und des Unterhaltes an die Mutter nach den Gesetzen des Staates beurteilt wird, dem die Mutter zur Zeit der Geburt des Kindes angehört, das Retorsionsprincip des § 38 a. b. G.B. sur Anwendung su bringen. Denu wenn auch in Kraft der bezogenen Einführungenorm den Österreicherinnen vor den Gerichten des Deutschen Reiches die aus der Bestimmung des § 1715 B. G.B. entspringenden Befugnisse zu versagen sind, so liegt doch der Grund einer solchen ungünstigeren Behandlungsweise nicht in einer Zurücksetzung der hierländischen Staatsangehörigen, sondern lediglich in den Grundestren des im Deutschen Reiche in dem unterstellten Kollisionsfalle als anwendbar erklärten heimischen Rechtes. Die Gesichtspunkte, von denen der Erstrichter bei Beurteilung der Frage geleitet war, nach welchem örtlichen Rechte die Entscheidung der Streitsache zu erfolgen habe, vermochte das Berufungsgericht nicht zu teilen. Vor allem ist die Annahme rechtsirztümlich, dass der durch die Bestimmung des § 1715 Bürgeri. G.B. der Mutter gewährte Anspruch deliktischer Natur sei; im Gegenteile ergiebt sich dessen familienrechtlicher Charakter schon aus der systematischen Stellung der Gesetzesstelle, zumal bei vergleichsweiser Heransiehung der §§ 825 und 847 Abs. 2 cit. — Ist doch jener Anspruch der Mutter keineswegs etwa in Approbation ihres eigenen Interesses, das eben nicht als schutswürdig anerkannt wurde, sondern lediglich aus billiger Fürsorge für die in der ersten Lebensseit besonders gefährdete Existenz des Kindes beigelegt, und hiermit um des Kindes willen eine Reflexwirkung des Kindesrechts auf die Interessensphäre der Mutter su einer selbständigen Befugnis der letzteren ausgestaltet worden (Mot. IV, 907; Prot. IV, 685 ff., 808 ff.; Denkschr. 241 f.). Allerdings lässt sich nicht verkennen, dass der Sits des strittigen Bechtsverhältnisses im Auslande gelegen sei, und dass deshalb das Prozesagericht sich der Aufgabe nicht entschlagen kann, die einschlägige materiellrechtliche Norm des fremden Rechtes in Betracht zu ziehen. Ob aber der Inlandsrichter dieselbe auch ensuwenden habe, hängt indessen nach den Grundsätzen des modernen internationalen Rochtes noch von einem anderweitigen Momente ab. Die Regel, daß die Anwendung eines answärtigen Gesotzes ausgeschlossen ist, wenn die Anwendung gegen den Zweck eines inländischen Gesetzes ver-

stofsen würde (Art. 80 des Einf.Ges. sum Bürgerl. G.B., deren Ausflufs Art. 21 in f. bildet), enthält nicht bloß eine dem deutschen bürgerlichen Rechte eigentümliche Kollisionsnorm, sondern zugleich einen Bechtssatz, dessen internationale Bedeutung auf seiner inneren Folgerichtigkeit beruht. Die Regel weist den Richter zur Vergleichung der für den Streitfall heransusiehenden Norm des ausländischen Rechtes mit der lex fori an; es soll geprüft werden, ob nicht etwa die letztere vermöge ihres inmanenten Zweckgedankens zur ausschliefelichen Anwendung durch des Inlandsrichter gebracht sein will. Ergieht die Rechtsvergleichung einen solchen Gegensats der kollidierenden Statuten in Ansehung ihrer legislativen Zweckmomente, dass das Auslandsgesetz mit der rechtspolitischen Tendenz der lex fori unvereinbar erscheint, dann hat eben der Prosefsrichter nach den Normen seines Staates zu entscheiden, einerlei, ob das Auslandsstatut gegen ein inländisches Prohibitivgesets verstöfst, oder ob eine so geartete Kollision nicht verhanden ist. Was nun des Inlandagesetz des Streitfalles aulangt, so hat das österreichische Privatrecht den Entschädigungsanspruch der Mutter deshalb auf den Fall der Verführung beschränkt (§ 1828 a. b. G.B.), weil dasselbe von vornherein der Gefahr einer missbräuchlichen Ausbeutung des Anspruches begegnen wollte, welche dann besonders nahe läge, wenn der Thatbestand des subjektiven Rechtes lediglich auf das Moment der Geburt eines außerehelichen Kindes abgestellt worden wäre (Ofner: Urentwurf II, 195). In der unverkennbaren Abeicht der österreichischen Gesetzgebung, derlei Auswüchse des Rechtslebens gar nicht auf kommen zu lassen, erblickt das Berufungsgericht eine positive Schranke, welche der Anwendbarkeit des auf wesentlich abweichesden Gesichtspunkten beruhenden Auslandsgesetzes im Wege steht."

Der Oberste Gerichtshof hat der Revision der Klägerin keine

Folge gegeben.

Entscheidungsgründe: "Wenn das Berufungsgericht bei Beurteilung der Frage, ob Beklagter auch noch verpflichtet sei, der Klägerin die Entbindungskosten und den ihr infolge der Schwangerschaft entgangenen Verdienst zu ersetzen, entgegen der ersten Instanz, welche die einschlägigen Bestimmungen des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches saf den vorliegenden Fall angewendet hat, von der Bestimmung des § 1328 a. b. G.B. ausgegangen ist und, da eine Verführung nicht vorlag, den diesfälligen Anspruch abgewiesen hat, so läfet diese Entscheidung eine unrichtige rechtliche Beurteilung des Streitfalles nicht erkennen. Dem der im Anslande gepflogene außereheliche Geschlechtsverkehr des Beklagten mit der Klägerin läßt sich keineswegs als ein Rechtsgeschäft im Sinne des § 37 a. b. G.B. qualifisieren, sondern erscheint nur als Thatsache, deren rechtliche Folgen im § 1828 a. b. G.B. festgesetzt sind. Diese Bestimmung ist aber für den vorliegenden Fail mafagebend, da der im Inlande wohnhafte Beklagte als Inländer nach § 4 a. b. G.B. den Bestimmungen des allgem. bürgerlichen Gesetzbuches untersteht, das Urteil im Inlande von Wirkung sein soll und nach § 83 a. b. G.B. answärtigen Staatsangehörigen nicht mehr Rechte zustehen als den einheimischen. Für die rechtliche Beurteilung des vorliegenden Auspruches

erscheint demnach der Ort der Beiwohnung belangtes. Hiernach war die lediglich auf § 508 Z. 4 C.P.O. gestützte Revision zurücksuweisen."

Ungültigkeitserklärung einer von Österreichern in Deutschland geschlossenen Ehe wegen Ehebruches.

Urteile des Landgerichts Wien 8. 6. 1901, des Oberlandesgerichts Wien 27. 9. 1901, des obersten Gerichtshofes 3. 12. 1901 (Z. 16322).

Der Schriftsetzer Frans A., wohnhaft in Frankfurt a. M., österreichischer Staatsangehöriger und Katholik, hatte am 20. 11. 1899 vor dem Standesbeamten in Frankfurt die Ehe mit Anna geb. C. geschlossen, nachdem seine erste, im Jahre 1887 ebenfalls in Frankfurt mit Marie D. geschlossene Ehe durch Urteil des Landgerichts zu Frankfurt vom 7. 4. 1898 geschieden war. In den drei Instanzen wurde übereinstimmend die zweite Ehe auf Grund des § 67 a. b. G.B. 1) für ungültig erklärt, weil die Ehegatten vor der Scheidung der ersten Ehe des A. miteinander Ehebruch begangen hatten, was unter anderem durch die in dem vorhergegangenen Ehescheidungsprozefs vor dem Landgericht Frankfurt gemachten eidlichen Erklärungen der jetzigen Frau A. (Anna B., geb. C.), also vor Eingehung der neuen Ehe bewiesen worden sei. Die Gründe des Urteils erster Instans führen aus:

"Der Ehe swischen Franz A. und Anna verwitweten B. steht das Ebehindernis des § 67 a. b. G.B. entgegen; denn zur Zeit des Abschlusses dieser Ehe war bereits der Beweis des Ehebruches erbracht, welchen diese beiden zur Zeit des Bestandes der ersten Ehe des Frans A. mit Marie geborenen D. begangen haben. Dieser Beweis ergiebt sich aus den Verhandlungsakten über den beim Kgl. Landgerichte in Frankfurt a. M. anhängig gemachten Streit über die Trennung der ersten Ehe des Franz A. und aus den dem Trennungsurteile des letzteren Gerichtes vom 7. 4. 1898 beigegebenen Entscheidungsgründen. Für das Inland kommt zwar diesem Urteile, welches den Personenstand österreichischer Staatsangehöriger betrifft, keine Rechtskraft zu; noch weniger mußte dieses Gericht jene Thatsachen als wahr anerkennen, welche das ausländische Gericht als bewiesen erachtete. Der Zusammenhalt des Protokolles über die eidliche Zeugenaussage der Anna B., welche am 7. 4. 1898 vor dem Kgl. Landgeriehte in Frankfurt a. M. abgegeben wurde, mit den Angaben, welche sowohl Franz A. ale auch Anna A. in dem Verfahren wegen Legitimationsvorschreibung ihrer Kinder und in diesem Verfahren gemacht haben, verschafften aber dem Gerichtshofe die Überseugung, daß die Thatsache des Bhebruches, weiche das Kgl. Landgericht in Frankfurt a. M. als bewiesen

^{1) &}quot;Eine Ehe swischen swei Personen, die miteinander einen Ehebruch begangen haben, ist ungültig. Der Ehebruch muß aber vor der geschlossenen Ehe bewiesen sein."

annahm, auch thatsächlich bewiesen war. Das Bürgerliche Gesetzbuch verlangt aber nur, daß der Beweis des Ehebruches vor Abschluß der sweiten Ehe bereits hergestellt war, nicht auch, dass dieser Beweis vor einem inländischen Gerichte erbracht sein mußte. Da somit die Ungültigkeit der untersuchten Ehe feststand, war kein Anlass gegeben, zu prüfen, ob noch ein weiteres Ehehindernis, jenes nach § 62 beziehungsweise § 111 a. b. G.B., dieser Ehe entgegenstand. Das durchgeführte Verfahren reicht zwar hin, um zu sagen, auch dieses Hindernis habe bestanden, wofern die erste Gattin des Franz A., namens Marie, am 20, 11, 1899, das ist am Tage. an welchem Franz A. die zweite Ehe schlofs, noch am Leben war. Nach § 111 a. b. G.B. war die erste Ehe des A, nur durch den Tod eines der Gatten lösbar; als Österreicher und als Katholik hatte A. nach § 4 a. b. G.B. nicht die Fähigkeit, bei Lebzeiten der ersten Gattin eine zweite Ebe su schließen. Das ansländische Trennungsurteil vermochte ihm diese Fähigkeit nicht zu verschaffen, da letstere ausschließelich nach den österreichischen Gesetzen zu beurteilen ist. Bezüglich des Lebens der Marie A., geborenen D., an dem entscheidenden Tage besteht aber nach den Ergebnissen des Verfahrens nur eine Vermutung, keine Gewifsheit. Das Gericht ware kaum in der Lage gew -n, sich Gewisheit zu verschaffen, erachtete aber, dass es zum Abschlusse des Verfahrens dieser Gewissheit nicht bedürfe, weil die Ungültigkeit der Ehe aus dem anderen Grunde schon feststand."

Aus den Gründen des sweiten Urteils ist zu entnehmen:

. . . Aber auch der Berufungsgrund, dass das Ehehindernis nach § 67 a. b. G.B. nur durch den Ausspruch einer inländischen Behörde, bezw. daß durch den von einem ausländischen Gerichte geführten Beweis eines vor der Ehe begangenen Ehebruches den Erfordernissen der § 67 a. b. G.B. nicht entsprochen werden könne, erschien dem Berufungsgerichte gesetslich nicht gerechtfertigt. Der § 67 a. b. G.B. verlangt, daß der Ehebruch vor der geschlossenen Ehe bewiesen sei. Es genügt daher allerdings nicht das bloße Vorhandenseln von Beweismitteln für den Ehebruch vor der Eheschliefsung, sondern es mufs vor diesem Zeitpunkte ein diesbezüglicher Beweis vor einer bierzu berufenen Behörde thatsächlich, und swar mit Erfolg, durchgeführt worden sein. Das Gesets beschränkt sich jedoch auf dieses Erfordernis, und es wird nirgends statuiert, daß diese Beweisführung vor einer inländischen Behörde erfolgen müsse. Des Gesetz, welches den Ehen, die aus ehebrecherischen Verhältnissen entstanden sind, gewifs keinen besonderen Schutz angedeihen lassen wollte. hat lediglich, um bei bereite bestehenden Ehen negatorischen Anfechtungen zu begegnen, bestimmt, dass der Ehebruch vor geschlossener Ehe bewiesen sein müsse, ein weiteres Erfordernis hinsichtlich der Art und Weise einer solchen Beweisführung jedoch nicht aufgesteilt. Der Richter wird übrigens bei Entscheidung eines solchen Falles untersuchen müssen: 1. ob eine Beweisführung vor geschlossener Ehe bei einer hierzu kompetenten Behörde stattgefunden, und 2. unter der Voraussetzung, daß nicht etwa eine bindende Entscheidung, z. B. ein verurteilendes Erkenntnis eines österreichischen Strafgerichtes, vorliege (§ 268 C.P.O.), ob anläßelich dieser Beweisführung der Beweis des Ehebruches auch wirklich erbracht wurde. Wenn der Richter zu der Überzeugung gelangt, daß diese beiden Erfordernisse vorliegen, so ist dies nach unseren Gesetzen genügend, und es ist vollkommen gleichgültig, ob die Feststellung des Ehebruches durch ein ausländisches, im Inlande keine Bechtskraft genießendes Urteil erfolgt ist, da ja in der Frage, ob der Ehebruch bewiesen wurde, die Überprüfung des ausländischen Urteils durch das österreichische Gericht erfolgen muß. Im vorliegenden Falle hat unn auf Grund freier Beweiswürdigung der erste Richter den Beweis eines Ehebruches vor geschlossener Ehe als erbracht angesehen und daher das Ehehindernis nach § 67 a. b. G.B. als vorhanden angenommen. Diese thatsächliche Feststellung ist aber auch für das Berufungsgericht im Sinne des § 498 C.P.O. bindend.

Der Oberate Gerichtshof erklärte die Gründe des Berufungsgerichtes für nicht rechtsirrtümlich.

§ 37 a. b. G.B. — In der konkludenten Vertragsabrede eines Erfüllungsortes für einen Kaufvertrag liegt die wirksame Willkürung des daselbst geltenden Rechtes.

Urteil des Oberlandesgerichts Prag 14. 3. 1900 und des obersten Gerichtshofes 31. 5. 1900 Z. 7143 (Juristische Blätter 1901 S. 549).

Ein Kaufvertrag über Lieferung von Champagnerflaschen war in Ungarn geschlossen worden. Der Verkäufer klagte den Kaufpreis ein.

Der Verkäufer hatte die Bestellung der Flaschen mit einer Erklärung erwidert, in welcher die Bestimmung enthalten war, daß die Flaschen in Kosten (Österreich) lieferbar seien. In der Faktura war dann der Vermerk enthalten, daß der Kaufpreis für die Flaschen in Kosten sahlbar sei. In dem der Klage stattgebenden Urteil des Oberlandesgerichts in Prag 14. 3. 1900 beifst es dieserhalb:

"Daß der Inhalt dieser Erklärung und der Faktura in irgend einer Richtung von der beklagten Firma beanstandet worden wäre, wird von derselben nicht behauptet. Da erachtet werden muß, daß die beklagte Firma den in der Erklärung über die Mitteilung der Bestellung und in der Faktura angegebenen Vertragsbestimmungen sugestimmt habe, so war der Vertrag sowohl auf seite des Verkäufers, als auch auf seite des Käufers in Kosten zu erfüllen. In einem solchen Falle ist aber gemäß § 37 a. b. G. B. das außerhalb des Geltungsgebietes dieses Gesetzbuches abgeschlossene Geschäft nicht nach den Gesetzen des Ortes, wo das Geschäft abgeschlossen wurde, sondern nach dem Bechte des Erfüllungsortes zu beurteilen, indem bei Verabredung eines Erfüllungsortes angenommen wird, daß das daselbst geltende Becht von den Parteien bei Abschließung des Geschäftes demselben zugrunde gelegt worden ist. Auf das vorliegende Lieferungsgeschäft sind daher die österreichischen Gesetze ansuwenden."

Der außerordentlichen Revisionsbeschwerde der beklagten Firma hat der k. k. oberste Gerichtshof wegen Abgangs der Voraussetzungen des Hofdekrets vom 15. 2. 1888 Nr. 2598 J. G. S., unter denen gleichförmige Urteile abgeändert werden können, keine Folge gegeben, weil eine Nullität nicht behauptet werde, eine offenbare Ungerechtigkeit in denselben nicht erblickt werden könne, und nach der Aktenlage, der Aussage der Zeugen und Sachverständigen die Ursache des Platzens der Champagnerflaschen sich überhaupt mit Sicherheit nicht feststellen lasse.

Anm. Der § 37 des a. b. G.B. lautet: "Wenn Ausländer mit Ausländers oder mit Unterthanen dieses Staates im Auslande Bechtsgesehäfte vornehmen, so sind sie nach den Gesetzen des Ortes, wo des Geschäft abgeschlossen worden, su beurteilen, dafern bei der Abschliefsung nicht offenbar ein anderes Becht sum Grunde gelegt worden ist, und die oben im § 4 enthaltene Vorschrift nicht entgegensteht". (Der § 4 handelt von der Geschäftsfähigkeit). —

Das oberstrichterliche Urteil enthält weder eine Billigung noch eine Verwerfung des von dem Oberlandesgericht aufgestellten Auslegung-grundeatses, wonach selbst die konkludente Vereinbarung eines Erfüllung-ortes die "offenbare Zugrundelegung" des Rechtes des Erfüllungsortes im Sinn des § 87 danstellt. Ob der Grundeatz dem Sinne dieses Paragraphen gerecht wird, erscheint sehr zweifelhaft und seine Anwendung umso bedenk-licher, als nach § 36 a. a. O. (s. Ztschr. X S. 283) in Österreich ab-geschlossens Verträge ohne jede Ansnahme nach österreichischem Recht au beurteilen sind. N.

Auslanderkaution für die Prosefskosten. Haager Konvention von 1896. Die staatsvertragliche Befreiung ist unversichtbar.

Entscheidung des obersten Gerichtshofes 30. 11. 1901 (Z. 14 640).

Dem Kläger, einem russischen Staatsangehörigen, war in erster Instanz Sicherheitzleistung für die Prozefekosten auferlegt, nachdem er die Berechtigung dazu nicht bestritten, vielmehr nur Ermilleigung der besotragten Sicherheitssumme beautragt hatte.

Die Rekursinstanz hob die Entscheidung auf und der oberste Gerichtshof als Revisionsinstans bestätigte dies, da Art. 11 der laut Rufslands Beitritt 19/31 1897 hier maßgebenden Haager Konvention ohne Rücksicht auf die von den Parteien abgegebenen Erklärungen ansuwenden sei.

Ausländerkaution für die Prozesskosten. Ihre Forderung muss seitens des Beklagten durch Hinsoeis auf eine bestimmte Staatsangehörigkeit fundiert werden.

Beschluss des Oberlandesgerichts Wien 13. 5. 1902 G.Z. B. 14. 28-2 (Juristische Biatter 1902 S. 282).

Der Beklagte hatte ganz allgemein behauptet, der Kläger eci "Awländer". Ebenso wie in erster Instanz das Landesgericht hat das Obwlandesgesicht als Rekursinstanz den Antrag auf Erfordern der Ausländerkantion abgewiesen, indem unter Hinweis auf § 57 C.P.O. und § 11 der Haager Kouvention (Beichagesetzblatt XXXVI ex 99 Nr. 85) ausgeführt wurde, daß der Beklagte eine bestimmte Staatsangehörigk eit des Klägers behaupten milese.

Anm.: Das Bemerkenswerte der Entscheidung liegt darin, daß die Kautionspflicht der Ausländer nicht als eine zu präsumierende Regel behandelt wird, wie sie sich an und für sich aus der Fassung des § 57 C.P.O. ergiebt ("Wenn Ausländer . . . als Kläger auftreten, haben sie Sicherheit zu leisten, sofern nicht durch Staatzverträge etwas anderes festgesetst ist"), sondern als eine aus dem speciellen Staatsangehörigkeitsverhältnis sich ergebende und demgemäß darzulegende Bechtspflicht. Diese Auffassung erklärt sich erst aus der durch die Haager Konvention geschaffenen Rechtslage, auf welche die Entscheidung des Landesgerichts sich denn auch charakteristischer Weise stützt.

Geltendmachung der im Inlande nicht vollstreckbaren Entscheidung eines ausländischen Gerichtes über die Gerichtskosten mittels Klage.

Entscheidung des obersten Gerichtshofes 23. 4. 1901 (Z. 1886).

Auf Grund des rechtskräftigen Urteils eines Schweizer Kantonalgerichtes und der vom Präsidenten dieses Kantonalgerichtes in gesetzmäßiger Weise abgegebenen Kostenbestimmungserklärung, mittels deren die dem Kläger gegen den Beklagten in dem gedachten Urteile der Quote nach zugesprochenen Gerichtskosten ziffermäßig festgesetzt wurden, suchte Kläger wider den Beklagten in Österreich um Exekution zur Hereinbringung seiner Kostenforderung an, wurde aber mit seinem Begehren wegen Abganges der Voraussetzungen des Art. 12 des Übereinkommens vom 14. 11 1896, R.G.Bl. vom J. 1899 Nr. 85, sohin mangels Vollstreckbarkeit der obbezogenen ausländischen Entscheidungen im Inlande in allen drei Instanzen abgewiesen, worauf er vom Beklagten die Bezahlung des betreffenden Kostenbetrages mittels Klage verlangte. Diese Klage stützte er einerseite auf das oben erwähnte ausländische Urteil und die gedachte Kostenbestimmungserklärung, andrerseits auf eine angebliche Anerkennung seiner Kostenforderung durch den Beklagten, welche in einer von dem letzteren dem Vertreter des Klägers gegenüber im Inlande abgegebenen Erklärung gelegen sein sollte, derzufolge Beklagter die Richtigkeit und Fälligkeit der klägerischen Kostenforderung sugegeben, die Bezahlung oder Kompensierung derselben mit einer Gegenforderung aber mit Hinweisung auf die Nichtvollstreckbarkeit der Kostenforderung im Inlande verweigert habe.

Beide Untergerichte haben die Klage abgewiesen, wobei sie sich

im wesentlichen von nachstehenden Erwägungen leiten ließen:

Es steht fest, daß die ausländischen Entscheidungen, auf welche sich die Klage in erster Reihe stützt, in Österreich nicht vollstreckbar sind. Eine notwendige Folge davon ist, daß sus der in diesen Entscheidungen Zeitschrift f. intern. Privat- u. öffenti. Recht. XII.

enthaltenen Sentens kierlands ein Rechtsanspruch aus dem Tital des Gesetzes. wie es der Kläger versucht, nicht abgeleitet werden kann. Es würde soust die Inkonsequenz bestehen, dass dem ausländischen Urteile einerzeits die Eigenschaft der Vollstreckbarkeit mangelt, daß es aber anderseits für ein inländisches Gericht derart bindend wäre, daß einer auf die ausländische Sentens gestätsten Klage lediglich deshalb stattgegeben werden müliste, weil diesbezüglich bereits ein anzländischer Richter geurteilt hat, was zur Umgehung der die Exekutionafähigkeit ausländischer Urteile verungenden gesetzlichen Bestimmungen führen würde. Außerdem ist zu bedenken, daß ein Urteil nicht den Zweck hat, einen neuen Rechtsgrund zu schaffen, sondern den ursprünglichen Rechtsgrund außer Zweifel zu setzen, in Ansehung eines streitigen Rechtsverhältnisses für die Zukunft einen ausschliefslichen Beurteilungsmaßstab sum Zwecke allfälliger swangsweiser Durchsetzung des bestehenden Rochtzanspruches zu erlangen. Ist einem ausländischen Urteile die Exekutionsfähigkeit vermet, so fehlt demselben anch die Möglichkeit, um besagten Zweck zu erreichen, eine sogenannte Judikatsobligation zu schaffen. Mit Unrecht leitet demnach der Kläger unter Berufung auf die Bestimmung des § 859 a. b. G. D. den Klagsanspruch ans dem Titel des Gesetzes ab, da von einer Judikatsobligation nur bei österreichischen oder exekutionsfähigen ausländischen Urteilen und Entscheidungen gesprochen werden kann, und § 860 a. b. G. B. besagt, daß die Falle, in welchen jemandem unmittelbar von dem Gesetze ein persönliches Recht erteilt wird, an den gebörigen Orten angegeben sind, demnach nicht schlechtweg auf ein exekutionsfühiges ausländisches Urteil ohne Angabe eines Rechtsgrundes ein Klagsanspruch gegründet werden kann. Auch die Bestimmung des § 87 a. b. G. B. kann nicht mit Erfolg herangezogen worden, weil es sich nicht um ein im Auslande eingegangenes Rechtsgeschäft, sondern um eine im Auslande erfolgte richterliche Entscheidung handelt. Allein auch aus dem Titel der Anerkennung kann eine Verurteilung des Beklagten nicht erfolgen, weil die bloße Anerkennung einer Schuld ohne gleichzeitiges Zahlungsversprochen nicht geeignet ist, einen selbständigen Verpflichtungsgrund zu bilden. (Dies wird ausgeführt.)

Der Oberste Gerichtshof hat der klägerischen Revision keine Folge gegeben.

Gründe: Die Revision des Klägers ist nicht gerechtfertigt. Ein ausländisches Urteil begründet in Österreich nur dann eine Judikatsobligation,
wenn dessen Vollstreckung im Inlande zuläszig ist. Denn der Judikatsanspruch auf Erfüllung der Judikatsobligation ist eben nichts anderes als
ein Anspruch, ein Recht auf Exekution. Mangelt dem ausländischen Urteile
die Exekutionsfähigkeit im Inlande, so besteht aus einem solchen Urteile kein
im Inlande durchsetzbarer Judikatsanspruch: dasselbe ist im Inlande wirkungslos. Hieraus folgt, daß ein derartiges Urteil nicht gesignet ist, einem auf
Grund desselben im Inlande erhobenen Klageanspruche zur Grundlage zu
dienen. Die vorliegende Klage kann daher auf das Urteil des in Rede
stehenden Kantonalgerichtes und die Kostenadjustierungserklärung des Präsidenten dieses Gerichtes nicht gestützt werden, weil feststeht, daß dem gedachten Urteile und der Kostenadjustierungserklärung die Vollstreckbarkeit

im Inlande versagt ist. Daß auch aus der in Klage angeführten, von dem Beklagten dem klägerischen Vertreter gemachten Außerung ein Rechtstitel sur klagbaren Geltendmachung des in Rede stehenden Gerichtskostenanspruches im Inlande nicht abgeleitet werden könne, haben bereite die Untergerichte sutreffend ausgeführt. Es wird daher auf deren bestigliche Begründung verwiesen und noch beigefügt, dass die fragliche Außerung das gerade Gegenteil einer Verpflichtungserklärung, die Zahlung der bestiglichen Kosten an den Kläger im Inlande leisten zu wollen, enthält. Ein anderweitiger Rechtstitel für die Klagforderung liegt aber nicht vor, zumal § 37 a. b. G. B. aus den untergerichtlichen Gründen auf den vorliegenden Fall keine Anwendung findet, und es ist eine selbständige klageweise Geltendmachung der Klagforderung im Inlande schon deshalb ausgeschlossen, weil es sich um einen Prozefskostenanspruch hinsichtlich eines im Auslande durchgeführten Rechtsstreites handelt, der inländische Richter daher nicht in der Lage wäre, die Notwendigkeit und Zweckmäßeigkeit der einzelnen Kosten des Expenears su beurteilen.

Es kann mithin darin, dass Berufungsgericht des Klagebegehren abgewiesen hat, die dem Berufungsurteile zum Vorwurfe gemachte unrichtige rechtliche Beurteilung der Sache nicht erkannt werden, weshalb der auf § 503, Z. 4 C.P.O. gestützten Bevision keine Folge zu geben war.

Voraussetsungen der Vollstreckbarkeit eines ausländischen (deutschen) Urteils 1).

Beschl. des Oberlandesgerichts Krakau 19. 2. 1902 ("Deutsche Juristenneitung" 1902 S. 311).

Die Firma A. in Berlin hatte um Vollstreckung eines vom Amtsgerichte Berlin erflossenen Versäumnisurteiles gegen die Firma B. in Krakau angesucht. Im Thatbestande des Versäumnisurteils war angeführt, daß "Berlin als Erfüllungsort vereinbart sei" und "daß die Zustellung der Klage und Ladung durch die Urkunden vom 27. 10. und 9. 12. 1901 ansgewiesen sei". Das Landesgericht Krakau hat mit Beschluß vom 10. 2. 1901 das Vollstreckungsbegehren abgewiesen, weil nach den im § 80 d. österr. Exek.O. angeführten Bedingungen die Exekution nur dann bewilligt werden kann wenn die Rechtssache nach Maßgabe der im Inlande geltenden Bestimmungen im auswärtigen Staate anhängig gemacht werden konnte und wenn die Ladung zur Verhandlung zu eigenen Händen des Belangten zugestellt wurde.

Nach dem Thatbestand des Berliner Urteiles beruht die Zuständigkeit des Berliner Gerichtes auf der Vereinbarung, daß Berlin Erfüllungsort ist. Eine solche Gerichtszuständigkeit ist in der österr. Jurisdiktionsnorm nicht vorgesehen, im Gegenteil ist sie durch § 88 J.N. ausdrücklich ausgeschlossen, indem der Gerichtsstand des Erfüllungsortes nur dann begründet sein kann,

¹⁾ Vgl. dae Urteil Ztschr. XI S. 471.

wenn die Parteien hierüber schriftlich übereingekommen sind und überdies auch die Berechtigung zur Klage an diesem Orte anerkannt haben,
Da nicht einmal behauptet wird, dass zwischen den Parteien ein solches
Übereinkommen, insbesondere auch über die Klagbarkeit in Berlin, schriftlich
zustande gekommen wäre, so ist Berlin zur Entscheidung der Rechtseache
nicht zuständig und das ergangene Urteil nicht exekutionssähig. Überdies
hat der betreibende Gläubiger nicht nachgewiesen, dass die Klage der verpflichteten Firma zu eigenen Händen zugestellt worden ist.

Dem dagegen überreichten Rekurse hat das Oberlandesgericht Krakau Folge gegeben, die Sache zur Vornahme von Erhebungen und neuerlichen Beschlußfassung an das Landesgericht surückverwiesen, "weil, wenn aus dem Berliner Urteile die nötigen Anforderungen auch nicht hervorgehen, doch kein gesetzlicher Grund vorlag, den Exekutionsantrag sofort abzuweisen, sondern vorerst das auswärtige Gericht gemäß § 32 E.O. um diesfällige Aufklärung zu ersuchen, bezw. gemäß § 55 E.O. von der betreibenden Gläubigerin die Beibringung dieser Nachweise abzufordern war". Nach Einlangen dieser vom Berliner Amtsgerichte ersuchten Mitteilungen wurde dem Exekutionsantrage mit Beschluß vom 6. 3 1902 Folge gegeben und dem zuständigen Bezirksgericht die sofortige Zwangsvollstreckung des Urteils aufgetragen.

Entscheidungen des österreichischen Verwaltungsgerichtshofes.

(Verbältnis der im Auslande [Frankreich und England] entrichteten Erbeteuern zu den österreichischen Nachlafspehühren. Ortliche Lage von Nachlafsbestandteilen, insbesondere von Forderungen. Unzulässigkeit der Subsumtion der Einlage eines stillen Gesellschafters unter den Begriff einer Forderung im steuerrechtlichen Sinne.)

Mitgeteilt von Dr. Wilh. Pappenheim, Hof- und Gerichtsadvokat in Wien).

I,

Der k. k. Verwaltungsgerichtshof hat über die Beschwerde der Erben nach M. gegen die Entscheidung des k. k. Finansministeriums vom 28. 1. 1901, Z. 812, betreffend eine Nachlassgebühr, nach der am 5. 3. 1902 durchgeführten öffentlichen mündlichen Verhandlung zu Recht erkannt: Die angefochtene Entscheidung wird in betreff der Abzugsfähigkeit der auf die erblasserischen nicht in Inhaberpapieren verkörperten Forderungen entfallenden französischen Erbsteuer, als gesetzlich nicht begründet aufgehoben; im übrigen wird die Beschwerde als unbegründet abgewiesen.

Entscheidungsgründe. Gegen die Vorschreibung der Vermögenstibertragungsgebühr von dem Nachlasse der am 1. 4. 1899 in Paris verstorbenen österreichischen Staatsangehörigen M. werden von deren Erben nachstehende Eiuwendungen erhoben.

1. Da die M. bis zu ihrem Tode in Frankreich domilizierte, wurde von deren Nachlasse, zu welchem — abgesehen von den in Frankreich liegenden unbeweglichen Gütern und den daselbet befindlichen Fahrnissen insbesondere auch alle hinterlassenen Aktien, Obligationen, Forderungen und im allgemeinen alle ausländischen Werte gerechnet wurden, in Frankreich die Vermögenübertragungsgebühr von Todes wegen vorgeschrieben. Gestütst auf die Ministerialverordnung vom 8, 4 1854, R.G.Bl. Nr. 84 begehrten sohin die Erben, daß diese in Frankreich vorgeschriebene und gezahlte Erbsteuer, soweit sie sich nicht auf die dortigen unbeweglichen Güter bezog, bei der hierländigen Vergebührung des Nachlasses als Abzugspost in Anrechnung gebracht werde. Die angefochtene Entscheidung anerkannte jedoch als Abzugspost nur jenen Teil der französischen Erbsteuer, welcher auf das in Frankreich befindliche bewegliche Vermögen und zwar:

- auf frausösische Privatforderungen, das ist auf solche Forderungen, bezüglich deren der Erfüllungsort in Frankreich liegt;
- 2. auf Kontokorrentguthaben bei französischen Banken;
- 3. auf bei französischen Banken erliegende Wertpapiere;
- 4. auf die Fahrnisse in Paris und Bauregard und endlich
- 5. auf das in Paris befindlich gewesene Bargeld entfiel.

Ausgeschieden wurden also insbesondere alle erblasserischen Forderungen, deren Erfüllungsort außerhalb Frankreichs liegt, sowie alle Wartpapiere (Aktien und Obligationen), welche bei Banken außerhalb Frankreichs, und zwar in Belgien, Deutschland, Österreich, England und Holland deponiert waren.

Die Beschwerde begehrt dagegen die Anerkennung der Absugsfähigkeit der ganzen, von dem beweglichen Vermögen entrichteten französischen Erbsteuer zunächst aus dem Gesichtspunkte, daß der "Mobilar"-Nachlaß, in welchen Universalsuccession stattfinde, in fast allen Gesetzgebungen aur als universitas juris, als Ganzes behandelt werde, mithin auch für die Frage der Erbsteuer nur als Ganzes in Betracht kommen könne, als solches aber naturgemäß seinen Sitz nur dort habe, wo der Erblasser domizilierte. Es könne daher überhaupt nicht nach der physischen Lage der einzelnen Vermögensstücke geforscht und insbesondere im Sinne der eitierten Ministerialverordnung bezüglich des zweifellos im Auslande befindlichen Vermögens nicht unterschieden werden, ob sich dasselbe in dem Staate, welcher die Erbsteuer vorschrieb oder in einem anderen ausländischen Staate befinde.

Diese Auffassung, deren Koneequenzen die Beschwerde selbst nicht festhält, indem sie ja das unbewegliche Vermögen ohne irgend einen principiellen Grund von der universitas ausschließt, hat schon für das Gebiet des Privatrechtes nur in Besug auf das Verhältnis des Erben sum Nachlasse, in allen übrigen Besiehungen aber keineriel Berechtigung, da neben der Universalsuccession in den ganzen Nachlaßs auch eine Singularsuccession besüglich einzelner Nachlaßsetäcke besteht und die rechtlichen Qualitäten eines Vermögensobjektes doch nicht dadurch und in dem Momente eine Änderung erfahren können, wo es zufälligerweise Teil eines Nachlasses geworden ist. Auf dem Gebiete des Steuerrechtes ist aber die obige Auffassung mit den bestehenden Vorschriften gans unvereinbar, da dieselben gerade zwischen einselnen Nachlaßeschen und zwar sunächst swischen beweglichen und unbeweglichen Sachen unterscheiden und auch bewegliche Sachen, resp. deren Warte, je nach dem persönlichen Verhältnisse des

Bedachten sum Erblaner verschiedenen Steuersätzen unterliegen. Insbesondere die für die Entscheidung der vorliegenden Streitsache maßgebende Ministerialverordnung vom 8. 4. 1854, R.G.Bi. Nr. 84 beruht auf einer ganz anderen Auffassung, als die in der Beschwerde vertretene; denn dieselbe spricht nicht etwa nur von dem beweglichen Verlassenschaftsvermögen im Gegensatze zu dem unbeweglichen sondern von dem im Auslan de befindlichen Vermögen eines im Auslande verstorbenen österreichischen Unterthauen, im offenbaren Gegensatze zu dem im Inlande befindlichen; da aber das ausländische unbewegliche Vermögen überhaupt von der Vergebührung im Inlande ausgeschlossen ist, so kann sich der Gegensatz nur auf das bewegliche Vermögen besiehen, und die Ministerialverordnung steht daher auf dem Standpunkte, daß ein im Auslande verstorbener österreichischer Staatsbürger sowohl im Auslande, als im Inlande befindliches bewegliches Vermögen hinterlassen könne, und daß dies für die Vergebührung maßgebend sei.

Es war daher für die Bemessungsbehörde allerdings geboten, su untersuchen, wo sich die einzelnen beweglichen Nachlafzetticke befinden und hiernsch festzustellen, inwiefern die ausländische Erbetener in Anrechnung gebracht werden könne. Die citlerte Ministerialverordnung fügt aber eine weitere Unterscheidung besiehungsweise Beschränkung hinzu, indem sie nur jene Erbsteuer absugafähig erklärt, welche an denjenigen Staat gezahlt wurde, in welchem sich das Nachlassvermögen, das ist also die einzelnen besteuerten Nachlafssachen befinden, daher auch im vorliegenden Falle die fransörische Erbeteuer pur insoweit in Abaug gebracht werden kann, als sie auf die in Frankreich befindlichen Nachlafssachen entfällt. Diese Beschränkung ist wohl eine selbstverständliche, da es andernfalls geschehen könnte, daß verschiedene Staaten von demselben Nachlaßvermögen die Steuer abnehmen und sodann alle diese Steuern im Inlande in Absug gebracht werden müßten. Bei Festhaltung der Anschauung der Beschwerde hätte die Ministerialverordnung nur von dem beweglichen Nachlaßsvermögen eines im Auslande verstorbenen österreichischen Staatsbürgers und nur von jenem Staaten sprechen können, in welchem der Erblasser dominilierte.

Hiernach mußte also auch der Verwaltungsgerichtshof in die Prüfung der Frage eintreten, ob das in Frankreich von der Erbstoger getroffene Vermögen thatsächlich zur Gänze als in Frankreich befindlich angeschen werden könne.

Die Beschwerde vermeint nun, daß der Prüfung dieser Frage unr französisches Recht zugrunde gelegt werden könne, da es sich um eine in Frankreich vorgeschriebene Erbsteuer handle, und daße nach französischem Rechte Forderungen, Aktien, Obligationen und überhaupt unkörperliche Sache am Domizil des Berechtigten befindlich auszeshen seien.

Dies ist jedoch unrichtig, denn es handelt sich ja nicht um die Verschreibung der französischen Erbsteuer, welche allerdings nur unter Zugrundelegung der französischen Laudengesetze erfolgen kann, zumal ein diesen Gegenstand betreffender Staatsvertrag zwischen Frankreich und Österzeich nicht besteht; es handelt sich auch nicht um die Überprüfung der Biehtigkeit dieser Vorschreibung; denn dieselbe kann vollkommen richtig arfolgt sein, ohne dass hieraus folgte, dass die vorgeschriebene Steuer bei Vorschreibung

Outervalch. 503

der hiesigen Stener überhaupt und insbesondere als Absugspost anerkannt werden muß.

Dass aber bei der vollen und in steuerrechtlicher Besiehung auch nicht etwa durch einen Staatsvertrag beschränkten Unabhängigkeit beider Staaten der hiesigen Steuervorschreibung nur die hiesigen Steuergesetze zugrunde gelegt werden können, bestreitet auch die Beschwerde nicht. Es handelt sich also um die Prüfung der Frage, ob und in welchem Masse das hiesige Gesetz und insbesondere die Ministerialverordnung vom 8. 4. 1854 die Absugsfähigkeit der in Frankreich thatsächlich gesahlten Steuern gestattet, mithin um die Anwendung und Interpretation dieser Verordnung, speciell um die Prüfung der Frage, was diese Verordnung (nicht aber das französische Gesetz) unter im Auslande, besiehungsweise in Frankreich besindlichem Vermögen versteht. Es entfällt demnach die Notwendigkeit festsustellen, was nach der französischen Gesetzgebung in und ausländisches Verlassenschaftsvermögen ist.

Dagegen mußste der Verwaltungsgerichtshof in eine Entscheidung darüber eintreten, welche der von der französischen Erbeteuer getroffenen (beweglichen) Nachlassuchen als in Frankreich . "befindlich" ansmechen sind, und es must hierbei sofort bemerkt werden, daß sich in der österreichischen Gesetagebung auf dem Gebiete des Privatre chtes eine gesetzliche Bestimmung, durch welche die örtliche Lage einer Seche festgestellt würde, nicht findet und wohl auch nicht finden kann, da bei körperlichen Sachen die örtliche Lage derselben nicht aweifelhaft sein kann und daher einer besonderen Bestimmung nicht bedarf, bei unkörperlichen Sachen aber von einer örtlichen Lage, welche eine den Sinnen warnshmbare änfaere Erscheinung derselben voraussetzte, keine Bede sein kann. In örtlicher Beziehung kommt für die Privatrechtsgesetzgebung nur in Betracht, nach welchem örtlichen Rechte die in Besug auf eine Sache vorkommenden Rechtsverhältnisse zu beurteilen seien and in dieser Richtung hat der \$ 800 des a. b. G.B. die Norm aufgestellt, dass bewegliche Sachen mit der Person des Eigentümers unter gleichen Gesetzen (Personalstatuten) stehen. Daß aber mit dieser Norm nicht etwa eine gesetzliche Fiktion in Besug auf die örtliche Lage der Sache, oder eine Bestimmung geschaffen werden sollte, nach welcher für jede einselne Sache die (finglerte) örtliche Lage derselben festgestellt werden könnte, geht schon daraus hervor, dass der Eigentilmer einer Sache bestritten sein kann, und dafs es sich in vielen Fällen eben erst um die Feststellung des Eigentümers handelt. So wird beispielsweise die Frage der Ernitzung auch einer beweglichen Sache gewiß nicht nach dem Personalstatute des Ersitzenden oder des bisherigen, vielleicht gar nicht bekannten Eigentilmers, sondern nur nach dem Bechte der gelegenen Sache, das ist nach jenem Recht beurteilt werden können, welches an dem Orte, wo sich die Sache physisch, also nicht fingiert befindet, in Geltung steht. Der Sinn des § 300 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbeches ist somit nur der, daß Rechtshandlungen, welche der Eigentimer einer Sache als solcher in Besug auf dieselbe vornimmt, nach dem Personalstatute au beurteilen seien. Und dies ist auch der Sinn des von der Beschwerde wiederholt eitlerten Satzes "mobilia oseibus inhaerent." Zu bemerken witre hierbei nur, daße wohl der § 99 des Gesetzes vom 1. 8. 1895,

R.G.Bl. Nr. 111 (Jurisdiktionsnorm) bei Faststellung des Gerichtstandes des Vermögens die Bestimmung trifft, daß bei Forderungen der Wehnsitz des Drittschuldners als der Ort gilt, wo sich das Vermögen befindet; es ist aber klar, daß hiermit keineswegs eine auf dem Rechtsgebiete allgemein gültige Bestimmung getroffen oder acceptiert, sondern lediglich eine Fiktion ad hoc, und swar im Interesse der Erleichterung der Exekutionsführung geschaffen werden wollte.

Wenn nun die Verordnung vom 8, 4, 1854 von dem im Auslande befindlichen (beweglichen) Verlamenschaftsvermögen spricht, ohne -- wie in dem fransösischen Gesetze vom 23. 8 1871 - eine nähere Erklärung beisufügen, so können nach dem oben Gesagten, also bei dem Mangel einer gesetzlichen Terminologie, die Worte "im Auslande, beziehungsweise, im vorliegenden Falle in Frankreich befindlich" - nur nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauche interpretiert werden. Dass sich aber hiernach, wie schon obes erwähnt, körperliche Sachen an dem Orte befinden, wo sie im gegebenen Zeitpunkte faktisch liegen, kann keinem Zweifel unterzogen werden. Es war demnach auch richtig, dass die Finanzbehörde bei ihrer Berechnung nur die in Frankreich liegenden Fahrnisse und Bargelder in Rücksicht zog. Es handelt sich also nur um die Frage, wo eich nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauche der Sitz von obligatorischen Verhältnissen (Forderungen) befindet und ob Inhaberpapiere (Aktien, Obligationen) zu den körperlichen oder unkörperlichen Sachen zu rechnen sind. Was die Forderungen anbelangt, so erscheint ausschliefslich der Gläubiger als Träger des Rechtes, sie haften an seiner Person und er ist in der Lage, an jedem Orte, wo immer er sich befindet, mit unmittelbarer Wirkung über den Inhalt des Forderungsrechtes zu disponieren. Forderungsrechte können daher als von der Person des Glänbigers getrennt überhaupt nicht gedacht werden, wogegen der Schuldner niemals als Trager des Rechtes bezeichnet werden kann. In dem Momente, wo die Forderung erfüllt wird, erlischt sie auch und es tritt etwas anderes, in der Regel eine körperliche Sache, an ihre Stelle, für deren Belegenheit dann allerdings der Erfüllungsort maßgebend ist. Für das Forderungsrecht selbst aber ist weder der Erfüllungs- noch der Wohnort des Schuldners entscheidend. Es wird daher auch aprachgebräuchlich von einem auswärts, das ist außerhalb des Wohnortes des Berechtigten befindlichen Vermögen nur in Besng auf körperliche Sachen gesprochen und von einem lediglich in Forderungen bestehenden Vermögen niemals gesagt, dass es sich mit Beziehung auf des Gläubiger an einem anderen Orte befinde.

Insofern demnach mit der angefochtenen Entscheidung nur die auf die "französischen" Privatforderungen und die auf bei französischen Banken bestehenden Kontokorrentforderungen, nicht aber auch die auf sämtliche in der Nachlafanachweisung aufscheinenden Forderungen in der Höhe von 5821014 Frcs. 79 Cts. und 1541254 fl. entfallende französische Erbsteuer in Abzug gebracht wurde, erscheint diese Entscheidung nicht als im Gesetze begründet. Anders verhält es sich mit den Inhaberpapieren. Hier ist zunächst folgendes zu bemerken. Wollten Inhaberpapiere nicht als körperliche Sachen, als selbständige Wertträger, sondern nur als Beweisdokumente für das durch sie beseugte

selbständig bestehende Rechtsverhältnis angesehen werden, so mößste swiechen Obligationen und Aktien unterschieden werden.

Aktien von Industrie- und Handelsunternehmungen hezeugen niemals ein Forderungsrecht, sondern nur die rechtliche Thatsache, daß der Inhaber einen ideelien Anteil an der Unternehmung hat. Für die Belegenheit eines aus Aktien bestehenden Vermögens käme daher sprachgebränchlich der Sits der Unternehmung, keineswegs aber — wie die Beschwerde behauptet — das Domizil des Inhabere in Betracht. Es muß jedoch hiervon abgesehen werden, da Inhaberpapiere nur als körperliche Sachen angesehen werden können.

Denn das Recht des Inhabers entsteht keineswegs aus einem swischen dem Inhaber und dem Verpflichteten oder den Teilnehmern an einer Unternehmung geschlossenen Rechtsgeschäfte, sondern ausschließlich aus der Thatsache der Innehabung des Papieres, sumal auch derjenige, welcher auf keine nach dem Privatrecht den Übergang einer Forderung oder überhaupt eines Rechtes begründende Weise in den Besitz oder eigentlich in die bloise Innehabung der Papieres gelangt ist, als der allein Berechtigte erscheint und sohin der Übergang des Rechtes durch die blofse Besitsergreifung selbst ohne und beziehungsweise gegen den Willen des früher Berechtigten erfolgt. Nur derjenige, welcher das Papier selbst besitzt, ist in der Lage, mit unmittelbarer Wirkung gegen Dritte über das Recht su disponieren und die Dispositionsmöglichkeit setat demnach den Besitz des Papieres voraus. Das Vermögen, beziehungsweise der Vermögenewert, welcher durch das Papier repräsentiert wird, ist also in demselben vollkommen verkörpert und bildet daher in der Gestalt des Papieres eine körperliche Sache. Am auffallendsten erscheint der Unterschied zwischen persönlichen Rechten und Rechten aus Inhaberpanieren, wenn an die Cession einer Forderung, beziehungsweise an den Verkauf des Inhaberpapieres, gedacht wird. Durch eine rechtswirksam vorgenommene Cession geht die Forderung selbst unmittelbar in das Vermögen des Cessionärs über und der Cedent hat sein Recht verloren. Durch den Verkauf eines Inhaberpapieres wird nur ein Auspruch des Käufers gegen den Verkäufer auf Übergabe des Papieres begründet, wogegen der Käufer das Recht gegen den Verpflichteten erst durch die Besitzergreifung erwirkt, bis zu welchem Zeitpunkte der Verkäufer rechtlich uneingeschränkt über das Papier und somit auch über das Recht in anderer Weise verfügen kann. Der einzige Fall, in welchem an die Existenz einer von dem Papiere losgelösten Forderung gedacht werden könnte, wäre der einer Vernichtung oder eines Verlustes desselben, insofern nach den positiven Vorschriften eine Amortimerung sulfamig erscheint.

Allein das Amortisierungsverfahren beruht nicht auf der principiellen Annahme des Portbestandes des Rechtes, welches doch inswischen in unanfechtbarer Weise an eine dritte Person gediehen sein kann. Dasselbe ist vielmehr nur darauf gerichtet, ein verloren gegangenes Recht kraft positiver Vorschrift aus Billigkeitsgründen und unter gewissen Voraussetzungen wieder herzustellen. Den vorstehenden Auseinandersetzungen entspricht auch der Sprachgebrauch, indem von einem in Inhaberpapieren bestehenden Ver-

mögen gesagt wird, es befinde aich an jenem Orte, we die Papiere deponiert zind.

Die angefochtene Entscheidung hat daher mit Becht angenommen, daß jene in den Nachlaß gehörigen Inhaberpapiere (Aktien und Obligationen), welche bei Banken außerhalb Frankreichs deponiert sind, nicht als in Frankreich befindliches Vermögen angesehen werden können.

Schließlich ist nur noch zu bemerken, dass der von der Beschwerde betonte Umstand, dass einzelne Austalten in Belgien und Holland, bei welchen solche Papiere erliegen, Filialen von französischen Banken seien, nach dem Vorgesagten ohne Belang ist, da es nicht darauf ankommt, bei wem, sondern an welchem Orte die Papiere erliegen.

П.

Der k. k. Verwaltungsgerichtshof hat über die Beschwerde des . . . gegen die Entscheidung des k. k. Finansministeriums vom 10. 10. 1900 Z. 47 439, betr. eine Nachlaßgebühr, nach der am 14. 5. 1902 durchgeführten öffentlichen mündlichen Verhandlung, su Recht erkannt:

Die Beschwerde wird als unbegründet abgewiesen.

Entscheidungsgründe: Was zunschst die Einbeziehung des Betrages per . . . in die Nachlaßaktiven anbelangt, so kann es — wie auch die beiden Streitteile selbst übereinstimmend in ihren Ausführungen hervorheben und anerkennen — angesichts der Bestimmungen des Punktes 2 der Ministerialverordnung vom 8. 4. 1854 R.G.B. Nr. 84 bei der Entscheidung dieser Streitfrage nur darauf ankommen, ob die Ansprüche des Erblassers aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter an dem unter der Firma . . . hierlands hetriebenen Handelsgewerbe als ein "hierlands be findliches" Nachlaßevermögen ansusehen sind oder — wie die Beschwerde behauptet — als eine mit der Person des Erblassers in jeder Beziehung untrennbar verknüpfte "Forderung" an den Wohnsits des Forderungsberechtigten gehörig, vorliegendenfalls somit als in . . . befindlich, demnach der hiesigen Gebührenpflicht nicht unterliegend ansusehen sind.

In dieser Besiehung vermochte der Verwaltungsgerichtshof zunächst nicht der von der Beschwerde vertretenen Anschauung beisupflichten, daß diese Frage schon durch die Norm des § 300 des a. b. G.B. im Zusammenhange mit den Bestimmungen der §§ 298 und 299 des a. b. G.B. im Sinse der Beschwerde gelöst erscheine. Der Gerichtshof war vielmehr der Bechtsanschauung, daß sich in der österreichischen Gesetzgebung auf dem Gebiete des Privatrechts eine gesetzliche Bestimmung, durch welche die örtliche Lage einer Sache festgestellt würde, nicht findet und auch nicht finden kann, da bei körperlichen Sachen die örtliche Lage derselben nicht zweifelhaft sein kann und daher einer besonderen Bestimmung nicht bedarf, bei unkörperlichen Sachen aber von einer örtlichen Lage, welche eine den Sinnen wahrnehmbare Erscheinung voraussetzt, keine Bede sein kann. In örtlicher Beziehung kommt für die Privatrechtsgesetzgebung nur in Betracht, nach welchem örtlichen Rechte die im Bezug auf eine Sache vorkommenden Rechtsverhältnisse zu beurteilen seien,

and in dieser Besiehung hat der \$ 300 des a. b. G.B. die Norm aufgestellt. daß bewegliche Sachen mit der Person ihres Eigentümers unter gleichen Gesetzen (Personalstatuten) stehen. Dass aber mit dieser Norm nicht etwa eine gesetzliche Fiktion in Besug auf die örtliche Lage der Bache oder eine Bestimmung geschaffen werden sollte, nach welcher für jede einzelne Bache die (fingierte) örtliche Lage derselben festgestellt werden könnte, geht schon daraus hervor, daß der Eigentümer einer Sache bestritten sein kann, und daß es sich in vielen Fällen ehen erst um die Feststellung des Eigentümers handelt. So wird beispielsweise die Frage der Ersitsung auch einer beweglichen Bashe gewiß nicht nach dem Personalstatute des Ersitzenden oder des bisherigen, vielleicht gar nicht bekannten Eigentûmers, sondern nur nach dem Rechte der gelegenen Sache, d. i. nach jenem Rechte beurteilt werden können, welches an dem Orte, wo sich die Sache physisch — also nicht fingiert — befindet, in Geltung steht. Der Sinn des § 300 des a. b. G.B. ist somit nur der, dass Rechtshandlungen, welche der Eigentümer einer Sache als solcher in Besug auf dieselbe vornimmt, nach dem Personalstatute zu beurteilen seien.

Ebensowenig war der Gerichtshof in der Lage, für die Lösung dieser Frage den von der Finansverwaltung für ihren Standpunkt berufenen Bestimmungen des § 99 des Gesetzes vom 1. 8. 1895 R.G.B. Nr. 111 (Jurisdiktionsnorm) und des § 4 Z. 6 des Gesetses vom 27. 5. 1896 R.G.B. Nr. 79 (Exekutionsordnung) sine entscheidende Bedeutung zuzuerkennen. Denn an ersterer Stelle wird keineswegs eine allgemein gültige Bestimmung getroffen oder acceptiert, dahin, dass grundsätzlich der Wohnsitz des Schuldners der Ort sei, an welchem sich die Forderung befindet, sondern es wird lediglich im Interesse der Erleichterung der Klageführung gegen Personen, welche im Inlande keinen Wohnsitz haben (im Gegensatze zu der Kompetensbestimmung des allgemeinen Gerichtsstandes der \$6 65 und 66 der Jurisdiktionsnorm) ein specieller Gerichtsetand des Vermögens geschaffen und hierbei - ohne auf die Frage, ob dem Belangten gehörige Forderungen sich an seinem ausländischen Wohnsitze oder am Wohnsitze seines Schuldners befinden, irgendwie meritorisch einzugehen - eine Fiktion dahin aufgestellt, dass rücksichtlich dieses besonderen Gerichtsstandes bei Forderungen "der Wohnsits des Drittschuldners als der Ort, an welchem sich das Vermögen befindet, gilt". Dass es sich um nichts anderes dabei handelt, als um eine prosessuale Majkregel der leichteren Rechtsverfolgung, ergiebt sich sofort ans dem zweiten Satze des § 99 Alinea 2 leg. cit. Denn wenn der Drittschuldner thatsächlich einen Wohnsits im Auslande hat, sich aber eine zur Sicherung dieser Forderung haftende Sache im Inlande befindet, so tritt, wiederum nur im Interesse der leichteren Rechtsverfolgung, der Wohnsitz des Drittschuldners sofort ganz in den Hintergrund, und es wird ohne jedwede Bücksicht auf den (wenn such ausländischen, doch thatsächlich bestehenden und bekannten) Wohnsits des Drittschuldners der Ort, wo diese Bache gelegen ist, für die Bestimmung des Gerichtzstandes, also dafür, wo sich die Forderung an den Drittschuldner befindet (Alinea 1 des § 99 leg. cit.) mafigebend. In gleicher Weise stellen die Bestimmungen des § 4 Z. 6

der Exekutionsordnung nicht rechtliche Grundsätze, sondern lediglich die Zwangsvollstreckung erleichternde Maßnahmen dar, wenn es daselbet heißt, daß bei Exekutionen auf Forderungen als Ort, an dem sich das Vermögen befindet, zu gelten hat der Wohnsitz, Sitz oder Aufenthalt des Drittschuldners oder, wenn dieselben unbekannt oder nicht im Geltungsgebiet des Gesetzes gelegen wären, der Ort, an welchem sich das für die Forderung eingeräumte Pfand befindet, und bei bücherlich sichergestellten Forderungen der Bitz des Gerichtes der Einlage. Da hiernach weder die von den beiden Streitteilen berufenen, noch anderweitige gesetzliche Bestimmungen, insbesondere auch nicht jene der maßgebenden Ministerialverordnung vom 8. 4. 1854, R.G.B. Nr. 84, eine Legaldefinition enthalten, aus welcher sich ergeben würde, welches Nachlaßvermögen als ein hierlands befindliches anzusehen ist, so erscheint die Auslegung des Wortes hierlands "befindlich" mit Bedachtnahme auf andere Momente geboten.

Bei einer solchen Auslegung ist nun zuzugeben, dass die Beschwerde allerdings dann im Bechte wäre, wenn es sich, wie sie behauptet, wirklich um eine "Forderung" sensu stricto handeln würde. Denn bei Forderungen erscheint allerdings ausschließlich der Gläubiger als Träger des Bechtes, sie haften an seiner Person, er ist in der Lage, au jedem Orte, wo immer er sich befindet, mit unmittelbarer Wirkung über den Inhalt des Forderungsrechtes zu disponieren; Forderungsrechte können daher als von der Person des Gläubigers getrennt überhaupt nicht gedacht werden, wogegen der Schuldner niemals als Träger des Bechtes bezeichnet werden kann. Allein nach der Anschauung des Gerichtshofes handelt es sich hier überhaupt nicht um eine "Forderung" in diesem Sinne.

Nach Art. 250 des Handelsgesetzes ist eine stille Gesellschaft vorhanden, wenn sich jemand an dem Betriebe des Handelsgewerbes eines anderen mit einer Vermögenseinlage gegen Anteil am Gewinne und Ver-

luste beteiligt.

Wenngleich nun gemäß Art. 251 leg. cit. der Inhaber des Handelsgewerbes die Geschäfte unter seiner Firma betreibt und (insolange nicht der Ausnahmsfall des Art. 257 leg. cit. vorliegt) aus den Geschäften des Handelsgewerbes zufolge Art. 256 leg. cit. der Inhaber desselben dem Dritten gegenüber allein berechtigt und verpflichtet wird, so vermag doch ebensowenig die (auch bei der offenen Handelsgesellschaft nach Art. 39 leg. cit. vertragsmäßig zulässige) hier ex lege nur dem einen Gesellschafter, nämlich dem Inhaber des Handelsgewerbes, übertragene Geschäftsführung als auch die verschiedene Stellung der beiden Gesellschafter nach außen, dem Dritten gegenüber, dem Verhältnisse der beiden Gesellschafter untereinander die rechtliche Natur einer Erwerbsgesellschaft zu benehmen und es zu einem bloßen Schuldverhältnisse zu gestalten.

Beide Geselischafter treiben gemeinsam ein Handelagewerbe (dessen Betriebsführung allerdings dem einen derselben übertragen ist), und beide haben Anteil am Gewinne und Verluste desselben (s. Art. 250 und 254 leg. cit.). Von diesem in einem eventuellen Aktivbeteiligungssalde bestehenden Anspruche des stillen Gesellschafters

muss nach der Rechtsanschauung des Gerichtshofes notwendigerweise angenommen werden, dass derselbe sich dort befindet, wo sich das Handelsgewerbe befindet, welches die Grundlage des Rechtsverhältnisses bildet, und mit dessen Erfolge die Ansprüche des stillen Gesellschafters nach Bestand und Umfang untrennbar verknüpft sind.

Die Beschwerde beruft sich zur Rechtfertigung ihrer Anschauung, anch der stille Gesellschafter sei nichts anderes als nur ein "Forderungsberechtigter" sensu structo gleich jedem anderen, auf die Art. 258, 259 und 265 des Handelsgesetzbuches. Nun ist es allerdings richtig, daß der Art. 265 leg, eit. dahin lautet, dass nach Auflösung der stillen Gesellschaft der Inhaber des Handelsgewerbes sich mit dem stillen Gesellschafter auseinandersetzen und "die Forderung desselben in Geld berichtigen muß", und daß eben deshalb auch der Art. 259 leg. cit. für den daselbet erwähnten besonderen Fall der Auflösung die dem stillen Gesellschafter zur Geltendmachung als Konkursgläubiger vorbehaltenen Ansprüche als "die ibm in dem Zeitpunkte der Auflösung aus dem Gesellschaftsverhältnisse zustehende Forderung" bezeichnet. Allein auch diese Forderung nach Auflösung der stillen Gesellschaft wird noch immer keine Forderung im obigen Sinne mit einem ziffermällsig gegebenen Forderungsbetrage, sondern bleibt noch immer ein Anspruch auf Heraussahlung des schließlich nach Liquidation der bei der Auflösung noch schwebenden Geschäfte (Art. 265 leg. cit.) etwa resultierenden Beteiligungssaldos, welche Liquidation nach ihrer Durchführung noch immer zu dem Endergebnisse führen kann, dass für den stillen Gesellschafter überhaupt nichts resultiert.

Der weiters berufene Art. 258 des Handelsgesetzbuches spricht aber sogar direkt gegen die Beschwerde. Denn gerade nur in dem einen Falle, wo der stille Gesellschafter nicht forderungsberechtigt, sondern einsahlungspflichtig ist (Alinea 2), braucht der stille Gesellschafter seine rückständigen Einlagen nur bis au dem Betrage, der aur Deckung seines Anteiles am Verluste erforderlich ist, in die Konkursmasse zu zahlen und kann rücksichtlich des Restes der Einlage von dem dem Forderungsberechtigten im allgemeinen austehenden Rechte der Kompensation zwischen Einzahlungspflicht und Rückforderungsanspruch Gebrauch machen, während im Falle der Alinea 1 der forderungsberechtigte stille Gesellschafter, der seine Einlage voll eingesahlt hat, eine Forderung nur als gewöhnlicher Konkursgläubiger, also mit der eventuellen Aussicht auf gar keine oder nur eine minimale Quote geltend machen kann, somit eine doppelte Einbusse erleidet durch seine Participation am Geschäftsverluste an sich und dann noch an seinem rückständigen Einlagerückforderungsanspruche wegen Unzulänglichkeit der Massa, und swar nur deshalb, weil er kein Forderungsberechtigter ist, sondern eine Doppelstellung einnimmt, nämlich vor allem Gesellschaftsteilhaber ist, und nur rücksichtlich des durch die Anteilnahme am Verluste nicht berührten Einlagerestes sum Konkursgläubiger wird. Auf Grund dieser Erwägungen war demnach die Beschwerde in diesem Punkte als unbegründet absuweisen.

2. Ebenso hat der Verwaltungsgerichtshof den sweiten Beschwerde-

punkt als unbegründet erkannt, dahin gehend, daße die in England vom ganzen beweglichen Nachlasse bezahlte Sprozentige estate duty und die von dem für die Universalerben verbleibenden reinen Erbteile bezahlte Sprozentige legacy duty zusammen im Betrage von . . . als Abzugspost bei der Vergebührung des hierlands befindlichen Nachlasses ausuerkennen waren.

Nach der Bestimmung des § 1 B. des Gebührengesetzes unterliegen der Abgabe alle Vermögensübertragungen von Todeswegen, und nach § 57 leg. cit. unterliegt der Gebühr der gesamte Nachlaß nach Abschlag der dasselbst aufgezählten Abzugsposten, wobei im zweiten Satze Alinea 1 des § 57 leg. cit. grundsätzlich bestimmt wird, daß vom Nachlasse als solchen zu entrichtende Gebühren und Abgaben vom Nachlasse vor der Berechnung der Gebühr nicht abgesogen werden dürfen.

Es liegt nun keine gesetzliche Bestimmung vor, welche für den vorliegenden Fall ein ausnahmsweises Abgehen von diesem principiellen Grundsatze zu rechtfertigen vermöchte. Denn die von der Beschwerde berufene Ministerialverordnung vom 8. 4. 1854, R.G.B. Nr. 84, kennt nur im ersten Punkte einen solchen, hier nicht vorliegenden Ausnahmsfall, nämlich wenn es sich um ein im Auslande befindliches Verlassenschaftzvermögen von im Auslande verstorbenen österzeichischen Unterthanen (von den unbeweglichen Sachen überhaupt abgesehen) handelt.

Für den im zweiten Punkte ebendaselbet besprochenen, bier vorliegenden Fall der Vergebührung eines hierlands befindlichen Nachlasvermögens solcher Personen, welche keine österreichischen Unterthanen sind, bestimmt aber diese gerade "sur Behebung der Zweifel über die Anwendung der §§ 1 B. und 57 des Gebührengesetzes auch auf solche Nachlasvermögen" erlassene Verordnung, dass auf solche Nachlasvermögen "die erwähnten gesetzlichen Bestimmungen Anwendung haben", und swar:

a) ohne Ausnahme für bewegliche Sachen,

b) soweit der Nachlass in beweglichen Sachen besteht, wenn nicht nachgewiesen wird, dass das bewegliche Nachlassvermögen österreichischer Unterthanen als solcher keiner wie immer gearteten Gebühr in jenem Staate, welchem der Erblasser angehört, unterliegt. Nur für diesen einen Fall der gebührenfreien Behandlung beweglicher Nachlässe seitens des fremden Staates (von der Exterritorialität abgesehen) ist somit von der Grundregel des § 57 des Gebührengesetzes abzugehen; liegt ein solcher Nachweis aber nicht vor (und vorliegendenfalls wurde eine solche gebührenfreie Behandlung nicht einmal behauptet, geschweige denn nachgewiesen), so hat der Grundsatz des § 57 des Gebührengesetzes von der Nichtabzugsfähigkeit der Nachlassgebühren nach der positiven Norm der mehreitierten Ministerialverordnung nicht nur auf den unbeweglichen, sondern auch auf den beweglichen Nachlaß Anwendung. Wenn die Beschwerde die Bestimmungen des Punktes I auch analog auf die Fälle des Punktes 2 angewendet sehen will, so sind ganz abgesehen davon, daß der Charakter dieser Bestimmungen als Ausnahmsbestimmungen einer extensiven Interpretation entgegensteht - die

hierfür von der Beschwerde geltend gemachten Motive offenbar nicht sutreffend. Denn wenn die Beschwerde betont, dass doch österreichische Unterthanen ihrem Staate gegenüber gewiss größere Verpflichtungen haben als Ausländer, so übersieht sie, daß es nach der in Rede stehenden Ministerialverordnung gar nicht auf die Staatsbürgerschaft der Erben, sondern nur auf den Umstand ankommt, in welchem Staatsgebiete sich der Nachlafs — mögen dessen Erben wer immer sein befindet. Wenn die Beschwerde aber darauf verweist, dafs, wenn schon beim Nachlasse österreichischer Unterthanen der Abzug ausländischer Gebühren als Passivpost zugelassen wird, dies um so mehr für den Nachlafs der Ausländer gelten müsse, weil sonst vom Nachlasse der Ausländer noch mehr Abgaben zu zahlen wären, als vom Nachlasse der Inländer, so verkennt die Beschwerde, dass gerade durch die in Betracht kommenden Bestimmungen des Punktes 2 der oft citierten Ministerialverordnung der von der Beschwerde gerügten ungleichmäßigen Behandlung der Nachlässe vorgebeugt und eine gleichmäßeige Behandlung erstrebt werden soll. Denn rücksichtlich der hier befindlichen beweglichen Nachlässe von Ausländern will eben das Gesets dieselben vollkommen nach den Grundsätzen der Reciprocität behandeln und in dem Augenblick, wo der fremde Staat von Nachlässen österreichischer Staatsangehöriger keine Gebühr einhebt, behandelt auch das österreichische Gesetz den Nachlaß des Ausländers gebührenfrei (Punkt 2), so daß es nur von dem anderen Staate abhängt, den beweglichen Nachlässen seiner Unterthanen hier die vollkommen gleiche Behandlung mit den Nachlässen österreichischer Unterthanen im Ausland zu sichern.

Auf Grund dieser Erwägungen war demnach die Beschwerde auch in dem zweiten Beschwerdepunkte als nicht begründet abzuweisen.

Rumikulen

Kirchliche Eheschliesung von Ausländern in Rumönien, Erbrechtsstatut.

Urteil des Kassationshofes 20. 2. 1901 (Curierul Judiciar 25, 8. 1901; J. XXIX, S. 916).

Das Urteil wendet folgende Grundskies an:

 Die in Rumänien stattgehabte kirchliche Eheschließung eines ausländischen Katholiken, dessen Heimatrecht die kirchliche Eheschließungsform anerkennt, ist formgültig.

 Das Erbrecht richtet sich für die in Rumänlen belegenen Immobilien nach rumänischem Recht, für Mobiliarvermögen nach dem Heimatsrecht des Erblamers.

Vermischte Mitteilungen.

1. Kodifikation des Obligationenrechts für Rufsland.

Unter dem Vorsitz des Reichsrats W. J. Stojanowski bat die Kommission für Ausarbeitung eines neuen russischen Civilgesetzbuchs als Teilentwurf eine Kodifikation des Obligationenrechts ausgearbeitet, welche in deutscher Übersetzung (von Rechtsanwalt Nicolaus von Seeler) durch das Rigaer Börsenkomitee (Riga, Ruetz) veröffentlicht und einer Begutachtung unterzogen ist, welche gleichfalls gedruckt (Riga, Wilhelm Scheffer) vorliegt.

Der Entwurf schließt das Handelsrecht ein, das heißt er soll die Handelsordnung (Ustaw torgowy) des 2. Teiles des XI. Bandes des Allgemeinen Gesetzbuches (Swod sakonow) beseitigen und ersetzen.

Das Seerecht ist nicht behandelt, so dass in dieser Beziehung die Bestimmungen der alten Handelsordnung in Kraft bleiben werden, falls nicht noch eine besondere Seerechtsordnung ausgearbeitet wird. Entsprechendes gilt von dem Recht des Handelsstandes (Firma, Register, Handelsbücher etc.), welches im Entwurf nicht behandelt ist. Eine besondere Wechselordnung ist bereits in Vorbereitung.

Nur ein Teil der Bestimmungen des Entwurfes soll auch für Polen (wo der Code Napoléon gilt) und für die Ostseeprovinzen (in welchen das Provinzialgesetzbuch von 1864 gilt) Gesetzeskraft erhalten. Für Polen sollen nur das Gesellschafts- und Versicherungsrecht sowie das Recht der Inbaberpapiere, für die Ostseeprovinzen nur die "Bestimmungen über Handelsgeschäfte" gelten. Da der Entwurf keine Begriffsbestimmung der Handelsgeschäfte enthält, so müßte die Erstreckung seiner Geltung für die Ostseeprovinzen noch näher bestimmt werden.

Von Inkrafttreten der Kodifikation verlautet noch nichts. Es heifst, dass nach Anhörung verschiedener Gutachten nochmals eine Umarbeitung erfolgen soll.

2. Die Gesetzgebung in Alaska.

Das während seiner Verwaltung durch die russisch-amerikanische Pelz-Gesellschaft (1799—1864) in rechtlicher wie in anderer Beziehung sehr vernachlässigte Gebiet von Alaska ist auch nach seiner Abtretung an die Vereinigten Staaten lange Zeit ohne rechtliche Ordnung geblieben. Im Jahre 1884 wurde durch "An act providing civil government for Alaska" das in Oregon geltende Recht in Bausch und Bogen auf Alaska übertragen. In der Zeit von 1898—1900 ist man durch mehrere kodifikatorische Gesetze, namentlich diejenigen vom 14. Mai 1898, 3. März 1899, 6. Juni 1900 den besonderen Bedürfnissen des Gebietes gerecht geworden. Diese Gesetze, deren Hauptinhalt in dem Titel des nachstehend bezeichneten Handbuches gekennzeichnet ist, sind folgendermaßen zusammengestellt im Buchhandel erschienen:

The laws of Alaska, embracing the penal code, the code of criminal procedure, the political code, the code of civil procedure and the civil code with the treaty of cession and all acts and parts of acts relating to the district. Annotated with references to decisions by the courts of the United States and the Supreme court of Oregon by Th. H. Carter. — Chicago. Callaghan and company. 1900.

8. Englands Rechtsentwickelung im 19. Jahrhundert.

In der Oktobersitzung der "Incorporated Law Society of England" 1901 zu Oxford hat der Präsident Sir Henry Fowler einen Überblick über Englands Rechtsentwickelung im 19. Jahrhundert gegeben.

Nach Sir Henry Fowlers Mitteilungen wurden im letzten Jahrhundert rund 10500 Parlamentsakte erlassen. Die letzte Ausgabe der in Geltung stehenden Gesetze ("Revised Statutes") umfaßt bisher 16, bis 1886 reichende, Bände; davon enthalten zwei Bände Gesetze aus der Zeit von 1700—1800; alle übrigen Bände beziehen sich auf die Zeit von 1800—1886.

Bezüglich der Entwickelung des Strafrechtes hebt Sir H. Fowler hervor: Während 1800 mehr als 200 Verbrechensarten mit Todesstrafe bedroht waren (z. B. Taschendiebstahl, Schafdiebstahl), hat sich die Zahl der mit Todesstrafe belegten Delikte auf 4 vermindert (Hochverrat, Mord, Seeraub mit Gezeitschrift 6 intern. Privat- u. Sfenti. Becht. XII. walt, Brandstiftung an königlichen Schiffen, Docks, Arsenalen). Im Jahr 1899 wurden von 29 verhängten Todesurteilen nur 15 vollstreckt.

Die im Laufe des Jahrhunderts angebahnte Beschleunigung des Gerichtsverfahrens illustriert Sir H. Fowler damit, daß Prozesse von zehn-, fünfzehn und mehrjähriger Dauer zu Beginn des 19. Jahrhunderts nicht selten waren, während der große "Taff Vale Railway Case" in erster Instanz am 5. September 1900, in der Appellationsinstanz im November 1900 und endgültig im House of Lords am 22. Juli 1901 entschieden wurde.

Hervorgehoben wird ferner die Beseitigung der "disgraceful mockery of justice and equity", welche durch Lord St. Leonards' Act (1852) und Lord Demnans Act vorbereitet, durch die Judicature Acts von 1873, 1875 zum Abschluß gebracht wurde. Als großer Fortschritt wird ferner von Sir Henry Fowler die im letzten Jahrhundert bewirkte Organisation der Country Courts, welche die großen Common Law und Equity Courts entlasteten, angesehen. Im Jahre 1899 wurden in erster Instanz in England insgesamt 428579 "actions" verhandelt. Davon fallen 421964 auf die County Courts.

Die Schuldhaft ist in England im Jahre 1869 bekanntlich nicht völlig abgeschafft. Sir H. Fowler teilt mit, daß die Zahl der Fälle von Schuldhaft steigt. Im Jahre 1897 wurden 7727, im Jahre 1898: 7803 und im Jahre 1899: 7864 Personen dem "imprisonment for debt" unterworfen.

Die Advokatur bestand im Jahre 1800 aus 598 barristersat-law (darunter 25 King's Counsels, 17 serjeants-at-law und 556 juniors) und 4269 attorneys, solicitors und proctors, dagegen im Jahr 1900 aus 9457 barristers (245 King's Counsels, 9212 juniors) und mehr als 16000 solicitors, obwohl seitdem strenge Examina für die Advokatur eingeführt sind.

Was die Zahl der Richter betrifft, so gab es 1800 12 common law judges und 2 equity judges, während jetzt für die oberen Instanzen 15 judges of the Queen's Bench Division, 7 judges of the Probate Division, 5 lords justices und 4 lords of appeal vorhanden sind.

Als dringende Aufgaben der ferneren Rechtsentwickelung

bezeichnet Sir H. Fowler die Verbilligung der Rechtspflege und die Kodifikation.

Der Vergleich der Rechtsentwickelung Englands im 19. Jahrhundert mit derjenigen der europäischen Festlandstaaten ergiebt im ganzen ein auffallendes Zurückbleiben des britischen Reiches gegenüber dem Kontinent. England hat weder materiell ein "jus certum et scriptum" noch befriedigende Gerichtsverfasssungsund Prozesseinrichtungen. Es hat beim Beginn des 20. Jahrhunderts nicht erreicht, was Frankreich bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts besaß.

4. Gründung einer diplomatisch-konsularischen Schule bei der Universität Rom.

Ein Königliches Dekret vom 5. Dezember 1901 ordnet an, daß der "Corso complementare di scienze economico-amministrative" bei der Universität Rom umgewandelt wird in eine "Scuola diplomatico-coloniale" mit folgenden Lehrgegenständen: 1. Diplomatisches und Konsular-Recht, Seerecht, Geschichte der Verträge. 2. Auswanderungs- und Kolonialpolitik. 3. Handelspolitik. 4. Politische Geographie, Kolonialgeographie. — Zur Inskription berechtigt die Eigenschaft als "laureato" einer Universität, das Diplom einer höheren Handelsschule, die "ultima promozione" der Accademia navale, Accademia militare, Scuola superiore di guerra, die Präsentation seitens einer italienischen Handelskammer im Auslande. — Der Kursus ist auf 2 Jahre festgesetzt und schließt mit einem schriftlichen und mündlichen Examen ab.

Internationales Recht als Prüfungsgegenstand bei den ungarischen Juristen.

Der ungarische Unterrichtsminister hat unterm 30. Juli 1901 eine Verordnung an sämtliche ungarische Universitäten und Rechtsakademien erlassen, in der es heifst:

"Bezüglich des Lehrstoffes des bei den Rigorosen zu examinierenden internationalen Rechtes kann ich es nicht unterlassen, die Aufmerksamkeit insbesondere darauf zu lenken, daß der vaterländische positive Teil des genannten juridischen Faches, der in internationalen Verträge u. s. w. zum Ausdrucke gelangt, möglichst eingehend zu behandeln ist. Ich zweise nicht, daß

hierauf auch bisher die größte Aufmerksamkeit verwandt wurde, und hebe es nur darum hervor, um die Wichtigkeit und Tragfähigkeit des positiven internationalen Rechtes auf dem Gebiete sämtlicher juridischer Disciplinen hervorzuheben und der Beachtung zu empfehlen."

6. Bureau de législation in Brüssel.

Das im Jahre 1887 bei dem Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten in Brüssel durch die belgische Regierung gegründete Bure au de législation verfolgt die Aufgabe, eine möglichst vollständige Sammlung der Gesetzsammlungen und insbesondere der Gesetzbücher aller Länder herzustellen. Unter der ausgezeichneten Leitung des Herrn A. van den Bulcke hat sich diese Einrichtung gut entwickelt. Die Bibliothek, welche 1892 etwa 4500 Bände umfaßte, enthält heute deren etwa 7300 und hat ihr Ziel annähernd erreicht. Sie hat neuerdings auch Gesetzeskommentare sowie die Litteratur der Rechtsvergleichung und des internationalen Privatrechts in den Bereich ihrer Aufgabe gezogen.

Das Bureau befast sich auch offiziell damit, auf Antrag und Kosten von Interessenten Übersetzungen von Gesetzestexten durch vereidete Übersetzer zu liefern.

Ein kürzlich erschienener neuer Katalog (Bruxelles, Hayez, rue de Louvain 112) umfast X und 302 Seiten.

7. Internationale Schiedsverträge und Schiedssprüche.

a) Schiedsspruch betreffend die Streitfälle "Sergent-Malamine" und "Waima".

Nachdem am 3. April 1901 Frankreich und England einen Schiedsvertrag geschlossen hatten, behufs Festsetzung der von England in der Sergent-Malamine-Affaire und der von Frankreich in der Walma-Affaire zu zahlenden Entschädigungssumme, übernahm der Staatsminister und Generalsekretär im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zu Brüssel, Baron Lambermont, auf Ersuchen der Vertragschließenden das Schiedsrichteramt. Durch Schiedssprüche vom 15. Juli 1902 sind nunmehr der französischen Regierung 6500 Pfund, der englischen 9000 Franken zugesprochen. Die Texte des Schiedsvertrags und der Schieds-

sprüche sind abgedruckt R.G. VIII (1901) "Documents" S. 8, IX "Documents" S. 11.

b) Schiedsvertrag betr. Entschädigungsansprüche Frankreichs gegen Venesuela.

Wegen der Schäden, welche seit dem venezolanischen Aufstand 1892 französischen Staatsangehörigen in Venezuela zugefügt sind, haben Frankreich und Venezuela am 17. Februar 1902 einen Schiedsvertrag geschlossen. Für die Schäden aus dem Aufstand von 1902 besteht das Schiedsgericht aus je einem von den vertragschließenden Mächten zu ernennenden Lokalkommissar sowie dem spanischen Gesandten in Paris, Herrn Leon y Castillo Marquis del Muni, für die späteren Schäden aus dem venezolanischen Minister des Auswärtigen, dem französischen Gesandten in Caracas, sowie Herrn Leon y Castillo.

Gesetzgebung, Verordnungen etc.

I. Deutsches Reich.

- 1. Ges. 22. 1. 1902 über die Verlegung der deutsch-österreichischen Grenze längs des Przemsa-Flusses (R.G.Bl. 1902 S. 31).
- Ges. 22. 1. 1902 über die Verlegung der deutsch-dänischen Grenze an der Norderau und der Kjärmühlenau (R.G.Bl. 1902 S. 32).
- 3. Ges. 22, 3, 1902 zum Schutze des Genfer Neutralitätszeichens (R.G.Bl. 1902 S. 125).
- § 1. Das in der Genfer Konvention zum Neutralitätszeichen erklärte Rote Kreuz auf weißem Grunde sowie die Worte "Rotes Kreuz" dürfen, unbeschadet der Verwendung für Zwecke des militärischen Sanitätsdienstes, zu geschäftlichen Zwecken sowie zur Bezeichnung von Vereinen oder Gesellschaften oder zur Kennzeichnung ihrer Thätigkeit nur auf Grund einer Erlaubnis gebraucht werden.

Die Erlaubnis wird von den Landes-Centralbehörden nach den vom Bundesrate festzustellenden Grundsätzen für das Gebiet des Reichs erteilt. Die Erlaubnis darf Vereinen oder Gesellschaften, welche sieh im Deutschen Reiche der Krankenpflege widmen und für den Kriegefall zur Unterstützung des militärischen Sanitätsdienstes zugelassen sind, nicht verungt werden.

Die von dem Bundesrate festgestellten Grundeätze sind dem Reichstag alsbald zur Kenntnisnahme mitsuteilen.

- § 2. Wer den Vorschriften dieses Gesetzes zuwider das Rote Kreuz gebrancht, wird mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft bestraft.
- § 3. Die Anwendung der Vorschriften dieses Gesetzes wird durch Abwelchungen nicht ausgeschlossen, mit denen das im § 1 erwähnte Zeichen wiedergegeben wird, sofern ungeschtet dieser Abweichungen die Gefahr einer Verwechslung vorliegt.
 - § 4. Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1908 in Kraft,
- § 5. Die Vorschriften dieses Gesetzes finden keine Anwendung auf den Vertrieb der bei der Verktindung des Gesetzes mit dem Roten Kreuzebezeichneten Waren, sofern die Waren oder deren Verpackung oder Umhüllung nach näherer Bestimmung des Reichakansters mit einem amtlichen Stempelabdrucke versehen werden.
 - § 6. Bis sum 1. Juli 1906 darf das Rote Kreus fortgeführt werden:
 - in Warenzeichen, die auf Grund einer vor dem 1. Juli 1901 erfolgten Anmeldung in die Zeichenrolle eingetragen worden sind;
 - in Firmen, die auf Grund einer vor dem 1. Juli 1901 erfolgten Anmeldung in das Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragen worden sind:
 - in Namen rechtsfählger Vereine, aufern die Vereine nach ihren Satzungen bereits vor dem 1. Juli 1901 das Rote Kreus in ihren Namen geführt haben.

Änderungen, die sich infolge dieses Gesetzes an den unter No. 2, 3 beseichneten Firmen und Vereinsnamen erforderlich machen, werden gebührenfrei in das Handelsregister und das Vereinsregister eingetragen, sofera sie vor dem 1. Juli 1906 zur Eintragung angemeldet werden.

- § 7. Warenseichen, welche das Rote Kreus enthalten, sind von der Verkündung des Gesetses ab von der Eintragung in die Zeichenrolle ausgeschlossen, sofern nicht die Anmeldung vor dem 1. Juli 1901 erfolgt ist.
 - 4. Schaumweinsteuergesetz 9. 5. 1902 (R.G.Bl. 1902 S. 155).
- 5. Bekanntmachung 9. 5. 1902 des Reichskanzlers über die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde der Verein. Staaten von Amerika zu dem auf der Hasger Friedenskonferenz am 29. 7. 1899 unterzeichneten Abkommen betr. die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs (R.G.Bl. 1902 S. 168).
- 6. Erlas 14. 5. 1902 des Ministers f. Handel u. s. w. betr. Meldung nach Spanien bestimmter Schiffe bei einem spanischen Konsul (M.Bl. d. Handels- und Gew.-Verw. 1902 S. 200).

Nach dem spanischen Konsnlargesetz haben Schiffe, fremde sewohl wie spanische, in dem letzten ausländischen Hafen, von welchem sie die Reise

nach einem spanischen Hafen antreten, das Visum des spanischen Konsuls einzuholen und die entsprechende Gebühr zu zahlen. Entbunden von dieser Vorschrift eind sie nur dann, wenn sie in dem letzten ausländischen Hafen keine Handelsoperation vergenommen, sondern nur Kohlen eingenommen haben.

In diesem letzteren Falle haben bisher die nach spanischen Häfen kommenden Schiffe sich auch von der weiteren Bestimmung entbunden gehalten, welche allen nach spanischen Häfen kommenden Schiffen vorschreibt, daß sie im letzten ausländischen Hafen, von welchem sie die direkte Reise nach einem spanischen Hafen antreten, sich von dem spanischen Konsul einem Gesundheitsnaß ausstellen und die Passagierliste visieren zu lassen haben.

Die spanische Regierung sieht hierin eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit und hat daher, um das zu verhüten, durch Real-Order vom 12. Oktober 1901 angeordnet, das Schiffe, welche ohne Gesundheitspas und Vienm der Passagierliste seitens des spanischen Konsuls im letzten ausländischen Hafen, den das Schiff wenn auch nur zur Kohleneinnahme angelaufen hat, nach einem spanischen Hafen kommen, in diesem nachträglich, ebenso wie solche Schiffe, die einen spanischen Hafen gezwungenerweise anlaufen, die umgangenen Konsulatsgebühren nachsuzahlen haben.

Durch eine im "Eco de las Aduanas" vom 7. März d. Js. veröffentlichte Real-Order ist diese Bestimmung den Zollämtern in erneute Erinnerung gebracht worden. Es empfiehlt sich, in jedem Fall erst in demjenigen nicht spanischen Hafen, von welchem die direkte Reise nach Spanien angetreten wird, das Visum und den Gesundheitspaß des spanischen Konsuls einsuholen.

- 7. Seemannsordnung 2. 6. 1902 (R.G.Bl. 1902 S. 175).
- 8. Ges. 2. 6. 1902 betr. die Verpflichtung der Kauffahrteischiffe zur Mitnahme heimzuschaffender Seeleute (R.G.Bl. 1902 S. 212).
- 9. Ges. 2. 6. 1902 betr. die Stellenvermittlung für Schiffsleute (R.G.Bl. 1902 S. 215).
- Ges. 2. 6. 1902 betr. Abanderung seerechtlicher Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (R.G.Bl. 1902 S. 218).
- 11. Ges. 20. 5. 1902 betr. den Gebührentarif für den Kaiser Wilhelm-Kanal (R.G.Bl. 1902 S. 167).
- 12. Bekanntmachung 24. 5. 1902 des Reichskanzlers betrdas Außerkrafttreten des Freundschafts-, Handels- u. Schiffahrtsvertrages mit dem Freistaate Salvador (R.G.Bl. 1902 S. 168).
- 13. Ges. 13. 6. 1902 betr. Abänderung des § 7 der Strafprozefsordnung (über den "fliegenden Gerichtsstand der Presse") (R.G.Bl. 1902 S. 227).
 - 14. Ges. 18. 6. 1902 betr. die Aufhebung der außerordent-

lichen Gewalten des Statthalters in Elsafs-Lothringen (R.G.BL 1902 S. 231).

- 15. Ges. 25. 6. 1902 wegen Abänderung des Gesetzes betr. die Kaiserlichen Schutztruppen in den afrikanischen Schutzgebieten und die Wehrpflicht daselbet (R.G.Bl. 1902 S. 237).
 - Suisstoffgesetz 7. 7. 1902 (R.G.Bl. 1902 S. 253).
- 17. Kaiserl. Verordn. 26. 6. 1902 zur Ausführung des Ges. betr. die Freundschaftsverträge mit Tonga und Samoa und den Freundschafts-, Handels- u. Schiffahrtsvertr. mit Zanzibar (R.G.Bl. 1902 S. 261).

II. Die deutschen Einzelstaaten.

Badon.

1. Ministerial-Bekanntm. 13. 10. 1901 (Just.Min. No. 29133).

Sowohl der badische als auch der württembergische Gesetzgeber hat von den in § 143 Abs. 1 E.G. z. B.G.B., § 99 Gb.O. ausgesprochenen Vorbehalten Gebrauch gemacht. Nach Art. 38 württ. A.G. und nach § 17 bad. Gb.A.G. kann die Einigung der Beteiligten im Sinne der §§ 925 u. 1015 B.G.B. (außer vor dem Grundbuchamt) auch vor dem Nachlafagerichte erklärt werden. Die Vorschriften der §§ 37, 38 Gb.O. finden alsdann entsprechende Anwendung. Es genügt somit sum Nachweise der Erbfolge sowie der Auflassung ein Zeugnis des Nachlafagerichts.

Ob nun die badischen Grundbuchämter auf Grund dieser Bestimmungen auch das Zeugnis eines württem bergischen Nachlassgerichts als Grundlage für die Eintragung eines Eigentumsübergangs betrachten dürses, erecheint zweifelhaft. Auffallend ist es allerdings, dass in § 15 Gb.A.G. "jeder badische Notar" für suständig erklärt ist zur Entgegennahme der Auflassung, während in § 17 Gb.A.G. lediglich vom "Nachlassgericht", nicht lediglich vom badischen Nachlassgericht gesprochen wird. Das Just Min. verkennt jedoch mit dem L.G. nicht, dass erhebliche Gründe dasür sprechen, den § 17 a. a. O. auf die Zeugnisse badischer Nachlassgerichte zu beschränken.

Jedenfalls dürfte es sicherer sein, wenn die Grundbuchämter die Eintragung auf Grund des Zeugnisses eines württembergischen Nachlafsgerichts insolange ablehnen, als sich nicht eine entgegenstehende Gerichtspraxis gebildet hat.

Ministerial-Bekanntm. 29. 10. 1901 (Just.Min. No. 36 263).

Im vorliegenden Falle ist die Zuständigkeit zur Behandlung des Nachlasses einer in der Schweiz wohnhaft gewesenen und dort gestorbezen bedischen Staatsangehörigen, die in der Schweiz bewegliches, im Großherzogtum Baden unbewegliehes Vermögen hinterinssen hat, zwischen einer schweizerischen und einer hadischen Behörde streitig. Die Frage, ob die Zustkodigkeit der schweizerischen Behörde begründet ist, kann dahingestellt bleiben; dagegen ist zu prüfen, ob die Zustkodigkeit eines deutschen Nachlaftgerichts besteht.

Es ist nicht unbestritten, ob in allen Fällen, in denen der Erblasser ein Deutscher ist, ohne Rücksicht darauf, ob er im Inlande einen Wohnsitz oder einen Aufenthalt hatte oder nicht, aus F.G.G. § 73 die Zuständigkeit eines deutschen Nachlassgerichtes sich ergiebt - so Planck, Anmerkung 3e su Art. 24 E.G. s. B.G.B. -, oder ob der \$ 78 F.G.G. nur dann sur Ermittalung eines von mehreren in Frage kommenden Nachlaßgerichten bestimmt ist, wenn schon auf Grund anderer Rechtsquellen feststeht, dass überhaupt ein deutsches Nachlassgericht zur Behandlung des Nachlasses berufen ist — so Dorner, Anmerkung 7 Abs. 1 su F.G.G. § 73. — Im vorliegenden Falle wurde such die letstangeführte Ansicht zur Bejahung der aufgeworfenen Frage führen: in Ermangelung von in Staatsverträgen enthaltenen Bestimmungen - die das Erbrecht berührenden Art. 5 und 6 des badischschweizerischen Staatsvertrags vom 6. Desember 1856 treffen hier nicht zu sind die Grundsätze des internationalen Privatrechte malagebend, und nach diesem ist - vgl. Böhm, Internationale Nachlassbehandlung § 4 - die Zuständigkeit der Behörden, jeden Staates, in denen zum Nachlasse gehörende Grundstücke liegen, begründet,

Wenn hiernach die Zuständigkeit der dortigen Stelle zur Behandlung des vorliegenden Nachlasses feststeht, so ist dadurch noch nicht das Thätigwerden derselben bedingt. Zu einem Einschreiten von Amts wegen wäre sie nur berufen, wenn ein solches als durch die Interessen der beteiligten Minderjähigen geboten erschiene; das wird nicht der Fall sein, wenn nach Lage des Falles die von der auswärtigen Nachlassbehörde getroffenen Maßnegeln nach dieser Blehtung hin ausreichend sind oder wenn solche Maßnahmen überhaupt nicht für erforderlich erschtet werden. Stellt dagegen ein dazu berechtigter Beteiligter den Antrag auf die Verseichnung oder Auseinandersetzung des Nachlasses durch die dortige Stelle, so ist diesem Antrage gemäß zu verfahren. Sollte der Witwer der Erblasserin im Hisblick auf die von ihm beabsichtigte Wiederverehelichung ein Interesse am Einschreiten des Nachlassgerichts haben, so wäre er hierüber zu belehren und zur Stellung des erforderlichen Antrage zu veranlassen.

- 3. Ministerial-Bekanntm. 26. 11, 1901 (Just.Min. No. 40914).
- "I. Das Notariat vertritt die Ansicht, daß in Fällen, in denen ein im Großsberzogtum verstorbener russischer Staatsangehöriger am Sterbeort kein Vermögen hinterlassen hat und eine Siegelung oder Verzeichnung des Nachlasses deshalb nicht erforderlich wird, das als Nachlassgericht suständige Notoriat nicht verpflichtet sei, dem Ministerium des Auswärtigen behufs Verständigung der russischen Gesandtschaft hiertiber Bericht zu erstatten, dem Nationalpaß des Verstorbenen vorzulegen oder, falls sich ein solcher nicht vorgefunden hat, dies anzuseigen. Wenn auch die Ansicht des Notariats sich mit dem Wortlante des Art. 11 der Nachlaßkonvention vereinigen lassen

mag, so widerspricht sie doch dem Sinn und Zweck der Konvention, welcher insbesondere dahin geht, die Vertretung der Landesbehörde des Verstorbenen in die Lage zu setzen, darüber zu befinden, ob irgend eine Amtshandlung ihrerseits zu erfolgen hat. Das Ministerium des Auswärtigen muß bei dem Tode eines russischen Staatsangehörigen in die Lage versetst werden, den russischen Geschäftsträger nicht allein über dem Bestand eines etwa im Großhersogtum vorhandenen Nachlasses eines russischen Staatsangehörigen zu unterzichten, sondern auch demselben mitsuteilen, daß ein Nachlaß überbangt zicht vorhanden ist. Das Notariat hat in künftigen Fällen hiernach zu verfahren.

- 2. Ein Todesschein (Sterbeurkunde) des russischen Staatsangehörigen ist seitens des Notariats nicht vorzulegen, da die Vorlage eines solchen nach § 314 der Dienstweisung für die Standesbeamten durch Vermittelung des Amtsgerichts erfolgt.
- 2. Ministerial-Bekanntm. 29. 7. 1902 betr. Außerkraftsetzung des Staatsvertrages zwischen Baden und der Schweiz 20. 6. 1808 über gegenseitiges Konkursrecht (G.- u. Vo.-Bl. 1902 S. 198).

Bayers.

Ministerial-Bekanntm, 1, 7, 1902 betr. Austausch von Strafnachrichten mit Peru (Just.M.Bl, 1902 S. 615).

Zwischen dem Deutschen Reiche und Peru ist der regelmäßige Autausch von Auszügen aus den Strafurteilen vereinbart worden, die in dem einen Lande gegen Angehörige des anderen Landes ergangen sind.

Hiernach ist von nun an im Falle der Verurteitung eines peruanischen Staatsangehörigen durch ein bayrisches Gericht eine Strafnachricht aufzustellen und su befördern. Die Aufstellung und Beförderung hat nach Maßgabe der Verschriften zu erfolgen, die für die Erteilung von Strafnachrichten im Falle der Verurteilung von Angehörigen der Staaten Belgien, Brasilien, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Schweis und Spanien gelten (Bekanntmachtungen vom 28. Juni 1888 J.M.Bl. S. 147; vom 6. Nevember 1889 J.M.Bl. S. 201; vom 13. Januar 1895 J.M.Bl. S. 23; vom 22. August 1896 J.M.Bl. S. 273; vom 28. Mai 1898 J.M.Bl. S. 172).

Elsaft-Lothringen.

- 1. Verordn. 12. 3. 1902 betr. Eheschließungen dänischer Staatsangehöriger (C.- u. Bez.-Amtsbl. 1902 S. 59).
- Verordn. 22. 4. 1902 betr. Erweiterung der Zuständigkeit des Kaiserlichen Rates (Ges.Bl. 1902 S. 32).

Hamburg.

Ges. 14. 4, 1902 betr. das Staatsschuldbuch (Amtsbl. 1902 S. 161).

Housen.

- 1. Ministerial-Bekanntm. 2. 4. 1902 betr. Zustellung an Personen, welche in der österr.-ungarischen Monarchie dienen (Amtshl. des Justizmin. 1902 No. 5).
- 2. Ministerial-Bekanntm. 13. 6. 1902 betr. Ersatz von Rechtshulfekosten, insbesondere von Kosten der Strafvollstreckung und Auslieferung (Amtsbl. des Justizmin. 1902 No. 16).
- 3. Verordn. 12. 7. 1902 betr. die den Mennoniten an Stelle des Eides gestattete Beteuerungsformel (Reg.Bl. S. 271).
 - 4. Ges. 16. 7, 1902 betr. Denkmalschutz (Reg.Bl. S. 275).
 - Ges. 12, 7, 1902 betr. Regentschaft (Reg.Bl. 1902 S, 291).

Lippe-Detmold.

- 1. Ministerial-Bekanntm. 24. 3. 1902 betr. Eheschließung dänischer Staatsangehöriger (Ges.S. 1902 S. 424).
- 2. Ministerial-Verordn. 3. 4. 1902 betr. Zustellungen an Personen, welche in der österr.-ungarischen Monarchie dienen (Ges.S. 1902 S. 430),
- 3. Allg. Verf. 3. 7. 1902 betr. Mitteilung v. Strafnachrichten an die peruanische Regierung (Ges.S. 1902 S. 450).

Mecklenburg-Schwerin.

- 1. Ministerial-Bekanntm. 25. 3. 1902 betr. Behandlung der Reichsangehörigen in den Schutzgebieten u. s. w. als Inländer in Anschung der Sicherheitsleistung für Prozefskosten u. s. w. (Reg.Bl. 1902 S. 74).
- 2. Regierungs-Bekanntm. 7. 6. 1902 betr. Austausch von Strafnachrichten zwischen Deutschland und Peru (Off. Anz. 1902 S. 106).

Mocklonburg-Strolits.

- 1. Regierungs-Bekanntm. 12. 4. 1902 betr. Behandlung der Reichsangehörigen in den Schutzgebieten und der Eingeborenen als Inländer in Ansehung der Sicherheitsleistung für die Prozestkosten u. s. w. (Off. Anz. 1902 S. 65).
- 2. Regierungs-Bekanntm. 22. 4. 1902 betr. Zustellungen an Personen, welche in der österr.-ungarischen Armee dienen (Off. Anz. S. 64).

Proufsen.

- 1. Verf. 28. 1. 1902 des Finanzministers betr. die Steuer für ausländische Wettunternehmungen (Abgbn. Cbl. S. 43).
- 2. Ges. 9 2. 1902 über Änderung der Landesgrenze gegen das Königreich Dänemark an der Norderau und der Kjärmühlenau (G.S. S. 17).
- 3. Verf. 25. 2. 1902 des Justizministers betr. die strafrechtliche Verfolgung von Verbrechen oder Vergehen, die von Deutschen in Großbritannien oder in den Vereinigten Staaten von Amerika oder von Staatsangehörigen Großbritanniens oder der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland begangen sind.

(Vgl. allgemeine Verfügung vom 2. November 1897, J.M.Bl. S. 278). Die Bestimmungen der Allgemeinen Verfügung vom 2. November 1897, betreffend die strafrechtliche Verfolgung von Deutschen wegen der von ihnen in der Schweis begangenen Verbrechen oder Vergehen und von Schweisem wegen der von ihnen in Deutschland begangenen Verbrechen oder Vergehen (J.M.Bl. S. 278), finden in den Fällen, in denen Verbrechen oder Vergehen von Deutschen in Großbritannien oder in den Vereinigten Staaten von Amerika oder von Staatsangehörigen Großbritanniens oder der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland begangen sind, entsprechende Anwendung.

4. Verf. 6. 3. 1902 des Justizministers betr. die Behandlung der Reichsangehörigen in den Schutzgebieten und der Eingeborenen der Schutzgebiete im Deutschen Reiche als Inländer in Ansehung der Sicherheitsleistung für die Prozesskosten, des Ausländervorschusses und der Zulassung zum Armenrechte (J.M Bl. 1902 S. 61).

Nach § 110 der Civilprosessordnung und § 85 des deutschen Gerichtskostengesetzes haben Ausländer, welche als Kläger auftreten, dem Beklagtes auf dessen Verlangen wegen der Prosesskosten Sicherheit zu leisten und einen erhöhten Vorschuss zur Gerichtskasse zu zahlen; diese Verpflichtungen treten indessen nicht ein, wenn nach den Gesetzen des Staates, welchem der Kläger angehört, ein Deutscher im gleichen Falle zur Sicherheitzleistung oder zu einer besonderen Voranssahlung oder Sicherstellung der Gerichtskosten nicht verpflichtet ist. Auf die Bewilligung des Armenrechts haben Ausländer nach § 114 Abs. 2 der Civilprozessordnung nur insoweit Anspruch, als die Gegenseitigkeit verbürgt ist. Bei der eigenartigen Stellung der Schutzgebiete, welche völkerrechtlich, aber nicht staatsrechtlich zum Deutschen Reiche gehören, läst sich nicht allgemein feststellen, ob die Schutzgebiete im Verhältnisse zum Deutschen Reiche als Inland oder als Ausland, beziehungsweise die Eingeborenen als Inländer oder als Ausland, beziehungsweise die Eingeborenen als Inländer oder als

Einder zu gelten haben, vielmehr kann diese Frage nur für jede einzelne gesetzliche Vorschrift mit Rücksicht auf ihren Zweck und den Grund der verschiedenartigen Behandlung des Inlandes und des Auslandes entschieden worden. Eine von diesem Gesichtspunkt aus vorgenommene Prüfung führt dahin, in Ansehung der Sicherheitzleistung und der Vorsehufspflicht die Eingeborenen der Schutzgebiete, wiewohl sie - abgesehen von dem gemäße § 9 des Schutzgebietsgesetzes (Reichs-Gesetzbl. 1900 S. 818) Naturalisierten ---Reichsungehörige nicht sind, doch den Inländern gleichsustellen. Denn der Grund der ungünstigeren Behandlung der Ausländer ist hier die Schwierigkeit, die Parteikosten oder die Gerichtskosten im Ausland einsusiehen. Diese Schwierigkeit fällt gegenüber den Schutzgebieten, wenn auch nicht immer thataichlich, so doch jedenfalls rechtlich weg, da die Partei einen Kostenfastsetsungsbeschluß im Schutzgebiet im Wege der Rechtshülfe zur Vollstreckung bringen kann (§ 18 des Gesetzes vom 7. April 1900 über die Konsulargerichtsbarkeit, § 2 des Schutzgebietsgesetzes) und da für die Einziehung von Gerichtskosten in den Schutzgebieten die gleichen Vorschriften wie für die Einziehung von Gerichtskosten in anderen Bundesstaaten gelten (§ 75 des Konsulargerichtsbarkeitsgesetzes, § 3 des Schutzgebietsgesetzes). Allerdings sind die nicht naturalisierten Eingeborenen der Gerichtsbarkeit der deutschen Gerichte und den beseichneten Vorsehriften aur insoweit unterworfen, als dies durch Kaiserliche Verordnung bestimmt wird (§ 4 des Schutsgebietsgesetzes). Hierdurch wird indemen Recht und Pflicht der Behörden der Schutzgebiete, im Wege der Bechtshülfe auch Eingeborenen gegenüber Entscheidungen deutscher Gerichte zur Vollstreckung zu bringen oder Gerichtskoeten im Verwaltungeswangsverfahren von Eingeborenen einsusiehen, nicht berührt. Um etwaigen Zweifeln darüber vorzubeugen, ob die Reichsangehörigen in den Schutzgebieten und die Eingeborenen der Schutzgebiete im Deutschen Reiche als Inländer oder als Ausländer im Sinne der im Eingange beseichneten Vorschriften anzusehen sind, sind durch das Auswärtige Amt, Kolonialabteilung und den Herrn Staatssekretär des Reichsmarineamts die Gouverneure (Landeshauptleute) der Schutzgebiete dahin verständigt worden, daß die Reichsangebörigen von den Gerichten in den Schutzgebieten sowohl hinsichtlich der Bieberheitzleistung für die Prosefskosten und des Ansländervorschusses als auch hinsichtlich der Zulassung zum Armenrecht als Inländer zu behandeln sind. Hiernach ist die Gegenseitigkeit als verbürgt answehen, und es sind demnach auch die Eingeborenen der Schutzgebiete, wenn sie vor preußischen Gerichten auftreten, in Anschung der Sicherheitsleistung, des Ausländervorschusses und des Armenrechts als Inländer zu behandeln, insbesondere haben die Gerichtsschreiber von der Erhebung des Ausländervorschusees absusehen.

 Verf. 18. 3. 1902 des Justizministers betr. die Zustellungen an Personen, welche in der Armee der österreichischungarischen Monarchie dienen.

(Vgl. allgemeine Verfügung vom 20. Mai 1887 J.M.Bl S. 189 ff.).

Die Vorschrift in No. 83 Abs. 8 der Allgemeinen Verfügung vom
20. Mai 1887, betreffend die im Auslande zu erledigenden Essachungsschreiben

der Justisbehörden, wird aufgehoben. Demgemäß sind Ersuchen um Zestellungen an Personen, welche in der Armee der österreichisch-ungarischen Monarchie dienen, in Zukunft stets an die ordentlichen Civilgerichte Österreich-Ungaras zu richten.

- 6. Jagdgesetz 10. 3. 1902 für die Hohenzollernschen Lande (G.S. 1902 S. 33).
- 7. Verf. 26. 3. 1902 des Ministers des Innern betr. die Zeugnisse über das Nichtbekanntsein von Ehehindernissen (M.Bl. 1902 S. 67).

Nach Art. 43 § 4 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vom 20. September 1899 (Gea.-Sammi. S. 177) kann von der Vorschrift des § 1 a. a. O. der Justisminister im einzelnen Falle, von derjenigen des § 2 a. a. O. der Minister des Innern im einzelnen Falle oder für die Angehörigen eines ausländischen Staates im allgemeinen Befreiung bewilligen.

In der allgemeinen Verfügung vom 16. Oktober 1899 (M.Bl. 1899 S. 226, Gesetageb.-Mater. S. 457) hat der Herr Justisminister in Aussicht gestellt, daß er von der ihm verliehenen Befugnis auf hinreichend begründetes Antrag — bestiglich der Angehörigen einzelnen Staaten allerdinge nur anter besonderen Voraussetzungen — im einzelnen Falle Gebrauch machen werde, und diesseits sind von der Vorschrift des § 2 a. a. O. in der erwähnten allgemeinen Verfügung, welche durch den Erlaß vom 3. August 1900 (M.Bl. 1900 S. 245) eine Ergänzung erfahren hat, die Angehörigen einer großes Reihe von Staaten generall befreit worden, während Angehörigen andere Staaten — denjenigen Rußalands und Griechenlands unter besonderen Bedingungen — diese Befreiung auf hinreichend begründeten Antrag in Asseicht gestellt worden ist.

Es gewinnt den Anschein, als ob die Standesbeamten, denen es nach Ziffer 3 der Allgemeinen Verfügung vom 16. Oktober 1899 obliegt, die Befreiungsgesuche entgegensunehmen und nach Prüfung der Aufsichtsbehörde vorzulegen, suweilen davon ausgehen, dass Anträge dieser Art ohne weiteres als der erforderlichen Begründung entbehrend angesehen werden, wenn der Versuch, das nach dem Gesetse erforderliche Zeugnis der suständigen Behörde des auswärtigen Staates su erlangen, mangels Kenntnis dieser Behörde nicht hat unternommen werden können.

Welche Behörden zur Ausstellung von Zeugnissen fiber das Nichtbekanntsein von Ehehindernissen (Art. 48 § 1) in Österreich, Ungam, Kroatien, Slavonien und in Belgien zuständig sind, ist durch die dieseritigen Bunderlasse vom 25. Februar und 19. Juni 1901 bekannt gegeben worden. Wegen Bestimmung derjenigen Behörden, die in den wichtigeren der übrigen ausländischen Staaten zur Ausstellung des im Art. 43 § 1 und — abgesehen von den in den Verfügungen vom 16. Oktober 1899 unter 2. a.—k. sowie vom 8. August 1900 (M.Bl. 1900 S. 245) aufgeführten Staaten — zur Ausstellung des im Art. 43 § 2 vorgeschriebenen Zeugnisses suständig sind, haben diplomatische Verhandlungen stattgefunden, die vorzussichtlich demnächst zum Abschluß gelangen werden.

Schald dies der Fall sein wird, werden die Aufsichtsbehörden und Standesbeamten von dem Ergebnisse verständigt werden. Bis dahin steht nichts im Wege, dass die Standesbeamten in Fällen, in denen die Beschaffung eines an sich erforderlichen Zeugnisses durch die Unkenntnis der sur Ausstellung desselben suständigen ausländischen Behörde als ummöglich sieh erweist, ohne weiteres Befreiungsanträge gemäß Art. 48 § 4 des Ausführungsgesetzes bei dem Herrn Justisminister besw. bei mir auf dem Instansenwege, in besonders dringlichen Fällen direkt, sur Vorlage bringen.

- 8. Gemeindeforstgesetz 22. 4. 1902 für die Hohenzollernschen Lande (G.S. 1902 S. 95).
- Erlafs 7. 5. 1902 des Ministers des Innern und für Handel u. s. w. betr. Versicherung vorübergehend im Inlande beschäftigter ausländischer Arbeiter (M.Bl. d. Handels- und Gew.-Verw. 1902 S. 237).
- Ges. 2. 6. 1902 betr. die Fürsorge für Beamte infolge von Betriebsunfällen (G.S. 1902 S. 153).
- 11. Ges. 2. 6. 1902 gegen die Verunstaltung landschaftlich hervorragender Gegenden (G.S. 1902 S. 159).
- 12. Erlass 5. 4 1902 des Kultusministers betr. Voraussetzungen der Zulassung zum Rechtsstudium (C.Bl. f. d. U. 1902 S. 347).
- 13. Ges. 16. 5. 1902 über die Verlegung der preußischösterreichischen Grenze längs des Przemsa-Flusses (G.S. 1902 S. 355).
- 14. Bekanntmachung 17. 5. 1902 des Justizministers betr. die Orte, an denen sich mit Gerichtsbarkeit ausgestattete oder solche Kaiserliche Konsularbeamte befinden, welche zur Abhörung von Zeugen und zur Abnahme von Eiden allgemein ermächtigt sind (J.M.Bl. 1902 S. 113).

[Allg. Verfügung vom 20. Mai 1887, J.M.Bl. S. 189 Ziffer 13 und 16. Übersicht im J.M.Bl. für 1889 S. 8 ff. Ziffer 2 bis 6. Bekanntm. vom 25. August 1900 (J.M.Bl. S. 542).]

Die nachstehenden Übersiehten der Orte, an denen sich gemitis § 5 des Gesetzes vom 7. April 1900 über die Konsulargerichtsbarkeit (R.G.Bl. 8. 218) zur Ausübung der Gerichtsbarkeit befugte oder solche Kaiserliche Konsularbeamte befinden, welchen in Gemäßsheit des § 20 des Gesetzes vom 8. November 1867 betreffend die Organisation der Bundeskonsulate sowie die Amtsrechte und Pflichten der Bundeskonsula (B.G.Bl. S. 137) die Befugnis zur Abhörung von Zeugen und zur Abnahme von Eiden erteilt ist, werden zur Kenntnis der Justizbehörden gebracht. Die Übersichten sind dem neuesten Verzeichnisse der Kaiserlich deutschen Konsulate entnommen,

aus welchem auch Name und Amtscharakter der betreffenden Beamten ersiehtlich sind.

- A. Übersicht der Orte, an denen sich Kaiserliche sur Ausübung der Gerichtsbarkeit befügte Konsularbeamte befinden.
- In China: Amoy, Canton, Hankau, Schanghai, Swatau, Tientain und Tschifu;
- 2. in Korea: Soul;
- 8. in Marocco: Casablanca und Tanger;
- 4. in Pereien: Buschär und Teheran;
- 5. in Rumanien1): Bukarest, Galatz und Jassy;
- 6. auf den Inseln der Südsee, soweit sie nicht zu einem deutschen Schutzgebiete gehören und sofern sie nicht einer vom Reiche anerkannten anderweiten Jurisdiktion unterworfen sind: Apia (Insel Upolu der Schiffer (Samos-) Inseln);
- 7. in Serbien*): Belgrad;
- 8. in Siam: Bangkok;
- auf der Balkanhalbinsel und in der Levante: Alexandrien^a), Beirut, Cairo^a, Candia, Jaffa, Jerusalem, Konstantinopel, Rustechuk, Salonik, Smyrna, Sofia und Varna;
- 10. in Zanzibar: Zanzibar.
- B. Übersicht der Orte, an denen sich Kaiserliche Konsularbeamte befinden, welchen die Befugnis sur Abhörung von Zeugen und sur Abnahme von Eiden erteilt ist.
- 1. In der Argentinischen Republik: Buence Aires;
- in Belgien: Antwerpen und Brüssel;
- in Brasilien: Bahia (Sao Salvador), Curitithe, Desterro, Porto Alegre, Rio de Janeiro und Sao Paulo;
- 4 in Chile: Valparaiso:
- in China: Amoy, Canton, Futschau, Hankau, Schanghai, Swatzu, Tšentņin und Tschifu;
- 6. in Columbien: Bogotá;
- In Frankreich und den frankösischen Besitzungen: Algier und Paris;
- in Grofsbritannien und dessen Kolonien: Bombay, Capstadt, Honkong, London, Melbourne, Singapore und Sydney;

¹⁾ Thatsächlich wird von den Kaiserlichen Konsulatsbehörden in Remanien die Gerichtsbarkeit nicht mehr in vollem Umfang ausgeübt.

Vgl. Artikel XXV des Konsularvertrages mit Serbien vom 6. Januar 1888 (B.G.Bi, S. 62).

³⁾ Vgl. die Gesetze vom 80. März 1874 (R.G.Bl. S. 23) und vom 5. Juni 1880 (R.G.Bl. S. 145) sowie die Verordnungen vom 28. Desember 1875 (R.G.Bl. S. 381), vom 28. Desember 1880 (R.G.Bl. S. 192), vom 15. Februar 1897 (R.G.Bl. S. 17) und vom 6. Januar 1901 (R.G.Bl. S. 3).

- 9. in Italien: Genua und Messina:
- 10. in Japan: Hiogo-Omka, Nagasaki, Tamsui-Twatutia und Yokohama;
- 11. in Korea: Soul;
- 12. in Marocco: Casablanea und Tanger;
- in den Niederlanden und den niederländischen Besitzungen: Amsterdam, Batavia und Rotterdam;
- 14, in Paraguay: Asuncion;
- 15. in Persion: Buschär und Teheran;
- 16. in Rumänien: Bukarest, Galats und Jamy;
- 17. in Rufsland: St. Petersburg und Riga;
- auf den Inseln der Südsee: Apia (Insel, Upolu der Schiffer- [Samon-] Inseln);
- 19. in Serbien: Belgrad;
- 20. in Siam: Bangkok;
- 21. in Spanien: Bareelona und Madrid;
- 22. in der Südafrikanischen Republik: Johannesburg und Pretoria;
- auf der Balkanhalbinsel und in der Levante: Alexandrien, Beirut, Cairo, Jaffa, Jerusalem, Konstantinopel, Port Said, Rustschuk, Salonik, Sarajevo, Smyrna, Sofia und Varna;
- 24. in Tunis: Tunis;
- 25. in Uruguay: Montevideo;
- in den Vereinigten Staaten von Amerika und deren Besitzungen: Chicago, Cincinnati, Havanna, Manila, New-York, Philadelphia, San Franzisco und St. Louis;
- 27. in Zansibar: Zansibar.
- 15. Ges. 22. 5. 1902 hetr. Änderung der Vorschriften über die Kompetenzkonflikte zwischen den Gerichten und den Verwaltungsbehörden (G.S. 1902 S. 145).
- 16. Allg. Verf. 14. 6. 1902 des Justizministers betr. Strafnachrichten an die peruanische Regierung (J.M.Bl. 1902 S. 133).
 - (Vgl. Ausführungsverf. vom 7. September 1896 au der Verordnung des Bundeerats vom 9. Juli 1896, J.M.Bl. S. 294).

Auf Grund einer mit der peruanischen Regierung getroffenen Vereinbarung wird folgendes bestimmt:

Die in den allgemeinen Verfügungen vom 90. Juni 1888 und 9. November 1889, betreffend die Mitteilung von Strafnachrichten an ansländische Begierungen, vorgeschriebene Übersendung von Strafnachrichten hat unter Berücksichtigung der Bestimmung in Ziffer 29 der Ausführungsverfügung vom 7. September 1896 in Zukunft in gleicher Weise auch bezüglich der gegen einem peruanischen Staatsangehörigen ergangenen Verurteilungen zu erfolgen.

 Ges. 7. 7. 1902 betr. Abanderung des Berggesetzes (G.S. 1902 S. 255).

85

- 18. Ges. 8. 7. 1902 wegen Bekanntmachung des Gesetzes betr. das Pfandrecht an Privateisenbahnen u. s. w. in der nach Gesetz 11. 6. 1902 geänderten Fassung (G.S. 1902 S. 237).
- 19. Verf. des Justizministers 11. 9. 1992 betr. strafrechtliche Verfolgung von Verbrechen oder Vergehen, die von Deutschen in den Niederlanden oder von Niederlandern in Deutschland begangen sind (J.M.Bl. 1902 S. 236).

[Vgl. Allgemeine Verfügung 8. 11. 1897, J.M.Bl. 8. 278. Allgemeine Verfügung 25. 2. 1902, J.M.Bl. 8. 48.]

Die Bestimmungen der Allgemeinen Verfügung vom 2. Rovember 1897 betreffend die strafrechtliche Verfolgung von Deutschen wegen der von ihnen in Deutschland begangenen Verbrechen oder Vergehen und von Schweiners wegen der von ihnen in Deutschland begangenen Verbrechen oder Vergehen (J.M.Bl. S. 278), finden in den Pällen, in denen Verbrechen oder Vergehen von Deutschen in den Niederlanden oder von Niederländern in Deutschland begangen sind, entsprechende Anwendung.

Sachson.

- 1. Ministerial-Verf. 7. 4. 1902 betr. Rechtsstellung der Eingeborenen deutscher Schutzgebiete im Civilprozefs (J.M.Bl. 1902 S. 19).
- 2. Ges. 1. 7. 1902 betr. Abanderung des Einkommensteuergesetzes 24. 7. 1900 (G.- u. Vo.-Bl. S. 257).
- 3. Ergänzungesteuerges. 2. 7. 1902 (G.- u. Vo.-Bl. 1902 S. 259).
- 4. Ges. 3, 7, 1902 betr. direkte Steuern (G.- u. Vo.Bl. 1902 S. 278).

Sachsen-Altenburg.

Ministerial-Verordn. 8. 3. 1902 betr. strafrechtliche Verfolgung von Verbrechen oder Vergehen, die von Deutschland in Großbritannien oder den Vereinigten Staaten von Amerika begangen sind (Ges.S. 1902 S. 10).

Schaumburg-Lippe.

- 1. Ministerial-Bekanntm. 7. 3. 1902 betr. Eheschließung mit dänischen Staatsangehörigen (L.Vo. 1902 S. 159).
- 2. Allg. Verf. 2. 4. 1902 betr. Zustellungen an Personen, welche in der Armee der österr.-ungar. Monarchie dienen (L.Ve. 1902 S. 175).

3. Ministerial-Verordn. 11. 6. 1902 betr. regelmäßigen Austausch von Strafnachrichten mit ausländischen Regierungen (L.Vo. 1902 S. 229).

Schwarzburg-Sondershausen.

- 1. Ministerial-Bekanntm. 7. 3. 1902 betr. Befreiung dänischer Staatsangehöriger von Beibringung eines Zeugnisses über die staatsrechtliche Wirkung einer innerhalb der Fürstentümer zu schließenden Ehe (G.S. 1902 S. 13).
- 2. Ministerial-Bekanntm. 14. 6. 1902 betr. Mitteilung von Strafnachrichten a. d. peruanische Regierung (G.S. 1902 S. 143).

Waldeck.

Bekanntm. 4. 3. 1902 betr. Eheschliefsung von Ausländern in den Fürstentümern Waldeck und Pyrmont (Reg. Bl. 1902 S. 9).

Wirtismberg.

- 1. Ministerial-Verf. 2. 4. 1902 betr. Verehelichung von Angehörigen der rechtscheinischen Landesteile des Königreichs Bayern (Amtsbl. d. Just M. 1902 S. 15).
- 2. Ministerial-Verf. 3. 4. 1902 betr. Zustellungen an Personen, welche in der österr.-ungar. Armee dienen (Amtsbl. d. Just.Min. 1902 S. 17)
- 3. Ministerial-Verf. 18. 4. 1902 betr. Behandlung der Reichsangehörigen in den Schutzgebieten und der Eingeborenen u. s. w. in Ansehung der Sicherheitsleistung u. s. w. (Amtsbl. d. Just.Min. 1902 S. 27).
- 4. Ministerial-Verf. 24. 6. 1902 betr. Mitteilung von Strafnachrichten an die peruanische Regierung (Reg.Bl. 1902 S. 223).
- 5. Ministerial-Verf. 27. 5. 1902 betr. strafrechtliche Verfolgung von Verbrechen oder Vergehen, die von Deutschen in Großbritannien oder den Vereinigten Staaten von Amerika u. s. w. begangen sind (Amtsbl. des Just.M. 1902 S. 66).
- 6. Gesetzl. Vorschriften über die Gemeindegerichte (Amtsbl. des Just.M. 1902 S. 73).

III. Auswärtige Staaten.

Amerika, Vereinigte Staaten.

- 1. Ges. 21, 12, 1898 "concerning sail vessels of over 700 tons and for other purposes".
- 2. Ges. 21, 12, 1898 , to amend sections 1697, 1698, 1734 of the Revised Statutes of the U.S. relating to general consuls and vice-consuls etc."
- 3. Ges. 28. 2. 1899 , to amend section 4896 of the Revised Statutes (betr. Patentrecht).
- 4. Ges. 3. 3. 1901 betr. Ergānzung des Ges. 5, 5, 1892 ("to prohibit the coming of Chinese persons into the United States").
- Ges. 28. 1. 1901 betr. Abanderung des Strafgesetzes v.
 Columbia 8. 7. 1898 (B. 1902 S. 116).
- 6. Ges. 3. 3. 1901 betr. Herstellung einer Kodifikation der Gesetze für Columbia ("An act to establish a code of Law for the district of Columbia").

Argentinien.

- 1. Ges. 27. 9. 1900 über die Zuständigkeit der Bundesgerichte u. s. w.
- 2. Ges. 14. 11. 1900 über die Fabrik-, Handels- und Landwirtschaftsmarken.

Australien.

- 1. Bankgesetz (Act No. 9) 27. 7. 1898 (an act to consolidate the laws relating to banks and bank holydays).
- 2. Ges. (No. 10) 27. 7. 1898 ,to consolidate enactments relating to bills of sale".
- 3. Ges. 27. 7. 1898 (No. 11) "to consolidate the statute law relating to evidence".
- 4. Ges. 27. 7. 1898 (No. 13) , to consolidate enactments to wills, probate and administration.
- 5. Ges. 27. 7. 1898 (No. 17) "to consolidate the statutes relating to conveyances, assignments and titles to lands".
 - 6, Konkursordnung (No. 25) 27. 7. 1898.
 - 7. Einwanderungsgesetz (No. 30) 3. 8. 1898.

Auswärtige Staaten: Amerika, Vereinigte Staaten, Argentinien etc. 533

Belgien.

- 1. Kgl. Verordnung 5, 1, 1900 betr. die Geschäftsordnung der Militärgerichte (Moniteur Belge 22/23, 1, 1900).
- 2. Ges. 10. 2, 1900 betr. die Ersparnisse der Ehefrauen und Minderjährigen (Mon. 12./13. 2, 1900).
- Ges. 10. 3. 1900 betr. den Arbeitsvertrag (Mon. 14. 3. 1900).
- 4. Ges. 26. 3. 1900 betr. die Nationalbank (Mon. 14. 3. 1900).
- 5. Ges. 29. 3. 1900 betr. die Herstellung und Einführung des Alkohols (Mon. 2/3. 4. 1900).
- 6. Ges. 4. 4. 1900 betr. Abanderung der Jagdgesetzgebung (Mon. 14./15. 5. 1900).
- 7. Ges. 4. 5. 1900 betr. Bekämpfung der Lebensmittelfälschungen mittelst Margarine (Mon. 11. 5. 1900).
- 8. Ges. 10. 5. 1900 betr. die Alterspensionen (Mon. 14./15. 5. 1900).
- 9. Ges. 6, 8, 1900 betr. die Haager Konvention 29, 7, 1899 (Mon. 13, 9, 1900).

Belivia.

- 1. Ges. 27. 9. 1898 betr. Abänderung des Gesetzes über die Einrichtung des diplomatischen Corps.
 - 2. Ges. 22. 10. 1898 betr. Abänderung der Verfassung.

Egyptom.

- Dekret des Khediven 30. 1. 1900 betr. das Fortbestehen der gemischten Gerichtshöfe auf weitere 5 Jahre vom 1. Februar 1900 an.
- 2. Dekret des Khediven 1, 3, 1901 betr, das Recht der diplomatischen und konsularischen Beamten.

England.

- 1. Ges. 13. 7. 1899 betr. die Strafhaft an Stelle unbeibringlicher Geldstrafen in Schottland und Irland (62 u. 68 Vict., chap. 11).
- 2. Ges. 9. 8. 1899 nfor enabling bodies corporate to hold property in joint tenancy" (62 u. 63 Vict., chap. 20).

- 3. Ges. 9. 8. 1899 "to remove doubts as to the validity of certain marriages (62 u. 63 Vict., chap. 27)."
- 4. Ges. 9. 8. 1899 "to provide for the establishment of a board of education for England and Wales" (62 u. 63 Vict., chap. 33).
- Ges. 9. 7. 1900 betr. die Verfassung Australiens (63 u. 64 Vict., chap. 12).
- 6. Ges. 6. 8. 1900 "to amend the merchant shipping act 1894 with respect to the liability of shipowners and others" (63 u. 64 Vict., chap. 32).
- 7. Ges. 6. 8. 1900 , for the prevention of cruelty to wild animals in captivity* (63 u. 64 Vict., chap. 33).
- 8. Ges. 7. 8. 1900 , to amend the ancien monuments protection act 1882 (63 u. 64 Vict., chap. 34).
- 9. Ges. 6. 8. 1900 , to amend the law relating to the expertation of arms, ammunition and military and naval stores (63 u. 64 Vict., chap. 44).
- 10. Ges. 8. 8. 1900 , to amend the companies acts (63 u 64 Vict., chap. 48).
- 11. Ges. 8. 8, 1900 sto amend the law relating to agricultural holdings⁴ (63 u. 64 Vict., chap. 50).
- 12. Ges. 8. 8. 1900 , to amend the law with respect to persons carrying on business of money-lenders* (63 u. 64 Vict., chap. 51).
- 13. Ges. 8. 8. 1900 sto amend the law relating executors in Scotland (63 u. 64. Vict., chap. 55).
- 14. Ges. 2. 7. 1901 betr. die Dotation der Krone und der Königlichen Familie ("An act to make provision for the honour and dignity of the Crown and the Royal family and for the payment of certain allowances and pensions"; 1 Edward VII, chap. 4).
- 15. Ges. 9. 8. 1901 betr. Abanderung der "Larceny Act 1861" (1 Edw. VII, chap. 10).
- Ges. 17. 8. 1901 betr. das Irrenrecht in Irland (1. Edw. VII., chap. 17).

- 17. Ges. 17. 8. 1901 betr. Abanderung der Gesetzgebung hinsichtlich der internationalen Verträge über Patente (1 Edw. VII, chap. 18).
- 18. Ges. 17. 8, 1901 betr. jugendliche Verbrecher u. s. w. (1. Edw. VII, chap. 20).
- 19. Ges. 17. 8. 1901 betr. die Eheschließung ("An act for legalizing marriages heretofore solemnized in certain churches and places"; 1 Edw. VII chap. 23).
- 20. Ges. 17. 8. 1901 betr. das Verbot der Verabreichung berauschender Getränke an Kinder (1 Edw. VII. chap. 27).

Frankreich.

- A. Gesetze und Verordnungen für das Gebiet der französischen Republik.
- 1. Cirkularerlass 1. 7. 1900 betr. die Erwerbung der französischen und den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit (Bulletin officiel du ministère de l'intérieur 1900 No. 8 S. 315):

Monsieur le préfet, j'ai l'honneur de vous adresser ci-joint un certain nombre d'exemplaires d'une note relative à l'acquisition de la qualité de Français et à la perte de la nationalité allemande.

Les indications qui y sont contenues sont destinées à permettre à nos compatriotes, originaires des territoires annexés, de se rendre exactement compte de leur situation, telle qu'elle est envisagée par la législation allemande sur la nationalité, et de s'éviter ainsi toute difficulté à ce point de vue pour le cas où ils seraient appelés, pour un motif quelconque, à voyager en Alesce-Lorraine.

Je vous prie de donner la plus grande publicité à ce document, en le faisant insérer au Recueil des actes administratifs de votre préfecture et en le communiquant à la presse locale, dont vous voudres blen appeler l'attention sur l'intérêt qui s'attache à ce qu'il soit porté à la commaissance du public.

> Le Président du Conseil, Ministre de l'Intérieur et des Cultes, Waldeck-Rousseau.

Note

relative a l'acquisition de la qualité de français et à la perte de la nationalité allemande.

On ne peut songer à énumérer tous les cas dans lesquels des individus considérés comme Français en France sont exposés à être traités comme Allemands de l'autre côté de la frontière. Il s'agit seulement d'indiquer les hypothèses les plus fréquentes qui se présentent à raison des arrangements internationaux de 1877 ou de l'application des deux législations française et allemande.

Il résulte de la combinaison de l'article 2 du truité du 10 mai 1871 et de l'article 1° de la convention additionnelle du 11 décembre 1871 que tous les Français *originaires des pays cédés* out dû remplir les conditions de l'option pour conserver la nationalité française.

La dénomination d'originaires comprend tous coux qui sont aés dans

les territoires cédés.

L'option comportait deux conditions à remplir:

1º Une déclaration à faire avant le 1^{ar} octobre 1872 pour ceux qui étaient en Europe et avant le 1^{ar} octobre 1873 pour ceux qui étaient dans les autres parties du monde.

2º Un transfert de domicile hors des territoires cédés avant le 1 et octobre 1872.

Ce transfert n'est naturellement pas aussi facile à prouver que la déelaration même d'option. Des pièces diverses peuvent être produites suivant les cas: quittance de loyer, certificat d'un maire, quittance de contributions directes, livret d'ouvrier. Une élection de domicile en France ne suffinit certainement pas.

Le texte des conventions de 1871 ne parle pas de la situation des Français qui, sans être nés sur les territoires cédés, y étaient domiciliés lors de l'aunexion.

Le gouvernement français a conclu de ce silence que l'annexion n'avait pes atteint ces Français, qui conservaient leur nationalité de plein droit.

Le gouvernement allemand a prétendu, au contraire, que ces individus avaient été atteints par l'annexion et devenaient définitivement Allemands s'ils navaient pas émigré avant le 1° octobre 1872.

Une note inséré au Journal officiel du 14 septembre 1872 a constaté ce dissentiment.

Les Français qui, sans être nés en Alsace-Lorraine, ont continué d'y résider après le 1° roctobre 1872, sont donc considérés comme Allemands par les autorités allemandes, alors que pour les autorités françaises ils sont restés Français. (En ce sens: Paris, 24 juillet 1874 [S. 1875-2-225], Camation, Requêtes, 6 mars 1877 [S. 1879-1-305].)

La situation des mineurs a soulevé des difficultés encore plus nombreuses. Ces difficultés tiennent à ce que le gouvernement français a reconnu aux mineurs un droit propre d'option et en a conclu que leurs déclarations seraient valables pourvu qu'elles eussent été affectuées par l'entremise ou avec l'assistance de leurs représentants légaux, alors même que ceux-ei n'auraient pas opté personnellement pour la nationalité française; tandis que le gouvernement allemand a, dans tous les cas, fait déprendre la nationalité des mineurs de celle de leurs représentants légaux.

Plusieurs cas doivent être distingués:

- 1º Enfant né en Alsace-Lorraine d'un père Alsacien-Lorrain.
- a) Le père a opté régulièrement tant pour lui que pour son enfant mineur.

Cot enfant est Français aussi blea pour le gouvernement allemand que pour le gouvernement français.

 b) Le père a epté régulièrement pour lui, mais a négligé d'opter pour non enfant.

Cet enfant est Français pour le gouvernement allemand, mais Allemand pour le gouvernement français.

- c) Le père a opté pour son enfant, mais n'a pas opté pour lui-même.
- Si l'enfant a été envoyé en France avant le 1er cetobre 1872 et à satisfait ainsi à la deuxième condition imposée par le traité de François, il est Français pour le gouvernement français, mais son option n'est pas reconsus valable en Allemagne pour les deux motifs suivants:
 - le Le sort du mineur est lié à celui de son représentant légal;
- 2º Le représentant légal continuant à résider en Alsace-Lorraine, l'enfant ne satisfait pas à la deuxième condition de l'option, puisqu'il ne peut avoir légalement d'autre domicile que celui de son représentant légal.
- 2º Enfant né en Alsace-Lorraine d'un père Français né hors d'Alsace-Lorraine.

Pour le gouvernement français cet enfant est Français si son père a opté en son nom et l'a fait émigrer avant le 1° octobre 1872. Cet enfant est considéré, su contraire, en Aliemagne, comme Aliemand si son père était domicilié en Alsace-Lorraine lors de l'annexion, et n'a pas émigré avant le 1° octobre 1872.

3º Enfant né hors d'Alsace-Lorraine d'un père Alsacien-Lorrain.

Le gouvernement français ayant admis que les individus nés sur les territoires cédés étaient seuls tenus de souscrire une déclaration d'option s'ils entendaient rester Français, cet enfant est Français aux yeux des autorités françaises. (En ce sens: Tribunal Seine, 25 juin 1875, Cour de Paris, 24 juillet 1874 et 4 février 1876, Cassation, 6 mars 1877.)

Aux your des Allemands, au contraire, cet enfant est devenu Allemand si son père n'a pas opté pour la nationalité française.

On voit que, d'une manière générale, les Allemands ne tienneut pas compte des déclarations d'option faites pour les enfants mineurs, toutes les fois que leur représentant légal est devenu Allemand.

Enfin, il paraît utile d'appeler l'attention des intéremés sur une situation que l'on rencontre très fréquemment, c'est-à-dire sur celle des enfants nés depuis le 20 mai 1871 sur le territoire français, d'un père né en Alsace-Lorraine, alors que ce pays appartenait à la France.

Aux termes de la jurisprudence constante de la Cour de cassation (arrête de 7 décembre 1883, 25 février et 22 avril 1890), les cessions de territoires n'ont pas d'effet rétroactif. Par suite, les enfants nés depuis le 20 mai 1871 sur un territoire français, d'un père né en Alsace-Lorraine, alors que ce pays appartenait à la France, sont Français en vertu de l'article 8 § 8 du Code civil, comme nés en France d'un père qui lui-même y est né.

Ces enfants sont, au contraire, Allemands pour le gouvernement allemand en vertu de l'article 2 de la loi du 1^{ex} juin 1870, comme nés à l'étranger d'un Allemand. Il importe maintenant de se demander comment œux que les Allemands considérent comme sujets allemands peuvent perdre la nationalité allemande de manière à être considérés comme étrangers en Allemagne. Peu importe qu'ils soient, en France, tenus pour ayant conservé la nationalité française. Ce qu'il faut envisager uniquement, c'est la législation allemande.

D'après la loi fédérale du 1er juin 1870 (devenue loi de l'Empire), la

nationalité est perdue (art. 18):

1º Par l'expetriation sur demande (Entlassung auf Antrag).

L'expatriation ne peut être refusée à ceux qui ont moins de 17 aus accomplis ou plus de 25 ans (art. 15). La délivrance de l'acte d'expatriation (*Entlassungsschein*) entraîne immédiatement la perte de la nationalité à moins que le territoire de l'Empire n'ait pas été quitté dans les six mois ').

Si l'émigrant revient en pays allemand avant sa trentennième année, il court risque d'être incorporé dans l'armée active, la réserve ou la land-webr, suivant son âge. Plus tard il peut rentrer et résider dans l'Empire sans crainte que son *Entlassung* ne soit annulé; n'étant plus Allemand, il est dispensé du service dans le landsturm;

2º Par une décision de l'antorité;

3º Par un séjour ininterrompu pendant dix ans en pays étranger.

Ainsi, les Alaaciens-Lorrains devenus Aliemands ou considérés comme Ailemands par l'autorité allemande ne perdent pas la nationalité allemands par suite d'une naturalisation obtenue à l'étranger, en France par exemple, mais par un aéjour prolongé pendant dix ans en pays étranger. La perte se produit de plein droit dans ce cas, et la nationalité allemanda disparait par la seule expiration du délai de dix ans.

Il est à noter que le séjour prolongé pendant dix ans en pays étranger doit être également ininterrompu; le fait de passer une seule fois la frontière interrompt, aux yeux des autorités allemandes, ce délai de dix ans. Il en est de même du fait de réclamer son inscription sur les registres d'un consulat allemand ou de réclamer un passeport pour voyager à l'étranger.

Une difficulté asses grave a surgi en Allemagne au sujet de l'interprétation de cette disposition. Les dix ans qu'elle prévoit courent-ils même pendant la minorité ou seulement à partir de la majorité? L'administration soutient qu'il ne faut faire état que du temps écoulé depuis la majorité. Le tribunal supérieur de Leipsig, par deux décisions des 4 février et 28 novembre 1895, et le tribunal supérieur de Colmar, à la date du 13 décembre 1898, ont admis l'opinion contraire, en se fondant sur ce que la perte de la nationalité n'est pas subordonnée à un acte de volonté de l'émigrant, mais a lieu, que celui-ci le veuille ou non. Mais cette solution ne s'impose pas

¹⁾ Un Alsacien-Lorrain de moins de 17 ans ayant obtenu un Entlassungsschein et quittant le pays remplit-il la condition de transfert de domicile?
Les autorités allemandes prétendent que non dans le cas où les parents reteraient en Alsace-Lorraine, parce qu'alors l'enfant a le domicile de ceux-ci.
Mais la légialation paraît admettre que l'on émancipe l'enfant avant de
demander l'Entlassungeschein; l'émancipé pouvant se choisir un domicile, il
est alors apte à remplir la condition du transfert de domicile.

à l'autorité militaire qui peut ne pas tenir compte de ces décisions et incorporer les individus qui n'ont pas séjourné à l'étranger pendant dix ans depuis leur majorité.

La femme mariée et les enfants mineurs, qui résident effectivement avec le mari et père de famille hors du territoire allemand, peuvent invoquer le bénefice de la disposition de la loi allemande du 1° juin 1870, aux termes de laquelle le séjour de dix ans à l'étranger entraîne pour un sujet de l'Empire la perte de la nationalité. Mais cette disposition n'est pas applicable aux enfants naturels reconnus par leur mère, même s'ils résident effectivement avec elle, et si cette dernière a perdu sa nationalité allemande par un séjour de dix ans à l'étranger. Cette différence provient de ce que, dans la législation allemande, la mère, n'ayant pas la puissance paternelle, . n'a pas le droit de représenter son fils.

Une autre question se présente su sujet de l'effet de ce séjour de dix ans à l'étrauger. La nationalité allemande est perdue, mais pour l'avenir seulement. Pendant les dix ans, il a pu y avoir des condamnations pour insoumission. Ces condamnations régulièrement prononcées ne sont pas anéanties par l'expiration de dix années, et celui qui rentrerait en Allemagne courrait le risque de se voir arrêter en vertu desdites condamnations. Cette situation se prolongera-t-elle indéfiniment? Il doit y avoir une prescription. Quelle en est la durée? Quel est le point de départ?

Le délit d'insoumission se preserit en Allemagne par cinq an. Mais le délit étant continu, la prescription ne commence qu'au moment où l'obligation militaire n'existe plus. Sanf les cas où elle est supprimée prématurément (réforme), cette obligation dure aussi longtemps que l'intéressé u'a pas atteint 45 ans (art. 24 de la loi du 11 février 1888);

4° Quand un Allemand est entré au service d'un Etat étranger sans autorisation de son gouvernement, l'autorité centrale de son pays peut le déclarer déchu de sa nationalité d'Etat, s'il u'obéit pas à l'injonction de se démettre de ses fonctions dans le délai qui lui est imparti (art. 22 de la loi de 1870). C'est une application du cas prévu plus haut (2°) en termes généraux.

Au surplus, dans les cas douteux, nos ressortissants originaires d'Alsace-Lorraine devraient s'abstenir de pénétrer sur le territoire d'Empire avant d'avoir demandé et obtenu des renseignements sur leur nationalité en Allemagne. Il leur suffirait, pour ne plus s'exposer à des arrestations, de consulter le ministère des Affaires étrangères et de ne passer la frontière qu'après avoir été informés du résultat de l'enquête à laquelle la Chancellerie impériale procéderait sur la demande de l'ambassadeur de la République à Berlin. Les enquêtes de cette nature durent, en général, de huit à douse semaines.

- 2. Ges. 4. 2. 1901 betr. die staatliche Überwachung (tutelle administrative) von Schenkungen und letztwilligen Zuwendungen (J. off. 6. 2. 1901).
 - 3. Ges. 25. 2. 1901 betr. die Besteuerung der Erwerbungen

- von Todeswegen, der Schenkungen und anderen Zuwendungen (J. off. 26, 2, 1901).
- 4. Dekr. 25. 3. 1901 betr. Einrichtung von Hülfskassen der Gesellschaften auf Gegenseitigkeit (J. off. 29. 3. 1901).
- 5. Ges. 2. 4. 1901 betr. Abanderung des Art. 20 des code de justice militaire (J. off. 4. 4. 1901).
 - 6. Wildschadengesetz 19. 4. 1901 (J. off. 21. 4. 1901).
- 7. Ges. 19. 4, 1901 betr. Ausübung der Holzgerechtigkeiten (J. off. 21, 4, 1901).
- 8. Dekr. 26. 6. 1901 betr. Aufhebung des Art. 109 des Dekr. 28. 5. 1895 betr. das Beuterecht im Kriege (J. off. 27. 6. 1901).
- 9. a) Ges. 1. 7. 1901 betr. den "contrat d'association" (seg. Kongregationsgesetz; titre III betrifft die religiösen Kongregationen) (J. off. 2. 7. 1901).
- b) Dekr. 1. 7. 1901 betr. Ausführung des Kongregationsgesetzes (J. off. 2. 7. 1901).
- c) Dekr. 16. 8. 1901 betr. Ausführung des Kongregationsgesetzes (J. off. 17. 8. 1901).
- d) Dekr. betr. Ausführung des Art. 18 des Kongregationsgesetzes (J. off. 17, 8, 1901),
- 10. Ges. 10. 7. 1901 über das Armenrecht vor Gericht ("assistance judiciaire") (J. off. 12. 7. 1901).
- 11. Ges. 18. 7. 1901 betr. Aufrechterhaltung der Arbeitsund Dienstverhältnisse der zu militärischen Übungen einberufenen Reservisten (J. off. 19. 7. 1901).
- 12. a) Ges. 19. 7. 1901 betr. Erstreckung des Art. 463 des code pénal (betr. circonstances atténuantes) auf die Vergehen gegen die codes de justice militaire (J. off. 21. 7. 1901).
- b) Ges. 31. 7. 1901 betr. Erstreckung des Art. 463 des code pénal auf die Vergehen gegen die Fischerei- und Schiffahrtspolizei (J. off. 6. 9. 1901).
- 13. Ges. 20. 7. 1901 betr. Abänderung des Ges. 5. 11. 1894 über die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften (J. off. 27. 7. 1901).
- Ges. 21. 11. 1901 betr. Abänderung der Artt. 300, 302 des code pénal (betr. Kindesmord).

15. a) Ges. 29. 11. 1901 betr. Abanderung der Artt. 170, 171 des code civil über die diplomatische und konsularische Eheschliefsung (J. off. 30. 11. 1901)¹).

Article unique. — Les Articles 170 et 171 du code civil sont modifiés comme suit:

Art. 170. Le mariage contracté en pays étranger entre français, et entre français et étrangers, sera valable, s'il a été célébré dans les formes usitées dans le pays, pourvu qu'il ait été précédé des publications prescrites par l'article 68, au titre des actes de l'état civil, et que le français n'ait point contrevenu aux dispositions contenues au chapitre précédent.

Il en sora de même du mariage contracté en pays étranger entre un français et une étrangère, s'il a été célébré par les agents diplomatique ou par les consuls de France, conformément aux lois françaises.

Toutefois les agents diplomatiques ou les consuls ne pourront procéder à la célébration du mariage entre un français et une étrangère que dans les pays qui seront désignés par décrets du président de la République.

Art. 171. Dans les trois mois après le retour du français sur le territoire de la République, l'acte de célébration du mariage contracté en pays étranger dans les conditions prévues par le paragraphe 1er de l'article précédent, sera transcrit sur les registres publics des mariages du lieu de son domicile.

b) Dekr. 29. 12. 1901 des Präsidenten der Republik betr. die Eheschließungen von diplomatischen Agenten und Konsuln (J. off. 4. 1. 1902).

Vu la loi du 29 novembre 1901, qui a modifié l'article 170 du code civil et autorisé les agents diplomatiques et les consuls à procéder à la célébration du mariage d'un Français avec une étrangère dans les pays qui seront désignés par décrets du Président de la République;

Vu les ordonnances des 23 et 26 octobre 1833 et le décret du 19 janvier 1881 sur les pouvoir des consuls, vice-consuls et agents consulaires relativement au actes de l'état civil des Français en pays étranger.

¹⁾ Die von der bisherigen Fassung abweichenden Bestimmungen sind gesperrt gedruckt. — Die neue französische Gesetsgebung folgt der Gesetsgebung Deutschlands (Reichsges. 4. 5. 1870), Englands (Ges. 27. 6. 1892), Dänemarks (Ges. 19. 2. 1895 § 1) und der Schweis (Ges. 20. 12. 1878 Art. 13). Die Gesetsgebung Ungarns (Ges. XXXI 1894 Art. 31), Italiens (Ges. 28. 1. 1866 Art. 29) und Belgiens (Ges. 20. 5. 1882 und 20. 10. 1897) weicht insofern ab, als hier entweder bei beiden Nupturienten oder doch beim Ehemann die Staatsangehörigkeit des Absendestaates vorhanden sein muß. — Holland, Spanien, Portugal, Rumänien fordern ebenso wie früher Frankreich ihre Staatsangehörigkeit von beiden Verlobten. Vgl. auch oben S. 411ff. — Redaktion.

Décréte:

Art. 1es. Les agents diplomatiques, consuls généraux, consuls et vice-consuls de France en Turquie, en Perse, en Egypte, au Marce, à Mascate, au Siam, en Chine et en Corée sont autorisés à procéder au mariage d'en Français avec une étrangère, toutes les fois qu'ils en seront requis.

La même faculté est accordée aux agents consulaires qui ont reçu les pouvoirs d'officiers de l'état civil dans les conditions prévues par l'article 7 de l'ordonnance du 26 octobre 1838.

- Art. 2. Le ministre des affaires étrangères et le garde des seesur, ministre de la justice, sont chargés de l'exécution du présent décret.
- c) Cirkular 14. 1. 1902 des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten betr. die Eheschliefsungen vor diplomatischen und konsularischen Agenten:

Monsieur, comme vous le saves, les agents diplomatiques et consulaires français n'ont été jusqu'ici autorisés à procéder à la célébration des mariages qu'autant que les futurs conjoints appartenaient tous deux à la nationalité française. L'article 48 du code civil, aux termes duquel tout acts de l'état civil des Français en pays étranger est valable s'il a été reça, conformément aux lois françaises, dans nos Chancelleries, n'est pas, en effet, applicable aux actes de mariage entre Français et étrangers. Cette doctrine a été établie par un arrêt de la Cour de cassation du 10 août 1819 et cells-ci a été adoptée par le ministère des affaires étrangères dans une circulaire du 4 novembre 1838, puis confirmée plus récemment par une décision de M. le ministre de la justice du 16 septembre 1877.

De par cette jurisprudence, les mariages mixtes entre Français et étrangers ont donc dû, jusqu'à ce jour, être célébrés suivant les formes usitées dans le pays de la résidence des intéressés. Mais, vous ue l'ignores pas, cette obligation n'a pas été sans présenter de graves inconvénients pratiques dans les contrées où l'état civil n'est pas régulièrement organisé ainsi que dans ceux où il se tronve entre les mains des autorités religieuses, notamment dans les pays musulmans et de l'Extrême-Orient.

Si, par exemple, les futurs conjoints sont de religion différente, ils contexposés à ce que le ministre du culte à qui ils s'adressent refuse de consacrer leur union ou ne le fasse que moyennant certaines compromissions contraires à la liberté de conscience. Dans certaines contrées, d'autre part, la célébration des mariages religieux est loin d'offrir, pour ce qui concerne la régularité de l'union contractée et l'authenticité de l'acte destiné à la constater, les garanties des règles et formalités précises auxquelles notre législation subordonne l'établissement de cet acte si important de la vie civile.

Frappé de ces inconvénients, le gouvernement de la République s'est en consequence, préoccupé d'y remédier et il a soumis au Parlament, qui l'a adoptée, une loi qui confère aux agents diplomatiques et aux consuls le droit de procéder à la célébration du mariage entre un Français et une étraugère, et comble aussi, dans notre législation, une lacune qu'il importait de faire disparaître.

Aux termes de cette loi, promulguée au Journal officiel du 30 novembre 1901, l'article 170 du code civil est modifié ainsi qu'il suit:

"Art. 170. — Le mariage contracté en pays étrangers entre Français et étrangers, sera valable s'il a été célébré dans les formes unitées dans le pays, pourva qu'il ait été précédé des publications prescrites par l'article 63, au titre des actes de l'état civil et que le Français n'ait point contrevenu aux dispositions du chapitre précédent.

"Il en sera de même du mariage contracte en pays étrangers entre un Français et une étrangère, s'il a été célébré par les agents diplomatiques ou par les Consuls de France, conformément aux lois françaises.

"Toutefous, les agents diplomatiques ou les consuls ne pourront procéder à la célébration du mariage entre un Français et une étrangère que dans les pays qui seront désignés par décrets du Président de la République."

Cette dernière disposition s'explique d'elle-même: le mariage célébré par un agent diplomatique ou consulaire français entre un de nos nationaux et une étrangère ne serait pas, en effet, nécessairement valable dans le pays d'origine de cette dernière ni même dans celui de sa résidence; la souveraimeté étrangère pourrait s'y opposer. Les futurs conjoints auraient intérét, dans les cas de cette nature, à recourir pour se marier à l'autorité locale plutôt qu'aux agents du service consulaire. Dans les pays où l'état nivil est régulièrement organisé et accessible à tous, la validité de l'acts de mariage reçu par l'autorité locale compétente aura généralement, en effet, l'avantage d'être reconnu aussi bien dans le pays de la future épouse qu'en France,

Il y avait lieu, des lors, de tenir compte de cette situation et de laineer au Gouvernement la faculté de s'enquérir des contrées dans lesquelles il serait possible ou opportun de mettre la nouvelle loi en vigueur.

La préoccupation qui a motivé la disposition inscrite dans le paragraphe 3 se justifie tout particulièrement, ainsi qu'il vient d'être dit, en ce qui concerne les pays de chrétienté; mais, dans les pays musulmans et de l'Extrême-Orient (dans la plupart d'entre sux, tout au moins), il en est autrement, et il a paru à mon Département comme à celui de la Justice, qu'il serait utile et sans inconvénient de rendre, dès maintenant, la loi applicable dans certains de ces derniers pays. En consequence, j'ai soumis à M. le Président de la République, qui l'a revêtu de sa signature le 29 du mois dernier, un décret qui autorise les agents diplomatiques, consuls généraux, consuis et vice-consuls de France en Turquie, en Perse, en Egypte, au Marca, à Mascate, au Siam, en Chine et en Corée, à procéder au mariage d'un Français avec une étrangère et qui accorde la même faculté aux agents consulaires munis des pouvoirs d'officier d'état civil dans les conditions prévues par l'article 7 de l'ordonnance du 26 octobre 1883.

Par ce décret, qui a été publié au Journal officiel du 4 janvier 1902, vous êtes autorisé à célébrer des mariages entre des Français et des étrangères; mais je crois devoir appeler votre attention sur les recommandations si-après:

1° Tout d'abord, vous ne deves célébrer une union de ce genre qu'après en avoir été requis par les intéressés et vous être assuré qu'ils se trouvent réellement dans l'impossibilité de se marier, selon les formes locales, devant

l'autorité compétente du pays: il conviendre que vous les prévenies à est effet que leur mariage, s'il est contracté en Chancellerie, ne sera nécessairement valable qu'en France;

2° Vous devres, d'autre part, exiger de l'étrangère la justification de sa capacité quant au mariage d'après les lois de son pays, c'est-à-dire la preuve qu'au moment où elle va contracter mariage devant vous, elle serait es situation de se marier également devant les autorités de sun pays d'origine.

Je vous recommande tout particulièrement de vous conformer aux indications qui précèdent et de ne point perdre de vue les limites qu'elles tracent à l'exercice du droit du 29 décembre 1901, dont vous investit le décret; vous ne devres pas hésiter, d'ailleurs, à m'en référer en cas de difficultés, en même temps que vous me transmettrez lorsqu'il y aura lieu, la demande d'autorisation prévue par l'ordonnance de 3 mars 1871 et par la sirculaire du 19 juillet 1826.1).

- 15. Ges. 5. 12. 1901 betr. Abanderung des Art. 357 des cede pénal (J. off. 6, 12, 1901).
- 16. Ges. 23, 12, 1901 betr. Bestrafung von Täuschungen bei öffentlichen Prüfungen (J. off. 25, 12, 1901).
- B. Gesetze und Verordnungen für die Schutzgebiete und Kolonien.

Algier.

Ges. 8. 7. 1901 betr. Einführung von Hülfskassen der landwirtschaftlichen Genossenschaften 2).

Tunie.

- 1. Dekr. 16. 5. 1901 betr. die Advokatur*).
- 2. Dekr. 17. 6. 1901 betr. Vollstreckung von Urteilen der französischen Gerichte gegen tunesische Unterthanen 4).

Guines, Elfenbeinküste, Dahomey.

Dekr. 6. 8. 1901 betr. die Gerichtsverfassung für die Europäer und die Eingeborenen (J. off. 10. 8. 1901).

¹⁾ Il convient de remarquer que la circulaire ci-desus ne considére pas comme tombée en désuétude l'autorisation prévue par l'ordonnance de 1791 et l'avis du Conesil d'Etat de 1826 pour les Français qui se marient en Orient (V. conf. de Clercq et de Vallat, Guide pratique des consulats, 5° édit., t. I. n° 375, p. 381).

²⁾ Abgedruckt: Annuaire de législation française, 21, année, 1902, 8, 152

⁸⁾ Abgedruckt a. a. O. S. 157.

⁴⁾ Abgedruckt a. a. O. S. 158.

Indian.

Dekr. 23. 9. 1901 betr. die Schuldhaft (J. off. 4. 10. 1901).

Indo-Ohine.

- 1. Dekr. 20. 3. 1901 betr. Einführung verschiedener französischer Gesetze (J. off. 29. 3. 1901).
- 2. Dekr. 1. 11. 1901 betr. die Strafgerichtsbarkeit und das Strafrecht der Eingeborenen (J. off. 4. 11. 1901).

Holland.

- 1. Ges. 7. 7. 1900 betr. die Schulpflicht (Staatsblad No. 111).
- 2. Ges. 9. 7. 1900 betr. Bekämpfung des Betrugs im Butterhandel (Staatsblad No. 112).
- 3. Verordnungen 15. 9. und 20. 12. 1900 betr. die Bekämpfung ansteckender Krankheiten in Ausführung der Gesetze 26. 4., 20. 7. 1884 und 15. 4. 1886 (Staatsblad No. 160, 213).
- 4. Verordnung 19. 9. 1900 betr. Behandlung der Postpakete unter 5 Kilogramm (Staatsblad Ne. 162).
- 5. Ges. 21. 9. 1900 betr. Abanderung der Artt. 240 u. 243 des Gemeindegesetzes (Staatsblad No. 164).
- 6. Verordnung 6. 10. 1900 betr. Befreiung deutscher Seeschiffe von den Vermessungsvorschriften (Staatsblad No. 168).
- 7. Ges. 10. 11. 1900 betr. die Wasserverwaltung (Staatsblad No. 176).
- 8. Ges. 10. 11 betr. das mit Preußen zur Verbesserung der Bocholter As getroffenen Abkommen (Staatsblad No. 117).
- 9. Ges. 10. 11, 1900 betr. die vorschussweise Bereitstellung von Mitteln für das internationale Schiedsgerichtsbureau im Haag (Staatsblad No. 184).
- 10. 8 Verordnungen 16. 11. 1900 betr. die Schulpflicht (Staatsblad No. 199, 200, 201).
- 11. 5 Verordnungen 19. 11., 28. 11., 26. 11. u. 18. 12. 1900 betr. die Schulpflicht (Staatsblad No. 202, 203, 204, 205, 210).
- 12. Ges. 8, 12. 1900 betr. Abanderung des Wahlgesetzes (Staatsbiad No. 208).

- 13. Verordn. 8. 12. 1900 betr. das mit Preußen zur Verbesserung der Bocholter An getroffene Abkommen (Staatsblad No. 212).
- 14. Ges. 22. 12. 1900 betr. Abanderung des Art. 19 des Lotsenreglements (Staatsbiad No. 215).
- 15. Verordnung 27. 12. 1900 betr. die Salz-Accise (Staats-blad No. 217).
- 16. Ges. betr. Unfallversicherung der Arbeiter 2. 1. 1901 (Staatsblad No. 1).
- 17. Ges. 2. 2. 1901 betr. Abanderung des Regierungsreglements für Surinam (Staatsblad No. 55).
- 18. Ges. 2. 2. 1901 betr. Abanderung des Regierungsreglements für Curaçao (Staatsblad No. 56).
- 19. Verordnung 5. 2. 1901 betr. Bekämpfung der Pest (Staatsblad No. 60).
- 20. Ges. 6. 2. 1901 betr. Einführung "elterlicher" Gewalt an Stelle der "väterlichen" Gewalt und dementsprechende Abänderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs und der Civilprozessordnung, insbesondere auch in Bezug auf das Recht der Eheschliefsung (Staatsblad No. 62).
- 21. 2 Gesetze 12. 2. 1901 betr. die Bestrafung jugendlicher Personen (Staatsblad No. 63, 64).
- 22. Verordnung betr. das Wahlgesetz (Textredaktion nach dem heutigen Geltungszustande) 13. 2. 1901 (Staatsblad No. 66).
- 23. Ges. 29. 4. 1901 betr. Abänderung des Regierungsreglements für Niederländisch Indien (Staatsblad No. 92).
- 24. 3 Gesetze 28. 5. 1901 betr. das Münzwesen (Staatsblad No. 130, 131, 132).
- 25. Ges. 28. 5. 1901 betr. Zulassung von Schiffern, Steuerleuten, Maschinisten (Staatsbl. No. 139).
- 26. Verordnung 15. 6. 1901 betr. Abänderung des Ges. 22. 2. 1896 über anthropometrische Signalementskarten (Staatsblad No. 151).
- 27. Verordnung 18. 6. 1901 betr. Abanderung des Regierungsreglements für Niederländisch Indien (Staatsbl. No. 155).
- 28. Ges. 21. 6. 1901 betr. die Staatsaufsicht über die Volksgesundheit (Staatsblad No. 157).

- 29. Ges. 22. 6. 1901 betr. das Wohnungswesen (Staatsblad No. 158).
- 30. 2 Gesetze 24. 6. 1901 betr. das Militärwesen (Staatsblad No. 159, 160).
- 31. Verordnung 24, 7, 1901 betr. insbesondere die juristischen Staats- und Doktoratsprüfungen (Staatsblad No. 195).
- 32. Verordnung 24. 7. 1901 betr. Abanderung des Art. 26 des Konsularreglements 27. 6. 1874 (Staatsblad No. 196).
- 33. Verordnung betr. das Volksschulwesen (redaktionelle Zusammenfassung der geltenden Gesetzgebung) 10. 9. 1901 (Staatsblad No. 208).
- 34. Verordnung 12. 9. 1901 betr. Bekämpfung ansteckender Krankheiten (Staatsblad No. 209).
- 35. Verordnung 17. 9. 1901 enthaltend Bekanntmachung des geltenden Textes des Gesetzes 19. 8. 1861 betr. die Nationalmiliz (Staatsblad No. 212).
- 36. Verordnung 21. 9. u. 12. 12. 1901 betr. die Bekämpfung der Pest (Staatsblad No. 213, 267).
- 37. Verordnung 2. 12. 1901 betr. Ausführung des Militärgesetzes 1901 (Staatsblad No. 230).
- 38. Ges. 30. 12. 1901 betr. Abanderung des Regierungsreglements für Curação (Staatsblad, No. 289).
- 39. Verordnung betr. das Lotsenwesen (redaktionelle Zusammenfassung der geltenden Gesetzgebung) 22. I. 1902 (Staatsblad No. 5).
- 40. Verordnung betr. die Verwaltung der Kolonie Surinam (redaktionelle Zusammenfassung der geltenden Gesetzgebung) 25. 2. 1902 (Staatsblad No. 37).
- 41. Verordnung betr. die Verwaltung der Kolonie Curaçao (redaktionelle Zusammenfassung der geltenden Gesetzgebung) 25. 2. 1902 (Staatblad No. 38).

Mexico.

Militärstrafgesetzbuch 13, 10, 1898.

Nicaragua.

Wahlgesetz 9. 9. 1899.

Norwegen.

Ges. 4. 5. 1901 betr. die Anmeldung von Reisenden und Fremden.

§ 3. Wenn Jemand, der nicht norwegischer Staatsbürger ist, hier im Lande festen Aufenthalt nehmen oder einen Erwerb suchen will, so hat er bei seiner Ankunft im Lande sein Vorhaben anzumelden und auf Verlangen sich persönlich beim Polizeimeister (Vogt) oder Lehnsmann des Ortes einzufinden. Wenn ihm vor oder nach seiner Ankunft im Lande feste Arbeit augesichert ist, so kann er mit seiner Anmeldung 8 Tage warten und sie in solchem Falle bei dest Polizeimeister (Vogt) oder Lehnsmann des Ortes vornehmen, wo er sich dann aufhält.

Der Polizeimeister (Vogt) oder Lehnsmann hat seine Legitimationspapiere, wenn er solche besitzt, einzusehen und zu prüfen, ob er im Besitz hinreichender Mittel sum Lebensunterhalt ist, oder ob er Aussicht hat, sich im Lande einen gesetzlich erlaubten Erwerb zu schaffen. Im Bejahungsfalle ist ihm, falls er nicht etwa ohne Erlaubnis ins Land zurückgekehrt ist, nachdem er früher ausgewiesen worden war, ein Aufenthaltsbuch auszuhändigen, das nach einem vom Könige festgesetzten Schema eingerichtet sein soll.

Über die von dem Betreffenden erteilte oder über ihn eingesogese Auskunft ist nach näheren, vom König zu erlassenden Bestimmungen ein Protokoll zu führen.

- § 4. Die in § 8 vorgesehene Anmeldung umfaßt auch die Ehefrar, die mit ihrem Mann zusammenlebt, sowie die Kinder, die bei ihren Eitera leben und von ihnen ganz oder teilweise ernährt werden.
- § 5. Wenn ein Aufenthaltsbuch verloren geht, so ist davon der nächsten Polizeibehörde sofort Anzeige zu machen, die nach angestellter Unterzuehung (vgl. § 3 Abs. 2) darüber entscheidet, ob dem Betreffenden ein neues Anfenthaltsbuch ausgestellt werden soll.
- § 6. Insoweit nicht Abmachungen mit fremden Staaten entgegenstehen, können Personen, die nicht norwegische Staatsbürger sind, durch die Polizei des Landes verwiesen werden, wenn sie
 - a) es unterlassen haben, sich gemäß § 3 anzumelden, oder wenn es sich herausstellt, daß sie über die in § 3 Abs. 2 bezeichneten Punkte keine befriedigende Auskunft geben können,
 - b) sich dem Müßiggang oder der Landstreicherei ergeben und entweder keinen erlaubten Erwerb nachweisen können, oder, wenn nach den Umständen des Falles die Annahme begründet erscheint, daß sie sich gans oder teilweise durch strafbare Handlungen ernähren.

Eine Ausweisung nach Ziffer b kann nicht erfolgen gegen Personen, die hier im Lande geboren sind und die hier während der letzten drei Jahre festen Wohnsits oder ständigen Aufenthalt gehabt haben.

Nähere Anweisungen für die Anwendung der Bestimmungen dieses Paragraphen können vom König oder von dem von ihm dazu Bevollmächtigten erlassen werden. § 7. Heschiffere über die Ausweisung auf Grund des § 6 werden vom Polizeimeister (Vogt) des Ortes gefaßt.

Der, dessen Ausweisung in Frage steht, ist persönlich dem Polizeimeister (Vegt) vorsufähren, der seine Erklärungen entgegennimmt und aufseichnet. Die Entscheidung ist dem Betreffenden mitsuteilen. Wenn die Ausweisung verfügt wird und der Beschluß nicht in Gegenwart des Betreffenden gefaßt worden ist, so erfolgt die Mittellung an ihn in der für Bekanntmachungen vorgeschriebenen Weise.

Bei der Mitteilung des Ausweisungsbeschlusses auf Grund von § 6 ist dem Auszuweisenden bekannt zu machen, daß er innerhalb 24 Stunden verlangen kann, daß die Sache der suständigen Oberbebörde zur Entscheidung vorgelegt wird. Erklärt er von diesem Recht keinen Gebraach machen zu wellen, oder läßt er die Frist verstreichen, so ist der Beschlußsauszuführen. Wird die Vorlegung der Angelegenheit an die Oberbehörde verlangt, so ist die Vorlegung ohne Verzug zu bewirken und die Ausführung des Beschlusses auszusetzen, bis die Entscheidung des Oberbehörde vorliegt.

Nähere Bestimmungen über die Vollsiehung der Ausweisungsbeschlüsse erläßet der König, dem alle von der Polizei und der Oberbehörde gefaßsten Answeisungsbeschlüsse halbjährlich vorzulegen sind.

§ 8. Bis die Polisei oder gegebenen Falles die suständige Oberbehörde über die Ausweisung endgültig entschieden hat, kann der Betreffende festgenommen und in Übereinstimmung mit den Vorschriften der Strafprosessordnung (§ 231 ff.)¹) in Untersuchungshaft behalten werden.

Wird in der Sache die Vornahme gerichtlicher Handlungen für erforderlich erachtet, so erfolgen diese nach den Bestimmungen der Strafprozefsordnung durch das Einsel- (Verhöre-) gericht.

- § 9. Wenn Jemand in Gemäßsheit dieses Gesetzes von Polizeiwegen aus dem Lande befördert wird, so fallen die dadurch erwachsenden Kosten der Staatskasse zur Lest, die jedoch für ihre Auslagen von dem Ausgewiesenen Ersatz zu erhalten ersuchen kann.
- § 10. Wer in Gemäßsheit dieses Gesetzes aus dem Lande verwiesea worden ist, kann auf Antrag die Erlaubnis sur Rückkehr erhalten. Die Erlaubnis wird vom König oder von dem von ihm dazu Bevollmächtigten erteilt.
- § 11. Jeder, der einer gemäß § 3 mit einem Aufenthaltsbuch ver sehenen Person Arheit giebt oder sie in seinen Dienst nimmt, muß auf Verlangen eine Bescheinigung über die Zeit des Antritts und das Ende des Dienstes in das Buch eintragen.
 - § 12. Mit Geldbulse wird bestraft:
 - 1. wer eine in diesem Gesetz vorgeschriebene Anmeldung unterläßt,
 - wer es unterläßt, das in § 2 vorgeschriebene Verseichnis zu führen oder dazin Reisende, die zur Nacht beherbergt worden sind, einzu-

¹⁾ Vom 1. Juli 1887.

tragen, oder wer es unterläfst das Verseichnis versulegen, wenn dies

von der Polisei verlangt wird,

8, wer der Polizei nicht seinen richtigen Namen, seine richtige Stellung oder Wohnung angiebt, wenn in Gemäßheit dieses Gesetzes Auskunft darüber verlangt wird, oder wer dazu mitwirkt, daß unrichtige Angaben über diese Punkte abgegeben werden.

4. wer die Ausstellung der in § 11 erwähnten Bescheinigung verweigert. In derwelben Weise wird bestraft, wer dazu mitwirkt, daß über ihn keine oder unrichtige Eintragungen in das in § 2 erwähnte Ver-

zeichnis gemacht werden.

§ 13. Wer nach seiner Ausweisung ohne Erlaubnis ins Land zurückkehrt, wird mit Gefängnis bestraft. Mit Gefängnis oder mit Strafarbeit im 5. Grad wird bestraft, wer wegen desselben Vergehens schon einsal bestraft worden ist. Nach Verbüßsung der Strafe kann er auß neue von der Polizei ausgewiesen werden.

§ 14. Die Übertrotungen dieses Gesetses werden nach den für Polizei-

sachen geltenden Bestimmungen behandelt,

§ 15. Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1901 in Kraft. Mit demselben Zeitpunkte werden die §§ 9 und 10 des Gesetzes vom 81. Mai 1900, betreffend Arbeitsscheu, Bettelei und Trunksucht, aufgehoben.

Die Bestimmungen der §§ 3 und 4 kommen — mit einer Meldefrist von 3 Monaten — sur Anwendung, selbet wenn der Betreffende sich beim Inkrafttreten des Gesetzes bereits im Lande aufhält, jedoch sind diejeniges, die während der letzten zwei Jahre vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes festen Wohnsits im Lande gehabt haben, von der in § 8 vorgeschriebenen Anmeldung befreit, so lange sie an einemsbestimmten Ort im Lande weiter festen Aufenthalt haben.

Paraguay.

- 1. Gerichtsverfassungsgesetz 6. 10. 1898.
- 2. Ges. 14. 11. 1898 betr. das Verfahren vor den Friedensgerichten.
 - 3. Ges. 2, 12. 1898 über die Civilehe.

PACE !

- Ges. 29. 9. 1900 betr. Abänderung des Art. 125 der Verfassung.
 - 2. Ges. 10. 10. 1900 betr. den Viehdiebstahl.
 - 3. Ges. 11. 10. 1900 betr. die Münzeinheit.
- Ges. 25. 10. 1900 betr. die Gesellschaften behufs Verkauf von Grundstücken gegen monatliche Abzahlung.

Bulletin mensuel de la société de législation comparée, 33. année, 1902, 8. 424.

Answärtige Steaten: Paraguay, Pera, Rafaland, Serbien, Ungarn. 551

- 5. Ges. 25. 10. 1900 betr. die Friedensrichter.
- 6. Enteignungsgesetz 25. 10. 1900.
- 7. Ges. 9. 3. 1901 betr das Unterrichtswesen.

Ruftland.

Ges. 21. 12. 1901 über die Gesellschaften.

Serbion.

Verfassungsurkunde 6./19. 4. 1901.

Uncarn.

Verordnung 20. 5. 1899 des Justizministers (Z. 30021) betr. die Ausführung des Gesetzartikels XIII vom Jahre 1899 über die Inartikulierung des im Haag bezüglich der Civilrechtshülfe geschlossenen internationalen Abkommens,

Zur Ausführung des Gesetzartikels XIII. vom Jahre 1899. Über die Inartikulierung des im Haag besüglich der Civilrechtshülfe geschlossenen internationalen Abkommens verordne ich wie folgt:

I. Allgemeine Bestimmungen.

- § 1. Die Bestimmungen des in den Gesetzartikel XIII. vom Jahre 1899 aufgenommenen internationalen Abkommens regeln unsere auf einzelns Gegenstände der Civilrechtshülfe Besug habenden Verhältnisse gegenüber den folgenden Staaten: 1. Belgien, 2. Dänemark, 3. Frankreich, 4. Luxemburg, 5. die Niederlande, 6. das Deutsche Reich, 7. Italien, 8. Bufsland, 9. Portugal, 10. Bumänien, 11. Spanien, 12. Schweiz, 13. Schweden und Norwegen.
- § 2. Die auf das Abkommen bezüglichen Ratifikationsurkunden wurden im Haag von dem Bevollmächtigten Seiner Kaiserlich und Königlich-apostolischen Majestät am 1. Mai 1899, von den Bevollmächtigten aller übrigen vertragschließenden Teile aber am 27. April 1899 hinterlegt, demsufolge wird in Gemäßsheit derjenigen Bestimmungen des zum Abkommen gehörenden Zusatsprotokolles, weiche sich auf die Artikel 1. und II. der Schlußbestimmungen besiehen, die Dauer des Abkommens von dem letstgemannten Tage an gerechnet, und tritt das Abkommen vier Wochen nach diesem Tage, das ist am 25. Mai 1899, in Kraft.

II. Mitteilung gerichtlicher oder außergerichtlicher Akten. (Zustellungen.)

§ 3. In Gemäßheit des ersten Absatzes des Artikels I. des Abkommens erfolgen in Civil- oder Handelssachen die aus einem der Vertragsstaaten nach einem anderen Vertragestaate zu bewirkenden Zustellungen von Schriftstücken auf Grund eines an die suständige Behörde des anderen Staates su richtenden Ersuchens der Beamten der Staatsanwaitschaft oder der Gerichte.

Es ist jedoch nicht erforderlich, dieses Ersuchen in einem formellen Ersuchungsschreiben sum Ausdrucke zu bringen, sondern es genügt, wenn das ungarische Gericht das zusustellende Schriftstück samt dem Zustellungsschein dem königl. Justisministerium unterbreitet, welches verfügt, daß bei deren Weiterbeförderung das Ersuchen des unterbreitenden ungarischen Gerichtes um Zustellung dem ausländischem Staate gegenüber zum Ausdrucke komme.

Das ungarische Gericht hat sum Zwecke der Zustellung nur in jesen Ausnahmefällen (§ 5) ein formelles Ersuchungsschreiben an die ausländischs Behörde zu richten, in welchen das ungarische Gericht das susustellende Schriftstück samt dem bezüglichen Zustellungeschein ohne Inanspruchnahme der Vermittlung des königl. Justizministeriums unmittelbar an die zur Vornahme der Zustellung suständige ausländische Behörde leitet.

§ 4. Den auf dem Gebiete der im § 1 genannten Staaten zuzustellenden Schriftstücken ungarischer Gerichte und den besüglichen Zustellungsscheines

ist keine Übersetsung beisufügen.

Dem beteiligten Parteien steht es frei, falls sie die Übersetzungskosten vorstrecken und tragen, zu verlangen, dass ungarische Gericht die im Auslande zusustelleuden Schriftstücke und die bezüglichen Zustellungsscheine mit einer Übersetzung in die Amtssprache der zur Vornahme der Zustellung zuständigen ausländischen Behörde versehen lasse. (§ 17.)

Ist die Zustellung auf dem Gebiete eines solchen Staates vorsunehmen, mit dessen gerichtlichen Behörden der unmittelbare Geschäftsverkehr sagelassen ist (§ 5), so können die Beteiligten, falls sie die Übersetzungskosten vorstrecken und tragen, wegen Behebung der im § 5 erwähnten sprachlichen Schwierigkeiten verlangen, daß das ungarische Gericht des im dritten Absatze des § 3 erwähnte Ersuchungsschreiben mit einer Übersetzung in die Amtesprache der für die Vornahme der Zustellung suständigen ausländischen Behörde versehen lasse. (§ 17)

§ 5. In Gemäsheit des zweiten Absatzes des Artikels 1 des Abkommens erfolgt die Übermittelung auf diplomatischem Wege, es sei denn, dass der unmittelbare Geschäftsverkehr zwischen den Behörden der beiden Staaten augelassen ist.

Die ungarischen Gerichte unterbreiten demnach die auf dem Gebiete der in § 1 genannten Staaten suzustellenden Schriftstücke samt den Zastellungsscheinen in der Regel dem königl. Justizministerium, das deren Übermittelung auf diplomatischem Wege veranlaßt und das Ergebnis dem unterbreitenden ungarischen Gerichte mitteilt.

Der unmittelbare Geschäftsverkehr ist — insoweit sprachliche Schwierigkeiten nicht obwalten — nur mit den Behörden Preußens sugelassen, doch ist der diplomatische Weg auch diesen gegenüber nicht ausgeschlossen. Im unmittelbaren Geschäftsverkehr mit Preußen sind die Bestimmungen der Justisministerialverordnungen vom 24. Juni 1869 Z. 9949;

vom 19. Februar 1875. Z. 29212/74; vom 8. August 1894. Z. 31500 und vom 6. Juli 1895 Z. 27018 zu befolgen.

Der unmittelbare Geschäfteverkehr mit den Behörden der übrigen Staaten des Deutschen Reichs ist --- von den dringenden Fällen abgesehn --- micht sulässig und es kann derselbe in den dringendsten Fällen nur dann stattfinden, wenn keine sprachlichen Schwierigkeiten obwalten.

§ 6. Die Zustellung von Schriftstücken der Gerichte und der Beamten der Staatsanwaltschaften der in § 1 genannten Staaten haben die ungarischen Gerichte — insofern der unmittelbare Geschäftsverkehr mit den Behörden des betreffenden Staates nicht zulässig ist (§ 5) — nur in dem Falle zu veranlassen, wenn dieselben auf diplomatischem Wege, das ist mit Vermittelung des königl. Justisministeriums zu ihnen gelangen.

Schriftstücke, die ohne Einhalten des diplomatischen Weges aus solchen Staaten einlaugen, mit deren Behörden der unmittelbare Geschäftsverkehr zulässig ist (§ 5), haben die ungarischen Gerichte nur in dem Falle zuzustellen, wenn das diesbesügliche Ersuchen durch ein Gericht oder einen Beamten der Staatsanwaltschaft des betreffenden Staates gestellt wird, jedoch nicht auch in dem Falle, wenn sich die Partel selbst mit einer derartigen Bitte an das ungarische Gericht wendet.

§ 7. In Gemäßheit des Artikels 2 des Abkommens liegt die Zustellung der ersuchten Behörde ob. Sie kann nur abgelehnt werden, wenn sie nach der Auffassung des Staates, auf dessen Gebiete sie erfolgen soll, gesignet erscheint, seine Hoheitsrechte zu verletzen oder seine Sicherheit zu gefährden.

Dies prüft, wenn es sich um die in Ungarn zu erfolgende Zustellung solcher Schriftstücke handelt, welche auf diplomatischem Wege einlangen (§ 6), in erster Linie das königl. Justisministerium, bevor es die Schriftstücke an das ungarische Gericht leitet.

§ 8. Die Zustellung von Schriftstücken, die aus einem der im § 1 genannten Staaten stammen, kann das ungarische Gericht wegen Mangels einer Übersetzung nicht ablehnen.

Das in fremder Sprache verfaßte Schriftstück ist regelmäßig im Originaltexte ohne Übersetsung susustellen.

Stammt jedoch das Schriftstück aus einem Staate, welchem gegenüber hinsichtlich der Zwangssustellung Gegenseitigkeit besteht (§ 9) und weigert sich die Partei, das Schriftstück ohne Übersetzung anzunehmen, so hat das ungarische Gericht vor der Vornahme der Zwangssustellung das Schriftstück in seine Amtesprache übersetzen zu lassen. Die Kosten der Übersetzung sind aus dem Kanzleipauschale zu bestreiten.

§ 9. Eine Gegenseitigkeit hinsichtlich der Zwangssustellung besteht von den im § 1 genannten Staaten blofs mit Italien, Rumänien und dem Kanton Waadt der Schweis. Bei der Zustellung von Schriftstücken dortiger Gerichte und Staatsanwaltschaften ist im Sinne der §§ 259 und ff. des Gesetzartikels LIV vom Jahre 1868, sowie des Gesetzartikels X vom Jahre 1875, beziehungsweise in der Stadt und im Bezirk von Finne im Sinne des Abschnittes IV der provisorischem Civilprozessordnung vom

16. September 1852 vorzugehen und es ist im Notfalle Zwang anzuwenden (§§ 264 und 265 des Gesetzartikels LIV vom Jahre 1868, beziehungsweise §§ 74—76 der provisorischen Civilprosessordnung vom 16. September 1868).

Bei der Zustellung von Schriftstücken der Gerichte und Staatsanwaltschaften der übrigen der im § 1 genannten Staaten, kann ein Zwang nicht angewendet werden, und es hat die Zustellung solcher Schriftstücke im Sinne des im Jahre 1880 unter Zahl 21668 geregelten und mit Verordnung vom 23. Januar 1893 Z. 2851 neu verlautbarten Verfahrens zu geschehn.

§ 10. In Gemässheit des ersten Absatzes des Artikels 8 des Abkommens genügt sum Nachweis der Zustellung ein mit Datum versehenes und beglaubigtes Empfangsbekenntnis oder eine Bescheinigung der ersuchten Behörde, aus der sich die Thatsache und die Zeit der Zustellung ergiebt.

Ist die Zustellung swar im Sinne des ersten Absatzes des § 9, doch ohne Anwendung von Zwang erfolgt, so versehen der Übernehmer und der Zustellende den vorschriftsmäßigen Zusteilungsschein (Empfangsbekenntnis) unter Bezeichnung des Tages der Zustellung mit ihrer eigenhändigen Unterschrift (Handzeichen) und wird der Zustellungsschein vom Expeditor des ungarischen Gerichts — unter Beifügung seiner Unterschrift und des Gerichtssiegels — beglaubigt.

Ist die Zustellung mit Anwendung von Zwang erfolgt, so stellt des ungarische Gericht über die Vornahme und die Zeit der Zustellung eine Bescheinigung aus, die mit richterlicher Unterschrift und mit dem Gerichts-

siegel zu versehen ist.

Verfährt das Gericht bei der Zustellung in Gemäßeheit der im zweiten Absatze des § 9 erwähnten Verordnung und erscheint die zur Übernahme des Schriftstückes vorgeladene Partei bei Gericht, so ist mit derselben ein kurzes Protokoll aufzunehmen, in welchem die Übernahme des Schriftstückes, oder die Verweigerung der Übernahme festgesteilt wird. Das Protokoll ist mit dem Gerichtssiegel zu versehen, und außer dem Richter und Schriftsthrer soll auch die Partei dasselbe unterschreiben oder mit ihrem Handzeichen versehen. Falls die Partei dies verweigert, ist dieser Umstand im Protokoll zu erwähnen.

Wenn im Falle des zweiten Absatzes des § 9 die zur Übernahme des Schriftstückes vorschriftsmäßig vorgeladene Partei innerhalb der anberaumten Frist nicht erscheint, so stellt das Gericht hierüber eine Bescheinigung aus, welche mit richterlicher Unterschrift und Gerichtsniegei zu versehn ist.

Den in diesem Paragraph erwähnten Zustellungsscheinen (Empfangsbekenntnissen) oder den diese vertretenden Protokollen, besiehungsweise Bescheinigungen ist keine Übersetzung beisufügen.

§ 11. In Gemäßheit des zweiten Abeatzes des Artikels 3 des Abkommens ist das Empfangsbekenntnis oder die Bescheinigung auf eis Doppel des zusustellenden Schriftstückes zu seizen oder dem Doppel anzuheften, soforn ein solches zu diesem Zwecke mit übersandt war.

Das ungarische Gericht entspricht dieser Bestimmung dadurch, daß es den im vorstehenden Paragraph erwähnten Zustellungeschein (Empfange-

bekenntnis) oder das denselben vertretende Protokoll, besiehungsweise Bescheinigung, an das von dem ausländischen Gericht oder von der ausländischen Staatsanwaltschaft etwa übersandte Doppel anheftet (anklebt).

- § 12. Nach Beendigung des Zustellungsverfahrens unterbreitet das ung arische Gericht den im § 10 erwähnten Zustellungsschein, oder das Protokoll, besiehungsweise die Bescheinigung und das von dem ausländischen Gerichte etwa übersandte Doppel (§ 11) dem königt. Justizministerium oder meldet demseiben unter Rückschlußsämtlicher Schriftstücke die obwaltenden Hindernisse.
- § 19. Die Punkte 1 und 2 des Artikels 4 des Abkommens in Verbindung mit dem letzten Absatze des Artikels 4 schließen die Möglichkeit zicht aus, daß die einzelnen Staaten bezüglich der Zustellung durch die Poet und bezüglich der Bewirkung der Zustellung durch die Parteien besondere Vereinbarungen miteinander treffen. Wir haben derzeit keine derzrtigen Vereinbarungen.

Der Punkt 8 des Artikels 4 des Abkommens handelt von der Vornahme der Zustellungen durch die diplomatischen Vertreter und Konsuln.
In unseren bestehenden Übereinkommen ist den ausländischen diplomatischen
Vertretern und Konsuln die Befugnis, Zustellungen auf dem Gebiete Ungarns
vorsunehmen, nicht eingeräumt und von den Vertragsstaaten (§ 1) ist
Rumänien das einzige Land, wo unsere Beamton des auswärtigen Dienstes
Zustellungen vornehmen können und zwar als Ausfuß unserer dort gefibten
Konsulargerichtsbarkeit.

III. Rrsuchungsschreiben.

§ 14. In Gemäßheit des Artikels 5 des Abkommens können in Civil-oder Handelssachen die gerichtlichen Behörden eines Vertragsstaats, nach Maßgabe der Vorschriften seiner Gesetzgebung, sich durch Ersuchungsschreiben an die zuständige Behörde eines anderen Vertragsstaates wenden, um innerhalb deren Geschäftskreises die Vornahme einer richterlichen Prozeishandlung oder anderer gerichtlicher Handlungen zu erbitten.

Diese Ersuchen können keine Zwangsvollstreckung, sondern blofs die Vernehmung von Zeugen, die Vornahme eines Augenscheines, die Abnahme von Eiden, und andere ähnliche gerichtliche Handlungen beswecken. (§ 42.)

- § 15. Die ungarischen Gerichte haben ihre Ersuchungsschreiben an eine bestimmte gerichtliche Behörde des betreffenden ausländischen Staates in der Weise zu richten, dass dieselben gleichzeitig auch an jede andere für die Erledigung des Ersuchens suständige Behörde lauten.
- § 16. In Gemäßheit des sweiten Abeatses des Artikels des Abkommens muß des Ersuchungsschreiben, wenn es nicht in der Sprache der ersuchten Behörde abgefaßt ist, vorbehaltlich anderweiten Übereinkommens, von einer als wortgetreu beglaubigten Übersetzung in die swischen den beiden beteiligten Staaten vereinbarte Sprache begleitet sein.

Insoweit der § 18 keine Ausnahme bestimmt, sind die Ersuchungsschreiben der ungarischen Gerichte samt jenen Beilagen, deren Kenntnis zur Erledigung des Ersuchens durch die ausländische Gerichtsbehörde erforderlich ist, mit Übersetzungen (§ 17) in die Sprache jenes Staates, an dessen Gerichtsbehörde das Ersuchen gerichtet ist, zu versehen, voransgesetzt, daße das Ersuchungsschreiben und dessen Bellagen nicht in dieser Sprache abgefalst sind.

§ 17. Insoweit der zweite und dritte Abeats des gegenwärtigen Paragraphen nicht anders verfügt, eind besüglich des Verfahrens bei dem Anschaffen der im § 16 erwähnten Übersetzungen, ferner bezüglich des Vorstreckens und Tragens der Übersetzungskosten, sowie bezüglich der hiermit zusammenhängenden Fragen die Bestimmungen der Dolmetschverordnung vom 23. Oktober 1873 Z. 82 942, insbesondere deren §§ 23 und 38 und die anderen einschlägigen Verordnungen maßgebend.

Hinsichtlich der rassischen Übersetzungen ist die Verordnung vom 4. Juli 1868 Z. 25 186 zu beobachten.

Die an rumänische Gerichtsbehörden gerlehteten Ersuchungsschreiben ungarischer Gerichte können samt Beilagen auch ohne rumänische Übersetzungen dem kgl. Justisministerium unterbreitet werden, welches wegen Beifügung der erforderlichen Übersetzungen im Wege der k. und k. Gesandtschaft in Bukarest das Notwendige verfügt, und sobald die erwachsenen Übersetzungskosten festgestellt eind, das ungarische Gerieht auffordert, deren Betrag vorschriftsmälsig (§ 38 der Dolmetsebverordnung Z. 32942 v. J. 1878) zu decken und behufs Weiterbeförderung dem kgl. Justisministerium zu unterbreiten.

Wird eine Übersetzung in betreff einer solchen Sprache benötigt, bezüglich welcher über einen Dolmetsch weder das betreffende noch sin
anderes ungarisches Gericht verfügt, und kann die Übersetzung auch im
Wege der Abteilung für Übersetzungen des kgl. ung. Ministerpräsidiums
nicht verschafft werden, wendet sieh das ungarische Gericht wegen Veranlassung der Übersetzung an das kgl. Justisministerium, welches das Beforderliche verfügt.

- § 18. Ersuchungsschreiben ungarischer Gerichte an Gerichtsbehörden Italiens und deren Beilagen sind mit keinen Übersetsungen zu verschen Die diesbezügliche am 11. und 27. April 1875 in Rom und Wien unterfertigte Erklärung, sowie die Justizministerialverordnung vom 31. Dezember 1875 Z. 86 854 bleiben unberührt.
- § 19. In Gemäßheit des ersten Absatzes des Artikels des Abkommens erfolgt die Übermittelung des Ersuchungsschreibens auf diplomatischem Wege, es sei denn, daß der unmittelbare Geschäftsverkahr zwischen den Behörden der beiden Staaten zugelassen ist.

Die ungarischen Gerichte unterbreiten daher ihre an die Gerichtebehörden der im § 1 genannten Staaten gerichteten Ersuchungsschreiben und deren Beilagen, samt der in den §§ 16 und 17 erwähnten Übersetzungen in der Regel dem kgl. Justisministerium, welches deren Weiterbeförderung auf diplomatischem Wege veranlaßt und das Ergebnis dem unterbreitenden ungarischen Gerichte mitteilt.

Die den unmittelbaren Geschäftsverkehr betreffenden Bestimmungen des § 5 sind auch bezüglich der im § 14 erwähnten Krauchungsschreiben maßerebend.

- § 20. Die ungarischen Gerichte haben den Ersuchungsschreiben der Gerichtsbehörden der im § 1 genannten Staaten insoweit der unmittelbare Geschäftsverkehr mit den Behörden des betreffenden Staates nicht zugelassen ist (5) nur in dem Falle zu entsprechen, wenn die Ersuchungsschreiben auf diplomatischem Wege, also durch Vermittelung des kgl. Justisministeriums an sie gelangen.
- § 21. Insoweit der § 22 keine Ausnahme bestimmt, haben die ungarischen Gerichte den Ersuchungsschreiben der Gerichtsbehörden der im § 1 genannten Staaten nicht su entsprechen, wenn die Ersuchungsschreiben samt jenen Beilagen, deren Kenntnis zur Erledigung des Ersuchens erforderlich ist, nicht in der Amtssprache des ersuchten ungarischen Gerichtes oder von einer Übersetzung in diese Sprache begleitet sind.

Wenn die ersuchende ausländische Gerichtsbehörde oder deren Regierung die erforderlichen Übersetzungskosten ersetzt, so können die erwähnten Übersetzungen von dem kgl. Justisministerium oder von dem ersuchten ungarischen Gerichte veranlaßt werden (§ 39 der Dolmetschverordnung Z. 82 942 vom Jahre 1873).

§ 22. Die Gerichtsbehörden Italiens sind in Gemäßeheit der am 11. und 27. April 1875 in Rom und Wien unterfertigten Erklärung, sowie der Justisministerialverordnung vom 31. Desember 1875 Z. 36854 nicht verpflichtet, ihre Ersuchungsschreiben und deren Beilagen mit ungarischen Übersetzungen zu versehen.

Für die etwa notwendigen Übersetzungen hat das ungarische Gericht zu sorgen, und es kann die Kosten derartiger Übersetzungen von der ersuchenden Gerichtsbehörde Italiens nicht fordern, sondern hat dieselben, insoweit sie von den interessierten Parteien auf dem Gebiete Ungurns nicht erhoben werden können, aus seinem Kanzleipauschale zu bestreiten.

- § 28. In Gemäßheit des Art. 7 des Abkommens ist die Gerichtsbehörde, an die das Ersuchen gerichtet ist, verpflichtet, ihm zu entsprechen. Sie kann jedoch ablehnen, ihm Folge zu geben:
 - 1. wenn die Echtheit der Urkunde nicht feststeht;
 - wenn im ersuchten Staat die Erledigung des Ersuchens nicht in den Bereich der Gerichtsgewalt fällt.

Aufserdem kann die Erledigung abgelehnt werden, wenn sie nach der Auffassung des Staates, auf dessen Gebiete sie erfolgen soll, geeignet erscheint, seine Hoheiterechte au verletzen oder seine Sicherheit au gefährden.

Dies prüft, wenn das an das ungarische Gericht gerichtete Ersuchungssehreiben auf diplomatischem Wege einlangt (§ 20), in erster Linie das kgl. Justisministerium, bevor es das Ersuchungsschreiben samt Beilagen an das ungarische Gericht leitet.

§ 34. In Gemäßeheit des Artikels 8 des Abkommens ist im Palle der Unsuständigkeit der ersuchten Behörde das Ersuchungsschreiben von Amts wegen an die suständige Gerichtsbehörde desselben Staates unter Beobachtung der dafür nach dessen Gesetsgebung maßgebenden Regeln absaugeben.

Das ungarische Gericht hat dieser Bestimmung auch dann Folge zu leisten, wenn das Ersuchungsschreiben ausschließlich an dasselbe gerichtet ist und nicht gleichseitig auch an jede andere für die Erledigung des Ersuchens zuständige Behörde lautet.

- § 25. In Gemäßsheit des Artikels 9 des Abkommens hat in allen Fällen, in denen das Ersuchen von der angegangenen Behörde nicht erledigt wird, diese die ersuchende Behörde unverzüglich hiervon zu benachrichtigen, und zwar im Falle des Artikels 7 (§ 23) unter Angabe der Gründe, aus denen die Erledigung des Ersuchens abgelehnt, und im Falle des Artikels 8 (§ 24) unter Bezeichnung der Behörde, an die das Ersuchen abgegeben worden ist.
- § 26. In Gemissheit des Artikels 10 des Abkommens hat die ein Ersuchen erledigende Gerichtsbehörde hinsichtlich der zu beobachtenden Formen des Verfahrens die Gesetze ihres Landes in Anwendung zu bringen.

Wünscht indessen die zu ersuchende Behörde, dass nach einer besonderen Form verfahren werde, so kann, auch wenn diese in der Gesetzgebung des ersuchten Staates nicht vorgesehen ist, dem Antrage entsproches werden, sofern die Gesetzgebung dieses Staates das gewünschte Verfahren nicht verbietet.

Das ungarische Gericht kann demnach bei der Erledigung des Ersuchens das Beobachten der von dem ausländischen Gerichte gewünschten besonderen Form des Verfahrens nicht ablehnen, wenn die ungarische Gesetzgebung dieselbe nicht verbietet, und wenn die gewünschte Form in dem Ersuchungsschreiben geschildert ist.

Andererseits kann auch das ungarische Gericht, wenn dies für notwendig erachtet, in seinem Ersuchungsschreiben das ausländische Gericht ersuchen, daß letzteres bei der Erledigung des Ersuchens jene durch die tingarische Gesetzgebung vorgeschriebene Form des Verfahrens beobachte, auf die das ungarische Gericht infolge der Umstände des Falles Gewicht legt.

Das ungsrische Gericht hat in seinem Ersuchungsschreiben die be-

treffende Form eingehend zu schildern.

Die in Gemäßheit des ungarischen Gesetzes an die Zeugen und Sachverständigen su richtenden allgemeinen Fragepunkte sind in die an ausländische Gerichtsbehörden gerichteten Ersuchungsschreiben ungarischer Gerichte ihrem gausen Umfange nach aufzunehmen.

§ 27. Hinsichtlich der bei Erledigung des Ersuchens aufgelaufenen Kosten hat das ungarische Gericht den bisherigen Vorgang zu beobachten, das ist, die ansländische Gerichtsbehörde stete um Erstattung der infolge ihres Ersuchens bei dem ungarischen Gerichte aufgelaufenen Tagegelder amtlicher Funktionäre, Gebühren von Zeugen und Sachverständigen, sowie der Reisekosten anzugehen, andererseits sind dieselben jener ausländischen Gerichtsbehörde zu ersetzen, bei der dieselben infolge der Erledigung des Ersuchens eines ungarischen Gerichtes erwachsen sind.

Das ungarische Gericht hat vor Absendung eines Ersuchens, dessen Erledigung durch die ausländische Gerichtsbehörde mit Kosten verbunden sein könnte, Borge su tragen, dass die betreffende Partei — insoweit sie nicht sum Armenrechte sugelassen ist — den annähernd bestimmten Betrag dieser Kosten vorstrecke.

Derartige vorgestreckte Beträge sind in Gemäßsheit des § 54 der Gerichtsgeschäftsordnung vom Jahre 1891 und in Gemäßsheit der Justizministerialverordnung vom 5. Juli 1882 Z. 20768 als Präsidialdepots su behandeln, und ist der nach Begleichung der Kosten verbleibende Überschuß an die vorstreckende Partei auszufolgen.

Die Erstattung eogenannter Gerichtstazen ist absulehnen.

§ 32. Die an die Gerichtsbehörden der im § 1 erwähnten Staaten gerichteten Antwortschreiben und deren Beilagen hat das ersuchte ungazische Gericht mit einer Übersetzung nicht zu versehen.

Die Übersetzung von Antwortschreiben ungarischer Gerichte, sowie von deren Beilagen in die Sprache der ersuchenden ausländischen Gerichtsbehörde kann das kgl. Justisministerium oder das ungarische Gericht veranlassen, wenn die ersuchende ausländische Gerichtsbehörde oder deren Regierung die erforderlichen Übersetzungskosten ersetzt.

Im übrigen finden die Bestimmungen des § 19 auch hinsichtlich der an die Gerichtsbehörden der im § 1 erwähnten Staaten gerichteten Antwortschreiben und deren Beilagen Anwendung.

§ 29. Die Gerichtsbehörden der im § 1 genannten Staaten sind nicht verpflichtet, ihre an die ungarischen Gerichte gerichteten Antwortschreiben und deren Beilagen mit Übersetzungen in die Sprache des ungarischen Gerichtes zu versehen.

Für die etwa nötigen Übersetzungen hat das ungarische Gericht zu sorgen und — insoweit die Kosten der Übersetzung der Antwortschreiben in Gemäßheit des § 40 der Dolmetschverordnung vom Jahre 1878 Z. 82 942 nicht gedeckt werden können — sind dieselben aus dem Kanzleipauschale des ungarischen Gerichts zu bestreiten.

Liegt der im letzten Absatze des § 17 vorgesehene Fall vor, so ist die Bestimmung dieses Absatzes auch hinsiehtlich der Antwortschreiben ausländischer Gerichte, sowie deren Beilagen anzuwenden.

IV. Sicherheitsleistung für die Prosefskosten.

§ 80. Der § 9 des Gesetsartikels XVIII vom Jahre 1898 über das summarische Verfahren, der laut § 220 des genannten Gesetses auch in dem ordentlichen Verfahren, sowie in dem Handelsverfahren ansuwenden ist, bestimmt, dass eine Sicherheitsleistung für die Prozesskosten unter anderem auch dann nicht gefordert werden kann, "wenn in dem Staate, dessen Angehöriger der Kläger ist, ungarischen Staatsangehörigen im entsprechenden Falle eine Sicherheitsleistung nicht auferlegt wird".

Diese gegenseitige Befreiung von der Sicherheitsleistung für die Prosesskosten kommt in Artikel 11 des Abkommens sum Ausdruck, indem dort bestimmt wird, daß, wenn Angehörige eines der Vertragsstaaten in einem anderen dieser Staaten als Kläger oder Intervenienten vor Gericht auftreten, ihnen, sofern sie in irgend einem der Vertragsstaaten ihren

Wohnsitz haben, wegen ihrer Eigenschaft als Ausländer oder deswegen, weil sie keinen Wohnsitz oder Aufenthalt im Inlande haben, eine Sieherheitsleistung oder Hinterlegung, unter welcher Benennung es auch sei, nicht auferlegt werden darf.

§ 31. Die Befreiung von der Sieherheitsleistung für die Prozefakosten können die Angehörigen für die Vertragsstaaten in Gemäßbeit des
Artikels 11 des Abkommens (§ 30) nur in dem Falle in Anspruch mehmen,
wenn sie in irgend einem der Vertragsstaaten ihren Wohnsits haben, vorausgesetzt, daß — mit Rücksicht auf die den Artikel 11 betreffenden Bestimmungen des Zusatsprotokolles zum Abkommen — swischen einzelnen
Staaten kein Sonderübereinkommen besteht.

Derartige Sonderübereinkommen — Jedoch bloß besäglich der sum Armenrechte sugelassenen Parteien — haben wir mit Frankreich (Art. 3 des Gesetzartikels XIV vom Jahre 1880), mit Belgien (Art. 3 des Gesetzartikels V vom Jahre 1881), mit Italien (Art. 3 des Gesetzartikels XXXIX vom Jahre 1883), mit der Schweis (Art. 3 des Gesetzartikels XXXVI vom Jahre 1884), mit dem Deutschen Reiche (Art. 3 des Gesetzartikels X vom Jahre 1887) und mit Luxemburg (Art. 8 des Gesetzartikels XXXVI vom Jahre 1889).

Die Staatsangehörigen von Frankreich, Beigien, Italien, von der Schweis, von dem Deutschen Reiche und von Luxemburg können daher vor den ungarischen Gerichten, und andererseits die ungarischen Staatsangehörigen vor den Gerichten der eben genannten Staaten die Befreiung von der Sicherheitsleistung für die Prozefskosten, sofern sie zum Annenrechte zugelassen sind, auch dann in Anspruch nehmen, wenn sie ihren Wehnsitz nicht in irgend einem der im § 1 genannten Staaten haben.

§ 82. In Gemäßsheit des Artikels 12 des Abkommens sind Entscheidungen, wodurch der Kläger oder Intervenient, der nach Artikel 11 (§ 39) oder usch dem in dem Staate der Klägeerhebung geltenden Rechte von Sicherheitsleistung oder Hinterlegung befreit war, in die Prozefskosten verurteilt ist, in jedem der anderen Vertragestaaten durch die suständige Behörde nach Maßgabe der dortigen Gesetze für vollstreckbar zu erklären.

Es ist darauf Bedacht zu nehmen, daß die im vorstehenden Absatze erwähnte Zwangsvollstreckung nicht nur in dem Falle Platz greift, wens der Kläger oder Intervenient nach §§ 30 und 31 von der Sicherheitzleistung befreit ist, sondern auch dann, wenn sich die Befreiung von der Sicherheitsleistung eines in die Prosefskosten verurteilten Klägere oder Intervenienten auf die Gesetze des Staates der Klageerhebung gründet. Ein derartiger Fall liegt insbesondere vor, wenn der Staat, in dem die Klageerhebung erfolgte, das Institut der Sicherheitsleistung für die Prosefskosten überhaupt nicht kennt.

§ 33. Das ungsrische Gericht hat sein im § 32 erwähntes Ersuchungsschreiben um Zwangsvollstreckung mit einer vorschriftsmäßigen Ausfertigung (nicht Abschrift) der verurteilenden, rechtskräftigen Entscheidung, sowie des die Zwangsvollstreckung anordnenden Bescheides zu begleiten. Auf die Ausfertigung der Entscheidung ist die Bechtakraft in Form einer

mit richterlicher Unterschrift und mit dem Gerichtssiegel versehenen Klausel zu bescheinigen.

- § 34. Die §§ 15-22, 24, 25, 27-29 sind auch auf die Ersuchen bezüglich der im § 32 erwähnten Zwangsvollstreckung anzuwenden.
- § 35. Die zuständige Behörde hat, wenn es sich um ein Ersuchen bezüglich der im § 32 erwähnten Zwangsvollstreckungen handelt, in Gemäßheit des Artikels 13 des Abkommens ihre Prüfung darauf zu besechränken:
 - ob nach den Gesetzen des Landes, wo die Verurteilung erfolgt ist, die Ausfertigung der Entscheidung die für ihre Beweiskraft erforderlichen Voraussetzungen erfüllt;
 - ob nach denselben Gesetzen die Entscheidung die Rechtskraft erlangt hat.

Diese Voraussetzungen werden, wenn das an das ungarische Gericht gerichtete Ersuchen auf diplomatischem Wege einlangt (§§ 34 u. 20), in erster Linie vom kgl. Justizministerium vor Weiterleitung des Ersuchens an das ungarische Gericht geprüft.

Wenn sich das ausländische Ersuchen auf die im § 32 erwähnte Zwangsvollstreckung bezieht, kann das ungarische Gericht dasselbe — blofs hinsichtlich der obigen Voraussetzungen — nicht aber auch hinsichtlich der übrigen im § 3 des Gesetzartikels LX vom Jahre 1881 bestimmten Voraussetzungen der Anordnung der Zwangsvollstreckung prüfen.

V. Armenrecht.

- § 36. In Gemäßheit des Artikels 14 des Abkommens werden die Angehörigen eines jeden der Vertragsstaaten in allen anderen Vertragsstaaten unter denselben gesetzlichen Bedingungen zum Armenrechte zugelassen, wie die Angehörigen des Staates, in dessen Gebiete die Bewilligung des Armenrechts nachgesucht wird.
- § 87. In Gemäßheit des ersten Absatzes des Artikels 15 des Abkommens muß das Armutszeugnis oder die Erklärung des Unvermögens zur Bestreitung der Prozeßkosten in allen Fällen von den Behörden des gewöhnlichen Aufenthaltsortes des Ausländers oder, in Ermangelung eines solchen, von den Behörden seines derzeitigen Aufenthaltsortes ausgestellt oder entgegengenommen sein.

In Gemäßeheit des zweiten Absatzes des Abkommens ist, wenn der Antragsteller sich nicht in dem Lande aufhält, wo das Armenrecht nachgesucht wird, das Zeugnis oder die Erklärung des Unvermögens koatenfrei von einem diplomatischen oder konsularischen Vertreter des Landes zu beglaubigen, in dessen Gebiete die Urkunde vorgelegt werden soll.

Die vorstehenden zwei Absätze erwähnen als Voraussetzung des Armenrechtes nicht bloß Armutszeugnis, sondern auch die Erklärung des Unvermögens zur Bestreitung der Prozefskosten. Es sind dies Erklärungen, die in einigen Ländern die zuständigen Behörden von der Partei, nachdem sie eich von der Armut derselben überzeugt haben, entgegennehmen. § 38. In Gemäßbeit des ersten Absatzes des Artikels 16 des Abkommens kann die sur Erteilung des Armutszeugnisses oder sur Entgegennahme der Erklärung über das Unvermögen suständige Behörde bei den Behörden der anderen Vertragestaaten über die Vermögensverhältnisse des Antragetellers Erkundigungen einziehen.

In Gemäßheit des zweiten Absatzes des Artikels 16 des Abkommens bleibt der Behörde, die über den Antrag auf Bewilligung des Armenrechtes zu entscheiden hat, in den Grenzen ihrer Amtsbefugnisse das Recht gewahrt, die ihr vorgelegten Zeugnisse, Erklärungen und Auskünfte auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen.

§ 39. Bezüglich des Armenrechtes haben wir von den im § I genannten Staaten mit folgenden Ländern Übereinkommen getroffen: mit Frankreich (Gesetsartikel XIV vom Jahre 1880), mit Belgien (G.A. V vom Jahre 1881), mit Italien (G.A. XXXIX vom Jahre 1888), mit der Schweiz (G.A. XXXVI vom Jahre 1887), mit Luxemburg (G.A. XXXVI vom Jahre 1889).

Diese Übereinkommen bleiben in Geltung, insoweit ihren Bestimmungen die Artikel 14—16 des Haager Abkommens (§§ 36—38) nicht entgegenstehen.

VI. Personalhaft.

§ 40. In Gemäßheit des Artikels 17 des Abkommens findet die Personalhaft in Civil- oder Handelssachen gegen die einem der Vertragsstaaten angehörenden Ausländer nur in den Fällen statt, in denen sie auch gegen Inländer anwendbar sein würde. Es macht dabei keinen Unterschied, ob die Haft Mittel der Zwangsvollstreckung oder nur eine Sicherheitsmaßregel sein soll.

Die Personalhaft kann demsufolge als Mittel der Sicherung oder Zwangsvollstreckung in Gemäßheit des Artikels 17 auch in der Stadt und in dem Besirke von Fiume gegen die Angehörigen der in § 1 genannten Staaten in jenen Fällen nicht stattfinden, in welchen sie gegen ungarische Staatsangehörige nicht anwendbar sein würde.

VII. Vermischte Bestimmungen.

- § 41. Die auf die ungarischen Gerichte besüglichen Bestimmungen der gegenwärtigen Verordnung finden auch auf das Verfahren der kgl. Notare als Gerichtskommissäre Anwendung.
- § 42. Die mit Italien, mit Rumänien und mit dem Kanton Waadt der Schweiz bezüglich der Civilzwangsvollstreckungen getroffenen besonderen Vereinbarungen, sowie die auf Gegenseitigkeit beruhende Übung und die diesbezüglich ergangenen Verordnungen bleiben, sofern ihnen der § 35 der gegenwärtigen Verordnung nicht entgegensteht, in Geltung.

Gegenüber sämtlichen im § 1 genannten Staaten bleiben ferner in Civil- und Handelssachen in Geltung die Staatsverträge und andere besondere Vereinbarungen, sowie die auf Gegenseitigkeit beruhende Übung und die diesbesüglichen Verordnungen, soweit ihnen nicht die Bestiss-

mungen des Haager Abkommene und die gegenwärtige Verordnung entgegenstehen.

Gegenüber den im § 1 nicht genannten Staaten bleiben in gerichtlichen und außergerichtlichen Civil- und Handelssachen, sowie in Exekutionssachen die Staatsverträge und andere besondere Vereinbarungen, ferner die auf Gegenseitigkeit beruhende Übung und die diesbesüglichen Verordnungen unberührt.

Die Fragen der Ausfolgung und des Transportes von Verbrechern, sowie im allgemeinen die Fragen der Rechtshülfe in Strafsschen bleiben von dem Haager Abkommen und von der gegenwärtigen Verordnung unberührt.

UPREBAY!).

- 1. Ges. 20. 7. 1900 über die Fischerei zur See und im Rio de la Plata.
- Ges. 2. 10. 1900 betr. Abänderungen des Handelsgesetzbuches.

Venesuela.

Verfassungsurkunde 29, 3, 1901.

internationale Verträge*).

I. Neuere Verträge.

Deutschland, Belgien, England, Frankreich, Holland, Italien, Luxemburg, Österreich-Ungarn, Persien, Rumänien, Rufsland, Schweiz, Spanien. Deklaration 24. 1. 1900 zu der 19. 3. 1897 zu Venedig getroffenen Übereinkunft betr. Maßregeln gegen die Einschleppung und Verbreitung der Pest. Ratifikationsprotokoll Rom 10. 8. 1900. (R.G.Bl. 1900 S. 821).

Deutschland etc. — Beitritt der Vereinigten Staaten von Amerika 9. 4. 1902 zu dem Abkommen 29. 7. 1899 (Gesetze u. Gebräuche des Landkrieges)*) (R.G.Bl. 1902 S. 168).

Bulletin mensuel de la société de législation comparée, 38. année, 1902, 8. 424.

²⁾ Schiedsverträge s. oben S. 516.

⁸⁾ S. Ztuchr. XI S. 588.

Deutschland u. Holland, Abkommen 5. 6. 1901 betr. den grenzüberspringenden Fabrikverkehr (R.G.Bl. 1902 S. 55).

Deutschland u. Frankreich, Vereinbarung 1. 10. 1901 betr. den Verkehr mit Spirituosen an der Grenze (R.G.Bl. 1902 S. 131).

Deutschland u. Luxemburg, Abkommen 10. 5. 1902 wegen Begründung einer Gemeinschaft der Schaumweinsteuer (R.G.Bl. 1902 S. 232).

Deutschland, Österreich-Ungarn, Belgien, Spanien, Frankreich, England, Italien, Holland, Schweden-Norwegen, Zuckerkonvention 5. 3. 1902.

Preufsen u. Dänemark, Vertr. 12. 2. 1900 über Änderung der Landesgrenze (ratifiziert 11. 2. 1902).

Amerika, Vereinigte Staaten, u. Dänemark, Vertr. 24. 1. 1902 betr. Abtretung der dänischen Besitzungen in Westindien (englischer Text abgedruckt American Law Review 1902 8. 245 ff.).

Argentinien u. Portugal, Auslieferungsvertr. 14. 3. 1898 (für Argentinien publiziert 8. 9. 1900).

Belgien u. Frankreich, Vertr. 8. 7. 1899 betr. die Zuständigkeit der Gerichte u. s. w. (für Belgien publiziert: Moniteur Belge 26./27. 11. 1900).

Belgien u. Schweiz, Abkommen 29, 5, 1900 betr. Mitteilung gerichtlicher Akte (Moniteur Belge 21, 12, 1900).

Belgien u. Griechenland, Auslieferungsvertr. 9. Juli 1901.

Belgien u. Holland, Telegraphenvertrag 25. 4. 1901.

Belgien u. Holland, Vertr. 4. 10. 1900 betr. Befreiung der beiderseitigen Unterthanen von der Militär- und Wehrpflicht.

England u. Frankreich, Zusatzabkommen 10. 10. 1900 zu dem Vertr. 8. 12. 1882 betr. telegraphische Postanweisungen (J. off. 16. 3. 1901).

England u. Japan, Bundnisvertrag 30. 1. 1902.

Frankreich u. Bolivia, Freundschafts- u. Auslieferungsvertr. 18. 10. 1890, ratifiziert 7. 1. 1901 (R.G. Bd. VIII, "Documents" S. 1).

Frankreich u. Haiti, Handelsvertr. 31. 7. 1900 (J. off. 19. 1. 1901).

Frankreich u. England, Schiedsgerichtsvertr. 3. 4. 1901 über die Angelegenheiten "Sergent-Malamine" und "Walma" (J. off. 17. 7. 1901) (R.G. Bd. VIII, "Documents" S. 8).

Frankreich u. Italien, Grenzabkommen 24. 1. 1900 betr. die Besitzungen am Roten Meer (R.G. Bd. VIII, "Documents" S. 12).

Frankreich u. Spanien, Grenzabkommen 27. 6. 1900 betr. die Besitzungen an der Küste der Sahara und am Golf von Guinea (J. off. 22. 3. 1901).

Frankreich u. Portugal, Verträge 23. 1. 1901 betr. die Abgrenzung der westafrikanischen Besitzungen (R.G. Bd. VIII, "Documents" S. 6 ff.).

Frankreich u. Spanien, Abkommen 27. 3. 1901 betr. Ausübung der Justizhoheit auf der Fasanen-Insel (R.G. Bd. VIII, "Documents" S. 12).

II. Amtliche Sammlung von Staatsverträgen,

Für die Vereinigten Staaten von Amerika ist zufolge Kongressbeschlusses vom 6. Juli 1898 eine amtliche Sammlung der in Kraft stebenden Staatsverträge der Vereinigten Staaten (abschließend mit 11. April 1899) veranstaltet und unter folgendem Titel veröffentlicht worden:

Compilation of treaties in force. Prepared under act of July 7, 1898. Washington: Government printing office. XVIII u. 779 S.

Bisher war die jüngste amtliche Zusammenstellung der geltenden Staatsverträge die unter dem Titel "Treaties and conventions concluded between the United States of America and other powers" (Washington: Government printing office) im Januar 1889 veröffentlichte.

Litteraturberichte.

a. Bücheranzeigen.

Pasicrisio internationale, Histoire documentaire des arbitrages internationaux par H. La Fontaine, sénateur de Belgique, avocat à la cour d'appel de Bruxelles, Professeur de droit international. Bern 1902, XVI und 670 Seiten. 4°. 40 fres.

Der hier verdienstvoll durchgeführte Plan, die Geschichte der internationalen Schiedsverträge und Schiedssprüche in Gestalt einer Sammlung der Hauptdokumente authentisch darzulegen, beruht auf der Anregung der "Union interparlamentaire", in deren Monatmehrift "La conférence interparlamentaire" der Verfasser einen Teil des Materials bereits publisiert hat Die jetzt vorliegende Sammlung betrifft die Zeit von 1794 bis 1900 und enthält 368 Urkunden.

Die Anordnung ist im allgemeinen chronologisch, gemäß dem Datum des Schiedsgerichtsvertrages. Den Verträgen sind kurse historische Einleitungen vorangeschickt. Zwei ausgeseichnete Register erleichtern die Übersicht. Die Ausstattung ist vornehm, der Druck sorgfültig. Dem Verfasser gebührt für seine aufopferungsvolle Arbeit der größte Dank.

- Les assurances sur la vie en droit international privé par M. Guido Bonolis. Ouvrage traduit et annoté par M. Jules Valery, professeur de droit commercial à la Faculté de droit de l'Université de Montpellier et M. J. Lefort, avocat au conseil d'Etat et à la cour de cusation. Paris, A. Fontemoing, 1902. 244 S.
- G. Bonolis hat 1897 im Archivio giuridico eine susammenhängende Reibe von Artikein unter dem Titel "L' assicurazione sulla vita nel diritto internazionale privato" veröffentlicht, welche vorliegend in Buchform übersetzt und mit einer großen Anzahl von sum Teil umfangreichen Noten aus der Feder der Übersetzer versehen sind. Angehängt ist ein Aufasts von Valery: "Influence de la guerre sur les assurances sur la vie dans les rapports internationaux" und ein solcher von Lefovi: "Des assurances sur la vie contractées en France avec des compagnies étrangères."
- Gesetze über das Urheberrecht in allen Ländern, nebst den darauf bezüglichen internationalen Verträgen und den Bestimmungen über das Verlagsrecht. 2. Aufl. Durchgesehen von Prof. Ernet Röthlieberger-Bern. Leipzig, Hedeler 1902. 418 S. Mk. 10.—.

Die Nützlichkeit dieses Unternehmens bedarf keiner besonderen Hervorhebung. Die Durchführung ist zuverlässig und zweckmäßig. Guts Register erleichtern die Benutzung.

Webster's international dictionary of the English language. New edition with supplement of new words. Springfield, Mass., G. & C. Merriam Co. 1902.

Das Interesse, welches die sehr vermehrte Neuauflage des Websterschen Wörterbuchs für die Leser dieser Zeitschrift hat, beschränkt sich nicht auf den allgemein realencyklopädischen und linguistischen Inhalt. Vielmehr sind die in früheren Auflagen von Francis Wharton († 1889) bearbeiteten, nunmehr durch den Hülftrichter beim obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten D. J. Brewer ergänsten Artikel über die englisch-amerikanische Rechtesprache auch von speciell juristischem Interesse.

Die Seegesetzgebung des Deutschen Reiches. Unter Berücksichtigung der Entscheidungen des Reichsoberhandels und des Reichsgerichts, des Hanseatischen Oberlandesgerichts und der Seekmter. Textausgabe mit Anmerkungen und Sachregister von weil. Dr. jur. W. E. Knitschky. 3. Auflage bearbeitet von O. Budorff, Oberlandesgerichtsrat in Hamburg. Berlin, Guttentag. 1902. XX u. 1050 S. Geb. M. 4.50.

Die Seemannsordnung vom 2. Juni 1902 und ihre Nebengesetze. Bearbeitet von Dr. jur. L. Perels. Berlin, Mittler & Sohn, 1902.

Knitschtys "Seegesetsgebung" war seit langem vergriffen und darans ergab sieh eine empfindliche Lücke, bis 1901 die (in Zeitschrift XI, S. 543 angeseigte) Perelesche Sammlung erschien, zu welcher das su 2) genannte Buch nunmehr als Ergänzungsband erschienen ist. — Die Knitschty-Rudorffsche Sammlung bildet einen Bestandteil der Guttentagschen Taschenausgabe deutscher Reichagesetse. Sie enthält nicht nur die deutschen Gesetze und deren Ausführungsverordnungen, sondern auch die internationalen Seerechtskonventionen und ist in jeder Hinsicht praktisch eingerichtet.

Bibliographie des bürgerlichen Rechts. Verseichnis von Einzelschriften und Aufsätzen über das im Bürgerlichen Gesetzbuch für das Deutsche Reich vereinigte Recht. Sachlich geordnet von Dr. jur. Georg Maas, Bibliothekar bei dem Reichsmilitärgericht. Berlin, C. Heymann. 4 Hefte: I: 1888—1898 (1899). XXXX u. 887 S.; II: 1899 (1900). 68 S.; III: 1900 (1901). 84 S.; IV: 1901 (1902). 88 S. — I: M. 9.—, II, III, IV je M. 1,50.

Die Wichtigkeit dieser Unternehmung liegt auf der Hand. Die Ausführung ist vortrefflich und ein Muster von bibliographischem Fleise zu nennen. Die Leser dieser Zeitschrift interessiert besonders die Bibliographie des Internationalen Privatrechts, welche sich nicht auf die Litteratur zum E.G. des B.G.B. beschränkt, sondern sich überhaupt auf die Litteratur des internationalen Privatrechts bezieht.

Das Rheinische Recht, seine zeitliche und räumliche Begrenzung. Von Dr. C. W. Kockerols, Notar in Coblens. Hannover, Helwing. 1902. 72 S.

Das Buch giebt nicht, worauf der Titel schließen lassen könnte, eine Darstellung der intertemporalen und internationalen Besiehungen des Eheinischen Rechtes, sondern eine Detailgeschiehte der Einführung und äußeren Entwickelung des französischen Rechtes in Deutschland bis sum Inkrafützeten des B.G.B. hinunter. Die sorgfältige Arbeit liefert reiches rechtsstatistisches Material und hat bleibenden Wert.

Dressel, A., Die Bestimmungen über Verschollenheit und Todeserklärung im eode eivil, im preuß. allgem. Landrecht und im Bürgerlichen Gesetzbuch für das Deutsche Reich. Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht. 1903.

Das anspruchelose Buch ist klar und sorgfältig geschrieben und beruht auf gründlichem Studium der Gesetzgebung und der Litteratur. Es ist geeignet, dem mit der Materie nicht Vertrauten deren Kenntnis und Verständnis zu vermittelu.

Sartorius, C., Kommentar zum Personenstandegesets in der vom 1. Januar 1900 an geltenden Fassung, sowie zu den auf die Eheschließung bezüglichen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs unter Berücksichtigung der Ausführungsbestimmungen sämtlicher Bundesstaaten. München. Beck. 1902. XXII und 548 S.

Die vorliegende Arbeit befriedigt ein dringendes Bedürfnis. Sie legt die Umgestaltung des bisherigen Bechtes in ihrem Einflus auf die standesamtliche Thätigkeit nach allen Seiten dar und stellt das gesamte, auf Personenstand und Eheschließung besügliche Material zusammen. Die Erläuterungen sind an die einzelnen Sätze der Paragraphen angeschlossen, is sich aber systematisch gegliedert. Das Buch ist in erster Linis für die Standesbeamten bestimmt. Daraus erklärt sich, dass die internationalprivatrechtlichen Probleme, insbesondere die Kasuistik der Kollisionsnormen des E.G. zum B.G.B. nicht eingehender behandelt sind.

b. Verzeichnis eingesendeter Bücher,

deren Besprechung vorbehalten bleibt.

Peritsch, J., De la condition juridique des Bosnisques et des Herségeviniens en pays étrangers. Brüssel 1901.

Richard Alexander Katz, Rochtsanwaltschaft und Patentanwaltschaft. Berlin, Liebmann. 1902. 30 S. M. 0,80.

Weichert, L., Grundrüge der Strafvollstreckung nach Reicherscht. Eine kurze systematische Darstellung des geltenden Reichestrafvollstreckungrechtes mit Einschluß der Rechtshülfe und der Auslieferung. Leipzig,
Dieterichsche Verlagebuchhandlung (Weicher). 1902. XII u. 178 S. M. 5.—,
geb. M. 6.—.

Handbuch für den Gerichtsvollzieherdienst. Herausgegeben von Eduard Rottmann, k. Oberamtsrichter a. D. 2. Auf. 1902. Lieferung 1--4. Würzburg, Stahelsche Verlagsanstalt. 1902. Subskriptionspreis für das vollständige Handbuch (5 Lieferungen) M. 13.—.

- Die strafrechtlichen Nebengesetze des Deutschen Reiches. Erläutert von Stenglein, Appelius, Kleinfeller. 3., gründlich neubearbeitete und vermehrte Auflage. Bearbeitet von Dr. M. Stenglein, Reichsgerichterat a. D. Lieferung 1—3. Berlin, Liebmann. 1902. 808 S.
- Anleitung zur strafrechtlichen Praxis. Ein Beitrag sur Ausbildung unserer jungen Juristen und ein Ratgeber für jüngere Praktiker. Von Dr. jur. Hermann Lucas, Wirklichem Geh. Oberjustignat und Ministerialdirektor. Berlin, Liebmann. 1902. VIII u. 415 S.
- Konkursordnung für das Deutsche Reich nebst den Einführungsgesetzen, den konkursrechtlichen Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes und dem Anfechtungsgesetze. Erläutert von J. Petersen und G. Kleinfeller. 4. Aufl., Auf Grund des Reichsgesetzes vom 17. Mai 1898 und der Bekanntmachung des Reichskanslers vom 20. Mai 1898. Bearbeitet von Dr. Kleinfeller, Professor an der Universität Kiel. Lahr, M. Schauenburg. XX u. 846 S.
- Der Lagerschein als Traditionspapier. Im Hinblick auf das kontinentale Zweischeinsystem und mit besonderer Berücksichtigung des österreichischen Rechts. Dargestellt von Anton v. Kostanecki. Berlin, C. Heymann. 1902. 175 S. M. 8.—.
- Enrico La Loggia, La esceusione delle sentenze straniere (in materia civile). Torino, Fratelli Bocca. 1902. 522 S.
- Mittelstein, M., Deutsches Binnenschiffahrtsrecht. 2., gänzlich umgearbeitete Auflage. 1. Lieferung. Leipzig, Roßberg & Berger. 1901. 160 S. M. 3.—.
- Burckas, H., Aktionär und Glänbiger im Konkuree der Aktiengesellschaft. Eine Abhandlung über Reservefonds und Regreisanspruch. Leipzig, Reinboth. 1902. 75 S.
- Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich, erläutert durch Dr. F. Oppenhoff. 14., verbesserte und bereicherte Ausgabe, herausgegeben von Dr. jur. Hans Delius, Landgerichtsrat. Berlin, G. Reimer. 1901. IX u. 1028 S.
- ISRY, H., Rechtsgeschäft und wirtschaftliche Machtverschiedenheit. Vortrag, gehalten in der historischen Gesellschaft zu Berlin. Berlin, Vahlen. 1902. 34 S.
- w. Alberti, O., Das Notwehrrecht. Stattgart, Kohlhammer. 1901. 87 S. M. 1,80.
- Ehrlich, E., Beiträge sur Theorie der Rechtsquellen. Erster Teil. Das jus civile, jus publicum, jus privatum. Berlin, C. Heymann. 1902. 258 S. M. 5.—.

- Guyer, G., Das schweissnische Bundesgesetz betz. die gewerblichen Muster und Medelle (v. 80. März 1900). Zürich, Schulthess. 1908. VI u. 141 S.
- Luther, H., Das Gesets über die Enteignung von Grundeigentum. Textausgabe mit Aumerkungen und Sachregister. Berlin, Vahlen. 1902. XII u. 140 S.
- Zehnter, J. A., Das Reichagesets über die privaten Versicherungsunternehmungen nebst den reichs- und landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen und den Versicherungsvorschriften der Schweiz und von Österreich. Berlin, C. Heymann. XXIV u. 324 S.
- Olshausen, J., Reichemilitärstrafgesetsgebung. Tertausgabe mit Anmerkungen und Sachregister zum praktischen Gebrauch, Berlin, Vahles. 1902. X u. 344 S.

Abkürsungen.

J. — Journal du droit international privé.
 R.G. — Revue générale de droit international public.
 Ztachr. — diese Zeitschrift.

Internationalrechtliche Ergebnisse der jüngsten pan-amerikanischen Konferenz.

Von Theodor Miemeyer.

Auf eine im Jahre 1900 von seiten der United States of America ergangene Einladung haben vom 22. Oktober 1901 bis 31. Januar 1902 in der Stadt Mexiko Regierungsvertreter sämtlicher amerikanischer Republiken¹) eine Konferenz abgehalten, welche mit Rücksicht auf die im Jahre 1889—1890 zu Washington stattgehabte erste derartige Konferenz⁵) offiziell als "Segunda conferencia pan-americana" bezeichnet wurde.

Die Konferenz war bestimmt, die kulturellen Gesamtinteressen der amerikanischen Staaten durch panamerikanische
Einrichtungen und entsprechende Konventionen zu fördern.
Die Konferenz hatte sich unter anderem zu befassen mit der
Vorbereitung der Gründung einer panamerikanischen Bank, mit
Eisenbahn-, Zoll- und Handelspolitik, Statistik, Archäologie,
Gesundheits- und Armenwesen, Geographie.

Als für die Leser dieser Zeitschrift bemerkenswertestes Ergebnis des Kongresses ist aber die Beschließung der Entwürfe für eine Reihe von Konventionen juristischen Inhaltes hervorzuheben, welche zwar auf der Konferenz nicht als Staatsverträge zum Abechluß gekommen, aber von den Regierungsvertretern der beteiligten Staaten als solchen acceptiert und unterzeichnet

Vereinigte Staaten von Amerika, Argentinien, Bolivia, Brazilian, Columbien, Costarioa, Chile, Dominicanische Republik, Ecuador, Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras, Mexiko, Nicaragua, Paraguay, Peru, Uruguay, Venesuela.

²⁾ Vgl. Revue de droit international XXII (1890) S. 85.

worden sind. Es sind zehn Vertragsentwürfe dieser Art zur Annahme gelangt:

- 1. Vertrag zum Schutz des literarischen und künstlerischen Urheberrechts (16 Artikel).
- 2. Vertrag betreffend Ausarbeitung eines Kodex des Völkerrechts und eines solchen des internationalen Privatrechts für die amerikanischen Staaten (5 Artikel).
- Vertrag betreffend Schutz von Patenten, Mustern, Modellen und Marken (19 Artikel).
- 4. Vertrag über Auslieferung von Verbrechern und Bekämpfung des Anarchismus (15 Artikel).
- 5. Vertrag betreffend Ausübung der liberalen Berufe (7 Artikel).
- 6. Vertrag betreffend Einrichtung des internationalen Bureaus der amerikanischen Republiken (13 Artikel).
- 7. Vertrag betreffend die Gesundheitspolizei (7 Artikel).
- 8. Vertrag betreffend die Rechte der Ausländer (3 Artikel).
- 9. Vertrag über die schiedsgerichtliche Erledigung von Schadensersatzansprüchen (4 Artikel).
- 19. Vertrag über obligatorische Anwendung des schiedsgerichtlichen Verfahrens (22 Artikel).

Die Vertreter von Brasilien und von Venezuela haben sich aber an der Beschlussfassung über diese Verträge überhaupt nicht beteiligt. Der Vertrag zu 3 ist von den Vertretern der Vereinigten Staaten von Amerika nicht unterzeichnet, derjenige zu 7 nicht von den Vertretern Argentiniens und Paraguays, derjenige zu 8 nicht von den Vertretern der Vereinigten Staaten Amerikas, Haitis, Nicaraguas und Paraguays. Der Vertrag zu 10 ist nur unterzeichnet von den Vertretern der Staaten Argentinien, Bolivia, St. Domingo, Guatemala, Salvador, Mexiko, Paraguay, Peru, Uruguay.

Die Verträge sind sämmtlich in dreifschem Text, spanisch, englisch und französisch redigiert*).

³⁾ Abgedruckt in Actas y documentos de la segunda conferencia panamericana. Mexico 1902. (Tipografia de la oficina impresora de estampillas). LII und 822 Seiten groß 4°. — Dazu: Segunda conferencia internacional americana. Mexico 1901—1902. Organización de la conferencia, proyectos informes, dictamenes, debates y resoluciones. VIII und 398 Seiten. Mexico 1909.

Die Verträge sollen für die Dauer von fünf Jahren gelten. Nach fünf Jahren soll eine neue Konferenz stattfinden.

Die wichtigsten der beschlossenen Bestimmungen sind folgende:

I. Kodifikation des Völkerrechts und des internationalen Privatrechts.

Der Vertrag zu 2. bestimmt:

- Art. 1. Le Secrétaire d'État des États-Unis et les Ministres des Républiques Américaines, accrédités à Washington nommeront une Commission de cisq jurisconsultes d'Amérique et de deux Européens, de réputation établie, qui se chargers d'organiser, dans l'intervalle de l'actuelle à la future Conférence, et dans le plus bref délai possible, un Code de Droit International Public, et un autre Code de Droit International Privé, qui régiront les relations entre les Nations d'Amérique.
- Art. 2. Ces Codes, une fois rédigés, la Commission les fera imprimer et les soumettre à l'appréciation des Gouvernements des Nation Américaines, afin qu'ils fament les observations qu'ils jugeraient convenables.
- Art. 8. Ces observations se trouvant systématiquement coordonnées, et les Codes étant revisés conformément à celles-ci, par la Commission qui les a rédigés, ces Codes seront, de nouveau, soumis aux Gouvernements des Républiques d'Amérique, afin que ceux qui le jugent convenable les adoptent, soit lors de la prochaine Conférence Internationale Américaine, soit au moyen de traités directement passés.

Art. 4. La Commission chargée de la rédaction des Codes, remplira ses fonctions dans la Capitale Européenne ou Américaine que désignera le Corps diplomatique autorieé à la nommer, conformément à l'article 1.

Les frais entraînés par cette Convention, seront couverts par les Gouversements signataires, dans la forme et dans la proportion fixées pour le Bureau International actuel des Républiques Américaires.

II. Internationales Bureau der amerikanischen Republiken zu Washington.

Der Vertrag zu 6. bestimmt:

Art. 1. Le Bureau International des Républiques Américaines sera sous la Direction d'un Conseil Directif constitué par les Représentants Diplomatiques de tous les Gouvernements des dites Républiques accrédités auprès du Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique et par le Secrétaire d'Etat de cette même Nation, qui exercera les fonctions de Président du dit Conseil Directif. Celui-ci tiendra une séance ordinaire chaque mois, à l'exception de Juin, Juillet et Août, et toutes les séances extraordinaires que convoquerait le Président, de son propre mouvement ou sur la demande de deux membres du Conseil. La présence de cinq membres du dit Conseil à l'une quelconque des séances ordinaires ou extraordinaires suffira pour que le Conseil puisse fonctionner régulièrement dans toutes les affaires de sa campétence; il pourra acommer les commissions qu'il estimerait convenables.

Art. 5. Le Bureau sera autorisé à correspondre, par l'entremise des 88 °

représentants diplomatiques à Washington, avec les diverses branches du Pouvoir Exécutif des différentes Républiques Américaines, et il devra fournir les renseignements qu'il posséderait ou pourrait obtenir à celle desdites Républiques qui en ferait la demande. Celles-ci conviennent de procurer au Bureau en tout ce qui serait possible, les renseignements qu'il solliciterait, et de lui envoyer opportunément deux exemplaires de leurs publications officielles, qui seront conservés dans la bibliothèque du Bureau. Elles conviennent aussi de fournir au dit Bureau tous renseignements qui seraient demandés par son Directeur.

Art. 6. Le Bureau publiera un Bulletin mensuel qui devra être imprimé en espaguol, anglais, portugais et français, ensemble ou séparément, et qui contiendra des informations statistiques, commerciales et sur la législation, offrant un intérêt spécial pour les habitants des différentes Républiques. Le Bureau publiera également les brochures, cartes géoographiques ou topographiques, et tout ce que, le jugeant convensble, le Conseil Directif lui

ordonnernit.

III. Schiedsgerichte.

a) Der Vertrag zu 9. bestimmt:

Art. 1 er. Les Hautes Parties Contractantes s'obligent à soumettre à l'arbitrage, toutes les réclamations pour dommages et pertes pécuniaires, qui aeraient présentées par leurs nationaux respectifs et qui ne pourraient être reglées à l'amiable, par la voie diplomatique, pourvu que les dites réclamations soient suffissament importantes pour justifier les frais de l'arbitrage.

Art. 2°. En vertu de la faculté que reconnaît l'article 26 de la Convention de la Haye, pour le réglement pacifique des conflits internationaux, les Hautes Parties Contractantes conviennent de soumettre à la decision de la Cour Permanente d'Arbitrage que la dite Convention établit, toutes les controverses qui font l'objet du présent traité à moins que les deux Parties ne prefèrent qu'il soit organisé une juridiction spéciale conformement à l'artiele 21 de la Convention précitée.

Dans le cas où elles s'adressersient à la Cour Permanente de La Haye, les Hautes Parties Contractantes acceptent les préceptes de la Convention précitée, en ce qui à trait à l'organisation du Tribunal Arbitral à la procé-

dure à suivre et à l'obligation d'executer la sentence.

Art. 8°. Le présent Traité ne sera obligatoire que pour les Étain qui auraient signé la Convention pour le règlement pacifique des conflits internationaux, signé à La Haye le 29 Juillet 1899 et pour ceux qui ratifieraient le Protocole adopté à l'unanimité par les Républiques représentées à la Seconde Conférence Internationale Américaine, pour l'adhésion aux Conventions de la Haye.

Art. 4°. Si pour un motif quelconque la Cour de La Haye ne s'ouvrait pas à l'une ou à plusieurs des Hautes Parties Contractantes, elles s'obligent à consigner dans un traité spécial les règles d'après lesquelles sera établi et fonctionners le Tribunal qui devra connaître des questions auxquelles se réfère l'article 1° du présent Traité.

b) Der Vertrag zu 10. bestimmt:

- Art. 1. Les Hautes Parties Contractantes s'obligent à soumettre à l'arbitrage tous les litiges qui existent ou existeront entre elles et qui ne pourraient se résoudre par la voie diplomatique dans le cas où, suivant l'appréciation d'une des nations intéressées, les dits conflits n'affecteraient ni l'indépendance ni l'honneur national.
- Art. 2. Les litiges qui concernent les privilèges diplomatiques, les limites, les droits de navigation et leur validité, l'interprétation et l'accomplissement des traités, ne seront pas considérés comme compromettant l'indépendance et l'honneur nationaux.
- Art. 3. En vertu de la faculté reconnue dans l'article 26 de la Convention pour le règlement pacifique des conflits internationaux, signé à La Haye le 29 Juillet 1899, les Hautes Parties Contractantes ont convenu de seumettre à la décision de la Cour Permanente d'Arbitrage établie par ladite Convention, tous les conflits auxquels se rapporte le présent Traité, à moins que l'une des Parties préfère qu'une juridiction spéciale soit établie.

En cas de recours à la Cour Permanente de La Haye, les Hautes Parties Contractantes acceptent les conditions de la susdite Convention relatives tant à l'organisation du Tribunal Arbitral qu'à la procédure qu'il faut y observer.

- Art. 4. Dans le cas on, pour un motif quelconque, on établirait une juridiction spéciale, soit parceque ainsi le désire l'une des Parties, soit parceque la Cour Permanente de La Haye ne serait pas ouverte pour elles, en signant le compromis les Parties indiqueront la voie à suivre. Le Tribunal déterminera la date, le lieu de ses sessions, la langue dont il sera fait unage; et il sera à tout éventualité investi de la faculté de résoudre toutes les questions relatives à sa propre juridiction et aussi celles qui se rapportent à la procédure sur les points non prévus dans le compromis.
- Art. 5. Si en organisant la juridiction spéciale, les Hautes Parties Contractantes n'étalent pas d'accord sur le choix de l'arbitre le tribunal serait formé de trois juges.

Chaque État nommers un arbitre, et ceux-ci désigneront le troisième. S'ils ne peuvent se mettre d'accord sur ce choix, les arbitres nommés par les Parties désignerent le Chaf d'un troisième État qui nommers le tiers-arbitre.

Si elles ne peuvent s'entendre sur le choix d'un Chef d'État, chaque Partie désignera une Puissance différente, et l'élection du troisième arbitre sers faite par les deux Puissances ainsi désignées.

- Art. 6. Les Hautes Puissances Contractantes, en cas de dissentiment grave, on de conflit entre deux ou plusieurs d'entre elles, qui rende la guerre, imminente, conviennent d'avoir recours, en tant que les circonstances le permettront, aux bons offices ou à la médiation d'une ou de plusieurs Puissances amies.
- Art. 7. Indépendamment de ce recours', les Hautes Puissances Contractantes jugent utile qu'une ou plusieurs Puissances, étrangères su conflit,

offrent spontanément, en tant que les eiroenstances s'y prêtent, leurs bons offices ou leur médiation, aux États en litige.

Le droit d'offrir les bons offices ou la médiation appartient aux Puissances étrangères au conflit, même pendant le cours des hostilités.

L'exercice de ce droit ne peut jamais être consideré par l'une ou l'autre des Parties en litige comme un acte peu amical.

- Art. 8. Le rôle de médiateur consiste à concilier les prétensions opposées et à apaiser les ressentiments qui peuvent s'être produits entre les États en conflit.
- Art. 9. Les fonctions du médiateur cessent du moment où il est constaté, soit par l'une des Parties en litige, soit par le médiateur lui-même que les moyens de conclisation proposés par lui ne sont pas acceptés.
- Art. 10. Les bons offices et la médiation, soit sur le recours des Parties en conflit, soit sur l'initiative des Puissances étrangères au conflit, ont exclusivement, le caractère de conseil et n'ont jamais force obligatoire.
- Art. 11. L'acceptation de la médiation ne peut avoir pour effet, sauf convention contraire, d'interrompre, de retarder, ou d'entraver la mobilisation et autres mesures préparatoires à la guerre.

Si elle intervient après l'ouverture des hostilités, elle n'interrompt pas, sanf convention contraire, les opérations militaires en cours.

Art. 12. En cas de différend grave, qui menace de compromettre la paix, et dans le cas où les Puissances intéressées ne pourraient se mettre d'accord pour choisir ou accepter comme médiatrice une Puissance amie, il est recommandé aux États en conflit le choix d'une Puissance designée par l'autre Nation intéressée, afin de prévenir la rupture des rélations pacifiques.

Pendant la durée de ce mandat, dont les termes, sauf stipulation contraire, ne peut excéder trente jours, les États en litige coment tout rapport direct au sujet du conflit, lequel est considéré comme déféré exclusivement aux Puissances médiatrices.

Si les Puissances amies n'arrivent à obtenir, d'un commun accord, une solution acceptable pour celles qui sont en conflit, elles en choisiraient une troisième, à laquelle serait confiée la médiation.

Cette troisième Puissance, en cas de rupture effective des rélations pacifiques, aura en tout temps la mission de profiter de toute occasion peur rétablir la paix.

- Art. 18. Dans les litiges d'ordre international provenant d'une divergence d'appréciation sur des points de fait, les Républiques signataires jugent utile que les Parties qui n'auraient pu se mettre d'accord par la voie diplomatique instituent, en tant que les circonstances le permettront, une Commission internationale d'enquête chargée de faciliter la solution de litiges en éclair-chant par un examen impartial et consolencieux les questions de fait.
- Art. 14. Les Commissions Internationales d'Enquête sont constituées par convention spéciale entre les Parties en litige. La Convention précisera les faits à examiner, l'étendue des pouvoirs des commissaires, et elle règlem la procédure que ceux-ci doivent suivre. L'Enquête aura lieu contradictoirement. La forme et les délais à observer, en tant qu'ils ne cont pas firés

par la Couvention d'Enquête, sont détérminés par la Commission ellemême.

- Art. 15. Les Commissions Internationales d'Enquête sercet formées, surf stipulation contraire, de la même manière que le Tribunal d'Arbitrage.
- Art. 16. Les Puissances en litige s'engagent à fournir à la Commission Internationale d'Enquête, dans la plus large mesure qu'elles jugeront possible, teut les moyens et toutes les facilités nécessaires pour la commissance complète et l'appréciation exacte des faits en question.
- Art. 17. Les Commissions sus-mentionnées se limiterent à la resherche de la vérité sur les points de fait, sans émettre d'autres appréciations que celles d'un caractère absolument technique.
- Art. 18. La Commission Internationale d'Enquête présentera sur Pulsaunces qui l'ont constituée, son rapport signé par tous les membres de la Commission. Ce rapport, limité à la constatation des faits n'a nullement le caractère de sentence arbitrale. Il laisse aux Puissances en litige une liberté entière pour la suite à donner à cette constatation.
- Art. 19. La constitution des Commissions d'Enquête pourra avoir lieu dans le compromis relatif à l'arbitrage comme procédure préalable, afin de fixer les faits qui doivent servir de base au jugement.
- Art. 20. Le présent Traité ne change rien à ceux qui existent déjà entre deux ou plusieurs des Parties Contractantes en tant qu'ils donnent une plus grande extension à l'arbitrage obligatoire.

Il ne nullifie pas, non plus, les stipulations sur l'arbitrage relatives à des questions déterminées actuellement pendants, pas plus qu'il n'altère les procédures arbitrales en cours à l'occasion des questions.

Dem Vertrage ist folgendes Protokoll beigefügt:

- Art. 1. Les Républiques Américaines représentées dans la Conférence Internationale du Mexique, non signataires des trois Conventions signées à La Haye le 29 Juillet 1899, reconnaissent les principes qui y sont consignés comme faisant partie du Droit Public International Américain.
- Art. 2. L'adhésion, en ce qui touche les Conventions qui ont le caractère de souvertes, une fois ratifiées par le Gouvernement respectif, sers communiquée par ceux-ci et par la voie diplomatique au Gouvernement des Paye-Bas pour en appliquer les effets.
- Art. 3. Etant donné qu'il est d'un notoire avantage général que les différents pour lesquels il est convenu que la solution soit soumise à la juridiction d'un Tribunal d'une importance aussi grande comme l'est la Cour d'Arbitrage de La Haye, et aussi que les Nations Américaines non signataires de la Convention que cette institution bienfaisante créa, puissent y avoir recours en faisant usage d'un droit reconnu et accepté; prenant, en plus, en considération l'offre des Gouvernements des Etats Unis d'Amérique et des Etats Unis du Mexique, la Conférence charge les dits Gouvernements du travail de traiter avec les autres Puissances signataires de la Convention pour le Raglement pacifique des conflits internationaux, de l'adhésion des Nations Américaines non signataires de la même Convention, qui le désireraient.

- c) sur la transportation,
- d) sur la procédure sommaire,
- e) sur les résultats de l'application de la condamnation conditionnelle dans divers pays.
- I. Die Rede des Justizministers Murawiew eröffnete den Kongress. Der Justizminister warf einen Rückblick auf die gesamte Entwickelung der Kriminalpolitik, verweilte besondere bei dem Gegensatz der sog, klassischen Schule einerseits, der soziologischen und anthropologischen Schulen andrerseits, und schrieb der internationalen kriminalistischen Vereinigung, die zwar keine offizielle Sanktion besitze, deren moralische Bedeutung aber doch so groß sei, daß die Gesetzgebung aller Länder damit rechnen müsse, eine Vermittlerrolle zu 1). Für die russische Regierung seien die Arbeiten des Kongresses umso wertvoller, als Rufsland augenblicklich mit einer Revision des Strafrechtes beschäftigt sei: Die Veröffentlichung eines neuen Strafgesetzbuches stehe unmittelbar bevor, dem conseil d'État sei das Projekt einer Reform des Strafverfahrens vorgelegt und im Pænitenziarsystem plane man ebenfalls wichtige Änderungen.

Die Ausführungen des Justizministers über das Wesen der internationalen kriminalistischen Vereinigung wurden passend

²⁾ Damit weist der Justisminister dem Kongreis die Stellung an, die Renault in seinem kürnlich in der Revue général de droit international erschienenen Aufsatz: "La traite des blanches et la conférence de Pazis" folgendermaßen charakterisiert: "On comprend que, dans une Conférence privée ou mixte ne devant aboutir qu'à des voeux ou des résolutions, on peut agiter et essayer de résoudre des problèmes de toute espèce, d'ordre international ou même purement national; il s'agit de s'éclairer mutuellement sur des questions qui se présentant plus ou moins analogues dans la plupert des pays et que chacun tranche ensuite comme bon lui semble dans la plésitude de sa souveraineté. Par exemple, il y a une Union internationale de droit pénal, un Congrès pénitentiaire périodique dont ne se désintérement nullement les gouvernements, parce qu'ils trouvent des renseignements précieux dans leurs délibérations et leurs résolutions, mais la plupart des questions traitées sont nationales en ce sens que leur solution est explusivement de ressort des autorités d'un pays déterminé. Chaque pays bâtit ses prisons comme il lui plast; il admet telles règles pour l'instruction criminelle ou les délinquants; s'il s'approprie les résolutions d'un Congrès, c'est parce qu'il les juge bonnes en elles-mêmes, ce n'est point parce qu'il s'est engagé à les sulvre".

erganzt durch Professor v. Liest, der an Stelle des durch Gesundheitsrücksichten verhinderten Präsidenten der Vereinigung, Professor Prins (Brüssel), dem Justizminister für seine warmen Begrüßungsworte dankte. v. Liest wies auf den § 1 der Satzungen hin: "L'union internationale de droit penal estime que la criminalité, d'une part, et les moyens de lutter contre elle, d'autre part, doivent être envisagés aussi bien au point de vue anthropologique et sociologique qu'au point de vue juridique. Son but est l'étude scientifique de la criminalité, de ses causes et des moyens propres à la combattre," und entwickelte die Tragweite dieses Bekenntnisses, dabei auf die sozialen Faktoren besonderes Gewicht legend.

Waren diese Worte mehr "réflexions supplémentaires su den Ausführungen des Justizministers, so hielt v. Liezt am Schlusse der Tagung des Kongresses eine Programmrede großen Stils. Der Verfasser des Berichtes in der Münchener Allg. Zeitung sagt von diesem Vortrage: "Wer irgendwie mit der Grundfrage der auf dem Gebiete des Verbrechens einschlägigen Kausalitäten sich beschäftigt, wird die geistvollen Ausführungen v. Liezts, die hoffentlich baldigst als Broschüre veröffentlicht werden, zu Rate ziehen müssen." Es mangelt an Raum, würde auch ein schiefes Bild von diesem Vortrage geben, wollte ich ihn hier auszugsweise wiedergeben. Ich muß mich darauf beschränken, die Thesen zu bringen, die v. Liezt am Schlusse seines Vortrages zur Kenntnis des Kongresses brachte:

- "1. Die Vereinigung soll mehr als bisher sich des § 1 ihrer Statuten erinnern und die Ursachen der Kriminalität erforschen.
- 2. Im sozialen Leben selbst und in den normalen Funktionen der sozialen Gruppen liegen die letzten Ursachen der Kriminalität.
- 3. Die Kriminalität unserer Tage unterscheidet sich von jener der früheren Zeit durch zwei charakteristische Züge: die Kriminalität der Proletarier und die Kriminalität der Neurastheniker.
- 4. Das Proletariat der großen Städte und die Zunahme der Neurastheniker erklärt sich aus der industriellen Entwickelung und dem mehr und mehr gesteigerten Wettkampf des internationalen Handels.
 - 5. Die industrielle und kommerzielle Entwickelung, die der

Gesetzgeber nicht verhindern kann, stellt ihm eine doppelte Aufgabe:

- a) jene zu unterstützen, welche der Kampf ums Leben zu vernichten droht,
- b) aus der Gesellschaft ohne Schwäche, aber auch ohne Härte jene auszuscheiden, welche er nicht mehr retten kann.
- 6. Die Gesamtheit der hiernach gebotenen erzieherischen und der die Ausscheidung bewirkenden Maßnahmen bildet das zukunftige System der kriminellen Praxis, deren System das letzte Ziel und die Existenzberechtigung unserer Vereinigung darstellt."

Garrauds Vortrag zerfiel in einen historischen und dogmatischen Teil. Aus dem ersteren interessierte besonders die
Begründung der Antithese, daß es sich im 18. Jahrhundert um
eine Revolution gegen den Richter zu Gunsten des Gesetzes,
im 19. Jahrhundert dagegen um eine solche gegen das Gesetz
zu Gunsten des Richters gehandelt habe. In dem dogmatischen
Teil stellte Garraud folgende Leitsätze als den Angelpunkt der
modernen kriminalpolitischen Bewegung auf: 1. Ersetzung des
objektiven durch den subjektiven Gesichtspunkt; 2. die Strafe
ist nur eine und noch dazu die am wenigsten wirksame der zur
Bekämpfung der Kriminalität anzuwendenden Maßnahmen;
3. die Strafe bezweckt nicht Vergeltung sondern soziale Wehr.

In seinem "L'incarnation dernière de l'idée pénale" betitelten Vortrage führte van Hamel nach eingehender Widerlegung der Grundsätze der Vergeltungstheorie die Berechtigung des "principe éducatif" der modernen Richtung auf die soziale Solidarität zurück.

II. Die Beratungen des Kongresses über die erste Frage sind deswegen von Bedeutung, weil die erste Frage eine der grundlegenden Fragen der Reform des materiellen Strafrechtes bildet. Die Vereinigung und besonders die einzelnen Landesgruppen hatten sich schon seit längerer Zeit mit dem Problem der Erfolgshaftung beschäftigt. Es wurde daher kein umfassendes Referat gegeben. Vielmehr erhielten zunächst Vertreter der einzelnen Landesgruppen das Wort, um die Stellungnahme der letzteren zu dieser Frage darzulegen.

v. Mayr (München) berichtete, daß die deutsche Landesgruppe sich bereits früher mit der Qualifizierung gewisser Delikte

mit Rücksicht auf die Gestaltung des Erfolges beschäftigt habe und diese als unzulässig betrachte. Die Frage des Versuchs habe die in diesem Frühighr in Bremen stattgefundene Versammlung der deutschen Landesgruppe der Vereinigung eingehend beschäftigt und auf das Referat von H. Seuffert (Bonn) hin zu folgenden Beschlüssen geführt: "1. die Aufnahme einer Versuchsdefinition ist wunschenswert; 2. diese Definition hat sich von dem überlieferten "Anfang der Ausführung" freizumschen: 3. der Versuch ist nur in den Fällen strafbar, in welchen das Gesetz dieses bestimmt: 4. die Strafbarkeit des Versuches ist grundsätzlich dieselbe wie bei der Vollendung, vorbehaltlich einer zu begrenzenden richterlichen Ermäßigungsbefugnis; 5. bei Versuchsrene tritt Straflosigkeit ein für denjenigen, der sie bethätigt hat." Was die Teilnahme anbetreffe, so habe sich die Landesgruppe diese Frage zur Erörterung auf der nächsten Landesversammlung vorbehalten.

Garraud stimmte den Beschlüssen der deutschen Landesgruppe namens der französischen bei.

Besonders weitgehend waren die Forderungen, die van Hamel aufstellte und die er in den auf dem Kongress verteilten Drucksachen in folgenden Sätzen niedergelegt hat: le droit pénal ne se dirige pas contre les délits mais contre les délinquants. En d'autres termes: "le criminel n'est pas puni parce qu'il est responsable de tel acte et de telles suites de cet acte, mais parce qu'il est criminel et parce que tel acte l'a révélé comme tel. Le fondement de la peine — ou plutôt de la mesure répressive appropriée — n'est pas la responsabilité du déliquant pour tel ou tel évènement. L'acte criminel n'est pas le fait prohibé qui mérite l'intervention du droit pénal; mais la condition juridique, par laquelle cette intervention est déterminée. Le choix de la mesure appropriée au cas spécial n'est pas déterminé par la valeur morale et sociale de l'acte, mais par la valeur morale et sociale de l'individu."

Ihm gegenüber betonte der Vertreter der kroatischen Gruppe, Professor Silovicz (Agram), daß nicht nur auf den Thäter, sondern auch auf die That Rücksicht zu nehmen sei, damit man nicht den Boden der Justiz verlasse und auf den der Vorbeugungspolizei hinübergerate. Es war recht bezeichnend, daß gerade seinen Worten ein lebhafter Beifall gezollt wurde, ein Beifall, der ersichtlich nicht nur der Person sondern der von ihm vertretenen Auffassung galt.

Ganz auf dem rechten Flügel steht die russische Gruppe, als deren Vertreter Nahokow (St. Petersburg) zu Worte kam. Übrigens hatte auch der Justizminister in seiner Eröfinungsrede vor einer allzu einseitigen Betonung der psychischen Momente gewarnt.

Auch in der sich an diese Berichte anschließendem allgemeinen Diskussion bekannten sich die Russen Wulfert und Zakrewski zu reaktionären Anschauungen. Ihnen sekundierte eifrig Professor Larnaude (Paris).

In der Beschlußfassung beschränkte sich der Kongreß auf swei Punkte, die qualifizierten Delikte und die Teilnahme und nahm folgende Resolutionen an:

- "1. In Ansehung der Folgen seiner Handlungen ist der Thäter nur insoweit strafbar, als er diese Folgen vorausgesehen hat oder vorhersehen konnte:
- 2. Das Gesetz muß sich von jeder doktrinären Unterscheidung zwischen den Teilnehmern an demselben Verbrechen freimachen und sich darauf beschränken, die Modalitäten der Teilnahme, welche es als solche ansieht, anzugeben."
- III. Die Reratungen über die zweite Frage bildeten unstreitig den Höhepunkt der Thätigkeit des Kongresses. Bereits der VIII. Kongress der Vereinigung hatte sich mit der Reform des Vorversahrens beschäftigt, man war aber damals nicht zu einer bestimmten Stellungnahme gelangt. Der Petersburger Kongress war glücklicher, denn es konnten folgende Resolutionen zur Abstimmung gebracht und angenommen werden:
- "1. Die Grundlage der Reformen im Vorverfahren ist die Trennung der polizeilichen und richterlichen Befugnisse in Verbindung mit der Durchführung des kontradiktorischen Verfahrens;
- 2. Der vollständig verantwortliche öffentliche Ankläger ist mit allen Befugnissen der gerichtlichen Polizei auszustatten, jedoch unter der Kentrolle des Richters."

Dieses Resultat ist umso bedeutungsvoller, als bis jetzt nicht nur die Anschauungen der einzelnen nationalen Gruppen auseinandergingen, sondern auch innerhalb der einzelnen nationalen Gruppen eine Einigung nicht erzielt worden war. Typisch waren im dieser Beziehung die Verhandlungen der diezjährigen Versammlung der deutschen Gruppe über dasselbe Thema, deren negatives Ergebnis Landgerichtsrat Kulemann (Braunschweig) mitteilte. Der Hauptgrund dieser bisherigen Uneinigkeit liegt darin, daß die Frage nach der Reform des Vorversahrens eine Unzahl von Fragen in sich schließt, die jede für sich einer besonderen Verhandlung würdig wären, und daß die meisten der zu dieser Frage zu Wort kommenden Kriminalisten sich nicht auf einzelne grundlegende Principien beschränken, sondern jeder gewissermaßen seine Lieblingsfrage aufgreift und ein eigenes System präsentiert.

Auch die Debatte des Petersburger Kongresses zeigte dieses Gepräge.

Gegen die Reform des Verfahrens überhaupt sprachen sich der Professor Tanoviceano (Rumänien), Gerichtspräsident Engelen (Holland) und Professor Groß (Österreich) aus.

Für eine Reform erklärten sich besonders nachdrücklich Professor Garraud, Kammergerichtsrat Kronecker (Berlin) und Professor Mittermaier (Bern).

Der Engländer Howard Vincent, Oberst und Parlamentsmitglied, schilderte das englische System. Gegen dessen Einführung auf dem Kontinent sprach sich der Vizedirektor im Justizministerium v. Schtscheglowitow aus, seinerseits, wie ebenfalls der Russe Sliosberg, ein vermittelndes System, in Anlehnung an den belgischen Gesetzentwurf von 1901, vorschlagend.

Die Vorträge der französischen Mitglieder drehten sich hauptsächlich um die Resultate des französischen Gesetzes von 1897. Feuilloley, früherer Staatsanwalt, hält seine Vorzüge für überwiegend. Albanel, Untersuchungsrichter in Paris, betrachtet es nur als eine erste Etappe auf dem Wege zur Einführung des vollständigen kontradiktorischen Verfahrens. Auf dem gleichen Standpunkt steht Professor Berthélemy. Auch er befürwortet die Einführung des kontradiktorischen Princips. Professor Cauvière ist dagegen ein entschiedener Gegner des Gesetzes von 1897.

Am weitesten von dem eigentlichen Thema, der Technik des Vorverfahrens, entfernten sich der Belgier Francart, der mehr im allgemeinen über die steigende Kriminalität klagte, und der Schweizer Forel, der eine Reihe von Gesichtspunkten irrenärztlichen Charakters hervorhob.

Schon dieser kurze Überblick über die Diskussion genügt, um zu zeigen, welche Menge verschiedener Fragen aufgeworfen wurde. Umso weiser war es, unter Führung besonders von Kronecker und Garraud, nur über einige allgemeine Sätze eine Beschlußfassung herbeizuführen.

IV. a. Die Nachmittagssitzung des zweiten Verhandlungstages war der Frage der Fürsorge gewidmet. Bewährte Arbeiter auf diesem Gebiete kamen zu Wort: Professor Berthélemy, Untersuchungsrichter Albanel, Generalsekretär Rivière (Paris), sowie der Moskauer Feldstein und Francart (Belgien). Besonders interessierten die warmen Worte Berthélemys, der in der Fürsorge nicht bloß eine Pflicht der Barmherzigkeit, sondern eine Pflicht der Justiz erblickte, welche einer Sanktion in der positiven Gesetzgebung bedürfe. Er stellte folgende Leitsätze auf: 1. Die Administration und die private Wohlthätigkeit müssen Hand in Hand gehen; 2. Die Fürsorge muß in Handlungen nicht in Almosen bestehen; 3. Die Fürsorge muß möglichst individuell sein.

b. Es war nur zu natürlich, dass sich die Vereinigung mit der aktuellen Frage des sog. traite des blanckes besaste und dass bei der Beratung über diesen Gegenstand die Beschlüsse der Pariser Konferenz den Ausgangspunkt bildeten. Die Stellungnahme des Kongresses zu dieser Frage ergiebt sich einmal aus folgender Resolution:

"Der Kongress schließt sich den von der Pariser Konferenz angenommenen, legislativen, administrativen und polizeilichen Maßregeln vollständig an",

und ferner aus dem Umstand, dass die Beschlußfassung über eine zweite, vom Berichterstatter Feuilloley vorgeschlagene, auf dem Artikel A des projet de protocole de clôture der Pariser conférence fusende Resolution des Inhaltes: "Der Kongress ist der Ansicht, dass schon die blosse Thatsache der Verführung erwachsener Frauen zur Prostitution in juristischer und legislativer Hinsicht die Züge eines straßbaren Verbrechens an sich trägt", trotz der lebhasten Unterstützung von seiten v. Mayrs verschoben wurde.

c. Über die Transportation berichtete Salomon (Rufaland).

Seine Ausführungen gipfelten in dem Vorschlag der Beseitigung der Transportation und Ersetzung derselben durch Verbüßung von Freiheitsstrafen in Korrektionsgefängnissen.

- d. Auch die wichtige Frage des summarischen Verfahrens beschäftigte den Kongrefs, ohne daß es auf die Vorträge von Schtscheglowitow (St. Petersburg), und Referendar Katzenstein (Hannover) zu Beschlüssen gekommen wäre.
- e. Dagegen faste der Kongress auf die Referate von v. Liszt, Piontkowski (Russland) und Francart (Belgien) über das Institut der bedingten Verurteilung folgende von v. Liszt vorgeschlagene Resolution:

"Der Kongress fährt fort, die Zweckmässigkeit der bedingten Verurteilung zu betonen, und erklärt zugleich, dass er das System des durch den Richter bewilligten Strafausschubes jenem der Zubilligung durch die Verwaltung vorziehe."

Der Kengreß des Comité Maritime International in Hamburg.

Von Dr. jur. Heimrich Pinke in Bremen.

Das im Jahre 1897 in Brüssel gegründete Comité Maritime International verfolgt den Zweck der internationalen Einigung des (privaten) Seerechts und damit der Beseitigung der Mißstände, die sich durch die zum Teil grundsätzliche Verschiedenheit der Seegesetzgebungen für den internationalen Handelsverkehr und den maritimen Kredit ergeben. An das Comité gliedern sich nationale Zweigvereine 1) an, deren jeder zunächst vom Standpunkte seines Landesrechtes die Opportunität der vorgeschlagenen Reformen untersucht; alljährlich stattfindende Konferenzen sämtlicher Einzelgruppen streben sodann eine Einigung der in "Rapports" vorher einander mitgeteilten Ansichten an.

An die vier ersten Konferenzen (Brüssel 1897, Antwerpen 1898, London 1899, Paris 1900) reihte sich als fünfte die in Hamburg vom 25. bis 27. September 1902 stattgehabte Konferenz.

Die Beteiligung war eine sehr lebhafte; in dem geräumigen Sitzungssaale der Patriotischen Gesellschaft an der Trostbrücke versammelten sich namhafte Vertreter der interessierten Kreise, Staatsmänner und Kaufleute, Reeder, Assekuradeure, praktische Juristen und Theoretiker.

Nach Eröffnung der Konferenz durch Herrn Le Jeune (Antwerpen) begrüßte Herr Bürgermeister Dr. Mönckeberg die Versammlung im Namen der freien und Hansestadt Hamburg

¹⁾ Bisher in England, Frankreich, Deutschland, Vereinigte Staaten, Italiea, Belgien, Schweden-Norwegen, Holland, Dänemark, Japan und Österreich

mit herzlichen Worten. Als ein glückverheißendes Omen, so bat er am Schlusse seiner Ansprache, möge es betrachtet werden, daß bereits einmal in Hamburg, bei Beratung des deutschen Handelsgesetzbuches, eine Einigung auf seerechtlichem — damals allerdings national begrenztem — Gebiete erzielt worden sei.

Nachdem der Vorsitzende und die führenden Vertreter der fremden Nationen (Sir Walter Phillimore-London, Mr. de Valroger-Paris, Mr. Wheeler-New-York, Duc de Mirelli-Neapel, Rahusen-Holland, Platou-Skandinavien, Collermann Fest-Ungarn, Cato-Japan) Worte des Dankes ausgesprochen hatten, wurde zur Wahl des Bureaus geschritten und Herr Oberlandesgerichtspräsident Dr. Sieveking zum Präsidenten der Versammlung gewählt.

Sodann gelangte als erster Punkt der Tagesordnung zur Besprechung:

"Entwurf eines Vertrages, betreffend einheitliches Recht über Zusammenstofs von Schiffen und über Hülfeleistung in Seenot."

Das Comité Maritime hat gleich bei Beginn seiner Thätigkeit diese Materien ("l'abordage et l'assistance") als diejenigen, bei denen sich der Übelstand der Verschiedenheit der Seegesetze in empfindlichster Weise geltend macht, in Angriff genommen und auf der letzten Konferenz, in Paris, eine Sonderkommission (Vorsitzender Lord Chief Justice of England, Lord Alverstone) beauftragt, auf Grund der hisherigen Beschlüsse die als maßgebend anerkannten Grundsätze in einem avant-projet zu fixieren.

Dieser Vertragsentwurf lag nunmehr der Konferenz zur Genehmigung vor.

Er zerfällt in zwei Teile.

Der erste Teil, die Schiffskollisionen betreffend, enthält Bestimmungen über folgende Fragen:

- I. Wie sollen Kollisionen rechtlich behandelt werden, die entstanden sind?
 - 1. durch Zufall und höhere Gewalt?
 - 2. auf Grund unbekannt gebliebener Ursachen?
 - 3. durch einseitiges Verschulden eines Schiffes?
 - 4. gemeinsames Verschulden der Beteiligten?
 - 5. durch Verschulden eines Zwangslotsen?
 - 6. durch Verschulden eines Schleppers?
 - II. Wie hoch soll der zu leistende Schadensersatz sein?

III. Welche Bedeutung soll den bisher als erforderlich beobachteten Förmlichkeiten, Protesten u. s. w. zuerkannt werden?

IV. Wann verjähren Ansprüche aus Kollisionen?

V. Soll eine gegenseitige Verpflichtung zur Hülfeleistung bei Kollisionen bestehen?

Der zweite Teil des avant-projet behandelt die Grundsätze, die für alle Nationen gleichmäßig gelten sollen bei Bergung und Hülfeleistung in Seenot, und regelt die Voraussetzungen von Ersatz- und Lohnansprüchen.

Als erster Redner kritisiert Dr. Gütschow*), Sekretär der Handelskammer zu Hamburg und des Vereins Hamburger Reeder den Entwurf. Seine Ausführungen richten sich gegen den ersten Teil desselben, über den er bittet, vorläufig noch keinen Beschluß zu fassen. Er empfindet es als einen erheblichen Mangel des Entwurfes, daß derselbe keine näheren Vorschriften über den Umfang der Haftung des Reeders enthält; ohne Aufnahme einer ganz bestimmt präcisierten Normierung dessen, womit und wieweit der Reeder haften solle, sei die ganze Arbeit ohne praktischen Wert; man solle daher zunächst dieses ins Auge fassen.

Herr Dr. Gütschow führte dann des näheren seine bereits in einer 1902 zu Hamburg erschienenen Broschüre "Die Beseitigung der Haftung des Reeders für Kollisionsschäden* niedergelegte Ansicht aus, eine Beschränkung der Reederhaftung sei unsinnig und antiquiert, sie stehe mit dem modernen Recht nicht im Einklang und lasse sich weder durch juristische noch durch praktische Erwägungen begründen. Der Reeder müsse, genau so wie andere Leute, haften nach dem allgemeinen Princip des § 831 B. G. B.s: _wer einen Anderen zu einer Verrichtung bestellt, ist zum Ersatz des Schadens verpflichtet, den der Andere in Ausführung der Verrichtung einem Dritten widerrechtlich zufügt. Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Geschäftsherr bei der Auswahl der bestellten Person die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet" . . . Den Reeder außerhalb des allgemeinen Rechtes setzen, ihm eine Sonderstellung einräumen, sei garnicht erforderlich, denn einerseits sei heut-

²⁾ Anmerkung der Redaktion. Vgl. über und gegen die von der Vertretern der Reederei-Interessen gemachten Versuche, das Comité diesen Interessen einseitig dienstbar zu machen, auch: Boyens in der Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft, Ergänzungsheft zum 4. Heft 1902.

zutage alles versichert und unter den Assekuradeuren gleiche sich durch Kasko und Kargo-Versicherung die Sache aus, und andererseits treibe Pflichtgefühl, Furcht vor Strafe u. s. w. den Schiffer zur Beobachtung strengster Sorgfalt an. Der praktische Vorteil der Beseitigung der Reederhaftung aber liege in der Beseitigung der Kollisionsprozesse und damit der Verringerung der Kosten für Reeder und Assekuradeure.

Wenngleich die Ausführungen des Herrn Dr. Gütschow nicht recht eigentlich zur "Tagesordnung" gehörten, wurde dennoch beschlossen, in die Debatte darüber einzutreten, da die Existenzberechtigung des avant-projet entfallen müsse, wenn die Ausicht des Vorredners keiner Opposition begegne.

Die Opposition ließ nicht auf sich warten.

Es traten Herrn Dr. Gütschow entgegen die Herren Präsident Dr. Sieveking, Mr. Grey Hill, Sir John Glover, Professor Lyon-Caën, Mr. Augier und Mr. Clunet, aus deren Ausführungen sich die Unvereinbarkeit der Idee Dr. Gütschows den Anschauungen sämtlicher in Frage kommenden Nationen ergab. Die vorgebrachten Gegenargumente waren annähernd die gleichen. Es solle, so lauteten sie zusammengefaßt, nicht bezweifelt werden, dass principiell betrachtet, die Hastung des Reeders dem Grundsatz des § 831 B. G. B.s untergeordnet werden könne; allein gewichtige Erwägungen sprächen für den seit Altersher bestehenden Rechtszustand. Das Schiff sei ein gefährliches Werkzeug", darum sei bei allen Nationen eine Haftung dafür vorhanden. Eine Anwendung des § 831 B. G. B.s auf den Reeder werde - was Dr. Gütschow ja auch bezwecke - eine Haftung des Reeders illusorisch machen, denn der Umstand allein, einen mit Patent versehenen Schiffer angestellt zu haben, sichere dem Reeder a priori den Beweis, die erforderliche Sorgfalt bei der Auswahl angewandt zu haben. Eine solche Beseitigung der Haftung aber werde bei dem Bestreben unserer Zeit, möglichst rasch zu fahren "neue Records zu erzielen", einen heillosen Zustand schaffen. Und die dadurch hervorgerufene Gefährdung von Gut und - was besonders bemerkenswert sei -Blut lasse sich nicht beseitigen durch das Vertrauen auf das Pflichtgefühl des Schiffers. Die Sorgfalt der Navigierung werde zweifellos vermindert, wenn die Haftung des Reeders in Wegfall gerate. Demgegenüber falle der Umstand, dass eventuell die

Zahl der Prozesse sich vermindern werde, und dass heutzutage alles versichert sei, sich auch unter den Assekuradeuren — was zu bezweiseln sei — die Sache ausgleiche, nicht ins Gewicht.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Es wurde darauf mit der eigentlichen Beratung des Vertragsentwurfes begonnen. Da, wie bereits erwähnt, über die Grundsätze desselben schon in den früheren Konferenzen im großen und ganzen eine Einigung erzielt war, so handelte es sich bei dieser Beratung mehr um die Besprechung formeller als materieller Einwendungen, gleichsam um eine dritte Lesung gefaßter Resolutionen.

Der erste Teil des avant-projet wurde am 26. September 1902 in folgender Fassung genehmigt.

Entwurf eines Vertrages betreffend ein einheitliches Recht über Zusammenstofs von Schiffen.

Art. 1. Die hohen vertragschließenden Teile, von dem Wunsche beselt, die Ausbildung eines einheitlichen Seerechts zu fördern, werden die notwendigen Schritte ergreifen, die in dem nachfolgenden Vertrage niedergelegten Grundsätze, betreffend die Beurteilung aller Rechtstreite, welche mit Bezug auf einen Zusammenstoß zwischen Seeschiffen oder zwischen einem Seeschiffe und einem Binnenschiffe nach dem Zeitpunkt der Auswechslung der Batifikationen vor ihren betreffenden Behörden und Gerichten werden anhängig gemacht werden, in ihre Gesetzgebungen einsuführen.

Art. 2. Ist der Zusammenstofs durch Zufall oder höhere Gewalt herbeigeführt, so tragen die Beteiligten den von ihnen erlittenen Schaden, ohne

daß ihnen wegen desselben ein Ersatzanspruch austeht.

Dasselbe gilt, wenn die Ursachen des Zusammenstoßes zweifelhaft sind. Diese Regeln gelten auch in dem Falle, wenn eines der Schiffe vor Anker lag.

Art. 3. Ist der Zusammenstofs durch einseitiges Verschulden berbeigeführt, so werden alle Schäden von dem Schiffe getragen, auf dessen Seite das Verschulden liegt.

Art. 4. Im Falle gemeinsamen Verschuldens verteilt sich die Verantwortlichkeit jedes Schiffes nach dem Grade seines Verschuldens.

Alle Schäden — sowohl die, welche den Schiffen, als auch die, welche ihren Ladungen, Schiffsbesatzungen oder Passagieren zugefügt worden sind — werden in demselben Verhältnis zwischen den Schiffen verteilt. Eine Solidarhaftung findet nicht statt.

Wird ein Schiff auf Grund des Frachtvertrages in Anspruch genommen, so kann es sich von der nach dem Vertrage ihm obliegenden Verantwortlichkeit insoweit befreien, als es das Verschulden des andern Schiffes und dessen

Grad nachweist.

- Art. 5. Ist im Falle des Zusammenstoßes vom Schiffen Schadenserestz su leisten, so wird der volle Schaden ersetzt. Insbesondere werden sur Höhe des wirklich erlittenen Schadens ersetzt: der Betrag der durch den Zusammenstoß verursachten Schäden, die den beschädigten Personen entgangenen Gewinne und der aus Zeitverlust dem Schiffe erwachsene Schaden.
- Art. 6. Der Umstand, daß der Zusammenstoß durch das Verschulden eines Zwangslotsen herbeigeführt worden ist, beeinträchtigt die durch die Bestimmungen dieses Vertrages begründete Verantwortlichkeit des Schiffes nicht.
- Art. 7. Ein geschlepptes Seeschiff ist Dritten für den Schaden verantwortlich, welcher aus einem durch das Verschulden des in seinem Dienst stehenden Schleppschiffes verursachten Zusammenstoß entsteht. Der Rückgriff des geschleppten Schiffes gegen das Schleppschiff auf Grund des Schleppvertrages wird durch diese Verantwortlichkeit nicht berührt. Anßerdem ist das Schleppschiff den Beschädigten nach Maßgabe der in den vorstehenden Artikeln ausgesprochenen Grundsätze für sein Verschulden unmittelbar verantwortlich demselben liegt aber keine Solidarität für das Verschulden des geschleppten Schiffes oh.
- Art. 8. Außer Kraft treten alle Bestimmungen, welche die Ansprüche aus Zusammenstößen von einem Protest oder von besonderen Förmlichkeiten abhängig machen.
- Art. 9. Die Klagen aus Zusammenstößen verjähren in zwei Jahren nach dem Zusammenstoß. Für die Grundsätze betreffend die Unterbrechung dieser Verjährung sind die Gesetze der Einzelstaaten maßgebend.

Die durch Erhebung eines Anspruches abseiten des Schiffers für seine Reederei herbeigeführte Unterbrechung der Verjährung wirkt zu Gunsten aller an dem von ihm geführten Schiffe Beteiligten.

Art. 10. Schiffe, welche zusammengestofsen sind, haben einander, soweit die Umstände es gestatten, Hülfe zu leisten.

Die aus einer Zuwiderhandlung gegen diese Vorschrift sich ergebenden Straffolgen werden von den Gesetzen der Einzelstaaten bestimmt.

Der Reeder ist für ein Zuwiderhandeln des Schiffers oder der Schiffsbesatzung gegen diese Vorschrift nicht verantwortlich. Eine Vermutung für das Verschulden an dem Zusammenstoß wird hinsichtlich der Schadensersatzpflicht durch das Unterlassen der Hülfeleistung nicht begründet.

Art. 11. Unter der in den vorstehenden Bestimmungen erwähnten Verantwortlichkeit des Schiffes ist diejenige Verantwortlichkeit, sei es des Reeders, sei es anderer Personen, zu verstehen, welche nach den Gesetzen jedes Einzelstaates hinsichtlich des Verschuldens des Schiffers, der Schiffesoffiziere, der Manuschaft oder zoustigen Angestellten in Fällen des Zusammenstofses besteht.

Hierau wurde der Beschlufs gefaßst: "Der Kongress bestätigt die in Besug auf die Verantwortlichkeit des Beeders für Kollisionem zu London und Paris gefaßsten Resolutionen und beauftragt eine Kommission, diesen Resolutionen die Form eines Vertragsentwurfes zu geben, der auf der nächsten Konferenz vorzulegen ist."

Art. 12. Zusammenstößes zwischen Kriegeschiffen und Kauffahrteischiffen unterliegen diesem Vertrage nur insoweit, als nach den Gesetzen jedes Einzelstaates in dieser Hinzicht eine Verantwortlichkeit besteht.

Art. 13. Die Gültigkeit dieses Vertrages ist zeitlich nicht begrenst, jedoch ist jeder der vertragschließenden Teile zur Kündigung desselben berechtigt. — Mit Ablauf eines Jahres nach Mitteilung an die anderen Teile treten die Wirkungen der Kündigung ein. Während dieser Zeit anblingig gemachte Bechtstreite bleiben dem Vertrage unterworfen. Zwischen den Teilen, welche nicht gekündigt haben, bleibt der Vertrag in voller Gültigkeit.

Von diesem Zeitpunkt ab tritt der Vertrag zwischen den Mächten, welche die Ratifikationen ausgewechselt haben, in Kraft,

Auf Antrag Carvers (London) wurde die Fassung wie folgt geändert: "Die hohen u. s. w. . . . werden die notwendigen Schritte ergreifen (take steps) u. s. w. Die Änderung erfolgte mit Rücksicht darauf, daß die vertragschließenden Teile nicht in der Lage sind, ohne weiteres die Beurteilung aller Rechtsstreite u. s. w. den Grundsätzen unterzuordnen, welche u. s. w., sondern daß sie sich nur verpflichten können, sich bei ihren Parlamenten um Einführung der betreffenden Grundsätze in ihre heimischen Gesetzgebungen zu bemühen.

In der Nachmittagssitzung vom 26. September schritt man zur Beratung des Teiles II des Vertragsentwurfes. Er wurde genehmigt in folgender Form:

Entwurf eines Vertrages betreffend ein einheitliches Recht über Hülfeleistung in Seenot.

Art. 1. Die hohen vertragschließenden Teile, von dem Wunsche beseelt, die Ausbildung eines einheitlichen Seerechts zu fördern, werden die notwendigen Schritte ergreifen, die in dem nachfolgenden Vertrage niedergelegten Grundsätze, betreffend die Beurteilung aller Rechtstreite, welche

mit Bezug auf die Bergung eines Seeschiffes oder die ihm geleistete Hülfe nach dem Zeitpunkt der Auswechslung der Ratifikationen vor ihren betreffenden Behörden und Gerichten werden anhängig gemacht werden, in ihre Gesetzgebungen einzuführen *).

Art. 2. Hülfe, welche einem in Gefahr befindlichen Schiffe oder Ladung mit Erfolg geleistet wird, begründet einem Anspruch auf angemessene Belohnung. Jeder gesetsgeberische Unterschied zwischen Bergung und Hülfeleistung ist aufgehoben 4.

Art. S. Nichts wird geschuldet, wenn die geleistete Hülfe ohne nützliches Ergebnis bleibt. In keinem Falle darf die zu zahlende Summe den Wert der geretteten Suchen übersteigen.

Art. 4. Personen, welche sich an der Hülfeleistung gegen das ansdrückliche Verbot des Führers des Schiffes, dem Hülfe geleistet worden ist, beteiligen, haben keinen Anspruch auf Schadensersats oder Belohnung.

Art. 5. Ein Schlepper hat auf Belohnung für die Hülfeleistung, welche er dem von ihm geschleppten Schiffe gewährt, nur dann Anspruch, wenn er Ausnahmedienste geleistet hat, welche als Erfüllung des Schleppvertrages nicht angesehen werden können.

Art. 6. Der Lotse und die Besatzung des in Gefahr befindlichen Schiffes haben für ihre Dienstleistungen, sollten dieselben auch aufserordentlicher Art sein, keinen Anspruch auf Belohnung, so lange dieselben als unter die Grenzen ihrer Anstellungsverträge fallend angesehen werden können.

Art. 7. In Ermangelung eines zwischen den Beteiligten abgeschlossenen verhindlichen Vertrages wird die Belohnung von den zuständigen Verwaltungsbehörden oder Gerichten festgesetzt. Dabei kommen insbesondere in Anschlag: die Bemühungen und der Eifer der Hülfeleistenden, die Gefahr, welche dem geretteten Schiffe und seiner Ladung und dem hülfeleistenden Schiffe und den hülfeleistenden Personen gedroht hat und der erzielte Erfolg, in zweiter Linie der Wert der in Gefahr befindlich gewesenen Sachen.

Die suständige Behörde hat in keinem Falle die Belohnung auf eine bestimmte Quote der geretteten Sachen oder ihres Wertes festzusetzen.

Art. 8. Jeder Vertrag, welcher von den der Gefahr Ausgesetzten im Angesicht der Gefahr zu dem Zweck einer Festsetzung der Belohnung abgeschlossen wird, unterliegt der richterlichen Abänderung, wenn der Richter die Abmachung als — sei es für den einen, sei es für den anderen Teil — der Billigkeit nicht entsprechend erschtet.

³⁾ Ursprünglich lautete die Fassung gleich der ursprünglichen des Artikel 1 des Vertrageentwurfes I.

⁴⁾ In der alten Fassung standen hinter den Worten "begründet einen Anspruch auf" noch die Worte "Ersats der Kosten und Schäden". Sie wurden aber als nicht klar und deplaciert gestrichen. Eine sinngemäße Bestimmung wurde Artikel 7 angefügt.

⁵⁾ Statt "Abmachung" hiefs es ursprünglich "bedungene Belohnung". Man liefs diesen Begriff als zu eng fallen.

Art. 9. Unberührt von diesem Vertrage bleiben die Vorschriften der Einzelstaaten über die Zuständigkeit der mit der Entscheidung über Assprüche aus Bergungs- oder Hülfeleistungsfällen betrauten gerichtlichen oder Verwaltungsbehörden. Desgleichen bleiben die Vorschriften der Einzelstaaten unberührt, welche die Verpflichtung zur Hülfeleistung an in Gefahr befindliche Schiffe auf andere Fälle als die des Zusammenstolses ausdehnen ^a).

Art. 10. Die Gtiltigkeit dieses Vertrages ist seitlich nicht begrenst, jedoch ist jeder der vertragschließenden Teile zur Kündigung demelben berechtigt. Mit Ablauf eines Jahres nach Mitteilung an die anderen Teile treten die Wirkungen der Kündigung ein. Während dieser Zeit anhängig gemachte Rechtstreite bleiben dem Vertrage unterworfen. Zwischen den Teilen, welche nicht gekündigt haben, bleibt der Vertrag in voller Gtiltigkeit.

Von diesem Zeitpunkt ab tritt der Vertrag swischen den Müchten, welche die Ratifikationen ausgewechselt haben, in Kraft.

Nach Genehmigung des Wortlautes des avant-projet wurde beschlossen, die Entscheidung der difficilen Frage, welche Regierung man ersuchen wolle, die beteiligten Länder zu einer gemeinsamen Konferenz einzuladen, an das Bureau permanent des Komitee zu verweisen.

Sodann wurde übergegangen zur Beratung des zweiten Punktes der Tagesordnung, nämlich der Frage: "Welche Gerichte sind in Kollisionssachen zuständig?"

Das Interesse, welches das Comité Maritime an dieser Frage gewonnen hat, erklärt sich aus dem Umstande, daß es beinahe ebenso wichtig zu wissen ist, vor welches Forum die Rechtstreitigkeiten gehören, als nach welchen gesetzlichen Bestimmungen der betreffende Fall beurteilt werden soll.

Die Ansichten der verschiedenen Nationen über die Kompetensfrage in Kollisionssachen weichen erheblich von einander ab. Unter Berücksichtigung des Standpunktes der Gesetze aller

⁶⁾ Hierzu wurde folgendes Amendement angenommen: "Nor in anythink herein contained to be considered as discutisling the law of any of the High contracting Parties from alowing salvage remuneration against ship or carge for salvage of persons on board the ship." — Die genauere Redaktion ist dem Bureau überlassen.

Nationen hat das Komitee zur Diskussion gestellt die Frage der Annahme oder Ablehnung folgender Gerichtsstände:

- 1. Gerichtsstand des Ortes der Ansegelung;
- 2. Gerichtsstand des Heimathafens;
- 3. forum arresti;
- 4. Gerichtsstand des Ortes, an dem ein anderes derselben Reederei gehöriges Schiff oder eine dieser zustehende Forderung mit Beschlag belegt werden kann;
- 5. Gerichtsstand des Ortes, wo die Klage dem Beklagten zugestellt wird (anglo-amerikanisches Recht);
- 6. Gerichtsstand der Staatsangehörigkeit des Klägers;
- der für nur einen unter mehreren Beklagten begründete Gerichtsstand;
- 8. der Gerichtsstand der Konnexität für Regrefsklagen gegen Dritte, z. B. Schlepper, Versicherer.

Über die Annahme der verschiedenen Gerichtsstände entspann sich eine lebhafte Debatte, deren Resultat folgendes war:

- A. Als von allen Gesetzgebungen anerkannter, durch die Natur der Sache gegebener Gerichtsstand ist anzusehen der Gerichtsstand des Wohnsitzes des beklagten Reeders—soit personnel, soit commercial.
- B. Daneben werden anerkannt:
- 1. Der Gerichtsstand des Ortes der Ansegelung in territorialen Gewässern. Die Anerkennung erfolgte trotz heftigen Widerstandes der deutschen und englischen, zum Teil auch der französischen Delegierten. In wiederholten Ausführungen verneinte insbesondere Herr Präsident Dr. Sieveking die Zweckmäßigkeit der Annahme dieses Gerichtsstandes unter Hinweis darauf, daß man die Zahl der Forn möglichst beschränken müsse. Dieses Forum aber, welches an sich als forum delicti zu rechtfertigen sei, sei entbehrlich, wenn ein forum arresti zugelassen und begründet sei; sei aber ein forum arresti nicht begründet z. B. im Falle des totalen Verlustes des in Anspruch zu nehmenden Schiffes bei der Ansegelung so sei ein Gerichtsstand des Ortes der Ansegelung überhaupt nutzlos.
- 2. Der Gerichtsstand des Registerhafens. Gegen die Annahme des "Heimathafens" erhob sich Widerspruch bei den nichtdeutschen Delegierten, da dieser Begriff nur dem deutschen Rechte eigen und auch in der Theorie und Rechtsprechung

Deutschlands unvollkommen geklärt sei. Man einigte sich dann dahin, daß man einen eigentlichen Gerichtsstand des Heimathafens nicht anerkannte und als einen gewissen Ersatz dafür (abgesehen von der Anerkennung des Registerhafens) dem Begriffe des "Wohnsitzes des beklagten Reeders" eine weitere Ausdehnung sicherte durch Hinzufügung der Worte "soit personnel, soit commercial." — (cf. unter A.)

3. Der Gerichtsstand des Arrestes. Ohne längere Diskussion wurde anerkannt, daß dieses Forum stets als begründet erachtet werden müsse, sobald es sich um provisorische und konservatorische Maßregeln handele.

Denn der Gläubiger, dem das Schiff hafte, müsse gegen die Gefahr, dieses Pfand zu verlieren, geschützt werden. Zudem werde die Möglichkeit einer besseren und bequemeren Beweiserhebung gegeben. Eigentlich debattiert wurde daher nur über folgende Punkte. Fraglich erschien es, ob das forum arresti auch für die Entscheidung der Sache selbst — au fond — zuständig sein solle. Die Konferenz nahm den Standpunkt der meisten Gesetzgebungen ein und bejahte diese Frage mit überwiegender Mehrheit, indem sie davon ausging, das hierdurch eine Erleichterung der Rechtsverfolgung und eine Vereinfachung des Prozesses erzielt werden würde.

Ein Antrag (von dem deutschen Verein gestellt), die Zuständigkeit des forum arresti auf den Wert des Arrestobjektes zu beschränken, wurde abgelehnt; die Antragsteller drangen mit ihrem Einwande, "die Justizhoheit eines Staates, wenn ihre Zuständigkeit nur durch den Umstand, dass sich Vermögen des Beklagten in ihrem Gebiet befände, begründet sei, könne nicht mehr als den Wert des Objektes ergreifen" nicht durch.

- 4. Der Gerichtsstand der Widerklage. Dieser wird von allen Gesetzgebungen aus Gründen der Billigkeit anerkannt.
 - C. Abgelehnt wurden folgende Gerichtsstände:
- 1. Der Gerichtsstand des Ortes, an dem ein anderes Schiff derselben Reederei oder eine dieser zustehende Forderung, ein Guthaben u. s. w. mit Arrest belegt werden kann. — Es herrschte Einstimmigkeit darüber, daß die Anerkennung eines solchen Forums in vielen Fällen Unbilligkeiten im Gefolge haben werde, da man dem Zufall freies Spiel lasse.
 - 2. Der Gerichtsstand des Ortes, wo die Klage dem Beklagten

zugestellt wird. Ein solcher Gerichtsstand, dessen Zweckmäsigkeit an sich schon sehr fraglich erscheint, existiert nur im anglo-amerikanischen Recht. Die Vertreter desselben aber erkannten selbst an, dass er — angewandt auf internationale Verhältnisse — sich schwerlich als praktisch erweisen werde, zumal eine solche Ausdehnung der Gerichtsbarkeit eines Staates auch erheblichen staatsrechtlichen Bedenken begegne.

- 3. Der Gerichtsstand der Staatsangehörigkeit des Klägers. Er wurde ohne weiteres allseitig abgelehnt.
- 4. Der für nur einen von mehreren Beklagten begründete Gerichtsstand. Die Ablehnung erfolgte, da der Gedanke, es sei ungerechtfertigt und unbillig, einen Beklagten wider seinen Willen zur Unterwerfung unter ein Gericht zu zwingen, den Sieg davontrug über die praktische Erwägung, daß mit Anerkennung eines solchen Forums die Zahl der Prozesse sich vermindern werde.
- 5. Aus gleichem Grunde wurde der Gerichtsstand der Connexität für Regressklagen gegen Dritte abgelehnt.

Der dritte Punkt der Tagesordnung "Schiffspfandrechte u. s. w." konnte wegen Mangel an Zeit nicht mehr zur Besprechung gelangen.

Der Präsident Dr. Sieveking schloß die Konferenz mit einer Ansprache, in welcher er kurz die Ziele und die hohe Aufgabe des Comité Maritime International berührte und ausführte, es gleiche die Versammlung dem house of Commons; das house of Lords seien die Regierungen, welche die Arbeiten des Comité's würden praktisch weiter zu fördern haben. Der Richter aber über die Arbeiten des Comité's sei die öffentliche Meinung; nicht die Meinung von heute oder morgen, die wie der Wind komme und gehe, sondern die Meinung, die der Lauf der Jahre, die Entwickelungsgeschichte der Kultur festsetze.

Resumieren wir kurz den Verlauf der V. Konferenz des Comité Maritime, so steht im Vordergrunde als Hauptgegenstand das nunmehr genehmigte avant-projet betreffend einheitliches Recht in Kollisionen und Hülfeleistung in Seenot.

Es wurde bereits erwähnt, das eine Einigung über diese Materien als diejenigen, bei denen sich die Verschiedenheit der Seegesetze am empfindlichsten geltend macht, zuerst vom Comité Maritime in Angriff genommen ist. Man wird sich der Thatsache gegenüber, dass die Zahl der Kollisionen im Laufe der Jahre zugenommen hat, nicht der Erkenntnis der Notwendigkeit von Reformen des bisherigen Rechtszustandes verschließen können, bei aller Anerkennung des hohen Maßes von Pflichtgefühl und Sorgfalt in der Navigierung seitens der Seeleute. Auf den Straßen des Meeres nimmt der Verkehr zu und an Stelle der langsamen Segelschisse treten mehr und mehr die in eilender Hast ihres Weges ziehenden Dampfer. Die Entwickelung des Verkehrs, der Wille, sich im Kampfe mit der Konkurrenz halten zu können, bedingen ohne weiteres die Anerkennung des Princips der "schnellen Fahrt" "des Recordbrechens" als eines der maßgebendsten. So nehmen die Kollisionen und die Unglücksfälle zu und damit auch die gerichtlichen Nachspiele, die Prozesse.

Die Anschauungen der Nationen aber hinsichtlich der Beurteilung seerechtlicher Grundsätze weichen in vielen Punkten erheblich von einander ab. Und damit verbreitet sich eine allgemeine Unsicherheit, eine Komplizierung der Rechtsprechung, eine Beunruhigung des Handelsverkehrs und eine Gefährdung des maritimen Kredites.

Ist nun die Annahme des avant-projet in der Hamburger Konferenz ein praktischer Erfolg?

Wir stehen nicht an, die Frage zu bejahen.

Wenn der Inhalt des avant-projet allein auch nicht die Kraft hat, eine Umwälzung der Dinge herbeizuführen, wenn dazu auch noch erforderlich ist die Einigung über manche andere Punkte — den Umfang der Reederhaftung, die Ordnung und Bedeutung der Gläubigerrechte u. s. w. —, so ist gleichwohl ein Erfolg erzielt und zwar ein praktischer.

Man wird nicht weiterkommen, wenn man warten will, bis jede Frage reif zur Entscheidung ist. In Seesachen muß man rechnen mit alteingewurzelten Anschauungen der Nationen.

Darum aber muss man trachten, das, worüber eine Einigung erreicht werden kann, einzuheimsen. Das Gewonnene wird nicht vergebens erarbeitet sein, mag es auch allein für sich noch keine umwälzende Krast haben; es giebt eine Basis, auf der man mählich weiter bauen wird. Und noch aus einem anderen Grunde ist die Annahme des avant-projet, dessen Bestimmungen die beteiligten Regierungen hoffentlich in einer gemeinsamen

Konferenz zum Vorbilde, wenn nicht zum Inhalte eines in nicht zu langer Frist zu ratifizierenden Vertrages machen, als ein praktischer Erfolg zu begrüßen.

Sie stählt das Vertrauen derer, die an der hohen Aufgabe des Comité's mitarbeiten und ermuntert sie zur weiteren Aussprache unter einander.

Diese aber schafft eine gegenseitige Annäherung der Nationen in ihren seerechtlichen Anschauungen und verhilft mehr und mehr zu der Erkenntnis, dass es, wie ein Mitglied des Komitees, Sir John Glover, sagte, das beste ist "to do away with the pre-indices".

Die Haager Konventionen vem 12. Juni 1902.

Mitgeteilt von Theeder Miemeyer.

Am 12. Juni 1902 sind die Haager Konferenzen von 1893, 1894, 1900¹) über Fragen des internationalen Privatrechts durch die abschließende Einigung der Mehrzahl der beteiligten Staaten über die drei nachstehend mitgeteilten Konventionen, betreffend das Recht der Eheschließung, der Ehescheidung und Separation, der Vormundschaft über Minderjährige zu einem Ergebnis gebracht worden, welches zwar nicht allen Erwartungen und Anforderungen entspricht, die man an die Konferenzen geknüpft hat, welches aber unzweifelhaft von grundlegender und förderlichster Bedeutung für die Fortentwickelung des internationalen Privatrechtes ist.

Der Text weicht von der in dieser Zeitschrift (S. 4ff dieses Jahrgangs) mitgeteilten Fassung der Entwürfe in einigen Einselheiten ab. Über die Erbrechtskonvention (s. oben S. 17) ist bislang keine Einigung zu stande gekommen. Die Konventionen sind abgeschlossen von Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Österreich-Ungarn, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Spanien. — Von den auf der Konferenz vertretenen Regierungen haben bislang ihren Beitritt nicht erklärt: Russland, Dänemark und Norwegen.

I. Convention pour régier les conflits de tois en matière de maringe.

Art. 1. Le droit de contracter mariage est réglé par la loi nationale de chacun des futurs époux, à moins qu'une disposition de cette loi ne se réfère expressément à une autre loi.

Über deren Vorgeschichte vgl. Ztschr. f. Handelsrecht Bd. XXXV
 157 ff.

- Art. 2. La loi du lieu de la célébration peut interdire le mariage des étrangers qui serait contraire à ses dispositions concernant:
- 1°. Les degrés de parenté ou d'alliance pour lesqueis il y a une prohibition absolue;
- 2°. La prohibition absolue de se marier, édictée contre les coupables de l'adultère à raison duquel le mariage de l'un d'eux a été dissons;
- 8°. La prohibition absolue de se marier, édictée contre des personnes condamnées pour avoir de concert attenté à la vie du conjoint de l'une d'elles.

Le mariage célébré contrairement à une des prohibitions mentionées ci-dessus ne sera pas frappé de nullité, pourve qu'il soit valable d'après la loi indiquée par l'article 1 °c.

Sous la réserve de l'application du premier alinéa de l'article 6 de la présente Convention, aucun Etat contractant ne s'oblige à faire célébrer un mariage qui, à raison d'un mariage antérieur ou d'un obstacle d'ordre religieux, serait contraire à ses lois. La violation d'un empêchement de cette nature ne pourrait pas entraîner la nullité du mariage dans les pays autres que celui où le mariage a été célébré.

Art. 8. La loi du lieu de la célébration peut permettre le mariage des étrangers nonobstant ces prohibitions de la loi indiquée par l'article 1 », lorsque ces prohibitions sont exclusivement fondées sur des motifs d'ordre religieux.

Les autres Etats ont le droit de ne pas reconnaître comme valable le mariage célébré dans ces circonstances.

Art. 4. Les étrangers doivent, pour se marier, établir qu'ils remplissent les conditions nécessaires d'après la loi indiquée par l'article 1 et.

Cette justification se fera, soit par un certificat des agents diplomatiques ou consulaires autorisés par l'Etat dont les contractants sont les ressortissants, soit par tout autre mode de preuve, pourvu que les conventions internationales ou les autorités du pays de la célébration reconnaissent la justification comme suffisante.

Art. 5. Sera reconnu partout comme valable, quant à la forme, le mariage célébré suivant la loi du pays où il a eu lieu.

Il est toutefois entendu que les pays dont la législation exige une célébration religieuse, pourront ne pas reconnaître comme valables les mariages contractés par leurs nationaux à l'étranger sans que cette prescription ait été observée.

Les dispositions de la loi nationale, en matière de publications, devront être respectées; mais le défaut de ces publications ne pourra pas entraîner la nullité du mariage dans les pays autres que celui dont la loi aurait été violée.

Une copie authentique de l'acte de mariage sera transmise aux autorités du pays de chacun des époux.

Art. 6. Sera reconnu partout comme valable, quant à la forme, le mariage célébré devant un agent diplomatique ou consulaire, conformément à sa législation, si aucune des parties contractantes n'est ressortissante de l'Etat où le mariage a été célébré et si cet Etat ne s'y oppose pas. Il ne

peut pas s'y opposer quand il s'agit d'un mariage qui, à raison d'un mariage antérieur ou d'un obstacle d'ordre religieux, serait contraire à ses lois.

La réserve du second alinéa de l'article 5 est applicable aux mariages

diplomatiques et consulaires.

Art. 7. Le mariage, nul quant à la forme dans les pays où il a été célébré, pourra néanmoins être reconnu comme valable dans les autres pays, si la forme préscrite par la loi nationale de chacune des parties a été observée.

Art. 8. La présente Convention ne s'applique qu'aux mariages célébrés sur le territoire des Etats contractants entre personnes dont une au moiss est ressortissante d'un de ces Etats.

Aucun Etat ne s'oblige, par la présente Convention, à appliquer une loi qui ne serait pas celle d'un Etat contractant.

Art. 9. La présente Convention, qui ne s'applique qu'aux territoires européens des États contractants, sera ratifiée et les ratifications en seront déposées à La Haye dès que la majorité des Hautes parties contractantes sera en mesure de la faire.

Il sera dressé de ce dépôt un procès-verbal, dont une copie, certifiée conforme, sera remise par la voie diplomatique à chacun des Etats contractants.

Art. 10. Les Etats non signataires qui ont été représentés à la troisième Conférence de Droit International Privé sont admis à adhèrer purement et simplement à la présente Convention.

L'Etat qui désire adhérer notifiera, au plus tard le 31. Decembre 1904 son intention par un acte qui sera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas. Celui-ci en enverra une copie, certifiée conforme, par la voie diplomatique de chacun des Etats contractants.

Art. 11. La présente Convention entrera en vigueur le 60 me jour à partir du depôt des ratifications ou de la date de la notification des adhésions.

Art. 12. La présente Convention aura une durée de cinq ans à partir de la date du dépôt des ratifications.

Ce terme commencera à courir de cette date, même pour les Etats qui auront fait le dépôt après cette date ou qui auraient adhéré plus tard.

La Convention sera renouvelée tacitement de cinq ans en cinq ans, sauf dénonciation.

La dénonciation devra être notifiée, au moins six mois avant l'expiration du terme visé aux alinées précédents, au Gouvernement des Pays-Bas, qui en donners connsissance à tous les autres Etats contractants.

Le dénonciation ne produira son effet qu'à l'égard de l'Etat qui l'aura notifiée. Le Convention restera exécutoire pour les autres Etats,

Convention pour régler les conflite de lois et de juridictions en matière de diverce et de séparation de corps.

Art. 1. Les époux ne peuvent former une demande en divorce que si leur lei nationale et la loi du lieu où la demande est formée admettent le divorce l'une et l'autre.

Il en est de même de la séparation de corps.

Art. 2. Le divorce ne peut être demandé que si, dans le cas dont il s'agit, il est admis à la fois par la loi nationale des époux et par la loi du lieu où la demande est formée, encore que se soit pour des causes différentes.

Il en est de même de la séparation de corps.

- Art. 8. Nonobstant les dispositions des articles 1er et 2, la loi nationale sera seule observée si la loi du lieu où la demande est formée le prescrit ou le permet.
- Art. 4. La loi nationale indiquée par les articles précédents ne peut être invoquée pour donner à un fait qui s'est passé alors que les époux ou l'un d'eux étaient d'une autre nationalité, le caractère d'une cause de divorce ou de séparation de corps.
 - Art. 5. La demande en divorce ou en séparation de corps peut être formée: 1º devant la juridiction compétente d'après la loi nationale des époux;
- 2º devant la juridiction compétente du lieu où les époux sont domiciliés. Si, d'après leur législation nationale, les époux n'ont pas le même domicile, la juridiction compétente est celle du domicile du défendeur. Dans le cas d'abandon et dans le cas d'un changement de domicile opéré après que la cause de divorce on de séparation est intervenue, la demande peut aussi être formée devant la juridiction compétente du dernier domicile commun. Toutefois, la juridiction nationale est réservée dans la mesure on cette juridiction est seul compétente pour la demande en divorce ou en séparation de corps. La juridiction étrangère reste compétente pour un mariage qui ne pent donner lieu à une demande en divorce ou en séparation de corps devant la juridiction nationale compétente.
- Art. 6. Dans le cas où des époux ne sont pas autorisés à former une demande en divorce ou en séparation de corps dans le pays où ils sont domiciliés, ils peuvent néanmoins l'un et l'autre s'adresser à la juridiction compétente de ce pays pour solliciter les mesures provisoires que prévoit sa législation en vue de la cessation de la vie en commun. Ces mesures seront maintenues si, dans le délai d'un an, elles sont confirmées par la juridiction nationale; elles ne dureront pas plus longtemps que ne le permet la loi du domicile.
- Art. 7. Le divorce et la séparation de corps, prononcés par un tribunal compétent aux termes de l'article 5, seront reconnus partout, sous la condition que les clauses de la présente Convention aient été observées et que, dans le cas où la décision aurait été rendue par défaut, le défendeur ait été cité conformément aux dispositions spéciales exigées par sa loi nationale pour recognaître les jugements étrangers.

Seront reconnus également partout de divorce et la séparation de corps promoncés par une juridiction administrative, si la loi de chacun des époux reconnaît ce divorce et cette séparation.

- Art. 8. Si les époux n'ont pas la même nationalité, leur demière législation commune devra, pour l'application des articles précédents, être considérée comme leur loi nationale.
- Art. 9. La présente Convention ne s'applique qu'aux demandes en divorce ou en séparation de corps formées dans l'un des Etats contractants, si l'un des plaideurs au moins est le ressortissant d'un de ces Etats.

Aucun Etat ne s'oblige, par la présente Convention, à appliquer une loi qui ne serait pas celle d'un Etat contractant.

Art. 10. La présente Convention, qui ne s'applique qu'aux territoires européens des Etats contractants, sera ratifiée et les ratifications en serout déposées à la Haye dès que la majorité des Hautes Parties contractantes sera en mesure de le faire.

Il sera dressé de ce dépôt un procès-verbal, dont une copie, certifiés conforme, sera remise par la voie diplomatique à chacun des Etats contractants.

Art. 11. Les Etats non signataires qui ont été représentés à la troisième Conférence de Droit International Privé sont admis à adhérer purement et simplement à la présente Convention.

L'Etat qui désire adhérer notifiera, au plus tard le 31. Décembre 1904 son intention par un acte qui sera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas. Celui-ci en enverra une copie, certifiée conforme, par la voie diplomatique à chacun des Etats contractants.

Art. 12. La présente Convention entrera en vigueur le 60 jour à partir du dépôt des ratifications ou de la date de la notification des adhésions.

Art. 18. La présente Convention aura une durée de cinq ans à partir de la date du dépôt des ratifications,

Le terme commencera à courir de cette date, même pour les Etats qui auront fait le dépôt après cette date ou qui auraient adhéré plus tard.

La Convention sera renouvelée tacitement de cinq ans en cinq ans, sauf dénonciation.

La dénonciation devra être notifiée, au moins six mois avant l'expiration du terme visé aux alinéas précédents, au Gouvernement des Pays-Bas, qui en donnera connaissance à tous les autres Etats contractants.

La dénonciation ne produira son effet qu'à l'égard de l'Etat qui l'aura notifiée. La Convention restera exécutoire pour les autres Etats.

III. Convention pour régler les conflits de lois et de juridictions rélativement à

- Art. 1. La tutelle d'un mineur est réglée par sa loi nationale.
- Art. 2. Si la loi nationale n'organise pas la tutelle dans le pays du mineur en vue du cas où celui-ci aurait sa résidence habituelle à l'étranger, l'agent diplomatique ou consulaire autorisé par l'Etat dont le mineur est le ressortissant pourra y pourvoir, conformément à la loi de cet Etat, si l'Etat de la résidence habituelle du mineur ne s'y oppose pas.
- Art. 3. Toutefois, la tutelle du mineur ayant sa résidence habituelle à l'étranger s'établit et s'exerce conformément à la loi du lieu, si elle n'est pas ou si elle ne peut pas être constituée conformément aux dispositions de l'article 1^{ar} ou de l'article 2.
- Art. 4. L'existence de la tutelle établie conformément à la disposition de l'article 3 n'empêche pas de constituer une nouvelle tutelle par application de l'article 1^{ap} ou de l'article 2.

. Il sera, le plus tôt possible, donné information de ce fait au Gouvernement de l'Etat où la tutelle a d'abord été organisée. Ce Gouvernement en informers, soit l'autorité qui aurait institué la tutelle, soit, si une telle autorité n'existe pas, le tuteur lui-même.

La législation de l'État où l'ancienne tutelle était organisée décide à quel moment cette tutelle cesse dans le cas prévu par le présent article.

- Art. 5. Dans tous les cas, la tutelle s'ouvre et prend fin aux époques et pour les causes déterminées par la loi nationale du mineur.
- Art. 6. L'administration tutélaire s'étend à la personne et à l'ensemble des biens du mineur, quel que soit le lieu de leur situation.

Cette règle peut recevoir exception quant aux immeubles placés par la loi de leur situation sous un régime foncier special.

- Art. 7. En attendant l'organisation de la tutelle, ainsi que dans tous les cas d'urgence, les mesures nécessaires pour la protection de la personne et des intérêts d'un mineur étranger pourront être prises par les autorités locales.
- Art. 8. Les autorités d'un Etat sur le territoire duquel se trouvers un mineur étranger dont il importers d'établir la tutelle, informeront de cette situation, dès qu'elle leur sera connue, les autorités de l'Etat dont le mineur est le ressortissant.

Les autorités ainsi informées feront connaître le plus tot possible aux autorités qui auront donné l'avis si la totelle a été ou si elle sera établie.

Art. 9. La présente Convention ne s'applique qu'à la tutelle des mineurs remortissants d'un des Etats contractants, qui ont leur résidence habituelle sur le territoire d'un de ces Etats.

Toutefois, les articles 7 et 8 de la présente Convention s'appliquent à tous les mineurs ressortissants des États contractants.

Art. 10. La présente Convention, qui ne s'applique qu'aux territoires européens des Etats contractants sera ratifiée et les ratifications en seront déposées à La Haye dès que la majorité des Hautes Parties contractantes sera en mesure de le faire.

Il sera dremé de ce dépôt un procès-verbal, dont une copie, certifiée conforme, sera remise par la voie diplomatique à chacun des Etats contractants.

Art. 11. Les Etats non signataires qui ont été représentés à la troisième Conférence de Droit International Privé sont admis à adhérer purement et simplement à la présente Convention.

L'Etat. qui désire adhérer notifiera aux plus tard le 81. Décembre 1904 son intention par un acte qui sera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas. Celui-ci en enverra une copie, certifiée conforme, par la voie diplomatique à chacun des Etats contractants.

Art. 12. La présente Convention entrera en vigueur le 60 me jour à partir du dépôt des ratifications ou de la date de la notification des adhésions,

Art. 13. La présente Convention auxa une durée de cinq ans à partir de la date du dépôt des ratifications.

Ce terme commencera à courir de cette date, même pour les Etats qui auront fait le dépôt après cette date ou qui auraient adhéré plus tard.

La Convention sera renouvelée tacitement de cinq ans en cinq aus, sauf dénonciation.

La dénonciation devra être notifiée, au moins six mois avant l'expiration du terme visé aux alinéas précédents, au Gouvernement des Pays-Bas, qui en donners connaissance à tout les autres Etats contractants.

La dénonciation ne produira son effet qu'à l'égard de l'Etat qui l'aux notifiée. La Convention restera exécutoire pour les autres Etats.

Rechtsprechung.

Dautschland.

Der in Art. 14 E.G. s. B.G.B. für Deutsche ausgesprochene Grundsats der Maßgeblichkeit des Heimatrechtes ist analog auf Ausländer (Ungarn) anzuwenden¹). Absolute Maßgeblichkeit des § 1353 B.G.B.

Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt a. M. 7. 8. 1901 und des Landgerichts zu Frankfurt a. M. 29. 10. 1901 ("Rundschau", herausgegeben v. d. juristischen Gesellschaft zu Frankfurt a. Main, 1902 S. 81).

Klägerin ist in Deutschland geboren und katholischer Konfession. Beklagter ist in Ungarn geboren und Jude. Parteien schlossen am 8. 6. 1892 die Ehe in London. Beklagter hatte damals seinen Wohnsitz in Frankfurt a. M. Ende 1900 hat Beklagter die eheliche Wohnung der Parteien, die damals in Charlottenburg war, verlassen, ohne der Klägerin Mittel sum Lebensunterhalt surücksulassen, und seinen Wohnsitz von Charlottenburg wieder nach Frankfurt a. M. verlegt. Das eheliche Güterrecht der Parteien ist das der Gütertrennung. Beklagter ist zu keiner Zeit Staatsangehöriger eines deutschen Staates gewesen . . .

Klägerin erhob im Januar 1901 beim Landgericht Frankfurt a. M. die Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens. Beklagter beantragte Abweisung dieser Klage und im Wege der Widerklage Ehescheidung auf Grund Ehebruchs der Klägerin mit dem Kaufmann Carlo O., mit dem die Klägerin in der letzen ehelichen Wohnung in Charlottenburg susammenlebe. Klägerin hat dies bestritten und Abweisung der Widerklage beantragt.

Kiägerin hat dann beantragt, dem Beklagten durch einstweilige Verfügung aufzugeben, ihr einen monatlichen Unterhaltsbeitrag von 300 Mk.

¹⁾ Vgl. auch Zeitschr. XI 96, XII 466.

. . . und einen Kostenvorschufs für den Rechtsstreit auf Herstellung des ehelichen Lebens im Betrage von 150 Mk. zu zahlen.

Beklagter hat um Abweisung dieses Antrags gebeten und vorgetragen: Das hier vorliegende Streitverhältnis sei nach ungarischem Rechte zu beurteilen gemäß §§ 14, 29 E.G. z. B.G.B.; es bestehe sonach

s. zwischen den Parteien keine gültige Ehe, weil zur Zeit der Eheschliefsung der Ehemann Ungar gewesen und nach ungarischem Rechte eine Ehe swischen einer Katholikin und einem Juden nichtig sei; die Antragstellerin könne deshalb keine Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens erheben, also auch keinen Kostenvorschuß beanspruchen.

b. sie könne aber auch keinen Unterbalt verlangen, denn sie habe sich des Ehebruchs mit dem Kaufmann Carlo O., der zu Charlottenburg bei ihr wohne, achuldig gemacht, und nach ungarischem Recht habe eine ehebrecherische Frau keinen Anspruch auf Alimentation gegen den Mann, auch nicht während des Scheidungsprozesses . . .

c. endlich aber seien nach § 114 des ungarischen 81. Gesetz-Artikels vom Jahre 1894 über das Eherecht in Eheprozessen eines ungarischen Staatsbürgers nur die Ehescheidungen ungarischer Gerichte wirksam, also anch mer sie suständig. Der Ehemann sei jetzt aber sweifelles Ungar . . . Folglich sei das deutsche Gericht unzuständig.

Die Antragstellerin hat erwidert, deriGegner habe zur Zeit der Eheschliefsung seine Nationalität als Ungar infolge ununterbrochener Abwesenhelt aus Ungarn verloren gehabt und keiner Nationalität angehört. Die Frage, ob die Ehe der Parteien gültig sei, sei deshalb nach denjenigen Grundsätzen des internationalen Privatrechts zu beurteilen, die in Frankfurt a. M. als dem damaligen Wohnort der Parteien in Geltung gewesen seien; darnach sei die Ehe swischen einem Juden und einer Katholikin erlaubt gewesen, und da auch die am Ort der Eheschliefsung (London) vorgeschriebenen Erfordernisse derselben erfüllt seien, so bestehe zwischen den Parteien eine gültige Ehe. Übrigens sei die Ehe nach dem in Ungarn jetzt geltenden Rechte gleichfalls gültig.

Der Gegner sel aber auch jetzt nicht Ungar . . .

Jedenfalls könne auch für reine Ausländer-Ehen die Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens und in Verbindung damit der Anspruch auf einstweiligen Unterhalt vor deutschen Gerichten geltend gemacht werden, und beide Ansprüche seien auch nach ungarischem Rechte begründet.

Das Landgericht zu Frankfurt a. M. hat durch Urteil vom 31. 5. 1901 den Antrag auf einstweilige Verfügung zurückgewiesen.

Entscheidungsgründe. Zwischen den Parteien besteht . . . eine

gültige Ehe . . .

Zur Zeit der Eheschließung war der Ehemann, mag et nun Ungar gewesen sein oder keiner Nation angehört haben, Ausländer im Sinne des Gesetzes über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870 (§ 1, 2) und des deutschen B.G.B., demgemäß ist auch seine Frau, die Antragstellerin, durch die Heirat mit ihm Ausländerin geworden, (§§ 1, 185 das.)

Ihre persönlichen Rechtsbeziehungen zueinander sind demgemäß, wie aus Art. 14 E.G. z. B.G.B. folgt, nach ausländischem Rechte und, da der Antragsgegner, wenn er jetzt nicht Ungar ist, jedenfalls zuletzt dem ungarischen Staate augebörte, gemäß Art. 29 ebenda materiell nach ungarischen Rechte zu beurteilen.

Formell aber können diese persönliehen, wie auch die vermögensrechtlichen Beziehungen von Ausländern, welche im Deutschen Reiche wohnen, untereinander vor deutschen Gerichten geltend gemacht werden, soweit die deutschen Gesetze nicht etwa selbst eine Beschränkung in dieser Hinsicht aufstellen. Das ist in § 606 Abs. 4 C.P.O. zwar für die Scheidungsklage, nicht aber für die Klage auf eheliche Folge oder auf Unterhaltszahlung geschehen.

Darnach sind die deutschen Gerichte, und swar im vorliegenden Falle das Landgericht Frankfurt a. M., zuständig.

Der Antrag auf Erlaß der einstweiligen Verfügung ist gemäß § 940 C.P.O. miliasig. Materiell konnte derselbe aber keinen Erfolg haben, weil es an der nach §§ 936, 921, 293 C.P.O. erforderlichen Glaubhaftmachung fehlt; es ist nicht glaubhaft gemacht, ob das ungarische Recht für die persönlichen Beziehungen der Ehegatten das Domizilprincip oder das Nationalitätsprincip als maßgebend erklärt. Nach den eigenen Ermittelungen des Gerichts ist allerdings anzunehmen, daß das Nationalitätsprincip gilt . . . Aber welche Grundsätze im einzelnen für den Anspruch auf Unterhalt und Leistung eines Kostenvorschusses gelten, . . . darüber hat die Antragstellerin nichts glaubhaft gemacht . . . Es fehlt also die Voraussetzung zum Erlaß einer einstweiligen Verfügung, nämlich die Glaubhaftmachung des Anspruchs, zu der im vorliegenden Falle gemäß § 293 C.P.O nicht nur die Glaubhaftmachung der Thatsachen, sondern auch die des in Ungarn geltenden Rechtes gehört, und der Antrag war deshalb . . . zurückzuweisen.

Auf die von der Klägerin gegen dieses Urteil eingelegte Berufung hat das Oberlandesgericht zu Frankfurta. M. durch Urteil vom 7. 8. 1901 dem Beklagten im Weg der einstweiligen Verfügung aufgegeben, der Klägerin . . . zu ihrem Unterhalt monatlich 120 Mk. zu zahlen.

Entscheidungsgründe: Die Ebe der Parteien ist zu London in formeil unanfechtbarer Weise geschlossen worden. Ob durch die Ebeschließung eine nach ungarischem Recht gültige Ebe zu stande gekommen ist, wäre auf Grund des § 138 des ungarischen 31. Gesetzes-Artikels vom Jahre 1894 über das Eberecht zu entscheiden. Die Frage ist jedoch hier nicht zum Austrage zu bringen, da nach § 46 des eit. Gesetzes die nichtige Ebe vor ihrem Aufhörem nur dann für nichtig betrachtet werden kann, wenn sie in einem Nichtigkeitsprozesse als solche erklärt worden ist. Die vorliegende ist demnach als zu Recht bestehend aususehen.

Für die Frage, nach welchem Becht die Ausprüche der Antragstellerin zu beurteilen sind, hat folgendes in Betracht zu kommen. Die in Art. 7-31 des E.G. z. B.G.B. enthaltene Regelung des internationalen Privatrechts erstreckt sich nur auf bestimmte einzelne Materien. Zu den nicht im einzelnen geregelten, sondern der Wissenschaft und Praxis zur Ent-

scheidung überlassenen Fragen gehört die gesetzliche Unterhaltspflicht, ansgenommen den in Art. 21 geregelten Einzelfall. Es ist deshalb zu untersuchen, welche Regel sich aus den allgemeinen Grundsätzen des jetzigen internationalen Privatrechts für die Unterhaltspflicht des Ehemanns gegen die Ehefrau ergeben. Zunächst ist festzustellen, daß diejenigen Bestimmungen des E.G. z. B.G.B., welche die persönlichen Rechtsbeziehungen zwischen Ehegatten zum Gegenstand haben, sich nach deutschem Eherecht auf die gegenseitige Unterhaltspflicht beziehen. (Art. 199 E.G.)

Nun enthält allerdings der Art. 14 E.G. nur die positive Bestimmung, daß die persönlichen Rechtsbeziehungen deutscher Ebegatten zu einander nach den deutschen Gesetzen beurteilt werden. Da aber die das Personalstatut betreffenden Vorschriften des E.G. durchweg das Heimatsrecht für maßgebend erklären, und da sich hiernach die Vorschrift des Art. 14 als ein Ausfluß des Princips des Heimatsrechts darztellt, so ist sie, wie auch der Vorderrichter annimmt, dahin auszudehnen, daß die persönlichen Rechtsbeziehungen der Ebegatten überhanpt dem Heimatsrecht der Ebegatten unterworfen sind (vgl. auch Niemeyer, Das intern. Priv.-Recht des B.G.B. S. 142). Es ist also mit Rücksicht auf die Eigenschaft des Antragsgegners als Ausländer, desses Staatsangehörigkeit jedenfalls die ungarische war, nach Art. 29 des E.G. ungarisches Recht anzuwenden.

Die weitere Frage, ob eine auf das Wohnortsrecht zurückweisende Vorschrift des ungarischen Rechtes vorliegenden Falles Berücksichtigung finden müßte, ist in den Bestimmungen des E.G. unmittelbar nicht beantwortet. Die Frage ist aber im Art. 27 E.G. für diejenigen fünf Fälle bejaht, in welchen das E.G. das Heimatsrecht als für die Ausländer maßgebend erklärt hat. Hieraus ist ohne weiteres zu folgern, daß eine etwaige Rückverweisung auf deutsches Recht auch auf die fibrigen in analoger Anwendung des Gesetzes dem Heimatsrecht zu unterwerfenden Fälle auszudehnen sein würde (vgl. Niemeyer a. a. O. S. 85, 86). Entscheidend für die Frage nach der Anwendung deutschen oder ungarischen Rechtes wird hiernach die Feststellung, ob das ungarische Recht eine Rückverweisung auf das Wohnortsrecht enthält. Dies ist nicht der Fäll.

... Durch Gesetzartikel 31 vom Jahre 1894 ist das Eherecht im Königreich Ungarn für die Zeit vom 1. 1. 1895 an neu geregelt worden. Eine auf das Wohnortsrecht zurtickverweisende Bestimmung hinsichtlich der persönlichen Rechtsbeziehungen der Ehegatten ist in diesem Gesetze nicht enthalten. Andererseits ergiebt sich aus seinem Inhalt in Bezug auf die Unterhaltspflicht zwischen Ehegatten das folgende...: (im folgenden wird dargelegt, dass nach ungarischem Recht die Ehegatten auch für die Zeit eines Ehestreites einander unterhaltspflichtig seien, und dass eine Einschränkung der ehemännlichen Unterhaltspflicht im Falle eines Verschuldens, insbesondere des Ehebruchs der Frau hinsichtlich der Zeit des Bestehens der Ehe nicht ausgesprochen und höchstens für die Zeit nach rechtskräftiger Bejahung der Schuld der Frau anzunehmen sei, welch letztere Voraussetzung im vorliegenden Falle nicht gegeben sei.) . . .

Hiernach ist der Unterhaltsanspruch der Antragstellerin gerechtfertigt, sofern die Vermögens- und Erwerbsverhältnisse der Parteien die Gewährung des Unterhaltes erforderlich erscheinen lassen. Hierfür liegen die thatsächlichen Voraussetzungen vor. . . .

Der Anspruch auf Zahlung eines Prozefakosten-Vorschusses sei — so wird weiter ausgeführt — mit Rücksicht auf den zugebilligten Unterhalt hinfällig.

In dem Hauptprozefs hat das Landgericht zu Frankfurt a. M. am 29. 10. 1901 die Klage und Widerklage abgewiesen.

Es bejaht zunächst mit Rücksicht auf § 606 C.P.O. seize Zuständigkeit für die Vorklage auf Wiederherstellung des ehelichen Lebens und fährt fort:

Die Entscheidung über die Vorklage auf Wiederherstellung des eheliehen Lebens hat grundsätzlich nach ungarischem Recht zu erfolgen, da
einerseite nach deutschem Recht (E.G. z. B.G.B. Art. 14) die persönlichen
Rechtsbeziehungen von im Inlande lebenden ausländischen Ebegatten nach
dem Recht desjenigen Staates zu beurteilen sind, dem sie angehören
besw. (Art. 29 das.) zuletzt angehört haben, andererseits auch nach dem
demnach hier maßgebenden ungarischen Rechte das Recht des Staates, dem
die Ebegatten angehören, und nicht desjenigen, in dem sie wohnen, auf
persönlichen Staatsbeziehungen zu einander anzuwenden ist.

Aus § 77 des ungarischen 81. Gesetzartikels von 1894 ist nun zu folgern, daß eine Klage auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft an sich zulässig ist, wenn auch die Wiederherstellung nicht durch Zwangsvollstreckung herbeigeführt werden kann.

Dem darauf gerichteten Klagebagehren der Klagerin hat aber der Beklagte den Einwand entgegengesetzt, daß sie die Ehe gebrochen habe und noch mit dem Ehebrecher susammenlebe, und daß er deshalb berechtigt sei, die eheliche Gemeinschaft zu verweigern.

Ob dieser Einwand nach ungarischem Recht begründet ist, kann dahingestellt bleiben, denn nach deutschem Rechte (§ 1953 B.G.B.) kann ein Ehegatte die eheliche Gemeinschaft verweigern, wenn er berechtigt ist, auf Scheidung zu klagen, was bei einem Ehebruch der Klägerin zuträfe; und wenn nun das ungarische, also ausländische Gesetz, dem nicht schuldigen Gatten die Befugnis, dem ehebrecherischen Teil die eheliche Gemeinschaft zu verweigern, versagte, so wäre die Anwendung dieses ungarischen Gesetzes nach Art. 30 E.G. z. B.G.B. ausgeschlossen, denn nach deutscher Auffassung widerspricht es dem sittlichen Wesen der Ehe, daß der ehebrecherische Gatte von dem anderen Teile die eheliche Lebensgemeinschaft solle verlangen können, zum mindesten dann, wenn . . . der ehebrecherische Gatte mit dem Ehebrecher zusammen in der bisher ehegemeinschaftlichen Wohnung lebt.

Dies letztere sei - so wird weiter ausgeführt - bewiesen.

Die Klage war deshalb abzuweisen.

Der Ehebruch der Klägerin hätte Widerklage auf Scheidung materiell begründet. Indessen war diese aus formellen Gründen ebenfalls abzuweisen,

Nach § 114 des auch für die Widerklage aus denselben Gründen wie für die Vorklage anzuwendenden ungarischen Gesetzartikels 31 von 1894 ist

in dem Eheprozefs eines ungarischen Staatsbürgers nur das Urteil des ungarischen Gerichts wirksam, also auch nur das ungarische Gericht zur Entscheidung über einem solchen Prozefs zuständig, denn es wäre widersinnig, einem ausländischen (d. i. hier einem deutschen) Gericht zwar die Prozefshandlungen zu gestatten, diesen Prozefshandlungen aber die Wirksamkeit zu versagen.

Da sieh nun der Beklagte selbst noch darauf beruft, dass er . . . jetzt noch Ungar sei und die Klägerin jedenfalls auch Ausländerin ist, so ergiebt sich aus § 606 Abs. 4 C.P.O. die Unzuständigkeit der deutschen Gerichte für die Scheidungsklage.

Die in Besug auf Anerkennung ausländischer Urteile entstehende Frage, ob das ausländische Gericht suständig war, ist gemäß § 328 Ziff. 1 C.P.O. nach deutschem Recht su beurteilen, und zwar auch hinsichtlich materiellrechtlicher Vorfragen.

Urteil des Oberlandesgerichts Celle, II. Civ.-Senat, 17. 3. 1902.

Die Klägerin zu Saaz (Österreich) hatte dem Beklagten, der in Hannover Domizil hat, eine sog. Kontrolikasse geliefert. Sie klagte, als der Beklagte die Kasse wegen des Vorhandenseins von Mängeln zurücksandte, bei dem Bezirksgericht Saaz auf Zahlung und erwirkte die rechtskräftige Verurteilung. Die Klage auf Erlass des Vollstreckungsurteils wurde vom Oberlandesgericht Celle unter Anwendung des in der Überschrift bezeichneten Grundsatzes abgewiesen. Das Gericht führte aus, daß wenn die Faktura der Klägerin als Erfüllungsort für das Rechtsverhältnis in seinem gesamten Umfange Saas bezeichnete, und diese Bezeichnung nach österreichischem Recht, insbesondere nach § 88 2 der Jurisdiktionsnorm, für den Erfüllungsort maßgebend sei, dies für die Erlassung des Vollstreckungsurteils nicht entscheidend sei. Nach konstanter deutscher Rechtsprechung sei ein solcher Fakturavermerk für den Erfüllungsort nicht von Belang und begründe somit auch nicht die Zuständigkeit des Gerichtes des auf der Faktura bezeichneten Erfüllungsortes im Sinne des § 29 C.P.O. — Das Gericht Saaz sei also im Sinne der §§ 29, 3281 C.P.O. nicht zuständig.

Das Urteil führt ferner aus, daß das Gericht in Saas auch nicht suständig im Sinne des § 3281 unter dem Gesichtspunkt des § 23 C.P.O. gewesen sei, wie die Klägerin mit Beziehung auf die an sie surückgeschickte Kontrollkasse behauptet hatte. Diese Kontrollkasse sei su keiner Zeit Eigentum des Beklagten geworden. Es heißt im Urteil: . . "Zurückzuweisen ist die Ansicht, daß der Gerichtsstand des § 23 C.P.O. nicht begründet sei, weil der Beklagte einen Wohnsitz im Deutschen Reiche habe. Nicht der Wortlaut, sondern der Grundsatz des § 23 ist in Anwendung zu bringen. Der Grundsatz aber besagt, daß ein Gerichtsstand des Vermögens gegen einen ausländischen oder wohnsitzlosen Beklagten dann im Inlande begründet ist, wenn der Beklagte im Inlande Vermögen hat. Der deutsche Richter hat zu

pröfen, ob das ausländische Gericht sum Erlafs des Urteils zuständig gewesen wäre, wenn es die deutschen Zuständigkeitsvorschriften anauwenden gehabt hätte. "Es sollen also, soweit es sich um die thatsächlichen Voraussetsungen für diese Anwendbarkeit handelt, überall an die Stelle der deutschen Verhältnisse die entsprechenden Verhältnisse des Auslandes treten. Das ist keine analoge, sondern eine direkte Anwendung der einheimischen Prozefsgesetze auf Fälle, die zwar an eich außerhalb des Bereichs der deutschen Reichsgesetsgebung liegen, die aber gleichwohl der deutsche Gesetzgeber seiner ausdrücklichen Anordnung zufolge insoweit nach dem inländischen Recht behandelt wissen will, als die Zwangsvollstreckung im Deutschen Reiche in Frage kommt" (vgl. Buech u. Sydow, Anm. 2 zu § 328; J.W. 1891 S. 834 u. S. 335 Nr. 11, 1900 S. 590 Nr. 77).

Art. 11 des Haager Abkommens 14. 11. 1896 besieht sich auch auf den Ausländervorschufs zur Sicherheit für die dem Staate sukommenden Gebühren¹).

Beschluß des Reichsgerichts, II. Civ.-Sen., 10. 10. 1902, i. S. Prades c. Brückner (II 223/1902).

Der in Lüttich wohnende Kläger und Revisionskläger Prades, der unbestritten belgischer Staatsangehöriger ist, hat gegen die Verfügung vom 25. 6. 1902, durch welche auf Grund des § 85 Abs. 1 des Gerichtskostengesetzes die Erhebung des dreifschen Gebührenvorschusses für die Revisionsinstanz angeordnet worden ist, Erinnerung erhoben. Dieselbe mußte als begründet erachtet werden.

Die von dem Kläger bestrittene Verpflichtung zur Leistung dieses dreifachen Vorschusses wirde nach dem bezogenen § 85 anzunehmen sein, wenn nicht, wie er geltend macht, seine Befreiung hiervon aus der Ausnahmebestimmung des § 85 Abs. 2 Ziff. 1 des Gerichtakostengesetzes, oder doch aus Artikel 11 des Haager Abkommens zur Regelung von Fragen des internationalen Privatrechts vom 14. 11. 1896 (Reichsgesetzblatt 1899 S. 290) herzuleiten wäre.

Ob dem Kläger bezüglich der ersten Frage beizutreten wäre, ob insbesondere gegenüber der rechtlichen Begründung des Beschlusses der vereinigten Civilsenate vom 21. 6. 1902 (I. 173. 1901) über die Tragweite und Bedeutung des § 110 Abs. 2 Ziff. 1 der C.P.O. die bisherige Rechtsprechung namentlich auch des erkennenden Senates, wonach die Befreiung belgischer, französischer und luxemburgischer Staatsangehöriger von dem dreifschen Vorschufs schon um deswillen augenommen wurde, weil in diesen Ländern auch Deutsche zu einer besonderen Vorauszahlung oder Sicherstellung der Gerichtakosten nicht verpflichtet seien, sonach § 85 Abs. 2 Ziff. 1 cit. zutreffe (vergl. u. a. J.W. 1897 S. 190 Nr. 17, 1898 S. 74 Nr. 29, auch Petersen-

¹⁾ Vgl. Zeitschr. XII 455.

Anger zu § 110 Bem. 10), aufrechtzuerhalten wäre, bedarf nicht der Erörterung und Entscheidung, da die Befreiung belgischer Staatsangeböriger, die in einem der Vertragstaaten wohnen, von dem dreifachen Vorschufs der Gerichtsgebühren sich jedenfalle aus Artikel 11 des erwähnten Haager Abkommens ergiebt.

Die Frage, ob sich dieser Artikel 11 nicht lediglich auf die Sicherheitsleistung für die der Gegenpartei entstehenden Prozefskosten, sondern auch auf die Sicherstellung der dem Staate zustehenden Gerichtsgebühren beziehe, ist streitig und bietet Anlass zu Zweiseln. Der Senat tritt der Ansicht bei, dass die Frage zu bejahen sei.

Der Artikel 11 cit. lautet im französischen Text:

"Aucune caution ni dépôt sous quelque dénomination que ce soit, ne peut être imposée à raison soit de leur qualité d'étrangers, soit du défant de domicile ou de résidence dans le pays, aux nationaux d'un des États contractants, ayant leur domicile dans l'un de ces Etats, qui seront demandeurs ou intervenants devant les tribunaux d'un autre de ces Etats."

Der deutsche Text hat folgenden Wortlaut: "Treten Angehörige eines der Vertragsstaaten in einem anderen dieser Staaten als Kläger oder Intervenienten vor Gericht auf, so darf, sofern sie in irgend einem der Vertragsstaaten ihren Wohnsitz haben, ihnem wegen ihrer Eigenschaft als Ausländer, oder, weil sie keinen Wohnsitz oder Aufenthalt im Inlande haben, eine Sicherheitsleistung oder Hinterlegung, unter welcher Benennung es auch sei, nicht auferlegt werden."

Die Überschrift zu den Artikeln 11—13 lautet im französischen Text: "Cautio judicatum solvi", und im deutschen Text "Sieherheitsleistung für die Prozefskosten".

Die fragliche Bestimmung begreift nach dem Wortlaut der beiden Texte jede Vorschufs- bezw. Sicherheitsleistung, die einem Ausländer wegen dieser seiner Eigenschaft oder wegen mangelnden Wohneitses im Inland aus Anlafs seines Auftretens vor Gericht als Kläger oder als Intervenient auferlegt werden könnte, ohne Unterschied, zu welchem Zweck oder zu wessen Gunsten dieselbe zu leisten ist. Dieselbe umfast daher auch die Sicherstellung der dem Staate sustehenden Gebühren. In den Worten: sous quelque dénomination, que ce soit, hat die Allgemeinheit der Bestimmung einen prägnanten Ausdruck gefunden. Auch der auf Erleichterung der internationalen Rechtsbeziehungen durch möglichste Beseitigung der Sonderbestimmungen für Ausländer zu Gunsten der Angehörigen der Vertragsstaaten gerichtete Zweck jener Abmachung spricht für die allgemeine Tragweite derselben. Bei anderer Auslegung würde jener Zweck bezüglich Dentschlands in einem wesentlichen Punkte nicht erreicht werden, und es ist nicht ansunehmen, dass eine solche Sonderstellung eines Staates hingichtlich eines erhoblichen Teiles der im Prozesse erwachsenen Kosten, die, wenn sie auch dem Staate geschuldet werden, immerhin Prozefskosten jedenfalls im weiteren Sinne sind, beabsichtigt gewesen sei.

Bedenken gegen die hier vertretene Ansicht werden hergeleitet wesentlich einmal aus der Überschrift der betreffenden Artikel und sodann aus dem Umstand, daß bei den Verhandlungen der internationalen Kommission,

welche zu dem Abschluss des Abkommens gestührt haben, bezüglich des in Frage stehenden Punktes immer nur von den der Partei entstandenen besw. geschuldeten Prozefskosten die Rede gewesen sei. Was die Überschrift anlangt, so ist es richtig, dass der Ausdruck cautio judicatum solvi in der Rechtssprache die Sicherheitsleistung für die der Gegenpartei eventuell zu ersetzenden Kosten bedeutet. Wenn indessen auch die Überschrift eines Gesetzabschuittes ein nicht unwesentliches Auslegungsmittel bildet, so ist dieselbe doch nicht entscheidend. In erster Linie kommt es auf den Text an, und es ist durchaus nichts Ungewöhnliches, dass dieser enger oder weiter ist, als nach der Überschrift anzunehmen sein möchte. Im vorliegenden Falle erklärt sich die Überschrift aus dem Umstand, daß bei der Redaktion des Abkommens das besondere System der deutschen Gesetzgebung, wonach ein Vorschufs für die Gerichtsgebühren zu leisten ist, nicht bekannt gewesen besw. bei den Verhandlungen nicht zur Sprache gekommen ist. Es ergiebt eich dieses inbesondere aus einer Auskunft des Auswärtigen Amtes des Deutschen Reiches, welche in einem Beschlusse des Oberlandesgerichts zu Hamburg vom 8. 2. 1901 (Entscheidungen der Oberlandesgerichte Bd. 2 S. 208, Scuffert, Archiv 56 Nr. 161), in dem gleichfalls die Anwendbarkeit des Artikels 11 auf die Gerichtsgebühren angenommen wurde, mitgeteilt ist, Dafür, dass man bei den Verhandlungen über das Abkommen überhaupt nicht auf die in den einzelnen Staaten bestehenden verschiedenen Verhältniese eingehen wollte, vielmehr jede besondere Sicherheitsleistung der betreffenden Ausländer, in welcher Form und für wen sie zu leisten sei, wollte, sprechen inabesondere die bereits hervorgehobenen Worte "sous quelque dénomination que ce soit", und daftir, dass es nicht angängig ist, die Bestimmung streng auf den Umfang der Überschrift zu beschränken, spricht gleich der Eingang des Artikels 11 "Aucune caution ni dépôt".

Der Umstand, daß bei den Verhandlungen nur von den Prozesskosten der Parteien, nicht auch von den Gebühren des Staates die Rede gewesen ist, erklärt sich gleichfalls aus dem Umstande, daß die fibrigen Staaten nur eine Sicherheitsleistung für solche Parteikosten kennen, und die besonderen Einrichtungen einzelner Staaten nicht speciell zur Sprache gebracht worden sind. Daraus folgt aber nicht, daß die allgemein getroffene Verfügung auf solche Kosten der Parteien beschränkt werden sollte. Insbesondere ist anzunehmen, daß, wenn im Interesse der internationalen Beziehungen die Beseitigung der von Ausländern für die inländischen Parteien zu stellenden besonderen Sicherheit für zulässig erachtet wurde, bezüglich der Sicherung der dem Staate zustehenden Gerichtsgebühren eine andere Auffaszung nicht obgewaltet hat.

Endlich kann auch aus Artikel 12 des Abkommens, der allerdings eine Erleichterung der Einziehung nur der Parteikosten gegen die Ansländer im Auge hat, ein entscheidendes Argument gegen die hier vertretene Annahme, für die sich auch das Oberlandesgericht Cöln ausgesprochen hat (Rhein. Archiv 97 I S. 163), nicht hergeleitet werden.

Zu verweisen ist noch auf die analoge Bestimmung in Artikel 56 Abs. 2 des Berner internationalen Übereinkommens über den Eisenbahnfrachtverkehr vom 14. 10. 1890 (Reichsgesetzblatt 1892 S. 793 ff.), die in der Theorie und Praxis nicht nur auf die Prosefakosten der Parteien, sondern auch auf den erhöhten Vorschuß gegenüber dem Staate (§ 85 cit.) besogen wird. (Vergl. Gerstner, Internationales Eisenbahnfrachtrecht, Ergünsungsband zu Artikel 56 * III 8. 131.)

Massgeblichkeit der bisherigen Kollisionsnormen für Rechtsverhältnisse alten Rechtes. Die Klausel cif für den Erfüllungsort und demgemäß für die international-privatrechtliche Frage ohne Bedeutung.

Urteil des Reichsgerichts, VI. C.-S., 24. 10. 02, i. S. Klepzig c. Stevenson & Co. (VII 241/1902.)

Entscheidungsgründe:

Streitig ist lediglich die Gegenforderung des Beklagten, die sich darauf gründet, dass die Klägerin ihren Verpflichtungen aus dem Vertrage nicht nachgekommen sei. Der Vertrag ist nach der Feststellung des Berufungsrichters im Dezember 1899 zu Rotterdam geschlossen. Für das aus ihm erwachsene Schuldverhältnis bleiben daher die bisherigen Gesetze maßgebend (Art. 170 des E.G. s. B.G.B.). Dies gilt auch für die Frage nach dem örtlichen Rechte, welchem das Schuldverhältnis in Beziehung auf die Verpflichtung der Klägerin unterworfen ist. Sie kann nur nach Maßgabe der bisherigen Normen des internationalen Privatrechts entschieden werden, unter deren Herrschaft die Obligation entstanden ist. Nach der feststehenden Rechtsprechung des Reichsoberhandelsgerichts und des Reichsgerichts ist das örtliche Recht des Schuldverhältnisses in erster Linie dazjenige, welchen sich die Parteien ausdrücklich oder stillschweigend unterworfen haben, und in Ermangelung eines erkennbaren Parteiwillens das Recht des Erfüllungsortes (vgl. die Zusammenstellung bei Rehbein, Entscheidungen des Obertribunals Bd. 1 No. 18 S. 72 1 Aufl., wo such entsprechende Urteile des vormaligen preußischen Obertribunals angeführt sind, ferner Entscheidungen des Reichsgerichts Bd. 4 S. 246, Bd. 9 S. 227, Bd. 14 S. 239). Ohne Bedeutung ist hiernach für die internationalrechtliche Frage der Entstehungsort der Obligation. Der Berufungsrichter wendet im vorliegenden Falle das niederländische Recht an, weil anzunehmen sei, dass die Parteien sich diesem Rechte hätten unterwerfen wollen. Als Grund für diese Annahme wird aber nur geltend gemacht, dass Rotterdam sowohl Entstehungs- wie Erfüllungsort für die Verbindlichkeit der Klägerin sei. Das erstere ist nicht zu beanstanden, das letztere aber insofern nicht zutreffend, als mit Unrecht der Klausel eif eine Bedeutung für den Erfüllungsort beigelegt wird. In dem vom Berufungsrichter in Besug genommenen Urteil ist in Übereinstimmung mit der bisherigen Praxis ausgeführt, daß sich die gedachte Klausel nur auf gewisse Kosten beziehe und am Erfüllungsorte nichts ändere (vgl. Entscheidungen des Reichsoberhandelsgerichts Bd. 13 S. 437 und des Reichsgerichts Bd. 14 S. 114), also das Gegenteil von dem, was der Berufungsrichter als Inhalt des Urteils bezeichnet. Demgemäß ermangelt die Annahme eines für das niederländische Rocht entscheidenden Parteiwillens der Begründung. Ein solcher ist nach der jetzigen Lage der Sache überhaupt nicht erkennbar. Demnach würde das Recht des Erfällungsortes, als welcher, soweit ersichtlich, Glasgow zu gelten haben wird, für die Beurteilung der streitigen Gegenforderung maßgebend sein. Die Anwendung des niederländischen Rechtes beruht auf rechtlich unhaltbarer Grundlage, deren Nachprüfung dem Revisionsgerichte nicht entzogen ist (Entscheidungen des Reichsgerichts Bd. 6 S. 395). Das Berufungsurteil war daher, ohne daß auf die übrigen Revisionsangriffe einsugehen wäre, aufzuheben und die Sache in die Vorinstans surücksuverweisen, damit die Gegenforderung anderweit unter Berücksichtigung des nach vorstehendem anzuwendenden, in Schottland geltenden Rechtes geprüft werde.

Schutz der Warenbezeichnungen. Ausländische Firmen, welche in Deutschland eine Handelsniederlassung haben, stehen den Inländern gleich.

Urteil des Reichegerichts, II. Str.-Sen., 30, 10, 1902, i. S. c. Friedemann,

D. 3172/02

1X 2910

Aus den Gründen:

Ihren ersten Angriff gründet die Bevision auf die Behauptung, der zweite Abeats des § 28 des Gesetzes zum Schutze der Warenbezeichnungen beziehe sich auch "auf solche ausländische Firmen, die in Deutschland eine Handelsniederlassung haben". Die Firma F. Reddaway & Co., die in Manchester "domiziliere" und einen Inlandsvertreter nicht habe, sei daher zur Stellung eines Strafantrags nicht berechtigt gewesen.

Allein diese Ausführung der Revision ist rechtsirrig.

Nach dem § 23 ist entscheidend die Niederlassung, nicht aber die Staatsangehörigkeit (Entscheidungen in Civilsachen Bd. 41 S. 66 insbes. 69). Wer im Inlande eine Niederlassung nicht besitzt, hat auf dem Schutz des Gesetzes nur Anspruch, wenn die von dem ersten Absatz des § 23 näher gekennzeichnete Gegenseitigkeit besteht, und in Anschung der Geltendmachung des Anspruchs auf Schutz eines Warenzeichens — nicht aller Warenbezeichnungen (Entscheidungen Bd. 31 S. 30) — wird im sweiten Absatz bestimmt, daß hierzu ein inländischer Vertreter bestellt sein müsse. Wer aber — so ergieht sich aus diesen Bestimmungen unzweidentig — eine Niederlassung im Inlande besitzt, unterliegt weder der beschränkenden Voranzestzung des ersten Absatzes soch dem Vertreterswang des sweiten Absatzes. Der gesetzgeberische Grund, auf dem die Vorschrift des zweiten Absatzes beruht, nämlich Erleichterung des geschäftlichen Verkehrs swischen den beteiligten Kreisen und dem Patentamt einerseits und dem im Auslande wohnenden Berechtigten andererseits (Begründung zu § 21 des Entwurfs, Druckenehen des deutschen

Reichstags, 9. Leg.-Per. II. Sess. 1898/94 No. 70 S. 19), würde im Falle des Vorhandenseins einer inländischen Niederlassung auch gar nicht gutreffen.

Die Rüge, die übrigens die Annahme, dafs die erwähnte englische Firma eine Niederlassung im Deutschen Reiche habe, nicht bemängelt, geht somit fehl. . . .

Belgien.

Für die Ansprüche aus dem Sestransportvertrage ist das Recht des Abladehasens maßgebend.

Cour d'appel Gent 2. 5. 1901, Moreele c. James (J. XXIX 890).

Es wurde am einem Seetransportvertrag wegen schuldhafter Havarie gegen Kapitän und Schiffseigner auf Schadensereatz geklagt. Das Schiff war englisch. Der Transportvertrag war zwischen Engländern im Ausland geschlossen, und der Bestimmungshafen war englisch. Das Schiff wurde aber infolge der Havarle in den Hafen von Gent geschloppt. Infolge des letzteren Umstandes beurteilte das Gericht die Klagansprüche gemäß dem belgischen Recht.

E≥gland.

Eheschliefsung vor einem englischen Konsul in Frankreich.

High Court of Justice, Chancery Division 28. 5. 1900, Hay c. Northcote (The law times 14. 7. 1900, J. XXIX 151).

Vor dem englischen Konsul in Bordeaux hatte ein Fransose mit einer Engländerin in Gemäßsheit der englischen Vorschriften die Ehe geschlossen. Der Gerichtshof erklärte die Ehe für gültig, ungeschtet der von seiten der fransösischen Gerichte erfolgten Nichtigkeitzerklärung.

Anm.: Das maßgebende Gesetz ist die "Foreign Marriage Act 1892" (55 u. 56 Vict. ch. 23), welche Konflikte wie den vorliegenden unsweifelhaft principiell suläßt, aber deren Vorkommen zu verhindern sucht durch die Bestimmung des Art. 19: "A marriage officer shall not be required to solemnize a marriage, or to allow a marriage to be solemnized in his presence, if in his opinion the solemnization thereof would be inconsistent with international law or the comity of nations." Diese Bestimmung ist vom englischen Konsul im gegebenen Fall außer acht gelamen.

Für das eheliche Güterrecht ist lex domicilii des Ehemannes nur Zeit der Eheschliefnung maßgebend.

Court of appeal 30. 4. 1900, Loustalan c. Loustalan (The Law Times 18. 8. 00, J. XXIX 380).

Eine Fransösin, Fran Guillard, geborene Lousialan, hatte 1870, vor ihrer Verheiratung, während sie in England wohnte, ein Testament errichtet. Sie heiratete 1874 in England den Franzosen Guillard, welcher damals gleichfalls in England wohnte. Der Ehemann siedelte im Jahr 1890 ohne seine Fran nach Frankreich über, wo er auch 1894 wohnte, als die Fran in England starb.

Die Wirkenkeit des Testamentes wurde bestritten unter Berufung auf die Vorschrift des englischen Rechtes, wonach ein Testament durch spätere Eheschließung aufgehoben wird 1). — Der Gerichtshof erklärte das Testament für unwirksam, indem er annahm, die angegebene englische Rechtsvorschrift betreffe den ehelichen Güterstand. Für letsteren aber sei das Recht des Domizils des Ehegatten am Tag der Eheschließung maßgebend. Die englische Testamenturegel greife daher Plats.

Frankroich.

1. Anerkennung einer von deutschen Gerichten ausgesprochenen Ehescheidung italienischer Staatsbürger? 2. Personalstatut der Ausländer gemäß Art. 3 Code eivil.

Die Frage zu 1 ist neuerdings von dem Tribunal civil de la Seine in zwei vonelnander abweichenden Urteilen behandelt:

- 1) 10. 7. 1901 (J. XXVIII S. 967) in Sachen Pératé gegen Pératé und Gassotti (I. chambre).
- 18. 11. 1901 (J. XXIX S. 108) in Sachen v. Meyer gegen Compagnie des chemins de fer d'Orléans (5. chambre).

Der hier interessierende Sachverhalt des suerst genannten Urteils (welches Ztschr. XII S. 131 genauer mitgeteilt ist) war folgender:

Das Landgericht zu Wiesbaden hatte am 11. 11. 1899 die Scheidung der Ehegatten Paini ausgesprochen, welche damals die italienische Staatsangehörigkeit besafsen. Der Ehegatte ging am 25. 1. 1900 in London eine neue Ehe ein. Das Tribunal civil de la Seine erklärte diese Ehe für nichtig, weil das italienische Recht nur die Trennung von Tisch und Bett auerkenne

¹⁾ Vgl. Lehr, Eléments de droit civil anglais (1885) § 586.

und deswegen dem deutschen Ehencheidungsurteil nur die Wirkung der

Trennung von Tiech und Bett beisumessen sei.

Das suletst genannte Urteil entschied im Gegensatz hierzu, daß eine von dem Landgericht zu Hamburg am 7. 6. 1899 ausgesprochene Scheidung italienischer Ehegatten, des Marquis und der Marquise Brancaccio, als vollwirksame Scheidung anzuerkennen und die am 25. 7. 1899 in London von

der Ehefrau eingegangene neue Ehe für gültig zu erachten sei.

Das Urteil 10. 7, 1901 berief sich auf die Maßgeblichkeit des italienischen Rechts als Personalstatutes, gemilis Art. S Code civil. Des Urteil 18. 11. 1901 führte dagegen aus: Art. 8 des Code civil bestimme, daß Personalstatut der Franzosen deren loi nationale sei, lasse aber besüglich der Nichtfranzosen dahingestellt, ob als deren Personalstatut gleichfalls das Heimstrecht oder das Wohnsitsrecht zu gelten habe. Im vorliegenden Falle beanspruche das italienische Recht als Heimstrecht, das deutsche Recht als Wohnsitzrecht seine Anwendung. Das Urteil führte aus, daß hier ein "couffit cutro deux souversinetés" vorliege, welcher su Gunsten Deutschlands su entscheiden sei, dessen Gerichte endgültig entschieden hätten. Das Urteil führt aus: _que l'arrêt de la Cour de Hambourg n'a fait, en statuant qu'une application régulière entre deux époux étrangers du statut personnel allemand, auquel les époux s'étaient soumis en fixant leur domicile en Allemagne, et que, des lors, aucune dérogation aux lois nationales qui intéressent l'ordre public et les bonnes moeurs n'étant relevée, les tribunaux français doivent lui permettre de produire en France les effets qu'il comporte," ferner: "qu'il n'y a aucun intérêt à faire prévaloir contre le statut personnel allemand les dispositions du statut personnel italien, et qu'il y a dans l'espèce une corrélation plus étroite entre l'ordre public interne français et le statut personnel aliemand."

Anm.: Die Auslegung, welche das zweite Urteil dem Art. 3 Code civil giebt, welcht von der Auffassung der herrschenden französischen Jurisprudenz ab, welche auch für Ausländer schlechtlin das Heimatrecht als Personalstatut anwendet. S. Vincent und Pénaud, Dictionnaire de droit international privé S. 355 No. 19 ff., ferner Ztechr. V 297, J. XXII 1079, XXIX 107 (Note.)

Nichtanerkennung eines ausländischen Konkurses.

Cour d'appel Paris 14, 11, 1901 (J. XXIX 110),

Ein Franzose, über dessen Vermögen in der englischen Kolonie Mauritins der Konkurs eröffnet war, hatte über eine Forderung gegen einen in Paris wohnenden Franzosen durch Kompensationserklärung verfügt. Die vom Konkursverwalter gegen diese Verfügung erhobene Anfechtungsklage wurde abgewiesen, weil ausländische Gerichtsentscheidungen — insbesondere auch Konkurseröffnungsdekrete — nach Art. 2123 Code civil und Art. 546 Code de procédure in Frankreich nur im Falle der — hier nicht erfolgten — Erteilung des Exequatur Rechtskraft haben.

Versagung des Exequatur gegenüber einem englischen Urteil wegen Nichtbefolgung des § 215 Code civil.

Tribunal civil de la Seine 27. 3. 1901, Barnes c. Montmort (J. XXIX 116).

Durch Urteil des englischen High Court of Justice 14. 7. 98 war die Beklagte, eine Französin, zur Zahlung einer namhaften Summe an den Kläger verurteilt worden, ohne daß ihr Ehemann, gleichfalls Französe, die Prozeisführung der Beklagten gemäß Art. 215 Code civil autorisiert hatte. Der Gerichtshof lehnte das vom Kläger für jenes Urteil nachgesuchte Exequatur ab, weil Art. 215 eine absolut durchgreifende Vorschrift des Personalstatutes der Beklagten sei; denn sie heruhe "dans un intérêt social".

Anm.: Art. 215 C. c. lautet: "La femme ne peut ester en jugement sans l'autorisation de son mari, quand même elle serait marchande publique, ou non commune, ou séparée de biens."

Red.

Zustöndigkeit fransösischer Gerichte für die Klagen von Ausländern gegen Ausländer.

Tribunal de commerce Marseille 28. 8. 1900, Rovato c. Deutsche Transportgesellschaft (J. XXIX 328).

Der Gerichtshof erklärte sich zuständig für die Klage, obwohl sie von einem Ausländer gegen eine ausländische Gesellschaft gerichtet wurde, indem er ausführte: Der Kläger sei Ausländer, aber als Inhaber eines autorisierten Domisils in Frankreich im Sinne des Art. 14 Code cwil anzuschen, weil er zeit vielen Jahren thatsächlich in Marseille wohne, Handel treibe, Steuern bezahle, in das Patentregister eingetragen und dort verheiratet sei. Danach sei "aux termes d'une jurisprudence constante" die "autorisation à fixer son domicile en France" gegeben.

Anm.: Der Standpunkt des Urteils ist in der französischen Praxis keineswegs allgemein anerkaunt. Vgl. Vincent et Pénaud, Dictionnaire de droit international privé (1888) S. 252, Ztschr. XII S. 129. Red.

Die Rechte des Wechselnehmers gegen den Bezogenen richten sich nicht nach dem Personalstatut des letzteren, sondern nach dem Ausstellungsort.

Cour de cassation 6. 2. 1900, Cour d'appel Caen 12. 12. 1900 (J. XXVII 605 XXIX 331).

Es handelte zich darum, ob ein in London ausgestellter, auf eine französische Handelsgesellschaft gezogener, an einen Französischez Wohnsitz) begebener Wechsel — welcher nicht zur Acceptation

präsentiert war — dem Nehmer gemäß fransösischem Rechte die "propriété de la provision de la lettre de change", d. h. das Recht übertragen habe, die materiell der Tratte zu Grunde liegende Forderung des Ausstellers gegen dem Bezogenen geltend zu machen, oder ob Art. 53 der englischen Wechselordnung maßgebend sei, wonach Rechte gegen den Bezogenen durch die Wechselbegebung nicht begründet werden. Es wurde in letzterem Sinns entschieden, mit der Begründung, daß der Inhalt des dem Nehmer übertragenen Rechtes durch das am Ort der Ausstellung geltende Recht bestimmt werde.

Die Legitimation durch nachfolgende Ehe bestimmt sich nach dem am Ort der Eheschliefsung geltenden Recht.

Tribunal civil de la Seine, 4. 6. 1901, Pariot c. Pariot (J. XXIX 884).

Auf Grund eines amerikanischen certificat de coutume, wonach gemäß dem in New-York geltenden Recht die Eheschließung der Eltern ipso facto die Legitimation der vorher gezeugten und geborenen Kinder bewirkt, erkannte das Urteil den vorehelichen Kindern französischer Eltern, welche in New-York geheiratet hatten, die Eigenschaft ehelicher Kinder zu, nachdem festgestellt war, daß die Eheschließung in den materiellen Erfordernissen dem französischen, in der Form dem in New-York geltenden Recht entsprach.

Ann.: Art. 831 des Code civil fordert behufs Legitimation durch nachfolgende Ehe, dass die Eltern die Kinder "auront légalement reconnus avant leur mariage, ou qu'ils les reconnaîtront dans l'acte même de la célébration." Die französische Judikatur ist geteilt hinsichtlich der Frage, ob Art. 831 auch für die Legitimationswirkung der von Französen im Auslande geschlossenen Ehen gilt. Sie ist mehrfach bejaht worden (Paris 2. 8. 76, J. IV 230; Bordeaux 18. 5. 77 u. 27. 8. 77, J. V 3a). Verneint ist sie, wie im vorstehenden Urteil, durch das Tribunal zu Besançon 25. 7. 76 (J. IV 228).

Artt. 1394, 1395 Code civil (Unsulässigkeit von vertraglichen Änderungen des ehelichen Güterstandes während der Ehe).

Tribunal civil de la Seine 29, 5, 01, Viassow c. Y. (J. XXIX 361), *

Die Ebegatten Vlassow, er russischer Unterthan, sie bis zur Ebeschliefsung Französin, hatten 1888 in Bukarest die Ebe geschlossen und dort vor der Ebeschliefsung durch Ebevertrag das gesetzliche Güterrecht des französischen Rechtes vereinbart. — In den Jahren 1894 und 1895 batten nie vor dem russischen Konsul in Paris und vor einem Notar in Petersburg einen neuen Ebevertrag geschlossen, durch welchen sie den gesetzlichen Güterstand des russischen Rechtes vereinbarten und festsetzten, daß die Ebefrau freie Verfügung über ihr gesamtes bewegliches und unbewegliches Vermögen haben solle. — Der Gerichtshof hatte darüber zu entscheiden, ob

eine Verfügung der Ehefrau über in Frankreich belegenes bewegliches Vermögen, welche ihr gemäß dem Ehevertrage von 1888 nicht sustand, wohl aber gemäß den Eheverträgen von 1894, 1895, anzuerkennen sei. Die Frage wurde bejaht und zwar mit der Begründung, daß Artt. 1894. 1895 Code civil 1) keine absolute Geltung beanspruchten, daß vielmehr die Zulässigkeit einer während der Ehe stattfindenden vertraglichen Anderung des ehelichen Güterstandes sich, wie das ebeliche Güterrecht überhaupt, lediglich nach los nationale der Ehegatten richte.

Anm.: Vgl. das Urteil des Appellationsgerichtshofes zu Palermo 2. 6. 1899. unten S. 630.

Anerkennung der Rechtsfähigkeit ausländischer (englischer) Handelsaesellschaften.

Tribunal de commerce de Nice 29, 11, 01, Cesari c. Sardo u. Raymond (J. XXIX 866).

Nach dem Ges. 30. 5. 57 ist eine ausländische Gesellschaft als rechtsfähig in Frankreich grundsätzlich nur auf Grund einer Autorisation des französischen Staatsoberhauptes (chef de l'Etat) "en conseil d'Etat" anauerkennen. Für englische Gesellschaften wird diese Autorisation aber ersetzt durch den fransösisch-englischen Vertrag 30. 4. 62.

Auf Ausländer und im Ausland wohnende Personen, welche an einem in Frankreich begangenen Pressvergehen beteiligt sind, findet das _échelonnement de responsabilités" § 42 Ges. 29, 7, 1881 micht Amvendung.

Cour d'appel Paris 14, 1, 95, Chervin e. Baillière (J. XXIX 354).

Eine Broechüre, welche in Deutschland gedruckt und von einem in Frankfurt a. M. wohnenden Dr. E. verfalst war, von den beklagten Gebrüdern B. in Paris vertrieben wurde, entbielt Beleidigungen des Klägers Ch. - Die Gebrüder B. wurden deswegen zu Strafe und Schadenserzatz verurteilt. Die Intervention des Dr. E., welcher als Verfasser und Teilnehmer gemäß § 42 des Prefegesetzes*) sich als in erster Linie verantwortliche Person prisentierte, wurde surtickgewiesen, indem ausgeführt wurde, daß

¹⁾ Art. 1894: Toutes conventions matrimoniales seront rédigées, avant

le mariage, par acte devant notaire. Art. 1895: Elles ne peuvent recevoir ascun changement après la célébration du mariage.
2) Vgl. das Urteil oben S. 183.

bei der in § 42 cit. aufgestellten Reibenfolge der Verautwertlichkeit die beteiligten Ausländer und im Auslande wohnenden Personen nicht in Betracht kämen.

Tunis 1).

Wirkung des Urteils eines tumesischen Gerichtes, welches die Trennung der Ehe italienischer Staatsangehöriger von Tisch und Bett ausspricht.

Tribunal Tunia, 5, 12, 1900, Tesi c. Calvo (J. XXIX 383).

Der Italiener Calvo, jüdischer Konfession, hatte in Tunie im Jahre 1888 vor jüdischen Notaren unter Genehmigung des Großrabbiners sich von seiner Ehefrau geb. Omona durch "répudiation" geschieden. Die letztere hatte nunmehr vor dem französischen Gericht in Tunis auf Trennung von Tisch und Bett gemäß italienischem Bechte geklagt und durch Urteil 11. 10. 1897 séparation de corps erlangt. Calvo schloß 1. 6. 1898 vor einem katholischen Priester in Tunis eine neue Ehe mit der Witwe Tesi geb. Accardi. Auf die Klage der Kinder der letzteren wurde deren Eheschließung seit

¹⁾ Über den Privatrechtssustand in Tunis ist zu bemerken: Bis 1883 war der Rechtssustand derjenige eines "pags de capitalation". Auf Grund des französisch-tärkischen Vertrages von Kasar Saïd 12.5. 1881 wurden dann durch Gesets vom 27. 3. 1883 an Stelle der bisherigen Konsulargerichte französische Friedenagerichte und ein Tribunal de première instance eingesetst, wihrend als Appellationshof derjenige zu Algier und für die Kasationsinstans der Kassationshof zu Paris für zuständig erklärt wurde. Die Staaten, welche hisber Konsularjurisdiktion geübt hatten, versichteten demnächst successive auf dieselbe. Durch das Gesetz vom 27. 3. 1883 waren die französischen Gerichte für zuständig erklärt hinsichtlich "toutes les affaires civiles et commerciales entre Français et protégés français", mit der Bestimmung, dass ihre Kompetens durch Verordnung des Bey mit Zustimmung der französischen Regierung ausgedehnt werden könne "h toutes aufres personnes". Durch entsprechende Verordnungen des Bey vom 5. 5. 1883 und 21. 7. 1884 ist die Kompetens der französischen Gerichte dann auf die Streitigkeiten zwischen Nichteinheimischen untersinander und zwischen Nichteinheimischen Gerichte sind daneben stehen geblieben und zuständig für alle Streitigkeiten zwischen Einbeimischen. Die französischen Gerichte entscheiden grundsätzlich nach französischen, die einheimischen nach einheimischen Recht. Jedoch bringen die französischen Gerichte hinsienischen Recht. Jedoch bringen die französischen Gerichte hinsiehtlich der Vollstreckbarkeit wie Entscheidungen ausländischer Gerichte hinsiehtlich der Vollstreckbarkeit wie Entscheidungen ausländischer Gerichte behandeln und demgemäß die Vollstreckbarkeit von der Erteibung des Recquatur und einer vorgängigen Prüfung "aus fost" abhängig nachen. Die französische Judikatur hat infolgedensen auf die Rechtsuswendung und Rechtsentwickelung auch des einheimischen Rechts Einfink.

Calvo für nichtig erklärt. - Die Zulässigkeit sowohl der füdischen Repudiation als der kirchliehen Eheschliefsung in Tunis wurde an und für nich nicht verneint, vielmehr die Nichtigkeitserklärung auf die Rechtskraft des Urteils 11. 10. 1897 gestütst, durch welches das Rechtsverhältnis Calvo-Ossona ant den Boden des italienischen Rechtes, inabesondere des Art. 56 Codice civile gestellt sei.

Schenkungsakt moischen Italienern über ein tunesisches Grundetilek.

Tribunal Tunis 5, 12, 1900, Giano c. Borsoni (Revue algérienne 1901 II S. 327, J. XXIX, S. 108, 327).

Die Wirksamkeit eines swischen Italienern vor dem italienischen Konsulat zu Tunie vorgenommenen Schenkungsaktes über tunesische Grundstücke richtet eich nach italienischem Recht.

Massgeblichkeit des — schweiserischen — Heimatrechtes für cheliches Güterrecht und Erbrecht.

Tribunal Tunis (1. chambre), 6. 6. 1900, Harris c. Lison (J. XXIX 858),

Die Kinder schweiserischer Eltern hatten auf Teilung der Erbschaft ihrer mit tunesischem Domizil gestorbenen Mutter insbesondere bestiglich sweier in Tunis belegener Grundstücke geklagt und siegten ob. Der Gerichtshof legte sowohl für das eheliche Güterrecht der Erblasserin, wie für dem Erhanspruch das Recht des Kantons Wallis, aus dem der Ehemann der Erblamerin stammte, sugrunde. In dem Urteil heifst es wörtlich: "Attenda qu'aucun contrat n'a dressé pour régler le régime auquel devraient être soumis

Für das Immobiliarrecht ist eine Specialgesetzgebung (namentlich Ges. v. 1. 7. 1885, Dekret v. 17. 7. 1888) erlassen.

Der Privatrechtszustand ist demgemäß in der Hauptsache der, daß im Territorium französisches Recht gilt, daß aber die einhelmischen Mohammedaner und Juden (solange sie nicht naturalisiert sind) nach ihrem eigenen Rechte leben.

Von der besonderen Litteratur über Tunis ist zu nennen:

Godins de Souhesmes, Tunis. Tunis 1875.

Aribut, J., Recueil de notions de droit musulman (rite malékite et rite hanbalite) et d'actes notariés, judiciaires et extrajudiciaires par le Cheikh Mehamed Elbacher Ettonati, traduit et annoté. Tunis (Borrel)

Code civil et criminel du royaume Tunesien. Traduction de l'arabe. Bone (Imprimerice de Dagand) 1860. Bompard, Législation de la Tunisie. Paris 1888.

Sebeut, Dictionnaire de la législation tunisienne. Dijon 1896.

Sorbier de Pougnadoresse, La justice française en Tuniele. Paris und Montpellier 1897. Niemsger.

les biens des époux, mais att. qu'il est certain que ces derniers ont voulu adopter celui qui est en vigueur en Suime dans le canton du Valais . . ., — att. d'autre part, que les successions sont régis en Tunisie, même en ce qui concerne les immeubles, par la loi nationale du défunt, — att. que cette règle a été établie par des usages qui ont force de loi, et qu'elle a été consacrés par l'art. 2 de la loi foncière tunisienne . . .

Anm. Vgl. das folgende Urteil und die Anmerkung dasu.

Maßgeblichkeit des — jüdischen — Wohnsitzrechtes für eheliches Güterrecht und Erbrecht. Rückverweisung 1)?

Tribuual Tunis (2. chambre), 27. 6. 1900, Semha ben Attar c. Ben Attar (J. XXIX 358).

Semha ben Attar, englischer Unterthan, jüdischer Konfemion, starb in Tunis, wo er sein Domizil hatte, mit Hinterlassung von dortigem Grundvermögen. Seine Tochter klagte gegen ihre Söhne und Enkel auf Herausgabe eines Teiles der Erbechaft. Die Klage wurde abgewiesen, weil nach dem in Tunis für Juden geltenden jüdischen Erbrecht männliche Descen-

¹⁾ Der Gerichtshof befolgt in diesem Urteil, ohne es aussusprechen, das Rückverweisungsprincip, während dies in dem vorhergehenden Urteil nicht geschehen ist. — Die Rückverweisung des an und für sich als maßgebend zugrunde gelegten englischen Rechtes auf die tunesische ka maßgebend zugrunde gelegten englischen Rechtes auf die tunesische ka domicilii stöfst auf die besondere Lage, daß die lex domicilii kein lokal geltendes Erbrecht, sondern nur mehrere für verschiedenen Nationalitäten und Konfessionen personalen — Geltungebersich der letzteren bestimmen, sind ihrem Wesen nach Kollisionsnormen. Indem der Gerichtshof der Rückverweisung des englischen Rechtes auf diese lex domicilii folgt, ist er — ganz unvermeidlich, da es keine allgemeine lokale lex domicilii giebt — veranlaßt, auch die eigentümliche personale Welterverweisung der kax domicilii auf das konfessionelle Recht zu acceptieren. Die Norm giebt nun die obem 5.626 angeführte fransösische Gesetugebung. Der Gerichtshof stellt sich, dem Wortlaut seiner Ausführungen nach, auf den Standpunkt, daß die Rechtsvorschriften maßgebend geblieben seien, welche die frühere Rechtsprechung der englischen Konsulargerichte hinsichtlich der Frage aufgestellt habe, welches Recht für die Beerbung der in Tunis domicilierten Engläuder maßgebend sei. Im gegebenen Fall stimmt der Inhalt dieser Rechtsvorschriften mit den demnächst erlassenen Vorschriften tiberein. Aber es kann doch keinen begründeten Zweifel unterliegen, daß die französischen Vorschriften an die Stelle des früheren Rechts getreten sind. Der Verzieht Englands wie der übrigen europäischen Btaaten auf Ausfühung der Konsulargerichte in dem fremden Staatsgebiet geübten Justishoheit sowohl in materieller wie in prozessualer Hinsicht. — Die Aufrechtarhaltung der konfessionellen Personalität des Bechtes durch die französische Justishoheit an die Stelle der bis dahin durch die übrigen Staaten personal geübten Justishoheit getreten ist.

denten das Erbrecht der weiblichen Descendenten ausschließen und letztere auf einen Mitgifteanspruch beschränkt sind. Hinsichtlich der Maßgeblichkeit des jüdischen Rechtes für den Nachlaß des englischen Erblassens heißt es im Urteil: "attendu que les succesions sont régies en Tunisie, même en ce qui concerne les biens immobiliers, par la loi nationale du défunt, — att. que cette règle a été établie par d'anciens usages et qu'elle est formellement consacrée par l'art. 2 de la loi foncière tunisienne, — att. que d'après la législation anglaise, ce sont les coutumes israélites tunisiennes qui sont applicables aux successions laissées en Tunisie par des israélites indigènes sujets anglais qui étaient domiciliés dans ce pays au moment de leur décès . . ." Es wird ausgeführt, dieser letztere Grundsatz sei früher von den englischen Konsulargerichten angewendet worden und durch den Übergang der Jurisdiktion an die französischen Gerichte nicht geändert.

Holland.

Abschlus eines Ehevertrages von Hollandern im Auslande unter Bezugnahme auf ausländisches Recht.

Kassationshof 24. 6. 1898, Steenhuisen c. Suneiberg (Weekblad van het Regt 7141, J. XXIX 177).

Der Art. 198 des Bürgerlichen Gesetabuches¹) ist nicht für einen von Holländern im Ausland (Belgien) abgeschlossenen Ehevertrag maßgebend, da er nur die Form des Ehevertrages betrifft, für welche les loci maßgebend ist.

Anm.: Das Urteil entspricht einer festen Judikatur. S. s. B. J. XXVI 423. Über die (sehr schwankende) Judikatur hinzichtlich des ehelichen Güterrechtes in internationalprivatrechtlicher Hinzicht vgl. Ztschr. VI 45.

Art. 198 bestimmt, daß die Eheachließenden ihren Güterstand nicht durch Besugnahme auf ausländisches oder auf nicht mehr geltendes Rocht bestimmen können.

Halien.

Für die Zulässigkeit gemeinschaftlicher Testamente ist das Heimatrecht maßgebend.

Corte di cassasione Florens 9. 11. 1896, Malteni c. Martinelli (La Legge 1897, 1. 693, J. XXIX 175).

Art. 761 ¹) des Codics civile, welcher die gemeinschaftlichen Testamente verbietet, betrifft nicht die Zusere Form ("forme estrinseche") der letztwilligen Verfügungen, für welche nach Art. 9 der "Disposizioni sulla . . . applicazione delle leggi in generale" das Ortzrecht der Errichtung maßgebend ist, sondem die innere Freiheit der Willenserklärung, deren Erfordernisse durch das Heimatrecht als Personalstatut bestimmt werden, so daß ein von Italienera im Auslande errichtetes gemeinschaftliches Testament ungültig ist.

Art, 1385 Codice civile (Unsulässigkeit von vertraglichen Änderungen des ehelichen Güterstandes während der Ehe) ist absolut ansuwenden 3).

Corte d'appello Palermo 2. 6. 99, Viassov c. Y. (J. XXIX 364).

Die Ehegatten Vlassov, er russischer Unterthan, sie bis zur Ebeschliefsung Französin, hatten 1888 in Bukarest die Ehe geschlossen und dort vor der Eheschliefsung durch Ehevertrag das gesetaliehe Güterrecht des französischen Rechtes vereinbart. In den Jahren 1894 und 1895 hatten sie vor dem russischen Konsul in Paris und vor einem Notar in Petersburg jenen Ehevertrag geändert, und awar zu Gunsten einer Ausdehnung der Verfügungsrechte der Fran. — Der Gerichtshof erklärte diese Ablinderungen als unwirksam für italienische Gerichte, da Art. 1385 des Codice civile ("Eheverträge, von welcher Art sie auch sein mögen, können nach der Eheschliefsung in keiner Weise geändert werden) absolute Geltung in Sinne des Art. 12 der "Disposisioni sulle leggi in generale" beanspruche, da es sieh um Gesichtspunkte des "ordine pubblice" handle.

Art. 761 C. C.: "Non si può fare un testamento da due o più persone nel medesimo atto, nè a vantaggio di un terzo nè per disposizione reciproca."
 Vgl. oben S. 624.

Rumänien.

Für die Beurteilung der ehelichen Abstammung einer Person ist deren Heimatrecht masgebend.

Appellationagericht Bukarest 14. 2. 1901, Braicoff c. Braicoff (Currierul Judiciar 3. 5. 1901, J. XXIX 178).

Der vorstehend mitgeteilte Grundsatz wurde von dem Geriehtshof saf die Frage angewendet, in welcher Art ein Kind belgischer Nationalität seine Legitimität nachsuweisen habe. Da nach belgischem Recht dieser Nachweis nur durch Beibringung eines "acte de wariage" der Eltern erbracht werden kann, wurde die Beibringung eines solchen verlangt, jedoch mit der Maßgabe, daß für die Beschaffenheit dieses acte das Ortsrecht der Eheschließung maßgebend sei, im gegebenen Fall das russische Recht, und daß gemäß dem letzteren unter Umständen Zeugenvernehmung an Stelle der Urkundenvorlegung treten könne.

Schweden.

Nichtanerkennung ausländischer Konkurse.

Obsruter Gerichtshof St. 3. 1900, Orre c. Stalhand (Nytt juridisk Arkiv 1900, 163, J. XXIX 180).

Der Gerichtsbof entschied, daß ein Zwangeskkord, welcher in Frankreich im Konkurs über das Vermögen der Bektagten geschlossen war, den Kläger nicht hindere, seine Befriedigung aus dem in Schweden befindlichen Vermögen der Beklagten ohne Beschränkung auf die Akkorddividende zu suchen. Zu dem in diesem Sinn in Schweden befindlichen Vermögen wurde im gegebenen Fall die Forderung aus einer in Schweden zahlbaren Trutte gerechnet.

Schweiz.

Auslieferung. Die Todesstrafe ist keine "peine corporelle", deren Umwandlung in eine andere Strafe nach Art. 5 des Bundesgesetzes 22. 1. 1892 Bedingung der Auslieferung ist.

Bundesgericht 19. 6. 1901, Fall Farmond und Billard (J. XXIX 181).

Die in der Überschrift genannte Bestimmung des schweizerischen Auslieferungsgesetzes lautet: "Si la peine édictée par la loi de l'Etat requérant, pour l'infraction qui motive la demande d'extradition, est une peine corporelle, l'extradition sera subordonnée à la condition que la peine sera, le cas échéant, commuée en prison ou amende." — Im gegebenen Fali handelte es sich um Auslieferung sweier wegen Mordes verfolgter lakulpaten au Frankreich. Die Anwendharkeit des Art. 5 cit. wurde vom Bundesgericht verneint, weil der französisch-schweiserische Auslieferungsvertrag 9. 7. 1896 die Einschränkung des Art. 5 nicht enthalte und die Einschränkung des wegen für das Verhältnis zu Frankreich nicht gelte. Das Bundesgericht führte aus, daß Art. 5 cit. sich auch überhaupt nicht auf die Todenstrafe beziehe, da diese eine peine corporelle im Sinne des Art. 5 nicht sei; der Umstand, daß in dem Auslieferungsvertrag mit Portugal 30. 10. 1878 bestimmt sei (Art. 3 II): die Auslieferung erfolge nur unter der Bedingung der Umwandlung der etwa in Frage stehenden Todenstrafe in eine andere Strafe, sei belanglos für die vorliegende Frage.

Litteraturberichte.

z. Bücheranzeigen.

Neumann, H., Handausgabe des B.G.B. für das Deutsche Reich. 3. vermehrte und verbesserte Auflage. Berlin 1908, F. Vahlen. 3 Bde.

Dieses vortreffliche Werk hat in der Praxis rasch ungeteilte Anerkennung errungen. Eine virtuose Technik der äufseren Anlage vereinigt sich mit wissenschaftlicher Beherrschung des Gegenstandes und mit peinlicher Sorgfalt in der Beschaffung und Gruppierung des Materials. Der Verfasser hat sich im allgemeinen der größtmöglichen Objektivität befleißigt, und obwohl überall seine intensive geistige Arbeit zu erkennen ist, so läßt er doch auf das unsweißelhaft Gültige zum Worte kommen.

Eine vereinselte Ausnahme hiervon bildet die Behandlung des internationalen Privatrechtes (a. insbesondere S. 10—51 des dritten Bandes). Der Verfasser verläßt hier die sonst von ihm beobachtete Reserve in der Äußerung persönlicher Meinungen und verfällt in die Rolle des einseitigen Verfechters der von ihm hartnäckig vertretenen Theorie der "Kompetenserwägung", die er wie ein geltendes Dogma lehrt, während glücklicherweise die Praxis sich ablehnend gegen diese Verkehrtheit verhält, — s. die in dieser Zeitschrift Bd. XI, S. 95, Bd. XII, S. 466, 609 mitgeteilten Entscheidungen, — und auch von seiten der Theorie nur versinzelte Stimmen für Neumens laut geworden sind.

Gierke, O., Vereine ohne Rechtsfähigkeit nach dem neuen Rechte.

2. Auflage. Berlin 1902, H. W. Müller. 52 S. M. 1,20.

Die erste Auflage dieser Untersuchung erschien in der Festgabe der Berliner Juristenfakultät für H. Dernburg. Die Vorschriften § 54 B.G.B., §§ 50, 785 C.P.O., § 213 K.O. setzen den Begriff des nicht rechtsfähigen Vereins voraus. Seine Definierung und juristische Ausgestaltung wird vom Rechtsbedürfnis gefordert und spielt im praktischen Rechtsbeben eine große Rolle. Gierke geht in der Annäherung der rechtsfähigen Vereine an die Körperschaften sehr weit. Sein kräftiges Unternehmen unterliegt vom Standpunkte des Gesetzesbuchstabens manchem Bedeuken. Es ist aber vom Gesichtspunkt freier und gedeihlicher Rechtseutwickelung aus nur zu wünschen, daß die Praxis ihm folgt.

Goldmann, S., Das Handelsgesetzbuch vom 10. Mai 1897 (mit Ausschlußs des Seerechts). Berlin 1901, 1902, F. Vahlen, Bd. 1 geb. M. 11, Bd. 2, Lieferung 1 und 2 M. 4.

Dieses Werk nimmt eine beachtenswerte Stellung neben den besten vorhandenen Kommentaren des H.G.B. ein. Nicht nur daß es in den vielen streitigen Fragen selbständig Stellung nimmt und bemerkenswerte juristische Argumente vorbringt. Der Wert des Kommentars liegt insbesondere auch darin, daß die Auffassungen und Bedürfnisse des kaufmännischen Lebens in hervorragendem Maße berücksichtigt sind. Die Sprache der Erläuterungen zeichnet sich durch Klarheit und Eindringlichkeit, der Inhalt durch stete Bezugnahme auf praktische Beispiele aus. Litteratur und Judikatur sowie das gesetzgeberische Material sind ausgiebig berücksichtigt. Alles in allem stellt sich das Werk als die Frucht reicher Erfahrung und gründlichen Einblickes in das Wesen der handelsrechtlichen Verhältnisse dar.

Fuchs, E., Grundbuchrecht. Kommentar zu den grundbuchrechtlichen Normen des bürgerlichen Gesetzbuches und zur Grundbuchordnung. Bd. 1. Materielles Grundbuchrecht. Berlin 1902, Heine. XVI u. 744 S.

Das Werk ist eine systematische Darstellung der einzelnen Rechtssätze in Form des Kommentars. Die Erläuterungen schließen sich dem Gesetzestext an, geben aber überall eine wissenschaftliche Entwickelung des dogmatischen Inhaltes und, wo es erforderlich ist, eine Darlegung der historischen Zusammenhänge. Die großen durch die spätere Umgestaltung des aus einem Guß hervorgegangenen ersten Entwurfes bedingten Schwierigkeiten hat der Verfasser eindringend gewürdigt und der Lösung näher gebracht. In gründlich wissenschaftlicher Methode entspricht das Werk den Bedürfnissen der Praxis. Es giebt aber auch eine Fülle grundlegender Anregungen und Förderungen für die wissenschaftliche Untersuchung des Liegenschaftsrechtes sowie vielfach auch von Fragen, die über das Gebiet des Liegenschaftsrechtes hinaus reichen, alles dies aber, ohne in eine die Brauchbarkeit für den Praktiker beeinträchtigende Weitläufigkeit zu verfallen. Die Anordnung ist geschickt und übersichtlich, die äußere Ausstattung gediegen und vornehm.

Maercker, Die Nachlassbehandlung, das Erbrecht, Familienrecht und Vormundschaftsrecht. Nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches und seiner Nebengesetze bearbeitet von Dr. Paul Köhne, Amtsgerichtnest und Richerd Feist, Gerichtssessener. 17. Auflage. Berlin 1908, Decker. XII u. 691 S. Geb. 9 M.

"Maereker's Nachlafsbehandlung" ist ein in der preufsiechen Bechtsprazie seit lange in Ansehen und Gebrauch stehenden Handbuch, das ist der seit der 16. Auflage vorliegenden Umarbeitung dem durch das B.G.B. geschaffenen Bechtszustande zu entsprechen bestimmt und geeignet ist. Was das besondere Interesse der Leser dieser Zeitschrift betrifft, so ist für spätere Auflagen zu wünschen, daß die Grundsätze des internationalen Privatrechtes eine eingehendere und umfassendere Darstellung finden, ale die in der vorliegenden Auflage S. 12 ff. gegebene, welche doch mur für den allerersten Anlauf genügt. Auch dürfte weniger Sparsamkeit in den Litteraturangaben angezeigt sein. Alles in allem ist das Buch als ein unentbehrliches Hülfsmittel für die Prazie der deutsehen Nachlafsbehandlung zu bezeichnen.

Sokolowski, P., Die Philosophie im Privatrecht. Sachbegriff und Körper in der klassischen Jurisprudenz und der modernen Gesetzgebung. Halle 1902, M. Niemeyer. XVI u. 616 S.

In unserer Zeit, welche durch die mehr oder weniger aufgeregte Verhandlung brennender Gegenwartsfragen in höherem Maße in Ansuruch genommen wird, als es für die ruhige und vertiefte Untersuchung universaler Rechtsfragen heileam ist, sind Arbeiten wie die vorliegende mit besonderer Befriedigung zu begrüßen. Die Probleme, welche der Verfasser verfolgt. sind allen Rechtssystemen und allen Völkern gemeinsam. Die von der griechischen Philosophie beheurschte Behandlung dieser Probleme bei den Römern wird vom Verfamer in neuer Beleuchtung gezeigt und es wird überseugend dargelegt, dass der Einfluss der philosophischen Systeme auf die positive Gestaltung des römischen Sachenrechtes nicht nur gelegentlich und Aufserlich, sondern grundlegend gewesen ist. Der gelehrte Verfasser verfolgt die naturphilosophischen Probleme des Sachenrechtes dann in Hissieht auf die modernen Rechtssysteme, und swar in interessanter Berücksichtigung der römisch-germanischen, englisch-amerikanischen und der alavischen Bechtsuntwickelung. Ganz besondere Aufmerkaamkeit wird dem deutschen bürgerlichen Gesetzbuch gewidmet, dessen großer Einflus auf die Rechtzbildung des Auslandes ja neuerdings (es sei nur an die Vorbereitung neuer Kodifikationen in Rufsland, Griechenland, Ungarn, Brasilien erinnert) in überraschendem Main hervortritt. — Es sei übrigens, gegenüber der Präterition des Verfaceses, darauf hingewiesen, daß E. J. Bekker in den Sitzungsberichten der prenfsischen Akademie der Wissenschaften 1898 (S. November) "über die natürliche Beschaffenheit der Objekte unserer dinglichen Rechte" gelesen und auch in seinen Pandekten (Weimax 1886) Bd. I. S. 287 ff. beachtliche Beiträge zu den den Verfasser beschäftigenden Fragen gegeben hat.

La Loggia, E., Le escensione delle sentenze straniere (in materia civile). Torino 1902, Bocca. 522 S.

Im ersten Teil (S. 1-206) giebt der Verfasser eine historische und rechtsvergleichende Darstellung, im sweiten Teil (S. 209-483) eine Untersuchung des geltenden italienischen Rechtes, sum Schluß (S. 485—512) eine sorgfältige bibliographische Nachweisung. Der Schwerpunkt des Interenses liegt in dem sweiten Teil. Jedoch ist auch der rechtsvergleichende Abschnitt, insbesondere Kap. 3 (die Staatsverträge) und Kap. 4 (die Behandlung des Gegenstandes in den fremden Rechten) wertvoll, und das ganze Buch muß als eine schätzenswerte Förderung der wichtigen und in der Praxis so widerspruchsvoll behandelten Materie beseichnet werden.

Meili, F., Das internationale Civil- und Handelsrecht auf Grund der Theorie, Gesetzgebung und Praxia. 2. Bd. Zürich 1902, Art. Institut Orell Füfsli. VIII u. 391 S. M. 10.

Der sweite Band, mit dem das Werk (dessen erster Band in dieser Zeltschrift oben S. 177 angezeigt ist) beendigt ist, behandelt das internationale Obligationen- und Erbrecht, sowie das Handels-, Wechsel- und Seerecht. Das Werk, welches etwa als das gedruckte Collectaneum des ebenso gelehrten wie in der Praxis des internationalen Rechtes erfahrenen Verfassers bezeichnet werden kann, wird der theoretischen wie praktischen Pflege des internationalen Privatrechts außerst wertvolle Dienste leisten und sich als fortan unentbehrliches Hülfmittel erweisen.

Pfleghart, A., Die Elektrisität als Rechtsobjekt. Strafeburg 1902, Heits. 498 S. M. S.

Der Titel dieser Schrift läßt einen beschränkteren Inhalt vermuten, als das Buch bietet. Der Verfasser beschränkt sich nicht auf die Erörterung der Elektrisität als Rechtsobjekt, sondern behandelt (S. 227-412) auch die an die Elektrizität anknitpfenden Fragen des Obligationenrechtes, wobei die Elektrizität doch nur in ungenauer Ausdrucksweise als Rechtsobjekt in Betracht kommt. Einen breiten Raum (S. 93-226) nimmt die strafrechtliche Erösterung ein. Ein verhältnismäßeig kleiner Teil des Buches (S. 40-90) ist den sachenrechtlichen Fragen gewidmet. Die verwaltungsrechtlichen Seiten eind nur gelegentlich berührt. Innerhalb der bezeichneten Grensen bietet das Buch eine auf reiches Material gestützte, den Stand der Gesetzgebung und der Praxis besonders in Deutschland, Frankreich, England, der Schweiz, Italien berücksichtigende Untersuchung der wichtigeren einschlägigen Fragen. Es ist die umfassendste monographische Behandlung, welche in deutscher Sprache das Recht der Elektrisität nach der privat- und strafrechtlichen Seite bisher gefunden hat. - Es sei bei dieser Gelegenheit auf den das vorliegende Buch gut ergänsenden Aufants von Krasny in der "Allg. österr. Gerichtszeitung" 1902 Nr. 50 und 51 hingewiesen: "Das schweizerische Bundesgesetz vom 24. Juni 1902 betr. die elektrischen Schwach- und Starkstromanlagen und der derzeitige Stand der Gesetzgebung über Elektrizität."

Fuisting, B., Die Grundrüge der Steuerlehre. Berlin 1902, C. Heymann. XVI u. 445 S.

Der Verfasser, Senatspräsident des preußischen Oberverwaltungsgeziehts und eine der berufensten Autoritäten auf dem Gebiete der Steuerpraxis, giebt Zeitschrift f. intern. Privat- und offentl. Rocht. XII. 42 eine theoretische Grundlegung, deren Ziel Ausgleich swischen Wissenschaft und Praxis ist. Der Wert soleher Untersuchung gerade von seiten eines wissenschaftlich hochgebildeten Praktikers liegt auf der Hand. Es ist offenbar, daß die Forthildung des Steuerwesens aller Staaten auf der Erkeuntnis fusen muß, welche die theoretische d. h. die richtig veraligemeinerte Beobschtung der thatsächlichen Erfahrungen ergiebt. Der Verfasser zieht sachgemäß nicht nur die preußische und außerpreußische deutsche, sondern die Steuergesetzgebung und -Praxis aller wichtigeren Kulturiänder, inabesondere Österreichs, Frankreichs und Englands auf kritischen Verwertung hersa. Das Buch ist also auch von positiv internationalrechtlicher Bedeutung.

b. Seitschriften.

Allgemeine österreichische Gerichtszeitung, 53. Jahrgang, 1902, Heft 12—52. Von den Abhandlungen ist hervorsnheben: Otovsky, Architektonische Pläne im deutsch-österreichischen internationalen Urhober-webtsschutz.

American Law Review, Bd. 86 Nr. 2-6 (Mirs-Oktober). L Abhandlungen: Cambon, The relation of diplomacy to the development of international law, public and private. Foreler, Law reform in England. Bausman, Admiralty and maritime jurisdiction. Beck, The suppression of anarchy. Phillimore, International law of marriage. Slaymaker, Effect of an alienation or sale on execution. Moore, Voting trusts in corporations. Jones, Landtitle registration. Woodward, The independence of the judiciary. Dowling, Liability of public treasures for profits derived from public funds. Stevenson, The relation of the nation to its dependencies. Bishop, The distinction between contributory negligence and assumption of risks and its significance. Bonney, A uniform judicial practice. Bichards, A present peril. Thompson, Henry Hitchcock. Butler, Natural rights. Eliot, The common law and the federal courts. E. M., Builders of our law: Lord Esher. Morse, The nature and province of positive law. Courtney, Absurdities of the law of slander and libel. Dulon, Interesting factures of German law. Wilson, Liability of telegraph companies for wrongful acts of employes. Currey, The California Statute of Uses and Trusts. Daueman, Crime and Criminal. Ramage, Social Progress and the Police Power of a State. Williams, Law in the Emblem Writers. Bonsomer, The Questions of Time in Accepting an Offer by Performing an Act. Jones, Oliver Wendell Holmes, the Jurist. Thompson, Questions of Law Suggested by the Accident to the President's Carriage. Chalmers, Codification of Mercantile Law. McClain, The Evolution of the Judicial Opinion. Cook, Chinese Conveyancing. Thompson, Payment for Shares in Property. Bitchie, Can a Subscriber to Stock of a Corporation not yet Formed Rescind his Subscription on the Ground of Fraud? Ecourt, George Whitechurch, Lim., vs. Cavanagh. — Notes. — Notes of Recent Decisions. Book Reviews.

Annales des sciences politiques, Revue bimestrielle, XVII année, Nr. III-VI: P. Lavagne, La politique financière de l'empire anglo-indien. P. de Laveleye, Les entreprises belges à l'étranger, l'État du Congo. Christian Scheffer, La politique coloniale de la première Restauration, l'exécution. P. Henry. L'hospitalité de nuit à Paris. A. V. L'œuvre de la commission industrielle américaine. G. Salaws, Chronique législative (1901). E. Boutmy, La déclaration des droits de l'homme et du citoyen et M. Jellinek. Raphael-Georges Lévy, Les finances du Japon. J. Silvestre, La France à Kouang-Tchéou-Quan. Paul Hamelle, L'homme qui vient: Lord Rosebery. E. d'Eichthal, Les finances du Consulat. Charles Mourey. Chronique coloniale (1901). E. Leousseur. La Convention et le maximum. Ed. van der Smissen, La question du suffrage universel en Belgique. Pierre Mille, Le "Vote noir" au Sénégal. Paul Lefébure, A la conquête d'un Isthme. La solution diplomatique: la traité Hay-Pauncefote. Ed. Cleray, Les délégations financières algériennes. Ch. Dupwis, Chronique internationale (1901). Gabriel-Louis Jaray, La question du rachat et la gestion financière des chemins de fer de l'État français. G. Lecorpentier. Le nouveau gouvernement local de l'Irlande. Joseph Wilhelm, Les industries minérales et métallurgiques en Russie. Gilbert Flandin, La Caisse des dépôts et consignations. — Analyses et comptes rendus. — Mouvement des périodiques.

Archiv für bürgerliches Recht, herausgegeben von Professor Dr. Kohler, Kammergerichtsrat Ring und Professor Dr. Oertmann. — Bd. 21 Heft 1 u. 2: Nufsbaum, Über die Gültigkeit der landesgesetslichen Vorschriften für Rechtsgeschäfte öffentlich-rechtlicher Körperschaften. Sontag, Die Aufrechnung auf eine Forderung, die aus Hauptleistung, Zinsen und Kosten besteht (§ 396° B.G.B.). Appelius, Ist der im Verwenden von Beiträgen auf Grund des Invalidenversicherungsgesetses säumige Arbeitgeber dem Versicherten gegenüber schadensersatzpflichtig? Weidlich, Die exceptio plurium concumbentium mit besonderer Berücksichtigung der Beweisfrage. Hubrich, Der Versicht auf die Approbation als Arst und seine Bedeutung für das preußische Gesetz betreffend die ärztlichen Ehrengerichte. Noelle, Fürsorgeersiehung und Reichsrecht. Oertmann, Civilistische Bundschan. Leonhard, Aufrechnung gegen eine Nichtschuld. Hartmann, Der Bereicherungeanspruch des B.G.B. Kohler, Dogmengeschichtliche Beiträge.

Archiv für die civilistische Praxis, herausgegeben von Franklin, Heck, M. Rümelin, Wendt, Professoren der Tübinger Juristenfakultät,
Professor Dr. Bülow, Geheimem Hofrat in Heidelberg und Präsident
Dr. von Kohlhaas in Stuttgart. — Bd. 92 Heft 3, Bd. 93 Heft 1 u. 2. Bolse,
Giebt es einen Anspruch auf Schadensersats oder Herausgabe der gezogenen
Nutzung wegen einer Patentverletzung, die weder wissentlich noch grob
fahrlässig begangen ist? Wittmaack, Die Präfung der Formalitäten der
Rechtsmittel von Amtswegen. Fohr, Die elterliche Gewalt nach dem
Rechte des Deutschen Reichs. Sprenger, Feststellungs und Leistungsklage
auf Aussteuer nach § 1620 B.G.B. Heck, Weshalb besteht ein von dem

bürgerlichen Rechte gesondertes Handelsprivatrecht? Staffel, Zur Erläuterung der §§ 325, 326 B.G.B. Hölder, Über Ausprüche und Biereden. Bümelin, Das Handeln in fremdem Namen im B.G.B. Francht, Zum Fruchterwerh.

Archiv für Kriminal-Anthropologie und Kriminalistik. herausgegeben von Dr. Hanns Groft, o. 5. Professor des Strafrechts in Czernowitz. - Bd. 8, 9 u. 10 Heft 1 u. 2: Schütze, Der Lebenegung eines Fülschers von Legitimationspapieren und behördlichen Stempeln. von Masstuffel, Wettbureaux and Totalisator in Deutschland. Pollek, Betrue in Sinnesverwirrung. v. Schrenck-Notsing, Die Frage nach der verminderten Zurechnungsfähigkeit, ihre Entwickelung und ihr gegenwärtiger Standpunkt und eigene Beobachtungen. Hanns Grofs, Zur Beweisfrage. Näcke, Bericht über den Verlauf des 5. internationalen kriminalanthropologischen Kongresses su Amsterdam, vom 9. bis 14. September 1901, nehst wenigen darauf besüglichen allgemeinen und speciellen Randglossen. Conrad. Vagabundieren mit Vagabunden. Stern, Verbrechen und Gesetzwichigkeit. s. Schrenck-Notsing, Eine Freisprechung nach dem Tode. Lehmann, Die Polisei und der Zeugnisswang im Strafverfahren. Kornfeld, Über über-Stanige Sektionen. Pollak, Ein Fall reflexoiden Handelns. Baumgarten. Polisei und Prostitution. Robins, Eine Studie über Postamtsverbrecher. Stern, Das Wesen des Strafregisters. Amechi, Der Mord an Therese Pucher. Kenyeres, Fremdkörper in Verletzungen. von Ledden-Hulsebosch, Eine Vergiftung mit Mohnfrüchten. Lohenig, Bedeutung und Vornahme der Werterhebungen im österreichischen Strafverfahren. Nemawitsch, Ein nerkochter Ermordeter. Nacke, Angebot und Nachfrage von Homosexuellen in Zeitungen. von Ledden-Hulsebosch und Ankersmit, Über die Haupteinfitsee, welchen Schriftstücke und Wertpapiere ausgesetzt sind. Lohenig, Abschaffung der Todesstrafe. Marcus, Versicherungswucher. Stern, Über positivistische Begründung des philosophischen Strafrechts. Hanns Grofs, Eine Antobiographie eines Rückfältigen. Otto Groft, Zur Phyllogenese der Ethik. Schütze, Einige Mitteilungen aus der gerichtlichen Praxis über den Gebrauch von Gebeimschriften unter Verbrechern. Schütze, Beiträge zur Lehre des Sachbeweises, insbesondere der Fußerpuren. Nücke, Die Hamptergebnisse der kriminalanthropologischen Forschung im Jahre 1901. Näcke, Über "innere" somatische Entartungeseichen. Moll, Wie erkennen und verständigen sich die Homosexuallen untereinander. Siefert, Der Fall Fischer. Pollak, Kriminal- oder Irrenhaus? Ein Beitrag zur Frage der Trinkerasyle. Lelewer, a) Beweisführung über die Umstände einer Schlusubgabe aus den Schlußerfolgen. b) Zur Wertung von Zeugenaussagen, speciall kindlicher. Grofs, Psychopathischer Aberglaube. Oefele, Strafrechtliches aus dem alten Orient. Cacie, Kroatische Wörter im "Vokabulare der Gaunessprache" des Gro/suchen Handbuchs für Untersuchungsrichter. Rossing, Freispruch oder Sonderhaft, Näcke, Gedanken eines Mediziners über die Todesstrafe. Stefert, Rechtswidzigkeit bei der Erpressung. v. Josek, En Fall von Kindemord. Schneickert, Die Beschaffung von Vergleichungsmaterial Zwecke der gerichtlichen Handschriftenvergleichung. Paul, Zem Wesen

des Strafregisters. Richter, Überflüssige Saktionen. Haegel, Die Straffälligkeit der Jugendlichen. Amechl, Rin Mord am eigenen Kind unter mildernden Umständen. Rosenberg, Der Fall Marts. Dost, Über einen Fall von Saprolvergiftung. Roterwig, Kriminalität in Hof- und Dorfsystem, Groß, Korrigierte Vorstellungen. Siefert, Zu Bd. XIX Bl. 327 ff. (Rechtswidrigkeit bei der Expressung). Groß, Das Erkeunungsamt der k. k. Polisei-direktion in Wien. — Kleinere Mittellungen — Besprechungen.

Archiv für Strafrecht und Strafprozefs, begründet durch Dr. Golddommer, herausgegeben von Prof. Dr. J. Kohler. — Berlin. 48. Jahrg. 6. Heft. 1901. 49. Jahrg. 1. und 2. Heft. 1902: Olbricht, Verhältnis mehrerer gleichseitiger Haftbefehle zu einander und sur Strafvollstreckung. Kreisschmar, Das Irrenprozefsrecht im Preufsischen Disciplinarstrafrecht. Kohler, Thatbestandsmerkmal und Strafbarkeitsbedingung. Kujawa, Über die Wirkungen der Übernahme der Strafverfolgung seitens der Staatsanwaltschaft in dem Verfahren auf erhobene Privatklage. Raternig, Der grobe Unfug. Hartwig, Die Strafausschließungsgründe des chilenischen Strafgesetabuches. Wachenfeld, Zur Frage der Strafwürdigkeit des homosexuellen Verkehrs. Kohler, Zum Sprachgebrauch der Carolina. Goldschmidt, Begriff und Aufgabe eines Verwaltungsstrafrechts. Ocher, Die Rechtsgrundlagen der Schöffen- und Schwurgerichtsbildung. — Entscheidungen. — Lütteraturbericht.

Badische Rechtspraxis, Annalen der Großherzogl. badischen Geriehte. Organ der bedischen Anwaltskammer. Jahrg. 68. Von den Er-örterungen im Sprechsaal sind hervorscheben die Darlegungen S. 102, 113, 127 ff., 154, 352 ff. von Kahn, Affolter, West, Müller, über die Überleitung der ehelichen Güterstände im Großherzogtum Baden in das neue Recht.

Beiträge zur Erläuterung des deutschen Rechts. begründet von Dr. J. A. Gruchot, herausgegeben von Dr. Rassow, Reichsgerichtsrat a. D., Dr. Küntzel, Unterstaatssekretär im preußsischen Justinministerium und Dr. Eccius, Oberlandesgerichtspräsident. — 46. Jahrg. 1902, 2.-6. Heft. Abhandlungen: Boethke, Zur Auslegung des § 17 Abs. 2 G.V.G. Bintelen. Zuständigkeit der Auseinandersetzungsbehörden. Koppers. Die Vollendung empfangebedürftiger mündlicher Willenserklärungen. David. Verhinderung bei Abgabe einer empfangsbedürftigen Willenserklärung. Wienstein, Bemerkungen zu dem Begriff des fiduziarischen Rechtsgeschäfts. Schöller. Die Folgen schuldhafter Nichterfüllung, insbesondere der Schadensereats wegen Nichterfüllung, bei Kauf, Werkvertrag, Miete und Dienstvertrag nach dem B.G.B. Francke, Durch das B.G.B. ist keinerlei Vorschrift weggefallen, nach welcher ein Genindevertrag mündlich nur mit Geben und Nehmen von Mietgeld abgeschlossen wird. Zu Art. 95 E.G. z. B.G.B. und §§ 22 u. 23 Ges.O. vom 8. XI. 1810 u. 11. IV. 1845. Boschen, Bedeutung und Umfang der dem Nachlafegericht im Erbecheineverfahren obliegenden Ermittelungspflicht. Ramdohr, Welche Wirkungen treten in den Fällen des Art. 4 E.G. z. B.G.B. hinsichtlich der bereits bestebenden

Rechtsverhältniese ein? Stegemann, Bemerkungen, betr. die vor dem 1. L. 1900 eingetragenen Kantionshypotheken preuße. Rechts. Leey, Kann der Schuldner Einwendungen gegen die Zuläszigkeit der Vollstreckungskinnel erheben, bevor dieselbe erteilt ist? Lafrens, Behandlung der Sicherungshypotheken in der Zwangsversteigerung. Schiffer, Das Antrage- und Beschwerderecht des Notars in Beziehung auf Eintragungen in öffentliche Bücher und Register. Wach, Der Entwurf der ungsriechen C.P.O. Th. Olshausen, Das Recht am eigenen Bilde. Franz Heymann, Zur Frage nach der rechtlichen Natur und prosessualen Behandlung des Wandelungsanspruchs. Fuchs, Problems des Sachenrechts (Sachs, Sachenrecht, dingliches Recht, Vormerkung, Miete). Ein Vortrag, gehalten in der Jurist. Gesellschaft zu Berlin am 9. XI. 1901. Eccius, Zur Frage von der Dinglichkeit der Miete und Pacht. Nachwort zu dem vorstehenden Aufmits. Wolf. Datum der Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldbriefe. Ramdohr, Rechtsmissbrauch. Damme, Über den Rechtsschutz der den Patentamt und den Musterregisterbehörden überreichten Beschreibungen. Zeichnungen und Modelle. Ein Beitrag sum litterarischen Urheberrechte, Bolse, Der Anspruch. Heilborn, Was bedeutet "Sache" im § 119 Abs. 2 B.G.B.? Ramdohr, Rechtsmissbrauch (Schluss). Fuchs, Zur Frage von der Dinglichkeit der Miete und Pacht, Herold, Die Vorschußspflicht des Ehemanns.

Bulletin de l'Union Internationale de Droit Pénal, X. Bd. 1902, Heft 1. Abhandlungen: Commission permanente d'études. Congrès international de droit comparé de 1900. Section de droit criminal. Législation pénale. (Rédaction: M. Mittermaier, Berne.) Schuster, Großbritannien. Delahove, Grand-Duché de Luxembourg. Bulgarien. Congrès de St. Pétersbourg, Rapports. Miler, Welche Konsequenzen ergeben zich in Rücknicht auf die zukünftige Strafgesetzgebung aus dem Princip der neuen Schule, daß den psychischen Faktoren mehr Bedeutung zusumessen sei als dem materiellen Erfolge? Simone, De quelle façon doivent être réformées l'instruction préparatoire et la mise en accusation pour présenter le plus des garanties possibles tant en faveur de la liberté individuelle qu'en faveur de la découverte de la vérité? Poustoroslew, Quelles sont, au point de vue de la codification pénale future, les conséquences du principe affirmé par l'école nouvelle qu'il faut attacher plus d'importance aux facteurs psychiques qu'aux effets matériels? Garrand, Dans quelle mesure faut-il attacher plus d'importance aux facteurs psychiques qu'aux effets matériels? de Witté, La déportation (esylka) et la transportation (katorga) en Russie. (Leur état actuel d'après les données officielles). Congrès de St. Pétersbourg. Rapports. Katsenstein, Das richterliche Strafmandat.

Bulletin pratique de droit international privé, paraissest chaque mois, sous la direction de M. Marc Réville, avec la collaboration de M. G. Horn, M. Marcel Poivier, 1. Jahrg. 1902, no. 1—9. L. Jarisprudence. — H. Documents, — III. Variétés et informations.

- Centralblatt für Rechtswissenschaft, hersungegeben von Dr. Kirchenheim. 21. Bd. 6.—12. Heft, 22. Bd. 1.—4. Heft.
- Deutsche Juristenzeitung, herausgegeben von P. Laband, M. Stenglein, H. Stanb. 7. Jahrgang. 1902, Nr. 7—52. Zu Ehren des 26. Deutschen Juristentags in Berlin (10.—12. September 1902) hat der Verlag eine glänzend ausgestattete Festnummer herausgegeben, aus welcher hier besonders die Aufsätze von Stenglein und Hamm über die Geschichte und die Zukunft des Deutschen Juristentages, von Bülow zur Revision des Strafgetetzbuchs, von Gareis über das Recht am eigenen Bilde hervorgehoben seien. Die Rubriken: Juristische Rundschau, neue Rechtsgrundsätze des Reichsgerichts in Civilsachen, Vermischtes, neue Gesetze, Verordnungen u. s. w., Sprechesal, Litteraturübersicht, Beilage (Spruchpraxis) geben eine gute Probe der Leistungen der Juristenzeitung, welche sich zu einem unemtbehrlichen Organ der deutschen Rechtspflege entwickelt hat.
- Il Circolo Giuridico. Rivista di legislazione e giurisprudenza diretta da Luigi Sampolo. 33. Bd. (1902) no. 8-6. I. Abhandlungen: Pincitore, Il contrabbando di guerra (Portsetzung und Schluß), d'Amico, La pauliana nel fallimento, Lipari, Leggi delle leggi italiane. (Vgl. im übrigen oben S. 180.)
- Il Diritto commerciale, Rivista periodica e critica di giurisprudenza e legislazione, herausgegeben von Comm. David Supino. Bd. 20 (1902) Heft 2-6. I. Abhandlungen: Sacerdoti, La questione della provista nella cambiale a proposito di uno scritto di Thaller. Giannini, Analisi del concetto di commercianti secondo il nostro dizitto. Pagami, L'inabilitazione all' esercizio del commercio pei bancarottieri. Navarvini, Il diritto di opposizione dei creditori particolari alla deliberazione di proroga della durate della società in nome collettivo e in accomandita - (Articolo 102 Codice di comm.). Vidari, Se la emissione di cambiali importi novazione. Bassani, La prescrizione delle cambiali rilasciate in bianco. Errera, Il pignoramento di azioni al portatore depositate da un prestanome. Papa-d'amico, Sull' art. 699 del Codice di commercio. Vidari. Un caso di rivendicazione in materia di fallimento. Bonolis, A proposito di alcuni documenti ("Lettres de Foire") dell'Archivio di Ypres. Gagliano, Responsabilità civile degli amministratori di società anonime ed esercizio dell' azione relativa nel diritto e nella giurisprudenza. Pagani, Falso o abuso di foglio in bianco? Sarfatti, Note minime di giurisprudenza inglese in materia commerciale. Vidari, Di un caso di conto corrente. Corradi, Le proroga della società in liquidazione e la tassa di registro. — II. Giurissprudensa (Gerichtsentscheidungen). - III. Bibliografia.
- Harvard Law Review, Bd. XV no. 8, 9, 10 (April—Juni 1902), Bd. XVI no. 1, 2 (November—Dezember 1902). I. Abhandlungen: Nekrologe für James Bradley Thayer. Wigmore, The privilege against self-erimination. Peaslee, Separation agreements under the english law. Grofs, Modes of trial in the mediaeval boroughs of England. Pillsburg, A brief

inquiry into a federal remedy for lynching. Abbot, Some actual problems of professional ethics. Hyde, The Isthmian canal treaty, Williston, Contracts for the benefit of a third person. Friedman, The changes in the allegiance and laws of colonial New York. Obnstead, Bankruptcy a commercial regulation. Pope, Municipal Contracts and the Regulation of Bates. Ayer, Legitimacy and Marriage. Williston, Contracts for the Benefit of a Third Person in the Civil Law. Raymond, A Statement of the Trust Problem. Zane, A Problem in Mining Law: Walrath v. Champion Mining Company. Grinnell, Discovery in Massachusetts. — H. Notes. — III. Recent cases. — IV. Books and periodicals.

- Journal of the society of comparative legislation. Edited for the society by John Macdonell, Esq. C. B., LL. D. and Edward Manson, Esq. New series no. IX, Juli 1902 no. 1. I. Verseichnis der Mitglieder der Gesellschaft. II. Nachruf für Lord Watson. III. Haldane, The constitution of the Empire and the development of its councils. IV. Clark, The great jurists of the World: 1. Papinian. V. Hirschfeld, Russian legislation as to cheques. VI. De Hart, The ownership of merchand vessels. VII. Marsden, Naval or victualling stores: The right of preemption. VIII. Macdonell, Number of judges in different countries. IX. Latter, Extra-territorial jurisdiction in Hong-Kong. X. Jenks, The suropean codes. XI. Baty, The terms of surrender. XII. Henderson, Presumption of death under the german code. XIII. Collyer, Straits settlements: Malacca lands. XIV. Notes.
- Journal du droit international privé et de la jurisprudence comparée, fondé et publié par E. Clunct (Secrétaire de la rédaction: A. Darras) 29. Jahrg. (1902) nro. 1-12. L Abhandlungen: Merighnac, La question des mariages entre beau-frère et belle-sœur en Angleterre et dans les rapports internationaux de la Grande-Bretagne avec les autres États. Hubert, De la participation aux opérations de recrutement et de la nationalité. Jitta, Le droit d'expulsion des étrangers dans la législation des Pays-Bas. Hakky, De la naturalisation collective dans les rapports de la Serbie. Lehr, Quelques mots sur un cas d'extradition récent entre la Suisse et l'Italie (Assassinat du roi Humbert, aff. Jaffei). Salem, De l'influence du mariage sur la nationalité de la femme en Turquie. Aubry, De la notion de territorialité en droit international privé (fin). Mandelstam, Du mariage et du divorce dans les rapportslinternationaux, au point de vue du droit russe. G. le Poittevin. Du fonctionnement du casier indiciaire dans les rapports internationaux (suite). Jitta, Notes sur l'extradition aux Pays-Bas. Dunnell, Les Cours consulaires des États-Unis en Chine. Torres Campos, Le droit d'expulsion des étrangers en Espagne. Jobit, Des droits de mutation par décès en Angleterre dans les successions de nationaux et dans les successions d'étrangers. Cambon, Des relations de la diplomatie avec le développement du droit international public et privé. Lanaque, Conflit des lois en matière de présomptions de survie pour le cas de mort simultanée (commorientes ou co-mourants). Leboucq, De l'extradition

dans les rapports entre la Grèce et la France. Wahl, Comparaison des charges fiscales qui pésent sur les placements en valeurs françaises ou en valeurs étrangères. Pergemainte, Le barreau russe. Picard, Rémmé pratique de la législation espagnole en matière de brevets d'invention. Vander Lycken, Les Chambres arbitrales d'avocats à Bruxelles. Renseignements pratiques sur la procédure en matière commerciale et maritime en Suède, en Norvège, en Danemark et dans les colonies danoises. Kelly, Situation légale des Trusts ou Combinaisons industrielles aux Etats-Unia. Halot, Des conditions de validité du testament olographe d'un étranger en Belgique. — La science du droit internationale au Japon. - Arminion. De la nationalité et de l'indigénat des personnes morales dans l'Empire ottoman. Kasansky, L'extradition en Russie. Stocquart, Le mariage en droit écossais. Ottolenghi, De l'effet en Italie des jugements étrangers en matière d'état et de capacité. Dejouch, Personnalité morale de l'ordre des avocats en France et en Belgique. Serve, Les ouvriers étrangers et la législation française sur les accidents du travail. — II. Questions et solutions pratiques. — III. Jurisprudence (Rechtsprechung). — IV. Documents.

Juridical Review. A journal of legal and political science (Edinburgh, William, Gren u. Sons). Bd. XIV, nro. 8, 4. (Sept., Dec. 1902). I. Abhandlungen: Sir James Balfour Paul, A Scottisch Note on the Coronation. Dickson, The Advocates' Library. Kennedy, Lachaud. Millor, The Validity of Bequests in General Terms. Huberich, The Paternal Power in Slavonic Law. Lamond, The Parochial Settlement of Deserted Wives. Gans, The Family in the French Civil Code. Sir Robert Reid, International Arbitration. J. A. Lovat-Fraser, A. Famous Lord Advocate: Viscount Melville. Graham, State-Aided Education in England and Scotland. Huberich, The Paternal Power in Chinese Law. Chistholm, Insanity and Criminal Responsibility. Sanderson, Industrial Arbitration in New South Wales. — II. Current Topics. — II. Reviews of Books. — IV. Notes on decided cases.

Juristische Blätter, hersungegeben von Dr. R. Schindler und Dr. E. Benedikt, Wien. 31. Jahrgang (1902) nro. 13—52. Hervorgehoben sei: Karplus, Exekution von Personenrechten (besonders S. 145 betr. Exswingbarkeit relativer Personeurechte auf Grund ausländischer Exekutionstitel) und der Bericht (S. 197) über Dr. Kolbens Vortrag: "Die Konventionen der Haager Friedenskonferens und der Transvaalkonflikt."

Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft, herausgegeben von DDr. K. Birkmeyer, F. Hellmann, K. von Maurer, E. von Ullmann, Professoren der Münchener Juristenfakultät. 3. Folge, Bd. VII, 4. Heft. Bücherkritiken: I. Bechtsgeschichte. J. B. Mispoulet, La vie parlamentaire à Rome sous la République, comi de reconstitution des séances historiques du sénat romain. (Brocher de la Fléchère). Bruno Bellerode, Beitrige su Schlesiens Rechtsgeschichte.

1. Heft: Geschichtliche Untersuchungen über die Plesser Lehnsurkunden (1474-1500). (Joerges). Chr. Christensen, Villads Beareproven dens Historie og Stilling i Fortidens Rets-og Naturopfattelse. (Lehmann). Lex Salica, herausgegeben von J. Fr. Behrend. (Wretechko). Frits Leo, Die capitatio plebeja und die capitatio humana im römisch-hyzantinischen Steuerrecht. Eine rechtshistorische Studie. (Matthia/s). Brugi, Biagio, Istitutioni dei diritto privato Giustinianeo. Parte prima: Introduzione — il rapporto giuridico i giuridici rapporti sulle cose. (Binder). P. F. Bremer, Jurisprudentine antehadrianne quae supersunt. Pars altera: primi post principatum constitutum saeculi juris consulti. (Krüger). Chr. Kiger, Edictus Rothari. Studier vedrörende Langobardernes Nationalitet. Danmarks Gilde - og Laveskraser fra Middelalderen, udgivne ved. C. Nirop af Selokabet for Udgivelse af Kilder til Dansk Historie. (Hertsberg). - H. Civilrecht. Konrad Hellsoig, Die Verträge auf Leistung an Dritte, nach deutschem Reichsrecht, unter besonderer Berücksichtigung des Handelsgesetzbuchs, mit einer Einleitung (über das römische Recht) und mit einem Anhange (Die Erbverträge zu Gunsten Dritter). (v. Tuhr). Walter Immerwahr, Die Kündigung historisch (Heymann). - III. Civilprozefsrecht. und dogmatisch dargestellt. A. Weifeler, Kommentar sum Reichegesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17 Mai 1898. A. Nu/sbaum, Die freiwillige Gerichtsbarkeit im Reiche und in Preußen. J. Günther. Reichsgesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung nebet dem Emführungsgesetz vom 24. Mai 1897. Für die Praxie erläutert. (Kleinfeller). v. Buchka, Oelker, Lehmann, Civil prozefoordnung, Konkursordnung, Handelsgesetzbuch in alter und neuer Gestalt, vergleiehend dargesteilt. Conrad Hellerig, Civilprozefspraktikum, sum Gebrauch für Anfänger und Vorgerücktere bei akademischen und prozestrechtlichen Übungen und sam Selbetstudium. Zweite, mit Rücksicht auf das neue Reichsrecht umgearbeitete Auflage. (Kirsch). - IV. Strafrecht. R. Reuter, Der Raufhandel im deutschen Reichsstrafgesetzbuch. P. Krug, Die besonderen Umstände der Teilnehmer. (Kleinfeller). Philipp Alfeld, Der bedingte Straferials. (Finger).

Das Recht, Rundschau für den deutschen Juristenstand, herausgegeben von Dr. Soergel, München. 6. Jahrgang (1902). Nr. 7—24. Von den Abhandlungen seien hervorgehoben: Bruschettini, Aus Italien. Stammler, Über akademischen Rechtsunterricht. Brückner, Die Haftpflicht der Schlafwagengeseilschaften. Bülow, Über die Bedeutung des Studiums der römischen Rechtsquellen für den jetzigen Rechtsunterricht. Wilstaby, Das jus primae noctis. Orönert, Das angeblich neutrale Gebiet von Moresnet.

Rochtsgeleerd Magnzijn, Tijdschrift voor binnen — en buitenlandsche rechtsstudie. Haarlem, 21. Jahrg. (1902). Lief. 8—6. I. Abhandlungen: van Regteren Altena, Oversicht der Engelsche wetgeving gedurende bet jaar 1900. Scholten, De causaliteitsvraag in het leerstuk der schadevergoeding buiten contract. Kist. Een voorstel tot wijziging der artt. 302—308 W.

v. K. Homoing, Het erfrecht van den langstlevenden echtgenoot. Scholten, De causaliteitsvraag in het leerstuk der schadevergoeding buiten contract (Vervolg van bl. 265—312). Limburg, Is, met handhaving van het beginsel omtrent de legitieme, wijziging van de regeling der erfopvolging ab intestate wenschelijk; soo ja, in welken geest? Nap, Het sakelijk recht van den eigenaar. Cosman, Koop of aanneming van werk? — II. Boekbeschouwingen. — III. Opmerkingen en Mededeelingen. — IV. Inhoud van binnen- en buitenlandsche rechtsgeleerde tijdschriften.

Revista de los tribunales y de legislación universal, Bd. 36, 1902, arc. 10-45 (a. oben S. 182-83).

Revista general de legislación y jurisprudencia, bersusgegeben von Exemo. Sr. D. José Maria Manresa y Navarro, Madrid. Jahrg. 50, 1902. Bd. 100 und 101. I. Abhandlungen: Enrique Corroles y Sánches, Jurisconsultos españoles célebres, D. German Gamano, A. Posado. El proyecto de ley sobre huelgas. Rafael Alonso Lasheras, Una reforma en la ley del Jurado. José García Fernándes, Estudio jurídico mercantil. Niceto Alcalá Zamora, El proyecto de ley Municipal. Francisco Pujia y Roberto Serratrice, El delito de leziones. Santamaria, Las tareas legislativas en el derecho civil en el año 1902. A. Pons y Umbert, Del regionalismo eu Cataluña. José Morell, Donaciones colacionables. Enrique Corrales y Sánches, La Institución del Tribunal de Cuentas en España y en el extranjero. Juan Días Caneja, Vagabundos de Castilla. José García Romero de Tejada, Juegos prohibidos. José Cividanes, Competencia en materia de consumos. Josqués Girón, La reforma del Concordato celebrado entre la Sante Sede y el reino de España. P. Gonzáles del Alba, Derecho penal. La delineuencia en los menores de edad. La Redacción, Proyecto de ley de protección á la infancia. Rafael Salillas, Laboratorio de criminologia (Continuacion). Vipegón, Tribunales de honor. Niceto Alcald Zamora, El recurso contra los abusos de poder de la Administración. Francisco-J. J. Benlloch. Posición jurídica de los hijos habidos fuera de matrimonio (Conclusión). Víctor Covián, Interrupción civil de la prescripción. Victorino Santamaría, Reformas inportantes en projecto (Continuación). Edourd Lambert, La tradición romana sobre la succeión de formas del testamento ante la historia comparada (Continuación). Vicente Pérez Gonstiles. Apuntes sobre la cuestion social (Continuación). Raimundo F. Villaverde. Las coligaciones industriales y las huelgas de obreros ante el Derecho. Francisco Penichet Lugo, De la reforma de nuestras leyes. José Menéndes y de Parra, Capacidad de la mujer casada. Pedro Estasén, La protección del derecho inmobiliario. Enrique Garcia Herreros, La defensa de los pobres ante los Tribunales de justicia. Juan Montilla y Adán, Apertura de los Tribunales, Discurso del Ministro de Gracia y Justicia. Gino Bruni. La libertad de imprenta en las legislaciones y en la práctica. Adolfo Posada, Tendencias y doctrinas de la sociologia moderna. José G. Romero de Tejuda, Designaldades sociales. Dr. Luis Agote, Nuevo método gráfico para fijar la herencia. — II. Cronica de la tribunales. — III. Revista de

Revistas juridicas. — IV. Noticias bibliográficas. — V. Anales de dereche internacional.

Revue de droit international et de législation comparée. 34. Bd., 1902, nro. 2-6. L. Abhandlungen: Bajer, Neutralité fédérative, exposé des motifs d'une formule de convention pour une alliance pecigérants. Engelhardt, La protection internationale des animaux. Bosskowski, La revision de la convention de Genève. Flaischlen, Les attributions judiciaires des consuls étrangers en Roumanie, d'après la récente jurisprudence roumaine. Lehr, De la tutelle des mineurs d'après les principales législations de l'Europe, étude de législation civile comparée et de droit international privé. La Fontaine, Histoire sommaire et chronologique des arbitrages internationaux (1794-1900). Arminjon, Nationalité des personnes morales. Asser, La codification du droit international privé. Nys, Droit et aérostats. Stocquart, Quelques considérations générales sur l'ancien droit espaguol. Speyer, Les projets de réforme de l'information préparatoire en Belgique. Fiore, De l'ordre public en droit international privé. Capos, Notions élémentaires sur les successionsen l'Turquie. — II. Notices hibliographiques.

Revue générale de droit international public, publiée par A. Pillet, P. Fauchille, 9. Jahrgang, 1902, Heft 1—5. I. Abhandlungen: Politis, Le contrôle international sur les finances belléniques et ses premiers resultats (1898—1901). Fauchille, Un projet de Napoléon I^{ex} pour l'établimement d'un code maritime du droit des neutres. Lapradelle, La question chinoise. Obvert, Le différend entre l'Espagne et les États-Unis au sujet de la question cubaine. Politis, La convention consulaire gréco-turque et l'arbitrage des ambanadeurs des grandes puissances à Constantinople da 2 avril 1901. Rouard de Card, La frontière franco-marocaine et le protocole du 20 juillet 1901. Kebedgy, L'extradition en Grèce. Kasansky, Théorie de l'administration internationale. Benault, La straite des blanches et la Conférence de Paris au point de vue du droit international. Aleures, L'histoire diplomatique des Républiques américaines et la Conférence de Mexico. Poujol, De la nationalité dans la République d'Hatti. — II, Chronique des faits internationaux. — III. Bulletin bibliographique. — IV. Documents.

Rivista italiana per le scienze giuridiche, Bd. 83 u. 34, 1902. I. Abhandlungen: Biscaro, La polisia campestre negli statuti del Comune di Treviso. Arcangeli, La commenda a Venezia, specialmente nel secolo XIV. Abello, il regresso nella solidarietà passiva. Chiovenda, Romanesimo e Germanesimo nel processo civile. Del Veccho, Il sentimento giuridico. De Medio, Per la storia delle donazioni tra coniugi in diritto romano, Zocco-Rosa, La ricostruzione dell'Edictum perpetuma Hadriani. Biscaro, Note e documenti per la storia del diritto italiano. Dusi, Ancara della nullità del matrimonio per cagione di errore o di dolo. Raggi, Essano critico delle varie teorie moderne sopra la nozione d'autarchia (Continuazione e fine). Buonamici, L'opera dell'imperatore Giustiniano. Nota riassuntiva.

Schupfer, Ancora di una professione di legge gotica dell'età langobarda. Besta, L'opera di Vacella e la sonola giuridica di Mantova. Bandettini, Note critiche sul concetto economico e giuridico delle società cooperative (Continua). Gangi, La legittima degli' ascendenti. Semeraro, Romani ed Egizi. Nota critica a proposito di un'opera di Revillout. — II. Recensioni. III. Spoglio di riviste nazionali e straniere. — IV. Bolletino bibliografico.

Såchsisches Archiv für bürgerliches Recht und Prozefs, 12. Bd., 1902, 2.—12. Heft. I. Abhandlungen: du Chesne, Das Kontrahieren mit sich selbst. Lafrens, Die Vereinbarung des Bestehenbleibens nach Zw.V.G. § 91. Bondi, Welchen Einfluß hat das Inkrafttreten des Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuchs auf die Kautionshypotheken des ältern Bechts u. s. w. Reinhard, Ist die Pfändung der Mietzinsforderung gegentiber dem Erwerber des vermieteten Grundstücks wirksam? Zur Auslegung des § 578 des B.G.B. Förster, Stellung, Bechte und Pflichten des Testamentsvollstreckers u. s. w. Reichel, Das letztwillige Veräußerungsverbot im Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch. Fuld, Unterlassungsklage und Schadensersatzklage. Langheineken, Zur Feststellung des Mindestgebots in der Teilungssubtrastation. Kretsschmar, Das Eigentum an Grundstücken. Schmidt, Einige Bemerkungen su § 46 und Tarifstelle 60 des S.G.K.G. Mannsfeld, Die Landesgesetzgebung der deutschen Bundesstaaten im Jahre 1901. II. Gerichtliche Entscheidungen. — III. Bücherbesprechungen.

Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht, 15. Jahrg., 1902, 3. Heft. I. Abhandlungen: Stoofs, Eine Episode des Jetzerprozesses. Anläfelich der Schrift von Dr. R. Steck, Professor: Der Berner Jetzerprozess (1507—1509) in neuer Beleuchtung nebet Mitteilungen aus den noch ungedruckten Akten. — § 116 des Zürcher Strafgesetzbuches: I. Gutachten, erstattet von Professor Carl Stoofs in Wien. II. Gutachten, erstattet von Professor Dr. Emil Zürcher in Zürich. — Stoofs, Die Zwangserziehungsanstalt Aarburg, Bemerkungen zu dem Jahresbericht für 1901. Mittermater, Die achte Versammlung der deutschen Landesgruppe der Internationalen kriminalistischen Vereinigung. — Eingabe des zürcherischen Frauenbundes zur Hebung der Sittlichkeit an das Justisdepartement der schweizerischen Eidgenossenschaft vom 21. März 1902. — Eingabe des Centralvorstandes der deutsch-schweizerischen Tierschutzvereine an die hohe Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenossenschaft. II. Entscheidungen in Strafsachen. III. Litteratur-Anseigen.

Tideskrift for Retsvidenskab, 15. Jahrgang, 1902, Heft 1—4.

I. Abhandlungen: Sjögren, Förarbetena till Sveriges rikes lag. Boye, Overblik over den internationale Privatrets Stilling i Nutiden, særlig om Nationalitetsprincipet. Serlockins, Om solidarisk ansvarighet. Resterskild, Lagskipning och Lagstiftning. Bugge, Vederlag og Risiko. Hagersp, Permanent Neutralitet. Afselius, Processreformen i Finland. Heckscher, Meddelelser fra den svenske Højesterets Praxis i Aarene 1900 og 1901.

II. Oversigt over de nordiske lovgivning i 1901. — III. Fremmed lovgivning i 1900. — IV. Litteratur. — V. Mindre Meddelelser.

Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht, begründet von L. Goldschmidt, herausgegeben von Dr. H. Keyfmer, Geh. Justiz- und Kammergerichterat in Berlin und Dr. K. Lehmann, ordentl. Professor der Rechte in Rostock. 52. Bd., 1.—4. Heft, 1902. I. Abbandlungen: Lehmann, Entwickelung des deutschen Handelsrechts. Züchmann, Über die Amteniederlegung von Aufsichtsratsmitgliedern der Aktiengesellschaften ver Ablauf ihrer Wahlperiode, nach altem und neuem Recht. Wittmaack, Die nordsmerikanische Harter Akte. Alfred Mones, Das besondere Konkurrecht der Privat-Versicherungsunternehmungen. Brodmann, Über die rechtliche Natur des Schiffigtäubigerrechts. Hackel, Schadensersatzpflicht des Reeders beim Zusammenstofs von Schiffen. Kohler, Konkursgesetze der neuesten Zeit. Behme, Das japanische Handelsrecht. Zechimmer, Der Einfluß des gesetzlichen Güterstandes auf ein Handelsgewerbe der Einfran. — II. Rechtsqueilen. — III. Rechtssprüche. — IV. Litteratur.

Zeitschrift für das Privat- und öffentliche Recht der Gegenwart, unter ständiger Mitwirkung von Mitgliedern der Wiener juristischen Fakultät, herausgegeben von Dr. C. S. Grünhet. 29. Bd. Heft 3 u. 4, 30. Bd. Heft 1, 1902. Mensel, Machinvelli-Studien. Ofmer, Das Recht des andern, erläutert um Schutz des Dritten. Tesner, Die landesfürstliche Verwaltungspflege in Österreich vom Ausgang des 15. his sum Ausgang des 18. Jahrhunderts. Pineles, Die communio pro diviso. Jellinek, Eine neue Theorie über die Lehre Montesquieus von den Staatsgewalten. Tesner, Fortsetzung der obigen Abhandlung. Affolter, Das intertemporale und internationale Recht der zeitlichen und örtlichen Kollizionsnormen des bürgerlichen Rechts. Reichel, Der rechtliche Charakter der Fruchtsache im römischen und im deutschen Recht. Horsetzke, Zer Kasuistik des Eisenbahnhaftpflichtgesetzes insbesondere im Zusammenhang mit §§ 1904 und 1927 a. b. G.B. - Zu Menzels Machiavellistudien: Fester, Eine Erwiderung. Mensel, Replik. - Pacchioni, Per extraneam personen nobis adquiri non potest. Deybeck, Die staatsrechtlichen Grundsätze, ihre Kodifikation und die Kontrolle ihres Vollauge im modernen Staatshaushalte, Litteratur.

Zeitschrift für deutsches bürgerliches Recht und französisches Civilrecht, Bd. 33, 1902, Heft 1—10, Bd. 33 Heft 3—8. I. Entscheidungen des Reichsgerichts und des Obersten Landesgerichts München. II. Entscheidungen der Oberlandesgerichte, Landgerichte und Amtsgerichte. III. Fransösisch-belgische und italienische Rechtsprechung. IV. Abhandlungen: Dr. Scherer, Auslegung altrechtlicher letstwilliger Verfügungen des rheinischen Rechts. Dr. Hangen, Die auf Grund des Art. 1094 C. c. getroffenen Verfügungen nach dem Inkrafttreten des B.G.R. V. Litteraturberichte. Zeitschrift für deutschen Civilprozefs und das Verfahren in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Bd. 30. L. Abhandlungen: Dr. Conrad Bornhak, Schiedsvertrag und Schledagericht nach geschichtlicher Entwickelung und geltendem Rocht. Ernst Dronke, Der Prozessvergleich als Ernstz der gerichtlichen und notariellen Beurkundung. Böhner, Das Kostenfestsetsungeverfahren bei quotativer Kostenverteilung. Oskar Bülow, Prüfung der prosessualen Vorameetsungen im Offenbarungseidesverfahren. Dr. Paul Alexander-Kuts. Die Zuständigkeit der Kammern für Handelssachen in Gebrauchsmustersachen. Dr. Eugen Josef, Die wechselseitige Einwirkung von Entscheidungen in der streitigen und in der freiwilligen Gerichtsbarkeit auf einander. Bickenbühl, Die Rechtsprechung in Sachen des Verfahrens der freiwilligen Gerichtsbarkeit im Jahre 1901. Kiehl, Der Eintritt des sachlich Berechtigten in einen Prozefs, den ein Anderer kraft der ihm zustehenden Verfügungsmacht geführt hat. Dr. Gustav Sintenis, Der simulierte Prozefs. Schultze-Görlitz, Zoständigkeit des Nachlafs- und des Auseinandersetzungsgerichts sur Auflassung eines sur Teilungsmasse gehörigen Grundstücks an einen der Mitbeteiligten im Verfahren, betreffend die Auseinandersetzung eines Nachlasses oder gütergemeinschaftlichen Gesamtguts. Dr. Salinger, Über die Wahrung des Beratungsgebeimnisses. - 11. Gesamtbericht über die Litteratur für das Jahr 1901. - III. Litteraturbesprechungen. - IV. Gerichtliche Entscheidungen. - V. Gesetzgebung.

Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft. herausgegehen von Dr. F. v. Liest, Dr. K. v. Lilienthal und Dr. Paul Hers. 22. Bd. Heft 4-6, 23. Bd. Heft 1. 1902. I. Abhandlungen: Hagerwo Bernhard Gets. Auschütz, Antwort auf einige staatsrechtliche Fragen des Strafprozesses. Dieck, Die preufsischen disciplinargesetzlichen Bestimmungen über den Amtsverlust als Folge einer gerichtlichen Verurteilung. Rathenau, Die eidliche Vernehmung des Angeklagten als Zeugen nach englischem Recht. Prinsing, Sociale Faktoren der Kriminalität. Stielman, Aus den Arbeiten der russischen Kommission zur Bevision der Justizgesetze vom 20. XI. 1884. Heinze, Die Zwangserniehung nach Reichs- und Landesrecht (unter besonderer Berticksichtigung des badischen Gesetzes vom 16. VIII. 1900). Mwss, Strafprozessuale Fragen. Ortloff, Entschädigung für eine su Unrecht erlittene Untersuchungshaft. Bartolomäus, Die Militärstrafgerichtsordnung vom 1. XII. 1898. Bercio, Ein praktischer Fall zur Streitfrage, ob Anstiftung zur Begehung des Verbrechens der unternommenen Verleitung zum Meineid aus §§ 48, 159 Str.G.B. oder wieder nur aus § 159 a. O. zu bestrafen sei. Curtius, Das französische Gesetz vom 8. XII. 1897 _ayant pour objet de modifier certaines règles de l'instruction préalable en matière de crimes et délits". Seine Geschichte, Untersuchungen über seine Wirkungen. Kohlrausch, Die strafrechtliche Rückwirkung einer außerstrafrechtlichen Gesetzesänderung. Tschubinski, Professor Wilhelm Emil Wahlberg und seine Bedeutung in der Strafrechtswissenschaft. Torp, Die Lehre von der rechtswidrigen Handlung in der nordischen Bechtswissenschaft. Bonköffer, Zur Kenntnis des großestädtischen Bettel- und Vagabondentums. Zweiter Beitrag: Prostitzierte. Dieck, Die Zuständigkeit der preufsischen Disciplinarbehörden beim Widerspruche gegen die wegen unerlaubter Entfernung vom Amte verfügte Entziehung des Diensteinkommens. Steidle, Gemischtgerichtliche Fälle nach § 4 der Militärstrafgerichtsordnung. — II. Lätteraturberichte. — III. Bibliographische Notisen.

Zeitschrift für schweizerisches Recht, herangegeben von Andreas Heusler, Professor in Basel. 21. Bd. N. F. Heft 1—4. 1902. Abhandlungen: Hitrig, Das Familienvermögen im schweizerischen Vorentwurfe eines Civilgesetzbuches. Silbernagel, Die Gleichheit vor dem Gesetz und die bundesrechtliche Praxis. Wieland, Das Grundbuchrecht im Entwurfe eines schweizerischen Civilgesetzbuches. Oberer, Die Emission von Anleihen und die Pfandbriefe im Entwurf eines schweizerischen Civilgesetzbuches. Brodibeck, Aus der staatsrechtlichen Spruchpraxis des Bundesrates im Jahre 1901.

c. Verzeichnis eingesendeter Bücher,

deren Besprechung vorbehalten bleibt.

- Grofs, H., Die Erforschung des Sachverhaltes strafbarer Handlungen. Ein Leitfaden für Beamte des Polisei- und Sicherheitsdienstes des Deutschen Reichs. München, Schweizer. 1902. VIII und 194 S. — Mk. 2,50.
- Grofe, H., Gesammelte kriminalistische Anfattse. Leipzig, Vogel. 1902. VIII und 489 S. -- Mk. 14.--
- v. Hippel, R., Zur Vagabundenfrage. Berlin, Liebmann. 1902. 40 S. Mk. 1.—
- v. Muralt, J., Die parlamentarische Immunität in Deutschland und der Schweiz mit Berücksichtigung der Entwickelung derselben in England und Frankreich. Zürich, Schultheis & Co. 1902. VIII und 128 S. Mk. 2,80.
- Stelling, Praktische Strafanzeigen (Strafrechtsfälle) aus der Praxis der Staatsanwaltschaft gesammelt und für den akademischen Unterricht sowie für Referendare der Justiz und Verwaltung unter Berücksichtigung des B.G.B. und fortlaufender Anführung der gesotzlichen Vorschriften, Verordnungen u. s. w. bearbeitet. Hannover, Helwing. 1902. XI u. 244 S.
- v. Schwarze, Das Reichsprefagesetz. 4. Aufl. v. Appelius. Erlangez, Palm & Enke. 1902. VIII z. 268 S. — Geh. Mk. 5.—
- Stölzel, Schulung für die civilistische Praxis. 5. Aufl. Berlin, F. Vahlen. 1902. 2 Bde.
- Hirzel, Der Eid. Ein Beitrag zu seiner Geschichte. Leipzig, S. Hirzel. 1902. VI u. 225 S.
- Neuberg, Zusammenstellung sämtlicher Reichsgesetze strafrechtlichen Inhalts (mit Ausnahme des Strafgesetzbuchs). Leipzig, Dieterichsche Verlagsbuchhandlung 1902. XV u. 448 S. Geb. Mk. 5.—

- Rücker, Die wichtigsten Bestimmungen der Warenseichenrechte aller Länder. Heidelberg, C. Winter. 1902. VII u. 168 S.
- Paalzow, Zur Polenfrage. Zwei Rechtsgutachten. Berlin, Liebmann. 1902. 84 S. Mk. 1.80.
- Riesenfeld, Das Weehselrecht in Frage und Antwort. Berlin, Hayns Erben. 1902. 14t S.
- V. Otavsky, H., Der internationale Urheberrechtsschutz zwischen Österreich und dem Deutschen Reiche. Berlin, C. Heymann. 1908. 166 S. Mk. 3.—.
- Götte, Der preufsische Testamentsrichter. Berliu, Liebmann. 1901. IX u. 158 S.

Alphabetisches Sachregister.

Die Zahlen bezeichnen die Seiten.

Die in Klammern beigesetzten Ländernamen verweisen auf die Rechtsprechung oder Gesetzgebung in den betreffenden Ländern.

Abwesenheitspflegschaft, a. Pflegschaft.

Adoption, s. Ebehindernis.

Agypten, a Egypten. Aktiengesellschaft, Anerkennungausländischer in Rufsland 148. Alaska, Strafgesetzbuch, Straf-Alaska, Strargesetzouen, Stran-prozessordnung, Civilgesetzbuch, Civilprozessordnung 158; die Ge-setzgebung in A. 513. Alimentation, s. Unterhalt. Alter, s. Ehehindernis. Amerika, s. Vereinigte Staaten

von Amerika. — Ehehindernis der verschiedenen Rasse 252. — Die panamerikanische Konferenz (1901 bis 1902) 571. — Der englisch-amerikanische Isthmuskanal-Vertrag 865 ff.

Analogie, Der in Art. 14 E.G. s. B.G.B. nur für Deutsche ausgesprochene Grundsatz der Maßgeblichkeit des Heimatsrechts ist analog auf Ausländer anzuwenden 466, 609 ff.; analoge Anwendung des Art. 27 E.G. z. B.G.B. 612.

Anknüpfungsmomente, Schweis

Argentinien, Gesetzgebung 159, 552. — Militärgesetzbuch, landwirtschaftliche Versicherung, Abänderung der Art. 190 u. 191 des St.G.B. 159; Zuständigkeit der Bundesgerichte 582; Fabrik-, Handele, und Landwirtschaftsmarken dels- und Landwirtschaftsmarken 532; Konsularwesen 321; Sammlung von Staatsverträgen 172; s. internationale Vertrage.

Armenrecht, eines in Deutsch-land wohnenden Engländers 111; der Ausländer in England 111, in Ungarn 561.

Aufgebot, bei der Eheschliefsung 7, 404 ff.

Ausland, Erauchungsschreiben (Baden) 156, (Bayern) 156, (Preußen)

Ausländisches Recht, Ermittelung von Amtswegen, Mithülfe der Parteien; das gleiche gilt von den Thatsachen, von denen abhängt, welches ausländische Recht sur Anwendung kommt 115.

Auslieferung, Vertrag zwischen Deutschland und Schweiz, Stellung der Angehörigen dritter Staaten 111; Belgien und Congostaat 109; Belgien und Luxemburg 189; Holland und Brasilien 169, 172; Frankreich und Congostaat 169; Costarica und Spanien 170; England und Holland 170; Holland und Schweiz 170; Italien und Mexiko 170; England und Bolivia 171; Spanien und Columbia 172; Oranjefreistaat und Britisch Bet-schuanaland 172; Holland und Oranjefreistaat 172; Griechenland mit Österreich-Ungarn, England, Belgien, Türkei 438 f.; Frankreich und Deutschland 463; Vereinigte Staaten von Amerika mit Rufsland, Prenisen, England 473, 474;

Argentinien und Portugal 564; Belgien und Griechenland 564; Frankreich und Bolivia 564. -Strafverfolgung gegen einen Ausgelieferten wegen eines Nichtaus-lieferungsdeliktes mit seinem Ein-verständnis oder wenn er im Inlande bleibt oder wieder in dasselbe zurückkehrt 22 ff.; Dauer der Eigenschaft eines Ausgelieferten 24 ff.; Verurteilung eines an Frank-reich in der Annahme betrügerischen Bankerotts Ausgelieferten wegen Versuchs dieses Verbrechens 463; Auslieferung eines Deserteurs eines im Bau auf amerikanischer Werft begriffenen russischen Kriegeschiffs 473; der preufsisch-amerikanische Auslieferungsvertrag von 1852 noch gültig 474; Voraussetzungen der Auslieferung an die Vereinigten Staaten von Amerika 474; Todesstrafe, keine "peine corporelle" (im Sinne des Art. 5 des schweiserischen Bundesgenetzes vom 22. 1. 1892) 631; die Auslieferung in Griechenland 438 ff.; Frankreiche Auslieferungsdelikte 154: Frankreichs Auslieferung statistik 154; Englands Auslieferungsverkehr 154; panamerika-nische Konferens 572.

Australien, verschiedene Gesetze

Ausweisung, eines an Deutsch-land ausgelieferten Deutschen? 24.

Baden, Gesetzgebung 156, 520. — Grundbuchamt, Auflassung vor dem Nachlassgericht 520; Behandlung des Nachlasses eines in der Schweis wohnhaft gewesenen Ba-densers, Zuständigkeit 520; Tod eines Russen, Nachricht an das Ministerium des Auswärtigen, Ministerium Sterbeurkunde 521; Konkursrecht, Außerkraftsetzung des Staatsver-trages mit der Schweiz 522; Er-suchungsschreiben ins Ausland 156.

Bayern, Gesetzgebung 156, 522. -Heirst swischen Bayern un Schweisern 156; Ersuchungsechreiben ins Ausland 156; Austausch von Strafnachrichten mit Peru 522. Beamte, Fürsorge bei Betriebs-unfällen 527. Beleidigung, durch die aus-ländische Presse (Frankreich) 188; desgleichen, Strafbarkeit der im Ausland wohnenden Teilnehmer?

Belgien, Rechtsprechung 125, 620; Gesetzgebung 159, 538. — See-transportvertrag, Recht des Abladeortes 620; für die Form einer in Belgien gegründeten Handels-gesellschaft mit dem Sits in Frankreich gilt die lex loei actus 125; Civilehe 389; Aufgebot 406, 408; diplomatische Ehe 412, 421, 424; Ehehindernis der Verwandtschaft 228, des Ehebruchs 231, der früheren Ehe 239. — Militärstrafprozelsordnung, Sicherheit und Gesund-heit der Arbeiter, Flussischerei, bedingte Verurteilung, Wahlen für das Repräsentantenhaus und den Senat 159; Militärgerichte, Arbeits-vertrag. Nationalbank, Alkohol, Jagdrecht, Margarine, Alterspensionen, Haager Konvention 538; s. internationale Vertrage.

Borggenetz, Abanderang 530.

Betrug, s. Ebeschliefsung. Beuterecht, im Seekriege gegen-über Fischereifshrzeugen 51 ff.; im Kriege (Frankreich) 540.

Bigamie, s. Ehehindernis.

Blockade 28 ff.

566 ff.

Bodensee, Schiffahrt 169.

Bolivia, diplomatisches Corps 538;

Botschaftsgebäude, exterritorial? 464.

Ebeschliefsungsform Bracilien, 400; Konsularvertrag mit Deutschland 321. — S. internationale Verträge.

Bremen, Genetagebung 157. - Zuständigkeit des Amtagerichts für Todeserklärungen 157.

Britisch Betschuansland, a. internationale Vertrage.

Britisch Indien, Gesetzgebung 160. — Obligationenrecht, Obervormundschaft 160.

Brüssel, Brüsseler Session des institut de droit international 447 ff.; bureau de législation 516. Bücheranseigen 178 ff., 379 ff.,

Bulgarien, Gesetzgebung 160. -Handelsgesetzbuch, Gerichtsverfassungsgesetz 160. Bureau de législation in

Brüssel 516.

Canada, Gesetzgebung 160. -Kreditgenomenschaften, Gerichtsverfassung, Eheschliefsung, Ge-sellschaftsrecht 160.

Cautio judicatum solvi, Vertr. zwischen Frankreich und Rufsland 172; in der Schweis 145: in Ungara 559; ausländischer juristischer Personen 267; der Niederlander in Deutschland und der Ausländer in Holland 455; der Ausländer in Österreich 496. — S. Schutzgebiete 531. - Staatliche Gebühren 615.

Cession, maßgebliches Recht für das Rechtsverhältnis zwischen Ce-

dent und Cessioner 118.

Chile, s. internat. Verträge. Anerkennung ausländ. Urteife 454. China, s. internat. Vertrage Cif, die Klausel bedeutungslos für

Erfüllungsort 618.
Civilehe 386 ff., Geltungsgebiete 389, 394, 399; Paraguay 550.
Clayton-Bulwer-Vertrag 365, 368 ff.

Columbia - Distrikt, Inhaber-und Orderpapiere, Verführung, Vogel- und Jagdachutzgesetz 159; Strafgesetzabänderung, Gesetses-kodifikation 532.

Columbien, Grenze nach Costarica, Schiedaspruch 158; a. inter-nationale Verträge.

Comité maritime international

588. Congostaat, Gesetsgebung 160. — Glücksspiel 160; s. internationale Vertrage.

Costarica, Grense nach Columbien, Schiedsspruch 158; Schutz deutscher Warenbezeichnungen 155; s. internationale Verträge.

Creta, Gesetsgebung 160. - Verfassungsgesets 160.

ID.

Dänemark, Gesetzgebung 160. — Landlose für die landwirtschaftl.

Arbeiter, Sparkassen, Sprengstoffe, arbeiter, sparkassen, Sprengstone, eheliches Gäterrocht (Ehekom-trakte) 160; Eherecht, Domisil-princip 201; kirchl. Eheschliefsung 892, (Civilehe 894, 399); diplo-matische Ehe 412, 419; Bigamie 222; Ehehindernis der Verwandtschaft 228; Ehekonsens hinsichtlich einer Armenunterstützung genießenden Person 254; Eheschließung dänischer Staatsangehöriger in Elsafs-Lothringen 522, Lippe-Detmold 528, Schaumburg-Lippe 530, Schwarzburg-Sondershausen 581; a. internationale

Verträge. Delikt, Deliktsansprüche, lex fori und lex loci delicti 126.

Doutschland, Gesetzgebung 155, 517; Rechtsprechung 110, 451, 609. — S. internationale Verträge.

Diplomatische Ehen 7, 246, 363, 394, 409 ff., 435; Frankreich 541; in Deutschland grundsätzlich nicht anerkannt 417; jedoch Staatsver-trag mit Italien 418; Ebeschliefsung vor einem englischen Konsul in Frankreich 620.

Diplomatie, diplomatisch-kon-sularische Schule in Rom 515; diplomatische Beamte in Egypten 583.

Doktortitel, au Strafbarkeit der ausländischer, Führung in Deutschland? 470.

Domizilprincip, im schweize-rischen Civilgesetzbuch 280 ff. Dominikanische Republik,

Eheschließungsform 400; a. inter-nationale Verträge.

Ecuador, Gesetzgebung 161. — Dienstverträge, Einwanderung von Chinesen, Fabrik- und Handelsmarken 161.

Egypten, Gesetsgebung 161, 533.— Form der Testamentserrichtung Form der Testamenter 143; ge-seitens eines Ausländers 143; ge-seitens eines Ausländers 143; ge-Aktiengesellschaften, Berechtigungen der Kommissare der "dette publique" 161; diplomatische und konsularische Beamte 588; a. internationale Vertrage.

| Eheaufgebot 7, 404 ff.

Eheauflösung, Montenegro 887. Ehebruch, a. Ehebindernia.

Ehofahigkeit, dritte Haagur Staatenkonferens für internationales Privatrecht 201 ff.

Ehefrau, Konsens des Ehemanne

sur Prozefsführung 628. Ehehindernis, Zeugnisse über das Nichtbekanntsein von Ehe-hindernissen 526; der Verwandtschaft oder Verschwägerung 5, 203, 206, 221, 226 ff., 247; der affinitas secundi generis (Schweden) 229; cognatio spiritualis 252; der Adoption 229; der Vormundschaft 250; der verschiedenen Rassen 252; des Ehebruchs 5, 207, 221, 230 ff. 947, 493; der Lebensuschstellung 5; des Gattenmordes 238 f., 247; der bestehenden Ehe 5, 205, 222, 251; politischer Natur 253; religiöser Natur 5, 6, 204, 294 ff., 243 ff., 247, 251 ff., 255, 257; kirch-liche Weiben und Ordensgelübde 204, 284 ff.; Alter 203, 222; Wartefrist 203, 222; Impotens 203, 221; Krankheit 223, 251; Wiederver-heiratung 205, 323, 237 ff., 251 f.; die Ehe eines katholischen Österreichers mit einer geschiedenen protestantischen Ausländerin ist, wonn deren erster Mann noch lebt und dieser oder sie selbat zur Zeit der Eheschliefsung Katholik war, ungültig 138.

Ehekonsens, hinsichtlich der dienenden Klassen, der Mitglieder fürstlicher Familien, der Offiziere,

der Beamten 253

Ebeliches Güterrecht, Monte-negro 342 ff.; Dänemark 160; lez domicilii des Ehemannes sur Zeit der Eheschliefeung 621; vertrag-liche Anderungen des Güterstandes 694, 630; Staateangehörigkeitsprincip 627; Domisilprincip 698;

Rückverweisung 528. Ehemündigkeit 203 ff., 207, 209. Eherecht, dritte Haager Staaton-konferens für internat. Priv.-R.

autorens für internst. Priv.-R.

1 ff., 201 ff., 385 ff., 602 ff.; Rückverweisung 209 ff.; das montenegrinische Eherecht 383 ff.
Ehescheidung, Konventionsentwurf der dritten Haager Staatenkonferens für internat. Privatrecht
10 ff. Test der Krampfing 200 fc. 10 ff., Text der Konvention selbst 602 ff.; Zulfasigkeit 10; in Italien

unsulfierig 206; in Montenegro 887, 861; in Outerroich 467, 488; Scheidung der Ehe von Italienern durch deutsches Gericht nichtig 131, dagegen 621; Zuständigkeit 11 (für vorläufige Ma(sregein 13); Zu-ständigkeit der französischen Gerichte für Ehsscheidungsprosesse swischen Ausländern 475; Staats-angehörigkeitsprincip 10, 116, 124, 131; Wechsel der Staatsangehörigkeit während des Scheidungs-prozesses 116, nach Erlaß, aber vor Bechtskraft des Urteils (Frankreich) 131; Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit während des Scheidungsprozesses 462; zur Ehescheidung im Sinne des Art. 17 E.G. z. B.G.B. zählt auch die Regaining der Vermögensverhält-nisse während des Scheidungs-prozesses 194; s. auch Ehe hinder-

Ehescheidungsurteile, Aner-kennung ausländischer 12, in Eng-land 126, in Italien 134, in Frank-

reich 131, 621.

Eheschliefsung, Konventionsentwurfderdritten Haager Staaten-konferenz für internat. Privatrecht 4 ff., 202 ff., 385 ff., Text der Konvention selbst 602 ff.; das Recht, eine Ehe su schließen 4; Staats-angehörigkeitsprincip 4, 201 ff., 611, Ausnahmen 5; lex loci 221 ff., 224 ff.; Wirk-amkeit 256; Willensmangel 907 ff.; in Montenegro 335, 339; in den Vereinigten Staaten von Amerika 151; in Ohio 150; in Japan 390; Nachweis der Voranssetzungen bei Ausländern 6, 259 ff.; Form 6, 385 ff.; s. die verschiedenen Länder; Civilehe 386 ff. (Geltungsgebiete 389); kirchliche Ebeschliefsung 389, 391 ff., 396 ff., 399, in Rumanien 511, (Geltungsgebiet 392); Aufgebot 404 ff.; diplomatische und konsularische Ehen 7; s. diplomatische Ehe. -Vertrag swi Schweis 170. swischen Italien und

Ehevertrag, Anderung des Güter-rechts 624, 630: Abschlufs durch Holländer im Ausland 629; Däne-

mark 160.

Eisen bahnfrachtverkehr, inter-nationales Übereinkommen, Gewichtsverlust 117.

Eisenbahnkonvention, Zusatzübereinkommen (au der von 1890) 169; swiechen Belgien, Frankreich, Holland, Luzemburg (1898) 169.

Elsafs-Lothringen, Aufhebung der außerordentlichen Gewalten des Statthulters 520; Zuständig-keit des kaiserlichen Rates 522; Ehoschliefsung dänischer Staats-angehöriger 522.

Elterliche Gewalt, Montenegro

340 ff., 350 ff., 359 ff.

England, Rechtsprechung 196, 474, 630; Gesetagebung 588. — Rechtsentwicklung im 19. Jahrhundert 513. — Verfügung der Gerichte über das in England befindliche Vermögen eines Geisteskranken, der auswärtige Vertreter nicht verfügungsberechtigt 127; Rechts-swang sum Kontrahieren bei ge-wissen Transportunternehmern 432; Schadenservatransprüche, lex fori und lex loci delicti 126; Schuld-haft 514; Eheschliefsung vor einem engl. Konsul in Frankreich 620; Eherecht, Domizilprincip 201; Ehekonsens hinsichtlich der Mitglieder der kgl. Familie 253, keine Wartefrist 222 f; Wiederverheirstung 940; Scheidungsrecht, lex dominili 134; ausländisches Ebescheidungsurteil, Aperkennung 126; eheliches Güterrecht, lex domicilii des Ehemannes sur Zeit der Eheschliefsung 691; Erbrecht, lex domicilii 127; Testamentsform, lex domicilii 125; der in England befindliche Nachlafe eines ohne Erben verstorbenen Ansländers fällt dem englischen Staatsschatz zu 474; Armenrecht der Ausländer und des in Deutschland wohnenden Engländers 111; Todesstrafe 518; Auslieferungs-verkehr 154; Voransetzungen der Auslieferung an die Vereinigten Staaten von Amerika 474; Advokatur 514; verschiedene Ge-eetze 538 f. — Schiedsspruch in der Sergent-Malamine- und der Walma-Affaire mit Frankreich 516; der englisch-amerikanische Isthmus-kanalwertrag 365 ff.; Clayton-Bul-wer-Vertrag 365, 368 ff.; a. ister-nationale Vertrag c.

Erbfähigkeit, Staatsangehörig-

keitsprincip 18.

Erbrecht, Konventionsantwarf der

dritten Haager Staatenkonferens für internat. Priv.-R. 17; Staateangebörigkeiteprincip 17, (Spanion) 144, (Eumänien) 511, (Tunis) 697; lex domicilii (England) 127, 145; Successionsrecht der Ausländer (Frankreich) 128.

Erbschaftskauf, Art. 24 E.G. z. B.G.B. findet keine Anwendung 444. Erbsteuer, Anrechnung auslän-discher (Osterreich) 500 ff.

Erfüllungsort, sein Recht mais-geblich für die Folgen eines obligatorischen Vertrages 115, 117, 119; Schweiz 299, Griechenland 477, Österreich 495; die Verpflichtungen aus einem in Deutschland zwischen Deutschen guschlossenen Vertrage sind auch dann nach deutschem Recht zu beurteilen, wenn der Vertrag im Ausland zu erfällen ist 121; Vereinbarung des Erfüllungsortes: dessen Recht meli-geblich 495; die Klansel "cif" be-deutungslos 618

Exterritorialität, Gesandt-schaftegebände? 464: im Bau be-griffenes Kriegsschiff 473.

Fabrikmarkon, Vertrag awischen Schweiz und Rufaland 170; zwischen Österreich-Ungarn und Ruminica 172; swischen Frankreich und Guatemala 172.

Familienrecht, Montenegro 338 ff. Firma, die Frage, ob ein Einzelkaufmann unter seiner Firms klagen könne, ist als Frage des Prosessverfahrens nach deutschem Recht zu beurteilen 12%

Pischereifahrzeuge, Beuterocht im Seekriege 51 ff; ihre rechtliche Stellung überhaupt 61 ff.

Form, schweizerisches Civilganstabuch 300; Errichtung einer Handels-gesellschaft, lex loci actus (Belgien) 125; mafegebliches Recht bei Vornahme eines Rechtsgeschäftes in varschiedenen Rechtsgebieten 114; Eheschliefsung 6, 385 ff.; diplo-matische und konsularische Eben 7, 246, 363, 394, 400 ff.(s. auch Ebe-schliefsung); letatwillige Verachliofaung); letztwillige Verfügungen 17, in England, lex domicilii 127; Schenkungen von Todswegen 17.

Frachtführer, die Verpflichtungen des ausländischen Unterfrachtführers auch ausländischem Recht 112.

Frankreich, Rechtsprechung 128, 475. Gesetzgebung 535. — Rechts-swang zum Kontrahieren bei ge-wissen Transportunternehmern 452; die Rechte des Wechselnehmers richten sich nach dem Recht des Ausstellungsortes 623; Anerkennung ausländischer Handelsgesellschaften 625. — Vertragliche Anderungen des Güterstandes 694; Civilene 389; Aufgebot 404, 406, 406; diplomatische Ehe 410, 411, 419, 421; diplomatische und konsularische Eheschliefsung 541; Ehemündigkeit 207; Ehehindernie des Ehebruche 207, 231, der Ver-wandtschaft 227, 228, Wieder-verheiratung 240, der Religion 244; Scheidung der Ehe von Italienern durch deutsches Gericht nichtig 131; s. dagegen 621; Zuständ. der franz. Gerichte für Ehescheidungsprozesse swischen Ausländern 475: egitimation durch nachfolgende Ehe, Recht des Eheschliefsungs-ortes 624; Successionsrecht der Ausländer bei dem Nachlaße eines in Frankreich verstorbenen Fransoeen 128; Versteigerung auslän-discher Nachlass-Grundstücke in Frankreich zulässig 476. Nicht-anerkennung ausländischer Kon-kurse 622; Nichtanerkennung eines englischen Urteils, Mangel des chemannlichen Konscuses 623; Klage zustellung an Ausländer in Frank-reich 477; Zuständ, der franz, Ger. für Proz. zwischen Ausländ, 129, 475, 623; dasselbe, falls keine der Parteien in Frankr. ein autori-siertes Domisil, der Bekl. aber einen bestimmten Wohnsitz im Ausland hat 475. - Beleidigung durch ausland, Presse, Strafbarkeit? 133, Strafbarkeit der im Ausland wohnenden Teilnehmer? 625; Auslieferungsdelikte 154; Auslieferungsstatistik 154; Verurteilung eines von Frankreich in der Annahme betrügerischen Bankerotts Ausgelieferten wegen Versuchs dieses Verbrechens 463. Erwerbung der fransöe, und Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit 585. Verschiedene Gesetze 589 ff. Schiedsspruch in der Sergent-Malamine- und der Walma-Affaire mit England 516; Entschädigungsansprüche geg. Venesuela, Schiedevertrag 517; Konsularverträge mit Spanien, Italien, Portugal, Griechenland und Salvator 521; a. internationale Verträge. Frauen, Stellung in Montenegro 583 ff. 345 ff.

Fremdenpolisei, Norwagen 548. Freundschaftsverträge, a. internationale Verträge.

G.

Geisteskranke, Verfüg, der engl. Gerichte über deren in England befindliches Vermögen 127.

Gerichtsstand, des Vermögens (Österreich) auch durch solche Gegenstände begründet, die nicht zur Durchsetzung des Klaganspruchs verwendbar 141.

Gesandtschaftsgebäude, exterritorial (?) 484.

Gesetzeskollision a internationales Privatrocht

Gesetsgebung, Argentinien 189, 582; Australien 532; Baden 186, 520; Bayern 186, 522; Belgien 189, 583; Bolivia 583; Bremen 187; Britisch Indien 160; Bulgarien 160; Canada 160, Congostaat 160; Creta 160; Dänemark 160; Deutschland 185, 517; Egypten 161, 533; Ekuador 161; Elsafs-Lothringen 522; England 533; Frankreich 535; Griechenland 161; Haiti 162; Hamburg 522; Hessen 523; Holland 162, 545; Japan 162; Lippe-Detmold 523; Mecklenburg-Stehlits 523; Mexiko 547; Nikaragua 547; Norwegen 162, 548; Österreich 163; Oldenburg 187; Paraguay 163, 550; Peru 550; Portugal 163; Preußen 157, 524; Rumanien 163; Rußland 163, 551; Sachsen-Altenburg 580; Sachsen-Weimar 188; Schaumburg-Lippe 158, 580; Schwarzburg-Sondershausen 531; Schweden 164; Schweiz 165; Serbien 166, 551; Siam 167; Spanien 168; Südafrikanische Republik 168; Sudan 168; Ungarn 551; Uruguay

568; Venesuela 568; Vereinigte Staaten von Amerika 158, 532; Waldeck 531; Württemberg 581. Gewerbegerichtsgesetz 155.

Grenzregulierungen, deutsch-österr. Grenze länge des Przemes-Flusses 517, 527; deutsch-dänische Grense an der Norderau und der

Kjärmühlenau 517, 524.

Griechenland, Gesetzgebung 161. Rechtsprechung 477. — Internatio-nales Privatrecht 190 f.; Anwendungsgebiet sweier koexistierender Civilrechte 189 ff.; Staatsangehörig-keitsprincip 189 ff.; Realstatut 193, 198; Personalstatut 195, 198; mais-gebliches Recht bei Kontraktsobligationen 477; Zinsbeschränkung 197; Exmission von Wohnungsmietern: Entworf eines bürgerlichen Gesetzbuchs, Altertums-funde 161; Polygamie 197; Ehe-schließungsform 400; Auslieferungswesen 438 ff.; griechisch-türkisches Konsularwesen (Schiedsspruch) 100 ff.; Konsularverträge mit Frankreich und Deutschland 321; a internationale Vertrage.

Grundbuchrecht, a. Baden. Grundstücke, im Erbrecht 18; Versteigerung ausländ. Nachlaß-grundstücke in Frankreich sullesig

Guatemala, s. internationale Vertrige. Güterrecht, s. eheliches Güter-

recht.

Ħ.

Haager Friedenskonferens, Ratifikationsurkunde der Verein. Staaten von Amerika 518.

Haager Staatenkonferens für internat. Priv.-R. (1900) 1 ff., 201 ff., 885 ff. (Text der Konventions-entwürfe 4 ff.); die Anwendungs-grensen des Konventionsrechts 430 ff.; Text der Konventionen aelbst 602 ff.

Haiti, Gesetzgebung 162. — Das kaufmännische Pfandrecht 162.

S. internationale Vertrage. Hamburg, Staatsschuldbuch 522. Handelsgesellschaft, Form der Errichtung, lex loci actus 125; Anerkennung ansländischer 625.

Handelsmarken, Vertr. zwischen Bufsland u. Schweiz 170; zwischen Österreich-Ungarn und Rumanien 172; swischen Frankreich und Guatemala 172.

Handelsverträge, s. internationale Vertrage

Hausindustrie, Newyork 159. Haussklaverei, e. Sklaverei. Hay-Pauncefote-Vertrag 365ff.

Hay Pauncetote vertein some Heimategesetz, a. Staatungehörigkeitsprincip.
Hessen, Zustellungen an Personen, die in Österreich dienen 523; Erstellungen and Erstellungen and Erstellungen 523; Er sats von Rechtshülfekosten, ins-

eats von Rechtshülfekosten, ins-besondere der Strafverfolgung und Auslieferung 523; Mennoniten, Be-teuerungsformel 523; Denkmals-schutz 523; Regentschaft 528. Holland, Gesetzgebung 162, 545. Rechtsprechung 629. — Statisti-sches Amt, Gleichstellung der Ja-paner mit den Europäern in den Kolonien, Berggesets für Indies, Währungugesets für Curaçao, Merk-male der Kriegsschiffe, Strafprozeck-änderung (Revision) 162. Abschluß anderung (Revision) 162. Abechlus eines Ehevertrages von Holländern im Ausland 629; Ehesufgebot 406, 408; diplomatische Ebe 412; Ebehindernis der Verwandtschaft 227, 228, des Ehebruchs 231. Ver-pflichtung der Ausländer zur Sicherheitaleistung für die Prozelskosten u. s. w. (Verpflichtung der Hol-lander in Deutschland) 455. Befreiung deutscher Seeschiffe von den Vermessungsvorschriften 545; Lootsenwesen 546, 547. Verschiedene Gesetze 545; siehe internationale Vertrage.

Hülfeleistung in Semot, Kon-greis des comité maritime international in Hamburg 589 ff.

Illinois, Gerichtsverfassung, Fårsorgegesetzgebung, vorläufige und bedingte Entlaseung von Straf-gefangenen, Ausstellung von Bil-dern berüchtigter Verbrecher und menschlicher Deformitäten, Vogelschutzgesetz 158.

Impotenz, s. Ehehindernis. Incest, s. Ehehindernis. Institut de droit international, Brüsseler Session 447 ff.

Internationale kriminalistische Vereinigung 9. Kongress 579.

Interlokates Privatrecht, in Griechenland 189 ff.

Internationals Schiedesprüche, betr. Grenze zwischen Columbien und Costarika 158. Sergent-Malamine- und Walma-Affaire (Frankreich, England) 516.

Internationale Schiedsver-träge 153, 516. Entschädigungsansprüche Frankreichs gegen Vene-

suela 517.

Internationales Privatrecht. Haager Staatenkonferens von 1900 201 ff., 385 ff. (Text der Konventionsentwürfe 4 ff.), die Anwendungsgrenzen des Konventions-rechts 430 ff. (Text der Konven-tionen selbst 602 ff.). Ergebnisse der panamerikanischen Konfarens 572 ff.; Kongrels des comité maritime international in Hamburg 588. Der in Art. 14 E.G. s. B.G.B. nur für Deutsche ausgesprochene Grundsatz der Mafageblichkeit des Heimatsrechts ist analog auf Aus-länder anzuwenden 466, 609 ff. Entwurf des schweiserischen Civilgesetzbuchs 270 ff.; Griechenland 190 f.; Montenegro 363 f. — Zeit-liche Geltung der Kollisionsnormen 39 ff., 454, 618.

Prüfungsgegenstand bei den un-garischen Juristen 515. Internationales

Internationale Verträge 169, 568. - S. Kanāle, Auslieferung, Konsularwesen.

Argentinien, Vertr. mit Uruguay betr. Lootsenwesen 171; Bammlung sämtlicher Staatsver-träge 172; Auslieferungsvertr. mit

Portugal 564.

Belgien, Zusatzübereinkommen zur Eisenbahnkonvention (von 1890) 169; Auslieferungsvertr. mit dem Congostaat 169, mit Griechenland 439; Eisenbahnkonvention (1898) 169; Vertr. mit Luxemburg betr. Auslieferung 169: Grensberichtigungevertr. mit Frankreich 172; Maisregeln gegen die Pest 568; Zuckerkonvention 564; Abkommen mit der Schweis betr. Mitteilung gerichtlicher Akte 564; mit FrankInternationale Vertrage.

reich betr. Gerichtszuständigkeit 564; Auslieferungsvertr. mit 564; Griechenland 564; Telegraphen-vertr. mit Holland 564; Militär- und Wehrpflicht, Vertr. mit Holland 564.

Bolivia, Freundschft.- u. Auslieferungsvertr, mit Frankreich 564. Brasilien, Auslieferungsvertr. mit Holland 169, 172.

Britisch-Betschuanaland, Auslieferungsvertr. mit Oranje-freistaat 172.

Chile, Vertr. mit den Verein.

Staaten von Amerika: Postpacketverkehr des chilenischen Gesandten in Washington 169. China, Telegraphenvertr. mit Rufsland 172.

Columbia, Auslieferungsvertr.

mit Spanien 172.

Congo-Staat, Auslieferungs-vertr. m. Belgien 169, Frankreich 169.

Costarica, Auslieferungsvertz.

mit Spanien 170.

Danemark, Zusatzübereinkommen zur Eisenbahnkonvention (von 1890) 169, Handelsvertr. mit Spanien 172; Vertr. mit Preußen betr. Landesgrenze 564; Vertr. mit den Verein. Staaten von Amerika betr. Abtretung der dänischen Be-sitzungen in Westindien 564.

Deutschland, Zusatzübereinkommen zur Eisenbahnkonvention (von 1890) 169; Vertr. mit Spanien betr. Abtretung der Karolinen-, Palace- u. Marianen-Inseln 169; Übereinkunft betr. Maßeregeln gegen die Peat 568; Vertr. mit Holland betr. den grenzüber-springenden Fabrikverkehr 564; mit Holland betr. tierärztl. Thätig-keit in den Grenzbesirken 169; mit Frankreich betr. Verkehr mit Spirituosen an der Grenze 564; m. Luxemburg betr. Schaumwein-steuer 564; Zuckerkouvention 564; m. Dänemark betr. Landesgrenze MA.

Dominikanische Republik, Friedens- und Freundschaftsvertr. und Grensregulierungs- u. Schiedsgerichtsvertr. mit Haiti 171.

Egypten, Vertr. mit England betr. Verfassung des Sudan 170;

Internationale Vertrage.

Handelsvertr. mit Österreich-Un-

gara 171.

England, Vertr. mit Egypten betr. Verfassung des Sudan 170; Auslieferungsvertr mit Holland 170; Vertr. mit Holland betr. die unterseeischen Kabel zwischen beiden Ländern 170; Handelsvertr. mit Frankreich und Komoda 172; Vertr. mit Rufsland betr. Robbenschutz 172; Maßeregeln gegen die Pest 563; Zuckerkonvention 564; Vertr. mit Frankreich betr. telegraphische Postanweisungen 564; Bündnisvertr. mit Japan 564; Bühdnisvertr. mit Japan 564; Schiedsgerichtsvertr. mit Frankreich betr. die Sergent-Malamineund die Walms-Aflairo 565.

Frankreich, Zusatzübereinkommen sur Eisenbabnkonvention (von 1890) 169; Eisenbahnkonvention (1898) 169; Analieferungsvertz. mit Congostaat 169, Handelsvertr. mit England und Komoda 172; Handelsvertr. mit Rumanien 172: Grensberichtigungsvertr. mit Bel-gien 172; Vertr. mit Russland betr. die cautio judicatum solvi 172; Vertr. mit Guatemala betr. Fabrik- und Handelsmarken 172; Maßregeln gegen die Pest 563; Vertr. mit Deutschland betr. Verkehr mit Spirituosen an der Grenze 564; Zuckerkonvention 564; Vertr. mit Belgien betr. Gerichtszuständigkeit 564: mit England betr. telegraphische Postanweisungen 564; Freundschafts- und Auslieferungsvertr. mit Bolivia 564; Handelsvertr. mit Haiti 564: Schiedsgerichtsvertr. mit England hetr. die Sergent-Malamine und die Walma-Affaire 565; Grensabkommen mit Italien, rotes Meer 565; mit Spanien, Sahara, Golf von Guinea 565; mit Portugal, west-afrikanische Besitzungen 565; Vertr. mit Spanien betr. Justishobeit auf den Fasaneninseln 565.

Griechenland, Handels- und Schiffahrtsvertr. mit Japan 170, mit Italien 170; Vertr. mit Spanien betr. die beiderseitigen Schiffe 170; Handelsvertr. mit den Vereinigten Staaten von Amerika 171; Schiffsvermossungsvertr. mit Österr.-Ungarn 171; Auslieferungsvertr. mit Osterr.-Ungarn. England, Italien, Belgien, Türkei 438 L., 564.

Guatemala, Vertr. mit Frankreich betr. Fabrik- und Handelsmarken 172.

Haiti, Friedens und Freundschaftsvertr. u. Grensregulierungund Schiedsgerichtsvertr. mit der dominikanischen Republik besw. dem Papst 171; Handelsvertr. mit

Frankreich 564.

Holland, Zusatzübereinkomman sur Eisenbahnkonvention (von 1890) 169; Vertr. mit Deutschland betr, tierärztliche Thätigkeit in dan Grenzbezirken 169; Vertr. mit Baden, Bayern, Elsafs-Lothringen, Hessen, Preußen betr. Abänderung des Rheinschiffahrtsvertrages 169; Eiseubahnkonvention (1898) 169; Auslieferungsvertr. mit Brasilien 169, mit England 170; Vertr. mit England betr die untersecischen Kabel zwischen beiden Ländern 170; Handels- und Freundschaftsvertr. mit Mexiko 170; Handelsund Schiffahrtsvertr. mit Ramanien 170; Auslieferungsvertr mit der Schweiz 170; Maßregeln gegen die Peet 568; Vertr. mit Deutschland betr. den grenzüberspringenden Fabrikverkehr 564; Zuckerkonvention 564; Telegraphenvertr. mit Belgien 564; Militar und Wehrpflicht, Vertr mit Belgien 564.

Italion, Zusatzübereinkommen zur Eisenbahnkonvention (von 1800) 160; Handels- und Schiffahrtsvertr. mit Griechenland 170; Auslieferungswertr. mit Griechenland 438, mit Mexiko 170; Vertr. mit der Schweiz betr. Form der Ehsschließung 170; Vertr. mit Österreich betr. zurückgelassene Sesteute 171; Freundschaftsvertr. mit dem Oranjefreistaat 171; Handelsvertr. mit Spanien 172; Simplonvertr. mit der Schweiz 172; Maßretgeln gegen die Post 563; Zucksrkouvention 564; Grensabkommen mit Frankreich, rotes Moer 565.

Japan, Handels- und Schifffahrtsvertr. mit Griechenland 170; Bûndnisvertr. mit England 564. Komoda, Handelsvertr. mit

Frankreich und England 172.

Internationale Verträge.

Luxemburg, Zusatzübereinkommen zur Eisenbahnkonvention (von 1890) 169; Eisenbahnkonvention (1898) 169; Vertr. mit Belgien betr. Auslieferung 169; Maßregeln gegen die Pest 568; Vertrag mit Deutschland betr. Schaunweinsteuer 564.

Mexiko, Handels- und Freundschaftsvertr. mit Holland 170; Auslieferungsvertr. mit Italien 170.

Norwegen, Zuckerkonvention

Österreich, Vertr. mit Baden und Württemberg betr. Bodensee-Schiffahrt 169.

Österreich-Ungarn, Zusatsübereinkommen sur Eisenbahnkonvention (von 1890) 169; Vertr. mit Italien betr. zurückgelassene Seeleute 171; desgl. mit Spanien 171; Handelsvertr. mit Egypten 171; Schiffsvermessungsvertr. mit Griechenland 171; Vertr. mit Rumänien betr. Fabrik- und Handelsmarken 172; Auslieferungsvertr. mit Griechenland 438; Malaregeln gegen die Pest 568; Zuckerkonvention 564.

Orangefreistaat, Freundschaftsvertr. mit Italien 171; Auslieferungsvertr. mit Britisch Betsehuanaland 172; Auslieferungsvertr. mit Holland 172.

Persien, Maßregeln gegen die Pest 563.

Portugal, Auslieferungsvertz. mit Argentinien 564; Vertz. mit Frankreich betz. westafrikanische Besitzungen 565.

Rumänien, Handelsund Schiffahrtsvertr. mit Holland 170; Vertr. mit Österreich-Ungarn betr. Fabrik- und Handelsmarken 172; Handelsvertr. mit Frankreich 172; Vertr. mit Rußland betr. die Gerichtsbarkeit in den Grenzbesirken 172; Maßregeln gegen die Pest 563.

Rufsland, Zusatzübereinkommen zur Eisenbahnkonvention (von 1890) 169; Vertr. mit der Schweiz betr. den Schutz der Fabrik- und Handelsmarken 170; Telegraphenvertr. mit China 172; Vertr. mit England betr. Robbenschutz 172:

Vertr. mit Frankreich betr. die eautio judicatum solvi 172; Vertr. mit Rumänien betr. die Gerichtsbarkeit in den Grenzbezirken 172; Maferegeln gegen die Past 568

Maßregeln gegen die Pest 568. San Salvador, Vertr. mit Spanien betr. Staatsangehörigkeit 171

Schweden, Zuckerkonvention 564.

Schweis, Zusatzübereinkommen sur Eisenbahnkonvention (von 1890) 169; Auslieferungsvertr. mit Holland 170; Vertr. mit Italien betr. Form der Eheschliefsung 170; Vertr. mit Rufsland betr. den Schutz der Fabrik- und Handelsmarken 170; Simplonvertr. mit Italien 172; Vertr. mit Spanien betr. Urteilsvollstreckung 172; Maßregsln gegen die Pest 568; Abkommen mit Belgien, betr. Mitteilung gerichtlicher Akte 584.

Bpanien, Vertr. mit Deutschland betr. Abtretung der Karolinen. Palaos- und Marianen-Inseln 169; Friedensvertr. mit den Verein. Staaten von Amerika 169; Auslieferungsvertr. mit Costarica 170, mit Columbia 172; Vertr. mit Griechenland betr. die beiderseitigen Schiffe 170; Vertr. mit Griechenland betr. die beiderseitigen Schiffe 170; Vertr. mit San Salvador betr. Staataangehörigkeit 171; Vertr. mit Österreich-Ungarn betr. surückgelassene Seeleute 171; Handelsvertr. mit Italien 172, mit Dänemark 172; Vertr. mit der Schweiz betr. Urteilsvollatreckung 172; Maßregeln gegem die Pest 568; Zuckerkonvention 564; Grensabkommen mit Frankreich, Sahara, Golf von Guines 565; Vertr. mit Frankreich betr. Justishoheit auf den Fasaneninseln 565.

Türkei, Auslieferungsvertr.mit Griechenland 439.

Ungarn, s. oben unter Öster-

Uruguay, Vertr. mit Argentinien betr. Lootsenwesen 171.

Vereinigte Staaten von Amerika, Vertr. mit Chile: Postpacketverkehrdes chilenischen Gesandten in Washington 169; Friedensvertr. mit Spanien 169; Handelsvertr. mit Griechenland 171: Beitritt zu dem Abkommen betr. Gesetze und Gebrünche des Landkrieges 569; Vertr. mit Dünemark betr. Abtretung der dänischen Besitzungen in Westindien 564; Bammlung sämtlicher Staatsver-

trage 565.

Italien, Rechtsprechung 184, 478, 630. — Schenkungsakt swischen Italienern über ein tunssisches Grundstück 697; Zusammenstoß von Schiffen im Küstenmeer 137; Haftung des Roeders für Ver-schulden seines Kapitäns 137; Anerkennung ausländ. juristischer Personen 186, Civilehe 889; Aufgebot 406, 408; diplomatische Ehe 412, 421 (Staatsvertrag mit Deutschland 418); Ehescheidung 206; Ehehindernis der Verwandtschaft 227, 228, 239, der Adoption 230, des Gattenmordes 283, Wiederverheiratung 240, 245, der Religion 244; Tren-nung der Ehe italienischer Staatsangehöriger durch ein tunesisches Gericht 626; Änderung des Güter-standes 630; Beurkundung der Anerkennung unehelicher Kinder durch italienische Konsuln 149; gemeinschaft! Testamente, Staatsangebörigkeitsprincip 630; Anerkennung ausländ. Ehescheidungs-urteile 184; Anerkennung ausländ. Urteile bei Geltendmachung einer daranf gestützten Einrede 136; Einrede der Rechtsbängigkeit im Hinblick auf ausland. Prozefenicht begründet 478; Küstenmeer 187; diplomatisch-konsularische Schule in Bom 515; Konsularverträge mit Frankreich, Spanien, Deutschland und Rumanien 221 ff.; Kapitulations-länder im Sinne des Strafgesetzbuches Inland 136. S. internationale Verträge

J.

Isthmus, s. Kanale.

Jagdgesetz, Hohensollern 526.

Japan, Gesetzgebung 162. — Form der Eheschlielsung 390; Urheberrecht, Handelsmarine, Zweigniederlassung ausländ. Handelsgesellschaften und die von Ausländern gegründeten Handelsgesellschaften, ansländische Versicherungsgesellschaften 162. S. internationale Verträge.

Juristische Personen, ausländische, Anerkennung in Italien 136; in Rufsland 144, (Aktiengeselischaften) 148; in Deutschland 469; in Frankreich 635.

Mi.

Kabel, unterseeische, Vertrag swischen England und Holland 170; Brüsseler Session des institut de droit international 449 f.

Kanāle, der englisch-amerikanische Isthmuskanalvertrag (Hay-Pauncefote-Vertrag) 865 ff.; Clayton-Bulwer-Vertrag 365, 368 ff.; Sueskanal-Vertrag 365, 378 ff. Gebührentarif für den Kaiser-Wühelm-Kanal 519.

Kaperei 28 ff.

Katholisch, s. Ebehindernis. Kauf, einer Erbschaft 444.

Kirchliche Weihen, a. Ehehjodernis.

Kollisionenormen, a internationales Privatrecht.

Komoda, s. internationale Verträge. Kompetenskonflikte 529.

Konferens, dritte Haager, für internat. Priv.-R. 1 ff., 201 ff., 385 ff. (Text der Konventionsentwürfe 4 ff.), Anwendungsgrensen des Kouventionsrechts 430 ff. (Text der Kenventionen selbst 602 ff.)

Konkurarecht, internationales 447 f.; Nichtanerkennung ansländ. Konkurse (Frankreich) 622, (Schwaden) 631; die Befugnisse ausländ., insbesondere österreichischer Konkursverwalter 451. S. Baden.

Konsularwesen, Justisministerialbekanntmachung betr. die Orte, an denen sich mit Gerichtsbarkeit ausgestattete oder solche Konsularbeamte befinden, die sur Abhörung von Zeugen und Abaahme von Eiden ermächtigt sind 527; das griechischtürkische (Schiedsepruch) 100 ff.; etandesamtliche Befugnisse 400 ff., 496; diplomatische und konsularische Eheschliefsung 541; italienische Konsuln als Standesbeamte 150, 421; Argentinien 321; richterliche Ingerens der Konsuln in Bumänien 306 ff.; Charakter der Konsuln 306 ff.; ihre Thätigkeit is Vormundschafts- und Nachlaßsuchen 308 ff.; in ehristlichen und nicht christlichen Staaten 312 ff.; konsularische Beamte in Egypten 583; diplomatisch-konaularische Schule in Rom 515; Konsularverträge Frankreichs mit Spanien, Italien, Portugal, Griechenland und Salvador; Italiens mit Spanien und Deutschland; Deutschlands mit Spanien, Griechenland, Brasilien und Serbien 321. S. internationale Verträge.

Kontrebande 29 ff.

Konventionsentwürfe der dritten Haager Staatenkonferens für internat. Priv.-B. 4 ff.; Text 602 ff.

Kriegsrecht, Schuts der Künste und Wissenschaften 86.

Kriegsschiff, im Bau begriffenes Kriegsschiff im Ausland 478.

Kriminalistische Vereinigung, internationale, 9. Kongrefs 579. Küstenmeer, Italien 187. Kunst, im Kriege 86.

L

Lebensnachstellung, s. Ehehindernis.

Legitimation, durch nachfolgende Ehe, Recht des Eheschließungsortes 624.

Letztwillige Verfügungen, Staateangehörigkeitsprincip 17, 18; Form 17, 126 (England); Fähigkeit zur Errichtung 18; gemeinschaftliche Testamente 690.

Lex fori, bei der Eheschließung (Zulässigkeit) 5, (Form) 6; bei der Ehescheidung 10; bei der Trennung von Tisch und Bett 10.

Lex loci, ordre public, prohibitive Wirkung 224, permissive Wirkung 249.

Lippe-Detmold, Eheschließung der Dänen 523; Zustellung an in Osterreich-Ungarn dienende Personen 523; Strafnachrichten an Peru 528.

Litteraturberichte 178ff., 879ff.,

Lootsenwesen, Vertrag zwischen Argentinien und Urugusy 171.

Luxemburg, Civilehe 389; Aufgebot 406; diplomatische Ehe 411; Ehehindernis der Verwandtschaft 228, des Ehebruchs 231. S. internationale Verträge.

M.

Mecklenburg-Schwerin, Schutsgebiete, Sicherheitsleistung für die Prozefskosten 523, Austausch von Strafnachrichten mit Pern 523.

Strafnachrichten mit Peru 523.
Mecklenburg-Strelitz, Schutzgebiete, Sicherheitsleistung für die
Prozefskosten 523. Zustellung an
in Osterreich-Ungarn dienende Personen 523.

Mexiko, Militärstrafgesetzbuch 547; s. internationale Verträge. Minderjährige, s. Vormundschaft. Mitgift, Montenegro 341.

Modelle, panamerikanische Konferenz 572.

Montenegro, montenegrinisches Familienrecht, insbesondere das Eherecht 333 ff.; internationales Privatrecht 363 f.

Muster, panamerikanische Konferenz 572.

N.

Nachlafs, Sicherung 20; Österreich: Behandlung eines Ausländernachlasses 481; Österreich: örtliche Lage von Nachlafsgegenständen, insbesondere Forderungen 500 ff.; Nachlafsbehandlung a. Baden.

Nationalitätsprincip, s. Staatsangehörigkeitsprincip.

Neutralität, Recht der Neutralen sur See 28 ff.; Napoleons I. Projekt zur Kodifizierung des Neutralitätsrechtes zur See 28 ff.; Schutz des Genfer Neutralitätszeichens 517.

Newyork, See- und Feuerversicherungswesen, Hausindustrie, Eidesform, Beaufsichtigung gemeinnütziger Gesellschaften, Normalarbeitstag, Polizeimstronen, Bekämpfung der Trusts 159. Nicaragua, Wahlgesets 547.

Norwegen, Gesetzgebung 162, 548. — Konkursrecht, Jagdgesetz, Lootsengesetz, Arbeiterversicherungsgesetz 162. Eherecht, Domizilprincip 201; kirchliche Eheschliefsung 392 (Civilche 399); Eheschliefsung von Seeleuten im Auslande vor inländischen Geistlichen 388; Ehehindernis der unterlassenen Impfung 223, der Ver-

wandtschaft 226, des Ehebruchs 281, der Religion 287. Anmeldung von Reisenden und Fremden 548.

o.

Österreich, Gesetzgebung 169. Vereinbarung des Erfüllungsortes: dessen Recht maßegeblich 495. Osterreichische Wechselsahlungsauftrage sind, was die Vollstreckung in Doutschland anlangt, als Urteile anzusehen 119; Aktion-gesellschaften 163; kirchliche Eheschliefsung 392, 899 (Civilehe 894. 399); diplomatische Ehe 419; Ehe-konsens bei strafgerichtlich Ver-urteilten 254; Ehehindernis der Religion 204, 237, 244, 255, des Ehebruchs 207, 231, des Gatten-mordes 238, Wiederverheirstung 205, 239, 240, der Verwandtschaft 228; Eheeinwilligung einer Ent-führten 208; die Ehe eines katho-lischen Osterreichers mit einer geschiedenen protestantischen Ausländerin ist, wenn deren erster Mann noch lebt und dieser oder sie selbst zur Zeit der Ehe-schließung katholisch war, ungültig 138; bei der Ehescheidungsfrage ist ausschliefslich das österreichische Recht masegeblich 467; Scheidung einer im Ausland zwischen Ausländern geschlossenen Civilshe, von denen der eine Protestant, der andere Katholik ist, unsulfacig 483; Ungültigkeit einer von Österreichern in Deutschland geschlossenen Ehe wegen Ehe-bruchs 493. Eintragung deutscher Urteile in Ehesachen in die österreichischen Heirateregister 148; Ansprüche einer Deutschen gegen einen Österreicher aus unehelicher Zeugung 489. Vormundschaft über einen Ausländer 478; Behandlung des in Österreich befindlichen Nachlasses eines Ausländers, insbesondere Russen 481; örtliche Lage von Nachlassbestandteilen, ins-besondere Forderungen 500 ff.; Be-fugnisse des österreichischen Konkursverwalters 451; cautio judi-catum solvi 496; Gerichtestand des Vermögens auch durch solche Gegenstände begründet, die nicht sur Durchsetsung des Klageanspruchs varwendbar sind 141; Vollstreckung rumanischer Urteile 487, deutscher Urteile 499; nicht vollstreckbare ausländische Urteile begründen keine Judikatsobligation 497; Anrechnung ausländischer Erbsteuern 500 ff.; Geschäftsverkehr mit den sächsischen Bebörden 157; Zustellung an in Österreich-Ungarn dienende Personen, Hessen, Lippe-Detmold, Mecklenburg-Strelitz 523, Preußen 525, Schaumburg-Lippe 530, Württemberg 351; Kronenwährung 163. S. internationale Vertrage.

Ohio, Eheechliefsung 150.

Oldenburg, Gesetzgebung 157. Zuständigkeit für Todeserklärun-

Oranjefreistaat, a internationale Vertrage.

Ordenegelübde, a. Ehebindernis. Ordre public 218 ff., 272, 302.

P.

Papst, Grensregulierungs- und Schiedagerichtsvertrag mit Halti und der Dominikanischen Republik 171.

Paraguay, Gesetzgebung 163, 550.

—Civilehe 550. Gerichtsverfassung 163, 550. Friedenagerichte 550. Disciplinargerichtsbarkeit Richter 163. über

Parteifähigkeit, ausländischer Verbände 255 ff.

Patent, Abinderung der englischen Gesetzgebung hinzichtlich der internationalen Verträge über Patente 585; panamerikanische Konferenz 572.

Permissivgenetze 249 ff. Peru, Austausch von Strafnachrichten mit Bayern 522, Lippe-Det-mold 528, Mecklenburg-Schwerin 528, Preußen 529, Schwarzburg-Sondershausen 531, Württemburg 581; verschiedene Gesetze 550.

Peat, internationale Übereinkunft betr. Maßregeln gegen die Peat 563. Pflegschaft, Abwesenheits-Pfl. über einen im Ausland Ver-schollenen 128; über einen im Ausland (Amerika) bevormundeten Ausländer (Amerikaner) behufs

Geltendmachung von Rechten am Erlöse deutscher Grundstücke?

Polen, Eheschliefsungsform 400. Polygamie, in Griechenland 197.

Portugal, Gesetzgebung 163. — Vagabondage, Anarchismus, Presse, Armenrecht, Konkursordnung, Rechtspflege in der Marine, No-tariat, im Ausland errichtete Gesellschaften 163: kirchliche Eheschliefsung 392, 899; Civilehe 399; Aufgebot 406; diplomatische Ebe 411; Ehebindernie der Verwandtschaft 227, 228, des Ebebruchs 281, des Gattenmordes 233, der Reli-gion 236, 237, 244; keine Ehe-scheidung 462. Konsularvertrag mit Frankreich 321. S. internationale Vertrage.

Presse, Beleidigung durch die ausländische 133, Gerichtsetand 519; Strafbarkeit der im Ausland wohnenden Teilnehmer an einem

Prefevergehen 625.

Preufsen, Gesetzgebung 157, 594.

- Rechtsetudium 527; Kompetenskonflikte 529; Zengnisse über das Nichtbestehen von Ehehindernissen 526; Steuer für ausländische Wettunternehmungen 157, 524; Verunstaltung landschaftlich her-vorragender Gegenden 527; Berggesets, Abanderung 529; Pfandrecht an Privateisenbahnen 530; Unterscheidungseignale der Kriegs-und Kauffahrteischiffe 157; Ersuchungsschreiben ins Ausland 157; Verfolgung von Verbrechen und Vergehen, die von Deutschen in England oder den Verein. Staaten von Amerika begangen und um-gekehrt 524; desgleichen Holland 580; Strafnschrichten nach Peru 529; Schutzgebiete, Sicherheits-leistung für Prozesskosten u. s. w. 524; Konsularbeamte, Gerichtsbar-keit, Abhörung von Zeugen, Ab-nahme_von Eiden 527; Zustellung an in Osterreich-Ungarn dienende Personen 525; Jagdgesets, Hohen-sollern 526; Gemeindeforstgesets, Hohensollern 527; Versicherung vorübergehend im Inland beschäftigter ausländischer Arbeiter 527; Beamtenfürsorge, Betriebeunfalle

Prisenrecht, bei Fischereifahrzeugen 51 ff. Privateisenbahnen 580. Prohibitivgesetze 217 ff. Prosefekantion, s. cautio judicatum solvi.

Prozefskosten, Vorschufspflicht s. cautio judicatum solvi.

Rechtshängigkeit, Italien, Ein-rede der E. im Hinblick auf ausland. Prosels nicht begründet 478. Rechtshülfe, Kostenersatz (Hessen) 593; in Ungarn auf Grund des im Hang geschlossenen internationalen Abkommens 551

Rechtskraft, Einrede der R. im Hinblick auf ausländische Prozeme

Bechtsprechung, Belgien 125, 630; Deutschland 110, 452, 609; England 126, 474, 620; Frankreich 128, 475, 621; Griechenland 477; Holland 629; Italien 134, 478, 630; Osterreich 138, 478; Rumänien 631; Befeland 148, 478; Rumänien 631; Rufsland 143; Schweden 681; Schweiz 631; Spanien 144: Tunis 626; Verein. Staaten von Amerika 125, 472.

Rechtsstudium 597.

Reeder, Haftung für Verschulden seines Kapitäns, Staatsangehörigkeitsprincip 187; die Bechtsverhaltniese einer Reederei richten sich im allgemeinen nach deutschem Rocht 452; Rechtsswang sum Kon-trahieren (Deutschland, England, Amerika, Frankreich) 452; Haftung bei Zusammenstölsen u. s. w. 590 ff. Religion s. Ebehindernis.

Rheinschiffahrtsvertrag, Ab-

änderung 169.

Robbenschutz, Vertrag zwiechen England und Rufsland 172.

Rückverweisung, dritte Haager Staatenkonferens für internation. Privatrecht 209 ff. (Eherecht); im Entwurf des schweizerischen Civilgesetzbuchs 272; Recht, eine Ehe su schließen 4; analoge Anwendung des Art. 27 E.G. z. B.G.B.

Rumānien, Gesetzgebung 168.— Unterrichtsgesetz 168; eheliche Ab-stammung 681; Civilehe 889, 401; kirchl. Eheschließung 511; diplo-

matische Ehe 412; Ehehindernis der affinitas illegitima 207, der Verwandtechaft 227, 228, der Adoption 230, des Ehebruchs 231, der Religion 244; Erbrecht: Staats-angehörigkeitsprincip 511; Stellung der fremden Konsuln, insbesondere ihre richterliche Ingerens 306 ff.; Konsularverträge mit Schweis, Italien, Vereinigten Staaten von Amerika 322; s. internat. Ver-

trage.
Rufsland, Rechtsprechung 148;
Rufsland, Rochtsprechung Vor-Gesetzgebung 163, 551. — Vorbereitung, Prüfung und Verkündung der Gesetze 163; Kodifikation des Obligationenrechts 512; Gesellschaftsrecht 551; Auerkennung ausländischer juristischer Personen 144, ausländischer Aktiengesellschaften 148; kirchliche Ehe-schließung 392, 400; diplomatische Ehe 419; Ehehindernis des Altera 208, der Verwandtschaft 228, des Ehebruchs 231, der Religion 236, 237, 244, Bigamis 251; Testamentserrichtung seitens eines Russen im Auslande, insbesondere in Egypten 148; Erbrechtskonvention von 1874 mit Deutschland, Zuständigkeit der russ. Gerichte in Ansehung des in R. befindlichen Mob.-Nachl. eines Ausländers 144; Bereich der Civilproxefsordnung 163; Verwaltung und Gerichtsbarkeit in der Provins Schantung, Münzgesetz, Gründung der Stadt Dalny bei dem Hafen Talienvan 164; a. internationale Verträge.

Sachsen, Gesetzgebung 157, 580. — Geschäftsverkehr mit den österreichischen und den ungerischen Gerichten 157; Schutzgebiete, Bechtsstellung der Eingeborenen im Civilprosels 530; Einkommensteuer, Ergänzungssteuer, direkte Steuern 550.

Sachsen-Altenburg, Verfolgung von Verbrechen u. s. w., die von Deutschen in England oder den Verein, Staaten von Amerika be-

gangen sind 580.

Sachson-Weimar, Gesetzgebung 157. — Zuetändigkeit für Todeserklärungen 158.

Salvador, Konsularvertrag mit Frankreich 321; Außerkrafttreten des mit Deutschland geschlossenen Freundschafts-, Handels- u. Schifffahrtsvertrages 519; a. internat. Bamoa, Freundschaftsvertrag mit Deutschland 520. Anhantung, Verwaltung und Ge-

Schautung, Ver richtsbarkeit 164.

Schaumburg-Lippe, Genetz-gebung 158, 530. — Ebeschließung von Angehörigen der bayrischen Landesteile diesseits des Rheins 158; Eheschliefsung mit dänischen Staatsangehörigen 530; Zustellung an in Osterr.-Ungarn dienende Per sonen 530; Strafnachrichten an ausländ. Regierungen 581.

Schaumweinsteuergesetz 518,

564.

Schenkungen von Todeswegen, Staatsangehörigkeitsprincip 17, 18; Form 17. Fähigkeit zur Errichtung 18; Fähigkeit zum Erwerb 18.

Schied sgerichte, panamerika-nische Konferens 572.

Schiedsgerichtsverträge, s. internationale Verträge besw. internationale Schiedsverträge. -Panamerikanische Konferenz 572.

Schiedsspruch, analändischer, Er-

fällungsklage 118.

Schiedseprüche, internationale 188.

Schiedsverträge, internationale 158

Schiffe, a Zusammenstofs. — Befreiung deutscher Seeschiffe in Holland von den Vermessungsvorschriften 545.

Schiffahrteverträge, a inter-

nationale Verträge. Schutzgebiete, Sicherheitzleistun für Prozefskosten n. s. w. 523, 534, 531; Rechtsetellung der Eingeberenen im Civilprosefs 530.

Schutstruppe, in den afrika-nischen Schutzgebisten 520. Schwarzburg-Bondershausen,

Eheschliefsung seitens dänischer Staatsangehöriger 531; Strafnach-richten nach Peru 531.

Schweden, Gesetzgebung 164, Rechtsprechung 631. — Rechtshülfe gegenüber ausländischen Gerichten und Nachsuchung der Rachtshülfe bei ausländischen Gerichten, Befreiung der Ausländer von der cantio judicatum colvi, Volistreckung ausländischer Ur-teile, Ausführung der Gesetze, Aktienbanken, Emissionsrecht der Privathanken, Immobiliareachenrecht, Seegesetz (Abänderung), Strafgesetzbuch und Militärstrafgesetsbuch (Abanderung), Haftung des Fiskus für Schadensufügung durch Beamte, Schutz von Mustern und Modellen 164; Nichtanerkennung ausländischer Konkurse 681; Eherecht, Domizilprincip 201; kirch-liche Eheschliefeung 392 (Civilehe 804, 399), Ebehindernis der Wartefriat 203, der Religion 204, 287, der Epilepsie 223, 251, der affinitas secundi generis 239, des Ehebruchs 281, 232; s. internationale

Vorträge. Schweiz, Gesetagebung 165, Recht-sprechung 631. — Das internationale Privatrecht im Entwurf des schweizerischen Civilgesetzbuchs 270 ff. (allgemeine Kollisionsnormen 278 ff., specielle Kollisionsnormen 275 ff., Anknupfungsmomente 279 f., Staatsangehörigkeits- und Domisil-princip 200 ff., Handlungefähigkeit 263, juristische Personen 284, Eherecht 285 ff., Legitimation, Adoption, uncheliche Geburt 291, Vormundschaft 293, Beistandschaft 294, Erbrecht 295, Sachenrecht 297, Obligationenrecht 299, Form der Rechtshandlungen 300, ordre public 302); Civilehe 389; diplomatische Ehe 412, 419; Eheschliefsung, Rückverweisung 215; Ehehindernis der Verwandtschaft 227, 228; Heirat swischen Schweisern und Bayern 156; Hydra- und Schneeballsystem (Appenzell), Zwangsarbeit, Zu-ständigkeit der Schwurgerichte, Berufsschiedsgerichte, Eindviehversicherung (Freiburg), Hypothekensinsenbeschränkung, Frem-denpolizei (St. Gallen), Lehrlinge (Genf), Code rural", Schneeball-system, Berufsechiedsgerichte (Neuchâtel), industrielleSchiedagerichte, Kolportage und Märkte (Solothurn) 165; Civilprosefs, Nachlafsinventar (Ticino), Märkte und Kolportage (Unterwalden), Revision der Gesetz-sammlung, Revision des Code civil (Vaud), bedingte Verurteilung, vertrag mit Deutschland, Stellung der Angehörigen dritter Staaten 111; Konsularvertrag mit Rumanian 882; s. internationale Vertrage.

Seekrieg, Bouterecht gegenüber Pischereifshrzeugen 51 ff. Beeleute, Verpflichtung der Kauf-fahrteischiffe zur Mitnahme 510; Stellenvermittlung 519.

Seemannsordnung 519.

Soerecht, Abanderung soorocht-licher Vorschriften des Handelsgustabuchs 519; Kongrefe des comité maritime international in Hamburg (Zusammenstofs von Schiffen, Roederhaftung, Gerichts-suständigkeit, Hülfeleistung in Soenot) 588 ff.; Seetransportvertrag, Recht des Abladehafens 690; a. Zusammenstois.

Secretatedeklaration, Pariser (1856) 28 ff., Katharinas II. (1780) 28 ff., Pauls I. (1800) 29.

Serbien, Gesetagebung 166, 851. — Eheschließungsform 400; Genomen-schaften, Anderung der Civil-prozessordnung, des Strafgeseta-buchs, der Strafprozessordnung, des Berggesetzes, des Eisenbahnpolizei-gesetzes, Honorierung der Konkursverwalter 166-167; Verfassung 551; Konsularvertrag mit Deutschland 321.

Siam, Gesetzgebung 167. - Eheschliefsung der Fremden 167. Sicherheitsleistung, s. cautio

judicatum solvi.

feberung, des Nachlasses, a. Nach-

Sklaverei, Verordnung betr. die Hausskiaverei in Deutsch-Ostafrika

Spanien, Rechtsprechung 144; Gesetzgebung 168. — Personalstatut hinaichtlich der territorialen Rechtsunterschiede innerhalb Spaniens 168; kirchl. Eheschliefsung 392, 899 (Civilehe 394, 399); diploma-tische Ehe 411, 423; Ehebindernis

der Verwandtschaft 228, der Adoption 229, des Ehebruchs 281, des Gattenmordes 288, der Religion 286, 287, 244, 247; Ehekonsens hinsichtl. der Mitglieder der Kgl. Pamilie und der Offiziere 253; Erbrecht, Nationalitätsprincip, Rückverweisung 144; Revision gegen Strafurteile 168; Meldung nach Spanien bestimmter Schiffe bei einem spanischen Konsul 518; Konsularverträge mit Frankreich, Italien und Deutschaft internationale Vertrage. Italien und Deutschland 321; 4.

Staatsangehörigkeit, Ver-mutung für den Verlust bei Ver-schollenheit im Auslande 123; Erwerb der fransösischen und Verlust

der deutschen 535.

Staatsange hörig keits princip, im schweizerischen Civilgesetzbuch 280 ff.; in Griechenland 189 ff.; das in Art. 14 E.G. s. B.G.B. nur für Deutsche ausgesprochene St. ist analog auf Ausländer ansuwenden 466, 609 ff.; analoge Anwendung des Art. 27 E.G. (Rückverweisung) 612; bei der Haftung des Reeders für das Verschulden seines Kapitans 137; beim Unterhaltsanspruch awischen Ehegatten und Ver-wandten 110; bei der Frage der ehelichen Abstammung 631; im Eherecht 201 ff.; beim Recht, eine Ehe su schliefsen 4 (Ausnahme 5); im ehelichen Güterrecht 115; beim Ehescheidungsrecht 10, 116; bei der Trennung von Tisch und Bett 10; bei der Vormundschaft 14; bei der Erbfolge 17, (Spanien) 144. (Rumänien) 511, (Tunis) 627; bei der Erbfähigkeit 18; bei letstwilligen Verfügungen 17, 18; bei gemeinschaftlichen Testamenten 630; bei Schenkungen von Todeswegen 17, 18.

Standesamtliche Befugnisse, ausländischer Agenten 246, 421; a. auch Konsularwesen und diplo-

matische Ehe.

Statutenkollision, a internat. Privatrecht.

Steuer, ausländischer Totalisator etc. 157; s. Österreich.

Strafrecht, Anrechnung ausländ. Strafurteile 468; Austausch von Strafuschrichten swischen Peru und Bayern 522, Lippe-Detmold 528, Mecklenburg-Schwerin 523, Preußen 529, Schwarzb-Sonders-hausen 531; Württemberg 581; Strafpachrichten swischen Schaumburg-Lippe und ausland. Regie-rungen 531; neunter Kongreis der internationalen kriminalistischen Vereinigung 579.

Strandungsordnung 156. Sudan, Gesetzgebung 168. — Straf-gesetzbuch, Strafprozefsordnung gesetzbuch, Strafprozeisorunung 168; Verfassung, Vertrag zwischen England und Egypten 170. Südafrikanische Republik, Gesetzgebung 168; standesamtl. Befugnisse der holländischen Kon-sum 168.

Sülsetoffgesets 520. Sueskanalvertrag, 365, 378 ff.

Testamente, a letztwillige Ver-

fügungen. Tierarzt, Thätigkeit in den Grenz-bezirken swischen Holland und Deutschland 169.

Todeserklärung, Zuständigkeit 157—158 (Bromen, Sachsen-Weimar). Oldenburg.

Tonga, Freundschaftsvertrag mit Deutschland 520.

Totalizator, Besteuerung ausländischer 157.

Trennung von Tisch und Bett. Konventionsentwurf der dritten Haager Staatenkonferenz für internationales Privatrecht 10 ff.; Zulässigkeit, Staatsangehörigkeits-princip 10; Zuständigkeit 11 (vor-läufige Maßrogeln 12). Trust, Newyork 159.

Türkei, griechisch-türkisches Konsularwesen 100 ff.

Tunis, Privatrechtssustand 626; Schenkungsakt swischen Italienern über ein tunesisches Grundstück 627; Trennung der Ehe von Ita-lienern von Tisch und Bett 636; kirchliche Ebeschliefsung 626; Ebescheidung 626; cheliches Güter-recht, Erbrecht: Staatsangehörig-keitsprincip 627, Domizilprincip, Rückverweisung 628.

Uneheliche Kinder, Bearkundung ihrer Anerkennung durch

italienische Konsuln 149; Montenegro 850, 850; die Ansprüche einer Deutschen gegen einen in Osterreich wohnenden Osterreicher aus der in Deutschland erfolgten Zeugung richten sich nach öster-reichischem Recht 489.

Ungarn, Gesetsgebung 551. — Ge-schäftsverkehr mit den sächsischen Behörden 157. Civilehe 889, Aufgebot 408; diplomatische Ehe 412, 419; Ehehindernis der Verwandtschaft 228, des Ehebruchs 231, des Gattenmordes 233, der Religion 344; Ehe swischen Katholiken und Juden 610; Unterhalteansprüche der Ehegatten 610; Ehenichtigkeit 611; Wiederherstellung des ehe-lichen Lebens 612 ff.; die Rechts-hülfe, auf Grund des im Haag ge-schlossenen internationalen Ab-

.

kommens 551; internationales Recht als Prüfungugegenstand 515. S. internationale Verträge. Unlauterer Wettbewerb, Schutz gegen denselben, Ausländer 262.

Unterhaltsanspruch, swischen Ebegatten und Verwandten: Staateangehörigkeit entscheidet 110.

Unterscheidungssignale, Preufeen 157.

Urheberrecht, panamerikanische Konferenz 572.

Urteil, ansländisches, Anererkennung bei Geltendmachung einer darauf gestützten Einrede (Italien) 186; Einrede der Rochts-kraft 458; Vollatreckung 42, 172, 461; die in Benng auf die Aner-kennung ausländischer Urteile entstehende Frage der Zuständigkeit des ausländ. Gerichts entscheidet sich nach deutschem Beeht 614; Nichtanerkennung eines englischen Urteils, Mangel des chemannlichen Konsenses (Frankreich) 623; An-rechnung ausländischer Strafurteile

Uruguay, Handelsgesetzbuch 568; Fischerei sur See und in Rio de la Plata 568; a internationale Verträge.

Venezuela, Vorfamung 568; Schiedsvertrag mit Frankreich wegen Entschädigungsansprüchen des letzteren 517.

Verbände sur Förderung gewerblicher Interessen, ländische, Stellung in Deutschland hineichtlich des unlauteren Wettbewerbs 265 ff.

Verein, ausländischer, recht-liche, insbesondere prosessuale litellung 265 ff.; Rechtstähigkeit in Deutschland 470.

Vereinigte Staaten von Amerika, Rechtsprechung 125, 472.
Gesetzgebung 532. — Patentrecht 532; Ausschließung der Auslander vom Grunderwerb 151; Seemansordnung 158; Ausschluß der Haf-tung des Verfrachters für losses occasioned by negligence unwirksam, auch wenn nach dem den Vertrag beherrschenden ausländ. R. gültig 125; Zulässigkeit der Berufung, insbesondere bei Prisenprosessen 53 ff. — Eheschliefsung, lex loci actus 151; Ehescheidungs-recht, Vereinheitlichung 152; letst-willige Verfügung: Gültigkeit richtet sich nach der lex domicilii 472; — Einwanderung von Chinesen 592; Auslieferung eines Deserteurs eines im Bau auf amerikanischer Werft begriffenen russisch. Kriegsschiffs 478; der preuß, amerik. Auslisferungsvertr. von 1852 noch gültig 474. Konsularvertrag mit Rumknien 322; Konsulargesets 582. Ratifikationsurkunde sur Haager Friedenskonferenz 518. Der eng-lisch-amerikanische Isthmuskanalvertrag 365 ff., Clayton-Bulwer-Vertrag 365, 368 ff. S. inter-nationale Vertrage; s. auch Alaska, Columbia, Illinois, Newyork, Ohio. Verechiedene Gesetze 582.

Verfrachter, s. Verein. Staaten. Verjährung, Schweis 300. Verlöbnis, Montenegro 334.

Versicherung, vorübergebend im Inland beschäftigter ausländischer Arbeiter 527.

Vertrage, s. internationale Verträge.

Verwandtechaft, s. Ehehindernis. Virginia, Ebekousens hinsichtlich der Dienstboten 258.

Konferens 572 ff. Völkerrecht,

Vollstreckung, ausländischer Ur-teile 42, 172, 461; rumänischer Ur-

teile in Osterreich 487; deutscher Urteile in Osterreich 499; mangelt einem ausländ. Urteil die Vollstreckbarkeit, so begründet es auch keine Judikatsobligation 497; s. auch Urteil,

Vorbehaltsklausel, s. ordre

public.

yormundschaft, über Minder-jährige, Konventionsentwurf der dritten Haager Staatenkonferens für internat. Privatrecht 14. Text der Konvention selbst 602 ff.; Staatsungehörigkeitsprincip 14; Bereich der vorm. Verwaltung 15; Österreich: Vormundschaft über einen Ausländer 478; Montenegro 852; Zuständigkeit der konsula-rischen und diplomatischen Vertreter des Auslandes 14; vorläufige Maferegeln 16.

Vorschulspflicht, s. cautio judi-

catum solvi.

Waldeck, Ebeschliefsung von Ausländern 531.

Warenbeseichnung, Schutz deutscher in Costarica 155; ausländische Firmen mit Niederlassung in Deutschland 619.

Wartefrist, s. Ehehindernis.

Wechselrecht, die Rechte des Wechselnehmers richten sich nach dem Recht des Ausstellungsortes 623; österreichische Wechsel-zahlungsaufträge s. Österreich.

Wettbewerb, unlauterer, Schutz gegen denselben, Aus-länder 262.

Wiederherstellung des ehe-lichen Lebens 609 ff.

Württemberg, Gesetzgebung 581. Eheschliesung seitens der Angehörigen des rechterheinischen Bayern 531; Zustellungen an in Osterreich-Ungarn dienende Personen 581; Schutzgebiete, Sicher-heitsleistung für Prozefskosten u. s. w. 581; Strafnachrichten an Peru 581; Verfolgung von Ver-brechen, die von Deutschen in England oder den Verein. Staaten von Amerika begangen und um gekehrt 531; Gemeindegerichte 531.

Zan si bar, Freundschafts-, Handelsund Schiffshrtsvertrag mit Deutschland 520.

Zeitliche Geltung der Kolli-sionsnormen 39 ff., 454, 618. Zeitschriftenüberschau 178 f. Zinsbeschränkung, in Griechenland 197.

Zuckerkonvention 564.

Zusammenstofs von Schiffen, auf hoher See 120, 457 ff.; in deutschen Gewässern, deutsches Recht 121, 457 ff.; im Küstenmeer 137. Kongreis des Comité mari-time international in Hamburg

Zuständigkeit, bei Schiffs-zusammenstößen 596; bei Khe-scheidungsklagen 11 f.; bei Klagen auf Trennung von Tisch und Bett 11 f.; bei der Vormundschaft 14.

Zustellung, an in Osterreich-Ungarn dienende Personen 523 ff.; von Klagen an Ausländer in Frank-reich 477; im Rechtshülfeverkehr, Ungarn 551.

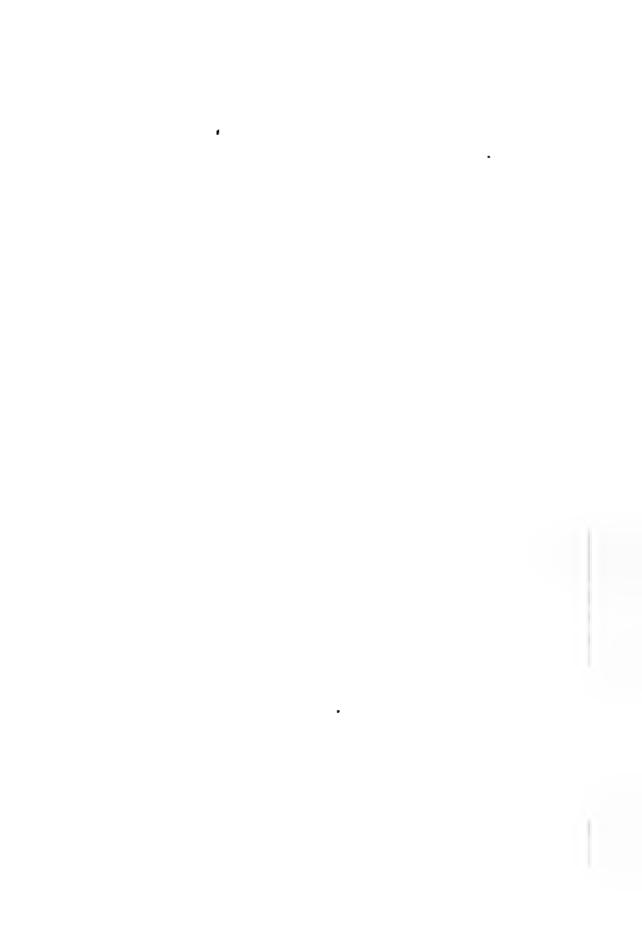
Inhaltsverzeichnis zu Heft 6.

I. Abhandlungen.	
Internationalrechtliche Ergebnisse der jüngsten panamerikanischen	Selte
Konferens. Von Theodor Niemeyer	571
Der IX. Kongrese der Internationalen kriminalistischen Vereinigung.	
Von Dr. juz. Julius Curtius	579
Der Kongress des Comité Maritime International in Hamburg. Von	
Dr. jur. Heinrich Finke	588
Die Haager Konventionen vom 12. Juni 1902	602
II. Rechtsprechung.	
Deutschland	609-619
Der in Art. 14 E.G. z. B.G.B. für Deutsche ausgesprochene	
Grundsatz der Malegeblichkeit des Heimatrechtes ist analog auf	
Ausländer (Ungarn) anzuwenden. Absolute Maßgeblichkeit des	
§ 1853 B.G.B. (O.L.G. Frankfurt a. M.) 609. — Die in Besug auf	
Anerkennung ausländischer Urteile entstehende Frage, ob das aus-	
ländische Gericht suständig war, ist gemäße § 328 Ziff. 1 C.P.O.	
nach deutschem Recht zu beurteilen, und swar auch hinsichtlich	
materiellrechtlicher Vorfragen (O.L.G. Celle) 614 Art. 11 des	
Hasger Abkommens 14, 11, 1896 bezieht sich auch auf den Aus-	
ländervorschufs zur Sicherheit für die dem Staate zukommenden	
Gebühren (Reichagericht) 615. — Maßgeblichkeit der bisherigen	
Kollisionsnormen für Rechtsverhältnisse alten Rechtes. Die	
Klausel eif für den Erfüllungsort und demgemäß für die inter-	
national-privatrechtliche Frage ohne Bedeutung (Reichsgericht)	
618. — Schutz der Warenbezeichnungen. Ausländische Firmen,	
welche in Deutschland eine Handelsniederlassung haben, stehen	
den Inländern gleich (Reichsgericht) 619.	
Belgien	690
Für die Ansprüche aus dem Seetransportvertrage ist das	Vac
Recht des Abladehafens maßgebend (Cour d'appel Gent) 620.	
-	400 001
England	02U—021
Eheschließung vor einem englischen Konsul in Frankreich	
(High Court of Justice) 620 Für das eheliche Gütterrecht ist	

lex domicilii des Ehemannes sur Zeit der Eheschließsung maß- gebend (Court of appeal) 621.	Seite
Anerkennung einer von deutschen Gerichten ausgesproehenen Ehescheidung italienischer Staatsbürger? Personalstatut der Ausbünder gemäß Art. 3 Code civil (Tribunal civil de la Seine) 621. — Nichtanerkennung eines ausländischen Konkurses (Cour d'appel Paris) 622. — Vereagung des Exequatur gegenüber einem englischen Urteil wegen Nichthefolgung des § 215 Code civil (Tribunal civil de la Seine) 623. — Zuständigkeit französischer Gerichte für die Klagen von Ausländern gegen Ausländer (Tribunal de eommerce Marseille) 623. — Die Rechte des Wechselnehmers gegen den Bezogenen richten sich nicht nach dem Personalstatut des letzteren, sondern nach dem Ausstellungsort (Cour de cassation) 623. — Die Legitimation durch nachfolgende Ehe bestimmt sich nach dem am Ort der Eheschließung geltenden Recht (Tribunal civil de la Seine) 624. — Artt. 1394, 1395 Code civil (Unsulässigkeit von vertraglichen Änderungen des ehellichen Güterstandes während der Ehe.) (Tribunal civil de la Seine) 624. — Anerkennung der Rechtsfähigkeit ausländischer (englischer) Handelagesellschaften (Tribunal de commerce de Nice) 625. — Auf Ausländer und im Ausland wohnende Personen, welche an einem in Frankreich begangenen Presevergehen beteiligt sind, findet das "échelonnement de responsabilités" § 42 Ges. 29. 7. 1881 nicht Auswendung (Cour d'appel Paris) 625.	
Wirkung des Urteils eines tunesischen Gerichtes, welches die Trennung der Ehe italienischer Staatsangehöriger von Tisch und Bett ausspricht (Tribunal Tunis) 626. — Schenkungsakt swischen Italienern über ein tunesisches Grundstück (Tribunal Tunis) 627. — Maßgeblichkeit des — schweizerischen — Heimatrechtes für eheliches Güterrecht und Erbrecht (Tribunal Tunis) 627. — Maßgeblichkeit des — jüdischen — Wohnsitzrechtes für eheliches Güterrecht und Erbrecht. Eückwerweisung? (Tribunal Tunis) 628.	
Holland	629
Für die Zuläseigkeit gemeinschaftlicher Testamente ist das Heimatrecht maßgebend (Corte di cassazione Florens) 630. — Art. 1885 Codice civile (Unzulässigkeit von vertraglichen Änderungen des ehelichen Güterstandes während der Ehe) ist absolut ansu- wenden (Corte d'appello Palermo) 690.	

Rumänien Für die Beurteilung der ehelichen Abstammung einer Person ist deren Heimatrecht maßgebend (Appellationsgericht	Seite 631
Bukarest) 631. Schweden	631
Schweiz	681
Litteraturberichte.	
a) Bücheranzeigen.	
Neumann, H., Handauegabe des B.G.B. für das Deutsche Reich.	
S. Auflage	682
2. Auflage	682
Goldmann, S., Das Handelsgesetzbuch vom 10. Mai 1897	633
Fuchs, E., Grundbuchrecht. Band 3	638
Sokolowski, P., Die Philosophie im Privatrecht	684
La Loggia, E., La esecusione delle sentense straniere (in materie	
civile)	684
Medi, F., Das internationale Civil- und Handelsrecht. 2. Band.	635
Pfleghart, A., Die Elektrisität als Rechtsobjekt	685
Functing, B., Die Grundsüge der Steuerlehre	685
b) Zeitschriften	636
e) Verzeichnis neu eingesendeter Bücher	650
Alphabetisches Sachregister zu Band XII	658
Abkürsungen	VI

•



×	,		•	
•		÷.		
.,	ī		,	
	ą.			